

Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Rheinland und Westfalen 1903–1938

Inaugural–Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)
durch die Philosophische Fakultät der
Heinrich-Heine–Universität Düsseldorf

vorgelegt von
Christina Goldmann
Köln

Betreuer:
Professor Dr. Kurt Düwell
Professor Dr. Christoph Nonn

Düsseldorf 2006

Tag der mündlichen Prüfung: 04.07.2006

Meinem Vater

Eugen Goldmann

31. Mai 1910 – 03. August 1989

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	V
Zeitzeugenberichte	VI
Primärquellen	VIII
Sekundärliteratur	XI
Die CV-Quellen aus dem ehemaligen Moskauer Sonderarchiv	XVI
Sekundärliteratur zur Geschichte der Juden in Rheinland und Westfalen	XX
Kapitel 1 Vom Selbstverständnis der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens	1
1.1 Gabriel Riesser	1
1.2 Gründerjahre und Vereinsgründung	4
1.3 Deutsches und jüdisches Selbstverständnis	7
Kapitel 2 Der CV in der Kaiserzeit 1893–1918	13
2.1 Die Sammlung der ersten Mitglieder 1893–1903	13
2.2 Die Essener Initiative von 1903	19
2.3 Drei Personalien: Herzfeld, Abel, Krombach	21
2.4 Die Gründung des rheinisch-westfälischen Landesverbandes 1905 und das Verhältnis zum Verband der Juden in Deutschland	23
2.5 Aufschwung in der Ortsgruppenentwicklung ab 1905	27
2.6 Demokratisierung der Abwehr	32
2.7 Kursbestimmung: Jugend- und Frauenarbeit 1908	38
2.8 Vereinsstatuten	42
2.9 Einblicke in die Basisarbeit	46
2.10 Ein Streit unter Juden: deutsch- oder jüdischnational?	51
2.11 Rassismus im Alltag: Die Wandervogelbewegung	58
2.12 Krieg und Verteidigung	60
2.13 Ostjuden oder die Grenzen des Liberalismus im CV	64
2.14 Vorbereitung auf den „Krieg nach dem Krieg“: antisemitische Filme und jüdischer Viehhandel 1917	69
2.15 Struktur und Finanzen zu Kriegsende	71

Kapitel 3 Der CV in der Weimarer Zeit 1918–1932	75
3.1 Die Entwicklung des Landesverbandes Linksrhein	76
3.1.1 Vereinsstatistik	76
3.1.2 Die Situation nach Kriegsende	77
3.1.3 Die Teilung des rheinisch-westfälischen Agitationsausschusses 1920: Verbandsgrenzen	79
3.1.4 Statutarischer Auftrag und das Amt des Syndikus	81
3.1.5 Ortsgruppenentwicklung seit 1920	85
3.1.6 Der Grenzkonflikt um den Kreis Wetzlar 1922	89
3.1.7 Der Saarbezirk 1926	91
3.1.8 Abgrenzung nach links – Anlehnung an den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten	94
3.1.9 Für den Verbleib des Rheinlandes beim Reich	96
3.1.10 Heimatrecht: Jahrtausendfeier 1925 und Pressa 1928	98
3.1.11 NS-Agitation	101
3.1.12 Verbündete? Katholischer Klerus und politischer Katholizismus	104
3.1.13 Aufklärung unter Nichtjuden: CVZ, Monatsausgabe und Versammlungsaktivitäten	107
3.1.14 Wahlkampf	111
3.2 Die Entwicklung des Landesverbandes Rheinland-Westfalen	113
3.2.1 Der CV in den Regierungsbezirken Minden und Arnsberg	115
3.2.1.1 Die Arbeitsgemeinschaft Brakel/Höxter	115
3.2.1.2 ‚Feuertaufen‘ in Altena und Iserlohn	118
3.2.1.3 Sendungsbewusstsein: Attendorn, Siegen, Bad Laasphe	120
3.2.1.4 Unna und Dortmund, die SPD und der Saalschutz	123
3.2.1.5 Mitgliederschwund in Bochum	129
3.2.2 Der CV im Regierungsbezirk Münster	131
3.2.2.1 Recklinghausen: Ein Skandal	131
3.2.2.2 Borken und Bocholt, Jungdeutscher Orden und die DDP	138
3.2.2.3 Münster: Beschaulichkeit und Generationswechsel	143
3.2.3 Der CV im Regierungsbezirk Düsseldorf	150
3.2.3.1 Rees, Dinslaken und Oberhausen	150
3.2.3.2 Düsseldorf und die Gesolei	153
3.2.3.2.1 Ein Fall von Aufklärungsresistenz: Münchmeyer	157

3.2.3.2.2	Anti-Anti in Düsseldorf seit 1930	160
3.2.3.3	Barmen und Elberfeld	163
3.2.4	Geschäftsstelle Essen und die ostjüdischen Industriearbeiter	169
3.2.4.1	Ruhrbesetzung 1923	174
3.2.4.2	Locarno und die Öffentlichkeitsarbeit in Essen.....	180
3.2.4.3	Wirtschaftsnot und ihre Bekämpfung 1932. Ein Fazit	183
Kapitel 4	Zielgruppenorientierte Mitgliederwerbung und Finanzverwaltung.....	191
4.1	Die Frauenarbeit des CV	192
4.2	Die Jugendarbeit des CV	203
4.2.1	Die Etablierung der CV-Jugend-Arbeitsgemeinschaften seit 1927.....	208
4.2.2	Verband nationaldeutscher Juden in Aachen.....	218
4.2.3	Bund deutsch-jüdischer Jugend 1933/1934	223
4.3	Die jüdischen Angestellten und die Boykottbekämpfung.....	236
4.4	Die Finanzverwaltung des Vereins	246
4.4.1	Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen	247
4.4.2	Einnahmen aus Sammlungen und Spenden.....	252
4.4.3	Wahlkampfgelder	255
4.4.3.1	Zuwendungen an politische Parteien	259
4.4.3.2	Reichstagswahlausschuss 1930.....	266
4.4.3.3	Das Wahlkampfjahr 1932	271
4.4.3.4	Wahlkampf, Verbotsandrohung und Terror 1933.....	278
4.4.4	Sparkurs nach 1933	287
Kapitel 5	Deutsch- versus jüdischnational: Eine Kontroverse und ihre	
	Auswirkungen.....	293
5.1	Herausforderung Zionismus	294
5.2	Die Haltung des CV gegenüber dem Keren Hajessod	301
5.3	Streit ums Geld.....	310
5.4	Erweiterte Jewish Agency und die neun Thesen Holländers 1928	314
5.5	Keren Hajessod-Aufruf und die Folgen 1929	324
5.6	Abwehrmonopol.....	332
5.7	Gemeindepresse, CV-Zeitung und ein Fazit	338

Kapitel 6 Der CV in der NS-Zeit 1933–1938	345
6.1 Der Beitrag rheinisch-westfälischer CVer zur Genese der Reichsvertretung der deutschen Juden	346
6.2 Rechtsunsicherheit und Staatsbürgerbewusstsein	353
6.3 CV-Beratungsstellen und die Reichsvertretung	356
6.4 Grenzen der CV-Rechtsberatung	362
6.4.1 Der CV und die freien Anwälte	364
6.4.2 Der CV im Wettbewerb mit dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten	372
6.4.3 Entehrung in Grevenbroich	381
6.5 Doppelmitgliedschaft 1934	387
6.6 Ausharren 1933–1935	393
6.7 Auswandern 1935–1938.....	405
6.8 Die Mitgliederbewegung im rheinisch-westfälischen Landesverband	416
6.9 Die Lage der Ortsgruppen im linksrheinischen Landesverband	420
6.10 Die Reorganisation der Landesverbände.....	427
Kapitel 7 Rechtsschutzarbeit nach 1933	435
7.1 ‚Greuelpropaganda‘	437
7.2 Boykott.....	440
7.2.1 Gebrüder Kaufmann AG, Dortmund.....	443
7.2.2 Kultur-Betrieb Kino.....	451
7.3 Öffentliche Aufträge: Reichsbahnschrott und der Festanzug der Deutschen Arbeitsfront	454
7.3.1 Export und Kennzeichnung ‚deutsch‘	462
7.4 Viehhandel und Milchverwertung.....	468
7.4.1 Die Metzger und das Schächtverbot.....	475
7.5 „Sonstiges“ und ein Fazit	484
Schlusswort	487
Abkürzungsverzeichnis.....	497
Quellen- und Literaturverzeichnis	499
Personenverzeichnis	521
Ortsverzeichnis	537
Kartenanhang	

Einleitung

Wurde der Unterschied zwischen der Begriffsbestimmung ‚deutscher Jude‘ und ‚Jude in Deutschland‘ vor dem Krieg in jüdischen wie nicht jüdischen Kreisen meist schon emotional und selten vorurteilsfrei diskutiert und problematisiert, so ist die Debatte um sie nach der Vernichtungserfahrung noch ungleich belasteter. Dabei werden allerdings kaum Zweifel an den beiden definitorischen Kategorien erhoben. Im Gegenteil: Religion und Nation gelten weithin als maßgebliche Identitätsstifter, vorgeblich relevant für das Selbst- und Gruppenverständnis des Menschen. Auch die Gründer des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, kurz CV, waren von dieser Lebensanschauung überzeugt, als sie sich 1893 in Berlin diesen langen, programmatischen Namen gaben. Und als deutete er es bereits an: Ein langer Atem würde notwendig sein, um den symbiotischen Gedanken, den der Begriff ‚deutscher Jude‘ impliziert, gesamtgesellschaftlich zu verankern.

Theoretisch war das möglich geworden, nachdem die rechtliche Gleichstellung zuerst in der Verfassung des Norddeutschen Bundes, dann vier Jahre später in der Verfassung des Deutschen Reichs von 1871 gewährt worden war. Tatsächlich waren allerdings die Widerstände dagegen, die der Begriff Antisemitismus in sich bündelt, genauso vielfältig wie unterschiedlich motiviert, etwa religiös, politisch, wirtschaftlich und rassistisch. Der CV hatte sich jedoch zur Aufgabe gemacht, diese Widerstände zu brechen, um „Recht und Ehre des deutschen Judentums in Theorie und Praxis“ zu wahren:

„Diese Aufgabe schließt in sich die Kenntnis aller derjenigen Bestrebungen, welche dem Judentum abträglich sind oder sein können. Infolgedessen hat der Zentralverein das gesamte Material über religiösen, allgemein-politischen und wirtschaftlichen Antisemitismus gesammelt, systematisch verarbeitet und sowohl in volkstümlicher als auch in wissenschaftlicher Weise in der Öffentlichkeit verbreitet. [...] Ein großes Arbeitsgebiet bildet die Bekämpfung der gegen den Talmud und Schulchan Aruch gerichteten Angriffe. [...] In allgemein politischer Beziehung ist [...] die Erkenntnis desjenigen Teiles der Judenfrage notwendig, der sich mit dem sogenannten wissenschaftlichen Antisemitismus befaßt. Deshalb sind die Rassentheorien von besonderer Bedeutung, da die Behauptung der angeblichen Minderwertigkeit der jüdischen Rasse stets von großem Werte für den Kampf unserer Gegner gewesen ist.“¹

Zum „Kampf“ rüstete sich der Verein, indem er von Berlin ausgehend eine Organisation aufbaute, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedlich viele Einzelmitglieder hatte. Zum Stichtag 1. Oktober 1924 hatte er den höchsten Mitgliederbestand seiner Geschichte erreicht: Von den rund 550.000 Glaubensjuden organisierte er 72.450

Nur dann, wenn ein Titel zum ersten Mal genannt wird, ist die Angabe nicht gekürzt. Zudem wird aus schreibökonomischen Gründen das generische Maskulinum verwendet.

¹ *Holländer, Ludwig*, Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in: Neue Jüdische Monatshefte (Hg.), Das deutsche Judentum. Seine Parteien und Organisationen. Eine Sammelschrift. Berlin, München 1919, S. 68-71, hier 68. Zu Holländer siehe die Darlegungen des ehemaligen Berliner Geschäftsführers *Hirschberg, Alfred*, Ludwig Holländer, Director of the CV, in: Yearbook of the Leo Baeck Institute (LBIYB), Volume VII, London, New York, Jerusalem 1962, S. 39-79.

Mitglieder in 21 Landesverbänden.² Vier Jahre später gab der Verein einigermaßen verlässlich an, dass seine Mitglieder in 3.260 Orten des Reiches zu finden waren, von denen 291 in seinem Landesverband Rheinland-Westfalen und 340 im Landesverband Linksrhein lagen.³ Thema der vorliegenden Arbeit ist die Organisationsgeschichte dieser beiden Vereinszweige, deren Arbeit von den Bedingungen dreier unterschiedlicher politischer Systeme bestimmt wurde, bis der CV am 10. November 1938 verboten wurde.

Zeitzeugenberichte

Der erste Chronist des Centralvereins nach dem Vereinsverbot war Kurt Sabatzky, Gründer der CV-Ortsgruppe Köslin in Posen und langjähriger Geschäftsführer des CV-Landesverbandes in der Provinz Sachsen. Sabatzky schrieb aus der noch frischen Erinnerung im englischen Exil einen gründlichen, aber undatierten Bericht in zeitlicher Nähe zum Einmarsch deutscher Truppen in die Sowjetunion, denkbar anlässlich des 50. Vereinsjubiläums 1943. Darin fasste er einige für ihn herausragende Ereignisse zwischen 1920 und 1939 zusammen. Als ehemaliger Geschäftsführer rekapitulierte Sabatzky erwartungsgemäß antisemitische und staatsfeindliche Vorfälle, die vornehmlich in Sachsen stattgefunden und unterschiedliche Reaktionen seines Vereins zur Folge gehabt hatten. Seine Darlegung verweist auf das Netz, das zwischen der Bekämpfung von (Rechts-)Extremisten und dem Verfassungs- sowie Minderheitenschutz bestand.⁴

Kritik am Verein, der diese Verbindung auflösen wollte, findet sich in der anonym veröffentlichten Schrift *Analysis of Central-Verein Policy in Germany* von 1945.⁵ In der Annahme, vernunftbegabte Menschen im Geiste des Liberalismus aufklären zu können, habe der CV die strukturellen Veränderungen der deutschen Gesellschaft als Folge des ökonomischen Fortschritts unberücksichtigt gelassen und deshalb auch das Wesen des Antisemitismus nicht begriffen, das weder durch die Abwesenheit des Intellekts noch von Erziehung oder kulturell-sittlichen Werten bestimmt sei. Bei seiner Bekämpfung habe der CV zudem einen übertriebenen Legalismus angesichts der Gewaltbereitschaft der Völkischen gepflegt, während es notwendig gewesen wäre, die staatsbürgerlichen Pflichten und die Treue gegenüber Verfassung und Reich aufzugeben. Der Anonymus nahm dabei die historisch und religiös begründete Andersartigkeit der Juden nicht zuletzt als Nation an. Angesichts des Erscheinungsdatums, des Vorwurfes und der zionistischen Sympathien brachte diese Schrift ehemalige CV-Mitarbeiter unter Rechtfertigungsdruck.

² Vgl. Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E.V. Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925. Nur zur persönlichen Information! Als Manuskript gedruckt, S. 89.

³ Vgl. 1926/1927. Zwei Jahre Arbeit im Central-Verein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens EV. Geschäftsbericht. Erstattet der Hauptversammlung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens EV 11.[,] 12. und 13. Februar 1928, S. 27.

⁴ Vgl. *Sabatzky, Kurt*, Meine Erinnerung an den Nationalsozialismus 1918–1939, als Manuskript gedruckt.

⁵ *Analysis of Central-Verein-Policy in Germany*, New York 1945.

Einige von ihnen meldeten sich nach Krieg und Vernichtung zu Wort, um Programm und Arbeit ihres Vereins zu verteidigen. Einer der ehemaligen Geschäftsführer in der Berliner Hauptgeschäftsstelle, Alfred Wiener, betonte den rein programmatischen Vereinsstandpunkt, als er von der religiösen und politischen Neutralität des CV sprach. De facto gab es diese Neutralität nicht. Auch die Haltung im Verein gegenüber den aus Osteuropa stammenden Glaubensgenossen war keineswegs immer positiv.⁶ Wieners Aufsatz liefert trotz idealisierender Aussage ergiebige Informationen vor allem über die Vereinsstruktur, die soziologischen Hintergründe leitender Protagonisten, deren rege publizistische Tätigkeit, ihre vielfältigen Arbeitsfelder, die jüdischen wie nicht jüdischen Vereinspartner und -gegner sowie – Sabatzkys Ausführungen ergänzend – weitere juristische Fallbeispiele mit Blick auf die Wahrung des demokratischen Rechtsstaates. Die Kausalzusammenhänge seines Scheiterns zeigte wiederum eine der wenigen ehemaligen exponierten CV-Referentinnen aus dem Blickwinkel des Vereins auf, Eva Reichmann-Jungmann.⁷

Ihr Gatte Hans, Syndikus des Landesverbandes Groß-Berlin, hatte bereits aus Anlass des 60. Vereinsjubiläums 1953 zum CV publiziert.⁸ 1962 folgte der Aufsatz *Der drohende Sturm. Episoden aus dem Kampf der deutschen Juden gegen die nationalsozialistische Gefahr 1929 bis 1933*⁹, in dem er einige der gezielt auf die Bekämpfung der NSDAP gerichteten Strategien und Maßnahmen auflistete, die gemeinsam mit den demokratischen Parteien, allen voran mit der SPD, praktiziert worden waren. Ähnlich wie Sabatzky präzisierte auch Reichmann die Abwehrmethoden. Wie dieser vergaß auch er nicht, die nach 1933 geleistete Vereinsarbeit zu erwähnen, etwa indem CV-Kontakte angedeutet wurden, die vor allem ins Reichswirtschaftsministerium wiesen, da der CV gerade dort gegen antijüdische Boykottaktionen und Ausschreitungen Beschwerde zu führen pflegte. Bis auf zwei kurze Abstecher in den Landesverband Bayern und ins Rheinland bezogen sich aber Reichmanns Ausführungen in erster Linie auf Berlin.

Andere Erinnerungsberichte ehemaliger CVer vor allem aus den Provinzen tragen demgegenüber eher biografische Züge und beschreiben nicht selten Aktivitäten im Dienste anderer Organisationen, die allerdings gedanklich durchaus im deutsch-jüdischen Windschatten des CV lagen. Im Leo Baeck Institut, Berlin, können entsprechende Berichte von dem Dresdner Rudolf Apt, dem in Breslau geborenen Fritz

⁶ Vgl. *Wiener, Alfred*, The Centralverein deutscher Staatsbürger juedischen Glaubens – Its Meaning and Activities, undatiertes Manuskript, S. 4.

⁷ *Reichmann-Jungmann, Eva*, Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe, 7. Aufl., Frankfurt/M. 1969; *dies.*, Die Lage der Juden in der Weimarer Republik, in: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (Hg.), Die Reichskristallnacht. Der Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Bonn 1959, S. 19-31.

⁸ Vgl. *Reichmann, Hans*, Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in: Council for the Protection of the Rights and Interests of Jews from Germany (Hg.), Festschrift zum 80. Geburtstag von Rabbiner Dr. Leo Baeck, London 1953, S. 63-75.

⁹ Der Aufsatz findet sich in: *Tramer, Hans* (Hg.), In zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag, Tel Aviv 1962, S. 556-577; vgl. ferner *Hirschberg, Alfred*, Die CV-Jahre von Hans Reichmann, in: Council of Jews from Germany (Hg.), Zum Gedenken an Hans Reichmann 9. März 1900 – 24. Mai 1964, London 1964, S. 27-34; siehe weiterhin *Wildt, Michael*, Hans Reichmann. Deutscher Bürger und verfolgter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen 1937 bis 1939, München 1998.

Goldschmidt, dem Gelsenkirchener Leo Gompertz oder der in Bochum geborenen Ottilie Schönewald eingesehen werden.

Einen wichtigen chronologischen Leitfaden für die Vereinsjahre unter dem NS-Regime liefert der Aufsatz des ehemaligen Essener Bürgers Ernst Herzfeld: *Meine letzten Jahre 1933–1938*.¹⁰ Herzfeld, langjähriger Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Westfalen und letzter Vorsitzender des Gesamtvereins, stützte sich darin auf Notizen, die der 1936 tödlich verunglückte Vereinsvorsitzende Justizrat Julius Brodnitz gemacht hatte. Mit diesem Erinnerungsbericht sind die ideologische Haltung des Vereins sowie teils diskrete Interna nach 1933 überliefert, aber kaum Hinweise, die nähere Auskunft über die Angelegenheiten seines Landesverband geben. Selbst die politischen Verbindungen, die die Mitarbeiter auf Landesverbandsebene vor Hitlers Regierungsübernahme geknüpft hatten, bleiben weitgehend im Dunkeln. Schon 1932 waren sie angewiesen worden, gegebenenfalls belastendes Material zu vernichten.

Primärquellen

Im Glauben, vernunftbegabte Mitmenschen aufklärend erziehen und so Vorurteile gegen Juden ausräumen zu können, gab der Verein vor 1933 zahlreiche Abhandlungen über religiöse, politische und wirtschaftliche Themen¹¹ – seit 1919 im hauseigenen Philo-Verlag – heraus. Auch wenn den Autoren unter dem Dach des Vereins persönliche Meinungsspielräume offenstanden, setzte die Finanzierung durch den Verein den Veröffentlichungen gewisse Grenzen. Die Arbeiten, die nicht nur aus der Feder von Vereinsaktiven stammten, hatten zudem wissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen. Um sich auch den publizistischen Herausforderungen einer modernen Massengesellschaft zu stellen, ergänzte der CV im Zuge der Erfolge der Nazis sein Lektüreangebot durch Druckerzeugnisse, die durch eingängige Parolen und knappe Gegenüberstellungen glänzten, etwa hier die vielen Ortsgruppen der NSDAP, dort die wenigen des Vereins. Zeitungsannoncen, Flugblätter, Einladungen, Wahlaufrufe konnte Alfred Wiener, als er 1933 ins Exil getrieben wurde, mitnehmen. Die Sammlung, die bis heute ständig erweitert wird, kann in der Wiener Library, Tel Aviv, und in großen Teilen auch in der Germania Judaica, Köln, eingesehen werden.

In Köln steht auch das Kompendium *Anti-Anti, Tatsachen zur Judenfrage*, das 1932 in siebter Auflage erschienen war. Griffiger als dieses umfangreiche Handbuch zur Bekämpfung antisemitischer Stereotype waren die CV-Kalender. Sie folgten seit 1928 dem so genannten Merkbüchlein. Diese Kalender, die nicht fortlaufend vorliegen, waren

¹⁰ Herzfeld, Ernst, *Meine letzten Jahre 1933–1938*, in: Das Münster am Hellweg. Essen 38. 1985, S. 67-220. Eine kommentierte Version findet sich im Archiv des Jüdischen Museums Berlin.

¹¹ Im Bestand der Wiener Library finden sich zumindest drei der ursprünglich vier Bände, die den Sachkatalog der Bibliothek des Centralvereins umfassen. Sie geben einen Eindruck von der Vielfalt der Themen, denen sich der CV widmete. Der erste Band enthält neun: Abwehr, Angriff, Amerika, Belletristik, Biografie und Gedächtnisreden, Freimaurerei, Geschichte (Biografien), Jugendbewegung, Literatur; der zweite Band nennt Medizin, Militaria, Ostjuden, Parlamente, Philosophie, Politik, Rechtspflege (Prozesse); der dritte Band enthält die Themengebiete Religion, Ritualmord, Schächtfraße, Schulen, Taufen, Universitäten, Varia, Vereine, Völkerkunde, Rassefrage, Volkswirtschaft, Zeitschriften, Zionismus/Palästina.

besonders gut geeignet, den Verein in den Alltag und somit ins Bewusstsein nicht zuletzt der eigenen Mitglieder zu bringen. Sie lieferten Kurzinformationen über den Aufbau der Organisation, ihre Satzung und Akteure, über das jüdische Vereinsleben in Deutschland, über politische Parteien und gegebenenfalls deren antisemitische Programme. Zu antijüdischen Vorurteilen lieferten sie gleich die passende Widerrede und boten weitere praktische Tipps für den Alltag. Diese Terminkalender im Taschenformat sind aber auch deshalb heute noch gute Informationsquellen, weil sie jeweils bestimmte Themenschwerpunkte besaßen und so mittelbar Auskunft über das gaben, was der CV in den jeweiligen Jahren für wichtig erachtete. Die Ausgabe des Jahres 1929 etwa thematisierte die erst ein Jahr zuvor unter demokratischen Gesichtspunkten revidierte Vereinssatzung und ferner die in den Mittelpunkt der Vereinsarbeit gerückte Bekämpfung des gegen Juden gerichteten Wirtschaftsboykotts. 1930 lag der Schwerpunkt auf Ereignissen, denen man historische Bedeutung zumaß, so der Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung, dem Youngplan und dem erwarteten Abzug britischer, französischer und belgischer Truppen aus dem Rheinland. Trostreich und ohne jegliche politische Aussage waren dagegen Ton und Inhalt der Ausgabe 1936/1937. Den wirtschaftlichen Ausschaltungsmaßnahmen, die bis dahin verhältnismäßig erfolgreich pariert worden waren, hatte der CV kaum mehr etwas entgegenzusetzen.

Im Gegensatz zu den für die Öffentlichkeit bestimmten Druckerzeugnissen sind die zu nennen, die intern kursierten. Zu dieser Quellengruppe gehören die zahlreichen Versammlungsprotokolle der Hauptversammlungen und Ausschusssitzungen. Sie geben Aufschluss über die herrschende Meinungsvielfalt im Verlauf vereinsinterner Entscheidungsprozesse. Üblich war es, die Protokolle im Vereinsorgan zu veröffentlichen, aus Platzgründen nicht selten in verkürzter Form. Vergleichbare protokollarische Dokumente von Versammlungen auf Landesverbands- oder auf Ortsgruppenebene sind dagegen selten.

Während die in der Weimarer Zeit stark politisch ausgerichtete *Central-Vereins-Zeitung – Blätter für Deutschtum und Judentum* (CVZ)¹² der Versammlungstätigkeit des Vereins im geschlossenen Kreis nur bescheidenen Raum schenkte, hatte sich ihre Vorläuferin *Im Deutschen Reich* (IDR) intensiv gerade diesen Zusammenkünften gewidmet. Die zu diesen Anlässen gehaltenen Reden sind häufig publiziert worden. Sie ergänzen die im Vereinsorgan zu findenden Inhaltsangaben der Ausführungen von (Gast-)Rednern gelegentlich öffentlicher (Wahl-)Kundgebungen, über die wiederum Zeitungsannoncen, Flugblätter und Einladungen informierten.

¹² Dieser hat sich *Reiner Bernstein* gewidmet. Siehe daher seine Arbeit: *Zwischen Emanzipation und Antisemitismus. Die Publizistik der deutschen Juden am Beispiel der Centralvereins-Zeitung, Organ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1923–1933*, Berlin 1969.

Der CV hatte seit 1927 ausgesuchte CVZ-Artikel in einer Monatsausgabe zusammengestellt, die für die Aufklärung nicht jüdischer Leser gedacht war. Mit diesem Thema setzte sich *Sabine Steinhoff* in ihrer Magisterarbeit auseinander: *Haben wir alles getan, was wir konnten?*, Köln 2004.

Bei De Gruyter wird die Studie von *Arndt Kremer* erscheinen: *Deutsche Juden – deutsche Sprache. Jüdische und jüdenfeindliche Sprachkonzepte und -konflikte 1893–1933*.

Auskünfte über die Vereinsaktivitäten geben allerdings nicht nur Protokolle, Reden und Denkschriften¹³, sondern auch die seit Kriegsende gängigen Tätigkeitsberichte, die zugleich Rechenschaftsberichte waren. Nahezu zeitgleich und ausschließlich intern kursierten die weitgehend anordnende Funktionen erfüllenden *Mitteilungen des Syndikus*, gefolgt vom *Central-Vereins-Dienst* und später von den *Führerbriefen*. Aktuell informierten sie über antijüdische Ereignisse und Rechtsschutzfälle, die Mustercharakter besaßen.

Zu der vielleicht vornehmsten Eigenschaft, die man im CV antreffen konnte, gehörte die Selbstreflexion, die mehr oder weniger kritisch ausfallen konnte. Man stand unter Rechtfertigungsdruck des zahlenden Mitgliedes. Diesbezüglich sind etwa die Äußerungen des Breslauer Ludwig Foerder über *Die Stellung des Centralvereins zu den innerjüdischen Fragen in den Jahren 1919–1926* in Form einer *Denkschrift für die Vereinsmitglieder*¹⁴ zu nennen, in der er seine Kritik an der mangelnden demokratischen Verfassung des Vereins äußerte. Zu erwähnen ist auch das 1931 formulierte Exposé des Sohnes des Vereinsvorsitzenden, Friedrich Brodnitz, unter dem Titel *Leistung und Kritik – eine Untersuchung über den C.-V. und seine Arbeit*.¹⁵

Diese Arbeiten dienten nicht nur der Selbstkontrolle. Sie waren auch Beiträge zur Standortbestimmung des deutsch-jüdischen Vereinskurses, der immer wieder durch innerjüdische wie äußere Herausforderungen geprüft, zuweilen sogar erschüttert wurde. Einen Überblick lediglich über die innerjüdischen Stimuli gibt etwa das 1925 veröffentlichte Büchlein des Karlsruher Rechtsanwaltes Dr. Jakob Marx, Vorsitzender des badischen Landesverbandes, zum Thema *Das deutsche Judentum und seine jüdischen Gegner*.¹⁶ Marx diskutierte darin die Stellung des Centralvereins gegenüber dem Verband nationaldeutscher Juden, der ein Produkt des eigenen rechten Randes war. Der Karlsruher hatte ferner die Haltung seines Vereins gegenüber den aus Osteuropa stammenden Juden im Blick und berücksichtigte infolgedessen das Verhältnis zwischen CV und der zionistischen Bewegung, über das ergänzendes Material im Zentral-Zionistischen Archiv in Jerusalem zu finden ist.

Eine umfassende Geschichtsschönik des Vereins wurde allerdings nie geschrieben. Lediglich mit der 1918 veröffentlichten Jubiläumsschrift Paul Riegers ist eine kleine Vereinsgeschichte überliefert.¹⁷

¹³ Vgl. etwa die Denkschrift von *Brodnitz, Friedrich, Cohn, Kurt, Tietz, Ludwig*, Der Central-Verein der Zukunft. Eine Denkschrift zur Hauptversammlung 1928 des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Als Manuskript gedruckt. Nachdruck auch auszugsweise nicht gestattet.

¹⁴ *Foerder, Ludwig*, Die Stellung des Centralvereins deutscher Staatsbürger zu den innerjüdischen Fragen, Breslau 1927.

¹⁵ *Brodnitz, Friedrich*, Leistung und Kritik – Eine Untersuchung über den C.-V. und seine Arbeit. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1931.

¹⁶ *Marx, Jacob*, Das deutsche Judentum und seine jüdischen Gegner, Berlin 1925.

¹⁷ *Rieger, Paul*, Ein Vierteljahrhundert im Kampf um das Recht und die Zukunft der deutschen Juden. Ein Rückblick auf die Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in den Jahren 1893–1918, Berlin 1918.

Diese genannten Primärquellen waren nach dem Krieg zugänglich, sodass eine ganze Reihe von Studien und Aufsätzen zum Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens vorliegt, für die Arnold Paucker 1968 die Initialzündung gegeben hatte.

Sekundärliteratur

Arnold Paucker hatte die Möglichkeit, Zeitzeugen, die im CV aktiv waren, zu befragen. Die vage Hoffnung, noch auf ehemalige rheinische oder westfälische CVer zu stoßen, zerstreute mir jedoch Shlomo Pashtan alias Alfred Perlstein, zeitweise Vorsitzender des Vereins ehemaliger Kölner und Rheinländer in Israel. Der Verein existierte zum Zeitpunkt des Gesprächs im Juni 2000 schon seit Jahren nicht mehr. Pashtan selbst ließ 1934 als 24-jähriger Zionist Köln hinter sich, um in Palästina zu siedeln. Für einen überzeugten CVer wäre ein derartiger Schritt im selben Jahr prinzipiell undenkbar gewesen. Letzterer versuchte vielmehr, verbliebene Gestaltungsmöglichkeiten in Deutschland zu nutzen, auch wenn die Methoden, die er unter freiheitlichen Bedingungen anwenden konnte, obsolet geworden waren.

Diese Methodenvielfalt beschrieb Paucker in seiner Studie über den *Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*. Auch in seinen späteren Arbeiten hat er sich dem Aspekt der jüdischen Selbstwehr gewidmet, der – würde man das Blickfeld erweitern – im Falle des CV das universelle Prinzip der streitbaren Demokratie erkennen lässt. Paucker hat allerdings neben den zivilen Abwehrmethoden ebenso den (para-)militärischen Beitrag von Juden bis in die Kriegsjahre hinein belegt.¹⁸

Der CV war jedoch weit mehr als ‚nur‘ eine Abwehrorganisation gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus. Aus diesem Grund bot es sich an, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihm zu systematisieren und seine Geschichte dreifach zu gliedern, um besondere Merkmale der jeweiligen Zeitabschnitte hervorzuheben und Zäsuren zu bestimmen. Diese zeitliche Gliederung richtet sich nach den staatlich-politischen Ordnungssystemen und den sie kennzeichnenden Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen: die Epoche des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Diese Brüche waren aber weitgehend nicht deckungsgleich mit denen, die den CV zumindest ideologisch prägten. Generell herrscht Einigkeit darüber, dass sich der CV seit 1912/1913 vom Abwehrverein gegen den Antisemitismus zum Gesinnungsverein insofern wandelte, als die deutsche Gesinnung seitdem stärker als Voraussetzung für die Abwehrarbeit erwartet wurde. Ebenso herrscht Einigkeit über den Wandel, den der CV um 1928/1929 durchlief, als er sich im Zuge politischer und wirtschaftlicher Unbeständigkeit stärker auf das Judentum besann. Der Erlass der Reichsbürgergesetze im September 1935 gilt schließlich als letzter tiefer Einschnitt, der das Ende des Vereins als Staatsbürgerverein markierte und ihn für die letzten drei Jahre seines Daseins zum Verwalter der wenigen verbliebenen Möglichkeiten werden ließ.

¹⁸ Neben den zahlreichen im Literaturverzeichnis aufgeführten Arbeiten von Paucker siehe auch *Toury, Jacob*, *Jewish Aspects as Contributing Factors to the Genesis of the Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*, in: LBIYB XXXVII, London u. a. 1992, S. 237-261.

Bei aller Einigkeit in diesen Punkten herrschte im Verlauf der 1980er Jahre Uneinigkeit über die Frage des Verhältnisses zwischen CV und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD). Die erste Debatte bezog sich auf die Zäsur von 1912/1913. Der These von Jehuda Reinharz zufolge koexistierten bis 1912 beide Organisationen friedlich. Für den Bruch sei dann aber der CV verantwortlich zu machen. Dem widersprach Marjorie Lamberti, die Reinharz vorwarf, in seinen Analysen lediglich den Blickwinkel der Quellen zionistischer Provenienz berücksichtigt zu haben.¹⁹ Ungeachtet seiner durchsichtigen persönlichen Bekenntnisse hat Reinharz, der sich vor allem mit der Entwicklung der zionistische Bewegung in Deutschland vor dem Krieg auseinandergesetzt hat, 1974 einen grundlegenden Aufsatz mit Überblickscharakter zur Organisation CV für die Zeit bis 1914 vorgelegt.²⁰ Besonderes Augenmerk richtete er darin auf die geistigen Väter des Centralvereins. Neben Gabriel Riesser ging er auf Moritz Lazarus und auch schon auf Hermann Cohen ein.²¹

Auf der Suche nach Verantwortlichkeiten ist ebenso die Frage kontrovers diskutiert worden, ob der CV auf die antisemitische Bedrohung – die sich im Verlauf des Ersten Weltkriegs verschärfte – adäquat reagiert habe. Teils unverblümt werden je nach persönlichem Standpunkt die Haltung und Reaktionen des CV mit denen der ZVfD nicht nur verglichen, sondern abgewertet. David Engel spricht dem CV ab, seiner Schutzfunktion nachgekommen zu sein. Engels Meinung nach wäre es angemessen gewesen, ein Bündnis mit der politischen Linken einzugehen und den zionistischen Überlegungen zu folgen, die für eine aggressivere Vorgehensweise plädiert hätten. Der CV sei außerdem bei der Bekämpfung des Antisemitismus zu einseitig von dem Bedürfnis bestimmt gewesen, sich von den Zionisten abzugrenzen.²² Besonders dem letzten Punkt widerspricht Jürgen Matthäus, der darauf verweist, dass die Zionisten vor dem Krieg überhaupt kein eigenes anti-antisemitisches Konzept besessen hätten. Bei der Beurteilung seien zudem die Bedingungen der nicht jüdischen Umwelt zu berücksichtigen, die Einfluss auf die Politik beider Organisationen genommen hätten, die im Schatten der deutschen Kriegsführung dezidiert jüdische Interessen in Polen und Russland verfolgt und Planspiele für die Nachkriegszeit entwickelt hätten.²³

¹⁹ Vgl. hierzu die Ausführungen von *Jehuda Reinharz* inklusive der relevanten Sekundärliteratur in: LBIYB XXXIII, *Advocacy and History: The Case of the Centralverein and the Zionists*, London u. a. 1988, S. 113-123; siehe ferner *Lamberti, Marjorie*, *The Centralverein and the Anti-Zionists Setting the Historical Record Straight*. Ebda., S. 123ff.

²⁰ *Reinharz, Jehuda*, *Deutschtum and Judentum in the Ideology of the Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens 1893–1914*, in: *Jewish Social Studies*, Vol. 36, New York 1974, S. 19-39.

²¹ Den ideengeschichtlichen Ansatz verfolgt auch *Jacob Borut*, der die Vorgeschichte des Centralvereins beschrieben hat. Er untersucht die innerjüdischen sowie die äußeren politischen und strukturellen Bedingungen, die dazu führten, dass Juden am Ende des 19. Jahrhunderts Eigenverantwortung übernahmen, sich organisierten und so ein neues Gruppenbewusstsein entwickelten. Vgl. *dens.*, *Der Central-Verein und seine Vorgeschichte. Deutschlands Juden am Ende des 19. Jahrhunderts*, in: *Jüdischer Almanach 1996/5756*, Frankfurt/M. 1995, S. 99-110; dazu ausführlicher *ders.*, *The Rise of Jewish Defence Agitation in Germany 1890–1895. A Pre-History of the C.V.?*, in: LBIYB XXXVI, London u. a. 1991, S. 59-96.

²² Vgl. *Engel, David*, *Organized Jewish Responses to German Antisemitism during the First World War*, Diss., University of California, Los Angeles 1979.

²³ Vgl. *Matthäus, Jürgen*, *Deutschtum and Judentum under Fire. The Impact of the First World War on the Strategies of the Centralverein and the Zionistische Vereinigung*, in: LBIYB XXXIII, London u. a. 1988, S. 129-147; siehe auch dessen Magisterarbeit: *Das Verhältnis zwischen dem*

Chaim Schatzker und Abraham Margalioț weisen ebenfalls auf Fehler hin, die der CV aufgrund seiner liberal-assimilatorischen Prägung ihrer Meinung nach beging und die ihn die politische Realität missdeuten ließen. Außerdem habe er nicht intensiv genug den Bündnisschluss insbesondere mit der deutschen Sozialdemokratie gesucht.²⁴ Evyatar Friesel dagegen wurde in diesem Punkt insofern zum bekennenden Anhänger des Historismus, als er darum bat, den CV aus den spezifischen Bedingungen seiner Zeit heraus zu begreifen. In der Debatte zwischen ihm einerseits und Schatzker sowie Margalioț andererseits ging es aber in erster Linie um die Frage, welchen Beitrag der CV geleistet habe „to the strengthening of Jewish life in Germany.“²⁵ Während Friesel diese Frage positiv beantwortete, da der CV durchaus jüdischen Gemeinschaftssinn in der Diaspora gefördert und auch repräsentiert habe, teilte vor allem Margalioț diese Anschauung nicht, wie sich anlässlich der vergleichenden Studie, die Friesel zum CV und dem American Jewish Committee vorgelegt hatte, zeigte. Nach Margalioț hinkte der Vergleich. Der CV habe im Gegensatz zu dieser US-amerikanischen Organisation stets nur ein ideologisch eingeschränktes Solidaritätsgefühl für Juden außerhalb der eigenen Staatsgrenzen entwickelt und insofern den Klal-Israel-Gedanken nicht vertreten. Auch innerhalb Deutschlands sei er kein einheitsstiftendes Sammelbecken gewesen, vielmehr nur ein honoriger „Bürgerverein“²⁶, der weder alle Schichten der deutschen Juden repräsentiert noch ein ideologisch-kulturell unbelastetes Verhältnis zu Juden osteuropäischer Herkunft gepflegt habe.

Sidney Bolkosky wiederum versuchte in seiner Studie *The Distorted Image* zu belegen, dass den CV das deutsche Wesen seiner Zwienatur nahezu vollständig eingenommen, somit geradezu neurotische Züge angenommen und dem CV deshalb den Blick auf die Realitäten verstellt habe. Das entscheidende Indiz für diese These sei die „absolute rejection“²⁷ des Zionismus, eine haltlose Behauptung, die aber Grundlage der gesamten Studie ist, die einen psychologisch-anthropologischen Ansatz verfolgt und im Übrigen über einen selten gewordenen prosopografischen Anhang verfügt. Auch wenn die Darstellung über die Ideengeschichte und über das Versagen der Methoden des Vereins durchaus anregt und in Zügen geteilt werden kann, so bleiben die überspitzte Hauptthese sowie die fehlende Sensibilität gegenüber der Tatsache, dass sowohl die deutschen Juden als auch der CV hoch differenzierte Gruppierungen waren, die maßgeblichen Schwächen der Arbeit Bolkoskys.

Die rechtshistorische Studie von Udo Beer *Die Juden, das Recht und die Republik 1919–1933* macht demgegenüber mithilfe einer umfassenden, wenngleich nicht immer präzisen Darstellung über das jüdische Verbandswesen deutlich, dass die deutschen

„Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (CV) und der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ (ZVfD) im Ersten Weltkrieg. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Eingesehen in der Germania Judaica, Köln.

²⁴ Vgl. Schatzker, Chaim, Comments on Evyatar Friesel's Essay in Year Book XXXI, in: LBIYB XXXIII, London u. a. 1988, S. 96-99.

²⁵ Friesel, Evyatar, A Response to the Observations of Chaim Schatzker and Abraham Margalioț. Ebda., S. 107-111.

²⁶ Vgl. Margalioț, Abraham, Remarks on the Political and Ideological Development of the Centralverein before 1914. Ebda., S. 101-107, hier 104.

²⁷ Bolkosky, Sidney M., *The Distorted Image. German Jewish Perceptions of Germans and Germany 1918–1935*, New York u. a. 1975, S. 17.

Juden keine homogene Gruppe bildeten und der CV – obgleich die größte und effektivste – nicht die einzige Organisation in Deutschland war, die Abwehrarbeit im Sinne von Rechtsschutzarbeit leistete. Von diesem Begriff ausgehend, leitet Beer den rechtshistorischen zweiten Teil seiner Studie ein, die den CV in seiner originären Arbeit beschreibt:

„Im weiteren Sinne ist hier als Rechtsschutz die Tätigkeit gemeint, die nötig ist, um einen Rechtszustand zu verteidigen oder zu verändern. Hierzu muß in erster Linie auf die zentralen Staatsorgane eingewirkt werden. Im engeren Sinne ist Rechtsschutz die Tätigkeit, die nötig ist, um einzelnen Rechtsverletzungen zu begegnen. Sie reicht von der Rechtsberatung bis zur Übernahme von (Muster-)Prozessen, umfaßt aber auch außergerichtliche Maßnahmen einschließlich publizistischer Begleitung. Ferner gehört dazu ein vorbeugender Rechtsschutz durch Veröffentlichungen und Verbreitung von Rechtsgutachten und anderen aufklärenden Schriften.“²⁸

Wenngleich Cyril Levitt der Ansicht ist, Beer hätte den Aspekt des Versagens von Justiz und Verwaltung im Weimarer Rechtsstaat nicht deutlich genug gemacht²⁹, ist dessen Studie weiterhin die einzige, die sich umfassend der Rechtspflege durch den Verein gewidmet und dabei immerhin einen der drei Geschichtsabschnitte abgedeckt hat. Beer stellt Maßnahmen vor, die der CV zur Durchsetzung des Gleichheitsgrundsatzes generell und der Religionsfreiheit insbesondere anstrebte. Im Zuge der Darstellung besonderer Strafrechtsbestände wie Religionsbeleidigung und Gotteslästerung geht Beer auch näher auf die Vorschläge und Initiativen des CV ein, die eine Reform des deutschen Strafgesetzbuches anregen wollten. Der Autor beschäftigt sich ferner mit dem grundlegenden Thema der das Wirtschafts- und Arbeitsrecht tangierenden Boykottbekämpfung, was in den Weimarer Jahren noch zivilrechtliche Unterlassungs- und Schadensersatzklagen zur Folge haben konnte, während die Beschwerde seit 1933 gängiger wurde.

Auf den politisch motivierten Wirtschaftsboykott konzentriert sich der Aufsatz von Sibylle Morgenthaler, die den CV, seine Verbündeten und Gegner sowie die wirtschaftlichen wie zwischenmenschlichen Folgen dieser Form des Ausschlusses vorstellt.³⁰ Sie erkennt regionale Unterschiede, Stadt-Land-Gefälle und tendenzielle Abhängigkeiten von den Wahlerfolgen der NSDAP, die die Entwicklung und Schwere der Boykottbewegung erklären. Morgenthaler geht wie Beer auf die juristischen Maßnahmen gegen den Boykott ein. Auch ihrer Darstellung darf entnommen werden, dass der CV, obwohl er den Wirtschaftsliberalismus befürwortete, ethisches Verhalten im Geschäftsleben einforderte.

²⁸ Beer, Udo, Die Juden, das Recht und die Republik. Verbandswesen und Rechtsschutz 1919–1933. Rechtshistorische Reihe, Bd. 50, Frankfurt/M. u. a. 1986, S. 87; siehe ferner *dens.*, The Protection of Jewish Civil Rights in the Weimar Republic. Jewish Self-Defence through Legal Action, in: LBIYB XXXIII, London u. a. 1988, S. 149-179.

²⁹ Vgl. den Aufsatz von Levitt, Cyril, The Prosecution of Antisemites by the Courts in the Weimar Republic. Was Justice Served?, in: LBIYB XXXVI, London u. a. 1991, S. 151-171.

³⁰ Vgl. Morgenthaler, Sibylle, Countering the Pre-1933 Nazi Boycott against the Jews. Ebda., S. 127-151.

Mit den Angriffen auf Juden und ihre Religion, die im Verlauf der Weimarer Republik vor allem in Bayern gerichtskundig wurden, hat sich Dirk Walter beschäftigt und dabei maßgeblich Quellen aus dem Moskauer Sonderarchiv ausgewertet.³¹

Die Bearbeitung von Einzelaspekten ist im Rahmen der Sekundärliteratur zum CV gängig. Erwähnt sei der Beitrag zu Walter Gyssling, einem Mitarbeiter des vom CV in Berlin betriebenen Tarnbüros Wilhelmstraße, das sich auf die Sammlung und Auswertung von Informationen im Zuge der Überwachung von Nationalsozialisten spezialisiert hatte.³² Am Beispiel einer der CV-Gallionsfiguren setzt sich Dietz Bering in einem Beitrag zur Geschichte des Alltagsantisemitismus mit der Stigmatisierung jüdischer Namen und ihrer agitatorischen Bedeutung auseinander.³³ Dem Antisemitismus in der Tourismusbranche widmet sich Frank Bajohr. Darüber hinaus finden sich immer wieder direkte oder indirekte Hinweise auf den CV in Gesamtdarstellungen zum deutschen Judentum im Allgemeinen und dem liberalen im Besonderen, die durchaus unter Berücksichtigung der Judenvernichtung darlegen, dass sich das facettenreiche jüdische Leben in Deutschland auch deshalb entfalten konnte, weil die deutsche Gesellschaft – wenn auch nur beschränkt – offen war und es einen Antisemitismus, der alle gesellschaftlichen Schichten vergiftete, nicht gab.³⁴

Hinsichtlich der Geschichtsschreibung zum CV haben nur wenige Arbeiten die Zeitgrenze des Jahres 1933 überquert und damit Fragen zu Reaktionen und Brüchen im Verein beantwortet. Eine kommentierte Quellenedition von Klaus Herrmann aus dem Jahr 1969 zeigt unter Berücksichtigung auch des CV die unterschiedlichen Reaktionen auf die NS-Politik bis 1934 und im Umkehrschluss die sich abzeichnende Weigerung, die vom CV vertretenen deutschen Juden am vermeintlichen Aufstieg des Reiches zu beteiligen.³⁵ Die Reaktionen des CV unmittelbar auf die Regierungsübernahme Hitlers hat wiederum Gisela Lebzelter in Kürze beschrieben.³⁶ Der Erste, der einen prägnanten

³¹ *Walter, Dirk*, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.

³² Vgl. *Hill, Leonidas*, Walter Gyssling, the Centralverein and the Büro Wilhelmstraße 1929–1933, in: LBIYB XXXVIII, London u. a. 1993, S. 193–208.

³³ *Bering, Dietz*, Von der Notwendigkeit politischer Beleidigungsprozesse. Der Beginn der Auseinandersetzung zwischen Polizeivizepräsident Bernhard Weiß und der NSDAP, in: *Grab, Walter, Schoeps, Julius H.* (Hg.), Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart, Bonn 1986, S. 305–330; siehe ferner *dens.*, Geeinte Zwienatur. Zur Struktur politischer Perspektiven im Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in: *Koebner, Thomas* (Hg.), Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und Publizistik 1931–1933, Frankfurt/M. 1982, S. 182–204.

³⁴ Vgl. etwa *Rürup, Reinhard* (Hg.), Die Juden in Deutschland zwischen Assimilation und Verfolgung, Göttingen 1983; *Benz, Wolfgang* (Hg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988; *Volkov, Shulamit*, Die Juden in Deutschland 1780–1918, München 1994. Im Anhang der im Auftrag des Leo Baeck Institutes herausgegebenen vier Bände Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit finden sich jeweils nach Themen strukturierte Literaturhinweise.

³⁵ Siehe *Herrmann, Klaus J.*, Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933–1934, Köln u. a. 1969.

³⁶ Vgl. *Lebzelter, Gisela*, Die Stellung des ‚Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘ zur Machtergreifung, in: *Michalka, Wolfgang* (Hg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn u. a. 1984, S. 344–356.

Überblick über die gesamte letzte Phase des Centralvereins gab, war Jürgen Matthäus.³⁷ Den in Einzelaspekte zergliederten Erkenntnisstand hat Avraham Barkai in seiner 2002 herausgegebenen Monografie zum Centralverein gebündelt. Barkai folgte darin dem ideengeschichtlichen Ansatz Boruts, den inhaltlichen Anregungen Reinharz' und Friesels Verteidigungshaltung bezüglich des Klal-Israel-Gedankens.³⁸ Ergänzend sei daher die viel rezensierte Arbeit von Matthias Hambrock über den Verband nationaldeutscher Juden zu nennen, die trotz ihres imposanten Umfangs in jedem Fall in Gänze gelesen werden sollte.³⁹

Die CV-Quellen aus dem ehemaligen Moskauer Sonderarchiv

Barkai hat bereits 1992 die Bedeutung der im ehemaligen Moskauer Sonderarchiv gelagerten 4.730 Akteneinheiten aus der Hauptgeschäftsstelle des CV erkannt.⁴⁰ Mittlerweile werden sie für thematisch ganz unterschiedlich gelagerte Forschungsarbeiten genutzt. Für diese Studie bilden sie die Hauptinformationsquelle und geben daher inhaltliche Schwerpunkte sowie Grenzen vor. Eingesehen wurden sie in den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem. Am Ende waren 83 Mikrofilme gesichtet, die abhängig von der Filmlänge aus jeweils zwischen 2.500 und 4.000 ‚Frames‘ bestehen.

Das Textmaterial, das in der Berliner Hauptgeschäftsstelle des Vereins zusammengetragen war, deckt nahezu ausschließlich die Zeit seit Ende des Ersten Weltkrieges bis 1938 ab. Es handelt sich dabei in erster Linie um eine Briefsammlung, konkret um die Korrespondenzen, die vereinsintern zwischen den Mitarbeitern aller Vereinsebenen sowie den Mitgliedern untereinander und extern etwa mit Behörden geführt wurden. Sie gehören damit zur Gattung Geschäftsbrief. Darüber hinaus finden sich Notizen, interne Anweisungen, Mahnungen, (Sach-)Anfragen, Rundschreiben und andere Mitteilungen in originaler oder vervielfältigter Form. Dabei fiel auf, dass der CV Musterkorrespondenzen selbst zu Anlässen, die im Verein bedacht wurden, wie Ehrungen, Jubiläen, Feiertage, Glückwünsche, Trauerreden, Verabschiedungen, Begrüßungen oder Jahresberichte, weitgehend mied. Persönlicher Stil, Bildungshintergrund und oft die Unmittelbarkeit der Situation werden auf diese Weise besonders greifbar.

³⁷ *Matthäus, Jürgen*, Kampf ohne Verbündete. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1933–1938, in: *Benz, Wolfgang* (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung (8), Berlin 1999, S. 248–277.

³⁸ *Barkai, Avraham*, Wehr Dich! Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893–1938, München 2002.

³⁹ *Hambrock, Matthias*, Die Etablierung der Außenseiter. Der Verband nationaldeutscher Juden 1921–1935, Köln u. a. 2003.

⁴⁰ Vgl. *Barkai, Avraham*, The C.V. and its Archives. A Reassessment, in: LBIYB XLV, London u. a. 2000, S. 173–182; siehe ferner *Aly, Götz, Heim, Susanne*, Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau (‚Sonderarchiv‘). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit, Düsseldorf 1993.

Den Ansprüchen einer guten Büroführung entsprechend, wurden die Textmaterialien zuerst nach sachlichen, dann nach chronologischen Aspekten zusammengefügt. Vieles geriet aber wegen Fahrlässigkeit bei der Ablage und auch umzugsbedingt durcheinander. Doch für jede Ortsgruppe wurde ein mehr oder weniger vollständiges Dossier angelegt und nach Datum, gleichgültig ob es sich um ein- oder ausgehende Post handelte, abgelegt. Die Briefe tragen alle typischen Gattungsmerkmale – abgesehen von den Abschriften, die häufig nicht einmal ein Namenskürzel aufweisen. Hier und da finden sich handschriftliche Ergänzungen, Kommentare, Hervorhebungen. Die Hervorhebungen, die von mir innerhalb der Zitate gemacht wurden, sind im Unterschied dazu in eckige Klammern gesetzt.

Mit dem Briefverkehr, der genauso Termin- und Themenabsprachen wie antisemitische Vorfälle thematisierte, wurde nicht die Absicht der bewussten historischen Überlieferung verfolgt. Die Korrespondenzen waren gegenwartsbezogen, weshalb einige Sachverhalte auch nicht abschließend bearbeitet wurden. In diesen Fällen wurden sie wohl vereinsintern als bekannt vorausgesetzt oder vertraulich behandelt.

Die umfangreiche Sammlung aus dem ehemaligen Moskauer Sonderarchiv beinhaltet außerdem eine ganze Reihe von Essays, Reden und Zeitungsartikeln. Statistisches Material findet sich ebenfalls, weil der CV betont quantitativ arbeitete, um wirtschaftliche und soziale Prozesse zu begreifen und die Daten für die Aufklärungsarbeit aufzubereiten.

Während diese Quellen den zeitlichen Schwerpunkt auf die Jahre zwischen 1919/1920 und 1938 legen, orientiert sich der zu behandelnde Raum an den Grenzen der CV-Landesverbände, die sich ihrerseits wiederum weitgehend an den Provinzgrenzen Preußens orientierten. Die Quellendichte ist für den Landesverband Rheinland-Westfalen, dessen Sitz in Essen war, höher als für das linksrheinische Verbandsgebiet. Das ursprüngliche Vorhaben, den rheinisch-westfälischen im Vergleich zum Landesverband Linksrhein zu bearbeiten, ließ sich aufgrund der teils mangelhaften Verwaltung in der Kölner Geschäftsstelle nicht stringent verfolgen. Deshalb sind die Darstellungen über die beiden Landesverbände komplementär zu sehen. Darüber hinaus wird es immer wieder notwendig sein, über die Verbandsgrenzen zu blicken, weil die CV-Funktionäre in der Provinz von der Hauptgeschäftsstelle in Berlin weisungsabhängig waren. Da außerdem die Vereinspolitik letztlich in Berlin entschieden wurde, werden Hintergründe zu beleuchten sein, damit die Reaktionen auf den unteren Vereinsebenen überhaupt eingeordnet werden können. Maßgeblich ist aber immer die Perspektive der CVer, wobei die Briefsammlung in erster Linie die abwechslungsreichen Tagesgeschäfte des Vereins dokumentiert. Der Fülle wegen ist es notwendig gewesen, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, die dieser Studie wiederum ihren institutionsgeschichtlichen Charakter geben.

Zu Anfang wird die Gründungsgeschichte der beiden westdeutschen Landesverbände nachgezeichnet. Die ersten beiden Kapitel skizzieren die zu behandelnden Themen für die Zeit vor 1918, um eine Gesamtdarstellung des CV aus der Perspektive der Landesverbände zu ermöglichen. Berücksichtigt werden dabei Programm und Vereinsrecht, die Auskunft über den Aufbau der Organisation, ihre Verwaltung und innere Struktur geben werden. Da der CV Zentrum aller deutschen Juden werden wollte, findet der Ausbau des Ortsgruppensystems stärkere Beachtung. Anhand der um 1919

einsetzenden Beschreibung einzelner Ortsgruppen und so genannter Propagandaorte⁴¹ werden in Kapitel 3 auch die Schwierigkeiten aufgezeigt, auf die der Verein bei der Sammlung und Bindung seiner Mitglieder stieß – dies angesichts unverwechselbarer regionaler Bedingungen und eines ausgeprägten jüdischen Vereinsangebotes. In diesem Zusammenhang werden ferner besondere Zielgruppen vorgestellt, um die innere Verfassung des Vereins zu unterschiedlichen Zeiten zu beschreiben. Es wird zu zeigen sein, dass der CV – trotz vielfältiger Schwierigkeiten hinsichtlich der Mitgliederwerbung und -verwaltung – beachtenswerte Bindekräfte besaß, zumal der Bezugsraum das älteste jüdische Siedlungsgebiet in Deutschland darstellt. Die regionale Auswahl erfolgte aber auch aufgrund der besonderen sozialen und wirtschaftlichen Struktur der rheinisch-westfälischen Industrieregion, die ihr viel beachtetes Berliner Pendant an Größe übertraf. Auch deshalb herrschte hier ein ausgeprägtes „regionale[s] rheinisch-westfälische[s] Sonderbewusstsein“, das „sich mit einem städtischen Identitätsgefühl“⁴² verband. Industrialisierung und Modernität offerierten jedoch genauso Entfaltungsmöglichkeiten, wie sie Probleme sozial-ökonomischer Natur verursachten. Vor diesem Hintergrund wird die Jugend- und Angestelltenfrage näher zu beleuchten sein, zumal im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Ausprägung der privaten Wirtschaft gerade im Sektor Handel den „sogenannten neuen Mittelstand“⁴³ im Unterschied zur Arbeiterschaft entstehen ließ. Diesem neuen Mittelstand, der kein „geschlossene[r] Block“, sondern ein „Konglomerat von Gesellschaftselementen völlig verschiedener äußerer Lage und Lebensform sowie Lebensauffassung“⁴⁴ war, gehörten ebenso die jüdischen Angestellten an. Während aber in den 1920er Jahre Teile der nicht jüdischen Angestelltenschaft mehr und mehr mit der NS-Bewegung sympathisierten, prägten Teile der jüdischen Angestelltenschaft zusehends ein sozialistisches Klassenbewusstsein aus. Ihr wirtschaftlicher und sozialer Abstieg, der durch die antijüdische Boykottbewegung im Nachkriegsdeutschland noch verschärft wurde, alarmierte schließlich Ende der 1920er Jahre den liberal-bürgerlichen CV. Seitdem versuchte er gezielt, die jüdischen Angestellten „zum Zwecke der

⁴¹ Im CV wurde der Begriff Propaganda, der bis „Ende des 19. Jahrhunderts politisch negativ besetzt blieb“ und schließlich mit den „Methoden faschistischer Indoktrination“ verbunden war, wohl deshalb unbekümmert verwendet, weil der Begriff zwischenzeitlich „in der Sprache der wirtschaftlichen Werbung mit dem der ‚Reklame‘ zusammengebracht worden war.“ Von dort fand er Eingang in die politische Terminologie und bezeichnete positiv „besondere Methoden [...] [der] Selbstdarstellung.“ Schieder, Wolfgang, Dipper, Christof, Propaganda, in: Brunner, Otto, Conze, Werner, Koselleck, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 69-112, hier 70.

⁴² Düwell, Kurt, Die rheinisch-westfälische Städtelandschaft als Industrie- und Selbstverwaltungsregion im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Landes- und Zeitgeschichte im Westen Deutschlands. Ausgewählte Beiträge von Kurt Düwell zu seinem 65. Geburtstag*, hg. von Hein-Kremer, Maritta, Hoebink, Hein, Wiesemann, Falk, Essen 2004, S. 59-65, hier 60; siehe in diesem Zusammenhang ferner dens., „Rheinisch-westfälisch“ und verwandte Bezeichnungen im 19. Jahrhundert. Eine Betrachtung über regionales Raumbewußtsein und seine sprachlichen Ausdrucksformen, in: ebda., S. 49-57.

⁴³ Kocka, Jürgen, Angestellter, in: Brunner, 1972, Bd. 1, S. 110-128, hier 126.

⁴⁴ Geiger, Theodor, Zur Theorie des Klassenbegriffs und der proletarischen Klasse, in: Trappe, Paul (Hg.), *Theodor Geiger. Arbeiten zur Soziologie. Methode – Moderne Großgesellschaft – Rechtssoziologie – Ideologiekritik*, Neuwied, Berlin 1962, S. 240.

wirksamen Wahrnehmung schichttypischer, materieller sowie sonstiger Interessen zu gewinnen.“⁴⁵ Auf die Grenzen dieser integrativen Ambitionen wird zu verweisen sein.

In Zusammenhang mit der Mitgliederverwaltung ist die Finanzverwaltung zu sehen. Der CV war ein nach streng wirtschaftlichen Kriterien arbeitendes Unternehmen. Kapitel 4 wird daher auf die Finanz- und Beitragspolitik des Vereins eingehen und dabei wirtschaftliche Krisen genauso beachten wie die Zahlungsmoral in den Ortsgruppen. Nach Posten gegliedert, wird besonders die Sammlungs- und Sponsorentätigkeit des Vereins auf Landesebene beschrieben, die mit politischen Hoffnungen und persönlichen Kontakten verknüpft war. Soweit dieses sensible und diskrete Arbeitsgebiet belegt werden konnte, kommt es zur Darstellung, um Möglichkeiten und Grenzen der Aufklärungsarbeit zu verdeutlichen.

Der CV war nicht nur mit Blick auf seine Kassenlage gezwungen, sich zu profilieren und seinen Bekanntheitsgrad zu steigern. Der Aspekt, wie der CV deshalb auf die Synagogengemeinden und jüdischen Organisationen der Region Einfluss zu nehmen versuchte, ist teils brauchbar dokumentiert und weist dabei auf die mitunter heftigen innerjüdischen Verwicklungen und ihre Folgen hin. Im Mittelpunkt steht das außerordentlich belastete Verhältnis des CV zum westdeutschen Gruppenverband der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, zum Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, aber auch zu anderen jüdischen Verbänden, deren Zweige in die Provinzen reichten.

Neben den innerjüdischen Aktivitäten pflegte der CV – aufgrund seiner politischen und juristischen Funktionen – mehr oder weniger intensive Außenkontakte. Über diese gibt vor allem seine rege, teils selbstdarstellerische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Auskunft. Gerade der Umgang mit Behörden erforderte einen tadellosen Ruf, eine gewisse Etikette und Sachkenntnis seitens der Menschen, die im CV aktiv waren und besonders seit 1933 Mut bewiesen. Aus diesem Grund wird die seitdem geleistete, nervenaufreibende Rechtsschutzarbeit und Wirtschaftsberatung im Zentrum der Kapitel 6 und 7 stehen, zumal sich das Selbstverständnis der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens im neuen Rechtsraum nur zögerlich wandelte. Einige ausgesuchte Fälle, die die Aufmerksamkeit des CV in den Provinzen Rheinland und Westfalen in seiner beratenden Funktion für Rechts- und Wirtschaftsangelegenheiten auf sich zogen, werden zur Darstellung gelangen. Ihre Auswahl ist der besonderen Wirtschaftsstruktur der Region gezollt. Ohnehin würde die Fülle der Wirtschafts- und Rechtsschutzfälle, mit denen sich der CV auseinandersetzte, den Rahmen dieser Studie überschreiten. Die hier darzustellenden Fälle werden sich auch nicht stringent an der Entwicklung der NS-Gesetzgebung, differenziert nach Berufsgruppen, orientieren. Stattdessen werden die Vorfälle und Maßnahmen ausführlich beschrieben, um die Arbeitsweise und Haltung des Centralvereins hervorzuheben, der keineswegs immer geordnet Informationen und Gerichtsurteile sammelte. Diese ergänzen dennoch die in deutschen Archiven lagernden Prozess- und Handakten von Polizei, Nachrichtendiensten und Regierungsbehörden, die bereits vielfach bearbeitet wurden.

⁴⁵ Ders., *Theorie der sozialen Schichtung*. Ebda., S. 202.

Sekundärliteratur zur Geschichte der Juden in Rheinland und Westfalen

1968 hat Kurt Düwell die Reaktionen rheinischer Juden auf den stufenweisen Prozess der rechtlichen und gesellschaftlichen Verdrängung bis hin zur Vernichtung dargestellt. Der Aspekt der Selbstbehauptung wird darin besonders betont, und die Grenzen möglicher anderer Widerstandsformen werden aufgezeigt.⁴⁶ Bereits fünf Jahre zuvor hat er *Das Schicksal der Juden am Rhein im nationalsozialistischen Einheitsstaat* thematisiert. Der Aufsatz wurde im Rahmen der grundlegenden Darstellung über die 2.000-jährige Geschichte der Juden entlang des Rheins, der *Monumenta Judaica*⁴⁷, veröffentlicht. 1985 folgte der von Falk Wiesemann herausgegebene Band *Zur Geschichte der Juden im Rheinland*⁴⁸, an den sich neuerdings ein von Monika Grübel und Georg Mölich herausgegebener Sammelband anschließt.⁴⁹

Anfang der 1960er Jahre begann auch die regionalhistorische Auseinandersetzung mit dem vernichteten westfälischen Judentum, wobei Hans Meyer eine Aufsatzsammlung vorgelegt hat, die die westfälisch-jüdische Geschichte seit der Emanzipation thematisiert.⁵⁰ Denselben Schwerpunkt verfolgte Arno Herzigs Studie.⁵¹ Rabbiner Bernhard Brillung leistete 1978 seinen Beitrag im Rahmen der Darstellungen der Religionsgemeinschaften in der Provinz Westfalen zwischen 1815 und 1945.⁵² Der historischen Aufarbeitung des Großthemas *Juden in Westfalen* widmete sich auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe etwa in Zusammenarbeit mit Diethard Aschoff.⁵³ Joachim Meynert und Arno Klönne haben sich wiederum konkret der Verfolgungsgeschichte der Juden seit 1933 in Ostwestfalen angenommen. Ihre Resultate wären grundlegend für eine Studie über den Zwerg-Landesverband des CV Ostwestfalen-Lippe und Nachbargebiete.⁵⁴

⁴⁶ Vgl. *Düwell, Kurt*, Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942. Beitrag zu einer vergleichenden zeitgeschichtlichen Landeskunde, Bonn 1968. Siehe ferner die späteren Arbeiten mit räumlich begrenzten Schwerpunkten von: *Simmert, Johannes*, Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Rheinland-Pfalz 1933–1945, Koblenz 1974; *Herrmann, Hans-Walter*, Das Schicksal der Juden im Saarland 1920–1945, Koblenz 1974; diese beiden Arbeiten entsprechen auch Band 6 der insgesamt sieben Bände umfassenden und zwischen 1972 und 1982 von der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz in Verbindung mit dem Landesarchiv Saarbrücken herausgegebenen Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945.

⁴⁷ *Schilling, Konrad* (Hg.), *Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein*. Handbuch, Köln 1963.

⁴⁸ *Wiesemann, Falk*, *Zur Geschichte der Juden im Rheinland*, Düsseldorf 1985.

⁴⁹ Vgl. *Grübel, Monika, Mölich, Georg* (Hg.), *Jüdisches Leben im Rheinland vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Köln 2005; siehe ferner *Zimmermann, Michael* (Hg.), *Die Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen*, Köln u. a. 1998.

⁵⁰ *Meyer, Hans Chanoch* (Hg.), *Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen*. Eine Sammelschrift. Frankfurt/M. 1962.

⁵¹ *Herzig, Arno*, *Judentum und Emanzipation in Westfalen*, Münster 1973.

⁵² *Brilling, Bernhard*, *Das Judentum in der Provinz Westfalen 1815–1945*, in: *Beiträge zur Geschichte der Preußischen Provinz Westfalen*, Bd. 2, Münster 1978, S. 106–143.

⁵³ *Aschoff, Diethard*, *Juden in Westfalen*, Münster, 1985.

⁵⁴ *Klönne, Arno, Meynert, Joachim*, *Verdrängte Geschichte. Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen 1933–1945*, Bielefeld 1986.

Einen Überblick über *Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933–1945*⁵⁵ gibt Anselm Fausts 1992 herausgegebener Sammelband. Da sich der Pogrom vom November 1938 für Einzelfalluntersuchungen eignet, ist er für die Region entsprechend gut dokumentiert. Mit dem Thema Vertreibung-Vernichtung-Rückkehr beschäftigt sich ein unter anderem von Arno Herzig 1994 publizierter Sammelband.⁵⁶ Barbian, Brocke und Heid behandeln ergänzend die zeitgenössische kulturgeschichtliche Bedeutung der Juden an der Ruhr.⁵⁷

Zu den Autoren, die sich den historischen Teildisziplinen gewidmet haben, gehört Avraham Barkai, der sich durch seine Studien zur jüdischen Wirtschaftsgeschichte unter besonderer Berücksichtigung des südwestfälischen Raumes profiliert hat.⁵⁸ In jüngster Zeit ist ein wachsendes Interesse zu verzeichnen, die ‚Arisierungen‘ stadtgeschichtlich aufzuarbeiten.⁵⁹ Zu nennen ist die Arbeit Nicola Wenges, die 2005 ihre Forschungsergebnisse zu den Alltagsbeziehungen von Juden und Nichtjuden während der Weimarer Jahre vorgelegt hat.⁶⁰ Es sind allerdings vor allem rechtshistorische Themen, die – unter teils auffälliger Berücksichtigung der Personengeschichte – die Stadtgeschichte bereichern.⁶¹ In diesem Zusammenhang sind die vergleichenden lokalhistorischen Forschungsarbeiten Horst Matzeraths zur Entwicklung der NS-Bewegung im Rheinland anzuführen.⁶² Arbeiten zur Parteien- und Verbandsgeschichte in Rheinland und Westfalen liegen unter anderem von Wilfried Böhnke zur Geschichte der NSDAP im Ruhrgebiet zwischen 1920 und 1933 vor.⁶³ Walter Pehle unternahm

⁵⁵ Faust, Anselm, Der improvisierte Pogrom. Die ‚Reichskristallnacht‘ 1938, in: ders. (Hg.), *Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933–1945*, Köln, Stuttgart, Berlin 1992, S. 152–161; ders., *Die ‚Kristallnacht‘ im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938*, Düsseldorf 1987.

⁵⁶ Herzig, Arno, Teppe, Karl, Determann, Andreas, *Verdrängung und Vernichtung in Westfalen*, Münster 1994.

⁵⁷ Vgl. Barbian, Jan-Pieter, Brocke, Michael, Heid, Ludger (Hg.), *Juden im Ruhrgebiet. Vom Zeitalter der Aufklärung bis in die Gegenwart*, Essen 1999.

⁵⁸ Siehe auch seinen Aufsatz: Die sozio-ökonomische Situation der Juden in Rheinland-Westfalen zur Zeit der Industrialisierung (1850–1910), in: Düwll, Kurt, Köllmann, Wolfgang (Hg.), *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik*, Bd. 2, Wuppertal 1984, S. 86–106.

⁵⁹ Siehe etwa Bopf, Britta, *Arisierung in Köln. Die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden in Köln 1933–1945*, Köln 2004.

⁶⁰ Wenge, Nicola, *Bedrohte Nähe. Alltagsbeziehungen zwischen Juden und Nichtjuden in Köln 1918–1933*, Frankfurt/M. 2005.

⁶¹ Siehe etwa Kronenberger, Friedrich L., *Die jüdischen Vieh- und Pferdehändler im Birkenfelder Land und in Gemeinden des Hunsrücks*. Schriftenreihe der Kreisvolkshochschule Birkenfeld, Bd. 8, Birkenfeld 1983; Schmalhausen, Bernd, *Schicksale jüdischer Juristen aus Essen 1933–1945*, Essen 1994; Luig, Klaus, ... weil er nicht arischer Abstammung ist. *Jüdische Juristen in Köln während der NS-Zeit*, Köln 2004.

⁶² Siehe etwa Matzerath, Horst, Turner, Henry A., *Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930–1932*, in: Becker-Jäckli, Barbara, Jung, Werner, Rüther, Martin (Hg.), *Nationalsozialismus und Regionalgeschichte. Festschrift für Horst Matzerath*. Schriften des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, Bd. 8, Köln 2002, S. 65–77.

⁶³ Böhnke, Wilfried, *Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933*, Diss., Marburg/Lahn 1970.

1976 Gleiches für den Regierungsbezirk Aachen.⁶⁴ Ingrid Buchloh zeichnete *Die nationalsozialistische Machtergreifung in Duisburg* nach.⁶⁵

Die Regale füllenden historischen Darstellungen über die vernichteten Synagogengemeinden beherbergt die Germania Judaica. Viele dieser Arbeiten streifen die jüdischen Vereine und nennen manchen CV-Protagonisten. Detaillierte Beschreibungen des jüdischen Vereinslebens können diese Studien ihres Ansatzes wegen jedoch nicht leisten. Daher sind lokale und regionale jüdische Organisationsgeschichten überhaupt und auch für die Region an Rhein und Ruhr weiterhin selten. Verkleinert haben diese Lücke Kurt Düwell, der den Kulturbund Rhein-Ruhr vorstellt⁶⁶, oder der Aufsatz von Pasquale Boeti über den Essener Turnverein HaKoach.⁶⁷

Da die Geschichte der jüdischen, politisch orientierten Vereine und Vereinszweige in den Provinzen noch nahezu unbearbeitet ist, hat die vorliegende Studie einen regionalgeschichtlichen Blickwinkel eingenommen, um den CV und seine Basisarbeit quellennah zu beleuchten. Angeregt wurde dieses Vorhaben auch durch die Behauptung Jacob Boruts, der die dominierenden Tendenzen in der deutsch-jüdischen Geschichtswissenschaft erkannte,

„das deutsche Judentum von seinem Zentrum her zu deuten: von Berlin aus. Diese Tendenz ist weit verbreitet und besagt, daß die Juden in der Provinz das Verhaltensmuster der Berliner Führung nur nachgeahmt hätten. Eine Untersuchung der jüdischen Selbstwehr gegen den Antisemitismus indessen macht deutlich, daß sie zumeist kaum in Berlin stattfand und sich auch keiner Berliner Initiative verdankte. Oft lag sie der Gründung des C.V. voraus und stand in keiner Verbindung zu ihm. Es ist denkbar, daß die Forschung hier Ursache und Wirkung verwechselt: Erst die jüdische Selbstwehr in der Provinz hat auch dem C.V. seine Schlagkraft verliehen.“⁶⁸

Sosehr Borut auch mit dem ersten sowie dem letzten Satz Recht behält, so irrt er in allem anderen, wenn es um den CV geht. Es wird zu belegen sein, dass dieser Abwehrverein kein Produkt der Provinzen war, sondern im Gegenteil von Berlin teils mühsam angeregt und dann auch geistig dominiert wurde. Der CV zog zweifelsohne mittelbar geistige Nahrung auch aus der partikulären Emanzipationsgeschichte in Rheinland und Westfalen.⁶⁹ Aber er war deshalb kein Produkt der Provinz – im

⁶⁴ Pehle, Walter H., *Die nationalsozialistische Machtergreifung im Regierungsbezirk Aachen unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen und kommunalen Verwaltung 1922–1933*, Diss., Düsseldorf 1976.

⁶⁵ Buchloh, Ingrid, *Die nationalsozialistische Machtergreifung in Duisburg. Eine Fallstudie*, Duisburg 1980.

⁶⁶ Düwell, Kurt, *Der Jüdische Kulturbund Rhein-Ruhr 1933–1938. Selbstbesinnung und Selbstbehauptung einer Geistesgemeinschaft*, in: Bohnke-Kollwitz, Jutta, Eckert, Willebald Paul, Golczewski, Frank, Greive, Hermann (Hg.), *Köln und das rheinische Judentum. Festschrift Germania Judaica 1959–1984*, Köln 1984, S. 427–441. Ders., *Jewish Cultural Centers in Nazi Germany, Expectations and Accomplishments*, in: Reinharz, Jehuda, Schatzberg, Walter (Hg.), *The Jewish Response to German Culture. From the Enlightenment to the Second World War*, Hannover u. a. 1985, S. 294–316.

⁶⁷ Boeti, Pasquale, „Muskeljudentum“. Der Turn- und Sportklub „Hakoah“ Essen – ein Jüdischer Sportverein im Ruhrgebiet, in: *Barbian*, 1999, S. 601–617.

⁶⁸ Borut, 1995, S. 102.

⁶⁹ Siehe in diesem Zusammenhang Monz, Heinz, Samuel Hirsch (1815–1889). Ein jüdischer Reformator aus dem Hunsrück, in: *Jahresblätter für westdeutsche Landesgeschichte* 17, 1991, S. 78–

Gegensatz zum deutschen Zionismus, der, nicht zuletzt vom Emanzipationsprozess enttäuscht, eine alternative Antwort auf die seit dem Ende des 18. Jahrhunderts kontrovers diskutierte Stellung der Juden in der nicht jüdischen Mehrheitsgesellschaft war.

101; *ders.*, Seiner Zeit voraus. Rabbiner Samuel Hirsch aus Thalfang (Hunsrück), in: Sachor. Zeitschrift für Antisemitismusforschung, jüdische Geschichte und Gegenwart (3), Essen 1994, S. 15-17.

Kapitel 1

Vom Selbstverständnis der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens

1.1 Gabriel Riesser

„Wenn wir entscheiden, daß eine geschichtliche Person ‚richtig‘ oder ‚falsch‘ gehandelt habe, so bleibt dies eine höchst relative und subjektive Angelegenheit; und es gibt nur einen absoluten und objektiven Wertmaßstab in der Geschichte: den der *sittlichen Bewährung*. Propheten, die das Kommende vorausverkünden, gehören zu den seltenen Genien; aber jede Zeit bedarf zur Behebung ihrer Nöte des Mannes der rettenden Tat.“¹

Mit dem Mann der rettenden Tat war einer der geistigen Väter des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gemeint, der Jurist Gabriel Riesser, liberaler Vorkämpfer der Emanzipation der Juden in Deutschland. Durchdrungen vom Ideal der Gleichwertigkeit aller Menschen und unter der Voraussetzung, dass das Judentum lediglich eine Religion, hingegen keine Nation bildete, stritt der 1806 in Hamburg geborene Spross einer aus Osteuropa stammenden Familie für die rechtliche Gleichstellung der Juden und „für eine Angleichung an die deutsche Umwelt.“² Sein Ziel, für die zur Integration in die christlich-deutsche Mehrheitsgesellschaft bereiten Juden das volle Bürgerrecht zu erstreiten, war allerdings kein absolutes, weil Riesser „die Erhaltung des Judentums über die Emanzipation gestellt“³ hatte. Der totalen Assimilation setzte er Grenzen und markierte so einen

„Wendepunkt in der Epoche der Assimilation: Ueberwindung des abtrünnigen oder lauen und gleichgültigen Judentums und Wiederkehr der glaubenstreuen, aufrechten und selbstbewußten jüdischen Haltung.“⁴

Rund 130 Jahre später ehrten die im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens organisierten geistigen Erben Riessers dessen Werk, zu einem Zeitpunkt, als das Streben um die Symbiose von Deutschtum und Judentum nicht mehr nur missbilligt

¹ C.V.-Zeitung [CVZ], Allgemeine Zeitung des Judentums, Eine Idee und ihre Zeit. 2. April 1806 – Gabriel Riesser – 2. April 1936, Nr. 14, 2. April 1936, 1. Beiblatt.

Bis 1935 lautete der Untertitel der CVZ: Blätter für Deutschtum und Judentum. Organ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V.

² Ebda.

³ Ebda.

⁴ Ebda.

wurde, sondern bereits verboten worden und nur noch mehr als „ewige Aufgabe [...] die Idee der Erhaltung des Judentums“⁵ geblieben war.

Angesichts der nationalsozialistischen Judenpolitik schien es, als ob „das Lebenswerk Gabriel Riessers widerlegt sei und sich als ein folgenschwerer Irrtum erwiesen habe.“⁶ Verantwortlich für diesen vermeintlichen Irrtum machte etwa Kurt Tucholsky, bevor es ihn im schwedischen Exil im Dezember 1935 in den Freitod trieb, die Juden selbst. Nach seiner Lesart war

„die Emanzipation der Juden [...] nicht das Werk von Juden. Diese Befreiung ist den Juden durch die Französische Revolution, also von Nichtjuden, geschenkt worden – sie haben nicht dafür gekämpft. Das hat sich gerächt.“⁷

Tucholskys Kampfbegriff war kompromissloser und deshalb nicht deckungsgleich mit dem Verständnis vom Widerstand gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus, das wiederum die Prototypen der ‚streitbaren Demokraten‘ im CV teilten.⁸ Ihr Begriff von gewaltlosem Kampf richtete sich streng nach den Prinzipien des Rechtsstaates in einer zivilen Gesellschaft, in der sich die Umgangsformen an einem bürgerlichen Verständnis von Anstand und Moral orientierten. Dabei lieferte Riessers Vorbild den später im CV Organisierten handlungsbezogene Leitlinien. Zu nennen ist zum einen sein „Schriftenkampf für die Emanzipation“⁹, der erzieherisch nach außen wie nach innen wirken sollte; Letzteres, um selbstbewusst, eigenverantwortlich und standhaft den Entwicklungsprozess der Gleichberechtigung gegen äußere Angriffe zu verteidigen. Riesser machte ferner vor, wie mit „Eingaben, Vorstellungen, Petitionen bei Behörden und Parlamenten“¹⁰ die Emanzipation reformerisch voranzutreiben war. Und wer auch immer so Errungenes zu schmälern versuchte, stieß bei ihm „auf eine Abwehrfront.“¹¹

Der Antrieb seines Handelns lag im Empfinden, als deutscher Jude eins mit der deutschen Umwelt zu sein. In diese Umwelt waren er und seine Gleichgesinnten entweder hineingeboren worden oder sie hatten sie einfach nur für sich akzeptiert, weil sie sich heimisch fühlten. Es war auch das Resultat eines gewachsenen Selbstverständnisses, das durch die viel versprechenden Möglichkeiten der industriell-wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im Allgemeinen und des rheinisch-westfälischen Raumes im Besonderen genährt worden war, wobei diese Möglichkeiten nicht selten den Aufstieg ins (Bildungs-)Bürgertum beschleunigt hatten.¹²

⁵ Ebda., 2. Beiblatt.

⁶ Ebda., 1. Beiblatt.

⁷ Ebda.

⁸ Zitiert in: *Benz, Wolfgang*, ‚Man muss sich schämen, Jude zu sein.‘ Tucholsky, die Juden in Deutschland und der Antisemitismus ab 1933, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* (5), Berlin 1996, S. 87-102, S. 99. Siehe auch *Belke, Ingrid*, ‚Antisemitismus habe ich nur in den Zeitungen zu spüren bekommen, im Leben nie‘. Tucholsky und der Antisemitismus bis 1933. Ebda., S. 66-86. Siehe aber vor allem *Hepp, Michael*, Kurt Tucholsky. Biographische Annäherungen, Hamburg 1999, S. 265-290.

⁹ CVZ, Eine Idee und ihre Zeit, Nr. 14, 2. April 1936, 1. Beiblatt.

¹⁰ Ebda.

¹¹ Ebda.

¹² Grundsätzlich zur Emanzipationsgeschichte in Deutschland siehe *Schulte, Christoph*, Die jüdische Aufklärung, München 2002; *Volkov*, 1994; *Brenner* u. a., Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, 1780–1871, Bd. 2., München 1996. Dort finden sich im Anhang weitere Literaturhinweise.

Sprachliche und äußerliche Unterscheidungsmerkmale verschwanden, was den Wandel der Lebens- und Denkformen dieser Menschen widerspiegelte, nachdem sie die Abgeschlossenheit der Ghettowelt verlassen hatten, weil sie sie verlassen wollten. Viele fanden Genuss an den neuen Freiheiten, während sich – parallel zur nationalen Einheitsbewegung – das Empfinden Bahn brach, durch Sprache, durch ein historisches Gedächtnis und gemeinsame gesellschaftliche Institutionen mit der christlichen Mehrheitsbevölkerung verbunden zu sein. Dieses Empfinden stimulierte den geradezu selbstverständlichen Wunsch Riessers als eines liberal-demokratischen Patrioten, gleichberechtigtes Glied innerhalb des begehrenswert erscheinenden ‚Landes der Dichter und Denker‘ zu sein. Aus diesem Grund tauchen auch später immer wieder Goethe- und Schiller-Zitate in den Publikationen des Vereins auf, um das Ideal des deutschen Humanismus gegenwartsbezogen zu transportieren. Darüber hinaus kannte schon Riesser nur ein Judentum, das den nationalen Charakter negierte und bloß den religiösen akzeptierte, sodass derart begriffsbestimmte Juden in der Tat „entweder Deutsche oder heimatlos“¹³ waren. Die Volks- und seit 1871 schließlich nationale Zugehörigkeit trug also allein das Attribut ‚deutsch‘.

Riesser hatte sich von den orthodoxen Wurzeln seiner Religion gelöst. In den Augen seiner geistigen Erben war er „durchaus modern gesinnt, wenn auch kein radikaler Neuerer [...] Der gemäßigten jüdischen Reformbewegung“ neigte er zu, und als solcher gelangte er dann auch 1848 „von der Ebene der politischen Publizistik aus [...] in die große deutsche Politik.“¹⁴ Riessers Karriere galt als nachahmungswürdig. Er scheute sich allerdings auch nicht vor der politischen Auseinandersetzung, bewies somit Verantwortungsbewusstsein und demonstrierte seine Zugehörigkeit zum gesellschaftlichen Ganzen. Tucholskys Behauptung, die Emanzipation sei den Juden „wie eine reife Frucht in den Schoß gefallen“¹⁵, musste daher allein schon vor Riessers Beispiel als ungerecht zurückgewiesen werden. Kämpferisch hatte sich der Reformler in der Frankfurter Nationalversammlung den politischen Vertretern des freisinnigen und aufgeklärten Bürgertums angeschlossen, zumal er ein zutiefst

„bürgerlicher Mensch [war]. Kein Vorläufer, auch kein Zuspätgekommener, sondern ein rechter Sohn eines bürgerlichen Jahrhunderts. Exponent jener einfachen, nüchternen, undekadent-gesunden, biedereren und normalen Menschenform, die keiner anderen Offenbarung bedarf, als schwerer Dienst[,] tägliche Bewahrung, Fleiß, Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein, Sorge um das Gemeinwohl, Liebe zur Heimat, zum Vaterland, Treue und Zuverlässigkeit, Honorigkeit um jeden Preis, Verbundenheit mit dem Kreis, den seine Wirksamkeit erfüllt: alle diese echten Bürgertugenden zeichneten ihn aus. Aber sie allein hätten es nicht vermocht, einer schlichten bürgerlichen Natur geschichtlichen Akzent zu verleihen, wenn nicht die Mobilisierung der sittlichen Kräfte sie über sich selbst hinausgehoben hätte. [...] Alles kam naiv, kindlich, fast schämig heraus, und doch konnte er plötzlich Schneid zeigen.“¹⁶

¹³ CVZ, Eine Idee und ihre Zeit, Nr. 14, 2. April 1936, 1. Beiblatt.

¹⁴ Ebda.

¹⁵ Ebda.

¹⁶ Ebda., 2. Beiblatt.

1.2 Gründerjahre und Vereinsgründung

Diese bürgerlichen Tugenden nahmen die geistigen Erben Riessers an. Sie teilten zudem seine tiefe Gläubigkeit in den vermeintlichen liberalen Fortschrittsgedanken. Die reformerische Entwicklung hin zum Besseren, zum Höheren schien durch die gestalterische Tat für alle gesellschaftlichen Bereiche möglich, zumindest solange ein sittlicher Grundkonsens bestand, der das subjektive Faustrecht bannte und diesem die genormte, öffentliche Gewalt entgegensetzte. Ihr Funktionieren hing fundamental von der Treuebindung des Bürgers und Staatsdieners ab, wobei Letzterer seine Bindung durch Eid besiegelte.

Die Chancen, die der Liberalismus bot, wurden ganz individuell von den Angehörigen der jüdischen Religionsgemeinschaft genutzt, wobei sie ebenso von regional unterschiedlichen politisch-rechtlichen und wirtschaftlich-sozialen Voraussetzungen abhingen.¹⁷ Die Juden waren auch deshalb keine homogene Gruppe, weil sich innerhalb der Religion synkretistische Erscheinungen auftraten. Die Synagogengemeinden vereinten religiöse Richtungen, die von der Orthodoxie bis hin zum Reformjudentum reichten. Insbesondere an den sich mehrenden interkonfessionell geschlossenen Ehen konnte schließlich die gegenseitige Öffnung abgelesen werden.

Die jüdische Religion hatte demnach noch bevor der CV gegründet worden war ihre Bedeutung als Identitätsstifter und für den stabilisierenden Gemeinschaftserhalt eingebüßt. Seine Gründung wurde notwendig, weil die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens an die frühen Grenzen der Integrationsbereitschaft der christlichen Mehrheitsbevölkerung stießen.¹⁸ Ungeachtet der Verfassungszusagen blieb der christliche Staat den Juden gegenüber misstrauisch, was ihre Aufnahme in seine Dienste weiterhin erschwerte.¹⁹ Die liberale politische und wirtschaftliche Bewegung, die vielen CVern bürgerliche Sicherheit zu versprechen schien, war spätestens seit der wirtschaftlichen Depression der Gründerjahre zu einem unsicheren Unternehmen geworden. Parallel zu dieser Entwicklung organisierten sich Judenfeinde und Verfassungsgegner in Abhängigkeit ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Eigeninteressen in Parteien und Verbänden und äußerten sich mehr und mehr rassistisch.²⁰ Demgegenüber verharteten liberal gesinnte Juden in ihrem Glauben an den sittlichen deutschen

¹⁷ Zur Emanzipationsgeschichte in der Provinz Rheinland siehe *Monumenta Judaica*, S. 282ff.; *Herzig*, 1973, S. 40ff.; *Aschoff*, 1985, S. 14ff.; siehe ferner den Aufsatz von *Brilling*, 1978, sowie den Sammelband von *Meyer*, 1962; siehe zudem den Leitartikel aus dem 1894 gegründeten Vereinsorgan *Im Deutschen Reich. Zeitschrift des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens [IDR]*, *Wie wir Staatsbürger wurden*, Nr. 5, Mai 1897, S. 239-247.

¹⁸ Vgl. *Reichmann-Jungmann*, 1969, S. 17.

¹⁹ Bereits die preußische Verfassung vom 31. Januar 1850 kannte keine Standesvorrechte mehr. Ferner garantierte sie in Artikel 12 Religionsfreiheit, wobei diese allerdings durch Artikel 14 eingeschränkt wurde, da dieser den christlichen Charakter Preußens unterstrich. Vgl. die Verfassungsurkunde in: *Boldt, Hans* (Hg.), *Reich und Länder. Texte zur deutschen Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, Bd. 1, Düsseldorf 1987, S. 429.

²⁰ Vgl. *Jochmann, Werner*, *Akademische Führungsschichten und Judenfeindschaft in Deutschland 1866–1918*, in: *ders.* (Hg.), *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945*, S. 13-30. Nach Jochmann durchlief die „erste Welle des Antisemitismus in den Jahren 1878 bis 1885“ neben Berlin in erster Linie die von der Industrialisierung geprägten Regionen Schlesiens, Westfalens und des Rheinlandes. *Ebda.*, S. 20f.

Kulturstaat und seine egalitäre Integrationskraft. Sie nahmen an, antisemitische Vorurteile verschwänden infolge des gesellschaftlichen Fortschrittes. Im Zuge des Antisemitismus der Gründerjahre war Riessers Aktionismus bei den Nachgeborenen in Vergessenheit geraten. So hielt es

„die Mehrzahl der Juden für das Richtigeste, sich in den Schmollwinkel zu flüchten. Man hatte sie beleidigt und sie warteten, bis man käme, sich bei ihnen zu entschuldigen. Sie hielten es für weise und vornehm, bei allen Beleidigungen zu schweigen und alle Ehrenkränkungen still entgegenzunehmen im Vertrauen darauf, daß sich ihr Beleidiger besinnen und sein Unrecht selbst gutmachen werde. Ein anderer Teil war schwach genug, sich nach irgendeinem Ausweg umzuschauen, um sich unbemerkt aus dem Zusammenhang der Beleidigten hinwegzuschleichen. Sie glaubten, durch ihren Uebertritt zur Landeskirche oder durch die Taufe ihrer Kinder die Judenfeindschaft wenigstens von sich und den Ihrigen abwenden zu können. [...] Sie brachten das Gewissensopfer, angeblich um restlos im Deutschtum aufzugehen. Die Mehrzahl der deutschen Juden hatte sich so sehr an abwartende Bescheidenheit gewöhnt, daß sie jeden lauten Mahner ängstlich zur Ruhe wies.“²¹

Zu diesen wenigen Mahnern gehörten der Philosoph Moritz Lazarus und sein 1880 gegründetes Dezemberkomitee. Jüdische schlagende Studentenverbindungen wurden dann seit Mitte der 1880er Jahre wegen wachsender antisemitischer Übergriffe an deutschen Universitäten aktiv. Gegen solche, Deutschlands Ansehen schädigende Ausschreitungen wandten sich seit 1891 auch christliche Honoratioren, indem sie den Verein zur Abwehr des Antisemitismus gründeten, zu dem sich bald das jüdische Komitee zur Abwehr antisemitischer Angriffe gesellte.²² Einigermaßen erfolglos blieben diese Abwehranfänge angesichts der Haltung, die im Vorhaben der Berliner jüdischen Gemeinde des Jahres 1892 zum Ausdruck kam, eine Abordnung an den Kaiser zu entsenden, um sich seines Schutzes zu vergewissern. Dieses Verhalten erinnerte an Zeiten, in denen der Schutz von Leib und Gut erkaufte werden musste und also persönlich bestimmt war. Als hätte das Zeitalter der Aufklärung am Ende des 19. Jahrhunderts keine wesentlichen Spuren hinterlassen, erboste sich namentlich Raphael Löwenfeld, bezeichnenderweise der Leiter des Berliner Schiller- und Lessing-Theaters, angesichts dieser devoten Haltung, die bewies, wie fragil noch das Rechtsbewusstsein und das Vertrauen in die eigenen Gestaltungskräfte waren. Löwenfeld meinte dazu:

„Wieder wollen unberufene Vertreter in bester Absicht einen Schritt tun, der uns nur Unehre und Schaden bringen kann. Lassen wir es nicht dahin kommen, protestieren wir einmütig gegen ein Bittgesuch an den Monarchen! Helfen wir uns aus eigener Kraft! Nicht Schutzjuden wollen wir sein, sondern Staatsbürger. Dazu aber gehört zweierlei. Wir müssen mit aller Kraft die Gleichberechtigung, die uns nur auf dem Papiere gewährleistet ist, auch in der Praxis des Lebens erstreben, und wir

²¹ Rieger, 1918, S. 12f.

Zu den Motiven, die zur Gründung des CV führten, siehe den Leitartikel der IDR, Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens – am Schlusse seines ersten Lustrums, Nr. 1, Januar 1898, sowie den Artikel des Generalsekretärs des Vereins: Levy, Alphonse, Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am Schlusse des ersten Jahrzehnts, Nr. 1, Januar 1903.

²² Vgl. Schorsch, Ismar, Jewish Reaction to German Anti-Semitism, London, New York 1972, Toury, Jacob, Anti-Anti 1889–1892, in: LBIYB XXXVI, London u. a., 1991, S. 47-57; Suchy, Barbara, The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (I). From its Beginnings to the First World War, in: LBIYB XXVII, London u. a. 1982, S. 204-241.

müssen diese Gleichberechtigung durch eine fortgesetzte Arbeit der Selbsterziehung verdienen. [...]

1. Wir sind nicht deutsche Juden, sondern deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens.
2. Wir brauchen und fordern als Staatsbürger keinen anderen Schutz als den der verfassungsmäßigen Rechte.
3. Wir gehören als Juden keiner politischen Partei an. Die politische Anschauung ist, wie die religiöse, die Sache des einzelnen.
4. Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Nationalität. Wir haben mit den Juden anderer Länder keine andere Gemeinschaft, als die Katholiken und Protestanten Deutschlands mit den Katholiken und Protestanten anderer Länder.
5. Wir haben keine andere Moral als unsere andersgläubigen Mitbürger.
6. Wir verdammen die unsittliche Handlung des einzelnen, wes Glaubens er sei; wir lehnen jede Verantwortung für die Handlung des einzelnen Juden ab und verwahren uns gegen die Verallgemeinerung, mit der fahrlässige oder böswillige Beurteiler die Handlung des einzelnen Juden der Gesamtheit der jüdischen Staatsbürger zur Last legen.²³

Löwenfeld erinnerte an Riessers unvollendetes Streben. Zwar war die rechtliche Gleichstellung fixiert, aber weder praktisch durchgesetzt noch ins breitere gesellschaftliche Bewusstsein eingedrungen. Dieses Defizit teilte die Mehrheit der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens. Folglich galt es, diese selbst in Staatsbürgerkunde zu unterweisen, ihnen ihre Rechte und ihrer Pflichten gleichermaßen bewusst zu machen, die durch die staatsrechtliche Stellung definiert waren.

Während Riesser seinen Beitrag dazu geleistet hatte, die Emanzipation auf den Weg zu bringen, lag es nun an seinen Erben, den 1867/1871 verliehenen Rechtsanspruch mit dem Ziel zu verteidigen, als Bürger des deutschen Reiches in allen Lebensbereichen Gleichberechtigung zu erfahren. Die Verteidigung dieses Anspruches lag nicht nur im Interesse der deutschen Juden, sondern im gesamtgesellschaftlichen. Mit jedem gegen sie gerichteten Rechtsbruch, der vereitelt werden konnte, verhalf man letztlich „dem Bürgerfrieden zum Siege.“²⁴

Auf dieser Grundlage gelang es Löwenfeld Anfang Februar 1893, 200 ihm gleichgesinnte Berliner jüdische Notabeln zu versammeln. Zu ihnen gehörten der Arzt Dr. Martin Mendelsohn, erster Vereinsvorsitzender, ferner der Vater der späteren Weimarer Reichsverfassung, Dr. Hugo Preuß, sowie der Rechtsanwalt Dr. Eugen Fuchs. Sie einigten sich darauf, ein organisatorisches Zentrum zu formieren, das sich der gedanklichen und praktischen Durchsetzung der sechs Thesen Löwenfelds annehmen sollte. Schließlich war am 26. März 1893 der formelle Akt mit der Eintragung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ins Vereinsregister am Amtsgericht Berlin-Mitte getan. Der neue Verein gab sich eine Satzung, in der er sich die Aufgabe stellte,

„die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens, ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung zu sammeln, um sie zu bestärken in der thatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung und in der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedient sich der Verein aller

²³ Rieger, 1918, S. 14f.

²⁴ Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Bericht der Rechtsschutz-Commission über ihre bisherige Thätigkeit erstattet in der ordentlichen Versammlung vom 16. April 1894, Berlin 1894, S. 5.

moralischen und gesetzlichen, den Vereinsorganen zweckdienlich erscheinenden Mittel. Insonderheit leiht der Verein seine Beihilfe zur Durchführung des Rechtsschutzes und widmet sich der Aufklärung, Belehrung und Veredlung durch Wort und Schrift.“²⁵

1.3 Deutsches und jüdisches Selbstverständnis

Riessers und Löwenfelds Impulse hatten damit eine organisatorische Plattform gefunden. Im Gegensatz zu den früheren anti-antisemitischen Einzel- und Gruppenaktionen verstand es der CV allerdings besser, die Herausforderungen der Massengesellschaft und politischen Massenbeeinflussung zu adaptieren und bald erfolgreich umzusetzen.²⁶ Öffentlichkeitswirksam wollte die neue Interessenplattform als Zentrum aller deutschen Juden gewichtig genug werden, um ihren politisch-rechtlichen sowie moralischen Ansprüchen Nachdruck zu verleihen. Dafür war es notwendig, das devote und passive Verhalten der jüdischen Glaubensgenossen zu beeinflussen, um es in selbstbewusstes und eigenverantwortliches Engagement zu wandeln. Zentrale Bedeutung kam daher dem Bewusstsein für die Bedeutung der Staatsbürgerschaft zu.

Seit 1871 hatte der Staat jedem Deutschen gleiche Rechte und Pflichten eingeräumt. Kein deutscher Staatsbürger durfte aufgrund seines Glaubens oder seiner politischen Anschauung wegen benachteiligt oder bevorzugt werden. Selbstverständlich schlossen derartige Rechte eines Staatsbürgers die Pflichten mit ein. Zum Prüfstein der staatsbürgerlichen Gesinnung wurde dabei vor allem die Loyalität gegenüber dem, was man für das Wohl des Staates hielt. Die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten war folglich nicht immer rational motiviert. Die Gefolgschaft hatte auch ihre emotionale Dimension, wie sie deutlich in der freiwilligen Bereitschaft zum Dienst an der Waffe zum Ausdruck kam. Ferner wurde es zur verpflichtenden Geisteshaltung, die staatliche Ordnung durch die Unterordnung unter die konstitutionellen Regeln zu gewährleisten. Im Gegenzug hatte der Staat die gewährten Rechte zu hüten, dem Sicherheitsbedürfnis seiner Bürger nachzukommen und so den Ordnungsgedanken zu vertreten und durchzusetzen. Obwohl nach liberalem Verständnis das wahre Freiheitsideal nur in der Demokratie erfüllt war, blieb die Staatsform für den Verein eher sekundär, solange nur die staatsbürgerliche Gleichstellung gewahrt blieb und sie nicht ihrer Heimat beraubt wurden.

Nach dem Verständnis der Vereinsfunktionäre war der Erwerb der Staatsbürgerschaft zum einen durch das subjektive Moment des Willens definiert, zum anderen durch das objektive Merkmal der Zugehörigkeit, das durch Geburt erworben wurde.²⁷ Die in Deutschland lebenden Juden wuchsen seit der Befreiung aus der Ghettoisolation in die Kultur und Sprache der sie umgebenden Gesellschaft hinein. Der tägliche Kontakt mit

²⁵ So der Textlaut der ersten beiden Paragraphen der ‚Satzungen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Angenommen in der constituierenden Versammlung am 4. April 1893‘. Bestand *Germania Judaica*.

²⁶ Siehe hierzu *Borut*, 1991.

²⁷ Vgl. *Brodnitz, Friedrich*, u. a., *Der Central-Verein der Zukunft*, S. 10. Der thematische Schwerpunkt dieser Arbeit lag auf der Frage des Vereinsnachwuchses.

dem, was sie als deutsche Kultur verstanden, bedingte und erleichterte die Annahme deutscher Kulturgüter. Dass dieser Akkulturationsprozess bei den frühen CVern bereits von der Enkulturation abgelöst worden war, belegen die Ausführungen des zeitweisen Vereinsvorsitzenden Eugen Fuchs.²⁸ Seine Haltung wurde von dem nationalstaatlichen Denken bestimmt, das seine Zeit prägte, wobei die Nation die relevante hierarchische Bezugsebene darstellte. So war er fest davon überzeugt,

„daß, wenn ich mit einer Reihe von Menschen in die fremde Wildnis verschlagen würde, ich zuerst Annäherung an den Deutschen suchen würde, mag er Jude oder Christ sein, und daß ich nicht in allererster Reihe zu dem mich hingezogen fühlen würde, der nicht Deutscher, aber Jude ist. So wie ich, wenn die Erdteile gegeneinanderstehen, mich auf die Seite der Europäer stellen würde, gleichgültig, ob sie Christen oder Juden sind, und mich keineswegs zu Afrikanern oder Asiaten hingezogen fühlen würde, bloß weil sie Juden sind.“²⁹

Fuchs fühlte sich von Menschen, die außerhalb der so genannten westlichen Zivilisation standen, entfremdet. Indirekt besiegelte der in Posen geborene Fuchs den Gegensatz zwischen dem Zivilisierten und dem Barbaren analog zum klassisch-römischen Gesellschaftsbild. Für Menschen anderer kultureller Prägung bedeutete das allerdings auch, dass ihnen die Möglichkeit offenstand, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, vergleichbar etwa mit dem germanischen Barbaren, dem das römische Bürgerrecht verliehen werden konnte:

„Natürlich kann der bloße Wille den Fremdvölkischen nicht zum Völkischen machen, so wenig er den Neger zum Weißen, den Mongolen zum Kaukasier machen kann. Je länger aber der einzelne Volksgenosse im fremden Volke lebt, um so mehr werden die objektiven Fremdheitsmomente zurückgedrängt und es tritt das subjektive Willensmoment in den Vordergrund.“³⁰

Die in Deutschland geborenen Juden konnten demgegenüber keine so bezeichneten Fremdvölkischen sein. Ihr Geburtsrecht ließ sich nach CV-Lesart von einer über 2.000 Jahre währenden Siedlungsgeschichte in Deutschland ableiten, denn „Talmud-Lehrer sprechen davon, daß **jüdische Niederlassungen in Germanien** schon v o r C h r i s t i G e b u r t bestanden“³¹ hätten. Die Aktiven im Verein bewiesen in ihrer Argumentation bestimmt nicht immer Präzision, weil ihnen die Botschaft wichtiger war. In diesem Fall wurde also das Geburtsrecht im übertragenen Sinne nicht nur mit der Zugehörigkeit zu den frühesten Siedlern gerechtfertigt; im Tross der Römer entlang des Rheins wurde man quasi zu den Erben jener Sendboten, die im störrischen Germanien die Zivilisation einführten. Das war die eigentliche Aussage, die man nur anzudeuten wagte, während man zu keinem Zeitpunkt so weit ging, sich gegebenenfalls mit der von den Deutschtümlern so fatal strapazierten vermeintlichen Freiheitsschlacht der Germanen unter Arminius gegen die Römer zu identifizieren, die im Westfälischen stattgefunden haben soll.

²⁸ Die Vorsitzenden des Vereins waren Martin Mendelsohn (1893–1894), Maximilian Horwitz (1894–1917), Eugen Fuchs (1917–1922), Julius Brodnitz (1922–1936), Ernst Herzfeld (1936–1938).

²⁹ *Fuchs, Eugen*, Um Deutschtum und Judentum. Gesammelte Reden und Aufsätze (1894–1919), Frankfurt/M. 1919, S. 253.

³⁰ Ebd., S. 250.

³¹ Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hg.), *Anti-Anti. Tatsachen zur Judenfrage*, 7. Aufl., Berlin 1932, S. 10a.

So zeitlich ungenau die erste Begegnung der jüdischen Siedler etwa mit den Ubiern ausgemacht werden konnte, so präzise konnte man Kaiser Konstantins Erlass aus dem Jahre 321 anführen, der den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Köln die Übernahme städtischer Ämter erlaubte.³² Schwarz auf weiß ließ sich damit, auf ein wenigstens 1.600 Jahre altes Geburtsrecht verweisend, belegen, nicht ‚fremdvölkisch‘ zu sein. In diesem Zusammenhang bestritt Eugen Fuchs keineswegs, dass die Juden

„einst eine Nation, ein Volk gewesen [waren], heute sind die Juden des Westens [aber] nur eine religiöse und soziale Gruppierung im Staat, kein Volk im Staat, ein Stamm in der Nation, keine Nation.“³³

Neben Territorialitäts- und Indigenatsprinzip bekam die Rechtfertigung noch eine emotionale Note, denn

„solange es eine deutsche Sprache gibt, leben Juden in Deutschland. Am Rhein saßen sie zu römischer Zeit. Dort blieben sie bis auf den heutigen Tag. Wo sie herkamen, ist für die einfache natürliche Heimatliebe genau so gleichgültig wie die Herkunft der germanischen Stämme [...] Merkwürdige Menschen müßten die Juden sein, wenn ihre Heimatliebe nicht dem Lande gehören würde, in dem sie so lange oder länger leben als die germanischen Stämme, die aus dem Osten hereinbrachen.“³⁴

Diese Auslegung mag von einem, der das Germanentum verherrlichte und rassistisch zu untermauern versuchte, als Anmaßung und Provokation empfunden worden sein. Dabei wollte die Botschaft des Vereins nicht spalten, sondern einigen. Der CVer sah sich als Mitglied eines der Stämme, die seit 1871 die deutsche Nation formten, weshalb es für ihn selbstverständlich war, patriotische Gefühle zu entwickeln und diese zu hegen.³⁵ Da er damit aber auf Ungläubigkeit stieß, sah er sich zuweilen genötigt, überschwänglich seinem Patriotismus Ausdruck zu verleihen:

„Ich spreche deutsch, empfinde deutsch; deutsche Kultur und deutscher Geist erfüllen mich mehr als hebräische Dichtung und jüdische Kultur. Bin ich in der Fremde, so sind Deutschland, deutsche Natur, deutsche Volksgenossen der Gegenstand meiner Sehnsucht; ich mag im Orient nicht leben und nicht sterben. Wie meine Eltern und Voreltern deutscher Staub geworden sind, so will auch ich es dereinst werden.“³⁶

Im Verlauf des Emanzipationsprozesses wuchs die Entfremdung von orthodoxen Religionstraditionen, zumal religiöse Anschauung und Ausübung als rein private Angelegenheit verstanden wurden. Dementsprechend individuell selektiv war das, was man unter Judentum verstehen konnte. Entsprechend unverbindlich im Inhalt blieben daher die CVer, als sie feststellten, „daß in uns das Jüdische erst wieder zum Leben erweckt, aus tiefen Gründen hervorgeholt werden muß.“³⁷ Im Gegensatz aber zu den totalen Assimilanten, die im Centralverein als Renegaten, Treulose und sogar als

³² Vgl. Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hg.), *Wir deutschen Juden 321–1932*, Berlin 1932, S. 3.

³³ *Fuchs*, 1919, S. 240.

³⁴ CVZ, *Heimat und Volkstum*, Nr. 10, 5. März 1926, S. 110.

³⁵ Über die „Spielarten kollektiver Zugehörigkeitsgefühle“, -merkmale und ihre Fiktionen siehe grundsätzlich *Hobsbawm, Eric J.*, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt/M., New York 1991, S. 59; siehe im selben Kontext *Geary, Patrick J.*, *Europäische Völker im frühen Mittelalter. Zur Legende vom Werden der Nationen*, Frankfurt/M. 2002.

³⁶ *Fuchs*, 1919, S. 251.

³⁷ *Ebda.*, S. 255.

Fahnenflüchtige bezeichnet und abgelehnt wurden³⁸, stritt Fuchs die vermeintlichen Gründe der Anfeindung nicht ab und bemerkte für die eigene Person, dass er

„als Jude e i n e b e s o n d e r e E i g e n a r t habe, daß die jüdische Abstammung, das jüdische Vaterhaus mir nicht eine bloß religiöse, sondern auch eine besondere geistige und wohl auch körperliche Prägung mitgegeben haben.“³⁹

Das war aber nur die eine Seite seiner Prägung, denn Fuchs sah sich wie das Kind, dessen Wesen in Einklang war, da es im Verlauf seiner familialen Sozialisation von Vater und Mutter gleichermaßen geprägt worden ist. Seinerseits in typisierenden Begriffen formulierend, trennte ihn folglich die jüdische Prägung

„nicht in nationaler Beziehung von den deutschen Christen, beeinträchtigt meine Zugehörigkeit zur Gattung Volk nicht und entfremdet mich dem Deutschen so wenig, so wenig die besondere Stammesprägung in nationaler Beziehung den friesischen Bauern vom rheinischen Industriearbeiter oder vom Berliner Proletarier trennt. Ich fühle mich als Anwalt sozial und geistig dem christlichen Anwalt näher, als dem jüdischen Händler oder Handwerker.“⁴⁰

Was aber bedeutete die jüdische Religion für den CVer? Für ihn bedeutete Judentum weniger Religiosität als vielmehr „Formfaktor der modernen Kultur [...] Die Lehre von dem einen einzigen Gott, das Prinzip der Willensfreiheit und der unbedingten Verpflichtung zu sittlichem Handeln.“⁴¹ Es schloss „das Persönlichkeitsideal, das Religionsideal, das Familienideal, das sozial-ethische Ideal, das Wissens- und Bildungsideal und das Friedensideal“⁴² ein. Die jüdische Religion war Ursprung und Träger einer kulturellen, westlichen Tradition. Deshalb war Fuchs stolz darauf, Jude zu sein, und

„nicht, weil wir uns als auserlesenes Volk betrachten, sondern weil wir die Erben der ältesten Kultur sind, weil das Judenvolk es ist, das seit den Propheten den großen ethischen Ton in das Menschheitskonzert gebracht, und weil das große tragische Pathos, das die natürliche Welt versittlichen will, doch am Ende aus Juda stammt und erst von dorthin in das Christentum übergegangen ist.“⁴³

Juden bildeten eine Stammes- und Glaubensgemeinschaft, die ein gemeinsames historisches Bewusstsein verband. Diese Definition von Judentum hob zugleich die Gemeinsamkeiten der beiden monotheistischen Konfessionen hervor, die einander gar nicht so fremd waren, da das Christentum von den sittlichen Idealen des Judentums geprägt worden war. Theoretisch fanden sich diese Berührungspunkte also auch im christlich-deutschen Kulturstaat wieder. Doch musste das Judentum für den CV noch eine weitere Funktion ausüben: Wegen antisemitischer Anfeindungen war es ihm eine wichtige „Kraftquelle.“⁴⁴

³⁸ Vgl. ebda., S. 352.

³⁹ Ebda., S. 252.

⁴⁰ Ebda., S. 252f.

⁴¹ CVZ, Des Judentums kulturbildende Kraft, Nr. 8, 4. Oktober 1929, unpaginiert.

⁴² CVZ, Warum sind und bleiben wir Juden?, Nr. 11, 16. Dezember 1932, S. 513.

⁴³ Fuchs, 1919, S. 353.

⁴⁴ CVZ, Warum sind und bleiben wir Juden?, Nr. 11, 16. Dezember 1932, S. 513; siehe auch CVZ, Angriff auf die Seelen, Nr. 25, 19. Juni 1931, S. 317.

Um sich den Anfeindungen gegenüber seelisch widerstandsfähig zu machen, bedurfte es, und dies war sehr utilitaristisch gedacht, eines grundlegenden Wissens vom Judentum. Der CV verstand sich deshalb allerdings nicht als eine Organisation mit religiösen Themenschwerpunkten. Er war eine Rechtsschutzorganisation mit dem Ziel, am politischen und gesamtgesellschaftlichen Leben gestaltend teilzunehmen. Aus diesem Grund hieß es unmissverständlich: „Wir sprechen hier natürlich nicht vom Religionsunterricht“⁴⁵, sondern „von der Vermittlung des Judentums als Wissenschaft.“⁴⁶ So waren es vornehmlich die Religions- und Geschichtswissenschaft, die den CVern geeignet schienen, jederzeit nachprüfbar Ergebnisse liefern zu können, um sich gegen Lügen und Verleumdungen der Antisemiten – dem Ton nach oft apologetisch – zu wehren. Dieses gut gemeinte, aber mehr als unsichere Unternehmen wurde ergänzt durch die Ausnutzung der juristischen Möglichkeiten, wobei die Mittel des Vereins immer ziviler und legaler Natur blieben. Nach außen war die politische Missionsaufgabe⁴⁷ in seiner Funktion als Abwehrverein gegenüber dem Antisemitismus begründet. Als Gesinnungsverein beruhte sie wiederum nach innen in der Erziehung zum deutschen Staatsbürger und selbstbewussten Juden. Dabei speiste sich sein Sendungsbewusstsein aus der felsenfesten Überzeugung, „daß deutsche Art und jüdisches Wesen in ihrer Vereinigung“ sich nicht zum Negativen addieren: „Sind beides herrliche Arten, so kann aus der Vermischung nicht eine Mißgeburt herauskommen.“⁴⁸

Fuchs wollte im Verein mit seinen Gesinnungsfreunden den Beweis erbringen, dass die deutsch-jüdische Symbiose realisierbar war.⁴⁹ Der vermeintlich zum Vergleich einladenden Klagen von Goethes Faust hätte man sich daher gewiss nicht angeschlossen, der da meinte:

„Zwei Seelen wohnen, ach! In meiner Brust,
Die eine will sich von der andern trennen;
Die eine hält in derber Liebeslust
Sich an die Welt mit klammernden Organen;
Die andre hebt gewaltsam sich vom Dunst
Zu den Gefilden hoher Ahnen.“⁵⁰

Faust schien für sich nicht begriffen zu haben, dass diese beiden Seelen, die ihn in ihrer vermeintlichen Gegensätzlichkeit quälten, in Wahrheit eine Einheit bildeten, die – wenn man es nur zuließ – harmonisch in Einklang miteinander gebracht werden konnten. Für einen CVer war Fausts Zwiespalt also nichts anderes als ein erdichteter.

Der Entschluss, den Nachweis für die Existenz der deutsch-jüdischen Symbiose zu erbringen, hatte eine ausgesprochen produktive Wirkung auf viele CVer. Ihre

⁴⁵ CVZ, Ohne Wissen kein Judentum, Nr. 4, 26. Januar 1933, S. 89.

⁴⁶ CVZ, Die jüdische Aufgabe des C.V., Nr. 11, 8. Januar 1932, S. 12.

⁴⁷ Vgl. *Fuchs*, 1919, S. 309ff.

⁴⁸ Ebda., S. 133.

⁴⁹ *Benz, Wolfgang*, Die Legende von der deutsch-jüdischen Symbiose, in: *Merkur* 45, 1991, S. 168-174; *Diner, Dan*, Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz, in: *ders.: Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zur Historisierung des Historikerstreits*, Frankfurt/M. 1988, S. 186-197.

⁵⁰ *Goethe, J. W.*, Faust – Tragödie erster Teil, Reclam Ausgabe, Stuttgart 1984, S. 34.

Leistungsbereitschaft wurde geradezu leidenschaftlich stimuliert. Aber auch nicht ohne Trotz hieß es:

„Wir werden dem Vaterlande zeigen, daß man ein guter Deutscher sein und ein guter Jude bleiben kann. Daß unsere Arbeit und unser Ringen dem deutschen Vaterland und dem Juden zum Segen gereicht!“⁵¹

Im Rahmen der Beweisführung sollten die künftigen Leistungen Zeichen ihres Patriotismus, Belege der Pflichterfüllung und letztlich Ausdruck des Bedürfnisses sein, wenn nicht die Zuneigung des Vaterlandes, dann wenigstens die Rechte, die es eingeräumt hatte, in vollem Umfang einzufordern. Die Erfolgsaussichten schienen anfangs günstig zu sein, denn „ein Staat, welcher die sittliche Höhe des Deutschen Reiches erstiegen hat, kann von derselben nicht wieder heruntersteigen.“⁵² An dieser optimistischen Fiktion änderte zunächst auch die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler noch nichts. Zu stark war im CV das Verständnis von Deutschtum mit liberalem und humanistischem Gedankengut verbunden, sodass er zu einer der letzten geistigen Bastionen des Liberalismus in Deutschland wurde, dessen Produkt er war. Nach dieser ideologisierten Geisteshaltung richtete sich sein Handeln, allerdings nicht ohne die eigenen Prinzipien immer wieder an die jeweiligen Zeitumstände anzupassen, um sich von Neuem zu bewähren. Dazu brauchte es aber zuerst organisatorischer Strukturen, deren Aufbau im Westen des Reiches ganz bescheiden begann.

⁵¹ *Fuchs*, 1919, S. 286.

⁵² *Rieger*, 1918, S. 19.

Kapitel 2

Der CV in der Kaiserzeit 1893–1918

2.1 Die Sammlung der ersten Mitglieder 1893–1903

„[...] gedrunenen Kampf im Geiste der Wahrheit zu bestehen, damit an der Besserung nach Innen und Außen alle mitarbeiten, die aus der Noth der Zeit die Pflicht der Selbstverteidigung erkannt haben. Wir treten nicht in Gegensatz zu bestehenden Organisationen, die ähnlichen Zielen nachstreben, wir wollen neben und mit ihnen wirken – auf dem Wege der **Selbsthilfe** im Lichte der **Öffentlichkeit**. So hat ein Jeder die Möglichkeit und damit auch die Pflicht, zu dem großen Werke der Selbstvertheidigung beizutragen. Mitbürger und Glaubensgenossen. Wir fordern Euch zum Beitritt auf. Säumet nicht zu kommen!“¹

Noch namentlich konnte die kleine Schar von wenigen hundert Juden, die in 128 Orten im Reich dem Gründungsauf Ruf vom Mai 1893 gefolgt war, in dem ersten Halbjahresbericht des Vereins aufgelistet werden.² Folgerichtig auffällig war die Präsenz der Berliner Mitglieder. Noch gering war die Zahl derer, die sich aus dem Rheinland und Westfalen angeschlossen hatten. Davon waren drei aus dem linksrheinischen Aachen, neun aus Köln, einer aus Krefeld, neun aus Düsseldorf, vier aus Essen, einer jeweils aus Münster, aus Lübbecke/Westfalen, aus dem westfälischen Lüdenscheid, aus Olpe sowie aus Velten. Gemäß den Bestimmungen der Satzung von 1893 hatten diese Mitglieder die Voraussetzung der Großjährigkeit erfüllt und waren im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte.³ Durch ihren Beitritt verpflichteten sich diese Herren dem Zweck des Vereins und unterstützten ihn finanziell mit einem in Paragraph 6 der Satzung vorgeschriebenen vierteljährlichen Mindestbeitrag von bescheidenen 50 Pfennig. Jede von ihnen freiwillig geleistete zusätzliche Förderung war Maß für die zugemessene Bedeutung der in Paragraph 1 beschriebenen Vereinsaufgabe, die unter besonderer Beachtung der vaterländischen Verbundenheit formuliert worden war. Bis Ende 1935 lautete der Auftrag,

„die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens, ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung, zu sammeln, um sie zu bestärken in der thatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung und in der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung.“⁴

¹ CVZ, An die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens. Ein Aufruf. Berlin, Mai 1893, Nr. 10, 5. März 1926, S. 126.

² Vgl. Satzungen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1893. Darin findet sich eine Liste der ersten Mitglieder. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Berliner CV-Hauptgeschäftsstelle noch in der Kronenstraße. Später verzog das Büro zuerst in die Linden-, dann in die Emserstraße.

³ Vgl. ebda., Paragraph 5.

⁴ Ebda.

Geld als Kampfmittel war noch sekundär. Im Vordergrund stand die Sammlung der Mitglieder, die sowohl in Westfalen als auch in der Rheinprovinz lohnend war. Die beiden preußischen Provinzen konnten seit Mitte des 19. Jahrhunderts einen auffallenden Anstieg des jüdischen Bevölkerungsteiles verzeichnen. Zählte im Jahre 1852 die Rheinprovinz noch 8.266 Juden und Westfalen 4.312, so hatte sich ihre Zahl bis 1910, ohne die Juden des Saarlandes, auf 57.692 bzw. auf 21.036 erhöht.⁵

An dieser Bilanz hatte sich bis 1925 nicht allzu viel verändert. Im Rheinland betrug ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung knapp 1 Prozent. Bezogen auf die einzelnen *Regierungsbezirke* der Rheinprovinz lebten in

Düsseldorf	24.494
Köln	20.361
Aachen	3.671
Koblenz	6.674
Trier	3.023. ⁶

Zum gleichen Zeitpunkt wurden in der Provinz Westfalen 21.593 Juden, sprich 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, ermittelt. Differenziert nach *Regierungsbezirken* entfielen auf

Münster	4.315
Minden	3.890
Arnsberg	13.380 Juden. ⁷

Die *Bevölkerungsstatistik* des Jahres 1933 macht die abnehmende Trendbewegung des jüdischen Bevölkerungsanteils in beiden Provinzen deutlich, die sich im Zuge der NS-Judenpolitik dramatisierte. Für das Jahr 1933 können im Verhältnis zur christlichen Mehrheitsbevölkerung folgende demografische Angaben gemacht werden:

	evangelisch	katholisch	jüdisch
Düsseldorf	1.639.301	2.228.435	21.590
Köln	289.568	1.207.028	18.555
Aachen	52.886	685.641	3.482
Koblenz	205.487	549.153	5.406
Trier	49.021	445.058	2.743
	evangelisch	katholisch	jüdisch
Münster	411.906	1.107.968	5.052
Minden	566.330	291.305	3.441
Arnsberg	1.379.601	1.118.721	10.326 ⁸

In den ersten Jahren des Vereinsbestehens richtete sich die Taktik der Mitgliederwerbung an den Orten aus, wo die im Verhältnis zur christlichen

⁵ Vgl. *Klinkenberg, Hans Martin, Zwischen Liberalismus und Nationalismus im Zweiten Kaiserreich (1870–1918)*, in: *Monumenta Judaica*, S. 367f.

⁶ Vgl. *Düwell*, 1968, S. 63.

⁷ Vgl. *Herzig*, 1973, S. 63.

⁸ Vgl. *Die Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit 1933*. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3497, Frame 1271f.

Mehrheitsbevölkerung verschwindend geringe Anzahl von Juden am größten war. Der CV, der besonders zu Anfang zielorientiert auf Masse ausgerichtet war, reagierte dabei auf die Neigung der Glaubensgenossen zur Verstädterung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingesetzt, dann durch die Wirtschaftskrisen der 1920er Jahre sowie die NS-Politik seit 1933 neue Impulse bekommen hatte.⁹ Das weit gestreute Potenzial, das in den agrarischen Großbezirken vor allem des Rheinlandes zu finden war, wurde dagegen anfänglich noch nicht mit derselben Intensität ausgeschöpft. Deshalb erzielte der Verein vor allem in den Großstädten des Wirtschaftsgebietes an Rhein und Ruhr seine bescheidenen ersten Erfolge, denn anfangs war die Reaktion auf den CV selbst in seinen späteren Hochburgen noch verhalten.¹⁰ Von den über 1.000 Juden Aachens etwa, das vor dem Ersten Weltkrieg einer der bedeutendsten Tuchplätze Europas war, konnte der Centralverein bis 1895 gerade einmal 31 Glaubensgenossen erreichen, zu denen drei Tuchfabrikanten gehörten.¹¹ Im katholisch dominierten Krefeld, einem weiteren wichtigen Standort der rheinischen Textilindustrie und später auch des Vereins, fanden sich von nahezu 1.500 Juden am Platz neun zumeist dem kaufmännischen Stand angehörende bereit, dem CV beizutreten.

In Köln wiederum, der Stadt mit der größten jüdischen Bevölkerungsdichte im Rheinland, beschränkte sich nach zwei Jahren der Werbeerfolg auf gerade einmal 15 eingeschriebene Mitglieder. Während der CV-Geist die jüdischen Burschenschaften in der Universitätsstadt Bonn zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht erfasst hatte, fanden sich in Remagen zwei am Verein interessierte Weinhändler namens Salomon und Gustav Cahn. Auch konnte in Sinzig der Kaufmann Samuel Hirsch gewonnen werden sowie ein weiterer Kaufmann in Mayen, das 1895 den südlichsten Ausdehnungspunkt des Vereinsgebietes im Westen markierte.

Ebenso blieben die Erfolge in Düsseldorf, das Aachen und Krefeld an jüdischer Bevölkerungszahl weit überstieg, bemerkenswert bescheiden. Nur neun Gemeindeglieder – in ihrer Mehrheit Fabrikbesitzer und Kaufleute sowie ein Pferdehändler – schlossen sich dort anfangs dem Verein an. In der späteren Hochburg des Zionismus Duisburg meldeten sich gar nur zwei Kaufleute und ein Rentner als zahlende Mitglieder an. Auch in Essen blieb der Ansturm aus. Dafür konnte aber ein bedeutender und einflussreicher Mann als Vertrauensmann gewonnen werden. Es handelte sich um den Bankier Isaak Hirschland, Nachfolger des Gründers der Essener Privatbank Simon Hirschland, zu deren Hauptkunden Unternehmer wie Stinnes und

⁹ Zwischen 1900 und 1910 hatte sich die räumliche Verteilung der jüdischen Bevölkerung Preußens verschoben. Während 1900 noch rund 45 Prozent der Juden in Orten mit weniger als 20.000 Einwohnern lebten, waren es 1910 nur noch mehr knapp 28 Prozent. Demgegenüber lebten 42 Prozent der Juden 1900 in Städten mit über 100.000 Einwohnern. Bis 1910 hatte sich dieser Anteil auf nahezu 60 Prozent erhöht. Siehe die entsprechende Tabelle in: Monumenta Judaica, S. 368.

¹⁰ Vgl. das alphabetisch gegliederte Mitgliederverzeichnis des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin 1895. Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum Archiv [CJA] I, 75 CCE I, Nr. 2, Frame 0475ff.

¹¹ Siehe die Angaben zur jüdischen Bevölkerung der Stadt Aachen sowie einiger weiterer Städte des Raumes für die Jahre 1880 und 1905 bei *Düwell, Kurt*, Das Schicksal der Juden am Rhein im nationalsozialistischen Einheitsstaat – die Jahre 1933–1945, in: Monumenta Judaica, S. 607; siehe ferner *Lepper, Herbert*, Von der Emanzipation zum Holocaust. Die Israelitische Synagogengemeinde zu Aachen 1801–1942. Geschichtliche Darstellung. Bilder – Dokumente – Tabellen – Listen, 2. Bde., Aachen 1994.

Krupp zählten. Die Familie Hirschland, die immer mal wieder Vertreter im Essener Stadtrat hatte, zeichnete sich durch ihr Engagement auch im jüdischen Leben aus. So unterstützte sie etwa den Verein zur Förderung des Handwerks unter den Juden.¹² Ansonsten konnten in der von Kohle und Stahl geprägten Stadt – für die einseitige Berufsstruktur der Juden prinzipiell bezeichnend – lediglich zwei der sieben Mitglieder aus dem Handwerk rekrutiert werden: der Sattler David Liebmann und der Elektrotechniker Gustav Stern.

In Bochum fanden sich nur zwei Herren zur Mitgliedschaft bereit, abermals Kaufleute. Demgegenüber konnten in Dortmund, quasi im Handstreich, 63 Mitglieder geworben werden. Zu ihnen zählte der Vorstandsvorsitzende der Synagogengemeinde Adolph Elias, ein Umstand, der für den CV kaum bessere Werbewirkung haben konnte. Während der Anteil der Kaufmänner in den oben erwähnten Städten bereits augenfällig geworden ist, fiel in Dortmund der Anteil der Ärzte und Rechtsanwälte besonders auf. Hier war der Boden für den Verein von Anfang an sehr gut. Traurig war dagegen die Bilanz nach zwei Jahren in der Verwaltungsstadt Münster. Kein einziger jüdischer Amtsträger befand sich unter den 15 Aufgelisteten. Der Anteil der Mitglieder, die dem Kaufmannsstand angehörten, war dagegen hoch.

Recht gut beschreiben diese Berufsangaben der 1895 erstellten Mitgliederliste die tatsächliche berufliche Gliederung der Juden überhaupt. 1895 waren die meisten der jüdischen Erwerbstätigen in der Provinz Westfalen, das heißt 61,8 Prozent, in Handel, Verkehr und Gastwirtschaft vertreten. Immerhin noch 20,1 Prozent verdingten sich im Wirtschaftssektor Industrie und Gewerbe. Im öffentlichen Dienst und in den freien Berufen waren 13,7 Prozent vertreten, während im landwirtschaftlichen Sektor ein verschwindender Prozentpunkt zu verzeichnen war. Ein annähernd identisches Bild bot sich im Rheinland zum selben Zeitpunkt.¹³ Dem Bedürfnis nach Selbstständigkeit folgend – das sich auch religiös motivierte aufgrund der göttlich verordneten Shabbatruhe ab Freitagnachmittag bis Samstagabend – wurden darüber hinaus die akademischen Berufe bevorzugt. Das konnte den Aufstieg ins Bildungsbürgertum erleichtern, während andererseits die Hemmnisse, die im öffentlichen Dienst herrschten, die freie Berufswahl ebenso einschränkten wie die Nachwirkungen mittelalterlicher Verbotsbestimmungen im Agrar- sowie im Handwerksbereich. Außerhalb dieser äußeren Hemmnisse bewiesen sie wenig Flexibilität.¹⁴ Während die jüdischen Angestellten gerade im Einzelhandel später noch für den Verein relevant werden sollten, nahmen Arbeitnehmer der Montan- und Stahlindustrie keinen Einfluss auf die Mitgliederstatistik des Vereins. Selbst in der Hochphase der Industrialisierung blieb die Berufsstruktur des jüdischen Bevölkerungsteils tendenziell einseitig.

Die individualistische Neigung, die die Berufswahl dieser Menschen prägte, mag ebenso die fehlende Gruppendynamik erklären, die sich an der Bestandsziffer des Vereins ablesen lässt. Die Synagogengemeinde Minden aber gehörte 1895 zu den ersten, die sich dem Verein korporativ anschlossen.

¹² Vgl. *Schröter, Hermann*, Geschichte und Schicksal der Essener Juden. Gedenkbuch für die jüdischen Mitbürger der Stadt Essen, Essen 1980, S. 32, 34, 172.

¹³ Vgl. *Barkai*, 1984, S. 89.

¹⁴ Vgl. ebda., S. 100.

Geschwindigkeit und Masse sind sicherlich relative Größen, aber vom Centralverein als einer sich „schnell zur Massenbewegung entwickelnden“¹⁵ Organisation zu sprechen, verschleiert zumindest die Schwierigkeiten, denen sich die wenigen Aktiven gegenübersehen: Überall und weit in den Provinzen verstreut fanden sich Juden. Personal-, Zeit- und Kostenfaktoren sind nur einige Gründe, warum sich die Sammlung ‚aller‘ Juden erschwerte. Für den Westen Deutschlands gilt zumindest nach diesen ersten und sich im Folgenden erhärtenden Darlegungen, dass der Ausbau des Vereins hinsichtlich der Einzelmitglieder langsam, aber stetig erfolgte.

Nach dem fünf Jahre später formulierten Geschäftsbericht von 1900 wurde die Vereinszeitung, die noch Im Deutschen Reich hieß, monatlich an 10.000 Einzelmitglieder versandt.¹⁶ Im Verhältnis zur Gesamtpopulation von rund 586.833 Glaubensjuden¹⁷ hatte der Verein nach sieben Jahren der Arbeit also gerade einmal 1,7 Prozent aller Juden in Deutschland erfasst, wobei diese Relation sicherlich hinkt. Zum einen muss die Anzahl der Glaubensjuden, die die Großjährigkeit noch nicht erlangt hatten, in die Kalkulation einbezogen werde; zum anderen war zwar das Interesse groß, das „den Bestrebungen unseres Vereins seitens der jüdischen Frauen und Jungfrauen entgegengebracht“¹⁸ wurde, aber das preußische Vereinsrecht vom 11. März 1850 verbot die Vereinsaufnahme von so genannten Frauenspersonen, Schülern und Lehrlingen unter Strafandrohung. Dies änderte sich erst mit der reichsweit gültigen Novelle des Vereinsrechts vom 15. Mai 1908, die die aktive Teilnahme dieser Gruppen in politischen Vereinen gestattete.

¹⁵ Barkai, 2002, S. 9.

¹⁶ Vgl. IDR, Geschäftsbericht, Nr. 3, März 1900, S. 116.

¹⁷ Vgl. Lowenstein, Steven M., Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit. Umstrittene Integration 1871–1918, Bd. III, München 1997, S. 13.

¹⁸ IDR, Beteiligung von Frauen an dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Nr. 8, August 1903, S. 466. In den Großstädten unseres Raumes sah die Geschlechts- und Altersverteilung nach dem Material, das dem CV für das Jahr 1925 vorlag, wie folgt aus: Zahl der Juden in den Großstädten Mitte 1925 nach Geschlecht:

	männlich	weiblich	insgesamt
Barmen	348	372	720
Bochum	563	559	1.122
Dortmund	1.938	1.882	3.820
Düsseldorf	2.692	2.438	5.130
Duisburg	1.096	984	2.080
Elberfeld	1.159	1.176	2.335
Essen	2.111	2.098	4.209
Gelsenkirchen	710	731	1.441
Hamborn	430	388	818
Mönchen-Gladbach	478	473	951
Mülheim	305	321	626
Münster	296	284	580
Oberhausen	261	252	513
Aachen	691	729	1.420
Köln	8.117	7.976	16.093
Krefeld	753	873	1.626

Vgl. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3492, Frame 0663. Zur jüdischen Bevölkerung nach der Altersgliederung in Preußen Mitte 1925 kann festgestellt werden, dass 70.958 Juden unter 15 Jahren alt waren. Zwischen 15 und 50 Jahre waren 232.454; über 50 Jahre wiederum 100.557. Vgl. ebda., Frame 0597.

Dem bereits zitierten Geschäftsbericht des Jahres 1900 zufolge hatte sich der Verein gerade in Berlin, dem Gründungsort und Sitz der Zentrale, nur zäh weiterentwickelt. Die entscheidenden Zuwächse an Einzelmitgliedern kamen seither aus den einzelnen Reichsteilen. Deshalb war man besonders darüber erfreut, dass in den Provinzen und dort gerade in solchen Städten, in „welchen der Verein bisher nur durch verhältnismäßig wenige Mitglieder vertreten war, der Zuwachs ein größerer geworden ist.“¹⁹ Ausdrücklich werden für unseren Raum Köln und Kleve genannt, wenngleich nicht numerisch präzisiert.

1903, anlässlich des zehnten Gründungsjubiläums, zählte der Verein reichsweit 12.000 Einzelmitglieder. Der Jubiläumsartikel hob ferner hervor, dass sich dem CV bis dahin „hundert jüdische Organisationen korporativ angeschlossen haben“, womit er nach eigener beeindruckender Schätzung „mehr als 100.000 deutsche Juden“²⁰ repräsentierte. Doch auch diese Rechnung ist schief, weil die Schätzung nicht nach Gesinnung und Interessen der Mitglieder der Einheitsgemeinden differenzierte. Die Erfolgswahlen sind folglich nur bedingt aussagekräftig. Außerdem war es den Vereinsaktiven bis zu diesem Jubiläumsjahr noch nicht gelungen, nennenswerte Erfolge etwa in Großgemeinden wie Köln zu erzielen. Es brauchte zehn Jahre, bis der Verein dort überhaupt seinen ersten öffentlichen Auftritt hatte. Den hatte das provisorische Lokalkomitee des Vereins unter der Leitung des damaligen Vorsitzenden der Rheinlandloge, Hermann Jonas, und unter Schützenhilfe einer Abordnung aus Berlin organisiert. „Trotz des wunderbaren Frühlingswetters, das am ehesten zum Aufenthalt im Freien lockte, hatten sich ca. 400 Herren im großen Saale der Rheinlandloge eingefunden.“²¹ Unter ihnen waren auch David Wolffsohn und Max Bodenheimer, die führenden Köpfe der 1897 gegründeten, zahlenmäßig noch unbedeutenden Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD). Köln, wo der gebürtige Bonner Moses Hess sein ‚Rom und Jerusalem‘ formuliert hatte, war noch nicht Sitz der Zionistischen Weltorganisation. Das wurde es erst nach Theodor Herzls Tod 1904 und behielt diesen Status bis 1911. Die Juden der Domstadt sollten nie völlig eindeutig und problemlos hinter dem CV stehen, und in der Versammlung 1903 wurde durchaus bereits die Stellung des CV zum Zionismus kritisch diskutiert. Dennoch nahm die gut besuchte Versammlung ihren „friedlichen und allseits befriedigenden Verlauf.“²² Hier zeigte sich zudem: Sobald der CV den direkten Kontakt aufnahm,

¹⁹ IDR, Geschäftsbericht, Nr. 3, März 1900, S. 113.

Am 30. Juni 1897 scheint der Verein erstmals Abwehrarbeit in Köln geleistet zu haben. Die Beschwerde wurde jedoch noch von Berlin aus geführt und richtete sich an die Kölner Königliche Eisenbahndirektion. Ein CV-Mitglied aus Halle hatte im Kölner Bahnhofsgelände eine Empfehlungskarte mit der Aufschrift „Judenfreies Hotel-Restaurant Kölner Hof“, Sitz Frankfurt/Main, gefunden. Ein Gepäckaufbewahrer wurde wegen Fahrlässigkeit, die Karte nicht entfernt zu haben, „entsprechend bestraft. Wir haben Anordnung getroffen, daß die beklagten Ungehörigkeiten sich nicht wiederholen.“ IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 7/8, Juli/August 1897, S. 391.

Das antisemitische Gasthaus Kölner Hof in Frankfurt/Main tauchte wiederholt auf. In der ersten Nummer der IDR vom Januar 1906 hatte der Verein in einem auffälligen Kastenformat auf vier entsprechend gelagerte Gasthäuser hingewiesen, zu denen das oben genannte gehörte. Keines der vier lag allerdings in den hier relevanten Provinzen.

²⁰ IDR, Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am Schlusse des ersten Jahrzehnts, Nr. 1, Januar 1903, S. 12.

²¹ IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 5, Mai 1903, S. 364.

²² Ebd., S. 365.

verbuchte er erstaunliche Erfolge. Allein diese Zusammenkunft bescherte ihm 100 Neuanmeldungen.

Alles in allem aber blieb die quantitative Entwicklung ebenso unbefriedigend wie der Zusammenhalt der Mitglieder brüchig. Die organisatorische Bindung war noch zu unverbindlich. Außerdem lieferte die unvermeidlich zum Geschäft gehörende Judenfeindschaft in Rheinland und Westfalen noch keinen sonderlich belastenden Anlass, der den Beitritt motiviert hätte.

2.2 Die Essener Initiative von 1903

Die Juden im Westen des Reiches konnte der CV um 1903 in erster Linie mit einem Appell an die Solidarität zum Vereinsbeitritt auffordern:

„[W]er für seine Person vom Antisemitismus nicht erreicht werde, müsse umso eifriger sich der schwächeren und bedrängten Glaubensgenossen annehmen [...] Am wenigsten dürfen sich diejenigen zurückziehen, die in günstigeren Verhältnissen leben.“²³

Unter solchen günstigen Verhältnissen formierte sich in Essen ein Komitee, zu dem der Vertrauensmann des Vereins, Bankier Isaak Hirschland, ferner Rabbiner Salomon Samuel sowie die beiden jungen Rechtsanwälte Max Abel und Ernst Herzfeld zählten. Um dem Verein in Westdeutschland Auftrieb zu geben, wurde auf ihre persönliche Initiative hin eine Versammlung für den 28. November 1903 einberufen. Ziel der Versammlung war der festere Zusammenschluss der Essener CVer in Form einer Ortsgruppe, der ersten in den beiden preußischen Provinzen überhaupt.²⁴

Nach dem Bericht des Vereinsorgans waren rund 500 Versammelte dem Aufruf zur konstituierenden Sitzung gefolgt. Auch aus Duisburg war der junge Rechtsreferendar Harry Epstein angereist, der seine Anwesenheit nutzte, um die überwiegend den Zionismus ablehnende Versammlungsgesellschaft ein wenig aufzuwirbeln, indem er nicht ohne Polemik Kritik an dem viel zu langen Vereinsnamen äußerte.

„Sachlich bemängelte er dann die allzu patriotische Haltung des Central-Vereins und wünschte, daß die deutschen Juden sich mehr um ihre Glaubensgenossen außerhalb der

²³ IDR, Korrespondenzen, Nr. 1, Januar 1904, S. 40.

²⁴ Vgl. *Herzfeld, Ernst*, Memoiren, LBIJMB MM 33, S. 52. Sowohl die Darlegungen in den ‚Korrespondenzen‘ der IDR als auch die Erinnerungen Herzfelds sind deckungsgleich hinsichtlich der Tatsache, dass 1903 einzig und allein die Ortsgruppe Essen gegründet wurde. Grenzen und Hauptsitz des späteren Verbandes waren zu diesem Zeitpunkt folglich noch nicht definiert. Im Vereinsgedächtnis aber war das Ereignis von 1903 so entscheidend für die erst zwei Jahre später stattfindende Landesverbandsgründung und Wahl Essens als Hauptgeschäftsstelle in der Provinz, dass 1928 nicht das 25. Jubiläum der ersten Ortsgruppe, sondern die Verbandsgründung begangen wurde. Falsch, weil unpräzise, hieß es in der CV-Zeitung dazu: „Vor 25 Jahren begannen diese ersten Gedanken hier im Westen weitere Kreise zu erobern. Zugleich mit der ersten Ortsgruppe entstand der sie zusammenfassende Landesverband Rheinland-Westfalen mit dem Sitze in Essen.“ CVZ, 25 Jahre Landesverband Rheinland-Westfalen, Nr. 46, 16. November 1928, S. 645. An anderer Stelle hieß es sogar, der Verband sei der erste der CV-Landesverbände überhaupt gewesen. Vgl. CVZ, 25 Jahre C.V. Landesverband Rheinland-Westfalen, Nr. 41, 12. Oktober 1928, S. 582.

schwarz-weiß-roten Pfähle kümmern, nach innen aber mehr an ihrer Judaisierung arbeiten sollten.“²⁵

Beide Anregungen Epsteins stießen auf Ablehnung. Empört wies Rabbiner Samuel, Essen, breite Unterstützung findend, gerade Epsteins „Vorwurf einer hyperpatriotischen Gesinnung“ im CV zurück, schließlich müsse

„[d]er Verein [...] den Behörden ja manche bittere Wahrheit zu kosten geben, wenn er mit seinen Klagen und Beschwerden an sie herantrete; dagegen habe man niemals etwas von Zustimmungadressen, Fackelzügen oder Serenaden gehört. Allerdings steht er auf deutschem Standpunkt und wird von ihm geradeso beherrscht, wie vom jüdischen Interesse; aber dabei wird er unbeirrt durch Einflüsse von außen oder von innen allzeit beharren. Was die innere Mission betrifft, so hat jede Gemeinde solche Veranstaltungen zu treffen, daß jüdischer Geist und jüdisches Wissen in ihrer Mitte gepflegt und gefördert werden. Wenn aber der Central-Verein für die äußere Ehre und Anerkennung kämpft, so weckt er damit auch unsere innere Ehre.“²⁶

Der Ehrbegriff war gleichermaßen entscheidend für den Berliner Emissär, Dr. Julius Brodnitz. Er sprach diesbezüglich betont von der „sittlichen Forderung“ der Juden,

„für ihre Ehre selber einzustehen. Sich wehren bringt Ehren! Der Jude selbst sollte über seine eigenen Angelegenheiten freimütig reden, denn nur der verdient Achtung[,] der den Mut hat, seine Sache zu verfechten. In diesem Rechtskampfe handelt es sich nicht allein um eine jüdische, es handelt sich um eine Sache des Vaterlandes. Denn der Antisemitismus führt zur Gefährdung der Sicherheit von Leib und Leben, zur Verwirrung und Trübung des Rechtsbewußtseins, schließlich zum Anarchismus.“²⁷

Dies zu verhindern war der entscheidende Arbeitsauftrag, und Brodnitz präsentierte in dieser Hinsicht den Centralverein bereits als eine Erfolgsgeschichte, weil es der Organisation zu gelingen schien, die Behörden nachdrücklich darauf hinzuweisen, dann im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu handeln, wenn sie die Gleichstellung der Juden durchsetzten, also „den Gesetzen Achtung [...] verschaffen, und es ist tatsächlich schon besser geworden. Aber noch kann man die Arbeit nicht einstellen“, so Brodnitz, auch wenn „günstigere[...] Verhältnisse [...] in Essen wie im Industriegebiet überhaupt“²⁸ geherrscht hatten. Brodnitz' Eindruck von der friedlichen Koexistenz der Konfessionen in Essen konnte von den Teilnehmern bestätigt werden. Sie sahen das Geheimnis ihres Erfolges im Bestreben der Essener Judenschaft, die „Liebe zum Vaterland und zur engeren Heimat zu betätigen, ohne nur ein Titelchen vom Judentum aufzugeben.“²⁹ Es war folglich nur konsequent dabei helfen zu wollen, diese Lösung auch an anderen Orten durchzusetzen. Zu diesem Zweck benötigte man einen organisatorischen Rahmen, der zuerst in Essen geschaffen wurde, als Isaac Hirschlands Antrag, „nunmehr die Ortsgruppe zu begründen, [...] einmütig [sic]“³⁰ Annahme fand.

An dem Gründungsabend des 28. November 1903 konnten 86 neue Mitglieder gewonnen werden. Die erste Ortsgruppe des Vereins im rheinisch-westfälischen Raum

²⁵ IDR, Korrespondenzen, Nr. 1, Januar 1904, S. 40f.

²⁶ Ebda., S. 41.

²⁷ Ebda., S. 39.

²⁸ Ebda., S. 40.

²⁹ Ebda., S. 42.

³⁰ Ebda., S. 41.

zählte mit einem Mal 146 Mitglieder. Dem weiteren Ausbau verpflichtete sich die durch Akklamation gewählte Doppelspitze: Max Abel übernahm den Posten des ersten und der noch kaum bekannte 28-jährige Ernst Herzfeld den des zweiten Vorsitzenden.³¹ Zuversichtlich hieß es abrundend:

„Möchte der Central-Verein nach glänzender Lösung seiner Aufgaben dereinst noch die Zeit kommen sehen, da er sich selber überflüssig gemacht habe. [...] Glückauf!“³²

2.3 Drei Personalien: Herzfeld, Abel, Krombach

Der am 14. Februar 1875 geborene Ernst Herzfeld³³ war erst kurze Zeit vor der Gründung der ersten Ortsgruppe des Vereins im Westen nach Essen übergesiedelt. Er stammte aus Grätz, Provinz Posen, die 1871 Teil des deutschen Reiches geworden war. Herzfeld war nicht unbeeindruckt geblieben von dem herrschenden Gegensatz zwischen dem protestantisch dominierten preußisch-deutschen und dem katholisch dominierten polnischen Volkstum seiner Heimatprovinz.³⁴ Die Eindeutigkeit seiner empfundenen deutschen Volkszugehörigkeit führte ihn letztlich in den Westen des Reiches, wo die konfessionellen Gegensätze zweifelsohne ebenso vorhanden waren. Der nach pragmatischen Gesichtspunkten urteilende Wirtschaftsliberalismus schien solche Gegensätze aber doch eher in den Hintergrund zu drängen. Essen als Industrie- und Handelsplatz war reizvoll für einen jungen Karrieristen wie Herzfeld, der Sozius des bereits etablierten Arbeitsrechtlers und Notars Max Abel wurde. Obwohl beide mit der SPD sympathisierten, zeichneten sie sich nicht als Interessenvertreter der Industriearbeiterschaft aus. Herzfeld selbst kokettierte noch über weite Strecken in seinen Memoiren mit dem längst vergangenen Erfolg, den er als Anwalt einflussreicher Wirtschaftskreise an Rhein, Ruhr und Saar erzielt hatte.

³¹ Vgl. ebda., S. 42, sowie *Herzfeld*, Memoiren, S. 53.

Abel erhielt in Anerkennung seines Engagements das Band der Badenia. Die Badenia, Heidelberg, gehörte zu den jüdischen Studentenverbindungen, die dem Prinzip unbedingter Satisfaktion folgten. Sie fusionierte 1896 mit der Viadrina, Breslau, der Licaria, München, und der Sprevia, Berlin, zum Kartellconvent deutscher Studenten jüdischen Glaubens [KC], wobei der Centralverein die Mitglieder des KC nicht in dem Maße gewinnen konnte, wie er es gerne gehabt hätte. Anfangs wirkten die überkommenen Befindlichkeiten aus den Zeiten der Kleinstaaterei nach, die die Mitglieder namentlich der Badenia skeptisch dem CV gegenüber auftreten ließen. Schließlich ging „die Sache von Berlin aus [...] und [war] etwas zu preußisch aufgezogen.“ *Cahen, Gustav*, Aus der Frühzeit der Badenia, in: K.C. Blätter. Festschrift, New York 1946, S. 7. Siehe auch *Asch, Adolph*, Geschichte des K.C. im Lichte der deutschen kulturellen und politischen Entwicklung, London 1964. Zudem bestand in Baden seit 1893 die Vereinigung badischer Israeliten, die innerhalb des Großherzogtums die Bekämpfung des Antisemitismus geübt hatte. Die Abneigung gegen den ‚preußischen‘ CV konnte jedoch letztlich überwunden werden. Siehe IDR, Versammlung des Landesausschusses für Rheinland-Westfalen, Nr. 3, März 1908, S. 147f.

³² IDR, Korrespondenzen, Nr. 1, Januar 1904, S. 42.

³³ Die Angaben zu Herzfeld sind dessen Memoiren entnommen. Siehe zudem *Schmalhausen*, 1994, S. 64. Dort finden sich neben den biografischen Angaben zu Herzfeld ebenso die zu Abel. Ferner gibt die im HSTA Düsseldorf liegende Personalakte Ernst Herzfelds weitere Auskunft über ihn, der vier Kinder hatte und am 15. Januar 1939 nach Palästina auswanderte. Vgl. RW 58, Nr. 24960, sowie RW 58, Nr. 28597.

³⁴ Zu Posen siehe *Sante, Georg Wilhelm* (Hg.), Geschichte der deutschen Länder. Territorien-Ploetz, 2. Bd., Würzburg 1971, S. 158ff.

Dank den Beziehungen Abels fand Herzfeld rasch Eintritt in die bourgeoisen jüdischen Kreise der Stadt. Rege engagierte sich der junge Anwalt. Er wurde Mitglied der Essener Glückauf-Loge, einem Zweig der durch die Freimaurerbewegung beeinflussten, karitativ agierenden Bnei Brith-Logen in Deutschland. Zudem war er im Wohlfahrtsbereich der dortigen Synagogengemeinde aktiv. Auf diese Weise lenkte Herzfeld sein prinzipielles Interesse an jüdischer Geschichte und die rebellische Haltung seiner Studienjahre gegenüber den „traditionellen Lebensgewohnheiten und den formellen Bedingungen seines jüdischen Elternhauses in Posen“³⁵ in konstruktive Bahnen. Als Jude prägte ihn darüber hinaus die grundsätzliche Unsicherheit, die Ablehnung und Diskriminierung bedingten. Zum Schlüsselerlebnis wurde für ihn der Konitzer Ritualmordprozess.³⁶

Diese unterschiedlichen Einflüsse erklärten die Verbundenheit mit dem CV, die in Herzfelds konkretem Fall durch die familiären Bande gestärkt wurden, die durch die Heirat einer seiner Schwestern mit dem späteren Vereinsvorsitzenden Julius Brodnitz geknüpft worden waren. Herzfeld vermittelt in seinen Erinnerungen den Eindruck eines allzu selbstbewussten, dementsprechend seinen Kollegen und Mitarbeitern gegenüber nicht immer freundlich gesinnten Kritikers. Er war in hohem Maße leistungsorientiert und genoss sowohl seine Anwaltstätigkeit als auch den sozialen Aufstieg, den er von Essen aus nahm.

Der Senior der Kanzlei, der am 14. Mai 1872 in Lippstadt geborene und am 2. Oktober 1954 in Veviers verstorbene Max Abel, hatte als anerkannter Arbeitsrechtler und Notar den Grundstock für die gemeinsame, schließlich expandierende und renommierte Kanzlei gelegt. Er war aktiver Frontkämpfer und während der Spartakistenaufstände an der Ruhr im Rahmen der Einwohnerwehr in Essen aktiv. Abel, der nach den Aussagen seines Logenbruders Herzfeld immer wieder kränkelte, zudem „Scheu vor der Verantwortung hatte“³⁷, profitierte von den Erfahrungen und Lehren, die er während seiner Studentenzeit bei der schlagenden Verbindung Badenia gesammelt hatte. Sie hatte ihn zum Rhetor ausgebildet und zu Unerschrockenheit erzogen. Abel muss ein ausgesprochen kenntnisreicher, kultivierter und gastfreundlicher Mensch gewesen sein, der mit dem eher ruppigen Herzfeld bestens harmonierte.

Zum 1. Januar 1914 konnte die Kanzlei vergrößert werden. Der Juniorpartner hieß Dr. David Krombach.³⁸ Mit Abel verband ihn die Kartellbruderschaft, und wie Herzfeld zog es auch ihn, seinen Vetter, aus der Posener Provinz ins Ruhrgebiet. Krombach spielte vor allem nach 1918 als Experte für Steuerrecht und als Notar sowohl in der Sozietät als auch im westdeutschen Centralverein eine herausragende Rolle, da er mehr und mehr

³⁵ Herzfeld, Memoiren, S. 39.

³⁶ Zum Konitzer Ritualmord siehe Nonn, Christoph, Eine Stadt sucht einen Mörder. Gerüchte, Gewalt und Antisemitismus im Kaiserreich, Göttingen 2002, sowie ders., Zwischenfall in Konitz: Antisemitismus und Nationalismus im preußischen Osten um 1900, in: Historische Zeitschrift 266, 1998, S. 387-418.

³⁷ Herzfeld, Memoiren, S. 65.

³⁸ Zu Krombach siehe Schmalhausen, 1994, S. 81f.; Richarz, Monika (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland 1918–1945. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte, Bd. 3, New York 1982, S. 301, sowie die alphabetisch geordneten Angaben bei Walk, Joseph, Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918–1945, München u. a. 1988.

die Position Abels einnahm. Wir wissen von dem am 23. November 1884 geborenen Krombach, dass er als Unteroffizier im Ersten Weltkrieg Träger des Eisernen Kreuzes Zweiter Klasse war. Auch er war Mitglied der Glückauf-Loge. Seine politischen Anschauungen fand er in der DVP erfüllt. Später trat er in die Deutsche Staatspartei und für deren Linkswende ein. Zwischen 1931 und der Regierungsübernahme Hitlers war er zudem im Rahmen der republikanischen Schutztruppe, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, aktiv, ein typisches Engagement für viele CVer.³⁹ Erst der Druck des NS-Regimes gegen jüdische Anwälte bedingte dann im September 1933, dass die Kanzlei in dieser seit 1914 bestehenden Form aufgegeben werden musste. Doch hielten die verwandtschaftlichen Bande ebenso wie jene, die über lange Jahre in den Kartell- und Logenbruderschaften gepflegt worden waren.⁴⁰ Die Sozietät hatte zwar 1933 offiziell ihr Ende gefunden. Die gemeinsame juristische Arbeit führten dennoch vor allem Krombach und Herzfeld fort. Ihr Dreh- und Angelpunkt wurde die zur juristisch-wirtschaftlichen Beratungsstelle umgebaute Geschäftsstelle der Essener Ortsgruppe des Centralvereins.

Zu jedem Zeitpunkt der hier nachgezeichneten Vereinsgeschichte in Westdeutschland hing die Entwicklung der Organisation in entscheidendem Maß von der Initiative dieser Männer ab. Sie waren jung, als sie für den CV zu arbeiten begannen, sie waren entsprechend dynamisch, nicht minder idealistisch und akademisch ausgebildet. Als Juristen brachten sie die notwendigen Voraussetzungen für die Rechtsschutzarbeit des Vereins mit. Als Selbstständige konnten sie sich zeitlich flexibel den ehrenamtlichen Vereinsanforderungen anpassen. Sie waren allesamt politisch aktiv und vertraten unterschiedliche Parteirichtungen, die dem Centralverein Kompromissfähigkeit abverlangte.

2.4 Die Gründung des rheinisch-westfälischen Landesverbandes 1905 und das Verhältnis zum Verband der Juden in Deutschland

Obwohl der erste Schritt in Richtung einer strafferen Organisation in Essen getan war, hieß es noch 1905 in der Berliner Zentrale, „das Wachstum eines Vereins [sei] naturgemäß ein, wenn auch selbst stetiges und unentwegtes, doch immerhin mehr oder

³⁹ Siehe *Schröter*, 1980, S. 193. Krombach ist der einzige der drei, dem es nicht gelang, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Der Grund für die Verzögerung lag nach *Schröter* in Krombachs Pflicht- und Verantwortungsgefühl. Seiner Personalakte im HSTA Düsseldorf nach war seine Auswanderung formal, bis auf die Schiffspassage, vorbereitet. Er wollte gehen und konnte nicht, weil mit Kriegsausbruch seine Einreise nach Chile gesperrt wurde. Bis in den Dezember 1941 hinein versuchte er zu fliehen. Ermordet wurde er im Lager Izbica. Vgl. RW 58, Nr. 57631.

⁴⁰ Das Schreiben, das über die Auflösung der Kanzlei informiert, findet sich in: HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 1234.

Derartige Beziehungsgeflechte von CVeren und die Praxis, sich untereinander zu empfehlen, beeinflussten also auch die Vergabe von Posten. Das war ein durchaus üblicher Modus, der in nicht jüdischen Organisationen ebenfalls bekannt war, worauf Horst Romeyk hingewiesen hat. Siehe *dens.*, Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816–1945, Düsseldorf 1994, S. 36f.

weniger langsames.“⁴¹ Diese Aussage bezog sich auf die Entwicklung des CV im Reich überhaupt. Als außerparlamentarische Interessenvertretung mit politischen und juristischen Inhalten, die sich zudem nur auf die Sammlung der jüdischen Bürger beschränkte, blieben auch ihre finanziellen Möglichkeiten überschaubar. Das nötige Kleingeld musste zudem erst einmal aufgebracht werden, zumal es als Kampfmittel immer wichtiger geworden war, denn

„viel, sehr viel haben wir zu tun, und sehr viel Geld werden wir gebrauchen, denn Sie wissen ja, daß ein größerer Heerführer als ich gesagt hat, was vor allem zum Kriegführen gehört: Geld, Geld und wieder Geld.“⁴²

Der Finanzbericht für das Jahre 1904 befriedigte die finanziellen Erwartungen für die Zukunft nicht. Sicherlich,

„wir sind in unseren Finanzen weiter gekommen, wir haben einen festen Bestand augenblicklich von rund 40.000 Mk. Aber glauben Sie nicht, daß wir damit reiche Leute sind. Im Gegenteil, wir sind bettelarm, wenn wir nur 40.000 Mk. in Reserve[...] haben. Wir haben im letzten Jahre einen guten Schritt vorwärts in unseren Finanzen tun können, weil keine besonderen Ausgaben an uns herangetreten sind; es sind keine großen Wahlen gewesen, es ist kein Konitz gewesen. [...] Sie wissen, daß man für 2 Mk. jährlich Mitglied des Central-Vereins werden kann und dafür noch gratis die Zeitschrift [Im Deutschen Reich] bekommt. Wir können aber natürlich von den 2 Mk. Beiträgen nicht leben.“⁴³

Auch der Finanzen wegen galt es also, noch mehr Mitglieder zu gewinnen. Abel und Herzfeld zogen die Konsequenz aus den Notwendigkeiten für ihren Raum. Gemeinsam mit Herzfelds Schwager, Julius Brodnitz, seines Zeichens noch nur Hauptvorstandsmitglied des Vereins in Berlin, erkannten sie, „dass der noch kaum bearbeitete westdeutsche Bezirk ein dankbares Betaetigungsfeld sein könnte.“⁴⁴

Sie schlugen deshalb vor, einen Agitationsausschuss des Vereins für Rheinland und Westfalen mit Hauptsitz in Essen zu gründen.⁴⁵ Die Zentrale in Berlin begrüßte diese Initiative, würde doch auch sie dadurch personell wie finanziell entlastet werden. Lobend hob daher die IDR die beiden Essener Funktionäre Herzfeld und Abel hervor, die unmittelbarer in Westdeutschland für den Verein werben konnten, als dies den Berliner Aktiven möglich gewesen wäre. Darüber hinaus kannten die beiden eher die jeweiligen Bedürfnisse und Lebensbedingungen vor Ort.⁴⁶

⁴¹ IDR, Jahresbericht erstattet durch Rechtsanwalt Dr. M.[aximilian] Horwitz in der ordentlichen Mitglieder-Versammlung am 23. Februar 1905, Nr. 3, März 1905, S. 131.

⁴² Ebda., S. 142.

⁴³ Ebda., S. 141. Der erste Kassenbericht des Vereins des Jahres 1893 nennt einen Barbestand von 1.192,81 Reichsmark zuzüglich eines Depotbestandes von über 4.000 Reichsmark. Vgl. Bericht über die erste Generalversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am 30. December 1893, Berlin 1893. CJA 1, 75 CCE 1, Nr. 2, Frame 0385-0395, hier 0388.

Die Mitgliederbeiträge deckten im Zuge der Zeit kaum die Aufwendungen für den freien Bezug der bis 1922 erscheinenden IDR, die dann in die wöchentlich erscheinende Central-Vereins Zeitung, kurz CVZ, umgewandelt wurde. Dieses System wurde erst zum 1. Juli 1935 umgestellt, weil die Kosten für die Zeitung durch die Beiträge nicht mehr gedeckt werden konnten. Vgl. HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 206, Frame 1610f., 1855.

⁴⁴ Herzfeld, Memoiren, S. 53.

⁴⁵ Vgl. ebda., S. 71.

⁴⁶ Vgl. IDR, Die Vertrauensmänner-Versammlung für Rheinland-Westfalen, Nr. 1, Januar 1906, S. 8.

Aber machte der Ausbau des Vereins überhaupt noch Sinn angesichts der 1904 erfolgten Gründung des Verbandes der Juden in Deutschland, der ein früher Versuch war, die zersplitterte jüdische Gemeinschaft auf nationaler Ebene unter Einschluss auch des CV wieder zu einigen? Mit ihm bestand eine Gesamtorganisation, deren Aufgaben die des Centralvereins zum Teil abdeckten, nämlich alle Angriffe gegen Juden, ihre Religion und staatsrechtliche Stellung abzuwehren und diese öffentlich und vor allem den staatlichen Behörden vorzutragen.⁴⁷ Diese Doppelung hatte der Zionist Bodenheimer bereits auf einer Tagung des Verbandes am 24. April 1904 bemängelt und damit allerdings die Notwendigkeit der Fortexistenz des Centralvereins in Frage gestellt.⁴⁸

In den Augen der CVer hatte der Verband dagegen vorrangig repräsentative Funktionen zu erfüllen, während sie die Rolle ihres Vereins in der Übernahme der Exekutive sahen. Mit anderen Worten: Der Verband hatte „in erster Reihe die Abwehrkämpfe des Central-Vereins durch das Schwergewicht seiner Legitimation zu unterstützen.“⁴⁹ Selbstbewusstsein und der Wille zur Macht äußerten sich damit wohl erstmals, und es war der CV, der sich langfristig durchsetzte.⁵⁰ Zugleich bewies die temporäre Existenz von zwei Organisationen mit gleichen Ansprüchen und Zielen die Tendenz zur Vereinsmeierei, auch wenn diese Feststellung vonseiten des Vereins als falsch zurückgewiesen wurde.⁵¹ Diese innerjüdische Doppelspitze im anti-antisemitischen Ringen war in finanzieller Hinsicht nicht vernünftig. Die Quelle der Einkünfte des Verbandes der deutschen Juden⁵² und die des Vereins war dieselbe: Es waren die Mitglieder der Synagogengemeinden, die mehrfach für ein und denselben Zweck belastet wurden. Eine Konzentration der Finanzmittel in einer Hand zur Bekämpfung des Antisemitismus war auf diese Weise nicht gegeben. Unbeeindruckt davon ließ der CV nicht den geringsten Zweifel an seiner Existenzberechtigung aufkommen. Er baute die Strukturen seiner Organisation weiter aus.

Zu Anfang waren Abel und Herzfeld, die aus Berlin durch Brodnitz unterstützt wurden, besorgt darüber, wie die jüdischen Gemeindemitglieder in Düsseldorf und Köln reagieren würden, wenn sich die Ortsgruppe Essen zur regionalen Bezirkszentrale des Vereins aufschwingen würde. Beide jüdische Gemeinden waren größer als die Essener⁵³ und zugleich Sitze der Regierungspräsidenten, damit Empfänger möglicher Beschwerdeführung. Jedoch hatte sich bis dahin in keiner der beiden

⁴⁷ Vgl. Paragraf 1 des Satzungsentwurfes in: IDR, Zur Gesamtorganisation der Israeliten Deutschlands, Nr. 2, Februar 1904, S. 73; siehe zudem den Leitartikel der IDR, Die 1. Hauptversammlung des Verbandes der Deutschen Juden, Nr. 11, November 1905.

⁴⁸ Vgl. IDR, Der Verband der Deutschen Juden, Nr. 5, Mai, 1904.

⁴⁹ IDR, Die 1. Hauptversammlung des Verbandes der Deutschen Juden, Nr. 11, November 1905, S. 563.

⁵⁰ Der Verband beabsichtigte, grundsätzlich ein enges Verhältnis zum CV zu pflegen. Doch seine Leistung blieb weitgehend hinter der des Vereins zurück. Die divergierenden Kräfte sowie die Dominanz des Centralvereins in ihm waren letztlich mitverantwortlich dafür, dass er sich 1922 auflöste. Vgl. *Lowenstein*, 1997, S. 138.

⁵¹ Vgl. IDR, Die 1. Hauptversammlung des Verbandes der Deutschen Juden, Nr. 11, November 1905, S. 560.

⁵² Zur Finanzierungspraxis des Verbandes siehe IDR, Zur Gesamtorganisation der Israeliten Deutschlands, Nr. 2, Februar 1904, S. 75.

⁵³ Vgl. *Herzfeld*, Memoiren, S. 53.

Synagogengemeinden eine Ortsgruppe des Centralvereins etabliert. Für Essen sprach ferner das Engagement der beiden Provinzfunktionäre und gegebenenfalls auch der Umstand, dass lokalpatriotische Befindlichkeiten zwischen den Juden der beiden Rheinmetropolen mit dem an der Ruhr gelegenen Kompromiss erst gar nicht zum Tragen kommen konnten. Da sich die Kölner und Düsseldorfer aber als bedeutsamer empfinden mochten, verfolgte das Dreigespann entsprechend behutsam den Plan, untereinander „nur eine ganz formlose Zusammenarbeit zu vereinbaren, deren verbindendes Organ ein ‚Schriftführeramts‘ sein sollte.“⁵⁴ Die Ausarbeitung einer Geschäftsordnung wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Wegen dieses Vorhabens kam es am Sonntag, 10. Dezember 1905, in Düsseldorf zu einer längeren Aussprache. Im Verlauf des Gesprächs stellte sich heraus, wie überflüssig die im Vorfeld gemachte Sorge war.

„In der Düsseldorfer Versammlung, zu der sich 30 Herren aus verschiedenen Städten der Provinzen Rheinland und Westfalen eingefunden hatten, herrschte eine große Begeisterung“⁵⁵,

an deren Ende die Gründung des Agitationsausschusses des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens für Rheinland und Westfalen stand. Abel und Herzfeld teilten sich das Amt des Schriftführers, womit Essen zur Zentrale wurde.

Ein besonders großer Erfolg lag in dem Umstand, die Domstadt für das Projekt gewonnen zu haben. Der dritte im Amt des Schriftführers wurde der Rechtsreferendar Alfred Apfel aus Köln.⁵⁶ Obwohl noch beide Provinzen von Essen aus einheitlich verwaltet wurden, zeigte sich anhand der Ämterverteilung bereits grob die spätere Aufteilung des CV-Gebietes.

Vorbildfunktion sollte der neue Ausschuss auch für andere Regionen im Reich haben, um

„dadurch in einer die lokalen Bedürfnisse erfüllenden und gleichzeitig die gemeinsame Sache fördernden Weise eine Art von Dezentralisation [zu] schaffen, die nicht soweit geht, daß sie die Kraft und Wucht und damit den Einfluß der die Gesamtheit vertretenden Zentrale vermindert, diesen Einfluß vielmehr noch verstärkt, auf der anderen Seite aber die Zentrale, deren Aufgabe mit dem starken Wachstum der Mitgliederzahl eine nur schwer zu bewältigende geworden ist, entlastet.“⁵⁷

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ IDR, Die Vertrauensmänner-Versammlung für Rheinland-Westfalen, Nr. 1, Januar 1906, S. 8. Der Artikel nennt die Anwesenden nicht namentlich. Herzfeld präziserte später und sprach von „den führenden Herren der rheinisch-westfälischen Gemeinden.“ *Herzfeld*, Memoiren, S. 53.

⁵⁶ Dr. jur. Alfred Apfel wurde 1882 in Düren geboren und starb 1940 in Marseille. Er verließ später den CV, um der Zionistischen Vereinigung für Deutschland beizutreten. Ebenso verließ er 1918 Köln in Richtung Berlin, um dort als Strafverteidiger zu arbeiten. Apfel war stark in der jüdischen Jugendbewegung aktiv. Die Gründung des Gabriel Riesser-Vereins 1906 in Köln ging ebenso maßgeblich auf seine Initiative zurück wie die des Verbandes Jüdischer Jugendvereine Deutschlands [VJJD] 1909, Berlin, der ursprünglich als neutrale Organisation gedacht war, inhaltlich jedoch dem CV nahe stand.

Zu Apfel siehe *Lowenthal, Ernst G.*, Juden in Preußen. Ein biographisches Verzeichnis, Berlin 1981, S. 15; weiterhin *Döpp, Suska*, Jüdische Jugendbewegung in Köln 1906–1938, Münster 1997; siehe ferner den Artikel der IDR, Jugendverband und Centralverein, Nr. 6, Juni 1913.

⁵⁷ IDR, Die Vertrauensmänner-Versammlung für Rheinland-Westfalen, Nr. 1, Januar 1906, S. 9.

Um der in Berlin herrschenden Erwartungshaltung gerecht zu werden, stand fortan die Agitation im Vordergrund. Den Vereinsgedanken verbreitend, agierten Abel und Herzfeld also von Essen aus sowohl im Gebiet der Rheinprovinz als auch in Westfalen. Die Rechtsschutzarbeit spielte noch eine marginale Rolle. Im Verlauf des Jahres 1905 wurde die Ortsgruppe Essen dreimal aktiv.⁵⁸

2.5 Aufschwung in der Ortsgruppenentwicklung ab 1905

Die Gründung des Agitationsausschusses hatte anregend auf die Entwicklung des Vereins überhaupt und im Besonderen in Köln gewirkt. Zur Ortsgruppe avanciert, konnte die Kölner Abteilung auf der ordentlichen Mitgliederversammlung am 11. März 1906 ein Anwachsen ihres Mitgliederbestandes auf rund 400 Personen aufweisen. Wichtig für den Verein in Köln war der Rückhalt, den er zu diesem Zeitpunkt noch vor allem unter der jüdischen Jugend fand. Anlässlich des 100. Geburtstages Gabriel Riessers hatten Festivitäten, die gemeinsam mit dem nach ihm benannten Jugendverein organisiert worden waren, bewiesen,

„daß die Ideen des Centralvereins in der hiesigen Jugend mit solcher Begeisterung aufgenommen worden sind, daß der Jugendverein Gabriel Rießer [sic], der auf dem Boden der Centralvereinsidee gegründet ist, sich immer mehr zum Mittelpunkt des Cölner Gemeindelebens herausbildet und sich aller Voraussicht nach zu einem nicht zu unterschätzenden Faktor in der Propagierung unserer Sache entwickelt.“⁵⁹

In Essen wurden die Gedenkfeierlichkeiten in Zusammenarbeit mit dem Verein für jüdische Geschichte und Literatur zum Anlass genommen, um Werbung für den CV zu betreiben.⁶⁰

Ein weiterer wichtiger Impuls für den Ausbau der Ortsgruppen des Vereins kam im Frühjahr 1906 auf der Hauptversammlung des Vereins – diesmal von CVern aus Hamburg. Nach Beschluss der Hauptversammlung vom Februar 1906 wurde erstmals ins Auge gefasst, eine Versammlung von Delegierten aus den bis Februar 1907 organisierten Teilen des Reiches einzuberufen. Die Bilanz im Dezember 1906 ergab, dass Landes- und Provinzialverbände des Vereins auch in Württemberg und Anhalt-Dessau bestanden. Demnach lebte die Organisation zu diesem Zeitpunkt vornehmlich durch ihre Ortsgruppen. Die meisten und einträglichsten gehörten zum Agitationsausschuss für Rheinland und Westfalen; Barmen etwa gehörte dazu. Organisiert waren ferner die Mitglieder in Bonn, Dortmund, Elberfeld, Essen und Köln. Weitere Ortsgruppen fanden sich nur noch im Großraum Berlin, wo 1906 immerhin fünf bestanden, sowie in Breslau, Halle, Hannover, Stadt Posen sowie Königshütte. In der Summe war der Bestand der Ortsgruppen nach 13 Jahren Vereinsarbeit also noch sehr bescheiden. Dennoch wurden die Vertreter dieser wenigen straffen Gliederungen

⁵⁸ Vgl. IDR, Korrespondenzen, Nr. 1, Januar 1906, S. 37.

⁵⁹ IDR, Korrespondenzen, Nr. 4, April 1906, S. 266.

⁶⁰ Vgl. ebda. Zeitgleich wurde auch in Aachen durch Herzfeld und Apfel erfolgreich geworben.

dazu aufgerufen, ihre Delegierten zu wählen. Die Möglichkeit dazu sollten ferner die Mitglieder in den 22 Orten des Reiches nutzen, die die notwendige Mitgliederstärke von 75 Personen bereits aufwiesen, aber den formalen Zusammenschluss noch nicht vollzogen hatten. Die Vereinsarbeit musste verbindlicher als bisher gestaltet werden. Im Zuge der damit im Grunde anlaufenden Demokratisierung der Abwehrarbeit wurde den zu wählenden, noch an Zahl überschaubaren Delegierten vom Berliner Vorstand die Übernahme der Fahrtkosten sowie die Gewährung von Diäten versprochen.⁶¹

Dadurch ebenso angespornt wie durch die sichtbaren Erfolge, kam es auf der Sitzung des Provinzialausschusses für Rheinland-Westfalen am 4. November 1906 erstmals auch zu einem interessanten Vorstoß aus den Kölner Reihen. Sanitätsrat Dr. Simon Apfel, Vorsitzender des Provinzialverbandes Rheinischer Synagogengemeinden, sprach im Namen der Kölner CVer, die begannen flügge zu werden und deshalb erstmals belegbar die Selbstständigkeit Kölns und der Rheinprovinz von Essen verlangten. Zur Begründung des Teilungsvorschlags führte er an, die von Westfalen ausgehende Vereinsentwicklung hätte sich hemmend auf die Werbungserfolge im Rheinland ausgewirkt, weil die westfälischen CVer sich auf den Ausbau der Vereinsstrukturen in ihrer Provinz konzentriert und sie deshalb an der Entwicklung im Rheinland „viel weniger Interesse an den Tag gelegt“⁶² hätten. Herzfeld wies diese Behauptung als falsch zurück. Offenbar trieben den 1852 in Münstereifel geborenen Simon Apfel regionalpatriotische Befindlichkeiten stärker um als den zugezogenen Vereinskollegen Herzfeld. Doch auf Streit aufgrund regionaler Grenzlinien war man nicht aus. So setzte sich Herzfeld zu diesem Zeitpunkt noch mit dem vernünftig scheinenden Argument durch, der provinzübergreifende Agitationsausschuss sei zu jung, um ihm Änderungen zuzumuten. Scheinbar nahtlos ging man auf dieser Versammlung zu den weiteren Tagesordnungspunkten über, die zeigen, wie stark sich die Sitzungsteilnehmer noch in der Orientierungsphase befanden. Während sie sich grundsätzlich darin einig waren,

„nur insofern in den Wahlkampf [einzugreifen], als erforderlich sei, um die Parlamente von offenen und verkappten Antisemiten frei zu halten [...] sich stark am politischen Leben zu beteiligen, die befreundete Presse zu unterstützen, die feindliche aber zu bekämpfen“⁶³,

bestand Diskussionsbedarf, ob sich der Verein einer bestimmten politischen Partei anschließen oder parteipolitisch neutral bleiben sollte. Der Vorschlag berührte nur die liberale, freisinnige Volkspartei, wobei diese Diskussion aktuell war, denn schon im Dezember stand man unter dem Eindruck des aufgelösten Reichstages und damit des beginnenden Wahlkampfes. Während der CV noch schüchtern über die Möglichkeiten seiner politischen Arbeit nachdachte, agitierte bereits „die von dem ‚Vater des Antisemitismus‘ [dem Protestanten Adolf Stoecker] geleitete ‚christlich-soziale‘ Partei“ im Rheinland, wo ihr Parteisekretär Behrens energisch versuchte, „die zum Zentrum gehörigen ‚christlichen Arbeiter-Organisationen‘ mit den zur Gefolgschaft der christlich-sozialen Partei gehörigen Arbeitern [...] zu liieren.“⁶⁴ Diese Liaison hatte im

⁶¹ Vgl. IDR, Die erste allgemeine Delegierten-Versammlung des Central-Vereins, Nr. 12, Dezember 1906, S. 678; siehe auch *Herzfeld*, Memoiren, S. 93.

⁶² IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 12, Dezember 1906, S. 715.

⁶³ Ebda., S. 716.

⁶⁴ Ebda., Umschau, S. 704f.

Geiste Teile der katholischen Presse erfasst, so etwa die Kölnische Volkszeitung, die in sämtlichen liberalen Presseorganen „Judenblätter“⁶⁵ erkennen wollte und das Judentum als Hort des zu bekämpfenden Liberalismus sah. Ähnlich äußerte sich auch ein Organ der Zentrumspartei, die Trierische Landeszeitung. Unter derartigen Eindrücken schien es nicht empfehlenswert, durch einseitige Parteinahme die Ultramontanen noch tiefer von den Liberalen zu spalten und ihrer unsachlichen Wahltaktik auch noch Nahrung zu geben.

Der SPD-nahe Herzfeld hatte sich in dieser Frage bereits im November 1906 hervorgetan. Er riet davon ab, es den Zentrumskatholiken und ihrer Presse gleichzutun. Stattdessen böte sich an, von Fall zu Fall die „jeweilig in Frage kommenden befreundeten Parteien“⁶⁶ durch aktive Mitarbeit und finanzielle Unterstützung zu verpflichten. Diese Taktik, keine Angriffsfläche zu liefern und zugleich den Eindruck zu vermitteln, gesamtgesellschaftliche Werte vor parteipolitischen Sonderinteressen zu verfolgen, wurde Teil des Verhaltenskodexes des Vereins, zumal sich das politische Meinungsspektrum im CV – bei allen Präferenzen – nicht auf die liberalen Parteien beschränken ließ.

Der Verein hatte sich mittlerweile so stark profiliert, dass Synagogengemeinden regelrecht um Versammlungen mit ihm baten. Zu diesen gehörten Bonn, Dortmund, Wanne, Hamm, Bochum, aber auch der Knotenpunkt Altenkirchen im Westerwald. Sie alle zeigten ihre Begeisterung für den noch sehr jungen CV.⁶⁷ Durch die in der IDR wiedergegebenen Vereinsnachrichten entsteht der Eindruck, als hätte der Verein im Westen 1906/1907 einen ausreichenden Popularitätsgrad unter den Juden erreicht, um Eigendynamik bei den Ortsgruppengründungen auszulösen. Am 4. November 1906 konstituierte sich die Bonner Ortsgruppe unter der Leitung von Moritz David. Hier hatte die Werbung besonders unter der akademischen Jugend, namentlich aus dem stark umworbenen Kreis der jüdischen Studentenverbindung Rheno Silesia, nun doch einen regen Zulauf gebracht.⁶⁸

Das südliche Rheinland hingegen war nicht zuletzt seiner Ausdehnung und seines dörflichen Charakters wegen weitgehend noch nicht für den CV erschlossen. Dennoch wuchs das Interesse am Verein sichtlich. In Dortmund nahmen am 5. November 1906 250 Juden an einer CV-Versammlung teil. Sie debattierten über Antisemitismus, wobei die Ausführungen auf „lebhaften Widerhall“⁶⁹ stießen. Auch war Rabbiner Benno Jacob, der am 9. März 1906 sein Amt in der Gemeinde angetreten hatte, nicht zuletzt aufgrund seiner Prägung durch die Viadrina prompt für den Verein aktiv geworden.⁷⁰ Im Blickfeld der Dortmunder Versammlungsteilnehmer stand allerdings die eigene

⁶⁵ Ebda., S. 706.

⁶⁶ Ebda., Vereinsnachrichten, S. 716.

⁶⁷ Vgl. ebda., S. 717.

⁶⁸ Vgl. ebda., Korrespondenzen, S. 727.

⁶⁹ Ebda.

⁷⁰ Zu Jacob siehe *Jürgensen, Almut*, Die Tora [sic] lehren und lernen. Rabbiner Benno Jacob in Dortmund (1906–1929), in: *Barbian*, 1999, S. 67–105. Jacob löste den Gemeindevorsitzenden David Leuser im Amt des Ortsgruppenvorsitzenden ab und behielt das Amt bis 1925. Ihm folgte Rechtsanwalt Dr. Siegfried Hoffmann und diesem 1930 sein Anwaltskollege Louis Koppel, der nach 1933 zu den treuesten Vereinsaktiven zählte.

gesellschaftliche Stellung in der rasch wachsenden Industriestadt am östlichen Rand des Ruhrgebiets. Von rüder, offenkundig brutaler Judenfeindschaft waren sie nicht betroffen. Die Versammlungsteilnehmer erregte vielmehr die subtile Art der Abneigung und Ungerechtigkeit, wie ihnen der Vergleich mit der Situation der Juden Hollands deutlich machte, weil jene

„in keiner Weise unter antisemitischen Vorurteilen zu leiden hätten. An der Spitze des Justizministeriums stehe z. Zt. ein Jude, ebenso wie Juden in anderen Staatsstellungen zu finden seien.“⁷¹

Das Thema Chancengleichheit schien ganz besonders die anwesenden Damen zu interessieren, die zwar noch nicht als Mitglieder, aber doch als Interessierte aktiv an dieser Diskussion teilnahmen. Ihre Aufgabe lag jedoch noch nicht im Politischen. Erwartungen stellte man in erster Linie an sie „bezüglich der Kindererziehung [...], um das heranwachsende Geschlecht zu glaubenstreu und charakterfesten Menschen zu erziehen.“⁷²

Kurz zuvor hatten sich in Barmen am 14. November 1906 die CVer zu einer Ortsgruppe unter Hermann Gans zusammengeschlossen. Bei der Gelegenheit konnte auch Bankier Moritz Meyer für den CV gewonnen werden. Nur vier Tage später folgte das nahe Elberfeld unter der Leitung des honorigen Stadtverordneten Max Simon.⁷³ Der CV knüpfte folglich erfolgreich Verbindungen zu Männern, die in Kreisen der Wirtschaft und Politik gegebenenfalls Einfluss ausüben konnten.

Im niederrheinischen, katholisch dominierten Geldern regte sich am 15. Dezember 1906 ebenfalls eine CV-Gemeinschaft von 27 Mitgliedern, die sich angesichts ihrer geringen Größe zu einem so genannten Propagandaort des Vereins zusammenschlossen. Diesmal aber war dieser Zusammenschluss weder eine Solidaritäts- noch Sympathiebekundung. Denn diesmal handelte es sich um die unmittelbare Folge der Bedrohung jüdischer Kaufleute, die von der antijüdischen Agitation des berufsständisch und nationalistisch ausgerichteten Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands (DHV) ausging. Der DHV als größte gewerkschaftliche Angestelltenorganisation im Reich verbot in seiner Satzung Juden den Beitritt. Seine Aktivisten kolportierten antisemitische Allgemeinplätze, die der CV aufgriff, um darauf aufmerksam zu machen, dass dieses Verhalten seinen Ursprung in merkantilen Konkurrenzkämpfen und bereits in der fremdenfeindlichen Gesinnung mittelalterlicher Gilden und Zünfte hatte.⁷⁴

⁷¹ IDR, Korrespondenzen, Nr. 12, Dezember 1906, S. 727.

⁷² Ebda., S. 727f.

⁷³ Vgl. ebda., S. 728.

⁷⁴ Vgl. IDR, Was muß jeder Kaufmann und Handlungsgehilfe vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen Verband (D.H.V.) wissen?, Nr. 1, Januar 1907, S. 34ff. Zum DHV im Allgemeinen und dem Wortlaut des rassistisch motivierten so genannten Judenparagrafen der revidierten Satzung des DHV von 1909 im Besonderen siehe das vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus herausgegebene Aufklärungswerk von *Bürger, Curt*, Antisemitenspiegel. Die Antisemiten im Lichte des Christentums, des Rechts und der Wissenschaft, Berlin u. a., 1911, S. 137. Auch in Elberfeld, wo sich die CV-Ortsgruppe im November konstituiert hatte, hetzte der DHV. Aufgrund dieser um sich greifenden Entwicklung einigte man sich im westdeutschen CV darauf, nicht direkt einzugreifen, sondern die betroffenen jüdischen Kaufleute dazu anzuhalten, sich selbst zu wehren. Vgl. IDR, Korrespondenzen, Nr. 12, Dezember 1906, S. 728.

Allem Anschein nach ohne äußeren Anlass banden sich die Juden am Textilplatz Aachen ebenfalls Ende 1906 an den CV. Hier dachte der dem CV grundsätzlich sympathisch gesinnte Vorstand der Synagogengemeinde darüber nach, dem Verein korporativ beizutreten.⁷⁵ Definitiv etablierte sich eine Ortsgruppe unter Rechtsanwalt Franken, wohingegen zum selben Zeitpunkt die Ortsgruppe Gelsenkirchen, wie es hieß, neu begründet wurde, eine eigensinnige Bezeichnung dafür, dass die Ortsgruppe lediglich einen neuen Vorstand bekommen hatte.⁷⁶

Zu diesem Zeitpunkt war selbst dieser Schritt noch etwas ganz Besonderes, zumal die Gewinnung Gelsenkirchener Juden obendrein nicht ganz einfach gewesen und anfangs hinter den Erwartungen zurückgeblieben war. Die Werbetouren der Essener Funktionäre durch die Gemeinden hatten den CV bereits 1905 in diese zweitgrößte der jüdischen Gemeinden Westfalens geführt. Damals war es Herzfeld und Abel lediglich gelungen, dass die „Gemeindemitglieder dem Central-Verein näher treten konnten.“⁷⁷ Die Reaktion war also verhalten gewesen. Die meisten der Gemeindemitglieder waren 1905, als Herzfeld und Abel Ziele und Aufgaben des Vereins unter den dortigen Juden propagieren wollten, „wegen des herrlichen Frühlingswetters“⁷⁸ überhaupt nicht erschienen. Außerdem bestand in Gelsenkirchen ein Zweig des von christlich-liberalen Honoratioren geleiteten Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, dem auch Juden als Mitglieder angehörten und dessen Arbeit „segensreich gewirkt“⁷⁹ hatte. Aufgrund herrschender Eintracht erübrigte es sich, sich überhaupt Gedanken über die jüdische Selbstwehr als Ausdruck der Ehre und Eigenverantwortlichkeit zu machen. Es bedurfte des Centralvereins, um sich von dieser Denkart zu verabschieden. Wie die Vorstandswahl in der Gelsenkirchener Ortsgruppe 1907 bewies, war der CV letztlich damit erfolgreich. Insofern standen ihm in der Tat das Lob und die Anerkennung zu,

„das Band der Zusammengehörigkeit unter den Glaubensbrüdern überall, wo er Eingang gefunden hat, gefestigt [sowie] seine Mitglieder zur Selbsterziehung und Selbstachtung angespornt“⁸⁰

zu haben. Da jedoch Gelsenkirchen, wie es hieß, 1905 dank der Parallelorganisation frei von antijüdischen Ausfällen blieb, klingt Herzfelds Appell „an die jüdischen Staatsbürger, sich die Liebe zum Vaterlande durch die Anfeindungen der Gegner und durch die trüben Erfahrungen nicht verbittern zu lassen“⁸¹, eher wie eine abgegriffene Redewendung. Auf die wenigen, die erschienen waren, hatte dieser Appell dennoch Eindruck gemacht: Alle Anwesenden schlossen sich dem Verein an.

In Bochum hatte der Verein erneut in einem Rabbiner, in Dr. Moritz David, einen treuen Gefolgsmann gefunden. Unter seiner Leitung referierte Herzfeld am 17. Februar 1907 in der Gemeinde über ‚Deutschtum und Judentum‘, wobei seine Ausführungen zum Anlass für nicht näher präzisierete Angriffe gegen den Verein wurden. Ob es sich

⁷⁵ Vgl. IDR, Korrespondenzen, Nr. 1, Januar 1907, S. 68.

⁷⁶ Vgl. IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 2, Februar 1907, S. 116.

⁷⁷ IDR, Korrespondenzen, Nr. 3, März 1905, S. 170.

⁷⁸ Ebda.

⁷⁹ Ebda.

⁸⁰ Ebda., S. 171.

⁸¹ Ebda.

dabei um frühe lokale nationaljüdische Regungen handelte, bleibt spekulativ, doch Herzfeld erregte Widerspruch mit seinen Appellen an die deutsch-patriotischen Empfindungen der Teilnehmer, schließlich

„verteidigen [wir] im Kampfe gegen den Antisemitismus nicht nur jüdische, sondern auch nationale Interessen; wir kämpfen für die heiligsten Güter der Nation, für die praktische Durchführung der Gleichheit Aller vor dem Gesetze.“⁸²

Er bat um Einigkeit, denn geschlossen gelte es, „das Endziel des Central-Vereins zu erreichen, die Gegner mit dem Sinne der Gerechtigkeit zu erfüllen.“⁸³ Im CV herrschte die Meinung, darin einen gemeinsamen Nenner gefunden zu haben, der es jedem Juden, gleich welcher religiösen und/oder politischen Richtung, möglich machte, im CV mitzuarbeiten. Auch wenn die IDR offensichtlich Eigenwerbung betrieb und deshalb zu Übertreibungen neigen konnte, so hatte dieses Argument in der Frühzeit des Vereinsbestehens eine Bindekraft, die 1912/1913 schwand. In Bochum verstummte im Verlauf der Veranstaltung im Februar 1907 nicht nur jede Kritik. „Sämtliche Anwesenden erklärten ihren Beitritt, worauf eine Ortsgruppe gebildet und der Vorstand gewählt wurde.“⁸⁴

Die Gründung des Agitationsausschusses hatte den Ausbau der Ortsgruppen merklich angeregt, wobei sich seit der Wende 1906/1907 eine Eigendynamik ausmachen ließ. In den meisten Fällen waren die Ortsgruppengründungen nicht Folge eines unmittelbar wirkenden Antisemitismus. Anfangs wurden lediglich dessen schleichende Bewegungen vor allem in der Verwaltung und im gewerblichen Leben wahrgenommen. Entscheidend für die Gründungen waren daher solidarische Empfindungen sowie die große Sympathie, auf die der CV mit seiner kombinierten Programmatik stieß. Neue Mitglieder gewann er zuerst in den Synagogengemeinden, die in urbanen Zentren ansässig waren. Mit dem Anwachsen der Organisation wurden die noch groben Umrisse geglättet, um die Parole „[r]es tua agitur!“⁸⁵ umzusetzen.

2.6 Demokratisierung der Abwehr

Am 24. Februar 1907 trafen sich erstmals „aus fast allen Teilen Deutschlands“⁸⁶ Vertreter aus den bis dahin landesweit organisierten 30 Ortsgruppen in Berlin zu ihrer ersten Delegiertenversammlung. Diese Delegierten repräsentierten 20.000 Einzelmitglieder und 120 kooperativ angeschlossene Organisationen. Als Versuchsballon gestartet, da sie „hoffentlich den Beweis liefern werde, wie förderlich ein mündlicher Meinungs-austausch wirken könne“⁸⁷, entpuppte sich diese Versammlung letztlich als wichtiger Erfolg, denn hier wurden Anregungen gemacht, die zukünftige Entscheidungen insbesondere für die Satzungsrevision beeinflussten.

⁸² IDR, Korrespondenzen, Nr. 4, April 1907, S. 254.

⁸³ Ebda.

⁸⁴ Ebda.

⁸⁵ IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 5, Mai 1907, S. 316.

⁸⁶ IDR, Die erste Delegierten-Versammlung, Nr. 4, April 1907, S. 201-217, hier 201.

⁸⁷ Ebda.

Im Vordergrund dieses Treffens standen Organisationsfragen. Analog zu der Entwicklung der Ortsgruppen und ersten Landesverbände wurde es notwendig, über ihre statutarisch festzulegenden Rechte und Pflichten zu diskutieren. Die Satzung des Jahres 1893 war nicht mehr aktuell. Sie kannte die neuen Vereinsinstanzen nicht. Sie listete lediglich die beiden Organe des Vereins auf: die Generalversammlung und den Vorstand. Die sich aus den Einzelmitgliedern und den Mitgliedern des Vorstandes zusammensetzende Generalversammlung wählte damals noch jährlich den maximal 18-köpfigen Vorstand. Aus seiner Mitte wiederum rekrutierten sich der Vorsitzende sowie seine beiden Stellvertreter. Dem demokratisch-repräsentativen Anspruch der sich vorrangig in den Provinzen entwickelnden Organisation kam sie darüber hinaus auch deshalb nicht nach, weil mindestens die Hälfte des Vorstandes den Wohnsitz in Berlin haben musste.

Im Zuge der Erörterung einer Satzungsrevision auf dieser ersten Delegiertenversammlung schlugen neuerlich die Repräsentanten der Ortsgruppe Hamburg vor, die Mitgliederversammlung durch eine regelmäßig entweder alljährlich oder alle zwei Jahre tagende Delegiertenversammlung zu ersetzen. Der Vorstand aber zögerte. Ihm reichten die 30 bestehenden Ortsgruppen à mindestens 75 Mitglieder noch nicht aus, um eine Statutenänderung zu rechtfertigen. Gewiss erkannte er ihre Bedeutung, entlasteten sie doch das von ihm unmittelbar dirigierte Mutterbüro in Berlin durch die Arbeit vor Ort. Besonders diesen Aspekt betonten die Hamburger, die im forcierten Ausbau der Ortsgruppen „die wichtigste Aufgabe“⁸⁸ des Vereins sahen. Dabei dachten sie sich die lokalen Zweige keineswegs als selbstständige

„Untervereine [...] vielmehr müsse [...] die Firma lediglich in Berlin gezeichnet werden. Insbesondere dürfe die Bedeutung der Zentrale nicht dadurch verringert werden, daß die Ortsgruppen als selbständige Vereine bei Tagesfragen sich und den Verein irgendwie festlegen. Sie haben sich vielmehr darauf zu beschränken, durch eifrige Mitgliederwerbung, durch das Einziehen der Beiträge das Wachstum und die Macht des Vereins zu fördern, den lokalen Bedürfnissen der Vereinsmitglieder Rechnung zu tragen, ihre Wünsche und Vorschläge zu prüfen, sie dem Vorstände in geeigneter Weise zu unterbreiten: überhaupt in beständiger Fühlung mit dem Vorstand zu bleiben.“⁸⁹

Nur die Ortsgruppen konnten nach Meinung der Hamburger CVer den „sehr verschiedenartigen lokalen Bedürfnisse[n]“⁹⁰ gerecht werden. Herzfeld ergänzte diesen Standpunkt, indem er davor warnte, die Bedeutung der Landesverbände für die Arbeit des Vereins zu unterschätzen,

„wenn auch das Schwergewicht in die Ortsgruppen zu verlegen sei. Die Landesverbände erfüllen die Aufgabe, immer neues Leben in die Ortsgruppen zu bringen, den Mittelstädten und kleinen Orten, die aus eigenen Mitteln keine Versammlungen zu bestreiten vermögen, durch Vorträge und Diskussionen immer neuen geistigen Stoff zu liefern und die Propaganda in Fluß zu halten. Bei Wahlangelegenheiten seien sie unentbehrlich, da die Bestrebungen nur in größeren geographischen Bezirken richtig zum Ausdruck gebracht werden können.“⁹¹

⁸⁸ Ebda., S. 203.

⁸⁹ Ebda.

⁹⁰ Ebda., S. 204.

⁹¹ Ebda., S. 208. Herzfeld untermauerte seinen Standpunkt mit handfesten Belegen. Danach war es dem mittlerweile umbenannten Provinzialausschuss für Rheinland-Westfalen durch

Herzfelds Ansicht nach war ein Provinzial- oder Landesverband jedoch nichts weiter als der verlängerte Arm Berlins, der „nur auf die Ortsgruppen seines Bezirkes im Sinne des Vorstandes einwirke.“⁹² Allerdings konnte die Entwicklung der Landesverbände noch gar nicht abgeschätzt werden, weshalb auch die Frage unbeantwortet blieb, inwieweit überhaupt „später eine Entlastung durch Landes- oder Provinzialverbände eintreten könne.“⁹³

Unabhängig davon forderten die anwesenden Delegierten mehrheitlich demokratische Repräsentanz in einer zu etablierenden Delegiertenversammlung, die regelmäßig zusammenkommen und die Generalversammlung der Mitglieder ablösen sollte. Damit regte sich die Forderung nach einem formell abgesicherten Mitspracherecht, das durch Wahlen in den Ortsgruppen Legitimation finden sollte, um den lokalen Repräsentanten und ihren Bedürfnissen eine Stimme in Berlin zu verleihen. In dieser Hinsicht waren die Bestimmungen der alten Satzung völlig unbefriedigend, besonders weil die Generalversammlung „Zufälligkeiten“ unterlag, weshalb ihr „stets nur ein Bruchteil der gesamten Mitglieder“⁹⁴ beiwohnte.

Dieser Zustand, der die auswärtigen gegenüber den Berliner Mitgliedern benachteiligte, war untragbar. Die dominierende Rolle Berlins wurde ebenfalls nicht von allen akzeptiert. Kurzfristig hatten es deshalb die selbstbewussten CVer aus Baden gewagt, den Sitz der Zentrale in Zweifel zu ziehen.⁹⁵ Die CVer aus der Hauptstadt waren folglich gut damit beraten, weder zu dominant noch zu zentralistisch aufzutreten, um ihre ansonsten auf breite Akzeptanz stoßende Direktivgewalt nicht ohne Not zu strapazieren. Sie nahmen die Stimmen aus den Landesteilen daher glaubhaft ernst und unterstrichen, wie wichtig die „Fühlung mit den hiesigen und auswärtigen Mitgliedern“ sei, die „durch einen regen Briefwechsel und zahlreiche auswärtige Versammlungen“⁹⁶ sowie durch das Vereinsorgan aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen sei. Die Versammelten beschlossen daraufhin die nächste Delegiertenversammlung im Winter 1908/1909 sowie die Vorbereitung einer neuen Geschäftsordnung.

Diese erste Delegiertenversammlung im Februar 1907 hatte Gestaltungswille und Enthusiasmus zum Ausdruck gebracht. Sie waren ebenso groß wie die Ziele, die der Verein anstrebte. Entsprechend lautete eine Zwischenbilanz:

Überzeugungsarbeit gelungen, die Reihen rheinischer Tierschutzvereine im Allgemeinen und des Kölner im Besonderen davon abzuhalten, ein Schächtverbot anzuregen. Die Debatte war aufs Neue entbrannt, nachdem der 1906 in Nürnberg stattfindende Verbandstag der Tierschutzvereine gegen das Schächten mobil gemacht hatte. Diese Erfolgsmeldung wurde allerdings dadurch relativiert, dass der Verein schon 1898 gegen lokale Vorstöße, wie sie auf den öffentlichen Schlachthöfen von Rheydt und Odenkirchen versucht wurden, angehen musste. Vgl. IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 12, Dezember 1906, S. 717; siehe auch den Leitartikel der IDR, Die ortsstatutarischen Bestimmungen der Stadt Rheydt über die Einschränkung des Schächtens auf dem gemeinsamen öffentlichen Schlachthofe von Rheydt und Odenkirchen [Teil] I, Nr. 8, August 1898, S. 362ff. Der ergänzende zweite Teil zum Thema findet sich in: IDR, Nr. 10, Oktober 1898, S. 495ff.; siehe ferner IDR, Die Aufhebung des Schächtverbots in Rheydt, Nr. 8, August 1906, S. 451ff.

⁹² IDR, Die erste Delegierten-Versammlung, Nr. 4, April 1907, S. 201-217, hier 208.

⁹³ Ebda., S. 204.

⁹⁴ Ebda.

⁹⁵ Vgl. ebda., S. 208.

⁹⁶ Ebda., S. 205.

„Nach 13jähriger angestrenzter Arbeit [...] sei manches erreicht worden. Es habe sich jedoch weder die volle Anerkennung unserer sozialen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung erzielen, noch tief bedauerliche Zurücksetzungen im gewerblichen Leben verhindern lassen. Aus diesem Grund sei [...] das dringendste Gebot [die] Notwendigkeit, im deutschen Judentum alle geistigen Kräfte zusammenzufassen und möglichst die Erringung parlamentarischer Macht zu erzielen.“⁹⁷

Neben diesen Höhenflügen, die explizit nicht mithilfe der Gründung einer jüdischen Konfessionspartei nach dem Vorbild des Zentrums verwirklicht werden sollten⁹⁸, sondern nur mittels der Massenmobilisierung durch Aufklärung, fand auch der bodenständige Wunsch des sich allem Anschein nach zusehends für die Belange der Bewohner der Rheinprovinz verantwortlich fühlenden Kölner Repräsentanten Gehör, wonach

„den Juden, die in kleinen Gemeinden und Dörfern wohnen, größere Aufmerksamkeit als bisher gewidmet werde, weil sie in ihrer Vereinzelung jetzt noch jeden Haltes entbehren, meist in übler Lage seien und größeren Schutzes der Abwehrorganisation bedürfen.“⁹⁹

Der Vereinsvorsitzende Maximilian Horwitz wies daher die Ortsgruppenvorsitzenden an, „die in ihrem Umkreis vereinzelt wohnenden Glaubensgenossen“¹⁰⁰ – in größerem Maße, als dies bis dahin geschehen war – an den Verein zu binden.

So wie auf der ersten Delegiertenversammlung im Februar 1907 verabredet, ging der Ausbau des Ortsgruppennetzes unter dem Motto ‚Führe Deine Sache selbst‘ weiter. Noch im selben Jahr übernahmen in Krefeld Rechtsanwälte und Kaufleute den Vorstand der neuen Ortsgruppe. Zeitgleich sprang der CV-Funke nach Witten an der Ruhr über.¹⁰¹ Parallel dazu griff der Provinzialausschuss für Rheinland und Westfalen die auf der Delegiertentagung gemachte Anregung der Kölner Ortsgruppe auf.

Einen Auftakt der Agitation in den ländlichen Kreisen bildete am 14. April 1907 eine Versammlung in Altenkirchen. Abel und Herzfeld waren angereist und diskutierten über den politischen Antisemitismus. Vertreter aus Dierdorf, Montabaur, Willmenrod und weiteren kleineren Orten im Westerwald waren zugegen. 50 Herren des Umlandes schlossen sich bei dieser Gelegenheit zusammen und gründeten eine CV-Bezirksgruppe, der sie den Namen „Westerland-Sieg“¹⁰² gaben. Damit dehnte der CV seine

⁹⁷ Ebda., S. 205f.

⁹⁸ Für den Verein verbot es sich, seine Anhänger „für bestimmte politische Richtungen“ in die Pflicht zu nehmen und dadurch die Gewissensfreiheit des Wählers gegebenenfalls einzuschränken. Vgl. die Ankündigung der Versammlung in: IDR, Umschau, Nr. 12, Dezember 1906, S. 706.

⁹⁹ IDR, Die erste Delegierten-Versammlung, Nr. 4, April 1907, S. 201-217, hier 209.

¹⁰⁰ Ebda.

¹⁰¹ IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 5, Mai 1907, S. 315.

¹⁰² Ebda., S. 315f.

Im Verlauf des Jahres 1907 konnte auch im katholischen Trier eine Ortsgruppe gegründet werden, wobei die Synagogengemeinde dem Verein korporativ beitrug. Die selten aktenkundig gewordene CV-Ortsgruppe stand jahrzehntelang unter der Leitung des konservativen Abgeordneten im Trierer Stadtparlament, dem Weinhändler Siegmund Loeb, der 1941 nach Litzmannstadt deportiert wurde. Vgl. IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 4, April 1908, S. 241; zur Ortsgruppe Trier siehe HM2 8720, Osoby 721 I, Akte 1228, Frame 0807-0965.

Ein erwähnenswerter Fall, von dem die IDR im September 1909 berichtete, wurde vor der Trierer Strafkammer im August desselben Jahres verhandelt. Gerade er macht die Grenzen der Aufklärung bei Angehörigen der so genannten deutschen Kulturnation zu Beginn des 20. Jahrhunderts in

Mitgliedersammlung erfolgreich auch auf die teils schwer zugänglichen ländlichen Regionen weiter aus. Eingedenk sowohl der Demokratisierung der Abwehr als auch der Magnetwirkung, die die Ortsgruppen aufgrund ihrer bloßen Existenz ausüben konnten, erging im November 1907 die dringende Weisung,

„daß noch in diesem Jahre überall dort, wo zahlreiche Vereinsmitglieder wohnen und die Ortsgruppenbildung noch nicht vollzogen ist, dies noch im Laufe dieses Jahres geschieht.“¹⁰³

Der CV war auf Masse aus. Das Vorgehen der Synagogengemeinde Hamm/Westfalen, die sich am 8. Oktober 1907 dem Centralverein korporativ angeschlossen hatte, sollte deshalb viele Nachahmer finden.¹⁰⁴

Am 12. Januar 1908 tagte der Landesausschuss abermals, um für die Region die kommenden organisatorischen und inhaltlichen Aufgaben abzustimmen. Die allgemeine politische Lage der Juden in Deutschland, so Herzfelds Einschätzung, gebe grundsätzlich zu Optimismus Anlass. Als lästig wurde jedoch die auch nach den Reichstagswahlen fortwährende Häufung antisemitischer Tendenzen in der regionalen Presse empfunden. Auffällig judenfeindlichen Stereotypen huldigte dabei namentlich das Organ für die christlichen Bergarbeiter, genannt Bergknappen.¹⁰⁵ Eher beifällig

ländlichen katholischen Regionen deutlich. Dabei handelte es sich um einen Fall von Aberglauben an Schadenzauber, das heißt letztlich um einen „e c h t e [n] H e x e n p r o z e ß.“ Verhandelt wurde die Tat von „zwei alte[n] bigotte[n] Jungfrauen aus Serrig a. d. Saar“, die der Wahnidee verfallen waren, dass ein jüdischer Handelsmann namens Meyer aus Beurig bei Saarburg zwei Kühe verhext habe, sodass diese keine Milch mehr gaben und abmagerten. „Um den Teufel aus den armen Tieren zu treiben, lockten sie den nichts ahnenden Handelsmann unter der Angabe, mit ihm einen Handel abschließen zu wollen, in den Stall, fielen dort mit einer Heu- und Mistgabel über ihn her und v e r l e t z t e n ihn so schwer, daß er mehrere Wochen lang das Bett hüten mußte.“ Beide Frauen wurden wegen Misshandlung und Beleidigung zu 14 Tagen Gefängnis und 10 Mark Geldstrafe verurteilt, womit der Aberglaube jedoch nicht aus der Welt geschafft war, wie der Artikel abschließend feststellte. IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 9, September 1909, S. 519.

¹⁰³ IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 11, November 1907, S. 636.

¹⁰⁴ Vgl. ebda.

¹⁰⁵ Wie bereits angedeutet, wurde 1906 mit Blick auf die kommende Reichstagswahl das Vorgehen der antisemitischen Stöcker-Bewegung im Westen beobachtet, zumal sie versuchte, christliche Arbeiterorganisationen der Zentrumspartei abspenstig zu machen, um diese an die christlich-soziale Partei zu binden. Die Zentrumspartei ihrerseits trug sich mancherorts wiederum mit dem Gedanken, christlich-soziale Kandidaten, wie etwa den im Wahlkreis Duisburg-Ruhrort-Oberhausen, zu unterstützen. Im Rahmen des vom CV allgemein festgestellten Rechtstrends innerhalb der Zentrumspartei hatte die katholische Presse der Region verstärkt damit begonnen, ihre vormals bestenfalls reservierte Haltung gegenüber den Juden zu ändern. Aus diesem Grund wurden etwa die Kölnische Volkszeitung, die in Berlin erscheinende Germania, die ultramontane Trierische Landeszeitung oder auch die in Kempen am Rhein erscheinende Rheinische Volksstimme vom Centralverein regelmäßig ausgewertet. Vgl. IDR, Umschau, Nr. 12, Dezember 1906, S. 709.

Auch die Kölnische Zeitung wertete der CV aus, um sich immer mal wieder auf ihre Berichterstattung zu berufen. So hatte dieses überregional verbreitete liberale Organ von der Boykottierung jüdischer Geschäftsleute in Illingen, Regierungsbezirk Trier, berichtet. Ihren Ausführungen zufolge war im katholisch dominierten Illingen, das rund 4.000 Seelen zählte, das Verhältnis zwischen Katholiken und Juden nach der Reichstagswahl von 1907 nachhaltig geschädigt, weil die katholischen Wähler die Juden des Ortes, wo „eine Anzahl nicht unbedeutender Geschäfte im Besitz von Israeliten“ [S. 260] war, dafür verantwortlich machten, dass eine Stichwahl zwischen dem nationalliberalen Reichstagskandidaten und dem des Zentrums stattfinden musste. In der Nacht vor dem zweiten Wahlgang setzte eine Flugblattaktion ein, die sich gezielt gegen jüdische Kaufleute richtete. Diesen wurde unterstellt, gegen die katholische Zentrumspartei gestimmt zu haben, und dies, obwohl Katholiken ihnen „das ganze Jahr hindurch ihren Verdienst zutragen.“ [S. 260] Die Illinger Juden wurden folglich einseitig mit dem gegnerischen politischen und

wurden Herzfelds Ausführungen über judenfeindliche Erscheinungen aufgenommen, während er zum Thema Umgang mit den Behörden warnend darauf verwies, maßvoll empfindsam zu reagieren und nicht „in jedem Konflikte der Behörde mit einem Juden sofort Ausflüsse antisemitischer Gesinnung zu sehen.“¹⁰⁶

Der Rechtsschutz während der Vorkriegsjahre hatte im Vergleich zu dem, was ihn noch erwarten sollte, überschaubare Ausmaße. Der CV konnte sich insofern entspannt auf seine Erziehungsaufgaben konzentrieren. Dabei waren ihm die politischen Möglichkeiten der neuartigen Massenpropaganda völlig klar. Im Zuge der Erörterung der Frage, wie am besten Stimmung für die Vereinsziele unter den Angehörigen der jüdischen Minderheit zu machen sei, wurde die „Propaganda [...], die Anberaumung von jüdischen Volksversammlungen in den einzelnen Gemeinden“¹⁰⁷, als das beste Mittel der Gegenwehr erachtet. Für den Verein diente die Propagandaarbeit letztlich der Verbreitung des demokratischen Gedankens. Abgesehen von dem gemeinsamen Wertekodex bedeutete Demokratie auch, den Einzelnen in die Verantwortung zu nehmen und bei jeder sich bietenden Gelegenheit politisch aktiv zu werden. Ob durch persönliches Engagement etwa in christlichen, politischen oder gemeinnützigen Vereinen – man wollte judenfeindliche Bestrebungen von der Basis her im günstigsten Fall kontrollierend beeinflussen. Aber auch wenn dies nicht gelingen würde, hätte man zumindest ein Alarmsystem aufgebaut.

Bevor man sich 1908 weiteren speziellen Themen widmete, hatte der Ausbau des Ortsgruppennetzes und der Mitglieder ab 18 Jahre Vorrang. Noch unbefriedigt von dem bislang Erreichten im Allgemeinen, haderte man besonders mit den Ergebnissen in Düsseldorf sowie mit denen in Bielefeld, Herford und Paderborn, Städte, die im Regierungsbezirk Minden lagen.¹⁰⁸

wirtschaftlichen Liberalismus identifiziert. Dem Generalverdacht folgte die Strafe in Form der wirtschaftlichen und damit mittelbar der gesellschaftlichen Isolation, für die die Illinger Juden aufgrund ihrer unterstellten Undankbarkeit selbst verantwortlich gemacht wurden. Die örtlichen Kirchenvertreter widersprachen dem nicht. In den Augen der CVer hatte es allen voran Dekan Hausen versäumt, energisch gegen den Boykott einzuschreiten. Später hätte Hausen das „Vorhandensein“ [S. 261] des politisch motivierten Wirtschaftsboykotts in Illingen überhaupt bestritten. Der Vorfall wurde von der Germania aufgegriffen, wobei das in Berlin herausgegebene Hausblatt des Zentrums der Kölnischen Zeitung indirekt unterstellte, ihre Berichterstattung sei unglaubwürdig. Die Germania führte aus: „Wenn wirklich die jüdischen Geschäftsleute wegen der Wahl systematisch boykottiert werden, so verurteilen wir das ebenso entschieden, wie den von Protestanten gegen katholische Geschäftsleute proklamierten Boykott. Wir zweifeln aber einstweilen an der Wahrheit des Berichts der ‚Köln. Ztg.‘“ [S. 261] Nach Lesart im CV schien die Germania den Boykott gegen die Juden in Illingen wie in der Kölnischen Zeitung dargelegt zu leugnen, sei es, um sich die eigene politische Klientel in Illingen für den nächsten Wahlgang zu sichern, sei es um den Liberalismus zu treffen. Als bald hatte zwar die Hetze aufgehört, nicht jedoch der dadurch verursachte Boykott gegen die vermeintlich ausschließlich liberal wählenden Juden, die in Illingen deshalb zum Wahlkampfthema geworden waren. In der Auseinandersetzung zwischen Zentrum und den Nationalliberalen wurden sie zu Sündenböcken. Der Antisemitismus in Illingen war neuerdings politisch motiviert. Vgl. IDR, Vermischtes, Nr. 4, April 1907, S. 260f.

¹⁰⁶ IDR, Versammlung des Landesausschusses für Rheinland-Westfalen, Nr. 3, März 1908, S. 147.

¹⁰⁷ Ebda., S. 148.

¹⁰⁸ Vgl. ebda., S. 146. Nur einige wenige Ortsgruppen im Mindener Regierungsbezirk interessieren im Rahmen dieser Arbeit. Zu diesen gehören vorrangig die nach dem Ersten Weltkrieg beim rheinisch-westfälischen Verband verbleibenden Gruppen, obwohl sie politisch-geografisch zum Regierungsbezirk Minden gehörten, so etwa die Arbeitsgemeinschaft Brakel, Höxter mit Warburg. Demgegenüber wurden unter anderem Herford, Stadt Minden und Bielefeld dem Zwerg-

Erst neun Monate nach der Sitzung des Ausschusses, am 31. Oktober 1908, konstituierte sich endlich auch in Düsseldorf eine Ortsgruppe. Das Interesse des Vereins an solventen jüdischen Gemeinden wie dieser war groß. Bei der Gründungsversammlung, die der von 1907 bis 1912 in Düsseldorf wirkende Rabbiner Leo Baeck leitete, waren abermals die Herren Herzfeld, Abel und Brodnitz, der aus Berlin angereist war, zugegen.¹⁰⁹ Der Abend war ein Erfolg, der verhalten registriert wurde, weil lediglich 40 Anwesende die Mitgliedschaft erworben hatten, womit „in Düsseldorf für die Ideen des Central-Vereins ein fruchtbarer Boden geschaffen“¹¹⁰ worden war, den der langjährige Vorsitzende, der Geschäftsmann Oskar Manes, beackern durfte.¹¹¹

Nur zwei Tage nach diesem relativ späten Erfolg trafen sich die Delegierten des Landesausschusses in Essen erneut. Fleißig war man gewesen und sah mit einem besonderen „Ausdruck der Genugtuung“ auf vier „erfolgreiche Veranstaltungen“¹¹² des auslaufenden Jahres zurück. Schwungvoll und viel versprechend erschien den Teilnehmern dieser Versammlungstakt, um sogleich auf das knapp zehn Monate zuvor in Auftrag gegebene Exposé zur Jugendarbeit des Vereins zu sprechen zu kommen.

2.7 Kursbestimmung: Jugend- und Frauenarbeit 1908

Mit Blick auf die Zukunft war auf der Landesausschusstagung im Februar 1908 das Thema Jugendarbeit aufgegriffen worden, wobei am Ende der Tagung der Entschluss stand, ein Gutachten über die Möglichkeiten auszuarbeiten, die der Verein im Rahmen jüdischer Jugendorganisationen ergreifen könnte. Die mehrheitliche Haltung war gegen den Aufbau eigener Gruppen, um den Verein stattdessen an bereits bestehende anzubinden. Hier fiel eine Vorentscheidung, die erklärt, warum die Nachwuchsfrage

Landesverband Ostwestfalen-Lippe und Nachbargebiete zugeschlagen. Er verwaltete die Ortsgruppen im Regierungsbezirk Lippe mit Lemgo und Detmold, in dessen Nähe sich das Hermannsdenkmal, Pilgerstätte der Nazis in den 1920er Jahren, befand. In den 1930er Jahren kam es dann noch einmal zu einer CV-internen Gebietsreform, die neben dem rheinisch-westfälischen Verband auch den Landesverband Hannover tangierte und in Kapitel 6 zur Sprache kommt. An dieser Stelle muss daher erst einmal die Faustregel genügen: Die Grenzen der Landesverbände im Centralverein orientierten sich zwar an Provinzgrenzen, entsprachen ihnen aber keineswegs immer und in Westdeutschland zu keinem Zeitpunkt.

¹⁰⁹ Zu Baeck siehe etwa *Heuberger, Georg, Backhaus, Fritz* (Hg.), *Leo Baeck 1873–1956. Aus dem Stamme von Rabbinern. Begleitband zur Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt/M., Mai–Oktober 2001, Frankfurt/M. 2001.*

¹¹⁰ IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 12, Dezember 1908, S. 721.

¹¹¹ Der am 26. Januar 1858 geborene Kaufmann Oskar Manes, Besitzer eines Einzelhandelsgeschäftes in Düsseldorf für Herren- und Sportbekleidung, war ideal für den Verein. Er war Repräsentant der Düsseldorfer Gemeinde, zeitweise ihr Vorsitzender und half maßgeblich mit bei der 1903 erfolgten Gründung des nach Rabbiner Abraham Wedell benannten Jugendvereins, der im Verband Jüdischer Jugendvereine Deutschland aufging. Neben den explizit jüdischen Belangen, denen Manes sich widmete, war er zugleich Abgeordneter der Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung, Vorstandsmitglied der IHK und Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes für den Düsseldorfer Bezirk. Vgl. CVZ, Personalien, Nr. 3, 20. Januar 1938, unpaginiert; *Lowenthal*, 1981, S. 149.

¹¹² IDR, Die Delegiertenversammlung des Landesausschusses für Rheinland und Westfalen, Nr. 12, Dezember 1908, S. 681.

über fast zwei Jahrzehnte nur eine viel diskutierte Angelegenheit ohne praktische Relevanz blieb.

Entsprechend lautete im Dezember 1908 das Motto des Tages „Unser Verhältnis zu den jüdischen Jugendvereinen“¹¹³, eine imposante Aufgabe angesichts der allein rund „40 bis 50 Jugendvereine“¹¹⁴, die bis dahin bestanden, um sich der sittlichen, jüdisch-religiösen Kinder- und Jugenderziehung zu widmen.

Gemäß der Empfehlung des referierenden CV-Mitarbeiters Alfred Apfel sollte sich die jugendpflegerische Arbeit des Centralvereins am Kölner Gabriel Riesser-Verein orientieren, der bereits 500 Jungen und 200 Mädchen organisierte. Aus diesem Erfolg

„ergebe sich aber die Lehre, daß jede Protektion von oben zu vermeiden sei. Langweilige Vorträge müßten wegfallen. Eine Schulung zum Gedankenaustausch könne nur durch Diskussionsabende mit kurzen, einleitenden Referaten erfolgen. Es sei auch nach den Kölner Erfahrungen verkehrt, politisch[-]religiöse Fragen aus dem Arbeitsgebiet auszuschneiden. [...] Durch Gesellschaftsabende habe man die einzelnen Mitglieder einander näher gebracht, viele Mitglieder durch Kommissionstätigkeit zur positiven Mitarbeit herangezogen und durch persönliche Beeinflussung des einzelnen den Kreis der Mitglieder erweitert und das Vereinsinteresse gekräftigt. Der Central-Verein, der politische Neutralität habe und haben müsse, könne selbstverständlich keine direkte Verbindung mit einem Jugendverein anknüpfen. [...] Schon deshalb nicht, damit die stets temperamentvolle Jugend nicht in die wohl erwogenen Pflichten der Vereinsleitung störend eingreifen könne. Aber da der Zweck der Jugendvereine darin besteht, die Jugend zu jüdischem Selbstbewußtsein zu erziehen und ihre Bildung und Charakterentwicklung zu fördern, so würde damit schon ein Teil der Gedanken verwirklicht, deren Erreichung den Zweck des Central-Vereins ausmacht. Eine direkte Verbindung zwischen dem Central-Verein und den Jugendvereinen sei abzulehnen, dagegen ein freundliches Entgegenkommen“¹¹⁵

mittels Vorträgen und finanzieller Unterstützung zu begrüßen. Während Letztere aufgrund der Menge an bestehenden Vereinen nur nach dem Gießkannenprinzip funktionieren konnte, dachte man im Rahmen des Vortragswesens darüber nach, Teilgebiete der preußisch-deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-jüdischen Emanzipationsbewegung und der Verfassungsentwicklung in den Ländern sowie im Reich ins Angebot aufzunehmen. Geeignet schienen auch mündliche Abhandlungen über die Geschichte des Antisemitismus, um die entsprechenden anti-antisemitischen Argumente gleich an die Hand zu geben. Apfels Koreferent, Rabbi Benno Jacob aus Dortmund, betonte gerade diese „theoretische Seite der Sache“¹¹⁶, um die Zielgruppe der 14- bis 24-jährigen jüdischen Jugend ins Visier zu nehmen, da in jenen Lebensjahren, wie Jacob annahm, „die Weltanschauung eines Menschen und seine Charakterbildung festgelegt werde.“¹¹⁷ Jacobs Ergänzungen klangen vernünftig, und dem Bericht zufolge widersprach keiner der Anwesenden.

¹¹³ Ebda.

¹¹⁴ Ebda.

¹¹⁵ Ebda., S. 682f.

¹¹⁶ Ebda., S. 683.

¹¹⁷ Ebda.

Im Ansatz ging der CV demnach nicht über die theoretische Vermittlung politischer und religiöser Bildungsinhalte im Sinne einer hier und da einmal stattfindenden ideologischen Schulung im Geiste des Vereins hinaus. Alternative integrative Formen, die dem Nachwuchs Einblicke in die und Mitgestaltungsmöglichkeiten an der Vereinsarbeit geboten hätten, wurden keine angeboten. Der CV verstand sich als ein Verein für mündige Erwachsene. An einer eigenen, aktiven Jugendarbeit war er nicht interessiert.

Die Delegierten des Landesausschusses fanden am Abend des 1. November 1908 noch Zeit, die Frauenarbeit zu thematisieren, was ebenso aktuell war wie die Jugendarbeit. Zweifelsohne hatten die Vereinsjuristen die Rechtsentwicklung verfolgt, die am 15. Mai 1908 in die Novelle des preußischen Vereinsrechts mündete, um schließlich auf der Delegiertenversammlung aufgegriffen zu werden. Seitdem war es dem CV per Gesetz gestattet, sich in der Tat als ein Verein zumindest *für* alle deutschen Juden zu deklarieren.

Erneut wollten die Essener auch auf diesem Sammlungsfeld eine Vorreiterrolle spielen, schließlich sei

„Essen [...] die erste Ortsgruppe des Vereins gewesen. Von Essen aus sei der erste preußische Landesverband gegründet worden, nun möge Essen auch in der Mitarbeit der Frauen in vorderster Reihe marschieren“,

um die Damen dazu anzuhalten, im Rahmen der ihnen „obliegenden Kindererziehung unsere Ideen der Jugend einzuimpfen.“¹¹⁸ Damit war das Ziel der politischen Arbeit der Frau im CV geklärt, auch wenn man erst noch „ihre Kenntnis des Antisemitismus und der Verteidigungslehre vertiefen [müsse], damit sie auch dem Kinde Rede und Antwort stehen könne.“¹¹⁹ Mit der Politisierung der Frau bewies der CV zu diesem Zeitpunkt seine außerordentlich fortschrittliche Einstellung, die aber wenig entwicklungs- und umsetzungsfähig war.

Den Anfang der Frauenarbeit bereiteten im Übrigen nicht die Damen aus Essen, sondern die in der Hauptstadt. Sie marschierten, um in der CV-Terminologie zu bleiben, als erste für den Verein. Entsprechend waren sie es auch, die auf der ordentlichen Mitgliederversammlung des Vereins am 22. Februar 1909 mit Minna Schwarz, Vorsitzende des Frauenvereins der Berliner Bnei Brith-Logen, wortführend die anvisierte Überparteilichkeit in der CV-Frauenarbeit präzisierten. Laut stenografischem Versammlungsberichts waren nachstehende Rollenverteilungen, Aufgaben und Funktionen für die Frau im CV vorgesehen:

„Zunächst wollen wir dahin wirken, daß jede Frau und Mutter durch ihr Vorbild die rechte Erzieherin ihrer Kinder werde. (Bravo!) Sie soll diese von ihrer frühesten Jugend an darauf hinweisen, wie hoch vor allem dem Juden seine Ehre steht, wie diese bei jedem Angriff zu verteidigen ist. Sie soll ihre Kinder zur Bescheidenheit im äußeren Leben erziehen (Sehr richtig!) und durch eigenes Vorbild sie befähigen, dereinst treue Kinder unserer Glaubensgemeinschaft zu erziehen. (Bravo!) [...] die edelste Auffassung von Ehre, Nächstenliebe und Patriotismus einprägen, das soll die Aufgabe jeder Mutter sein. [...] Die allzu moderne jüdische Frau hat wenig Zeit für ihre Kinder (Sehr richtig!) [...] Es

¹¹⁸ IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 12, Dezember 1908, S. 720.

¹¹⁹ Ebda.

fehlt in manchem Hause der moralische Halt, [...] und eine schöne, vornehme Häuslichkeit, in der man neben ruhiger Behaglichkeit auch dem modernen Leben nicht fernzustehen braucht, ist keineswegs die Regel. Auf die Erziehung der Töchter insbesondere sollen die Mütter ihr ganzes Augenmerk richten. [...] In unseren Kindern liegt die Zukunft unserer Glaubensgemeinschaft! [...] Unsere Selbstachtung muß uns jeglichen Verkehr mit Renegaten verbieten. [...] Ein trauriges Merkmal der Zeit ist es, daß oft bei nichtjüdischen Wohlfahrtsveranstaltungen jüdische Frauen im Mittelpunkt der Arrangements stehen, während sie sich bei ähnlichen Festen für ihre bedürftigen Glaubensgenossen fernhalten. [...] Der Hinweis, nicht in antisemitischen Geschäften seinen Bedarf zu decken, kann nicht oft genug wiederholt werden. (Sehr richtig!) [...] Ebenso selbstverständlich ist es auch, daß wir nicht an Kurplätzen solche Häuser als Wohnungen wählen, von denen uns bekannt ist, daß ihre Besitzer Antisemiten sind.“¹²⁰

Das Bewusstsein von Deutschtum und Judentum gab die Erziehungsinhalte vor. Klare Verhaltensanweisungen waren deshalb notwendig, um ihr das teils verloren gegangene, teils nie entwickelte Bewusstsein von jüdischer Sittlichkeit, bürgerlicher Schicklichkeit und staatsbürgerlichen Tugenden einzuimpfen. Schließlich begann die Abwehrarbeit zu Hause. Dort fanden sich ihre originären Aufgaben als Mutter und Erzieherin des Nachwuchses zwecks Erhalt des Judentums. In diesem klassisch-jüdischen Frauenbild erwies sich der Verein als durchaus traditionsbewusst, auch wenn er mit der formal 1908 beginnenden Frauenarbeit schon die Synthese zwischen Tradition und Moderne zu erarbeiten versuchte, letztlich mit dem Ziel, (Kinds-)Taufen zu verhindern, Renegaten zu meiden und für alle Lebensbereiche langfristig ein jüdisches Bewusstsein zu entwickeln. In demselben Maße aber, wie er die Taufe ächtete, herrschte im CV Schweigen hinsichtlich seiner Stellung zu interkonfessionell geschlossenen Ehen. Ob dies aus symbiotischer Überzeugung oder schlicht aus Respekt vor der Privatsphäre geschah, bleibt dahingestellt.

Als Fazit blieb: Solidarität mit und Verantwortungsbewusstsein für die eigene Konfessionsgemeinschaft sollten wieder an Bedeutung gewinnen – in Kombination mit einem solidarischen und verantwortungsvollen Bewusstsein für gesellschaftliche Belange. In diesem gesteckten Rahmen mochte sich die deutsche Jüdin so frei entfalten, wie sie wollte.

Auf dieser Grundlage wurden die Ortsgruppen – die übrigens in Rheinland und Westfalen zu jedem Zeitpunkt der Vereinsgeschichte von Männern geleitet wurden – angewiesen, um die Mitgliedschaft und Mitarbeit der Damen zu werben. Brodnitz unterstrich die fortschrittliche Politik seines Vereins, indem er den CV zum Mitstreiter der Frauenbewegung stilisierte, weil

„wir [...] meines Wissens der einzige politische Verein [sind], bei dem die Frauen in der glücklichen Lage sind, nach jeder Richtung hin dem Manne vollkommen gleichberechtigt zu sein.“¹²¹

Die Gleichstellung von Mann und Frau endete jedoch zu diesem Zeitpunkt vor den Vorstandstüren, das heißt bei der Übernahme von Exekutivposten. 1909 hieß es dazu:

¹²⁰ IDR, Stenographischer Bericht über die zweite Delegierten-Versammlung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (21. Februar 1909), Nr. 3/4, März/April 1909, S. 129-223, hier 163ff.

¹²¹ Ebd., S. 169.

„Wir haben die Frage, wie weit die Damen dem Vorstände beitreten sollen, zunächst dahingestellt sein lassen und haben die Mitarbeit der Frauen dankbar angenommen. [...] Wir sind eine [...] Arbeitsvereinigung [...] Wir legen nicht Wert darauf, Ehren und Würden zu verteilen“,

und überhaupt stand für die Väter des Vereins zweifelsfrei fest, „daß unsere Frauen zum politischen Denken erst erzogen werden müssen.“¹²² Im allgemeinen politischen Leben besaßen sie ja schließlich noch nicht einmal das aktive Wahlrecht. Die Herren im Verein sahen sich im Vorteil und rechtfertigten ihre leitenden Positionen mit einer guten Portion Selbstgefälligkeit. Aber auch die Vereinsdamen scheinen von alten patriarchalischen Strukturen jüdischer Denktradition geprägt gewesen zu sein, weshalb sie – erstaunlich genug – dieser Rollenfestlegung nicht widersprachen. Sie selbst scheiterten also bereits 1909 an der ersten entscheidenden Lektion. Dass im CV jedoch – trotz männlicher Eitelkeiten und damenhafter Zurückhaltung – immerhin ein Wandel im eigenen Denken versucht wurde, kann hier fraglos festgehalten werden.

2.8 Vereinsstatuten

So differenzierte also die auf der zweiten Delegiertenversammlung des Vereins vom 21. Februar 1909 beschlossene Novelle der Vereinsstatuten in Paragraph 5 die Mitglieder erstmals nach Geschlecht.¹²³ Die Novelle konnte letztlich auch deshalb durchgesetzt werden, weil die Ortsgruppenentwicklung den Hauptvorstand vorerst zufriedenstellte. Innerhalb von zwei Jahren konnte der Bestand um 21 erhöht werden, sodass 1909 insgesamt 51 Ortsgruppen à mindestens 75 Mitglieder arbeiteten.¹²⁴ Es fanden ebenfalls zum ersten Mal die Ortsgruppen sowie Provinzial- und Landesverbände Beachtung, deren Unterordnung unter die Berliner Zentrale nach Paragraph 10 daran abzulesen war, dass ihre Gründungen und Satzungen explizit von der Genehmigung des von Berliner CVern dominierten Hauptvorstandes abhingen.

Ogleich damit die wichtigsten Hierarchien fixiert worden waren, wurden die Vereinszweige nur vage beschrieben. Die neue Satzung ließ etwa völlig offen, wann überhaupt eine Ortsgruppe als Ortsgruppe bezeichnet werden durfte. Allerdings wurde in der vorausgehenden Diskussion über den Satzungsentwurf angeregt, eine Mitgliederstärke von nur noch 50 Personen vorzusehen, was sich in der Praxis auch durchsetzte.¹²⁵ Präziser war die Satzung hinsichtlich des Zweikammersystems des

¹²² Ebda., S. 167f. Vgl. einige der vorliegenden Vorstandslisten für die Zeit vor und nach dem Krieg, die belegen, dass der Frauenanteil verschwindend gering blieb: Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893, S. 5ff.; Die erste Delegierten-Versammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens abgehalten am 24. Februar 1907. Als Manuskript gedruckt, S. 19f.; Landesverband Groß-Berlin (Hg.), CV-Merkbüchlein für das Jahr 1926–1927, S. 12ff.; Landesverband Groß-Berlin des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., CV-Kalender 1929, S. 50f.; Landesverband Groß-Berlin des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V. (Hg.), CV-Kalender 1931, S. 31.

¹²³ Vgl. IDR, Stenographischer Bericht über die Ordentliche Mitgliederversammlung (21. Februar 1909), Nr. 3/4, März/April 1909, S. 232.

¹²⁴ Vgl. ebda., S. 147.

¹²⁵ Um die Konstituierung von Ortsgruppen zu erleichtern, wurde folglich die zuvor notwendige Mitgliederzahl von 75 auf 50 reduziert. Gruppen, die weniger als 50 Mitglieder hatten, so genannte

Vereins, das unangetastet blieb. Aufgegriffen wurden jetzt die Hamburger Vorschläge des Jahres 1907: Die Generalversammlung wandelte sich zur Hauptversammlung. Die Abgeordneten der Ortsgruppen und Landesverbände wurden in Zeiten des Dreiklassenwahlrechts in Preußen auf der Basis des allgemeinen, direkten und geheimen Mehrheitswahlrechts in dieses Vereinsparlament gewählt, wo ihr Stimmenanteil wiederum von ihrer jeweiligen Größe abhing. Sie behielten ihr Recht, die Exekutive, also den Hauptvorstand, zu wählen, aus dessen Mitte sich der Vereinsvorsitzende und seine beiden Stellvertreter rekrutierten. Um diese Wahl allen Delegierten zu ermöglichen und die unterschiedlichen finanziellen Kapazitäten der Ortsgruppen und Landesverbände zu nivellieren, wurde ihnen in Paragraph 12 der neuen Satzung die Gewährung von Diäten aus der Vereinskasse zugebilligt. Wenigstens die Fahrtkosten zu den seither alle zwei Jahre stattfindenden Hauptversammlungen in Berlin, aber auch zu den Versammlungen der Landesverbände sollten gedeckt sein. Denn nach Paragraph 13 waren weiterhin nur die persönlich erschienenen Abgeordneten stimmberechtigt. Die dennoch beachtlichen Demokratisierungsimpulse wurden durch Paragraph 18 gestört. Nach ihm hatte die Hälfte der Hauptvorstandsmitglieder weiterhin in Berlin wohnhaft sein. Dieser straffe Zentralismus gegenüber den Gliedern im Reich blieb bis zur zweiten Novelle der Vereinssatzung im Jahr 1928 bestehen. Zwar gab es bis dahin immer wieder Versuche, die Vereinsstrukturen weiter zu demokratisieren. Aber erst 1926 fand sich am südlichen Ende der Republik, in München, eine Satzungskommission des Vereins zwecks entsprechender Vorbereitung zusammen. Ihre Arbeitsergebnisse konnten zwei Jahre später die Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder der Hauptversammlung finden.¹²⁶

Propagandaorte, konnten sich zu Wahlgruppen zusammenschließen und finanzielle Unterstützung vonseiten ihres Landesverbandes erwarten. Aber eine Ortsgruppe definierte sich nicht allein aufgrund quantitativer Merkmale. Sie war zudem abhängig davon, ob sie einen ordentlichen und arbeitsfähigen Vorstand sowie entsprechende Statuten vorweisen konnte. Siehe exemplarisch die Satzung der Bocholter Ortsgruppe vom 9. Februar 1913. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 379, Frame 0493f.

¹²⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Satzungsausschusses des Central-Vereins am 11. Oktober 1926 im Hotel ‚Bayerischer Hof‘ zu München. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 102, Frame 1333-1361. Eine vergleichende Darstellung der Satzung von 1909 und des Kommissionsentwurfs findet sich ebda., Frame 1366-1370. Entscheidend ist hier jedoch die druckfertige Version, die etwa im C.-V. Kalender 1929, hg. vom Landesverband Gross-Berlin des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., S. 41-48, vorliegt.

Neben redaktionellen Änderungen gehörten die Ausschüsse im Verein zu den wichtigen Neuerungen der Satzung des Jahres 1928: Sofern es zum Ausschluss eines Mitgliedes kam, wurde das Verfahren einem diskret agierenden Gremium übertragen. Ein weiterer Ausschuss, der sich der Jugendfrage widmete, fand ebenfalls erstmalig Erwähnung. Gleiches galt für den so genannten Arbeitsausschuss, der dem Hauptvorstand zur Seite gestellt worden war. Da der Hauptvorstand bis 1928 auf rund 140 Mitglieder angewachsen und aufgrund seiner Größe nur schwer beschlussfähig war, zudem normalerweise nur zweimal im Jahr tagte, wurde der Arbeitsausschuss mit entscheidender Exekutivgewalt ausgestattet. Er bestand aus 25 – mit einfacher Mehrheit gewählten – Mitgliedern des Hauptvorstandes zuzüglich des Vereinsvorsitzenden, seiner Stellvertreter sowie des Vereinsdirektors. Der Makel, kein getreues Spiegelbild des deutschen Judentums zu sein, haftete letztlich auch an ihm. Dennoch hatte man sich zumindest bemüht, wesentlichen demokratischen Anforderungen seither zu genügen. Nach Paragraph 25 Absatz 3 mussten nur noch mehr zehner 25 Mitglieder ihren Wohnsitz in Berlin haben. Früher gemachte Angaben über die Residenzpflicht der Hauptvorstandsmitglieder entfielen ganz. 1928 war auch die Aufnahme des Direktorenamtes in die Satzung neu, das von Ludwig Holländer Zeit seines Lebens ausgefüllt und nach seinem Tod nicht wieder besetzt wurde. Ebenso wurden die Vereinsbeamten, die auf Landesverbandsebene arbeitenden und bezahlten Syndizi, die ebenfalls in der Praxis bereits bestens bekannt waren,

Die Novelle war das Resultat der Versäumnisse, die letztlich der Hauptvorstand zu verantworten hatte. Er hatte geradezu ein konstitutionell-monarchisches System im Verein konserviert, was sich vor allem nach 1919 peinlich hemmend auf die demokratische Vollendung der Vereinsstrukturen auswirkte. Diese „Regenten“¹²⁷, wie sie in den 1920er Jahren ein Kritiker aus den eigenen Reihen umschrieb, waren zudem vorrangig Bürgerliche, die zu keiner Zeit weder in ihrer Geisteshaltung noch in ihrer Berufsstruktur ein „getreues Spiegelbild der verschiedenen Strömungen in allen Kreisen des deutschen Judentums“¹²⁸ abgaben. Es wurden folglich nicht nur Jugendliche und Frauen übergangen. Doch wie bereits angedeutet, lag die Verantwortung dafür, dass so manches gute Vorhaben lediglich eine sympathische leere Worthülse blieb, nicht nur bei den leitenden Herren im Verein.

Die Vorstellung vom aufgeklärten Missionar einerseits und dem unselbstständigen Mündel andererseits prägte auch die Anschauungen des langjährigen Geschäftsführers und späteren Direktors des Vereins, Ludwig Holländer, und seinen Begriff von Demokratie. Dabei dienten die Mitgliedermassen lediglich dem Zweck, zu einem Machtfaktor anzuschwellen, damit ihre Schirmherren mit dem gebotenen Nachdruck die Geschicke lenken konnten. Die in den Vorstandsreihen versammelte Elite erklärte sich dazu selbst in der Lage. Zur Begründung beklagte Holländer 1912 die starke Passivität vieler Juden, die daran gewöhnt seien,

„zuviel von der Leitung der jüdischen Organisationen zu erwarten, zu wenig selbst zu tun, und meistens nicht einzusehen, daß die Vereinigungen eine Stoßkraft nur durch die Masse erhalten können.“¹²⁹

Mit der Kombination aus Unselbstständigkeit und Bequemlichkeit ließ sich schwerlich durchgreifende Abwehr- und Aufklärungsarbeit leisten. Man brauchte Zeit, um die eigenen Mitglieder zu „politischen Menschen“¹³⁰ zu erziehen. Als Plattform dieser didaktischen Unternehmung maß man der Organisation größte Bedeutung zu.¹³¹ In erster Linie erfolgte die Vermittlung über die basisnahen Ortsgruppen, gefolgt von den Landesverbänden, deren Vorständen es gleichermaßen oblag, „die jüdischen Massen in Bewegung zu bringen“, was „recht schwer und jedenfalls viel umständlicher [ist], als die Klagen über diese oder jene Zurücksetzung der Regierung gegenüber“¹³² vorzutragen.

Auch wenn die Demokratisierung der Abwehr in den Ortsgruppen und Landesverbänden erfolgte, waren nicht einmal ihre Vorstände souveräne Repräsentanten ihrer Basis. Sie blieben vielmehr strikt weisungsgebunden, wodurch der

erstmalig genannt. Obwohl sie keine gewählten Vertreter waren, sondern Angestellte des Vereins, hatten sie Stimmrecht in der Hauptversammlung.

¹²⁷ Foerder, 1927, S. 30.

¹²⁸ Ebda., S. 29. Die im Februar 1931 erfolgten Absprachen über die dem Rotationsprinzip unterworfenen Kandidaten im Vorfeld der Hauptvorstandswahl in jenem Jahr sind gut dokumentiert in: HM2 8698, Osoby 721, Akte 196, Frame 0873ff.

¹²⁹ IDR, Die demokratische Grundlage des Vereins, Nr. 1, Januar 1912, S. 3.

¹³⁰ Ebda., S. 5.

¹³¹ Vgl. ebda., S. 2.

¹³² Ebda.

Hauptvorstand in Berlin nicht zuletzt die Möglichkeit behielt, „von vornherein nur auf die Bildung einer bestimmten Überzeugung hinzuwirken.“¹³³

Herzfeld, ohnehin kein Befürworter föderaler Selbstbestimmung, ergänzte und rechtfertigte den elitären Dirigismus noch im Nachhinein. Die Antworten vorwegnehmend, stellte er die Fragen in den Raum:

„Wem konnte die Befugnis zum selbständigen Sprechen und Handeln anvertraut werden? War nicht zu befürchten, dass durch unüberlegtes Auftreten provinzieller Funktionäre ein kaum wieder gutzumachender Schaden angerichtet würde? Wer sollte entscheiden, ob ein nach aussen in Erscheinung tretendes Eingreifen angebracht war und wie und wo unsere Rechte zu verteidigen waren? Bei dem Überfluss an Temperament, der auch vielen deutschen Juden eigen war[,] und einem Mangel an politischer Schulung konnten sehr leicht unbequeme Konsequenzen entstehen.“¹³⁴

Die auf das preußische Berlin zentrierte, scheinbar unfehlbare Entscheidungshoheit war demnach nur zum eigenen Besten, auch wenn diese Haltung widersinnig war, weil sie kontraproduktiv auf den gewünschten Lernprozess an der Basis wirkte. Auf diese Weise machte sich die Vereinselite ganz nebenbei unerlässlich.

Mehr Eigenverantwortlichkeit durch finanzielle Unabhängigkeit forderte demgegenüber Abel ein, zu einem Zeitpunkt, als es die Finanzlage des Vereins 1911 unmöglich gemacht hatte, die Reisekosten der Delegierten zu vergüten. Vertretern ärmerer CV-Gruppen fiel es schwer, ihren Repräsentationspflichten und -rechten nachzukommen, womit die unmittelbaren Einflussmöglichkeiten auf die Vereinspolitik satzungsgemäß schwanden. Die Vereinsleitung versprach angesichts ihres zweifelhaft gewordenen demokratischen Anspruchs Besserung, sobald es die Kassenlage erlaubte.¹³⁵

Ferner verlangte Abel auf der Hauptversammlung 1911 mit Blick auf die Zukunft, dass

„energische, nicht überlastete Männer [...] selbständig die Ortsgruppen und Landesverbände leiten, nur in Zweifelsfällen sollte der Zentralvorstand befragt werden. Die eigentliche Tätigkeit, wie sie sich in der Ueberwachung der Lokalpresse, in der Aufklärung der Bevölkerung über den Antisemitismus, in der Erziehung der Mitglieder zu tüchtigen Kämpfern für unsere Sache darstelle, müsse in den Ortsgruppen geleistet werden. [...] In erhöhtem Maße müßten im gleichen Sinne auch die Landesverbände tätig werden, wo es sich darum handele, die Anregungen der Ortsgruppen entgegenzunehmen und ein gemeinsames Vorgehen zu veranlassen.“¹³⁶

Somit redete Abel – wie er selbst betonte – Männern das Wort, denen die anti-antisemitische Rechtsschutzarbeit nicht mehr nur Berufung, sondern Beruf sein sollte.

¹³³ Foerder, 1927, S. 28.

¹³⁴ Herzfeld, Memoiren, S. 69.

¹³⁵ Vgl. IDR, Bericht des Vorstandes über seine Tätigkeit in der Zeit vom Februar 1909 bis Februar 1911, Nr. 6, Juni 1911, S. 314.

¹³⁶ IDR, Die Hauptversammlung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Nr. 4, April 1911, S. 185.

2.9 Einblicke in die Basisarbeit

Abels Vorschlag zielte auf die „Dezentralisation der Vereinsverwaltung“¹³⁷ ab, weshalb der Verbandsvorsitzende auf der Hauptversammlung vom 26. Februar 1911 erstmals den Gedanken einer finanziell abgesicherten Vereinsbeamtenschaft angedeutet hatte. Er stand damit für eine klar strukturierte und reibungslose Arbeitsteilung ein, nachdem sich zwischen 1909 und 1911

„die Zahl seiner Einzelmitglieder von ca. 25 000 auf ca. 28 000 erhöht [hatte]. Die Anzahl der korporativ angeschlossenen Verbände ist auch erheblich gewachsen, sodaß der Verein jetzt über 140 000 deutsche Juden vertritt.“¹³⁸

Diese Menschen galt es zu koordinieren. Folglich hatten sich auch die CVer in den Anrainerländern von Rheinland und Westfalen daran gemacht, Landesverbandsstrukturen aufzubauen. Seit Juli 1909 bestand der Landesverband Hessen–Hessen–Nassau unter der Leitung von Rechtsanwalt Dr. Max Mainzer. Zu seinem Agitationsgebiet kam der in den Augen des Vereinsaktivisten politisch wie wirtschaftlich enger mit Hessen verbundene Kreis Wetzlar, eine Exklave der preußischen Rheinprovinz.¹³⁹ Gemeinsame Werbeaktionen beider Landesverbände und ihrer Funktionäre sind erstmals für den Monat November 1909 ermittelt worden. Im Vordergrund dieses Treffens standen organisatorische Aspekte, so der fortschreitende Ausbau des Ortsgruppensystems und die Geldsammlungen. Mehr und mehr richteten die Teilnehmer der gemeinsamen Veranstaltung ihren Blick auf die Aufklärungsarbeit gegen den Antisemitismus in bestimmten Wahlbezirken. Explizit wurden die Wahlkreise Altenkirchen-Wetzlar, Bielefeld-Wiedenbrück, Minden-Lübbecke und Wittgenstein-Siegen, also Regionen, in denen Juden nur sehr vereinzelt lebten, genannt.¹⁴⁰

Auch in der Pfalz organisierten sich die CVer. Am 20. Februar 1910 übernahm der Mathematiker Professor Josef Koburger, Ludwigshafen, die Leitung des Landesverbandes Pfalz des Centralvereins.¹⁴¹ Unterdessen wurden im rheinisch-westfälischen Landesausschuss weitere Ortsgruppen gegründet.

Solche Unternehmungen waren keineswegs immer erfolgreich. Ludwig Holländer, Abel und Herzfeld hatten sich am 14. November 1909 ins westfälische Hagen aufgemacht, um anlässlich des 150. Geburtstages von Schiller das Ideal der Freiheit zu preisen, dem der Centralverein zur Vollendung verhelfen wollte. Es kam jedoch nur zu einer recht nüchternen Erörterung der Frage, ob überhaupt eine Ortsgruppe gegründet werden sollte, zumal sich von den 60 anwesenden Damen und Herren gerade einmal 16 dem

¹³⁷ Ebda.

¹³⁸ IDR, Bericht des Vorstandes über seine Tätigkeit in der Zeit vom Februar 1909 bis Februar 1911, Nr. 6, Juni 1911, S. 313.

¹³⁹ Vgl. IDR, Der Hessen-Nassauische Landesverband des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Nr. 9, September 1909, S. 494; siehe auch HM2 8706, Osoby 721 I, Akte 478, Frame 1304f.

¹⁴⁰ Vgl. IDR, Die Versammlungen des Rheinisch-Westfälischen und des Hessen-Nassauischen Landesverbandes, Nr. 1, Januar 1910, S. 9.

¹⁴¹ Vgl. IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 5, Mai 1910, S. 397f.

Verein angeschlossen hatten. Auch wenn er nur auf verhaltenes Interesse gestoßen war, hatte der CV unter den jüdischen Bürgern Hagens immerhin für Gesprächsstoff gesorgt. Am folgenden Tag fand sich das Trio im ebenfalls noch kaum für den CV erschlossenen Duisburg ein. Holländer referierte vor rund 200 geladenen Gästen über ‚Unsere Arbeit und unsere Erfolge‘ und erklärte, wie der Verein durch Behördenintervention und Aufklärung „den Antisemiten das Wasser abzugraben“¹⁴² gedachte. Auffallend spät wurde bei dieser Gelegenheit die Ortsgruppe Duisburg-Ruhrort gegründet. Siegmund Amberg sowie der liberale Rabbiner Dr. Manass Neumark übernahmen die Verantwortung für die Vereinsbelange in der Stadt, wobei es bei dieser Gelegenheit zu längeren Auseinandersetzungen gekommen sein muss, die die IDR allerdings nicht präziserte. Mutmaßlich kann sich diese Andeutung und die Ortsgruppengründung auf den Streit zwischen liberalen und zionistischen Anhängern beziehen, der im Vorfeld der Wahlen in der Synagogengemeinde im Dezember 1909 die Einheitsgemeinde spaltete und derart hohe Wellen schlug, dass auf das beredte Schweigen des Vereinsorgans anlässlich der Gründung dieser Ortsgruppe unter Punkt 10 dieses Kapitels zurückzukommen sein wird.

Auch im südlichen Rheinland ging der Ausbau weiter, während der Verein frühzeitig im Vorfeld politischer Wahlen aktiv wurde. Deshalb

„sind [...] die rührigen Vorsitzenden unseres Landesausschusses Rheinland-Westfalen nach dem Westerwald in den Wahlkreis des antisemitischen Abgeordneten Behrend gefahren und haben dort angefangen, die Juden zu mobilisieren, sie dazu zu bringen, sich darauf zu besinnen, was ihre Pflicht ist, um das nächste Mal die Wahl des Antisemiten zu verhindern.“¹⁴³

Aus diesem Grund kam es im Winter 1909 in Koblenz zu einer Werbeveranstaltung des Vereins. Vertreter und Mitglieder der Synagogengemeinden Neuwied, Mayen, Andernach, Bendorf und Vallendar waren anwesend. Die CV-Idee stieß hier auf rege Resonanz, weshalb mit Begeisterung die zweite linksrheinische Bezirksgruppe, die so genannte Mittelrheinische Gruppe, ins Leben gerufen wurde. Ein weiterer Erfolg konnte für Bad Kreuznach verbucht werden. Nachdem sich die Synagogengemeinde des Touristenstädtchens bereits dem CV korporativ angeschlossen hatte, etablierte sich jetzt zusätzlich eine eigene Ortsgruppe unter dem konservativen Rabbiner Tawrogi.¹⁴⁴

Wohl recht dankbar nahmen Juden in kleinen, entlegenen Ortschaften die politische Versammlungstätigkeit des Vereins auf, und zwar nicht nur als oratorische Abwechslung, wenn etwa über Themen wie ‚Unsere Ziele und unsere Wege‘, ‚Unser Kampf ums Recht‘, ‚Unser Kampf um die Gleichberechtigung‘ oder ‚Die Selbstverteidigung der deutschen Juden – eine Frage der Abwehr – eine Frage der Einkehr‘ referiert und diskutiert wurde. Trotzdem lag der Schwerpunkt der Agitation weiterhin auf den Großstädten des rheinisch-westfälischen Raums. Dort hatten die Verbandsfunktionäre begonnen, massierte Versammlungsaktivitäten zu entfalten, wie sie etwa en bloc vom 12. bis zum 21. November 1910 in Mülheim/Ruhr, Essen, Köln,

¹⁴² IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 12, Dezember 1909, S. 713.

¹⁴³ IDR, Stenographischer Bericht über die Ordentliche Mitgliederversammlung (21. Februar 1909), Nr. 3/4, März/April 1909, S. 226.

¹⁴⁴ Vgl. IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 12, Dezember 1909, S. 714. Dieses System wirkte sich in pekuniärer Hinsicht positiv auf die Vereinskasse aus.

Düsseldorf, Krefeld, Herford und Dortmund stattfanden. Sie mündeten abschließend in eine Delegiertenversammlung. Im Rahmen dieser rheinisch-westfälischen Woche thematisierten Redner, unter anderem aus Berlin, die Frauen- und Jugendpolitik des Vereins, seinen Kampf gegen Antisemitismus oder die wachsende Notwendigkeit, gerade in Wahlzeiten Aufklärungsarbeit zu leisten, wobei sie zuerst in den eigenen Reihen erfolgen müsste:

„Insbesondere dürfe unter keinen Umständen, wie dies leider bei früheren Stichwahlen nachweisbar vorgekommen sei, von jüdischen Wählern aus Abneigung gegen die Sozialdemokratie für den Antisemiten gestimmt und diesem dadurch zum Siege verholpen werden!“¹⁴⁵

Solches Abstimmungsverhalten orientierte sich primär an wirtschaftlichen Einzelinteressen und beschädigte letztlich nicht nur soziale, sondern demokratische Werte. Für einige bürgerliche CVer bestand demnach eine unüberbrückbare Kluft zu den überdies als ‚vaterlandslose Gesellen‘ diskreditierten Sozialdemokraten. Auf der 1910 veranstalteten Rheinischen Woche war daher auch der zunehmende Antisemitismus in der Wirtschaft ein wichtiges Thema. Weiterhin wurde allen voran das schädigende Treiben des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes beklagt, was bislang nicht in entsprechender Form zu Gründungen von Ortsgruppen als Ausdruck selbstbewusster Gegenwehr geführt hatte. Gerade im Gebiet unseres Verbandes hatte der Ausschluss jüdischer Angestellter „vielfach Anlaß zu Beschwerden gegeben.“¹⁴⁶ Als Reaktion wurde eine neue Strategie eingeleitet: die „Werbung nach Berufsarten“, wobei durch Aktionen einzelner „Berufsgenossen“¹⁴⁷ vereinzelt Erfolge erzielt worden waren.

Um auch den Demütigungen im Heer und der „Verwaltungsprellerei“¹⁴⁸ begegnen zu können, forderten die Aktiven unisono Opferbereitschaft, die weit über den Mindestbeitrag von zwei Mark hinausgehen sollte. Eingefordert wurden zudem Spenden für den Wahlfonds, den der Verein anlässlich der Reichstagswahl 1912 gemeinsam mit dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus eingerichtet hatte.¹⁴⁹ Innerjüdische Kritik an dieser Vorgehensweise wurde nicht thematisiert.

¹⁴⁵ IDR, Die Rheinisch-Westfälische Woche, Nr. 1, Januar 1911, S. 12f.

¹⁴⁶ Ebd., S. 10.

¹⁴⁷ IDR, Bericht des Vorstandes über seine Tätigkeit in der Zeit vom Februar 1909 bis Februar 1911, Nr. 6, Juni 1911, S. 313.

Verstreut finden sich in der IDR immer wieder Beispiele, die das Interesse oder das Einschreiten der Vereinsaktiven vor allem 1911 verlangten.

Zum Wirtschaftsboykott vgl. etwa IDR, ‚Christliche‘ Reklame und unlauterer Wettbewerb, Nr. 3, März 1911, S. 115ff. Hier finden sich erste Anregungen, die der CV dann in den 1920er Jahren mit dem Ziel aufgriff, das deutsche Strafrecht zu reformieren. Siehe hierzu wiederum Paucker, 1968, S. 74ff. Zum Thema antisemitisch eingestellte Lehrer siehe IDR, Vorbildliche Abwehr, Nr. 3, März 1911, S. 120ff.

Zum Kriegsgerichtsprozess gegen einen fahnenflüchtigen jüdischen Einjährig-Freiwilligen aus Düsseldorf siehe IDR, Soldatenmißhandlungen, Nr. 11, November 1910, S. 725f.; ferner IDR, Korrespondenzen, Nr. 4, April 1911, S. 221.

¹⁴⁸ IDR, Die Rheinisch-westfälische Woche, Nr. 1, Januar 1911, S. 9.

¹⁴⁹ Vgl. IDR, Die Rheinisch-Westfälische Woche, Nr. 1, Januar 1911, S. 12f.; der Aufruf zum gemeinsamen Wahlfonds findet sich in: IDR, Nr. 3, März 1911, S. 114.

Der abrundende Geschäftsbericht für die Jahre 1909 bis 1911 hielt fest, dass der Verein rund 140.000 Menschen vertrete. Er listete ferner antisemitische Vorfälle aus dem gesamten Reichsgebiet auf. Trotz allem ließ der Bericht keine Zweifel erkennen: Solchem Treiben konnte erfolgreich begegnet werden. Eine Voraussetzung dafür bildete allerdings die

„Bekämpfung der sogenannten Leisetreteri [...] Der Einzelne muß davon überzeugt werden, daß er bei dem Ortsgruppenvorstand wie bei der Centrale jederzeit Rat und Hilfe findet, soweit zweifellos ein Angriff gegen das Judentum oder die Juden als solche vorliegt, daß es aber auch seine Pflicht ist, alle Beobachtungen, die er macht, zu berichten und in den ihm offenstehenden Kreisen mit Energie seinen Standpunkt als deutscher Jude zu vertreten.“¹⁵⁰

Eine organisationsbezogene Zwischenbilanz zog auch der am 16. November 1911 in Düsseldorf stattfindende Delegiertentag des Landesverbandes. Nach acht Jahren Verbands- und 18 Jahren Vereinsbestehen reichte im Westen das beachtliche Betreuungsgebiet von Herford bis Saarbrücken.¹⁵¹

Auf der Delegiertentagung im November des folgenden Jahres 1912 wurden neue organisatorische Erfolgsmeldungen von der aktuellen Feststellung überschattet, dass die antisemitische Bewegung neben Berlin namentlich in den westdeutschen Provinzen mit einer kaum zu überwachenden, folglich kaum strafrechtlich zu verfolgenden neuen Taktik ausgesprochen lästig wurde. So hatten sich

„[d]ie uns zugegangenen Beschwerden über die Verteilung antisemitischer Flugblätter und Zettel auf den Bahnhöfen und in den Zügen [...] in letzter Zeit derartig gehäuft, daß eine systematische Verbreitung dieser Zettel [...] angenommen werden mußte.“¹⁵²

Eine Eingabe vonseiten des Vereins an den preußischen Minister der öffentlichen Arbeit, Paul von Breitenbach, hatte zwar dessen persönliche Reaktion und die Anweisung an sämtliche Eisenbahndirektionen zur Folge, „dem gerügten Unfug“¹⁵³ ein Ende zu bereiten. Die Durchsetzungskraft der Direktive auf den Umschlagplätzen der bestens vernetzten Region durfte aber bezweifelt werden. Doch die zuvorkommende Reaktion beruhigte und tat gut. Allenthalben scheinen auch lokale Behörden eher konzilient auf die Beschwerden des Vereins reagiert zu haben. Zumindest an der Wende 1912/1913 stand das Gebaren in den Amtsstuben nicht im Mittelpunkt des Interesses. Nach der besorgten Analyse Rabbiner Benno Jacobs lag das Problem im Anwachsen der antisemitischen Bewegung als solcher, auch wenn die eigene Dortmunder Ortsgruppe weiterhin „nur selten Gelegenheit habe nehmen müssen, gegenüber antisemitischen Ausschreitungen einzugreifen.“¹⁵⁴ Konkret lieferten die akademischen

¹⁵⁰ IDR, Bericht des Vorstandes über seine Tätigkeit vom Februar 1909 bis Februar 1911, Nr. 6, Juni 1911, S. 311-323, hier 322.

¹⁵¹ Vgl. die kommentierte Veranstaltungsliste in: IDR, Die rheinisch-westfälische Tagung, Nr. 1, Januar 1912, S. 20-29. Diese Veranstaltungsreihe fand schließlich „regelmäßig um den Buß- und Bettag herum“ statt. IDR, Die Rheinisch-Westfälische Woche, Nr. 1, Januar 1914, S. 26.

¹⁵² Ebda., S. 572.

¹⁵³ Ebda., S. 573.

¹⁵⁴ IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 2, Februar 1913, S. 82.

Kreise „[d]en Hauptboden für den heutigen Antisemitismus.“¹⁵⁵ Darüber hinaus zeigten sich nach den Ausführungen des Bochumer Ortsgruppenvorsitzenden David

„die rheinisch-westfälische Großindustrie sowie die Großbanken in diesem Bezirk bestrebt [...], Juden aus ihren Betrieben fernzuhalten. Sie seien in diesen Betrieben so gut wie ausgeschlossen. Weiter wies er darauf hin, daß gerade in Rheinland und Westfalen an den höheren Schulen kein einziger Jude angestellt sei. Man ersehe aus alledem, wieviel Arbeit noch zu leisten sei, um die Gleichberechtigung zu erlangen. [...] Es mag noch bemerkt werden, daß über die Versammlung das amtliche Organ, die Dortmunder Zeitung, in ihrer Abendnummer vom 3. Dezember einen ausführlichen Bericht veröffentlichte und hierdurch den christlichen Mitbürgern Gelegenheit gab, von den segensreichen Bestrebungen unseres Vereins Kenntnis zu nehmen.“¹⁵⁶

Die publizistische Resonanz, die man gefunden hatte, konnte mit verhaltener Freude als Erfolg gewertet werden, weil der CV bis dahin nur einen bescheidenen Bekanntheitsgrad über die eigenen jüdischen Kreise hinaus gefunden hatte. Eher langsam begann er, sich vor allem über die lokale Presse namhaft zu machen. Dieses Defizit war eine unmittelbare Folge seines Schwerpunktes, der auf der Sammlung der deutschen Juden lag. In dieser Hinsicht hatte der Vorstandsbericht von 1911 auf organisatorische Herausforderungen verwiesen, zu denen Elsass-Lothringen gehörte. Die Sammlung unter den dort ansässigen Glaubensbrüdern wollte nicht recht gelingen, mithin war „die Arbeit bisher deswegen unmöglich, weil die dortigen Herren zur Mitwirkung nicht zu haben gewesen sind und es dem Syndikus [Holländer] nicht möglich war, Elsass-Lothringen zu bereisen.“¹⁵⁷ Die Antwort, warum es im Grenzgebiet eines schwergewichtigen, bayerischen Rhetors bedurft hätte, fand der CV in den dort herrschenden, geradezu idyllischen Verhältnissen, die vom Osten her neidvoll beäugt wurden. Denn ohne reaktionär bedingte Unterbrechungen waren insbesondere die misstrauischen Nachbarn nicht „altdeutscher Abstammung“¹⁵⁸ seit

„der Zeit der französischen Herrschaft daran gewöhnt, daß befähigte Männer jüdischen Glaubens in Justiz, Verwaltung und Armee jede Stellung im Staate erhalten konnten, ohne ihrem angestammten Glauben untreu werden zu müssen. Eine sehr große Anzahl jüdischer Familien in Elsaß-Lothringen haben heute noch zum Teil sehr nahe verwandtschaftliche Beziehungen zu Ministern, Generälen, Präfekten u. a. m. der jetzigen französischen Republik. Diese Glaubensgenossen [...] sahen in unserer Organisation zunächst einen Verein, der nur zu germanisieren beabsichtigte und standen deshalb unsern Bestrebungen skeptisch und ablehnend gegenüber. [...] Die beinahe 200jährige

¹⁵⁵ Ebda., S. 83.

¹⁵⁶ Ebda., S. 83f.

In der Hauptversammlung der Kölner Ortsgruppe am 4. März 1913 kamen ähnliche Klagen zur Sprache. Allerdings hatten die Redakteure der IDR die Ausführungen der Redner derart gestutzt, dass konkrete lokale Missstände ungenannt blieben und man sich stattdessen in Allgemeinplätzen erging, wobei die indirekte Rede in der Zusammenfassung der Thematik auch den Schwung nahm. So hieß es auszugsweise über die Debatte, „jüdische Direktoren saßen in manchen Großbanken, aber jüdische Angestellte fänden dort nur in geringer Zahl Stellung. Ebenso verhalte es sich in der chemischen Industrie, im Ingenieurwesen usw. Die Zurücksetzung der Juden auf dem Gebiete des Handels werde in erster Linie vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband angestrebt, der energisch zu bekämpfen sei.“ IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 4, April 1913, S. 175. Siehe in diesem Zusammenhang auch IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 2, Februar 1913, S. 76.

¹⁵⁷ IDR, Bericht des Vorstandes über seine Tätigkeit in der Zeit vom Februar 1909 bis Februar 1911, Nr. 6, Juni 1911, S. 313.

¹⁵⁸ IDR, Der Centralverein in Elsaß-Lothringen, Nr. 2, Februar 1914, S. 57.

Zugehörigkeit der beiden Provinzen zu Frankreich, in welche die Zeiten der großen Revolution fielen, ist insofern nicht spurlos am Lande vorübergegangen, als sie weitaus früher als in Baden, Preußen, Bayern usw. den Elsässer Juden die volle Gleichberechtigung mit den Staatsbürgern anderen Glaubens brachte.“¹⁵⁹

Vor dem Krieg erzielte der Verein in Elsass-Lothringen keine nennenswerten Erfolge, und für die Zeit nach dem Krieg ließ sich dort keine organisatorische Betriebsamkeit ausmachen. Man schien zu akzeptieren, dass das Gebiet wieder an Frankreich gefallen war. Im Übrigen hatte das Attribut ‚deutsch‘ im Namenszug des Vereins nicht nur ausschließlich frankophil oder einfach nur lokalpatriotisch empfindende Juden abgestoßen, sondern auch solche, die explizit jüdisch-national empfanden und ihren Empfindungen wachsende Ausdruckskraft verliehen. So waren es zionistische Leiter aus Straßburg und Colmar, die unsachliche, ja derbe Attacken gegen die leitenden Amtsbrüder vom Centralverein führten. Von „schwarzweiß polierte[n] Polacken“ war da die Rede, die lediglich „aus Lüsterheit ‚nach Orden und höheren Ämtchen“¹⁶⁰ strebten.

2.10 Ein Streit unter Juden: deutsch- oder jüdischnational?

Unter diesen Voraussetzungen drängten geradezu „die Dinge zu einer Auseinandersetzung.“¹⁶¹ So kennzeichnete Eugen Fuchs den Ausbruch des Streits unter Deutschlands Juden, der im weiteren Verlauf der europäischen Nationalstaatsbewegung ausgefochten wurde, um die Frage über die tatsächliche Volkszugehörigkeit der Juden zu klären. Dabei hatten beide Seiten nicht zuletzt als Reaktion auf den Antisemitismus diese Frage für sich bereits beantwortet. Die eine betonte das Attribut ‚deutsch‘, die andere das Attribut ‚jüdisch‘. Die eine meinte sich dabei bereits einer Nation zugehörig, die andere arbeitete daran, wieder eine zu werden. Aber der jeweilige Anspruch auf (nationale) Ausschließlichkeit trug bereits den Keim der Intoleranz in sich und ließ beide Seiten aufeinanderprallen.

Attacken, wie sie aus Straßburg und Colmar zu vernehmen waren, hatten sich bis 1912 vermehrt. Sie können zwar für die Zeit vor dem Krieg nicht ohne Mutmaßung in Verbindung mit Ortsgruppengründungen des Centralvereins gebracht werden. Im Fall des Zusammenschlusses der CVer in Duisburg im November 1909 liegt dies aber nahe, auch weil sich im Zuge der Wahlen der Umgangston innerhalb dieser Synagogengemeinde geändert hatte. Im Verhältnis von CV- und ZVfD-Ideologie kündigte sich ein Wandel an. Zuvor hatte nicht einmal die Tatsache, dass Köln Zentrum der international Wirkung hinterlassenden Idee Theodor Herzls war, eine organisatorische Gegenreaktion durch den CV provozieren können.¹⁶² Doch der

¹⁵⁹ Ebda., S. 58.

¹⁶⁰ Zit. in: IDR, Hauptversammlung des Centralvereins, Nr. 5/6, Mai/Juni 1913, S. 198.

¹⁶¹ Ebda., S. 214.

¹⁶² Zur Rolle Kölns vor allem für die deutsche Sektion der zionistischen Bewegung siehe *Eloni, Yehuda*, *Zionismus in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914*, Tel Aviv 1987, S. 75ff. Neben den großen Debatten, die die Vertreter der ZVfD und des CV führten, finden sich bei Eloni Beispiele der

Ausgang der Wahl im Dezember 1909 in der Duisburger Synagogengemeinde hatte deutlich gemacht, wie stark sich das Kräfteverhältnis immer häufiger zugunsten der Zionisten verschoben hatte. Dabei verdankte das Duisburger Wahlbündnis aus Zionisten und Orthodoxen seine blockierende Mehrheit in der Repräsentantenversammlung in erster Linie dem aus Ländern Osteuropas stammenden, (noch) nicht naturalisierten Industrieproletariat. Die Zuwanderung in die Wirtschaftsregion an Rhein und Ruhr hatte mittelfristig auch diese Gemeinde strukturell und wesenhaft verändert. Vor diesem Hintergrund war der Wahlausgang in Duisburg auch deshalb besonders erstaunlich, weil dieser Erfolg trotz eines Wahlsystems zustande gekommen war, das das Wahlrecht an Karenzzeit und Steuerleistung band, folglich nicht jedem Juden von vornherein und unterschiedslos zustand. Welchen Aufschwung hätten die Zionisten, die sich vorgenommen hatten, die Gemeinden zu erobern, erst in Synagogengemeinden mit einem hohen Anteil an osteuropäischen Zuwanderern nehmen können, wenn das Wahlrecht nach demokratischem Vorbild reformiert worden wäre?

Aus diesem Grund wurde im Anschluss an die Wahl in Duisburg unter maßgeblicher Beteiligung des jungen Rechtsanwaltes Harry Epstein eine Kampagne für eine Wahlrechtsreform losgetreten, die am Ende selbst in Synagogengemeinden des Auslandes Beachtung fand: „Clearly, then, the voting rights struggle in Duisburg was far more than an academic debate [on] ideology; it was a bitter struggle for power“¹⁶³, weil die Liberalen in die Defensive gerieten.

Zu all dem schwieg sich das Organ des Centralvereins vorerst aus. Die Neutralität, die sich der Verein auferlegt hatte, gebot dies und schloss praktisch jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Synagogengemeinden aus. Aber diese Trennung war immer seltener praktikabel, nachdem die teils polemischen Attacken aus den Reihen der Zionistischen Organisation für Deutschland gegen den CV nun bewusst aus den Gemeinden heraus geführt wurden. Während seit 1909 also dicke Luft am Familientisch herrschte, war schließlich 1913 das Tischtuch zerschnitten, so Eugen Fuchs' Metapher zum Verhältnis zwischen CV und ZVfD.¹⁶⁴ Dazwischen lag der Posener Delegiertentag der ZVfD von 1912. Die dort angenommene Resolution stand dem nationalen Verständnis des Centralvereins diametral entgegen und torpedierte damit letztlich ebenso die Eintracht in der Abwehr des Antisemitismus.

In Posen hatten sich die Vertreter der gerade einmal rund 8.400 deutschen Mitglieder der ZVfD, unter Einschluss des Gruppenverbandes Rheinland-Westfalen, der zu diesem Zeitpunkt die Ortsgruppen Aachen, Bonn, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Eschweiler, Essen, Köln, Siegburg und Trier umfasste, darauf geeinigt, den Bruch mit deutscher Nation und Kultur zu befördern, um stattdessen Palästina praktisch wie theoretisch als Lebensmittelpunkt zu wählen:

ideologischen Gegnerschaft beider Organisationen aus den Provinzen. Für das Jahr 1904 vgl. etwa die Anmerkungen zu den Synagogengemeinden Aachen und Hagen, ebda. S. 137.

¹⁶³ Wertheimer, Jack, *The Duisburg Affair: A Test Case in the Struggle for 'Conquest of the Communities'*, in: *Association for Jewish Studies (AJS) Review*, Vol. 6, Cambridge Mass. 1981, S. 185-206, hier 196.

¹⁶⁴ Vgl. Fuchs, 1919, S. 249.

„Der XIII. Delegiertentag hält unerschütterlich an dem großen Gedanken des Baseler Programms fest und erklärt, daß die Agitation für die Palästinaarbeit bei jeder größeren Kundgebung im engsten Zusammenhang mit der Propaganda des Zionismus steht und darum das zionistische Endziel – Lösung der Judenfrage durch Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina – betonen muß. Der XIII. Delegiertentag der deutschen Zionisten erinnert in Übereinstimmung mit den Kongreßabschlüssen an die Notwendigkeit, alle Mittel zur Vorbereitung und Ermöglichung einer Immigration nach dem Orient zu ergreifen. Der Delegiertentag der deutschen Zionisten legt allen Gesinnungsgenossen ans Herz, eine energische Propaganda einzuleiten.“¹⁶⁵

Des Weiteren wurde der folgende Antrag angenommen:

„In Konsequenz der überragenden Bedeutung der Palästina-Arbeit für die Befreiung der Einzelpersonlichkeit sowie als Mittel zur Erreichung unseres Endziels erklärt es der Delegiertentag für die Pflicht jedes Zionisten, die Uebersiedlung nach Palästina in ihr Lebensprogramm aufzunehmen. In jedem Falle sollte jeder Zionist für sich **p e r s ö n l i c h e I n t e r e s s e n** in Palästina schaffen.“¹⁶⁶

Diesen Ausdruck jüdischen Nationalismus beantwortete der Centralverein seinerseits, entsprechend seiner deutsch-patriotischen Weltanschauung, mit der für ihn wegweisenden Resolution des Jahres 1913, die mit nur einer Gegenstimme angenommen wurde:

„Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens bezweckt nach § 1 seiner Satzung, die deutschen Juden ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung zu sammeln, um sie in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung sowie in der unbeirrten Pflege **d e u t s c h e r G e s i n n u n g** zu bestärken.

Hieraus ergibt sich die Stellung des Centralvereins zu den Zionisten. Wir verlangen von unseren Mitgliedern nicht bloß die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten, sondern **d e u t s c h e G e s i n n u n g** und die Betätigung dieser Gesinnung im bürgerlichen Leben. Wir wollen die deutsche Judenfrage nicht international lösen. Auf dem Boden des deutschen Vaterlandes wollen wir als Deutsche an deutscher Kultur mitarbeiten und unserer durch unsere Religion und unsere Geschichte geheiligten Gemeinschaft treu bleiben.

Soweit der deutsche Zionist danach strebt, den entrechteten Juden des Ostens eine gesicherte Heimstätte zu schaffen oder den Stolz des Juden auf seine Geschichte und seine Religion zu heben, ist er uns als Mitglied willkommen. Von dem Zionisten aber, der ein deutsches Nationalgefühl leugnet, sich als Gast im fremden Wirtsvolk und **n a t i o n a l n u r** als Jude fühlt, müssen wir uns trennen.“¹⁶⁷

¹⁶⁵ Jüdische Rundschau, Der XIII. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland vom 26.–28. Mai 1912 in Posen, Resolutionen und Anträge, Nr. 22, 31. Mai 1912, S. 222; die Angaben zum Gruppenverband Rheinland-Westfalen finden sich an gleicher Stelle inklusive einer Übersicht über Beiträge und Spenden seitens der Gruppen.

¹⁶⁶ Ebda.

¹⁶⁷ IDR, Hauptversammlung des Centralvereins, Nr. 5/6, Mai/Juni 1913, S. 200, 246f. Die erste Seitenangabe bezieht sich auf den Wortlaut der Resolution vor der Abstimmung, die zweite auf den nach der Abstimmung. Trotz einer dazwischenliegenden Diskussion und mehreren Änderungsanträgen blieb der Vorschlag Holländers jedoch unverändert, wie der Vergleich deutlich macht. Der Text findet sich auch bei *Fuchs*, 1919, S. 245f.

Steven M. Lowenstein betont, dass mit der Posener Resolution die deutsche Sektion der internationalen zionistischen Bewegung andere Sektionen an Radikalität bei Weitem übertraf, nicht

Ludwig Holländer hatte im Vorfeld die Motive herausgestellt, die den CV veranlasst hatten, jene Zionisten, die sich der Posener Resolution verschrieben hatten, aus den CV-Reihen auszuschließen. Obwohl die deutschen Zionisten stärker als zuvor „Ausschreitungen“ gegen den Verein übten und seine „Veranstaltungen [...] durch Propagandareden für den Zionismus“¹⁶⁸ störten, betonte Holländer, dass die CV-Resolution nicht als Ausdruck von Gehässigkeit interpretiert werden dürfe. Praktische Auswirkungen habe sie ohnehin kaum, weil

„von einer aktiven Mitarbeit der Zionisten an den Aufgaben des Centralvereins [...] seit Jahren, mit wenigen aner kennenswerten Ausnahmen, nichts zu bemerken“¹⁶⁹

gewesen sei. Der entscheidende Grund war vielmehr die nicht mehr tolerierbare Geisteshaltung seiner Antagonisten, die da bekannten:

„[W]ir sind nicht Deutsche, wir sind Juden, wir gehören nicht zum deutschen Volk, wir sind wurzellos, wir sind Gäste im Wirtsvolk“,

und die als solche ihre staatsbürgerlichen Pflichten gewiss erfüllten, „aber deutsch in politischer Hinsicht“¹⁷⁰ nicht sein konnten. Denn „wer so denkt, kann den Kampf um die Gleichberechtigung nicht in unserer Gemeinschaft führen“¹⁷¹, so Holländers Überzeugung. Gleichzeitig verwahrte er sich dagegen, die deutsche Gesinnung mit „hurrapatriotischen oder chauvinistischen“¹⁷² Sentiments verwechseln zu wollen. Patriotismus bilde aber die Voraussetzung und argumentative Grundlage für den Kampf um die Gleichberechtigung. Sollte dieser Kampf erfolgreich sein, musste das eigene ideologische Profil fortan unmissverständlicher und mit größerer Außenwirkung zur Geltung gebracht werden. Deshalb proklamierte der CV entschieden die deutsch-jüdische Gesinnungsgemeinschaft, die „geschlossene Kämpferschar.“¹⁷³

Damit relativierte er seinen Gesamtvertretungsanspruch. Nach seinem Empfinden sah er sich gezwungen, sich von den Juden in Deutschland zu trennen, die sicherlich objektiv die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, aber das subjektive Willensmoment, sich emotional zugehörig zu erweisen, vermissen ließen. Dieses subjektive Moment, das nun unzweifelhaft deutsche Gesinnung meinte, wurde auf der Hauptversammlung des Jahres

zuletzt weil sich die Zionisten in Deutschland schwer damit taten, in die Reihen der deutsch-nationalen Juden einzudringen. Vgl. *Lowenstein*, 1997, S. 294. Barkai hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass die zionistische Agitation zweifelsohne stimulierend auf die Positionierung der Weltanschauung des CV wirkte. Vgl. *Barkai*, 2002, S. 50. Umgekehrt war dies allerdings auch der Fall, die Auseinandersetzung funktionierte also nach dem Schlüssel-Schloss-Prinzip, wenngleich die Provokationen anfangs von den Zionisten ausgingen. Neben Wertheimer siehe dazu *Yehuda Reinharz*, der den defensiven Charakter des Centralvereins wie folgt unterstreicht: „the C.V. leaders did not attack Zionism or the Zionists in Germany [...] unless their own ideology and purpose seemed to be endangered.“ *Ders.*, *Advocacy and History. The Case of the Centralverein and the Zionists*, in: *LBIYB XXXIII*, London u. a. 1988, S. 113-123, hier 117.

¹⁶⁸ IDR, Hauptversammlung des Centralvereins, Nr. 5/6, Mai/Juni 1913, S. 195.

¹⁶⁹ Ebd.

¹⁷⁰ Ebd., S. 195f.

¹⁷¹ Ebd., S. 196.

¹⁷² Ebd.

¹⁷³ Ebd., S. 197.

1913 zur alles entscheidenden Voraussetzung dafür, den Kampf um die Gleichberechtigung führen zu können. Paragraph 1 der Vereinssatzung hatte dies im Ansatz bereits zum Ausdruck gebracht, und insofern hatte sich das ideologische Programm des Vereins nicht verändert. Während der CV 1893 allerdings – letztlich in Ermangelung einer konkurrierenden ideologischen Organisation – einen wollte, betonte er 20 Jahre später das Trennende. Diejenigen, die seinen Leitlinien und Zielen nicht folgen wollten, hatten die Reihen des Centralvereins zu verlassen.

Die deutsch-jüdischen Vertreter des aufgeklärten Rationalismus gingen damit in Verteidigungshaltung, wobei sie in Belangen ihres Deutschseins schon einmal die Räson verlieren konnten. Zum Eindringlichsten gehört da zweifelsohne die Wiederholung der latenten Drohung Gabriel Riessers, der seinerzeit ausgeführt hatte:

„Wer mir den Anspruch auf mein deutsches Vaterland bestreitet, der bestreitet mir das Recht auf meine Gedanken, meine Gefühle, die Sprache, die ich rede, auf die Luft, die ich atme: darum muß ich mich gegen ihn wehren wie gegen einen Mörder.“¹⁷⁴

Dieser Widerstand, der auf dem Recht auf Selbstverteidigung fußte, richtete sich jetzt nicht mehr allein gegen Antisemiten, sondern ebenso gegen die so genannten Palästina-zentrierten Zionisten sowie die Gemeinde-Zionisten. Schließlich trafen sich diese Gegner des CV-Gedankens in der Behauptung, Deutschlands Juden seien Fremde. Mehr noch: Die Assoziation vom Schmarotzer wurde geweckt, wenn in biologischer Terminologie vom Wirtsvolk die Rede war, womit nach dem herrschenden Empfinden im CV der Zionismus den Antisemiten „Wasser auf ihre Mühlen“¹⁷⁵ gab. Mittelbar mochte aus dieser (Selbst-)Bezichtigung der Eindruck entstehen, Juden seien qua Religion und Rasse tatsächlich minderwertig und der eigenen Fassung wegen unfähig, deutsches Nationalgefühl zu entwickeln.

Trotzdem lehnte der Centralverein den Zionismus nicht per se ab. Sowohl die humanitären als auch die sozialen Aspekte, die das Baseler Programm von 1897 beinhaltete, erachtete die CV-Politik sogar als unterstützungs- und förderungswürdig. Allen voran wurden die von Juden in Palästina geleistete koloniasatorische Arbeit gelobt sowie deren intensive Förderung in den Bereichen Handwerk und Landwirtschaft. Allerdings brauchten diese Unternehmungen nicht zwangsläufig in einen Judenstaat in Palästina zu münden.¹⁷⁶ Die Förderung derartiger Berufszweige unter Juden konnte ebenso beispielsweise in Argentinien oder in Russland ermöglicht werden. Dieser Meinung war auch schon der Rabbinerverband in Deutschland unmittelbar im Anschluss an den Baseler Kongress gewesen, was den CV in seiner eigenen Haltung bestärkte:

„1. Die Bestrebungen der sogenannten Zionisten, in Palästina einen jüdisch-nationalen Staat zu gründen, widersprechen der messianischen Verheißung des Judentums, wie sie in der Heiligen Schrift und den späteren Religionsquellen enthalten sind. 2. Das Judentum verpflichtet seine Bekenner dem Vaterlande, dem sie angehören, mit aller Hingebung zu

¹⁷⁴ Ebda., S. 203.

¹⁷⁵ *Fuchs*, 1919, S. 257.

¹⁷⁶ Vgl. IDR, Hauptversammlung des Centralvereins, Nr. 5/6, Mai/Juni 1913, S. 204.

dienen und dessen nationale Interessen mit ganzem Herzen und mit allen Kräften zu fördern. 3. Mit dieser Verpflichtung aber stehen nicht in Widerspruch jene edlen Bestrebungen, welche auf die Kolonisation Palästinas durch jüdische Ackerbauern abzielen, weil sie zur Gründung eines nationalen Staates keinerlei Beziehung haben.“¹⁷⁷

Demnach konnte der Begriff Jude niemals mit Volkszugehörigkeit gleichgesetzt werden. Der Begriff umschrieb die Zugehörigkeit zu einer Konfessionsgemeinschaft. Deshalb warf der CV dem Zionismus vor, traditionelle Inhalte, Begrifflichkeiten und Werte zu ignorieren, denn vom „Judentum selbst als Religion [war] verhältnismäßig wenig die Rede“, weshalb es sogar möglich wäre, „theoretisch den Nationaljuden christlicher Konfession zu konstruieren.“¹⁷⁸ Der Versuch von zionistischer Seite, den CV mit dem Vorwurf des Assimilantentums zu diskreditieren, rief im Centralverein entsprechend Empörung hervor. Fuchs präziserte:

„Das Wort *A s s i m i l a n t e n t u m* ist ein Schlagwort geworden, das wir klären müssen. Wenn Assimilantentum heißt, die Eierschalen des Ghettos abwerfen, brechen mit dem, was abgestorben und abgelebt ist, brechen mit Kaftan und Stirnlocke, so wird niemand gegen ein solches Assimilantentum etwas einzuwenden haben. Wenn Assimilantentum aber heißt, mit geheiligtem Brauch des Vaterhauses brechen, die Erscheinungen jüdischen Geistes und jüdischen Herzens, jüdischen Gemüts und jüdischen Familiensinns annehmen, nicht weil es das Bessere, sondern weil es das Andere ist, so wird jeder dies Assimilantentum bis in den Grund seiner Seele verabscheuen. (Lebhafter Beifall.)“¹⁷⁹

Für den CV war die national motivierte zionistische Bewegung, die in vielen Ländern Ableger gefunden hatte, nichts anderes als ein gefährliches „politisches Phantom“¹⁸⁰, umso mehr, als an der Spitze dieser Bewegung die

„deutsche Landsmannschaft marschiert [...] Der aus deutschem Geistesleben geschöpfte Idealismus, die durch die deutsche Kultur geförderte Bildung und Intelligenz, das Verständnis für die Notwendigkeit und die Möglichkeit geordneten Vorgehens, für Organisation und Disziplin befähigen sie dazu in hervorragendem Maße.“¹⁸¹

Es war ärgerlich, dass diese vermeintlich hervorragenden kollektiven Mentalitätsmerkmale sich nun gegen ihre Verteidiger selbst zu richten schienen. Zudem wurde der politische Zionismus auch deswegen als Gefahr empfunden, weil er eine besonders werbende Wirkung auf die Jugend hatte. Damit würde ein

„grenzenloser Chauvinismus großgezogen, das Augenmaß gegenüber der Umwelt geht verloren.“¹⁸²

Entsprechend „verwerflich ist der Versuch, den sogenannten ‚christlichen Staat‘ in das Jüdische zu übersetzen.“¹⁸³

Zusammenfassen ließ sich die Haltung des CV zum Zionismus wie folgt:

¹⁷⁷ Ebda., S. 204f.

¹⁷⁸ Ebda., S. 206.

¹⁷⁹ Ebda., S. 218.

¹⁸⁰ Ebda., S. 209.

¹⁸¹ Ebda., S. 208.

¹⁸² Ebda., S. 210.

¹⁸³ Fuchs, 1919, S. 229.

„Gegen die charitative Tätigkeit des Zionismus sind Einwendungen nicht zu erheben.

Hinsichtlich der politischen Tätigkeit gilt gleiches nicht.

Der Centralverein kämpft für die staatsbürgerliche und gesellschaftliche Gleichstellung. Der Zionismus erschwert diesen Kampf, indem er dem Antisemitismus Vorschub leistet.

Der Centralverein will seine Mitglieder in der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung bestärken. Der Zionismus mindert zum wenigsten durch die radikale Art seiner Agitation die deutsche Gesinnung und befindet sich durch die Auffassung, daß die deutschen Juden nur Gäste im fremden Wirtsvolk seien, durch seine Bestrebungen, sie zu türkischen Staatsbürgern zu machen, mit den Anschauungen und Bestrebungen des Centralvereins in Widerspruch. (Bravo!)

Die Behauptung des Zionismus, daß er allein der berechnete Vertreter eines aufrechten, selbstbewußten Judentums sei, entspricht nicht den Tatsachen.“¹⁸⁴

Diese Ausführungen stießen auf breite Zustimmung im rheinisch-westfälischen Landesverband. Herzfeld machte allerdings deutlich, deshalb nicht die unerbittliche Konfrontation zu suchen. Aus rein pragmatischen Gründen plädierte er dafür, auch künftig die sachliche Zusammenarbeit mit den Zionisten zu suchen:

„Kurz gesagt [...] ist der Zweck des Centralvereins [...], die deutsche jüdische Frage auf deutschem Boden zu lösen, und der Zweck des Zionismus ist [...], eine öffentlich[-] rechtlich gesicherte Heimstätte in Palästina zu schaffen. Diese beiden Kreise schneiden sich an sich nicht. Da anerkanntermaßen nur 2 Millionen Seelen in Palästina angesiedelt werden können, da 12 Millionen Juden in der Welt leben, und da jeder Zionist früher es als selbstverständlich bezeichnet hat, daß von den westeuropäischen Juden sich nur ein winziger Teil dazu wird entschließen können, sich dieser Siedlung aktiv anzugliedern, so ist es selbstverständlich, daß auch für die Zionisten die deutsche Judenfrage zu lösen übrig bleibt und daß insoweit die Zionisten mit uns arbeiten können.“¹⁸⁵

Die Diasporajuden mussten nach dieser Sicht der Dinge zwangsläufig für ihr Dasein in ihren jeweiligen Heimatländern eintreten, weil die Aufnahmekapazität Palästinas als nicht ausreichend eingeschätzt wurde. Und Herzfeld dachte weiter: Vorausgesetzt, der Antisemitismus war „der stärkste Agitator des Zionismus“¹⁸⁶, dann musste mit dem Verschwinden des Antisemitismus gleichzeitig der Zionismus verschwinden. So begrüßte Herzfeld die Aufgabe der Neutralität des Vereins als Folge der Resolution und rechtfertigte sie wie folgt:

„[W]enn wir unter diesen Umständen und angesichts dieser Angriffe noch weiter die strenge Neutralität üben würden, was würden wir tun als uns versündigen an unserm programmatischen Grundgedanken: wer angegriffen wird, muß sich wehren. Der Öffentlichkeit gegenüber sind wir es schuldig, mit der Wucht dieser Versammlung gar keinen Zweifel darüber zu lassen, wie wir das Verhältnis des Judentums in Deutschland auffassen. (Sehr richtig!) [...] Mutet den amerikanischen, kanadischen, südafrikanischen, englischen, französischen, belgischen, holländischen, selbst den preußischen Juden zu, Nationalbewußtsein im Sinne des Ostjudentums zu haben, d. h. sich nur als Juden, als Nationaljuden und Kulturjuden zu betrachten, und die meisten wiesen euch entrüstet die Tür! Und mit Recht! Länder der Zuflucht sind ihnen oder ihren Vätern ihre Vaterländer gewesen, haben ihnen Sprache und Sitte, Wohlstand und Bildung, staatliche

¹⁸⁴ IDR, Hauptversammlung des Centralvereins, Nr. 5/6, Mai/Juni 1913, S. 213.

¹⁸⁵ Ebd., S. 229f.

¹⁸⁶ Ebd., S. 230.

Gleichberechtigung und oft genug volle oder fast volle bürgerliche Gleichberechtigung gegeben. Ein schlechter Mensch, ein unnatürlicher Mensch, wer das vergessen kann! Was wahrhaftig lebendig ist, schlägt da Wurzel, wo es lebt; wer in einem Rechtsstaate leben kann, als Bürger leben kann, der verdient allen Haß, wenn er nicht mit der Liebe dankt!“¹⁸⁷

Während die Debatte um die Volks- respektive Nationalzugehörigkeit an der Wende 1912/1913 ihren ersten Höhepunkt erreicht hatte, war der Ausbau der CV-Organisation unbeirrt weitergegangen. Mitte 1913 hatte sich etwa im Linksrheinischen die dritte Bezirksgruppe unter Einschluss von Kleve, Goch, Geldern, Calcar und Xanten konstituiert.¹⁸⁸

Daneben hatte der Verein konzentrierter als zuvor damit beginnen müssen, sich gegen den Rassenantisemitismus zur Wehr zu setzen, der zusehends den öffentlichen Raum einnahm, weiterhin weitgehend subtil, weil deutsche Rechtsstaatlichkeit „offen antisemitische Exzesse nicht duldet.“¹⁸⁹ Dennoch wurde „im Geheimen [...] der Instinkt“ geweckt, wobei der CV spätestens seit 1912 wahrnahm, dass „[m]ystische Begriffe, wie Rasse, Blut, Germanentum“¹⁹⁰, die Jugend und vor allem den zur bürgerlichen Jugendbewegung gehörenden Wandervogel nach rechts außen driften ließen.¹⁹¹

2.11 Rassismus im Alltag: Die Wandervogelbewegung

Neben der Ortsgruppe Frankfurt/Main widmete sich 1913 der Kölner CV in Personalunion mit der Jugendorganisation Gabriel Riesser-Verein den offenkundig gewordenen Vorgängen im Wandervogel e.V. und seinen Untervereinen.

Besondere Aufmerksamkeit hatte zuvor der Fall eines Mädchens erlangt, dem die Aufnahme in den Zittauer Zweig dieses Wandervereins mit der Begründung untersagt worden war, sie sei Jüdin und als solche gehöre sie nicht „in eine deutsche Bewegung.“¹⁹² Zudem hatte der Wandervogel e.V. auf einer Jugendtagung in Frankfurt/Oder die „Unvereinbarkeit des Judentums mit dem alten Germanentum“¹⁹³ deklariert, was zum Anlass genommen wurde, in der IDR die weite Verbreitung findenden Ausführungen des Direktors des Wandervogel e.V., Neuendorff aus

¹⁸⁷ Ebda., S. 232.

¹⁸⁸ IDR, Die Rheinisch-Westfälische Woche, Nr. 1, Januar 1914, S. 27.

¹⁸⁹ Meier-Cronemeyer, Hermann, Jüdische Jugendbewegung, in: Germania Judaica. Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums, Neue Folge 8 – 27/28 (Teil I) und 29/30 (Teil II), Köln 1969, hier Teil I, S. 20.

¹⁹⁰ IDR, Rückblicke, Nr. 7/8, Juli/August 1914, S. 293.

¹⁹¹ Obwohl es sich beim Wandervogel nicht um eine dezidiert jüdische Bewegung handelte, geht Meier-Cronemeyer in seiner oben erwähnten Arbeit auf diesen Verein ein. Er differenziert verschiedene Richtungen innerhalb des Wandervogels und beschreibt die Wirkungen, die von diesem auf jüdische Jugend- und Wandergruppen ausstrahlten, so besonders auf den zionistisch geprägten Wanderbund Blau-Weiß. Vgl. *dens.*, 1969, Teil I, S. 21ff.

¹⁹² Ebda.

¹⁹³ Ebda., S. 290.

Mülheim/Ruhr, anzusprechen. Dieser hatte im Frühjahr 1914 zwar die religiöse und politische Neutralität seines Vereins erklärt, aber auch betont:

„Die Bundesleitung [des Wandervogels] [...] kann [...] unter keinen Umständen dulden, daß von Gauen oder Ortsgruppen *allgemein* Beschlüsse gefasst werden, die dahin lauten, daß Juden grundsätzlich nicht aufgenommen werden. Sie wird alles tun, um zu verhindern, daß im ‚Wandervogel‘ die Religion oder die Rasse der Juden beschimpft wird. Andererseits denkt die Bundesleitung nicht daran, die persönliche Freiheit der Wandervögel einzuschränken.“¹⁹⁴

Eine im März 1914 durchgeführte Zählung der Juden innerhalb des Wandervogel e.V. ergab: 92 Prozent der Untervereine organisierten keine Juden.¹⁹⁵ Vor diesem Hintergrund war der CV bestrebt, das heuchlerische Treiben des Wandervogels als solches zu entlarven, zumal der Wandervogel nicht von Anfang an antisemitisch orientiert gewesen sei, ferner keine unwiderlegbaren Gegenargumente dafür gefunden wurden, warum nicht auch jüdische Kinder

„altdeutsche Lieder mitsingen, sich am deutschen Wald erfreuen, die Zusammenhänge der Geschichte des deutschen Volkes durch Kenntnis des deutschen Landes verstehen lernen sollten.“¹⁹⁶

Zudem schloss nicht jede Gruppe innerhalb des Wandervogel e.V. Juden aus. Der CV plädierte daher dafür, die jüdischen Kinder und Jugendlichen innerhalb solcher Gruppen zum Verbleib bzw. Beitritt zu ermuntern,

„in denen sie gern und mit Freuden gesehen würden, und [sie] sollten sich da, wo eine unbedingte Garantie nach dieser Richtung nicht gegeben ist, den Wanderriegen der jüdischen Jugendvereine anschließen und sich vor der Agitation des jüdisch-chauvinistischen **B l a u – W e i ß - B u n d e s** hüten.“¹⁹⁷

Die Entwicklung, die der Wandervogel nahm, ließ für die Zukunft nichts Gutes erahnen. Zusehends erfolgreich konnte der Rassismus seinen vermeintlich kausalen Zusammenhang zwischen Kultur und rassischer Beschaffenheit konstruieren, wobei er als hoch- oder minderwertig klassifizierte und diese Einstufung – weil angeblich angeboren – für „unüberbrückbar“¹⁹⁸ hielt. Dabei bediente er sich vermeintlich wissenschaftlicher Methoden, um ‚rassische‘ Unterscheidungsmerkmale ebenso in den geistigen, seelischen, emotionalen menschlichen Bereichen nachzuweisen. Die unterschiedlichen menschlichen Rassen seien wiederum mit bestimmten Territorien deckungsgleich. Da aber selbst Rassisten in Teilen erkennen mussten, dass sich die meisten Gebiete auf der Erde durch kunterbunte Rassengemische auszeichneten beziehungsweise, in der den Zeitumständen angepassten biologistischen Terminologie des CV, es als

¹⁹⁴ Zit. in: *Meier-Cronmeyer*, 1969, Teil I, S. 21.

¹⁹⁵ Vgl. ebda., S. 21. Lediglich die Gauen Schlesien, Elsass-Lothringen und Rheinland grenzten sich explizit von diesen Ausschlüssen ab. Bei Hermann Giesecke heißt es hierzu ungenau: „Die Gruppen bzw. Gauen reagierten darauf unterschiedlich, einige nahmen keine Juden auf, andere offenbar ohne Beschränkung.“ *Ders.*, *Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik*, München 1981, S. 26.

¹⁹⁶ IDR, Rückblicke, Nr. 7/8, Juli/August 1914, S. 290f., hier 292.

¹⁹⁷ Ebda., S. 295f.

¹⁹⁸ *Anti-Anti*, 1932, S. 52a.

„rassenreine [Völker] bestenfalls nur noch Buschmänner, Hottentotten, einige Zwergnegerstämme im tropischen Afrika und einige primitive Volksstämme an den äußersten Grenzen der bewohnten Erde“¹⁹⁹

gebe, verlegte sich schließlich vor allem der deutsche Rassist auf die Idee der Züchtung, an deren Ende quasi der entmischte ‚Arier‘ stehen sollte. „Blutgruppenuntersuchungen“²⁰⁰ und das Stoppen der Zeit bei Stoffwechselprozessen sollten die Behauptung von der Dominanz der nordischen, der germanischen Rasse über alle anderen stützen. Dieses Konstrukt richtete sich ganz entschieden und letztlich mörderisch gegen die Juden. Es wurde Leitfaden für die Politik, Teil der Gesetzgebung, sodass – ohne auf größeren Widerstand zu stoßen – sukzessive Rassenschranken aufgetürmt werden konnten, die die von vornherein intendierte gesellschaftliche, physische Trennung ermöglichten. Die von Gruppen des Wandervogels durchgezogene Trennung von den jüdischen Mitgliedern war dabei ein erster Beitrag zur praktischen Durchsetzung des Rassismus im Alltag.

Der CV reagierte darauf nicht mit blindem Aktionismus. Nur dort, wo Erfolg möglich schien, setzte der Verein an. Außerdem glaubte man in seinen Reihen nicht, dass seine Warnungen unterschätzt und deshalb folgenlos verhallen würden. Dies schloss auch die Warnungen vor dem jüdischen Wanderbund Blau-Weiß ein, dem der CV eine unheilige Allianz mit den Judengegnern unterstellte, weil die Verantwortlichen im Blau-Weiß angesichts der Diskriminierungen und auch aus eigenen Interessen heraus geschlossen den Austritt aus den Wandervogel-Vereinigungen forderten. Hierauf wollte der CV den Blau-Weiß als eine nationaljüdische Tarnorganisation bloßstellen, denn

„[e]s gilt hier leider wie mit den jüdischen Turnvereinen, die vielfach insbesondere dann, wenn es sich um Geldaufbringung und Mitgliederwerbung handelt, ihren wahren Charakter nicht offenbaren, und dadurch nicht gerade zur Wahrheit und Klarheit im öffentlichen Leben beitragen.“²⁰¹

Schließlich hatte es sein Organ, die Blau-Weiß-Blätter, selbst offenbart, als es begann, das Attribut ‚jüdisch‘ zu betonen und „von unserem Volke zu sprechen, das heimatlos über die Erde irrt“.²⁰²

2.12 Krieg und Verteidigung

Der Kriegsausbruch ließ den Rassismus im Wandervogel, die Provokationen durch das Nationaljudentum und ebenso die als persönliche Angriffe verstandenen Äußerungen in den Hintergrund treten, die etwa Bodenheimer wiederholt gemacht hatte, indem er den

¹⁹⁹ Ebda., S. 51.

²⁰⁰ Ebda., S. 52a.

²⁰¹ IDR, Rückblicke, Nr. 7/8, Juli/August 1914, S. 296.

²⁰² Zit. in: ebda., S. 297.

CV als deutsch-chauvinistisch bezeichnet hatte.²⁰³ Ob Zionisten oder CVer, Kriegsbegeisterung und Burgfriede erfasste sie 1914 gleicherweise.²⁰⁴

Der Kriegsausbruch hatte praktische Konsequenzen. So fand sich auf derselben Seite der IDR nicht nur der gemeinsame Aufruf von Centralverein und VdJ an die deutschen Juden, „freiwillig zu den Fahnen zu eilen.“²⁰⁵ Dort waren auch die ersten kriegsbedingten Arbeitsanweisungen an die Ortsgruppen platziert. Trotz Euphorie und der Hoffnung, der Burgfriede möge für die Zukunft Bestand haben, blieb man im CV misstrauisch. Die Mitstreiter sollten sich keine Illusionen machen, die Arbeit für den Verein gegebenenfalls einstellen zu können. Auch die IDR würde weiterhin erscheinen, wenngleich Unterbrechungen absehbar wären. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die vorausschauende Arbeitsanweisung Berlins an die Ortsgruppen, statistisches Material zu sammeln. Konkret hatten sie

„alles auf die Beteiligung der Juden am Kriege Bezügliche mitzuteilen, da der Umfang der Beteiligung der deutschen Juden an dem Feldzuge für spätere Zeiten festgestellt werden muß. Dazu gehören nicht etwa nur die Angaben von Namen und Schicksalen der Kriegsteilnehmer, sondern vor allen Dingen auch die kleinen Vorfälle, welche die Stimmung kennzeichnen und charakterisieren.“²⁰⁶

Soweit es die allgemeine Lage und Stimmung erlaubten, sollten die Ortsgruppen weiterhin Versammlungen insbesondere zum Thema ‚Die Juden und der Krieg‘ abhalten. Sie hatten sich auf kriegsbedingte Einnahmerückgänge, somit auf Sparmaßnahmen einzustellen, weshalb die Mitarbeiter außergewöhnliche Geldsammlungen initiieren sollten. Ob aus finanziellen Gründen und/oder aufklärerischen, sie hatten nun auch die IDR unter die nicht jüdische Leserschaft zu bringen. Denn unter allen Umständen galt es, die Organisation aufrechtzuerhalten.²⁰⁷

²⁰³ Vgl. ebda., S. 300.

²⁰⁴ Der Verein stilisierte Deutschland zum tugendhaften Opfer des Krieges, während er die Ententemächte diffamierte. Nun war es Deutschland, das den Kulturkampf des CV im großen Stil führte gegen die „Tyrannenlaune“ der „kosakischen Horden“ Russlands, gegen den Verräter an den „großen Idealen der Menschheit“ Frankreich sowie gegen die Neider in England, denen „unser aufblühender Handel, unsere Kolonien, unsere Flotte [...] ein Dorn im Auge“ gewesen sei. [S. 341] Der CV glaubte, Deutschland fechte einen sittlichen Kampf aus, der den „Fortschritt der Menschheit“ zum Ziel habe. In diesem Krieg sah er einen weiteren Sinn, denn er „einigt unser bedrängtes Vaterland, schafft mit einem erlösenden Schlage für alle seine Bürger gleiches Recht, zwischen allen Schichten den Gottesfrieden. Da ist selbstverständlich auch unser Kampf um das bisher verkümmerte Recht eingestellt. Hoffentlich für alle Zeit.“ [S. 343] Um gerade diesen Zustand zu konservieren, sollte „[d]as kaiserliche Wort: ‚I c h k e n n e n u r n o c h D e u t s c h e ‚ [...] uns Juden ein Panier sein!“ [S. 342] Der Krieg speziell gegen Russland bot ferner die Gelegenheit, jüdische Solidarität über Grenzen hinweg kämpferisch zu demonstrieren, indem die deutschen Glaubensbrüder den „Kampf gegen das russische Moskowitertum [...], gegen Barbarei und Unkultur“ aufnahmen. [S. 342] IDR, Unter den Waffen, Nr. 9, September 1914, S. 341ff.; vgl. ähnliche Äußerungen, die während der Hauptversammlung des Vereins am 23. November 1914 in Berlin fielen, in: IDR, Der Krieg. Stenographischer Bericht, Nr. 1/2, Januar/Februar 1915, S. 2ff. Dass die eigenen Warnungen vor der Übertreibung des Nationalgedankens in Vergessenheit gerieten, belegen auch die Kriegsreden von Fuchs. Vgl. *dens.*, 1919, S. 144, 155.

²⁰⁵ IDR, An die deutschen Juden, Nr. 9, September 1914, S. 339.

²⁰⁶ Ebda., An die Ortsgruppen und Mitglieder des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens!

²⁰⁷ Vgl. ebda. Siehe ferner den Arbeitsbericht für die Zeit vom 1. August 1914 bis zum 25. November 1914. Als Manuskript gedruckt! Streng vertraulich! Nur zur persönlichen Information. Der Bericht für die im Grunde nur kurze Zeitspanne verwies abermals auf antisemitische Äußerungen in der

Die nationale Solidarität war von Anfang an ebenso illusorisch wie brüchig. Bereits zwei Wochen nach Kriegsausbruch wandte sich Rabbiner Jacob aus Dortmund am 14. August an die Tremonia, eines der zentrumsnahen Organe, damit es aufhöre, aus dem „Strohfeuer der Hurra-Stimmung“ nur eine „Herdglut des ‚christlich-deutschen‘ Pflichtgefühls“²⁰⁸ zu machen, denn dieser ignorierende Ausschluss im Geiste kam letztlich einer auffällig frühen Disqualifizierung jüdisch-deutscher Kriegsleistung gleich.

Gegen Zurücksetzung und Diskriminierung intervenierten allerdings die CVer in den Ortsgruppen nicht immer selbst. Diejenigen aus Münster etwa machten nicht mobil gegen die Art der Bekanntmachung des Königlichen Bezirkskommandos Wesel, weil es auf seiner Suche nach felddienstfähigen Landsturmpflichtigen die Angabe der Religion verlangte. Es war die Hauptgeschäftsstelle in Berlin, die reagierte. Sie erhielt hierauf die Antwort, eine Missachtung des Gleichheitsanspruches sei nicht beabsichtigt gewesen.²⁰⁹ Zudem funktionierte der innerorganisatorische Informationsfluss nicht immer reibungslos. So musste sich etwa die IDR auf die Berichterstattung des Israelitischen Familienblattes in Hamburg stützen, weil es die Ortsgruppe Bad Kreuznach versäumt hatte, über die Beschimpfung eines kriegsversehrten Juden, der von einem dort ansässigen Möbelhändler in einem Café angepöbelt worden war, zu berichten. Dabei hatte der Möbelhändler diesen als „Drückeberger, Krüppel und dergleichen“ beleidigt und behauptet, „wenn e i n J u d e wie er das Eiserne Kreuz habe, so könne es nur gekauft sein.“²¹⁰ Das Schöffengericht Bad Kreuznach hatte hierauf den Möbelhändler zu einer – als Abschreckung gemeinten – Geldstrafe von 500 Mark verurteilt. Das Urteil wurde veröffentlicht.²¹¹

Die Ausführungen in der IDR über das faktische Ende des Rassismus durch die erhoffte vereinheitlichende Wirkung des Krieges waren letztlich Appelle und keine Darstellungen von Tatsachen. Der junge Krefelder Rechtsanwalt Kurt Alexander, der zwischenzeitlich in Berlin für den CV aktiv war, glaubte aber fest daran, dass „die Wucht der Tatsachen Ideen vernichten“²¹² könnte, so auch die Idee „von der Wechselwirkung zwischen Rasse und Kultur.“²¹³ Zur Begründung führte er an:

„In der Stunde [...], in der das stammverwandte Volk jenseits des Kanals uns seine Seele enthüllte und wir mit Grauen wahrnahmen, welch abgrundtiefe Kluft uns von ihm trennt,

Presse, namentlich auf die Berichterstattung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung. Er verwies auf die Behandlung der Rassenfrage in diversen Broschüren, auf die Häufung von persönlichen Beleidigungen, auf Spionageverdächtigungen, auf Verdächtigungen gegenüber jüdischen Viehhändlern wegen Preistreiberei. Hingegen wies er die Behauptung, die Düsseldorfener Postverwaltung hätte jüdische Hilfsarbeiter nicht einstellen wollen, als falsch zurück. Vgl. ebda., S. 7.

²⁰⁸ IDR, Umschau, Eine Bitte an die Tremonia!, Nr. 9, September 1914, S. 355.

²⁰⁹ Vgl. IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 1/2, Januar/Februar 1915, S. 31.

²¹⁰ IDR, Korrespondenzen, Nr. 10/11, Oktober/November 1915, S. 229.

²¹¹ Vgl. ebda.

²¹² IDR, Rasse und Kultur, Nr. 8/9, August/September 1915, S. 145-151, hier 145. Dieser Aufsatz ist eine Rezension einer Arbeit von *Friedrich Hertz*, der sich damit zum zweiten Mal der Widerlegung des Rassenantisemitismus, insbesondere des von Houston Stewart Chamberlain, angenommen hatte. Zum Thema Rassenantisemitismus schrieb im Jahr zuvor auch *Benno Jacob*. Siehe IDR, Germanen oder Deutsche, Nr. 10/12, Oktober/Dezember 1914, S. 379f.

²¹³ IDR, Rasse und Kultur, Nr. 8/9, August/September 1915, S. 146.

in der Stunde, in der Germanen, Romanen, Slaven [sic] und Mongolen zur Bekämpfung von Germanen sich zusammenschlossen, da mußte das schöne Märchen von der Wesensgleichheit all derer, die Schädel, Haarfarbe und Körperform gemeinsam haben sollen, jählings zusammenbrechen.“²¹⁴

Nach den neuesten Forschungserkenntnissen stimme außerdem die Behauptung von unveränderlichen Rassenmerkmalen keineswegs, weil der menschliche Organismus durchaus anpassungsfähig sei.

„Auch ist ein strenger Parallelismus zwischen innerer und äußerer Vererbung durchweg nicht wahrzunehmen. Im Gegenteil hatten häufig große Männer (z. B. Goethe, Bismarck) Kinder, die ihnen vielleicht körperlich, keineswegs aber geistig ähnlich waren.“²¹⁵

Die den „Elementen arischer Herkunft“ nachgesagten äußeren Merkmale stünden zudem „in einem recht bedenklichen Gegensatz zu den üblichen Vorstellungen vom germanischen Rassentypus [...] Bismarck, Luther, Laplace, Raffael, Beethoven, Goethe, Schiller, Kant, Schopenhauer waren z. B. ausgeprägte Breitköpfe.“²¹⁶ Während Alexander im weiteren Verlauf seiner Ausführungen so bezeichnete arische und semitische Rassencharaktere wiedergab, wiederholte er immerzu, dass die Rassentheoretiker eigentlich gar keine Begriffsbestimmung von Rasse besäßen, der gesamten Diskussion folglich die Grundlage fehlte und sie in ihrem Ergebnis nur widersinnig sein könnte. Aber wie sehr Alexander auch den Rassismus der Lächerlichkeit preisgeben wollte, diese Idee ließ sich nicht durch Tatsachen vernichten, und sie musste mittlerweile sehr ernst genommen werden.

Nach zahlreichen Verleumdungen wurden 1916 im preußischen und bayerischen Heer statistische Erhebungen durchgeführt, um die Anzahl der Dienst tuenden Juden zu ermitteln. Dies war eine Kränkung, die lange nachwirkte, auch wenn es für einen CVer nicht statthaft war, sich durch Derartiges die Liebe zum Vaterland verderben zu lassen. Da die Statistik nicht veröffentlicht wurde und die Entrüstung über diese Ungerechtigkeit groß war, wurde auch dank der Daten, die die Ortsgruppen von Anfang an zu erheben hatten, 1922 eine statistische Arbeit von Jacob Segall vorgelegt.²¹⁷ Die Studie zeigte, dass knapp 100.000 Juden ihre staatsbürgerliche Pflicht im Weltkrieg erfüllten, mindestens 80.000 davon an der Front. Rund 12.000 von ihnen fielen oder galten als verschollen. Insgesamt 35.000 wurden dekoriert, 23.000 befördert, davon über 2.000 zu Offizieren.²¹⁸

²¹⁴ Ebda.

²¹⁵ Ebda., S. 147.

²¹⁶ Ebda., S. 147f.

²¹⁷ Vgl. *Segall, Jacob*, Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914–1918. Eine statistische Studie, Berlin 1922; weiterhin *Oppenheimer, Franz*, Die Judenstatistik des preußischen Kriegsministeriums, München 1922; *Angress, Werner T.*, Das deutsche Militär und die Juden im Ersten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 19/1976, Nr. 1, unpaginierte Kopie, eingesehen in der Germania Judaica.

²¹⁸ Vgl. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 2492, Frame 0554. Siehe zudem den IDR-Artikel Jüdische Flieger im Kriege, Nr. 10, Oktober 1917, S. 397-399. In der Januar/Februar-Ausgabe des Jahres 1916 richtete sich die IDR „An unsere Mitglieder“ und sensibilisierte sie gegenüber den kursierenden Verleumdungen über mangelnde Beteiligung der Juden an der Front und jüdische Kriegswucherer.

In Westfalen hatten 18,67 Prozent oder 3.927 Juden am Feldzug teilgenommen. 359 (9,14 Prozent) der gemusterten Juden meldeten sich in aufrichtiger Bereitschaft, den als solchen verklärten Verteidigungskrieg zu gewinnen, freiwillig. In Rheinland waren es 16,42 Prozent respektive 9.472. Hier meldeten sich 853 (9,01 Prozent) Juden freiwillig. Über zwei Drittel der jüdischen Kriegsteilnehmer aus den beiden Provinzen waren so genannte Frontkämpfer. Mit den permanent auftauchenden Verweisen auf diese Zahlen wollte der CV den für die Zählung ursächlichen Vorwurf des vermeintlichen jüdischen Drückebergers widerlegt wissen.²¹⁹

2.13 Ostjuden oder die Grenzen des Liberalismus im CV

Der Rassenantisemitismus motivierte ebenso die Diskussion um die so bezeichnete Ostjudenfrage. Ihren Beginn markierte nach dem Vernehmen im CV die Arbeit des Kaiserlichen Geheimen Regierungsrates Georg Fritz, der sich infolge der Besetzung Kongress- und Russisch-Polens durch Deutschland 1915 Gedanken über die, so der Titel seiner Arbeit, „Ostjudenfrage, Zionismus und Grenzscluß“²²⁰ gemacht hatte. Fritz spezifizierte damit einen Punkt im großen Themenkomplex deutscher Kriegszielpläne im Osten, die teils bereits seit 1914 kursierten und in unterschiedlichem Grad die Idee der „völkischen Flurbereinigung“²²¹ aufgriffen, was erhebliche Teile der polnischen und weißrussischen Bevölkerung bedrohte.

In Bezug auf die Juden trieb Fritz die mögliche Einwanderung von vermeintlich ostjüdischen Massen nach dem Krieg in das kleindeutsche Bundesgebiet um. Obwohl die zukünftige Rolle Deutschlands in Polen überhaupt nicht abzusehen war, forderte er einen „völligen Grenzscluß“²²², und der Centralverein fing diesen Ball auf. Im Verein

²¹⁹ Vgl. *Segall*, 1922, S. 9, 14, 19f. Seine Statistik über die jüdischen Kriegsteilnehmer aus den Städten mit mehr als 100.000 Einwohner besagte in Prozent:

Aachen	25
Barmen	10
Bochum	12
Bonn	23
Dortmund	12
Düsseldorf	10
Duisburg	13
Elberfeld	13
Essen	9
Gelsenkirchen	8
Köln	13
Krefeld	13
Mülheim	15
Münster	14

Vgl. ebda., S. 21f.

²²⁰ Vgl. IDR, Deutschland und die Ostjudenfrage, Nr. 10/11, Oktober/November 1915, S. 195-213.

²²¹ *Mommsen, Wolfgang J.*, Der ‚polnische Grenzstreifen‘. Anfänge der ‚völkischen Flurbereinigung‘ und der Umsiedlungspolitik, in: *ders.*: Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 439, Frankfurt/M. 2004, S. 118ff.

²²² IDR, Deutschland und die Ostjudenfrage, Nr. 10/11, Oktober/November 1915, S. 196.

herrschte indes zu diesem Themenkomplex keine Einheitsmeinung, auch wenn sich diejenigen, die sich in dieser Diskussion exponierten, in einigen Punkten begegneten.

„Sie halten den Charakter des Ostjuden nicht durch seine Religion bestimmt, sondern durch die Gleichheit der Kultur und Sprache; sie schreiben ihm den vollen Anspruch eines Volkes, ja einer Nation zu und machen dies bei der Erörterung der zukünftigen Gestaltung der Dinge in Russisch-Polen zur Voraussetzung.“²²³

Einig waren sich die CVer auch in der Tendenz, den Verbleib der Brüder im Glauben in ihren Heimatländern dadurch zu erzielen, indem ihnen kulturelle Autonomie eingeräumt würde. Diese Einhelligkeit war allerdings unterschiedlich motiviert. So prallten in den Spalten der IDR zwei Vereinsexponenten aufeinander, die mit ihren Diskussionsbeiträgen nur den Auftakt der Debatte über das Verhältnis zu den Ostjuden und dann später mittelbar auch zum Zionismus markierten.²²⁴

Während Felix Goldmann aus Oppeln, Oberschlesien, nicht minder als sein Vereinsantagonist Kurt Alexander, Krefeld, zwischenzeitlich Berlin, von deutschen Interessen geleitet war, argumentierte Goldmann gegen die Forderung eines Grenzschlusses, zumal dieser sich nach seiner Sicht der Dinge einseitig gegen polnische Juden richten würde. Seine Haltung begründete er im Wesentlichen mit zwei Argumenten. Zum einen konnte er die „angeblichen wirtschaftlichen Gefahren“ nicht erkennen, denn

²²³ IDR, Ostjuden. Ein Kriegsheft der Süddeutschen Monatshefte, Nr. 5/6, Mai/Juni 1916, S. 117.

Rabbiner Dr. Samuel, Essen, war der Urheber dieser Zeilen, in denen er eine Reihe von Aufsätzen in Kürze vorstellte, die in den Süddeutschen Monatsheften zum Thema veröffentlicht worden waren. Diese Form der Darstellung verwies auf die Vielfalt der jüdischen Lebenswelten in Staaten Osteuropas und in den USA. Dennoch wurde diese Vielfalt unter der plumpen Bezeichnung Ostjudentum verdichtet. Samuel glaubte sich mit der Mehrheit der deutschen Juden darin einig, den Grenzschluss abzulehnen, aber für eine kulturelle Autonomie der Juden Polens einzutreten.

Die folgenden Arbeiten widmen sich dem Thema Ostjudentum: *Maurer, Trude*, Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986; *Adler-Rudel, Shalom*, Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959; *Wertheimer, Jack*, Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany, New York 1987; *Heid, Ludger*, Arbeit und Alltag ostjüdischer Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: *Menneken, K., Zupancic, A.* (Hg.), Jüdisches Leben in Westfalen, Essen 1998, S. 132–142.

²²⁴ Es sei bemerkt, dass sich das Interesse der im Folgenden vorgestellten Meinungen der CVer Felix Goldmann und Kurt Alexander zu diesem Zeitpunkt nicht um die Stellung der Zionisten zu diesen Aspekten drehte. Man sah sich dem Geist des Burgfriedens verpflichtet. Die beiden interessierte daher in erster Linie die Darstellung der jeweils eigenen Positionen innerhalb des CV gegenüber der Grenzschluss- und Ostjudenfrage. Soweit Goldmann die zionistische Seite ansprach, lassen sich zwei seiner Aussagen hervorheben: erstens, dass einige führende Zionisten eine vorgebliche Masseneinwanderung von Ostjuden nach Deutschland ebenfalls nicht begrüßten, sondern einer kulturellen Autonomie in den jeweiligen Heimatländern beziehungsweise der Palästina-Wanderung das Wort redeten, wobei vor allem Letzteres den Beifall von ausgewiesenen Antisemiten erhielt. Aus diesem Grund betonte Goldmann zweitens: „Wenn Rassentheoretiker für den Zionismus eintreten, ist Mißtrauen immer am Platze. Ob nicht auch [Georg Fritz] den deutschen Juden nur deshalb diese Richtung so angelegen empfiehlt, weil er vielleicht hofft, daß sie sich innerlich zum jüdischen Nationalismus bekehren und die Folgerungen ziehen, daß sie entweder einen Kultur Gegensatz zwischen ‚deutsch‘ und ‚jüdisch‘ als vorhanden und als unüberbrückbar anerkennen oder gar durch Verlassen des Landes zur Erstarkung des rassenreinen Germanentums beitragen? Es ist nicht unwahrscheinlich. Sicher spielt aber dieser Grund bei den meisten, die in unseren Tagen die Ostjudenfrage auf zionistischer Grundlage zu lösen empfehlen, eine ebenso gewichtige Rolle wie die Rücksicht auf den politischen Antisemitismus! Obgleich ihm die äußerliche Organisation fehlt, ist doch der Judenthaß international.“ IDR, Deutschland und die Ostjudenfrage, Nr. 10/11, Oktober/November 1915, S. 211.

„[e]s gibt heute in Rheinland und Westfalen wie in Hessen und Sachsen einen mäßigen Einschlag von Ostjuden. Man soll aber nur ganz ehrlich zugestehen, daß nennenswerte Schäden, geschweige denn Erschütterungen des Wirtschaftskörpers, selbst in den kleinsten Gliedern nicht eingetreten sind. Im Gegenteil! Wir treten der Politik der beteiligten Regierungen, die sich nie gegen die Ostjuden übermäßig entgegenkommend gezeigt haben, gewiß nicht zu nahe, wenn wir annehmen, daß sie diese Einwanderung erlaubt, in Einzelfällen – besonders in Sachsen – sogar begünstigt haben, weil das Wirtschaftsleben und damit die Kraft des Deutschen Reiches ihr erhebliche Vorteile verdanken. Ganze Industrien, deren Erträge man in der Wirtschaftsbilanz nicht gerne missen würde, blühen durch die jüdischen Lohnarbeiter.“²²⁵

Nachdem Goldmann damit gewiss auch auf die im Interesse „unseres deutschen Vaterlandes“²²⁶ durchgeführten Zwangsrekrutierungen ostjüdischer Arbeitskräfte während des Krieges angespielt hatte, kam er auf sein eigentliches Motiv zu sprechen. Sich für seinen kompromisslosen Liberalismus entschuldigend, forderte er im Sperrdruck:

„Die gesamte deutsche Judenheit muß im Hinblick auf ihr eigenes Wohl wie das des deutschen Rechtsstaates sich einmütig und scharf gegen jede wie immer geartete Ausnahme gesetzgebung aussprechen! Der Kampf gegen solche Bestrebungen ist eine Lebensfrage.“²²⁷

Zur Begründung führte er an:

„Gewiß haben wir im Leben noch nicht die Höhe erreicht, die unserem Rechtsgefühl und der Würde eines Rechtsstaates entspricht, aber grundsätzlich nach dem Buchstaben der Verfassung steht die Gleichheit aller Bürger unverrückbar fest. Ein Ausnahmegesetz gegen polnische Juden richtet sich nun gegen die Mitglieder einer bestimmten Religionsgemeinschaft, und bald würde es höchst gleichgültig sein, ob ausländisch oder einheimisch. Es würde sehr schnell in den Augen der Welt auch den deutschen Juden zu einem Bürger minderen Rechts stempeln. Die Tatsache, daß ein Einbruch in das Bollwerk jüdischer Gleichberechtigung geglückt ist, würde unserem bürgerlichen Ansehen einen unheilbaren Stoß versetzen, würde unsere Selbstsicherheit völlig untergraben und würde jenen Leuten die Wege weisen, die längst mit solchen Gedanken gespielt haben. [...] Die klugen Leute, die da meinen, man müsse dem Antisemitismus den Mund stopfen und ihm die Ostjuden opfern, täuschen sich ganz gewaltig, wenn sie von diesem Zugeständnis Ruhe oder gar Frieden erwarten. [...] Heute ging es gegen die polnischen Juden, morgen gegen die naturalisierten, übermorgen gegen alteingesessene deutsche Bürger. Heute ginge es um wirtschaftliche Fragen, morgen um politische Rechte und übermorgen um die Religionsfreiheit! Ein jedes Ausnahmegesetz ist ein Unglück!“²²⁸

Das sah der CV-Aktivist Kurt Alexander nicht ganz so. Neben wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Argumenten speiste sich seine befürwortende Haltung gegenüber einem Grenzschluss vorrangig aus den kulturellen Differenzen, die seiner Ansicht nach Ost- von Westjuden trennten.²²⁹ Der Grenzschluss, den er im Auge hatte, richtete sich

²²⁵ IDR, Deutschland und die Ostjudenfrage, Nr. 10/11, Oktober/November 1915, S. 198.

²²⁶ Ebda., S. 199.

²²⁷ Ebda.

²²⁸ Ebda., S. 200f.

²²⁹ Der 1892 in Krefeld geborene und 1962 in New York verstorbene Kurt Alexander war zeitweise stellvertretender Syndikus in Berlin, dann Hauptvorstandsmitglied. 1922 kehrte er nach Krefeld

allerdings nicht einseitig gegen Juden osteuropäischer Provenienz. Sein Ausnahmegesetz sollte vielmehr immer dann greifen, wenn es sich um Immigranten handelte, die auf einer vorgeblich niedrigeren Kulturstufe standen. Um diese Zuwanderung von vornherein zu unterbinden, wünschte sich Kurt Alexander für seine Glaubensgenossen im Osten die „freiheitliche Umgestaltung ihrer Rechte zur vollen staatsbürgerlichen Freiheit auf heimatlicher Scholle.“²³⁰ Sie sollten Deutschland fern bleiben, welche Gestalt es auch immer nach Kriegsende haben mochte. Mehr als „100 Jahre der Emanzipation“²³¹ lägen zwischen Ost- und Westjuden. Die Erfahrungen dieses Jahrhunderts hätten den Westjuden

„das Rückgrat gestählt, hat uns zu freien aufrechten Menschen gemacht, denen die Segnungen deutschen Geistes- und Kulturlebens im vollsten Umfange zuteil geworden sind. Sie hat [...] auf unser Denken und Fühlen bestimmend eingewirkt und nicht zuletzt auch unser religiöses Leben beeinflusst. Wie stark wir uns mit dem Deutschen eins fühlen, hat uns das große Erlebnis dieses Krieges gezeigt.“²³²

Leitend waren ihm die vermeintlichen Errungenschaften jüdisch-christlicher, also abendländischer Kultur, die mit jüdischer Orthodoxie und Ghettomentalität nicht kompatibel seien. Es existierte für Alexander keine Wesens- oder Kulturverwandtschaft zwischen Juden beider Hemisphären. Nicht einmal sprachlich existierte für ihn ein Bindeglied.

„Gewiß hat das ‚Jiddische‘ seinen Ursprung in der deutschen Sprache. Aber gerade dieser Jargon bietet vielleicht einen der stärksten Widerstände gegenüber der Annahme der östlichen Juden in Deutschland. Er ist nicht nur nicht dazu angetan, ein Bindeglied zwischen westlicher und östlicher Sprechkultur zu werden, sondern muß geradezu durch das Eigenartige seiner Ausdrucksweise und Aussprache befremdend und entfremdend wirken.“²³³

An Alexander nagte die Sorge vor fehlender Akzeptanz und Unverständnis seitens der christlichen Mehrheitsbevölkerung gegenüber den fremden Ostjuden, was absehbar den Antisemitismus schüre, der sich unterschiedslos dann auch gegen ihn richten würde. Außerdem hatte die eigene Emanzipationsentwicklung hinlänglich gezeigt, wie schwierig der Integrationsprozess selbst für die in Deutschland geborenen Juden war.

Seiner Auffassung nach herrschten obendrein kaum überbrückbare soziologische und wirtschaftliche Unterschiede: „Die soziale Gliederung der Ostjuden ist noch stark

zurück. Er ließ sich als Anwalt, präzise als Syndikusanwalt Krefelder Unternehmen der Seidenindustrie, nieder. Er war überzeugter DVP-Anhänger. Aktiv im jüdischen Gemeinde- und Organisationsleben, stand er zeitweise der Synagogengemeinde Krefeld vor, daneben präsierte er 1937 über die Bnei Brith-Loge Niederrhein und war 1936 Mitglied der Reichsvertretung geworden. Vgl. *Rotthoff, Guido*, Krefelder Juden, Bonn 1980, S. 263; *Lowenthal*, 1981, S. 15; *Walk, Kurzbiographien*, S. 6. Die CVZ berichtete am 12. November 1936 über die neuen Mitglieder des Präsidialausschusses der Reichsvertretung, zu denen Dr. Kurt Alexander zählte. Demgegenüber geben Lowenthal und Walk das Jahr dieser Amtsübernahme mit 1937 an. Vgl. CVZ, Neue Mitglieder der Reichsvertretung, Nr. 46, 12. November 1936, 1. Beiblatt.

²³⁰ IDR, Deutschland und die Ostjudenfrage, Nr. 1/2, Januar/Februar 1916, S. 21.

²³¹ Ebda., S. 23.

²³² Ebda.

²³³ Ebda., S. 22. Siehe auch den Aufsatz von *Lakemper, Udo, Menge, Heinz H.*, Nicht nur ‚Maloche‘, aber ... Einflüsse auf die Jiddische Sprache des Ruhrgebiets, in: *Barbian*, 1999, S. 575-600.

ghettohaft, d. h. familien- und gemeindemäßig begründet.“²³⁴ Weiterhin wollte er berücksichtigt haben,

„daß der erheblichste Teil der russisch-polnischen Juden dem kleinen Handels- bzw. Handwerkerstand angehört. Der Lebensstandard des Gros der Ostjuden steht weit unter dem der gleichen Klassen und Stände Deutschlands angehörigen Bevölkerung. Die Folge davon wäre und müßte sein, daß die Ostjuden wegen ihrer geringen Lebensbedürfnisse auf den Arbeitsmarkt drücken werden. Ein Blick nach London und Newyork bestätigt uns dies, denn dort gelten die Ostjuden als Lohndrucker schlimmster Art.“²³⁵

Die Verhältnisse im angelsächsischen Sprachraum belegten ihm eindringlich, „wohin ungehinderter Zustrom von Elementen in Volksmassen führt, die an Kultur höher stehen [als] sie.“²³⁶

Ihre „Kolonisation“²³⁷ in Deutschland würde eine langjährige Belastung der Sozialkassen sowohl der jüdischen Gemeinden als auch der staatlichen bedeuten. Das Beste war also, gemeinsam mit der deutschen Regierung alles zu unternehmen, damit die Ostjuden in ihren Heimatländern blieben. Er schloss mit der rhetorischen Frage:

„Warum sollten nicht auch die Juden, die ja bereits die Erzieher des ganzen Menschengeschlechts gewesen sind, imstande sein, an einem Teil von ihnen, der länger als sie im Schatten leben mußte, das Erziehungswerk zu üben und ihm den Weg zum freien Menschentum zu bahnen.“²³⁸

Bei allem demonstrativen Deutschnationalismus und Kulturchauvinismus, die Alexander pflegte, verboten ihm die verbliebene liberale Gesinnung und jüdische Solidarität, einem einseitigen Grenzschluss das Wort zu reden. Deshalb musste seine Vorstellung von einer Ausnahmeregelung auf alle ‚Barbaren‘ ausgeweitet werden. Einem Wohltäter gleich bot er seine missionarische Hilfe an, um diesen ein glückliches Dasein, frei von Unterdrückung und Unkultur, auf ihrer heimischen Scholle aufzubauen.

Alexander bewies in der Pflege einer exklusiven Einheitskultur erstaunliche kulturelle Borniertheit. Er schürte zwar keinen Rassismus, wohl aber dumpfe Fremdenfeindlichkeit, die fatal sein mochte angesichts des Umstandes, dass sich Geheimrat Fritz nicht die Mühe machte, zwischen Fremden und Juden zu unterscheiden. Alexanders Versuch, diese Konturen zu verwischen, indem er dem von Rasse und Konfession unabhängigen deutschen Kulturträger den Barbaren gegenüberstellte, belegt seine ausgeprägte deutschtümelnde Arroganz. Er verschloss sich gegenüber der Möglichkeit eines diffundierenden Kulturaustausches überhaupt und vor allem mit dem vorgeblich unkultivierten ‚Osten‘. Gerade diese Kontaktform konnte keine Bereicherung mehr für ihn darstellen, weil er bereits und geradezu uneinholbar den Gipfel kultureller Errungenschaften erklimmen zu haben glaubte. Die Gesinnungsdiskussion machte eines sicherlich deutlich: Alexanders Extremismus war mit der symbiotischen CV-Identität genauso vereinbar wie der kompromisslose Liberalismus des CVers aus Oppeln.

²³⁴ IDR, Deutschland und die Ostjudenfrage, Nr. 1/2, Januar/Februar 1916, S. 24.

²³⁵ Ebda.

²³⁶ Ebda.

²³⁷ Ebda., S. 25.

²³⁸ Ebda., S. 26.

2.14 Vorbereitungen auf den „Krieg nach dem Krieg“²³⁹: antisemitische Filme und jüdischer Viehhandel 1917

Das Thema Ostjuden blieb auf der Hauptversammlung des Vereins am 4. Februar 1917 unberührt. Anerkennung zollte man vielmehr dem Umstand, dass ohne Unterschied Deutschlands Juden ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland erfüllten und den Burgfrieden einhielten. Doch unter dem unheilswangeren Eindruck der Beendigung der diplomatischen Beziehungen zu den USA, die den CV „in Einigkeit und Vertrauen auf unsere Heeresleitung“²⁴⁰ letztlich für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und bis zum Schluss für die Zeichnung der Kriegsanleihen plädieren ließ, hinterlässt der Versammlungsbericht der IDR nicht nur überschwänglich artikulierte deutsch-patriotische Sieges- und Friedenssehnsucht. Er lässt auch Ernüchterung ob der nationalen Einheitsidee erkennen, mit der „das Ende des Antisemitismus“²⁴¹ 1914 verknüpft worden war. Deshalb nahm auch das Thema „Juden zählung im Heere“ einen großen Raum ein. Unter merklicher Anspannung hieß es ankündigend: „Wenn die Waffen ruhen, dann werden wir auf den Gegenstand zurückkommen.“²⁴²

Die CVer wussten bereits, dass „die Antisemiten aller Gruppen, die jetzt schon mit ungeduldrigen Angriffen vorstürmen, ihre Kräfte sammeln zum Vorstoß auf die Juden n a c h dem Krieg.“²⁴³ Nur dank Zensur und Versammlungsbeschränkung sei deren Artikulationsmöglichkeit beschränkt geblieben.

Der CV hätte gerne mehr über seine „befriedigenden Erfolge“ in der Öffentlichkeit berichtet, aber aus „Rücksichten auf die Zensur und an manchen Stellen sogar [wegen] Eingriffe[n] der Zensur“²⁴⁴ war auch seine Öffentlichkeitsarbeit eingeschränkt. Die Vereinsmitarbeiter waren dennoch teils außerordentlich stark beschäftigt. Neben dem Versuch, dem Vorwurf der Drückebergerei zu begegnen, gemahnte der Hauptvorstand die Behörden immer wieder zu Wachsamkeit – und fand dabei „überall das wünschenswerte Wohlwollen.“²⁴⁵ Demgegenüber ärgerten ihn die vermehrt aufkommenden

„antisemitischen Kinovorstellungen [...] Leider sind derlei läppische Kinofilm[e] zum Teil von J u d e n ausgeführt, von jüdischen Unternehmern verbreitet und werden von gedankenlosen jüdischen Zuschauern belacht. Hier ist nur Selbsthilfe, Protest einer geschmackvolleren jüdischen Bevölkerung am Platze.“²⁴⁶

²³⁹ IDR, Hauptversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Nr. 2, Februar 1917, S. 49.

²⁴⁰ Ebda., S. 61. Siehe vor allem den Aufruf zur Zeichnung der achten Kriegsanleihe in: IDR, Umschau, Nr. 3, März 1918, S. 118; IDR, Umschau, Nr. 4, April 1918, S. 155.

²⁴¹ IDR, Hauptversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Nr. 2, Februar 1917, S. 56.

²⁴² Ebda., S. 53.

²⁴³ Ebda., S. 50.

²⁴⁴ Ebda., S. 53.

²⁴⁵ Ebda., S. 58.

²⁴⁶ Ebda.

Diese für die Öffentlichkeit bestimmte Version der IDR unterschlägt eine wichtige Ergänzung, die aber der stenografische Bericht zur Hauptversammlung aufführt. Darin heißt es, „daß leider im Felde antisemitische Film[e] mehr und mehr verbreitet würden.“²⁴⁷ Während sich also der CV in der Öffentlichkeit selbst bezichtigte, um der ohnehin erwarteten Kritik zuvorzukommen und um Zensurerwartungen zu entsprechen, setzte er im engeren Kreise andere Akzente. Gelobt wurde die mustergültige Reaktion der Düsseldorfer Ortsgruppe, die bei der Zensurkommission des VII. Armeekorps letztlich erfolgreich beantragt hatte, Rabbiner Eschelbacher als Kontroll- und Beratungsinstanz in ihre Reihen aufzunehmen.

Nichtsdestotrotz blieb der Radius des Vereins nun vorrangig wegen äußerer Zwänge begrenzt. Ihm blieb nahezu nur die verstärkte Konzentration auf die „innere Mission.“²⁴⁸ Dazu gehörte, den wachsenden Einfluss, den die zionistische Bewegung auf den akademischen Nachwuchs auszuüben sich anstrenge, abzuwehren. Außerdem war für den Sommer anberaumt, die noch in den Kinderschuhen steckende Hauptstelle für Berufsberatung der Juden an den CV anzugliedern, und zwar zwecks Umkehr des Verstädterungsprozesses und Wiedereingliederung der Kriegsbeschädigten in den Arbeitsmarkt. Mit Blick auf die Nachkriegswirtschaft, also die Umstellung von Kriegsauf Friedenswirtschaft, versuchten die CVer auf der Hauptversammlung im Februar 1917, frühzeitig Impulse zu geben. Zielgruppe war der jüdische Mittelstand, dessen zukünftiger Absicherung der CV sich in der Hoffnung auf einen Siegfrieden, mit dem die Verlängerung des Krieges verbunden war, zu widmen begann.

Zu dieser Aufgabe gehörte die Beeinflussung der Berufswahl der Jugendlichen, die, seinen Empfehlungen zufolge, beliebte Berufe wie Kaufmann, Arzt oder Jurist nicht mehr anstreben sollten. Alternativ bemühte er sich

„namentlich, das in jüdischen Kreisen noch weit verbreitete Vorurteil gegen die Beamtenlaufbahn zu zerstreuen [...] Es ist darauf hinzuweisen, daß die Beamtenlaufbahn zwar hinsichtlich des Höchsteinkommens nicht so einträglich ist, daß sie aber eine gewisse Sicherheit und unter normalen Verhältnissen einen regelmäßigen sorglosen Aufstieg [...] gewährt.“²⁴⁹

Angestrebt wurde auch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischen und ländlichen jüdischen Berufstätigen. Aus diesem Grund sprach man sich werbend für die Bereiche Gartenbau und Landwirtschaft aus, auch dies „zum Zwecke der Berufsumschichtung.“²⁵⁰

Diese Vorschläge wurden in einer Zeit betont, als sich – wegen der Lebensmittel- und Rohstoffverknappung – der Hass gegen merkantile Berufsgruppen richtete und vor allem in den städtischen Industrieregionen im Westen ein gespanntes Verhältnis zu ländlichen Versorgerkreisen zur Folge hatte. Immer häufiger wurde dabei der Kaufmann mit dem Juden gleichgesetzt. Im Fall etwa der jüdischen Viehhändler waren seit Beginn des Krieges Vorwürfe wegen Wucher im Zuge der Heeresversorgung

²⁴⁷ Stenographischer Bericht über die Hauptversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens vom 4. Februar 1917, S. 56.

²⁴⁸ Ebda., S. 55.

²⁴⁹ Ebda., S. 66.

²⁵⁰ Ebda., S. 68.

aufgetaucht, die die „Vertrauensstellung“, die sich jüdische Viehhändler „bei den Bauern oft durch Generationen hindurch erworben“²⁵¹, nachhaltig erschüttert hatten. Dieser Berufsstand war auch deshalb von zentraler Bedeutung, weil er vor-, nach- und beigeordnete Berufszweige tangierte, so die Veterinärmedizin, Viehzucht, Metzgerei, Milch- und Käseproduktion, Gerberei und die Bekleidungsindustrie. Außerdem waren im Viehhandel Juden deutlich repräsentiert, nicht zuletzt der Lebensmittelversorgung derjenigen wegen, die nach den rituellen Speisevorschriften, Kashrut, lebten. Von 1917 reichsweit geschätzten 40.000 Viehhändlern waren rund 25.000 Juden, die vorrangig in West- sowie in Süddeutschland ansässig waren.²⁵²

Eine Vielzahl dieser Menschen, meist mit Familie, war sozial wie kriegswirtschaftlich betroffen. Gemeinsam mit dem Komitee zur Förderung der Landwirtschaft unter den Juden des Regierungsbezirkes Aachen riefen CVer am 4. März 1917 ein Modellprojekt ins Leben mit dem Ziel, die Existenz der jüdischen Viehhändler zu sichern, um so einen „Beitrag der Erhaltung der kleineren Gemeinden“ zu leisten, indem der „Zudrang nach den großen Städten auf diese Weise nach Möglichkeit“²⁵³ eingedämmt werden sollte. Namentlich hatte Rabbiner Dr. Heinrich Jaulus, Aachen, mit dem Koblenzer Hermann Daniel, Gründer und Vorsitzender des Bundes der Viehhändler in Deutschland, die Initiative ergriffen. Daniels Wirtschaftsprognosen für den jüdischen Viehhandel waren aufgrund eines erwarteten Nachfrageüberschusses an Fleisch und Milch in den Städten nach dem Krieg überaus rosig, wenngleich er sicherlich noch mit einem zeitlich befristeten Staatsdirigismus in der Landwirtschaft rechnete. Trotz positiver Zukunftsprognosen versuchte das Komitee, die jüdischen Viehhändler selbst auf zukünftige Agrarkrisen vorzubereiten. Sie sollten sich ein zweites Standbein durch den Aufbau landwirtschaftlicher Betriebe schaffen. Bei der Finanzierung von Wiesen- und Weideland, Zucht- und Milchvieh, wofür die eher kargen Böden im Aachener Raum prädestiniert waren, wollte das Komitee ebenso Hilfe leisten wie die kaufmännische Ausbildung der jüdischen Viehhändler fördern. Der CV versuchte mit diesem Projekt nichts weniger als den Brückenschlag zwischen Sozial-, Wirtschafts- und anti-antisemitischer Arbeit. Diese Unternehmung verdeutlicht, wie stabil sich der Verein in den Kriegsjahren gehalten hatte. Über alte, treue Verbindungsleute konnte Vereinspolitik zügig an der Basis umgesetzt werden.

2.15 Struktur und Finanzen zu Kriegsende

Während das gegenwärtige Arbeitspensum bereits erahnen ließ, was die Zukunft noch bringen würde, zeigten sich die Teilnehmer der Hauptversammlung 1917 sicher, „dem Mehr an Judenhaß [...] durch ein Mehr an Organisation“²⁵⁴ begegnen zu können.

²⁵¹ IDR, Die Lage des jüdischen Viehhandels, Nr. 6, Juni 1917, S. 262.

²⁵² Vgl. ebda., S. 263.

²⁵³ Ebda., S. 260. Das Komitee findet Erwähnung bei: *Thill, Hilburg-Helene*, Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, Koblenz 1987, S. 270f.

²⁵⁴ Stenographischer Bericht über die Hauptversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens vom 4. Februar 1917, S. 44.

Das Leben in den Ortsgruppen und Landesverbänden hatte sich schon eine kurze Weile vor dem Treffen in Berlin neuerlich geregelt. Doch die Arbeit litt weiterhin unter dem Versammlungsverbot, wobei die Vereinsmitglieder dieses Defizit durch ein Mehr an Engagement zu kompensieren hatten. Ferner musste der Verein Gefallenenverluste hinnehmen. Mitglieder waren dienstverpflichtet, manche kündigten aus finanziellen Gründen ihre Mitgliedschaft. Ortsgruppen existierten oft „nur auf dem Papier“²⁵⁵; und mancherorts verfolgten ihre Vorstände sogar „Prinzipien [...], die geradezu der Gesamttendenz des Centralvereins widersprechen!“²⁵⁶ Trotz der Zeitumstände war aber alles in allem die Mitgliederzahl „nicht so gesunken [...], wie wir das zunächst befürchtet haben.“²⁵⁷ Im Übrigen vermochte der CV überall „dort, wo ordentlich geworben und ordentlich gearbeitet wird“²⁵⁸, die Mitglieder rasch an sich zu binden und manchmal sogar ihre Zahl im Verhältnis zur Vorkriegszeit noch zu steigern. Der Vertreter Mönchen-Gladbachs beliebte gar zu scherzen, als er – eingedenk der Tatsache, dass die Ortsgruppe bereits zur Zeit ihrer Gründung 127 Mitglieder geführt hatte – die „bedauerliche Mitteilung“ machte, es sei

„bei uns nicht mehr möglich [...], neue Mitglieder zuzuführen aus dem einfachen Grunde, weil wir 142 Mitglieder in unserer kleinen Gemeinde haben, und weil alles, was zum Centralverein gehören kann, unserem Verein auch angehört.“²⁵⁹

Dieser Erfolg war nicht das Resultat von Versammlungsaktivitäten, sondern der Kleinarbeit, sprich der „Einzelsammlung.“²⁶⁰ Oskar Manes erklärte den Erfolg, den er mittlerweile in seiner Düsseldorfer Ortsgruppe hatte, und empfahl:

„Es ist jetzt der richtige Augenblick, [...], jetzt sind alle durch die Judenzählung in Aufregung versetzt, wer jetzt nicht das Herz hat, dem Verein beizutreten und eine einmalige Steuer zu geben, wird es niemals tun. [...] ich bin überzeugt, Sie werden Erfolg haben.“²⁶¹

Ziel war die Schaffung eines Fonds, der als Reserve für die Agitation in Friedenszeiten gedacht war. Als eine weitere Folge des Krieges rückten nun auch die Landesverbände als Koordinations- und Kontrollinstanzen auf. Die Unanfechtbarkeit der Herzfeld'schen Mahnung von 1906, die organisatorische Bedeutung der Landesverbände gegenüber der der Ortsgruppen nicht zu unterschätzen, zeigte sich elf Jahre später. Jetzt waren ihre Aufgaben „klar gegeben.“²⁶² Die Landesverbände dienten dem Verein am besten,

„wenn sie in ihrem Bezirk auf *unbedingte Durchführung aller Centralvereinsarbeiten* in den Ortsgruppen drängen, wenn sie gewissermaßen die Ortsgruppen *beaufsichtigen* und dafür sorgen, daß eine regelmäßige Arbeit stattfindet. Geistig muß natürlich diese Tätigkeit vom Zentralvorstand befruchtet werden; er muß den einzelnen Ortsgruppen den Stoff geben, den sie zu bearbeiten haben, muß in prinzipiellen Fragen ihre Meinung hören und so das einzelne Mitglied mit den Problemen [...] in Verbindung setzen. Aber die

²⁵⁵ Ebda., S. 34.

²⁵⁶ Ebda., S. 35.

²⁵⁷ Ebda., S. 53.

²⁵⁸ Ebda.

²⁵⁹ Ebda., S. 59.

²⁶⁰ Ebda.

²⁶¹ Ebda., S. 57.

²⁶² Ebda., S. 35.

Landesverbände sind dazu berufen, die formelle Arbeit in den unteren kleinsten Organisationen ins Leben zu rufen und ständig anzuregen. Es gehört freilich dazu noch eins, daß nämlich die Ortsgruppen in den rechten Händen sind [...] Wenn nicht jede einzelne, auch die kleinste Ortsgruppe wirklich zur Tätigkeit herangezogen wird, ist das ewig in unseren Reihen wiederholte Wort von der demokratischen Grundlage des Centralvereins weiter nichts als eine Phrase [...] Demokratie ohne Disziplin ist ein Ding der Unmöglichkeit.“²⁶³

Die Verantwortungsbereiche wurden dabei so ausbalanciert,

„daß wir in allen leitenden, prinzipiellen Fragen unbedingt eine ganz straffe Zentralisation beibehalten müssen. [...] Daneben wird es aber notwendig sein, in allen Fragen der Verwaltung und der Propaganda eine gewisse Dezentralisation eintreten zu lassen, schon deshalb, weil das Zentralorgan gar nicht in der Lage ist, in alle Ortsgruppen und örtlichen Verhältnisse wirksam einzudringen, um überall seine beaufsichtigende, anspornende Tätigkeit ausüben zu können.“²⁶⁴

Diese Entscheidung, die bald den Ausbau des Landesverbandsnetzes zur Folge hatte, war letztlich ebenfalls eine Reaktion auf das, was für die Zukunft erwartet wurde. Das effiziente Zusammenspiel aller drei Vereinsebenen wurde mehr denn je als notwendig für den Erfolg der anti-antisemitischen Arbeit nach dem Krieg erachtet. Damit erhielten die Mitarbeiter auf Ortsgruppen- und Landesverbandsebene in den administrativen Bereichen freie Hand. Zu ihren Aufgaben gehörte, die Mitgliederein- und -abgänge, die Ein- und Ausgaben korrekt zu verfolgen und die der Zentrale zustehenden Anteile der Mitgliedsbeiträge abzuführen. Über alle den Verein betreffenden Angelegenheiten bestand Informationszwang. Die Zentrale war aktuell über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen ihrer Mitglieder an den jeweiligen Plätzen zu informieren. Vortragsveranstaltungen und andere Aktivitäten, die auf Orts- oder Landesverbandsebene abgehalten wurden, waren mit ihr abzusprechen und später in Berichtsform einzureichen, denn Information bedeutete Kontrolle und eine lückenlose Organisation Effizienz. Der CV war in der Lage, diese 1917 gestellte organisatorische Herausforderung zu meistern. So zählte er 1918 reichsweit 38.260 Einzelmitglieder, 13 Landesverbände und repräsentierte nach seiner Schätzung rund 200.000 Juden durch die ihm angeschlossenen Körperschaften.²⁶⁵ Bei Kriegsende hatte der CV ein Gesamtvermögen von einer Million Reichsmark. Die Einnahmen allein aus den Mitgliedsbeiträgen beliefen sich auf eine Summe von 161.000 Reichsmark. Aber dem gegenüber standen Ausgaben im Wert von 268.000 Reichsmark. Bei Kriegsende blickte er in eine nebulöse Zukunft, zu einem Zeitpunkt, als die Vereinsspitze die deutlichen Vorzeichen des judeophoben Wahns, die beginnende Geldentwertung sowie die durch den Friedensvertrag von Versailles bestimmten Gebiets- und somit Mitgliederverluste für den Verein zu berücksichtigen hatte.²⁶⁶

²⁶³ Ebda., S. 35f.

²⁶⁴ Ebda., S. 34.

²⁶⁵ Vgl. die Auflistung des Mitgliederbestandes zwischen 1913 und 1925 im Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925, S. 89. Siehe zudem *Bernstein*, 1969, S. 68; weiterhin den Aufruf zum Jubiläumsfonds in: IDR, Aufruf!, Nr. 1, Januar 1918, unpaginiert.

²⁶⁶ Zum Vereinsvermögen siehe das Manuskript: Hauptversammlung des Centralvereins vom 28. und 29. Mai 1919 in Berlin, S. 233. Die dort gemachte Schätzung ging davon aus, dass rund 5.200 Mitglieder und rund 25.000 Reichsmark an Jahresbeiträgen dem Verein wegen der im Versailler Friedensvertrag bestimmten Gebietsverluste verloren gehen würden.

Kapitel 3

Der CV in der Weimarer Zeit 1918–1932

Welche Einflüsse und Bedingungen in den Provinzen Rheinland und Westfalen im Einzelnen auf den CV während der Weimarer Jahre wirkten, ist Gegenstand dieses Kapitels. Den stärksten Einflussfaktor bildete der erstarkende Rechtsextremismus, der zu unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlicher Intensität in den Provinzen seine Wirkung auf die Vereinsarbeit und auch auf deren darzustellende organisatorische Struktur hinterließ.¹ Die Konzentration auf eine bestimmte rechtsextremistische Gruppierung ist aufgrund der lückenhaften CV-Quellenlage nicht vorgesehen. Ohnehin hatte es der CV mit einer Fülle judengegnerisch gesinnter Herausforderungen zu tun. Einen der ersten organisatorischen Reflexe des Vereins auf diese und weitere für die beiden Provinzen relevanten politischen Ereignisse bildete die 1920 durchgeführte Teilung des rheinisch-westfälischen Agitationsausschusses in zwei unabhängig voneinander arbeitende Verbände: den Landesverband Rheinland-Westfalen mit Sitz in Essen und den Landesverband Linksrhein mit Sitz in Köln. Gerade Letzterer blieb – den Besatzungsverhältnissen und der separatistischen Bewegung im Rheinland zum Trotz – immer Teil des Vereinsganzen, das gewissermaßen für den nationalen Einheitsgedanken stand. In diesem Zusammenhang werden ferner die politischen Bündnisse und Befindlichkeiten einerseits sowie das Verhältnis zum rheinischen Katholizismus andererseits, immer mit Blick auf die Arbeit der Ortsgruppen, beschrieben. Da der Erfolg dieser Arbeit ebenso von den wirtschaftlichen Bedingungen, finanziellen Möglichkeiten und somit von der Anzahl der Mitglieder abhing, wird die Vereinsstatistik einleitend einen Eindruck von den organisatorischen Größenverhältnissen des CV bis in die 1930er Jahre geben.

¹ Eine Übersichtskarte aller CV-Landesverbände findet sich ebenso im Anhang dieser Arbeit wie Kartenmaterial, das Auskunft über die Verteilung der CV-Ortsgruppen in Rheinland und Westfalen um 1925 gibt.

Zur Entwicklung der NSDAP bis 1933 in den Provinzen siehe etwa *Tyrell, Albrecht*, Führergedanke und Gauleiterwechsel. Die Teilung des Gau's Rheinland der NSDAP 1931, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 39, 1975, S. 237-271; siehe in diesem Zusammenhang auch den über das Jahr 1933 hinausweisenden Aufsatz von *Düwell, Kurt*, Regionalismus und Nationalsozialismus am Beispiel des Rheinlands, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 59, 1995, S. 195-210; *Böhnke*, 1970; *Buchloh*, 1980; *Plum, Günter*, Gesellschaftsstruktur und politisches Bewusstsein in einer katholischen Region 1928–1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirks Aachen, Diss., Aachen 1972; *Pehle*, 1976; zu den NSDAP-Einbrüchen in die Zentrumspartei insbesondere in agrarstrukturierten Wahlkreisen siehe *Falter, Jürgen W.*, Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924–1933, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28-29/79, S. 3-21.

Für die Zeit danach siehe generell *Düwell*, 1968; *Kraatzsch, Gerhard*, Gauwirtschaftsapparat der NSDAP, Menschenführung, ‚Arisierung‘, Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd, Münster 1989; *Tepper, Karl*, Provinz, Partei, Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich untersucht am Beispiel Westfalens, Münster 1977.

3.1 Die Entwicklung des Landesverbandes Linksrhein

3.1.1 Vereinsstatistik

Soweit Angaben zum gesamten Mitgliederbestand ab 1903, dem für die Darstellung über die beiden westdeutschen Verbände relevanten Jahr, ermittelt werden konnten, lassen sie sich wie folgt zusammenfassen:

1907	rund 20.000 ²
1914	37.875
1918	38.260
1920	54.714
1923	68.203
1924	72.450 ³
1931	rund 60.000 ⁴
1933	44.927 ⁵
1935	31.983 ⁶

Demnach hatte der Verein Mitte der 1920er Jahre den Scheitelpunkt der Mitgliederbewegung im Verlauf seiner Vereinsgeschichte erreicht. Im selben Jahr zählte er 21 Landesverbände: Anhalt, Baden, Bayern, Brandenburg, Grenzmark, Freistaat Sachsen, Groß-Berlin, Groß-Thüringen, Hannover, Hessen–Hessen-Nassau, Linksrhein, Niederschlesien, Norddeutschland, Oberschlesien, Ostpreußen unter Einschluss Danzigs und des Memelgebietes, Ostwestfalen-Lippe und Nachbargebiete, Pfalz, Pommern, Provinz Sachsen, Rheinland-Westfalen und Württemberg. Zu diesen 21 Verbänden kam 1926 der Bezirksverband Saar, auf den in diesem Kapitel zurückzukommen sein wird. Stabil rangierte der Landesverband Rheinland-Westfalen auf Platz drei innerhalb der Verbandsliste. Nur Groß-Berlin und Hessen waren noch größer. Der Landesverband Linksrhein nahm den fünften Platz ein, unmittelbar vor dem Landesverband Norddeutschland. Seit dem Regierungsantritt Hitlers verlor der Verein die Landesverbände in Bayern, Thüringen, im Saarbezirk und in der Grenzmark.⁷

² Vgl. IDR, Die erste Delegierten Versammlung, Nr. 4, April 1907, S. 205.

³ Vgl. die Angaben für die Jahre 1914 bis 1924 in: Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925. Als Manuskript gedruckt, S. 89.

⁴ Vgl. CV-Kalender für das Jahr 1931, S. 9.

⁵ Stichtag 15. Januar 1933. Vgl. HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 196, Frame 0712.

⁶ Stichtag 1. August 1935. Vgl. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3494, Frame 1018.

⁷ Vgl. Paucker, 1968, S. 45. Er gibt für das Jahr 1932 23 Landesverbände an. Soweit ich es nachvollziehen konnte, hat er das Untersyndikat Nürnberg als selbstständigen Landesverband gewertet. Diese Angabe ist deckungsgleich etwa mit der aus dem CV-Kalender für das Jahr 1929, S. 58. Der Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925 wertete dieses Untersyndikat demgegenüber noch nicht als selbstständig, sondern als Bestandteil des bayerischen Landesverbandes. Vgl. ebda., S. 78; siehe ferner die Liste der Landesverbandsvorsitzenden in: CV-Kalender für das Jahr 1936/1937, S. 13. Ich folge Paucker in seinem Ansatz, denn auch der Bezirksverband Saar darf zweifelsohne als eigenständig betrachtet werden, obwohl er seit 1926 Untersyndikat des Landesverbandes Pfalz war.

Die folgenden Statistiken nennen den 1905 gegründeten Agitationsausschuss für Rheinland und Westfalen nicht mehr, nachdem 1920 der Landesverband Rheinland-Westfalen (LV RW) mit Sitz in Essen und der Landesverband Linksrhein (LV LR) mit Sitz in Köln eigenständig geworden waren. Die Verteilung ihrer Mitglieder ergibt unter Einschluss der Angaben für die 1930er Jahre folgendes Bild:

Jahr	LV RW	LV LR
1920	4.500 ⁸	Angabe nicht zu ermitteln
1924 ⁹	5.964	5.126
1933 ¹⁰	3.669	3.923
1935 ¹¹	4.250	2.234
1938	3.660 ¹²	2.020 ¹³

Bis 1924 werden nur für den rheinisch-westfälischen Verband Mitgliederzuwächse verzeichnet. Tendenziell war seine Entwicklung deckungsgleich mit der des Gesamtvereins. Die Bestandsziffern hatten schon einige Jahre vor 1933 abgenommen. Während der rheinisch-westfälische Verband die lokal teilweise drastischen Mitgliederverluste vor allem nach 1933 durch so genannte Reorganisationsmaßnahmen abfedern konnte, tat sich der Landesverband Linksrhein damit schwer. Die Mitgliederentwicklung innerhalb seiner Grenzen blieb immer hinter der im Essener Nachbarverband zurück. Anfangs war dieses Missverhältnis auf die kaum passierbaren Zonengrenzen während der Besatzungsjahre zurückzuführen, nachdem am 1. Dezember 1918 französische, belgische, englische und US-amerikanische Truppen ins zu entmilitarisierende Rheinland einmarschiert waren. Die sich so herausbildenden politisch-geografischen Räume bestimmten die CV-Organisation im Westen.

3.1.2 Die Situation nach Kriegsende

Die eingeschränkte Bewegungs-, Presse- sowie Versammlungsfreiheit infolge der Besatzung beeinflussten die Effizienz der vor dem Krieg von Essen ausgehenden Vereinsarbeit. Trotz der Schaffung eines Reservefonds seit 1917 wussten die Teilnehmer der am 29. Mai 1919 in Berlin stattfindenden Hauptversammlung genau, wie notwendig zudem die Reaktivierung alter Mitglieder und vor allem der Ausbau des Mitgliederbestandes sowie der Ortsgruppen waren, um die Einnahmen nicht nur über

⁸ Vgl. das Schreiben vom 11. Juni 1921 an Julius Heineberg, Brakel. HM2 8717, Osoby 721 I, Akte 1050, Frame 0904.

⁹ Vgl. die folgenden Angaben in: Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V. Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 10. Oktober 1921 bis 31. März 1924. Als Manuskript gedruckt, S. 32. Die Angabe zu Linksrhein sind inklusive der Mitglieder des Saargebietes.

¹⁰ Stichtag 15. Januar 1933. Vgl. HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 196, Frame 0712.

¹¹ Stichtag 1. August 1935. Vgl. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3494, Frame 1018.

¹² Stichtag 1. Oktober 1938. Zwecks Meldung an Stapo. Vgl. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 101, Frame 1301.

¹³ Stichtag 30. September 1938. Zwecks Meldung an Stapo. Vgl. ebda., Frame 1246.

Beitragserhöhungen zu vermehren.¹⁴ Generell standen diese Nachkriegsmaßnahmen unter dem beängstigenden Eindruck des Antisemitismus, der im CV nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Staates erwartet wurde. „Die Schuldfrage, die viele belastet“, würde bald „auf den bewährten Sündenbock, auf das Judentum“¹⁵ abgewälzt und schlimmstenfalls Pogrome zur Folge haben. Dem halbautokratischen monarchischen System trauerte die große Mehrheit im CV aber mit Blick auf die demokratischen Entwicklungschancen nicht nach. Sie bedauerte, ja verachtete hingegen die Revolution, weil durch dieses „Unglück unseres Vaterlandes“¹⁶ der Antisemitismus neu entfacht worden sei. Grob einseitig und stark emotionsgeladen war das Urteil im bürgerlichen Verein zu diesem Zeitpunkt, zumal die Zahl antisemitisch motivierter, gegenrevolutionärer neuer Gruppierungen erschreckend hoch war:

„Neben dem alten ‚Verband gegen die Ueberhebung des Judentums‘ sucht sich jetzt der erst vor einigen Wochen entstandene, in ganz Deutschland verbreitete ‚Deutsche Schutz- und Trutzbund‘ durchzusetzen. Er hat sich in vielen Städten mit dem ‚Reichshammerbund‘ zu gemeinsamem Vorgehen zusammengeschlossen. Denken Sie ferner an den ‚Deutsch-Bund Gotha‘, an die ‚Deutsche Erneuerungsgemeinde‘, Leipzig, an den ‚Alldeutschen Verband‘, [...] Denken Sie an die ‚arischen‘ und ‚altgermanischen‘ Genossenschaften, an den großen ‚Ausschuß für Volksaufklärung‘, an den ‚Bund Thule‘, an den ‚Mitgardbund‘, an den ‚Verein für Rassenverbesserung‘, an die verschiedenen Arten der sogenannten ‚Germanenorden‘, denken Sie ferner an den Bund für rassische Siedlung, an die deutsche Volksgemeinschaft, an die deutsch-gläubige Gemeinschaft, an den ‚Deutsch-Völkischen Bund‘, an all jene akademischen Verbindungen, die auf der Grundlage des Hammerbundes stehen, an den alten ‚Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband‘ [...] Die Masse der Zeitungen und Zeitschriften ist noch viel größer als die Masse der Vereinigungen.“¹⁷

Dermaßen gehetzt, meinten die CVer überall Präsenz zeigen zu müssen, um „noch viel intensiver“¹⁸ als jemals zuvor Aufklärungsarbeit zu leisten und der innenpolitischen Befriedung den Weg zu weisen. Die Organisation sollte deshalb in das „allerkleinste Dorf“¹⁹ reichen.

¹⁴ Zahlen finden sich in: Hauptversammlung des Centralvereins vom 28. und 29. Mai 1919 in Berlin, S. 2f., CJA 1, 75 CCE 1, Nr. 2, hier Blatt 0582. Die folgenden Seitenangaben richten sich nach der Paginierung durch den CV.

¹⁵ Ebda., S. 5; ein kurzer Versammlungsbericht findet sich als Leitartikel in: IDR, Hauptversammlung des Centralvereins (Vorläufiger Bericht.), Nr. 6, Juni 1919.

¹⁶ Ebda., S. 5. Literaturangaben zum Thema finden sich etwa in der Quellenedition von *Abelshäuser, Werner, Himmelmann, Ralf* (Hg.), *Revolution in Rheinland und Westfalen. Quellen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Politik 1918–1923*, Essen 1988.

¹⁷ Hauptversammlung des Centralvereins vom 28. und 29. Mai 1919 in Berlin, S. 5f.; siehe zudem den Leitartikel der IDR, *Die Schuld der Juden*, Nr. 1, Januar 1919. Darin wurde versucht, die Kriegsschuldfrage zu klären. Außerdem war das Bemühen groß, sich gegenüber der radikalen Linken abzugrenzen. Siehe dazu IDR, *Die arische Abstammung Liebnechts*, Nr. 2, Februar 1919, S. 75f.; IDR, *Die Spartakusbewegung im deutschen Bürgertum*, Nr. 9, September 1919, S. 377f.; ferner den Leitartikel der IDR, *Der Stern Judas ist die Revolution*, Nr. 2, Februar 1920, in dem Rabbiner Samuel, Essen, Gründe für die Unvereinbarkeit von Revolution und Judentum darlegte.

¹⁸ Hauptversammlung des Centralvereins vom 28. und 29. Mai 1919 in Berlin, S. 8.

¹⁹ Ebda., S. 9.

3.1.3 Die Teilung des rheinisch-westfälischen Agitationsausschusses 1920: Verbandsgrenzen

Durch Organisation glaubten die Vereinsverantwortlichen, die feindlichen politisch-ideologischen Verhältnisse abwehren zu können. Und als hätten die rheinisch-westfälischen Vereinsaktiven nur die Ratifizierung des Versailler Friedensvertrages am 20. Januar 1920 abgewartet, trafen sich am 1. Februar in Köln 40 rheinische CVer,

„denen Religion und Vaterland Herzenssache ist, um in ihrer rheinischen Heimat durch Abwehr und Aufklärung für eine Entgiftung der Atmosphäre zu sorgen und Mitstreiter im Kampf für unsere gerechte Sache zu finden. Die judenfeindliche Bewegung der Nachkriegszeit, die dem Centralverein Scharen von Kämpfern zuführte, hatte die Organisation vor die praktische Aufgabe gestellt, durch eine wirksame Dezentralisation die C.V.-Arbeit in den einzelnen Gebieten des Landes individueller zu gestalten.“²⁰

Optimistisch wurde die Gründung des linksrheinischen Landesverbandes gefeiert. Kein Zweifel herrschte zudem darüber, besonders im Rheinland aufgrund seiner liberalen Tradition erfolgreich arbeiten zu können, hier, wo

„ein alteingesessenes rheinisches Judentum seit Generationen mit den christlichen Heimatgenossen durch eine besondere Schicksalsgeschichte eng verbunden war. Wenn irgendwo in deutschen Landen, dann mußte im Rheinland unser Kampf Widerhall finden.“²¹

Weder aus den Essener noch aus den Düsseldorfer Vereinsreihen ließ sich ein Hinweis auf vereinsinterne Opposition gegen diesen Schritt ausmachen. Ohnehin hatte der 1905 gegründete rheinisch-westfälische Agitationsausschuss bereits 1919 seine alte Gestalt verloren, denn die auf der Hauptversammlung des Jahres 1917 anvisierten Landesverbandsgründungen waren in anderen Regionen bereits umgesetzt worden. Zwei Jahre später hatten sich Teile des nördlichen Einzugsgebiets des ehemaligen Agitationsausschusses unter dem Direktor der Herforder Wäschefirma J. Elsbach, Isidor Baruch (1864–1934), zum Landesverband Ostwestfalen-Lippe und Nachbargebiete mit Sitz in Herford konstituiert. An ihn grenzte der ebenfalls 1919 gegründete Landesverband Hannover.²²

Der 1920 durchgeführte Schritt war also demnach eine Folge älterer vereinsinterner Entscheidungen mit dem Ziel, die Effizienz zu steigern. Diesem Zweck diente wohl auch die abwartende Haltung der rheinischen Vereinsaktiven. Der Versailler Vertrag hatte die Zonengrenzen festgelegt. In Anlehnung an ihn und um die Aufklärungs-, bald Betreuungsarbeit so effizient wie möglich zu gestalten, wurden die Verbandsgrenzen wie folgt gezogen: Die Essener Geschäftsstelle betreute die Juden in den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster, die in den rechtsrheinischen Gebieten des

²⁰ CVZ, Zehn Jahre Landesverband Rheinland des C.V., Nr. 5, 31. Januar 1930, S. 53.

²¹ Ebda.

²² Zur Gründung des Landesverbandes Hannover siehe IDR, Vereinsnachrichten, Nr. 7/8, Juli/August 1919, S. 337f. Seine Satzung findet sich in: HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 1, Frame 0081f.

Zur Gründung des Landesverbandes Ostwestfalen-Lippe und Nachbargebiete siehe HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 252, Frame 1355-1357. Seine Satzung findet sich in: HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 1, Frame 0090f.

Regierungsbezirkes Düsseldorf sowie jene, die in den südlich von Paderborn gelegenen Orten des Regierungsbezirkes Minden lebten. Diesen Bezirk teilte sie sich mit dem Landesverband Ostwestfalen-Lippe und Nachgebiete. Die französische Besatzungspolitik an der Ruhr würde belegbar später nur im Falle Solingens Auswirkungen auf die CV-interne Gebietsaufteilungen haben.²³

Der Landesverband Linksrhein war zuständig für das von englischen Truppen besetzte Köln mit dem bergischen Umland und für die rechtsrheinisch gelegenen Kreise Mülheim und Opladen. Ferner betreute er die zur belgischen Zone gehörenden linksrheinischen Stadtteile Düsseldorfs, die Kreise Neuss, Erkelenz, Heinsberg, Geilenkirchen und Aachen; außerdem den von den Amerikanern besetzten Koblenzer Brückenkopf inklusive des Neuwieder Kreises sowie die Kreise Adenau und Ahrweiler. Bis Mitte der 1920er Jahre gehörte ebenso das unter der Verwaltung des Völkerbundes stehende Saargebiet zu seinem Betreuungsgebiet, dessen Bevölkerung am 13. Januar 1935 über die Angliederung entweder an Frankreich oder Deutschland entscheiden durfte.²⁴ Nach Regierungsbezirken geordnet, handelte es sich um die linksrheinischen Teile des Düsseldorfer Regierungsbezirkes, ferner um die Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz, Trier und bis 1926 den Saarbezirk. In den Ausführungen des CV umfasste der linksrheinische

„Landesverband [...] Gebietsteile mannigfaltigster Prägung; Großstadt, mittlere Industrie- und Handelsplätze, kleine und kleinste Landgemeinden sind ihm zugehörig. Eine Großstadt wie Köln ist naturgemäß ein Sammelbecken wirtschaftlicher Erscheinungen aller Arten und Stufen. [...] Im Aachener Bezirk besteht eine bodenständige [...] Textil[-] Industrie [...] Im Bezirke Koblenz leben viele kleine Gewerbetreibende [...] Ähnliches gilt vom Trierer Bezirk.“²⁵

Hinzu kamen die vielen Landgemeinden an Mosel, Rhein, im Westerwald, in der Eifel und im Hunsrück, die genauso wie die „großen [...] l a n d w i r t s c h a f t l i c h e n Teile“²⁶ des Landesverbandes Rheinland-Westfalen eine einheitliche jüdische Bevölkerungsstruktur aufwiesen. Hier wie da handelte es sich „im wesentlichen um alteingesessenen typischen Mittelstand: Einzelhändler, Viehhändler, Getreidehändler.“²⁷ Zugleich wies die jüdische Bevölkerung dennoch „nach ihrer beruflichen und sozialen

²³ Die seit 1918/1919 geführte Diskussion über die Gründung einer Westdeutschen Republik, die das Rheinland, Westfalen und die Pfalz umschließen und Teil des Reichsgebietes bleiben sollte, fand in den CV-Akten keine Erwähnung. Ob unter diesem Gesichtspunkt vereinsintern die Trennung des rheinisch-westfälischen Agitationsausschusses 1920 in Frage gestellt oder später – etwa nach der Räumung des Rheinlandes 1930 – eine Revision dieses Schrittes erwogen wurde, bleibt daher offen. Siehe hierzu *Morsey*, 1965, S. 188ff.

²⁴ Vgl. den Vertragstext in: RGBl., Teil I, Nr. 140, 1919, S. 687ff.; *Pabst, Klaus*, Der Vertrag von Versailles und der deutsche Westen, in: *Düwell, Kurt, Köllmann, Wolfgang* (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik, Bd. 2, Wuppertal 1984, S. 271-290; siehe ferner den Sammelband von *Krumeich, Gerd* (Hg.), Versailles 1919. Ziele, Wirkungen, Wahrnehmungen, Essen 2001. Kartenmaterial und Erläuterungen liefern *Irsigler, Franz, Löffler, Günter* (Hg.), Geschichtlicher Atlas der Rheinlande. Beiheft V/2 Verwaltungsgliederung 1820–1980. Landkreise und kreisfreie Städte. Beiheft von *Günter Löffler*; siehe auch: Nordrhein-Westfalen – Landesgeschichte im Lexikon. Veröffentlichung der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1993, S. 106, 341f.

²⁵ CVZ, Arbeit für das deutsche Judentum, Nr. 36, 6. September 1934, 5. Beiblatt.

²⁶ Ebda.

²⁷ Ebda.

Struktur erhebliche Gegensätze“ auf, wobei im Essener Verband eine ungleich größere Zahl „bedeutenderer Unternehmungen“ bestand, denen wiederum „ein gewaltiges An gestell ten h e e r“²⁸ gegenüberstand. Ihre Anlaufstelle fand sich in Essen stets verkehrsgünstig zuerst im Hansahaus am Bahnhof, dann in der Dreilindenstraße 24, von wo man am 1. April 1937 in die Hindenburgstraße 75 verzog. Die Geschäftszentrale des linksrheinischen Landesverbandes befand sich in Köln zuerst in der Moltkestraße 31, dann im Agrippinahaushaus in der Breitestraße 92–98.

3.1.4 Statutarischer Auftrag und das Amt des Syndikus

Der Essener Verband hatte die Trennung nicht dazu genutzt, sich eine Satzung zu geben.²⁹ Nur der Landesverband Linksrhein gab sich eine, die zu Beginn die spezifischen Aufgaben auflistete, die den CV-Landesverbänden seit 1917 zugedacht waren. So verpflichteten sich die linksrheinischen CVer in Paragraph 1, die

„Bestrebungen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens insbesondere durch: 1) Gründung von Ortsgruppen. 2) Anwerbung von Mitgliedern und Bestellung von Vertrauensmännern. 3) Veranstaltung von Versammlungen sowie sonstige mündliche und schriftliche Propaganda“³⁰

zu unterstützen. Zentrales Organ war die Verbandsversammlung, die sich aus den Delegierten der Ortsgruppen und den Vertrauensmännern des Vereins aus solchen Orten zusammensetzte, die weniger als 50 Mitglieder aufwiesen. Eigentümlich an dieser Landesverbandssatzung ist der Umstand, dass die Ortsgruppendelegierten von ihren jeweiligen Vorständen „bestimmt“³¹ wurden. Der Vorstand des Landesverbandes wiederum bestand aus dem Vorsitzenden und mindestens sechs Beisitzern, von denen lediglich ein Drittel im so genannten CV-Vorort Köln wohnhaft sein musste. Es war möglich, weitere acht Mitglieder in den Vorstand zu kooptieren. Diese Exekutive nahm sich das Recht, die Aufteilung „erforderlicher Ämter“ mit Ausnahme des Vorsitzendenpostens „unter sich vorzunehmen.“³² Den größten Raum nahmen die Formalien ein, die der Vorbereitung und Durchführung (außer-)ordentlicher Versammlungen und Sitzungen zukamen. Über sämtliche Beschlüsse und Protokolle war die Berliner Vereinsspitze umgehend zu informieren. Der abschließende Paragraph 6 der Satzung erinnerte noch einmal an die bestehenden Hierarchien im Verein. Die Auflösung des Landesverbandes hing allein von der Entscheidung des Hauptvorstandes in Berlin ab. Ein Vetorecht war nicht vorgesehen. Der Satzung mangelte es generell noch an demokratischem Geist. Führungsanspruch und Entscheidungshoheiten behielt

²⁸ Ebd.

²⁹ Der Landesverband Rheinland-Westfalen gab sich keine eigene Satzung, weil er erfahrungsgemäß auch ohne sie stets bestens ausgekommen sei. Vgl. das Schreiben Hans Kalischs an Berlin vom 17. November 1921. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte I, Frame 0130.

³⁰ Die Satzung des Landesverbandes des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens für das linksrheinische Gebiet, einschließlich Birkenfeld und der Brückenköpfe, undatiertes Manuskript. Ebd., Frame 0083f., hier 0083.

³¹ Ebd. Zum Vergleich siehe etwa Paragraph 3 der Statuten des oberschlesischen Landesverbandes, der in diesem Zusammenhang das Mehrheitswahlrecht anführt. Ebd., Frame 0086.

³² Ebd., Frame 0084.

sie allein den Vorständen auf den jeweiligen Vereinsebenen vor. Damit verharrte der CV in wilhelminischen Denktraditionen.

Den Vorsitz des neuen Landesverbandes übernahm der Kaufmann Bernhard Feilchenfeld (1859–1934). Feilchenfeld leitete bereits seit 1913 die CV-Ortsgruppe in Köln. 1922 wurde sein Nachfolger im Amt des Ortsgruppenvorsitzenden der 1880 in Köln geborene Rechtsanwalt Dr. Heinrich Frank.³³ Mit ihm hatte sich der Kölner Vorstand verjüngt. Dieser bewusste, weil notwendige Verjüngungsprozess ging nach dem altersbedingten Rücktritt Feilchenfelds im Jahre 1929 weiter, als ihn der 1898 in Köln geborene Arbeits- und Steuerrechtsfachmann Dr. Rudolf Callmann im Amt ablöste. Rudolf Callmann unterhielt nicht nur eine Praxisgemeinschaft mit seinem Bruder, Dr. Hans Callmann. Die beiden führten spätestens gegen Ende 1934 die Geschäfte des Landesverbandes gemeinsam, denn Hans übernahm die Posten des stellvertretenden Landesverbands- und des Kölner Ortsgruppenvorsitzenden.³⁴

Als 1920 das Arbeitspensum infolge der zugleich antisemitischen und antidemokratischen Bewegung immer größer geworden war, demgegenüber aber die lediglich ehrenamtlich für den CV aktiv werdende, oft schon ältere Führungsriege die Aufgabenfülle allein nicht mehr meistern konnte, wurde das Amt des Geschäftsführers attraktiver. Abels 1911 leise vorgetragene Anregung, hauptamtlich agierende Vereinsfunktionäre ins Auge zu fassen, setzte sich nun umstandshalber durch. Die Hauptamtlichen hatten die teils horrende administrative Arbeit der Landesverbände zu erledigen und die praktisch-aufklärerische Arbeit zu unterstützen. Die Geschäftsführer waren besoldet und vertraglich an den Verein gebunden.³⁵ Insofern war die Bezeichnung Vereinsbeamte gerechtfertigt. Somit war der CV – auch mit Blick auf einen gewachsenen Stab an ständigen Schreibkräften in der Hauptgeschäftsstelle – zum Arbeitgeber geworden. Die anti-antisemitische Arbeit wurde professionell.

Der am 20. Juli 1884 in Königssteele/Rheinland geborene Eugen Jacobi war der erste Syndikus des CV-Linksrhein. Er hat sich bis 1933 um die Verwaltungsaufgaben und CV-Agitation gekümmert. Eugen Jacobi, der Opfer der Judenvernichtung wurde, galt als wendiger Organisator und ausgezeichnete Redner.³⁶ Er hatte in Münster Pädagogik studiert und lehrte seit 1910, nur unterbrochen durch seinen vierjährigen Fronteinsatz, an der städtischen Jüdischen Schule in Köln. Dort engagierte er sich unter anderem im Bereich Sport sowie in der gärtnerischen und handwerklichen Vorausbildung der Schüler. Wie viele CVer war auch er Logenmitglied. Neben seiner Funktion als Vizepräsident der Moriah-Loge war er liberaler Abgeordneter im Provinzialverband

³³ Zu Feilchenfeld siehe *Lowenthal*, 1981, S. 61. Zu Frank siehe *Walk*, Kurzbiographien, S. 97.

³⁴ Zu Rudolf Callmann siehe die Personalakten des Oberlandesgerichts in Köln. HSTA Düsseldorf BR/PE 3016. Hans stand im CV im Schatten seines Bruders, der als Hauptvorstandsmitglied, Redner und Organisator der Favorit bei den Ortsgruppen war. Hans Callmann fiel nach Lage meiner Auswertung deutlich erstmalig Anfang Januar 1933 auf. Er wandte sich bei dieser Gelegenheit an die Berliner Hauptgeschäftsstelle, um sie darauf aufmerksam zu machen, dass die Ortsgruppe Köln dringend revitalisiert werden müsste. Er selbst gab an, nichts unternehmen zu können, da er nicht berechtigt sei, die Ortsgruppe zu repräsentieren. Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 247, Frame 706.

³⁵ Vgl. Paragraf 18, Abs. 5, Satzung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., in: CV-Kalender für das Jahr 1929, S. 47.

³⁶ Vgl. HM2 8703, Osoby 721 I, Akte 325, Frame 0801; *Lowenthal*, E. G., *Bewährung im Untergang*, Stuttgart 1965, S. 10.

rheinischer Synagogengemeinden. Als Syndikus des CV löste ihn 1933 sein Sohn, Dr. Hans Jacobi, ab.³⁷

Hans Jacobi wurde am 25. Juli 1909 in Brakel geboren. 1933, als seine angehende juristische Laufbahn in Deutschland durch die frühe NS-Judenpolitik abgerissen wurde, konnte er wenigstens den Posten des CV-Syndikus für die Rheinprovinz antreten. Jacobi tat sich vor allem in der jüdischen Jugendbewegung hervor. Darin unterstützte ihn der vormals in Düsseldorf agierende Assessor a. D., Dr. Richard Selo, der vermutlich seit Mitte 1934 in Köln mitarbeitete und Ende 1935 Hans Jacobi im Amt des Geschäftsführers ablöste. Jacobi kam in der Kölner Geschäftsstelle des in jenem Jahr zwangsweise umbenannten Hilfsvereins der Juden in Deutschland unter.

Gegenüber der Kölner Geschäftsstelle, die mit Eugen Jacobi während der Weimarer Zeit nur einen einzigen Syndikus benötigte, fand die Essener Geschäftsstelle in ihren Verwaltungsfunktionären weniger Stabilität. Mit drei Geschäftsführern war dort die Fluktuation der besoldeten Beamten beachtlich. Die Noten, die Herzfeld dem jungen Anwalt Dr. Hans Kalisch gab, waren durchwachsen. Kalisch galt zwar als kenntnisreicher Redner. Eigenständiges Organisationstalent wurde ihm aber weitgehend abgesprochen und seine Angriffslust gefiel seinem Vorgesetzten offensichtlich nicht.³⁸ Kalisch machte sich bei den leitenden Funktionären in Berlin unbeliebt. Unmissverständlich hatte er es 1921 und 1922 gewagt, Kritik an der zentralistischen Haltung in der Hauptgeschäftsstelle zu üben. Er verlangte von seinen Berliner Kollegen, sich tunlichst aus den Selbstverwaltungsangelegenheiten des Landesverbandes herauszuhalten. Diese hatten sich unter Umgehung der Essener Geschäftsstelle in die Bestellung eines Vertrauensmannes für die Ortsgruppe Arnsberg eingemischt und ein anderes Mal einen Rechenschaftsbericht über die CV-Aktivitäten direkt von der Ortsgruppe Iserlohn verlangt. Im Falle Arnsberg schimpfte Kalisch:

„[D]ie Sache ist deshalb nicht ganz gleichgültig, weil gerade diese Art [...] den Mitgliedern an kleineren Orten das Bestehen e[iner] Instanz in Essen in Erinnerung bringt. Sie wissen, welche Schwierigkeiten wir damit haben, die Mittel für die Zentrale wie für die Landesverbände aufzutreiben, und es ist daher recht bedenklich, den kleineren Mitgliedschaften gegenüber bei derartigen Gelegenheiten die Mitwirkung Essens auszuschalten.“³⁹

Im Fall Iserlohn raunte er:

„Entweder erledigen Sie alle, auch die kleinsten Ortsgruppenangelegenheiten unmittelbar von Berlin aus, dann brauchen Sie keine Landesverbände, wenigstens keine solchen mit Syndicis, die selbständig arbeiten[,] oder Sie stehen auf dem Standpunkt, dass die Landesverbände Selbstverwaltungskörper sind.“⁴⁰

Der 1859 in Gnesen geborene Paul Waldstein löste schließlich Kalisch im April 1922 ab. Angesichts dessen Alters machte Herzfeld noch im Nachhinein auf ein gravierendes Defizit aufmerksam: Der Verein litt unter Nachwuchsproblemen. Herzfeld selbst scheint

³⁷ Zu Hans Jacobi, der rechtzeitig nach England fliehen konnte, siehe *Luig*, 2004, S. 228ff.

³⁸ Vgl. *Herzfeld*, Memoiren, S. 198f.

³⁹ HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 295, Frame 1504.

⁴⁰ HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 768, Frame 276f.

zudem in seiner CV-Arbeit kaum ausreichend durch seine Syndizi entlastet worden zu sein. Wäre er nicht durch

„tüchtige und eifrige Gruppen-Vorsitzende entlastet worden [...], hätte ich selbst nicht einmal das Dringlichste leisten können. Ich hatte oft den Wunsch, die Verantwortung auf jüngere und weniger belastete Schultern abzuwälzen. Ich fand aber keinen, der bereit und qualifiziert war“⁴¹,

den Anforderungen eines fähigen CV-Funktionärs zu entsprechen. Die Gesinnung allein genügte nicht. Junge, politisch geschulte Rhetoren, die gleichzeitig die Anforderungen eines Verwaltungsbeamten abdecken konnten, waren rar. Sie hatten darüber hinaus interessiert, pflichtbewusst und jederzeit dienstbereit dem CV zur Verfügung zu stehen. Ferner hatte ein CV-Syndikus im Idealfall überlegene Sachlichkeit in der Argumentation sowie zurückhaltendes, ja bescheidenes Auftreten in sich zu vereinen. So war Waldstein „in mancher Beziehung unzulänglich“⁴², worunter vor allem die agitatorische Arbeit des Centralvereins Rheinland-Westfalen litt. 1926 wurde

„aus Anlaß der Anwesenheit des Herrn Dr. Holländer in Herford [...] diesem über die Untätigkeit des Landesverbandes des C.V. in einer ganzen Reihe von Ortsgruppen Klage geführt. Ein Herr aus Barmen, der einer C.V.-Versammlung [im benachbarten ostwestfälischen Herford] beiwohnte, erklärte, es geschehe [im Essener Verband] nichts. Ein Herr aus Remscheid bemerkte [...], man trage sich mit der Absicht, aus dem Landesverband auszutreten usw. Daß nach dieser Richtung hin völlig andere Verhältnisse geschaffen werden müssen, unterliegt wohl keinem Zweifel.“⁴³

Dieser blaue Brief, den Herzfeld aus der Zentrale erhalten hatte, forderte,

„einen energischen und tatkräftigen Stellvertreter [zu] bestellen, damit im Falle Ihrer Behinderung die Abwicklung der Geschäfte nicht leidet. Auch ist es zweckmäßig, wenn wir erfahren könnten, wer sich mit dem nötigen Ernst im Falle einer längeren Abwesenheit Ihrerseits der Geschäfte annimmt.“⁴⁴

Paul Waldstein war 62-jährig, als er sich nach seiner Pensionierung als Direktor des deutsch-amerikanischen Kinderheims in Nordholz dem Centralverein zur Verfügung stellte. Erst der Nachruf auf den studierten Altphilologen würdigte seine fast zehnjährige „nach besten Kräften geförderte“ Mitarbeit in „wechsellösender Zeit“, als er „unermüdlich [...] von Ortsgruppe zu Ortsgruppe“⁴⁵ gezogen war.

Herzfeld selbst legte 1928 den Landesverbandsvorsitz nieder, um ihn danach nur noch ehrenhalber auszuüben. Er blieb dennoch ein maßgeblicher Funktionär einerseits für den rheinisch-westfälischen Verband und andererseits für den Gesamtverband, dessen Vorsitz er 1936 übernahm.

Für die Basisarbeit war wiederum Herzfelds Sozius, David Krombach, noch ehe er 1928 den Vorsitzendenposten von Herzfeld übernommen hatte, entscheidend. Zu diesem

⁴¹ HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 247, Frame 0682.

⁴² *Herzfeld*, Memoiren, S. 253.

⁴³ Holländer an Herzfeld am 3. Januar 1926. HM2 8723, Osoby 721 I, Akte 1396, Frame 2290.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ CVZ, Abschied von Paul Waldstein, Nr. 46, 12. November 1936, 2. Beiblatt. Zum Tode Waldsteins siehe auch das Rundschreiben an die Ortsgruppen. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 1002. Siehe auch HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 1000, Frame 1595.

Zeitpunkt hatte sich Abel krankheitsbedingt immer mehr zurückgezogen, um 1931 endgültig aus dem aktiven Vereinsdienst auszutreten. Am 1. Juli dieses Jahres konnte aber in Dr. jur. Ernst Plaut, dem seit dem 1. März 1934 der 1906 in Altenessen geborene Rechtsreferendar Kurt Steinberg zur Seite gestellt war, ein Mann gefunden werden, der den Herzfeld'schen Anforderungen entsprach. Es war Plaut, der nach 1933 neben Krombach die praktische Arbeit des Verbandes mit eindrucksvoller Beharrlichkeit prägte.⁴⁶ Welche Herausforderungen aber zuerst seine Kollegen unmittelbar nach dem Krieg zu meistern hatten, davon im Folgenden mehr.

3.1.5 Ortsgruppenentwicklung seit 1920

Die Entfaltung der Ortsgruppen unter den Besatzungsbedingungen im linksrheinischen CV-Verband ist unzureichend dokumentiert. Demgegenüber sind die Reorganisationsmaßnahmen unmittelbar nach dem Krieg und für den Essener Nachbarverband mithilfe der CV-Fragebögen leichter nachzuvollziehen.⁴⁷ Dennoch werden im Folgenden ein Eindruck von der Entwicklung der Ortsgruppen im linksrheinischen Verband vermittelt und auch einige der Bedingungen aufgelistet, die diese Entwicklung sowie die Arbeit der Ortsgruppen beeinflussten.

Das wohl erste Niederlassungsverzeichnis für den Landesverband Linksrhein wurde 1924 erstellt. Der Verband zählte 19 Bezirksgruppen, 62 Ortsgruppen und zehn Propagandaorte.⁴⁸ Diese Angaben sind, wie auch die darauf folgenden Listen, die Auskunft über die Niederlassungen und ihre jeweiligen Leiter im linksrheinischen Verband geben, nur Momentaufnahmen. Außerdem sind diese Listen aus Köln ganz offensichtlich und für einen Außenstehenden teils undurchdringlich nachlässig geführt

⁴⁶ Ernst Plaut wurde am 15. Dezember 1899 in Kassel geboren. Er war seit 1922 mit Hilde Lieberg verheiratet, sie hatten ein Kind, Erwin Plaut. Plaut sen. war in Essen bis zur Auflösung der Partei Mitglied der DVP. Die Familie floh am 6. Juli 1939 nach London. Vgl. HSTA Düsseldorf RW 58, Nr. 11384. Vgl. die Personalakte Kurt Steinbergs. HSTA Düsseldorf RW 58, Nr. 28854.

⁴⁷ Die Fragebögen wurden zwecks statistischer Datenerhebung von den Ortsgruppen zumeist um die Wende 1922/1923 ausgefüllt. Sie geben mal mehr, mal weniger präzise Auskunft über die aktuelle Einwohnerzahl nach konfessioneller Gliederung der jeweiligen Orte. Sie beinhalten Hinweise zu den Berufen der jüdischen Bürger, wobei unterschieden wurde nach in- und ausländischen Juden. Es wurden Zahlenangaben zu den Kriegsteilnehmern gemacht, wobei nach Fronteinsatz, Offizieren und Gefallenen differenziert wurde. In diesem speziellen Zusammenhang fragten sie nach bestehenden Ortsgruppen des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten. Sie lieferten ebenso Informationen über andere am Ort wirkende jüdische Organisationen. Eruiert wurde zudem der Organisationsgrad der jüdischen Jugend. Die Anzahl der CV-Mitglieder war nach Geschlecht und Alter anzugeben. Daneben wurden die aktuellen Mehrheitsverhältnisse der politischen Parteien genannt und Angaben dazu gemacht, ob Juden in den Gemeindevertretungen zu finden waren. Man wollte wissen, welches Verhältnis die Presse im Bezirk zu den Juden hatte, ob auswärtige antisemitische Organe vertreten waren und, wenn ja, durch wen sie in Umlauf gebracht wurden. Den CV-Berlin interessierte ferner die Präsenz des Schutz- und Trutzbundes. Raum für weitere antisemitische Vereinigungen und ihre Versammlungsaktivitäten war auf dem Formblatt gegeben. Was bis dahin dagegen unternommen worden war, wollte Berlin ebenso wissen wie abschließend die Höhe der Beitragsleistungen zumeist für das Jahr 1921 und welche Resultate die vom CV organisierte außerordentliche Geldsammlung unter den Mitgliedern in Gestalt der Opferwoche 1922 erbracht hatte.

⁴⁸ Vgl. Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 10. Oktober 1921 bis 31. März 1924, S. 32.

worden. So lässt sich beispielsweise nicht immer eindeutig klären, ob es sich bei den genannten Gruppen um Ortsgruppen oder Propagandaorte handelte.

Eine zweite Liste fand sich für das Jahr 1926. Sie nennt 84 Niederlassungen.⁴⁹ Vollständig ist sie nicht. Es fehlen Ortsgruppen, die in den CV-Korrespondenzen in jenem Jahr auftauchen. Folgewidrig beinhaltet eine im Oktober 1932 erstellte Liste, die dann aber lediglich 70 Niederlassungen nennt, einige der 1926 vergessenen Ortsgruppen. Es handelt sich dabei etwa um die nicht zu vernachlässigenden CV-Gruppen Hamm an der Sieg, Kleve und Leverkusen.⁵⁰ Die im Herbst 1933 verbliebenen 52 Niederlassungen waren dann allerdings nicht mehr nur das Ergebnis administrativer Nachlässigkeit.

Die Verwirrung hinsichtlich der Niederlassungen wird perfekt, wenn man ferner eine 1926/1927 ausgearbeitete Gegenüberstellung von CV-Gruppentypen zur Hand nimmt, mit deren Hilfe früher wie später gemachte Angaben etwa über die Anzahl von Ortsgruppen endgültig unverständlich werden: Geht man davon aus, dass statutarisch eine Ortsgruppe mindestens 50 Mitglieder aufzuweisen hatte, dann umfasste der Kölner Verband gerade einmal 15 Ortsgruppen, aber 325 Propagandaorte.

Mitglieder	LV LR Orte	LV RW Orte
bis 5	215	178
5–10	44	47
10–20	47	29
20–50	20	22
50–100	6	7
100–500	7	6
500–1.000	1	2
Summe	340	291 ⁵¹

Die Vereinsstatistiken rechtfertigen Vorbehalte, wobei administrative Ungereimtheiten die jeweilige Entwicklung nicht abschließend klären.

Generell entwickelte sich der Ausbau der Vereinsstrukturen in der Rheinprovinz infolge ihrer Ausdehnung und Besetzung zäh. 1923 sprach Syndikus Eugen Jacobi nur von einem „tätige[n] Interesse“, weil die „Verhältnisse hier im Augenblick besonderer Art“ seien. Zur Mobilisierung solle ein „Hauptvertreter des Vereins aus der Hauptstadt

⁴⁹ Vgl. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3489, Frame 0410f. Die Liste fand sich eingebettet in Korrespondenzen, die Anfang 1926 zwischen Köln und Berlin geführt wurden. Die Datierung wird auch dadurch erhärtet, weil sich an gleicher Stelle ebenfalls eine am 23. Januar 1926 erstellte Ortsgruppenliste für den Essener Landesverband findet, die wahrscheinlich auf Antrag der Berliner Hauptgeschäftsstelle erstellt worden war.

⁵⁰ Vgl. HM2 8738, Osoby 721 I, Akte 1809, Frame 2228-2231. Eine weitere Liste aus dem Jahr 1932 findet sich in: HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 247, Frame 0724f.

⁵¹ 1926/1927. Zwei Jahre Arbeit im Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., Geschäftsbericht, erstattet der Hauptversammlung des Central-Vereins 11.–13. Februar 1928. Als Manuskript gedruckt. Streng vertraulich. Nachdruck auch auszugsweise nicht gestattet, S. 27. Danach hatte der Verein reichsweit Mitglieder in 3.260 Orten. Nicht ohne Stolz kommentierte er an gleicher Stelle diese Entwicklung damit, „wie verwachsen das deutsche Judentum mit dem Central-Verein ist, und man geht nicht fehl in der Annahme, daß sich die 3.260 Gemeinden, in denen der Central-Verein Mitglieder aufweist, mit der Zahl der Orte, wo überhaupt in Deutschland jüdische Einwohner sich befinden, im Ganzen und Großen decken.“

hierher“ kommen, der „einmal ein Bild von der antisemitischen Strömung gibt, wie man sie hier im Gebiet nicht kennt.“⁵²

Der temporäre Schutz der Besatzer vor antisemitischen Anfeindungen demotivierte folglich etwaige Beitrittskandidaten. Jede Neugründung oder erfolgreiche Reorganisation im besetzten Gebiet wurde deshalb begeistert begrüßt, so im Fall der am 21. Februar 1920 wieder belebten Ortsgruppe in Andernach.⁵³

Gleiches traf für die Ortsgruppe Neuwied zu, wo die 69 Mitglieder von dem so bezeichneten Prediger Julius Ransenberg geleitet wurden.⁵⁴ Knapp ein Viertel der 339 Juden des rund 20.000 Einwohner zählenden, protestantisch dominierten Neuwied hatten sich mit dem Verein solidarisiert. Der Organisationsgrad war damit verhältnismäßig hoch. Das gilt auch von den 52 CV-Mitgliedern im katholisch dominierten Andernach, denn hier zählte die jüdische Bevölkerung 253 Menschen gegenüber einer Gesamtbevölkerung von 14.237.⁵⁵ In solchen für das Rheinland typischen Kleinstädten blieben die CV-Gruppierungen zwar von vornherein in einem überschaubaren Rahmen. Für den Verein waren sie dennoch von Bedeutung, übertrafen sie doch „an Interesse und tatkräftiger Mitarbeit gar manche Großgemeinde!“⁵⁶

Diese Feststellung traf auch auf die 13 CV-Mitglieder in Kastellaun, Hunsrück, zu, die von Albert Katzenstein angeführt wurden und im April 1920 wohl erstmals gegen

⁵² Jacobi am 5. Februar 1923 an Ludwig Holländer. HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 796, Frame 1912.

⁵³ Vgl. das Dankschreiben an den neuen Schriftleiter in Andernach, Prediger Dr. Alfred Veis, vom 8. März 1920. HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 287, Frame 1245. Die Aktenlage zu Andernach ist ein Beispiel für eine recht zusammenhängende Darstellung einer CV-Ortsgruppe für die Jahre zwischen 1908 und 1936.

⁵⁴ 1924 wurde Ransenberg von Weinhändler Wilhelm Kallmann im Amt abgelöst. Dieser Wechsel ist nur ein Beleg für den schleichenden Verlust an Rabbinern. Grundsätzlich war die Anzahl der Rabbiner, die der Verein in beiden Landesverbänden zeitweise binden konnte, beachtlich. Es gilt dabei allerdings zu differenzieren nach Rabbinern, die Ortsgruppen des Vereins leiteten, wie Neumark in Duisburg, Tawrogi in Kreuznach, Steinthal in Münster, Jacob in Dortmund und David in Bochum. David verließ 1930 als letzter im Landesverband Rheinland-Westfalen verbliebene Rabbiner den Posten eines Ortsgruppenvorsitzenden. Vgl. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 380, Frame 0591. Andererseits gab es Rabbiner, die dem CV, ohne Führungsfunktionen zu übernehmen, ihre Kenntnisse und Arbeitskraft widmeten, wie Altmann in Trier, Appel in Dortmund, Eschelbacher und Siegfried Klein in Düsseldorf, Galliner in Gelsenkirchen, Hahn in Essen, Jaulus und Schöneberger in Aachen, Jacob in Saarbrücken, Kober, Rosenthal und Adolf Klein in Köln, Neuhaus in Mülheim-Ruhr. Vgl. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 176, Frame 0807ff. Die Kooperation des liberal gesinnten Vereins mit orthodoxen und zionistisch gesinnten Rabbinern war keineswegs ungewöhnlich und nicht zuletzt den gemeinsamen Interessen in Rechtsschutzangelegenheiten wie der Schächtfraße oder der Fälschung von Talmudzitaten geschuldet.

Zur Ortsgruppe Neuwied siehe HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 1019, Frame 2527-2680. Die dort zu findenden Angaben bestätigen das von *Franz Regnery* gemutmaßte Gründungsjahr der Ortsgruppe. Vgl. *dens.*, Jüdische Gemeinde Neuwied, Neuwied 1988, S. 246.

⁵⁵ Vgl. diese und weitere relevante Bevölkerungsrelationen in der von der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz in Verbindung mit dem Landesarchiv Saarbrücken herausgegebenen Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1947, Bd. 5, S. 141f.

⁵⁶ Schreiben Kallmanns an die Berliner Zentrale vom 8. Dezember 1926. HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 1019, Frame 2613.

deutsch-nationale Redner vorgingen, die die hartnäckige Behauptung von der vorgeblich ‚verjudeten‘ Regierung transportierten.⁵⁷

In Traben-Trarbach bewiesen die CV-Anhänger ihr Interesse am Verein durch ihre große Zeichnungsbereitschaft, noch ehe Jacobi mit seinem Vortrag ‚Der Antisemitismus der Gegenwart‘ am 13. November 1921 die Gründung der dortigen Ortsgruppe initiiert hatte. Die kleinen Moselorte Kröv, Enkirch und Zell wurden nun von Traben-Trarbach aus betreut und bearbeitet.⁵⁸ Der Verein näherte sich seinem seit Kriegsende deklarierten Ziel, die Mitglieder selbst in entlegenen Orten zu organisieren. Der Ausbau des linksrheinischen Verbandes wurde aber nicht nur durch Gründungen in den vielen kleinen und mittleren Gemeinden beeinflusst. Die Anzahl der Niederlassungen wurde ebenso durch die CV-eigene Gliederung in den wenigen rheinischen Großgemeinden geprägt. Köln etwa war in mehrere Ortsgruppen unterteilt. Deutz-Kalk besaß nach einem Vortrag über ‚Die antisemitische Gefahr in Gegenwart und Zukunft‘ seit 1923 einen eigenen Vorstand.⁵⁹ Das Niederlassungsverzeichnis des Jahres 1926 wies ferner Ortsgruppen in Köln-Mülheim, Köln-Sülz, Köln-Ehrenfeld sowie in Köln-Nippes aus. Die Anzahl der Niederlassungen erhöhte sich dadurch nur temporär, denn die Listen der darauf folgenden Jahre nannten diese Ortsgruppen nicht.

Die Entwicklung des Verbandes hing ferner von internen Absprachen ab. Die CVer im rechtsrheinischen Solingen, die zu einer jüdischen Gemeinde mit rund 60 – zum Teil wohlhabenden Familien – zählten, wurden bis 1923 von der Essener Zweigstelle betreut.⁶⁰

Im September dieses Jahres äußerten die Solinger Mitglieder aber den Wunsch, sich dem Landesverband Linksrhein anzugliedern,

„weil Solingen vor den Toren Kölns liegt und von dort aus in $\frac{3}{4}$ Stunde zu erreichen ist. Ferner liegt Solingen in der englischen Zone, bereitet also für den Besuch von Köln aus keinerlei Schwierigkeiten. Endlich ist Solingen der einzige Platz eines dem Landesverband linksrheinisch bereits zugehörigen Kreises und würde dadurch zum Mittelpunkt dieses Bezirkes werden.“⁶¹

⁵⁷ Vgl. HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 0788, Frame 1417, 1419, 1422. Albert Katzenstein war Fabrikant. Er besaß eine „Bettenfabrik mit elektrischem Motorbetrieb, Manufakturwaren, Möbel, Fahrräder, Nähmaschinen.“

⁵⁸ Vgl. HM2 8720, Osoby 721 I, Akte 1219, Frame 0631.

⁵⁹ Vgl. HM2 8710, Osoby 721 I, Akte 2049, Frame 0694. Dieser Zusammenschluss wurde drei Jahre später wieder aufgelöst. Deutz-Kalk wurde aus organisatorischen Gründen der Ortsgruppe Köln-Mitte einverleibt. Vgl. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3489, Frame 0352. Die Dezentralisation der Kölner Ortsgruppe durch Einteilung in Bezirke initiierte Jacobi um die Wende 1921/1922. Der erste Kölner Unterverband wurde am 26. Januar 1922 in Ehrenfeld etabliert. Vgl. 8712, Osoby 721 I, Akte 796, Frame 1957.

⁶⁰ Zu Solingen siehe HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 752, Frame 2500-2543. Die effiziente Betreuung Solingens war dem Verein ein besonderes Anliegen, weil er vor allem langfristig die jüdischen Industriellen der Stadt an sich binden wollte. Besonderes Augenmerk legte er dabei auf die drei Erben des Familienunternehmens der Firma Coppel. Nur der ledige Dr. Hermann Coppel zeigte sich dem Verein gegenüber geneigt. Da zudem Coppels Geschwister mit Christen liiert waren und das Unternehmen mittelfristig in christliche Hände überzugehen drohte, nahm der CV auch deshalb persönliche Fühlungnahme auf, um dies zu verhindern. Vgl. ebda., Frame 2523.

⁶¹ Schreiben der Essener Geschäftsstelle an Berlin vom 21. September 1923. Ebda., Frame 2513.

Die Geschäftsstellen Essen, Köln und Berlin beschlossen hierauf einmütig, neben Solingen die kleineren CV-Gruppen Opladen, Wiesdorf, Ohligs, Langenfeld, Hilden und Benrath der Obhut Bernhard Feilchenfelds und Eugen Jacobis zu übergeben.⁶² Dabei wurde nach rein sachlichen Gesichtspunkten entschieden und eine flexible Anpassung an die Grenzen der Besatzungszonen geübt, um die Betreuung zu erleichtern. Weniger sachlich verlief hingegen Eugen Jacobis Unternehmung im nassauischen Gebiet der Rheinprovinz, die zur Auseinandersetzung zwischen Köln und dem zweitgrößten Landesverband des Vereins im Reich, Hessen–Hessen-Nassau, führte.⁶³

3.1.6 Der Grenzkonflikt um den Kreis Wetzlar 1922

1909 war nach interner Absprache zwischen dem hessischen und dem seinerzeit noch rheinisch-westfälischen Agitationsausschuss aus Gründen der Arbeitsteilung Wetzlar dem hessischen Verband zugesprochen worden. Trotz dieser Abmachung stiftete 1922 die Frage der Zugehörigkeit des westlich von Wetzlar gelegenen nassauischen Gebietes Unruhe im Verein.

Im Zuge der auch im hessischen Verband vorangetriebenen Ortsgruppengründungen insgesamt und speziell in Selters im Westerwald in jenem Jahr fielen dem hessischen Landesverbandsvorsitzenden Max Mainzer und seinem Syndikus Martin Marx auf, dass Eugen Jacobi unaufgefordert ihre Landesverbandsgrenze überschritten und bereits im zweiten Jahr erfolgreich das Inkasso im nassauischen Teil des Westerwaldes durchgeführt hatte. Die Zentrale, die offenbar zufrieden mit den Rechnungsbelegen war, intervenierte in diesen beiden Jahren nicht. Frankfurt tat dies auch nicht, allerdings nur, weil den dortigen Mitarbeitern Jacobis Aktivitäten entgangen waren. Die CV-Mitglieder scheinen ebenso wenig Anstoß genommen zu haben, weil sie ja nur einmal, wenn auch von Jacobi, zur Kasse gebeten wurden.

Sosehr Mainzer sich in seiner laxen Verbandsleitung ertappt fühlte, so groß war seine Empörung über diesen linksrheinischen „Übergriff“⁶⁴. Dem Kölner Syndikus unterstellte er, dieser habe durch seinen unerlaubten Einbruch in den Nachbarverband die Anzahl seiner Ortsgruppen und seine Einnahmen vermehren wollen, obwohl es ihm ohnehin schon nicht mehr gelänge, auch nur die eigenen Ortsgruppen mit Vorträgen regelmäßig zu betreuen. Dadurch erleichtere Jacobi es nicht nur den Zionisten, sondern auch den Antisemiten, in der Region Boden zu gewinnen. Mainzer betonte vehement, wie vorrangig doch die „Bekämpfung des Antisemitismus und nicht eine bequeme Kassenverwaltung“⁶⁵ sei.

⁶² Vgl. ebda., Frame 2511. Benrath blieb nur drei Jahre beim linksrheinischen Verband und kam Anfang 1926 zum Essener CV-Bezirk zurück. Vgl. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3489, Frame 0352.

⁶³ Zur Kompetenzfrage des Bezirkes Westerwald vgl. HM2 8706, Osoby 721 I, Akte 478, Frame 1290-1306.

⁶⁴ Ebda., unpaginiert, aber zu finden zwischen Frame 1305 und 1306.

⁶⁵ Ebda.

Mainzer ging so weit, Jacobi vehement zu attackieren, ihm fehlende Geografiekenntnisse sowie Vertragsbrüchigkeit vorzuwerfen. Den Schlussakkord setzte der Hesse, indem er mit seiner Amtsniederlegung drohte, wenn Berlin nicht umgehend die alte Arbeitsteilung zwischen den Verbänden wiederherstellte. Berlin hingegen weigerte sich zu diesem Zeitpunkt noch, vom „grünen Tisch“⁶⁶ aus in den Grenzkonflikt seiner Landesverbände einzugreifen, und erwartete vielmehr die direkte Absprache seiner Landesverbandsfunktionäre untereinander. Letztlich sollten die folgenden Argumente für die Wiederherstellung des Friedens zwischen den Verbänden entscheidend sein: Mainzer berief sich auf historisches Vertragsrecht und darauf, dass die überwiegende Zahl der umstrittenen Orte im unbesetzten Gebiet lag und hinsichtlich der Zuteilung zu den amtlichen Wahlkreisen sowie in wirtschaftlicher Hinsicht eher eine Einheit mit Hessen als mit der Rheinprovinz bildete. Der ungehinderte Zugang erlaubte ferner zumindest theoretisch eine leichtere Betreuung von Frankfurt als von Köln aus. Zur Bekräftigung des hessischen Standpunktes verwies Mainzer auch auf den Wunsch der Ortsgruppenmitglieder in Selters, die bei Frankfurt bleiben wollten.

Mainzer blieb im Amt und behielt unter anderem die CV-Orte Hadamar, Limburg, Westerburg, Willmenrod, Alpenrod, Höchstenbach, Selters und Montabaur. Die näher an Koblenz liegenden Orte Altenkirchen, Dierdorf, Hachenburg, Neuwied und Puderbach verblieben bei Köln. Die Angelegenheit, die in Selters ihren Ausgang genommen hatte, wirkte revitalisierend auf die nassauischen Pfründen des Frankfurter CV-Zweigs, wohingegen Jacobi auf Ortsgruppen und Einnahmen verzichtete. Auch die Hauptgeschäftsstelle zog mittelfristig ihre Konsequenzen aus diesem Grenzkonflikt. Mit Blick auf die westdeutschen Verbände gab der Geschäftsbericht 1926/1927 an, die Verbandsgrenzen würden sich nicht immer an denen der Provinzen orientieren, weshalb etwaige Grenzkorrekturen „in zweifelhaften Fällen [...] durch die Geschäftsführung“⁶⁷ erfolgen sollten.

Mainzers bissiges Territorialverhalten war sicherlich nicht nur eine Folge der blamablen Versäumnisse. Mainzer besaß ein ausgeprägtes föderalistisches Bewusstsein, das dieses im Grunde rein sachliche, organisatorische Problem erst zu einem Konflikt inklusive persönlicher Attacken werden ließ. Der Fall Selters deckte allerdings nicht nur administrative Defizite und persönliche Befindlichkeiten auf. Der Fall zeigte ferner, wie massiv die Kommunikationsdefizite vor allem zwischen Ortsgruppen und Landesverbänden, zwischen diesen und Berlin sowie zwischen den Landesverbänden untereinander sein konnten, zumal die Landesverbände auch nicht den Auftrag hatten, sich gegenseitig zu kontrollieren. Dieses Kommunikationsdefizit war letztlich eine Folge der einseitig vertikal und zentralistisch ausgerichteten Informationskette. Aber je größer der Verein wurde, umso notwendiger wurden neue Formen der Kommunikation. Allerdings blieben auch diese vorrangig vertikal gebunden, so etwa die Führerbriefe, die Direktor Ludwig Holländer herausgab. Daher klagte selbst die Hauptgeschäftsstelle noch 1929 darüber, sie sei „über die Arbeit des C.V. im Reiche nicht immer

⁶⁶ Ebda., Frame 1300.

⁶⁷ 1926/1927. Zwei Jahre Arbeit im Central-Verein, S. 20.

unterrichtet.“⁶⁸ Hinzu kamen die schon erwähnten Defizite bei der Kontaktpflege auf den unteren Vereinsebenen, weshalb in den Führerbriefen des Jahres 1930 immer noch Lösungsvorschläge für eine „beständige Verbindung zwischen den Landesverbänden und ihren Ortsgruppen“⁶⁹ gegeben werden mussten. Der dort zu findende Vorschlag, regelmäßige Tätigkeitsberichte von unten nach oben zu verteilen, war ein Ruf in den Wind, weil schon interne, reichsweit von oben nach unten verteilte Informationsschreiben wie die Mitteilungen des Syndikus oder der ihnen folgende CV-Dienst zum Teil achtlos weggeworfen wurden.⁷⁰

3.1.7 Der Saarbezirk 1926

Zu den die Bestandsziffern des linksrheinischen Verbandes prägenden Faktoren gehörten die Besatzungsverhältnisse, die Gründungen von Gruppen auf dem flachen Land, die Frakturierung großstädtischer Räume und Partikularinteressen. Merkmalhaft war weiterhin die Konzentration von CV-Gruppen. So waren etwa 1926 die CVer in Rheydt, mit der Ortsgruppe Mönchen-Gladbach vereinigt worden. Die vereinsinternen Gründe für diesen Schritt bleiben im Dunkeln. Die CV-eigene Neugliederung in diesem Fall griff allerdings drei Jahre später im Rheinland sowie in Westfalen erfolgten kommunalen Neuordnung vor, die seinerzeit der veränderten Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung Rechnung trug.⁷¹ Neben solchen Fusionen war ferner die Ausgliederung von Ortsgruppen aus dem Verband für den Wandel der Organisationsstruktur verantwortlich. So führte die linksrheinische Niederlassungsliste des Jahres 1926 letztmalig Ortsgruppen aus dem vom Völkerbund verwalteten Saargebiet auf. 1920 hatte der Centralverein mit der Gründung des linksrheinischen Verbandes an seine Vorkriegsaktivitäten an der Saar wieder angeknüpft, dieses Mal aber, um vor allem die Ablehnung des Schulparagrafen, der Fremdbestimmtheit und der als Amputationen empfundenen Gebietsabtretungen in Folge des Versailler Vertrages zum Ausdruck zu bringen.⁷² Mit der Etablierung der eigenständigen Kölner Geschäftsstelle fiel die Betreuung des Gebietes in die Obhut Eugen Jacobis. Anfangs wollte die Saarbrücker Ortsgruppe die Gründung eines vom Rheinland unabhängigen Landesverbandes initiieren.⁷³ Allerdings wurde von dieser Idee erst einmal Abstand genommen, weil sie offenbar keine Mehrheit außerhalb saarländischer CV-Kreise

⁶⁸ Der Direktor des Central-Vereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E.V. (Hg.), Führerbriefe. Feststellungen für die Arbeit, Nr. 1, 15. September 1929. Vertraulich! Als Manuskript gedruckt, S. 1.

⁶⁹ Führerbriefe, Nr. 2, 22. Dezember 1930, S. 32.

⁷⁰ Vgl. Führerbriefe, Nr. 1, 15. September 1929, S. 1.

⁷¹ Vgl. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3489, Frame 0352; *Irsigler, Löffler*, Geschichtlicher Atlas, S. 7, 11.

⁷² Siehe etwa den Leitartikel der CVZ, Was verlor die deutsche Judenheit durch den Frieden von Versailles?, Nr. 20, 15. Mai 1924; CVZ, Versailles. Zum 28. Juni 1929, Nr. 26, 21. Juni 1929, S. 330. Belegstellen, die Auskunft über CV-Aktivitäten in den an Belgien fallenden Landkreisen Eupen und Malmedy geben würden, konnte ich nicht ausfindig machen.

⁷³ Vgl. HM2 8706, Osoby 721 I, Akte 463, Frame 1008f.; HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1195, Frame 2399.

fand.⁷⁴ Die CV-Arbeit an der Saar stieß auf mehrere Hemmnisse: Erstens missbilligte die von Frankreich dominierte Regierungskommission der Saar die unzweifelhaft pro-deutsche Haltung des Vereins. Wie seinerzeit in Elsass-Lothringen wirkte auch hier die Benennung „Deutscher Staatsbürger, Centralsitz Berlin“⁷⁵ zu provokativ. Diese behördliche Missbilligung schreckte potenzielle Mitglieder vom Eintritt in den Verein ab. Allen voran waren die „größten Geschäftsleute viel zu vorsichtig, um [...] beizutreten. Dazu kommt, daß der offene Antisemitismus, wie er drüben bei Euch an der Tagesordnung ist, hier glücklicherweise z. Z. [...] latent bleibt.“⁷⁶ Das Gefühl der deutschnationalen Zugehörigkeit litt zudem, weil im Gegenzug „das Saargebiet [...] ja von der deutschen Regierung als Ausland betrachtet“⁷⁷ wurde.

Die jüdischen Diasporadeutschen an der Saar ließen sich daher kaum für den Verein mobilisieren. Aus fehlendem Anlass, Gleichgültigkeit oder aus Angst, wirtschaftliche Nachteile wegen einer durch Vereinsbeitritt deklarierten deutschen Gesinnung zu riskieren, mühte sich Jacobi oft vergeblich. Davon ließ sich der Kölner Geschäftsführer allerdings nicht abschrecken. Er war im Gegenteil bemüht, die Verbindungen zu den CVern nicht abbrechen zu lassen, obwohl dies statutarisch 1923 im Fall Saarbrücken möglich gewesen wäre, nachdem die Ortsgruppe ihre Pflichtbeiträge für das gesamte Jahr nicht abgeführt hatte. Der linksrheinische Verband hatte trotzdem „die Gruppe nicht aufgegeben, sondern während dieser ganzen Zeit unsere Pflichtabgaben für die Mitglieder der Zentrale gegenüber getätigt, die Verluste also selbst getragen.“⁷⁸

Um Remedur in der miserablen Finanz- und Organisationslage zu schaffen, mischte sich der Geschäftsführer des Landesverbands Pfalz, Rechtsanwalt Erich Kehr, Kaiserslautern, in die originär linksrheinischen Landesverbandsangelegenheit ein, wobei er zweifelsohne im Auftrag seines Vorsitzenden Professor Josef Koburger, Ludwigshafen, handelte und, wie angenommen werden darf, auch im Auftrag Berlins. Das zumindest deutete Jacobi an, der befürchtete, Berlin behielte sich das Recht vor, vom grünen Tisch aus nicht nur die Gründung eines Bezirksverbandes Saar zu konzipieren, sondern diesen als Unterverband des pfälzischen zu betrachten.⁷⁹ Und in der Tat erfolgte die Gründung des Bezirksverbandes Saar am Sonntag, 18. April 1926, unter Einschluss Kehrs und Ausschluss linksrheinischer CV-Repräsentanten.⁸⁰ Die Motive für diese Aktion mögen dieselben gewesen sein wie im Fall Wetzlar. Das linksrheinische Betreuungsgebiet des CV war wegen der Besatzungsverhältnisse und letztlich auch wegen seiner enormen Ausdehnung für einen einzigen, wenn auch emsigen hauptamtlichen Mitarbeiter eine kaum zu meisternde Herausforderung.

⁷⁴ Vgl. HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1195, Frame 2396.

⁷⁵ Schreiben des Saarbrücker Ortsgruppenvorsitzenden Rechtsanwalt Siegfried Wertheimer an Berlin vom 22. September 1920. Ebda. Frame 2389.

⁷⁶ Schreiben Wertheimers an Holländer vom 26. Mai 1922. Ebda., Frame 2382.

⁷⁷ HM2 8706, Osoby 721 I, Akte 463, Frame 1001.

⁷⁸ Schreiben Jacobis an die Zentrale vom Januar 1926. HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1195, Frame 2354.

⁷⁹ Vgl. ebda.

⁸⁰ Vgl. Gründungsprotokoll. HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1195, Frame 2312ff. Die Berliner Zentrale bestätigte die Gründung am 23. April 1926. HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1195, Frame 2309. Siehe die Aufstellung der Abgaben des Bezirkes an Berlin und Kaiserslautern für das Berichtsjahr 1927/1928. HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1195, Frame 2174f.

Zu diesem Zeitpunkt existierten mindestens fünf CV-Gruppen an der Saar: Saarbrücken mit 200 Mitgliedern, Saarlouis mit 64, Neunkirchen mit 55, Saarwellingen mit 17 sowie St. Wendel, für das keine Angaben zu finden waren. Ortsgruppen sollten in Merzig und Illingen gegründet werden. Für Dillingen wurde nur ein Vertrauensmann vorgesehen. Damit wurden 380 CV-Mitglieder des Saargebietes mit einem jährlichen Mitgliedersoll von ca. 4.600 Reichsmark aus dem Landesverband Linksrhein ausgegliedert, um den Bezirksverband Saar als eigenständigen Unterbezirk in den Bereich des pfälzischen einzugliedern.⁸¹

Auch wenn die Zuständigkeit des linksrheinischen Landesverbandes in diesem Gebiet damit endete, sei abrundend erwähnt: Die oben aufgeführten Probleme des Bezirksverbandes wurden nie gelöst. Bereits seit dem vierten Quartal 1932 zahlte die Bezirksstelle überhaupt keine Mitgliedsbeiträge mehr an die Zentrale.⁸² 1934 bat der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses in Berlin den Vereinsvorsitzenden Julius Brodnitz schließlich um Vollmacht, „den Landesverband Saar in den Büchern des Centralvereins löschen zu können und die Zusendung der [CV-]Zeitung an 530 Mitglieder einzustellen.“⁸³ Die Möglichkeit zur Streichung einzelner Mitglieder beruhte weiterhin auf Paragraph 7 der Vereinssatzung, wonach die Mitgliedschaft unter anderem dann erlosch, wenn der Vereinsbeitrag nach zweimaliger Mahnung nicht bezahlt wurde.⁸⁴ Die Frage, ob diese Boykothaltung der CVer an der Saar auf die seit Beginn der 1920er Jahre bekannten Schwierigkeiten zurückzuführen war, muss dahingestellt bleiben. Der Grund für das Ende der Organisationsform Bezirksverband ergibt sich aus einem Schreiben des langjährigen Vorsitzenden Dr. Hugo Steinthal vom 4. April 1934 an den Vereinsvorsitzenden Brodnitz. Steinthal informierte darin über die Verordnung der Regierungskommission hinsichtlich der am 28. November 1933 erfolgten Abänderung und Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes von 1908. Danach war

„es politischen Vereinen nicht gestattet, mit Vereinen, welche außerhalb des Saargebietes ihren Sitz haben, in der Art in Verbindung zu treten, daß die einen den Beschlüssen und Organen des anderen unterworfen und mehrere solche Vereine unter einem gemeinsamen Organe zu einem gegliederten Ganzen vereinigt werden.“⁸⁵

⁸¹ Vgl. HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1195, Frame 2303, 2313, 2320. Bei der Volkszählung 1927 im Saargebiet wurden 4.038 Glaubensjuden gezählt. Der CV blieb hier völlig unterrepräsentiert. Vgl. auch die demografischen Angaben in: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, Bd. 5, S. 159; *Düwell*, 1968, S. 63.

⁸² Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 254, Frame 1649f. Das Verhalten im saarländischen Bezirksverband bleibt umso schleierhafter, als ein Sonderabkommen zwischen ihm und der Hauptgeschäftsstelle existierte, wonach der Vereinsbeitrag für die saarländischen Mitglieder auf nur eine Reichsmark pro Quartal gesenkt wurde, während der Jahresbeitrag weiterhin 18 Reichsmark betrug.

⁸³ HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 254, Frame 1638.

⁸⁴ Vgl. CV-Kalender für das Jahr 1929, S. 42.

⁸⁵ HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 254, Frame 1638. Die Änderung des Reichsvereinsgesetzes steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Regierungsübernahme Hitlers. Man versuchte damit nicht zuletzt, den Einfluss der neuen Regierungspartei weitgehend einzudämmen. Die Gesetzesänderung traf jedoch den CV gleichermaßen. Siehe hierzu *Hermann*, 1974, S. 265ff. Dort auch die Analyse zum Abstimmungsverhalten der Juden im Saargebiet. Zur Haltung des Vereins hinsichtlich der Frage der Auswanderung respektive Flucht der saarländischen Juden im Falle der Rückgliederung des Saarlandes ans Reich siehe *Barkai*, 2002, S. 338, 469.

Steinthal hatte vergeblich am 5. Januar 1934 die Regierungskommission um Bewilligung einer Ausnahme gebeten, um den bisherigen organisatorischen Zusammenhang mit dem Reichsverein aufrechterhalten zu können.⁸⁶ Diese Ausnahmegenehmigung wurde nicht erteilt. Der CV-Kalender für die Jahre 1936/1937 nennt keinen entsprechenden CV-Zweig im Saargebiet. Für Saarbrücken ist ausschließlich eine juristisch-wirtschaftliche Beratungsstelle des Vereins aufgeführt, über die der CV nach der Rückgliederung des Saarlandes ans Reich den Kontakt zu den willkommen geheißenen Heimkehrern aufrechterhielt.⁸⁷

Die Gründung des Bezirksverbandes Saar 1926 hatte die Verringerung des linksrheinischen Ortsgruppenbestandes zwar nicht wesentlich, aber doch beeinflusst. Diese Maßnahme fiel zeitlich in die Phase, als im Saarland das NS-Presseorgan *Der Saardeutsche* zu kursieren begann und die NS-Judenhetze im Rheinland – nach der Aufhebung des NSDAP-Verbots und der sukzessiven Räumung der Alliierten – einen bis dahin nicht gekannten Aufschwung nahm.

3.1.8 Abgrenzung nach links – Anlehnung an den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

Schon 1919 gingen in den Vereinsreihen Pogromängste um. Zu dieser Zeit war das „Hauptaugenmerk [...] auf die Bekämpfung des Antisemitismus in der Arbeiterschaft“⁸⁸ gerichtet. Zum selben Zeitpunkt wandte sich der Verein von seinem 1893 deklarierten Vorhaben ab, seine Öffentlichkeitsarbeit für jedermann nachvollziehbar und kontrollierbar zu gestalten. Mittlerweile präsentierten die Vereinsverantwortlichen nur noch mehr die Resultate ihrer Arbeit:

„Es darf nicht vergessen werden, daß der Kampf, den wir führen, ein politischer Kampf ist, daß infolgedessen auch die Mittel, mit denen er ausgefochten werden muß, politischer Natur sind. In einem solchen Kampf ist es nicht angängig, den Gegner offen in die Karten sehen zu lassen. [...] Wir können schließlich [...] nicht vor aller Oeffentlichkeit enthüllen, daß wir an zahlreichen Geheimversammlungen antisemitischer Organisationen in Berlin und im Reiche teilnehmen, daß wir täglich unsern wichtigen Nachrichtendienst vervollkommen, daß wir alle Maßnahmen gegen Pogrome getroffen haben, soweit das in unsern Kräften steht.“⁸⁹

Kontakte bestanden zu politisch verantwortlichen Liberalen und Mehrheitssozialdemokraten wie Reichswehrminister Gustav Noske – und sie wirkten, wie leitende Vereinsfunktionäre betonten.⁹⁰ Für den CV war der Unterschied entscheidend, dass es sich bei der Revolution von 1918/1919 nicht um eine geistige,

⁸⁶ Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 254, Frame 1644.

⁸⁷ Vgl. CV-Kalender für das Jahr 1936/37, S. 12. Siehe auch den Leitartikel der CVZ, *Die Heimkehr*, Nr. 14, 17. Januar 1935.

⁸⁸ Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. [Zweiseitiger] Tätigkeits-Bericht vom 15. August 1919, unpaginiert. [S. 1]

⁸⁹ Ebda.

⁹⁰ Vgl. ebda.

sondern um eine soziale handelte.⁹¹ Im Zuge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erschütterung des gesamten deutschen Bürgertums war die Abneigung gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung aufgrund der besonderen Sympathie im CV für den Mittelstand ausgeprägt. Die Erfahrungen der Russischen Revolution von 1917 nährten diese Ängste. Zudem nehme die

„Gottlosenpropaganda [...] den Juden die Möglichkeit, sich jüdisch-religiös zu betätigen. [...] Auch nach der Revolution haben in Russland zahlreiche P[...]ogrome stattgefunden. So wurden bis zum Frühjahr 1920 allein in der Ukraine etwa 120 000 Juden umgebracht und 200 000 zu Waisen gemacht.“⁹²

Die Sorge vor solchen Zuständen in der Heimat rechtfertigte die geheimen Aktionen, die – sofern überhaupt dokumentiert – wahrscheinlich Opfer der Aktenvernichtung durch eigene Hand wurden. Sie rechtfertigte auch die Charakterisierung der Spartakus-Gruppe durch die Redakteure der IDR, die geradezu angeekelt behaupteten, die Bewegung „wühlt und wartet auf ihren Tag.“⁹³ Demzufolge musste in den Vereinsreihen die These, die sozialistische Revolution sei ein Produkt jüdischer Geisteshaltung, zwangsläufig absurd erscheinen. Um ferner zu zeigen, an wie vielen „verschiedenen Fronten Juden und Judenabkömmlinge in der Politik standen“⁹⁴, ging der CV in seiner Argumentation zuweilen sehr weit. Im selben Atemzug mit dem getauften Juden Friedrich Julius Stahl, der die „geistige Grundlage des Konservativismus“ legte, fand Graf Arco Erwähnung, der Mörder Kurt Eisners, der „Halbjude war“.⁹⁵

Generell wurden Attentate als Mittel der politischen Auseinandersetzung abgelehnt. Weil aber dem revolutionären Treiben Schranken gewiesen werden mussten, billigte der CV die Niederschlagung der Spartakus-Bewegung durch die Truppen Noskes. Nicht ohne Stolz konstatierte der CV, der ein Garant für Ruhe und Ordnung sein wollte:

„Wenn heute die antisemitische Agitation noch keinen gefährlichen Umfang angenommen hat, und wenn insbesondere Gewalttätigkeiten nennenswerter Natur noch nicht begangen sind, so ist das einzig und allein auf unsere Arbeit zurückzuführen.“⁹⁶

Derart eitle Äußerungen zielten darauf ab, den CV werbend als „die einzige Organisation“ zu präsentieren, „die den zahllosen wie Pilze aus dem Boden schießenden Ausschüssen, Comités und Bündeln der Judenhasser entgegentritt.“⁹⁷ Diese Selbstdarstellung widersprach aber zugleich den Andeutungen, die der CV im selben Dokument über seine Verbindungen zu Sicherheitskräften und politisch Verantwortlichen gemacht hatte. Außerdem verschwieg dieses Selbstlob die am 8. Februar 1919 erfolgte Gründung des Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten durch den 1879 in Aachen geborenen Physiker und Hauptmann d. R. Dr. Leo

⁹¹ Vgl. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1616.

⁹² HM2 8844, Osoby 721 II, Akte 3892, Frame 1183f. Es handelt sich hierbei um eine undatierte, skizzenhafte Auflistung von Argumenten.

⁹³ Ebda., Frame 1183.

⁹⁴ Ebda., Frame 1183.

⁹⁵ Ebda.

⁹⁶ Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Tätigkeits-Bericht vom 15. August 1919, unpaginiert. [S. 1]

⁹⁷ Ebda., unpaginiert. [S. 2]

Löwenstein. Sein Bund, der den Rechtsstaat tendenziell konservativer Prägung sowie militärische Werte vertrat, war anfangs primär damit beschäftigt, „die Vorwürfe, den Kriegsdienst der Juden betreffend, als falsch zurückzuweisen.“⁹⁸ Mit ihm hatte sich eine neue deutsch-jüdische Organisation in die Abwehrreihen gestellt. Damit begann ein gutes ideelles wie tatkräftiges Verhältnis zwischen den beiden Organisationen, was durch die sich entwickelnde beachtliche personelle Verzahnung gefördert wurde. Diese Feststellung besitzt zumindest für die Weimarer Zeit Gültigkeit, worauf in Kapitel 6 näher eingegangen wird. Ein erster Beleg dafür war die Bitte der Centralvereinsleitung an ihre Mitglieder unmittelbar nach der Gründung des dann 1920 umbenannten Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF), diesem

„ihr besonderes Interesse zuwenden zu wollen. Selbstverständlich sind wir an einer großen Mitgliederzahl des Bundes sehr interessiert, da ein Versagen des Bundes von unseren Gegnern sofort ausgenützt würde, deshalb bitten wir, uns vor allem zur Errichtung von Ortsgruppen geeignete Herren namhaft machen zu wollen und uns hierbei tatkräftig zu unterstützen [...] Ferner hat der Bund eine Liste der ‚Förderer‘ des Bundes eingerichtet. ‚F ö r d e r e r‘ kann jeder werden, der die Bestrebungen unterstützt.“⁹⁹

Abschließend ist das zitierte Selbstlob des Centralvereins spätestens seit 1920 für seinen linksrheinischen Verband dahingehend noch einzuschränken, als die dortigen Besatzungsverhältnisse zwar keineswegs Ortsgruppengründungen rechtsradikaler und antisemitischer Verbände und Parteien verhinderten, aber eine eindämmende Wirkung auf deren Agitation hatten. Der linksrheinische Raum war zu Beginn der 1920er Jahre eine Insel, die vom Radauantisemitismus erst einmal verschont blieb.¹⁰⁰

3.1.9 Für den Verbleib des Rheinlandes beim Reich

Unter dem Eindruck, dass die Juden seit Kriegsende ohnehin für alles verantwortlich gemacht wurden, was dem einen oder anderen nicht passte, versuchte der Centralverein auch einmal durch vorausseilende Aktionen, den Judenfeinden den Wind aus den Segeln nehmen, etwa im Zuge der Separatismusbestrebungen im Rheinland seit 1918, die unterschiedlich motiviert waren: einmal „macht- und sicherheitspolitisch“ seitens

⁹⁸ Dunker, Ulrich, *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938*, Düsseldorf 1977, S. 29.

Die Arbeit des RjF umfasste nicht nur die Abwehrarbeit. Sozialpflegerisch engagierte er sich in der Kriegsofferfürsorge, im Sportbereich und in der Jugendpflege. Er beschäftigte sich ferner mit Berufs- und Bildungsfragen, weil ihm, ebenso wie dem CV, die allgemeine Stellung der Juden in Deutschland aus patriotischen Gründen am Herzen lag. Dunker geht nicht auf konkrete Bedingungen in den einzelnen Ortsgruppen oder Landesverbänden des Bundes ein. Von den an der Wende des Jahres 1925/1926 bestehenden rund 500 Ortsgruppen beschreibt er lediglich die numerische Entwicklung der größten Ortsgruppe des Bundes, der Berliner. Siehe ebda., S. 32ff.

⁹⁹ Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. V. Tätigkeitsbericht vom 9. Dezember 1919, unpaginiert. [S. 4]

¹⁰⁰ Zum Schutz- und Trutzbund als geistigem Wegbereiter der NSDAP bis 1923 sowie zum Jungdeutschen Orden im evangelisch dominierten oberbergischen Gebiet als Hochburg der DNVP und DVP siehe *Brandenburger, Heinz W.*, *Ley-Land. Dr. Robert Ley und der Nationalsozialismus im Oberbergischen*, Diss., Köln 1988, S. 16ff.; ferner *Lohalm, Uwe*, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923*, Hamburg 1970; *Hornung, Klaus*, *Der Jungdeutsche Orden*, Tübingen 1958, S. 27, 36; zum Aufstieg der NSDAP im katholisch dominierten Aachener Regierungsbezirk siehe *Pehle*, 1978.

Frankreichs, das die „Trennung der linksrheinischen Gebiete vom Reich“ unterstützte; darüber hinaus hegten Teile im Rheinland ihrerseits und eingedenk anti-preußischer, anti-protestantischer sowie ultramontaner Befindlichkeiten den

„Wunsch nach größerer Autonomie bis hin zu separatistischen Strömungen. Eine wichtige Rolle spielte dabei die rheinische Zentrumspartei und die ihr nahestehende Kölnische Volkszeitung, die bereits am 4. Dezember 1918 in einer Versammlung der Forderung nach der baldigen ‚Proklamation einer dem Deutschen Reiche angehörigen, selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik‘ Raum gab.“¹⁰¹

Vor diesem Hintergrund hieß es in der IDR schon ein wenig abgekämpft: „Es fehlt jetzt noch der Vorwurf, daß sie [die Juden] auch die verdammenswerten **Urheber der Loslösungsbestrebungen im Rheinland** sind.“¹⁰² Der Vorwurf war folglich noch gar nicht erhoben worden, zumindest nicht gegen die Juden. „Vorläufig sitzen auf der öffentlichen Anklagebank Zentrumsmitglieder, Leute katholischen Glaubens.“¹⁰³ Und der Centralverein ging hart mit diesen ins Gericht. Er klagte sie des Landesverrats an und zeigte auf die Kölnische Volkszeitung, die überdies

„während des Krieges mit den Alldeutschen zusammenging und, obwohl das Zentrum zu den Mehrheitsparteien gehörte, die Reichstagsmehrheit beschimpfte, weil sie die bekannte Verständigungsresolution gefaßt und die Regierung veranlasst hatte, ihr zuzustimmen.“¹⁰⁴

Der CV hatte explizit die Kölnische Volkszeitung und nicht etwa den Zentrumsabgeordneten und Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommens Matthias Erzberger im Blick, der sich im Juli 1917, nachdem die U-Boot-Waffe nicht die ersehnte Wirkung erzielt hatte, für einen Ausgleichsfrieden mit den Alliierten ausgesprochen hatte. Mit völkisch gesinnten Annexionisten und Kriegsverlängerern hatte der CV genauso wenig gemein wie mit den Separatisten, zumal beide ein für die Einheit Preußens, somit für die im Kaiserreich wurzelnde Einheit des Reiches gefährliches Bündnis eingegangen waren. Gehässige, anti-französische Sentiments fanden sich im CV hingegen nicht mehr. Es fuchste ihn vielmehr die Ungerechtigkeit nicht zuletzt angesichts mangelnder Parität, weil Preußen die rheinischen höheren Amtsstuben weder ausreichend mit rheinischen Katholiken noch überhaupt mit rheinischen Juden besetzt habe, sondern mit Leuten „aus dem Osten (d. h. Ostelbier, die in der Regel ebenso antisemitisch wie unfähig sind, moralische Eroberungen zu machen). [...] Dieses Verhalten der früheren preußischen Regierung wird [...] Landesverrätern als mildernder Umstand zugemessen.“ Die Juden hingegen, die aus

¹⁰¹ Theine, Burkhard, Separatistische Bewegung im Rheinland während der Ruhrbesetzung. Wirtschaftsentwicklung und Rheinstaatspropaganda im Jahre 1923 im Spiegel der zeitgenössischen Presse, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 57, Bonn 1993, S. 253-292, hier 257. Siehe zudem den Aufsatz von Vierhaus, Rudolf, Preußen und die Rheinlande 1815–1915, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 30, Bonn 1965, S. 152-175. Morsey, Rudolf, Die Rheinlande, Preussen und das Reich 1914–1945, in: ebda., S. 177-220.

¹⁰² IDR, Umschau, Nr. 6, Juni 1919, S. 261ff., hier 261.

¹⁰³ Ebda. Zu dem gegenseitigen, bereits zur Gründerzeit herrschenden Misstrauen und den Attacken von Anhängern der Zentrumspartei und denen des politischen Liberalismus siehe Hamburger, Ernest, Jüdische Wähler und bürgerliche Parteien, in: Büsch, Otto, u. a. (Hg.), Wählerbewegung in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871–1933, Berlin 1978, S. 345-362, hier 346f., 355.

¹⁰⁴ Ebda., S. 262.

Verbitterung „zu den Revolutionären abschwanken“, würden „verallgemeinernd [...] als Umstürzler“¹⁰⁵ geschmäht. Patriotismus und Staatstreue sprach der CV beiden Angeklagten ab, um im selben Atemzug für Gleichheit zu plädieren, die immerhin eine der Forderungen der sozialistischen Revolution von 1918/1919 war.

3.1.10 Heimatrecht: Jahrtausendfeier 1925 und Pressa 1928

Für den CV war der nationale Einheitsgedanke eine starke Triebfeder. Entsprechend stark stimulierten die Besatzungsverhältnisse und die Separatismusbewegung im Rheinland seine vaterländischen Empfindungen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit loderten diese Emotionen aufs Neue auf.¹⁰⁶ Eine besondere Gelegenheit, sich gegenüber dem grassierenden, hasserfüllten Nationalismus abzugrenzen, bot dem CV das Jahr 1925, als vielerorts im Rheinland der vermeintlich tausendjährigen Zugehörigkeit zum Deutschen Reich gedacht wurde. Der CV folgte dabei den Ergebnissen des Bonner Mediävisten Wilhelm Levison.¹⁰⁷ Levison leitete aus dem 925 geschlossenen Bonner Vertrag zwischen dem Ost- und Westfrankenreich die Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reich ab und ignorierte somit ebenso wie der CV die wechselhafte Geschichte dieser Grenzregion. Insofern sind auch vergleichbare Vorbehalte gegenüber dem Reichsgedanken, wie sie etwa Juden in Elsass-Lothringen oder an der Saar vom Eintritt in den Verein abhielten, für die Juden des Rheinlandes nicht zu belegen. Im Gegenteil, vor allem im Frühjahr und Sommer des Jahres 1925 wurden die Festivitäten zur Jahrtausendfeier des Rheinlandes zu Bühnen auch für den CV, um die „politische Zugehörigkeit der Rheinlande zum Deutschen Reich [...] zu betonen.“¹⁰⁸ Selbst die achte Lehrerverbandstagung in Köln, deren Einladung seitens des Oberbürgermeisters Konrad Adenauer „Rabbiner, Lehrer und Kantoren der jüdischen Gemeinden

¹⁰⁵ IDR, Umschau, Nr. 6, Juni 1919, S. 262; siehe auch CVZ, Was man nicht vergessen darf! Die Rolle der Nationalsozialisten in der separatistischen Bewegung, Nr. 29, 18. Juli 1930, S. 382. Neben Hinweisen auf personelle Verbindungen zwischen der separatistischen und der nationalsozialistischen Bewegung verwies der Artikel auf den fanatischen Hass gegen Preußen, „also das Deutschtum überhaupt“, und zog Parallelen zu dem Hass, der sich gegen die Juden richtete, wenn „in den separatistischen Flugschriften [...] die Preußen [...] als eine minderwertige ‚Parasitenrasse‘ dargestellt [wurden], die die höherrassige, französische Bevölkerung der Rheinlande nur auszunutzen bestrebt war.“

Zur Widerlegung der behaupteten Identität von Judentum und Bolschewismus siehe den Leitartikel der CVZ, Sind die Juden die Führer des Bolschewismus?, Nr. 14, 5. April 1923, sowie CVZ, Bolschewismus und Judentum. Die Zerstörung einer unheilvollen politischen Legende, Nr. 27, 5. Juli 1923, S. 217f.

¹⁰⁶ So etwa 1926, nachdem sich die Räumung der Kölner Zone um ein Jahr verzögert hatte. Vgl. CVZ, Die Glocken von Köln, Nr. 10, 5. März 1926, S. 118; siehe in diesem Zusammenhang zugleich den CVZ-Leitartikel, Frei ist der Rhein!, Nr. 26, 27. Juni 1930.

¹⁰⁷ Siehe Schieffer, Theodor, Wilhelm Levison, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 40, Bonn 1976, S. 224–242.

¹⁰⁸ Pohl, Karl Heinrich, Rheinische Jahrtausendfeier und Deutsche Locarno-Politik. Zu einigen innenpolitischen Voraussetzungen der Außenpolitik in der Weimarer Republik, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 43, Bonn 1979, S. 289–317, hier 297; siehe überdies den Leitartikel der CVZ, Der deutsche Jude auf rheinischer Erde, Rheinland-Nummer, 26. Juni 1925; siehe ferner CVZ, Von der Jahrtausendausstellung der Rheinlande in Köln, ebda., S. 448.

Deutschlands“ gefolgt waren, war ein willkommener Anlass, „unverbrüchliche Treue zum Rhein, tatkräftiges Bekenntnis zum Judentum“¹⁰⁹ zum Ausdruck zu bringen. Aber das sicherlich imposanteste Vehikel der „Selbstdarstellung“, mit der die Hoffnung auf die Durchsetzung einer zivilisierten politischen Kultur in Deutschland verbunden war,

„bot die Jahrtausendausstellung, die 1925 in den Kölner Messehallen [...] gefeiert wurde. Unter der Leitung des Kölner Rabbiners Dr. Adolf Kober wurde eine eigene Abteilung ‚Juden und Judentum im Rheinland‘ eingerichtet, die das wechselvolle Schicksal des rheinischen Judentums und seine kulturellen Leistungen zum Gegenstand hatte.“¹¹⁰

Selbstbewusst behauptete Jacobi zudem, „der rheinische Jude [sei] mit seiner Heimat verwachsen, mehr als Glaubensgenossen in einem anderen Teil Deutschlands.“¹¹¹ In dieselbe Richtung tendierte Kurt Alexander, mittlerweile wieder Krefeld, der in Superlativen schwelgte, als er von Kölschem Frohsinn und den „herrlichen Schönheiten des Rheingaus“ schrieb, die „nicht ohne Einfluß auf die Charakterbildung geblieben sind.“¹¹² Die rheinische Mentalität sei letztlich auch ein Produkt der Grenzlage des Raumes zu Frankreich und damit zu humanistisch-aufklärerischen Denktraditionen. Insofern hätte der Antisemitismus im Rheinland zwar „seine Stätten“ und verseuchte die Jugend, aber „dieser üppig wuchernde, alles zerstörende Antisemitismus, wie er in anderen Teilen des Reiches groß geworden ist, hat hier glücklicherweise noch keinen Boden gefunden.“¹¹³

Die Jahrtausendfeierlichkeiten gaben dem linksrheinischen CV aber nicht nur den Anlass, sich zu Regionalpatriotismus, preußisch-deutschem Einheitswillen und absoluter Staatstreue zu bekennen. In der am 28. und 29. Juni veranstalteten westdeutschen Kundgebung, zu der Vertreter des hessischen, rheinisch-westfälischen, lippischen Verbandes, Vertreter der Stadt Köln und andere Honoratioren des Rheinlandes eingeladen waren, legte Bernhard Feilchenfeld auch Zeugnis für die empfundene „S c h i c k s a l s g e m e i n s c h a f t m i t d e n a n d e r s g l ä u b i g e n V o l k s g e n o s s e n“ ab, in der Hoffnung auf eine „Hinaufentwicklung zu Glück und zur Freiheit!“¹¹⁴

Im selben pathetischen Stil ging es drei Jahre später auf der internationalen Presseausstellung in Köln, kurz *Pressa* genannt, weiter. Die Ausstellung beinhaltete eine von Bodenheimer arrangierte Sonderabteilung für jüdisches Schrifttum, die der CV als Darstellung der „Geschichte der Juden in unserem Vaterland“¹¹⁵ präsentierte. Da diese Abteilung alle denkbaren jüdischen Schrifterzeugnisse vorstellte, fehlten weder die CVZ noch diverse Veröffentlichungen früherer Streiter der jüdischen Emanzipation in Deutschland. In diesem Zusammenhang unterstrich der Verein, dass es „F ü h r e r d e s

¹⁰⁹ CVZ, Der 8. Lehrerverbandstag in Köln, Nr. 24, 12. Juni 1925, S. 416.

¹¹⁰ Jüdisches Schicksal in Köln 1918–1945. Eine Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln/NS-Dokumentationszentrum. 8. November 1988 bis 22. Januar 1989, S. 18; siehe ferner *Wiesemann, Falk* (Hg.), *Zur Geschichte und Kultur der Juden im Rheinland*, Düsseldorf 1985.

¹¹¹ CVZ, Der C.V. im Rheinland, Rheinland-Nummer, 26. Juni 1925, S. 450.

¹¹² Ebda., Von der Wesensart des rheinischen Juden, S. 453.

¹¹³ Ebda.

¹¹⁴ Ebda., Auftakt im Kölner Opernhaus, S. 470.

¹¹⁵ CVZ, *Isop*. Die Jüdische Sonderschau auf der ‚*Pressa*‘, Nr. 23, 8. Juni 1928, S. 327.

Centralvereins“ waren, die nun „an der Spitze dieses Kampfes“¹¹⁶ standen.

Eine international Beachtung findende Großkundgebung wie die Pressa war eine besondere Gelegenheit, das Recht auf ihre Heimat moralisch wie formalrechtlich einzufordern, wobei die Ausführungen des Vorsitzenden des Rheinisch-Westfälischen Rabbinerverbandes Kober ‚Vom ältesten jüdischen Friedhof in Köln‘ oder ‚Von den Juden am Niederrhein‘¹¹⁷ beide Aspekte noch einmal unterstrichen. Die satzungsgemäße Landesverbandstagung 1928 stand entsprechend unter dem Motto ‚Das Recht der deutschen Juden an der deutschen Heimat‘.¹¹⁸ Diese Tagung war eine von Eugen Jacobi groß aufgemachte Kundgebung, auf der wiederum die „Einheit deutscher und jüdischer Geschichte“¹¹⁹ bekräftigt wurde.

Das Vertrauen dieser im Kaiserreich geprägten CVer in die Obrigkeit war groß. Folglich durften die Vertreter des Regierungspräsidenten, des Oberbürgermeisters und des Präsidenten des Oberlandesgerichts als Ehrengäste begrüßt werden. Der Kölner Polizeipräsident sowie der Präsident des Landesgerichts waren zugegen, weiterhin ein Vorstandsmitglied der Kölner Anwaltskammer. Brodnitz und Holländer verliehen der Kundgebung durch ihr Kommen und ihre Ausführungen die notwendige Bedeutung seitens des Vereins, um anschließend Wagners Meistersingern ebenso zu lauschen wie Heinrich Franks Schlusswort, das eine solidarische, geistige Einheit ein-, aber eine Alternative zum parlamentarisch-demokratischen Weimarer System ausschloss:

„Der Glaube an die Sieghaftigkeit des Lebens wird recht behalten, und das Heil der Menschheit liegt nicht hinter uns, sondern vor uns. Darin aber liegt zum ersten ein freudiges Bekennen zu unserem deutschen demokratisch-republikanischen Staate, darin liegt zum zweiten unser Wille zur Mitarbeit an einer wahren Volksgemeinschaft und zum dritten unser unwandelbarer Glaube auf Entfaltung wahrer Humanitas und menschlicher Gleichachtung und Gleichwertung.“¹²⁰

Gerade die emotionale Note dieser Rede war nicht zuletzt eine Reaktion auf die Paragraphen 4 und 5 des NS-Parteiprogramms, das mittlerweile auch im Rheinland immer ernster genommen werden musste. Danach gab es nur den Staatsbürger, der

„deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.“¹²¹

¹¹⁶ Ebd.

¹¹⁷ So die gleichnamigen Artikel in der CVZ, Nr. 27, 6. Juli 1928, S. 390 und Nr. 33, 17. August 1928, S. 460.

¹¹⁸ Die Einladungsschreiben, der Anmeldebogen und das Programm für diese Rheinische Verbandstagung in Köln am 3. Juni 1928 finden sich in: Central Archive for the History of the Jewish People (CAHJP) P2/OR 24.

¹¹⁹ CVZ, Festtag in Köln, Nr. 23, 8. Juni 1928, unpaginiert.

¹²⁰ Ebd., S. 326f.

¹²¹ Zit. in: Die Stellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) zur Judenfrage. Eine Materialsammlung vorgelegt vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E.V., 1932, Teil a) Parteiprogramm und Schrifttum.

3.1.11 NS-Agitation

Anfang 1927, infolge der Locarno-Verträge und der beginnenden Räumung, erreichte die antisemitische Hetze auch das Rheinland. Die CVZ beschrieb sie als eine schleichende und deshalb umso gefährlichere Bewegung, sprach von den täglich veranstalteten Sprecharbeiten der NSDAP, den ebenso perfiden wie fieses Presseattacken des Westdeutschen Beobachters, die schon ihr erstes Opfer in dem Kölner Juden Kurt Blum gefunden hatten. Blum war auf offener Straße zusammengeschlagen worden. Aufmerksam machte der CV ferner auf die

„trockenen Pogrome im Wirtschaftsleben, in akademischen Kreisen, [die] teilweise auch in Schulen nicht übersehen werden können. Aber der wirklich antisemitische Strom wird von außen hereingetragen.“¹²²

Der Rheinländer selbst, so die gutgläubige Annahme, sei „zu sehr freiheitlich gesinnt, [...] zu sehr religiös eingestellt, als daß er von Natur aus Judengegner sein könnte.“¹²³ Dennoch rief der CV die rheinischen Juden zum Vereinsbeitritt auf.¹²⁴

Meldungen über Ausschreitungen gegen jüdische Passanten folgten, so etwa anlässlich der jüdischen Gemeindewahlen 1927. Nach dem Absingen von Hetzliedern war es zu einer Schlägerei vor der Synagoge in der Roonstraße gekommen, bei der anfangs „die Völkischen den kürzeren zogen. Hierauf kamen Nazis mit Waffen verstärkt zurück.“¹²⁵

Die Polizei hieb mit Gummiknüppeln auf die Amok laufenden Nazis ein. Zwei Juden trugen Messerstichverletzungen am Kopf davon. Ein älterer Herr wurde in den Rücken gestochen. Es kam zu Verhaftungen. Der Kölner Polizeipräsident Bauknecht erließ hierauf umgehend ein Versammlungsverbot für die NSDAP und auch gleich für die Deutsch-völkische Freiheitsbewegung und den Stahlhelm.

Mit dieser Form der Judenfeindschaft machte der CV im Rheinland eine neue Erfahrung. Vergleicht man etwa den Raum, den die CV-Zeitung 1927 der NS-Bewegung im Rheinland einräumen musste, gegenüber dem vorheriger Jahre, dann wird

¹²² CVZ, Die völkische Gefahr am Rhein, Nr. 14, 8. April 1927, S. 180. Zu den Reaktionen auf den Abzug der alliierten Streitkräfte siehe CVZ, Das deutsche Köln – Eine wahrhaft nationale Feier, Nr. 6, 5 Februar 1926, S. 62; CVZ, Der CV im Rheinland voran!, Nr. 2, 14. Januar 1927, S. 17, in dem Jacobi die größere Entfaltungsmöglichkeit für die CV-Arbeit begrüßte, aber zugleich vor der bis dahin weitgehend unterdrückten NS-Propaganda warnte.

¹²³ CVZ, Die völkische Gefahr am Rhein, Nr. 14, 8. April 1927, S. 180.

¹²⁴ Siehe in diesem Zusammenhang CVZ, Rastätten-Köln-Berlin, Nr. 12, 25. März 1927, S. 151; ferner CVZ, Der Rastätter Landfriedensbruchprozeß, Sonderbericht für die C.-V.-Zeitung, Wiesbaden, 5. März 1928, Nr. 10, 9. März 1928, S. 132. Die kriminelle Entwicklung der NSDAP in Köln ist gut nachvollziehbar mithilfe des Nachlasses Billsteins, Stadtarchiv Köln, Bestand 903.

Im Übrigen stand im CV zweifelsfrei fest, dass auch die 1927 stattfindenden Ausschreitungen gegen jüdische Passanten auf dem mondänen Berliner Kurfürstendamm, die nach einer Schlägerei zwischen Nazi-Trupps und Mitgliedern des Rotfrontbundes stattfanden, auf den Einfluss Joseph Goebbels zurückgingen. Die CVZ führte aus: „Der Führer der rheinischen Hakenkreuzler, Dr. Goebbels, hat offenbar die Organisation der Hakenkreuzler in Berlin und Umgebung übernommen. Er will mit seinen im Rheinland erprobten Methoden jetzt hier der Bewegung auf die Beine helfen.“ CVZ, Rastätten-Köln-Berlin, Nr. 12, 25. März 1927, S. 151. Siehe ferner CVZ, Wie Herr Göbbels Berlin erobern will, Nr. 10, 9. März 1928, S. 131. Der CV hatte Goebbels schon während dessen Elberfelder Zeit im Blick. Überwachungsergebnisse fanden sich in: Central-Vereins-Dienst, Nr. 1, Jg. III, 21. Mai 1926, S. 8.

¹²⁵ CVZ, Ausschreitungen in Köln, Nr. 11, 18. März 1927, S. 139.

der Wandel augenfällig. In der ersten Nummer der seit Mai 1922 wöchentlich erscheinenden CV-Zeitung etwa, die damit die Zeitung Im Deutschen Reich ablöste, wurde die Verurteilung des Kölner NSDAP-Ortsgruppenführers Richard Cordier, der wegen Unterschlagung und diverser „Schwindeleien“¹²⁶ angeklagt worden war, lediglich mit einer knappen Notiz bedacht. Dass diese Ruhe letztlich eine scheinbare war, zeigte sich seit 1924 insbesondere in Wahlkampfzeiten. Im Vorfeld der Reichstagswahl im Mai 1924 wandte sich etwa Hanna Salomon aus der Ortsgruppe Hamm/Sieg direkt an die Hauptgeschäftsstelle, um dringend um Unterstützung in Form größerer Aufklärungsversammlungen für Juden und Christen zu ersuchen, nachdem

„die jüdischen Mitbürger hier derartig beschmutzt [und] besudelt worden [sind], daß selbst verschiedenen christlichen Leuten die Scham der Empörung ins Gesicht stieg. [...] Es schmerzt mich tief, hier in einer Gegend, wo man früher keinen Antisemitismus kannte, zu sehen, wie willig u[nd] gerne die Leute dieses Gift in sich aufnehmen; ich bitte Sie daher nochmals, dafür Sorge tragen zu wollen, daß hier u[nd] im ganzen Siegerlande, Betzdorf u[nd] Siegen z. B.[,] Aufklärungsversammlungen stattfinden, es ist hohe Zeit dazu.“¹²⁷

Auch Karl Löwenstein aus dem nahezu hundertprozentig katholischen Aachen, Bruder des Leiters des RjF und Ortsgruppenvorsitzender seit 1923 – er hatte Hermann Gottfeld im Amt abgelöst –, teilte Berlin im Oktober 1925 mit:

„Der Antisemitismus hat [...] in den verschiedensten Kreisen in der letzten Zeit in Aachen zugenommen[,] trotzdem er in anderen Gegenden abgenommen hat. Es scheint allgemein auch hier eine gewisse Angleichung an die übrigen Teile Deutschlands stattzufinden. Für umso wichtiger halten wir es nunmehr, durch einen Aufklärungsvortrag dem Antisemitismus entgegenzutreten.“¹²⁸

Die judengegnerische Agitation seit Kriegsende hatte ihre Spuren hinterlassen. Weder die Sicherheit durch die Besatzungsverhältnisse noch die der Weimarer Konsolidierungsjahre, die „Normal-Jahre“¹²⁹, wie der CV sich im Geschäftsbericht für die Jahre 1926 und 1927 ausdrückte, flößten nachhaltig Vertrauen für die Zukunft ein.

Zusätzlich zu der mittlerweile offenen Judenfeindschaft machte im CV die Haltung der DNVP Sorgen, denn diese gerierte sich weniger offensiv antijüdisch als vielmehr ajüdisch. So fiel dem CV im Zuge einer gemeinsamen Tagung der Nationalkonservativen mit dem Alldeutschen Verband in Köln im Herbst 1926 auf,

„wie w e n i g von Juden und Judentum die Rede ist. Es wäre aber völlig verfehlt, deshalb die vollkommen völkische Einstellung der Deutschnationalen Volkspartei und des Alldeutschen Verbandes zu verkennen. [...] Immer wieder sei darauf hingewiesen, wie gefährlich für unsere Stellung im deutschen Vaterlande diese Taktik ist. Wir wissen, daß täglich große Teile der deutschen J u g e n d, um von den Alten ganz zu schweigen, mit der Tatsache des angeblich wissenschaftlichen Beweises geistiger Minderwertigkeit der Juden erfüllt werden. Wie wird es in Deutschland aussehen, wenn diese Kreise als Beamte, als Lehrer, als Richter, als Geistliche F ü h r e r d e s V o l k e s sein werden?

¹²⁶ CVZ, Der ‚Nationalsozialist‘ Cordier vor Gericht, Nr. 1, 4. Mai 1922, S. 115.

¹²⁷ HM2 8708, Osoby 721 I, Akte 542, Frame 1010f.

¹²⁸ HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 267, Frame 2212.

¹²⁹ 1926/1927. Zwei Jahre Arbeit im Central-Verein, S. 7.

[...] Wir sehen, welche gewaltigen Aufgaben der Aufklärung hier für unseren Centralverein vorliegen.“¹³⁰

Diese Weitsicht bewahrheitete sich insbesondere seit der Reichstagswahl 1928:

„Der Versammlungskalender im ‚Westdeutschen Beobachter‘ weist täglich eine, meistens mehrere Versammlungen innerhalb des Gaues auf. Hauptredner sind Ley (Köln), Grohé (Köln), Schaller (Köln), Zenner (Brohl), Koch (Elberfeld), Kaufmann (Elberfeld), Wagner (Bochum). In Köln hat S t r e i c h e r gesprochen, G o e b b e l s ist angesagt. Die Völkischen sichern meist die Versammlungen durch starke Aufgebote Uniformierter. Auffällig ist die starke Tätigkeit auf dem Lande, aber auch die Städte werden nicht vernachlässigt. Die Versammlungen werden meist durch Militärmusik umrahmt, sie erleiden aber meist dadurch Abbruch, daß zumeist in den Städten ein Eintrittsgeld erhoben wird.“¹³¹

Das Eintrittsgeld schreckte nicht viele ab. Die Bereitschaft, einem Spektakel beizuwohnen, war vielerorts vorhanden, vor allem dann, wenn sich die Möglichkeit bot, „den ‚g r o ß e n T r o m m l e r‘ (gegen gutes Entgelt) zu hören.“¹³² Dass sich Adolf Hitler mit rheinischen Großindustriellen traf, war im CV bekannt.¹³³

Die Annahme, Rheinländer seien wegen ihres liberalen Geistes und ihrer katholischen Sittenstrenge weniger anfällig für Appelle an die niederen menschlichen Instinkte, erwies sich im Ergebnis als Selbstbetrug. Dies belegten die Ergebnisse der Reichstagswahl 1928 im Vergleich mit denen vom Dezember 1924. Der Anteil der völkischen Wähler in den rheinischen katholisch dominierten Wahlkreisen war noch verhältnismäßig niedrig.¹³⁴ Vier Jahre später hatten NSDAP, Völkisch-Nationaler Block und andere antisemitische Splittergruppierungen in katholischen Regionen vor allem dort aufschreckende Zugewinne machen können, wo diese als ausgewiesene Hochburgen des Zentrums galten. Zwar lagen sie hier oft immer noch unter dem Reichsdurchschnitt, aber im Köln-Aachener Wahlkreis war 1928 der auf Kosten des Zentrums gehende Stimmenzuwachs für die Völkischen gegenüber 1924 ein über hundertprozentiger. Im Wahlkreis Koblenz-Trier lag die prozentuale Zunahme sogar bei über 550 Prozent.¹³⁵ Dieser Trend nahm bis 1932 mit jeder Wahl weiter zu und so stellte ein Zwischenbericht aus dem Jahr 1928 fest, dass mittlerweile auch

¹³⁰ CVZ, Tagung der Deutschnationalen Volkspartei in Köln, Nr. 29, 17. September 1926, S. 502.

Vor der Reichstagswahl 1928 erinnerte die CVZ an die Wahlkampfaktik der DNVP vier Jahre zuvor, als sie mit abgeschmackten Reimen wie „[v]on Franzosen, Polacken und Judenschmök befreit Euch der Völkisch-Nationale Block“ auf Stimmenfang gegangen war. CVZ, Schamlos!, Nr. 20, 18. Mai 1928, S. 279.

¹³¹ CVZ, Die Nationalsozialisten im Rheinland, Nr. 16, 20. April 1928, S. 214.

¹³² CVZ, Deutschnationale und Nationalsozialisten, Nr. 20, 18. Mai 1928, S. 278.

¹³³ Vgl. ebda. Vor allem für die frühen 1930er Jahre finden sich Überwachungsberichte der Polizei im Landeshauptarchiv Koblenz (LHAK), Bestand 403, Nr. 16736. Weitere Beispiele für Übergriffe gegen Juden aus der Region finden sich ebda., Nr. 16791.

¹³⁴ Vgl. CVZ, Die judengegnerischen Stimmen im Reiche, Nr. 20, 15. Mai 1924, S. 284. Hier finden sich Tabellen zur Stimmverteilung nach Wahlkreisen sowie eine kartografische Darstellung zum Abstimmungsverhalten, differenziert nach völkischer und deutschnationaler Einstellung.

¹³⁵ Vgl. CVZ, Vergleichende Uebersicht über den Ausfall der Reichstagswahlen 1924 und 1928 für die judenfeindlichen Parteien, Nr. 21, 25. Mai 1928, S. 297. Eine wirtschaftlichen und soziologischen Kriterien folgende Wahlanalyse für die Landkreise im Aachener Regierungsbezirk seit 1924 liefert Plum, 1972, S. 436ff.

„das schöne und stille Moseltal [...] seine Judenhetze [hat]. Seit einigen Wochen hat im Hochwald und anschließend im Moselgebiet von Z e l l bis B e r n c a s t e l mit Einschluß von T r a b e n-T r a r b a c h eine umfangreiche nationalsozialistische Propaganda eingesetzt [...] Die Moselaner sind liebenswerte, freundliche Menschen, denen der Haßgedanke an sich fern liegt. [...] Die Mosel ist in der Hauptsache katholisch. Es gibt aber noch einige stark evangelische Zentren [...] Ein solcher Mittelpunkt ist Enkirch, ein Ort, der zugleich auch als Zentrum nationalsozialistischer Propaganda gelten kann. Als weitere Hochburg ist V e l d e n z im Kreis Berncastel zu nennen. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß sich die Anhängerschaft der Nationalsozialisten nur in evangelischen Gebieten ausbreitet. Einen Gegenbeweis liefert der Ort H e r m e s k e i l im Hochwald, der zu neun Zehntel katholisch ist und heute bereits zum größten Teil nationalsozialistisch verseucht ist.“¹³⁶

Den Protestantismus allein als Hort der politischen Reaktion zu identifizieren, war eine falsche Schlussfolgerung. Konfessionelle Zugehörigkeit immunisierte nicht.

3.1.12 Verbündete? Katholischer Klerus und politischer Katholizismus

Auffallend wackelte seit 1927 das Vertrauen der Vereinsfunktionäre in die Katholiken des Rheinlandes. Immer wieder versuchten sie, mit diesen Fühlung aufzunehmen. 1924 etwa wurde eine erstmals in Köln stattfindende und von Katholiken ausgehende Vortragsreihe vom CV dankend aufgegriffen, auch weil sie sich an Intellektuelle aller

¹³⁶ CVZ, Nationalsozialistische Propaganda an der Mosel und im Hochwald, Nr. 22, 31. Mai 1928, S. 288. Diesem Artikel zufolge dachte der Centralverein über einen Boykott dieser Tourismusregion nach. Aber er beschränkte sich auf Bekanntmachungen über jüdenfeindliche Kurorte und Gasthäuser, wie sie in einer entsprechenden Liste in der CVZ-Beilage vom 8. Mai 1931 abgedruckt wurden. Bevor es zu solchen Veröffentlichungen kam, vergewisserten sich die Vereinsmitarbeiter, dass korrekt recherchiert worden war. So bat der Syndikus der Hauptgeschäftsstelle, Hans Reichmann, am 14. September 1928 die Kölner Geschäftsstelle um Bestätigung der behaupteten jüdenfeindlichen Gesinnung im Restaurant Zum Stern. Ein S. Neumann hatte Berlin darüber informiert, dass er sich bei einem Glas Bier antisemitische Äußerungen vonseiten des Wirtes hätte verbitten müssen. Auch die Bedienung gerierte sich nach Neumanns Eindruck antisemitisch. Der jüdische Hotelbesitzer David Gottschalk konnte Neumanns Verdacht bestätigen. Vgl. HM2 8759, Osoby 721 I, Akte 2320, Frame 2650.

Um glaubwürdig zu bleiben, korrigierte sich der CV zuweilen und nahm alte oder falsche Warnungen zurück. Nachdem Mitte der 1920er Jahre ein CVer aus Bochum vor dem Haus Jox, erneut Bad Neuenahr, gewarnt hatte, erhielt Berlin von einem Julius Dresel die Information, Jox bedaure seine vormals gemachten Äußerungen. Berlin versuchte die Information nochmals zu verifizieren und fragte an, „ob sich derartige antisemitische Vorgänge in der Zwischenzeit im Hause Jox ereignet haben und ob sich überhaupt Herr Jox in irgend einer Weise antisemitisch betätigt hat.“ Vgl. ebda., Frame 2681. An anderer Stelle hatte der Ortsgruppenvorsitzende Andernachs, Weingutbesitzer Moritz Loeb, die CVZ-Redaktion darauf aufmerksam machen müssen, dass dem Besitzer des Hotels Kaiserhof in Neuenahr, Neumerkel, Unrecht getan wurde. Loeb selbst pflegte Geschäftsverkehr mit Neumerkel und fühlte sich verpflichtet, gegen die falsche Nachrede durch den CV einzuschreiten, „damit der Mann nicht in seinem Unternehmen geschädigt ist.“ Ebda., Frame 2665.

Kurt Alexander hatte die im Sommer 1926 aufkommende Idee, ob „der wirtschaftlich-politische, gesellschaftlich-geistige Boykott, der von der anderen Seite ausgeht, eine g l e i c h e B e w e g u n g in unseren Reihen zuläßt“, in einem Leitartikel der CVZ abgelehnt. Er forderte stattdessen überall „die Mitarbeit des deutschen Juden am deutschen Gemeinschaftsleben. CVZ, Mitarbeit, kein Abschluß!, Nr. 28, 9. Juli 1926, unpaginiert.

Glaubensrichtungen wandte, um über den Katholizismus aufzuklären. So druckte die CVZ den Vortragsbeitrag des in Aachen ansässigen Professors Winfried Englerts, der bis 1911 in Posen und dann in Bonn an der Katholisch-theologischen Fakultät lehrte. Seine Behauptungen, es gebe „für das Judentum keine bessere Rückversicherung als bei der Kirche, die es nie dem materialistischen Rassensumpf einer aberwitzigen Modetheorie preisgeben kann“, oder: „Turmhoch, ja himmelhoch steht die Kirche über [dem] zeitigen Antisemitismus“¹³⁷, müssen beruhigend im CV aufgenommen worden sein. „Die Kirche ist nicht gegen, sondern für die Juden, wie für jeden Menschen.“¹³⁸ Aber der Humanismus der katholischen Kirche kannte doch Vorbehalte und Vorurteile, wie zwei Jahre später einer Erklärung Papst Pius' XI. zu entnehmen war. Die CVZ stellte dazu fest,

„daß er [der Papst] den Kampf gegen den Antisemitismus, die in den katholischen Ländern gefährlich angewachsene Bewegung, unterstütze. Er sagte wörtlich: „Es ist gegen das katholische Prinzip, die Juden zu verfolgen. Die Juden sind ein göttliches Volk, obwohl ihre höhere Intelligenz zu rationalistisch ist.“¹³⁹

Es war folglich nicht selbstverständlich, katholische Kleriker zur gemeinsamen Abwehrarbeit zu gewinnen. Kaplan Helmut Fahsel hatte sich im Spätherbst 1929 nach mehrfachen Anfragen bereit erklärt, sich gegen ein stattliches Honorar von rund 350 Mark, was in etwa dem Monatsgehalt eines Büroangestellten entsprechen konnte, der Kölner Ortsgruppe zur Verfügung zu stellen, um einen Vortrag zu halten. Fahsel sprach absichtlich nicht offensiv gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus, sondern allgemein über den Toleranzgedanken. Er war der Überzeugung, die Wirkung seines Vortrages steigern zu können, „wenn er nicht vom Central-Verein, sondern etwa von einer katholischen Bildungsvereinigung“¹⁴⁰ ausginge. Die Skepsis, die die Korrespondenz zwischen der Hauptgeschäftsstelle und dem Kölner Büro bezüglich Fahsel zum Ausdruck brachte, wurde durch die Dezemberausgabe 1929 der im CV kursierenden Führerbriefe ergänzt. Dort lautete die mittelbare Order an die Ortsgruppen und Landesverbände: „Dringend erforderlich ist vor allem eine systematische Aufklärungstätigkeit in der christlichen Lehrerschaft.“¹⁴¹

Beide Seiten waren bemüht, Gemeinsamkeiten zu betonen. Eine solche Parallele bestand darin, die Verfolgungs- und Diskriminierungserfahrung von Katholiken während der Kulturkampfzeit mit der von Juden zu vergleichen.¹⁴² Aufgrund jahrzehntelanger konfessionell begründeter Zurücksetzungen im protestantisch dominierten Preußen konnten Katholiken ihrerseits empfindlich auf vermeintliche Konkurrenz reagieren. Das erfuhr 1930 der Wiener Staats- und Völkerrechtler Professor Hans Kelsen, der verantwortlich für den zehn Jahre zuvor vorgelegten österreichischen

¹³⁷ CVZ, Judentum und katholische Kirche, Nr. 35, 28. August 1924, S. 518.

¹³⁸ Ebda., S. 517.

¹³⁹ CVZ, Der Papst über den Judenhaß, Nr. 30, 23. Juli 1926, S. 395.

¹⁴⁰ HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 796, Frame 1716ff.

¹⁴¹ Führerbriefe, Nr. 2, 15. Dezember 1929, S. 28. In der gleichen Ausgabe findet sich der Rat an die Vereinsmitarbeiter, im Beschwerdefall gegenüber Geistlichen stets den mündlichen Weg einzuschlagen und dabei „größte[...] Vorsicht“ walten zu lassen. Ebda., S. 30.

¹⁴² Vgl. CVZ, Der Papst über den Judenhaß, Nr. 30, 23. Juli 1926, S. 395.

Verfassungsentwurf zeichnete. Kelsen hatte den Ruf an den neuen Lehrstuhl der Universität Köln erhalten, wogegen die Kölner Volkszeitung wettete und die Berufung als Verletzung eines vermeintlich allein katholischen Anspruchs ablehnte, zumal die Hochschule bereits mit jüdischen Professoren „übersetzt“¹⁴³ sei. Auf den Protest der Kölner CV-Landesverbandszentrale hin, die Ämterverteilung unabhängig von der konfessionellen Zugehörigkeit zu beurteilen, da ansonsten ein Verfassungsbruch vorliege, beteuerte die Redaktion der Volkszeitung, keine antisemitische Gesinnung zum Ausdruck gebracht haben zu wollen. Der heuchlerische Eindruck blieb.

Antijudaistische Vorbehalte innerhalb katholischer Kreise und die zweifelsohne vorherrschende Antipathie gegenüber den Nazis schlossen einander nicht aus. In der Bekämpfung der Nazis fand der CV daher durchaus bei Politikern der Zentrumspartei verlässliche Weggefährten. „Die Fühlung zwischen den orthodoxen jüdischen Kreisen und dem Zentrum ist sogar eine recht enge“¹⁴⁴, etwa mit Blick auf die befürwortende Haltung gegenüber Konfessionsschulen, die jüdische Wähler auch honorierten. Zudem sei im politischen Katholizismus „der Rassebegriff niemals Kampfbegriff“¹⁴⁵ gewesen.

Einzelne Ausfälle auf katholischer Seite wie die Unterstellung der zersetzenden jüdischen Art, die der Landtagsabgeordnete Dr. Leo Schwering aus Köln unmittelbar vor der Volksabstimmung zum Youngplan und ein halbes Jahr vor den Kommunalwahlen in Preußen anzudeuten wagte, schienen den CV nicht weiter zu stören. Im Vordergrund stand die Notwendigkeit einer starken „Front gegen den Nationalsozialismus“ und dessen „Vernichtungswille“, der sich gegen den „bisherigen Staat“¹⁴⁶ richte.

Dabei erwies sich namentlich Schwering sehr wohl als pflichtbewusster Demokrat, der über die Jahre hinweg rührig die Seiten der CVZ nutzte, nicht zuletzt um jüdische Wähler mit Versprechen zu umschmeicheln wie:

„Das Zentrum nimmt den Kampf gegen den Nationalsozialismus immer ernst. Unsere Waffe ist die Aufklärung [...] Wir bekämpfen den Nationalsozialismus weltanschaulich.“¹⁴⁷

Ferner erhielten die CVer berechtigten Beifall dafür,

„die Gefahr des Nationalsozialismus für Deutschland viel früher erkannt [zu haben] als die Parteien und [...] schon zu einer Zeit energisch bekämpft [zu haben,] als andere noch schliefen!“¹⁴⁸

Die Hoffnung, Kirche und Zentrum letztlich aufgerüttelt zu haben, nährte sich ebenso durch die 1931 erfolgten Veröffentlichungen der Hirtenbriefe, an denen sich auch der Kölner Kardinalerzbischof Schulte beteiligt hatte. Diese publizistische Kundgebung der Exzellenzen bildete für den CV einen wichtigen solidarischen Ausdruck, nachdem es

¹⁴³ CVZ, Um den Kölner Lehrstuhl, Nr. 30, 25. Juli 1930, S. 395.

¹⁴⁴ CVZ, Zentrum und Judentum, Nr. 22, 31. Mai 1928, S. 286.

¹⁴⁵ Ebda.

¹⁴⁶ CVZ, Front gegen den Nationalsozialismus, Nr. 14, 5. April 1929, unpaginiert.

¹⁴⁷ CVZ, Der Aufmarsch der Parteien. Zentrum und Nationalsozialismus, Nr. 35, 29. August 1930, S. 454.

¹⁴⁸ Ebda.

„in letzter Zeit wiederholt öffentlich ausgesprochen worden [ist], daß der Nationalsozialismus mit seinem Kampf gegen das Christentum, insbesondere gegen Rom, unvereinbar mit der katholischen Weltanschauung ist. [...] Es drohen fortgesetzt eine Reihe von schiefen und falschen Auffassungen, die [...] mehr und mehr die unserer Hirtensorge anvertrauten Seelen [...] verwirren und [...] gefährden. Dieser Verwirrung und Gefährdung gegenüber können und dürfen auch wir Oberhirten nicht länger schweigen, zumal, als unser Abwarten gegenüber der Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung schon mißdeutet wurde.“¹⁴⁹

Klerikale Kreise gestanden damit ein, in den zurückliegenden Jahren versagt zu haben. Die folglich nur teilweise erfüllte Hoffnung des Vereins, in katholischen Kreisen eine Rückversicherung gegen Nationalsozialismus und Antisemitismus zu finden, brachte ihm in Erinnerung, letztlich auf sich selbst gestellt zu sein.

3.1.13 Aufklärung unter Nichtjuden: CVZ, Monatsausgabe und Versammlungsaktivitäten

1925 wandte sich der Verein an seine vor allem bürgerlichen Mitglieder, weil diese dem allgemeinen Trend im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung nachgaben und sich, müde von den vergangenen politischen Wirren, ins Private zurückzogen. Die Ortsgruppen im Blick hieß es dazu:

„Sie stellen allmählich die sonst so eifrig betriebene Aufklärungsarbeit ein, verschicken keine Schriften mehr, veranstalten keine Versammlungen für christliche Mitbürger, kurzum: man ‚baut ab‘. I s t d a s r i c h t i g? [...] N e i n! [...] wir müßten jetzt ‚erst recht‘ an die Arbeit gehen [...] Es kann nicht verkannt werden, daß die Rückkehr zur Vernunft und zur innerpolitischen Gesundheit seit den Wahlen vom 4. Mai [1924] zu marschieren begonnen hat. Unsere Pflicht ist es, diesen Zug nicht durch unsere Untätigkeit aufzuhalten [...]. A l s o n i c h t ‚A b b a u‘ h e i ß t d i e P a r o l e, s o n d e r n ‚A u s b a u‘.“¹⁵⁰

Immer häufiger waren motivierende Appelle wie der folgende notwendig:

„Unsere Ortsgruppen haben die Pflicht, die Schlupfwinkel des völkischen Rowdytums besonders im Auge zu behalten und die Landesverbände ebenso wie die Zentrale rechtzeitig zu verständigen. Die Behörden sind zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf die Mitarbeit der Bürger angewiesen.“¹⁵¹

Die linksrheinischen Vereinsmitarbeiter versuchten deshalb, den Veranstaltungstakt zu forcieren.¹⁵² In der CV-Woche im Rheinland etwa, die am 23. Januar 1927 in Koblenz ihren Abschluss fand, hatte der Verein 24 Aufklärungsversammlungen hinter sich gebracht. Die Mitglieder seien „durch Belehrung, Mahnung und Warnung [...] emporgerissen [worden] zu erneutem engen Zusammenschluß im Kampf gegen den

¹⁴⁹ CVZ, Katholizismus gegen Nationalsozialismus, Nr. 11, 13. März 1931, S. 119.

¹⁵⁰ CVZ, Besseren Zeiten entgegen? Mahnruf an alle Ortsgruppenvorsitzenden, Nr. 22, 29. Mai 1925, unpaginiert.

¹⁵¹ CVZ, Ausschreitungen in Köln, Nr. 11, 18. März 1927, S. 139.

¹⁵² CVZ, Die C.V.-Woche im Rheinland, Nr. 5, 28. Januar 1927, S. 44.

völkischen Gegner.“¹⁵³ Dynamisch versuchten die CV-Funktionäre aufzutreten, schließlich müsse der Verein „zu einer gewaltigen Bewegung werden, die jeden umschließ[t]“¹⁵⁴, wie Holländer auf der Großkundgebung im Gürzenicher Saal in Köln im Verlauf der Rheinlandwoche betonte. Eine Strategieänderung schien überfällig zu sein, um kompensierend eine „großzügige Werbearbeit“ mittlerweile nicht mehr um den Bürger, sondern „um den Volksgenossen“¹⁵⁵ einzuleiten. Da der Verein bisher die eigene hohe Erwartung, zur Bewegung zu reifen, nicht erfüllt hatte, passte sich nun auch seine Sprache an die lohende Sehnsucht nach einem nationalen Kollektivismus an.

Außerdem war bis dahin die Anzahl der Veranstaltungen, die er in jüdischen Kreisen organisierte hatte, stets höher gewesen als die, die er in nicht jüdischen organisiert hatte. Zwischen 1921 und 1924 standen 815 Mitgliederversammlungen lediglich 80 Aufklärungsversammlungen für Christen gegenüber.¹⁵⁶

Der CV bemühte sich, diese Diskrepanz in den kommenden Jahren zu reduzieren. Wie wirkungslos aber selbst Holländers Ansage vom Januar 1927 im linksrheinischen Verband war, mag die Verteilung der seit dem 1. Juli 1925 für explizit nicht jüdische Leser erscheinenden Monatsausgabe der CVZ zeigen. Ihre Verteilungsquote blieb im Landesverband Linksrhein überhaupt und im Vergleich zu seinem Nachbarverband verschwindend gering. Am erfolgreichsten konnte sie im Bayerischen expediert werden.

Monat/Jahr	Linksrhein	Rld.-Westfalen	Bayern	Insgesamt
Jan. 1926	154	1.296	9.067	21.531
Dez. 1926	615	2.386	9.028	30.500
Jan. 1927	617	2.430	8.963	33.000
Dez. 1927	717	3.424	8.821	53.000 ¹⁵⁷

Neben diese publizistische Maßnahme trat der Versuch, die Anzahl der Versammlungen außerhalb jüdischer Kreise zu erhöhen. Der CV stieß dabei durchaus auf Resonanz. Am 16. Dezember 1928 etwa sprach in Köln der CV-Gastredner Professor Julius Goldstein aus Darmstadt „vor über 100 geladenen nicht jüdischen Persönlichkeiten“¹⁵⁸, die der CV in einer Adressenkartei pflegte. Außerdem fallen zusehends CV-Aufklärungsversammlungen auf, die dem Stil nach Großdemonstrationen waren. Solcher Art war die Versammlung, die im Anschluss an die Verurteilung des

¹⁵³ Ebda. Im Verhältnis zu anderen Großveranstaltungen, die der CV im Oktober 1926 in Bayern, im März 1927 in Oberschlesien, im Mai im Danziger und im November 1927 im Stettiner Raum organisiert hatte, war die rheinische Woche mit Abstand die größte. Vgl. die Angaben in: 1926/1927. Zwei Jahre Arbeit im Central-Verein, S. 49.

¹⁵⁴ Ebda., Die grosse Kundgebung in Köln, S. 43. Bei diesem Artikel handelt es sich um die Wiedergabe eines Berichts der Kölnischen Zeitung über diese Kundgebung.

¹⁵⁵ Ebda.

¹⁵⁶ Vgl. Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 10. Oktober 1921 bis 31. März 1924, S. 29. Die Veranstaltungsliste führt daneben 62 Hauptvorstandssitzungen, 85 Delegiertenversammlungen der Landesverbände, 24 Rednerkurse, 30 finanzielle Werbeversammlungen (Branchenversammlungen) sowie 14 Frauenversammlungen auf.

¹⁵⁷ Vgl. 1926/1927. Zwei Jahre Arbeit im Central-Verein, S. 40. Hinsichtlich des Erfolges der Monatsausgabe im Landesverband Rheinland-Westfalen sei gesagt, dass der Landesverband Groß-Berlin eine kaum höhere Verteilungsrate hatte. Siehe daneben den Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925, S. 48.

¹⁵⁸ CVZ, Aufklärungsversammlung des Centralvereins in Köln, Nr. 51/52, 21. Dezember 1928, S. 726.

Landtagsabgeordneten Ley, Besitzer des Hetzblattes Westdeutscher Beobachter (WB), dessen Immunität im Vorfeld des Kölner Ritualmordprozesses aufgehoben worden war, organisiert wurde.¹⁵⁹ Eugen Jacobi hatte auf eigene Verantwortung hin die Kölner Bürger zu dieser Aufklärungsversammlung am 29. Juli 1929 geladen. Anlässlich des Ereignisses machten die Rabbiner Eschelbacher und Rosenthal vor rund 2.000 Menschen Ausführungen über die historischen, kriminellen, psychologischen und kulturanthropologischen Aspekte des Menschenopfers im Allgemeinen sowie des Blutaberglaubens im Besonderen.¹⁶⁰

Diese Bemühungen, in christlichen Kreisen Aufklärung zu verbreiten, fanden nicht immer die nötige Ergänzung außerhalb der CV-Reihen. Der WB hetzte weiterhin¹⁶¹, während der Bonner Oberbürgermeister sich weigerte,

„gegen Revolverblätter vom Schlage des ‚Westdeutschen Beobachters, der von Verbrechern am deutschen Volke geschrieben und nur noch von beschränkten Menschen ernstgenommen wird, vorzugehen.“¹⁶²

Gemäß dem eigenen Anspruch konnte der CV diese Taktik nicht gutheißen, weil „vornehmes Niedrigerhängen nur die Kühnheit jener Sorte von Journalisten steigert. Greift der Strafrichter nicht ein, so wird der Angriff immer frivoler.“¹⁶³ Das galt auch hinsichtlich der wachsenden Zahl von Aufrufen zum Wirtschaftsboykott gegen Juden, die oft auf regionale Befindlichkeiten und Eigenarten abgestimmt waren.¹⁶⁴ Ein solcher Aufruf, der sich konkret an die katholische Bevölkerung Aachens wandte, lautete:

¹⁵⁹ Der Westdeutsche Beobachter hatte die Behauptung aufgestellt, der Primaner Daube aus Gladbeck sei Opfer eines Ritualmordes geworden. Ley wurde zu 1.000 Mark Geldstrafe verurteilt, die Druckplatten der entsprechenden Nummern wurden eingezogen. Vgl. den Leitartikel der CVZ, Ritualmordprozeß in Köln, Nr. 31, 2. August 1929. Direkt im Anschluss finden sich die Darstellungen über die Versammlung der NSDAP mit Ley und die Gegendemonstration des Centralvereins mit Eschelbacher und Rosenthal.

¹⁶⁰ Vgl. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 178, Frame 1116. Angesichts des großen Erfolges entschuldigte sich Jacobi nur indirekt für sein eigenmächtiges Vorgehen. Statt eines Berichtes sandte er der Hauptgeschäftsstelle eine Auswahl durchweg positiver Pressestimmen aus dem Rheinland. Siehe ebda., Frame 1112ff. Die CVZ griff das Thema auch kulturvergleichend auf. Hinsichtlich der Art, wie in China Ritualmordhetzer bestraft wurden, hatten die Redakteure der CVZ den Blick ihrer Leser wie folgt erweitert: „Noch vor wenigen Jahrzehnten wurden die christlichen Missionare in China des Ritualmordes an chinesischen Kindern beschuldigt. Das Volk wurde systematisch gegen die Christen aufgehetzt, Plakate berichteten von christlichen Blutmorden.“ Die strafrechtliche Verfolgung sah vor: „Proklamationen gegen die Verbreiter dieser Plakate sind erlassen und verschiedene Schuldige bereits eingefangen worden, die zur Strafe in Ketten in den Straßen paradiere müssen, um den Hals den Holzkragen tragend, auf dem geschrieben steht: ‚Für das Erfinden von grundlosen Gerüchten, um das Volk aufzuhetzen.‘“ CVZ, Wie man in China Ritualmordhetzer bestraft, Nr. 20, 17. Mai 1929, S. 262.

¹⁶¹ Kostproben aus der Presse sowie aus Vorträgen von Ley oder dem im CV einschlägig bekannten Pfarrer Münchmeyer finden sich etwa in: CVZ, Dokumente von unserer Zeiten Schande, Nr. 50, 11. Dezember 1931, S. 571ff.; siehe zudem die vom CV herausgegebene Materialsammlung: Die Stellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, 1932, Abschnitt b), Die NSDAP zur Judenfrage im gesprochenen Wort; Abschnitt d) Die NSDAP zur Judenfrage in der Presse.

¹⁶² CVZ, Oberbürgermeister von Bonn gegen Revolverblätter, Nr. 40, 4. Oktober 1929, S. 536.

¹⁶³ Ebda.

¹⁶⁴ Vgl. CVZ, Wichtige Entscheidungen zum Kampf gegen den Wirtschaftsboykott, Nr. 3, 17. Januar 1930, S. 26. Der Verein sammelte, begutachtete und bearbeitete fortlaufend Boykottfälle, die an die Landesverbände weitergereicht wurden. Vgl. CVZ, Boykott, Nr. 43, 23. Oktober 1931, S. 582.

„Und wieder sucht der Jude, der über unseren Christusglauben lacht und spottet, ein Riesengeschäft daraus zu machen [...] hinter diesem Warenhausflimmer steht die typische Ausgeburt jenes Volkes, das vor bald 2000 Jahren Christus ans Kreuz schlug: das brutale internationale jüdische Kapital. Meidet den Juden [...] der seit einigen 1000 Jahren Uebung genug im Betrug erworben hat. Wer beim Juden kauft, handelt widersinnig, dumm und gewissenlos.“¹⁶⁵

Das Landgericht Aachen schritt am 23. Dezember 1929 – das Weihnachtsgeschäft war weitgehend abgeschlossen – auf der Basis einer einstweiligen Verfügung gegen diesen konkreten Boykottaufruf ein. Doch letztlich blieb die üble Nachrede hartnäckig an den Verleumdeten kleben, frei nach dem Motto: *semper aliquid haeret*.

Mit Rechtsschutzaktionen und Aufklärungsversammlungen versuchte sich der CV, gegen „die Roheit und Niedrigkeit der nationalsozialistischen Agitation“¹⁶⁶ zu wehren. Tumultartige Szenen spielten sich nicht selten im Verlauf seiner Versammlungen ab. Weitreichender war in diesen Fällen allerdings das Presseecho, so auch, als Holländer zum Thema ‚Hindern die Juden Deutschlands Wiederaufbau?‘ in der Ortsgruppe Mönchen-Gladbach sprach. Hier hatte die Polizei den Schutz der Versammlung übernehmen müssen, weil das wie auch immer gelagerte Interesse an dieser CV-Aktion außerordentlich groß war.¹⁶⁷ Die seit 1927 unter der Leitung Richard Kaufmanns stehende CV-Gruppe war übrigens im Kölner Verband „eine unserer besten“.¹⁶⁸

Ein weiteres Beispiel für eine kombinierte CV-Aktion, die sich an Juden wie Nichtjuden wandte, war am 25. Mai 1930 die Kölner Verbandstagung des Zentralverbandes jüdischer Handwerker Deutschlands. Oberbürgermeister Adenauer war zugegen, ebenso Vertreter des Regierungspräsidiums, der Handwerkskammer und des Verbandes der Kölner Innungen. Es ging dem CV nicht allein darum, „das jüdische Handwerk von den Gefahren des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges zu bewahren“, der Verein betonte grundlegend „die Bedeutung des jüdischen Handwerks als Faktor in dem Bestreben, die Wahrheit über jüdische produktive Arbeit zu verbreiten.“¹⁶⁹ Bei der Bekämpfung von Vorurteilen im Allgemeinen und speziell hinsichtlich der beruflichen Stellung von Juden musste der CV allerdings auch wiederholt einschreiten, wenn aus Anspannung, Hilflosigkeit oder Revanchegedanken christliche Mitbürger fälschlicherweise in Misskredit gezogen wurden. Deshalb verteidigte der CV etwa den akademischen Berufsberater der Universität Köln, Dr. Fritz Cremer, der einem jüdischen Studenten davon abgeraten hatte, seine Berufswahl zugunsten des Staatsdiensts zu treffen.¹⁷⁰

¹⁶⁵ CVZ, Wichtige Entscheidungen zum Kampf gegen den Wirtschaftsboykott, Nr. 3, 17. Januar 1930, S. 26.

¹⁶⁶ CVZ, Trotz gegnerischer Störung erfolgreiche C.V.-Versammlung in M[ö]nchen-Gladbach. Nr. 20, 16. Mai 1930, S. 261.

¹⁶⁷ Vgl. ebda.

¹⁶⁸ Ebda., Frame 2197. Kaufmann löste Gustav Jonas im Amt ab. Jonas trat altersbedingt zurück und nicht etwa aufgrund seiner prozionistischen Einstellung, die ihn selbst nach der Einschätzung des Krefelders Kurt Alexander nicht davon abhielt, „ein durchaus zuverlässiger Centralvereiner“ zu sein. HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 1005, Frame 2198.

¹⁶⁹ CVZ, Die Kölner Tagung des Zentralverbandes jüdischer Handwerker Deutschlands, Nr. 22, 30. Mai 1930, S. 288.

¹⁷⁰ Vgl. CVZ, Bemerkungen, Nr. 20, 16. Mai 1930, S. 261.

3.1.14 Wahlkampf

Zum eigenen Bedauern stand es um den Grad der Aufklärung unter Juden auch nicht immer zum Besten. Das Aufklärungsdefizit bei den CV-Mitgliedern wird vielleicht am offenkundigsten an der wiederkehrenden Losung: **„Keine Stimme dem Kandidaten einer antisemitischen Partei!“**, so Kurt Alexander, der in seiner Funktion als Stadtverordneter der Krefelder DVP aus Anlass der Kommunalwahlen am 17. November 1929 noch einmal hieran erinnerte. „Seit Jahrzehnten“ erging diese

„Parole, so oft gehört, klingt [sie] beinah schon abgedroschen. Man müßte fürchten, daß sie ihre Werbekraft verloren hätte, wenn nicht bei jeder neuen Wahl ernste, allzuernste Tatsachen an die bittere Notwendigkeit dieser Losung mahnten. [...] Es ist leider zu erwarten, daß bei den bevorstehenden Wahlen in manchen Städten die **Nationalsozialisten** und die, die in der Agitation ihnen nicht nachstehen, Mandate erringen werden.“¹⁷¹

Allerdings galt es überhaupt erst einmal, die jüdischen Wähler an die Urnen zu bewegen. „Mit allem Nachdruck“ forderte Alexander deshalb dazu auf,

„daß jeder wahlberechtigte deutsche Bürger jüdischen Glaubens seiner Wahlpflicht genügt und seine Stimme nur einer Liste gibt, deren Träger ihm die Gewähr geben, daß sie dem wohlverstandenen städtischen Interesse bedingungslos ergeben sind und mit den Nationalsozialisten, die ja nie sachlich arbeiten können, nicht gemeinsame Sache machen.“¹⁷²

Dies war offiziell die einzige Einschränkung seiner parteipolitischen Unbefangenheit in Wahlzeiten. Aber auch das Wissen darüber hatte nicht immer die Breitenwirkung erzielt, die sich die CV-Mitarbeiter wünschten:

„Gegenüber einem Bericht der ‚Kölnischen Zeitung‘ [...] und auf Anregung mehrerer Mitglieder machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß der Centralverein parteipolitisch neutral ist. Er umfaßt Mitglieder aller Parteien, die nicht programmatisch judenfeindlich sind.“¹⁷³

Bevor die Ortsgruppenmitglieder unmittelbar vor dem eigentlichen Wahltermin noch einmal schriftlich von ihren Landesverbänden aufgefordert wurden, ihrer Wahlpflicht nachzukommen, hatten die Syndizi bereits Öffentlichkeitsarbeit geleistet, Rednerkurse abgehalten sowie gemeinsam mit christlichen und jüdischen Rednern in Versammlungen vor Juden und Nichtjuden im kleinen wie im großen Kreis gesprochen. Die Wahlhelfer in den Ortsgruppen verteilten Broschüren, die CV-Zeitung, Rundschreiben, Flugblätter und Klebezettel, auch solche, die „auf ganz besondere Anschuldigungen hin [...] extra [...] zugeschnitten“¹⁷⁴ waren. Angesichts dieser Anstrengungen zeigten sich die Aktiven gekränkt wegen der mitunter lautstark von Zionisten erhobenen provokanten Frage, was der CV überhaupt unternehme, nachdem die Stadtverordnetenwahlen vom 17. November 1929 in vielen Kommunen der NSDAP

¹⁷¹ CVZ, Auf deine Stimme kommt es an!, Nr. 45, 8. November 1929, unpaginiert.

¹⁷² Ebda.

¹⁷³ CVZ, Der Centralverein politisch neutral, Nr. 35, 28. August 1931, unpaginiert.

¹⁷⁴ CVZ, Aus der Wahlarbeit eines Landesverbandes, Nr. 22, 29. Mai 1924, S. 322.

beachtliche Stimmengewinne beschert hatten.¹⁷⁵ Der CV reflektierte über diese Anregung, um sie „in fruchtbare Selbstkritik“¹⁷⁶ umzuwandeln. Das Ergebnis klang souverän:

„Wir haben immer wieder erfahren müssen, wie groß trotz allen erwachenden Interesses der politischen Parteien das Arbeitsgebiet ist, das unserer eigenen Arbeit vorbehalten bleibt. Die von der Gegenseite aufgewandten Mittel der Volksverführung waren schier unübersehbar – und dagegen standen wir doch mit unseren immerhin schwachen Kräften nicht ohne Erfolg. Wir haben daraus gelernt: In der Bekämpfung der gefährlichen judenfeindlichen Auswirkungen des Nationalsozialismus sind wir vor allem auf uns anzuwenden, und werden es auch in Zukunft sein.“¹⁷⁷

Der Verein rückte nicht von seiner „unablässige[n] Kleinarbeit[,] den Dingen auf den Grund“¹⁷⁸ gehen zu wollen, ab. Kurz vor der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932, in der die NSDAP zur stärksten Fraktion im Reichstag avancierte, stellte der CV in der sechsten Auflage ein derartiges Produkt der Kleinarbeit vor. Es handelte sich dabei um die Dokumentation über Schändungen von Synagogen und jüdischen Friedhöfen.¹⁷⁹ Nach Ländern geordnet, listete der Bericht 125 Friedhofs- und 50 Synagogenschändungen zwischen 1923 und Juni 1932 auf. Für das Rheinland ermittelte der CV allein 19 und für Westfalen 15 Fälle von Friedhofsschändungen. Die beiden Regionen folgten damit Bayern, das mit 27 Vorfällen der traurige Spitzenreiter war. Auf Jahre verteilt ergab dies:

Land/Jahr	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	bis 06/1932
Westfalen	0	3	1			3	1	3	2	2
Rheinland	0	1			6	5	1	2	1	3 ¹⁸⁰

Diese Daten erreichten 1932 auch den Kölner Erzbischof, der sie mit „tiefstem Bedauern“ angesichts „der Verwilderung der Sitten“ zur Kenntnis nahm und ankündigte, ihr mit „aller Energie entgegenzutreten.“¹⁸¹

¹⁷⁵ Vgl. CVZ, Das Wahlergebnis – eine Mahnung an die Parteien!, Nr. 47, 22. November 1929, S. 622.

¹⁷⁶ CVZ, Gedanken zu unserem Werke. Aus dem Geschäftsbericht vom 15. Dezember 1929, Nr. 52, 27. Dezember 1929, unpaginiert. Die Kritik aus dem zionistischen Lager, die alternativ vorschlug, die Abwehrarbeit in den Aufgabenbereich der Synagogengemeinden zu verlagern, wird in Kapitel 5 dieser Arbeit in Verbindung mit dem rheinisch-westfälischen Verband aufgegriffen.

¹⁷⁷ CVZ, Gedanken zu unserem Werke. Aus dem Geschäftsbericht vom 15. Dezember 1929, Nr. 52, 27. Dezember 1929, unpaginiert.

¹⁷⁸ Ebda.

¹⁷⁹ Vgl. Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hg.), 125 Friedhofsschändungen in Deutschland 1923–1932. Dokumente der politischen und kulturellen Verwilderung unserer Zeit, Berlin 1932. Nur wenige Täter konnten ermittelt werden. Diese aber waren allesamt politisch motiviert. Vgl. Anti-Anti, 1932, S. 20a, 20b. Siehe ferner CVZ, Friedhofsschändungen in Essen und Köln, Nr. 33, 19. August 1927, S. 479; CVZ, Und nun auch auf dem Hochwald ... Grabschändung in Hermeskeil, Nr. 37, 13. September 1929, S. 490; CVZ, Wieder Friedhofs- und Synagogenschändung, Nr. 12, 18. März 1932, S. 102. Hier war unter anderem Kleve betroffen.

¹⁸⁰ Vgl. CVZ, 125 Friedhofsschändungen in Deutschland, Nr. 28, 8. Juli 1932, S. 288. Der Artikel ergänzt die Statistik für das Rheinland um einen weiteren Vorfall, der sich unmittelbar nach der Bestandsaufnahme in Butzweiler bei Trier ereignete.

¹⁸¹ CVZ, Der Erzbischof von Köln für inneren Frieden, Nr. 14, 1. April 1932, unpaginiert.

Letztlich aber stand der CV in seinen linksrheinischen Verbandsgrenzen zu lange der völkischen Agitation allein gegenüber. Der Schutz durch die Besatzer war nur ein temporärer, weshalb hier auch der Antisemitismus gerade bis 1923 nicht als Zuggpferd für die quantitative Vereinsentwicklung dienen konnte. Insofern beeinflussten die Besatzungsverhältnisse die strukturelle Entwicklung der CV-Organisation im Rheinland. Ferner stimulierten sie – und zusätzlich die seit 1927 wachsende völkische Agitation – die patriotischen Empfindungen der dortigen CVer. Imposante Demonstrationen der vaterländischen Verbundenheit gehörten deshalb genauso zum Aufgabenbereich des Kölner Zweiges wie die Rechtsschutz- und Aufklärungsarbeit, dann vor allem im Vorfeld von Wahlen. Die rheinischen CVer an der Basis reagierten demgegenüber aber oft schwerfällig und waren in ihrem Wahlverhalten – mit Blick auf das Gesamtwohl des Landes – zumindest nicht immer vertrauenswürdig. Der CV als Verein wiederum hatte gerade die NS-Bewegung zu keinem Zeitpunkt unterschätzt. Darin lag seine entscheidende Leistung vor allem angesichts des Versagens des politischen Katholizismus im Rheinland, aus dessen Reihen immerhin Stimmen kamen, die dies eingestanden. Trotz der noch nicht völlig vergeblichen Hoffnung auf politische und moralische Unterstützungen herrschte im CV begründetes Misstrauen. Er forderte deshalb besonders von seinen Mitgliedern, sich unentwegt politisch einzumischen. Dieser Forderung stand jedoch der tendenzielle Verlust von Niederlassungen gegenüber, der auch noch nahezu zeitgleich mit dem Anwachsen der Nazibewegung im Rheinland stattfand. Ob derartige erschwerte Arbeitsbedingungen ebenso im Nachbarverband Rheinland-Westfalen herrschten, wird im Folgenden zu klären sein.

3.2 Die Entwicklung des Landesverbandes Rheinland-Westfalen

Wie im rheinischen Verband stellten auch die rheinisch-westfälischen CVer 1919 – abgeschreckt vom Krieg – fest, dass statt der ersehnten „Friedensarbeit“¹⁸² ein neuer, innenpolitischer Krieg ausgebrochen war. Mit Vorwürfen wie, „der Krieg war ein ‚J u d e n k r i e g‘, der Friede wird ein ‚J u d e n f r i e d e‘ [...], und die Revolution ist nichts anderes als die Aufrichtung der ‚J u d e n h e r r s c h a f t“¹⁸³, schürten Aufwiegler auch hier die Angst vor Pogromen. Der Dortmunder Rabbiner Benno Jacob versuchte nachzuvollziehen, welche Bedingungen für die „steigende Kälte und

¹⁸² *Jacob, Benno*, Krieg, Revolution und Juden. Rede gehalten im Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Dortmund 1919, S. 4. Bestand: CJA 1, 75 CCE 1, Nr. 2, Frame 0606-0617. Die folgenden Seitenangaben richten sich nach dem Original. Darin widerlegte Jacob aktuelle Vorwürfe auch hinsichtlich der an der Revolution beteiligten Juden. Sie hätten sich in den meisten Fällen durch Austritt aus der Religionsgemeinschaft entfremdet, während die meisten jüdischen Wahlberechtigten „fast durchweg den liberalen Parteien einer gemäßigten Opposition“ angehörten. [S. 13] Zu den Ursachen der durchweg unbegründeten Anklagen verwies Jacob auf die „Bundesgenossen: den Unverstand, die Kurzsichtigkeit, die Denkfaulheit und die Leidenschaft ungezügelter Instinkte.“ [S. 14] Als weitere Ursache erkannte Jacob die weiterhin herrschende Idee des christlichen Staates, weshalb sich nur sehr langsam der Gleichheitsgrundsatz durchsetze. Derweil sich jedoch der religiöse Gegensatz allmählich abgeschwächt habe, „hat man sich eine neue Theorie ausgedacht, die allerdings ungemein zugkräftig ist [...]: den Gegensatz der Rasse.“ [S. 16]

¹⁸³ Ebd., S. 3.

Entfremdung“ zum „christlichen deutschen Volke“ verantwortlich waren, obwohl in diesem Volk „doch so viel Besonnenheit, Gerechtigkeitsgefühl und Biedersinn ruht, daß die Stimme der Wahrheit, der Vernunft und des Rechtes nicht ganz ungehört verhallen“¹⁸⁴ könne. Jacob konnte die Vorwürfe auch deshalb nicht nachvollziehen, weil sie kaum „widersinniger“¹⁸⁵ sein konnten. Trotzdem machte er etwa darauf aufmerksam, dass es vor 1914 keine jüdischen Diplomaten, Botschafter, Minister, Reichsbeamte oder Generale gab, die für den Kriegsausbruch hätten verantwortlich gemacht werden können. Hingegen war es Juden wie Rathenau zu verdanken,

„daß wir den Krieg nicht schon bald nach seinem Anfange als verloren aufgeben mußten. Es waren Juden, die die rationelle Verteilung unserer Lebensmittel entscheidend berieten. Es waren die Juden Frank, Caro und Haber, die das Problem der Stickstoffgewinnung aus der Luft restlos lösten und ohne die uns längst das Pulver ausgegangen wäre, es war der Jude Freudenberg, durch dessen Verfahren der Chilisalpeter als Düngemittel in Deutschland vollkommen entbehrlich geworden ist, es war der Jude Zuntz, der durch sein Verfahren zur Gewinnung von Eiweiß zur unmittelbaren Beigabe als Beifutter für das Vieh eine außerordentliche Ersparnis an Nährstoffen herbeiführte.“¹⁸⁶

Jacob war zutiefst davon überzeugt, diese Männer hätten mit ihren jeweiligen kriegsverlängernden Maßnahmen dem Reich einen Dienst erwiesen, während die eigentlich Verantwortlichen – namentlich General Ludendorff – versuchten, von ihrer persönlichen Verantwortung abzulenken, indem sie nicht zuletzt den Waffenstillstand, „mit seinen niederschmetternden und schmachvollen Bedingungen“ zu einem „Werk der Juden“¹⁸⁷ machten.

Statt mit Ludendorff sympathisierte Jacob vielmehr mit dem Ehrbegriff jenes 82-jährigen Generals,

„der sich am Bismarck-Denkmal erschöß, weil er die hereinbrechende Schande seines Vaterlandes nicht ertragen wollte, oder [mit jenem] Professor in Bonn, der sich aus demselben Grunde den Dolch ins Herz stieß.“¹⁸⁸

Er teilte das Gefühl der Schmach. Absurd war deshalb die permanent vorgenommene Unterscheidung zwischen Juden und Nichtjuden, die Jacob nicht nur schleierhaft blieb; sie war ihm auch zuwider. Deshalb strebte er eine „eine Revolution der Gesinnung“ an, „die niemanden als ‚Fremden‘ brandmarkt, der mit Kopf und Herz ein Deutscher sein und für das Vaterland arbeiten will.“¹⁸⁹

Um einen effizienten Beitrag zum Aufbau dieser friedlichen Willensgemeinschaft leisten zu können, mussten die CVer in den Ortsgruppen (re-)aktiviert werden. In den ersten beiden Jahren nach dem Krieg lag die Ortsgruppenarbeit im rheinisch-westfälischen Landesverband weitgehend am Boden. Greifbare Hinweise auf sie lassen sich erst für die Zeit nach dem Kapp-Putsch sowie die ihm folgenden Kämpfe an der Ruhr ausmachen. Wie der linksrheinische Nachbar setzte sich auch der rheinisch-

¹⁸⁴ Ebda., S. 4.

¹⁸⁵ Ebda., S. 5.

¹⁸⁶ Ebda., S. 9.

¹⁸⁷ Ebda., S. 5.

¹⁸⁸ Ebda., S. 13.

¹⁸⁹ Ebda., S. 17.

westfälische CV in dieser Zeit vorrangig mit der antisemitischen Agitation des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes auseinander. Darüber hinaus beschäftigte ihn die Präsenz des Jungdeutschen Ordens, wobei sich beide Gruppierungen vor allem von Dörfern und Kleinstädten ausgehend entfalteten. Auch in diesen Verbandsgrenzen wurde es notwendig, den CV-Gedanken selbst in die entlegensten Orte zu tragen. Die NSDAP wiederum beschäftigte die Essener Funktionäre nicht erst 1927, wie im Kölner Verbandsbezirk, sondern schon 1925 mit der Aufhebung des Parteiverbots und dem Abzug der Franzosen. In diesem Zusammenhang wird zu zeigen sein, dass das spürbare Abflauen des unterstützenden Interesses seitens der Vereinsmitglieder kaum mit den wirtschaftlichen Folgen der Inflation zu tun hatte. Wie der CV von Essen aus dem Interessendefizit dann seit den ersten Wahlerfolgen der Nazis¹⁹⁰ und den Wirtschaftskrisen seit 1929 begegnete, beleuchtet der folgende Streifzug durch den Landesverband. Vorgestellt werden die im Mittelpunkt stehenden CV-Gemeinschaften in Land- und Stadtgemeinden der vom rheinisch-westfälischen Landesverband betreuten Teile des Regierungsbezirkes Minden sowie der Regierungsbezirke Arnsberg, Münster und Düsseldorf. Dabei wird auch den Fragen nachgegangen, welche jeweiligen Arbeitsbedingungen und -schwerpunkte vor Ort herrschten. Da CV-Ortsgruppen durchaus besondere strukturelle Merkmale aufwiesen, wird in diesem Zusammenhang nicht zuletzt nach den jüdischen wie nicht jüdischen politischen Verbündeten zu fragen zu sein.

Die exemplarische Auswahl aus den über 100 CV-Niederlassungen geschah auch aufgrund der zuweilen fragmentarischen Quellenlage. Der Struktur der Überlieferungen folgend, wurde von einer strengen chronologischen Darstellung der Geschichte einzelner Ortsgruppen zwischen 1920 und 1932 abgesehen, auch wenn der Leser mit Beginn der Darstellung der jeweils zu behandelnden CV-Gruppe immer wieder an den Anfang der Republik zurückversetzt wird. In der Summe wird dieses schlaglichtartige Vorgehen dennoch mehr als lediglich singuläre Eigenarten, Lebensbedingungen und die darauf abgestellten Arbeitsinhalte der vorzustellenden CV-Gemeinschaften beleuchten, es wird ebenso Rückschlüsse auf den Allgemeinzustand des Verbandes ermöglichen.

3.2.1 Der CV in den Regierungsbezirken Minden und Arnsberg

3.2.1.1 Die Arbeitsgemeinschaft Brakel/Höxter

Offener als bei seinem besetzten rheinischen Nachbarn trat im infrastrukturell hoch entwickelten Ruhrgebiet der Antisemitismus in Erscheinung, worauf der Essener Verband gleichermaßen mit organisatorischen Maßnahmen antwortete. Der Ausbau der Gruppen im rheinisch-westfälischen Verband war einer 1924 erstellten Liste zufolge

¹⁹⁰ Vgl. hierzu die entsprechenden Angaben in: Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hg.), 50 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen 1919–1968, Düsseldorf 1969.

ansehnlich. Der Verband zählte 103 Ortsgruppen und 253 Propagandaorte.¹⁹¹ Die Anzahl der Ortsgruppen hatte sich dann bis zum 28. Mai 1926 nicht mehr wesentlich verändert. Nach diesem Niederlassungsverzeichnis waren nur sechs hinzugekommen. Diese Liste nennt keine der Propagandaorte, aber die seinerzeit amtierenden Ortsgruppenvorsitzenden sowie den aktuellen Mitgliederbestand.¹⁹² Am 20. Dezember 1932 erreichte die Hauptgeschäftsstelle eine weitere Liste, die 100 Ortsgruppen inklusive ihrer Leiter protokollierte.¹⁹³ Die Akribie, mit der die Verzeichnisse von 1924 und 1932 von den Geschäftsführern Paul Waldstein und Ernst Plaut erstellt wurden, erlaubt den Schluss, dass sie vollständig sind. Demnach war der Verlust an Niederlassungen im rheinisch-westfälischen Verband minimal, was nach außen hin Stabilität vermuten lässt, eine Annahme, die sich allerdings als trügerisch erweisen wird.

Trotz dieser imposanten Zahlen aus Essen war die Arbeit des Verbandes genauso wie im linksrheinischen vornehmlich von den Propagandaorten geprägt. In den ländlichen Gebieten schlossen sich solche kleinen CV-Mitgliedschaften häufig zu größeren Arbeitsgemeinschaften (AG) zusammen oder wurden an Ortsgruppen angeschlossen. Diese Praxis der Zusammenschlüsse lässt sich auch bei den Gruppen im Regierungsbezirk Minden beobachten.

Im Januar 1922 hatten sich die CVer der Propagandaorte Paderborn, Warburg und Höxter zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Zu ihr gehörten die Orte Brakel, Bad Driburg, Holzminden, Marsberg und Steinheim.¹⁹⁴ CV-Vorort der AG war das kleine Brakel, und zwar einmal aus geografischen Gründen, weil es mittig lag, und ferner, weil der AG-Leiter, Julius Heineberg, dort wohnhaft war. Das überwiegend katholische Brakel zählte rund 4.000 Einwohner, darunter 120 Juden. Zur Gründung einer selbstständigen Ortsgruppe des Vereins in Brakel reichten die 38 eingeschriebenen Mitglieder, inklusive der drei Frauen und der fünf großjährigen Jugendlichen, nicht aus. Diese standen 1922 einem ca. 100 Mann starken Schutz- und Trutzbund gegenüber.¹⁹⁵

Bei diesem Zusammenschluss war das psychologische Motiv leitend. Wurden mindestens 50 Mitglieder vereinigt, war es zudem möglich, einen Delegierten in die Entscheidungsgremien des Vereins zu entsenden. Außerdem konnte die Finanzsituation gegebenenfalls durch einen Lastenausgleich verbessert werden, zumal es der Vereinshaushalt mit Blick auf die Hauptversammlung des Jahres 1921 nicht mehr erlaubte, die geschätzten 200.000 Reichsmark für die Erstattung der Reisekosten und Tagegelder der Delegierten aufzubringen. Die CV-Parlamentssitzung jenes Jahres war gefährdet, weil sich die Zentrale nicht zur Kostenübernahme bereit erklärte und stattdessen die Ortsgruppen in die finanzielle Pflicht nahm. Obwohl das „ausserordentliche Wachstum“ des Vereins begrüßt wurde, erforderte

¹⁹¹ Vgl. Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 10. Oktober 1921 bis 31. März 1924, S. 32.

¹⁹² Vgl. Verzeichnis der Ortsgruppen des Landesverbandes Rheinland Westfalen vom 28. Mai 1926. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3489, Frame 0436-0448.

¹⁹³ Vgl. HM2 8731, Osoby 721 I, Akte 1638, Frame 2513ff.

¹⁹⁴ Vgl. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 381, Frame 0749.

¹⁹⁵ Vgl. den Fragebogen ebda., Frame 0732ff.

„die Schwere unserer Arbeit [...] in Zukunft noch weit mehr als bisher grösstmögliche Sparsamkeit [...] Es wird jedem klar sein, dass bei der angespannten Finanzlage unseres Vereins für eine solche Versammlung ein derartig hoher Preis nicht ausgegeben werden kann.“¹⁹⁶

Der Kassenbestand des Vereins war 1921 also nicht defizitär. Die Ausgaben dienten aber vorrangig der Bekämpfung des wuchernden Antisemitismus, worunter der demokratische Vereinsanspruch litt. Angesichts dieser Schwerpunktsetzung ist auch die strikte Haltung der Hauptgeschäftsstelle zu verstehen, Propagandaorten und Arbeitsgemeinschaften den Status einer Ortsgruppe zu verweigern, die die dazu notwendige Mitgliederzahl von 50 Personen nur knapp verfehlten. Die Zentrale hielt sich dabei bürokratisch streng an die Satzungsvorgaben, was der Essener Syndikus Hans Kalisch am 24. März 1922 als Ausdruck fehlender Realitätsnähe kritisierte:

„Wir können [...] an der Wirklichkeit der Dinge nicht vorbeigehen, die es mit sich bringt, dass oft eine leistungsfähige und tatkräftige Judenschaft an Zahl so gering ist, dass sie die 50 Mitglieder [nicht] aufbringt. An ein Zusammenschliessen derartiger Orte mit Nachbarorten ist aber sehr oft gar nicht zu denken, weil es sich um solche Orte handelt, die selbst für sich ein gewisses Zentrum darstellen, und von dem nächsten Ort, mit dem sie sich etwa zusammenschliessen könnten, so weit entfernt sind, dass an ein gedeihliches gemeinschaftliches Arbeiten gar nicht gedacht werden kann. Allenfalls kann man bei solchen Orten durch Heranziehen der ganz zerstreuten einzelnen Juden der Umgegend die Zahl 50 voll machen, vorausgesetzt, dass derartige zerstreut wohnende Juden vorhanden sind. Ausserdem hat es mit der Mitgliederzahl bei uns [...] eine besondere Bewand[t]nis. Die Zahl der wirklich zahlenden Mitglieder ist begrenzt durch die Zahl der Haushaltungsvorstände. Wir haben Orte, wo wir soviel Mitglieder haben, wie wir Haushalte haben. Die Zahl der Mitglieder kann sofort erhöht werden, wenn alle Frauen und die erwachsenen Kinder, die im Haushalt der Eltern leben, mit als Mitglieder geführt werden. Die Beiträge erhöhen sich aber dadurch nicht. [...] Wer 200 Mk. Jahresbeitrag gibt, wird für Frau und Töchter vielleicht noch 50 Mk. dazu zahlen, aber er wird nicht noch einmal 3 mal 200 Mk. zahlen. Ich habe in meinem Bezirk eine ganze Anzahl von Orten, bei denen die Zahl von Mitgliedern gerade um die kritische 50 herumschwankt. Das kleine Warburg ist auf 82 Mitglieder angeschwollen, weil [Lehrer und Prediger Julius] Cohn dort alles in die Mitgliederliste eingetragen hat, was gerade schon erwachsen ist.“¹⁹⁷

Die Zahl der Mitglieder wuchs folglich an, die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen wuchsen aber nicht mit. Unterdessen waren jedoch die Ausgaben für die Abwehr angestiegen, weshalb dem Verein nur die Maßnahme blieb, an anderer Stelle zu sparen, um die Gelder der Abwehrarbeit zukommen zu lassen, insbesondere in Höxter. Bereits vor der Gründung der AG hatte es hier eine CV-Gemeinschaft gegeben, die ihren Vertrauensmann in Tierarzt Leopold Pins gefunden hatte, der stellvertretend verantwortlich war für die Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Kreis Höxter.¹⁹⁸ Rund ein Prozent des 7.000 Einwohner zählenden Dorfes waren Juden. Der Rest verteilte sich nahezu paritätisch auf die beiden großen christlichen Konfessionen. In der Gemeindevertretung, die in den ersten Jahren der Republik von Zentrum und DVP

¹⁹⁶ An die Ortsgruppen und Landesverbände des Centralvereins! CAHJP D/PI 2/3.

¹⁹⁷ HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 381, Frame 0738.

¹⁹⁸ Vgl. Würzburger, Ernst, Höxter: Verdrängte Geschichte. Zur Geschichte des Nationalsozialismus einer ostwestfälischen Kreisstadt, Höxter 1990, S. 51.

mehrheitlich besetzt war, saß neuerdings sogar ein jüdischer Demokrat. Die Lokalpresse verhielt sich den Juden gegenüber neutral. Dennoch gingen die ‚Predigten‘ in der Synagoge auf die Gefahren ein, die hier vom Schutz- und Trutzbund drohten, dessen Mitglieder sich vornehmlich aus Schülern der Bergwerkschaft und Beamten rekrutierten und die hier auch nach der Auflösung des Bundes im Jahr 1922 aktiv blieben. Zusätzlich hatte sich ein Ableger des 1919 von Artur Mahraun gegründeten Jungdeutschen Ordens (Jungdo) in Höxter etabliert.¹⁹⁹ Bezeichnend sind die zeitlichen Höhepunkte der Notrufe aus Höxter: 1920 im Jahr des Kapp-Putsches und der Ruhrkämpfe und 1923 im Jahr der Ruhrbesetzung. 1920 hieß es, „dass die politischen Verhältnisse sich in Höxter in letzter Zeit derart gestaltet hätten, dass es für notwendig erachtet wird, eine öffentliche Versammlung einzuberufen.“²⁰⁰ Drei Jahre später lagen „die Verhältnisse so, dass antisemitische Ausschreitungen und Beleidigungen auf offener Strasse [...] als etwas Unvermeidliches hingenommen werden.“²⁰¹

3.2.1.2 ‚Feuertaufen‘ in Altena und Iserlohn

Vergleichbares kann auch für das kleine katholische Nieheim festgestellt werden, wo von den knapp 90 Juden 20 CVer waren. Angesichts solcher Bedingungen gewannen aber gerade die kleinen Gemeinden mit ihren sehr überschaubaren jüdischen Einwohnern für den CV „infolge der Verbreitung des [J]ungdeutschen Ordens und anderer Rechtsorganisationen [...] besondere Bedeutung.“²⁰² Die judenfeindlichen Flächenbrände während der frühen Weimarer Jahre, die sich in unterschiedlicher Intensität auch in dem an den Mindener angrenzenden Arnsberger Regierungsbezirk ausbreiteten, verliehen dem Begriff der Selbsthilfe, der früher als eine Frage der Ehre und Solidarität verstanden worden war, eine ganz praktische Bedeutung. Die Neugründungen von Ortsgruppen im rheinisch-westfälischen Verband nach dem Krieg standen zumeist im Zeichen der vom CV so bezeichneten Feuertaufen. Die Juden an den betroffenen Orten reagierten also erst dann und oft auch überfordert, wenn der Hass offen ausgebrochen war.

Als habe das schon seit 1908 für den Verein zeichnende Einzelmitglied, der Vorsitzende der Synagogengemeinde Altena Siegmund Heinemann, noch nie etwas von der Essener Geschäftsstelle des Vereins gehört, wandte er sich 1920 Hilfe suchend an Berlin, weil „sich der Antisemitismus jetzt stark in dieser Gegend ausbreitet.“²⁰³ Die

¹⁹⁹ Zu Höxter siehe HM2 8721, Osoby 721 I, Akte 1287, Frame 1806-1839. Der Fragebogen findet sich in Frame 1815ff.

²⁰⁰ Ebda., Frame 1809.

²⁰¹ Ebda., Frame 1813.

²⁰² Zum Propagandaort Nieheim siehe HM2 8717, Osoby 721 I, Akte 1050, Frame 0884-0927, hier 0893, 0895ff.

²⁰³ Zur Ortsgruppe Altena siehe HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 280, Frame 0985-1040, hier 1028. Die Inkassobelege der Vorkriegsjahre für Altena belegen, dass Heinemann bereits 1908 CV-Mitglied war. Vgl. ebda., Frame 1040. Für den Bezirk Süd-Westfalen beinhaltet der Bestand CAHJP D/PL 2/3 ergänzende Vereinskorrespondenzen seit 1919. Darin werden etwa die CV-Gemeinschaften in Plettenberg und Lüdenscheid erwähnt. Siehe zu Lüdenscheid HM2 8715, Osoby 721 I, Akte 931; die Akte zu Plettenberg findet sich in: HM2 8718, Osoby 721 I, Akte 1134.

Hauptgeschäftsstelle reagierte umgehend und verwies in ihrem Antwortschreiben vom 9. Februar 1920 auf ihre Essener Geschäftsstelle, die gleichzeitig per Durchschlag informiert wurde. Bedauernd vernahm Berlin,

„dass auch nach dort die antisemitische Welle sich ausgebreitet hat. Es wäre uns lieb gewesen, wenn Sie uns über den Charakter des neu gegründeten Vereins und insbesondere über die politische Gesinnung der Persönlichkeiten, die hinter ihm stehen, Näheres mitgeteilt hätten. Auch ist es um Ratschläge erteilen zu können erforderlich zu wissen, welcher Mittel sich die Gegner bedienen. Geeignetes Material lassen wir Ihnen gleichzeitig zugehen. [...] Flugblätter und Flugschriften können, falls auf der Gegenseite in ähnlicher Weise gearbeitet wird, verteilt oder besonderen Persönlichkeiten in geschickter Weise ins Haus geschickt werden. Vor allem aber ist es erforderlich, die demokratische, sozialdemokratische und vor allen Dingen die Zentrums Presse auf die antisemitische Agitation aufmerksam zu machen, gegen das Treiben dieser Elemente, das ja stets [...] einen regierungsfeindlichen Charakter hat, Stellung zu nehmen. Die jüdischen Gemeindeglieder sind über die Gefahren des Antisemitismus zu orientieren. [...] Ist eine genügende Anzahl von Gemeindegliedern vorhanden, so ist es unbedingt erforderlich, sie in einer Ortsgruppe [...] zusammenzufassen. Das Vorhandensein einer solchen Ortsgruppe verstärkt die Möglichkeit des Zusammenarbeitens ungemein, [...] und dadurch wird das Gefühl der Sicherheit erhöht und der Wille zur Mitarbeit gestärkt. [...] Es ist erfreulich, dass in Erkenntnis der Gefahr bereits von einigen Gemeindegliedern ein grösserer Betrag gezeichnet worden ist. Wir werden uns freuen, wenn uns dieser Betrag zur Verfügung gestellt würde. Da wir als einzige [sic] Organisation der deutschen Juden [den] Kampf gegen den Antisemitismus führen, ist natürlich eine starke finanzielle Unterstützung erforderlich.“²⁰⁴

Noch im selben Monat befolgte Heinemann die Ratschläge aus Berlin und organisierte eine Aufklärungsversammlung in Altena. Geladen waren die Parteispitzen der dortigen Demokraten, Mehrheitssozialisten sowie der USPD. Der Einladung folgten jedoch nur die Vertreter der USPD, die Heinemann als Gegner empfand und denen er daher in der Debatte ein Fiasko bescherte, wie er meinte, um am Ende nicht ohne Stolz zu melden, dass die neue CV-Gruppe in Altena die „Feuertaufe in der Abwehr gut bestanden“²⁰⁵ habe. Ob die USPD sich tatsächlich antisemitisch gerierte oder Heinemann lediglich seine antisozialistische Haltung zum Ausdruck brachte, verrät der Versammlungsbericht nicht.

Letztlich war diese Antrittsversammlung allerdings eine Schlappe für den CV, weil sich lediglich die Vertreter der USPD mit ihm auseinandersetzen wollten, die wiederum zu diesem Zeitpunkt mit der MSPD die Mehrheit in Altena stellten. DDP, DVP und Zentrum waren jeweils nur mit einem Sechstel vertreten²⁰⁶, wobei sich ihr Desinteresse zu der außerparlamentarisch starken Formation des Schutz- und Trutzbundes gesellte. Dieser setzte sich aus ehemaligen Offizieren, Bankangestellten und Beamten zusammen. Alle Buchhandlungen am Ort waren mit antisemitischer Lektüre bestückt. Angesichts solcher Bedingungen in dem protestantisch dominierten 16.000-Seelen-Ort wirkten die dort lebenden 35 Juden, zu denen zehn weitere, separat aufgelistete

²⁰⁴ HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 280, Frame 1025.

²⁰⁵ Ebda., Frame 1022.

²⁰⁶ Vgl. Fragebogen zur Ortsgruppe Altena. Ebda., Frame 1010ff.

osteuropäischer Herkunft zu rechnen waren, tatsächlich einigermaßen verloren und einsam, obwohl das nördlich gelegene Iserlohn nicht fern war.²⁰⁷

1920 aber waren die Iserlohner CVer unter Lehrer und Prediger Leopold Hartmann selbst mit der Abwehrarbeit beschäftigt, nachdem das Freiwillige Studentenbattalion, Württembergische Reichswehrbrigade Nr. 13, angerückt im Kampf gegen den Bolschewismus, Flugblätter des Schutz- und Trutzbundes judengegnerischen Inhalts unter den 30.000 Einwohnern des überwiegend evangelischen Städtchens verteilt hatte. Die 180 Juden waren nach Einschätzung des Vereins bei dem exzellenten Redner und aktiven CVer Hartmann in guten Händen.²⁰⁸ Als Augenzeuge der geschilderten Ereignisse schloss er sich einer Beschwerde des Vorsitzenden der DDP Iserlohn, Rechtsanwalt Schenkel, Oberleutnant d. R., an. Schenkel hatte die Beschwerde am 7. April 1920 an Reichswehrminister Geßler gerichtet, der in einer Reaktion vom 11. Mai 1920 – in Sperrdruck hervorgehoben – die gemeldeten Verstöße verurteilte und zugleich versprach, die Truppe überwachen zu lassen, damit sie zukünftig, „entsprechend den gegebenen Befehlen, sich von jeder antisemitischen Hetze fernhält.“²⁰⁹

Für das benachbarte katholische Arnsberg fanden sich wiederum keine CV-Belege, die Auskunft über offene antisemitische Vorfälle geben konnten. Wohl bestand hier ein rund 200 Mann starker Trutzbund, dessen Vorstandsmitglied bezeichnenderweise ein Bahnhofsbuchhändler war. Auch war in Arnsberg ein Ableger des Ordens zu finden, doch die einzige Beschwerde, die bis 1921 von hier geführt worden war, richtete sich gegen eine Lehrerin und Vorsteherin der dort ansässigen evangelischen Töcherschule.²¹⁰ Für die Arnsberger CVer wurde es erst im Jahr der Ruhrbesetzung notwendig, mit Neheim und Hüsten eine Abwehrgemeinschaft einzugehen, die unter der Ägide von Hugo Goldberg stand.²¹¹

3.2.1.3 Sendungsbewusstsein: Attendorn, Siegen, Bad Laasphe

Während sich diese CV-Gruppen aufgrund antisemitischer Vorfälle enger zusammenschlossen und erstmalig aktiv wurden, gab es noch Mitte der 1920er Jahre im Bezirk lebende Juden, die überhaupt noch nie etwas von der größten deutsch-jüdischen Abwehrorganisation gehört hatten. Hinsichtlich der Gründung einer AG für Attendorn und Olpe sowie weiterer kleinerer Orte des Umlandes sandte der Nachfolger Kalischs,

²⁰⁷ Zu Iserlohn siehe HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 768, Frame 0230-0310, hier 0279ff.

²⁰⁸ Vgl. ebda., Frame 0274. Auch an anderer Stelle werden Hartmann im Speziellen und die überaus rege Tätigkeit des CV-Iserlohn im Allgemeinen gelobt. Vgl. ebda., Frame 0245, 0256f. Hartmann verzog 1934 nach Herne und gab die Leitung an Sally Becker ab. Der 1889 geborene Leopold Hartmann kam in Theresienstadt um. Vgl. Die jüdische Gemeinde. Beiträge zur Geschichte Iserlohns, hg. von der Stadt Iserlohn, Iserlohn 1970, S. 144.

²⁰⁹ Zum Briefwechsel zwischen Schenkel, Geßler und dem kommandierenden Generalmajor der Reichswehrbrigade 13 siehe ebda., Frame 0286-0305, hier 0286.

²¹⁰ Vgl. HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 295, Frame 1492ff.

²¹¹ Vgl. ebda., Frame 1483, 1489ff.

Syndikus Paul Waldstein, der Berliner Zentrale am 8. Januar 1925 seinen aktuellen Lagebericht zu Attendorn:

„Die Verhältnisse der dortigen etwa sieben bis acht jüdischen Familien sind ausserordentlich interessant. Einer der Brüder Ursell, Besitzer einer Emaillier- und Blechwarenfabrik, ist Mitglied des Magistrats. Ein anderer Bruder ist von 17 Stadtverordneten das einzige nichtkatholische Mitglied. Die Familie Ursell ist bereits seit mehreren Jahrhunderten am Orte ansässig [...]; obwohl jüdisch interessiert, sind aber deren Mitglieder insbesondere über politische Vorgänge im Judentum fast ganz unaufgeklärt. Selbst von der Existenz des C.V. hatten sie bis vor kurzer Zeit, insbesondere bis zum Eintre[ff]en der ersten C.V.-Zeitung keine Ahnung. Attendorn gehört von altersher zu der Synagogengemeinde Lenhausen, wo früher etwa 30 jüdische Familien gewohnt haben sollen, die aber alle bis auf eine oder zwei ausgestorben oder verzogen sind.“²¹²

Dank seines Sendungsbewusstseins gelang es dem CV, zu guter Letzt auch die Juden Attendorns unter Karl Ursell zu binde.

Während die Attendorner Juden 1925 vom CV regelrecht entdeckt werden mussten, erforderte der an den hessischen Landesverband grenzende südlichste Propagandaort, Siegen, besondere Aufmerksamkeit. Hier genoss allerdings die Essener Geschäftsstelle weniger Popularität als die Hauptgeschäftsstelle – ein Nachteil der kopflastigen Vereinsstruktur. 1921 wurde daher Berlin und nicht Essen darüber informiert, dass Siegen „für die antisemitische Partei ein überaus wichtiger Platz“²¹³ war. Weil deren Einfluss ausstrahlte, sollte zugleich das westlich gelegene kleine Bad Laasphe organisiert werden. Die 30.000 Einwohner Siegens waren überwiegend evangelischer Konfession. Von den rund 160 Juden, inklusive der 25 aus Osteuropa kommenden, waren 29 organisierte CVer, von denen wiederum vier Frauen. Hingegen schenkte der überlieferte Fragebogen zur Ortsgruppe der jüdischen Jugend in Siegen keine Beachtung. Auch in dieser jüdischen Gemeinde, die es noch 1925 versäumt hatte, sich dem preußischen Synagogenverband anzuschließen, waren die meisten Juden kleine Ladeninhaber. Die kleine CV-Phalanx wiederum stand sowohl dem Schutz- und Trutzbund, dem 1918 von Franz Seldte gegründeten Frontsoldatenbund Stahlhelm als

²¹² HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 300, Frame 1796f.

Da das Problem der Landflucht den CV beschäftigte, ließ er noch 1931 sein Mitglied Louis Kamp aus Essen-Kupferdreh in der CVZ zu Wort kommen. Kamp bedauerte, unfreiwillig zum Großstädter geworden zu sein, nachdem Kupferdreh zu Essen eingemeindet worden war. Grundsätzlich müsse die Verstädterungstendenz umgekehrt und von einer bewussten Integration begleitet werden, so Kamp. Dazu seien Lösungen zu finden, um strukturelle Defizite mit Blick auf die Wirtschaft, Bildung und religiöse Einrichtungen auszuräumen. Außerdem träfe „die „immer höher steigende judenfeindliche Welle einzelne oder in einem kleinen Kreis lebende Juden [...] stärker als die in einer Stadtgemeinde lebenden.“ CVZ, Ein Mitglied sagt: Wir brauchen Aufklärungsversammlungen auch in Landgemeinden!, Nr. 3, 16. Januar 1931, S. 28. Siehe ferner *Borut, Jacob*, Religiöses Leben der Landjuden im westlichen Deutschland während der Weimarer Republik, in: *Richarz, Monika, Rürup, Reinhard*, Jüdisches Leben auf dem Lande, Tübingen 1997, S. 231-248; Siehe auch CVZ, Die deutschen Juden – ein aussterbender Volksteil?, Nr. 33, 14. August 1931, S. 405f.

²¹³ Zu Siegen siehe HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 744, Frame 2390-2438, hier 2434. Der Wahlkreis Siegen-Wittgenstein war schon zu Zeiten des Hofpredigers Stoecker eine Hochburg rassistischer Konservativer. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen, die diese Kontinuität im Geiste seit 1920 belegen, finden sich bei *Dietermann, Klaus* (Hg.), Von den Juden im Siegerland, Siegen 1975, S. 14. Danach war die DNVP bis 1928 deutlich stärkste Kraft im Landkreis und in der Stadt Siegen. Sie wurde von der NSDAP abgelöst, die hier Ergebnisse in Schwindel erregender Höhe erzielen konnte. Siehe *Hamburger*, 1978, S. 350.

auch einem nicht näher präzisierten vaterländischen Jugendbund gegenüber.²¹⁴ Besonders das überregional erscheinende NS-Presseorgan Westfälische Landeszeitung – Rote Erde fand rege Verbreitung und beschäftigte die Pressearbeit des Vereins auf Verbandsebene, obwohl die Essener CVer selbst mit der in ihrer Heimatstadt erscheinenden National-Zeitung konfrontiert waren.²¹⁵ In Siegen fand der CV immerhin einen Bündnispartner bei der Abwehr der Presseattacken in der dort erscheinenden Volkszeitung – Tageszeitung für die Werktätige Bevölkerung – Publikationsorgan der freien Gewerkschaften.²¹⁶

Dem oben erwähnten Arbeitsauftrag, die Juden in Bad Laasphe mit seinen 2.615 Einwohnern ebenfalls zu organisieren, wurde gefolgt, gerade weil die Entfernung von Essen groß war und die Besetzung der Stadt 1921 Reisen erschwerte.²¹⁷ In der Folge mussten Kompetenzen delegiert und die Gruppenmitglieder zu eigenverantwortlichem, stetem Wirken motiviert werden.

Das kleine Bad Laasphe war insofern eine Ausnahmeerscheinung, weil dort die Katholiken und nicht die 150 Juden in der Minderheit waren, ein Umstand, der möglicherweise angesichts der altersbedingten hohen Wahlbeteiligung von Juden bei Lokalwahlen entscheidend sein konnte. 1921 zählte die CV-Gruppe neun Mitglieder, die mehrheitlich im Einzel- und Viehhandel tätig waren.²¹⁸ Sechs Jahre später waren es fünfzehn. Aber selbst von diesen erhielt der Verein zu jenem Zeitpunkt überhaupt keine Beiträge mehr. Die Juden Bad Laasphe hatten sich von den Inflationsjahren, die den jüdischen Mittelstand weitgehend wegbrechen ließen, nicht mehr erholt.²¹⁹ Die Folgen der Verarmung schlugen sich auch auf das Vermögen des Landesverbandes nieder und führten notgedrungen zu Streichungen von Mitgliedern aus den Bestandslisten.

„Wir machen [...] darauf aufmerksam, dass wir ausser in den beiden genannten Orten [Bad Laasphe und Dorsten] in einer ziemlich erheblichen Anzahl von Ortsgruppen noch immer eine grosse Anzahl Mitglieder führen, die früher einmal Beiträge geleistet haben, jetzt aber zahlungsunfähig geworden sind und von uns trotzdem als Mitglieder weitergeführt werden, so dass wir auch für diese den von der Verwaltungskommission festgesetzten Beitrag nach Berlin abgeführt haben.“²²⁰

Die Möglichkeit, einen finanziellen Ausgleich durch wohlhabendere Mitglieder zu erzielen, musste Waldstein in seinem Schreiben vom 9. Juni 1927 ausschließen. Er

²¹⁴ Zu den Kampfansagen des Stahlhelms gegen die Weimarer Republik und die Juden sowie den Allianzen, die diese gedanklich im wilhelminischen Kaiserreich wurzelnde Organisation mit der NSDAP einging, siehe *Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935*, Düsseldorf 1966. Zum zweiten Bundesführer Theodor Duesterberg, dem im Juni 1932 – wohl ohne vorherige Kenntnis – bekannt wurde, dass sein Großvater ein jüdischer Arzt und 1818 zum Christentum konvertiert war, sodass der Enkel zum Opfer seiner eigenen Diffamierungen wurde, vgl. ebda., S. 239ff.

²¹⁵ Vgl. den Fragebogen zu Siegen in: HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 744, Frame 2422ff.

²¹⁶ Ihr Redakteur Gotthard Brodt stand in freundschaftlicher Verbindung mit dem Groß-Berliner Landesverbandssyndikus Arthur Schweriner. Vgl. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 744, Frame 2425.

²¹⁷ Vgl. HM2 8714, Osoby 721 I, Akte 362, Frame 0541.

²¹⁸ Zum Fragebogen Bad Laasphe siehe ebda., Frame 0546ff.

²¹⁹ Vgl. ebda., Frame 0538.

²²⁰ Ebda., Frame 0534f.

kündigte deshalb an, die Mitgliederlisten zu korrigieren und alle Nichtzahler zu streichen.

Der rheinisch-westfälische Verband verfügte demzufolge 1927 über keine ausreichenden finanziellen Reserven mehr, um sich eine solche defizitäre Haushaltsführung leisten zu können. Trotzdem wurde weiterhin versucht, die alten Mitglieder zu halten und neue zu gewinnen, selbst wenn dies bedeutete, weite räumliche Entfernungen zu überbrücken. In diesen Fällen war es vernünftiger, Bezirkstagen zu organisieren, wie es etwa im Mai 1927 in Bad Berleburg geschah.²²¹ CVer aus den Orten Arlfeld, Beddelhausen, Erndtebrück, Hilchenbach, Schwarzenau zuzüglich einiger Mitglieder aus Propagandaorten des Landesverbandes Hessen kamen zusammen, um sich einander zu vergewissern. In diesem Fall blieb aber letztlich die Beteiligung gering. Fehlende Bahnverbindungen waren dafür verantwortlich.

3.2.1.4 Unna und Dortmund, die SPD und der Saalschutz

Anregende Impulse waren insofern wünschenswert. In diesen kleinen Gemeinden spielte aber etwa das Konkurrenzverhältnis zu den Zionisten selten eine Rolle.²²² Das traf nicht zuletzt für das evangelische, rund 20.000 Einwohner zählende Unna, das industriell-gewerblich, ergänzend durch meist kleinbäuerliche Betriebe, geprägt war. Von den 132 Juden am Ort, von denen knapp 20 ausländischer Herkunft waren, bekannten sich im Gründungsjahr des Propagandaortes 1920 immerhin 37 zum CV. Er fand hier relativ große Unterstützung, die im Jahr nach der Weltwirtschaftskrise insofern endete, als die Gruppe reaktiviert werden musste. Ein zugezogener Lehrer Nussbaum unterstützte dabei den neuen CV-Vorsitzenden Karl Marx.²²³

Die Arbeit in den Ortsgruppen war oft unstet, launenhaft und ganz erheblich vom Einsatz Einzelner abhängig. Hier und da aufflackernde zionistische Regungen wirkten da anregend²²⁴, zumal die jüdische Gemeindemehrheit in Unna antizionistisch eingestellt war. Welche Antipathien jedoch im Vorfeld der Kommunalwahlen überwogen, bleibt fraglich. Waldstein waren Informationen aus der Ortsgruppe über die allgemeine politische Stimmung der Juden in Unna und Umland zugekommen, von

²²¹ Vgl. HM2 8703, Osoby 721 I, Akte 337, Frame 1481f. Es handelte sich bei dieser Bezirkstagung um eine Versammlung von sehr kleinen CV-Gruppen. Siehe beispielhaft den Fragebogen zu dem 3.000 Einwohner zählenden protestantischen Bad Berleburg, in dem um 1921 rund 50 Juden lebten, von denen 16 CVer waren. Vgl. ebda., Frame 1485ff.

²²² Für Wanne-Eickel findet sich ein ausdrücklicher Hinweis auf eine frühe und aktive zionistische Ortsgruppe im Regierungsbezirk Arnsberg, was den CV zu eigener Umtriebigkeit nötigte. In der knapp 60.000 Einwohner zählenden Stadt lebten 250 Juden, von denen 58 organisierte CVer waren. Um 1921/1922 formierte sich die Ortsgruppe der ZVfD, und zwar hier explizit erst einmal um die jüdische Jugend und nicht um die 60 ansässigen Ostjuden. Die Ortsgruppe des Centralvereins wurde hierauf aktiv, hielt vorwiegend Referate über die Stellung des Vereins zur Ostjudenfrage, zum Palästinaaufbaufonds Keren Hajessod und warb um die jüdischen Jugendlichen. Die CV-Niederlassung wies bezeichnenderweise einen einigermaßen stabilen Mitgliederbestand auf, der sich bis 1926 nur auf 43 Personen reduziert hatte. Siehe hierzu HM2 8706, Osoby 721 I, Akte 441, Frame 0330-0431.

²²³ Zu Unna siehe HM2 8720, Osoby 721 I, Akte 1234, Frame 1212-1275, hier 1236ff., 1270, 1213.

²²⁴ Vgl. ebda., Frame 1227.

denen der CV seine Unterstützung für die eine oder andere Partei respektive den Kandidaten abhängig machte. In diesem Fall standen gleich zwei jüdische Kandidaten zur Wahl. Die Stimmung richtete sich aber mehrheitlich gegen den der DDP, Uhrmacher und Innungsoberrmeister Sally Kupferschlag, und zwar auch, weil er Zionist war. Bedauernd nahm der CV Kupferschlags Gesinnung zur Kenntnis. Aufgrund seiner gesellschaftlichen Stellung hätte dieser „einen ausserordentlich grossen Einfluss für die jüdische Sache ausüben“²²⁵ können. Obwohl der CV naturgemäß eher in der DDP seine politische Gesinnungsvertreterin sah, fiel die Entscheidung, für den Kandidaten Löhnberg Wahlwerbung zu betreiben, allem Anschein nach leichter, als man vielleicht erwarten mochte, und das nicht nur, weil jener Löhnberg auf dem ideologischen Boden des Vereins stand, sondern auch, weil er Sozialdemokrat war.²²⁶

Unna lag im Windschatten Dortmunds, wo die zionistische Bewegung erst nach 1933 eine für den CV bedrohlich werdende Rolle spielte.²²⁷ Der Einfluss der Dortmunder Zionisten Mitte der 1920er Jahre darf daher nicht überschätzt werden, auch wenn ihre Betriebsamkeit innerhalb der Dortmunder Synagogengemeinde rührig war, zumal Dortmund hinter Duisburg die meisten ostjüdischen Arbeiter im Revier aufwies. Aus diesem Grund nahm der CV die Zionisten insbesondere bei den jüdischen Gemeindewahlen wahr. Das CV-interne Klima blieb davon zuweilen nicht unbeeinflusst. Im Vorfeld der preußischen Landesverbandswahlen 1925 kam es in Dortmund zu einem Eklat, der schließlich zum Rücktritt des als Gegner des Zionismus bekannten Rabbiners Benno Jacob vom Vorsitz der CV-Ortsgruppe im November desselben Jahres führte. Jacob schlug in einer Mitgliederversammlung der Vereinigung für das liberale Judentum am 17. November vor, gegen die Zionisten mit einer gemeinsamen Liste der Liberalen und der Orthodoxen anzutreten. Auf einer CV-Delegiertentagung zwei Tage später wiederholte er diese Forderung, abermals ohne von höherer Stelle oder vonseiten des eigenen Ortsgruppenvorstandes dazu befugt worden zu sein. Jacob übertrat damit den parteilosen Standpunkt des Vereins, weshalb sich in der eigenen Ortsgruppe Widerstand, namentlich vonseiten des Schatzmeisters, Rechtsanwalt Arthur Rosenberg, regte. Rosenberg gehörte zu denen im CV, die eine zionistenfreundliche Haltung einnahmen. Die Meinungen innerhalb der Dortmunder

²²⁵ HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 781, Frame 0611-0626, hier 0617. Die vom CV gemachte Berufsangabe ist nicht deckungsgleich mit den Angaben, die sich in der Sekundärliteratur finden. Dort wird Kupferschlag als Ingenieur und seit 1906 als Hauptteilhaber der Phönix-Elektrizitätsgesellschaft Kupferschlag & Co vorgestellt, dessen Spezialfirma für Starkstromapparate 1938 ‚arisiert‘ wurde. Er konnte 1939 nach England fliehen. Vgl. Juden in Unna. Spuren ihrer Geschichte. Eine historische Dokumentation, hg. von der Stadt Unna, Unna 1993, S. 172.

²²⁶ Vgl. Waldsteins Bericht vom 4. Juni 1929 an Berlin. HM2 8720, Osoby 721 I, Akte 1234, Frame 1218f. *Arnold Paucker* hat auf die gegenseitigen Vorbehalte des bürgerlichen CV und der sozialdemokratischen Partei aufmerksam gemacht. Vgl. *dens.*, 1968, S. 95ff. Siehe dazu auch den CVZ-Artikel, Kann ein Sozialdemokrat C.V.er sein?, Nr. 22, 29. Mai 1931, S. 274. Darin wurden mögliche Beweggründe widerlegt, die einen jüdischen Sozialdemokraten an der Mitarbeit im Verein hinderten. Bei dieser Gelegenheit wurde die Behauptung als falsch zurückgewiesen, der Verein vertrete einseitig die Interessen einer bourgeois Klientel: Die „Proletarisierung des jüdischen Mittelstandes hat es mit sich gebracht, daß heute der größte Teil der deutschen Judenheit nicht mehr der Bourgeoisie, sondern dem Angestelltenproletariat angehört.“ Darüber hinaus traf man sich in den Augen des Vereins ebenso im Kampf gegen den Faschismus.

²²⁷ Vgl. HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 709.

Ortsgruppe waren also nicht homogen – mit Folgen ebenso für die Organisation wie für den persönlichen Verkehr der Vereinsaktiven.²²⁸

In der Amtszeit des Dortmunder Ortsgruppenvorsitzenden Rabbiner Benno Jacob blieb die CV-Arbeit in den durch Handel mit Konsumgütern und Industrieerzeugnissen solventeren jüdischen Kreise – zum Leidwesen der höheren Geschäftsstellen – hinter dem Möglichen zurück.²²⁹ Die Dortmunder CV-Ortsgruppe war die größte im Regierungsbezirk Arnsberg. In der Rangfolge im gesamten Landesverband nahm sie 1926 mit 335 Mitgliedern die drittstärkste Position hinter Essen mit 570 und Düsseldorf mit 606 Mitgliedern ein.

Zwischen 1926 und 1930 baute der Verein auf den Vorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Siegfried Hoffmann.²³⁰ Er, der sich in jüdischen Fragen ebenfalls eine scharfe Stellung zum Zionismus vorbehielt, weshalb er den Verein nur dann leiten wollte, „wenn man ihm in diesen Gedanken beipflichte“, übernahm das Amt in einer Zeit, als „die Mitgliederzahl [...] fortwährend im Sinken begriffen“²³¹ war. Die Vorteile einer dennoch großen CV-Gruppe verstand er aber zu nutzen, und zwar nicht zuletzt in seiner Eigenschaft als Mitglied der DDP.²³²

Aus der von ihm organisierten Winterarbeit des Jahres 1926 stach die am 18. November stattfindende öffentliche Versammlung im Saal des Hotels Lindenhof hervor. Mehr als 600 Personen, der Absicht entsprechend mehrheitlich Nichtjuden, waren ebenso anwesend wie eine

„geringe Anzahl namentlich jüngerer nationalsozialistischer Anhänger [...] der Versuch eines dieser jugendlichen Gegner, in der Aussprache für die völkisch-antisemitische Idee einzutreten, erging sich gegenüber den tiefschürfenden historisch sachlichen Ausführungen des Referenten lediglich in einigen Schlagworten.“²³³

Noch im Mai 1927 wirkte die Einschätzung der Dortmunder CVer gegenüber der nationalsozialistischen Gefahr für ihre Stadt beruhigend. Es kam nämlich

„eine völkisch-antisemitische Bewegung weniger als in manchen anderen Ortsgruppen unseres Bezirks zur Geltung [...] In Dortmund gebe es auch keinen völkischen Stadtverordneten.“²³⁴

Dortmund gehörte zu den Domänen der SPD im Ruhrgebiet, wobei sie vorbehaltloser als andere Parteien dem CV nachweislich schon 1923 etwa im nahen Aplerbeck ein Garant für Beistand und Sicherheit war. Als Waldstein in jenem Jahr dort die erste Versammlung des Vereins überhaupt organisiert hatte, erwies sich zwar seine Annahme,

²²⁸ Vgl. ebda., Akte 708, Frame 0285f., 0289-0296, 0306f.; siehe ferner *Heid, Ludger*, Arbeit und Alltag ostjüdischer Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: *Menneken*, 1998, S. 133.

²²⁹ Vgl. hierzu die Einschätzung Alfred Wieners in seinem Bericht vom 2. November 1925. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 708, Frame 0271-0273, hier 0272.

²³⁰ In der Vorstandsliste der Ortsgruppe Dortmund vom 6. April 1932 findet er sich nicht mehr unter den 21 Aufgelisteten. Vgl. ebda., Frame 0008.

²³¹ Bericht über die ordentliche Generalversammlung im Gewerbeverein. Abschrift vom 16. Juni 1926. Ebda., Frame 0232.

²³² Vgl. ebda., Frame 0133.

²³³ Ebda., Frame 0227.

²³⁴ Waldsteins Bericht vom 16. Mai 1927 über die Vorstandssitzung der Dortmunder Ortsgruppe vom 11. Mai desselben Jahres. Ebda., Frame 0206.

der Ort sei „frei von antisemitischer Betätigung“²³⁵, als falsch, aber zu offenen Ausschreitungen war es bis dahin nicht gekommen. Diese wurden auch für die Zukunft nicht erwartet, „weil durch die Betätigung mehrerer jüdischer Mitbürger in städtischen Ämtern und durch die dortige Majorität der S.P.D. ein gewisser Schutz vorhanden“²³⁶ sei. Aber weder der Versuch, die völkisch-antisemitische Idee durch, wie es hieß, tiefeschürfende historisch-sachliche Ausführungen zu widerlegen, noch das Geleit der SPD schützten die Dortmunder CVer vor den Erfahrungen, die sie dann in ihrer öffentlichen Versammlung am 8. Dezember 1927 machten. Sie wurde gesprengt und endete blutig, nachdem Hoffmann in der Diskussion im Anschluss an den Vortrag des sozialdemokratischen und häufig vom CV frequentierten christlichen Gastredners Professor Erik Nölting, Soziologe an der Frankfurter Universität, zum Thema ‚Judentum und Volksgemeinschaft‘ den Gegner ermuntert hatte, von der Redefreiheit Gebrauch zu machen.²³⁷ Nach dem Bericht der CVZ hatte ihn hierzu die Hoffnung bewogen, „so den Boden für eine sachliche Verständigung zu schaffen.“²³⁸ Der Wortführer der anwesenden Nazis nutzte die ihm im pluralistischen Meinungsstreit gebotene Gelegenheit und

„lehnte in herausfordernder Weise die Zusammenarbeit von Juden und Nichtjuden für das deutsche Vaterland ab. Es gab einige *Z w i s c h e n r u f e*, und als der Redner endete, stimmten seine Freunde das sogenannte [*Brigade-*], *E h r h a r d t-L i e d*‘ mit dem bekannten *v e r l e t z e n d e n K e h r r e i m* an. Gleichzeitig flogen *B i e r g l ä s e r* [...] Ein Wurf traf einen entfernt sitzenden jüdischen Kaufmann so unglücklich, daß ihm die *S c h l a g a d e r a n d e r S c h l ä f e* durchschlagen wurde [...] Die Polizei entfernte rasch und energisch die Ruhestörer, gegen die von unserer Ortsgruppe Dortmund Strafanzeige erstattet wurde. [...] Die *D o r t m u n d e r P r e s s e* aller Richtungen war in der schärfsten Verurteilung der nationalsozialistischen Kampfmethodik einig. Das Dortmunder Beispiel beweist aber, daß die *G r u n d s ä t z e* Dr. *G o e b b e l s* bei der Durchführung der sogenannten *r e d n e r i s c h e n A g i t a t i o n* allenthalben befolgt werden.“²³⁹

²³⁵ Ebd., Frame 0197.

²³⁶ Die CV-Gemeinschaft in Aplerbeck entsprach in ihrer Zusammensetzung interessanterweise nicht den Vereinsstatuten. Niederländische und Juden osteuropäischer Provenienz, die nicht im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft waren, gehörten ihr an. Im April 1928 wurde der Propagandaort Aplerbeck vom Dortmunder CV übernommen. Neu an der Übernahme war die damit verbundene gleichzeitige Auflösung des Propagandaortes. Aufgrund der zu diesem Zeitpunkt erwarteten Eingemeindung der Stadt Hörde zu Dortmund sollte mittelfristig die Auflösung auch dieser CV-Organisationsstruktur erfolgen. Solche Auflösungen waren abhängig vom Grad der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und des Mitgliederschwundes. Man versuchte sie grundsätzlich zu vermeiden und stattdessen Mittel und Wege zu finden, um sie zu erhalten. Die finanzielle Lage der Mitglieder in Aplerbeck wurde bereits im Oktober 1926 so eingeschätzt, dass „dort die Zahl der finanziell zu Grunde gegangenen jüdischen Existenzen besonders gross ist.“ Die Akte Aplerbeck befindet sich in: HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 291, Frame 1378-1399, hier 1395, 1381.

Langendreer wiederum steht beispielhaft für das erfolgreiche Bemühen, trotz desolater wirtschaftlicher Lage im Jahr 1929 die Organisationsstruktur aufrechtzuerhalten. Vgl. HM2 8714, Osoby 721 I, Akte 871, Frame 0613, 0615.

²³⁷ Zur Haltung Nölings gegenüber dem „Judenproblem“ siehe *Nölting, Claudia*, Erik Nölting. Wirtschaftsminister und Theoretiker der SPD (1892–1953), Essen 1989, S. 143ff.

²³⁸ CVZ, Ruhestörer in einer C.V.-Versammlung in Dortmund, Nr. 2, 13. Januar 1928, S. 17.

²³⁹ Ebd.

Der CV erhob Klage wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung. Angeklagt wurde letztlich aber nur ein Bäckergehilfe namens Seuthe, der freigesprochen wurde, weil ihm wegen widersprüchlicher Zeugenaussagen nicht nachgewiesen werden konnte,

„dass er [...] mit dem Stuhl auf den verletzten Steinmann eingeschlagen hat; auch dass er mit harten Gegenständen geworfen hat; Hausfriedensbruch wurde vom Gericht nicht für vorliegend erachtet, weil die Aufforderung des Herrn [Emanuel] Goldschmidt [1943 in Theresienstadt umgekommen] zum Verlassen des Saales der nötigen Form entbehrt hätte, indem das nicht bedingungslos genug ausgesprochen worden wäre. Hieraus hätte Seuthe, wenn er die Aufforderung überhaupt hätte hören können, nicht entnehmen können, dass er zum Verlassen des Saales aufgefordert sei. Dass die Versammlung beabsichtigter Weise und nach zuvoriger Verabredung gesprengt worden und er an dieser beabsichtigten Sprengung beteiligt gewesen wäre, dafür hat das Gericht den Nachweis für nicht erbracht angesehen. [...] Das Gericht sowohl wie die Staatsanwaltschaft waren durchaus objektiv eingestellt. Sie würden, wenn der Nachweis einer Täterschaft des Seuthe gelungen wäre, sicherlich mit starker Strafe eingeschritten sein. Der Staatsanwalt betonte dies ausdrücklich in seinem Schlussvortrage. Der Ausgang des Prozesses ist bedauerlich, aber das liegt in der Hauptsache daran, dass die Kriminalpolizei ausser dem Diskussionsredner keinerlei Namen festgestellt hatte.“²⁴⁰

Ausschreitungen in öffentlichen Versammlungen des Vereins häuften sich. Der im fünften Jahr erscheinende C.V.-Dienst, der die Nachrichten aus der Hauptgeschäftsstelle verbreitete, hatte deshalb in seiner Ausgabe vom 10. Februar 1928

„darauf hingewiesen, daß wir es für dringend erforderlich halten, daß bei öffentlichen Versammlungen für genügenden Saalschutz Sorge getragen wird. Berichte einer Ortsgruppe aus den allerletzten Tagen lassen erkennen, daß es infolge des mangelnden Schutzes verschiedentlich zu Ausschreitungen in Versammlungen gekommen ist. Durch solche mangelnden Vorsichtsmaßnahmen wird der Erfolg der Versammlungen in Frage gestellt, da die Wirkung der Vorträge bei Störungen vollkommen zu verpuffen pflegt.“²⁴¹

Zur Missachtung der Schutzpflicht vonseiten der staatlichen Ordnungshüter gesellte sich ein weiteres, logistisches Problem: die Saalbeschaffung. Für große Versammlungen konnte die Stadt Dortmund nur zwei Säle zur Verfügung stellen. Die Räume im Gemeindehaus der Dortmunder Synagogengemeinde boten nur Platz für maximal 180 Menschen. Aus diesem Grund folgten die Dortmunder CVer dem pfiffigen Vorbild der Essener Kollegen, die im Juni 1928 „eine Eingabe an den Magistrat wegen Vergebung [Vergabe] des städtischen Saales für Versammlungszwecke der national-sozialistischen Organisation gerichtet“ hatten und die mit einem „Einspruch gegen den Ausschluss von Juden aus öffentlichen Versammlungen“²⁴², die in städtischen Sälen stattfanden, kombiniert war.

Im September 1929 konnten die CV-Führerbriefe von ersten Erfolgen dieser Abwehrmaßnahme berichten:

²⁴⁰ Hoffmann am 19. Juli 1928 an die Essener Geschäftsstelle. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 708, Frame 0139f. Der Verein verzichtete letztlich darauf, in Berufung zu gehen.

²⁴¹ Ebda., Frame 0147.

²⁴² Ebda., Frame 0132f.

„Es mehren sich in erfreulicher Zahl die Fälle, in denen die örtlichen Behörden gegen die Saalüberlassung an Nationalsozialisten einschreiten oder doch wenigstens keine Plakate und Ankündigungen dulden, nach denen Juden der Zutritt verboten ist.“²⁴³

Neben solchen behördlichen Interventionen hatte die Dortmunder Ortsgruppe im Rahmen ihrer Volkserziehungsmaßnahmen auf ihrer Vorstandssitzung vom Mai 1927 beschlossen, eine „Sonderaktion für Lehrer- und Schulkreise“²⁴⁴ zu organisieren und eine zweckbestimmte Kollekte einzuleiten. Gravierende Konsequenzen hatte diese Aktion nicht. Zum Thema ‚Erziehung und Antisemitismus‘ postulierte der Dortmunder CV dann abermals im März 1930, die seelischen Belastungen jüdischer Kinder im Blick, „denen der Antisemitismus mit Verachtung begegnet [...], dass aller Unterricht vom Geist der Humanität und Menschenliebe erfüllt“²⁴⁵ zu sein habe. Der CV forderte die Einführung der vergleichenden Religionskunde in höheren Schulen, die „nicht im Geiste der ‚Unterscheidungskunde‘“²⁴⁶ misszuverstehen sei.

Diese Maßnahme gehörte in den Bereich der prophylaktischen Abwehrarbeit. Auf der Vorstandssitzung am 3. November 1927 musste sich die Dortmunder Ortsgruppe aber dem akuten Tagungsordnungspunkt Barmenia Krankenversicherung für Beamte, freie Berufe und Mittelstand AG widmen. Die Versicherung hatte ihre jüdische Klientel verdächtigt, Versicherungsvorteile ungenügend genutzt zu haben. Der Bericht der Vorstandssitzung widerlegte diesen Vorwurf nicht, er relativierte ihn aber insofern, als nicht jüdische Versicherungsnehmer es ihrerseits genauso verstanden hatten, die Krankenkasse unnötig zu belasten.²⁴⁷

Im Februar 1930 wurde Rechtsanwalt Louis Koppel mit knapper Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt.²⁴⁸ Anfangs konnte er noch Veranstaltungen großen Stils finanzieren, und dies nicht nur in Zusammenarbeit mit der Essener Geschäftsstelle.

²⁴³ Führerbriefe, Nr. 1, 15. September 1929, S. 35. Dort wurde namentlich die erfolgreiche Intervention der Ortsgruppe des Vereins in Hagen/Westfalen lobend hervorgehoben. Diese Form der Abwehrarbeit wurde über die Jahre hinweg betrieben. Im linksrheinischen Verband war hiermit auch die Ortsgruppe Trier erfolgreich. Vgl. CVZ, Städtische Säle und NSDAP, Nr. 22, 29. Mai 1931, S. 274.

²⁴⁴ HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 708, Frame 0205. Siehe zudem *Schulze-Wessel, Almut*, Antisemitismus in der Schule im Spiegel der C.V.-Zeitung, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung (11), Berlin 1992, S. 93-113.

²⁴⁵ Abschrift. Vortrag in Dortmund von Prof. Kinkel am 26. März 1930. Ebda., Frame 0053. Der Gießener gehörte zu den christlichen Rednern des Vereins. Kinkel war Sozialdemokrat.

²⁴⁶ Ebda.

²⁴⁷ Vgl. ebda., Frame 0197. Dieser Versicherer taucht in den CV-Akten nach 1933 wieder auf. Ein Beschluss des Kölner Amtsgerichts vom 1. Februar 1934 verbot einen Aushang in den Räumen der dortigen Niederlassung, der einen jüdischen Kölner Arzt als Staatsfeind verleumdet hatte. Vgl. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 25, Frame 0701.

²⁴⁸ Vgl. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 708, Frame 0061. CV-interne Beurteilungen über Koppel (1881 Hörde, Westfalen – 1973 New York), der zudem langjähriger Vorsitzender der Repräsentantenversammlung der Gemeinde war, waren sehr gut. Koppel verstand es, „trotz seiner sonstigen reichlichen Inanspruchnahme immer für den Centralverein bereit und zur Verfügung“ zu stehen. Ebda., Frame 0006; siehe auch Frame 0051. Und Arthur Rosenberg schrieb: „Sie dürfen mir glauben [...], daß Dortmund noch niemals einen solchen tatkräftigen Führer voller Schwung und Initiative gehabt hat wie den jetzigen. Für alles und jedes hat er Interesse, er hält die Zügel fest in der Hand, kümmert sich um jede Angelegenheit und packt zu, wo es sein muß, gibt Anregungen in Hülle und Fülle und ist dabei versöhnlich und äußerst sympathisch, so daß ihm ein jeder gern Gefolgschaft leistet.“ HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1507, Frame 0942; *Walk*, Kurzbiographien, S. 202.

Zwar hatte sich 1929 die Zahl der Beitragsverweigerer ärgerlicherweise gerade „aus wohlhabenden Kreisen [...] mit der Begründung [...], ‚was denn der C.V. überhaupt tue‘ und ‚wie diese Gelder verwendet würden“²⁴⁹, erhöht, aber erst 1932 wies der Dortmunder CV-Schatzmeister Arthur Rosenberg auf die „sich immer mehr häufenden Schwierigkeiten bei dem Einzuge der Beiträge hin.“²⁵⁰

3.2.1.5 Mitglieberschwund in Bochum

Während die Zurückhaltung der Beitragszahler in Dortmund zu verkraften war, hatten die CVer in Bochum, Herz der SPD im Revier, keine vergleichbaren Rücklagen. Der Mitgliederrückgang und die damit verbundene finanzielle Misere schränkten hier die CV-Arbeit ungleich mehr ein. Unter dem Vorsitzenden Rabbiner Moritz David waren noch um 1921 stolze 300 der 1.000 Gemeindeglieder im Verein organisiert.²⁵¹ Nach dem Niederlassungsverzeichnis des Jahres 1926 aber hatte sich der Bestand der Bochumer CV-Mitglieder um die Hälfte, auf 144 Mitglieder, reduziert. Dieser Prozess setzte in Bochum im Verlauf der Ruhrbesetzung ein. Der Ortsgruppe mangelte es an vitalisierenden Anregungen von außen, die die Landesverbandsgeschäftsstelle nicht geben konnte. Selbst die Verbindung dieser großen CV-Ortsgruppe zum Berliner Mutterbüro funktionierte nicht richtig. So versandete die Absicht Berlins, „doppelt bemüht“ zu sein, „unseren Ortsgruppen im besetzten Gebiet zu sagen, was der Centralverein tut und was er zu tun gedenkt.“²⁵²

Zuerst die Defizite im Betreuungsverhältnis, dann die wirtschaftliche Depression, aber auch eine wachsende apolitische Einstellung, die sich hinter zunehmender Kritik an der Vereinsarbeit verbarg, hatten den Rückzug vieler ehemaliger Gefolgsleute vom Vereinsleben verursacht.²⁵³ Am 4. Februar 1930 stellte die Zentrale dann fest, dass der Mitgliederbestand in der Ortsgruppe Bochum während der vergangenen drei Jahre um ein weiteres Drittel geschrumpft war.²⁵⁴

²⁴⁹ HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 708, Frame 0132.

²⁵⁰ Bericht der Hauptversammlung der Ortsgruppe Dortmund vom 19. März 1932. Abschrift. Ebda., Frame 0005. Zur Dortmunder Vereinsarbeit unter Koppel siehe ferner: CVZ, Ruhrgebiet. Große Versammlungen in Dortmund, Duisburg, Bochum und Essen, Nr. 6, 7. Februar 1930, S. 66; CVZ, C.V.-Arbeit in Rheinland-Westfalen, Nr. 26, 24. Juni 1932, S. 265.

²⁵¹ Zur Ortsgruppe Bochum zwischen 1921 und 1937 siehe HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 380, Frame 0502-0720, hier 0688ff.

²⁵² Schreiben aus der Zentrale an Rabbiner David vom 12. Januar 1924. Ebda., Frame 0674. Auch anderenorts war „durch die Abgeschlossenheit infolge der Besetzung mancherlei unterblieben.“ Vor allem war die Mitgliederwerbung eingeschränkt. Gelegentlich der Amtsübernahme durch Albert Siemauer im Januar 1925 in Gelsenkirchen-Horst-Emscher, das nicht zu verwechseln ist mit der Ortsgruppe Gelsenkirchen, wurde auf dieses Problem nachdrücklich verwiesen. Vgl. HM2 8721, Osoby 721 I, Akte 1295, Frame 2668.

²⁵³ Sehr bezeichnend für diesen Rückzug ist auch die Situation der Ortsgruppe Herne. Sie gehörte noch Anfang der 1920er Jahre mit ihren rund 50 Mitgliedern zu den zahlungskräftigsten des Verbandes. Doch auch hier flaute der Enthusiasmus für den CV ab. Der Leiter der Ortsgruppe, Moritz Gans, der seit 1899 für den Verein zeichnete, gestand 1926 offen seine Unlust ein, weiterhin für den CV ehrenamtlich zu arbeiten, „denn die Unterstützungen für die Arbeit fehlen vollständig.“ Zu Herne zwischen 1920 und 1935 siehe HM2 8709, Osoby 721 I, Akte 591, Frame 0123-0175, hier 0151.

²⁵⁴ Vgl. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 380, Frame 0574ff.

In der finanziell angespannten Situation übernahm Dr. Alfred Mayer Anfang 1930 das Amt von Rabbiner David (1875–1956), nicht etwa aus Altersgründen, sondern weil nun auch David der Meinung war,

„dass gewisse von einer Ortsgruppe des Central-Vereins zu unternehmende Schritte und Aktionen besser nicht von der geistlichen Führung der Ortsgruppe ausgingen. [Lediglich] innerhalb des C.V. selbst und zwar meist auch innerhalb des Vorstandes ist fast überall eine erfreuliche Mitarbeit seitens unserer Rabbiner festzustellen.“²⁵⁵

Gerade in dieser Phase war der Bochumer CV-Vorstand in erster Linie mit der eigenen Organisation beschäftigt. Zu den eingeleiteten Reorganisationsmaßnahmen gehörten Veranstaltungen geselliger Natur mit auswärtigen Rednern wie die vom Frühjahr 1930, bei der Rabbiner Neuhaus aus Mülheim zum Thema ‚Ist der C.V. noch daseinsberechtigt?‘ und sein Kollege Eschelbacher aus Düsseldorf zum Teeabend in Bochum luden. Die Resonanz übertraf mit rund 140 Anwesenden die zuvor niedrig gehängte Erwartung. „Allerdings lautete diese Einladung zugleich ‚Tee und Gebäck frei‘.“²⁵⁶

Den auffallenden Aderlass in der Bochumer Ortsgruppe versuchten die ortsansässigen Aktiven nicht nur mit Verlockungen zu stoppen. Als weitere Maßnahmen sollte der Ortsgruppenvorstand eine intensive Jugend- und – unter Dr. Ilse Cohn sowie Ottilie Schönewald – eine intensive Frauenarbeit entfalten, auf die in Kapitel 4 dieser Arbeit zurückgekommen wird. Parallel zu den vereinsinternen Reformen widmete sich der Verein seit 1930 verstärkt der Boykottbewegung gegen jüdische Geschäftsinhaber.²⁵⁷ In diesem Zusammenhang beschäftigte die CVer vor allem der sich wandelnde Stil des Bochumer Anzeigers, „der sich neutral nennt, aber mehr und mehr Sympathie für [die] NSDAP pflegt.“²⁵⁸ In der Vorstandssitzung vom 14. Juni 1930 beriet man mögliche Abwehrreaktionen gemeinsam mit „führenden jüdischen Kaufleuten“²⁵⁹ der Stadt. Eine handverlesene Vereinsdelegation, bestehend aus dem Ortsgruppenvorsitzenden Alfred Mayer, dem Rechtsanwalt Dr. Siegmund Schönewald, der die Ortsgruppe wahrscheinlich 1934 von Mayer übernahm, sowie einem kaufmännischen CV-Abgesandten, sollte zuerst den Versuch unternehmen, unter Vorlage entsprechender Belegmaterialien Beschwerde beim Verleger des Organs zu führen. Sofern dieser Weg nicht erfolgreich beschritten werden konnte, wollten sich die Betroffenen den nächsten Schritt vorbehalten, selbst Abonnements sowie Inserate zu kündigen und andere Lokalzeitungen zu favorisieren. Aber in der Anwendung des Gegenboykotts blieb der CV verhalten, abwartend, was generell seinem defensiven Charakter entsprach.

²⁵⁵ Ebda., Frame 0591. David blieb dem CV als Arbeitskraft erhalten. Siehe das Glückwunschsreiben zum 25. Rabbinatsjubiläum, in dem ihm, dem Vorstandsmitglied des Landesverbandes und Mitglied des Hauptvorstandes, Anerkennung für seine Pflichten, die er „als deutscher Jude für das deutsche Vaterland in vorbildlicher Weise erfüllt“ habe, gezollt wurde. Ebda., Frame 0646.

²⁵⁶ Ebda., Frame 0567.

²⁵⁷ Vgl. ebda., Frame 0590.

²⁵⁸ Ebda., Frame 0560. Der Boykott, der sich gegen die Geschäfte jüdischer Inhaber richtete, hatte das nahe gelegene protestantische Witten schon früher erreicht und um die Weihnachtszeit 1929 den CV zu gerichtlichem Einschreiten genötigt. Vgl. CVZ, Wichtige Entscheidungen zum Kampf gegen den Wirtschaftsboykott, Nr. 3, 17. Januar 1930, S. 26. Zur anti-jüdischen Warenhauskampagne in Witten durch die NSDAP siehe CVZ, Unter falscher Flagge, Nr. 51/52, 21. Dezember 1928, S. 724.

²⁵⁹ HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 380, Frame 0560.

3.2.2 Der CV im Regierungsbezirk Münster

3.2.2.1 Recklinghausen: Ein Skandal

Schon zu Anfang der Weimarer Republik war es für den Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit des Vereins wesentlich, persönliche Verbindungen zur Presse zu pflegen. Im Falle Recklinghausens, mit dem die Darstellung über die CV-Ortsgruppen in den Regierungsbezirk Münster weist, verlor der Verein jedoch früh einen Verbündeten am Ort, nachdem der Redakteur des DVP-Organs „wegen allzu starken Auftretens gegen den Antisemitismus“²⁶⁰ 1920 gekündigt worden war und ans Dortmunder Tageblatt gewechselt hatte. Im katholischen Milieu Recklinghausens gehörten die Juden mehrheitlich der kaufmännischen Zunft an und stellten gut ein Prozent der rund 66.000 Einwohner.²⁶¹ Der Anteil der aus Osteuropa kommenden Juden betrug rund 100 Menschen, die sich im Steinkohlebergbau und im Kleinhandel verdingten.²⁶² Die Ortsgruppe des Vereins in Recklinghausen muss unmittelbar nach dem Krieg mit den Juden Datteln eine Gemeinschaft eingegangen sein, deren Vertrauensmann seit 1921 Salomon Hecht war.²⁶³ Recklinghausen selbst hatte um 1922 beachtliche 75 CVer, die unter der Leitung von Rechtsanwalt Bachrach standen. Innerhalb der folgenden zwei Jahre sank aber auch hier der Mitgliedsbestand merklich, in diesem Fall, „weil von den bisherigen Mitgliedern ein ziemlich erheblicher Teil durch Tod oder Wegzug ausgeschieden ist.“²⁶⁴

Hinsichtlich der Aufklärungsarbeit durch den Verein nach innen wie nach außen wurde Recklinghausen selten von renommierten CV-Rednern besucht.²⁶⁵ Der Akzent der Aufklärungsarbeit lag hier auf der Abwehr des Antisemitismus in der Wirtschaft. So war der Recklinghausener CV stets auf der Suche nach „Vertrauensleuten in der Industrie, an die wir uns gegebenenfalls in vorkommenden [Boykott-]Fällen wenden können.“²⁶⁶ Aussagekräftige Belege für den Erfolg dieser Suche fanden sich nicht.

Der Aktenlage zufolge gab es wenige Anlässe, die das Einschreiten des Vereins in Recklinghausen erfordert hätte. 1930 war allerdings, anlässlich der Feierlichkeiten zum Volkstrauertag, ein aus Köln kommender Redner, zu dem nichts weiter überliefert

²⁶⁰ Zu Recklinghausen zwischen 1920 und 1935 siehe HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1168, Frame 1270-1395, hier 1366.

²⁶¹ Vgl. *Reuter, Heinz*, Die Juden im Vest Recklinghausen. Ihre gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Synagogengemeinde Recklinghausen. Sonderdruck aus: Vestische Zeitschrift, Bd. 77/78, 1978/1979, S. 19-156.

²⁶² Vgl. den Fragebogen zu Recklinghausen. HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1168, Frame 1344ff.

²⁶³ Zu Datteln siehe HM2 8710, Osoby 721 I, Akte 691, Frame 2025-2033, hier 2028f.

²⁶⁴ HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1168, Frame 1332; siehe ebenso Frame 1293. Die dort zu findende Vorstandsliste aus dem Jahr 1929 führt Amtsgerichtsrat Willi Stern als ersten Vorsitzenden des Vereins in Recklinghausen.

²⁶⁵ Die Einladung der Ortsgruppe anlässlich des Vortrags von Norbert Einstein aus Berlin zum Thema ‚Die jüdische Wirtschaftsmacht‘ warb damit, dass „ein seltener Genuß“ bevorstünde, der letztlich ca. 250 jüdische Zuhörer anlockte. Ebda., Frame 1309; vgl. ebenso den Versammlungsbericht Waldsteins vom 24. Januar 1928. Ebda., Frame 1312ff.

²⁶⁶ Ebda., Frame 1295.

wurde, angereizt, um „seine stark rechts gerichtete politische Stellung zum Ausdruck zu bringen und dabei mit absichtlicher Betonung stets nur von den beiden christlichen Konfessionen“ zu sprechen, was kurzfristig zu Erörterungen in Recklinghausener „städtischen und politischen Kreisen“²⁶⁷ führte. Der Überbringer dieser Nachricht war Lehrer und Prediger Horwitz, zweiter Vorsitzender des Centralvereins in Recklinghausen.

Kurze Zeit nach diesem ärgerlichen Ereignis am Volkstrauertag folgte ein weiteres, diesmal innerjüdisches. Am 8. April 1930 hatte die Jüdische Rundschau (JR), Organ der ZVfD, eine Meldung über die jüdische Gemeinde zu Recklinghausen veröffentlicht und darin polemisch ausgeführt:

„Diese jüdische Gemeinde hat 700 Seelen. Vor 6 Jahren bestritt der liberale Gemeindevorstand allen Ostjuden das Wahlrecht. Die Regierung griff ein und der Vorstand mußte sich fügen. Bei der Wahl vor drei Jahren benutzten die Liberalen andere Mittel. Sie betrieben eine wilde Hetze gegen die Ostjuden, die der liberale Führer, ein Sanitätsrat, in öffentlicher Versammlung Gewürm, schwarze Horden und Steppensöhne Asiens nannte. Die Liberalen siegten mit Zweidrittelmehrheit. Vor der diesjährigen Wahl, die am 23. März stattfand, nannten sich die Liberalen ‚Partei für Kultur und Fortschritt‘ und umschmeichelten das ‚Gewürm‘ durch Flugblätter an die lieben Juden aus Polen. Diese, verängstigt durch Drohungen, die ihre Existenz gefährden konnten, ließen sich zu einem Teil von Gemeindebeamten unter Verpfändung des Ehrenworts zur Stimmabgabe für ihre Gegner pressen. Trotzdem siegten die Liberalen bei Mehrheitswahlrecht, dreijähriger Karenzzeit und Zensus mit nur 4 Stimmen Majorität (71 zu 67). Gegen die Wahl wurde Protest eingelegt.“²⁶⁸

Seit 1924 schwelte also ein Konflikt in dieser jüdischen Gemeinde wegen des Wahlrechts der Ostjuden. Die rechtliche Auseinandersetzung um die Verweigerung des Gleichheitsgrundsatzes in dieser Synagogengemeinde interessiert an dieser Stelle nicht. Von Interesse ist vielmehr die Haltung und das Benehmen jener kritisierten liberalen Repräsentanten gegenüber den Ostjuden am Ort.

Obwohl der Verein, seiner Leitlinie entsprechend, politisch neutral, allerdings nicht wertneutral, in Gemeindeangelegenheiten auftreten wollte, setzten in der Praxis die Aktiven diesen Anspruch nicht immer um. Die so häufig anzutreffenden Personalunionen zwischen Vereins- und Gemeinderepräsentanten erleichterten diesen Umstand. So zog der zweite Mann des Vereins in Recklinghausen letztlich die Organisation in einen Skandal hinein, der weit über die Schädigung des Ansehens des Vereins hinauszugehen drohte. Krass war dieser Fall aber auch deshalb, weil zumindest die Spitze des Landesverbandes um das Verhalten des Lehrers Horwitz wusste und dies über Jahre hinweg duldete.

Der unmittelbare Anlass für die Querelen war ein offener Brief, der an Horwitz und den Vorstand der Gemeinde Recklinghausen gerichtet war. Das Schreiben war eine Auflistung des korrumpierten Verhaltens des Predigers, angefangen bei Wirtschafts- und Wahlbetrug bis hin zu Unterschlagung belastender Aktenmaterialien und

²⁶⁷ Bericht Essens an die Zentrale vom 28. März 1930. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 179, Frame 1164.

²⁶⁸ Bestand Harry Epstein, Zentralzionistisches Archiv (ZA), A 101-16. Dort findet sich auch in abschriftlicher Form der ablehnende Bescheid des Regierungspräsidenten in Münster vom 19. August 1930 gegen die erwähnte Beschwerde.

Beleidigungen. Absender dieses offenen Briefes war der Vorstand der Jüdisch-Konservativen Vereinigung, Ortsgruppe Recklinghausen, der auch Lehrer Siegfried Plaut angehörte. Ziel dieser Initiative war es, Ehre und Würde in der Gemeinde wiederherzustellen.²⁶⁹

Die Gemeinde war in zwei Lager gespalten: in das vom CV unterstützte liberale sowie in das von der ZVfD unterstützte konservative, das die ostjüdischen Gemeindeglieder einschloss. Personifiziert waren diese Lager in Recklinghausen durch Horwitz einerseits und Siegfried Plaut, Lehrer der städtischen jüdischen Volksschule, andererseits.²⁷⁰

Gegen die erhobenen Anschuldigungen wollten Horwitz und weitere Vertreter des Gemeindevorstandes siegessicher vor das Amtsgericht ziehen. Nachdem die Gegenseite zwei Zionisten als Prozessvertreter gefunden hatte, bemühte sich die Partei um Horwitz, den CV als Organisation in der Person Ernst Herzfelds zu mandatieren.²⁷¹ Essen hingegen grenzte die formale Zuständigkeit des Vereins eindeutig ab und entschied,

„dass es nicht Aufgabe des C.V. sein kann, bei Auseinandersetzungen der hier in Frage stehenden Art Rechtsschutz zu erteilen. Den Rechtsschutz pflegen wir nur in solchen Fällen zu gewähren, in denen es sich um Abwehr antisemitischer Uebergriffe handelt [...] Soweit Ihr Wunsch dahin aufzufassen ist, dass Herr Dr. [Ernst] Herzfeld I sich persönlich

²⁶⁹ Der Brief ist sowohl in den Akten Epsteins als auch in denen des Vereins undatiert. In den Moskauer Überlieferungen befindet er sich in: HM2 8825, Osoby 721 I, Akte 3394, Frame 2297-2299. Holländer machte die Essener Vereinsfunktionäre am 25. Februar 1931 auf einen Artikel in der Jüdischen Rundschau vom Tag zuvor aufmerksam. Darin wurde Prediger Horwitz, der als fanatischer Antizionist und Ostjudenhasser vorgestellt wurde, vorgeworfen, „durch unlautere Machenschaften“ den Ausgang der Gemeindegewahl manipuliert zu haben, was den offenen Brief an ihn zur Folge hatte. Holländer scheint glaubhaft nichts von den Hintergründen gewusst zu haben und wies an, den Fall zu prüfen, um zu klären, ob die Vorwürfe der Wahrheit entsprächen, was den Ausschluss Horwitz' zur Folge gehabt hätte. HM2 8825, Osoby 721 I, Akte 3394, Frame 2342f.

²⁷⁰ Diese Aufteilung in zwei Lager stellt eine grobe Vereinfachung der herrschenden Meinungsvielfalt innerhalb der Synagogengemeinde dar. Sie dient hier lediglich der strafferen Darstellung. So sei darauf verwiesen, dass die „Mitglieder des Central-Vereins [...] in beiden Lagern, allerdings meistens im Lager des Herrn Horwitz“ zu finden waren. Aktennotiz vom 11. Mai 1931. HM2 8825, Osoby 721 I, Akte 3394, Frame 2329. Auch Epstein hinterließ ein Schreiben vom 5. Juni 1931, gerichtet an die Hauptgeschäftsstelle der ZVfD, in dem er Amtsgerichtsrat Willi Stern, seinerzeit Vorsitzender der CV-Ortsgruppe Recklinghausen und Kartellbruder Krombachs, hervorhob, da dieser „unsere Freunde besonders angetrieben [hat], die Angelegenheit nicht auf sich beruhen zu lassen.“ ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-16. Im Übrigen hatten einige wenige Ostjuden mit ihrer Stimmabgabe die Gemeindegewahl 1930 für die Liberalen entschieden.

Die Schlammschlacht zwischen den beiden Protagonisten mündete im Fall Siegfried Plauts in eine am 9. November 1931 an den Regierungspräsidenten Münsters gerichtete Beschwerde, die seine Absetzung als Lehrer sowohl aufgrund seiner „unsachgemässe[n] Unterrichtsmethode als auch seiner verwerflichen Strafjustiz“ gegenüber jüdischen Schulkindern forderte. Der Duisburger Zionist Epstein erklärte sich diesen Schritt damit, Plaut sei „von der Gegenseite [...] als Zionist verdächtigt worden.“ Er sei „ein älterer, sehr ruhiger, bedächtiger Mensch, dem a[g]gressives Wesen völlig fern liegt.“ ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-16, hier Epsteins Schreiben an Georg Landauer vom 30. September 1931. Und zu Horwitz meinte er, dieser habe die ehemals konservative Gemeinde liberalisiert. Horwitz selbst sei Nachkomme eines naturalisierten russisch-polnischen Kantors, weshalb seine Antipathie gegen „konservativ denkende Menschen, Ostjuden und Zionisten [...] ganz unverständlich“ sei. Ebda., einem undatierten Schreiben entnommen.

²⁷¹ Vgl. das Schreiben Horwitz' vom 8. September 1931 an die Geschäftsstelle Essen. HM2 8825, Osoby 721 I, Akte 3394, Frame 2285.

Ihnen und Herrn Horwitz als Rechtsbeistand zur Verfügung stellt, ist die Angelegenheit durchaus anders zu beurteilen.“²⁷²

Dieses kasuistische Vorgehen war zweifellos legitim. Im Grunde versuchte der Verein aber, die ihn indirekt belastende Angelegenheit nicht weiter publik werden zu lassen. Auf der Essener Vorstandssitzung am 1. März 1931 war man daher übereinstimmend der Meinung, „dass die Angelegenheit möglichst unter Ausschaltung des ordentlichen Gerichtes durch ein Rabinatskollegium zur Schlichtung kommen soll.“²⁷³ Bei dieser Gelegenheit wurde eingeräumt, Ernst Herzfeld seien

„bereits vor mehreren Jahren, als er noch Vorsitzender des Landesverbandes war, ähnliche Beschuldigungen gegen den Prediger Horwitz unterbreitet worden [...], wie sie jetzt in einem offenen Schreiben in Recklinghausen [...] verbreitet werden. Herr Dr. Herzfeld hat damals jedenfalls nach Prüfung der Angelegenheit keine Veranlassung gesehen, der Angelegenheit irgendwie weitere Folge zu geben.“²⁷⁴

Die Folgen der unterlassenen Demission holten den Verein nun ein. Um die drohende Gefahr eines öffentlich zwischen ZVfD und CV ausgetragenen Rechtsstreits abzuwenden, deklarierte er ihn als eine interne jüdische Gemeindeangelegenheit, die rein persönlichen Ursprungs sei. Der CV vermied, die Verantwortung für seinen zweiten Vorsitzenden in Recklinghausen zu übernehmen und schlüpfte in die Rolle des neutralen Vermittlers.

Der Vereinsvorsitzende Julius Brodnitz wandte sich schriftlich an die ZVfD in Berlin: „Die Situation wird über diese persönlichen Angelegenheiten“, zu denen er nach den ihm

„vorliegenden Vorgängen sachlich nichts sagen kann, noch kompliziert, dass in der Recklinghauser Gemeinde sehr starke jüdisch-innerparteiliche Differenzen bestehen. Die Gemeinde hat noch das alte Mehrheitswahlrecht, so dass die zionistische und konservative Minderheit bei der Verwaltung der Gemeindeangelegenheit nicht berücksichtigt wird, wie es sonst bei dem Verhältniswahlrecht der Fall wäre.“

²⁷² Krombach an die Synagogengemeinde Recklinghausen am 26. September 1931. Ebda., Frame 2250.

²⁷³ Waldstein an Berlin am 2. März 1931. HM2 8825, Osoby 721 I, Akte 3394, Frame 2338.

²⁷⁴ Ebda., Frame 2339. Seit 1893 war der Entzug der Mitgliedschaft satzungsgemäß möglich, „a) [...] wenn ein Mitglied länger als ein Jahr mit seinem Beitrag im Rückstand ist; b) durch einen mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu fassenden Beschluss des Vorstands, wenn ein Mitglied durch sein Verhalten die Ziele und Bestrebungen des Vereins schädigt. Gegen diesen Beschluss steht Berufung [...] offen.“ Paragraf 8 der Satzung, Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin 1893.

Bei Epstein liest sich die ausbleibende Intervention vonseiten des Landesverbandes sowie das Verhalten der liberalen Gemeindemajorität wie folgt: „In all den Jahren hat der C.V. genau gewusst, was in Recklinghausen vorging, Horwitz ist jetzt noch eine führende Persönlichkeit des C.V. für ganz Westfalen. Der C.V. hat aber keinen Finger gerührt, obwohl ich in zahlreichen Veröffentlichungen in der Presse auf das Unrecht hingewiesen habe, das den Zionisten und vor allem auch den Ostjuden in Recklinghausen seit Jahren geschehen ist.“ Schreiben Epsteins an die Zionistische Vereinigung für Deutschland, Berlin, am 25. September 1931. ZA, Bestand Harry Epstein, A 101–16.

Zum Verhalten der Gemeinde schrieb er an Georg Landauer am 14. September 1931: „In Recklinghausen kommt es darauf an, einen Krebschaden zu beseitigen, der allerdings viele Analoga in anderen Gemeinden hat. Was dort gegen Ostjuden, Zionisten, überhaupt gegen alles, was nicht zu der Clique gehört, im Laufe der Jahre unter Mitwirkung und Duldung des Gemeindevorstandes geschehen ist, kann ich Dir in diesem Brief nicht alles sagen.“ Ebda.

Der Vereinsvorsitzende warnte vor einer öffentlichen Verhandlung der Beleidigungsklage, denn sie würde

„zu einem unerhörten Skandal in der Öffentlichkeit führen, der von antisemitischer Seite sicher aufs stärkste ausgenutzt würde und an dessen Vermeidung alle jüdischen Richtungen in gleicher Weise Interesse haben. Wir haben daher den Versuch gemacht, auf die streitenden Parteien in dem Sinne einzuwirken, dass die ganze Angelegenheit dem öffentlichen Richter entzogen und einem von beiden Richtungen gewillten Schiedsgericht vorgelegt wird. Einem solchen Schiedsgericht haben auf gutes Zureden von uns nahestehender Seite hin der Gemeindevorstand und Herr Horwitz zugestimmt. Dagegen ist von der anderen Seite dieser Vorschlag trotz wiederholter Besprechungen ohne Angabe von Gründen abgelehnt worden. [...] Wir sind [...] der Meinung, dass im Interesse des Gemeindefriedens und des jüdischen Ansehens alles geschehen muss, um den in der Öffentlichkeit gemachten Vorwürfen nachzugehen. [...] Nun ist mir bekannt, dass bei Ihren rheinländisch-westfälischen Parteifreunden der Einfluss des Herrn Rechtsanwalt Epstein, Duisburg, sehr gross ist.“²⁷⁵

Die abschließende Bitte, auf Epstein Einfluss zu nehmen, war im Grunde überflüssig, denn weder bei der ZVfD in Berlin noch in Duisburg wandte man sich grundsätzlich gegen ein jüdisches Schiedsgericht. Man wollte es aber im Gegensatz zum CV öffentlich stattfinden lassen, weil misstrauisch befürchtet wurde,

„das Schiedsgericht werde um des äusseren Friedens willen einer klaren Urteilsfindung möglicherweise ausweichen, vor allem aber werde es nicht möglich sein, alle erforderlichen Beweismittel anzuwenden, da sich beispielsweise Zeugen allzu oft einem Schiedsgericht nicht mit derselben Selbstverständlichkeit stellen wie bei den ordentlichen Gerichten. Diesmal scheinen diese Befürchtungen besonders begründet zu sein, denn in derselben Zeit, in der wir hier in Korrespondenz stehen, um die Austragung des Recklinghausener Streites vor den ordentlichen Gerichten zu vermeiden, hat nach den Mitteilungen, die wir erhalten haben, Herr Hor[...]witz bereits das seinige getan, um die ostjüdischen Zeugen von einer wahrheitsgemässen Aussage abzuschrecken. Er hat erklärt, wenn er in dem Rechtsstreit eine Niederlage erleide, werden sofort 50 Ostjuden ausgewiesen. Einen Zeugen habe er bereits ausweisen lassen (er wurde am 18. September abgeschoben).“²⁷⁶

²⁷⁵ Brodnitz am 14. August 1931 persönlich an Georg Landauer. HM2 8824, Osoby 721 I, Akte 3394, Frame 2303ff. Siehe zudem sein Schreiben vom 18. September sowie das seines Geschäftsführers Alfred Wiener an die ZVfD vom 29. September 1931. Ebda., Frame 2266f., 2252f.

²⁷⁶ Georg Landauer an den CV Berlin, 28. September 1931. Ebda., Frame 2254ff.

Epstein hatte die Informationen, auf denen Landauers Schreiben an den CV basierten, am 25. September 1931 der ZVfD Berlin übermittelt. Landauer seinerseits hatte ihn vertraulich bereits am 9. September 1931 über die persönliche Intervention eines Herrn vom CV informiert, der darum gebeten hatte, die ZVfD möge ihren Einfluss auf die Gegner von Horwitz ausüben, um diese zur Zustimmung eines Schiedsgerichtsverfahrens zu bewegen. Landauer dazu: „In dieser Haltung des C-V liegt ein solches Eingeständnis des Unrechts, dass man möglicherweise seinem Wunsch, diese Sache nicht vor aller Öffentlichkeit zu behandeln, zustimmen könnte.“ Epstein sollte nun beurteilen, ob dieser Weg der richtige wäre. Dieser aber warnte und entgegnete am 14. September, dass der CV „jetzt, da es seinem Vorstandsmitglied Horwitz an den Kragen geht, interveniert [...] Trotzalledem hätte man dazu raten können[,] auf das von den Liberalen sonst doch stets verworfene Beth-Din [Schiedsgericht] einzugehen, wenn nicht wichtige Gründe entgegenständen [...] Sodann ist die ergehende Entscheidung wichtig für die Wahlanfechtung [nach der Wahl zur Synagogengemeinde von 1930], die immer noch bei der Regierung liegt. Der Spruch eines Schiedsgerichtes wird aber der Regierung gleichgültig sein. Die Entscheidung des ordentlichen Gerichtes würde, wenn sie zu Gunsten Plauts ergeht, die Wahlanfechtung als begründet erscheinen lassen.“ Ebda.

Epstein ging es um mehr als um einen Sieg in dieser einen Sache, sie wäre ihm sogar „gleichgültig gewesen“, wie er sich am 20. September gegenüber Betty Frankenstein, Berlin, äusserte, wenn es sich

Bei dem Ausgewiesenen handelte sich um den polnischen Staatsangehörigen Hermann Jekel, der bezeichnenderweise für ein Flugblatt mitverantwortlich war, das inhaltlich dem Anlass gebenden offenen Brief entsprach. Gegenüber dem CV rechtfertigte der Vorstand der Synagogengemeinde die Ausweisung. So sei Jekel

„derjenige, der seitens des Beklagten [Plaut] mit aller Gewalt als Zeuge am Gericht erscheinen soll, um dort Aussagen zu machen derart, daß die Gemeinde und Herr Prediger Horwitz seine Ausweisung betrieben hätten. Diese Behauptung des Jekel wird von den infrage kommenden Instanzen des Präsidiums bei Gericht als lügenhaftes Gerede des Jekel durch gegenteilige Aussage hingestellt werden.“²⁷⁷

Obwohl das Beziehungsgeflecht in puncto Abschiebung zwischen den Vertretern der jüdischen Gemeinde und den Beamten des Polizeipräsidiums Recklinghausen nicht eindeutig nachweisbar war, lag dem Synagogenvorstand ausnehmend viel daran, die Gefahr zu vermeiden, dass aus diesen

„konzilianten Herren Judengegner werden. [...] Um das evt. zu verhüten und die Beamten des hiesigen Präsidiums gegen zionistische Einflüsse bei der Regierung in Berlin in Schutz zu nehmen, sind wir mit Herrn Oberregierungsrat Dr. Pickel übereingekommen, uns direkt an den Herrn Innenminister zu wenden und ihm den Sachverhalt in allen Einzelheiten klar zu legen.“²⁷⁸

Holländer sollte „in persönlicher Audienz“²⁷⁹ beim preußischen Innenminister Severing vorstellig werden. Falls Holländer sich weigern würde, wollte der Gemeindevorstand selbst die Initiative ergreifen. Mit allem Nachdruck rieten die Berliner, letztlich erfolgreich, von diesem Schritt ab:

„Wir halten es für ausserordentlich gefährlich in dieser Weise vorzugehen. Es geht nicht an, innerjüdische Gegensätzlichkeiten in dieser Form einem preussischen Ministerium vorzutragen. Die Folgen eines solchen Schrittes sind unübersehbar. Wir befürchten mit Recht, dass die Übermittlung Ihrer Eingabe an das Ministerium, die nicht geheim bleiben wird, die schwersten innerjüdischen Konflikte hervorzurufen geeignet ist. Aus dem Fall Recklinghausen wird dann zwangsläufig ein Fall entstehen, der das preussische, wenn nicht das deutsche Judentum arg zerklüften wird. Dieses würde sich abspielen vor den Augen von Nichtjuden, ja sogar vor den Augen von Feinden des Judentums.“²⁸⁰

Deshalb wies Alfred Wiener am 12. November 1931 die Essener Geschäftsstelle an, den Polizeibeamten in Recklinghausen gegenüber behutsam aufzutreten:

„Es könnte für uns einmal sehr peinlich werden, wenn in den Akten über diesen Fall der Central-Verein genannt ist, der sich mit der Ausweisung eines Glaubensgenossen beschäftigt hat.“²⁸¹

nicht um wichtige grundsätzliche Fragen handelte, um einen Schulfall der Methoden, die in mittleren und kleineren Gemeinden gegen uns und die Ostjuden von der Assimilation angewandt werden. Der C.V. setzt jetzt alles in Bewegung, um die ihm peinliche Angelegenheit zu vertuschen und seine Leute zu schützen.“ ZA, Bestand Harry Epstein, A 101–16.

²⁷⁷ Schreiben der Synagogen-Gemeinde Recklinghausen an Berlin vom 30. Oktober 1931. HM2 8825, Osoby 721 I, Akte 3394, Frame 2173.

²⁷⁸ Ebda., Frame 2174.

²⁷⁹ Ebda.

²⁸⁰ Ebda., Frame 2169ff.

²⁸¹ Ebda., Frame 2160. Siehe zudem das Schreiben von Ernst Plaut an Berlin vom 11. November 1931, das das Vorgehen im Ausweisungsfall dahingehend abstimmt, als dem CV, sofern „das Gespräch

Erst als Horwitz um die Jahreswende 1931/1932 der Steuerhinterziehung überführt wurde, war seine Position

„nunmehr absolut unhaltbar geworden [...]. Um eine fristlose Entlassung nicht aussprechen zu müssen, hat der Vorstand der Synagogengemeinde dem Prediger Horwitz nahegelegt, seinerseits seine Stellung zu kündigen [...] die Klage gegen Plaut ist entweder bereits zurückgezogen oder es wird dies in kürzester Frist geschehen. An der ganzen Angelegenheit erfreulich ist nur die Tatsache, dass der Landesverband Rheinland/Westfalen entgegen der ständigen Bearbeitung durch Horwitz und seine Freunde in der C.V. Ortsgruppe Recklinghausen es stets abgelehnt hat, in dem entstandenen Streit irgendwie als Partei einzugreifen und sich stets darauf beschränkt hat, im Interesse des allgemeinen jüdischen Friedens einen Ausgleich zwischen den Parteien herbeizuführen.“²⁸²

Immer noch sah sich der CV nicht veranlasst, Verantwortung für seinen zweiten Mann in Recklinghausen zu übernehmen. Epstein wiederum war

„die gründliche Reinigung der Atmosphäre in Recklinghausen [...] wichtiger [...] als die Freude dritter daran, daß auch unter den Juden nicht alles so ist, wie es sein soll.“²⁸³

Eine schlichte menschliche Wahrheit, die der CV öffentlich nicht zuließ. Die politischen Praktiker des Vereins, die viel Finesse an den Tag legen konnten, wussten, dass das aus der Not geborene Image des deutsch-jüdischen ‚Saubermanns‘, wurde es durch individuelles Verhalten beschädigt, zu jeder Zeit geeignet war, Antipathien und Aggressionen zu provozieren. Ohnehin war die deutsche Öffentlichkeit bereits sensibilisiert und der CV alarmiert, nachdem die Korruptionsskandale um den in der Ukraine geborenen Julius Barmat sowie um die von einem russischen Juden abstammenden Sklarek-Brüder 1925 und 1929 publik geworden waren.²⁸⁴

Ob die Verantwortlichen im Verein in einem weniger brisanten politischen Klima eindeutig gegen das Treiben des Horwitz Position bezogen hätten, bleibt dahingestellt. Der eigenen Glaubwürdigkeit wegen hätten sie die Rechtsbrüche, die Horwitz aus Gründen des Machterhalts und eigenen Profitstrebens beging, aber nicht tolerieren dürfen. Der Versuch, dessen Fehlverhalten zu verbergen, bewahrte den CV nicht vor dem Imageschaden, mit dem Epstein von vornherein ehrlicher umging.

auch auf den Ausweisungsfall kommt, nach Mitteilungen, die [er] erhalten hat, das Vorgehen der Polizei durchaus angebracht erscheint.“ Ebda., Frame 2162.

²⁸² Plaut an Berlin am 26. Januar 1932. Ebda., Frame 2142f.

²⁸³ Abschrift eines Briefes Epsteins an Rabbiner Esra Munk vom 5. Januar 1932. Ebda., Frame 2148.

Im Übrigen wies Eva Reichmann-Jungmann noch am 7. Februar 1934 Ernst Plaut an, wie folgt auf das Vorhaben ostjüdischer Kreise in Recklinghausen zu reagieren, die einen Vorstandsposten in der Gemeinderepräsentanz beanspruchten: „Der C.V. als solcher mischt sich in Gemeindeangelegenheiten grundsätzlich nicht ein. Da sie persönlich um Ihre Meinung gefragt werden, erklären Sie, dass Sie einen Gemeindevorstand, der nicht deutscher Staatsbürger ist, nicht für tragbar halten. Das hat mit der grundsätzlichen Gleichberechtigung von Ostjuden innerhalb des Gemeindeverbandes nicht das geringste zu tun.“ HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1168, Frame 1272.

²⁸⁴ Vgl. *Malinowski, Stephan*, Politische Skandale als Zerrbild der Demokratie. Die Fälle Barmat und Sklarek im Kalkül der Weimarer Rechten, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung (5), Berlin 1996, S. 46-65.

3.2.2.2 Borken und Bocholt, Jungdeutscher Orden und die DDP

Im Fall Horwitz hatte sich der konservative Bezirksrabbiner Max Köhler aus Borken im Westmünsterland loyal auf die Seite des Centralvereins gestellt. Köhler gehörte zu den Aktivsten im Verein, wobei sich auch in seinem Bezirk heftige antisemitische Strömungen bemerkbar gemacht hatten – gerade zu der Zeit, als die Essener Geschäftsstelle im Sanktionsgebiet lag. Die Berliner Zentrale zeigte sich deshalb Anfang Oktober 1923 besorgt um die CV-Gemeinschaft in Borken. Die Mitglieder hatten bereits vorgeschlagen, sich fortan vom Landesverband Ostwestfalen-Lippe, also von Herford aus betreuen zu lassen, weil die Wirksamkeit der Essener Funktionäre „durch erneute Absperrung [...] immer wieder unterbunden werden kann.“²⁸⁵

Waldstein machte sich umgehend auf den Weg²⁸⁶, um dem nach Borken ausstrahlenden provozierenden Wirken eines Ingenieurs namens Severin aus Bocholt Grenzen zu weisen. Letztlich waren es aber die CVer aus Bocholt, die sich erfolgreich der Angelegenheit widmeten. Waldsteins Bericht vom 13. November 1923 zufolge stand Severin unter polizeilicher Beobachtung und unterlag einem Versammlungsverbot.²⁸⁷

Auch danach kümmerten sich primär CVer aus Bocholt um die Vereinsarbeit in Borken und Umgebung. Namentlich die Sozialdemokratin Jeanette Wolff engagierte sich hier auf dem Gebiet der jüdischen Jugendarbeit.²⁸⁸ Durch Informationsmaterialien, persönliche Fühlungnahme und Versammlungen konnte sie 1927 eine 20-köpfige Ortsgruppe des Neutralen Verbandes Jüdischer Jugendvereine, der 1909 unter Mithilfe des CV gegründet worden war, etablieren. Sie versuchte zudem, engere Kontakte mit den Jugendlichen aus Ahaus und Coesfeld für den Verein zu knüpfen.²⁸⁹ Über den Erfolg zeigte sich Berlin erfreut, da er für ihn ein Ausdruck der ideologischen Nähe war.²⁹⁰

Wie wichtig regelmäßige, unmittelbare Fühlungnahme bei der Gruppenbetreuung war, belegt abermals das Engagement Wolffs, die 1930 die verkümmerte CV-Gruppe von Borken reaktivierte. Der seit 1925 amtierende Vertrauensmann, Moritz Gans, war nicht einmal mehr in der Lage, definitive Angaben zu den CV-Mitgliedern zu machen. Das

²⁸⁵ Schreiben Berlins an Waldstein vom 2. Oktober 1923. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 377, Frame 0361. Zu Borken zwischen 1922 und 1934 siehe ebda., Frame 0300-0365.

²⁸⁶ Vgl. ebda., Frame 0360.

²⁸⁷ Ebda., Frame 0359.

²⁸⁸ Jeanette Wolff, geborene Cohen (1888 Bocholt – 1976 Berlin), war neben ihren Aktivitäten für den CV Vorstandsmitglied im Jüdischen Frauenbund und Stadtverordnete in ihrer Heimatstadt für die SPD. Sie überlebte mit ihrer Tochter Edith unter anderem das Rigaer Ghetto, während ihr Mann und ihre Töchter Käthe und Juliane umgebracht wurden. Wolff kehrte 1946 nach Berlin zurück, war seit 1946 Stadtverordnete, 1951–1961 SPD-Bundestagsabgeordnete und von 1955–1975 stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland. Sie wurde 1961 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Vgl. *Dick, Jutta, Sassenberg, Marina* (Hg.), *Jüdische Frauen im 19. und 20. Jahrhundert. Lexikon zu Leben und Werk*, Hamburg 1993, S. 398ff.; ferner *Moß, Christof*, *Verfolgung und Vernichtung in jüdischen Selbstzeugnissen: Jeanette Wolff und Marga Spiegel*, in: *Barbian*, 1999, S. 179-186.

²⁸⁹ Vgl. ihren Bericht vom 4. Januar 1930. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 377, Frame 0350, 0348.

²⁹⁰ Vgl. das Schreiben Hirschbergs vom 17. August 1927 an Wolff. Ebda., Frame 0344-0346.

Inkasso für den Verein hatte er zudem seinem guten Freund, dem Zionisten Lehrer Günzberg, vertrauensvoll in die Hände gegeben und zu allem Überduss sympathisierte Frau Gans stark mit der zionistischen Bewegung. Unterdessen machte Jeanette Wolff auf ihrem Rundgang durch die Gemeinde immerhin noch elf Mitglieder aus. Ihr Bericht schloss mit dem gut gemeinten Rat, die Juden in Borken einer intensiven persönlichen Betreuung durch den CV zu unterziehen.²⁹¹

Waldstein durfte wieder für seinen Verein in Borken hoffen, zumal der Fortgang Günzbergs absehbar war:

„Wir erwähnen dazu, dass dem Wirken des bisherigen Lehrers nicht zuletzt der Umschwung in Borken zu verdanken ist, durch den das frühere durchaus lebhaftes Interesse für den C.V. mit der Zeit immer mehr zurückgedrängt worden ist. Herr Rabbiner Dr. Köhler ist deshalb der Ansicht, dass der jetzige Zeitpunkt für ein Eingreifen unsererseits noch nicht zweckmässig sein dürfte, und dass wir zu mindestens den Beginn des neuen Lehrers abwarten.“²⁹²

Nach Günzbergs Wegzug fand Köhlers Name wieder häufiger Erwähnung in der Akte zu Borken. 1930 dankte man ihm für die Verdienste, da er neben der Abwehrarbeit gegen die nationalsozialistische Agitation versucht hatte, die CVer in Borken und Gemen sowie in einem halben Dutzend weiterer kleinerer Orte zu einer AG zusammenzufassen. Letztlich musste davon aber wegen nicht präziser Rivalität zwischen den Gemenen und Borkener Juden wieder Abstand genommen werden.²⁹³

Der CV in Bocholt hatte ausreichend engagierte Mitarbeiter, um die Borkener Juden zu unterstützen. Unterdessen waren sie mit eigenen Problemen konfrontiert, auch wenn sie im Fall des Ingenieurs Severin deckungsgleich waren. Dabei betrieb Severin antisemitische Propaganda nach Art „besonders des dort sehr verbreiteten Jungdo [Jungdeutschen Ordens] [...] Er sprach auch unter scharfer Opposition in Arbeiterkreisen.“²⁹⁴

²⁹¹ Vgl. den Bericht von Jeanette Wolff vom 4. Januar 1930. Ebda., Frame 0336ff. Moritz Gans war noch im März 1934 Vertrauensmann in Borken. Vgl. ebda., Frame 0301. Sein Foto findet sich in: *Leben und Schicksal der Juden in Borken*, hg. von der Arbeitsgemeinschaft ‚Jüdisches Leben in Borken und Gemen‘, Borken 1989, S. 48.

²⁹² Waldstein an Berlin am 13. Juni 1930. Ebda., Frame 0324.

²⁹³ Vgl. ebda., Frame 0316ff.

²⁹⁴ Vgl. ebda., Frame 0447. Zum Jungdo siehe *Hornung*, 1958.

Hornungs Verständnis für den vom Jungdo propagierten autoritären Führerstaat auf theologischer Basis durchzieht seine gesamte Arbeit. Der Schüler Hans Rothfels ermittelte die geografischen Zentren des von dem 29-jährigen Artur Mahraun 1919 gegründeten Jungdeutschen Ordens neben Nordhessen im südlichen Niedersachsen, in Thüringen und Westfalen, wobei „die zahlenmäßige Stärke der einzelnen Bruderschaften und Gefolgschaften [...] höchst unterschiedlich anzusetzen [war]. Es war viel von örtlichen und persönlichen Zufälligkeiten abhängig.“ [S. 52] Ebenso unterschiedlich stark konnte im Orden der rassistische Antisemitismus zum Ausdruck kommen, wengleich, so Hornungs Rechtsausleger, die „jüdisch materialistische Weltanschauung“ [S. 53] in der Hierarchie der Abneigungen stärker betont wurde als der „Schutz von Rasse und Volkskultur.“ [S. 52] Vom Rassenwahn nationalsozialistischer Provenienz unterschied sich der Jungdo insofern, als „unter ‚Blut‘ [...] nicht ‚Rasse‘ verstanden [wird,] und ‚Volk‘ ist mehr als Rasse, aber eine einheitliche Blutsgrundlage ist für ein Volk notwendig. Ein Volk ist nicht eine Gemeinschaft durch Blut verbundener *Menschen*, sondern eine Gemeinschaft durch Blut verbundener *Geschlechter*: [...] ‚Volk ist eine auf den Grundlagen des Blutes, der Sprache und des Heimatbodens ruhende und durch gleiche Schicksalserlebnisse bedingte organische Einheit von Geschlechtern‘. Vor einer Überschätzung des ‚nordischen‘ Blutanteils im deutschen Volke wird gewarnt, da sie die

Der CV begann seine Opposition gegen den Jungdo in Bocholt zu organisieren, wo die Zentrumspartei stärkste politische Kraft war. Man beschloss, bei nächster Gelegenheit „Diskussionsredner in den Versammlungen der kommunistischen oder sozialdemokratischen Partei zu stellen, um anschließend noch eine CV-Aufklärungsversammlung zu organisieren.“²⁹⁵ Die Belästigten waren nicht nur Juden, weshalb sich der Verein im Herbst 1923 vorgenommen hatte, am politischen Diskurs der Linksparteien teilzunehmen. Ein langfristiges Bündnis erwuchs daraus allerdings nicht, es war lediglich aktuell zweckdienlich. Schon 1920 pflegte die Ortsgruppe ihrer politischen Gesinnung dadurch Ausdruck zu verleihen, der DDP Spenden zukommen zu lassen. Außerdem gehörte ihrem Vorstand sowohl der CV-Ortsgruppenvorsitzende Siegmund Weyl als auch sein Mitstreiter Louis Ostberg an. Nicht nur deshalb kam Kalisch seinerzeit die gesamte Bocholter Synagogengemeinde „eigenartig“²⁹⁶ vor. Er sprach zudem von

„viele[n] Fabrikanten, die für reich gelten, darunter eine Anzahl, die zwar hie und da Geld für jüdische Zwecke geben, aber sonst sich sehr ungern als Juden betätigen oder bekennen.“²⁹⁷

Kalisch störte aber ganz besonders die einseitige Parteinahme der Bocholter Mitglieder und damit die seines Vereins überhaupt.

„Die mühsam errungene partei-politische Neutralität, zu der ein grosser Teil unserer Ortsgruppen, und insbesondere die Bocholter, erst erzogen werden muss, wird in Frage gestellt, wenn die Bocholter ihr inoffizielles Eintreten für die demokratische Partei durch eine besondere Notiz in unserer Zeitschrift geehrt und hervorgehoben finden.“²⁹⁸

Zuweilen entsprach das Verhältnis zum eigenen Neutralitätsanspruch eher einem Schlagwort als einer Tatsache. Der CV in Bocholt nahm schließlich wieder von den Kontakten zu den Linksparteien und den großen öffentlichen Versammlungen Abstand, nachdem sich Severin im Winter 1924 nach München begeben hatte. Die bayerische Geschäftsstelle des Vereins wurde mit den notwendigen Informationen über den ehemaligen Angestellten der Firma Krupp versorgt.²⁹⁹

Volksgemeinschaft in höher- und minderwertige Volksgenossen zerreißen würde: Der wahre nordische Gedanke geht vom Geist und von der Seele aus.“ [S. 74] Hornung verteidigte den ‚Arierparagrafen‘ des Ordens, gegen den sich der CV im Übrigen nicht in der Person eines Herrn Beil, sondern des Herrn Bruno Weil wandte. Hornung mag hier fälschlicherweise Boshaftigkeit unterstellt sein. Definitiv leiteten ihn aber Revanchegedanken sowie das Bedürfnis, den Jungdo zu entlasten: „Die Jungdeutschen wollten hier für ihre bündische Gemeinschaft dasselbe Recht in Anspruch nehmen, das auch die jüdischen politischen und kulturellen Vereinigungen für sich forderten. Im Staat wurde dagegen den Juden die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zuerkannt. Mahraun nannte den Antisemitismus ein ‚Minderwertigkeitsgefühl‘ und eine Barbarei.“ [S. 101]

Arnold Paucker hat auf persönliche Verbindungen des Vereins zum Jungdo im Zuge der Wandlung der DDP, der „natürliche[n] Vertreterin des liberalen jüdischen Mittelstands“, in die Staatspartei im Sommer 1930 sowie auf die im CV herrschende Enttäuschung hingewiesen. Vgl. *dens.*, 1968, S. 94f.

²⁹⁵ HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 377, Frame 0447.

²⁹⁶ Abschrift. Syndikusbericht Bocholt vom 12. Mai 1920. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 379, Frame 0474. Weyl wurde von Bertold Löwenstein abgelöst, und zwar sehr wahrscheinlich 1927.

²⁹⁷ Ebda., Frame 0474.

²⁹⁸ Kalisch an Berlin am 1. Juli 1920. Ebda., Frame 0465f.

²⁹⁹ Vgl. ebda., Frame 0442f.

Das taktische Bündnis mit den Linksparteien in Bocholt fiel zudem in eine Phase, in der der Verein eine Privatklage angestrengt hatte „gegen den Herausgeber eines deutschnationalen Winkelblättchens [...], der behauptet hatte, der C.V. sei die Kampforganisation gegen alles, was deutsch fühle.“³⁰⁰ Der Angeklagte wurde in der Berufungsinstanz freigesprochen. Hierauf verdrehten deutsch-völkische Presseorgane diese Freisprüche so, als habe das Gericht die deutschfeindliche Gesinnung des Centralvereins tatsächlich festgestellt. Zudem trat

„eine Wende von besonderer Bedeutung [...] in dieser Angelegenheit ein, als der Hochmeister des J u n g d e u t s c h e n O r d e n s, Mahraun, diese Verleumdung von sich aus übernahm und auf Grund des so bezeugten ‚hochverräterischen‘ Verhaltens des Centralvereins beim Inhaber der vollziehenden Gewalt [General v. Seeckt] das Verbot des C.V. forderte.“³⁰¹

So grotesk die Forderung war, die Ehre der CVer war zutiefst gekränkt. 1925 aber registrierte der Verein eine beachtenswerte Wandlung. Die Erfolge, die der Orden vor allem unter der katholischen Bevölkerung bis dahin in Westfalen verbuchen konnte, ebneten ab.³⁰² Um diesen Trend in der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierungsphase zu fördern, versorgte die Hauptgeschäftsstelle ihre nachgeordneten Stellen mit Informationsmaterialien, die den Eindruck hinterließen, als dienten sie vorrangig der Aufklärung in den eigenen Reihen. Auszüge aus dem Organ des Jungdo Der Orden und andere schriftliche wie mündliche Äußerungen von seinen Anhängern sollten „den ausgesprochen antisemitischen Charakter des Jungdo unwiderleglich dartun“³⁰³. Dieser Charakter manifestierte sich nicht allein in dem Satzungsartikel, der Juden von der Mitgliedschaft ausschloss und damit bei ihnen das Gefühl der Deprivation weckte. Die antisemitische Gesinnung im Orden hatte sich sogar noch verschärft. Längst widerlegte Vorurteile wurden aufgegriffen, auf die der CV seine Mitgliedern aufmerksam machte und jenen zitierte:

„Dann kam die völkische Bewegung, die eng mit uns dadurch verbunden war, daß auch sie in ihrer gefühlsmäßigen Eigenart und Sehnsucht nach der Wiedergeburt von Volk und Staat strebend, einig mit uns im Kampf gegen die Einflüsse des Judentums war.“³⁰⁴

Nach der im Orden verbreiteten Auffassung wurzelten

„weder die ideellen noch die praktischen Belange des Judentums [...] im Deutschtum. Der Jude ist also ein Nichtdeutscher, ein aufgenommener Gast, der beim Zusammenleben mit den Deutschen deren Schutz genießt [...] Wir sind uns alle klar darüber, daß das Treiben der Juden der Hauptfaktor ist, der die Zersetzung des deutschen Volkskörpers

³⁰⁰ Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 10. Oktober 1921 bis 31. März 1924, S. 20.

³⁰¹ Ebda. Mahrauns Orden war dem CV suspekt. „In der ‚völkischen‘ Frage, die ja in Deutschland ohne ungeteilte ‚Bekämpfung des Judentums‘ anscheinend nicht zu denken ist, verhielt sich der Jungdo zuerst zurückhaltend. Hochmeister Mahraun hatte sogar eine ernste Fehde, die in allerhand vertraulichen Rundschreiben tobte, zu bestehen, weil er nach der jüdischen Seite nicht zuverlässig wäre. Allmählich aber, insbesondere seit der Ermordung Rathenaus, nach der der Jungdo zeitweilig verboten war, geriet er mehr und mehr ins völkische Fahrwasser.“ Zu diesen Berliner Vorgängen siehe die vom CV herausgegebenen Schlaglichter, Die ‚furchtbare Enthüllung‘ des Jungdo. Haltlose Beschuldigungen gegen den Centralverein, von Alfred Wiener, Reihe 2, Folge 2, unpaginiert. [S. 1]

³⁰² Vgl. Central-Vereins-Dienst, Nr. 5, II. Jg., 15. März 1925, S. 37. Zum Verhältnis des Jungdo zum Katholizismus siehe Central-Vereins Dienst, Nr. 2, III. Jg., 7. Juli 1926, S. 29; *Hornung*, 1958, S. 53.

³⁰³ Central-Vereins-Dienst, Nr. 8, II. Jg., 1. September 1925, S. 64.

³⁰⁴ Zit. in: ebda., S. 64.

bedingt hat, und das hat uns dahin geführt, einen erbitterten Kampf gegen das Judentum aufzunehmen“.³⁰⁵

Die Hauptgeschäftsstelle wiederum wies deshalb ihre Mitglieder an:

„Soweit der Orden bestimmte politische Ziele verfolgt, stehen wir ihm neutral gegenüber; soweit er sich in den Dienst der sozialen Ideen stellt, bringen wir ihm wärmste Sympathie entgegen. Nachdem er uns aber durch sein ausgesprochenes Bekenntnis zum Antisemitismus den Kampf angesagt hat, mußten und müssen wir den Fehdehandschuh aufnehmen und ihn einzig und allein seines antisemitischen Charakters wegen als antisemitische Kampforganisation werten und behandeln.“³⁰⁶

In der obersten Vereinsebene wurde die Antipathie des Ordens gegenüber den Juden offenbar bedauernd aufgenommen, während man sich ansonsten recht gut mit den Anschauungen des Jungdo zu identifizieren schien. Als der Orden mit der ihm nahe stehenden Volksnationalen Reichsvereinigung und dann am 28. Juli 1930 mit der DDP fusionierte, gab die Zentrale durch Ludwig Holländer grünes Licht für die Staatspartei als eine verbleibende Wahlalternative. Der stellvertretende CV-Vorsitzende Bruno Weil durfte für sie kandidieren, wobei sich weiterhin in der Staatspartei Antisemiten, teils militante „Gegner des parlamentarischen Systems“ und „antiplutokratisch[...]“³⁰⁷ gesinnte Mitglieder fanden. Mögliche Bedenken zerstreudend, war sie auch deshalb eine Wahlalternative, weil sie Anhänger der bündischen Jugendbewegung band, was

³⁰⁵ Zit. in: ebda.

³⁰⁶ Ebda., S. 64. Siehe auch CVZ, Deutschnationale, Völkische und Jungdo, Nr. 20, 14. Mai 1926, S. 272. Danach hatte Mahraun anlässlich einer Tagung der Groß-Ballei Braunschweig-Hannover den bündischen Charakter seiner Organisation noch einmal ebenso unterstrichen wie seine daraus folgende gegnerische Stellung zu den Parteien. Zudem gab die CVZ das Ziel des Ordens wie folgt wieder: „Das Ziel der jungdeutschen Bewegung sei der Volksstaat. Was in Italien der Faschismus geschaffen habe, müsse in Deutschland zur Tat werden.“ Den bündischen Charakter gab Mahraun am 2. November 1929 mit der Gründung der Volksnationalen Reichsvereinigung auf. Die CVZ beschrieb dies als einen Schritt, mit dem Mahraun „das Hineintragen des Jungdeutschen Gedankens in [die] Realpolitik“ vollzogen habe. Mahraun hielt weiterhin grundsätzlich am ‚Arierparagrafen‘ fest. Dabei diene die Volksnationale Reichsvereinigung als eine – in Fettdruck hervorgehoben – *s t a a t s b ü r g e r l i c h e B e w e g u n g*, die kein Recht hat, jemand von sich zu weisen, der sich zu ihren Ideen bekennt, die deutsche Volksgemeinschaft zu stärken und den Volksstaat der deutschen Nation aufzurichten. *W i r m ü s s e n a u c h i n d i e s e r F r a g e j e d e n M i n d e r h e i t s k o m p l e x v o n u n s w e i s e n*. Wenn Parteien jüdisch werden, weil ein paar Juden darin sind, so liegt es nur daran, daß diejenigen, die *k e i n e* Juden sind, sich minderwertig fühlen und zurückdrängen lassen.“ CVZ, Jungdo. Volksnationaler Reichsausschuß und Judenfrage, Nr. 15, 11. April 1930, S. 186.

³⁰⁷ *Mattheis, Erich, Morsey, Rudolf*, Die Deutsche Staatspartei, in: *dies.*, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 31-97, hier 33, 36. Danach dürfe die Selbstauflösung der DDP nicht nur aus wahltaktischen Gründen verstanden werden. Mit „der Sammlung der Mitte“ wurde vielmehr versucht, „eine Abwehrfront gegen den Radikalismus von rechts und von links aufzubauen, um die demokratische Grundlage des Staatswesens zu sichern.“ [S. 37] Die Staatspartei sorgte in Preußen bis 1932 für einigermaßen stabile Verhältnisse. Dessen ungeachtet wurde aber auch in ihren Reihen die Forderung nach einer „gemäßigte[n] Diktatur“, der Wunsch nach einer „starken und konzentrierten Regierungsgewalt“, die sich im vom Volk gewählten Reichspräsidenten bündeln sollte, immer lauter. [S. 40] Als Fürsprecher einer autoritären Regierungsform auf Verfassungsbasis habe sich die Staatspartei, die sich nicht von ihrem alten „Charakter einer liberalen Honoratiorenpartei“ [S. 49] und ihrer dominierenden „Parole ‚freie Wirtschaft‘“ [S. 61] lösen konnte, gerade im Wahlkampffahr 1932 „in schroffer Frontstellung gegen den Nationalsozialismus“ befunden. [S. 55] Zu weiteren Maßnahmen, die die im Juni 1933 sich selbst auflösende Staatspartei bis zum Ermächtigungsgesetz im März 1933 unternahm und die zeigen, „welche gefährlichen Wege Demokraten [sic] zu beschreiten geneigt waren, um [...] eine Verbreiterung und Festigung der Abwehrfront zu erreichen“, siehe ebda., S. 41.

wiederum von Interesse für die eigene Jugendarbeit war.³⁰⁸ Dennoch: Mit dieser – letztlich sich von liberal-demokratischen Prinzipien abkehrenden – Taktiererei seine Haut zu Markte zu tragen, wurde an der Basis nicht ohne Widerspruch aufgenommen.³⁰⁹

3.2.2.3 Münster: Beschaulichkeit und Generationswechsel

Die rund 550 Juden der katholischen Universitäts- und Provinzialhauptstadt Münster lebten vor der Regierungsübernahme Hitlers in beschaulichen Verhältnissen.³¹⁰ Fast schon zum eigenen Leidwesen entbrannte hier keine Debatte über ein rigoroses Demokratieverständnis. Weder Judenfeindschaft noch innerjüdische Querelen stimulierten die CV-Arbeit. In seinem Mitte Januar 1921 formulierten Vortrags- und Stimmungsbericht für Berlin zeigte sich Kalisch bereits unzufrieden mit der ideellen und finanziellen Situation. Sicherlich, der Kartell-Convent (KC) war in der Stadt vertreten, aber auch dieser Zusammenschluss schlagender jüdischer Verbindungen hatte weder Schwung in die Ortsgruppe noch in die Reihen der Studenten gebracht. Für den CV bedeutete das auch, aus Münster kaum den begehrten intellektuellen Führungsnachwuchs rekrutieren zu können, wenn sich an diesem Dämmerzustand nichts änderte.

Anfangs machte Kalisch den Vorsitzenden Karl Zeiller verantwortlich, „ein prächtiger Mensch, der den besten Willen hat[,] [aber] die ganze Leitung Dr. Steinthal überlassen“³¹¹ hatte. Gemeint war der liberale Bezirksrabbiner Dr. Fritz Leopold Steinthal, Studiendirektor der Marks-Haindorfschen Stiftung, die 1827 als Ausbildungsstätte für jüdische Handwerker gegründet worden war und sich im Lauf der Zeit zum Lehrerseminar gewandelt hatte.³¹² Steinthal, dessen antizionistische Einstellung vereinsintern bekannt war, hatte also die Zügel des CV in Münster in der Hand, noch bevor er 1922 den Ortsgruppenvorsitz übernahm. Er muss ein offensiver Mensch gewesen sein. Die Trutzbündler in Münster hatte er sich nach aufputschenden Aufritten Holländers persönlich vorgenommen, schenkte ihnen CV-Aufklärungsmaterial und sprach es mit ihnen in Versammlungen durch.

„Tatsache ist, dass seit den damaligen Versammlungen die Zettelkleberei aufgehört hat und dass der ganze Ton des Schutz- und Trutzbundes in Münster, wo er übrigens nicht viel Anhang hat, ruhig und anständig ist. Ich lege dem Umstand, dass zwischen Dr. Steinthal und diesen Leuten gewisse garnicht so lose Fäden bestehen, erhebliche

³⁰⁸ Siehe Kapitel 4 dieser Arbeit.

³⁰⁹ Vgl. den Leitartikel der CVZ, Central-Verein und Staatspartei, Nr. 33, 15. August 1930. Siehe auch Kapitel 4 dieser Arbeit.

³¹⁰ Zu Münster zwischen 1920 und 1938 siehe HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 1000, Frame 1524-1778, hier 1744.

³¹¹ Ebda., Frame 1766.

³¹² Vgl. *Steinthal, Fritz*, Die Juden im Münsterland, in: *Meyer*, 1962, S. 55ff.; *Braun, Siegfried*, Die Marks-Haindorfsche Stiftung. Ebda., S. 47-54. Biografische Angaben zu Steinthal finden sich bei *Determann, Andreas*, Geschichte der Juden in Münster. Dokumentation einer Ausstellung in der Volkshochschule Münster, Münster 1989, S. 124f.

Bedeutung bei. Beispielsweise hat er verschiedene der Leute schon als Gäste im Gottesdienst der Synagoge gehabt. So etwas wirkt doch aufklärend.“³¹³

Aber solche Aktionen wirkten nicht nach. Ein halbes Jahr später klagte Kalisch erneut:

„M ü n s t e r stagniert neuerdings wieder vollständig. Das Leben, das die Versammlung mit Herrn Dr. Holländer seiner Zeit hineingebracht hat, ist wieder erloschen. [...] Die ganze Last der Arbeit liegt auf den Schultern von Herrn Rabbiner Dr. Steinthal [...] Es besteht leider nicht die Möglichkeit, andere tatkräftige Leute an die Spitze zu bringen [...] Es ist [...] sehr schwer, mit Leuten vorwärts zu kommen, die stets mehr als liebenswürdig sind, bereitwillig alles versprechen und nachher doch nichts tun. Eventuell müssen wir nochmal versuchen, ob nicht Herr Dr. Holländer, der ja in Münster ganz besonderes Ansehen genießt, durch einen entsprechend abgefassten Brief mehr als ich erreichen kann.“³¹⁴

Dem Schreiben des CV-Mitglieds Josef Weinberg vom 6. Juni 1923 zufolge litten die CVer in Münster weiterhin an der „Schlafkrankheit.“³¹⁵ Seiner Auffassung nach gab es noch immer

„vielfach Personen, die sich einfach von ihrem verknöcherten konservativen Standpunkt nicht loslösen können. Auch gibt es Personen, die glauben, es müssten im Vorstand unbedingt nur solche Personen sitzen, die Titel besitzen und die meisten Steuern zahlen. Man glaube nicht, dass nur solche Personen immer die bestgeeigneten sind. [...] Man sollte überhaupt eine Handhabe haben, um den säumigen Vorstand an seine Pflichten zu erinnern. [...] Kopfnicker sollte man nicht wählen. Man besinne sich nicht erst, wenn in einem Orte die Hetze schärfer einsetzt [...] Immer kampfbereit. Stillstand ist Rückstand.“³¹⁶

Der Gedanke der Demokratisierung der Abwehrarbeit hatte sich in Münster nicht durchgesetzt. Um seiner Unzufriedenheit darüber Ausdruck zu verleihen, wollte Weinberg sogar seinen Austritt aus der Ortsgruppe erklären, dabei aber eingeschriebenes Vereinsmitglied bleiben, indem er sich direkt in Berlin anmeldete. Obwohl es bezeichnend war, dass der Sitz des Landesverbandes im Geiste übergegangen wurde, kam ein solches Vorgehen nicht in Frage. Ein CV-Mitglied musste in der Ortsgruppe eingeschrieben sein.³¹⁷

Bis 1926 hatte sich die Mitgliederzahl in Münster von 104 auf 60 reduziert. Dieser Rückgang war zum Teil auf fehlerhafte Verwaltung,

³¹³ Kalischs Bericht vom 14. Januar 1923. HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 1000, Frame 1766.

³¹⁴ Ebda., Frame 1752f.

³¹⁵ Ebda., Frame 1721.

³¹⁶ Ebda. Weinberg, der 1944 in Theresienstadt umkam, bezog sich in seiner Kritik auf einen CVZ-Artikel von Syndikus Goldmann aus Herford. Jener hatte die laue und gleichgültige Haltung in zu vielen Ortsgruppen angemahnt und gefordert, der Hochsaison der CV-Arbeit im Winter eine kontinuierliche, rege „Kleinarbeit“ folgen zu lassen. Goldmann kritisierte zudem die Engstirnigkeit vieler Ortsgruppenvorsitzender, die „zu sehr auf rein örtliche Verhältnisse“ eingestellt seien, weshalb die Verbindung der Ortsgruppen zwischen Landesverband einerseits und Hauptgeschäftsstelle andererseits vielfach untergraben werde. Vor diesem Hintergrund forderte er Disziplin und Unterordnung „unter einheitliche Führung.“ Besonders beklagenswert aber war ihm die immer noch anzutreffende Haltung, tunlichst kein „unliebsames Aufsehen“ zu erregen. Darüber hinaus würden die Ortsgruppenvorstände vielerorts ihre Mitglieder nicht ausreichend aufklären. Allerdings, so schloss er, „wie sollen unsere Mitglieder Interesse für eine Bewegung haben, von der sie [...] so gut wie nichts wissen?“ CVZ, Mängel in der Ortsgruppenarbeit, Nr. 18, 4. Mai 1923, S. 142.

³¹⁷ Vgl. HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 1000, Frame 1713.

„z. T. auf eingetretene Todesfälle, zu einem anderen Teil aber auch darauf zurückzuführen, dass Ehefrauen und erwachsene Familienmitglieder [...] sich jetzt, wie vielfach auch in anderen Ortsgruppen, aus den bekannten wirtschaftlichen Verhältnissen hatten streichen lassen. Eine Werbung von neuen Mitgliedern soll ziemlich aussichtslos erscheinen, da Münster weder einen nennbaren Zuzug von Gemeindemitgliedern aufweist noch eine Erweiterung in der Zahl jüdischer Angestellter. Bezeichnend für unsere dortigen Verhältnisse ist, dass in der Regierungs- und Universitätsstadt M.[ünster] nur 4 jüdische Akademiker[,] und zwar zwei Anwälte und zwei Mediziner wohnen. Dagegen soll versucht werden, aus der Zahl der ausgeschiedenen Mitglieder einen Teil wieder zurückzugewinnen. [...] trotz der wiederholt betonten und näher erörterten Notwendigkeit der Wiederaufnahme intensiverer Mitarbeit bleibt abzuwarten, ob und wie weit sich auch weitere Kreise unserer Mitglieder dafür gewinnen lassen werden.“³¹⁸

Kalischs Nachfolger Waldstein hatte also ebenfalls seine liebe Not mit den Münsterländern. Er empfahl in dem Bericht vom 19. November 1926 daher dringend, einen vor allen Dingen zugkräftigen Redner von auswärts nach Münster zu entsenden. Mit Blick auf die Abwehrarbeit in der Presselandschaft konnte Waldstein allgemein berichten, wie Steinthal in „einzelnen Fällen [...] wegen antisemitischer Bemerkungen“³¹⁹ erfolgreich war. Zudem kam der Boykott gegen jüdische Verwaltungsangestellte und Beamte zur Sprache. Namentlich wurde die Reichsbank genannt, die „die Anstellung von Beamten von der vorangegangenen Erforschung ihrer konfessionellen Zugehörigkeit abhängig mache, so dass Juden von vornherein wenig Aussichten für die Erlangung einer solchen Anstellung dort hätten.“³²⁰ Bedauerlich war nur, keine handfesten Beweise erbringen zu können. Inwieweit solche Neuigkeiten die eher trägen Münsteraner aufrütteln würden, blieb abzuwarten.

Im Februar 1927 schaltete sich das Hauptvorstandsmitglied, der Hannoveraner Rudolf Herzberg, im Auftrag Berlins und Essens ein. Diskret zog er Erkundigungen über einen potenziellen Nachfolger Steinthals ein, der in der Lage war, sich über Münster hinaus im ganzen Bezirk der „immer bedrohlicher werdende[n] Frage des Boykotts der an kleinen Plätzen wohnenden Glaubensgenossen“³²¹ anzunehmen. Er sollte befähigt sein, tatkräftig „Aufklärungsarbeit im Kreise unserer künftigen Richter, Beamten pp.“ zu betreiben, da hierfür Münster „mit seiner zahlreichen Studentenschaft besonders geeignet“³²² war.

Die Juden in dem knapp 90.000 Einwohner zählenden Münster waren sich ihrer Verantwortung gegenüber den Glaubensgenossen an den kleinen Plätzen jedoch nicht bewusst. Damit stand Münster stellvertretend für ein mittlerweile allgemeines Symptom: Die CV-Solidargemeinschaft krankte – aus wirtschaftlichem Egoismus im Falle Münsters, aus Entfremdung oder Selbstzufriedenheit anderenorts. Im Zuge ihrer Sensibilisierungsbemühungen listete deshalb die CVZ Beispiele aus preußischen Kleinstädten auf, die dem Geschäftsleben, dem gesellschaftlichen Verkehr, den

³¹⁸ Waldsteins Bericht vom 19. November 1926. Ebda., Frame 1640f.

³¹⁹ Ebda., Frame 1640.

³²⁰ Ebda., Frame 1641.

³²¹ Herzberg an Max Guthmann am 26. Februar 1927. Ebda., Frame 1623.

³²² Ebda.

Akademiker- und Jugendkreisen entlehnt waren, um eine Vorstellung der sich verschlechternden Lebensumstände in solchen Gemeinden zu vermitteln.³²³

Viel Kraft und Zeit ging dadurch verloren, dem Versagen deutscher Behörden, aber auch der apolitischen Haltung in den eigenen Reihen zu begegnen. Umso ungerechter erscheint es, wenn einem einzeln Stehenden wie Steinthal Uninteressiertheit an der Vereinsarbeit unterstellt, derweil der KCer, Rechtsanwalt Dr. Walter Ostwald, dessen Frau Claire ebenfalls in der jüdischen Jugendbewegung aktiv war, klammheimlich als möglicher Nachfolger gehandelt wurde.³²⁴ Einer letzten Chance gleich erhielt Steinthal am 11. März 1927 konkrete Arbeitsanweisungen. Im fernen Berlin legte man nämlich dieser Ortsgruppe,

„die in der einzigen westfälischen Universitätsstadt ist, ganz besondere Bedeutung bei, weil zweifellos immer wieder Zeiten kommen werden, in denen die Verbindung zu den Hochschulen einerseits und dem Klerus andererseits uns unschätzbare Dienste leisten kann.“³²⁵

Rabbiner Steinthal hatte im Grunde sekretariatsübliche Arbeit zu erledigen und die seit 1925 expedierte Monatsausgabe der CVZ, die schöngeistige, von Professor Julius Goldstein, Darmstadt, geschaffene Zeitschrift *Der Morgen* in den öffentlichen Bibliotheken zu platzieren und an erlesene Persönlichkeiten zu verschicken.³²⁶

Steinthal, ahnend, dass der Zeitpunkt seines Rücktritts nahte, kritisierte in seinem Antwortschreiben vom 16. März 1927 nicht nur die zu hohen Erwartungen an seine Funktion und Person, er verfasste ein Resümee seiner CV-Amtszeit, das er spöttelnd einleitete:

„Es hat mich gefreut, wieder einmal von Ihnen zu hören. Nun zur Sache. Sie wissen, dass eine Arbeit wie die für den C.-V. von vielen Imponderabilien abhängt. Den ersten Fehler haben Holländer und Kalisch getan, indem sie mich breitgeschlagen haben, den Vorsitz zu übernehmen, oder ich habe ihn getan, indem ich mich habe breitschlagen lassen. [...] Mein Interesse und meine Arbeitswilligkeit für den C.-V. ist nicht geringer geworden, aber ein grosser Teil der Kleinarbeit und des persönlichen Eingreifens, die der Vors.[itzende] der Ortsgruppe zu leisten hat, verträgt sich nicht mit der Stellung des Rabbiners hier. Für die Christen ist er eben das geistliche Haupt der Juden. Daher ist der Einfluss vielfach sehr gross. Aber deshalb ist in bestimmten Dingen Zurückhaltung erforderlich. Man darf nicht immer hervortreten.“³²⁷

Steinthal wies im Folgenden die Alleinschuld für die Lage des Vereins in Münster von sich, denn weder Kalisch, den er als Nervensäge „von staunenswertem Wissen und von Gedanken“³²⁸ bezeichnete, noch Waldstein, der trocken und langweilig gewesen sein soll, hätten „den schwerfälligen Münsterländern“³²⁹ Beine machen können.

³²³ Vgl. CVZ, Erlebnisse in preußischen Kleinstädten, Nr. 3, 20. Januar 1928, unpaginiert.

³²⁴ Vgl. die Aktennotiz zu Münster von Lise Leibholz vom 28. Februar 1927. HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 1000, Frame 1619.

³²⁵ Ebda., Frame 1605f.

³²⁶ 1926 wurde sogar angedacht, die CVZ auch in Friseurgeschäften auszulegen. Vgl. Central-Vereins-Dienst, Nr. 2, III. Jg., 7. Juli 1926, S. 23.

³²⁷ Steinthal an Wiener. HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 1000, Frame 1596-1593, hier 1596f.

³²⁸ Ebda., Frame 1595.

³²⁹ Ebda., Frame 1596.

„Die Ortsgruppe klappte vor Jahren sehr gut. Die Zionisten hatten Arnold Zweig hier; wir gingen im Gegensatz zu sonst hin mit der Verabredung, dass man auch zu unserer nächsten Veranstaltung käme. Krombach sollte kommen.“³³⁰

Stattdessen kam Waldstein aus dem von den Franzosen besetzten Essen.

„Krombach war wegen der Rückreise wohl etwas zu ängstlich und kam deshalb nicht. [...] Das war für W.[aldstein] ein grosses Opfer und dasselbe Risiko wie für K.[rombach], aber für uns war es, da W.[aldstein] eben nicht Krombach ist und da er ja unvorbereitet reden musste, eine gewaltige Enttäuschung und für die Ortsgruppe ein grosser Misserfolg. Seitdem kann sich der Patient nicht wieder erholen. Da hilft alles nichts.“³³¹

Auch jede spätere Delegation aus Berlin

„war nicht geeignet, gewaltig auf die Mitglieder einzuwirken. [...] Ob ein sehr guter Redner jetzt hier etwas ändern kann, weiss ich nicht. Man kann ihm die undankbare Aufgabe nicht zumuten. [...] Einige wenige Mitglieder sind wirklich interessiert, zwei junge Anwälte sind K.C.er. [...] Die Monatsausgabe. Wer soll sie bekommen? [...] Da finde ich kein Ende. Hier sind z. B. die kath. und evangel. kirchlichen Behörden, Oberpräsidium, Regierung, Gerichte, Zuchthaus, Gefängnis, Universität, Landwirtschaftskammer, Militärbehörden, Stadtverwaltung, höhere u.[nd] Volksschulen, Rechtsanwälte, Aerzte, Zeitungen, Parteien u.s.w. u.s.w. Den ‚Morgen‘ hatte ein Kaufmann auf mein Zureden abonniert. Er war ihm zu schwer. Mein Exemplar liest ein ganzer christlicher Kreis mit. [...] Waldsteins Briefe an uns enthalten in der Hauptsache sowieso nur die Aufforderung, mit ihm zu verrechnen.“³³²

Die Häufung unglücklicher Umstände, die entweder das geringe Mitarbeiterpotenzial demotivierte beziehungsweise der Trägheit noch Vorschub leistete, war umso bitterer, weil die Gemeinde einigermaßen finanzkräftig war. Als Brodnitz den neuen Ortsgruppenvorsitzenden Dr. Walter Ostwald im Dezember 1927 schriftlich begrüßte, drückte er daher explizit seine Hoffnung aus, Ostwald werde

„unsere Arbeit in Münster in starkem Masse [...] aktivieren und die noch recht wohlhabende jüdische Bevölkerung in weit stärkerem Masse als bisher zu ideeller und materieller Mitarbeit heranziehen.“³³³

Ostwald war Krombachs Kartellbruder und stand mit ihm bereits vor der Amtsübernahme wegen der Lage in Münster in Verbindung. Er wusste auch um den CV in Münster als des Vereins

„Schmerzskind [...], wie es dieses nach den Erfahrungen aus meiner Studentzeit vor 17 Jahren bereits auch für andere jüdische Fragen war. In den ersten Jahren nach 1919 hatte sich dieses vielleicht auch infolge des Bestehens der Rheno-Bavaria und der Nachwirkungen des Krieges und der Revolution anders gestaltet, neuerdings ist jedoch alles auch auf anderen Gebieten (Jugendverein, Literaturverein) wieder eingeschlafen. Die hiesige Universität steht in fast allen ihren Zweigen nicht allein der jüdischen, sondern auch der sonstigen Bevölkerung gänzlich fremd gegenüber. [...] Bei der

³³⁰ Ebda., Frame 1595.

³³¹ Ebda., Frame 1595f.

³³² Ebda., Frame 1594-1593. [Der Microfilm weist an dieser Stelle eine falsche Paginierung auf.]

³³³ Ebda., Frame 1567f.

Rechtsanwalt und Notar Ostwald, am 9. August 1890 in Hagen/Westfalen geboren, im November 1938 nach England geflohen, galt im CV als Kenner deutsch-jüdischer Heimatgeschichte und ausgezeichneter Redner. Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 1119; Bundesarchiv R 58, Nr. 3305; *Determann*, 1989, S. 178.

Studentenschaft dürfen Sie nicht übersehen, dass dieselbe zu schätzungsweise 75% katholisch ist und entsprechend auch in den katholischen Korporationen organisiert ist. Diesen Kreisen liegt im allgemeinen aktive antisemitische Betätigung fern. Aufklärung ist vor allem in dem Sinne nötig, dass die völkische Bewegung durch Wodanskult und dergleichen fast immer zugleich auch katholikenfeindlich ist. Es ist hierbei zu bedenken, dass das Zentrum sowohl in akademischen Kreisen wie auch sonst in wohlhabenden einflussreichen katholischen Schichten sehr an Einfluss verloren hat. Dieselben sind grösstenteils deutsch-national, zum geringeren Teil deutsche Volkspartei. Zentrumsdemokraten sind in Universitätskreisen, wie mir von bekannter Seite versichert wird, nur wenige vorhanden. [...] Wie mir Dr. Steinthal vor längerer Zeit erklärte, geschieht zwar von führender katholischer Seite (Geistlichkeit) alles, um judenfeindliche Strömungen einzudämmen, aber man tritt nicht gern an die Öffentlichkeit, zumal befürchtet wird, dass hierdurch das Zentrum auf Kosten der Rechtsparteien Abbruch erleidet. Die protestantischen Kreise (vorwiegend Beamte und dergleichen) waren schon in der Vorkriegszeit einseitig konservativ gerichtet; die jetzige Stellung können Sie danach ermesen. Wenn ich nach alledem auch eine massvolle Aufklärungsarbeit nach aussen nicht von der Hand weisen will, so muss sie sich doch in engen Grenzen halten. Hauptsache ist auf innerjüdische Betätigung zu legen. [...] Die demokratische Partei, in der ich mich betätige, vegetiert. Die Sozialdemokratie ist auch nicht besonders lebhaft. Zentrum und in entsprechend geringerer Masse die Rechtsgruppen blühen.³³⁴

Das waren die Voraussetzungen, unter denen Ostwald arbeitete und umsetzte, was er angekündigt hatte. Der Schwerpunkt seiner Ortsgruppenarbeit lag auf den innerjüdischen Aufgaben. Daneben setzte er sich vor der Reichstagswahl 1928 mit Essen wegen entsprechender Abwehrmaßnahmen in Verbindung, da „von antisemitischer Seite [...] hier bereits kleine Hetzzettel [...] angeklebt“³³⁵ wurden. Alles in allem konzentrierte er sich aber besonders auf die Jugendarbeit in Münster. In diesem Zusammenhang hatte er kurz vor seiner Inhaftierung im Mai 1935 behauptet, vom CV „mundtot gemacht“ worden zu sein, er, der „seit Jahren [zu den] totgeschwiegenen Oppositionellen“³³⁶ im Verein gehöre. Ostwald hatte immer den Ansatz des Vereins kritisiert, der zu einseitig Wert auf die praktische Arbeit gelegt und deshalb den ideologischen Aspekt der Bewegung vernachlässigt habe. Das war nach seiner Auffassung falsch und deswegen von ihm

„im C.V. schon 1927 [...] bekämpft worden. Die Wichtigkeit der Idee als solcher beweisen ja gerade der Zionismus und die N.S.D.A.P. Auch die führenden Schichten des C.V. leben von Ideen, freilich nur von den Abfallprodukten aus 1789 und 1848.“³³⁷

³³⁴ HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 1000, Frame 1586f.

³³⁵ Ebda., Frame 1562.

³³⁶ Schreiben Ostwalds an Hirschberg vom 10. Mai 1935. HM2 8803, Osoby 721 I, Akte 3121, Frame 0933ff., hier 0933.

³³⁷ Ebda., Frame 0935. Zu Ostwalds Hoffnung nach 1933, innerhalb des Deutschen Reiches einen jüdischen Lehnstaat zu gründen, siehe ebda., Frame 0938f. Steinthal setzte sich am 29. November 1935 für Ostwald, der am 11. Juni desselben Jahres ins KZ verschleppt worden war, bei der Gestapo Berlin ein. Das Freilassungsgesuch begründete Steinthal damit, Ostwald habe die Idee vertreten, „die Lösung der Judenfrage in Deutschland würde im Sinne der nationalsozialistischen Regierung und im Interesse des deutschen Volkes am besten durch eine Ansiedlung der Juden im Emsland erfolgen. In diese an und für sich völlig harmlose Idee hatte sich Dr. Ostwald immer mehr verblissen. Wir, sein Freundes- und Bekanntenkreis, haben seinen Plan als völlige Utopie nie ernst nehmen können. [...] Hinzufügen darf ich noch, dass Herr Dr. Ostwald in seiner ganzen geschichtlichen und geschichtsphilosophischen Auffassung wie überhaupt in seiner Persönlichkeit so staatsbejahend ist, wie nur jemand sein kann.“ HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 213, Frame 0169f. Claire Ostwald hatte

Ostwald steht repräsentativ für eine ideologische Abkehr in den Reihen der jüdischen Jugend von den liberalen Grundwerten des Vereins, die sich bei ihm schon 1927 bezeichnenderweise anlässlich der Juristentagung des Vereins in Berlin abgezeichnet hatte.³³⁸ Es bestand eine Kluft zwischen den im fortgeschrittenen Alter sich befindenden Entscheidungsträgern in Berlin mit ihren „liberalistische[n] Ausschreitungen“³³⁹ und denen, die glaubten, sich in die Muntgewalt der Nazis commendieren zu können. Ostwald warf der Führungsriege des Vereins unzeitgemäße und geistige Immobilität vor, weil sie die Vereinspolitik nicht von den individualistischen Errungenschaften der Französischen Revolution abkoppelte. Dieselbe Führungsriege duldete allerdings nicht nur den Meinungspluralismus im Verein, sie versuchte andere Ideen zu integrieren, denn ansonsten wäre Ostwalds Amtsübernahme zweifellos verhindert worden. Er wurde 1930 sogar im Amt bestätigt.³⁴⁰ Die Entscheidung für ihn mag rein opportunen Motiven entsprungen sein, in Zeiten, in denen die Mitgliederkonjunktur schwächelte und der akademische Nachwuchs für den CV mobilisiert werden musste. Ostwalds Alter und Gesinnung besaßen für diese Zwecke stärkere Bindungskraft, zumal es sich beim Nachwuchsproblem im CV um ein grundsätzliches handelte.

1930 wandte sich der linksrheinische Landesverbandsvorsitzende Rudolf Callmann über die CVZ direkt an diese Klientel. Der Artikel ist deshalb bemerkenswert, weil er einen Beleg für den beharrlichen Glauben der Verantwortlichen in die intellektuelle Elite darstellt, von der angenommen wurde, sie sei am besten geeignet, die nationalsozialistische Ideologie und Bewegung zu bekämpfen.

Nach Callmanns Definition sei die Idee die „zeugende und treibende Kraft“ einer Bewegung, wobei „die Energie der Propaganda“³⁴¹ die Tat auslöse:

„Die Masse der ‚einfach und natürlich denkenden‘ Menschen fühlt nicht den Drang, eine Idee zu propagieren, wenn sie nicht selbst durch Ideologien fanatisiert wird. Völker- und Judenhaß wären nicht vorhanden, wenn es nur Proletarier gäbe [...] Wo sie hassen, wird der Haß gespeist von der unmittelbaren materiellen Not (Klassenhaß). Nur der ‚Gebildete‘ haßt aus Ideologie und wirkt auf die einfache Masse.“³⁴²

Deshalb könne auch nur der Gebildete den Demagogen und seine Bewegung

„in ihrem Wesen und nicht nur in ihren Symptomen bekämpfen. [...] Bekämpfung des Antisemitismus ist in allen Zeiten Kampf gegen seinen geistigen Gehalt. Die Klinge für diesen Kampf zu schmieden, das ist die Aufgabe des geistigen Menschen“,

der sich „die Erkenntnisse junger Gebiete wissenschaftlichen Forschens“³⁴³ dienstbar machen solle. Denn allen voran dem akademisch ausgebildeten Menschen sei es,

schon im Vorfeld um die Freilassung ihres Mannes gerungen. Einen Tag nach Steinthals Eingabe kam Ostwald frei.

Siehe auch *Schoeps, Hans-Joachim*, Bereit für Deutschland. Der Patriotismus deutscher Juden und der Nationalsozialismus. Frühe Schriften 1930–1939. Eine historische Dokumentation, Berlin 1970.

³³⁸ Vgl. HM2 8803, Osoby 721 I, Akte 3121, Frame 0935. Zur Juristentagung siehe den Leitartikel der CVZ, Die Juristentagung des C.V., Nr. 25, 24. Juni 1927.

³³⁹ HM2 8803, Osoby 721 I, Akte 3121, Frame 0937.

³⁴⁰ Vgl. HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 1000, Frame 1531.

³⁴¹ CVZ, An die jüdischen Akademiker!, Nr. 3, 17. Januar 1930, unpaginiert.

³⁴² Ebda.

³⁴³ Ebda.

„vermöge der Gewöhnung seines Verstandes wie auch der Anforderungen seines Berufes, mehr als dem praktisch Denkenden gegeben“³⁴⁴, diese Klinge zu führen. Callmann war davon überzeugt, dass

„die Ergebnisse der Gesamtheit menschlichen Wissens zur Aufklärung des Einzelproblems fruchtbar gemacht werden können [...] die wissenschaftliche Behandlung dieses unseres Lebensproblems im letzten Jahrzehnt ist im wesentlichen dadurch gefördert worden, daß man das Problem nicht nur von dem vielfach schon beachteten Standpunkt der Religion und der Wirtschaft aus zu sehen versuchte, sondern die Erkenntnisse junger Gebiete wissenschaftlichen Forschens seiner Lösung dienstbar zu machen wußte. (Psychoanalyse, Soziologie).“³⁴⁵

Immerhin hatte Ostwalds praktische Jugendarbeit letztlich insofern Erfolg, als die deutsch-jüdische Gesinnung unter den Jugendlichen zwar nicht mehr im liberal-individualistischen Sinne, aber im bündischen noch nach 1933 ausgeprägt war. Ansonsten aber zeigten die Juden Münsters zu Weimarer Zeiten alle Symptome saturierter, unpolitischer Bürger.

3.2.3 Der CV im Regierungsbezirk Düsseldorf

3.2.3.1 Rees, Dinslaken und Oberhausen

Auch im Regierungsbezirk Düsseldorf suchten Antisemiten und Republikfeinde generell zuerst und „planmäßig die kleinen Orte auf, die bisher vom Antisemitismus ziemlich verschont geblieben waren. Sie gehen dabei gleich mit einem großen und kostspieligen Apparat vor.“³⁴⁶

Kalischs alarmierende Zeilen aus dem Jahr 1921 bezogen sich auf das zwischen Emmerich und Wesel gelegene katholische Dorf Rees, in dem ein Prozent der 4.000 Einwohner Juden waren.³⁴⁷ Während die zehn Reeser CVer zu diesem Zeitpunkt bereits ihre ‚Feuertaufen‘ hatten, war das am Rande des Industriegebiets gelegene, ländlich geprägte Nachbarstädtchen Dinslaken noch frei von antisemitischen Störungen. Die dortige Ortsgruppe wurde 1919 gegründet. 1921 zählte sie 69 Mitglieder.³⁴⁸ Obwohl der Trutzbund in Rees bereits hetzte, hatte Kalisch anfangs Mühe, die 240 Dinslakener Juden, die mehrheitlich orthodox waren, davon zu überzeugen, der nahenden Gefahr durch Beitritt zum liberalen Verein rechtzeitig entgegenzutreten. Der Boden für den vorrangig liberal-religiös eingestellte Juden umschließenden CV war hier alles andere

³⁴⁴ Ebda.

³⁴⁵ Ebda. Zum Versuch, die Charaktereigenschaften eines Menschen zu ergründen, die ihn anfällig für die Nazi-Bewegung machten, siehe *Adorno, Theodor W.*, *The Authoritarian Personality*, New York 1950.

³⁴⁶ Zu Rees siehe HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1157, Frame 1067-1078, hier 1074.

³⁴⁷ Vgl. den Fragebogen zu Rees, ebda., Frame 1076ff.

³⁴⁸ Zu Dinslaken siehe HM2 8710, Osoby 721 I, Akte 694, Frame 2654-2700, hier 2673. In Dinslaken hatte sich der Mitgliederbestand bis 1926 auf 36 reduziert. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3489, Frame 0439.

als günstig. Kalisch fand die wichtigste Stütze vor Ort im zweiten Ortsgruppenvorsitzenden Leopold Strauss, Leiter der Gewerbeschule und demokratischer Stadtverordneter, der allgemein auf eine „grosse Resonanz“³⁴⁹ stieß und mit seinen christlichen Kollegen per Du verkehrte. Während nur einige Kilometer weiter die Hetze kaum Einhalt fand, erlebte Dinslaken zum selben Zeitpunkt eine Phase der Ruhe. Mit dem Bestehen einer Ortsgruppe des Trutzbundes waren nicht immer Belästigungen verbunden.

Auch im katholischen Oberhausen bestand eine. Sie blieb aber Zeit ihres Bestehens für die 82 CVer praktisch bedeutungslos.³⁵⁰ Die politische und soziale Lage in Oberhausen für die jüdischen Einwohner war grundsätzlich nicht schlecht. Die deutsch-jüdischen Patrioten ärgerten sich daher eher aus der Distanz heraus über die generelle Ungerechtigkeit antisemitischer Vorgänge „im deutschen Reich“, die zeigten, wie wenig Anerkennung die deutschen Juden fanden, obwohl sie in der Phase des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet „in Not und Tod getreu neben ihren christlichen Glaubensgenossen ausgehalten“³⁵¹ hatten.

Das zumindest war der Tenor einer Resolution vom November 1923, die, knapp zwei Monate nach Abbruch des passiven Widerstandes, die Synagogengemeinde, der rund 500 Mitglieder zuzüglich der zwölf ausländischen angehörten, verabschiedet hatte. Inwieweit sie in Verbindung mit dem CV stand, kann nur vermutet werden. Im Allgemeinen aber war das Klima in der Ortsgruppe, das ebenso wenig durch eine aktive zionistische Agitation Aufwind erhalten hatte, unspektakulär, aber trotzdem teils außerordentlich rührig.³⁵² Als im März 1925 Herzfeld im Central-Hotel über ‚Unsere Stellung zu den Tagesfragen‘ sprach – bei dem Treffen handelte es sich um eine Nachlese auf die Reichstagswahl im Dezember 1924 –, hinterließ seine von Misstrauen geprägte Haltung gegenüber der politischen Entwicklung auf lange Sicht kaum Eindruck, schließlich hatten die radikalen Parteien Verluste hinnehmen müssen und die Wirtschaft erholte sich. Herzfeld, führte aus:

„Durch den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung sei ein Umschwung von der demagogischen Hetze zur Mitarbeit am Staate [...] zu verzeichnen, und es steht zu befürchten, dass ihnen bei künftigen Wahlen allein das antisemitische Schlagwort für die agitatorische Arbeit übrigbleibt. Eine Konsolidierung der republikanischen Staatsform sei nicht in wenigen Jahren zu erwarten, sondern erfordere [...] lange Zeiträume. Ein Nachlassen in der Abwehrarbeit sei ein Fehler, da besonders im Ruhrgebiet nach Abzug der Besatzung [abgeschlossen am 1. August 1925] ein Anschwellen des Antisemitismus zu erwarten sei. [...] Der Redner nimmt Stellung zur zionistischen Arbeit, schildert den nationalistischen Einschlag in der deutschen zionistischen Bewegung.“³⁵³

³⁴⁹ HM2 8710, Osoby 721 I, Akte 694, Frame 2669ff., 2676.

³⁵⁰ Zu Oberhausen zwischen 1920 und 1934 siehe HM2 8717, Osoby 721 I, Akte 1090, Frame 2424-2576, der Fragebogen findet sich ebda., Frame 2555ff.

³⁵¹ Ebda., Frame 2551.

³⁵² Vgl. ebda., Frame 2547.

³⁵³ Vortragsbericht für die Ortsgruppe Oberhausen vom 31. März 1925. Ebda., Frame 2520.

Der Bericht deutete darüber hinaus die Unzuverlässigkeit der DVP in Oberhausen an, weil auf ihre Veranlassung hin die Oberhausener Zeitung ein antisemitisches Flugblatt druckte. Man dachte darüber nach, mit einem Insertionsboykott zu antworten. Nach diesem Vortragsbericht ging Herzfeld allerdings weder auf die vorzeitige Haftentlassung Hitlers im Dezember 1924 noch auf die

Die Stellung des Vereins zu den Zionisten schnitt Herzfeld nicht zufällig an, obwohl diese in Oberhausen nur eine marginale Rolle spielten. Er gab dabei Vorlagen aus der Hauptgeschäftsstelle weiter, nachdem Holländer nur knapp zehn Wochen vor Herzfelds Besuch in Oberhausen durch einen scharfen Ton in der CV-Zeitung aufgefallen war. Darin sprach er von „jüdisch-völkisch[er]“ Gesinnung, die er wie folgt definierte:

„Völkisch ist derjenige, der auf die Theorie der gemeinsamen Eigenart der Blutsmoleküle geschworen ist, und der meint, daß nur gleiche Blutszusammensetzung Einfluß auf die politische Entwicklung nehmen dürfe. Daher doch der Ruf nach der Alljudentum, daher der Ruf nach Betonung der Einheit des jüdischen Volkes. W i r lehnen Jüdisch-Völkisch ab, weil wir die R e l i g i o n, aber nicht die menschlich substantielle Einheit des Judentums bewahren wollen. Zwischen den kirgisischen und den englischen Juden besteht nach unserer Auffassung ein himmelweiter Unterschied. Den O s t j u d e n stehen wir gerecht und sympathisch gegenüber und werden nicht zugeben [sic], daß sie ungerecht verfolgt werden. Sind aber kulturelle Unterschiede zwischen der deutschen Kultur und der Kultur der Ostjuden vorhanden, so verschleiern wir den Unterschied nicht. [...] Es gibt eine Einheit des Judentums, aber es gibt keine Einheit der Judentum.“³⁵⁴

Diese Auffassung teilte die Mehrheit der Oberhausener Juden. Als der CV-Vorsitzende Max Bein im Rahmen der Winterarbeit 1925 zu einem Rezitations- und Tanzabend einlud, um neue Mitglieder anzuwerben, führte er anschließend aus:

„Man fand es bei uns sehr gemütlich und nett. Allerdings einen Zuwachs an Mitgliedern brachte der Abend nicht. Ein solcher ist für Oberhausen auch kaum zu erwarten! Die wenigen reichsdeutschen Juden hier, die Zionisten sind, werden wohl nicht zustimmen sein[,] und die übrigen Familien sind fast durchweg mit einem oder zwei Angehörigen im C.V. vertreten.“³⁵⁵

Die Mitgliederzahl ging bis 1926 in Oberhausen lediglich auf überschaubare 65 zurück.³⁵⁶ Recht stabil, leitete die Ortsgruppe im folgenden Jahr eigeninitiativ eine ganz erstaunliche Maßnahme ein, die zur Nachahmung weiterempfohlen wurde. Die Ortsgruppe richtete Spezialdezernate ein mit eigenen Dezernatsleitern für die Aufgaben ‚Verkehr mit den Behörden‘, ‚Überwachung der Straßen und Versammlungen‘ sowie ‚Kontrolle der Presse‘.³⁵⁷

Herzfelds Warnung vor den Zionisten wiederum erfuhr in Oberhausen 1930 eine späte Berechtigung. Die Stellung des CV wurde brüchig. Rechtsanwalt Dr. Adolf Rosenberg hatte sich in Oberhausen der Verbreitung des zionistischen Gedankens in einem

Neugründung der NSDAP im Februar 1925 ein. Siehe deshalb CVZ, Was wird Hitler tun?, Nr. 3, 16. Januar 1925, S. 61. Diesem Artikel zufolge war der CV über die ersten Schritte Hitlers in Freiheit gut informiert. Demzufolge war man unsicher hinsichtlich der beiden Handlungsoptionen, die man zukünftig für ihn sah: „Volksführer oder Parteimann. Diktatur oder Einordnung?“ Im CV fiel Hitlers Zurückhaltung auf und er führte sie „vielleicht zum Teil [auf] die Hemmung, die ihm die noch auf Jahre laufende B e w ä h r u n g s f r i s t auferlegt“, zurück. Dieser Punkt ist der einzige, der im Text zweimal Erwähnung fand.

³⁵⁴ CVZ, Klarheit und Wahrheit, Nr. 3, 16. Januar 1925, S. 38.

³⁵⁵ Undatierter Bericht der Ortsgruppe Oberhausen. Ebda., Frame 2493. Das Treffen fand am 8. Dezember 1925 statt. Der Beleg findet sich ebda., Frame 2494.

³⁵⁶ Vgl. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3489, Frame 0444. Im darauf folgenden Jahr schlossen sich die knapp zehn Mitglieder Osterfelds der Ortsgruppe Oberhausen an. Der Propagandaort gehörte zuvor zu Bottrop, das anschließend nur noch mehr elf Mitglieder zählte. HM2 8717, Osoby 721 I, Akte 1090, Frame 2483.

³⁵⁷ Siehe den Ausschnitt aus dem CV-Dienst vom 25. November 1927. Ebda., Frame 2476.

„reichlich radikalen Sinne“³⁵⁸ angenommen. Der CV versuchte sich damit zu helfen, Rosenberg durch persönliche Gespräche zu mäßigen. Sowohl sein Sozium Münchhausen, der 1932 zweiter Vorsitzender der CV-Ortsgruppe war, als auch Rosenbergs Schwager, das CV-Hauptvorstandsmitglied Rabbiner Hugo Hahn aus Essen, versuchten durch Gespräche auf ihn einzuwirken. Erfolgreich waren diese Unterredungen nicht. Mit dem Zionismus musste man sich weiter auseinandersetzen. Der Vortrag des Leipziger Rabbiners Felix Goldmann am 25. Februar 1931 zum Thema ‚Die Wirtschaftskrise im deutschen Judentum‘ war da eine weitere Gelegenheit, diesmal um auf die Berufsumschichtung in Palästina einzugehen. Diese Maßnahme würde jedoch nach Goldmanns Meinung der „Masse keine Hilfe bringen“, außerdem hätten sämtliche „Versuche einer Berufsumschichtung sehr geringe Resultate gezeigt.“³⁵⁹ Auch wenn in Deutschland der Zuzug aufs Land nicht gelingen wollte, müsse es vordringliches Bemühen des deutschen Staatsbürgers jüdischen Glaubens sein, die Wirtschaftsnot innerhalb der eigenen Landesgrenzen zu beheben, sich allen voran der

„Angestelltenschaft anzunehmen, da sonst sich gerade aus diesen Kreisen Abfall und schärfste religiöse Gegnerschaft bemerkbar machten. [...] Es sei auch auf den Antisemitismus innerhalb unseres eigenen Kreises zu achten. Die jüdischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssten ins rechte Verhältnis zueinander kommen. Wenn auch konfessionelle Grenzen im Wirtschaftsleben zu vermeiden seien, [...] so sei doch auf die Bedürfnisse, die sich aus der jüdisch[en] Krise ergeben, Rücksicht zu nehmen.“³⁶⁰

In Oberhausen schlug Goldmann angesichts der weiten wirtschaftlichen Verelendung in jüdischen Kreisen einen neuen Ton in der Versammlung an. Sein Versuch, Optimismus zu verbreiten und Trost zu spenden, lässt im Nachhinein den Atem stocken angesichts seiner abschließenden Bekundung, „die Vernichtung des Judentums könne nicht von aussen kommen, sondern nur durch fehlenden Lebensmut.“³⁶¹

3.2.3.2 Düsseldorf und die Gesolei

„[I]st es klug, dauernd eine Minorität zu verhetzen und zu verfolgen, so daß viele Juden irre werden an sich und an dem Lande, worin sie wohnen, und daß sie sich fragen, kann denn dies noch unser Vaterland sein, wo man uns mit dauerndem Haß begegnet? Und das ist auch eine ernste Frage für das deutsche Volk: ob es verzichten will auf die Mitarbeit eines Volkes, das noch nie verzweifelt ist, das gelernt hat, was das deutsche Volk lernen muß, im Unglück nie verzweifeln!“³⁶²

Diese Worte stammen aus dem Jahr 1921 und fielen in einer öffentlichen Versammlung vor Juden und Christen, die die CV-Ortsgruppe unter der Leitung des Kaufmanns Oskar

³⁵⁸ Ebda., Frame 2455f.

³⁵⁹ Vortragsbericht. Abschrift. Ebda., Frame 2349.

³⁶⁰ Ebda.

³⁶¹ Ebda.

³⁶² Vortrag Dr. Ismar Freunds in Düsseldorf am 13. Februar 1921 zum Thema ‚Volkstum und Vaterland‘. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1566-1568, hier 1567.

Manes, langjähriger Vorsitzender der Synagogengemeinde, im katholischen Düsseldorf organisiert hatte.³⁶³ Dass bei dieser Gelegenheit Rabbiner Ismar Freund den Begriff des jüdischen Volkes benutzte, zog zu diesem Zeitpunkt keine Kritik nach sich. Es war für die arrivierten CVer, die unter einem starken Einfluss seitens der Düsseldorfer Synagogengemeinde standen, auch eher bezeichnend, dass sie über das „Verhältnis des Judentums zum Vaterland“³⁶⁴ aufklären wollten. Insofern sprach ihnen Freund aus dem Herzen, denn man hielt sich geradezu für prädestiniert, die sittlichen Gebote in der Gesellschaft zu vertreten:

„Das Verhältnis des Judentums zum Vaterland ergibt sich aus unserer Bestimmung, die uns am Sinai gegeben ward, in dem Programm, das uns für alle Ewigkeit mit auf den Weg der Wanderung gegeben worden ist: ‚Ihr sollt mir sein ein Reich von Priestern und ein heiliges Volk‘. Darin liegt begründet, daß das jüdische Volkstum nichts zu tun hat mit dem Volkstum irgendeines anderen Volkes. U n s e r e B e s t i m m u n g ist es nicht, Länder zu erobern und Völker zu bezwingen [...] Jeder Israelit sollte daher sein ein Träger und Verkünder des sittlichen Gesetzes, der göttlichen Offenbarung sowohl im politischen, sozialen wie in seinem Familienleben. Das verstehen wir unter dem Ausdruck: ‚Auserwähltes Volk‘; nicht ist er etwa eine Ueberhebung. Das ‚Auserwähltsein‘ ist kein Recht, es ist eine Pflicht, die uns ein Jahrtausendlanges Martyrium eingebracht hat.“³⁶⁵

Diese Rolle war genauso von außen aufgedrängt wie die Mission, nachdem der Wandel des politischen Systems nicht einhergegangen war mit dem notwendigen demokratischen Geist.³⁶⁶ Gelänge es, die Deutschen wieder aufzurichten, benötigten sie auch keinen Prügelknaben mehr. Nach der Vision im CV sollte Deutschland

„als Vorkämpferin der neuen Idee in einigen Jahren [...] auf geistigem Gebiete wieder eine führende Stellung unter den Völkern einnehmen [...]. Pflicht der deutschen Juden sei, an dem Aufbau des deutschen Vaterlandes eifrig mitzuarbeiten und sich hiervon durch keinerlei Anfeindungen abbringen zu lassen.“³⁶⁷

Düsseldorf war nicht frei von antisemitischen Gruppierungen, aber sie traten infolge der französischen Besetzung noch wenig offen hervor.³⁶⁸ Deshalb war vor allem der Solidargedanke leitend, als 1922 der neue Ortsgruppenvorsitzende, der Kaufmann und frisch gewählte Vorsitzende der Synagogengemeinde Erich Felsenthal (1874 Aachen – 1943 Auschwitz)³⁶⁹, angesichts der chronischen „Notlage des Central-Vereins“ an die Spendenbereitschaft der solventeren Vereinsmitglieder appellierte.³⁷⁰ Über Felsenthal

³⁶³ Zur Ortsgruppe Düsseldorf zwischen 1920 und 1930 siehe ebda., Frame 1256-1620. Belege für die Ortsgruppenarbeit zwischen 1930 und 1938 finden sich ebda., Akte 724, Frame 1622-1798.

³⁶⁴ Ebda., Frame 1567.

³⁶⁵ Ebda.

³⁶⁶ Vgl. ebda.

³⁶⁷ Versammlungsbericht vom 5. Mai 1920 über eine Veranstaltung im jüdischen Jugendverein. Ebda., Frame 1616.

³⁶⁸ Vgl. den Fragebogen zu Düsseldorf. Ebda., Frame 1554ff., hier 1555.

³⁶⁹ Vgl. Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf (Hg.), Juden in Düsseldorf. Ein fotografisches Erinnerungsbuch mit Arbeiten von Marcus Kiel, Düsseldorf 1998, S. 60.

³⁷⁰ Vgl. Waldsteins Bericht vom 9. November 1922 an die Zentrale. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1549. Die Wahl Felsenthals zum Vorsitzenden der Synagogengemeinde 1922 verlief nicht ohne Widerstand seitens der Zionisten, die gegen die Wahl beim Regierungspräsidenten Einspruch

und den liberalen Rabbiner Max Eschelbacher war die Ortsgruppe im Übrigen fortan aufs Engste an die Synagogengemeinde gekoppelt.

Die Ortsgruppe scheint erstmals nach Abbruch des Ruhrkampfes herausgefordert worden zu sein. Sie reagierte unsicher. Sollte man überhaupt öffentlich auftreten und damit schlafende Hunde wecken? Vielleicht war es besser, „von einer öffentlichen Versammlung absehen zu [w]ollen, da die Deutschvölkischen in Düsseldorf nur eine geringe Tätigkeit entfaltet hatten.“³⁷¹ Das Zaudern zahlte sich nicht aus. Die Tätigkeit der Deutschvölkischen wurde rasch lebhafter. Erst als sie Juden den Zutritt zu ihren Versammlungen verwehrten, entschloss sich die Ortsgruppe „zum Protest gegen diese ungeheuerliche Beleidigung der deutschen Juden.“³⁷² In der daraufhin organisierten öffentlichen Versammlung, die, wider den Mangel an demokratischem Bewusstsein, freien Eintritt und freie Aussprache garantierte, führte Eschelbacher

„in ausserordentlich anschaulicher und hinreissender Weise aus, dass die deutschen Juden mit dem deutschen Volke auf das innigste verbunden seien. Insbesondere schilderte er die Leistungen und Opfer der deutschen Juden während des Krieges und in der Nachkriegszeit und stellte namentlich das Verhalten der Juden der besetzten Gebiete während der Besetzung und des Ruhrkampfes dar. Die Juden, insbesondere auch die Düsseldorfer, haben in diesen schweren Zeiten in gleicher Weise ihre Schuldigkeit getan [...] wie die übrige Bevölkerung. Das Verhalten der Antisemiten sei daher eine schwere Ungerechtigkeit [...] Die Ausführungen des Redners fanden den reichsten Beifall. [...] Insbesondere erklärten Führer des Zentrums, der Demokraten, der Mehrheitssozialisten und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ihren Willen zur Bekämpfung der antisemitischen Bestrebungen. Von den anwesenden antisemitischen Persönlichkeiten meldete sich trotz wiederholter Aufforderung niemand zum Worte, so dass festgestellt werden konnte, dass sie offenbar nicht in der Lage sind, ihre Beschuldigungen offen zu vertreten und den Kampf für ihre Ziele mit geistigen Waffen ernsthaft zu führen.“³⁷³

Genugtuung und Stolz verdeckten ein wenig die Möglichkeiten, dass sich diese antisemitischen Persönlichkeiten eventuell sehr absichtsvoll weder überzeugen noch die geistige Waffe in die Hand drücken lassen wollten. Hätte der CV diese Möglichkeit aufrichtiger in Betracht gezogen, hätte er gegebenenfalls eingestehen müssen, mit der falschen Waffe zu parieren. Eschelbacher und Felsenthal waren indes schier unermüdlich im aufklärenden Einsatz, so als wichtige Organisatoren der Sonderschau zur Hygiene der Juden auf der Gesolei, der Ausstellung für Gesundheitspflege, Soziale Fürsorge und Leibesübung, die zwischen Mai und Oktober 1926 in Düsseldorf stattfand.³⁷⁴ Für den CV war diese Ausstellung ein „riesenhafte[r] Düsseldorf[er] Anschauungsunterricht[:]

Wir sehen da die durch religiöse Vorschriften zum Gesetz gemachte ‚Absonderung der Aussätzigen‘, die Verteilung des Ernteanteils an die Armen, die auf Gabe unbedingten Anspruch hatten, die Sorge für die ‚Reinheit der Speisen‘, für die ‚Heiligkeit der Ehe‘

eingelegt hatten. Vgl. *Eschelbacher, Max*, Die Synagogengemeinde Düsseldorf 1904–1929. Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens der Synagoge, Düsseldorf 1929, S. 11.

³⁷¹ Undatierter Versammlungsbericht. Ebda., Frame 1524f., hier 1524.

³⁷² Ebda., Frame 1524.

³⁷³ Ebda., Frame 1524f.

³⁷⁴ Zu Motiven, Hintergründen und Inhalten der Ausstellung siehe *Wiesemann, Falk*, Hygiene der Juden auf der Düsseldorf[er] Gesolei 1926. Jüdische Kulturleistungen in der Weimarer Republik, in: *Geschichte im Westen* (8) 1993, 1, S. 24–37.

und vor allem die ‚Sabbatruhe‘, die von unvergleichlicher Klugheit und Güte ersonnene regelmäßige und absolute Arbeitspause für jedermann [...] eine soziale Großtat höchsten Ranges. [...] Alle diese Dinge beschränken sich in ihrer Auswirkung nicht auf das Judentum, sondern sind der g a n z e n M e n s c h e i t zugute gekommen.“³⁷⁵

Nach der Besatzungszeit war die Ausstellung „das erste Zeichen für den Wiederaufstieg Düsseldorfs.“³⁷⁶ Die Gesolei symbolisierte erleichterte Genugtuung gegenüber der wiedererlangten Souveränität. Der Aufbau ging voran und die deutschen Juden beteiligten sich an ihm. Ein nationales wie internationales Millionenpublikum konnte sich davon überzeugen.³⁷⁷

Dem Düsseldorfer CVer mangelte es grundsätzlich nicht an Selbstsicherheit. Er war aber ein Zahlungsmuffel. 1926 war die Ortsgruppe nicht mehr liquide, weil die Einnahmen aus Beiträgen und Spenden nicht reichten, um alte Schulden zu tilgen.³⁷⁸ Überdies waren von den für 1925 ermittelten 5.130 Düsseldorfer Juden gerade einmal 600 im CV organisiert. Dabei standen die Düsseldorfer Juden, „soweit sie deutsche Staatsangehörige sind, eigentlich alle auf unserem Boden.“³⁷⁹ Entsprechend fehlte es der zionistischen Gruppe noch an Werbekraft. Allerdings begannen sich ihre Mitglieder langsam und zudem zeitgleich auch in Essen und in Krefeld zu regen. Für Düsseldorf erschien dann im Februar 1927 ein aufmunternder Besuch Direktor Holländers in der Ortsgruppe notwendig.³⁸⁰

Ein ständiges Zugpferd hatte man in Eschelbacher. Dieser stellte im Dezember 1927 fest, Düsseldorf sei „von dem Gassen- und Gossenantisemitismus der letzten Jahre“ zwar verschont geblieben, ein „Kultur- und Rassenantisemitismus“³⁸¹ herrsche dennoch. Holländer lobte brieflich Eschelbachers Aufklärungsarbeit, da er es verstanden habe, die „hochinteressanten anthropogeographischen Erkenntnisse[...] über den Einfluss des Landes auf Körper und Seele seiner Bewohner“³⁸² zu verdeutlichen. Für Eschelbacher selbst war

„eine klare Stellungnahme zu dem grossen Problem der Rasse [...] eines der wichtigsten Bedürfnisse für unsere jüdische Weltanschauung und unsere geistige Kriegsführung. [...] Wir müssen prüfen, was an Wahrheit den Theorien, die sich so sehr im Einzelnen

³⁷⁵ CVZ, Die Düsseldorfer Gesolei. Aus der Abteilung ‚Hygiene der Juden‘, Nr. 20, 14. Mai 1926, S. 272.

³⁷⁶ *Eschelbacher*, 1929, S. 8.

³⁷⁷ Vgl. ebda., S. 9.

³⁷⁸ Vgl. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1483. Im April 1928 hieß es, die Ortsgruppe stünde mit 9.000 Mark beim Landesverband im Rückstand. Sofern nicht rasch eine Wandlung eintreten würde, erwarte man für die Düsseldorfer Ortsgruppe den „finanziellen Ruin“. Ebda., Frame 1370f.

³⁷⁹ Ebda., Frame 1483. CVZ, Preussens jüdische Bevölkerung. Ergebnisse der Volkszählung vom 16. Juni 1925, Nr. 24, 17. Juni 1927, S. 343. Der Artikel beschäftigte sich mit der Zu- und Abnahmebewegung der jüdischen Bevölkerung in Städten mit über 100.000 Einwohnern. Für Düsseldorf konnte festgestellt werden, dass die Synagogengemeinde zwischen 1910 und 1925 ein Wachstum von 1.145 Menschen verzeichnen konnte, das besonders auf Kosten der jüdischen Landgemeinden ging. In Großstädten des Ruhrgebietes, „so in Elberfeld, Dortmund [...], Essen, Duisburg und besonders in Hamborn“, hatte sich durch die Binnenwanderung der Anteil der jüdischen Bevölkerung sogar verdoppelt. Leicht sank hingegen der jüdische Bevölkerungsanteil in Münster, Mülheim/Ruhr, Krefeld und Aachen.

³⁸⁰ Vgl. ebda., Frame 1478f.

³⁸¹ Ebda., Frame 1417.

³⁸² Ebda., Frame 1414ff.

widersprechen, zu Grunde liegen mag[,] und ich persönlich glaube, dass das gar nicht so wenig ist. Wir können diese Wahrheit aber sehr wohl in unseren Gedankenkreis aufnehmen und werden im Kampfe mit dem Antisemitismus unsere jüdische Stellung damit nicht schwächen, sondern stärken.“³⁸³

3.2.3.2.1 Ein Fall von Aufklärungsresistenz: Münchmeyer

Während Eschelbacher noch auf der Suche nach der Wahrheit Theorien sezierte und falsifizierte, informierte am 25. Januar 1928 die Ortsgruppe Düsseldorf ihr Mutterbüro über die Tatsache, dass in Düsseldorf

„ein Bund nordischer Frauen gegründet worden [war], unter der Leitung der Pastor Münchmeyer, diese ist geborene Düsseldorferin. Der Bund marschiert unter neutraler Flagge mit dem Ziel der Förderung nordischen Wesens und der nordischen Rasse. Antisemitische Tendenzen treten in den Satzungen und den Vereinsbesprechungen nicht offen hervor. Es handelt sich aber zweifellos um eine Vereinigung rein antisemitischen Charakters. Wir werden den Verein hier genau beobachten.“³⁸⁴

Um die wahren Absichten dieses Bundes als Täuschungsmanöver zu enthüllen, hätten die CV-Damen gewiss ihre persönlichen Verbindungen einsetzen und als Kundschafterinnen wertvolle Dienste leisten können. Allerdings mussten sie in Düsseldorf erst einmal für den Verein organisiert werden, wovon man sich allgemein neue Impulse für die gesamte Ortsgruppe erhoffte.³⁸⁵

Im Falle dieses Bundes waren die politischen Motive und Verbindungen schon allein aufgrund der personalen Verbindungen leicht zu durchschauen. Der CV hatte bereits Erfahrung mit dem nationalsozialistischen Parteimitglied Ludwig Münchmeyer gesammelt, und zwar spätestens seit den Boykottaktionen gegen Juden auf der Nordseeinsel Borkum, wo jener seit 1924 in seiner Funktion als Geistlicher der evangelischen Landeskirche agierte.³⁸⁶

³⁸³ Eschelbacher an Holländer am 25. Dezember 1927. Ebda., Frame 1415.

³⁸⁴ Bericht der Düsseldorfer Ortsgruppe vom 25. Januar 1928 an Berlin. Ebda., Frame 1410.

³⁸⁵ 1926 informierte der Verein in einem vertraulich zu behandelnden Rundschreiben über den Luisenorden, „der weibliche Stahlhelm“, dessen Verbreitung erkennen ließ, „dass die Ausdehnung dieses Ordens erheblich zunimmt. Beobachtungen der Tätigkeit und der führenden Persönlichkeiten ist notwendig, insbesondere aber die Feststellung, ob Leiterinnen des Vaterländischen Frauenvereins gleichzeitig eine massgebende Rolle im Orden spielen.“ HM2 8720, Osoby 721 I, Akte 1220, Frame 0664.

³⁸⁶ *Michael Wildt* beschrieb in diesem Zusammenhang Gegenmaßnahmen norddeutscher CV-Ortsgruppen. Siehe *dens.*, *Der muß hinaus! Antisemitismus in deutschen Nord- und Ostseebädern 1920–1935*, in: *Mittelweg* (36), Jg. 10, 2001 S. 2–25; zum Thema siehe weiterhin *Bajohr, Frank*, *Unser Hotel ist judenfrei. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 2003, S. 82ff. Zum Prozess Münchmeyer gegen Rechtsanwalt Dr. Julius Charig, CV-Synikus in Emden, siehe auch *Central-Vereins-Dienst*, Nr. 2, III. Jg., 7. Juli 1926, S. 21f.; *Zwei Jahre Arbeit im Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1926–1927*, S. 88. Der Prozess wurde ebenso aufgegriffen in dem vom CV-Berlin formulierten Exposé *Gegen die Rechtsnot der deutschen Juden! Vertraulich! Als Manuskript gedruckt*, Januar 1927. HM2 8824, Osoby 721 I, Akte 3378, Frame 1440–1448.

Außer den tätlichen und beleidigenden Übergriffen, die den Boykott der NSDAP gegen jüdische Badegäste auf Borkum begleiteten, beschäftigte den Verein der Stahlhelm, der „eine prinzipielle Eroberung“ der Insel Norderney mit ihrer „durchweg republikanisch“ gesinnten Bevölkerung

Münchmeyer erwies sich als penetranter Antisemit, dessen Selbstherrlichkeit nicht zuletzt 1930 in seiner Antwort an den Centralverein zum Ausdruck kam³⁸⁷, zu einem Zeitpunkt also, als die NSDAP als zweitstärkste Fraktion in den Reichstag eingezogen war.³⁸⁸ In diesem Druckwerk, das Münchmeyer im Selbstverlag veröffentlichte, reihten sich Beleidigungen an Drohungen. Als geradezu unermüdlich und pathologisch präsentierte er sich, wenn er etwa auf seine „über fünfzig bisherigen Prozesse[...] und [die] noch ausstehenden über zwanzig weiteren“³⁸⁹ verwies und hämisch seinen Dank dafür aussprach, dass der CV „für uns unfreiwillige wirkungsvollste Reklame“³⁹⁰ mache. Eine intellektuelle Auseinandersetzung war mit dem absichtsvoll Unverbesserlichen nicht möglich.

Deshalb ging der CV dazu über, seinerseits Beleidigungen gegen Münchmeyer auszusprechen, damit dieser den CV verklagte. Das ungewöhnliche Vorhaben hatte Erfolg, wenngleich nicht Münchmeyer, sondern die Evangelische Landeskirche als Hauptklägerin den Prozess gegen den CV anstrebte, der im Mai 1926 auf Borkum verhandelt wurde. Am Verfahrensende hatte der CV zwar eine Geldstrafe wegen Beleidigung zu zahlen. Den gegen Münchmeyer erhobenen Verfahrenspunkten wurde allerdings auch stattgegeben, darunter sexuelle Belästigung Minderjähriger. Die Karriere dieses Gerichtsnotarikers als Pfarrer war damit beendet.³⁹¹

Der Verlust an Sitte und Anstand zeigte sich erneut wenige Monate, nachdem der besagte Bund nordischer Frauen gegründet worden war. Einige junge Männer hatten in Düsseldorf

„in der Nacht zum Verfassungstage [11. August] 1928 [...] die Front der Synagoge [...] beschmiert [und wurden] im Frühjahr vom erweiterten Schöffengericht zu Gefängnisstrafen verurteilt. [...] Anscheinend hat die Bestrafung auf die jungen Leute keinen allzu nachhaltigen Einfluß ausgeübt. Als im August dieses Jahres der Haupttäter mit seinen Gesinnungsgenossen auf einer Tagung in Nürnberg weilte, schrieb er an den Synagogenvorstand eine Karte folgenden Inhalts: ‚Du Lump! – Blut muß fließen! – Die Rache naht!‘ Dieses Geschreibsel war von dem Haupttäter und drei anderen jungen Leuten unterzeichnet. Der Synagogenvorstand stellte selbstverständlich Strafantrag. Und so erschienen die vier Postkartenschreiber wieder einmal vor dem erweiterten

beabsichtigte. Rechtsanwalt Dr. Fritz Levy, Essen, als Späher nach Norderney entsandt, wusste in seinem Bericht an Krombach vom 23. Juli um das Wetthissen der schwarz-weiß-roten und der schwarz-rot-goldenen Flaggen auf Sandburgen entlang der Strände zu berichten, das ein weithin sichtbarer Ausdruck der jeweiligen Akzeptanz der Weimarer Republik war. Vgl. HM2 8761, Osoby 721 I, Akte 2351, Frame 0789. Zum Flaggenstreit, der 1926 den Rücktritt des Kabinetts Luther auslöste, siehe *Winkler, Heinrich-August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Berlin 1985, S. 265ff.

Im Verlauf des Jahres 1924 beschäftigte den Verein etwa auch das auf Norderney ansässige, offensiv judenfeindliche Gasthaus Engehausen. Herzfeld war vom CV beauftragt worden, ein Rechtsgutachten über den Kontrahierungszwang und Möglichkeiten der Konzessionsentziehung in der Gastronomie auszuarbeiten. Vgl. dazu HM2 8761, Osoby 721 I, Akte 2351, Frame 0944f. Das Gutachten in redaktionell veränderter Fassung findet sich in: *Central-Vereins-Dienst*, Nr. 9, II. Jg., 15. Dezember 1925, S. 67.

³⁸⁷ Vgl. *Münchmeyer, L., Meine Antwort an den C.V., Düsseldorf 1930.*

³⁸⁸ Zu Münchmeyer siehe CVZ, *Der Wahlkampf hat begonnen!*, Nr. 35, 29. August 1930, S. 456.

³⁸⁹ *Münchmeyer*, 1930, S. 7.

³⁹⁰ *Ebda.*, S. 4.

³⁹¹ Vgl. *Wildt*, 2001, S. 13f.

Schöffengericht. Sie entschuldigten sich damit, sie hätten in Bierlaune gehandelt. Das Gericht war der Ansicht, daß man auch in Bierlaune keine offenen Postkarten mit derartigem Inhalt an angesehene Bürger schreiben darf, daß solch eine Frechheit ganz im Gegenteil exemplarische Strafe verdient. Es verurteilte den Haupttäter zu einem Monat Gefängnis, die übrigen zu geringeren Strafen. Auf den Fluren des Gerichts und vor dem Gebäude hatten sich inzwischen einige Dutzend sehr jugendlicher Freunde der Angeklagten gesammelt, die, als der Hauptangeklagte abgeführt wurde, ihm eine Ovation darbrachten. [...] Es ertönten vor dem Gerichtsgebäude Rufe: ‚Deutschland erwache!‘ – [...] ‚Nieder mit der Judenrepublik!‘ Die beiden Schupoleute, die dort standen, konnten ihren Posten nicht verlassen, da sie zur Sicherung der Eingänge aufgestellt waren. Sonst hätten sie gewiß sich [den] einen oder den anderen der frechen Schreier gepackt, die übrigens bewiesen, daß sie außerordentlich gut laufen konnten, als einer der Schupoleute einige Schritte vortrat. – In solchen Fällen wäre es wohl zu empfehlen, einige Kriminalbeamte unter die Menge zu schicken. Nicht nur unter den Gerichtsbeamten, auch unter dem Publikum herrschte größte Entrüstung darüber, daß unreife Burschen unter den Fenstern des Gerichts straflos die verfassungsmäßige Staatsform in solch frecher Weise beschimpfen durften.“³⁹²

Weder polizeiliche noch richterliche Maßnahmen schreckten in ausreichendem Maße ab und die präventive Aufklärung des Vereins griff ins Leere. Grenzen wiesen dem CV Demogagen wie die Münchmeyers und ihre Handlanger, weil sich bei ihnen das

³⁹² Düsseldorf Stadtanzeiger vom 27. Oktober 1929, zur Kenntnisnahme von Felsenthal am 28. November 1929 an Berlin übersandt. HM2 8757, Osoby 721 I, Akte 2251, Frame 1019f. Der Fall fand sich auch in einer Sammlung von Erpresser- und Drohbrieffen an den Centralverein zwischen 1921 und 1933. Siehe vor allem Frame 1027, 1034. Zur Synagogenbeschmutzung in Düsseldorf siehe CVZ, Sühne für Düsseldorf und Gladbeck, Nr. 9, 1. März 1929, S. 107. Zum Missbrauch von Postsendungen für politische Zwecke und die Interventionen des Vereins gegenüber dem Reichspostministerium und einzelnen Poststellen siehe HM2 8757, Osoby 721 I, Akte 2250, Frame 0793-0937. Zum Missbrauch von Geldscheinen als kostenlos zirkulierende antisemitische Propagandamaterialien siehe wiederum HM2 8757, Osoby 721 I, Akte 2255, Frame 1539-1638.

Im Übrigen hatte der Stadtrat annähernd zum selben Zeitpunkt des Übergriffes auf die Synagoge die Gelder für das Heinrich Heine-Denkmal respektive „für dessen Sockel [...] mit knapper Not bewilligt.“ Die CVZ griff in einem Leitartikel die Debatte um die „späte Dankesschuld [...], die Düsseldorf endlich gegen seinen größten Sohn“ beglich, bissig auf. Neben der völkischen Presse hatte sich die DVP gegen die Errichtung des Denkmals ausgesprochen. Hingegen hatten sich „die Juden [...] bisher in diese rheinische Frage kaum hineingemischt.“ CVZ, Um das Düsseldorfer Heine-Denkmal, Nr. 44, 2. November 1928, unpaginiert.

Heine war immer wieder Thema im CV. Hier sei nur an die Rheinland-Nummer der CVZ anlässlich der Jahrtausendfeier 1925 erinnert, in der es hieß: „Es gibt wohl kaum einen stärkeren Beweis für die vollkommene Assimilationsfähigkeit des deutschen Juden an Deutschland [...] als den Dichter Heinrich Heine.“ CVZ, Heine als rheinischer Dichter, Nr. 26, 26. Juni 1925, S. 454. Umso mehr ergriff den CV 1926 Verwunderung ob der Tatsache, wer sich des Freidenkers noch angenommen hatte. Sein Central-Vereins-Dienst machte auf die Verlagsgründung des Heine-Bundes aufmerksam, der in den Händen des Verlegers und Zionisten Dr. Aron Eliasberg lag. Es erschien dem CV angebracht, „daran zu erinnern, daß, als im Jahre 1920 der ‚Philo-Verlag‘ gegründet wurde, das ‚Jüdische Echo‘ und andere zionistische Zeitungen sich über den ‚C.V.‘ lustig gemacht haben, weil er seinem Verlage den Namen ‚Philo‘ gab. Der jüdische Philosoph P h i l o, schrieb damals das ‚Jüdische Echo‘, sei ohne Wirkung auf seine nächste Familie geblieben, sein Neffe, Tiberius Alexander, sei sogar vom Judentum abgefallen. – Jenen spöttischen Bemerkungen gegenüber nimmt es sich merkwürdig aus, daß jetzt die Zionisten ein Unternehmen gründen und empfehlen, welches den Namen eines getauften Juden auf sein Panier schreibt [...] – mit diesem Hinweis sagen wir natürlich nichts gegen die Bedeutung eines Heinrich H e i n e, wie sich auch nichts gegen die Bedeutung P h i l o s sagen läßt, und es könnte ja auch das Beispiel der Familie Mendelssohn erwähnt werden, mit deren Begründer Moses Mendelssohn sich die ganze Judenheit rühmt, obgleich er auch ohne Wirkung auf seine nächste Familie blieb; denn bekanntlich waren alle seine Kinder getauft.“ Central-Vereins-Dienst, Nr. 2, III. Jg., 7. Juli 1926, S. 33. Zu Philon siehe Der kleine Pauly. Lexikon der Antike, Bd. IV, München 1972, S. 772.

Konzept friedlicher, pluralistischer Meinungsbildung einfach nicht durchsetzen ließ. Der CV ließ sich davon aber nicht beirren. Im Rahmen von Recht und Moral präsentierte er sich weiterhin streitbar und abwehrbereit. Dabei gaben negative Erfahrungswerte auch notwendige Impulse, die Arbeit trotz Rückschlägen und fragwürdiger Erfolge immer wieder aufzunehmen.

Als weitgehend ineffektiv für die Aufklärungsarbeit sollte sich ebenso die ideologische Verbundenheit mit dem politischen Liberalismus erweisen. Sowohl bei den Reichstagswahlen 1928 als auch bei den Stadtverordnetenwahlen 1929 unterstützte der CV die in Düsseldorf nur schwach vertretene DDP. Professor Willy Hellpach, ehemaliger badischer Staatspräsident, hatte sich im Wahlkampf zur Verfügung gestellt. Die Kundgebungen standen 1928 sowohl in Düsseldorf als auch in Essen offiziell unter der Ägide der DDP, um beiden Seiten wegen des intimen Verhältnisses keine Angriffsfläche nach außen zu bieten. Entstandene Kosten überwies der CV der Partei als Wahlspende.³⁹³ Bei den Stadtverordnetenwahlen 1929 war die DDP in Düsseldorf die einzige, die sich gegenüber der Kandidatur eines Juden zumindest aufgeschlossen zeigte.³⁹⁴ Das Wahlergebnis für sie fiel aber erneut mager aus. Diesmal rangierte sie mit 4.936 Stimmen als Schlusslicht knapp hinter der NSDAP, wohingegen die Zentrumsparterie die Wahlstatistik anführte, gefolgt von KPD, SPD, DVP und DNVP.³⁹⁵

3.2.3.2.2 Anti-Anti in Düsseldorf seit 1930

Unterdessen entwickelten sich

„die Verhältnisse in der Ortsgruppe [...] geradezu trostlos. [...] Herr Felsenthal, der Vorsitzende, der übrigens ausserordentlich erregt war, weil er schon jede Anfrage nach dem Stand der Dinge als Vorwurf empfand, glaubt, dass die Indolenz der Düsseldorfer Mitglieder nicht zu beheben sei. Er führt den Mangel an Interesse für die C.V.-Arbeit auf misslungene Versammlungen [zurück]. [...] Er lehnt es aber energisch ab, sich um Mitgliederwerbung, Kassenverwaltung, Einziehung der Beiträge etc. zu kümmern oder sie zu überwachen, denn Kleinarbeit sei nicht die Aufgabe eines Ortsgruppenvorsitzenden. [Frame 1327] Herr Rabbiner Dr. Eschelbacher ist der Ansicht, dass die schlechte Arbeit in Düsseldorf darauf zurückzuführen ist, dass irgendwelcher Radau-Antisemitismus nicht zu bemerken ist, dass bei der liberalen Einstellung der christlichen Bevölkerung einerseits und andererseits der Uninteressiertheit der jüdischen Bevölkerung für jüdische Dinge die Vorbedingungen für die C.V.-Arbeit sehr ungünstig lägen. Herr Assessor Dr. Selo, der zurzeit Richter am dortigen Amtsgericht ist, ist der gegenteiligen Meinung. Er glaubt, dass durch eine intensive Kleinarbeit und eine geschickte Propaganda die C.V.-Arbeit ganz anders aufgezoogen werden könnte. Ich empfahl u. a. die Belebung unserer Arbeit teilweise durch die Frauen zu versuchen und

³⁹³ Vgl. HM2 8711, Osoby 721 1, Akte 723, Frame 1373. In welchem Ausmaß er weitere Parteien unterstützte, geht nicht aus der Düsseldorfer Akte hervor. Es fand sich in diesem Bestand lediglich der Hinweis auf die bestehende persönliche Freundschaft zwischen Rechtsanwalt Bruno Weil, Berlin, Hauptvorstandsmitglied des Vereins, und dem Zentrumspolitiker und Reichskanzler a. D. Joseph Wirth. Vgl. ebda., Frame 1405.

³⁹⁴ Vgl. den Bericht über die Vorstandssitzung des Vereins in Düsseldorf vom 4. Oktober 1924. Ebda., Frame 1333. Manes hatte 1929 aus persönlichen Gründen eine Wiederwahl abgelehnt.

³⁹⁵ Vgl. CVZ, Das Wahlergebnis – eine Mahnung an die Parteien, Nr. 47, 22. November 1929, S. 622.

auf der anderen Seite ein ganz exaktes Arbeitsprogramm einmal durchzuführen. [...] Ich sehe eine Fehlerquelle in Düsseldorf in der ausserordentlichen schlechten Geschäftsführung.“ [Frame 1329]³⁹⁶

Um dem Missstand zu begegnen, wurden – neben der Aktivierung der Frauenarbeit – Werbeaktionen in KC- und jüdischen Angestelltenkreisen durchgeführt. Letztere waren bis 1932 für den Verein in Düsseldorf ausgeschöpft.³⁹⁷ Aus Sicht des CV drohte den Angestellten vor allem Gefahr durch

„das zweifellose Anwachsen der jüdischen Kommunisten in Westfalen, das durch einen von der jüdischen Gemeinde Essen angestellten Lehrer [Max] Holländer besonders gefördert wird, [was] [...] sowohl in Essen als auch in Düsseldorf Anlass gegeben [hat], um zu einer stärkeren praktischen Bekämpfung der kommunistischen Bestrebungen zu gelangen.“³⁹⁸

De facto waren es jedoch die Nazis, die ihre Propaganda zu entfalten verstanden. Anfang 1930 hieß es:

„[K]aum eine Woche vergeht, ohne daß im Kaisersaal der städtischen (!) Tonhalle, dem zentral gelegenen größten Saale der niederrheinischen Metropole, eine Hitler-Versammlung stattfindet. (Uebrigens wurde die Stadtverwaltung in der letzten Sitzung des Stadtparlaments wegen Ueberlassung des Saales an die Nationalsozialisten von den Linksparteien interpelliert.) Während von den politischen Parteien bisher so gut wie nichts geschehen ist, um diesem Treiben einen Damm zu setzen, hat nun die Düsseldorf Ortsgruppe des Centralvereins zu einem Gegenschlage ausgeholt. Drei Tage lang hingen an allen Anschlagssäulen der Stadt rote Riesenplakate mit der Schlagzeile: ‚Was sagt Religion zum Judentum?‘ Diese Plakate luden die Bevölkerung zu einer Volksversammlung in den Kaisersaal, wo Geistliche der drei Konfessionen zu obigem Thema das Wort ergreifen sollten.“³⁹⁹

2.000 Menschen kamen, den Saalschutz übernahm die Polizei, die im Verlauf der Kundgebung verstärkt werden musste. Das niveauvolle Referat des geladenen Kölner Pfarrers Fritze ging im tumultartigen Geschrei der Versammlung nahezu ebenso unter wie das des Siegburger Paters Arand. Felsenthals Appelle an den notwendigen Respekt vor Amtswürde und Alter der Referenten verhallten. Feuriger als seine Kollegen parierte Eschelbacher das Geschrei. Er durfte sich der Aufmerksamkeit der Versammelten sicher sein, als er

³⁹⁶ Bericht von Lise Leibholz vom 29. Oktober 1929. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1327-1332.

³⁹⁷ Vgl. den Bericht Ernst Plauts vom 23. Dezember 1932. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 724, Frame 1656f.

³⁹⁸ Die Informationen basieren auf einem Bericht Ludwig Holländers, der ferner auf das wachsende Misstrauen in nicht präzisierten Gewerkschaftsverbänden gegenüber ihren jüdischen Mitgliedern einging, da man sie für kommunistische Spitzel hielt, was nach Holländers Einschätzung allerdings Unfug war. Das Problem der jüdischen Angestelltenschaft und ihre sozialistischen Tendenzen beschäftigten die Vorstände der Ortsgruppen Essen und Düsseldorf aber nur insofern, als sie den Standpunkt vertraten, „der bisher vom Arbeitsausschuss des C.V. und auch vom Hauptvorstande immer gebilligt wurde: dass wir offiziell gegen den Kommunismus nichts unternehmen können.“ Bericht Ludwig Holländers vom 15. April 1932. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 724, Frame 1688f. Der 1898 geborene Max Holländer emigrierte 1933 nach Brasilien.

³⁹⁹ CVZ, Gewaltige Aufklärungsversammlung des C.V. in Düsseldorf, Nr. 12, 21. März 1930, S. 148.

„unter lautloser Stille [...] die infamsten Mordgesänge der Hitler-Jugend [verlas], und als er als Folge des bekannten Mordspruchs gegen R a t h e n a u dessen E r m o r d u n g erwähnte, rief prompt ein ‚Reiniger Deutschlands‘: ‚Gott sei Dank!‘“⁴⁰⁰

Im Anschluss an die Versammlung gingen die Tumulte unter Einsatz von Gummiknüppeln durch die Polizei auf den Hauptstraßen Düsseldorfs weiter.

Bis 1932 war der Mitgliederbestand auf 440 zurückgegangen.⁴⁰¹ Es muss als bitter empfunden worden sein, insbesondere gegen die weitgehende Indolenz einflussreicher Kreise der Mehrheitsbevölkerung und dann zusätzlich noch gegen die in den eigenen Reihen anstehen zu müssen. Beklagt wurde aber vor allem die unterlassene Hilfeleistung seitens der politischen Parteien gegenüber der NS-Bewegung in der Geburtsstadt Heines. Allgemein wurde deshalb wiederholt auf die „Gefährlichkeit eines ruhigen Hinnehmens“ aufmerksam gemacht, besonders im Hinblick auf die „stets schärfer werdende[n] Boykottparolen.“⁴⁰² Nachdem um die Weihnachtszeit 1932 massiver denn je jüdische Firmen in Düsseldorf betroffen waren, versuchten Felsenthal und Manes, Letzterer in seiner Funktion als Vorsitzender des Düsseldorfer Einzelhandelsverbandes, die wirtschaftlich Geschädigten zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Die Essener Geschäftsstelle regte dabei an,

„gerade in einer Zeit, in der kein akuter Fall vorliegt, die Spitzen der Kaufmannschaft einmal zusammenzurufen, um ihnen die Würdelosigkeit und auch die für sie selbst bestehende Gefährlichkeit [...] vor Augen zu führen.“⁴⁰³

Geplant war ferner eine gemeinsame Aufklärungsversammlung mit der Düsseldorfer Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten für März 1933, die allerdings rund drei Wochen nach Hitlers Regierungsantritt von der Bundesleitung abgeblasen wurde. Zur Begründung wies sie darauf hin,

„dass in der Öffentlichkeit die Anzeige der Beteiligung des C.V. nicht gewünscht sei, sondern dass vielmehr die Versammlung als geschlossene R.j.F.-Versammlung nach aussen, insbesondere den nichtjüdischen Teilnehmern gegenüber, gelten müsse. [...] Unsere Aufklärungsversammlungen sind geschlossene Versammlungen, zu denen im wesentlichen die Angehörigen der Organisationen ehemaliger Kriegsteilnehmer vom Reichsbanner bis zum Stahlhelm und den Offiziersbünden sowie die Reichswehr eingeladen werden. Zwischen diesen Organisationen und dem R.j.F. besteht erfreulicherweise ein ausserordentlich angenehmes Verhältnis, das auch durch die jetzigen Ereignisse in keiner Weise erschüttert worden ist, das vielmehr sogar jetzt sehr gute Wirkungen schon erzielen konnte. Ohne dieses Verhältnis wäre es für uns garnicht möglich, solche Versammlungen mit teilweise ja erfreulich grossen Teilnehmerziffern zusammenzubekommen. Die Angehörigen dieser Organisationen kommen aber natürlich

⁴⁰⁰ Ebda.

⁴⁰¹ Vgl. den Bericht Alfred Wieners vom 16. Juli 1932. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 724, Frame 1681-1683, hier 1681. In diesem Bericht wurde auch das Problem um das von Felsenthal besetzte Vorsitzendenamt angesprochen, das es zu lösen galt, weil Felsenthal überlastet war. Am 24. September 1931 schrieb Wiener Krombach in flehentlichem Ton: „Solange ich Herrn Felsenthal kenne, hat er immer irgendwelche Darstellungen gefunden, die es ihm ermöglicht haben, für den C.V. nicht mit Volldampf einzutreten. Hat denn niemand auf ihn Einfluss?“ Ebda., Frame 1719. Felsenthal gab den Vorsitz schließlich an Selo ab, der dann nach Köln ging, woraufhin Philipp Preuss die Ortsgruppe ab Sommer 1934 leitete.

⁴⁰² Bericht Ernst Plauts vom 19. Januar 1933. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 724, Frame 1651f., hier 1652.

⁴⁰³ Ebda.

zu diesen Veranstaltungen, weil sie diese mit Recht als neutrale, unpolitische Versammlungen alter Kriegskameraden ansehen. Die Organisationen im Lande pflegen sogar in sehr vielen Fällen, bevor sie zu der Einladung unserer Ortsgruppen Stellung nehmen, bei ihren Zentralen anzufragen, die dann gewöhnlich die Teilnahme soweit empfehlen, als nicht etwa lokale Schwierigkeiten dadurch entstehen sollten. In dem Augenblick, wo diese Versammlungen nicht neutrale, unpolitische, kameradschaftliche Versammlungen des R.j.F. sind, sondern durch Teilnahme des C.V. eine ganz andere Färbung bekommen würden, würden wir wahrscheinlich in Bälde niemanden mehr in diese Versammlungen hineinbekommen, insbesondere gerade diejenigen nicht, die wir am aller ersten dort über unsere Sache aufklären möchten. Dieses Gebiet der Aufklärung unter den ehemaligen Kriegsteilnehmern ist ja eine sehr grosse Aufgabe, die der R.j.F. sozusagen erst begonnen hat. Die Zentralen der Verbände dürften heute als aufgeklärt zu betrachten sein. Man kann aber die Zahl der Mitglieder dieser Verbände auf ungefähr acht Millionen organisierter Männer beziffern. Von diesen haben wir in unseren Versammlungen bisher insgesamt nur einige Zehntausende gehabt. Wir beabsichtigen daher, auch diese Sache noch weit mehr und weit durchgreifender zu organisieren als bisher. [...] Ich betone aber ausdrücklich, dass ich damit in keiner Weise etwa die ideelle und materielle Unterstützung dieser Angelegenheit durch die Zentrale, Landesverbände und Ortsgruppen des C.V. irgendwie ausschliessen möchte. Im Gegenteil, wenn der R.j.F. auf diesem Gebiete, das von so ausserordentlicher Bedeutung ist, seine Aufgabe durchführen soll, dann müssen uns noch ganz andere Mittel als bisher zur Verfügung stehen.“⁴⁰⁴

Damit beschnitt der Reichsbund, noch bevor vonseiten des Regimes das politische Betätigungsverbot gegenüber dem CV überhaupt ausgesprochen worden war, aus vermeintlich taktischen Gründen die noch quasi monopolartige Stellung des Centralvereins im innerjüdisch-politischen Leben und in der Abwehr. Das einstige Bündnisverhältnis zwischen CV und RjF war im beginnenden Überlebenskampf unter nervenzerreibenden Bedingungen labil geworden. In dem Maße, in dem der CV seinen Wirkungsbereich einbüßen sollte, schien dann allerdings nur kurzfristig der des Reichsbundes – dank seines vermeintlich vorhandenen Ansehens in konservativ-militärischen Kreisen – zu wachsen, was sich auf die Einflussphären im Wirtschaftsleben ausweiten sollte.⁴⁰⁵

3.2.3.3 Barmen und Elberfeld

1932 aber konnten sich die Leser des Wuppertaler Stadtanzeigers noch darüber informieren, wie die gemeinsame Delegation aus Vertretern des CV und RjF Reichswehrminister und zugleich Reichsinnenminister Groener persönlich das Gedenkbuch für die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges überreichten.⁴⁰⁶ Ihm trugen sie ferner

⁴⁰⁴ Gezeichnet Landsberger i. A. Löwenstein, am 22. Februar 1933 an Ludwig Holländer. Vertraulich! Ebda., Frame 1645f.

⁴⁰⁵ Zum Konkurrenzverhältnis des CV mit dem RjF nach 1933 und dem Vorspiel von 1931 siehe Kapitel 6 dieser Arbeit.

⁴⁰⁶ Vgl. *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* (Hg.), Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen. Ein Gedenkbuch, Berlin 1932.

„Klagen über die nationalsozialistische Agitation gegen den jüdischen Teil der deutschen Bevölkerung vor. Sie wiesen auf die in jüdischen und nichtjüdischen Kreisen hierdurch erzeugte Unruhe und die möglichen Folgen für Ruhe und Sicherheit hin.“⁴⁰⁷

Die Abordnung wollte sich seines Schutzes vergewissern. 40 Jahre zuvor hatte ein ähnliches, als entwürdigend empfundenen Vorhaben von Vertretern der jüdischen Gemeinde Berlin den ausschlaggebenden Anstoß zur Gründung des Centralvereins gegeben.⁴⁰⁸

In Wuppertal war das gemeinsame Vorgehen von CV und RjF an sich nichts Ungewöhnliches, denn schon früher und auch außerhalb der Hauptstadt ließen sich mannigfach Beispiele für eine Zusammenarbeit finden. Die Ortsgruppen Barmen und Elberfeld⁴⁰⁹ etwa hatten sich 1928 im Vorfeld der Reichstagswahl mit denen des RjF zu einem Wahlkomitee zusammengeschlossen, um gemeinsam finanziell wie ideell den „widerwärtigen Angriffen“⁴¹⁰ zu begegnen.

Die Elberfelder und Barmer CVer erwiesen sich allerdings nicht durchweg als verlässliche Adjutanten des Vereins. Die Gründungsinitiativen gingen im Herbst 1920 auf Erich Brasch zurück, der über Verbindungen zu Kreisen der Schwerindustrie verfügte, sowie auf Rechtsanwalt Gustav Brück, Inhaber des Eisernen Kreuzes Erster Klasse, für den das Gleiche galt.⁴¹¹ Brück übernahm bis 1933 die Ortsgruppe Elberfeld, während 1920 Sanitätsrat Dr. Apfel die Leitung der Ortsgruppe in Barmen übernahm.⁴¹²

Berlin hatte beide Orte schon vor dieser Initiative im Auge.⁴¹³ So plante Kurt Alexander, der damals noch in der Hauptgeschäftsstelle das Ressort Ostjuden und Palästina betraute, im Sommer 1920 eine Vortragsveranstaltung in Elberfeld.⁴¹⁴ Obwohl der ostjüdische Bevölkerungsanteil auffiel, vermied es Alexander noch, die beiden Schwerpunkte seines Ressorts anzuschneiden. Er folgte damit der internen Verabredung, möglichst „keine Uebergriffe gegen die Zionisten“ zu erheben „und nur dann, wenn wir von der Gegenseite angegriffen werden“⁴¹⁵, sich zu verteidigen.

⁴⁰⁷ HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 183, Frame 1684. Ernst Plaut übersandte der Hauptgeschäftsstelle zugleich Belegexemplare lokaler Zeitungen, die über das Treffen berichtet hatten.

⁴⁰⁸ Siehe Kapitel 1 dieser Arbeit.

⁴⁰⁹ Die Ortsgruppen Barmen und Elberfeld waren anfangs an sich selbstständig, wurden aber in Essen zumeist in einem Atemzug genannt. Beide Gruppen kooperierten miteinander, auch wenn das Verhältnis nicht immer störungsfrei gewesen zu sein scheint. Nach Angaben in der Akte zu Barmen lag dies daran, dass die Barmer CVer weniger Interesse an explizit jüdischen Fragen zeigten als die Elberfelder. Vgl. die Akte Barmen für die Jahre 1920–1928. HM2 8703, Osoby 721 I, Akte 315 Frame 0536-0590, hier 0547. Beide Ortsgruppen wurden im Januar 1930 zu einer AG zusammengefasst und im selben Jahr an Wuppertal angeschlossen. Der CV folgte damit allem Anschein nach der im Zuge der kommunalen Neuordnung 1929 erfolgten Eingliederung Barmen-Elberfelds zu Wuppertal. Zu Wuppertal-Elberfeld-Barmen siehe HM2 8723, Osoby 721 I, Akte 1396, Frame 2159-2380.

⁴¹⁰ HM2 8723, Osoby 721 I, Akte 1396, Frame 2218.

⁴¹¹ Vgl. ebda., Frame 2363.

⁴¹² Brücks Nachfolger wurde Rechtsanwalt Hans Goldschmidt, der im September 1933 im Amt begrüßt wurde. Vgl. ebda., Frame 2175, 2327.

⁴¹³ Nach der Volkszählung 1925 zählte Elberfeld 2.335 und Barmen 721 Juden. Vgl. CVZ, Preussens jüdische Bevölkerung, Nr. 24, 17. Juni 1927, S. 343.

⁴¹⁴ Alexander an Referendar Erich Altgenug am 22. Juni 1920. Vgl. HM2 8723, Osoby 721 I, Akte 1396, Frame 2368f.

⁴¹⁵ Ebda., Frame 2368.

Alexander fürchtete die Auseinandersetzung in erster Linie aus taktischen Gründen, die einer einwandfreien Reputation gezollt waren:

„Wir können uns dann als Organisation, die den Abwehrkampf gegen die Antisemiten zu führen hat, darauf berufen, dass nicht wir es sind, die den innerjüdischen Frieden stören.“⁴¹⁶

Wie es so oft im Landesverband der Fall gewesen war, zeichneten sich beide Ortsgruppen zuerst durch große Bindungs- und Zeichnungsbereitschaft aus.⁴¹⁷ Im August 1922 nutzte Brück die anhaltende Empörung und Erbitterung jüdischer Kreise nach der Ermordung des deutschen Außenministers am 24. Juni desselben Jahres. In einem Aufruf an die Mitglieder der Ortsgruppe Elberfeld, der von Brück und Kassenwart Max Blumenau unterschrieben war, hoben beide eine offenkundige Intention der Völkischen hervor:

„Der feige Meuchelmord an dem Minister Dr. Rathenau beleuchtet mit Blitzeshelle die Situation. Die maßlose, vor keiner Lüge zurückschreckende Hetze in den rechts gerichteten Zeitungen gegen alles, was Jude heißt und was ein Jude leistet, die Aufpeitschung der niedrigsten Instinkte der Massen hat ihr erstes Opfer gefordert. [...] Mit einem ungeheuren Aufwand an Druckerschwärze, durch Vorträge eigens hierfür bezahlter Wanderredner wird in die Hirne unserer andersgläubigen Mitbürger der Haß gegen uns gehämmert. [...] Vereine, Bünde und Orden werden allerorts gegründet unter der falschen Flagge ‚Wiederaufbau des Deutschen Reiches‘. In Wahrheit aber gilt das Ziel aller dieser Machenschaften dem Kampfe gegen das Judentum. [...] Man scheut keine Kosten, um das Ziel, die Vernichtung des Judentums und der Juden zu erreichen. Aus einigen Gegenden werden bereits Plünderungen von Geschäften jüdischer Kaufleute gemeldet. Gegen alles dieses zu kämpfen ist unsere Pflicht. Die Lässigkeit, mit der unsere Glaubensbrüder zum Teil über alle Angriffe hinweggehen, ist unser Verderb. [...] Wir richten daher den dringenden Ruf an Sie, die Höhe Ihres Jahresbeitrages für 1922 der Geldentwertung anzupassen. [...] Die Gelder, die Sie geben, gelten Ihrem eigenen Besten.“⁴¹⁸

Aber 1923 fanden weder Beitragseinziehungen noch Sammlungen dieselbe Resonanz, die sie zuvor gefunden hatten. So viel konnte zumindest auf der Versammlung in Elberfeld am 22. April 1923, bei der Vertreter größerer Ortsgruppen des Landesverbandes teilnahmen, festgehalten werden. Bei dieser Gelegenheit durfte Herzfeld auch Vertreter der SPD begrüßen, die dem Verein nicht angehörten. An diese richtete der Landesverbandsvorsitzende das Wort und stellte fest, Aufklärungsarbeit sei umso nötiger, je weniger man politischen Einfluss ausübe:

„Da wir als Juden in diesem Kampfe als vorgeschobenes Angriffsobjekt dienten, während es letzten Grundes auf die Zertrümmerung der gegenwärtigen Staatsverfassung hinziele, so müssten wir in dieser Abwehr mit denjenigen als Bundesgenossen vereint kämpfen, die in dieser Hinsicht gleiche Ziele mit uns verfolgten, unter Wahrung der Gegensätze, die uns sonst von ihnen trennen mögen.“⁴¹⁹

Der Parteisekretär Karl Kolass begrüßte seinerseits die vorgeschlagene Allianz

⁴¹⁶ Ebda.

⁴¹⁷ Vgl. ebda., Frame 2345.

⁴¹⁸ Ortsgruppe Elberfeld: An unsere Mitglieder! August 1922. Ebda., Frame 2334.

⁴¹⁹ Niederschrift über die Sitzung am 22. April 1923 in Elberfeld. Ebda., Frame 2328-2332, hier 2328.

„aller auf den Schutz der Republik bedachten Parteien und schilderte im Anschluss hieran die gegenteiligen Bestrebungen nationalistischer Tätigkeit, die besonders in indifferenten Kreisen und bei den wirtschaftlich Unterdrückten auch durch Versprechungen Erfolge zu erreichen suchten. In der eigenen Partei[,] der S.P.D.[,] sei wohl der Organisationsapparat zum Gegenkampf vorhanden, die zu diesem Kampf notwendigen und heute so überaus grossen Mittel fehlten vielfach. Der Redner erwähnte aus diesem Kampfe die grosse Zahl der von ihr abgehaltenen Versammlungen und die durch ein grosses Flugblatt geförderte Aufklärung. Er betonte zum Schluss, dass auch weiter diese Aufklärung nur auf geistigem Wege unter Vermeidung aller Gewaltmittel geführt werden solle.“⁴²⁰

Logistik und Finanzen waren von primärem Interesse, um das gemeinsame Ziel, den Erhalt des Rechtsstaates – ungeachtet divergierender Wirtschaftsstandpunkte –, zu verfolgen.

Grundsätzlich erstreckten sich die beiden Aufgabenfelder des Vereins, Aufklärungs- und Rechtsschutzarbeit, auch auf die Juden, die nicht im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft waren und deshalb streng statutarisch nicht die Vereinsmitgliedschaft erwerben konnten. Auf der Versammlung im April 1923 in Elberfeld kam es zur Diskussion darüber, ob die in Einzelfällen rigoros gegen Ostjuden gerichtete Ausweisungspraxis noch einmal dem Hauptvorstand vorgelegt werden sollte.⁴²¹ Immerhin nahm der CV die Integrationswilligen in Schutz gegen

„Uebertreibungen und Verallgemeinerungen [...] Im allgemeinen habe sich bisher feststellen lassen, dass auch dieser Teil unserer jüdischen Bevölkerung sich durchaus in der Betätigung vaterländischer Pflichterfüllung bewährt habe. – Eine andere Beschuldigung, wonach Juden eine bevorzugte Behandlung seitens der Besatzung gefunden oder gar gesucht hätten, habe sich fast durchgängig als erfunden erwiesen; ganz vereinzelt vorgekommene Verfehlungen in dieser Hinsicht seien von uns offen besprochen und gerügt worden. Sie bilden bedauernswerte Ausnahmen [von] dem sonst pflichtbewussten Verhalten der jüdischen Gesamtheit. Lediglich zum Zwecke der Abwehr späterer Beschuldigungen sollten auch diese Fälle pflichtbewussten Verhaltens der Juden, ebenso wie die oben geschilderten Verfehlungen registriert werden.“⁴²²

Mit der Beruhigung des politischen Klimas schief auch die Ortsgruppenarbeit in Elberfeld ein. Nur das kleinere Barmen, das seit 1923 von Tierarzt Dr. Rosendahl geleitet wurde, der sich der einsetzenden Schächtdebatte im Bezirk widmete, erhielt für sein Engagement Mitte der 1920er Jahre das Lob Alfred Wieners. Doch ob in Elberfeld, Dortmund oder Hagen, überall ergab sich dasselbe Bild:

„Die Vorstände und auch die Vorsitzenden tun nichts. Das Inkasso wird meist verschleppt. Man benutzt die schwere wirtschaftliche Lage als Kulisse, um dahinter nichts zu tun. Nichtzahlende Mitglieder werden dann in grosser Masse gestrichen. [...] Wenn aber die Mitglieder monatelang und vielleicht noch länger nichts vom Verein hören, wenn überhaupt monatelang keine Vorstandssitzungen stattfinden, [...] so ist es nicht zu verwundern, dass Zahlungsunwilligkeit herrscht, zumal auch oft ungeeignete

⁴²⁰ Ebda., Frame 2330.

⁴²¹ Die Debatte entbrannte, nachdem Ostjuden per Verfügung seitens der Polizei und nicht des Regierungspräsidenten ausgewiesen worden waren. Vgl. ebda., Frame 2330. Nur die Verweisung durfte durch die Polizeibehörden erfolgen. Handelte es sich um Verweisung aus dem Reichsgebiet, erfolgte sie durch die Polizeibehörden der Länder. Ausweisungen aus dem preußischen Staatsgebiet fielen in den Zuständigkeitsbereich der örtlichen Polizeistellen. Vgl. Ausweisungserlass vom 24. August 1923, in: Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung, Jg. 84, 1923, S. 883.

⁴²² HM2 8723, Osoby 721 I, Akte 1396, Frame 2329.

Persönlichkeiten die Einziehung der Beiträge betreiben. [...] Übereinstimmend ist festzustellen, dass in kaum einem Orte irgend etwas zur Aufklärung der christlichen Volksgenossen geschieht.“⁴²³

Demnach glichen die CVer in Elberfeld eher einer U-Boot-Mannschaft, die dann aufzutauchen pflegte, wenn es der äußere Druck erforderte. Zumindest galt dies für die ersten Jahre der Republik. Mitte der 1920er Jahre bedurfte es klarer Handlungsanweisungen. Nach seiner Rundreise empfahl Wiener dringend, die Landesverbände mit einem „Minimalprogramm“ für ihre Ortsgruppen auszurüsten, das „möglichst bis in jede Einzelheit durchgearbeitet“⁴²⁴ sein sollte.

Die Einziehung der Beiträge in Elberfeld war weiterhin eine mühsame Angelegenheit für Blumenau, die ihn zur Aufstellung eines besonderen Maßnahmekatalogs anregte. Am meisten verärgerten ihn die rund 100 Mitglieder, die in der Lage gewesen wären,

„weit über jeden Mindestbeitrag zu zahlen, wenn man sie nur gehörig anfasst und an ihre Pflichten erinnert [...] Neben der direkten Zahlung eines Beitrages durch das einzelne Mitglied müssen auch die örtlich vorhandenen gesellschaftlichen Vereinigungen, die unter dem Namen Harmonie, Einigkeit, Freundschaft, Loge usw. sind, bearbeitet und zu einer regelmässigen Zahlung an den C.V. veranlasst werden. In diesen Vereinigungen gibt man sich dem Vergnügen, auch des Skatspiels, usw. hin [...] Auch die Synagogengemeinde kann zur regelmässigen Zahlung eines Beitrages herangezogen werden, wie es auch in Elberfeld geschieht, wenn auch letzthin der Opposition wegen unter erschwerenden Umständen, von der ein Jahresbeitrag von 1000.– Mk. bewilligt ist. Durch das Hereinnehmen derartiger Summen von Korporationen wird ein Ausgleich gegenüber den einzelnen Mitgliedern herbeigeführt, die wirklich nicht in der Lage sind, selbst 5.– Mk. zu zahlen, die man aber als Mitglied nicht missen möchte.“⁴²⁵

Gelegentlich einer CV-Versammlung in Herford, bei der Holländer sowie Vertreter aus dem rheinisch-westfälischen Verband anwesend waren, wurde wegen des abflauenden Interesses auch die von Waldstein geleitete Geschäftsstelle in Essen kritisiert.⁴²⁶

Holländer selbst trieb Herzfeld daraufhin an. Unbedingt müsse

„die Propagandatätigkeit im Landesverband [...] erheblich zunehmen [...] Ich bitte Sie, nach dieser Richtung hin mit jeder möglichen Energie vorzugehen, damit der Landesverband, der nach jeder Richtung hin einer Intensivierung bedarf, den alten Rang seiner Stellung wieder einnimmt.“⁴²⁷

Vielen Mitgliedern im Landesverband fehlte es an der für eine erfolgreiche Arbeit nötigen Disziplin. Andere standen mittlerweile der CV-Arbeit generell skeptisch gegenüber. Schon ein Jahr zuvor hatte die CVZ die Frage gestellt, ob die Arbeit des

⁴²³ Undatierter Bericht Alfred Wieners über den Besuch der Ortsgruppen Bielefeld, Dortmund, Hagen, Elberfeld, Barmen. Ebda., Frame 2309f. Der Bericht ist wohl Anfang 1926 formuliert worden, weil Wiener aktuell auf die Amtsübernahme Hoffmanns in Dortmund verwies.

⁴²⁴ Ebda., Frame 2310. Im Januar 1926 wandte sich der Vorstand der Ortsgruppe Elberfeld an seine Mitglieder und forderte sie auf, ihre Pflicht gegenüber dem CV zu erfüllen, gleich der, die sie gegenüber ihren privaten Feuer- und Diebstahlversicherungen erfüllten. Vgl. ebda., Frame 2276.

⁴²⁵ Abschrift. C.V. Ortsgruppe Elberfeld an Central-Verein Essen vom 11. Dezember 1925. Ebda., Frame 2302ff.

⁴²⁶ Vgl. das Schreiben Holländers an Herzfeld vom 3. Januar 1926. Ebda., Frame 2290f.

⁴²⁷ Ebda., Frame 2290.

Vereins „[w]irklich Danaidenarbeit“⁴²⁸ sei. Der Pessimismus angesichts der Erfolgsaussichten, den Antisemitismus wirksam bekämpfen zu können, war demzufolge ein Phänomen, das über die Grenzen des Verbandes hinauswies.

Zurück in Elberfeld versuchte Brück nicht zuletzt deshalb 1927, den stellvertretenden Polizeipräsidenten für den Verein zu gewinnen. Dieser wollte aber nicht offen Position für den Verein beziehen aus Sorge, seinen Neutralitätsanspruch preiszugeben. Er hielt

„die Bestrebungen des Centralvereins für durchaus unterstütz[ens]wert, insoweit als er sich [die] Bekämpfung der den Juden widerfahrenden Ungerechtigkeiten und Ungesetzlichkeiten zur Aufgabe setzt. Diesem von mir als richtig anerkannten Ziel glaube ich jedoch besser dienen zu können, wenn ich in meiner amtlichen Tätigkeit innerhalb des Rahmens meiner Zuständigkeit bei der Bekämpfung von Ausschreitungen mitwirke. Ich bitte davon überzeugt zu sein, dass wie Sie innerhalb Ihrer Organisation ich dies in meiner Stellung nach Möglichkeit tun werde. Aus diesem Grunde halte ich es in meiner Stellung aber nicht für zweckmässig, mich ausserdem in einer privaten Organisation für dieselben Ziele zu betätigen, es scheint mir im Gegenteil förderlicher, wenn gegen die Neutralität meiner Tätigkeit auch von Gegnern Einwendungen nicht erhoben werden können. Ich bedaure daher, Ihrer frdl. [freundlichen] Aufforderung nicht Folge leisten zu können.“⁴²⁹

Der Vorstand der Elberfelder Ortsgruppe besprach am 28. September 1927 die Planung für die anstehende Winterarbeit. Einige Vorträge waren in Aussicht gestellt, im Dezember standen die Repräsentantenwahlen in der Synagogengemeinde an, der späte Antrag, das Frauenwahlrecht einzuführen, lag dem Regierungspräsidenten vor. Zudem fand das erkaltete Verhältnis zwischen Elberfeld und Barmen eine eingehende Erörterung. Außerdem hatte sich in Elberfeld eine kleine Gruppe jüdischer Jugendlicher unter der Bezeichnung Schwarzer Haufen organisiert.⁴³⁰ Man wollte sich der Angelegenheit zukünftig annehmen, denn die Gründung war ein lokales Indiz für die fehlende Bindekraft der symbiotischen Vereinsidee: Bei dieser Gruppierung handelte sich um eine anarchistische Jugendgruppe, die sich auf dem linken Flügel der tendenziell bürgerlich orientierten Kameraden gebildet hatte. Zwar bewahrte der Schwarze Haufen seine organisatorische Unabhängigkeit gegenüber der KPD, aber ihren Anhängern blieb die Entscheidung selbst überlassen, ob sie sich der Partei anschlossen oder nicht. Für den Schwarzen Haufen waren die dem CV wichtigen Begriffe „Vaterland, Staat, Volk [...] Götzen, deren Kult ‚wie ein Fieber durch Europa rast‘“⁴³¹.

⁴²⁸ CVZ, Wirklich Danaidenarbeit?, Nr. 7, 12. Februar 1926, unpaginiert.

⁴²⁹ Oberregierungsrat Dr. Adolf Hohenstein am 4. August 1927. HM2 8723, Osoby 721 I, Akte 1396, Frame 2240.

⁴³⁰ Vgl. das Schreiben aus Essen an Berlin betreff Ortsgruppe Elberfeld am 1. Oktober 1927. Ebda., Frame 2233.

⁴³¹ Zitiert bei *Meier-Cronmeyer*, Teil II, 1969, S. 78.

Der Synagogengemeinde Elberfeld gehörte Remscheid an. Dort fiel Kalisch früh der politische wie religiöse Wertewandel bei der jüdischen Jugend auf. Praktisch fehlte es in Remscheid an einem jüdischen Lehrer, der die Wissensdefizite auf religiösem Gebiet aufzufangen vermochte. Außerdem „werden die jüdischen Knaben und Mädchen in der Schule von ihren antisemitischen Klassengenossen mit allen möglichen Vorwürfen behelligt [...] So stellte ein junger Mann an mich die Frage: Wie steht der Central-Verein zum Kol-Nidre Gebet? Er kannte nur die Fassung, in der die Antisemiten es verbreiten. [...] Wir müssen unbedingt dafür sorgen, dass in derartigen Orten von Zeit zu Zeit belehrende Vorträge stattfinden. In den grösseren Orten ist das lange nicht mehr so

Um zu binden, was sich binden ließ, kam es zur Fusion mit der Ortsgruppe Wuppertal, wodurch die Ortsgruppenarbeit in Elberfeld vor allem in den Wahljahren 1928 und 1930 Aufwind bekam. Am 7. August 1930 lud Brück zu einer außerordentlichen Versammlung ein. Krombach erschien

„trotz größter Ueberlastung mit politischer Arbeit, [...] um uns über unsere Stellung im Wahlkampf angesichts der uns drohenden Gefahren aufzuklären. Es gilt Wege zu finden zur Wahrung unserer staatsbürgerlichen Rechte und der Sicherheit von Personen und Existenz. Es geht um das Schicksal aller!“⁴³²

3.2.4 Geschäftsstelle Essen und die ostjüdischen Industriearbeiter

Eine besondere Verantwortung für den Verein trugen die Geschäftsführer. Der CV als Arbeitgeber erwartete von ihnen schwungvolle Öffentlichkeitsarbeit und effiziente Erledigung der administrativen Aufgaben. Zur Unterstützung hatten zumindest die Essener Syndizi jeweils eine Schreibkraft.⁴³³ Demgegenüber arbeiteten die Essener Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder ehrenamtlich für den CV.⁴³⁴ Da sie also daneben für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen mussten, waren ihre Kapazitäten für den Verein entsprechend eingeschränkt. Dabei waren sie nicht nur für die vielen Ortsgruppen innerhalb der Landesverbandsgrenzen zuständig, sondern auch für die Belange ihrer eigenen.⁴³⁵

notwendig. [...] Es ist das auch schon deshalb notwendig, weil derartige Orte, in denen der Geist der Jugend in jüdischer Beziehung eine tabula rasa ist und in der die Zurückstossung durch die christlichen Altersgenossen vollständig ist, ein ausserordentlich günstiges Arbeitsfeld für den Zionismus bilden. Mir wurde in Remscheid geklagt, dass die Jugend anfangs, zionistisch zu werden, und ich wurde gebeten, hiergegen etwas zu tun.“ Zur Ortsgruppe Remscheid des Vereins zwischen 1920 und 1938 siehe HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1170, Frame 1398-1505, hier 1490f.

In Berlin war man verärgert über die Nachlässigkeit der Elberfelder Synagogengemeinde. Im CV wurde darüber nachgedacht, ob man eventuell in Remscheid die Gründung eines Religionsvereins anregen sollte. Das aber waren „alles Dinge, die doch an sich den Rahmen der Aufgaben des Centralvereins übersteigen und für uns nur insofern Interesse haben, als einer völligen Versumpfung jedes bewußten jüdischen Lebens vorgebeugt werden muß.“ Ebda., Frame 1482.

⁴³² HM2 8723, Osoby 721 I, Akte 1396, Frame 2198.

⁴³³ Zwischen 1919 und Oktober 1921 arbeitete ein Fräulein Ida Bonwitt in der Geschäftsstelle. Sie pflegte mit Kalisch darüber hinausgehenden persönlichen Kontakt. Krombach empfahl sie im Februar 1930 zur Anstellung in der Hauptgeschäftsstelle. Vgl. HM2 8731, Osoby 721 I, Akte 1622, Frame 1652. Einen Hinweis auf ein Fräulein Walter findet sich für 1927 in: HM2 8824, Osoby 721 I, Akte 3379, Frame 1711. Zwischen 1929 und 1938 wurde die 1913 geborene Beate Alice Stern im Büro beschäftigt. Dies geht aus einem Arbeitszeugnis vom 23. Januar 1939 hervor, in dem Krombach „an alle in Frage kommenden Stellen die dringende Bitte“ äußerte, Beate Stern, „die sich ihrerseits stets in beispielhafter Weise für die Gemeinschaftsarbeit im Interesse der unserer Hilfe bedürftigen Personen eingesetzt hat, bestens zu fördern und ihr bei Begründung einer neuen Existenz behilflich zu sein.“ Archiv Alte Synagoge Essen, Bestand AR 2561, und ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle nach Essen für Rat und Unterstützung.

⁴³⁴ Der Vorstand der Ortsgruppe Essen war stets mit rund 20 Personen recht groß. Vgl. die Listen für 1932, 1935 und 1938 in: HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1415, Frame 1429f., 1426f., 1417f.; Archiv Alte Synagoge Essen, Bestand BR 592.

⁴³⁵ Zur Ortsgruppe Essen zwischen 1920 und 1927 siehe HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 0938-1194, hier 1173. Zu Essen zwischen 1928 und 1938 siehe ebda., Akte 1415, Frame 1417-1578.

Als erster Syndikus wurde Kalisch mit der Erfüllung dieser Mehrfachbelastung betraut. Er mag zwar ein zuweilen unbequemer Mitarbeiter gewesen sein. Die Anforderungen, die an ihn gestellt wurden, erfüllte er aber zur allgemeinen Zufriedenheit, wie sich auf der Hauptversammlung des Vereins im November 1921 herausstellte. Zu diesem Zeitpunkt war das Amt des Syndikus auf Verbandsebene noch jung. Neben Hessen muss der rheinisch-westfälische Verband zu den ersten gehört haben, die diese Stelle überhaupt besetzt haben. Kalisch diente daher auch als Beleg für die Rentabilität eines Geschäftsführers an sich, hatte er es doch verstanden, seinen Bezirk

„in hervorragender Weise zu organisieren [...] und [...] die Ueberzeugung [geschaffen], daß solche Landesverbandssyndikate das notwendige Fundament für das richtige Gedeihen des Vereins sind. Solche Landesverbandssyndikate sind nicht eine Last für den Verein, sondern sie sind eine Einnahmequelle.“⁴³⁶

Für wie viele Mitglieder Kalisch in Essen unmittelbar nach dem Krieg zuständig war, ließ sich nicht ermitteln. 1925 hieß es, die Ortsgruppe umfasse 600 Mitglieder und habe damit ihre größtmögliche Ausdehnung erreicht. Neuwerbungen erschienen Kalischs Nachfolger Waldstein zwecklos,

„weil sich in diesem neuen Adressenmaterial bereits eine ganze Reihe wirtschaftlich nicht zahlungsfähiger, ferner jüngere und vielfach nicht hier bodenständige Personen befinden.“⁴³⁷

Nachdem die Synagogengemeinde Essen einen Zuzug vom Land kommender Juden erfahren hatte, zählte sie 1925 4.209 Glaubensjuden. Die Angabe zu den aus Osteuropa Kommenden schwankte zwischen 500 und 600.⁴³⁸ Die mittelfristigen Folgen der einige Jahre zuvor geschürten Panik vor einer Masseneinwanderung waren im Effekt für eine Industriemetropole wie Essen also sehr überschaubar geblieben. Dennoch ließ die anhaltende Diskussion um die Ostjuden den CV nicht zur Ruhe kommen, der vor dem Hintergrund des grundsätzlichen Primats innenpolitischer Interessen und seiner antizionistischen Gesinnung seine philanthropische Haltung auch einmal aus opportunistischen Gründen opfern konnte. Das schien ihm politisch vernünftig in Zeiten, in denen jeder von ihnen Gefahr lief, Opfer von verallgemeinernden Verleumdungen und nur als unliebsamer Gast in Deutschland betrachtet zu werden. ‚Fremden‘- und Ausländerfeindlichkeit bedrohten die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens in vergleichbarem Maße wie die Ostjuden. So schwankte das Verhältnis des Vereins zu seinen Glaubensbrüdern stets zwischen deutschen Eigeninteressen und jüdischer Solidarität, eine Dichotomie, die dem symbiotischen Gedanken des CV an sich hätte fremd bleiben müssen. Aber wegen jeweiliger offener oder latenter Ausschließlichkeitsansprüche – entweder deutsch oder jüdisch – lastete letztlich auch ein doppelter Erwartungsdruck auf ihm. Im Zuge der Diskussionen um die Ostjuden machte er die Erfahrung, dass sich ein Dilemma nicht aus der Welt reden ließ.

⁴³⁶ IDR, Hauptversammlung des Centralvereins am 20. und 21. November 1921. Finanzreferat, Nr. 1/2, Januar/Februar 1921, S. 11.

⁴³⁷ Waldstein an Berlin am 30. April 1925. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 1067.

⁴³⁸ Vgl. *Schröter*, 1980, S. 35.

So machte sich der CV daran, die primär gegen seine Glaubensbrüder erhobenen falschen Behauptungen zu widerlegen und dabei insbesondere ihre Leistungen für das Reich zu unterstreichen:

„Das Problem nun, das diese doch relativ geringe Zahl von Menschen bildet, ist von antisemitischer Seite maßlos übertrieben worden. Die Ostjuden sind es, so heißt es, die die Arbeitslosigkeit, die die Wohnungsnot, die den Bolschewismus verursachen. Die Ostjuden sind es auf der anderen Seite wieder, die arbeitsscheu sind, unproduktiven Beschäftigungen sich hingeben und Schieberei treiben. Hier muß auf Tatsachen hingewiesen werden [...] Nach den Mitteilungen der Gewerkschaften, den Feststellungen der jüdischen Arbeiterfürsorgestellen und auch nach den Berichten der Regierungspräsidenten sind etwa 40 000 jüdische Arbeiter in Kohlengruben u n t e r Tage in Deutschland beschäftigt, etwa 13 000 bis 15 000 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in der Industrie tätig. Tausende als Landarbeiter auf großen Gütern. Als Beweis, wie sich die jüdischen Arbeiter bewähren, mag die Tatsache gelten, daß Rittergutsbesitzer zum d r i t t e n u n d v i e r t e n M a l jüdische Landarbeiter wegen ihrer Genügsamkeit, ihres Fleißes und ihrer Ehrlichkeit anfordern. [...] Die Zahl solcher Zeugnisse läßt sich vervielfachen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß [...] von den in Deutschland noch befindlichen, neu hinzugewanderten Ostjuden nur 13 Prozent im Handel beschäftigt sind, während die ganz überwiegende Mehrheit im Handwerk, in der Industrie und in der Landwirtschaft als A r b e i t e r eine Existenz gefunden [hat]. [...] Es muß darauf hingewiesen werden, daß die in der Presse veröffentlichten Zahlen über die Tausende von kriminellen Ostjuden erfunden sind, daß nachdem nunmehr [...] ein Internierungslager für lästige Ausländer errichtet worden war, vom 2. Februar bis 30. Juni 1921 [...] noch nicht einmal 80 kriminelle Ostjuden in dieses Lager gebracht worden sind. Der mehrheitssozialistische Minister Severing war es, der nach dem A u f s t a n d im R u h r g e b i e t 1920 [...] ausdrücklich festgestellt hat, daß von i r g e n d e i n e m H e r v o r t r e t e n d e r o s t j ü d i s c h e n Arbeiter in der Bewegung keine Rede sein könne.“⁴³⁹

Solidarität mit den streikenden christlich-deutschen Kollegen hatten die Arbeiter aus Osteuropa während des passiven Widerstandes an der Ruhr bewiesen, obwohl sie zeitweise von „der Fürsorge der ‚Ruhrhilfe‘ [...] ausgeschlossen blieben.“⁴⁴⁰ Trotzdem blieb dem deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens der Ostjude als solcher eher lästig. Er schien eine Bedrohung für den eigenen Status zu sein. Während die Grenzschlussdebatte gegen Ende des Krieges im Verein noch nahezu ausschließlich vor den Vorzeichen kultureller Differenzen und der Schaffung lebensfreundlicher Umstände für diese Menschen in ihren jeweiligen Heimatländern geführt worden war⁴⁴¹, hatte der Verein spätestens Mitte der 1920er Jahre ein altes-neues Konzept anzubieten. Herzfeld präsentierte diesen Vorschlag vor 800 Zuhörern am 4. März 1926 im Kruppsaal des

⁴³⁹ IDR, Zur Ostjudenfrage, Nr. 8, August 1921, S. 216f.

Die hier gemachten Angaben bezogen sich auf das Jahr 1921. Der CV unterließ es, trotz der oben erwähnten Verbindungen zu offiziellen Stellen, auf die nicht gemeldeten Ostjuden hinzuweisen. *Adler-Rudel* machte später darauf aufmerksam, dass den jüdischen Arbeiterfürsorgeämtern der Umstand nicht gemeldeter Ostjuden bekannt war. Da aber die Debatte um ihre endgültig nicht verifizierbare Zahl bis Mitte der 1920er Jahre hitzig in der Öffentlichkeit geführt worden war, versuchte der CV wohl, sich nur auf Belegmaterial zu stützen. Vgl. *dens.*, Ostjuden in Deutschland, Tübingen 1959, S. 119f.

Auszüge aus Arbeitszeugnissen, weitere Zahlen und Hinweise zu Einwanderung sowie Einbürgerung der Ostjuden finden sich in Kurzfassung in: *Anti-Anti*, 1932, S. 47aff.

⁴⁴⁰ *Adler-Rudel*, 1959, S. 122.

⁴⁴¹ Siehe Kapitel 2 dieser Arbeit.

Essener Saalbaus in seinem Vortrag über das ‚Ostjudenproblem‘. Er vertrat – neben der Idee der Repatriierung – den Standpunkt, den Ausbau jüdischer Kolonien in Ländern Osteuropas zu forcieren. Das schien ihm eine humane Möglichkeit, diese als Belastung empfundenen Menschen loszuwerden, wobei dieses Bedürfnis so groß war, dass die Existenz eines „Internierungslager[s] für lästige Ausländer“, nicht einmal Empörung auslöste. Im CV interessierten Zahlen mehr.

Da in der Versammlung nicht nur Ortsgruppenmitglieder, sondern auch Gäste der ZVfD anwesend waren, ermahnte Herzfeld zu Anfang, dem Thema „mit aller Ruhe und Sachlichkeit [...] beizukommen.“⁴⁴² Einer wie auch immer gearteten politischen Tendenz wollte er nicht das Wort reden. Aber nachdem er auf die sozio-ökonomischen Gründe der Migration russischer und polnischer Juden eingegangen war, negierte er die Option Palästina als Ziel jüdischer Massenmigration. Verbesserte man nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Menschen in ihren östlichen Heimatländern, würde die Richtung vor allem pogrombedingter Wanderungen immer zuerst nach Deutschland weisen. „Die Folgen wären für uns die ungünstigsten. Lebensmöglichkeiten für die Einwanderer wären auch nicht zu beschaffen.“⁴⁴³

Die Zionisten im Blick, schloss Herzfeld:

„Wenn es einen Weg der Hülfe gibt, so kann dieser Weg nur im Osten vorhanden sein. Ein Rettungsweg biete sich, er könne erfolgreich beschritten werden, wenn ohne Verkleisterung der weltanschaulichen Gegensätze alle Richtungen zusammenarbeiten. Genau so wie einträchtig und fruchtbar im Komitee für den Osten zusammengearbeitet worden sei, könne und müsse man auf diesem Gebiete zusammenarbeiten. Auch der Weg, der zu gehen sei, trete klar zu Tage. Dieser Weg sei uns von dem [1880 in Russland gegründeten, 1921 einen Zweig in Deutschland etablierenden Wohlfahrtsverband], Ort‘ angewiesen worden. Der Ort habe seine Bedeutung erst nach dem Kriege erlangt und betätige sich in folgender Weise. Er habe ein umfassendes Schulwerk ins Leben gerufen, um damit eine handwerksmässige Aus- und Fortbildung der Juden im Osten zu ermöglichen. Das sei in Sowjetrussland wie in Polen von entscheidender Bedeutung. Der Ort hat ferner ausser diesem Schulwerk Genossenschaften geschaffen und gefördert, die Sachwertkredite geben. [...] Der Ort arbeite ferner namentlich daran, die Juden zum landwirtschaftlichen Berufe zu führen.“⁴⁴⁴

Herzfeld glaubte, die Krim übe eine „besondere Anziehungskraft“ aus wegen der „grossen Brachstrecken und ungeheure[n] Gebiete, die noch besiedelt werden sollen.“⁴⁴⁵ Im Übrigen hätten die Sowjets bereits mit der Ansiedlung von 35.000 Menschen begonnen, „das ist der grösste landwirtschaftliche Fortschritt, den die jüdische Geschichte kennt.“⁴⁴⁶ Während der CV die Zerschlagung der Räte in Deutschland begrüßt hatte, wurde die Sowjetunion in der Frage der Ostjuden zum Alliierten.

Seine abschließenden Betrachtungen widmete Herzfeld den bereits in Deutschland lebenden Ostjuden, wobei er, der Sozialdemokrat, die kulturhistorischen Anschauungen

⁴⁴² Niederschrift. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 0995-1005, hier 0995.

⁴⁴³ Ebda., Frame 1001. Ebenso fremdartig war dem Berichterstatter der Begriff Pogrom, wiederholte er doch den orthografischen Fehler „Progrom“ gleich zweimal.

⁴⁴⁴ Ebda., Frame 0999.

⁴⁴⁵ Ebda., Frame 1000.

⁴⁴⁶ Ebda.

seines deutschnational-jüdisch gesinnten CV-Kollegen Kurt Alexander grundsätzlich teilte, hingegen ohne dessen unangenehm kulturchauvinistische Tendenz:

„Die Tatsache, dass West- und Ostjuden verschiedenen Kulturkreisen angehören, liesse sich nicht verleugnen [...] Der Selbsterhaltungstrieb habe den Ghettojuden dazu geführt, neben der alltäglichen Welt sich eine andere Welt zu schaffen. Diese habe er in seiner Religion gefunden. Derjenige Ostjude aber, der diese religiöse Bindung verloren hat, müsse erst recht als ein Entwurzelter unerfreulich auffallen. Aus psychologischen Gründen und historischen Ursachen bestehe nun einmal ein Abstand in der kulturellen Erziehung und in der wirtschaftlichen Ethik. Diese Verschiedenheit liesse sich ändern und allmählich ausgleichen. Wer hier beheimatet sein wolle, der müsse bodenständig werden, sich einwurzeln, verwurzeln, verwurzelt werden, die deutsche Kultur aufnehmen und sie sich zu eigen machen und so die Konflikte beseitigen. Wer seine Heimat hier begründen und erhalten wolle; müsse die Sicherheit dieser Heimat erstreben; sein Ziel müsse letzten Endes die Einbürgerung in den Staat sein. Und auf diese Einbürgerung habe nach der heutigen Auffassung aller Redlichen nur derjenige ein Recht, der nicht bloss bereit ist, sich zum Staatsbürger zu bekennen und dessen Pflichten zu erfüllen. Moralischen Anspruch auf Einbürgerung habe vielmehr nur derjenige, der sich dem deutschen Kulturkreis eingefügt habe und der gesonnen und gewillt sei, als Deutscher auf deutschem Boden zu leben und zu sterben.“⁴⁴⁷

Die Integrationsmaßnahmen, die Herzfeld vorschwebten, waren einerseits starken Einschränkungen unterworfen; andererseits erachtete er sie als sekundär, denn er vertraute auf den quasi automatisch ablaufenden Integrationsprozess, der allerdings

„vielfach erst von der zweiten Generation gegangen werde. Ihr sei es leichter[,] weil sie unsere Schulen besuche, dieselbe Berufsausbildung erhalte, mit unserem Nachwuchs verkehre und so mit unseren wirtschaftlichen und ethischen Prinzipien vertraut gemacht werde. Es sei selbstverständlich auf der anderen Seite Pflicht, mit brüderlicher Hand entgegen[.]zu[...]kommen und so z. B. die Kinder der hier lebenden Ostjuden in Lehrstellen aufzunehmen. Unangebracht und ungerechtfertigt sei jedes hochmütige Urteil. Wir seien nicht nur die Gebenden, sondern auch die Empfangenden, insbesondere auf dem Gebiete des religiösen Lebens.“⁴⁴⁸

Integration hieß demnach für einen Moderaten im CV wie Herzfeld sich einfügen unter dem Primat der eigenen kulturellen Wertvorstellungen. Der Toleranzgedanke wurde damit eingeschränkt. In der Annahme, dieses gesellschaftliche Konfliktpotenzial, das sich an den Ostjuden entzündete, durch das innen- wie außenpolitische Aspekte berührende Konzept Herzfelds mildern zu können, orientierte sich die Integrationsstrategie des CV zuerst an deutschen und nicht an jüdischen Interessen oder generell humanistischen Werten. Indirekt beförderte er damit Abgrenzung und Abschottung, was Misstrauen schürte:

„In ostjüdischen Kreisen sei die Meinung verbreitet, als ob der C.V. mit den Ostjuden nichts gemein haben wolle, als ob die Anhänger des C.V. den Ostjuden ablehnend und feindlich gegenüberstehen und für ihre Nöte kein Herz und Verständnis haben. Wir wünschen aber auch Herz und Verständnis für die besonderen Pflichten des deutschen Judentums.“⁴⁴⁹

⁴⁴⁷ Ebda., Frame 1002.

⁴⁴⁸ Ebda., Frame 1003.

⁴⁴⁹ Ebda., Frame 1005.

3.2.4.1 Ruhrbesetzung 1923

Eine vergleichbare Position bezog der CV im Kampf um ethisches Verhalten in der Wirtschaft. Auch hier war seine Position stark am Ruf der deutschen Juden in der nicht jüdischen deutschen Wahrnehmung orientiert. Der CV warnte vor notorischen jüdischen Schnorrern und Schwindlern.⁴⁵⁰ Indem er sich von diesen abgrenzte, auch um von Klischees wegzuführen, bestätigte er aber die antisemitische Wahrnehmung von tatsächlich nachweisbarem Fehlverhalten einzelner jüdischer Wirtschaftsteilnehmer. Er konnte sich jedoch nicht mit der Erkenntnis durchsetzen, dass schnorren und schwindeln keine konfessionell determinierten Handlungsweisen darstellten, sondern vielmehr Auskunft über gravierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Missstände gaben. Die Vorgehensweise des Vereins war dennoch unschön. Aber hätte er die Loyalität gegenüber der eigenen Glaubensgemeinschaft höher bewerten sollen und gegebenenfalls Rechtsbrüche decken?

Die Verhaltenskontrollen im Verein waren weder lückenlos noch immer objektiv, wie es sich im oben dargestellten Fall Recklinghausen gezeigt hat. Der CV tendierte also vielmehr dazu, Sanktionen dann zu verhängen, wenn das Verhalten eines Juden Gefahr lief, in den Augen der deutschen nicht jüdischen Gesellschaft negativ aufzufallen. Deshalb wurden auch Mitglieder abgestraft, die sich etwa während des Ruhrkampfes ‚undeutsch‘ verhalten hatten. Im März 1923 hatte der Arbeitsausschuss der Ortsgruppe Essen den Antrag gestellt, den im Getreidehandel tätigen Kaufmann Julius Windmüller aus dem Verein auszuschließen. Nach Paragraph 8 der Vereinsstatuten lag die Entscheidungshoheit in Ausschlussverfahren beim Hauptvorstand, der sieben Monate später den Essener Antrag abschlägig beantworten sollte. Nach den Ermittlungsergebnissen der Ortsgruppe hatte sich der Getreidehändler des Verdachts des Vaterlandsverrates ausgesetzt:

„Durch Eingriff der Besatzung sind die telephonischen Verbindungen Essens sowohl innerhalb der Stadt als auch mit der Aussenwelt unterbrochen. Es besteht freilich ein Geheimkabel, dessen Benutzung ohne Wissen der Besatzung einer Reihe von grösseren Firmen ermöglicht ist. Die Firma Gebrüder Windmüller hatte an dieser Vergünstigung keinen Anteil. Sie wandte sich infolgedessen, da sie geschäftlich hierdurch, namentlich in der Zeit des starken Dollarsturzes, grosse Nachteile hatte, durch ihren Mitinhaber Julius Windmüller an ein Mitglied der Handelskammer, Herrn O s t e r m a n n. Herr Julius Windmüller schildert nun den Sachverhalt so, dass er bei dieser Gelegenheit in höchster Erregung über die von ihm als ungerecht empfundene Behandlung erklärt habe: ‚Da könne man ja auf den Gedanken kommen, die Sache der Besatzungsbehörde mitzuteilen‘. Er will aber noch in derselben Unterredung erklärt haben: ‚Ich tue das natürlich nicht‘ und will ferner an die Ausführung seiner Aeusserung nach seiner Versicherung niemals ernstlich gedacht haben. Herr Ostermann, der uns als vorurteilsfreier und ruhiger Mensch geschildert wird, stellt die Sache so dar, dass Herr Windmüller ausdrücklich gedroht habe: ‚Wenn ich bis morgen Abend keine Zusage von der Handelskammer habe, dann werde ich mich an die Besatzungsbehörde wenden‘. Daraufhin hat Herr Ostermann seiner Empörung über diese Drohung Ausdruck gegeben. Auf Grund dieser Vorstellungen des Herrn Ostermann soll dann Herr Windmüller gesagt haben: ‚Ich tue das natürlich nicht‘.

⁴⁵⁰ Zu den Beispielen zwischen 1924 und 1938 für den linksrheinischen sowie rheinisch-westfälischen Verband vgl. HM2 8827, Osoby 721 I, Akte 3416, Frame 0097-0476.

Herr Ostermann hat alsbald die Handelskammer von dem Vorfall verständigt, die dann ihrerseits – u. E. unter unbilliger Aufbauschung des Vorfalls – in ihren vertraulichen regelmässigen Rundschreiben die hiesigen Firmen und Banken in Kenntnis gesetzt und zum Boykott aufgefordert; ferner eine natürlich zur Ergebnislosigkeit verurteilte Anzeige wegen Landesverrats erstattet sowie bei der hiesigen Getreidebörse mit Erfolg den Ausschluss des W.[indmüller] beantragt hat. Dass die Handelskammer den Sachverhalt nicht ganz objektiv dargestellt hat, folgt auch daraus, dass sie die unzweifelhaft von W.[indmüller] abgegebene Erklärung: ‚Ich tue das natürlich nicht‘ unberücksichtigt gelassen hat. Die ganze Angelegenheit ist hier nicht nur im Kreise der Handelskammer, sondern auch in privaten Gesprächen viel erörtert worden. Es ist auch ein Maueranschlag in Maschinenschrift hergestellt, der im Mittelpunkt der Stadt angebracht, zur Verbreitung der Angelegenheit viel beigetragen hat. Auch in der auswärtigen Presse ist die Angelegenheit mehrfach unter der Ueberschrift: ‚An den Pranger‘ veröffentlicht worden.“⁴⁵¹

Das rufschädigende Verhalten einzelner Mitglieder schien geeignet, den 1923 wieder auflebenden Geist des Jahres 1914 zu stören. Die Nation hatte wieder einen gemeinsamen Feind, der sie einte und ihr ein gemeinsames Ziel lieferte:

„den Raubzug Frankreichs zu vereiteln. Juden und Christen haben gleichmäßig unter der französischen Knute zu leiden. [...] So ist jüngst in das Kaufhaus Gebrüder A l s b e r g G e l s e n k i r c h e n gewalttätig die französische Soldateska eingedrungen. Als man ihr dort [den] Warenverkauf verweigerte, wurde das Publikum aus dem Geschäftshaus vertrieben und z w e i G e s c h ä f t s f ü h r e r w u r d e n v e r h a f t e t. Entgleisungen radikalantisemitischer Elemente dürfen natürlich nicht fehlen. [...] In einer großen RheinStadt versuchten französische Kreise mit den dortigen Juden Fühlung zu bekommen und regten bei ihnen einen organisierten Kampf gegen die Judenhetze an. Die j ü d i s c h e n K r e i s e h a b e n d i e s e A n n ä h e r u n g s v e r s u c h e m i t a l l e r E n t s c h i e d e n h e i t z u r ü c k g e w i e s e n. Trotzdem versuchen antisemitische Kreise im besetzten Gebiet der Legende von einem angeblich zwischen Juden und Okkupationsmacht bestehenden Kontakt den Boden zu bereiten. Bezeichnend für die Stimmung der rechtsstehenden Kreise des Ruhrgebiets ist der folgende Ausspruch [...]: ‚Sobald die Okkupation aufgehört hat, wird die Abrechnung mit den Juden beginnen‘.“⁴⁵²

Die Ruhrbesetzung weckte Angst einflößende nationale Aggressionen. Patriotische Leidenschaft wiederum weckte sie in den Reihen des Vereins, der die Idee des Burgfriedens erneut aufgriff.⁴⁵³ Somit weckte der Widerstand an der angeblich

⁴⁵¹ Krombach an Berlin am 21. März 1923. HM2 8696, Osoby 721 I, Akte 121, Frame 0935ff. Das dem Ton nach reumütige Schreiben des Delinquenten vom 19. April 1923 findet sich ebda., Frame 0917f.

⁴⁵² CVZ, Juden und Judenfeinde im Ruhrgebiet, Nr. 5, 22. Februar 1923, S. 57.

⁴⁵³ Vgl. CVZ, Treue dem Vaterland, Nr. 10, 8. März 1923, unpaginiert. Siehe auch den Leitartikel der CVZ, Helfer der Franzosen. Deutschvölkische Zerstörer der deutschen Abwehrfront, Nr. 11, 15. März 1923. In diesem Artikel von Alfred Wieners heißt es: „Seit acht Wochen üben die französischen Militärs auf Geheiß der in Paris herrschenden Politikerclique eine beispiellose Gewaltherrschaft in dem friedlichen, waffenlosen Ruhrgebiet aus. In dieser Zeit sind unzählige Menschen ihrer Vaterlandsliebe und ihrer Ueberzeugungstreue wegen mißhandelt, eingekerkert und geschunden worden und eine Mordtat hat sich an die andere gereiht“. Solche erschütternden Worte klingen aus allen deutschen Zeitungen. [...] Unsere heißen Herzen schlagen denen entgegen, die die Beute fremder Willkür geworden sind. Jedwedes Opfer freudig und wortlos zu bringen, geloben wir den Brüdern und Schwestern an Ruhr und Rhein. Alles sei hintangestellt, von jedem innerpolitischen und wirtschaftlichen Gegensatz so lange kein Wort, bis der sichere Erfolg unseres unbeugsamen Widerstandes verbürgt ist.“ Wiener wiederholte mehrfach, dass die jüdischen Deutschen an der Ruhr den nicht jüdischen an Patriotismus in nichts nachstanden. Wiener weiter: „Und warum muß diese [...] Feststellung erfolgen? Weil im besetzten und unbesetzten Gebiet deutsch-völkische Hetzer am

‚friedlichen‘, ‚waffenlosen‘ Ruhr zugleich die Erinnerung an den ebenso angeblichen deutschen Verteidigungskrieg. Infolge dieser Gleichung ignorierte aber zumindest die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins die Verantwortung des Reiches, das 1914 seinen Feldzug präventiv begann, Völkerrechtsverletzungen folgen ließ, wobei das Ruhrgebiet eine seiner wichtigsten Waffenschmieden war. Die alleinige Kriegsverantwortung des Reiches negierte der CV daher allemal, was die Aussöhnung mit Frankreich erschwerte, gerade

„in diesen Tagen, wo der Pariser Mob sich wieder einmal vor Blut heiser schreit gegen die ‚Boches‘, diese ‚inferiore Rasse‘, die ‚das siegreiche, edle Frankreich um die Früchte der Ruhrbesetzung zu bringen trachtet‘, und wo andererseits die gezwungenermaßen in Feindesland sich aufhaltenden deutschen Landsleute ihres Lebens nicht mehr sicher sind.“⁴⁵⁴

Wie hätte man es vermeiden können, sich mit dem Land schicksalhaft verbunden zu fühlen, das demselben Hass ausgesetzt war wie seine Juden? Infolge dieser Verbundenheit konnte der CV allerdings auch einmal Unrecht ignorieren, zumal Unsicherheit herrschte. Handlungsanweisungen suggerierten Sicherheit:

„Wer aus irgendwelchen Gründen geschäftliche Plätze im besetzten Gebiet zu besuchen hat, sei darauf aufmerksam gemacht, daß der von den Franzosen eingerichtete Eisenbahnbetrieb aus wohlverstandenen nationalen Interessen von Deutschen nicht in Anspruch genommen wird. Da die außerhalb des besetzten Gebietes wohnhaften jüdischen Deutschen aus Unkenntnis der Dinge oder Gedankenlosigkeit hier und da diese Züge benutzen, wird daraus von judenfeindlicher Seite eine Sympathie für die Franzosen konstruiert. Es wird nur dieses Hinweises bedürfen, um die notwendige Aufklärung zu schaffen.“⁴⁵⁵

Kopfschüttelnd registrierte man diesen Aufruf auf der Sitzung des Arbeitsausschusses der Essener Ortsgruppe am 30. April 1923, weil der Artikel fälschlicherweise den Eindruck erweckte, als hätten jüdische Geschäftsreisende tatsächlich französische Züge benutzt, nachdem die Reichsbahn in Streik getreten war. So wurde aufrichtig bedauert, dass man auf diese Weise selbst „unseren Gegnern Anlass zu einem Vorwurf gegen uns“⁴⁵⁶ gegeben habe.

Neben dem Versuch, die Mitglieder zu koordinieren, stand die Abwehr der mit der Ruhrbesetzung in Zusammenhang stehenden Schuldzuweisungen im Zentrum der Arbeit der Essener Geschäftsstelle. Der Erfolg der Maßnahmen blieb nicht völlig hinter

Werke sind, unsere jüdischen ‚Frontkämpfer an der Ruhr‘ genau so m i t S c h m u t z bewerfen wie die deutsch-jüdischen Frontsoldaten des Weltkrieges. Darüber hinaus aber wird [–] man höre und staune! [–] dem ‚internationalen Judentum‘ die S c h u l d an der B e s e t z u n g [...] zugeschoben.“ Ebd., unpaginiert.

Der Verein versuchte, diese Vorwürfe zu entkräften und erarbeitete eine „R u h r – Denkschrift, in der wir die in dem Artikel angedeuteten Gedankengänge ausführlicher darstellten und mit umfangreichem Material belegten. Umgekehrt wiederum sammelten wir alles Material, das einen Beleg für das vaterländische Verhalten der jüdischen Ruhrbewohner bilden konnte, um im gegebenen Moment gerüstet zu sein.“ Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 10. Oktober 1921 bis 31. März 1924, S. 24. Diese Ruhr-Denkschrift habe ich nicht gefunden.

⁴⁵⁴ CVZ, Treue dem Vaterland, Nr. 10, 8. März 1923, unpaginiert.

⁴⁵⁵ CVZ, Jüdische Geschäftsreisende!, Nr. 16, 19. April 1923, S. 131.

⁴⁵⁶ Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses am 30. April 1923. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 1123f., hier 1123.

den Erwartungen zurück. Das zumindest war das Ergebnis, das Herzfeld und Krombach auf der Hauptversammlung der Ortsgruppe am 8. Januar 1924 für die Arbeit des Landesverbandes festhielten:

„Neben der Aufklärung in öffentlichen Versammlungen, die allerdings in der Berichtszeit durch die politischen Verhältnisse ausserordentlich beschränkt gewesen sei, käme die Verbreitung geeigneter Abwehr- und Aufklärungsschriften in Frage. In dieser Hinsicht sei die Tätigkeit eine ziemlich erhebliche, anscheinend auch erfolgreiche gewesen. Das zeige sich besonders auch in dem teilweise geänderten Verhalten der Essener Presse.“⁴⁵⁷

Dankbar wurde in Essen auch die Schützenhilfe des Düsseldorfer Regierungspräsidenten aufgenommen, der „restlos alle Versuche der Beschuldigung unpatriotischen Verhaltens von Juden klar widerlegt“⁴⁵⁸ hatte.

Das Bekenntnis des Düsseldorfer Regierungspräsidenten und die gewandelte Haltung der Lokalpresse gingen sicherlich zu Teilen auf das Erfolgskonto des Vereins. Der CV verschwieg allerdings nicht, dass diese Ergebnisse auch unter dem Eindruck einer heuchlerischen Ruhe im Sanktionsgebiet standen, nachdem sich „infolge der Besetzung [...] die offene antisemitische Tätigkeit aus dem Ruhrgebiet besonders in das unbesetzte Randgebiet zurückgezogen habe.“⁴⁵⁹

Unterdessen hatte das allgemeine Interesse an der Vereinsarbeit auch in der Essener Ortsgruppe nachgelassen. Die Anwesenheitsliste der Hauptversammlung der Ortsgruppe am 8. Januar 1924 war da nur ein augenfälliger Beleg. Von den zu jenem Zeitpunkt rund 500 Mitgliedern der Ortsgruppe erschienen nur 120.⁴⁶⁰

Letzten Endes war diese Passivität entscheidend auch für das Scheitern des Plans, eine Selbstschutztruppe auf die Beine zu stellen. Es sei lediglich

„zu einem ganz geringen Teile auf dem Gebiete der körperlichen Abwehr und auch hier nur durch den Entschluss und das Eingreifen nicht einer Organisation, sondern von Einzelpersonen“⁴⁶¹

gelingen, dieses Vorhaben umzusetzen. Selbstverteidigung auf diese Weise zu üben war für einen Rechtsschutzverein, der lediglich zivile Mittel für den Verteidigungsfall anwenden durfte, außerordentlich bemerkenswert. Folglich müssen die gesellschaftlichen Auswirkungen der Ruhrbesetzung für den jüdischen Bevölkerungsteil lebensbedrohlich gewesen sein.

Obwohl es im Verein nicht an konzeptionellen Ideen, Visionen und kommunikativer Kompetenz mangelte, gelang es der Essener Geschäftsstelle nicht, das Potenzial

⁴⁵⁷ Niederschrift über die Hauptversammlung der Ortsgruppe Essen am 8. Januar 1924. Ebda., Frame 1117-1121, hier 1118.

⁴⁵⁸ Ebda., Frame 1119. Grützner hatte am 25. Mai 1923 vom Barmer Exil aus den Centralverein wissen lassen, dass „es eine gewisse Presse fertig bringt, die jüdische Bevölkerung Düsseldorfs einer franzosenfreundlichen Gesinnung zu zeihen. Im Gegenteil habe ich festzustellen, **daß sich die jüdische Bevölkerung aller Schichten nicht nur während des Ruhreinbruchs, sondern auch bereits vorher gegenüber den Besatzungsmächten durchaus einwandfrei benommen hat.**“ CVZ, Die jüdischen Deutschen im Ruhrgebiet. Ein Brief des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, Nr. 24, 14. Juni 1923, S. 195.

⁴⁵⁹ HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 1118.

⁴⁶⁰ Vgl. ebda., Frame 1117.

⁴⁶¹ Ebda., Frame 1117f.

konzentriert einzusetzen. Zuweilen vermittelten die Vereinsmitarbeiter selbst den Eindruck, als verzettelten sie sich im eigenen Hang zum Perfektionismus. So war ihnen noch nach der am 15. November 1923 eingeführten Rentenmark

„ein ergiebiges Feld weiterer Tätigkeit [...] der Kampf und die Aufklärung gegen Einzelne, die in Unkenntnis der Zeitverhältnisse durch Putz und Luxus sich aus der grossen Masse der Bescheidenen und Zurückhaltenden hervortun zu müssen glaubten.“⁴⁶²

Diese Aufforderung war ein Versuch, Sozialneid den Boden zu entziehen. Man rechnete damit, wegen protzigen Fehlverhaltens einzelner selbst Opfer von Verallgemeinerung oder sogar tätlicher Übergriffe zu werden. Ob aus Selbstschutz oder aus Sensibilität für ‚angemessenes‘ Sozialverhalten, der CV krümmte damit erneut das Treueverhältnis zu den eigenen liberalen Idealen. Statt kompromisslos für das Recht auf persönliche Entfaltung einzustehen, richtete er sein Verhalten schmeichlerisch an der fehlenden gesellschaftlichen Akzeptanz aus.⁴⁶³

In der Arbeitsausschusssitzung vom 17. September 1924 bildeten die in Essen verübten antisemitischen Belästigungen einen Schwerpunkt. Dem Sitzungsbericht zufolge bildete einen weiteren Punkt die Frage, welchen Umfang die Übernahme von Rechtsschutzfällen annehmen sollte, weil sie eine zeitaufwändige „genaue Prüfung von Fall zu Fall“⁴⁶⁴ voraussetze. Die Aufklärung explizit katholischer Kreise wurde ebenfalls erörtert, denn der Stahlhelm warb verstärkter denn je um sie. Geklärt und koordiniert wurden ferner potenzielle CV-Redner für die apologetischen Vorträge, die von der Synagogengemeinde veranstaltet werden sollten. Die Stellung zur lokalen Presse sowie die Wahlvorbereitungen zum Landesverband der preußischen Synagogengemeinden galt es ebenfalls zu behandeln. Leichte Besserung versprochen

⁴⁶² Ebd., Frame 1120.

⁴⁶³ Am 13. Juni 1932 wandte sich Kurt Alexander mahnend an die Hauptgeschäftsstelle wegen dieses Problems, „das sicherlich nicht den Anspruch erhebt neu zu sein [...] Ich habe immer zu denjenigen gehört, die dem Problem der sogenannten inneren Mission wenig Bedeutung beigemessen haben. Für mich ist in dieser Frage stets Richtschnur das, was der verstorbene Eugen Fuchs [...] in Bezug auf diese Dinge zu sagen pflegte: ‚Wenn wir uns alle in härene Gewänder kleiden würden, der Antisemitismus wäre genau so gross.‘ Aber in einem Augenblick, in dem auf der einen Seite die wirtschaftliche Not des deutschen Volkes besonders gross ist, auf der anderen Seite wir Juden uns in einer bedrängten Situation sondergleichen befinden, müsste schon im Interesse des persönlichen Schutzes unserer Glaubensgenossen ihnen grösstmögliche Zurückhaltung an[s] Herz gelegt werden. [Frame 0716] [...] Ich glaube, dass wir, die wir doch verpflichtet sind, für den Schutz der Juden zu sorgen, heute an diesen Dingen nicht vorbeigehen dürfen. Es erscheint mir aus politischen Gründen nicht ratsam, die Frage etwa in der C.V. Zeitung anzurühren; man sollte aber unseren Rednern, unseren Ortsgruppen- und Landesverbandsleitern die Anweisung geben, bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Gefahr, die in einem nicht zeitgemässen Auftreten liegt, hinzuweisen.“ HM2 8827, Osoby 721 I, Akte 3417, Frame 0716-0718, hier 0717.

In gleicher Angelegenheit wandte sich Julius Ursell aus Attendorn noch am 31. Mai 1933 an Essen und schimpfte: „Seit Jahr und Tag bin ich dafür eingetreten, dass ich ganz offen bei meinen Bekannten dafür gearbeitet habe, dass sie äusserlich durch ihr Benehmen und Kleidung nicht auffielen. M.[eines] E.[rachtsens] ist in Ihrer Zeitung viel zu wenig darin gearbeitet worden.“ Ebd., Frame 0699. Hierauf wandte sich Essen am 7. Juni 1933 an Julius Ursell: „Ihre Ausführungen über die sogenannte ‚Innere Mission‘ bei unseren Glaubensgenossen sind durchaus zutreffend. Der C.V. hat sich schon seit Jahren bemüht, Anstoss erregendes Verhalten [...] zu bekämpfen. Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass der Antisemitismus auf anderen Ursachen beruht [...] Zudem sind die Kreise, deren Auftreten auch uns wenig erfreut, im allgemeinen gerade unserem Einfluss wenig zugänglich.“ Ebd., Frame 0701.

⁴⁶⁴ Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses am Mittwoch, den 17.9.1924. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 1099f., hier 1100.

die Mitglieder- und Inkassoangelegenheiten. Das war entscheidend, denn im November 1924 stand der CV obendrein mitten im zweiten Wahlkampf jenes Jahres. Die Parole lautete „Entscheidungskampf!“⁴⁶⁵ Angesichts eines solchen Pensums lobte ein Wahlaufuf des Vereins zu Recht die geleistete Arbeit in Gestalt von zehn Aufklärungs- und Abwehrversammlungen, die der Landesverband

„in weite nichtjüdische Kreise getragen [hatte]. Tausende von verteilten Schriften und C.-V. Zeitungen haben weiter unsere Arbeit unterstützt. Unsere örtliche Organisation haben wir in den letzten Tagen für diese Wochen des schweren Kampfes neu befestigt.“⁴⁶⁶

Der CV focht zeitweilig an nahezu jedem sich eröffnenden Frontabschnitt. Jeder als jüdenfeindlich erkannte Tatbestand wurde mit kriegerischer Terminologie belegt und somit als Kampfgebiet erschlossen. Es drängt sich die Frage auf, ob es angesichts des Kriegszustandes gegen die Juden nicht zweckdienlicher gewesen wäre, sich mit den zur Verfügung stehenden menschlichen und finanziellen Ressourcen auf einen begrenzten Arbeitsbereich zu konzentrieren. So aber dehnte sich die Definition der Rechtsschutz- und Aufklärungsarbeit unter den herrschenden Bedingungen ins Uferlose. Der Essener Zweig mühte sich emsig, dem riesigen Arbeitspensum gerecht zu werden. Dazu gehörten beachtliche öffentliche Großversammlungen wie jene am 16. Januar 1925 mit Nölting, die nahezu 1.500 Zuhörer anlockte. Sie war bestens organisiert angesichts der zu erwartenden

„Anzahl halbwüchsiger deutschvölkischer Jünglinge, die verschiedentlich versuchten durch Lärmen und Zwischenrufe zu stören. Dank unserer Vorbereitungen und [...] der Unterstützung durch den Frontbund [Reichsbund jüdischer Frontsoldaten] und eines für alle Fälle gesicherten Aufgebots von Schutzleuten, die in der Nähe bereit standen, wurden diese Lärmversuche nach kurzer Zeit unterdrückt. Damit der Redner [...] auch zu seinem übrigens durchaus wirksamen Schlusswort kommen k[o]nnte, haben wir veranlasst, dass ein Teil der Ruhestörer kurz vorher die Tribüne räumte.“⁴⁶⁷

⁴⁶⁵ Flugblatt der Essener Ortsgruppe vom 12. November 1924. Ebda., Frame 1096. Der fiebrige Begriff des Entscheidungskampfes wurde 1932 indirekt wieder aufgegriffen, denn jenes Wahljahr begriff der CV als das Jahr der Entscheidung zwischen Demokratie und Diktatur. Da er jedoch ähnlich alarmierende Redewendungen nicht nur zu Wahlkampfzeiten nutzte, ist es vorstellbar, dass sie von so manchem als bloße Phrase wahrgenommen wurden, eine gegenteilige Wirkung erzielten und zur Abstumpfung beitrugen. Vgl. CVZ, Demokratie oder Diktatur, Nr. 3, 15. Januar 1932, S. 23; CVZ, 1932 – Das Jahr der Entscheidungen, Nr. 4, 22. Januar 1932, S. 30.

Anlässlich der zweiten Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 wandte sich der CV an die eigenen Mitglieder und gegen die DNVP und ihre Wahltaktik, die da lautete: „Gegen Juden- und Franzosenherrschaft.“ HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 1096. Siehe demgegenüber den Wahlaufuf der CV-Ortsgruppe vom 1. Mai 1924. Ebda., Frame 1108. Dieser Appell forderte dazu auf: „Wähle ein Jeder nach seiner politischen Ueberzeugung, aber keine Stimme einer Liste, auf der sich ein antisemitischer Vertreter findet.“ Die Kosten für die beiden Wahlkämpfe 1924 hatten den CV stark geschröpft, aber bereits in besagtem Wahlaufuf vom 1. Mai hieß es: „Unsere Gelder sind erschöpft [...] Spende jeder sofort.“ Wahlfondskonten waren sowohl bei dem Essener jüdischen Bankhaus Simon Hirschland, bei dem der Essener CV sein Geschäftskonto hatte, als auch bei S. Münzesheimer & Co. eingerichtet.

⁴⁶⁶ Ebda., Frame 1096.

⁴⁶⁷ Waldstein an Berlin am 17. Januar 1925. Ebda., Frame 1078.

3.2.4.2 Locarno und die Öffentlichkeitsarbeit in Essen

Ein weiteres denkwürdiges Ereignis in den Annalen der Ortsgruppe bildete am 19. November 1925 der Vortrag von Direktor Holländer, der aktuell darüber sprach, was die Verträge von ‚Locarno und die deutschen Juden‘ miteinander verband.⁴⁶⁸ Holländer führte aus,

„ein erheblicher Teil derjenigen, die Locarno bekämpften, hätten dies aus dem Gesichtspunkt heraus getan, dass hier, ebenso wie bei dem Dawes-Abkommen, ein Sieg des jüdischen Geistes und des internationalen jüdischen Finanzkapitals zu verzeichnen sei, und deswegen müsse das Abkommen als etwas bekämpft werden, was im Widerspruch zu den deutschen Interessen stehe, wie überhaupt der jüdische Geist und das internationale jüdische Finanzkapital dem Deutschtum besonders schädlich sei.“⁴⁶⁹

Im CV stießen die Locarno-Verträge hingegen auf breite Zustimmung. Die französische Sanktionspolitik, von der die Rechte in Deutschland gerade auch zum Leid seiner Juden profitiert hatte, schien in absehbarer Zeit überwunden. Hoffnungsvoll meinte Holländer, Locarno würde „der Welt die Befriedung geben.“⁴⁷⁰ Dieser Geist von Locarno sei dem des Vereins grundsätzlich verwandt, und zwar dank der jüdischen Religion. Ihr sei

„die Bedeutung des Geistes des Friedens für die Menschheit besonders aufgegangen; das beweise zunächst das Friedensideal der jüdischen Religion, welches von Anfang der Zeiten an im Frieden das Höchste der menschlichen Güter erblickt habe. Diese Stellungnahme liegt nicht im Sinne eines charakterlosen Pazifismus, sondern in Gestalt der wahren Versöhnung der Menschenklassen und der Völker untereinander.“⁴⁷¹

Solidarität im Innern und nach außen sei

„ein Gebot der Stunde. Sie habe[...] mit dem Internationalismus im Sinne der Aufgabe des eigenen Volkstums nicht das Geringste zu tun [...] die jüdischen Deutschen [...] hätten also Anlass, die Wesenheit dieses Geistes zu bejahen [...] Wenn in diesem Zusammenhang von dem internationalen Finanzkapital gesprochen werde, das im Dawes-Abkommen seinen Triumph zu Ungunsten Deutschlands gefeiert hätte, so müsse man

⁴⁶⁸ Die am 16. Oktober 1925 paraphierten Verträge von Locarno, für die der Nationalliberale Gustav Stresemann auf deutscher Seite geistig Pate stand, sahen unter anderem im Hauptvertrag zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien eine gemeinsame Garantie der deutschen Westgrenzen und die Entmilitarisierung des Rheinlandes vor. Auf friedlichem Weg sollten zukünftige Streitigkeiten geregelt werden. Der Vertrag, der durch Schieds- und Beistandsverträge ergänzt wurde, behielt sich jegliche Bestimmung über die deutschen Ostgrenzen vor. Hitler brach die Verträge am 7. März 1936 durch die Besetzung des Rheinlands. Vgl. Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz. Ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte und Vereinbarungen, 4. Bd., Teil II, Bielefeld 1953, S. 309ff.; Pohl, 1979, S. 289-317.

⁴⁶⁹ Der Vortragsbericht ist undatiert. Die zeitliche Nähe zum Vertragsabschluss wird nicht bezweifelt, zumal er eingebettet war in Korrespondenzen, die Ende 1925 datiert wurden. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 1058-1061.

Zum Dawes-Plan vom August 1924, der temporär die Reparationsverpflichtungen Deutschlands in Abhängigkeit von seiner Leistungsfähigkeit regelte, siehe Vertrags-Ploetz, S. 308f. Stresemanns Verständigungspolitik mit Frankreich führte 1929 zur Annahme des Young-Plans, der die Voraussetzung für die vorzeitige Räumung des südlichen Rheinlandes zum 1. Juli 1930 schuf.

Siehe zudem den Nachruf aus der Feder des Krefelders Kurt Alexander (DVP) zum Tode Stresemanns in: CVZ, Gustav Stresemann, Nr. 41, 11. Oktober 1929, unpaginiert.

⁴⁷⁰ HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 1058-1061, hier 1058.

⁴⁷¹ Ebd., Frame 1059.

endlich einmal in allen Kreisen der Bevölkerung auf den Unsinn hinweisen, der in diesem Begriff des internationalen jüdischen Finanzkapitals liege. [...] Die Zeiten, in denen das Bankhaus Rothschild durch Kreditverweigerung Kriege verhindern konnte, seien längst vorüber.“⁴⁷²

Unabhängig davon, dass die Finanzmacht von Bankhäusern in jüdischem Besitz, wie das des Bankiers Gerson von Bleichröder, der Bismarck bei der Finanzierung des Deutsch-Französischen Krieges von 1870 unterstützt hatte⁴⁷³, der Vergangenheit angehörte, schaffte es Holländer doch, eine gewisse Aufbruchsstimmung angesichts der politischen und auch wirtschaftlichen Konsolidierung zu vermitteln. In diesem Zusammenhang tat er Hitlers Autarkiebestrebungen ab, erstens, weil dieser ohnehin „der volkswirtschaftlichen Grundbegriffe nicht mächtig[...]“⁴⁷⁴ sei, und zweitens, weil nur mithilfe international gepflegter Handelsbeziehungen die wirtschaftliche Genesung des Reiches möglich wäre. Bereits „die Wirtschaftsgeschichte des Judentums habe bewiesen, wie [...] der internationale Handel [...] zu einer Bereicherung der einzelnen nationalen Kultur[en] geführt habe.“⁴⁷⁵ Die Hoffnung auf einen positiven Wandel der politischen und wirtschaftlichen Prämissen in Kombination mit der durch den CV betriebenen mentalen Beeinflussung förderte sicherlich das Durchhaltevermögen im Kampf des Vereins um Deutschtum und Judentum.

Die ersehnte Umsetzung des Friedensideals funktionierte aber auch innerhalb der jüdischen Gemeinschaft nicht. Von einer sachlichen Streitkultur zwischen CV und ZVfD konnte kaum mehr die Rede sein. Die eigene Empfindlichkeit gegenüber den als ehrverletzend empfundenen Angriffen von zionistischer Seite beeinträchtigte die Konfliktfähigkeit der CVer. Deshalb überlegten die Essener Verantwortlichen, ob sie „in Zukunft zionistische Versammlungen noch besuchen bzw. dort das Wort zur Entgegnung nehmen würden.“⁴⁷⁶

⁴⁷² Ebda., Frame 1060.

⁴⁷³ Vgl. Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hg.), *Abwehr-ABC*, Berlin 1920, S. 19.

Auffallend häufig mussten sich die CVer in Essen mit der Bekämpfung des Antisemitismus in der Wirtschaft beschäftigen. Vorurteile dieser Art fanden selbst Eingang in die Westfälische Schulzeitung, worauf der CV am 5. Dezember 1930 reagierte: „Unter den [...] Generaldirektoren, Direktoren usw. befinden sich kaum jüdische Männer. Vögler, Generaldirektor des Ruhr-Montan-Trust, ist kein Jude, auch nicht der an zweiter Stelle genannte Direktor des Siemens-Konzerns, Köttingen. Auch Reichsbankpräsident Luther, Generaldirektor der Reichsbahn Dormmüller, Generaldirektor der Hapag Cuno, Generaldirektor des Inag-Konzerns Zitzmann sind gleichfalls keine Juden. Dasselbe gilt von den Direktoren der Berliner Werke [...] Wenn Juden überhaupt in Frage kommen, so nur in ihrer Rolle als Bankdirektoren. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nochmals auf die bekannte Tatsache hinweisen, dass in denjenigen Wirtschaftszweigen, in denen der jüdische Einfluss besonders stark ist, die Konzentrierung lange nicht so weit vorgeschritten ist wie in den übrigen. Deshalb finden wir Personen mit Rieseneinkommen auch viel eher in den Mammutgebilden des Bergbaues, der Eisen-, Kohlen-, chemischen usw. Industrie.“ HM2 8767, Osoby 721 I, Akte 2518, Frame 0088f.

Siehe auch die 1924 erstellte Liste aus der Hauptgeschäftsstelle, die zwischen Juden und Christen in leitenden Positionen bei deutschen Banken differenzierte. Die Liste ging in diesem Fall bedenkenlos an die DDP in Tilsit. Vgl. ebda., Frame 0154, 0157ff.

⁴⁷⁴ HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 1060.

⁴⁷⁵ Ebda., Frame 1061f.

⁴⁷⁶ Bericht Waldsteins an Berlin am 25. März 1926. Ebda., Frame 0986-0988, hier 0988. Waldstein nahm darin Bezug auf eine kurz zuvor abgehaltene Versammlung der zionistischen Ortsgruppe Essen, der Herzfeld beiwohnte. Bei der Gelegenheit wurde ihm vorgeworfen, die innerjüdischen Differenzen seinerseits verstärkt zu haben.

Bei dieser Vermeidungstaktik handelte es sich um eine Nachwehe auf eine in Essen am 3. März 1926 veranstaltete öffentliche Versammlung, in der Karl Glaser vom politischen Sekretariat der ZVfD über ‚Zionismus und Antisemitismus‘ gesprochen hatte.“⁴⁷⁷ Auch diese Debatte um Ideologie und Methode war letztlich fruchtlos geblieben, denn beide Organisationen hatten schon einmal drei Jahre zuvor über dasselbe Thema rechthaberisch miteinander gestritten.⁴⁷⁸

Im April des Jahres 1927, als sich die Ortsgruppe der ‚Ziele und Wege jüdischer Jugend im C.V.‘ in einer Versammlung widmete⁴⁷⁹, veranstaltete die NSDAP vom 23. bis zum 24. April ihren Parteitag in Essen. Damit war

„zum drittenmal [...] diese Stadt der Arbeit Mittelpunkt nationalsozialistischer Kundgebungen. Mit allen Mitteln will man im Industriegebiet an Rhein und Ruhr die nationalsozialistische Bewegung verankern“⁴⁸⁰,

was insofern erste Früchte trug, als es im August gleich zweimal hintereinander zu Schändungen jüdischer Friedhöfe in Essen kam.⁴⁸¹ Der CV reagierte und organisierte gemeinsam mit der jüdischen Gemeinde sowie mit auswärtigen Rabbinern akademische Vorlesungen, bei denen auch Vertreter der christlichen Konfessionen zu Wort kommen sollten.⁴⁸²

Auch Abendveranstaltungen geselliger Natur waren für die Mitglieder in Essen nicht ungewöhnlich. Aber als der CV zusammen mit Rabbiner Samuel für den 25. Februar 1928 in den Kammermusiksaal des Städtischen Saalbaues lud, stand die Darbietung eher atypisch unter heiteren und zugleich lehrreichen Vorzeichen. Mit der Unterstützung vom Schauspielhaus Essen durfte eine „bunte Folge von Humor und Satire, Lied und Rhythmik“⁴⁸³ erwartet werden. Die Idee fand viel Anklang. Sogar Mitglieder aus umliegenden Ortsgruppen reisten an und alles in allem war von einem

⁴⁷⁷ Ebda., Frame 1014.

⁴⁷⁸ In diesem Disput ging es vonseiten des Vereins um die Frage, ob die Zionisten die Voraussetzung für den Kampf gegen den Antisemitismus mitbrachten oder nicht. Holländer meinte, die Zusammenarbeit sei lediglich in der Abwehr der Angriffe gegen die Religion theoretisch möglich. Ansonsten blieben die Gegensätze bestehen, die sich aus der unterschiedlichen Stellung zum deutschen Staat sowie seiner Kultur ergaben und die gemeinsame Bekämpfung des Antisemitismus letztlich unmöglich machten. Vgl. CVZ, Antisemitismus und Zionismus, Nr. 26, 29. Juni 1923.

⁴⁷⁹ Vgl. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 0948.

⁴⁸⁰ Archiv Alte Synagoge Essen, Bestand AR 1797/4.

⁴⁸¹ Vgl. CVZ, Friedhofsschändungen in Essen und Köln, Nr. 33, 19. August 1927, S. 479.

⁴⁸² Vgl. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 0943f. Die Synagogenvorträge, die die Essener Gemeinde gemeinsam mit dem CV auch in den folgenden Jahren durchführte, fanden in den Vereinsberichten viel Lob. In diesem Zusammenhang wurde Rabbiner Hugo Hahn auffallend häufig erwähnt, da er nicht nur Gäste vom Landesverein preußischer Volksschullehrerinnen über jüdische Riten aufklärte und anschließend zum Kaffee lud. Vgl. ebda., Frame 1488, 1486, 1479. Auch in HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1415, Frame 1527 wird auf die vor allem im Winterprogramm 1929 aufgenommenen apologetischen Synagogenvorträge hingewiesen. Der Essener CV verstand es, die Synagogengemeinde erfolgreich in die Abwehrarbeit zu integrieren. Alfred Wiener informierte allerdings am 23. Februar 1931 Krombach über das jüngste Vorgehen der Zionisten. Diese hätten die Erfolge der Essener Synagogengemeinde als Vorbild und Bestätigung für die Forderung verwendet, die Abwehr- und Aufklärungsarbeit in die Synagogengemeinden zu verlagern. Ob den Zionisten im Fall Essen tatsächlich verborgen geblieben war, „dass diese Veranstaltungen [...] ja auf Initiative des Central-Vereins zurückgegangen“ waren? Ebda., Frame 1490.

⁴⁸³ HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1415, Frame 1572.

„ausserordentlich starke[n] Besuch“⁴⁸⁴ die Rede. Eine flotte Ortsgruppenarbeit fand eben leichter Wohlgefallen als das trockene Vortragswesen, das der Verein überwiegend anbot.⁴⁸⁵

Am 12. November 1928 gedachte der CV, zwei Jahre zu früh, der Gründung des Landesverbandes. Während tags zuvor die fünfte Jahreszeit eingeläutet worden war, entschied sich der Verein im großen Börsensaal in Essen für eine „akademische Feier [...], um den Mut unserer Mitglieder durch die Erkenntnis zu stärken, daß der Ablauf großer geschichtlicher Ereignisse sich nur langsam vollzieht.“⁴⁸⁶ Zugegen waren einflussreiche Honoratioren der Stadt: Oberbürgermeister Bracht, Landrat Mertens, Oberstaatsanwalt Dr. Lingemann, Oberregierungsrat Müller als Vertreter des Polizeipräsidenten, Oberpostdirektor Honsberg, Reichsbankdirektor Rambeau, der Präsident der Handelskammer, Generaldirektor Tengemann, sowie Landgerichtspräsident Dr. Vollmann. Diese konzentrierte Präsenz an Honoratioren und die Autoritätsgläubigkeit im CV haben in ihrer Kombination wohl ein gewisses Gefühl von Sicherheit und Bedeutsamkeit geben können. Selbstverständlich war auch eine entsprechend hochrangige Berliner CV-Delegation mit Brodnitz und Holländer in die Provinz gereist. Hauptvorstandsmitglieder, allen voran aus dem linksrheinischen Nachbarverband, waren ebenso zugegen, um den erbaulichen musikalischen Darbietungen sowie den Reden Herzfelds und Julius Goldsteins aus Darmstadt zu lauschen. Während Herzfeld an die Motive erinnerte, die zur Gründung des Vereins 1893 und der Ortsgruppe Essen zehn Jahre später geführt hatten, kulminierte Goldsteins Vortrag über ‚Deutsche Volksidee und deutschvölkische Idee‘ in dem Reim: „Gleich woher die Samenzucht, deutsches Land trägt deutsche Frucht.“⁴⁸⁷

3.2.4.3 Wirtschaftsnot und ihre Bekämpfung bis 1932. Ein Fazit

Die Folgen der Wirtschaftsnot seit 1929 versuchten die Verantwortlichen in Essen durch Konzentrationsmaßnahmen abzufedern. Im Umland liegende, teils dezimierte Arbeitsgemeinschaften wurden enger an die Essener Geschäftsstelle angebunden. Im Falle der AG Hattingen-Linden-Blankenstein etwa

„ist interessant, diesen Rückgang im einzelnen zu verfolgen. Von den bisher in Hattingen geführten 16 Mitgliedern ist der Inhaber des größten Geschäftes und der früher größte Steuerzahler, Herr Urias, aus der Synagogengemeinde ausgetreten. Nach kurzem Versuch, den entstandenen Schwierigkeiten durch Wegzug nach Bochum zu entgehen, ist er jetzt nach Hattingen zurückgekehrt, ohne aber für die Synagogengemeinde oder für den C.V. irgend ein Interesse betätigen zu wollen. Ein zweites Mitglied, Herr Keschner, ist nach Elberfeld verzogen, während er sein Geschäft noch in Hattingen betreibt. Zwei

⁴⁸⁴ Ebd., Frame 1571.

⁴⁸⁵ 1928 wurde hinsichtlich der Mobilisierung republikanischer Kreise durch den CV erwogen, krasse humoristisch-satirische Publikationen gegen die NSDAP zu erstellen, wovon letztlich aber wieder Abstand genommen wurde. Vgl. *Paucker*, 1968, S. 120.

⁴⁸⁶ CVZ, 25 Jahre Landesverband Rheinland-Westfalen, Nr. 46, 16. November 1928, S. 645.

⁴⁸⁷ Ebd.

Mitglieder, von denen das eine noch zeitweise als Arbeiter bei der Stadt beschäftigt ist, sind im übrigen arbeitslos. Zwei weitere Mitglieder sind dadurch interesselos geworden, dass sie Mischehen eingegangen sind. Es kommt dazu, dass der Vorsitzende der Synagogengemeinde im Alter von über 80 Jahren die zwischen dem jetzigen Lehrer und dem größeren Teile der Gemeindemitglieder entstandenen Differenzen nicht zu schlichten imstande ist, so dass auch dadurch der Zusammenhang in der Gemeinde schwindet, was natürlich sich auch auf die Ortsgruppe des C.V. überträgt. Von der so verringerten Zahl C.V. Mitglieder haben nur wenige den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Stand gehalten. [...] Wirtschaftlich noch schlimmer als in Hattingen liegen die Verhältnisse in dem unweit gelegenen Herbede, wo wir zwar nominell noch zehn Mitglieder führen, die aber seit langer Zeit in ihren Einkommensverhältnissen so heruntergekommen sind, dass sie nicht den geringen Beitrag, den sie für Erteilung des Religionsunterrichtes an die Gemeinde Hattingen zahlen sollen, zu entrichten in der Lage sind. [...] Der C.V. erhält aus Herbede bereits seit einigen Jahren keine Beiträge mehr.⁴⁸⁸

Der erstarkte Wirtschaftsboykott verschärfte die jüdische Wirtschaftsdepression zusätzlich. Auch die wachsende Jugendarbeitslosigkeit und die Branchenkonzentrationen machten dem Statistiker Heinrich Silbergleit Sorgen, denn die jüdische Bevölkerung war dadurch besonders getroffen und entsprechend krisenanfällig.⁴⁸⁹ Die Mitglieder sollten daher „in den schweren Nöten dieser Zeit einen vermehrten Rückhalt am C.V. erhalten.“⁴⁹⁰ Die aktuelle Situation erforderte Maßnahmen zur Selbsthilfe, zumal auch die nervliche Belastung als Folge von Degradierung, Depression und Ungewissheit größer geworden war. Damit hatte Silbergleit ein Thema des Verbandstages des Landesverbandes Preußischer Synagogengemeinden am 23. März 1931 gedanklich vorbereitet. Ein jüdisches Wirtschaftsinstitut sollte ins Leben gerufen und an die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden angeschlossen werden. Doch der Aufbau eines solchen Instituts

⁴⁸⁸ Aktennotiz Waldsteins vom 18. Juli 1931. HM2 8709, Osoby 721 I, Akte 601, Frame 0598f.

Die Kanzlei Abel, Herzfeld und Krombach kannte den Besitzer der Firma Salomon Urias in Hattingen. Dieser hatte am 23. Oktober 1923, nach den separatistischen Aufständen, die dem Abbruch des passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr folgten, eine Schadensersatzklage wegen Zertrümmerung seiner Schaufenster und Plünderung der Auslage gegen die Stadt Hattingen und die Frankfurter Allgemeine Versicherungs AG angestrengt. Der Versicherungsgeber, die Frankfurter Allgemeine, wurde in erster Instanz von der oben genannten Kanzlei vertreten. Vgl. HSTA Düsseldorf Ger. Rep. 6, Nr. 550.

Im Auftrag des CV erhoben die Anwälte der Kanzlei in der Vorweihnachtszeit 1927 eine Sammelklage von 15 Inhabern jüdischer Einzelhandelsgeschäfte, nachdem in Hattingen eine NS-Flugblattaktion zum Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen hatte. HSTA Düsseldorf Ger. Rep. 6, Nr. 634.

Zu den christlich-jüdisch geschlossenen Ehen sei angemerkt: Ihre Zahl war tendenziell seit der Jahrhundertwende und vor allem mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges angestiegen. Anschließend war sie wieder rückläufig. Für die Weimarer Zeit schlossen generell mehr jüdische Männer als jüdische Frauen mit Christen Ehen, wobei sich wiederum die meisten dieser jüdischen Männer mit Frauen evangelischer Religionszugehörigkeit vermählten. Hinsichtlich des gleichermaßen verschwindend geringen Anteils der jüdischen Frauen, die mit Christen Ehen eingingen, wurden ebenfalls protestantische Partner bevorzugt. Statistiken finden sich in den jeweiligen Jahrgängen des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich. Siehe zudem CVZ, Amtliches Material über Mischehen in Preußen bis 1922, Nr. 3, 5. Februar 1925, S. 111.

⁴⁸⁹ Vgl. CVZ, Wissenschaftliche Grundlagen zu den Erfahrungen des Alltags, Nr. 9, 27. Februar 1931, unpaginiert.

⁴⁹⁰ Beschluss der Vorstandssitzung der Ortsgruppe am 19. Oktober 1931. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1415, Frame 1457.

verzögerte sich nicht nur, sondern blieb eine Idee auf dem Papier.⁴⁹¹ Immerhin konstituierte sich eine Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsfragen beim Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden, die sich aus Vertretern jüdischer Spitzenorganisationen zusammensetzte.⁴⁹² Mit ihrer Hilfe wurden die privaten jüdischen Arbeitsämter – zusammengeschlossen in der Vereinigten Zentrale für jüdische Arbeitsnachweise – ausgebaut, um vorrangig und stringent jede freie Stelle auf den lokalen Arbeitsmärkten zu erfassen. Zur Umsetzung dieses Vorhabens formierte sich ein Fachausschuss, dem der Centralverein ursprünglich und nur scheinbar weit entfernt von seinen originären Zuständigkeitsräumen alleine vorstehen wollte. In dem Streit um die Kompetenzen zwischen Vertretern des Vereins und der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden wurde ein Kompromiss gefunden, der den anfänglichen Willen zur Kooperation noch einmal in Erinnerung rief.⁴⁹³

Die Aufgaben, mit denen der CV im Rahmen der AG für Wirtschaftsfragen bedacht wurde, lagen allgemein in der organisatorischen und publizistischen Unterstützung bei der Arbeitsbeschaffung und -vermittlung von Akademikern. Außerdem blieb die juristische Bekämpfung des Wirtschaftsboykotts ausschließlich ihm vorbehalten, was fraglos ein Zeichen der Anerkennung war. Die Auswertung der den Arbeitsmarkt beeinflussenden Gesetze, die nach 1933 in den Vordergrund der juristischen CV-Arbeit rückte, wurde von den Vertretern des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden noch als eine Nebensächlichlichkeit angesehen. Zudem hatten die Vereinsmitarbeiter aller Ebenen reichsweit Fühlung mit den ihnen nahe stehenden Fachleuten unterschiedlicher Berufsstände aufzunehmen. Landesverbände und Ortsgruppen wurden ferner dazu angehalten, Umfragen zu starten mit dem Zweck, örtliche CV-Vertreter ausfindig zu machen, die bereit waren, als externe Vertrauensmänner für die jüdischen Arbeitsnachweise zu fungieren. Diese Gremien sollten erstens die bereits bestehenden jüdischen Vermittlungsstellen unterstützen, zweitens den

„noch zu gründenden sog. Verbindungsstellen in solchen Orten zur Seite stehen [...], in denen keine jüdischen Arbeitsnachweise bestehen, die aber in Zusammenarbeit mit den zuständigen jüdischen Arbeitsnachweisen die Ausfindigmachung von Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten fördern sollen.“⁴⁹⁴

⁴⁹¹ Der Bericht über die Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsfragen beim Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden ist weder datiert noch signiert. Es handelt sich um eine Rückschau auf die Entwicklungen und Zielvorgaben des Planes, erstens ein Wirtschaftsinstitut zu gründen und, zweitens, die Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsfragen zu konstituieren. Der Bericht ist sehr wahrscheinlich im August/September 1932 formuliert worden. HM2 8768, Osoby 721 I, Akte 2541, Frame 0830-0833, hier 0830. Siehe ferner, CVZ, Kampf gegen die Verelendung. Ein Vorschlag zur Abwehr des Wirtschaftsfatalismus, Nr. 36, 4. September 1931, S. 430, sowie den Leitartikel der CVZ, Welche Aufgaben hat ein Wirtschaftsinstitut?, Nr. 41, 9. Oktober 1931.

⁴⁹² Aus dem Bericht über die Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsfragen lassen sich folgende Organisationen ableiten: Preußischer Landesverband jüdischer Gemeinden, Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, CV, KC, ZVfD, der zionistische Studentenbund Kartell jüdischer Verbindungen, Vereinigte Zentrale für Jüdische Arbeitsnachweise, Bnei Brith-Loge. Vgl. HM2 8768, Osoby 721 I, Akte 2541, Frame 0830-0833. Zum regionalen Gemeindeverband siehe *Birnbaum, Max P.*, Staat und Synagoge 1918–1933. Eine Geschichte des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, Tübingen 1981.

⁴⁹³ Vgl. HM2 8768, Osoby 721 I, Akte 2541, Frame 0832.

⁴⁹⁴ Ebda.

Die Bescheide der Umfrage aus dem rheinisch-westfälischen Verband trafen im Sommer 1932 ein. Da sie mehrheitlich ablehnend ausfielen, sah sich die Hauptgeschäftsstelle beschämt veranlasst, die Zentrale für Jüdische Arbeitsnachweise in Berlin darüber zu informieren, „dass in den verneinenden Orten die Errichtung eines Gremiums vonseiten des C.V.s nicht für notwendig erachtet würde.“⁴⁹⁵ In den Führungsebenen des Vereins war man hingegen ganz anderer Ansicht. Am 15. November 1932 erging deshalb abermals an sämtliche Landesverbände und die so genannten Beamten des Vereins, womit die Geschäftsführer angesprochen waren, die Order, nachdrücklich in den CV-Veranstaltungen auf die notwendige Unterstützung der jüdischen Arbeitsnachweise hinzuweisen.⁴⁹⁶

Wie aber konnten das Selbsthilfeprojekt realisiert und die „jüdische Wirtschaftsgrundlage in Deutschland erhalten und gestärkt werden“⁴⁹⁷, wenn ein ums andere Mal die Resonanz schon an der Basis hinter den Erwartungen zurückblieb und der Solidargedanke verkümmerte? Dabei war doch

„unser Wirtschaftsdasein [...] auf Gedeih und Verderb mit dem allgemeinen deutschen Schicksal unlöslich verflochten. Unsere Arbeit muss aufs intensivste der Stärkung der allgemeinen deutsche[n] Wirtschaftsgrundlagen gewidmet sein [...] besonders auch [der] Abwehr [...] von Gesetzes- oder gar Verfassungsverletzungen [...] Wirtschaftsnot schafft erhöhte Rechtsgefahr und umsomehr erhöhte Abwehrnotwendigkeiten.“⁴⁹⁸

⁴⁹⁵ Hirschberg an Essen am 20. Juni 1932. Ebda., Frame 0818. Im rheinisch-westfälischen Verband hatten sich eindeutig für die Unterstützung der Arbeit der jüdischen Arbeitsämter durch den CV ausgesprochen: Castrop-Rauxel, Wattenscheid, Sterkrade und Münster. Es handelte sich dabei ausnahmslos um Orte, in denen zu dem Zeitpunkt keine behördlich anerkannten jüdischen Arbeitsnachweise bestanden. Sie befanden sich in Elberfeld und Dortmund. Für den linksrheinischen Verband hatten sich die Ortsgruppen Krefeld, Kempen, Koblenz, Aachen, Düren, Mönchengladbach und Bad Kreuznach zur Mitarbeit bereit erklärt. In Köln existierte eine private jüdische Arbeitsvermittlungsstelle. Vgl. ebda.

Dort fand am 8. Mai 1932 in der Roonstraße ein Synagogenvortrag zum Thema ‚Die Aufgaben der jüdischen Arbeitsnachweise in der Provinz‘ statt. Der Vortrag widmete sich unter anderem den Berufsaussichten der jüdischen Jugend. Die Referentin empfahl, die Berufswahl vom Arbeitsangebot abhängig zu machen, „d. h. die Arbeit zu übernehmen, wo sie gebraucht wird.“ Daran sollten sich die jüdischen Berufsberatungsstellen hinsichtlich Beratung und Eignungsverfahren ausrichten. Zum Ausbau des Netzes der jüdischen Arbeitsnachweise in der Provinz stellte sie bedauernd fest: „Gutausgebaute jüdische Beratungsstellen kann es natürlich nur in den Grosstädten geben. Zur Ergänzung kann aber auch in den Klein- und Mittelgemeinden von Einzelpersonlichkeiten einiges in jüdischer Hinsicht geleistet werden. [...] Praktisch und empfehlenswert wäre, wenn jeder Jugendliche in Zukunft veranlasst würde, die nächstliegende öffentliche Beratungsstelle aufzusuchen und erst dann sich am Heimatort selbst mit einer geeigneten jüdischen Persönlichkeit zu beraten.“ [Frame 0943] Der Ausbau der Arbeitsnachweise in diesen Gemeinden hatte ihrer Auffassung nach überdies den Vorteil, organisiert freie Stellen zu erfassen, um durch Informationsaustausch die Abwanderung in die Großstädte einzudämmen, was bedeutete, „die ortsansässigen Arbeitslosen wieder zu placieren.“ Ebda., Frame 0941-0944, hier 0944.

Zur wirtschaftlichen und seelischen Notlage der jüdischen Jugend siehe etwa den Leitartikel der CVZ, Jugend in der Krise, Nr. 37, 11. September 1931. Zur Kritik an den für die Juden relevanten Kriterien bei der Berufswahl siehe CVZ, Folgerungen und Folgen der Wirtschaftsnot. Das Wirtschaftsdenken bedarf der Umstellung, Nr. 5, 30. Januar 1931, S. 46.

⁴⁹⁶ Vgl. das Schreiben Alfred Wieners an die Landesverbände und Beamten des C.V. vom 15. November 1932. HM2 8768, Osoby 721 I, Akte 2541, Frame 0667.

⁴⁹⁷ Die jüdische Wirtschaftslage in Deutschland und die mögliche Einwirkung auf sie. Abschrift. Ebda., Frame 0866-0873, hier 0870.

⁴⁹⁸ Ebda., Frame 0871f.

In dieser Argumentation bündelten sich die Hauptgründe, warum der CV eingangs großes Interesse gezeigt hatte, die AG zu leiten. Abgesehen davon begannen sich mit der Übernahme der Kompetenzen im Rahmen der AG für Wirtschaftsfragen die Arbeitsinhalte herauszukristallisieren, die ihn nach 1933 – dann allerdings aufgrund einer künstlich forcierten Wirtschaftsnot – nahezu ausschließlich beschäftigen sollten.

Der CV hätte sich 1932 eine engagiertere Mitarbeit der Vereinsmitglieder in den lokalen Ausschüssen gewünscht. Dies hätte auch den Zugriff auf potenzielle Neumitglieder erleichtert, während daneben die Bemühungen der Essener Geschäftsstelle vor allem im Rahmen der Angestelltenwerbung weitergingen. In dieser Hinsicht wurde der tatkräftige neue Syndikus Ernst Plaut im September 1931 von seinen Berliner Vorgesetzten ausdrücklich für seine Mühen gelobt.⁴⁹⁹ Im Zuge gegenseitiger Unterstützung reiste im Dezember desselben Jahres der linksrheinische Landesverbandsvorsitzende nach Essen, um dort über ‚Judentum, Wirtschaft und Boykott‘ vor der Gemeinde zu referieren. Nur sieben neue Mitglieder konnten gewonnen werden, auch weil unter den „zahlreich anwesenden Ostjuden eine ganz bestimmte Gruppe offenbar mit wenig freundschaftlichen Gefühlen erschienen war.“⁵⁰⁰

Es häuften sich die Fälle, in denen der Verein für die vom Boykott Betroffenen aktiv werden musste. Hierbei wurde von zionistischer Seite gelegentlich einer Sitzung des Unterausschusses der Wirtschaftskommission für Boykottfragen des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden am 10. Mai 1932 der Verdacht geäußert, diese Beratungen vom Eintritt in den Verein abhängig gemacht zu haben. Die Richtigstellung ergab, dass die Aufforderung zum Beitritt normalerweise erst nach Abschluss der Hilfeleistung erfolgte, wohingegen der CV „im Falle einer Betrauung mit der Hilfsaktion für durch dritte Stellen zugewiesene Angestellte selbstverständlich keine eigene Werbearbeit an diesen vornehmen würde.“⁵⁰¹ Im Grunde hofften die Vereinsverantwortlichen, eine breitere Unterstützung für die „Notgemeinschaft“⁵⁰² zu finden. Dennoch war der CV immer noch die größte politische jüdische Organisation in Deutschland, obwohl er dem vermeintlich „in allen deutschen Menschen [lebenden] Wunsch nach Führern“⁵⁰³ nicht gerecht wurde.

In der Bilanz für den Gesamtverein wies Hans Reichmann 1931 auf das Absterben des Liberalismus in Deutschland hin:

„Solche Symptome zwingen zu der Erkenntnis, daß die Emanzipation von ihrer V o l l e n d u n g noch weit entfernt ist und wahrscheinlich noch lange A u f g a b e bleiben wird. Sie zu behaupten und zu vollenden scheint uns ein würdiges Ziel für kämpferische Menschen [...] Die Zeitströmungen mögen sich geändert, die Formen des Denkens sich gewandelt haben; die I d e e der E m a n z i p a t i o n ist geblieben und wird bleiben, weil sie die einzige

⁴⁹⁹ Vgl. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1415, Frame 1468. Etwa zum gleichen Zeitpunkt konnte von Fortschritten in der Jugend- und in der Frauenarbeit der Essener Ortsgruppe berichtet werden. Vgl. den Bericht der Vorstandssitzung der Ortsgruppe vom 19. Oktober 1931. Ebda., Frame 1457f.

⁵⁰⁰ Ebda., Frame 1450.

⁵⁰¹ Der Bericht zur Sitzung erwähnt explizit keine derartigen Vorfälle für den rheinisch-westfälischen Verband. HM2 8768, Osoby 721 I, Akte 2541, Frame 0903-0905, hier 0903f.

⁵⁰² CVZ, Bilanz, Nr. 1, 1. Januar 1932, S. 2.

⁵⁰³ Ebda.

realpolitisch wirksame Lösung der sogenannten Judenfrage ist. [...] Unsere Arbeit wird wie bisher auf die Wirkung, nicht auf den Schein gerichtet sein. Sie wird getan werden in der Gewißheit unseres Rechts und in dem Optimismus, der im Goethe-Feierjahr besonders eindringlich das niedergedrückte deutsche Volk mahnt: ‚Deutsche gehen nicht zugrunde, so wenig wie die Juden, weil es Individuen sind‘.⁵⁰⁴

Was Reichmann anlässlich des nahenden 100. Todestages Goethes tröstend als eine gemeinsame, verbindende Charakterstärke verstanden wissen wollte, sahen andere völlig anders. So musste sich Plaut im Mai 1932 an die Hauptgeschäftsstelle wenden, nachdem in der Westfälischen Landeszeitung – Rote Erde „unter der balkengrossen Überschrift“ zu lesen war: „Goethe: ‚Die Hauptsache ist, dass die Rasse rein bleibt‘.“⁵⁰⁵ Es wurde weiter behauptet, Juden würden absichtlich dieses Zitat unterschlagen. Hierauf erklärte Berlin freimütig und sachlich, dass Goethe die Äußerung tatsächlich getan hatte:

„Sie findet sich in den Gesprächen mit Eckermann unter dem 18.4.27 verzeichnet. Allerdings ist die Äusserung, wie Sie sich überzeugen können, in ganz anderem Zusammenhang gefallen, als sie von nationalsozialistischer Seite zitiert wird. Sie hat mit dem völkischen Rassebegriff nicht das geringste zu tun, sondern bedeutet an der Stelle etwa soviel wie: Die Hauptsache ist, dass die Natur nicht von Menschenhand verstümmelt wird. [...] Diese Äusserung entspricht, wenn man so sagen darf, völlig unserem Standpunkt.“⁵⁰⁶

Der CV sah sich mit unzähligen gehässigen Presseattacken konfrontiert. Nachdem NSDAP in der Juliwahl 1932 die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte, glaubte der CV kurzfristig, das (judenfeindliche) Programm der NS-Bewegung habe abgewirtschaftet und er könne sich nun stärker auf den Kampf gegen die DNVP konzentrieren.⁵⁰⁷ Vor diesem Hintergrund gingen die Verantwortlichen der Essener Geschäftsstelle gegen einen Verleumdungsversuch vor, der in mehreren Zeitungen drei Tage vor der Reichstagswahl am 6. November 1932 veröffentlicht worden war. Dabei wurde behauptet, eine mutmaßliche Ortsgruppe des CV Berlin hätte ein vertrauliches Rundschreiben verbreitet, das Maßnahmen forderte „gegen die ‚Hitlerbewegung‘ [...] Als eine derartige Maßnahme wird die Wahl der Deutschnationalen Volkspartei empfohlen.“⁵⁰⁸ Am 4. November beantragte die Kanzlei Abel, Herzfeld und Krombach auf dem

„Wege der einstweiligen Verfügung gemäß § 940 ZPO anzuordnen 1) den Antragsgegnern wird bei Vermeidung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, das in NR. 289 der Nationalzeitung vom 3. November 1932 unter der Überschrift ‚Juden wählen DNVP‘ zum Ausdruck gebrachte Rundschreiben zu verbreiten und die Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten, daß dieses Rundschreiben vom Central-Verein [...] herrühre. 2) Dem Antragsteller die Befugnis zuzusprechen, diese einstweilige Verfügung auf Kosten der Antragsgegner in folgenden Zeitungen öffentlich bekannt zu machen:

⁵⁰⁴ Ebda.

⁵⁰⁵ Plaut an Berlin am 17. Mai 1932. HM2 8872, Osoby 721 I, Akte 3428, Frame 1567.

⁵⁰⁶ Eva Reichmann-Jungmann am 26. Mai 1932. Ebda. Frame 1565. Siehe auch die Sonderausgabe der CVZ zu Goethes Todestag, Nr. 12, 18. März 1932.

⁵⁰⁷ Vgl. CVZ, Zum 6. November. Unbedingt wählen, Nr. 44, 28. Oktober 1932, unpaginiert.

⁵⁰⁸ Archiv Alte Synagoge Essen, Bestand AR 7351.

- a) in der National-Zeitung in Essen,
 - b) in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung in Essen,
 - c) in der Essener Allgemeinen Zeitung in Essen,
 - d) in der Essener Volkszeitung in Essen,
 - e) in der Volkswacht in Essen.
- 3) Den Antragsgegnern als Gesamtschuldern die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.⁵⁰⁹

Die Essener CVer hatten dieses Manöver als „dreisteste Wahllüge“⁵¹⁰ entlarvt und als solche bekannt gemacht, nicht zuletzt um den Ruf ihres Vereins als politisch neutral wiederherstellen. Außerdem zählte die DNVP nicht zu seinen Wahlempfehlungen. Die CV-Anwälte verwiesen vielmehr auf den rassistischen § 11 des Parteiprogrammes, der die Unterstützung der DNVP ausschloß.⁵¹¹

Der Antisemitismus hatte sich im Verlauf der vergangenen zwölf Jahre nicht bekämpfen lassen. Auch wenn der CV insofern nichts erreicht hatte, konnte man ihm nicht vorwerfen, untätig gewesen zu sein. Allein die gehetzt formulierte Kurzfassung des Rechenschaftsberichts für 1932 gibt einen kleinen Eindruck von der beachtlichen Umtriebigkeit der Vereinsmitarbeiter zur Rettung des Rechtsstaates:

„Das Jahr 1932 mit seinen vielen Wahlen und politischen Zuspitzungen hat naturgemäß an die Arbeit des Centralvereins außerordentliche Anforderungen gestellt. Jeder Tag brachte neue Zwischenfälle. In ungeheurer Beweglichkeit mußte die Methode der Aufklärung, der Berichtigung, der Abwehr sich den Erfordernissen des Tages anpassen. [...] neue Wege [wurden] beschritten und alte gutbewährte Methoden wieder angewandt [...] Fünfmal wurde im R e i c h und in P r e u ß e n gewählt. [...] bei jeder Wahl steigt die Kurve der judenfeindlichen Agitation sprunghaft in die Höhe. Ihr durch Schriften von dauerndem Wert entgegenzuwirken, durch Informationen, Gegenflugblätter, Vorträge, Säulenplakate und anderes mehr im einzelnen entgegenzutreten, war eine ungeheure Arbeit, die die Hauptgeschäftsstelle und die Landesverbände mit Unterstützung der Ortsgruppen in kürzester Frist bewältigen mußten.“⁵¹²

Diese Bilanz war unvollständig. Neben der Wahlarbeit bekämpfte der CV den Wirtschaftsboykott, half Arbeitsgemeinschaften zu gründen, nahm sich spezieller Berufsgruppen an, übte mündliche Aufklärung in christlichen Kreisen, widmete sich Gerichtsnotarikern, formulierte Rechtsgutachten, erarbeitete Broschüren über Friedhofs- und Synagogenschändungen oder die gefallenen jüdischen Soldaten. Er leistete Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, versuchte Demagogen die Veranstaltungssäle zu nehmen, immer um zu schützen, wobei er im Verlauf des Ruhrkampfes sogar die Anwendung von Gewalt ins Auge fasste. Der CV machte bei alledem auch Fehler. Er missachtete zuweilen sogar Anstand und Moral, vertuschte Ungerechtigkeiten und Rechtsbrüche. Viele kleine und große Eitelkeiten leiteten seine Mitarbeiter, die aber dennoch versuchten, die Leistungsfähigkeit des Vereins zu bewahren. Diese hing maßgeblich vom Engagement der Mitglieder, von der Verlässlichkeit der Ortsgruppenvorstände und vom Schwung des jeweils amtierenden Essener Geschäftsführers ab. Personalprobleme

⁵⁰⁹ HSTA Düsseldorf Ger. Rep. 6, Nr. 695.

⁵¹⁰ CVZ, Die dreisteste Wahllüge, Nr. 45, 4. November 1932, S. 451. Dort ist das gefälschte Rundschreiben abgedruckt.

⁵¹¹ Vgl. HSTA Düsseldorf Ger. Rep. 6, Nr. 695.

⁵¹² CVZ, Was tut der C.V.? Kurzbericht über das Jahr 1932, Nr. 53, 30. Dezember 1932, S. 535.

tauchten immer wieder auf, auch wegen der oft zu lauen Einstellung gegenüber der notwendigen Vereinsarbeit, die auch Kleinarbeit bedeutete.

Zu Anfang der 1920er Jahre, als der Judenhass erstarkte, wenngleich er kein flächendeckendes Problem darstellte, war die Einstellung gegenüber der Notwendigkeit der Vereinsarbeit noch in einem hohen Maß einmütig. Unmittelbare Betroffenheit, Solidarität und deutsch-patriotische Stimuli waren Mobilisierungsfaktoren bis 1924, die den Verein in die entlegensten Ortschaften vordringen ließen. Teils massive Sparmaßnahmen ermöglichten es, dass der Vereinsbetrieb selbst unabhängig von inflationären Einschränkungen arbeiten konnte. Im Verhältnis zu den finanziellen Möglichkeiten der gegnerischen Übermacht war der CV aber arm und wäre es auch geblieben, selbst wenn viele seiner Mitglieder nicht auch ohne Not während der Weimarer Konsolidierungsjahre auf den Inhalt ihrer Portemonnaies geachtet hätten. In dieser Phase ebte das Interesse am CV ab. Quantitativ erholte sich der Verband von diesem Einbruch nicht mehr, wobei diese Entwicklung fatal war, derweil die Besatzungstruppen nach und nach abzogen. Die NS-Bewegung rückte mit unterschiedlichem Erfolg nach. Verbündete im politischen Kampf gegen diese suchte der CV in erster Linie bei der DDP, der SPD und schließlich in Kreisen des (politischen) Katholizismus, wobei stets bedacht wurde, nicht die Unterschiede, sondern die Gemeinsamkeiten zu betonen. Neben dem eigenen Defizit, das der CV bei der Aufklärung nicht jüdischer Kreise hatte, macht gerade dieses Bemühen deutlich, wie groß das Versagen eben dieser Kreise war.

Der CV verstand sich primär als Teil der deutschen Geisteselite, wobei er sich manchmal ungeschick und unsympathisch präsentieren konnte. Sein intellektueller Anspruch und sein Bemühen höflich zu sein standen in krassem Gegensatz zur Brutalität von Nazis nicht zuletzt in den Versammlungen des Vereins und auf den Straßen Kölns oder Düsseldorfs. Da selbst Polizeibeamte damit überfordert waren, wuchsen Zweifel an der Durchsetzungskraft der Vereinsarbeit gegenüber dem Antisemitismus. Gedankenlos war aber dennoch das Verhalten der CV-Mitglieder, die wie in Münster vom Radauantisemitismus verschont oder vom Gedanken der Solidarität einfach nur unberührt blieben. Neuen Schwung sollten daher auch die Damen in die Vereinsreihen tragen. Vom Gelingen und Misslingen dieser Vereinsmaßnahme im Folgenden mehr.

Kapitel 4

Zielgruppenorientierte Mitgliederwerbung und Finanzverwaltung

Seit Mitte der 1920er Jahre verlor der Verein Mitglieder und büßte Einnahmen ein. Sein Ziel, Zentrum aller deutschen Juden zu werden¹, erwies sich als wirklichkeitsfremd. Das änderte jedoch nichts an seiner originären Ambition. Intensiv widmete er sich daher der Aufgabe, die Verluste aufgrund der ideellen und finanziellen Ermüdungserscheinungen zu kompensieren. Etwa seit 1928 konzentrierten sich die CV-Funktionäre darauf, zielgruppenorientiert zu werben, das heißt nach Geschlecht, Alter und Beruf zu differenzieren.

Am Anfang dieser Darstellung steht die Werbung des Vereins um die Frauen. In diesem Zusammenhang werden ihre Stellung innerhalb der Organisation und ihre Funktionen im Rahmen der Abwehr- und Aufklärungsarbeit thematisiert. Angesichts des Nachwuchsproblems innerhalb des Vereins widmet sich das Kapitel anschließend dem Aufbau der CV-Jugendarbeitsgemeinschaften. Diese Darstellung wird in die 1930er Jahre weisen und sich mit dem im Dezember 1933 in Berlin gegründeten Bund deutsch-jüdischer Jugend auseinandersetzen. Darüber hinaus werden die Vereinsbemühungen um die bereits vor 1933 von Arbeitslosigkeit und Boykott betroffenen jüdischen Angestellten dargelegt, deren auffallend sozialistische und areligiöse Neigungen dem Vereinscharakter widersprachen. Da diese Werbemaßnahmen zugleich Mittel waren, um den Vereinshaushalt zu konsolidieren, wird abschließend der Versuch unternommen, die Finanzpolitik und -verwaltung des Vereins zu skizzieren, da nur wenige Belege überliefert sind.

¹ Vgl. Foerder, 1927, S. 3, 29.

4.1 Die Frauenarbeit des CV

„Der C.V. hat von Beginn seiner Tätigkeit an, also seit nahezu 40 Jahren, Frauen als Vorstandsmitglieder und als Mitarbeiterinnen, allerdings nur vereinzelt, herangezogen.“² Auf dieses inakzeptable Missverhältnis machte Ende 1931 eine Darmstädterin aufmerksam. Gründe gab es viele, die in den Augen von Margarete Goldstein dafür sprachen, die Gleichwertigkeit von Mann und Frau im Verein zu beanspruchen und die deutsche Jüdin zur Staatsbürgerin zu erziehen, ihr dabei besonders ein Bewusstsein für die Bedeutung des Frauenwahlrechts zu vermitteln, zumal es mehr weibliche als männliche Wahlberechtigte gab. Goldstein hatte präzise Vorstellungen:

„Sie muß mit Verantwortungsbewußtsein ihre Kräfte der Allgemeinheit, dem Staate zur Verfügung stellen, muß innerhalb der Parteien, die diesen Staat stützen und die Verfassung tragen, mitarbeiten, sie muß als Frau, zusammen mit den nichtjüdischen Frauen, guten Willens, ganz gleich, wo sie stehen, ihrem Vaterlande dienen – heute in ganz besonderem Maße, da die Not den Staat und jeden einzelnen aufs schwerste bedrängt. [...] Neben diese rechtlichen und politischen Gründe treten noch andere. Die seelischen, wirtschaftlichen und politischen Nöte und Kämpfe des Tages haben die Frau viel stärker als früher kameradschaftlich an die Seite des Mannes und ihrer Kinder gestellt. [...] Früher war es hauptsächlich der Mann, der im Beruf und Leben diesen feindlichen Mächten begegnete. Heute starrt der Antisemitismus auch den Frauen, ja schon den Kindern in der Schule, auf der Straße, bei Sport oder Spiel entgegen. Und wer steht der Jugend, dem Kinde näher als die Mutter, die es stärken und trösten kann, die in ihm Abwehrkräfte wecken und ihm gleichzeitig edelste Werte wahren Deutschtums vermitteln kann? [...] Auch in ihrem Berufsleben hat sich die deutsche Jüdin mit den gegnerischen Auffassungen auseinanderzusetzen. Von 100 deutschen Frauen stehen heute 40 im Berufsleben, und allein 90 Prozent unserer Jugend ist erwerbstätig, wenn sie nicht durch die bittere Not des Tages arbeitslos ist.“³

Im CV sollten demnach nicht allein die sorgenden Mütter, sondern auch die Arbeitnehmerinnen „Verständnis und Rat“⁴ bekommen, weil sie häufig bereits im Zuge ihrer Berufswahl boykottiert wurden. Sie selbst wiederum

„verlangen nach einem Bildungsprozeß [...] Er soll die Mutter befähigen, die politische Grundlage, die Kultur ihres Hauses, ihrer Familie zu gestalten, soll die Berufsfrau die Zusammenhänge, in denen sie steht, tiefer erfassen lehren.“⁵

Grundsätzlich war diese Forderung bereits 1908 erhoben worden, nachdem es Frauen und Jugendlichen per Gesetz erlaubt worden war, sich politischen Vereinen anzuschließen. Ende 1931 sprach Goldstein von „Unsicherheit“ und „seelischer Scheu“, die es notwendig machten, in „Frauengemeinschaften“ zusammenzuarbeiten, als Beitrag des Zusammenschlusses aller

„Männer und Frauen aller Stände, Jugend und reifes Alter [...], weil jede Bewegung beides nötig hat: den jugendlichen Schwung, Reife und Weisheit. [...] Stärken wir die

² CVZ, Frauen, hinein in den C.V.!, Sondernummer, 27. November 1931, unpaginiert.

³ Ebda.

⁴ Ebda., S. 542.

⁵ Ebda.

aufbauenden Kräfte, wo immer sie vorhanden sind, fördern wir die Entwicklung der Abwehr- und Notgemeinschaft zu einer Tatgemeinschaft. Stärken wir das ethische und religiöse Bewußtsein der Frauen, beseelen wir es mit neuen Inhalten.“⁶

Folglich hatte die deutsche Jüdin in der Kombination Mutter, Staatsbürgerin und Arbeitnehmerin die Erwartungen des CV noch 1931 nicht erfüllt. Sie stand weitgehend fern vom Dienst für Deutschtum und Judentum. Dabei hatte der Verein unmittelbar nach Kriegsende infolge des politischen und rechtlichen Wandels damit begonnen, sie für den Verein ‚dienstbar‘ zu machen. Dies führte anfangs erst einmal nur in Berlin dazu, spezielle organisatorische Strukturen für die CV-Damen aufzubauen.⁷ Darüber hinaus aber geschah bis zur Wende 1924/1925 nichts. Erst als zu diesem Zeitpunkt die Bestandsziffern der Mitgliederkartothek zu schrumpfen begannen, dachte man über weitergehende Maßnahmen nach. Örtlich begrenzt und sehr zögerlich erfolgten daher weitere Gründungen dieser so genannten CV-Frauenarbeitsgemeinschaften auch außerhalb der Hauptstadt.⁸ Bis 1928 bestanden sieben Arbeitsgemeinschaften, die gut funktionierten.⁹ Neben Berlin fanden sie sich in Königsberg, Dresden, Halberstadt, Hamburg, Lübeck und Hannover. Der Aufbau in den Großstädten des rheinisch-westfälischen Verbandes befand sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal in der Anfangsphase, nicht zuletzt weil es im Hauptvorstand an klaren Leitlinien fehlte. Nach dem Tagungsordnungsbericht der Hauptvorstandssitzung vom 23. März 1929 wusste Holländer tatsächlich immer noch nicht, ob

„von der Durchführung einer auf die Gründung möglichst zahlreicher selbständiger Frauengruppen des C.V. gerichteten Aktion eine Schwächung der eigentlichen Ortsgruppenarbeit [...] oder ein Mittel für deren Belebung“¹⁰

erwartet werden durfte. Auch im Vorstand des rheinisch-westfälischen Verbandes blieb man zurückhaltend. Plaut äußerte 1931 die Meinung, die bestehenden Frauenorganisationen reichten aus:

„Wir sind in Essen grundsätzlich der Ansicht, dass die Bildung einer eigenen Frauengruppe neben den schon einmal bestehenden jüdischen Frauenorganisationen nicht erwünscht, aber auch nicht notwendig ist. Hingegen liegen in der Arbeit des C.V. so viele Gebiete, die von verstärktem Interesse für die Frau sind und auf denen umgekehrt die Mitarbeit dringend notwendig ist [...] – wir erinnern an alle möglichen Schul- und Kulturfragen, Fragen weiblicher Angestellter u.s.w. –[,] dass eine Beschäftigung der jüdischen Frauenwelt mit den einschlägigen Dingen durchaus nötig erscheint.“¹¹

⁶ Ebda., S. 542.

⁷ Vgl. CVZ, Erstrebtes und Erreichtes in der C.V.-Frauenarbeit. Gross-Berlin. Sondernummer, Nr. 48, 27. November 1931, S. 547. Die dort gemachte Angabe zum Gründungsjahr 1919 weicht von der, die Lise Leibholz in ihren undatierten Vorschlägen zum Ausbau der Frauenarbeit gemacht hat, ab. Dort heißt es: „Die erste Frauengruppe wurde im März 1920 in Berlin gegründet.“ HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1456, Frame 0603.

⁸ Vgl. Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925, S. 88f.

⁹ Vgl. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1412. Siehe zudem das undatierte Manuskript von Lise Leibholz, in dem sie von 1.600 in Arbeitsgruppen organisierten Frauen reichsweit spricht, von denen wiederum „300 selbständige, berufstätige Frauen waren.“ HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1456, Frame 0602-0604, hier 0603.

¹⁰ HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1933, Frame 0287.

¹¹ Plaut an Berlin am 28. August 1931. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1415, Frame 1470f., hier 1471.

Die Unschlüssigkeit in den oberen Vereinsetagen wirkte hemmend. Sie war mitverantwortlich dafür, dass die Frauen-Arbeitsgemeinschaften nur lose lokale Einzelercheinungen blieben. Statistisch betrachtet war dies umso bedauerlicher, weil nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1925 der Anteil der Frauen an der jüdischen Bevölkerung in der Provinz Westfalen und in der Rheinprovinz zwar nur leicht, aber doch höher als der der Männer war. Von gerundet 21.600 Juden waren in Westfalen rund 11.100 Frauen. In der Rheinprovinz zählten sie 29.500 von rund 58.000 jüdischen Einwohnern.¹²

Zu Anfang der Weimarer Zeit hatte der Essener Verband kaum Frauen als Mitglieder gebunden. Die Angaben in den Fragebögen bestätigen, dass durchschnittlich weniger als ein Drittel der Mitglieder in den Ortsgruppen und Propagandaorten Frauen waren.¹³ Verschlechterte sich die finanzielle Lage einer Familie, ließen sie sich zuerst aus der Vereinsliste streichen. Es war schon schwierig, die wenigen Damen überhaupt als „Mitglieder für den Verein zu erhalten.“¹⁴ Ausgetretene wiederzugewinnen setzte daher voraus, ihre Beitragsverpflichtungen attraktiver zu gestalten, weshalb die Finanzverwaltung niedrige Sonderbeiträge gewährte.¹⁵ Nichtsdestotrotz zählte der rheinisch-westfälische Landesverband 1931 gerade einmal 444 weibliche Mitglieder.¹⁶ Im Reichsdurchschnitt lag er damit noch ausgesprochen gut.¹⁷

Für die geringen Werbeerfolge waren jedoch nicht nur die schwindende Wirtschaftskraft, Halbherzigkeit und ein vielfältig zersplittertes Organisationsgefüge verantwortlich. Die Damen selbst ließen den Verein ihr Desinteresse für Politik spüren. Waldsteins Appell vom 29. Januar 1931 richtete sich daher „insbesondere an die Jugend und die Frauen, welche es bislang häufig an dem nötigen Interesse fehlen liessen.“¹⁸

Die erste Ortsgruppe, die Interesse im rheinisch-westfälischen Verband zeigte, war im Herbst 1929 Düsseldorf. Von hier sollte die „Mobilmachung der Frauenarbeit“¹⁹ nach dem Vorbild der Berliner AG anlaufen. In der Regel

„von einer politisch geschulten, im Schrifttum bewanderten Frau geleitet [...], versuchen wir unsere Kenntnisse des Alten Testaments, des Talmuds, der jüdischen Geschichte zu erweitern. Wir bemühen uns, daß jüdische Frauen in den Vorständen der

¹² Vgl. HM2 8769, Osoby 721 II, Akte 7, unpaginiert.

¹³ Exemplarisch sei Dinslaken erwähnt mit 240 Juden, 40 CVern, davon zehn Frauen. Vgl. HM2 8710, Osoby 721 I, Akte 704, Frame 2670, sowie Düsseldorf mit rund 7.000 Juden, davon 565 CVer, 129 Frauen. Vgl. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1555.

¹⁴ Schreiben der Ortsgruppe Düsseldorf vom 25. Januar 1928 an Berlin. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1410.

¹⁵ Diese Aktion wurde im März 1929 auch im rheinisch-westfälischen Verband durchgeführt. Sie war ein Versuchsballon, der „von der Mitgliederwerbekommission im Auge behalten“ wurde. Die Sonderbeiträge wurden für Ehefrauen, erwachsene Söhne und Töchter gewährt. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1415, Frame 1535.

¹⁶ Vgl. die Liste in: HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1468, Frame 1901-1915.

In Dinslaken hatte sich ihre Anzahl von zehn auf vier reduziert, in Düsseldorf von 129 auf 114. Eine Vergleichsgröße für Essen fehlt. Dort waren 1931 80 Frauen in der Ortsgruppe eingeschrieben. Bescheiden war ihr Anteil vor allem in Bochum mit acht, in Duisburg mit neun, in Münster und Recklinghausen mit jeweils drei Frauen.

¹⁷ Vgl. Lise Leibholz an Essen am 16. September 1931. Ebda., Frame 1895-1897, hier 1895.

¹⁸ Hier bei einer CV-Versammlung in Herne. HM2 8709, Osoby 721 I, Akte 591, Frame 0136.

¹⁹ HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1304.

interkonfessionellen Vereine [mitarbeiten], was hier in Düsseldorf sowohl im Vaterländischen wie im Hausfrauenverein in bester Zusammenarbeit möglich ist. Daß wir jedem Fall von Unduldsamkeit in der Schule nachgehen, ist verständlich[,] und ich [Agathe Grünbaum] muß sagen: wir finden meistens bei den Lehrern und Direktoren Verständnis und Unterstützung. [...] Wir haben hier neben den christlichen [...] die jüdischen Sportvereine, da die anderen den Juden so gut wie verschlossen sind und ganz vereinzelt in ihre Tennis-, Ruder- und Schwimmvereine auch Juden aufnehmen. Und wenn das Amt dieser auf Vorposten Stehenden gewiß nicht immer angenehm und glücklich ist, wir stützen und stärken sie, damit die anderen unsere Jugend, ihre Sporttätigkeit, ihre Gesinnung kennenlernen. Denn wieviel wird aus Unkenntnis gesündigt. Das sind die Anfänge der Frauenarbeit im C.V.“²⁰

Federführend in Düsseldorf war die Verfasserin dieser Zeilen, Frau Geheimrat Agathe Grünbaum, Hauptvorstandsmitglied des Vereins.²¹ Sie fand vor allem die Unterstützung von zumeist arrivierten Damen.²²

Die folgenden Gründungen fielen dagegen durch fehlende Eigeninitiative und mäßige Dynamik auf. Am 25. September 1930 erreichte Ottilie Schönwald aus Bochum ein Schreiben der Hauptgeschäftsstelle mit der Bitte, sie möge sich an den „Vorarbeiten für eine Sammlung der Frauen“²³ in Rheinland-Westfalen beteiligen. Ihre Ansprechpartnerinnen waren Margarete Fried und Lise Leibholz, die sich dem reichsweiten Ausbau der Arbeitsgemeinschaften von Berlin aus annahmen. Die

„Frauenkreise zu gewinnen, dürfte die Aufgabe unserer weiblichen Hauptvorstandsmitglieder und in erster Linie auch der Damen sein, die aus besonderem Interesse für unseren C.V. die Mitarbeit der Frauen im C.V. fördern. [...] Die Zuwahl von Frauen in Ortsgruppen und Landesverbandsvorständen ist befürwortend an die zuständigen Stellen von uns bereits weitergegeben worden und entspricht ja, wie Sie wissen, des Vorstandes und meinen besonderen Wünschen.“²⁴

Der Zeitpunkt dieses umschmeichelnden Hinweises auf die zu erwartenden Erweiterungen der Vereinsvorstände ist auffallend. Kurz zuvor hatten sich in Bad Dürkheim neun aus Großgemeinden kommende CV-Damen getroffen, unter ihnen Ottilie Schönwald und Ida Auerbach aus Köln. Von dort erreichte Holländer am 8. September 1930 die Kritik,

²⁰ CVZ, Erstrebtes und Erreichtes in der C.V.-Frauenarbeit. Düsseldorf, Nr. 48, 27. November 1931, S. 547.

²¹ Alfred Wiener informierte Krombach am 18. Dezember 1929 darüber, dass Erich Felsenthal die Arbeit von Grünbaum behindere. Danach neidete er ihr die Wahl in den Hauptvorstand, auf die er selbst gehofft hatte. Vgl. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1265.

²² Vgl. den Zusatzbericht von Lise Leibholz über die Entwicklung der Frauenarbeit in Düsseldorf vom 29. Oktober 1929. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1331f.

²³ Wahrscheinlich Holländer an Schönwald am 25. September 1930. HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1456, Frame 0432f., hier 0433.

Schönwald (1883 Bochum – 1961 Chicago) war seit 1906 im zwei Jahre zuvor gegründeten Jüdischen Frauenbund (JFB) aktiv. Sie übernahm 1934 den Vorsitz des Bundes. Während der Weimarer Jahre war sie Stadtverordnete in Bochum für die DDP und wegen dieser politischen Kontakte sowie ihres sozialen Engagements für den Verein wertvoll. Siehe ihren Erinnerungsbericht aus dem Jahr 1961, der vorrangig ihre Arbeit für den JFB beschreibt, in: LBIJMB MM 67; Kaplan, Marion, Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904–1938, Hamburg 1981, S. 144f.; Walk, Kurzbiographien, S. 334.

²⁴ HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1456, Frame 0433.

„dass – besonders in den kleineren Ortsgruppen – viel zu wenig zur Aktivierung der Frauen geschehen ist. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, dass dies mit darin begründet ist, dass die Frauen bis jetzt nicht genügend zur Mitarbeit herangezogen wurden. [...] Wir bitten daher den Vorstand des C.V. folgendes erwägen und möglichst durchführen zu wollen.“²⁵

Sie forderten mehr Repräsentanz in den Vorständen sämtlicher Vereinsebenen und drängten, die Damen stärker als zuvor als Rednerinnen zumindest in den Mitgliederversammlungen zu Wort kommen zu lassen.²⁶ Die Ortsgruppe Gelsenkirchen reagierte unmittelbar auf den Bad Dürkheimer Appell. Auf ihrer ordentlichen Generalversammlung vom 18. Dezember 1930 wurden gleich fünf Frauen in den erweiterten Vorstand gewählt.²⁷ An der Wende zum Jahr 1931 ließen sich in 19 Ortsgruppenvorständen des rheinisch-westfälischen Verbandes Frauen ausmachen.²⁸

Näheres zur Begründung, warum Frauen im CV nach Ansicht der unterzeichnenden Aktivistinnen nicht genügend in den Aufklärungsversammlungen als Rednerinnen auftraten, erfahren wir aus einem Schreiben vom 21. April 1931 an eine Clara Levy in Bonn. Danach zog man

„im Central-Verein einen scharfen Trennungsstrich zwischen den rein jüdisch-wissenschaftlichen Aufklärungsvorträgen, die wir nur von berufenen Persönlichkeiten, Rabbine[r]n und jüdischen Gelehrten halten lassen. Uns ist nicht eine einzige jüdische Frau bekannt, die über das Wissen verfügt, um über jüdische Religionsfragen usw. sprechen zu können. Für die allgemeinen politischen Aufklärungsvorträge, die zwar auch mit oberflächlichem Wissen nicht bestritten werden können, verlangen wir von unseren Referentinnen, dass sie bei Fragen über Religionsgesetze, in denen sie nicht ganz genau unterrichtet sind, immer auf die Schriftgelehrten oder die Schriften hinweisen sollen, aus denen sie ihr Wissen befriedigen können. Der tiefere Grund, warum ich mich überhaupt so eingehend mit der Frage der Aufklärungsvorträge der Frauen beschäftige, ist doch gerade meine Furcht und meine Warnung[,] nicht genügend vorgebildete Frauen in diese Arbeit hinauszuschicken, die dann mehr schaden als nutzen können.“²⁹

²⁵ Ebda., Frame 0437.

²⁶ Schon vor dieser Initiative gab es Ortsgruppen, die Frauen in ihre Vorstände gewählt hatten, so etwa in Bochum im September 1929. Vgl. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 379, Frame 0599.

²⁷ Vgl. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 6, Frame 1584. Bei dieser Gelegenheit wurde Leon Stiefel zum Ortsgruppenvorsitzenden gewählt.

²⁸ Bocholt (2), Bochum (2), Castrop (1), Duisburg (2), Dortmund (1), Düsseldorf (2), Barmen (1), Elberfeld (1), Essen (5), Gelsenkirchen (5), Hamborn (2), Hagen (2), Lippstadt (1), Münster (1), Oberhausen (2), Remscheid (2), Steele (1), Wanne (1), Witten (3). Siehe die undatierte Namensliste in: HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1468, Frame 1916f.

Dass die Frauen im Verein eher wie Bürger zweiter Klasse gesehen wurden, darauf deutete die in Nürnberg aktive Else Dormitzer hin. In ihrem Schreiben vom 15. April 1932 an die Zentrale nahm sie Bezug auf die Absprachen im Vorfeld der Hauptvorstandswahl und verwies auf Elsa Wolffheim aus Königsberg, die sie als eine der besten Mitarbeiterinnen und Gründerin sowie Vorsitzende der größten Frauengruppe des CV beschrieb. Dormitzer schlug sie daher für den Posten eines Hauptvorstandsmitgliedes vor: „Es [ist] im Hauptvorstand ein ganz geringer Prozentsatz von Frauen vertreten, trotzdem man uns bei jeder Gelegenheit versichert, daß die Mitarbeit der Frauen für den C.V. von größter Wichtigkeit ist. Hätte ein Mann seit vielen Jahren die Leistungen der Frau Wolffheim aufzuweisen, so wäre er selbstverständlich schon längst Hauptvorstandsmitglied. Da es sich aber nur um eine Frau handelt, hält man diese selbstverständliche äußere Anerkennung ihres Wirkens für unnötig. [...] Das ist eine Ungerechtigkeit, das muß einmal offen ausgesprochen werden.“ HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 196, Frame 0780.

²⁹ Wer der Verfasser des in abschriftlicher Form vorliegenden Briefes war, konnte aus dem Kürzel nicht ermittelt werden. HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1457, Frame 0675f.

Eine Fachausbildung blieb Voraussetzung für die Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Vielleicht wurde wegen dieses hohen Anspruches selbst die rudimentärste Bildungsarbeit lange Zeit vernachlässigt. Diesen Missstand versuchte der Verein mittelfristig durch Schulungskurse für die Damen und kultivierte Gesprächsrunden am Nachmittag zu mildern. Daneben richtete der Verein seine Vortragsthemen gezielt auf seine weibliche Klientel aus, wenn etwa Lise Leibholz über ‚Mode, Gesellschaft und Antisemitismus‘ referierte.³⁰ In Wuppertal-Barmen veranstaltete der CV im Januar 1931 sogar eine ganze Woche lang eine Schulung und besprach Themen wie ‚Die Verfassung von Weimar und die Stellung der Frau‘, ‚Die Feinde der Verfassung in ihrer Stellung zur Gleichberechtigung der Frau und der Juden‘, ‚Die Kampfweise unserer Gegner in Wort und Schrift‘, ‚Weise von Zion‘, ‚Ritualmord‘, ‚Talmud-Zitate‘, ‚Der Kampf der Jugend um Heimat, Existenz und Anerkennung‘, ‚Seelenvergiftung der deutschen Jugend durch nationalsozialistische Schüleragitation‘, ‚Mitarbeit der jüdischen Frau im Sozialen und Kulturleben der Gegenwart‘.³¹ Bei den Teenachmittagen handelte es sich allerdings in erster Linie um Werbemaßnahmen, bei denen distinguierte Geselligkeit erwartet werden durfte, nachdem die Damen persönlich eingeladen worden waren.³²

Diesem Schema folgend, hatte Schönewald bis Dezember 1930 in Bochum eine Gruppe von zwölf Frauen geworben, die, zumeist Akademikerinnen respektive Gattinnen von Geschäftsleuten, dem Verein bis dahin ferngestanden hatten.³³ Zudem war Wuppertal-Barmen-Elberfeld neben Düsseldorf recht aktiv. In Dinslaken hatte sich Jeanette Wolff der Anwerbung angenommen.³⁴ Aber sowohl in den kleinen CV-Gemeinschaften als auch in Essen selbst blieb die konzentrierte Sammlung der CV-Frauen hinter dem Möglichen zurück.

Die Hauptgeschäftsstelle bedauerte noch am 2. Dezember 1932 das Fehlen einer AG in Essen. Die Landesverbandsfunktionäre hatten nicht einmal das ansonsten erfolgreiche „System der Tees in Privathäusern“³⁵ durchgesetzt. Doch nur, weil man in Essen, wie übrigens auch in Dortmund, kein „bindendes Schema aufstellen“³⁶ wollte, bedeutete das nicht, dass die Frauenarbeit in beiden Ortsgruppen vor sich hin dämmerte. Hier wurden Vorträge im neutralen Jüdischen Frauenbund gehalten, dessen Ortsgruppen wiederum

³⁰ Vgl. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 379, Frame 0381.

³¹ Vgl. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 7, Frame 2076. Als Richtschnur wurde zudem zwischen 1930 und Oktober 1931 ein Exposé im Verein unter dem Titel ‚Frauenarbeit zur Bekämpfung des Antisemitismus. Ein Ausschnitt aus der Arbeit des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E.V.‘ erstellt. HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1478, Frame 2025-2030. Plaut bat Berlin am 23. Oktober 1931, dieses Exposé an Damen in Bochum, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Dinslaken, Hagen, Hamm, Wanne und Witten zu senden. Vgl. ebda., Akte 1468, Frame 1885.

³² Vgl. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 708, Frame 0023.

³³ Vgl. HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1462, Frame 0611.

³⁴ Vgl. ebda., Akte 1468, Frame 1888. In ihrer Vortragstätigkeit für den Verein hatte sie schon 1926 in der Phase des Mitgliederschwundes auch unter den Frauen schwere Geschütze aufgeföhren und mit Blick auf die Damen klargemacht, „daß wir alle die große Armee des C.V. seien, auf deren Schultern die Verantwortung für die einstige Freiheit oder Unfreiheit des Judentums gelegt sei. Aus dieser Armee zu desertieren, sei ein Verbrechen an der deutschen Judenheit, diese Armee braucht auch Munition, sonst sei ihr Kampf von vornherein eine Niederlage.“ HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 768, Frame 0260f.

³⁵ HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1468, Frame 1877.

³⁶ Plaut am 28. März 1931 an Berlin. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1415, Frame 1472.

Glieder des Provinzialverbandes Rheinland-Westfalen waren. Generell war der deutsch-jüdische Standpunkt im vermeintlich neutralen Jüdischen Frauenbund noch stärker vertreten als der der ZVfD. Auf diese Weise konnte er also auch den Frauen vermittelt werden.³⁷ Auf die einzelnen Gruppen des JFB aber, in denen Frauen nachdrücklich auf politische und religiöse Neutralität Wert legten, hatte der CV Rücksicht zu nehmen. Die Mitarbeit der CV-Frauen im JFB war ihm wichtiger als der Aufbau eigener Gruppen. Das belegt ein internes Schreiben vom 2. Dezember 1930. Demzufolge sollten die CV-Gesinnungsgenossinnen, die im Frauenbund aktiv waren, nicht in die Arbeitsgemeinschaften des Vereins eintreten, weil ansonsten ein unerwünschter Konkurrenzkampf zwischen beiden Organisationen provoziert würde. „In allen Städten in Westdeutschland [...] hat man mir diesen Weg als den einzigen erfolgversprechenden angedeutet.“³⁸ Statt miteinander zu wetteifern, erkannten die Essener Funktionäre die dominierende Rolle des neutralen Frauenbundes in den westlichen Provinzen an. Unter dieser Voraussetzung versuchten sie aber, vorhandene Einflussmöglichkeiten in dieser neutralen Frauenorganisation auszuschöpfen, weil es „natürlich unsere Aufgabe sein [muss], in der Aufklärungsarbeit des Frauenbundes die Führung zu behalten.“³⁹

Diesen Führungsanspruch bekämpfte namentlich die Kölner Rabbiner-Gattin Clara Caro, die in der elften Nummer des Vereinsorgans des JFB vom November 1930 die Mitglieder aufforderte,

„sich energischer als bisher für die Bekämpfung des Antisemitismus zur Verfügung zu stellen, vor allen Dingen Aufklärungsarbeit in christlichen Kreisen eindringlich zu betreiben.“⁴⁰

Diese Unterstützung hätte der CV eigentlich begrüßen müssen. Aber Clara Caro gehörte zu den zionistischen Sympathisantinnen. Prompt fühlte sich der CV in seinem Führungsanspruch in der Abwehr selbst innerhalb des JFB bedroht, weshalb er sogleich konterte. Nach seiner Auffassung blieb das Bekenntnis zum Deutschtum Voraussetzung politischer Arbeit, weshalb

„die auf dem Boden des C.V. stehenden Frauen in erster Linie berechtigt seien, Aufklärungsarbeit zu treiben. Die Frauen, die das Bekenntnis zum Deutschtum nicht ablegen wollen oder können, sollten [...] sich mit rein religiösen Aufklärungsfragen beschäftigen, zumal sie auch nicht genügend Uebersicht über die politischen Zusammenhänge hätten.“⁴¹

Der ausgesprochen unhöflich ausgetragene Schlagabtausch hatte Konsequenzen. Einmal erfolgte in Köln die Gründung der CV-Frauenarbeitsgemeinschaft explizit als Reaktion auf die „starken zionistischen Einflüsse.“⁴² Lucie Frank, Gattin des langjährigen Ortsgruppenleiters, übernahm die Leitung der neuen CV-AG; ihr zur Seite stand die Kölner Pädagogin Cilly Marx.⁴³ Darüber hinaus vertrat Lise Leibholz Anfang 1931

³⁷ Vgl. HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1468, Frame 1877. Zu den Zielen und dem Verhältnis des JFB zum CV siehe *Kaplan*, 1981, S. 123f.

³⁸ Wahrscheinlich Leibholz an Fried. HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1455, Frame 0011.

³⁹ Ebda., Frame 0011f.

⁴⁰ Protokoll betr. Jüdischer Frauenbund. HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1455, Frame 0006f., hier 0006.

⁴¹ Ebda., Frame 0006.

⁴² Werbeschreiben vom 12. Dezember 1930. Ebda., Akte 1464, Frame 1375.

⁴³ Vgl. CVZ, Kölner Frauengruppe des C.V., Nr. 7, 12. Februar 1932, S. 59.

ebenfalls in den Blättern des neutralen JFB den CV-Anspruch mit vehementer Ausschließlichkeit. Danach waren allein die CV-Sympathisantinnen geeignet, glaubhaft den Rechts- und Heimatanspruch in der die Interessen Deutschlands berührenden politischen Aufklärungs- und Abwehrarbeit zu vertreten. Allen anderen Jüdinnen sprach sie die Fähigkeit, Glaubwürdigkeit und Berechtigung hierfür ab. Caro fühlte sich aufgrund des Vorwurfs nationaler Unzuverlässigkeit persönlich attackiert. Geprägt von deutscher Kultur und als Staatsbürgerin rechtlich befugt, ihr Mitspracherecht über die jüdische Gemeinde weisend zu nutzen, erboste sie sich:

„Mit welchem Recht behauptet Frau Leibholz, daß ich kein inneres Verhältnis zum Deutschtum habe, und was hat mein Verhältnis zum Deutschtum mit meiner Abwehrarbeit zu tun, die ich, wenn auch in einem anderen Rahmen, genau so wie Frau Leibholz betreibe, und zu der ich mich – und das ist keine Arroganz – berufen fühle, und in der ich, wie immer auch der Erfolg zeigt, etwas zu leisten vermag.“⁴⁴

Schöneward missfiel das aggressive Vorgehen der Kollegin Leibholz. In Sorge um den inneren Frieden im Frauenbund⁴⁵ zog sie sich konsequenterweise von der Arbeit in der CV-Frauen-AG in Bochum zurück, um sich ganz dem JFB zu widmen.⁴⁶ Einige CV-Frauenarbeitsgemeinschaften, die als politische und religiöse Schulungseinrichtungen dem äußeren wie dem innerjüdischen Abwehrkampf dienten, suchten die Kooperation. Die Krefelder AG etwa von Hedwig Daniel arbeitete wohl recht reibungslos sowohl mit der jüdischen als auch der christlichen neutralen Frauenorganisation zusammen.⁴⁷ Dennoch traf und besprach man sich weiterhin vor allem untereinander, so am 29. Dezember 1932, als CV-Aktivistinnen im Haus von Lucie Frank in Köln zusammenkamen. Es handelte sich dabei um kleine Abordnungen aus Aachen, Krefeld und Mönchen-Gladbach.⁴⁸ Rednerinnen aus Berlin wurden zuweilen auch in die Provinz entsandt, um wie Margarete Edelheim im Januar 1933 über ‚Modeströmungen der Politik‘ zu referieren.⁴⁹

Diese Arbeitsgemeinschaften waren von vornherein halbherzige Projekte. Entsprechend dürftig ist auch ihre Dokumentation in den gesichteten CV-Aktenbeständen für die Zeit nach 1933. Infolge der unwirtschaftlichen Lebensumstände verlor der CV-Gedanke unter den Kölner Damen an Zugkraft und damit die Dominanz innerhalb des JFB. Die CVerinnen waren seither bemüht persönliche Angriffe zu vermeiden. Zuzufolge eines Berichtes zur Lage der Juden in Köln vom Dezember 1934 hieß es:

„Die Ortsgruppe des Frauenbundes arbeitet mit der Schwesternloge [Bnei Brith] eng zusammen. Der Frauenbund zählt 500 Mitglieder, ist neutral und steht unter Leitung von Frau Clara Caro, die selbst ausgesprochene Zionistin ist. Sie erkennt aber die Arbeit des C.V. durchaus an und ist für unsere Aufgaben sehr interessiert. Im Frauenbund hielt Dr. [Hans] Jacobi vom C.V. bereits einen Vortrag [...] Der Frauenbund ist zum geistigen

⁴⁴ HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1462, Frame 1185.

⁴⁵ Vgl. ihr Schreiben an Alfred Wiener vom 17. März 1931. Ebda., Frame 1183.

⁴⁶ Vgl. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 379, Frame 0611. Schöneward war 1929 in den Hauptvorstand des JFB gewählt worden. Im selben Jahr nahm sie an der Gründungsversammlung des Weltverbandes jüdischer Frauen in Hamburg teil. Vgl. HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1455, Frame 0081.

⁴⁷ Vgl. HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1462, Frame 1178.

⁴⁸ Vgl. ebda., Frame 1319.

⁴⁹ Vgl. ebda., Frame 1274, 1286.

Mittelpunkt des jüdischen Lebens der jüdischen Frauen in Köln geworden. Die Arbeit ist aktiv, niveauhaf und systematisch (Aussprachen, Kurse, Presseschau usw.).⁵⁰

Die Frauen-AG des Vereins in der Ortsgruppe Köln wird in diesem Bericht nicht mehr erwähnt, denn sie hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mehr oder weniger zu bestehen aufgehört.⁵¹ Welches Schicksal die wenigen Frauenarbeitsgemeinschaften des Vereins im Einzelnen genommen haben, muss hier offenbleiben. Gesichert ist, dass einige von ihnen zumindest zeitweise weiter bestanden. Einen Hinweis auf ihren organisatorischen Fortbestand liefert der Versuch Alfred Hirschbergs vom 17. März 1934, das geneigte Ohr des Gestapa zu gewinnen und den Verdacht der Subversion zu entkräften, denn

„die Frauengruppen des Central-Vereins sind nicht eine Sonderorganisation, sondern lediglich eine gelegentliche Zusammenfassung der dem Central-Verein angehörenden Frauen, Mütter und Mädchen zur Besprechung solcher Fragen, an denen die Männer kein besonderes Interesse haben. [...] Die Frauengruppen des Central-Vereins besitzen kein eigenes Statut, kein Gründungsprotokoll; sie sind nicht eingetragen; sie geben keine eigene Zeitschrift heraus; sie besitzen keine eigene Geschäftszentrale und kein eigenes Konto. Zur Bearbeitung der einschlägigen Fragen ist in der Hauptgeschäftsstelle des Central-Vereins lediglich ein Sonderreferat errichtet worden, die für das Reich von Frau Dr. Edelheim [...] bearbeitet werden. Eine Mitgliederzahl anzugeben ist nicht möglich, da es sich um eine lose Zusammenfassung der Frauen handelt.“⁵²

Inoffiziell wurden ihnen hingegen noch kurz zuvor, am 6. Februar 1934, sehr wohl auch weiterhin politische Aufgaben zugedacht. Hirschberg wies die Beamten an:

„Nachdem wir im vorigen Jahr an die Frauengruppen den Appell gerichtet hatten, sich vor allem an der konfessionellen sozialen Arbeit in ihren Orten zu beteiligen, halten wir es jetzt für dringend geboten, die besondere C.V.-Arbeit der Frauengruppen wieder aufzunehmen. Die Frauengruppen müssen vor allem innerjüdische Erziehungsarbeit im Sinne der Aufrechterhaltung der jüdischen Familie auf deutschem Heimatboden leisten. Sie werden das jüdische und das deutsche Bewusstsein der Frau gegenüber dem starken Uebergreifen der konjunktur-zionistischen Bestrebungen mancher bisher jüdisch wenig interessierter Kreise zu stärken haben. Sie müssen für die durch die Verhältnisse völlig geänderten Zukunftswege ihrer Kinder im Berufe und im Seelischen Verständnis gewinnen und in den Kindern die Liebe zur Heimatgeschichte und das Verständnis für das Geschehen in der Umwelt fördern.“⁵³

Es misslang dem CV letztlich nicht nur, die quantitativen Möglichkeiten auszuschöpfen, auch inhaltlich hatte er bei den Damen keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen können. Frühere Arbeitsschwerpunkte mussten deshalb nach 1933 wiederholt werden, nun dringlicher als zuvor. In ihren groben inhaltlichen Zügen hatten sie sich nicht geändert, auch wenn zum einen unfreiwillig die einstige interkonfessionelle Ausrichtung aufgegeben werden und zum anderen das offene politische Bekenntnis

⁵⁰ Bericht über Köln auf Grund von Rücksprachen mit zahlreichen jüdischen Persönlichkeiten in der Zeit vom 24. bis 29. Dezember 1934. HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 798, Frame 2016-2023, hier 2021.

⁵¹ Nach dem Weggang von Lucie Frank versuchte man im Januar 1935, die Gruppe zu reaktivieren. Vgl. ebda., Frame 2008, 2014.

⁵² HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 153, Frame 0300.

1936 waren im Verband Jüdischer Frauen für Palästina-Arbeit reichsweit 4.239 Frauen aktiv. In Köln waren 125, in Bonn zehn Mitglieder organisiert; Essen zählte 101, Düsseldorf 178, Dortmund 110, Münster 42 Mitglieder. Siehe die Liste seiner Ortsgruppen in: Bundesarchiv, Bestand Z/B1-96.

⁵³ HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 25, Frame 0687.

verhaltener geäußert werden musste. Hier und da flackerte auch weiterhin die Kritik an der misslungenen so genannten inneren Mission der Frauen durch den Verein auf.

Während Manierlichkeiten stets in den erzieherischen Aufgabenbereich des Vereins aufgrund der Sorge vor pauschalisierenden Vorurteilen in der deutsch-christlichen Gesellschaft gefallen waren, betrafen die Folgen des Frontkämpferprinzips⁵⁴ für die jüdischen Arbeitnehmerinnen die genuine Aufgabe des CV als Rechtsschutzverein. In dieser innerjüdischen Angelegenheit interpellierte aber Mitte November 1933 der JFB beim Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.⁵⁵ Der Reichsbund sah es als seine vornehmste Aufgabe an, für jüdische Frontsoldaten

„die Mindestforderung zu erheben, dass die Rechte derer nicht angetastet werden, die im Felde ihre Pflicht für das Vaterland getan haben. Es geht nicht an, dass diese Männer oder auch die Kinder und Frauen unserer gefallenen Kameraden aus Arbeit und Brot gedrängt werden. Es ist die elementarste Aufgabe unseres Bundes, gegen Solches sich zu wehren.“⁵⁶

Der JFB hatte hingegen vorrangig die „Ernährerinnen von Kindern oder sonstiger erwerbsloser Verwandten“⁵⁷ im Blick, von denen es nicht wenige gab:

„Die Berufsstatistik vom Jahre 1925 weist 49.560 erwerbstätige jüdische Frauen auf. Diese Zahl, die damals 69,2% der jüdischen Frauen im erwerbstätigen Alter darstellte, dürfte sich – wenn auch vielleicht durch Wegzug vieler Familien nicht absolut, so doch prozentual – seitdem noch erhöht haben.“⁵⁸

Der RjF beharrte auf der Erfüllung der Sonderinteressen seiner Klientel. Das Veto des JFB blieb wirkungslos. Der CV indes stand tendenziell aufseiten des JFB, nicht zuletzt weil ihm der Gleichheitsgrundsatz am Herzen lag, auch wenn er über viele Jahre Probleme hatte, ihn in den eigenen Reihen umzusetzen. Immerhin hatte er sich in der Angelegenheit bemüht, wobei seine Damen zu keinem Zeitpunkt den Gruppen des JFB den Rang ablaufen konnten und wollten. Somit war es für das Verhältnis von CV und JFB symptomatisch, dass der JFB in dem oben erwähnten Fall die Initiative ergriffen hatte, wobei ohnehin Ida Auerbach und auch Otilie Schönewald zu den Unterzeichnerinnen der Interpellation gehörten. Diese Intervention war sicherlich im Vorfeld mit dem CV abgesprochen worden, zumal die Erfüllung gemeinsamer

⁵⁴ Den Beginn der Ausschaltung deutscher Juden auf gesetzlichem Wege machte am 7. April 1933 das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Paragraf 3 Abs. 1 führte den ‚Arierparagrafen‘ ein, nach dem Beamte ‚nichtarischer‘ Abstammung in den Ruhestand zu versetzen waren. Ausgenommen waren nach Paragraf 3 Abs. 2 jene Beamte, „die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. Weitere Ausnahmen können der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachminister oder die obersten Landesbehörden für Beamte im Ausland zulassen.“ RGBl., Teil I, Nr. 34, 7. April 1933, S. 175. Zur Ausarbeitung des Gesetzes siehe vor allem *Adam, Uwe Dietrich*, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 51ff.; *Rethmeier, Andreas*, *Nürnberger Rassegesetze und Entrechtung der Juden im Zivilrecht*, Rechtshistorische Reihe, Bd. 126, Frankfurt/M. 1995, S. 39.

⁵⁵ Vgl. HM2 8746, Osoby 721 I, Akte 1972, Frame 0867-0869, hier 0867. Das Schreiben ging als Durchschlag sowohl an die Reichsvertretung als auch an den CV. Zu diesen beiden Aspekten siehe Kapitel 6 dieser Arbeit.

⁵⁶ Ebda., Akte 1970, Frame 0607.

⁵⁷ Ebda., Akte 1972, Frame 0868.

⁵⁸ Ebda.

Aufgaben in diesen Jahren sehr nötig war. Vor allem in der Auswanderungsfrage von Mädchen und Frauen, die mit der Zäsur der Reichsbürgergesetze Ende 1935 für den CV praktisch relevant wurde, verfolgte der Verein mit dem JFB gemeinsame Ziele. Otilie Schöneward hat in ihrer Funktion als Hauptvorstandsmitglied des CV sowie seit 1934 als Vorsitzende des Frauenbundes in ihren 1961 formulierten Erinnerungen festgehalten,

„dass wir den Zusammenhalt der Familien als wesentliche Aufgabe betrachteten und demzufolge [der] Kinderverschickung nach Palästina, die bereits 1934 einsetzte, entgegenarbeiteten, solange noch eine Aussicht auf den Fortbestand unserer Gemeinschaft in Deutschland bestand.“⁵⁹

Erst als die schwindenden Zukunftsaussichten erkannt und anerkannt worden waren, wurde die Arbeit im Bereich der Jugendauswanderung und der beruflichen Ausbildung für ältere Mädchen verstärkt. Die Frauen, die zurückblieben, versuchten JFB und CV gemeinsam „mit dem Geiste des Widerstandes gegen die herrschenden Gewalten zu beseelen und ihnen das nötige Rüstzeug zu geben.“⁶⁰ Daneben brachte der CV seine langjährigen Erfahrungen ein, die er auf dem Gebiet der nun nicht mehr öffentlich stattfindenden Reiseberatung gesammelt hatte. In Form des Informationsaustausches unter anderem zwischen JFB, dem Frontbund und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland dienten sie gezielt sozialpflegerischen Aufgaben, wenn etwa die verbliebenen Möglichkeiten der Mutter-Kind-Erholung sondiert wurden.⁶¹

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Die politische Erziehungsarbeit der Frauen für den Verein war zu lange stiefkindlich behandelt worden. Der CV blieb aber auch deshalb eine Domäne der Männer, weil das politische Bewusstsein der zuwerbenden weiblichen Mitglieder eher unterentwickelt blieb. Hemmend für den Aufbau der Frauengruppen im Verein wirkte zudem das Bestehen des neutralen Frauenbundes. Folglich waren nicht allein wirtschaftliche Gründe dafür verantwortlich, dass die Damen an der Basis die ihnen gebotenen Beteiligungsmöglichkeiten nur verhalten nutzten. Ihre Gruppen blieben klein und unverbindlich. Löblich sind zweifelsohne die Aktivierungsbemühungen, obwohl sie von vornherein konzeptionell unausgereift, weil mit Zweifeln besetzt waren. Entgegen der Analyse, die die bedeutende Rolle der Frauen als Staatsbürgerinnen und Erzieherinnen des potenziellen Vereinsnachwuchses früh unterstrich, blieb die Ausschöpfung dieses Potenzials letztlich unvollständig. Demokratische, integrative Gleichwertigkeitsbekenntnisse verkümmerten deshalb zu bloßen Lippenbekenntnissen.

⁵⁹ Schöneward, Erinnerungen, LBIJMB MM 67, S. 18. In der Kurzfassung eines Referats zur Frauenauswanderung hatte die ehemalige Mitarbeiterin Lucie Franks, Channa Majofis aus Köln, wahrscheinlich 1937 auf die Gefahren einer unkontrollierten Frauenauswanderung hingewiesen. Favorisiert wurde die Familienauswanderung, wohingegen die Auswanderung junger Frauen ohne Verwandtschaftsanhang zu vermeiden war. Fremdsprachenkenntnisse und eine abgeschlossene Berufsausbildung besonders in den Bereichen Kinder- und Krankenpflege sowie im Schneiderberuf machte sie zu unabdingbaren Voraussetzungen. Umstandshalber wurden ungeeignete Kandidatinnen zurückgestellt, „da sie sonst [...] anderen den Weg versperren würden.“ HM2 8726, Osoby 721 I, Akte 1465, Frame 1434f.

⁶⁰ Schöneward, Erinnerungen, S. 18.

⁶¹ Vgl. generell HM2 8764, Osoby 721 I, Akte 2420, Akte 2421.

4.2 Die Jugendarbeit des CV

Im CV herrschte die Überzeugung, „durch die Frauen gewinne man auch die Jugend“⁶², denn die Erziehung zum bewussten deutsch-jüdischen Staatsbürger begann beim Kind. Interessant und relevant für die Vereinsarbeit waren die Jugendlichen, die die Großjährigkeit bereits erreicht hatten. Dem CV fehlte aber diese

„Generation zwischen 25 und 40 [...] fast vollkommen. Wir haben aber das denkbar größte Interesse daran, gerade diese Generation im Hauptvorstand vertreten zu sehen, um durch die Vertreter Einfluß auf den uns so fehlenden Nachwuchs zu bekommen.“⁶³

Dieser Missstand war chronisch. Die beklagte Überalterungstendenz der jüdischen Gemeinschaft fand ihr Äquivalent im Verein.⁶⁴ Allein demografische Gründe waren jedoch nicht für das Fehlen der Jugend im Verein verantwortlich.

Anfangs behalf sich der CV in der Nachwuchsfrage, indem er sich auf bestehende Jugendorganisationen stützte. Zwar sannen die Vereinsverantwortlichen schon 1921 darüber nach, ob sie eigene Jugendgruppen gründen sollten, doch der Beschluss des Hauptvorstands vom 10. April desselben Jahres erklärte den diesbezüglichen Verzicht, der bis Ende 1927 Gültigkeit besaß. Bis dahin unterstützte der CV ausschließlich

„die bestehenden Jugendorganisationen mit Rat und Tat [...], wenn und soweit ihre Wirksamkeit mit den Grundsätzen des C.-V. [...] im Einklang steht. Die dazu erforderlichen Mittel werden alljährlich bereitgestellt.“⁶⁵

Sein besonderes Augenmerk ruhte dabei seit 1922 auf der Deutsch-jüdischen Jugendgemeinschaft (DJJG), deren Gründung letztlich auf den CV zurückging.⁶⁶

⁶² Protokoll der Hauptvorstandssitzung am 19. und 20. November 1927. CAHJP P2/OR 24, S. 32.

⁶³ Kurt Alexander an Berlin am 5. März 1931. HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 196, Frame 0886. Aktuell befand sich der Verein in der Vorbereitungsphase der Hauptvorstandswahl, dessen Kommission der Krefelder leitete und der in diesem Zusammenhang auf das Fehlen renommierter Persönlichkeiten der jüdischen und christlichen Öffentlichkeit sowie von Vertretern aus der Angestelltenschaft beider Geschlechter verwies. Rabbiner Goldmann machte am 4. März ergänzend auf das Fehlen eines naturalisierten Ostjuden im Vorstand aufmerksam. Vgl. ebda., Frame 0889.

⁶⁴ Die Statistiken, die der CV zur jüdischen Bevölkerung nach der Altersgliederung in den Ländern und in den Großstädten führte, finden sich in: HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3492, Frame 0597f.

⁶⁵ IDR, Hauptvorstandssitzung vom 10. April 1921, Nr. 4, April 1921, S. 110. Damit behielt sich der Centralverein vor, nur die Gruppen des neutralen Verbandes jüdischer Jugendvereine Deutschlands (VJJD) zu unterstützen, die sich der „unbeirrte[n] Pflege deutscher Gesinnung“ widmeten. Ebda.

Zur Geschichte der jüdischen Jugendbewegung in Deutschland und der deutsch-jüdischen Bünde siehe *Meier-Cronemeyer*, 1969; *Rheins, Carl J.*, German-Jewish patriotism 1918–1935: a study of the attitudes and actions of the ‚Reichsbund jüdischer Frontsoldaten‘, the ‚Verband nationaldeutscher Juden‘, the ‚Schwarzes Fähnlein, Jungenschaft‘ and the ‚Deutscher Vortrupp, Gefolgschaft der Juden‘, Ann Arbor (Mich.) 1979. Die CV-Kalender lieferten kommentierte Übersichten über Organisationen inklusive der Anschriften. Siehe etwa den CV-Kalender für das Jahr 1928, S. 64ff.

⁶⁶ CVZ, Die Deutsch-Jüdische Jugendgemeinschaft, Nr. 15, 10. April 1924, S. 185. Der Artikel stellte die DJJG vor, die 1922 in Berlin gegründet worden und deren Sprachrohr Der Kämpfer war. Die Entwicklung ihrer Gruppen verlief seitdem zäh. Dennoch schien dem ersten Vorsitzenden Friedrich Borhardt (CV) auch weiterhin die Organisation dafür „geeignet“, die deutsch-jüdische Jugend zusammenzufassen. Die Ausdehnung der DJJG hatte sich bis 1924 „auf Berlin und einige Provinzen beschränkt.“ CVZ, Nach der Hauptversammlung, Nr. 17, 24. April 1924, S. 225. Meier-Cronemeyer beschreibt die DJJG als eine „Volkshochschule mit Arbeitsgemeinschaften und ‚Prominenten‘-vorträgen als eine Jugendbewegung“ und macht ferner deutlich, dass sich erst seit 1930 „ein Nordwestdeutscher Landesverband deutsch-jüdischer Jugend lohnte.“ *Ders.*, Teil II, 1969, S. 94.

Weitere Bemühungen des Vereins um die deutsch-jüdische Jugend fanden im September 1925 ihren publizistischen Niederschlag in Form der Beilage der CV-Zeitung *Von deutsch-jüdischer Jugend*.⁶⁷ Mit ihr bot der Verein eine Plattform für diskursiv ausgetragene Gedanken und Forderungen junger jüdischer Akademiker, was ganz seiner ausdrücklichen Neigung für sie entsprach. Dieser Präferenz folgend, entschied der CV-Arbeitsausschuss 1930, eine „Parteischule“ zur Ausbildung geeigneter Persönlichkeiten aus Kreisen⁶⁸ der Jungakademiker zu errichten. Was damit hochtrabend angekündigt wurde, bedeutete für die Landesverbände und Ortsgruppen praktisch die Benennung geeigneter erscheinender Persönlichkeiten, die sich vierteljährlich zu zweiwöchigen Kursen zusammenfanden. Ihr Stundenplan umfasste Rhetorik, Staatskunde und

„Grundlagen der besonderen jüdischen Fragen [...] als Mittel für diesen Zweck sind einstweilen für jeden Kursus mindestens RM 10.000.– (i.e. für ca. 50 Leute je RM 200.–) einzusetzen.“⁶⁹

Daneben blieb es bei den bis dahin praktizierten Anwerbungsmethoden unter den jüdischen Studierenden und den im Kartell-Convent organisierten. Der Ton der Anweisungen, die Ludwig Holländer im April 1931 den Beamten der Landesverbände und Ortsgruppen in den Universitätsstädten erteilte, klang jedoch ausgesprochen hektisch angesichts der ersten Krawalle an deutschen Hochschulen, so in Berlin, München und Köln. Außerdem flammte die 1929 bereits diskutierte Forderung nach einem leistungsunabhängigen, rein rassistischen Proporz für jüdische Studierende an deutschen Hochschulen wieder auf. Diese Kampagne kursierte unter der somit irreführenden Bezeichnung ‚Numerus-clausus-Bewegung‘.⁷⁰

Zu Beginn des Sommersemesters 1931 stellte Holländer das Notwehrprogramm vor:

„Es ist vor allem notwendig, mit möglichster Beschleunigung die Anzahl der für das Sommersemester immatrikulierten jüdischen Studierenden festzustellen. [...] Ferner bitten wir Sie, ganz besonders auf das Leben in den uns weltanschaulich nahestehenden jüdischen Verbindungen zu achten. Die Arbeit in den Verbindungen hätte schon mit der Eröffnungskneipe anzufangen. Es wäre sehr wichtig, wenn bei dieser Eröffnungskneipe eine Begrüßungsrede mit unserer Tendenz gehalten würde. Ferner müsste dafür Sorge getragen werden, dass die ‚C.V.-Zeitung‘ bei dieser Kneipe ausliegt. Die Hauptaufgabe besteht darin, bei Aufstellung des Semester-Programms und der Themen für Vorträge

⁶⁷ Vgl. *Bernstein*, 1969, S. 36.

⁶⁸ Protokoll der 9. Arbeitsausschuss-Sitzung vom 20. Oktober 1930. HM2 8472, Osoby 721 I, Akte 1902, Frame 2389.

⁶⁹ Beschlüsse der 9. Arbeitsausschuss-Sitzung am 20. Oktober 1930. CAHJP P2/OR 24, S. 2.

⁷⁰ Vgl. CVZ, *Die Numerus clausus-Bewegung an den deutschen Hochschulen*, Nr. 11, 13. März 1931, S. 120f. Der Artikel listet eine Reihe vor allem technischer Hochschulen in Süd- und Mitteldeutschland auf, die derartige Beschlüsse bereits angenommen hatten. Hervorgehoben wurden vor allem die katholischen Studierenden, die im Rahmen des Würzburger ASTA einem derartigen Antrag zugestimmt hatten.

Auf die bis dahin erfolgten Ausschreitungen an Hochschulen geht der Artikel der CVZ ein: Was kommt nach Graz? Schwache Hoffnung auf akademischen Frieden – Sind die Studentenkrawalle in Berlin, München, Köln usw. nur ein Anfang gewesen?, Nr. 32, 7. August 1931, S. 394. Dort findet sich ebenfalls ein Hinweis Eugen Jacobis auf einen feigen, blutigen Überfall, den 20 Kölner Nazis auf drei jüdische Studenten verübt hatten.

Zur später erfolgten Einführung des ‚Numerus clausus‘ am 25. April 1933 vgl. das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen. RGBl., Teil I, Nr. 43, 26. April 1933, S. 225.

möglichst Einfluss zu gewinnen, C.V.-Referenten zur Verfügung zu stellen und überhaupt in jeder allgemeinen und persönlichen Weise darum bemüht zu sein, den einzelnen Mitgliedern der Korporationen näher zu kommen. Ähnliches gilt für die paritätischen Verbindungen. Es müsste versucht werden zu erreichen, dass auch bei ihnen über Antisemitismus, Rassenfragen usf. in einem uns genehmen Sinne Vorträge gehalten werden. Das Allerwichtigste ist die Werbearbeit. Wir bitten Sie, uns mitzuteilen, ob kurz nach Beginn des Semesters ein Vortragsabend vor jüdischen Studierenden in Ihrer Hochschule möglich ist, und ob Sie hierfür geeignete Referenten haben oder wünschen. Sollte ein solcher Vortragsabend sich ermöglichen lassen, so sind die Anwesenden nicht nur in [die] Präsenzliste aufzunehmen, sondern es muss vor allem dafür gesorgt werden, sie ständig weiter zu beeinflussen.“⁷¹

Holländer bot Sonderabonnements auf die Vereinszeitung für Studierende an und sah eine so genannte Laufkarte vor, die bei Studienplatzwechsel dem zuständigen Landesverband und von dort nach Semesterende an die Zentrale zwecks zentraler Mitgliederkontrolle übergeben werden sollte. Von besonderer Wichtigkeit war ferner

„die dauernde Beobachtung der Tätigkeit der Organe der studentischen Selbstverwaltung, die Kundgebungen der ‚ASTA‘ und der Inhalt der Hochschulzeitungen. [...] Wir bitten festzustellen, welche nichtjüdischen Hochschullehrer unserer Weltanschauung nahestehen, damit sie die Monatsausgabe der ‚C.V.-Zeitung‘, die Neuerscheinungen des Philo-Verlages und gegebenenfalls die wissenschaftliche Zweimonatsschrift ‚Der Morgen‘ erhalten können. [...] Wir möchten in diesem Zusammenhang betonen, dass es ebenso wichtig ist, nicht nur prominente Ordinarien für uns zu interessieren, sondern auch zu den jüngeren Dozenten gute Beziehungen zu gewinnen.“⁷²

Der Erfolg bei der Anwerbung jüdischer Studierender blieb bescheiden. Die akademisch ausgebildeten Jugendlichen teilten immer weniger die liberalen Ideale des Vereins. Bemerkbar machte sich vielmehr

„überall, auf allen Gebieten [...] ein Verfall und eine andere Beurteilung der Zusammenhänge aller Geschehnisse [...] Forste man nach dem Grund dieser Erscheinungen, so sei er nur auf den Verfall des Liberalismus und des Individualismus zurückzuführen. [...] An die Stelle der Alleinherrschaft der reinen Vernunft und der Zweckmäßigkeit wird in weitem Umfang die Herrschaft grosser, tragender Ideen treten.“⁷³

Die Ursache dieser ideellen Verfallserscheinungen erkannte der CV vor allem in der „Zertrümmerung des bürgerlichen Mittelstandes durch die Folgen des Krieges“, wodurch Juden,

„die dem bürgerlichen Mittelstand zu einem verhältnismässig hohen Prozentsatz angehörte[n], in einen strukturellen Umschichtungsprozess ger[ie]ten, der einen ungeheuer vermehrten Zustrom deutscher Juden in abhängige Berufe, insbesondere in die Schichten der kaufmännischen oder gewerblichen Angestellten und auch Arbeiter zur Folge hatte.“⁷⁴

⁷¹ HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 177, Frame 1041-1043, hier 1041f.

⁷² Ebda., Frame 1043.

⁷³ Bericht vom 2. Dezember 1931 über die Gründungsversammlung einer Arbeitsgemeinschaft in Wuppertal. HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0339f., hier 0339.

⁷⁴ Ebda., Frame 0340.

Hatte der CV rechtzeitig die Konsequenzen der wirtschaftlichen und „sozialen Umwertung gezogen, diese anerkannt?“⁷⁵ Das fragte sich der 1906 in Essen geborene Rechtsreferendar und spätere Kollege Plauts in der dortigen Geschäftsstelle, Kurt Steinberg, der die Frage im April 1932 indirekt verneinte, indem er die seiner Meinung nach notwendigen Maßnahmen für eine erfolgreiche Vereinsjugendarbeit beleuchtete, weil es dem CV bis dahin weder gelungen war, den Gedanken der deutsch-jüdischen Symbiose nachhaltig in der Jugend zu implantieren noch ihn an die sich verschlechternden Lebensbedingungen anzupassen. Damit hatte auch die Bekämpfung der so genannten roten Assimilation Eingang in die Vereinsarbeit gefunden, also

„die Auseinandersetzung mit der sozialistischen Bewegung, vor allem dem Kommunismus [...], weil viele junge Juden [...] damit praktisch dem Judentum verloren gegangen sind. [...] Starke Betonung, ja Erziehung des jüdischen Menschen ist damit in den Aufgabenbereich des C.V. gerückt. Hiermit vergibt er seiner innerjüdischen Neutralität nichts. (Sonst müßte er eben insoweit aus ihr hinaustreten.) Es genügt nicht, daß der C.V. dafür kämpft, das uns unsere Rechte nicht genommen, daß wir nicht totgeschlagen, uns nicht die Fensterscheiben eingeworfen werden. [...] Für den C.V. geht es um mehr. Er muß dafür sorgen, daß nach einem oder zwei Jahrzehnten noch deutsche Juden da sind, für die diesen äußeren Kampf zu führen überhaupt einen Sinn hat. Äußere Freiheit für Menschen jüdischer Abstammung ist noch kein jüdisches Leben.“⁷⁶

Trotz dieses Defizits, so schloss Steinberg, kam es

„n i c h t auf eine grundsätzliche N e u f u n d i e r u n g, sondern auf eine I n t e n s i v i e r u n g des deutsch-jüdischen Gedankenguts an. Und das gilt in gleichem Maße wie für das jüdische Moment auch für die Einordnung in die deutsche Volksgemeinschaft. Man braucht diese nicht immer nach außen zu betonen. Aber man darf auch nicht übersehen, daß mancher junge Jude die lebendigen persönlichen Bindungen zur nichtjüdischen Umwelt in weitem Maße verloren hat. Hier nützen nicht gesellschaftliche Beziehungen, Mitgliedschaft in Vereinen, gemeinsame politische Betätigung, obwohl auch dies alles seinen praktischen Wert hat und sich gerade die politische Betätigung im besten, eigentlichen Sinne des Wortes zum Erlebnis der Volksgemeinschaft und des Staates steigern kann. Jedenfalls, auf dies letztere, auf das starke[,] starke Erlebnis der Volksgemeinschaft kommt es an. Das Fronterlebnis z. B. mag allen späteren Schmähungen des jüdischen Soldaten zum Trotz ein starkes Bewußtsein der Volksgemeinschaft vermittelt haben. In diesem Zusammenhang seien auch die sogenannten ‚A r b e i t s l a g e r‘ erwähnt. In diesen Arbeitslagern vereinigen sich eine Anzahl Studenten, Arbeiter und Bauern, politisch von ganz rechts bis ganz links zusammengesetzt. Man arbeitet, wohnt und ißt gemeinsam. Die Arbeit wird als freiwilliger Arbeitsdienst angesehen und bezahlt. [...] Die Freizeit ist mit gemeinsamen Wanderungen, Sport und vor allem Arbeitsgemeinschaften ausgefüllt. [...] Sie werden nach den Berichten zu einem ganz großen Erlebnis, nachdem nur erst die anfänglichen Hemmungen des so verschieden zusammengesetzten Kreises überwunden sind. [...] Die Intensivierung des deutsch-jüdischen Bewußtseins nach beiden Richtungen muß es mit sich bringen, daß der C.V. aus einem bloßen Verein immer mehr zu einer lebendigen, homogenen Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft, zu einer ‚Bewegung‘ wird.“⁷⁷

⁷⁵ Kurt Steinberg, Deutsch-jüdische Jugendarbeit im C.V. Zur Reichsjugendkonferenz am 31. Januar 1932 in Berlin. HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0294-0299, hier 0294.

⁷⁶ Ebda., Frame 0294ff.

⁷⁷ Ebda., Frame 0296f.

Es war ein inneres Bedürfnis, die jüdische Seite mittlerweile buchstäblich stärker zu unterstreichen, damit das vorher herrschende Ungleichgewicht zwischen deutschem und jüdischem Bewusstsein ausgeglichen würde. Das Ziel war für Steinberg die „Einordnung in ein großes Ganzes“, ein Gedanke, der bei ihm den Rang eines „selbstverständlichen Gebot[es]“⁷⁸ eingenommen hatte:

„Der Einzelne ist nichts mehr, auf ihn kann man sich nicht verlassen. [...] Es müsse gelingen, die Leute allmählich zum C.V. zu bringen, der jüdische Individualismus sei überlebt.“⁷⁹

Während der erste Paragraf der Vereinssatzung unangetastet blieb, die geforderte Umorientierung also keine totale war, forderte Steinberg dennoch nichts weniger als die Aufhebung der Neutralität des Vereins, um sich pointierter nach außen als wahre deutsch-jüdische Gesinnungsgemeinschaft zu definieren und zu positionieren. Dieser Schritt setze die Preisgabe des alten liberalen Credos voraus, weil der Individualismus liberal-bürgerlicher Provenienz die deutsch-jüdische Gemeinschaft zu ihrem Schaden atomisiert habe, ohne dass sie von der großen deutschen Volksgemeinschaft aufgefangen worden sei.⁸⁰ Steinberg, der beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges acht Jahre alt war, beschwor als Lösung nicht nur die Geschlossenheit der deutsch-jüdischen Gemeinschaft, sondern die der gesamten deutschen Nation, wie sie vermeintlich in den Schützengräben erlebt worden sei. Nach diesem Vorbild konnten in Steinbergs Augen die Arbeitslager, mit denen der am 5. Juni 1931 eingeführte freiwillige Arbeitsdienst vorrangig zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gemeint war, die Egalisierung aller Glieder der Nation, unabhängig von religiöser, sozialer oder politischer Herkunft, bewirken.⁸¹ Sein Vorschlag hatte folglich nichts mit dem ausgrenzenden Begriff der rassischen Volksgemeinschaft im nationalsozialistischen Sprachgebrauch gemein.⁸²

⁷⁸ Sitzung des Landesjugendausschusses der deutsch-jüdischen Jugend im C.V. am 10. Januar 1932 in Essen. HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0325-0332, hier 0329.

⁷⁹ Ebda.

⁸⁰ Zur Liaison des Centralvereins mit dem deutschen Liberalismus, seinen Parteien und dem allgemeinen Verlust liberaler Werte bis 1932 siehe *Pulzer, Peter, Jews and the Crisis of German Liberalism*, in: Dokumentation eines internationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem LBI, London, Königswinter 1986, S. 124-141; zu den ideologischen Prämissen, die zur Adaption des Gemeinschaftsgedankens durch die autoritären Ideologien führten, siehe *Bracher, Karl-Dietrich, Zeit der Ideologien – Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1985, S. 77ff.

Mit dem Klischee der modernen „atomisierten Massengesellschaft“, die einer romantischen, Vorstellung vorgeblich intimer, mittelalterlicher Gemeinschaften gegenübergestellt wurde, setzte sich *Theodor Geiger* auseinander und präzisierte: „Nur im Bereich des *öffentlichen* Lebens ist die vielberufene Vermassung und Atomisierung eingetreten in dem Sinne, daß der Einzelne zu einer Nummer in Reih und Glied, einem Molekül im großen Haufen wird. Das gilt vor allem vom politischen und wirtschaftlichen Leben. [...] Auf einer anderen Ebene des gesellschaftlichen Daseins aber vollzog sich gleichzeitig eine gegenläufige Entwicklung. Ist das öffentliche Leben [...] unpersönlicher, massenhafter, so wurde das Privatleben entsprechend intimer. [...] Der Wahl des persönlichen Umgangskreises, der Gestaltung des häuslichen Lebensstiles, der Freizeitgestaltung sind keine institutionellen Schranken gesetzt.“ *Ders.*, *Die Legende von der Massengesellschaft*, in: *Trappe*, 1962, S. 174f.

⁸¹ Zur Idee der Arbeitsdienstpflicht, der Dominanz des Stahlhelms beim Aufbau des Netzes sowie zum tatkräftigen Befürworter, dem rheinischen Stahlhelm-Führer Heinrich Mahnken, siehe *Berghahn*, 1966, S. 232f.

⁸² Siehe hierzu *Thamer, Hans Ulrich, Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie*, in: *Gauger, Jörg-Dieter, Weigelt, Klaus* (Hg.), *Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation*, Bonn 1990, S. 112-127.

Von einer damit einhergehenden Forderung nach einem politischen Systemwandel war bei Steinberg ebenfalls keine Rede. Er behielt sich die Beantwortung der Frage nach dem der Egalität und Fraternität zugrunde liegenden staatlichen Ordnungsgefüge im Detail vor. Steinberg hatte nur die Bewegung an sich vor Augen. Aber wie es ihr – abgesehen einmal von dem Vorschlag der Arbeitslager – gelingen sollte, die Gesellschaft auf einer Massenbasis zu erneuern⁸³, um auf diese Weise dem eigenen Gefühl der Isolation zu begegnen, klärte er nicht. Steinbergs Begriffe von Volksgemeinschaft und Bewegung waren gefühlte, als solche diffuse Informationsträger, und deshalb schienen sie auch nützlich, denn der CV müsse „die moderne Kampfweise“⁸⁴ einführen.

4.2.1 Die Etablierung der CV-Jugend-Arbeitsgemeinschaften seit 1927

Das Bedürfnis und der Bedarf waren vorhanden, den CV von innen heraus zu reformieren. Der Anstoß dazu kam vonseiten des Nachwuchses, bei dem es schon länger gärte, wie Karl Löwenstein aus Aachen feststellte. Löwenstein plädierte daher am 19. Mai 1927 für eigene CV-Jugendgruppen, zumal die Deutsch-Jüdische Jugendgemeinschaft (DJJG) im Westen völlig unzureichend war. Ihm war

„hier im Westen nicht eine einzige derartige Ortsgruppe bekannt. Auch die wenigen, die bestehen, sollen zum Teil sehr schlecht sein. Die Gesamtzahl der dort organisierten Jugendlichen [...] beträgt 2000, während bei richtiger Arbeit die 20fache Zahl organisiert zu erfassen wäre. [...] Ich habe mich stets auf den Standpunkt gestellt, dass ich für die Gründung von Jugendgruppen des [C.V.] bin. Es wurden hiergegen verschiedene Bedenken geltend gemacht, die ich aber nicht für ausschlaggebend halte. Ein Bedenken liegt darin, dass die Jugend nicht geneigt sei, sich von Älteren führen zu lassen und dass der Abwehrkampf ihr nicht genüge. Diese Einwendung trifft zum grössten Teil heute nicht mehr zu. Soweit sie überhaupt damals zugetragen hat, handelte es sich um die allerjüngste Jugend bis zu etwa 20–22 Jahren, die in der ‚Jugendbewegung‘ organisiert war. Diese Stimmungen sind zum grössten Teil überwunden. Jedenfalls gibt es weite Kreise, die sich gerne einer Jugendgruppe des C.V. anschliessen würden. Eine derartige Jugendgruppe müsste allerdings neben dem Abwehrkampf auch die deutschjüdische Tendenz betonen. Es müsste ferner auch die ältere Jugend bis zu 30–35 Jahren erfasst werden. Dass diese Jugend für eine Abwehrkampfbestrebung zu haben ist, beweist der Erfolg des Frontbundes. Das Argument, dass hierdurch der zentralen Jugendbewegung Konkurrenz gemacht werde, halte ich nicht für ausschlaggebend. Wir haben unsere Spezialarbeitsgebiete. Wir müssten es unseren Mitgliedern zur Pflicht machen, in der neutralen Jugendbewegung mittätig zu sein. Wenn wir starke eigene Jugendgruppen haben, deren Mitglieder alsdann in der neutralen Jugendbewegung tätig sind, dann haben wir die Macht. Dann wird die neutrale Jugendbewegung uns gar nichts anhaben können,

⁸³ Vgl. *Arendt, Hanna*, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 7. Aufl., Frankfurt/M. 2000, S. 547. Zur Definition des Begriffs Bewegung als einer „dem Parteisystem [...] grundsätzlich andere[n] Organisationsform“ und als Ausdruck des Misstrauens gegen dieses siehe ebda., S. 531f.

⁸⁴ Sitzung des Landesjugendausschusses der deutsch-jüdischen Jugend im C.V. am 10. Januar 1932. HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0325-0332, hier 0329. Siehe überdies die Zusammenfassung des Vortrages ‚Der neue Nationalismus‘ von Ernst Plaut. HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0246-0250.

weil ihre Organisation ohne die Mitwirkung der bei uns organisierten Jugend nicht würde arbeiten können. Die ganze Schwierigkeit mit der neutralen Jugendbewegung haben wir ja gerade aus dem Grund, weil wir es bisher nicht verstanden haben, der neutralen Jugendbewegung entsprechend entgegenzutreten. Ich weise übrigens darauf hin, dass wir ja die Gründung von deutsch-jüdischen Arbeitsgemeinschaften durch die Ortsgruppen des C.V. beschlossen haben. Diese würden ja zum grössten Teil den Charakter von Jugendgruppen tragen. Unsere Aachener z. B. hat den Charakter einer Jugendgruppe. Die neutrale Jugendbewegung betrachtet sie nicht als Konkurrenz. Wir haben unter der Jugend durch diese Arbeitsgemeinschaft schon recht erhebliche Erfolge erzielt.“⁸⁵

Demnach bestand Bedarf an selbstständigen CV-Jugendgemeinschaft, die über die deklarierte neutrale Tendenz sowohl des Centralvereins als auch des neutralen Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands (VJJD) hinauszugehen hatte; zudem kamen aus anderen CV-Ortsgruppen – vornehmlich im Industriegebiet an Rhein und Ruhr – Klagen wegen des wachsenden zionistischen Einflusses in den so genannten neutralen Gruppen des Westdeutschen Landesverbandes im Verband jüdischer Jugendvereine Deutschlands, dessen Sitz in Düsseldorf zu finden war. Sein Vorsitzender war Rechtsanwalt Herbert Felsenthal (Düsseldorf 1902 – Bergen-Belsen 1945), Sohn des Vorsitzenden der CV-Ortsgruppe in Düsseldorf.⁸⁶

Der Einfluss des Vereins innerhalb des VJJD begann mancherorts zugunsten des zionistischen zu schmelzen. Zu dieser Entwicklung stellte die DJJG weder eine Alternative noch ein Gegengewicht dar, weshalb der CV-Hauptvorstand in seiner Sitzung vom 19./20. November 1927 einen von Vertretern des linksrheinischen und rheinisch-westfälischen Landesverbandes ausgehenden Antrag annahm.⁸⁷ Nach diesem

⁸⁵ HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1487, unpaginiert. Fast zeitgleich, am 12. Mai 1927, schrieb Rabbiner Felix Goldmann der Zentrale: „Die Erfahrungen, welche wir mit den ‚Kameraden‘ gemacht haben und die wir jetzt langsam mit der ‚Deutsch-jüdischen Jugendgemeinschaft‘ zu machen beginnen, zwingen zu der Überlegung, ob es nicht doch einmal notwendig sein wird, eine eigene Jugendorganisation zu gründen, welche einfach genannt wird ‚Jugendgruppen des Centralvereins‘. Mit den ‚Kameraden‘ ist es so gegangen, dass sie überall unser Geld genommen haben und nichts für uns getan haben. Ihre ehemaligen Mitglieder sind zum Teil unsere ärgsten Feinde geworden. Die Kameradenbewegung ist entweder im Kommunismus schärfster Observanz oder in der absolut egoistisch eingestellten deutschen Wandervogelidee gelandet. [...] Die Herrschaften lassen sich unsere Subventionen sehr gern gefallen, aber sie halten sich den Rücken durchaus frei, damit sie nach jeder Richtung hin sich entscheiden können.“ Ebd., unpaginiert.

⁸⁶ Zu den Klagen siehe den Bericht vom 17. November aus Oberhausen über die am 13. desselben Monats in Duisburg veranstaltete rechtsrheinische Jugendverbandstagung. HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1490, unpaginiert.

In gleicher Angelegenheit ging am 9. Januar 1928 ein streng vertrauliches Rundschreiben an die unteren CV-Instanzen. Darin hieß es mit Blick auf die zionistischen Einflüsse im Verband jüdischer Jugendvereine: „Diese Tatsache ist nur dadurch erklärlich, dass die Zionisten sich ihre Mitarbeit im Neutralen Verband Zeit und Arbeit kosten lassen, dass dagegen unsere Freunde ihre Mitgliedschaft sehr oft als einen äusseren Zustand auffassen, der von ihnen keine besondere Tätigkeit verlangt. Es ist Pflicht eines jeden C.V.ers, der dem Neutralen Verband angehört, sich bei aller Rücksicht auf die satzungsgemässe Neutralität des Verbandes in einer seiner inneren Überzeugung entsprechenden Form zu betätigen, schon um durch seine Mitarbeit zu verhindern, dass etwa die Arbeit im einseitigen Sinne ausgeführt wird.“ HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1490, unpaginiert. Siehe auch *Strauss, Herbert*, *The Jugendverband. A social and intellectual History*, LBIYB VI, 1961, S. 206-235; *Rinott, Chanoch*, *Major Trends in Jewish Youth Movements in Germany*, LBIYB XIX, 1974, S. 77-95.

⁸⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes am 19. und 20. November 1927. CAHJP P2/OR 24, S. 39. Siehe auch den in der Anlage 1 des Protokolls zu findenden Antrag, den Löwenstein, Alexander, Krombach und der Arzt Ludwig Tietz (1897–1933) unterschrieben. Tietz war stellvertretender Vorsitzender des CV und bis zu seinem frühen Tod führend im VJJD.

Antrag hatten die Landesverbände und Ortsgruppen erstens die dem CV nahestehenden Jugendlichen zu intensiver Mitarbeit in den Gliederungen des neutralen Verbandes jüdischer Jugendvereine Deutschlands anzuhalten; zweitens wurde es allen Ortsgruppen zur Pflicht gemacht,

„im Rahmen ihrer Ortsgruppenarbeit Arbeitsgemeinschaften zu gründen, die unter Leitung eines geeigneten[,] der Jugend nahestehenden Führers einen kleinen Kreis besonders jüngerer Mitglieder vereinigen. In den Arbeitsgemeinschaften sollen durch Referate über Broschüren des C.V., Aufsätze des ‚Morgen‘, Schriften, Zeitungsreferate usw. die Probleme von Deutschtum und Judentum theoretisch und in ihren praktischen Auswirkungen erörtert und die Mitglieder durch vorbereitete Diskussionen in Rede und Gegenrede geschult werden. Besonderer Wert ist auf die aktive Mitarbeit jedes einzelnen Mitgliedes der Arbeitsgemeinschaft zu legen.“⁸⁸

Vorreiter in der praktischen Umsetzung des Beschlusses war neben dem sächsischen Landesverband der rheinisch-westfälische Antragsteller selbst.⁸⁹ Am 4. März 1928 lud er zu einer Jugendtagung nach Essen ein. Die Einladungen gingen an 40 Vertreter von 19 Ortsgruppen, denen letztlich 34 Vertreter aus 15 Ortsgruppen folgten. Obwohl der Kreis ein ausgesuchter war, war er kein exklusiver, denn es fanden sich ebenso Gäste nicht präzisierter anderer Vereine ein. Ziel der Versammlung war die Fortentwicklung des CV vom Abwehrverein hin zu einer „Weltanschauungsgemeinschaft“⁹⁰ mit einer verjüngten Führung. Allerdings durfte die Besetzung etwaiger Exekutivposten durch den Nachwuchs nicht ad hoc und wenn, dann nur vereinzelt erwartet werden. Der Ruf der Jugend nach Verjüngung der CV-Führung war in den Leitungsetagen vernommen worden, wo man aber nicht bereit war, die Verjüngungsabsichten stringent umzusetzen. Krombach dazu:

„Wenn man vielfach im Auslande auch für die Besetzung wichtiger Posten im öffentlichen Leben von der Erreichung einer gewissen Altersgrenze absehe, so sei doch für die politische Arbeit reife Erfahrung nötig.“⁹¹

⁸⁸ Abschrift des Protokolls der Hauptvorstandssitzung vom 19./20. November 1927. HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1490, unpaginiert. Siehe zudem das Rundschreiben der Essener Geschäftsstelle an die Ortsgruppen und Vertrauensmänner des Landesverbandes vom 19. März 1928. Ebda., Akte 1492, unpaginiert.

Der Gedanke, die Jugend organisiert an den CV zu binden, schwelte schon länger. Am 26. Dezember 1926 tagte zum Thema ein Sachverständigenausschuss in Essen, der erst einmal ganz allgemeine Richtlinien für die Jugendarbeit aufstellte. Vgl. HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1507, Frame 0982f.

⁸⁹ Rundschreiben aus der Essener Geschäftsstelle vom 19. März 1928 an die Ortsgruppen und Vertrauensmänner des Landesverbandes. HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1492, unpaginiert.

⁹⁰ Niederschrift! Zu einer für Sonntag, den 4. März 1928 in Essen angesetzten Jugendtagung. HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1492, unpaginiert.

⁹¹ Zwölfseitiges Protokoll vom 9. März zur Jugendkonferenz vom 4. März 1928. Ebda., unpaginiert. [S. 2]

Dem Ton dieses Protokolls nach leisteten der CVer Rabbiner Hugo Hahn, der selbst im neutralen Jugendverband in Essen aktiv war, Herzfeld und Krombach sanfte Überzeugungsarbeit. Zur Diskussion stellte man etwa die Fragen, ob es überhaupt Sinn mache, „einen Central-Verein zur Abwehr der gegen uns Juden gerichteten Vorwürfe zu gründen und weiter zu führen? Wenn die Abwehr berechtigt und gut ist, dann gehe es nicht an[,] alles innerhalb des Judentums so schön zu färben, dass die Juden es nicht glauben und die anderen erst recht nicht. Das ewige Beteuern sei der grosse Fehler des C.V. Andere behaupten, man könne den Abwehrkampf führen, ohne als Jude zu den deutschen Dingen Stellung zu nehmen. Eine weitere Richtung erklärt, dass das nicht angängig sei. Sind alle Juden vom C.V. zu verteidigen[?] Soll die Verteidigung nur mit Worten geschehen

Praktisch bedeutete dies: Die Jugendvertreter waren in die Vorstände der Ortsgruppen hinzuzuwählen, „damit die Jugend auch den mit Recht geforderten Einblick in unsere Arbeit und ihren Anteil daran erhält.“⁹² Organisatorisch galt es, auf allen Vereinsebenen Jugendausschüsse einzusetzen, die miteinander kooperierten, um überhaupt einmal

„die allseits für notwendig erkannte Verbindung mit der Jugend zu haben. Die Zentrale hat den Jugendausschuss bereits gebildet; der Landesverband hat ebenfalls die Einrichtung eines solchen Organs beschlossen [...] Dementsprechend bitten wir Sie, auch für Ihre Ortsgruppe einen Jugendausschuss zu bilden [...] Nach dem Ergebnis der Aussprache ist es unerwünscht, neue vereinsmässig organisierte Gebilde ins Leben zu rufen; dagegen ist es erwünscht, ja sogar unbedingt nötig, dass um den Jugendausschuss herum sich eine Arbeitsgemeinschaft in ganz loser Form bildet.“⁹³

Auch der CV-Verwaltungsausschuss reagierte. Neben den Subventionen, die er weiterhin anderen deutsch-jüdisch gesinnten Vereinen gewährte, stellte er nun zudem ein Budget für die eigene Jugendarbeit bereit.⁹⁴ Die Notwendigkeit der Reform war erkannt, die Bereitschaft, sie auch umzusetzen, blieb lau.

Noch bevor der Hauptvorstandsbeschluss 1928 erging, hatte sich bereits im Verlauf des Winters 1927 in Essen eine CV-Jugendarbeitsgemeinschaft formiert, der sich die Funktionäre der Geschäftsstelle annahmen. Fortan boten sie regelmäßig, wahrscheinlich in einem vierzehntägigen Turnus, Abendveranstaltungen etwa zu den Themen ‚Zionismus und Nationaljudentum‘, ‚Ostjudenfrage in Deutschland‘, ‚Liberales Judentum‘, ‚Deutschtum und Judentum‘, ‚Judentum als Religion‘, ‚Der Anteil der Juden an der Wirtschaft‘ oder zu politischen Gegenwartsfragen mit Blick auf das Wahljahr 1928 an. Nicht vor dem 9. März 1928 übernahm dann der 1905 geborene Sohn des CV-Landesverbandsvorsitzenden seit 1928 ehrenhalber, Dr. Julius Herzfeld, Mitglied des KC und des neutralen VJJD, die Leitung des neuen Landesjugendausschusses.⁹⁵

oder auch durch körperliche Abwehr und wieweit ist dazu sportliche Ausbildung zu fördern[?] Endlich: wieweit ist Vertiefung in jüdischen Dingen zu fördern?“ [S. 5]

Die Aufgabe des Vereins war, das Rechtsbewusstsein zu schärfen und die Jugend in die Pflicht zu nehmen. Aber: „Für viele Juden in Deutschland ist die Frage des C.V. deshalb keine Frage, weil die Tatsache der Gleichberechtigung ihnen eine so große Selbstverständlichkeit geworden ist, daß sie in ihrem Optimismus glauben, daran könne nie mehr gerüttelt werden. Psychologisch sei die Abneigung Jugendlicher gegen den C.V. darauf zurückzuführen, daß seine Arbeiten vielfach nur als juristische angesehen würden. Das Rechtsbewußtsein hat gerade in weitesten Kreisen der Jugend Not gelitten. [...] In jugendlichen Menschen muß das Bewußtsein von der Unantastbarkeit und Heiligkeit des Rechtes wieder geweckt werden. Auch für diese ideelle Arbeit des C.V. sei die Jugend zu gewinnen.“ [S. 8]

Anwesend waren Teilnehmer aus Bochum, Duisburg-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hagen, Hamborn, Herne, Iserlohn und Recklinghausen.

⁹² CV-Landesverband Rheinland-Westfalen. An die Ortsgruppen und Vertrauensmänner unseres Landesverbandes, 19. März 1928. HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1492, unpaginiert. [S. 1]

⁹³ Ebda. [S. 2]

⁹⁴ Vgl. den Bericht über die Sitzung des Jugendausschusses am Sonnabend, den 23. März 1929. Ebda., Akte 1495, unpaginiert. Nach diesem Bericht sahen die Chancen zu diesem Zeitpunkt gut aus, einen Etat in Höhe von 10.000 Reichsmark zu erhalten. Die anwesenden Jugenddezernenten aus dem Reich hatten ursprünglich eine um ein Drittel höhere Summe beantragt.

⁹⁵ Vgl. das zwölfseitiges Protokoll vom 9. März zur Jugendkonferenz vom 4. März 1928. Ebda., Akte 1492, unpaginiert. [S. 10] In dieser Akte findet sich eine Liste der mehrheitlich aus dem rheinisch-westfälischen Verband kommenden Mitglieder des Ausschusses. Eine weitere Liste, die 35 Mitglieder des Jugendausschusses Rheinland-Westfalen auflistet, stammt vom 24. April 1929 und findet sich ebda., Akte 1495, unpaginiert. Während zu diesem Zeitpunkt Julius Herzfeld noch als

Zu den weiteren Ortsgruppen des Vereins, die, soweit sie ausgemacht werden konnten, unmittelbar auf die Entschließung zur Gründung von Jugendarbeitsgemeinschaften im CV reagierten, zählte im März 1928 Lünen. Die dortigen rund 20 Jugendlichen gehörten zuvor keiner Jugendgruppe an. Der seit 1926 amtierende Ortsgruppenvorsitzende, Lehrer Louis Meyer, konnte daher leicht alle zwei Wochen eine Zusammenkunft arrangieren. Darüber hinaus hatten Jugendliche zumindest ein Gastrecht in den Vorstandssitzungen der Ortsgruppe.⁹⁶

Einem identischen Rhythmus folgte die am 7. Januar 1929 gegründete Arbeitsgemeinschaft in Duisburg mit rund 50 Mitgliedern zwischen 18 und 25 Jahren. Dort hingen die Fahnen von vornherein niedrig, denn ihr Obmann, Erich Leeser, wollte seine Schar überhaupt erst einmal „mit dem Ziel und den Aufgaben des C.V. näher vertraut [...] machen.“⁹⁷

Ungleich schwieriger war die Etablierung einer Jugend-AG in Düsseldorf. Herbert Felsenthal warnte im Dezember 1929 vor einer entsprechenden Gründung⁹⁸ angesichts des Bestehens seines staatlich subventionierten neutralen Jugendverbandes, der fester Bestandteil der Düsseldorfer Synagogengemeinde war.⁹⁹ Da der CV aber diese Warnung ignorierte, kam es auf der Gründungsversammlung der Jugendgruppe am 10. März 1930 unter den rund 50 anwesenden Schülern und Jugendlichen zu Störungen. Die anwesenden Mitglieder des neutralen VJJD betonten, ihre Plattform reiche völlig aus, um gezielte Abwehrarbeit im Sinne des Vereins zu leisten, zumal sie auch unparteiisch und somit unter Einschluss der Zionisten auf einer breiteren Basis arbeite.¹⁰⁰ Drei Wochen später hatte die AG unter der Leitung des Gerichtsreferendars Fritz Meyerhoff die prozionistische Opposition in der AG ausgeschaltet. Um die eigene Jugendarbeit effizient zu gestalten, verzichteten die Düsseldorfer auf eine neutrale

Vorsitzender fungierte, löste ihn Kurt Steinberg spätestens Anfang 1931 ab. Das geht aus einer Vorstandsliste des Jugendausschusses vom 1. Februar 1931 hervor. Vgl. ebda., Akte 1531, Frame 0517.

⁹⁶ Vgl. HM2 8715, Osoby 721 I, Akte 928, Frame 1489f. Zu dem 1865 in Lünen geborenen Louis Meyer, der rechtzeitig fliehen konnte, siehe Geschichte der Juden in Lünen, hg. von der Stadt Lünen, Lünen 1988, S. 33, 227.

⁹⁷ Leeser informierte Berlin am 20. Juli 1929 über die Gründung. Er zeigte sich überaus geneigt, das vorgeschlagene Arbeitsprogramm für den kommenden Herbst von der Geschäftsstelle absegnen zu lassen. Das Programm selbst hatte einen historisch-biografischen Schwerpunkt, wenn etwa die Geschichte der Juden in Deutschland, das Wirken Moses Mendelssohns, Riessers und Rathenaus im Mittelpunkt standen. Vgl. HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1497, unpaginiert. Eine Liste vom 12. November 1929 der elf interessantesten und aktivsten Mitglieder für die in der Zentrale geführte Jugendkartothek, zu denen drei Frauen zählten, befindet sich in: HM2 8829, Osoby 721 I, Akte 3461, Frame 0436. Bis 1930 hatte sich die Zahl der AG-Mitglieder in Duisburg auf 30 reduziert. Vgl. HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1514, Frame 1392.

⁹⁸ Vgl. das Schreiben Herbert Felsenthals an Alfred Hirschberg vom 4. Dezember 1929. HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1507, Frame 0986. Hirschberg war Vorsitzender des Reichsjugendausschusses des Vereins.

⁹⁹ Siehe die Korrespondenzen aus dem Jahr 1930 gelegentlich des Antrages auf Gewährung einer Subvention in Höhe von 1.500 RM für Freizeitveranstaltungen und Schulungskurse beim Preußischen Minister für Volkswohlfahrt. HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1501, Frame 0506ff.

¹⁰⁰ Referendar Fritz Meyerhoff an den Jugendausschuss des Vereins in Berlin am 20. März 1930. HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1507, Frame 0972. Kurz darauf wurde in München anlässlich einer Tagung des neutralen Jugendvereins „als erste Hauptaufgabe der Kampf gegen den Nationalsozialismus proklamiert.“ Ebda., Akte 1514, Frame 1393.

Position, konkret auf die Hinzuziehung politisch anders orientierter Jugendlicher.¹⁰¹ Diese CV-Gruppe schrumpfte hierauf auf fünfzehn Jugendliche, die sich vierzehntägig zu Vorträgen und Aussprachen trafen.¹⁰²

In Dortmund wurde der Bestand des örtlichen Ablegers des Verbandes jüdischer Jugendvereine Deutschlands zu Beginn des Jahres 1931 durch die Gründung der CV-Arbeitsgemeinschaft gefährdet. Sie hatte umgehend damit begonnen, sich in die Angelegenheiten des neutralen Verbandes einzumischen. Der CVer Kurt Stern nahm sich dem an, weil der VJJD in Dortmund eindeutig unter zionistischem Einfluss stehe. Unmittelbar nach Bekanntwerden der als Provokation empfundenen AG-Gründung durch den CV drohte der 31-jährige Rabbiner Kurt Wilhelm, der sein Amt zwei Jahre zuvor angetreten hatte und 1937 nach Palästina auswandern sollte¹⁰³, mit der Gründung einer eigenen zionistischen Jugendgruppe. Geschäftsführer Waldstein, Essen, empörte sich nun seinerseits über diese vermeintliche Dreistigkeit,

„dass das Hineintragen zionistischer Bestrebungen in bestehende neutrale Organisationen zielbewusst von anderer Seite und zwar auf Anweisung von Berlin aus erfolgt.“¹⁰⁴

Waldsteins Empörung war zweifellos echt, denn die bestehenden Ortsgruppen des neutralen VJJD in Rheinland und Westfalen standen dem CV nahe. Deshalb hätten nach einer Analyse im Verein vom 19. April 1929 selbst „ängstliche Gemüter irgendwelche Störung der Verbandsarbeit nicht zu befürchten.“¹⁰⁵

Dass der CV hinsichtlich seiner Jugendarbeit und seines Verhältnisses zum Jugendverband generell keine klare Linie verfolgte, zeigt das folgende Schreiben, in dem sich der CV keinesfalls als Konkurrent missverstanden wissen wollte. Scheinbar dachten die CV-Verantwortlichen

„natürlich keinen Augenblick daran, durch eine ausgesprochene Werbearbeit im Verband [jüdischer Jugendvereine Deutschlands] Ihnen Schwierigkeiten zu machen oder innerjüdische[...] Konflikte bei Ihnen wachzurufen. Wir möchten vor allem eine Form finden, durch die Ihre Freunde an der Mitarbeit in Ihrem Verband in keiner Weise gehindert werden, umgekehrt aber wir diejenigen Kräfte auch rein zahlenmässig erhalten, auf die wir Anspruch haben dürfen. [...] Ein Zusammenschluss der auf C.V. Boden stehenden Verbandsfreunde in eigenen Zirkeln kommt natürlich nicht in Frage.“¹⁰⁶

¹⁰¹ Vgl. ebda., Akte 1507, Frame 0962.

¹⁰² Vgl. ebda., Frame 0957, 0959f.

¹⁰³ Vgl. *Jospe Alfred*, Biographies of the Students and Graduates, in: *Kisch, Guido* (Hg.), Das Breslauer Seminar. Jüdisch-Theologisches Seminar (Fraenkelsche Stiftung) in Breslau 1854–1938, Tübingen 1963, S. 440.

¹⁰⁴ Waldstein am 13. März 1931 an Berlin. HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1507, Frame 0940. Im Gegensatz zu Duisburg beschäftigten sich die beachtlichen rund 80 Mitglieder der AG des CV in Dortmund mit tagespolitischen Fragen. Vgl. ebda., Frame 0938f.

¹⁰⁵ Hirschberg an Hugo Hahn am 19. April 1929. HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1495, unpaginiert.

¹⁰⁶ Ebda. Es handelte sich dabei um die Bekräftigung eines Ende Dezember 1926 verfassten Beschlusses im Verein, nach dem „zwischen dem C.-V. und dem Verbands der jüdischen Jugendvereine Deutschlands [...] ein unbedingt reibungsloses und vertrauensvolles Verhältnis anzustreben [ist]. [...] Hierzu ist offiziell kommentiert worden, daß zur Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen auch gehört, an solchen Orten keine besonderen C.V.-Jugendgruppen zu gründen, an denen eine derartige Gründung überflüssig ist, weil innerhalb der Ortsgruppen des Jugendbundes Gewähr dafür besteht, daß die Wünsche unserer Freunde berücksichtigt werden, oder weil die Zahl der in Betracht kommenden Jugendlichen so gering ist,

Der CV lavierte zwischen dem zweifelhaften Respekt gegenüber dem Neutralitätsanspruch des VJJD und seinem eigenen Neutralitätsanspruch, der sich aber nicht mit seinem deutsch-jüdischen Missionseifer vertrug. Vor diesen Vorzeichen blieben die Ableger des neutralen VDJJ weiterhin geeignete Sammelbecken unterschiedlicher ideologischer Einflussbemühungen.

Die Vehemenz der Auseinandersetzung in Dortmund war dabei besonders krass und in dieser Form lokal einzigartig. Bald war diese Rivalität entschieden. Ernst Plaut teilte am 24. Februar 1932 seinen Eindruck der Zentrale mit, wonach „die Probleme des Zionismus, wie der Unterzeichnete schon seit längerem im Bezirk fest[zu]stellen geneigt ist, keinerlei Attraktion auf die jüdische Jugend mehr ausüben.“¹⁰⁷

Die Existenz des neutralen Verbandes jüdischer Jugendvereine Deutschlands hemmte die sich parallel zu ihm etablierenden Jugendarbeitsgemeinschaften des Centralvereins folglich nicht allzu sehr. Den CV-Gruppen gelang es aber nicht, ein Netzwerk zu bilden, etwa indem sie Verbindungen mit „der Jugendbewegung des Zentrums, der SPD und anderer Parteien“¹⁰⁸ herstellten. Und überhaupt war es im Sommer 1931 für den CV noch viel zu früh,

„ein Urteil über seine neu gegründeten Jugendgruppen abzugeben oder etwa von der Centrale aus gegen diese Gruppen einzuschreiten. Die Gründung der sogenannten C.V. Jugendgruppen erfolgte meist spontan aus der Lage und Stimmung gewisser Ortsgruppen heraus.“¹⁰⁹

daß eine Neugründung faktisch eine Auflösung oder Sprengung der Jugendbundgruppen im Gefolge haben würde.“ Schreiben Alfred Hirschbergs an Assessor Dr. Selo, Düsseldorf, vom 18. Dezember 1929. HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1507, Frame 0981. Der Beschluss erfolgte am 26. Dezember 1926 in Essen und wurde später vom Hauptvorstand gebilligt. Vgl. ebda., Frame 0982f.

¹⁰⁷ HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 173, Frame 0426. Wie bereits erwähnt, erfasste Jeanette Wolff in Borken und Umgebung rund 30 Jugendliche, die sie allerdings als Ortsgruppe des neutralen Jugendvereins aufbaute. Vgl. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 377, Frame 0348.

In Bochum fand die Gründungsversammlung der deutsch-jüdischen Jugend-AG am 30. Juni 1931 statt. Knapp 30 Jugendliche wurden vom Ortsgruppenvorsitzenden Dr. Alfred Mayer geleitet, der den Vorsitz dann an Bruno Rosenberg abgab. Vgl. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 380, Frame 0556. Siehe auch HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0467. Nach einem Bericht des Jahres 1932 hatte die Bochumer AG in den Sommermonaten Wanderungen und Vorträge veranstaltet. Vgl. HM2 8845, Osoby 721 I, Akte 250, Frame 4051.

In Gelsenkirchen gelang es ebenfalls im Sommer 1931, eine Arbeitsgemeinschaft zu formieren, an deren Veranstaltungen durchschnittlich zehn Mitglieder teilnahmen. Die AG wurde von Referendar Baruch geleitet, der Anfang 1932 wegen seiner Promotion nach Bonn verzog. Den Vorsitz der AG übernahm der Schwager Hans Reichmanns, Rechtsanwalt Dr. Grünpeter, der sich auch in der Schächtfrage exponierte. Vgl. HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0387, 0319. Siehe auch Kapitel 7 dieser Arbeit.

In der unter dem Vorsitz Walter Ostwalds stehenden Ortsgruppe Münster gelang es im Dezember 1931, 14 jugendliche Angestellte zu binden, die die Höhe ihrer Beiträge selbst einschätzen durften. Vgl. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 173, Frame 0448f.

In Paderborn war die Anzahl der Jugendlichen zu gering, um eine eigene AG zu formieren, weshalb sich ein Vertrauensmann in dem dortigen jüdischen Jugendverein im CV-Sinne betätigte. Außerdem bestanden nachweislich AGs in Herne, Oberhausen und Wuppertal. Vgl. ebda., Frame 0312f., 0325ff.

¹⁰⁸ Alfred Wiener intern am 31. Mai 1929 an Alfred Hirschberg aufgrund der Kritik anlässlich der kurz zuvor veranstalteten Landesverbandstagung in Essen. HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1495, unpaginiert. Die Gruppen scheinen überwiegend mit sich selbst beschäftigt gewesen zu sein, denn dieser Hinweis ist der einzige seiner Art, der ermittelt werden konnte.

¹⁰⁹ Holländer am 23. Juli 1931 an Herbert Felsenthal. HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0429.

In der obersten Vereinsetage herrschten immer noch Vorbehalte und Misstrauen gegenüber den Arbeitsgemeinschaften. Demgegenüber bemühten sich wenigstens die Verantwortlichen im rheinisch-westfälischen Verband, den Aufbau der Jugend-AGs konsequenter als zuvor und im Übrigen auch konsequenter als die Frauen-AGs voranzutreiben. Zu diesem Zweck fanden sich die Obmänner der Arbeitsgemeinschaften vom 11. bis 12. Juli 1931 zu einer Jugendführertagung auf der Burg Altena ein.¹¹⁰ Sie waren mit dem festen Willen erschienen,

„die begonnene Arbeit im Bezirk des Landesverbandes auszudehnen und neue Grundlagen für ihre Vertiefung zu schaffen [...], die uns gesinnungsmäßig nahestehende Jugend zu erfassen, als deutschjüdische Menschen zu festigen und durch lebendige Mitarbeit jugendlicher Kräfte den C.V. zu verjüngen.“¹¹¹

Die wichtigsten Vortragsthemen berührten ausnahmslos Gegenwartsprobleme, wenn die ‚Stellung der Juden in der deutschen Umwelt, zum Judentum und in der Wirtschaft‘ zur Debatte stand. Auf der Suche nach einem eigenen Standort in jedem nur denkbaren Lebensbereich deutscher Juden war allein ein Aspekt klar: Der Wille, ihren Erhalt in Deutschland zukünftig zu gewährleisten. Bezeichnenderweise war es eine Abgesandte aus Berlin, Eva Reichmann-Jungmann, die eben diesen Schlussakkord während der Jugendversammlung unter dem Motto ‚Die jüdische Zukunft der deutschen Juden‘ setzte.¹¹² Dieser Wille war im Verein fest verankert und sollte sich dank der eigenen grundlegenden Prinzipientreue auch nach der Regierungsübernahme Hitlers noch eine ganze Weile halten. Von der Burg Altena schied man indes in dem Wunsch, „daß die spätere Auswirkung nicht hinter dem gegenwärtigen Erfolg zurückbleiben möge.“¹¹³

Einige Monate später, am 28. August 1931, beurteilte Plaut die seit der Zusammenkunft auf der Burg Altena gemachte Entwicklung der Jugendarbeit im Verbandsbezirk als befriedigend.¹¹⁴ Auf der Landesjugendausschusssitzung am 10. Januar 1932 zeigte sich dann aber, welche Folgen die konzessive Haltung in der Jugendarbeit des Vereins hatte. Die Ende 1927 angegangene Reform verlangte nun ihrerseits nach Reformen. Der Obmann des rheinisch-westfälischen Jugendausschusses, Steinberg, konstatierte die Ineffizienz der nur lose arbeitenden AGs, beantragte sodann zweierlei und begründete abschließend:

„Es haben sich starke Mängel der Arbeit gezeigt. Die Mitglieder sind nicht fest genug gebunden, der Einzelne spürt keine Verpflichtung. [Steinberg] bittet um Verbesserungsvorschläge und stellt und begründet zwei Anträge.

- 1.) ‚Die Mitgliedschaft im C.V. ist Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft‘. Der Sinn der A.G. sei, über die neutrale Tendenz hinauszukommen. Die nach aussen sichtbare konkrete Folgerung unserer Bindung und des Bekenntnisses zum C.V.-Gedanken sei der Eintritt in den C.V. Durch Kritik

¹¹⁰ Vgl. HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0428. Siehe auch HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1415, Frame 1470.

¹¹¹ CVZ, Die Tagung von Altena. Vom rheinisch-westfälischen Landesjugendausschuß des C.V., Nr. 33, 14. August 1931, S. 409.

¹¹² Vgl. ebda.

¹¹³ Ebda.

¹¹⁴ Vgl. den Bericht an Berlin. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1415, Frame 1470.

von aussen könne nichts erreicht werden. Der C.V. wird unseren Wünschen aufgeschlossen sein, wir haben die Möglichkeit, in die Vorstände gewählt zu werden.

- 2.) Der Landesjugendausschuss muss durch festere Form in ein beschlussfähiges Gremium umgewandelt werden. Jede Arbeitsgemeinschaft stellt einen Vertreter, möglichst den Leiter. Jede Gruppe hat eine Stimme. Durch besonderen Antrag kann ein jugendliches Mitglied einer C.V. Ortsgruppe, in der keine Jugendarbeitsgemeinschaft ist, hinzugewählt werden.“¹¹⁵

Während der zweite Antrag widerspruchslos durch Akklamation angenommen wurde, entbrannte unter den anwesenden Mitarbeitern der AGs aus dem rheinisch-westfälischen Landesverband eine langatmige Diskussion, an deren Ende eine Kompromisslösung stand, die lautete:

„Der Landesjugendausschuss empfiehlt den einzelnen Arbeitsgemeinschaften, ihre Mitglieder möglichst bald in ein Mitgliederverhältnis zum C.V. zu überführen. Der Obmann jeder Gruppe muss Mitglied des C.V. sein.“¹¹⁶

Es fehlte folglich manchem Teilnehmer der AGs die nötige Bindungsbereitschaft. Ohne ein klares Bekenntnis zum CV war man kaum in der Lage, identitäts- und gemeinschaftsstiftend zu wirken. Denjenigen, die sich nicht durch den Erwerb der Mitgliedschaft binden lassen wollten, war zudem die Möglichkeit verwehrt, das aktive sowie passive Vereinswahlrecht in Anspruch und damit unmittelbaren Einfluss auf die Vereinspolitik zu nehmen. Die Jugendarbeitsgemeinschaften des CV behielten letztlich ihren zwanglosen, unverbindlichen Charakter.

Am 31. Januar 1932 trafen sich die Vertreter der CV-Jugend aus den Provinzen in Berlin zu einer Reichsjugendkonferenz, auf der Steinberg und Plaut die Gruppen des rheinisch-westfälischen Landesverbandes vertraten. Es war dieselbe Versammlung, auf der Steinberg die einleitend genannte Forderung nach Intensivierung des deutsch-jüdischen CV-Gedankens erhoben hatte, da für ihn der Verein wegen seiner Kompromisshaftigkeit mitverantwortlich für die bis dahin unter den Jugendlichen herrschende geistige Orientierungslosigkeit war. Zugleich gestand Steinberg, den Verantwortlichen der AGs sei ihrerseits ebenso wenig gelungen, die wenigen Arbeitsgemeinschaften attraktiv zu profilieren. Zu Steinbergs Bedauern herrschte

„in weiten jugendlichen Kreisen noch immer ein Horror vor dem C.V. ‚Als junger Mensch C.V.er sein – unmöglich!‘ Die deutsch-jüdischen Gruppen [...] haben daher auch den Zweck, als *Kristallisationspunkte* zu dienen. Die jüdische Jugend muß immer wieder vor Augen geführt bekommen, daß überhaupt junge Menschen wie sie hier arbeiten, und sie muß – mitmachen. Auf die Größe der Arbeitsgemeinschaften kommt es daher vorerst nicht an. [...] Das *Arbeitsgebiet* ergibt sich [...] von selbst: Rein jüdische Themen jeder Art, auch ohne Beziehung zum politischen Kampf, müssen einen

¹¹⁵ Sitzung des Landesjugendausschusses der deutsch-jüdischen Jugend im C.V. am 10. Januar 1932. HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0325-0332, hier 0327.

¹¹⁶ Ebda., Frame 0330. Während zu den Befürwortern des Steinberg'schen ersten Antrages Baruch (Gelsenkirchen), Stein (Münster) und Sternberg (Essen) gehörten, behaupteten andere, die Mitgliedschaft im CV dürfe als Voraussetzung für die Mitarbeit in den erzieherisch tätigen Arbeitsgemeinschaften nicht a priori verlangt werden. Ein Kollektivbeschluss würde, wie man etwa für Wuppertal erwarten musste, die AG gefährden. Hemmend würden ebenfalls die damit notwendigerweise verbundenen Beiträge wirken, die viele Jugendliche nicht aufbrächten. Außerdem befürchteten die Gegner des Antrags Zersplitterung innerhalb der deutsch-jüdischen Jugend.

großen Raum einnehmen [...] Daneben werden deutsch-jüdisch[e] politische Themen zu behandeln sein.“¹¹⁷

Er forderte den Ausbau des Netzes der Arbeitsgemeinschaften,

„um die immer weitere Abwanderung der jüdischen Jugend – entweder ihr Aufgehen in Indifferenz und Gleichgültigkeit oder ihren Anschluß an Bewegungen, die sie dem deutsch-jüdischen Gedanken oder sogar dem Judentum überhaupt entziehen – zu hemmen. [Es] müssen deutsch-jüdisch betonte Gruppen ins Leben gerufen werden, Gruppen, die auch politisch arbeiten auf Grund politischer Bindung. In den Zeiten, wo der Einzelne nichts, das Kollektiv in irgend einer Form alles gilt, muß sich auch die deutsch-jüdische Jugend ihre Gruppe schaffen. Der Einzelne braucht einen Halt. Die neutralen Vereine reichen hier nicht aus. Bei aller Wertschätzung der ‚gesamtjüdischen Haltung‘ bringt uns heute der liberalistische Grundsatz ‚gewollte Neutralität bis zur eigenen Entscheidung‘ nicht mehr allein zum Ziel. Bei der heutigen Generation ist der spätere Beitritt zum C.V. nicht mehr eine Selbstverständlichkeit, sondern eine bewußte politische Entscheidung.“¹¹⁸

Diese Entscheidung hatten bis Ende November 1932 nur wenige Jugendliche getroffen. In diesem Monat trafen sich die Mitarbeiter der aktivsten Arbeitsgemeinschaften des rheinisch-westfälischen Landesausschusses aus Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen und Herne. Der Vertreter aus Oberhausen wurde auf der Sitzung vermisst. Das Fazit für die Arbeit in Bochum war gut. Dortmund ließ hoffen, nachdem Arnold Gans die AG übernommen hatte. In Duisburg ruhte die Arbeit zeitweise, weshalb Plaut und Steinberg entsandt werden sollten. In Essen konnten die Schulungen effizient durchgeführt werden, weil die AG klein war, und die Oberhausener AG erhielt als einzige Spitzennoten. Ostentativ verzichteten die Anwesenden für die Winterarbeit darauf, Impulse für etwaige Neugründungen zu geben. Steinberg wollte überhaupt keine Massenbasis errichten. Seiner Ansicht nach war ein kleiner, wohl arbeitender Jugendkreis nutzbringender für die unumstößliche Verankerung des deutsch-jüdischen Gedankens. Außerdem entsprach dieses bescheidene Vorgehen zum einen den Vereinsvorgaben, zum anderen der ohnehin im CV anzutreffenden Tendenz zu elitärer Kaderbildung und endlich den begrenzten Umsetzungsmöglichkeiten. Noch etwas schimmerte durch den Sitzungsbericht hindurch. Die AGs harrten vergeblich der Unterstützung Berlins¹¹⁹, der Reichsjugendausschuss des Centralvereins überließ die Jugendarbeitsgemeinschaften in der Provinz zeitweise sich selbst. So beklagten am 12. August 1932 die Obmänner Kurt Steinberg vom Landesjugendausschuss Rheinland-Westfalen und Ernst Stillmann, Obmann des Rheinischen Landesjugendausschusses, das Ausbleiben der Jugendbeilage der CVZ. Angesichts der Bedeutung, die ihr für die Jugendarbeit vor allem in den Provinzen beigelegt wurde, hatte die Berliner Zentrale wenigstens für ein regelmäßiges Erscheinen zu sorgen.¹²⁰

¹¹⁷ Kurt Steinberg, Deutsch-jüdische Jugendarbeit im C.V. (Zur Reichskonferenz am 31. Januar 1932 in Berlin). Ebda., Frame 0298f.

¹¹⁸ Ebda., Frame 0297.

¹¹⁹ Vgl. Sitzung des Landesjugendausschusses am 27. November 1932. Ebda., Frame 0263f.

¹²⁰ Vgl. ebda., Frame 0268f.

4.2.2 Verband nationaldeutscher Juden in Aachen

Wenige Belege fanden sich für ein gemeinsames Vorgehen beider CV-Landesjugendausschüsse für die Zeit vor 1933, zumal auch die Jugendarbeit im Landesverband Rheinland im Vergleich zum rheinisch-westfälischen Verband kaum zu rekonstruieren ist. Zumindest aber bestanden Kontakte zwischen den beiden Landesausschüssen, da Fritz Meyerhoff, Düsseldorf, ansonsten nicht am 20. März 1930 vorgeschlagen hätte, „innerhalb des rheinisch-westfälischen Gebiets, Köln eingeschlossen, eine Zentrale für die Jugendarbeitsgemeinschaften“¹²¹ zu schaffen. Auch funktionierte der Austausch von Rednern, wie es etwa dem für den 19. April 1931 vorliegenden Protokoll einer Jugendausschusssitzung in Köln zu entnehmen ist.¹²² Danach besetzte als erster Marcel Meyer aus Koblenz das Amt des Obmanns im linksrheinischen Landesverband. Der DJJGler Curt Braun, Köln, folgte ihm. Anschließend hatte es Ernst Stillmann aus Gladbach-Rheydt inne. Die Fluktuation der Obmänner im linksrheinischen Verband war innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes auffallend hoch, denn schon im November 1932 hieß der neue Ansprechpartner Walter Loeb aus Köln.¹²³ Demzufolge dürften bis dahin in Köln, Gladbach-Rheydt, Koblenz und – wie bereits angedeutet – in Aachen eigene Gruppen bestanden haben. Wie im Nachbarverband konnten diese wenigen AGs also vornehmlich in Städten mit einer hohen jüdischen Bevölkerungsdichte gegründet werden. Im April 1931 reifte dann der Plan, den linksrheinischen Ausschuss in Bälde zu erweitern, und zwar um Vertreter der Jugend aus den vielen Mittel- und Kleinstädten.¹²⁴ Der Aufbau verlief schleppend, weil es vor allem „an geeigneten Leuten und wohl auch an allgemeinerem Interesse“¹²⁵ fehlte.

Das südliche linksrheinische Rheinland vernachlässigend, machte sich Stillmann erst einmal nach Krefeld auf, um die dortige Jugend für den CV zu gewinnen. Ebenfalls im Januar 1932 wurde in Gladbach ein erster Annäherungsversuch zwischen CV und der dort ansässigen jüdischen Jugend in Form eines „Anti-Diktaturabends“¹²⁶ unternommen. Anderenorts geschah überhaupt nichts,

„einmal, weil die Leute zu einer aktiven Arbeit fehlen, zum anderen, weil wir erst Erfahrung sammeln und nicht die vorhandenen Kräfte zersplittern wollen. Etwas erfreulicher und reger als der allgemeine Bericht über die C.V. Jugendarbeit im Landesverband ist die Lage in Köln selbst.“¹²⁷

¹²¹ HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1507, Frame 0972. Der in Berlin begrüßte Vorschlag konnte wegen technischer und personeller Hindernisse nicht umgesetzt werden. Vgl. ebda., Frame 0969. Erst mit der Gründung des BDJJ im Dezember 1933 kam es zu einer Fusion, worauf weiter unten zurückgekommen wird.

¹²² Vgl. ebda., Akte 1512, Frame 1288.

¹²³ Vgl. ebda., Frame 1234.

¹²⁴ Vgl. ebda., Frame 1288.

¹²⁵ Curt Braun an Hirschberg am 20. Januar 1932. Ebda., Frame 1263.

¹²⁶ Ebda.

¹²⁷ Ebda. Der Bericht ist nicht vollständig, denn Eugen Jacobi gab Unterstützung. Gelegentlich der Bezirkstagung Westerwald am 31. Januar 1931 unternahm er Anwerbungen unter den dortigen Jugendlichen. Die Voraussetzungen seien günstig, dass sich in absehbarer Zeit eine „jugendliche Abwehrgemeinschaft“ bilden würde. HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 278, Frame 0958.

Nur in Köln war es bis dahin gelungen, eine Arbeitsgemeinschaft speziell für junge Angestellte zu organisieren. Trotz großer Defizite wirkten die Arbeitsgemeinschaften vereinzelt doch im Sinne des CV.

1927 sahen die Aussichten für die Jugendarbeit des Vereins nach der bereits erwähnten Auskunft Karl Löwensteins für den linksrheinischen Verbandsbezirk viel versprechend aus. Nach ihm hätte der CV die fehlende organisatorische Präsenz der DJJG kompensieren und den bis dahin vernachlässigten Bedarf vor allem an jüdischen Themen decken können. Wegen etwaiger weiterer Zersplitterungen innerhalb der ohnehin fragmentierten Jugendgruppen machte sich zumindest Löwenstein keine Sorgen. Es gab noch andere Aachener CVer, etwa Siegfried Mayer, die schon 1926 vom Verein verlangten, „durch vermehrte Schaffung von C.V.-Jugendgruppen mehr noch als bisher für den Nachwuchs“¹²⁸ zu sorgen. Mayer unterschied sich nicht allein im unnachgiebigeren Ton von Löwenstein. Er brachte zudem einen für Aachen neuen Aspekt zur Sprache, den Löwenstein im darauf folgenden Jahr wahrscheinlich begründet ausließ. Mayer verlangte mehr Aktionismus seitens des Vereins, weil die zionistische Gefahr für ihn eindeutig zu identifizieren war:

„Es ist dies nicht das erste Mal, dass hier zionistische Redner in ihren Referaten, die mit parteipolitischer Einstellung in gar keinem Zusammenhang stehen, dennoch ihre parteilichen Ideale zum Ausdruck bringen und so [in] den jugendlichen Zuhörern die Vorstellung erwecken müssen, als ob alle Errungenschaften der Kultur und jüdischer Menschen insbesondere ihren Ursprung in zionistischer Weltanschauung nähmen. So lässt sich nicht leugnen, dass in Gemeinden, in denen die Älteren treue Anhänger der C.V.-Ideen sind, die Jugend durch eifrige Tätigkeit zionistischer Jugendgruppen dem Zionismus in die Arme getrieben wird. Dabei sind es sicherlich nicht die minderwertigen Elemente der Jugend, die von früh auf gewillt sind, sich über jüdische Fragen zu informieren.“¹²⁹

In Aachen erreichte allerdings die Werbekraft des Zionismus unter der jüdischen Jugend überhaupt nicht den von Mayer dargestellten Bedrohungsgrad, womöglich dank der frühen AG-Gründung.¹³⁰ Löwenstein begrüßte diesen Umstand. Anfang 1928 teilte er Berlin mit,

„dass der Geist der Jugend in Wirklichkeit ein ganz anderer ist [...] Ich habe im Gegenteil die Erfahrung gemacht, dass gerade die Jugend zum grössten Teil viel radikaler ist als die [Ä]lteren. Jedenfalls kann ich Ihnen nur bestätigen, dass die einzigen Vertreter Naumann'scher Richtung hier in Aachen unter der Jugend zu finden sind und dass auch die hiesige Arbeitsgemeinschaft, die recht gut floriert, jedenfalls ganz anderen Geistes ist als er bei der Jugendbewegung des C.V. zum Ausdruck gekommen ist.“¹³¹

¹²⁸ Ebda., Akte 267, Frame 2172.

¹²⁹ Ebda. Die zionistische Werbung unter den Aachener Jugendlichen mag für CVer als besonders auffallend empfunden worden sein, weil der 21. Delegiertentag der ZVfD, der vom 22. bis 24. August 1926 in Erfurt tagte, vor der Tür stand und sich inhaltlich der jüdischen Jugend in Deutschland widmete. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, dass sich „unsere Gymnasiasten [...] mehr am Nibelungenlied als am jüdischen Schrifttum begeisterten.“ 6. Bericht über den 21. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland. Vorgelegt von der CV-Ortsgruppe Erfurt. HM2 8748, Osoby 721 I, Akte 2054, Frame 0284.

¹³⁰ 1931 war Paul Herz Vorsitzender der AG in Aachen. Vgl. HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 267, Frame 2086.

¹³¹ Karl Löwenstein an Berlin am 2. März 1928. HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1492, unpaginiert.

Löwenstein nahm damit Bezug auf die jüdischen Jugendlichen der Industriestadt Aachen, die sich von ihrer halbwegs moderat deutschnational gesinnten CV-Elterngeneration unterschieden. Denn diese Jugendlichen zählten zu den extrem deutschnational gesinnten Juden, die unter Vernachlässigung ihrer konfessionellen Bindungen zugunsten des Deutschtums ihre gesellschaftliche Integration anstrebten. Diese band seit 1921 der Berliner Rechtsanwalt Max Naumann im Verband nationaldeutscher Juden (VNJ).¹³² Seine nie mehr als 4.000 eingeschriebenen Mitglieder widersprachen damit der konsensualen Haltung des programmatisch Deutschtum wie Judentum gleichermaßen pflegenden Centralvereins.

Gleich 1921 warnte der CV vor einem Beitritt zum Naumann'schen Verband. Mit Empörung hatte er dessen Verständnis vom Judentum nicht primär als eine Religions-, sondern eine Abstammungsgemeinschaft zur Kenntnis genommen, weshalb der Verband selbst „Mitglieder einer nichtjüdischen Religionsgemeinschaft“¹³³ aufnehmen könnte. „Im vollsten Gegensatz“ zum CV verschloss er sich ferner gegenüber jeder Bindung mit den „außerdeutschen Juden.“¹³⁴ Unsympathisch fiel im CV außerdem auf,

„daß die neue Richtung, welche angeblich das Nationaljudentum am schärfsten bekämpft, in Wirklichkeit so nationaljüdisch ist, wie noch keine Vereinigung vor ihr. Denn sie lehnt alles Jüdisch-Religiöse grundsätzlich ab. Sie sieht n u r in der angeblichen blutmäßigen Zusammengehörigkeit der Juden untereinander die gemeinschaftliche Bindung und ist deshalb kraß materialistisch und rein nationaljüdisch.“¹³⁵

Naumann blieb trotz dieser massiven Vorbehalte Mitglied im CV, was die Inkonsequenz des CV unterstreicht. Unglaublich wurden warnende Rufe aus seinen Reihen wie dieser des Vereinsvorsitzenden Julius Brodnitz 1921:

„Was über die Synthese von Deutschtum und Judentum hinaus an ‚Nationaldeutschem‘ proklamiert wird, ist nichts anderes als derjenige Nationalismus, der das Unglück über unsere Welt gebracht hat [...] Wir sind Kinder von Vater und Mutter; ist das Deutschtum für uns der Vater, so ist das Judentum die Mutter, oder umgekehrt.“¹³⁶

¹³² Zum Verband nationaldeutscher Juden als „organisatorischer Ausfluß einer Richtung innerhalb des Centralvereins“ siehe *Hambrock*, 2003, S. 228; *Rheins, Carl J.*, The Verband nationaldeutscher Juden, LBIYB XXV, 1980, S. 243-268.

¹³³ IDR, Hauptvorstandssitzung vom 10. April 1921, Nr. 4, April 1921, S. 111.

¹³⁴ Ebda., S. 113.

¹³⁵ Ebda., S. 114.

¹³⁶ *Foerder*, 1927, S. 16f. Der Breslauer SPD-nahe Ludwig Foerder wies auf die Widerständler hin, die Naumanns Ausschluss auf der Basis des Paragraphen 8 der Satzung verhinderten. Die Protektion erfolgte aus den Reihen des Hauptvorstandes. Vgl. ebda., S. 18f.

Oppositionelle Stimmen aus der Provinz gegen Naumann wurden offensichtlich bewusst unterdrückt. Berliner Funktionäre untersagten dem Essener Rabbiner Dr. Samuel die Drucklegung seines Manuskriptes mit dem Arbeitstitel Nationaldeutsches Judentum. Diese Entscheidung fiel im vermeintlichen Interesse des inneren Friedens. Krombach hingegen, der der Schrift inhaltlich zustimmte, wusste ebenfalls von der mit Naumann sympathisierenden Mehrheitsmeinung des Hauptvorstandes, der deshalb der Drucklegung ablehnend gegenüberstand. Siehe die Korrespondenzen zwischen Holländer, Samuel und Krombach in: HM2 8743, Osoby 721 I, Akte 1915, Frame 2142ff.

Der Verband Naumanns taucht nur vereinzelt in den gesichteten Quellen auf. 1922 etwa waren die CVer unsicher, ob er im Westen Deutschlands, vor allem in Münster und Recklinghausen, Fuß gefasst habe. Das konnte verneint werden, mehr noch, „von einem Eindringen der Naumannianer in die C.V. Kreise ist bisher überhaupt nichts ersichtlich geworden.“ HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 0781, Frame 0618. In Recklinghausen hatten sich in diesem Zeitraum von den rund 600 Juden

Der CV versuchte den Verband nationaldeutscher Juden totzuschweigen.¹³⁷ Ohne viel Aufhebens integrierte er in Aachen die von der Assimilation bedrohten Jugendlichen in seinen rechten Flügel.¹³⁸ Das Aachener Beispiel ist das einzige innerhalb der beiden Verbandsgrenzen, das in diesem Zusammenhang aufzufinden war.

Der CV war in den zu behandelnden Landesverbandsgrenzen weitaus stärker mit dem 1909 gegründeten neutralen Verband der jüdischen Jugendvereine in Deutschland beschäftigt als mit dem Verband nationaldeutscher Juden. Bewusst versuchte der CV, die Neutralität des VJJD – der genauso gegen die Beteiligung von Ostjuden in den Gemeinden war, wie er 1928 der erweiterten Jewish Agency for Palestine beitrug – auszuhöhlen. Der CV wollte also nicht nur den deutsch-jüdischen Standpunkt in diesem Jugendverband vertreten wissen;¹³⁹ grundsätzlich wollte er ihn dominieren, gegebenenfalls mithilfe der eigenen Arbeitsgemeinschaften. Solche Maßnahmen machte er auch noch Anfang der 1930er Jahre von den jeweiligen Bedingungen am Ort abhängig. In Siegburg etwa verzichtete der CV mit Bedacht auf die Gründung einer eigenen AG, nachdem im Mai 1932 die Leitung des lokalen Zweiges des neutralen Jugendverbandes von Dr. Arnolf Meyer, Mitglied der zionistischen Studentenverbindung Kadimah in Köln, auf den CV-Gesinnungsgenossen Referendar Paul Wallerstein übergegangen war.¹⁴⁰ Entsprechend hingen in dieser neutralen Gruppe die Themenschwerpunkte eng mit der jeweiligen personellen Besetzung zusammen. Dies zumindest räumte Wallerstein, bekennender Orthodoxer agudistischer Richtung, ein, für den die erklärte religiöse Neutralität des CV kein Hinderungsgrund für seine Mitarbeit darstellte. Trotz der Bemühungen seines Vorgängers konnte Wallerstein unter den Jugendlichen die weiterhin bestehende ideologische Nähe zum CV feststellen. Entsprechend hatte er davon abgeraten, eine CV-Arbeitsgemeinschaft zu gründen. Seiner Auffassung nach war die Anzahl der Jugendlichen mit circa 35 über 15 Jahren

maximal drei dem Verband angeschlossen. Vgl. HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1168, Frame 1344ff., 1347.

Während Naumanns kleiner Verband zu keiner Zeit weder im rheinisch-westfälischen noch im linksrheinischen Verband eine bedrohliche Rolle gespielt hat, war er aber sowohl in Hannover als auch in Herford im Jahr des Regierungsantritts Hitlers recht präsent. Vgl. HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 229, Frame 1443; HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 0917f.

¹³⁷ Vgl. das Schreiben Alfred Wieners vom 22. Februar 1926. HM2 8743, Osoby 721 I, Akte 1915, Frame 2110.

¹³⁸ Die Jugendarbeit in Aachen ging nach dem Systemwechsel selbstständige Wege. Löwenstein wettete am 14. Juni 1933 gegen die Gründung des jüdischen Jugendrings Rhein-Ruhr, der dem Ludwig Tietz unterstehenden Reichsausschuss der jüdischen Jugendverbände e.V., Berlin, eingegliedert war. Löwenstein unterstellte, der Ring sei „in seiner Tendenz in der Hauptsache zionistisch. Dies ergibt sich insbesondere [...] dadurch, daß auf kulturellem Gebiet 2 Hauptforderungen gestellt werden, nämlich 1.) positive jüdische Arbeit, 2.) grundsätzlich darf Palästinaaufbau nicht abgelehnt werden. Irgendein positives deutsches Programm ist nicht vorgesehen [...] Der CV [...] muß [...] die Jugend nicht zur Auswanderung, sondern zum Leben auf deutschem Boden erziehen. [...] Ich bemerke, daß ich [...] mich dafür eingesetzt habe, daß die jüdische Jugend in Aachen sich dem Frontbund unterstellt hat.“ Tietz kommentierte das Schreiben handschriftlich: „1.) Die Zeilen von Dr. L.[öwenstein] zeigen einen erstaunlichen Mangel von Erkennen der Realität. 2.) Die Tendenz des Jugendringes hat mit Zionismus nichts zu tun, so wenig wie alle praktischen Lösungsversuche der Jugend oder für die Jugend mit Weltanschauung etwas zu tun haben.“ HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1512, Frame 1200f.

¹³⁹ Vgl. *Meier-Cronemeyer*, Teil II, 1969, S. 59, 89.

¹⁴⁰ Vgl. das Schreiben Paul Wallersteins an den Reichsjugendausschuss des C.V. am 6. Februar 1933. HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1512, Frame 1220ff.

sowie der rund 20 zwischen zehn und 15 vor allem dann zu gering, wenn es wegen einer zu gründenden CV-AG zu Spaltungen kommen sollte. Er zweifelte hingegen nicht daran, „dass [...] auch ein unter neutraler Flagge geleiteter Jugendbund ihren Bestrebungen nützliche Arbeit leisten kann.“¹⁴¹ Neben jüdisch-kulturellen Themen brachte Wallerstein die CV-Gebiete „Boycott, Kollektivbeleidigung, Schächtverbote, Talmudprozesse“¹⁴² als Vortragsthemen ein. Zudem hatte sich über zehn Abende hinweg eine Lerngruppe gefunden, die Interesse an staats- und verfassungsrechtlichen Fragen zeigte.

„Neben diesen programmoffiziösen Veranstaltungen wurde des öfteren, sei es an Hand einer antisemitischen Zeitung, sei es auf Grund einer vom Diskussionsleiter aufgeworfenen Frage, den Mitgliedern Gelegenheit gegeben, zu den verschiedensten, in das weite Arbeitsgebiet des C.V. fallenden Tagesproblemen Stellung zu nehmen. Gerade diese, fast schulmässig durchgeführte Kleinarbeit hinterliess bei unseren Jugendbündlern einen recht nachhaltigen Eindruck.“¹⁴³

Berlin war erfreut über den Erfolg in Siegburg. Mit Genugtuung unterstrich Hirschberg das Streben,

„intensiv unsere C.V.-Gedanken in den Verein hinein zu tragen. So haben wir schon mit vielen jungen deutsch-jüdischen Menschen, die innerhalb des Neutralen Verbandes arbeiten, die Verbindung aufgenommen. Ob die einzelnen Gruppen dem Verband angeschlossen sind oder nicht, spielt hierbei keine große Rolle. Wir halten aber – das teilen wir Ihnen auch nur vertraulich mit – eine richtiggehende neutrale Einstellung für unmöglich. Dies gilt insbesondere heute, wo man ja den Erscheinungen in unserer nichtjüdischen Umwelt von einem bestimmten Standpunkt entgegentreten muß. Ob da nun Zionismus oder C.V. Standpunkt ist, auf jeden Fall ist eine feste Meinungsbildung unbedingt nötig. Trotz dieser Meinung erkennen wir, daß eine einseitige Willensbildung sich in den Neutralen Jugendgruppen selten zur Zufriedenheit erreichen läßt. Im Interesse der jüdischen Menschen ist deshalb die Aufrechterhaltung des ‚neutralen‘ Charakters solcher Gruppen zu fördern.“¹⁴⁴

Von einer festen Willensbildung zu sprechen ist angesichts der Kompromisshaltung im CV gegenüber den eigenen Jugendgruppen oder gegenüber Max Naumann sinnwidrig. Vielmehr dachte und handelte der CV nach zweckdienlichen Maßstäben und passte sich an. Solange im Sinne des Vereins gehandelt wurde, war die organisatorische Hülle, die die deutsch-jüdische Jugend umschloss, sekundär. Wichtiger war die Vermittlung eines gegen Angriffe resistent machenden persönlichen Standpunktes, der im günstigsten Fall der eigene war. In der Praxis des CV-Landesverbandes Rheinland bedeutete diese Haltung nach dem Kölner AG-Leiter Walter Loeb Folgendes:

„So bearbeiten wir verschiedene Jugendvereine, mit denen wir in sehr starkem Konnex stehen. Es würde die ganz Arbeit erledigen oder stören, wenn das öffentlich oder an bestimmten Stellen bekannt würde. [...] Im einzelnen ist zu sagen: Wir haben Gruppen in Köln, Bonn, Gladbach, Aachen, Krefeld, Neuwied, Neuss, Moers. Davon sind die drei letzten Jugendvereine, die offiziell natürlich nichts mit uns zu tun haben. Von den übrigen arbeiten gut nur Köln, Gladbach und auch Krefeld. Die Krefelder Gruppe konnte in der

¹⁴¹ Ebda., Frame 1222.

¹⁴² Ebda. Die Seite des Schreibens ist unpaginiert. Sie findet sich aber zwischen Frame 1221 und 1222.

¹⁴³ Ebda.

¹⁴⁴ Hirschberg an Wallerstein am 14. Februar 1933. Ebda., Frame 1219.

letzten Zeit vor allem Angestellte bekommen, die ihr bisher gefehlt hatten. In Gladbach ist die Arbeit durch Stillmann und das Jugendheim gewährleistet. In Köln wurde nach schwieriger Vorarbeit diesen Winter von mir eine Gruppe gegründet, die bis jetzt zufriedenstellend gearbeitet hat. Wir haben ca. 20 Leute, von denen der grösste Teil regelmässig kommt, vor allem sehr brauchbare Leute und ausgezeichnete Diskussionen. [...] Inhaltlich ist über die Arbeit folgendes zu sagen. Es wurde vor allem nach einem einheitlichen Plan der wirtschaftlich-soziologische Fragenkreis erörtert. Jedes Mitglied des Ausschusses hat ein Referat übernommen. [...] Die Mitglieder sind überwiegend Angestellte. [...] Die religiöse Frage hat bei uns bis jetzt noch keine Rolle gespielt. Nichtsdestoweniger sind die meisten positiv jüdisch eingestellt.“¹⁴⁵

Der CV wollte Bildungsarbeit leisten. Sein Radius blieb aber klein, selbst wenn seine erfolgreiche Einflussnahme auf lokale Ableger des neutralen Jugendverbandes mitgerechnet wird. Auf diese Weise konnte der CV weder den Eindruck von Kontinuität noch das Gefühl von Stabilität in der Jugend verankern. Aber nicht nur in den beiden Landesverbänden hatte die eigene Jugendarbeit geringe Verbreitung gefunden. Reichsweit war sie Anfang 1933 „noch so unbekannt“, wobei es allerdings Hirschberg bis dahin auch verborgen geblieben war, „daß es im Rheinland mehr Gruppen gibt, als uns bekannt war.“¹⁴⁶ Die deutsch-jüdische Jugendarbeit des Vereins benötigte einen bündigeren Zusammenschluss, der im Dezember 1933 organisiert wurde.

4.2.3 Bund deutsch-jüdischer Jugend 1933/1934

Bis Dezember 1933 war der CV bereits stark unter Rechtfertigungsdruck geraten. Der symbiotische Gedanke schien überlebt, spätestens seit dem geplanten Boykott vom 1. bis zum 3. April 1933 und dem unter Vorbehalt angewandten ‚Arierparagrafen‘, der in die Aprilgesetzgebung desselben Jahres Eingang gefunden hatte. Die neuen politisch-rechtlichen Bedingungen boten einen günstigen Nährboden für Zweifel und Kritik am CV, wohingegen der Zionismus zukunftsweisende theoretische wie praktische Alternativen offerierte.

Um die Zukunft der deutsch-jüdischen Gemeinschaft innerhalb der Reichsgrenzen zu sichern, hatte der CV seinerseits für ein Angebot an Alternativen für die Jugend in Deutschland zu sorgen, was ihn als Rechtsschutzorganisation vor allem im Bereich des Arbeitsrechts forderte. Eine feste Meinungsbildung war zudem notwendig, um dem Verfolgungsdruck zu widerstehen. Insofern war sie eine maßgebliche Voraussetzung für das Projekt der zweiten Emanzipation. Die Möglichkeiten dazu waren gegeben, auch wenn der CV lernte, wie massiv abhängig ihre Ausschöpfung von der rechtlichen Entwicklung war. So ließen die Lebens- und Zeitumstände die verfolgte jüdische Minderheit zusammenrücken. Zugleich kam es aber auch zu einer stärkeren Ausprägung der ideologischen Blöcke im jüdischen Organisationsgefüge, deren jeweilige Politik sich nach den Notwendigkeiten richtete, die ihnen das Überdauern ermöglichen sollten.

¹⁴⁵ Loeb an Werner Rosenstock, Berlin, am 8. März 1933. Ebda., Frame 1211-1214, hier 1212f.

¹⁴⁶ Hirschberg an Loeb am 14. März 1933. Ebda., Frame 1208f.

Angesichts der Haltung, eine unanfechtbare Geschlossenheit in den jeweils eigenen Reihen zu gewährleisten, fusionierten im Februar 1933 die zionistischen Jugendbünde.¹⁴⁷ Die deutsch-jüdischen Jugendgruppen, unter ihnen der kleine Kreis der CV-Jugendarbeitsgemeinschaften, gaben ihre Unabhängigkeit zehn Monate später auf. Zwischen dem 24. und 26. Dezember 1933 schlossen sie sich in Lehnitz bei Berlin zum Bund deutsch-jüdischer Jugend (BDJJ) zusammen, dessen Leitung Martin Sobotker, Berlin, übernahm.¹⁴⁸

In der am 4. Januar 1934 erschienenen ersten Nummer der CVZ-Beilage Seite der Jugend – Blätter des Bundes deutsch-jüdischer Jugend hatte Sobotker die neue Vereinigung, die reichsweit etwa 6.000 Mitglieder zählte, gefeiert. Ziel des Bundes war es, eine „wirkliche Gemeinschaft“¹⁴⁹ zu formen, die sich ihr Deutschtum erhalten und ihr Judentum neu erwerben wollte.

Die fehlerhafte Erziehung der Elterngeneration kritisierend, die „nicht mehr den Inhalt jüdischer Lehre und jüdischen Lebens zu übermitteln“¹⁵⁰ verstanden hatte, rückte jetzt die intellektuelle Beschäftigung mit jüdischer Philosophie, Bibelkunde und Hebräisch in den Mittelpunkt. Daneben setzte man sich weiterhin mit deutscher Kultur und Geschichte auseinander. Die Arbeit des BDJJ sollte aber nicht nur theoretischer Natur sein, zumal er nichts weniger als die „Neugestaltung unseres Lebensraumes“ in Deutschland in Form der „planmäßigen Neugruppierung“ der beruflichen Situation beabsichtigte, „um eben aus diesen neu gestärkten jüdischen Positionen die neue Emanzipation zu beginnen.“¹⁵¹ Aus diesem Grund verlangte Sobotker:

„Auch der ä u s s e r e Mensch muss umgeformt werden. Wir, denen die schwersten Kämpfe um Brot und Arbeit nicht erspart bleiben werden, haben einen neuen Typ zu formen, der, wenn irgend möglich, ein hohes Mass von Mut und Energie mitbringt. D a s i s t d e r b ü n d i s c h e Mensch, dessen erste und letzte Parole lautet: wirkliche Gemeinschaft.“¹⁵²

Die Schwerpunkte des BDJJ lagen auf sozial-wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.¹⁵³

¹⁴⁷ Vgl. *Meier-Cronmeyer*, Teil II, 1969, S. 108.

¹⁴⁸ Auf dieser Jugendtagung hatten „die Deutsch-jüdische Jugendgemeinschaft, die Arbeitsgemeinschaft jüdisch-liberaler Jugendvereine, der Ring, die Deutsch-jüdische Jugend, Hamburg, die Jüdischen Jugend- und Kinderscharen, Berlin, und all die vielen CV-Jugendgruppen im Reich ihre Selbstständigkeit in der Erkenntnis aufgegeben, dass nur die Einordnung in eine breite Front am ehesten zur Meisterung der uns obliegenden Aufgaben beitragen kann.“ Im Jugenddezernat des Centralvereins in Berlin boten Günter Friedländer und Gerhard Neumann Gewähr für die Zusammenarbeit des CV mit dem Bund auf Reichsebene. *Sobotker, Martin*, Der Bund deutsch-jüdischer Jugend, Seite der Jugend – Blätter des Bundes Deutsch-jüdischer Jugend – Beilage der C.V.-Zeitung, Nr. 1, 4. Januar 1934, unpaginiert. Assoziatives Mitglied wurde der Sportbund des RjF, Schild, mit seinen rund 7.000 Mitgliedern. Der neue Bund integrierte später auch Gruppen des Schoeps'schen Vortrupp in seine Reihen. Vgl. *Meier-Cronmeyer*, Teil II, 1969, S. 105.

¹⁴⁹ *Sobotker, Martin*, Der Bund deutsch-jüdischer Jugend, Seite der Jugend – Blätter des Bundes Deutsch-jüdischer Jugend – Beilage der CV-Zeitung, Nr. 1, 4. Januar 1934, unpaginiert.

¹⁵⁰ Ebda.

¹⁵¹ Ebda.

¹⁵² Ebda.

¹⁵³ Vgl. das Rundschreiben des BDJJ vom 5. März 1934. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 39, Frame 1453-1464, hier 1458. Der Bund gründete zu diesen Zwecken ein Sozialamt, das sich vor allem der Berufspolitik widmete. Für das Amt sammelte Hans Jacobi Gelder gewiss auch innerhalb des

- „1) [...] a) die Mitarbeit an der juristisch-wirtschaftlichen Sicherung des deutschen Judentums.
 b) Geistige und seelische Vorbereitung der jungen Generation auf die notwendige Berufsumschichtung des deutschen Judentums.
 c) Mitarbeit an der wirtschaftlichen Sicherstellung der jungen Generation durch Beschaffung von Lehr- und Arbeitsstellen. In Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Instanzen.
 d) Beteiligung an der Erschliessung neuer Berufswege und -zweige [...]
- 2) [...] a) Schaffung einer seelisch gefestigten verantwortungsbewussten deutschjüdischen Gemeinschaft.
 b) Förderung jüdischer Geselligkeit und Ausdruckskultur, insbesondere durch die Neubelebung der jüdischen Feste.
 c) Willensbildung des Einzelnen zur verantwortlichen Anteilnahme am Leben der Gemeinschaft als bewusster Deutscher und Jude.
 d) Erziehung des Einzelnen zu sittlich wertvollen Persönlichkeiten im Dienst der Gesamtheit.“¹⁵⁴

Der BDJJ war dem Reichsausschuss der jüdischen Jugendverbände Deutschlands angeschlossen.¹⁵⁵ Er war klar strukturiert. Zum Stichtag 5. März 1934 gliederte er sich in insgesamt fünfzehn Landesausschüsse, zuweilen auch Gaue genannt, wobei jeweils fünf bereits bestanden, noch zu bestätigen respektive zu gründen waren. Zu den bereits etablierten gehörte der Landesausschuss Rhein/Ruhr mit Sitz in Essen. Seine Leitung, die beide Provinzen umschloss, übernahm zuerst Julius Herzfeld und allem Anschein nach im Mai 1934 der vormals in der DJJG aktive Curt Braun mit Wohnsitz Mönchen-

Kreises fördernder Freunde des Centralvereins. Vgl. HM2 8769, Osoby 721 II, Akte 35, unpaginiert. Die Gelder dienten vornehmlich der Berufsberatung, -vorbereitung und den Vermittlungsdiensten. Darüber hinaus finanzierte der Bund Wanderungen, Fahrten und Ferienlager. Vgl. das undatierte Schreiben Hans Jacobis, das er aber recht sicher Ende 1935 formuliert hat, in: HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1512, Frame 1164f.

Das Materialamt des BDJJ schuf, sammelte und verteilte „geistige[s] Material.“ Für Gruppenarbeiten stellte der Bund Arbeitshefte zur Verfügung. Das erste behandelte die Geschichte der Juden in Deutschland. CVZ, Arbeit im zweiten Bundesjahr, Seite der Jugend, Nr. 1, 17. Januar 1935, unpaginiert.

Der CV stellte seine Wanderbüchereien auch dem BDJJ zur Verfügung. 1934 bestanden reichsweit 18 dieser Bibliotheken, die unter anderem von Köln und Essen ausgingen, mit einem Gesamtbestand von 1.530 Bänden. Vgl. HM2 8769, Osoby 721 II, Akte 5, unpaginiert.

¹⁵⁴ HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 39, Frame 1453-1464, hier 1459. Dieses Rundschreiben kündigte die Beteiligung an der Berufsumschichtung für die Bereiche Landwirtschaft und Handwerk an, nachdem bereits ein Schulungskurs für Schlosser eingerichtet worden war, der in nur eineinhalb Jahren abgeschlossen werden konnte. Vgl. ebda., Frame 1460f. Zur Umsetzung der Arbeitsfelder erhielt der Bund finanzielle Zuschüsse vonseiten des CV und des RjF. Zusätzlich kamen Vergünstigungen hinzu, die der BDJJ als Glied des Reichsausschusses jüdischer Jugendverbände erhielt.

¹⁵⁵ Der Reichsausschuss jüdischer Jugendverbände war die Zentralorganisation der jüdischen Jugendverbände in Deutschland. Nach dem Tod von Ludwig Tietz am 4. November 1933 übernahm Friedrich Brodnitz die Leitung. Vgl. *Meier-Cronmeyer*, Teil II, 1969, S. 102. Zum anvisierten Verhältnis des Bundes gegenüber dem Reichsausschuss siehe HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 39, Frame 1454-1458.

Am 7. März 1934 wurde den Mitgliedern der jüdischen Jugendorganisationen das Tragen von Kluft und Koppel verboten. In einigen Regierungsbezirken griffen entsprechende temporäre Ausnahmegenehmigungen. Der Koblenzer Regierungspräsident etwa untersagte das Tragen von Kluft und Koppel am 15. August 1934. Vgl. *Walk, J.* (Hg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, 2. Aufl., Heidelberg 1996, S. 73; HM2 8723, Osoby 721 I, Akte 1512, Frame 1175. Die Stapostelle Münster folgte am 18. September 1934. Vgl. *Walk*, *Sonderrecht*, S. 93. Im Gegensatz zu den so genannten assimilatorischen Vereinen erfuhren zionistische Jugendgruppen Erleichterungen. Vgl. ebda., S. 102ff.

Gladbach. Das linksrheinische Gebiet des BDJJ ohne den Regierungsbezirk Düsseldorf wurde von dem Kölner CV-Syndikus Dr. Hans Jacobi geleitet. Für den Gebietsteil Westfalen und die Niederlassung des Bundes deutsch-jüdischer Jugend in Essen wurde Gerhard Orgler zuständig, auf den in diesem Kapitel noch zurückzukommen sein wird.¹⁵⁶

In beiden Provinzen befanden sich der BDJJ in der Aufbauphase.¹⁵⁷ Als sich Hans Jacobi im Januar 1934 auf den Weg nach Trier machte, war er wohl noch vorrangig in seiner Funktion als Vereinssyndikus unterwegs. Dort waren persönliche Werbebesuche mittlerweile „umso nötiger, da unsere Jugend in Trier inaktiv ist, die zionistische Jugend sich aber umso rühriger betätigt.“¹⁵⁸ Jacobi plante daher, zuerst im dortigen Zweig des neutralen Verbandes der jüdischen Jugendvereine, der 70 Mitglieder zählte, einen CV-Abend zu veranstalten. Außerdem hatte er bereits „einige junge Leute gefunden, die unsere Sache in Trier wieder beleben wollen.“¹⁵⁹ Es mag sein, dass er bei dieser Gelegenheit auch Dr. Hildegard Joseph, die er 1936 ehelichte, für die Übernahme der Leitung der neuen Gruppe des BDJJ gewinnen konnte.

Im Verlauf des Jahres 1934 konnten schließlich acht Niederlassungen des Bundes im linksrheinischen Raum etabliert werden, zu denen neben Trier unter Hildegard Joseph Köln sowie Bonn unter Hans Jacobi gehörten. Der Aachener Bund wurde von Paul Hirsch und der in Koblenz von Fritz Daniel geleitet.¹⁶⁰ Der Leiter der CV-Arbeitsgemeinschaft Mönchen-Gladbach, Curt Braun, war einer der ersten, der seine Gruppe dem westfälischen Landesausschuss des BDJJ angegliedert hatte.¹⁶¹ Von ihm erfährt man zudem mehr über die Motive, die ihn und seine Bundesgenossen hierzu bewogen. Sie standen

„auf dem Standpunkt, dass kein Ereignis uns in unserer Einstellung zu Deutschland als unserem Vaterland wankend machen kann. Wir wissen, dass die Zukunft für eine

¹⁵⁶ Vgl. Rundschreiben vom 23. Mai 1934 über die gemeinsame Landesverbandsleitung des BDJJ. HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1512, Frame 1176. Der Stellvertreter von Julius Herzfeld war Kurt Steinberg.

¹⁵⁷ Reichsweit gesehen wuchs der Bund rasch. 25 Ortsgruppen bestanden im Dezember 1933. Im September 1934 waren es 120 Niederlassungen. Vgl. *Meier-Cronmeyer*, Teil II, 1969, S. 105.

Mit 21 Ortsgruppen befanden sich 1934 die meisten Niederlassungen des Bundes in Sachsen/Mitteldeutschland, gefolgt von Pommern (16), Oberschlesien (13), Rheinland-Westfalen (11), Linksrhein (8), Grenzmark (8), Nordmark (7), Bayern (7), Berlin/Brandenburg (6), Hessen (6), Baden (5), Ostpreußen (5), Niederschlesien (4), Württemberg (2) und Danzig (1). Vgl. CVZ, Gang durch ein Jahr, Seite der Jugend, Nr. 1, 17. Januar 1935, unpaginiert.

¹⁵⁸ Jacobi am 25. Januar 1934 an Berlin. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 247, Frame 0639.

¹⁵⁹ Ebda.

¹⁶⁰ Vgl. den Bericht an die Vereinszentrale vom 31. August 1934. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 247, Frame 0635. Ferner war der Bund in Niederzissen vertreten. Dieser Ableger wurde von Hermann Berger geleitet. Vgl. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 44, Frame 2179.

¹⁶¹ Vgl. das Schreiben von Braun an Sobotker am 9. Januar 1934. HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0174. Danach hatte die Gruppe Gladbach mit Rheydt zusammen rund 50 Mitglieder. Hinzu kamen circa 40 aus weiteren Gruppen der Umgebung. Schon vor der Gründung des BDJJ hatten sich die Gladbacher Jugendlichen, die ursprünglich der DJJG angehörten, eigeninitiativ unter anderem mit dem Gabriel Riesser-Verein in Köln und dem Schwarzen Fähnlein des Gaus Rheinland in Verbindung gesetzt, um „der Vielheit der bestehenden deutschjüdischen Bünde ein gleichgerichtetes Programm zu geben. [...] Ebenso möchte ich darauf hinweisen, dass uns der Sportbund des R.J.F. seine Leute für die geistige Arbeit freigegeben hat, während wir unsere sportliche Ausbildung nur dort erhalten.“ Ebda.; siehe auch Frame 0214.

jüdische Jugend in Deutschland schwer sein wird. Aber wir wissen, dass wir in anderen Ländern und in anderen Kulturen bestimmt nur noch unglücklicher würden, weil wir glauben, dass nicht allein der gefüllte Magen ausreicht, einem Menschen die innere Befriedigung zu verschaffen, die zum Leben notwendig ist. Unsere Heimat, unser Vaterland ist und bleibt Deutschland. Es gibt dabei für uns keine Zwischenlösung! Und wir haben nur wenig Verständnis für die Menschen, die diese Bindung an Boden und Kultur abstreifen können, wie man ein schmutziges Hemd wechselt, und wir werden nicht zugeben, das diese Menschen Entscheidendes in Fragen der Zukunft des deutschen Judentums mitzubestimmen haben. Wir haben vollstes Verständnis dafür, dass jüdische Jugend, die in Deutschland keine Stellung mehr hat, nach Palästina geht, in der Hoffnung, sich dort einen neuen Daseinszweck zu schaffen. Wir bejahen von daher den Aufbau Palästinas und suche[n], das uns Mögliche zu tun. Aber einen anderen Zweck als den der Teillösung der sozialen Frage des Unterbringens frei gewordener jüdischer Arbeitskraft sehen wir für den Aufbau Palästinas nicht.“¹⁶²

Mit dieser Einstellung darf Braun als geistiger Zögling des CV angesehen werden. Von dem Standpunkt, Palästina nur als Teillösung der so genannten Judenfrage zu sehen, rückte der Verein weder 1934 noch zu irgendeinem späteren Zeitpunkt ab. Deutschland aber bot für viele überhaupt keine Lösung mehr, und Curt Braun war wütend darüber. Seine Wut richtete er allerdings gegen die einzige Gemeinschaft, die er noch gefahrlos kritisieren durfte. Darüber hinaus waren seine Erwartungen an die jüdische Solidargemeinschaft zu hoch. So, wie er sie sich idealerweise vorgestellt hatte, existierte sie nicht:

„[W]ir haben in den trübseligen Zeiten im ersten Drittel des Jahres 1933 wenigstens einen Funken Lichtes erkennen zu können geglaubt. Wir haben nämlich geglaubt, dass die Schicksalsschläge, von denen unser deutsches Judentum gleichmässig, ob arm oder reich, ob jung oder alt, getroffen wurde, wenigstens eines vermocht hätten, die Zusammenschweissung der jüdischen Deutschen! Es gehört zu den traurigsten Erfahrungen, dass diese Hoffnung falsch war; denn folgendes hat sich gezeigt: Die Flut der Bestimmungen gegen die Juden haben im Wesentlichen nur den wirtschaftlich schwächeren Teil des Judentums [...] getroffen [...] Weniger wurden die jüdischen Kapitalisten getroffen, und wir hatten nun die Hoffnung, dass diese Teile des deutschen Judentums dem anderen die Hand zur Hilfe reichen würden. Sie haben uns enttäuscht. Viele haben sich aus purer Angst, ohne jeden ernsthaften Grund gleichschalten lassen [...] Sie haben die Betriebe ihrer Väter verkauft, weil sie einen Bruchteil ihres Vermögens gefährdet glaubten. [...] Sie kannten hierbei nur ihre eigenen Interessen, ohne Rücksicht auf die Zahl der hiermit freigewordenen jüdischen Angestellten, die um ihre Stellung gebracht nirgendwo ein Unterkommen mehr fanden, und denen in vielen Fällen nichts übrig bleibt, als schweren Herzens auszuwandern. [...] Die zweite Enttäuschung wurde uns bereitet in der Frage der Einstellung jüdischer Leute in jüdische Betriebe und in der Behandlung jüdischer Angestellter durch ihre jüdischen Betriebsinhaber. Ich habe einmal überschlagsmässig ausgerechnet, dass es keine jüdischen Erwerbslosen geben brauchte, wenn die jüdischen Betriebe nur teilweise die Verantwortung für ihre Glaubensgenossen übernommen hätten. [...] Von einer kämpferischen Haltung, einer Behauptung der sogar durch das Gesetz bestärkten Position hat man abgesehen.“¹⁶³

¹⁶² Vortragsmanuskript Curt Brauns für eine Ortsgruppenveranstaltung des Centralvereins in Mönchengladbach im Januar 1934. Ebda., Frame 0215-0218, hier 0215.

¹⁶³ Ebda., Frame 0216.

Curt Braun hatte eine verklärt positive Vorstellung von der jüdischen Gemeinschaft. Dieser Philosemitismus hielt aber der brutalen Realität nicht stand. Zurückblieb ein enttäuschter Jude und zutiefst verzweifelter Deutscher, der den „Weg nach innen“ ging:

„Er war dunkel und mühevoll. [...] Drinnen waren wir allein. Es wurden Parolen ausgegeben. Für Deutschtum und Judentum, für religiöses – gegen nationales Judentum, für Emanzipation – gegen falsche Assimilation, für sozialen Neuaufbau – gegen die faule Bürgerlichkeit des Einzelgängers, für bündische Gemeinschaft – gegen egoistische Privatheit. Aber Bekenntnisse ersetzen nicht Begriffe! Ein Bekenntnis, hinter dem keine Realität oder wenigstens der Wille zur Verwirklichung steht, ist sinnlos, ist Selbstbetrug oder Lüge!“¹⁶⁴

Auch andere versuchten, der Vereinsamung zu trotzen, indem sie sich dem geistigen Bündnis BDJJ anschlossen. Am 28. Februar 1934 erreichte die Essener CV-Geschäftsstelle ein Schreiben Alfred Hirschbergs, der zur Gründung einer Ortsgruppe des BDJJ auch in Essen anregte, denn grundsätzlich bestünden keinerlei Bedenken gegenüber Neugründungen, abgesehen natürlich von „gewissen örtlichen Schwierigkeiten“.¹⁶⁵ Kurt Steinberg bestätigte seinerseits am 24. März 1934 das Vorhaben, einen Zweig in der Stadt etablieren zu wollen. „Junge Menschen, die für eine OG [Ortsgruppe] infrage kämen, sind vorhanden, wir haben aber keinen Führer.“¹⁶⁶ Er selbst kam für die Übernahme des Postens nicht in Betracht, da diese Stellung mit seiner Funktion als Vorsitzender des Essener neutralen Jugendverbandes kollidierte. Um den BDJJ in Essen zu gründen, musste vorab die Personalfrage geklärt werden.

Die Gründungsabsicht warf zudem die Frage auf, welche Stellung er gegenüber dem Essener Zweig des neutralen Verbandes jüdischer Jugendvereine einnehmen sollte.

Die Personalfrage beschäftigte auch David Krombach. Der örtliche Leiter des BDJJ hatte den Ansprüchen minderjähriger Schüler gerecht zu werden. Krombach schwebte ein 18- bis 20-Jähriger vor, der erst einmal befristet auf bis zu sechs Monate nach Essen kommen sollte. Er empfahl zügig zu handeln, drohte die Essener jüdische Jugend doch durch den starken Zulauf in die zionistischen Jugendbünde und Pfadfindergruppen „verführt“¹⁶⁷ zu werden. Im eigenen CV-Landesverband fand sich aber kein passender Kandidat. Wenig später lag deshalb die Charakterstudie von Gerhard Orgler vor. Die vertraulich zu behandelnde Empfehlung Dr. Paul Immerwahr vom CV-Gleiwitz empfahl Orgler als den richtigen Mann.¹⁶⁸

Damit war die Personalfrage geklärt. Zu lösen blieb noch das Problem, welche Stellung der neue Zweig des BDJJ gegenüber dem neutralen Verband jüdischer Jugend einnehmen würde. In einer Besprechung kamen Plaut, Krombach sowie Julius Herzfeld

¹⁶⁴ CVZ, Der Weg nach innen, Seite der Jugend, Nr. 1, 17. Januar 1935, unpaginiert.

¹⁶⁵ HM2 8769, Osoby 721 II, Akte 64, unpaginiert.

¹⁶⁶ Vgl. HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0201.

¹⁶⁷ Schreiben an Krombach vom 3. April 1934. HM2 8769, Osoby 721 II, Akte 33, unpaginiert. An der Wende 1934/1935 erfuhr die Jüngerengruppe des Bundes Ergänzung durch die Aufnahme einer Älterengruppe in den BDJJ in Essen. Vgl. CVZ, Eine Älterengruppe kommt zum Bund, Seite der Jugend, Nr. 1, 17. Januar 1935, unpaginiert.

¹⁶⁸ Vgl. HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1507, Frame 0991f. Danach gehörte Orgler in Gleiwitz der CV-Landesverbandsleitung Oberschlesien an. 1931 hatte er dort eine bündische CV-Jugendgruppe erfolgreich organisiert und geleitet. Vgl. ebda., Frame 0991.

überein, den VJJD unter keinen Umständen in seiner Arbeit durch Konkurrenz zum BDJJ zu beeinträchtigen.¹⁶⁹ Diese Feststellung erwies sich als hinfällig. Am 1. Juni 1934 meldete die Gemeindezeitung für den Synagogenbezirk Essen, dass eine deutsch-jüdische Arbeitsgemeinschaft, die Josef Zucker unterstand, offiziell innerhalb des Verbandes jüdischer Jugendvereine arbeitete. In Essen konnte der CV-Standpunkt also gleich zweifach eingebracht werden: in Form einer AG im Rahmen des VJJD und in Gestalt des BDJJ.¹⁷⁰

Der Erfolg war dem Engagement der CV-Funktionäre der Essener Ortsgruppe zu verdanken, die die Jugendarbeit nach Kräften unterstützten. Sie hatten Orgler organisiert, im Ortsgruppenvorstand fanden sich unter anderem in Kurt Steinberg und Liesel Sternberg engagierte junge CVer, die zudem den Vorstandsreihen des neutralen VJJD angehörten. Der CV in Essen hatte keine gravierenden Nachwuchsprobleme. So viel versprechend sah es jedoch in anderen Orten nicht aus. Im Sommer 1934 hatte der CV im Vergleich zu den Erfolgen der Jugendarbeit des RjF und der ZVfD weniger gut abgeschnitten. In vielen CV-Ortsgruppen hatte der Nachwuchs immer noch keinen Zugang zu den Vorstandsposten. Vielmehr ruhten diese

„1) [...] in Händen von älteren Herren, die nicht die Aktivität entfalten, die beispielsweise die Vorsitzenden der RjF-Ortsgruppen an den Tag legen. Es sei vielfach so, dass im C.V. die Ämter durch die älteren Jahrgänge besetzt seien, im RjF hingegen durch die mittleren und daher meist energischeren. Es wird daher notwendig sein, nach geeigneten jungen Kräften Umschau zu halten. [...] Es kommt [...] u. E. nicht auf die Umbesetzung von Vorsitzendenposten an, die überdies vielfach Verärgerung schaffen könnte; notwendig ist vielmehr, dass in den Ortsgruppenvorstand junge Menschen einbezogen werden. 2) Es wurde ferner berichtet, dass der RjF in weitaus kürzeren Abständen Zusammenkünfte veranstaltet als der C.V.[...] Dies mag zum Teil damit zusammenhängen, dass unsere Syndici und freien Mitarbeiter mit der Bewältigung der praktischen täglichen Kleinarbeit derartig belastet sind, dass das Versammlungswesen vor diesen wichtigen Aufgaben vielfach zurücktreten musste. Trotzdem würden wir es aber für ratsam halten, dass bei

¹⁶⁹ Vgl. das Schreiben Steinbergs an die Hauptgeschäftsstelle vom 19. April 1934. HM2 8729, Osoby 721 I, Akte 1531, Frame 0195. HSTA Düsseldorf RW 58, Nr. 28597.

¹⁷⁰ Am 2. Dezember 1934 beschloss der Hauptvorstand des VJJD, die Doppelmitgliedschaft in seinen Reihen zu verbieten. Ausnahmen galten für Berufsumschichtungsorganisationen und Sportvereine. Nach der Lesart des Essener Vorstandes des neutralen Verbandes erfolgte der Beschluss einzig aufgrund wachsender Spannungen zwischen der zionistischen Verbandsleitung und der Leitung des BDJJ in Berlin. Der Essener Verband hingegen sah dadurch die guten Beziehungen beider Organisationen in der Provinz gefährdet. Zudem fühlte er sich formal nicht an den Beschluss gebunden, da ihm kein demokratischer Entscheidungsprozess vorausgegangen war; außerdem verbot „unsere gesamt-jüdische Idee [...] einen derartigen Beschluss.“ Schreiben des Essener neutralen Verbandsvorstands vom 19. Dezember 1934 an seine Freunde. HM2 8730, Osoby 721 I, Akte 1587, Frame 1186ff., hier 1187. Diesen Aufruf, der mit „Chasak“ [stark] abgerundet wurde, unterschrieben Kurt Steinberg, Liesel Sternberg, Erwin Felsenthal, Carola Heumann, Hans Löwenberg, Erich Meinrath und Hilde Plaut, die nicht mit der gleichnamigen Gattin von Ernst Plaut, die eine geborene Lieberg war, zu verwechseln ist. Vgl. ebda., Frame 1180. Andere, erneut nicht präzierte Bünde im Gebietsteil Westfalen opponierten ebenfalls gegen den Beschluss. Vgl. ebda., Frame 1185. Es muss sogar zu Austritten gekommen sein, denn die Geschäftsstelle Köln informierte am 24. April 1936 Hirschberg darüber, dass der Vorsitzende des Verbandes, Paul Eppstein, auf „der kürzlich abgehaltenen Delegiertentagung der ausgetretenen neutral gebliebenen Jugendbünde [...] den Wiedereintritt der ausgeschiedenen Vereine dadurch ermöglicht hätte, dass er ihnen die Gewährleistung ihrer neutralen Haltung auch in dem jetzt zionistisch gewordenen Verband zusicherte.“ HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1512, Frame 1161. Zum Problem der Doppelmitgliedschaft von CVern und ZVfDlern siehe Kapitel 6 dieser Arbeit.

Beginn der Winterarbeit im Rahmen der gesetzlich gezogenen Grenzen auch die Versammlungstätigkeit intensiviert wird. 3) Berichtet wurde ferner, dass die Jugend grösstenteils zionistisch organisiert sei. Wir glauben, dass diese Tatsache im wesentlichen auf die augenblickliche allgemeine Situation zurückzuführen ist. Die Berufsumschichtung, die weite Kreise der Jugend vornehmen musste, legt den Gedanken nahe, den neuerwählten Beruf in Palästina auszuüben. Mit der praktischen Entscheidung für Palästina wird vielfach gleichzeitig eine ideologische Entscheidung für den Zionismus getroffen. Wir müssen uns damit begnügen, in diesem Zusammenhang das Problem nur anzudeuten. Wir glauben [...], dass Palästina nur eine Teillösung sein kann, und dass das Gros auch der Jugend hier einen modus vivendi wird finden müssen. Wir deuten aber trotzdem die Fragestellung auch inhaltlich an, weil nach unserer Überzeugung das Nachwuchsproblem sich nicht rein von der organisatorischen Seite aus meistern lässt. Der Bund deutsch-jüdischer Jugend ist bereits auf die Notwendigkeit, die Arbeit in Westdeutschland zu intensivieren, hingewiesen worden. [...] Besonders in den Orten: Münster, Hagen und Hamm soll der Boden für eine deutschjüdische Jugendbewegung gegeben sein.“¹⁷¹

Diese Informationen stammten ursprünglich von Dr. Ludwig Landau, Frankfurt/Oder, der im Sommer 1934 einen Lagebericht über dreizehn westfälische Gemeinden vorgelegt und die Lage nach geleisteter und möglicher Jugendarbeit des BDJJ sondiert hatte.¹⁷² Dabei wurden Münster, Hamm i. W. und Hagen hervorgehoben, weil der CV in diesen Städten noch ein personelles Rückgrat hatte und die deutsch-jüdische Jugend noch organisierbar war.

Nach Einschätzung Landaus waren die allgemeinen Lebensbedingungen in Münster zu diesem Zeitpunkt günstig. Die jüdische Bevölkerung hatte sich von rund 600 auf 500 Seelen reduziert. Mehrheitlich wurzelte der Lokalpatriotismus weiterhin tief. Gegenüber den angrenzenden Landgemeinden hatte sich in der Stadt die Situation merklich erst einmal nur für die rund 20 Viehhändler verschlechtert:

„Das Verhältnis zwischen dem Bezirksrabbiner Dr. Steinthal und den bischöflichen Behörden wird von verschiedenen Gemeindegliedern gelobt. [...] Das innerjüdische Leben wird als mäßig angegeben. Die ostjüdischen Familien, die abgewandert seien [...], hätten zu den wertvollen Gemeindegliedern gehört.“¹⁷³

Am Ort waren noch maximal 50 organisierte Zionisten. Von deren Jugendlichen hatten sich 15 in einem Pfadfinderbund zusammengeschlossen. Keines der Mitglieder war

¹⁷¹ Hans Reichmann am 19. Juni 1934 an den Landesverband Rheinland-Westfalen und Ostwestfalen. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 1178ff.

Der kraftlose Führungsstil einiger Ortsgruppenvorsitzender des Centralvereins war nicht nur altersbedingt. „Ein anderer Teil der Herren ist dadurch innerlich wohl etwas gehemmt, daß sie Kinder besitzen, die sich für Palästina entschieden haben und die im zionistischen Lager stehen. Die Herrn Mar[x] in Unna und Michaelis in Hamm waren wohl in ihrer Eigenschaft als Ortsgruppenvorstände in Schutzhaft genommen worden und halten sich zurück. Herr David in Hagen ist nicht mehr Rechtsanwalt und wird durch seinen neuen Beruf (Vertreter-Tätigkeit) äußerst stark in Anspruch genommen. Herr Kölln in Paderborn, den ich infolge Krankheit selbst nicht gesprochen habe, wird mir von einem zionistischen Herrn als im zionistischen Lager stehend oder doch zionistisch stark tendierend bezeichnet.“ Ludwig Landau vertraulich am 25. Juni 1934 an die Zentrale. Ebda., Frame 1183.

¹⁷² Vgl. Ludwig Landau, Bericht über 13 Gemeinden in Westfalen vom 25. Juni 1934. Ebda., Frame 1186-1199.

¹⁷³ Ebda., Frame 1192.

jedoch Münsteraner. Es handelte sich bei ihnen „um Angestellte von außerhalb.“¹⁷⁴ Trotz dieser kleinen Gruppierung wuchs die Spannung in der liberalen Gemeinde. Der CV, der RjF und die ZVfD jagten sich gegenseitig die Mitglieder ab.¹⁷⁵ Dennoch dominierte weiterhin der deutsch-jüdische Standpunkt in Münster, weil die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen noch stabil waren. Die Bedingungen waren so gut, dass der BDJJ unter den rund 80 Jugendlichen, die über 15 Jahre alt waren, aussichtsreiche Chancen hatte. Von Ostwald, der sich für eigene CV-Jugendgruppen stark gemacht hatte, ist in diesem Bericht keine Rede mehr. Heinz Steinthal findet sich aber auf einer 1934 erstellten Namensliste als Leiter des BDJJ in Münster.¹⁷⁶

In Hamm sollte der BDJJ einen Damm gegen den Zionismus bilden. Landau konnte zwar keine Angaben über die Zahl der Jugendlichen machen und schwieg sich zu ihren Lebensbedingungen aus, aber ihre

„innerjüdische Schichtung ist bemerkenswert. Die jüngere Generation ist fast ausnahmslos zionistisch, die ältere nicht zionistisch. Reibungsflächen sind nicht vorhanden, auch die deutsch-jüdischen Eltern haben fast ausnahmslos zionistisch organisierte Kinder. Der Lehrer und Prediger Herr Reinhold hält hebräische Lehrkurse ab, außerdem wird ein englischer Sprachkursus abgehalten. Das Vortragswesen liegt da[r]nieder.“¹⁷⁷

Während in Hamm die weltanschaulichen Gegensätze einen Riss durch die Familien zogen, der Zionismus unter den Jugendlichen stark war und es letztlich gar nicht zur Gründung eines BDJJ-Zweiges kam, lagen die Verhältnisse in Hagen für eine erfolgreiche deutsch-jüdische Jugendarbeit von vornherein günstiger. In der 500-köpfigen jüdischen Gemeinde, aus der bis Mitte 1934 rund 150 vor allem Jugendliche und ostjüdische Familien abgewandert waren, gab es bereits einen „deutsch-jüdischen Jugendverein.“¹⁷⁸ Rund 40 Mitglieder zählte er. Zudem war der RjF mit nahezu ebenso vielen Mitgliedern vertreten, wohingegen die zionistische Jugendgruppe nur 17 aufwies. Die Ortsgruppe der ZVfD selbst war mit 30 eingeschriebenen Mitgliedern klein. Der Grad der Entfremdung vom Judentum war in Hagen allerdings ausgesprochen hoch. „Das jüdisch-kulturelle Leben wird als unter Null bezeichnet.“¹⁷⁹ Außerdem stellte Landau noch für das Jahr 1933 über zehn interkonfessionell geschlossene Ehen fest. Die Dominanz des deutsch-jüdischen Bewusstseins erleichterte es, einen Zweig des BDJJ zu gründen. Erfasst wurden Jugendliche unter 16 Jahren. Bis Mitte 1935 waren ohnehin die meisten der älteren abgewandert.¹⁸⁰

¹⁷⁴ Ebda., Frame 1193.

¹⁷⁵ Vgl. ebda.

¹⁷⁶ Vgl. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 44, Frame 2179.

¹⁷⁷ HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 1193f. Die jüdische Bevölkerung der Stadt hatte die bis dahin erfolgte Ab- und Auswanderung ihrer vorrangig solventeren Gemeindemitglieder quantitativ, wenngleich nicht in steuerlicher Hinsicht, durch Zuzug kompensieren können. Landaus Einschätzung der wirtschaftlichen Verhältnisse klang daher verhalten, wenn er sie lediglich als „günstiger als in anderen Gemeinden“ bezeichnete. Ebda., Frame 1193.

¹⁷⁸ Ebda., Frame 1196.

¹⁷⁹ Ebda.

¹⁸⁰ Vgl. Steinbergs Schreiben vom 17. Juli 1935 an die CV-Hauptgeschäftsstelle. HM2 8694, Osoby 721 I, Akte 59, Frame 0435.

Zu den Gemeinden, die Landau in seinem Bericht erwähnte und die zum Zeitpunkt der Niederschrift bereits einen organisierten BDJJ hatten, gehörte Minden, das erwähnt sei, obwohl es 1934 noch nicht im rheinisch-westfälischen CV integriert war. Die 220-Seelen-Gemeinde, die als ausgesprochen säkular galt, litt zur Bestandsaufnahme nicht unter Abwanderung.

„Nur ein Abiturient ist ins nichtpalästinensische Ausland verzogen. Die am Ort befindlichen sieben ostjüdischen Familien beabsichtigen zur Zeit keine Verlegung ihrer Niederlassung. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, soweit sie durch den Boykott betroffen wurden, sind überwunden. Die wirtschaftliche Lage der jüdischen Gewerbetreibenden hat sich bereits früher auf Grund der allgemeinen Situation verschlechtert. Im übrigen sind durch die politischen Situationen keine persönlichen Benachteiligungen ausgelöst worden. Minden wird als ‚Paradies‘ gegenüber bestimmten rheinischen und westfälischen Gemeinden bezeichnet. [...] Zionistische Betätigung ist überhaupt nicht zu verzeichnen. Stärker als der C.V. soll sich der R.j.F. auswirken, der in Westfalen überhaupt vielfach stärkere Aktivität auch auf kulturellem Gebiete entfaltet. Jüdisches Leben ist nur in der Jugend stärker [...] und [wird] durch den Lehrer und Prediger Hellmann betreut [...] Er steht mit den Behörden gut. Der Ruf der jüdischen Gemeinde in Minden bei den Nachbargemeinden ist nicht günstig. In Minden ‚sei die Thora zu Ende‘.“¹⁸¹

Das andere Extrem fand sich in Witten. Die dortigen Juden hatten

„durch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse schwer gelitten. [...] An der Synagoge sind noch Spuren einer Bemalung sichtbar. Die Seelenzahl wird einschließlich Nachbargemeinden auf etwa 300 angegeben. 85 Personen sind im letzten Jahr abgewandert. Die 12 oder 13 Schulkinder in Witten besuchen jetzt die katholische Volksschule. 6 Kinder besuchen außerdem höhere Schulen. Die Zahl der Jugendlichen beläuft sich zwischen 10–15. Abgewandert sind vor allem ostjüdische Familien, die ihre Geschäfte verkauft haben [...] Auch jüdische Bergarbeiter und Fabrikarbeiter sind durchweg entlassen worden. Der Gottesdienst am Freitag und Sabbath wird ordnungsmäßig abgehalten. Ein neuhebräischer Lehrkurs wird von 10–12 Personen besucht. Das Bildungswesen für Erwachsene liegt da[r]nieder. Eine zionistische Gruppe besteht nicht, die Jugend tendiert aber zionistisch. Der C.V. hat hin und wieder Vorträge veranstaltet, einmal sprach auch ein Redner des R.j.F.“¹⁸²

Damit war Witten die kleinste der hier genannten jüdischen Gemeinden und auch die trostloseste. Ihr lethargisches Organisationsleben beendete auch kein Zweig des BDJJ, zumal das kinderarme Witten kein ergiebiges Betätigungsfeld war. Ein weiterer Bericht zu Witten vom 18. November 1934 entstammt der Feder des Dortmunder CV-Ortsgruppenvorsitzenden Louis Koppel. Nach ihm war Witten in den Boykottagen seit dem 1. April 1933, „so weit bekannt geworden, die einzige Stadt [...], in der die Fensterscheiben jedes einzelnen jüdischen Geschäftes zertrümmert wurden.“¹⁸³ Seit September 1934 hatte die Beunruhigung in der jüdischen Bevölkerung einen erneuten Höhepunkt erreicht. Ummittelbarer Anlass lieferte das Verhältnis eines 21-jährigen jüdischen Angestellten mit einem 19-jährigen Lehrmädchen namens Schröder, beide Gehaltsempfänger der Firma Gebrüder Alsberg & Georg Blank GmbH, denen ein Schäferstündchen im Anschluss an eine Personalfeier, bei dem sie ertappt wurden, ‚vorgeworfen‘ wurde. Um den skandalösen Anstrich des vermeintlichen Aktes der

¹⁸¹ HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 1187f.

¹⁸² Ebda., Frame 1196f.

¹⁸³ HM2 8794, Osoby 721, Akte 2980, Frame 1398-1401, hier 1401.

Rassenschande perfekt zu machen, wurde ein weiterer jüdischer Angestellter fälschlicherweise des Missbrauchs an dieser Minderjährigen verdächtigt. Bei einem Verhör versuchten Männer der SA-Standarte mit „vorgehaltenem Revolver“¹⁸⁴ ‚Geständnisse‘ zu erzwingen. Ein anschließender Versuch des SA-Trupps, Hausfriedensbruch in der Wohnung der Mutter eines der Angestellten zu verüben, konnte zwar von der Polizei vereitelt werden; auf dem Marktplatz Wittens wurde dieser Fall dennoch plakativ ausgeschlachtet und in Verbindung mit der Boykottkampagne der Nazis gegen in jüdischem Besitz befindliche Kaufhäuser generell und speziell in Verbindung mit Max Blank gebracht. Der daraufhin einsetzende Boykott gegen sein Geschäft beunruhigte allerdings nicht nur Blank und den CV, sondern auch die rund „200 arischen Angestellten, unter denen sich auch S.A.-Leute befinden, weil sie um den Stand des Unternehmens und damit ihrer Brotstelle besorgt sind, wenn die Unruhe weiter vorgetragen wird.“¹⁸⁵

In Gelsenkirchen wiederum dominierte der RjF die deutsch-jüdische Jugendarbeit, obwohl der BDJJ dort einen Ableger hatte. Hier blieb das Verhältnis zueinander spannungsfrei, was zweifelsohne an der Person des 1887 in Krefeld geborenen Kaufmannes Leo Gompertz lag, dem Vorsitzenden der RjF-Ortsgruppe in Gelsenkirchen, der sich „als guter Demokrat der Parole des C.V. angeschlossen [hat], wonach Auswandern und andere im Stich lassen ein Verrat an der Gesamtheit des deutschen Judentums sei.“¹⁸⁶ Seine Erfahrungen in der Jugendarbeit reichten ins Jahr 1909 zurück, als er den Vorsitz des neutralen Jugendvereins in Gelsenkirchen übernommen hatte. Anfang 1934 kam Gompertz mit seinem Freund, dem Inhaber des Kaufhauses Gebrüder Alsberg, Julius Goldschmidt, überein, dessen 20 Kilometer von Gelsenkirchen gelegenes Gelände „in mitten von Wald und Heide“¹⁸⁷ für ein Ferien- und Umschichtungsheim zur Verfügung zu stellen. Bei der Eröffnungsfeier des ‚Haus Bertha‘ am 29. Juli 1934, während der man auch der jüdischen Gefallenen des Krieges gedachte, waren nur westdeutsche Vertreter des BDJJ, des Centralvereins, des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und einige Vertreter jüdischer Gemeinden anwesend. Das Jugendheim stand unter der Ägide des Frontsoldatenbundes. Gompertz' Konzept nach stand es aber allen jüdischen Jugendlichen zur Verfügung.¹⁸⁸ Bis zur zwangsweisen Schließung 1937 übernahm er die Leitung des Heimes, wobei sein und

¹⁸⁴ Ebda., Frame 1398.

¹⁸⁵ Ebda., Frame 1400.

Das Unternehmen wurde am 2. November 1938 zwangsverkauft. Zum Überlebenskampf der Wittener Firma Alsberg und Blank siehe *Dahlmann, Hans-Christian*, ‚Arisierung‘ und Gesellschaft in Witten, Münster 2001, S. 75ff.

¹⁸⁶ *Leo Gompertz Collection*, Arbeit für die Jüdische Jugend in Deutschland. Mein Erlebnis im Dienste des Judentums, LBIJMB MM 108, S. 2.

¹⁸⁷ Ebda., Haus Bertha, S. 2.

¹⁸⁸ Das Heim war, „da der jüdischen Jugend die zahlreichen in Deutschland bestehenden Jugendheime und -herbergen verschlossen waren, ebenso wie Berufsumschichtungsmöglichkeiten in nichtjuedischen Institutionen [...] jedem juedischen Jugendlichen, gleich welcher juedischen politischen oder religioesen Richtung, zugaenglich.“ Ebda., S. 3. Der CV wiederum führte für seine eigene Öffentlichkeitsarbeit Adressenlisten von Wander- und Jugendherbergen, insbesondere nachdem die Mitglieder der jüdischen Jugendbünde vom deutschen Jugendherbergverband 1933 ausgeschlossen worden waren. Vgl. HM2 8693, Osoby 721, Akte 44, Frame 2343ff. Er half ebenso bei der Vermittlung von Gastfamilien für Jugendliche, die einmal ihre Ferien entweder in der Stadt oder auf dem Land verbringen wollten. Vgl. etwa HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 207, Frame 1966.

damit der Erfolg des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten in Gelsenkirchen – dem der zionistischen Jugendbünde sehr ähnlich – auf der Kombination von Zusammengehörigkeitsgefühl, körperlicher Ertüchtigung, Disziplin, Bildungsarbeit und romantischem Lagerfeuer beruhte.¹⁸⁹

Auch wenn der BDJJ nachweislich in Gelsenkirchen, Essen, Dortmund, Duisburg, Hagen, Mönchen-Gladbach, Minden, Münster und Wuppertal-Elberfeld eigenständige Gruppen gründen konnte¹⁹⁰, blieb die Ausbeute damit dennoch mager. Zudem begleiteten Geldprobleme die jugendpflegerische Arbeit des Centralvereins. In einem Rundbrief vom 12. Juli 1935 informierte deshalb der CV werbend über die Einführung seines „Jugendpfennigs.“¹⁹¹ Ein weiteres Rundschreiben musste dann sechs Monate nach der am 15. September 1935 erfolgten Aberkennung der so genannten deutschen Reichsbürgerschaft die staatspolizeiliche Anordnung bekannt geben, die die Streichung des Attributes ‚deutsch‘ aus dem Namenszug forderte. Die neue Bezeichnung des BDJJ lautete fortan Ring, Bund jüdischer Jugend.¹⁹² Ernst Plaut versuchte zwar mit der Zuversicht zu trösten, dass die Pflege des deutsch-jüdischen Typs „nicht unbedingt innerhalb Deutschlands, sondern [...] auch ausserhalb der Reichsgrenzen betrieben werden“¹⁹³ könnte, doch die Bundesgenossen erholten sich von dieser Amputation nicht mehr. Selbst „unser Freund Gerhard Orgler ist infolge der übermässigen Inanspruchnahme von Bund, C.V. und seiner Tip-Top-Geschichte körperlich zusammengeklappt.“¹⁹⁴ Bald darauf, am 27. Juni 1936, hieß es gegenüber Hirschberg, der BDJJ respektive Ring, Bund jüdischer Jugend befände sich im Stadium der „inneren Auflösung.“¹⁹⁵ Während den die Auswanderung propagierenden zionistischen Jugendvereinen wenigstens noch eine kurze Arbeitsphase vergönnt blieb, wurde der Bund deutsch-jüdischer Jugend/Ring, Bund jüdischer Jugend im Januar 1937 reichsweit verboten.

Die Lebensumstände vor wie nach 1933 und die Unentschiedenheit im Centralverein verhinderten eine erfolgreiche eigene deutsch-jüdische Jugendarbeit. Der Jahre zuvor verkündete Plan, die Jugend an den Verein praktisch wie ideell heranzuführen, wurde nie gründlich umgesetzt. Grundsätzlich disharmonisch entwickelte sich das Verhältnis vor allem der älteren deutsch-jüdischen Jugendlichen gegenüber dem symbiotischen

¹⁸⁹ Vgl. *Leo Gompertz Collection*, Haus Bertha, LBIJMB MM 108, S. 6f. Diesem Erinnerungsbericht sind Stimmen ehemaliger Heimbewohner beigelegt: „[W]ir koennen den Maennern und Frauen des R.J.F. nicht genug danken fuer das Gefuehl der Zusammengehoeerigkeit und Staerke, das sie damals einer immer mehr vereinsamenden juedischen Jugend gaben.“ Ebda., S. 8. Und an anderer Stelle: „Mir gab jene Erziehung Rueckgrat. Genug davon, um eine schwere Auswanderung mit 16 Jahren, mit all der grossen Umstellung und die Einordnung in ganz andere, fremde Lebensformen ueberwinden zu koennen. Ich bin hundertprozentig davon ueberzeugt, dass ich diese erste schwere Zeit nur der in ‚Haus Bertha‘ genossenen Abbruehung und Erziehung zu verdanken habe [...] und ich schaeme mich nicht zu sagen, dass es gerade das ‚Haus Bertha‘-Erlebnis war, das mich die langen, schweren Jahre ueberleben liess.“ Ebda., S. 8f.

¹⁹⁰ Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 44, Frame 2179; HM2 8694, Osoby 721 I, Akte 59, Frame 0438.

¹⁹¹ HM2 8769, Osoby 721 II, Akte 34, unpaginiert.

¹⁹² Vgl. ebda., Akte 40b, unpaginiert.

¹⁹³ HSTA Düsseldorf, RW 58, Nr. 11384. Überwachungsbericht vom 12. März 1936 über eine CV-Ortsgruppen-Versammlung in Duisburg.

¹⁹⁴ HM2 8769, Osoby 721 II, Akte 47, unpaginiert. Orgler floh nach Sao Paulo.

¹⁹⁵ Ebda., Akte 82, unpaginiert.

Charakter des Vereins. Weder religiös noch politisch entsprach die Vereinsprogrammatische den hohen Erwartungshaltungen seines in dieser Hinsicht allerdings auch vernachlässigten Nachwuchses. Der CV, der vornehmlich der großstädtischen Jugend eine beständige geistige Heimat geben wollte, reagierte nicht zügig genug auf die unterschiedlichen geistigen Strömungen, die die jüdische Jugend während des wirtschaftlichen Umschichtungsprozesses seit dem Krieg adaptierte.¹⁹⁶ Die deutsch-jüdische Gesinnung liberaler Provenienz war immer weniger Bestandteil ihrer Identität, wodurch sich die langjährigen Defizite im CV bei der Vermittlung inhaltlicher Werte zeigten. Der Schwerpunkt der CV-Arbeit mag gezwungenermaßen zu einseitig auf der Praxis und dem unspektakulären Vortragswesen gelegen haben. Diese Defizite versuchte mit bescheidenen finanziellen Mitteln explizit die Erziehungsarbeit seit Ende 1927 auszuräumen. Seither akzentuierte der CV stärker die jüdische Seite seiner Zwiennatur und harmonisierte sie mit der seit 1913 eher einseitig gepflegten deutschen. Er brachte damit beide Pole in ein ausgewogeneres Verhältnis. Mithilfe der Jugendarbeit näherte er sich folglich der Verwirklichung des ursprünglichen Ziels einer deutsch-jüdischen Gesinnungsgemeinschaft im symbiotischen Sinne. Dies setzte die innere Abkehr von seinem Neutralitätspostulat voraus, von dem er sich jedoch nur widerwillig trennen konnte, weshalb auch das Organisationsgefüge in den beiden Landesverbänden, anfangs in Form der Arbeitsgemeinschaften, ein unverbindliches blieb. Ebenso ängstlich angesichts einer weiteren Fragmentierung der jüdischen Jugendorganisationen untergrub er zudem die Neutralität des Verbandes jüdischer Jugendvereine, die, zumindest dem Ansatz nach, religiöse und politische Gegensätze zu nivellieren versuchte, ein Ziel, das im Grunde der CV als Zentrale aller deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens angestrebt hatte. Aber die Notwendigkeit, den eigenen Vereinsnachwuchs zu sichern und nicht zuletzt die wachsende gesellschaftliche Ausgrenzung führten zu einer Radikalisierung der eigenen Position, die die Abgrenzung gegenüber anders gesinnten Juden verschärfte. Erst als der Verfolgungsdruck durch das NS-Regime den Fortbestand der deutsch-jüdischen Idee existenziell zu gefährden begann, kam es zu einem identitäts- und gemeinschaftsstiftenden deutsch-jüdischen Bündnis in Gestalt des BDJJ. Obwohl im BDJJ der individualistische Geist überwunden werden sollte, polarisierte sich die nach Einheit sehnende jüdische Jugend in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen weltanschaulichen Ausrichtung. Selbst ideologisch nahestehende Organisationen grenzten sich voneinander ab. Sie konkurrierten sogar miteinander. Im Behauptungskampf der Organisationen konnte der BDJJ trotz seines programmatischen Idealismus und Willens nur relativ wenige Jugendliche – bedingt durch die jeweiligen lokalen Lebensumstände und den Grad ihrer Säkularisation – binden. Die Mitglieder des Bundes deutsch-jüdischer Jugend wollten sich letztlich „selbst durch den Namen zu unserer Bestimmung zwingen. Der Bund war keine Wirklichkeit, aber er war eine Forderung.“¹⁹⁷

¹⁹⁶ Siehe hierzu generell *Kocka, Jürgen*, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Frankfurt/M. 1988.

¹⁹⁷ CVZ, *Der Weg nach innen, Seite der Jugend*, Nr. 1, 17. Januar 1935, unpaginiert.

4.3 Die jüdischen Angestellten und die Boykottbekämpfung

Neben den Frauen und den Jugendlichen bekamen auch die jüdischen Angestellten, die häufig deckungsgleich mit den beiden erstgenannten Zielgruppen waren, eine zunehmende Bedeutung für den CV als Tat- und Gesinnungsgemeinschaft. Im Zuge der Wirtschaftskrisen und der wachsenden Erfolge der völkischen Bewegung seit Ende der 1920er Jahre begann der Verein also damit, die komplette Klaviatur von rechts nach links außen zu nutzen. Sicherlich hatte er bereits 1924 festgestellt, dass er nahezu alle Schichten der Bevölkerung vertrat,

„merkwürdigerweise aber sind in der großen Menge der Angestellten aller Art die C.-V.-Mitglieder recht dünn gesät, eine Erscheinung, deren Ursachen geprüft zu werden verdienen und die selbst möglichst beseitigt werden muß.“¹⁹⁸

Nach getaner Analyse waren allen voran finanzielle Ursachen für das Fehlen der Angestellten im CV verantwortlich. Arbeitslosigkeit, unsichere und geringe Einkommensverhältnisse zwangen schon vor der Währungsumstellung zu bescheidener Lebensführung. Sofern die wirtschaftlich Deklassierten Beitragszahlungen leisteten, kamen sie vorrangig den Gewerkschaften zugute. Verständlich war diese

„rein m a t e r i e l l e Einstellung, die gegenwärtig Platz gegriffen hat. Sie [...] muß aber bekämpft werden. Auch das Leben des Angestellten muß wieder einen g e i s t i g e n Inhalt erhalten. [...] Was aber liegt näher, als daß der jüdische Angestellte auch Stellung nimmt in dem Kampfe, der ihm von judenfeindlicher Seite aufgezwungen wird, in dem Kampfe gegen den Antisemitismus aller Spielart? Und wer führt diesen Kampf energischer, schneidiger als der C.-V.? [...] Hier bietet sich ihnen auch Gelegenheit, G e s i n n u n g s p f l e g e mit gleichdenkenden Standesgenossen zu treiben. Sehen wir doch einmal hinüber zu den andersgläubigen Kollegen! Da gibt es evangelische und katholische Arbeitervereine, in denen sich auch Angestellte in beträchtlicher Zahl betätigen. So ausgesprochene konfessionelle Standesvereine gibt es bei uns nicht, wohl aber bietet der C.-V. dafür einen gleichwertigen Ersatz.“¹⁹⁹

Fraglos bot der CV einen gewissen Ersatz für die etablierten Richtungsgewerkschaften, obwohl er sich weder bei der Ausarbeitung von Tarifverträgen profilierte noch sich jemals des Streiks als Kampfmittel bediente. Er übernahm Gewerkschaftsaufgaben jedoch insofern, als er sich – in bescheidenem Rahmen und wohl auch nur in Berlin – der sozialen Unterstützung arbeitsloser jüdischer Angestellter widmete. Darüber hinaus bot er ein erzieherisches Konzept und eine ausbaufähige Plattform als Interessenvertreter von Arbeitnehmern mit eigener konfessioneller Ausrichtung. In dieser Hinsicht erstreckten sich vor 1933 seine Aufgaben vorrangig auf die Regelung der Arbeitszeiten am Shabbat und anderen jüdischen Feiertagen. Nach 1933 rückten neben den Arbeitsvermittlungsdiensten der Arbeitsschutz im weitesten und die Kündigungs-, Überstunden- sowie Urlaubsbestimmungen im engeren Sinne in den Mittelpunkt seines Wirkens. Zur Durchführung dieser Aufgaben verhandelten die

¹⁹⁸ Central-Vereins-Dienst, Der C.-V. und die Angestellten, Nr. 6, I. Jg., 1. Oktober 1924, S. 54.

¹⁹⁹ Ebd.

Juristen des Rechtsschutzvereins mit Arbeitgebern und Behörden, formulierten Beschwerdeschriften und bedienten sich der Arbeitsgerichte.

Da der CV stets Probleme bei der praktischen Umsetzung seiner Untersuchungsergebnisse hatte, begann er mit den forcierten Maßnahmen in der Angestelltenwerbung erst im Jahr des Bankenkrauchs. Das Betreuungsverhältnis zu den Angestellten, das er seit 1931 verstärkt pflegte, mündete ab 1933 in die von ihm geleistete wirtschaftlich-rechtliche Beratungstätigkeit. Die so fortgesetzte Arbeit nahm der politisch-rechtlichen Zäsur ein wenig die Schärfe und verlangsamte mittelfristig den Prozess des Wirtschaftsausschlusses deutscher Juden unter dem NS-Regime.

Im rheinisch-westfälischen Verband scheint es Hans Kalisch gewesen zu sein, der das Fehlen der Angestellten im Verein zuerst wahrgenommen hat. 1921 machte er darauf aufmerksam,

„dass die Zahl der Angestellten im CV unerfreulich gering ist. Vielfach kommen zu Versammlungen nur die selbständigen Kaufleute, während die Angestellten, wie selbstverständlich, zurückbleiben. Nur in wenigen Orten, wie beispielsweise in Hamborn, ist das anders gewesen. Auch in der Ortsgruppe Essen ist die Zahl der männlichen und weiblichen Angestellten, die dem Verein angehören, unerfreulich klein. In anderen grösseren Ortsgruppen wird es nicht besser sein. Dass ein Angestellter in führender Stellung sich am Vereinsleben beteiligt, ist sehr selten.“²⁰⁰

Aus diesem Grund stellte der Essener Syndikus anheim,

„ob man nicht erwägen soll, an verschiedenen Orten die Angestelltenkreise besonders einzuladen. Der organisierte Angestellte jüdischen Glaubens hat doch auch noch besondere Interessen als Juden, die dadurch gegeben sind, dass der Kreis der Anstellungsmöglichkeiten für ihn erfahrungsgemäss durch den Antisemitismus recht verengt ist.“²⁰¹

Hierauf wurden die Möglichkeiten einer berufsgruppenspezifischen Sammlung der jüdischen Angestellten eruiert. Einer Aktennotiz aus der Hauptgeschäftsstelle vom 16. Mai 1922 nach wurde sogar erwogen, eine eigene Betriebsorganisation für sie zu gründen. Auch deshalb kontaktierten Verbindungsleute des Vereins den Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA), der riet, von dem Vorhaben tunlichst Abstand zu nehmen, „da bei der eigenartigen nicht beruflich gegliederten Struktur unseres Vereins eine Ausdehnung auf die einzelnen Betriebe sehr schwer sei.“²⁰² Welche Gründe den CV dazu bewogen, diesem Rat zu folgen, ließ sich nicht klären.

Die CVer machten sich demzufolge ausgesprochen abhängig von der Bereitschaft jener Gewerkschaftsfunktionäre, die sich bereit erklärten, „in solchen Fällen einzuschreiten, wo sich Antisemitismus“²⁰³ bemerkbar machte. Es war allerdings selbst für die Fachleute im CV nicht immer einfach, den oft subtilen Boykott, der sich gegen jüdische Angestellte richtete, als solchen zu identifizieren. Deshalb

²⁰⁰ Reisebericht Kalischs an die Berliner Zentrale vom 5. Dezember 1921. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 173, Frame 0530.

²⁰¹ Ebda.

²⁰² Ebda., Frame 0510. Der GdA bildete unter anderem mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen den Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellter und Beamtenverbände.

²⁰³ Ebda.

„gehört diese Frage zu den schwierigsten Materien, mit denen sich der Central-Verein überhaupt zu befassen hat. Bedauerlicherweise hat sich aber auch die Dringlichkeit, auf dem Gebiet Abhilfe zu schaffen, in den letzten Jahren stark erhöht. Unter dem Boykott jüdischer Arbeitnehmer verstehen wir den grundsätzlichen oder gewohnheitsmäßigen Ausschluß jüdischer Angestellter bzw. Arbeiter auf Grund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum. Die damit bezeichnete Haltung einer Reihe von Arbeitgebern wird wesentlich unterstützt durch die schlechte Wirtschaftslage einerseits und durch die Ausbreitung judenfeindlicher Gedankengänge andererseits.“²⁰⁴

Weiterhin erwiesen sich tradierte konfessionelle Bindungen vorrangig in den Mittel- und Kleinstädten als Hemmnisse für diejenigen, die der jeweils vorherrschenden Konfession nicht angehörten. Die unternehmerische Entscheidung für Angestellte einer christlichen Konfession musste nicht zwangsläufig judenfeindlich motiviert sein. Öffentliche Ausschreibungen waren dagegen häufig entsprechend festgelegt. Da der CV aber in diesen Fällen seine Beschwerden mit dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung begründen konnte, gehörte dieser spezielle Bereich zu seinen erfolgreichsten.

Zu seinen vorbeugenden Maßnahmen gehörte es, auch ohne judenfeindliche Anlässe persönliche, zuweilen vertrauliche Rücksprachen mit Arbeitgebern zu führen. Nur dann, wenn die judenfeindliche Gesinnung unzweifelhaft festgestellt werden konnte, gaben die Redakteure der CVZ die Firmennamen bekannt. „Zu einer solchen Diffamierung von Firmen wurde allerdings nur in den seltensten Fällen geschritten.“²⁰⁵ Als Informationsquellen dienten dabei die „sozialen Sprechstunden“²⁰⁶, die im Verein bis Anfang 1931 eingerichtet worden waren. Sie dürfen als organisatorische Prototypen der späteren wirtschaftlich-rechtlichen Beratungsstellen angesehen werden, zu denen die CV-Geschäftsstellen nach 1933 ausgebaut wurden.

Intern wurden, wie oben angedeutet, die Vorbereitungen für die Hauptvorstandswahl Anfang 1931 zum Wendepunkt in der Angestelltenfrage. Zehn Jahre, nachdem dieses

²⁰⁴ Führerbriefe, Die Bekämpfung des Boykotts jüdischer Angestellter, Nr. 4, 30. April 1931, S. 63. Diese Darlegung differenzierte drei Verhaltensmodi von Arbeitgebern, die „sich auf jüdische und nichtjüdische Arbeitgeber unterschiedslos“ [S. 65] bezogen. Es handelte sich erstens um jene, die offen ihre antisemitische Haltung zugaben; in diesen Fällen hatte der CV keine Einflussmöglichkeiten. Zweitens um die, die ihre Präferenz für Christen nicht zugeben wollten; diese Arbeitgeber fanden sich nach Ansicht im CV zuhauf. Dabei lehnte erfahrungsgemäß die Firmenleitung „die Sonderbehandlung aus konfessionellen Gründen“ ab [...], aber untergeordnete Stellen, Personalchefs“ [S. 64] schlossen teils nach Gutdünken Juden aus. In vielen Beschwerdefällen hatte sich ergeben, dass Betriebe auf ihre „Renommierjuden“ [S. 64] hinwiesen, um sich „durch einen solchen Hinweis von dem Verdacht des Boykotts [zu] befreien. [...] Manchmal existiert sogar, wie wir es bei einer großen rein jüdischen Firma feststellten, eine offizielle Prozentnorm für jüdische Angestellte. In der vom Central-Verein darauf bezüglichen Rücksprache wurde von den sehr bewußten und interessierten jüdischen Chefs erklärt, daß mehr als 10% jüdischer Angestellter für die Firma nicht tragbar seien, weil sonst an den hohen jüdischen Festtagen der Betrieb stocken würde.“ [S. 64] Andere Arbeitgeber wiederum gaben offen zu, Nichtjuden zu bevorzugen, begründeten ihr Vorgehen aber nicht konfessionell, sondern mit der fehlenden Eignung. Außerdem waren „die Angaben einzelner jüdischer Stellungssuchender, die sehr häufig den Anlaß zu Recherchen bilden, [...] außerordentlich schwer nachzuprüfen. Die Firmen verschanzen sich in der Regel hinter [der] Erklärung, daß vermeintliche Untüchtigkeit den Grund zur Zurückweisung gegeben habe, und daß keine konfessionellen Vorurteile vorliegen. Andererseits sind auch in der Tat die Angaben der jüdischen Stellungssuchenden oft übertrieben. Fast jeder jüdische Stellung[s]suchende, der zurückgewiesen wird, führt die Zurückweisung auf Antisemitismus zurück und denkt niemals daran, daß vielleicht mangelnde Eignung vorgelegen habe.“ [S. 65]

²⁰⁵ Ebd., S. 66.

²⁰⁶ Ebd.

Defizit festgestellt worden war, saß immer noch kein einziger Vertreter der Angestelltenschaft auf der Vorstandsbank.²⁰⁷ Bis dahin hatten die CV-Redner in den Versammlungen vorrangig und zum wiederholten Male ihre Sorge um die wirtschaftliche und soziale Zukunft der jüdischen Angestellten zum Ausdruck gebracht. Mit seinen Ausführungen am 25. Februar 1931 versuchte etwa Rabbiner Goldmann aus Leipzig, die Ortsgruppenmitglieder in Oberhausen für die besonderen Probleme dieser mittelständischen Berufsgruppe zu sensibilisieren, wobei er auch über „den Antisemitismus innerhalb unseres eigenen Kreises“²⁰⁸ schimpfte.

Weitere sechs Monate vergingen, bis sich der CV auf die alte Herausforderung praktisch eingestellt hatte und aktiv wurde. Im August 1931 machte der Vereinsvorsitzende mit Blick auf die zukünftige Vereinsentwicklung den Ernst der Lage deutlich:

„Wir müssen uns darüber klar sein, dass in immer steigende[re]m Masse eine vollständige Umschichtung unter unseren Mitgliedern eintritt, daß der Mittelstand, der früher das Gros unserer Mitglieder ausmachte und heute noch ausmacht, aufgerieben ist und dass die Angestellten neben den Akademikern das Erbe des C.V. zu verwalten haben.“²⁰⁹

Zeitgleich setzten die Mobilisierungsbemühungen im rheinisch-westfälischen Verband ein. Plötzlich presierte es den Essener Funktionären. Sie begannen Adressen jüdischer Angestellter, Firmen und Geschäftsinhaber so lückenlos wie möglich zu erfassen. In Betrieben mit größerer jüdischer Belegschaft sollten Vertrauensleute des Vereins bestellt werden. Viele von ihnen sollten persönlich aufgesucht werden, um sie zum Vereinsbeitritt zu bewegen. Aufrufe selben Zwecks erfolgten am Schluss einer jeden vom CV organisierten Versammlung.²¹⁰ Die hier grob skizzierte Strategie basierte auf einer differenzierten Untersuchung der Zielgruppe, wozu einmal der Kreis der gehobenen Angestellten gehörte, gleichgültig ob sie einen akademischen Grad aufwiesen oder nicht. In ihrem Fall empfahl der CV, ein Vertrauensmännersystem in größeren Betrieben des Handels, vor allem in den Kaufhäusern, im Bankwesen und der Industrie zu etablieren. Ebenso wollte er auch in die mittleren und kleinen Betriebe eindringen. Besondere Werbematerialien mussten zu diesem Zweck erstellt werden,

²⁰⁷ Vgl. HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 196, Frame 0886. Dieser Umstand bleibt umso schleierhafter, weil schon zwei Jahre zuvor die CV-Führerbriefe Richtlinien für eine branchenspezifische Mitgliederwerbung an die Hand gegeben hatten. Vgl. ebda., Nr. 1, 15. September 1929, S. 7.

²⁰⁸ Vortrag im Theaterrestaurant in Oberhausen über ‚Die Wirtschaftskrise im deutschen Judentum‘. HM2 8717, Osoby 721 I, Akte 1090, Frame 2439. In diesem Zusammenhang ist ein Schreiben Hirschbergs an das CV-Mitglied Hermann Sternau in Hanau vom 3. Dezember 1931 erwähnenswert: „Wir treten, soweit es in unseren Kräften steht, stets gegen diese Machenschaften, die von mangelnder Solidarität zeugen, auf. Als Beweise dafür mögen Ihnen entsprechende Artikel und Notizen in den beiliegenden Nummern der C.V.-Zeitung dienen. Sie ersehen [...], dass unser Kampf gegen die Nichteinstellung jüdischer Angestellter in jüdischen Betrieben von uns schon seit Jahren geführt wird.“ HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 173, Frame 0452.

²⁰⁹ HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 173, Frame 0479.

²¹⁰ Vgl. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1415, Frame 1473. Siehe auch HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 173, Frame 0405.

„in denen die wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen und wirtschaftsrechtlichen Gründe aufgeführt werden, die ein wechselseitiges Zusammenwirken von gehobenen Angestellten und C.V. empfehlenswert machen.“²¹¹

Ferner galt es, die „Schicht der älteren, zum grossen Teil verheirateten kleineren und mittleren Angestellten, die im wesentlichen resigniert haben“²¹², zu gewinnen. Für diesen nahezu hoffnungslosen Personenkreis regte man an, ein Nebenorgan der CV-Zeitung zu schaffen, das den Charakter einer Mittelstandszeitung aufweisen sollte. Empfehlenswert erschien es ebenso,

„das System der SPD-Bezirke und Beitragsbücher einzuführen und Wochenbeitragsmarken von 5 Pfg. [...] durch den jeweiligen Bezirksvertrauensmann für Angestelltenfragen kleben und kassieren zu lassen.“²¹³

Endlich interessierte die zahlenmäßig große Schicht „der jüngeren, meist unverheirateten Angestellten zwischen 18 und 32 Jahren, wobei wiederum aus dieser Klasse die Erwerbslosen herauszuhalten sind.“²¹⁴ Bei dieser Gruppe erwartete man die größte Abneigung. Es war deshalb

„nicht empfehlenswert, eine direkte C.V.-Werbung für die Massen sofort erkennbar zu veranstalten. Wir dürfen uns hier durch einen sehr starken Umweg und durch die Notwendigkeit gewisser Kapitalinvestierung nicht beeindrucken lassen.“²¹⁵

Während der Aufbau eines Vertrauensmännersystems nicht nachzuweisen ist und kein weiteres Organ neben der CVZ finanzierbar war, flossen allerdings gewisse Kapitalinvestitionen in das Projekt CV-Heim für jüdische Angestellte in Berlin, das in der Magazinstraße 17, Nähe Alexanderplatz, untergebracht war. Der Plan und seine Umsetzung bezweckten, vor allem arbeitslosen Angestellten in den Wintermonaten einen räumlichen Bezugspunkt zu bieten, der mithilfe von Möbelspenden eingerichtet war. Gegen ein geringes Entgelt wurden warme Getränke und Stullen gereicht, während explizit jüdische Zeitungen jeder Couleur neben Gesellschaftsspielen auslagen. Im Planungsbericht hieß es nämlich: „Der Weg ist der von der Geselligkeit über das allgemeine Bildungsmässige zur richtungsmässig betonten C.V.-Arbeit.“²¹⁶ Die Heimleitung durfte sich nur „aus den Kreisen der Eltern der Jugendbünde und aus solchen von modernen sozialen Gedanken erfüllten anderen jüdischen Schichten (keine Wohlfahrtshyänen)“²¹⁷ zusammensetzen.

Das Projekt begann in Berlin, die geplante Ausdehnung des Vorhabens auch auf den Osten und den Westen Deutschlands wurde zumindest im Westen nie realisiert. In Berlin aber öffnete das C.V.-Heim für jüdische Angestellte im November 1931 seine Tore. Zwei junge Rabbbiner leiteten es mit dem Ziel, den bis zu 170 Besuchern täglich

²¹¹ Der Autor dieses Vorschlags ist nicht auszumachen. Die Darlegung datiert vom 27. August 1931. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 173, Frame 0471-0474, hier 0471.

²¹² Ebda., Frame 0472.

²¹³ Ebda..

²¹⁴ Ebda., Frame 0471.

²¹⁵ Ebda., Frame 0472.

²¹⁶ Ebda., Frame 0473.

²¹⁷ Ebda.

„das Judentum wieder näherzubringen.“²¹⁸ Neben Vorträgen fand die Bildungsarbeit in Arbeitsgemeinschaften statt, die dreimal in der Woche abgehalten wurden. Die Feiertage begingen diejenigen gemeinsam, die teilnehmen mochten. Wie schon in der Frauen- und Jugendarbeit stand nicht nur die Vermittlung jüdischer Bildungswerte auf dem Programm. Nach siebenmonatiger Tätigkeit erfolgte der Beschluss,

„das bisher für jeden Besucher offene Heim in ein ‚C.V.-K l u b h e i m für jüdische Werk tätige‘ mit einem etwas geschlosseneren Charakter umzuwandeln. In dem Berliner C.V.-Heim für jüdische Angestellte ist eine lebenskräftige Zelle deutsch-jüdischen Lebens entstanden, die während und nach Beendigung des Umwandlungsprozesses, in dem sich das deutsche Judentum jetzt befindet, vielleicht einmal wichtige Aufgaben für den Erhalt deutschjüdischen Lebens zu erfüllen hat.“²¹⁹

Zwischenzeitlich hatten die rheinisch-westfälischen Vereinsfunktionäre in den Großstädten des Raumes damit begonnen, Angestelltenversammlungen zu organisieren. Zwar war noch nicht geklärt, wer die Kosten für die Lieferung der CVZ an die neu gewonnenen Mitglieder übernehmen sollte, obwohl sich die Vereinskyndizi darauf geeinigt hatten, die Zentrale solle diese Kosten übernehmen, da ihr im Gegenzug der jährliche Mindestbeitrag von drei Reichsmark für jugendliche Angestellte ohne Abzüge zufluss. Berlin scheint mit dieser Vereinbarung aber nicht einverstanden gewesen zu sein und aus Spargründen den Versand der Zeitung zurückgehalten zu haben. Hierauf erklärte der CV in Hamm i. W. empört und enttäuscht,

„dass uns das Verständnis dafür fehlt, dass es monatelanger Erwägungen bedarf, um in dieser Angelegenheit zu einem praktischen Ergebnis zu kommen. Was nützen uns theoretische Beteuerungen, dass man bei der Syndikus-Konferenz in Berlin auch der Ansicht war, dass jeder Angestellte die C.V.[.]Zeitung erhalten solle, weil man dies als das wichtigste Verbindungsmittel zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern ansieht. Es gibt in der Praxis verpasste Gelegenheiten und oftmals auch Notwendigkeiten zu schnellem Handeln. Dies scheint die Berliner Zentrale im vorstehenden Fall völlig zu verkennen. Wir bedauern, dass wir den hiesigen Angestellten zugesichert haben, dass der C.V. ihre Interessen weitgehendst berücksichtigen würde.“²²⁰

Um den drohenden Verlust für den Verein in Hamm zu verhindern, erklärte sich der Ortsgruppenvorstand zähneknirschend bereit, selbst die Kosten für den Versand der CVZ an die neuen Mitglieder zu übernehmen, damit die Berliner Zentrale „keineswegs einen Schaden“²²¹ erleide.

Relativ rasch hatten sich untere Vereinsebenen wie die Ortsgruppe Hamm flexibel auf die neue Aufgabe eingestellt, sodass sich trotz der Anlaufschwierigkeiten auch in Münster der im Dezember 1931 gegründeten Jugendarbeitsgemeinschaft 14 Angestellte

²¹⁸ CVZ, Sieben Monate C.V.-Heim für jüdische Angestellte, Nr. 29, 15. Juli 1932, S. 305; CVZ, Chanukka Feier im C.V.-Heim für jüdische Angestellte, Nr. 50, 11. Dezember 1931, S. 574; siehe zudem im Bestand der Wiener Library die Sammlung von CV-Propagandamaterialien: ‚1932 – Das Entscheidungsjahr. Heim in heimatloser Zeit‘.

²¹⁹ Ebda.

²²⁰ HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 173, Frame 0437.

²²¹ Ebda. Die Ortsgruppe Essen handhabte das Problem Kosten spendend. Nach ihrem Arrangement teilten sich Angestellte eines Betriebes jeweils ein Exemplar. Außerdem durfte sich das neue Mitglied aus dem Kreis der Angestellten in seiner Beitragsleistung selbst einschätzen. Vgl. ebda., Frame 0448f.

anschlüssen.²²² Am 15. Februar 1932 folgten in Dortmund 100 jüdische Angestellte der Versammlungseinladung des Vereins, von denen „bereits ein beträchtlicher Teil unserer in Dortmund sehr stark verankerten C.V.-Jugend“²²³ angehörte. Zwölf Neuanmeldungen konnten nach diesem Abend Berlin genannt werden. In Essen versammelten sich im selben Monat nahezu 300 Angestellte. Anscheinend wegen unglücklicher Terminierung blieb dieses Treffen jedoch bedauerlich klein, wie Plaut feststellte, da zeitgleich eine Massenversammlung der Eisernen Front stattfand. Dennoch waren es hier 25 Neuanmeldungen. Im April warb Plaut in Herne vor 40 Interessierten. Der Werbungserfolg war ordentlich. 28 der Anwesenden unterschrieben ihre Anmeldung, und von diesen hatten 15 dem CV bis dahin fern gestanden. Damit hatte der Verein „70% aller Angestellten in Herne erfasst.“²²⁴

Diese auf die Vereinsmitgliederzahlen ausgleichend wirkenden Maßnahmen verfolgte der CV nicht nur, um seinen Haushalt zu konsolidieren oder seinem sozialen Ethos Ausdruck zu verleihen. Aus seiner bürgerlich-liberalen Tradition heraus und eingedenk vergangener Realitäten, als das kapitalistische System noch den Weg in die deutsche Gesellschaft eröffnen konnte, hatte er ein besonderes Interesse an der Genesung des krisengeschüttelten Mittelstandes, der nicht nur vom CV umworben wurde. Ludwig Holländer stellte während seines Besuches in der Ortsgruppe Düsseldorf im Frühling 1932 „das zweifellose Anwachsen der jüdischen Kommunisten in Westfalen“²²⁵ fest. Obwohl auch der Zionismus dadurch Schaden litt, war dem CV „nach keiner Richtung hin der Übergang vom Zionismus zum Kommunismus sympathisch.“²²⁶

Doch die wirtschaftlichen Veränderungen nahmen Einfluss auf die politische Haltung des Einzelnen. Selbst bei dem für den Verein so richtungsgebenden Holländer, der sich als Freihandelsbefürworter erwiesen hatte, war ein Wandel zu bemerken. 1931 riefen die unter der Regierung Brüning einsetzenden staatlichen Eingriffe zumindest keine offene Kritik im Verein hervor. Sowohl die Einführung der Devisenkontingentierung als auch die beschäftigungspolitischen Maßnahmen des Präsidialkabinetts Kurt von Schleicher, die dem ersten Vierjahresplan der Regierung Hitler vorgriffen²²⁷, scheinen im Verein keinen Widerspruch geweckt zu haben. Es galt, dem Wohle der deutschen Volkswirtschaft zu dienen, sich in ihren Dienst zu stellen, um den Wiederaufstieg des Landes ökonomisch zu sichern.²²⁸ Die damit verbundene Teilabsage an die dezentrale Mehrplanwirtschaft galt dem CV als notwendiges Mittel, um die sozialen Spannungen zu lösen, nachdem sogar der Burgfriede Ende 1931 staatlich notverordnet werden

²²² Vgl. ebda., Frame 0448.

²²³ Ebda., Frame 0430.

²²⁴ Ebda., Frame 0417.

²²⁵ Bericht Holländers vom 15. April 1932. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 741, Frame 1688.

²²⁶ Ebda., Frame 1689.

²²⁷ Vgl. *Herbst, Ludolf*, Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Frankfurt/M. 1996, S. 92.

²²⁸ Holländer hatte das Buch von Alfred Marcus, Die wirtschaftliche Krise des deutschen Juden, rezensiert und vorrangig den den Fatalismus fördernden Begriff der Proletarisierung kritisiert, nachdem die Selbstmordrate angestiegen war. Marcus' entscheidende Aussage focht er hingegen nicht an, nach der dieser die „freiwillige Unterordnung des bisher freiwirtschaftlichen Individuums unter die Interessen der Gesamtheit aller Staatsbürger – des Kollektivismus“ forderte. CVZ, Wir und die Krise. Anpassung der Wirtschaft an die Gesamtlage tut not, Nr. 31, 31. Juli 1931, S. 386. Die Rezension findet sich in: CVZ, Politik und Wirtschaft, Nr. 24, 12. Juni 1931, S. 305.

musste.²²⁹ Diese Maßnahmen schienen im deutschen Interesse zu sein. Vor diesem Hintergrund schlossen sich die Vorstandsmitglieder in den Ortsgruppen Düsseldorf und Essen dem weiterhin gültigen Standpunkt an, „der bisher vom Arbeitsausschuss des C.V. und auch vom Hauptvorstand immer gebilligt wurde: dass wir offiziell gegen den Kommunismus nichts unternehmen können.“²³⁰ Andererseits konnte dem Linkstrend in der Angestelltenschaft aber auch nicht tatenlos zugesehen werden. Neben den Essener Funktionären sahen sich besonders die Düsseldorfer veranlasst, „zu einer stärkeren praktischen Bekämpfung der kommunistischen Bestrebung zu gelangen“²³¹, um der dem Kommunismus inhärenten antireligiösen und internationalen Sichtweise zu begegnen.

In den Versammlungen stießen die politischen Werber des rheinisch-westfälischen Verbandes sehr häufig auf Widerstand seitens KP-naher jüdischer Angestellter. Ihnen hatte sich im rheinisch-westfälischen Raum namentlich der

„Redner Professor Alfons Goldschmidt verschrieben, der[,] zwar selbst aus dem Judentum ausgetreten, von jüdischen Fragen keine Ahnung hat, aber mit sympathischer Wärme seine kommunistischen Ideen vertritt. Diese Werbeaktion, verbunden mit der Abwanderung vielleicht noch nicht zahlenmässig starker[,] aber an Aktivität beachtlicher jugendlicher Kreise in den ‚Jüdischen National-Sozialismus‘, nämlich den Kommunismus, lässt uns dauernd das kommunistische Problem vorfinden. Während die Werbekraft des Zionismus vollkommen erstorben ist und sich dieser mindestens innerhalb jugendlicher Kreise in voller Liquidation befindet, wird in allen

²²⁹ Vgl. den Leitartikel der CVZ, Nach dem 3. Januar, Nr. 2, 8. Januar 1932.

²³⁰ HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 741, Frame 1689.

²³¹ Ebda., Frame 1688.

Der CV negierte nicht, programmatisch sowohl im politischen als auch ökonomischen Liberalismus zu wurzeln. Wogegen er sich jedoch wehrte, war die schiefe Verzahnung von Judentum und Kapitalismus. Nachdem der Volkswirt Werner Sombart Max Webers These gefolgt war, nach der die Religion Einfluss auf das Wirtschaftsverhalten der Menschen ausübe, analysierte Sombart in seiner 1911 erschienenen Arbeit *Die Juden und das Wirtschaftsleben* den Einfluss des Judentums auf die kapitalistische Wirtschaftsgesinnung. Er zog darin das Fazit, im Judentum fände sich der Ursprung dieses Wirtschaftssystems. Während sich Eugen Fuchs insbesondere über die pro-zionistische Haltung Sombarts, die er in einer 1912 veröffentlichten Arbeit *Die Zukunft der Juden* zum Ausdruck gebracht hatte, kritisch äußerte, war es im Revolutionsjahr 1918 Rabbiner Max Eschelbacher, der Sombarts Schrift über *Die Juden und das Wirtschaftsleben* erneut aufgriff. Apologetisch bediente sich Eschelbacher der Argumentation des Nationalökonomen Lujo Brentano. Dieser beschrieb den Einfluss der Religion nicht als primär ursächlich für den kapitalistischen Wirtschaftsgeist. Vielmehr sei es „eine allgemeine Erscheinung, daß Angehörige eines Glaubensbekenntnisses, welches immer dies sein mag, in der Diaspora ihre Fähigkeiten außerordentlich betätigten und zu großem Wohlstand gelangten. Das gilt wie für Hugenotten, so auch für Katholiken in der Diaspora‘. [...] ‚Sobald aber die, die früher unter einer Wirtschaftseinheit miteinander verbunden waren, zu selbständigen Wirtschaftseinheiten werden, wird auch für ihre Beziehung zueinander maßgebend das Streben nach dem größtmöglichen Vorteil. Diese Wandlung aber tritt ein, sobald eine Wirtschaft in Verbindung tritt mit Fremden, und das geschieht durch den Handel‘.“ [S. 66] Da die Juden seit dem babylonischen Exil überall Fremde seien und das mittelalterliche Zinsmonopol sie letztlich in den Geldhandel trieb, schloss sich Eschelbacher dem Fazit Brentanos an, nach dem „nicht seine Veranlagung, sondern seine Schicksale [...] den Juden zum Vertreter und Förderer des kapitalistischen Geistes gemacht“ [S. 69] hätten. Eschelbacher versteckte abschließend seine Genugtuung keineswegs, denn „auch Sombart bekennt sich nämlich jetzt dazu und hat jene Darstellung, die er 1911 [...] gegeben hat, teils ausdrücklich, teils stillschweigend zurückgenommen.“ [S. 9] *Die jüdische Religion bleibt nunmehr ganz aus dem Spiele.“* [S. 70] IDR, *Die Juden und der moderne Kapitalismus* (Schluß), Nr. 2, Februar 1918, S. 66-71; *Fuchs, Eugen*, Ein Referat über Werner Sombarts Schrift, Berlin 1912.

Angestelltenversammlungen die Frage der roten Assimilation aufgeworfen. Die Argumente, die entgegengehalten werden, sind meist folgende: Ihr C.V.er seid recht sympathische Menschen, aber ihr könnt uns endgültig nicht helfen. Das Kernproblem besteht nicht in der jüdisch-nichtjüdischen Spannung, sondern in der sozialen Frage. Mit ihrer Lösung ist auch die Fragwürdigkeit des Judentums aufgehoben. Ueberdies steht uns der nichtjüdische Proletarier heute näher als der jüdische Kapitalist. Bei dieser Stelle folgen dann in Einzelheiten gehende Angaben über besondere Rigorosität jüdischer Arbeitgeber. [...] Wir pflegen im allgemeinen folgendes zu erwidern: Der Kommunismus als reine Idee widerspricht nicht dem jüdischen Ethos. Im Gegenteil – notwendige Konzession! – der jüdischen Prophetie entspricht die Ueberführung der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz vielleicht eher, als gewisse Auswüchse des Hochkapitalismus. Im Augenblick kommt es aber nicht auf die Lösung letzter Probleme an, sondern auf die Frage, ob die nun einmal tatsächliche erdgebundene Form des Kommunismus, die deutsche K.P.D. in zu Ende gedachter Konsequenz nicht aus dem Judentum herausführt. Die Politik des Stalinismus mit dem Endziel der klassenlosen Gesellschaft bedeutet mindestens in Westeuropa die Auflösung des Judentums als Gruppenerscheinung, ganz gleich ob man eine Erhaltung aus religiösen, stammesmäßigen, rassemässigen oder sonstigen Gründen wünscht. Deshalb scheint es heute ein Trugschluss zu sein, wenn man die Erhaltung der jüdischen Gemeinschaft glaubt mit kommunistischer Parteibetätigung vereinbaren zu können.“²³²

Der CV bewies sich in der Bekämpfung der roten Assimilation ganz als Wahrer der jüdischen Gemeinschaft. Mit diesem Argument hatte er unter den jüdischen Angestellten „in grossem Stil und mit gutem Erfolg gearbeitet.“²³³ Das ist eine beachtliche Feststellung, zumal der CV keine im gewerkschaftlichen Sinne anerkannte Vertreterorganisation war und dieser Erfolg an der Basis keine Auswirkung auf die Besetzung der Leitungsebene hatte, wie im Vorfeld der letzten Endes ausgefallenen Hauptvorstandswahl des Jahres 1933 deutlich wurde. Holländer, der sich am 7. Januar in Österreich aufhielt, bemerkte Brodnitz gegenüber, dass dieses Gremium in seiner Zusammensetzung immer noch nicht „der heutigen wirtschaftlichen Situation [...] Rechnung“²³⁴ trug. Weiterhin fehlten Kaufhausangestellte, Bankbeamte oder Konfektionsschneider. Die Vorstellung von den in den Chefetagen des Vereins vertretenen Akademikern und Angestellten verblasste zusehends.

Angesichts der mutwilligen Beraubung wirtschaftlicher Chancengleichheit verstummte bald die Auseinandersetzung, welches Wirtschaftssystem die soziale und ökonomische Not der jüdischen Angestellten lösen könnte. Zukünftig war der CV hinreichend mit der Flut von Fällen beschäftigt, die allein die jüdischen Angestellten betrafen. Unmittelbar von den Boykottaktionen gegen Einzel- und Großhandelsfirmen betroffen, hatten die CV-Anwälte alle Hände voll zu tun, etwa bei Missachtung des Kündigungsschutzes

²³² Schreiben an die Berliner Zentrale vom 4. März 1932. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 173, Frame 0421f.

Der Volkswirt und Journalist Alfons Goldschmidt wurde 1879 in Gelsenkirchen geboren und verstarb 1940 in Mexico City. Er lehrte zeitweise an der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) in Berlin. Vgl. *International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933–1945*, Vol. II, München u. a. 1983, S. 392; *Walk*, Kurzbiographien, S. 118.

Die „Stellung der KPD zur Judenfrage“ beschreibt *Knütter, Hans-Helmuth*, *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933*, Düsseldorf 1971, S. 174–205. Vgl. auch *Analysis of Central-Verein Policy in Germany*, S. 4f.

²³³ Hirschbergs Kommentar vom 25. November 1932. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 173, Frame 0411.

²³⁴ HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 196, Frame 0715.

Klage auf Wiedereinstellung zu erheben, Urlaubs- und Lohnansprüche durchzusetzen, auf die Einhaltung von Lehrverträgen zu pochen, die Vermittlung besonders von älteren Angestellten zu unterstützen, die häufig bei erfolgter ‚Arisierung‘ mit sofortiger Kündigung entlassen worden waren.²³⁵

Dem beginnenden Wirtschaftskrieg gegen die deutschen Juden begegnete der Verein mit entsprechenden Befriedigungsbemühungen, die sich gleichermaßen auf das innerbetriebliche Klima erstreckten, das durch Mobbing oder die Auslage des Streicher'schen Hetzblattes *Der Stürmer* in den Personalräumen vergiftet war. Persönliche Rücksprachen erfolgten mit den Treuhändern der Arbeit. Kontakte bestanden zu deren oberster Dienststelle, dem Reichsarbeitsministerium. Bestens bekannt war der CV im Reichswirtschaftsministerium und bei der Deutschen Arbeitsfront. Gleichfalls wohl dosiert erfolgten Beschwerden und Bittgesuche an die Regierungspräsidenten. Jeder Gesetzesnovelle und jedem Erlass in der Wirtschaft folgten erneute Phasen der Einarbeitung. Stetig wuchs das Gefühl der Rechtsunsicherheit. Dem Herr zu werden bemühte sich der Verein, um auch als psychologische Stütze zu fungieren. Nicht inhaltslose Demonstration war es, die den CV allmählich animiert hatte, die jüdische Seite seiner Natur stärker zu betonen. Dies war eine Antwort auf existenzbedrohende Zeitumstände, die ihn deshalb auch unter den Angestellten schon vor 1933 zu positiv jüdischer Arbeit bewogen hatte. Obwohl die Erfolge in diesem Bereich nicht an Zahlen ablesbar sind, hatten seine Maßnahmen zweifellos ausgleichende Wirkung auf die Mitgliederstatistik, wenngleich ein Einfluss auf die Führungsebene ausblieb. Die Werbemaßnahmen sicherten aber seinen Fortbestand, und die wirtschaftspolitische Arbeit vor allem nach 1933 sollte seine Existenzberechtigung rechtfertigen. Die gesammelten Erfahrungen und Kenntnisse, die die Vereinsfunktionäre durch die Angestelltenwerbung seit 1931 gesammelt hatten, mündeten letztlich in seine wirtschaftlich-rechtlichen Beratungsstellen mit dem Ziel, das Dasein des deutschen Juden in seiner Heimat zu sichern. Dennoch: Die Bezeichnung ‚Central‘-Verein war stets eine euphemistische.

²³⁵ Allein die Fülle der verstreut aufzufindenden Ausschlussfälle von jüdischen Angestellten nach 1933 in den gesichteten Akten ist so üppig, dass eine eigene Abhandlung dazu möglich wäre. In diesem Rahmen ist das nicht vorgesehen. Zur Anregung sei hier nur Folgendes angemerkt: Grundsätzliches zur Stellung von jüdischen Angestellten im NS-Staat und die Folgen für den CV um 1933/1934 findet sich in: HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 265. Der CV beschäftigte sich ferner mit der Stellung ‚arischer‘ Hausangestellter in jüdischen Privathäusern. Siehe hierzu etwa HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 89, Frame 0158ff.; eine Richtlinie der RV zu diesem Thema findet sich exemplarisch in: HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 150, Frame 0014. Zur Klage eines langjährigen jüdischen Mitgliedes der GdA, die sich 1933 ohne viel Aufhebens gleichschalten ließ, weshalb strittig war, ob deren Verpflichtungen auf die Deutsche Arbeitsfront übergegangen waren, siehe HM2 8766, Osoby 721 I, Akte 2510, Frame 2403ff. Ein Beispiel für die fristlose Kündigung von jüdischen Angestellten eines ‚arisierten‘ Betriebes findet sich in: HM2 8767, Osoby 721 I, Akte 2516, Frame 0836ff. Der Kündigungsfall eines städtischen Angestellten in Wuppertal ebenfalls 1937 findet sich wiederum in: HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 89, Frame 0114ff.

4.4 Die Finanzverwaltung des Vereins

Das Vereinsvermögen setzte sich nach dem Wortlaut des Paragraphen 9 der 1928 formulierten Satzung zusammen

„aus den Beiträgen seiner Mitglieder und allem sonstigen Erwerb des Vereins, insbesondere dem Erwerb aus Schenkungen und letztwilligen Verfügungen. Zum Vereinsvermögen gehören auch die Vermögensgegenstände, die sich bei den Landesverbänden, Ortsgruppen und sonstigen Stellen des Vereins befinden.“²³⁶

Damit sind die Einnahmequellen angerissen, auf die im Folgenden näher eingegangen wird. Neben den Beiträgen, Nachlässen und Schenkungen waren zudem die (zweckgebundenen) Sammlungen wichtige Einnahmen. Der Vollständigkeit wegen seien ferner auch die Subventionen von Synagogengemeinden und später auch die seitens der Reichsvertretung der deutschen Juden erwähnt.²³⁷

Die Finanzverwaltung des CV ist insgesamt nur bruchstückhaft dokumentiert, weil es dem CV Anfang 1933 gelang, „das Vereinsvermögen zu dislocieren, die Bücher und Buchungsunterlagen zu beseitigen.“²³⁸ Allerdings hielt sich der Centralverein bereits seit 1918 mit präzisen Angaben zu seinem Vermögensstand zurück.²³⁹ Gängig waren vielmehr Allgemeinplätze, die auf die generelle Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung des Vereins hinwiesen.²⁴⁰ Deshalb hat der Kassenbericht, der der Generalversammlung im Dezember 1893 vorlag und selbst die Kosten für die Reinigung der Büroräume auflistet, großen Seltenheitswert.²⁴¹ Aus diesen Gründen konnte auch Arnold Paucker für die Weimarer Jahre lediglich auf die diesbezüglich vagen Erinnerungen der Zeitzeugen zurückgreifen, unter ihnen Hans Reichmann, der angab, dass das durchschnittliche Jahreseinkommen des Vereins eine Million Reichsmark überschritt.²⁴²

²³⁶ C.V.-Kalender für das Jahr 1929, S. 44.

²³⁷ Dem CV flossen jährlich Leistungen aus den Budgets einiger Synagogengemeinden zu. Im Juli 1937 waren es noch 30, die „zum Teil recht namhafte Beträge“ an ihn überwiesen. Der Ausbau dieser Geldquelle oblag den Landesverbänden. Vor allem in den Gemeinden, in denen regelmäßig CV-Sprechstunden abgehalten wurden, warb man mit der Begründung, dass „unsere Arbeit allen Juden in gleicher Weise zugute kommt und eine notwendige und wertvolle Ergänzung der Gemeindegemeinschaft darstellt.“ Hirschberg an die Landesverbände und Beamten des C.V. am 12. Juli 1937. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 89, Frame 0041.

„Da der CV im Auftrage der Reichsvertretung wirtschaftspolitische Aufgaben erledigt hat“, erhielt er auch Gelder von ihr. HM2 8725, Osoby 721 I, Akte 1434, Frame 0023.

²³⁸ *Herzfeld*, *Meine letzten Jahre*, S. 169.

²³⁹ Bis dahin hatte die IDR Spender und die Höhe der Zuwendungen genannt. Für die Monate Juni und August 1918 wurden noch im Anhang des alten CV-Organs anlässlich des 25-jährigen Vereinsjubiläums solche Spendenlisten veröffentlicht.

²⁴⁰ Unpräzise blieb auch der CV-Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925. Darin heißt es: „In den Zeiten der Inflation flossen uns natürlich die Mittel verhältnismäßig reichlich zu.“ Ebd., S. 90. Barkai beziffert zum Stichtag 1. März im Inflationsjahr 1923 das Vermögen auf einen Gesamtwert von 65 Millionen Reichsmark. Vgl. *dens.*, 2002, S. 409.

²⁴¹ Vgl. Generalversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin 1893. CJA 1, 75, CCe, Nr. 2, Frame 0388ff.

²⁴² Vgl. *Paucker*, 1968, S. 88.

Wegen der fehlenden Kontobelege lassen sich auch auf Landes- und Ortsgruppenebene lediglich Ungenauigkeiten wiedergeben. Immerhin weisen die unzureichenden Angaben aber auf die Schwierigkeiten beim Inkasso und das Spannungsverhältnis zwischen den unteren Vereinsebenen und dem Mutterbüro hin. Ferner fanden sich hier und da Hinweise, die darüber informieren, wohin die Vereinsgelder flossen. Die Jahre unter dem NS-Regime werden in diese Darstellung einbezogen.

4.4.1 Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen

Hinsichtlich der Beitragspflicht sprachen die Vereinssatzungen von Mindest-, aber nicht von Höchstbeträgen. Für die Schatzmeister waren die individuelle Leistungsfähigkeit und das Prinzip Freiwilligkeit entscheidend. Der Geschäftsbetrieb war schließlich nicht auf wirtschaftliche Zwecke ausgerichtet. Der CV vertraute auf die Einsicht und Loyalität der Mitglieder.

Trotz der so entstandenen Variablen zählten die Mitgliedsbeiträge zu den verhältnismäßig gut kalkulierbaren Einnahmequellen. Zwar hingen sie „im wesentlichen von der wirtschaftlichen Lage“²⁴³ ab. Ärgerlich blieb aber weiterhin die zuweilen vor allem in Großgemeinden anzutreffende miserable Zahlungsmoral. Da nach 1918 die Arbeitsanforderung und damit der Finanzbedarf gestiegen war, rief der Verein 1919 zu einem freiwilligen Teuerungszuschlag auf. Der bis dahin gezahlte durchschnittliche Mindestbeitrag, der zwischen zwei und drei Reichsmark lag, reichte weder aus, um die Kosten für die Vereinszeitung, die Gehälter der in den Landesverbänden einzustellenden Syndizi und andere Fixkosten zu finanzieren, noch bot der CV-Haushalt genügend Reserven, um den Abwehrkampf zu bestreiten. Für die Erfüllung dieser Aufgaben war ein durchschnittlicher Mitgliedsbeitrag von acht Reichsmark erforderlich.²⁴⁴ Bei einem Mitgliederbestand im Jahre 1920 von insgesamt 54.714 ergab dies theoretisch per anno einen Betrag von 437.712 Reichsmark.²⁴⁵ Tatsächlich hatte der Verein 1920 aber rund 600.000 Mark durch Mitgliedsbeiträge eingenommen, wie Julius Heineberg, Brakel, mitgeteilt wurde. Das heißt: Im Schnitt zahlte jedes CV-Mitglied elf Mark pro Jahr. Aus demselben Schreiben geht eine Vergleichsgröße hervor. Danach brachte ein Mitglied des Bergarbeiterverbandes in einem Jahr durchschnittlich 60 Mark auf. Angesichts dieser Vergleichsgröße schwebten den Finanzverwaltern im Verein völlig andere Beitragssummen vor.

Auf den Tag genau sieben Monate nach der Einführung der Rentenmark beschloss die Verwaltungskommission des Vereins am 15. Juni 1924, die durchschnittliche Beitragsleistung wenigstens auf 18 Reichsmark zu erhöhen.²⁴⁶ Etwa zum selben Zeitpunkt hatte der CV mit 72.450 Mitgliedern den höchsten Bestand in seiner

²⁴³ Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925, S. 110.

²⁴⁴ Vgl. den unpaginierten sechsseitigen V. Tätigkeitsbericht vom 9. Dezember 1919, hier drittes und sechstes Blatt.

²⁴⁵ Vgl. HM2 8717, Osoby 721 I, Akte 1050, Frame 0904-0910, hier 0907.

²⁴⁶ Vgl. das Schreiben an die Landesverbandsvorsitzenden und geschäftsführenden Beamten des C.V. am 10. Juli 1924. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 1, Frame 0121-0123, hier 0123.

Geschichte erreicht.²⁴⁷ Nach Adam Riese brachte das jährlich eine Beitragssumme von 1.304.100 Reichsmark ein, zu der der Landesverband Rheinland-Westfalen mit 5.964 Mitgliedern 107.352 und der linksrheinische mit 5.126 Mitgliedern 92.268 Reichsmark beisteuerten.²⁴⁸ Sicher ist, dass sie die Hälfte der Landesverbandseinnahmen behalten durften, die andere wurde direkt an die Berliner Zentrale überwiesen. Anders ausgedrückt: Einem Landesverband verblieben pro Monat und Kopf durchschnittlich armselige 75 Pfennig für eigene Zwecke.²⁴⁹ Dabei fußte das Verfahren, die Hälfte der Beiträge anteilig an Berlin abzuführen, vor allem auf der Bedeutung, die sich das Mutterbüro selbst zuschrieb.²⁵⁰ In Berlin verkannte man

„selbstverständlich nicht die Notwendigkeit, daß den Ortsgruppen für die lokalen Bedürfnisse des Abwehrkampfes Gelder zur Verfügung stehen müssen, und es soll ihnen, wenn es verlangt wird, von den durch ihre Mühe aufgebrauchten Geldern auch ein erheblicher Teil belassen bleiben, aber die Ortsgruppen dürften nicht vergessen, daß mit den paar Pfennigen, die sie uns vielleicht für ein Flugblatt zahlen, die Kosten unserer Arbeit nicht im Entferntesten gedeckt sind. Wie sollen wir die Kosten unseres Riesenbüros, das für die täglich wachsenden Ansprüche noch zu klein ist, wie sollen wir die Kosten unserer gesamten politischen und agitatorischen Tätigkeit decken, wenn uns die Ortsgruppen nicht entsprechend unterstützen. Es muss auch stets im Auge behalten werden, daß wir neben dem Abwehrkampf großzügiger Natur ihn in zahlreichen kleineren Gemeinden zu führen haben, die über nennenswerte Mittel überhaupt nicht verfügen.“²⁵¹

Die Zentrale distributierte zwar die Vereinsgelder mit ausgleichender Wirkung, allerdings nach ihren Maßgaben, da ihre eigenen Bedürfnisse vorrangig zu behandeln waren, die durchaus auf Kosten des demokratischen Anspruchs gehen konnten. Benno Jacob merkte dazu am 22. Februar 1923 schnippisch an:

“die Verteuerung der Eisenbahnfahrpreise [wird] das Ende des Centralvereins in seiner bisherigen Form bedeuten [...] Die Beratungen und Beschlüsse sind zu einem Privileg der in Berlin wohnenden Mitglieder geworden [...] Aus einer Gemeinschaftsberatung wird also eine zentralisierte Regierung, und der Provinz wird immer mehr bewusst werden, dass sie eigentlich nur Geld zu sammeln und nach Berlin zu schicken hat. [...] Selbst der

²⁴⁷ Vgl. Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925, S. 89.

²⁴⁸ Die Angaben zu beiden Landesverbänden finden sich in: Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 10. Oktober 1921 bis 31. März 1924, S. 32. Die Angabe zu Linksrhein sind inklusive der Mitglieder des Saargebietes.

²⁴⁹ An die Landesverbandsvorsitzenden und geschäftsführenden Beamten des C.V. am 10. Juli 1924. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 1, Frame 0121-0123, hier 0121.

²⁵⁰ Mitte der 1920er Jahre waren in der Hauptgeschäftsstelle rund 70 Angestellte beschäftigt. Daher unterlag der CV als Arbeitgeber den Gesetzen der Gewerbeordnung überhaupt und insbesondere denen über die Sonn- und Feiertagsruhe. Ihm war eine Ausnahmegenehmigung erteilt worden, weil seine „Arbeiten im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen“, und wir wissen ebenso, dass das Mutterbüro an Samstagen und Sonntagen nur mit knapp der halben Belegschaft arbeitete. Vgl. Aktennotiz vom 2. Juni 1926. HM2 8767, Osoby 721 I, Akte 2519, Frame 0337. Es handelte sich um neun Dezernenten und 26 Angestellte. Vgl. ebda., Frame 0305f. Bei den Angestellten, die an diesen beiden Tagen arbeiteten, handelte es sich um diejenigen, die jährlich mehr als RM 6.000 verdienten, demnach dem Kreis der höheren Angestelltenschaft angehörten. Aushilfen, Lehrlinge und Arbeiter durften nicht beschäftigt werden. Vgl. ebda., Frame 0324f. Das Büro war folglich an jedem Tag der Woche besetzt, auch am heiligen Samstag, wengleich es dann nur eine Notbesetzung gab, eine Konzession an das religiöse Gebot. Außerdem galt als „oberster Grundsatz“, die 51 ½-Stundenwoche im CV auszufüllen. Ebda., Frame 0309.

²⁵¹ Unpaginierter zweiseitiger Tätigkeitsbericht vom 15. August 1919, hier zweites Blatt.

schwache Ersatz eines regen schriftlichen Verkehrs ist bei dem hohen Porto nur in bescheidenem Umfange angängig.“²⁵²

Der finanzielle Spielraum wurde ferner durch die im Verein herrschende Neigung beschränkt, Reserven zu bilden. Der Kassenverwaltung oblag es, „die für den Centralverein eingehenden Gelder anzulegen.“²⁵³

Um sowohl den eigenen Verpflichtungen als auch denen gegenüber dem Mutterbüro nachzukommen, rückten bis zur Mitte eines jeden Quartalsmonats die Kassierer in den Ortsgruppen aus. Sofern sie selbst ihre Aufgabe ernst nahmen, standen sie häufig vor zahlungsunwilligen Mitgliedern, deren Ausreden endlos fortsetzbar waren.²⁵⁴ Wegen Ausbleibens und Unpünktlichkeiten beim Inkasso gerieten Ortsgruppen oft in Rückstand gegenüber dem Landesverband und dieser wiederum gegenüber Berlin, was im schlimmsten Fall zum Ausschluss führen konnte. Davon wurde allerdings nur in gravierenden Fällen Gebrauch gemacht, zumal der CV keine nach Gewinn strebende Organisation war. Deshalb versuchten die Vorsitzenden und Schatzmeister zu überzeugen. Sie appellierten an das schlechte Gewissen und erinnerten an den gegenseitigen Nutzen:

„Selbst wenn anerkannt werden soll, daß die schwere wirtschaftliche Lage starke Anforderungen an die Kasse unserer Mitglieder stellt, so ist kaum anzunehmen, daß diese einen Vertreter der Feuer- oder Diebstahlversicherung trotz der um vieles höheren Forderungen auch nur eine Stunde über Verfall verträsten würden, in der richtigen Erkenntnis, daß sie dadurch große Vermögenswerte aufs Spiel setzen würden. Wenn Sie bedenken, daß der C.V. im gewissen Sinne die Versicherung für Sie ist, die Ihre bürgerlichen und gesellschaftlichen Rechte zu sichern sucht, die wiederum mit Ihren wirtschaftlichen Erfolgen eng verknüpft sind, so bedarf es hoffentlich wohl nur dieses Hinweises.“²⁵⁵

Dieser Hinweis bewirkte aber besonders in den Großgemeinden nicht immer viel. Exemplarisch seien Essen, Dortmund und Düsseldorf herausgegriffen.

Zu seinem Bedauern hatte der CV namentlich mit den Mitgliedern der Bankiersfamilie Hirschland in Essen große Mühe. Während diese dem CV im Wahljahr 1924 eine

²⁵² HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 708, Frame 0365. Benno Jacob hatte 1924 den Auftrag vom CV erhalten, ein apologetisches Handbuch zu erstellen. Vgl. HM2 8733, Osoby 721 I, Akte 1706, Frame 1379. Gegen einen Betrag von 6.000 Mark wurde er engagiert und für sechs Monate von seiner Gemeindegarbeit gegen Zahlung eines Betrages für seine Vertretung befreit. Vgl. ebda., Frame 1284, 1289, 1267. Jacob konnte aber in diesem Zeitraum das Projekt nicht abschließen. Die Gelder waren verbraucht, die Gemeinde sowie der CV verstimmt, weil das Projekt vertagt werden musste. Erst als Jacob 1927 Rabbiner Dr. Ernst Appel zur Seite gestellt wurde, konnte er „sich wieder mit dem versprochenen Werk“ auseinandersetzen. Ebda., Frame 1246.

²⁵³ Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 10. Oktober 1921 bis 31. März 1924, S. 8.

²⁵⁴ Sehr eingängig wurde dieses Problem im Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925, S. 110-115, behandelt.

²⁵⁵ Schreiben des Vorstandes der Ortsgruppe Elberfeld vom 16. Januar 1926 an die Mitglieder. HM2 8723, Osoby 721 I, Akte 1396, Frame 2276.

Zum Zweck der Hebung der Zahlungsmoral wurde der überzeugenden Argumentation wegen ein Rundschreiben der Ortsgruppe Elberfeld veröffentlicht im: Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925, S. 114f. Doch selbst in der eigenen Ortsgruppe stieß das Schreiben auf wenig Resonanz. Der Bericht vom 11. Dezember 1925, wahrscheinlich aus der Feder des Ortsgruppenvorsitzenden Richard Rosenthal, klärt über die weiterhin bestehenden Schwierigkeiten beim Einzug der Beiträge auf. Vgl. HM2 8723, Osoby 721 I, Akte 1396, Frame 2300ff.; HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 380, Frame 0574ff.

Spende von 3.000 Reichsmark überwiesen hatten, standen die Mitgliedsbeiträge der Brüder Kurt und Georg sowie für deren Mutter für das gesamte Jahr 1924 noch aus.²⁵⁶ Zwei Jahre später wandte sich Berlin direkt an die Familie und wollte wissen, was nur vorgefallen sei, „das Ihre Liebe zu unserem Verein hat erkalten lassen“, wo sie doch „zu den treuesten Anhängern und Förderern unseres Vereins gehört“²⁵⁷ hätten. Kühl antwortete Kurt Hirschland im Namen seiner Familie, dass diese ihre Pflicht gegenüber dem Verein erfüllt habe²⁵⁸, weshalb wohl letztlich auch die Mitgliedsbeiträge für 1926 ausblieben. Nur Kurt Hirschland leistete 1927 gerade einmal seinen Pflichtbeitrag, was der CV in Sorge vor möglichen Nachahmern diskret behandelt wissen wollte.²⁵⁹

In Dortmund waren 1929 die Widerstände von „CV-Mitglieder[n] aus wohlhabenden Kreisen frappierend“, die ihre Beitragspflicht „mit der Begründung verweigern, dass ihnen dieser Beitrag zu hoch sei; ‚was der C.V. überhaupt tue‘ und ‚wie diese Gelder verwendet würden‘.“²⁶⁰ Ein nicht präzisierter Rechenschaftsbericht durch Waldstein nahm daraufhin Bezug auf die Verpflichtungen des Landesverbandes gegenüber der Zentrale. Insbesondere aber der Hinweis auf die Aufwendungen, die der CV für die Bekämpfung des Zionismus aufbrachte, bewirkte in Dortmund eine fügsame Zahlungsmoral.²⁶¹

In Düsseldorf beeinflussten der fehlende Radauantisemitismus und die Gleichgültigkeit der Mitglieder gegenüber jüdischen Dingen das Inkasso. Wirtschaftliche Gründe konnten hier nicht entschuldigend angeführt werden. Nach einem Bericht vom 29. Oktober 1929 zahlte

„von den 600 Mitgliedern [...] ein grosser Teil keine Beiträge. [...] Die Beitragsabführung ist geradezu elend. Von 1928 hat Düsseldorf allein eine Restschuld von 3000 Mark an den Landesverband. In den Wahlen 1928 sind in Düsseldorf 8000 Mark gesammelt worden. Was mit diesen 8000 Mark geschehen ist, wie sie verwendet worden sind, ist nicht in Erfahrung zu bringen. Für das Jahr 1929 sind für das I. Quartal 1000 Mark zu

²⁵⁶ Vgl. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 1043.

²⁵⁷ Ebda., Frame 1029.

²⁵⁸ Vgl. ebda., Frame 1024.

²⁵⁹ Vgl. ebda., Frame 0950ff.

²⁶⁰ Bericht Waldsteins vom 20. Juni 1929 an die Zentrale. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 708, Frame 0132-0134, hier 0132.

²⁶¹ Vgl. ebda. Zionistischen Aktivitäten innerhalb des jüdischen Organisationsgefüges begegnete der CV, indem er sich seinerseits stärker engagierte, was Kosten verursachte, wie etwa bezüglich des 1908 gegründeten Vereins für jüdische Geschichte und Literatur, der während der NS-Zeit dem Reichsverband der jüdischen Kulturbünde angeschlossen wurde. 1926 hieß es, dass dieser Verband „durch die Rührigkeit der Zionisten [...] als Palästina-propaganda-Institut“ auszuwachsen drohe. Der CV sandte hierauf Redner und Broschüren aus. Notiz von Wiener an Brodnitz vom 27. Juni 1926. HM2 8742, Osoby 721 I, Akte 1896, Frame 1578f. 1929 beschäftigte ihn dann die Frage des korporativen Beitritts zur Gesellschaft der Freunde der Jerusalem Bibliothek e.V. Zu diesem Zeitpunkt konnte er „den Beitritt nicht rückhaltlos empfehlen.“ Schließlich sei die National- und Universitätsbibliothek Jerusalem ein „Instrument des national-jüdischen Palästina Aufbaus.“ HM2 8743, Osoby 721 I, Akte 1908, Frame 1334f. Führende CV-Mitglieder wie Rabbiner Leo Baeck und Kollege Eschelbacher saßen indes bereits im Werbeausschuss der Gesellschaft. Eine Beitrittsaufforderung anlässlich des zehnten Jubiläumjahres der Jerusalem-Universität 1935 wurde dann aber positiv beantwortet. Der CV betrachtete es als seine Pflicht, „dafür zu sorgen, dass das deutsche Kulturgut in der Universität Jerusalem seinen gebührenden Platz findet.“ Ebda., Frame 1297. Er ließ es sich etwas kosten, trat korporativ bei und führte der Bibliothek deutsche Werke zu.

wenig, für das II. bereits 2000 Mark zu wenig gezahlt worden[,] und für das III. hat man noch garnicht mit der Einziehung der Beiträge begonnen.“²⁶²

Der Vorsitzende Erich Felsenthal war mitverantwortlich für die Schulden der Ortsgruppe, weil die Kleinarbeit unter seiner Würde zu sein schien.²⁶³ Deshalb war es Assessor Selo, der mit den Mitgliederlisten aufräumte, derweil sich Rabbiner Dr. Siegfried Klein, Vorsitzender des RjF in Düsseldorf, gemeinsam mit Waldstein aufmachte, den CV-Mitgliedern Hausbesuche abzustatten, um „entsprechende Spitzenzeichnungen für laufende Beiträge zu erreichen.“²⁶⁴ Endlich fand die Ortsgruppe im Dezember 1929 in Bankier Dagobert David vom Düsseldorfer Bankhaus Sichel einen neuen Kassierer. Da außerdem die Autorität der Essener Funktionäre nicht ausreichte, um die Zahlungsmoral in Düsseldorf zu heben, hatte sich Brodnitz in die Angelegenheiten der ohne Not verschuldeten Ortsgruppe eingeschaltet und größere Opferbereitschaft angesichts der „Entwicklung des Nationalsozialismus in Rheinland und Westfalen“²⁶⁵ gefordert.

Während sich in Landgemeinden wie Bad Laasphe die Mitglieder von den Folgen der Inflation nicht mehr erholt hatten und 1927 als verarmt galten oder die noch zu nennende Synagogengemeinde Brilons 1929 ebenfalls über keine finanziellen Kapazitäten mehr verfügte, fehlte es in Düsseldorf lediglich am guten Willen. Zu den Gründen, die die finanziellen Engpässe erklären, kamen die Mitgliederverluste. An dem Richtbetrag von 18 Mark pro Mitglied und Jahr hatte sich bis Anfang 1933 nichts geändert. Allerdings zählte der Verein zu diesem Zeitpunkt insgesamt nur noch 44.927 Mitglieder. Folglich kam eine jährliche Beitragsleistung von lediglich 808.686 Mark zusammen, zu der der Essener Verband 66.042 und der Kölner 70.614 Mark beisteuerte. Nach Abzügen an die Zentrale verblieben dem Essener 36.690 und dem Kölner Verband 39.230 Mark zur eigenen Verfügung. Auf den Monat umgerechnet hieß das 3.057,50 für den rheinisch-westfälischen und 3.269,16 Mark für den linksrheinischen Landesverband.²⁶⁶

Eine 1932 verfasste Aufstellung der Auslagen des Landesverbandes Freistaat Sachsen im Zuge der ungewöhnlich frühen Reorganisationsmaßnahmen innerhalb der ostdeutschen Landesverbände kann als windschiefe Vergleichsgröße dienen. Für die Monate Januar bis Juli 1932 hatte dieser kleine Verband allein für den Unterhalt der Geschäftsstelle Auslagen von 2.049,40 Mark zuzüglich eines Postens von bescheidenen

²⁶² Lagebericht von Lise Leibholz, Berlin. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1327-1332, hier 1328.

²⁶³ Vgl. ebda., Frame 1327.

²⁶⁴ Ebda., Frame 1276. Danach konnte zudem in einer Frau Schwarzschild eine Sekretärin gefunden werden, die sich für ein monatliches Honorar von RM 100 halbtags zur Verfügung stellte. Zu Rabbiner Siegfried Klein (1882 Rheydt – 1944 Auschwitz) siehe *Lowenthal*, 1981, S. 119.

²⁶⁵ Ebda., Frame 1257f.

²⁶⁶ Siehe die relativ hohen Einnahmen – belegbar für die Zeit zwischen August 1930 und Februar 1932 – der sich auf regionaler und lokaler Ebene selbst finanzierenden NSDAP im Gau Rheinland und im Gau Köln-Aachen, wobei die Mitgliederbeiträge vor allem mittelständischer Unternehmer der Region entscheidend waren. *Matzerath, Horst, Turner, Henry A.*, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930–1932, in: *Becker-Jäkli, Barbara* u. a. (Hg.), Nationalsozialismus und Regionalgeschichte. Schriften des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, Bd. 8, Köln 2002, S. 65-77, hier 72f.

394,90 Mark für die Abwehrarbeit.²⁶⁷ Bei aller Vorsicht, mit der diese Milchmädchenrechnung zum Vergleich herangezogen werden darf, vermittelt sie dennoch den Eindruck, dass die Mitgliedsbeiträge, wenn überhaupt, gerade einmal die laufenden Kosten deckten. Unentwegt appellierten die CV-Funktionäre deshalb, die Mitglieder sollten wenigstens ihrer monatlichen Beitragspflicht von 1,50 Mark nachkommen. Zum eindringlichen Vergleich wies man am 9. Januar 1933 auf die Forderungen der NSDAP an ihre Mitglieder hin. Diese entrichteten

„einen Monatsbeitrag von RM 1.20; ausserdem verpflichtet die NSDAP ihre Mitglieder zum Bezug mindestens e i n e r Zeitung [die CVZ kostete im Straßenverkauf 20 Pfennig], sodass eine weitere Aufwendung von durchschnittlich RM 2.50 notwendig ist. Da die Mitglieder der NSDAP ausserdem in den Berufsgruppen der Partei organisiert sind und auch dort ein Sonderbeitrag von durchschnittlich RM 1.– gefordert wird, betragen die Aufwendungen eines Nationalsozialisten durchschnittlich RM 4.70. Hierzu kommen die Sondersammlungen für die SA, die Verwundeten, die Hinterbliebenen, Kampfschatzspenden für die Partei, Kauf der Broschüren und des ‚Illustrierten Beobachters‘. Daraus ergibt sich eine Belastung von etwa RM 6.– pro Monat, die auch von unbemittelten Nationalsozialisten aufzubringen sind. [...] Es wird eingewandt, dass trotz der hohen Beitragsaufwendung eine nachhaltige Wirkung unserer Aufklärungsarbeit nicht festzustellen ist. Diesem Einwand muss entgegengehalten werden, dass Massenbeeinflussung ganz andere Summen erfordert, als sie dem C.V. zur Verfügung stehen.“²⁶⁸

Für die Abwehrarbeit des Vereins blieb wenig bis überhaupt nichts übrig, außer gegebenenfalls Schulden. Für die Finanzierung der Abwehr war folglich der Betrag entscheidend, der durch Sammlungen und Spenden erzielt wurde.

4.4.2 Einnahmen aus Sammlungen und Spenden

Anfang der 1920er Jahre hatte es mit der Zahlungsfähigkeit der Mitglieder in kleineren Gemeinden viel besser ausgesehen. Bei sporadisch stattfindenden Sammlungsaktionen hatten die Kassierer noch erfolgreich Blankoquittungen ausgehändigt. Solche Quittungsblöcke hatte auch Syndikus Kalisch 1920 dabei, als er im Sommer die Synagogengemeinde Brilon aufsuchte, wo im Jahr zuvor eine Ortsgruppe gegründet worden war. Kalisch zeigte sich in seinem Bericht sehr angetan von der Atmosphäre Brilons. Die Synagoge stammte noch aus der Zeit,

²⁶⁷ Vgl. HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 260, Frame 0070f. Es handelt sich dabei um eine detaillierte Auflistung der Auslagen inklusive Fixkosten für Gehälter, Miete, Versicherungen, Subventionen sowie der Variablen wie Reise-, Telefon-, Portokosten. Zudem finden sich Angaben über Auslagen der Berliner Zentrale, die diesem Landesverband für Verwaltungs- und Abwehraufwendungen zugute kamen. Dieser Verband zählte am 15. August 1932 1.366 Mitglieder.

Eine weitere Kostenaufstellung findet sich für den Landesverband Hannover, der 1937 entschuldet, das heißt reorganisiert wurde. Für 1937 erwartete man bei einem Mitgliederbestand von 465 Personen ein Beitragsvolumen von 6.300 Mark gegenüber 7.800 Mark für Ausgaben. Der durchschnittliche Beitragssatz lag damit bei rund 13,50 Mark. HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 231, Frame 1715, 1659.

²⁶⁸ HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 12, Frame 2087ff.

„in der öffentlicher Gottesdienst nicht gestattet war und ist nichts anderes als ein [...] angebauter Holzschuppen. Das Ganze von rührender Einfachheit. Die Gemeinde ist nicht orthodox. Alle Geschäfte am Sonnabend geöffnet. [...] Kurze Zeit vor mir war ein Zionist da gewesen, der durch Geldforderungen sich unbeliebt gemacht und im ganzen 20 M erzielt hatte. Ich wurde wohlmeinend gewarnt, doch nicht den guten Eindruck durch Geldforderungen zu gefährden. Man habe erst vor kurzer Zeit für die Abwehrspende den stattlichen Betrag von 600 M aufgebracht. [...] Brilon kennt bis jetzt, Gott sei Dank, keinen Antisemitismus. Die Juden stehen mit ihren christlichen Mitbürgern außerordentlich gut. Umso größer war der Eindruck meiner Darlegungen und das Herumgehenlassen der antisemitischen Schriften von Hand zu Hand [...] Die Leute waren geradezu erschüttert.“²⁶⁹

Traf Aufklärungsarbeit auf solidarisches Bewusstsein, dann zahlte es sich buchstäblich aus. Entsprechend versuchte Kalisch die Zentrale davon zu überzeugen, neben den Mitgliedsbeiträgen weitere regelmäßige Erträge zu erzielen. Ihm schien „die Sammlung einer einmaligen Spende eine verfehlte Politik“²⁷⁰ zu sein. Er war vielmehr davon überzeugt,

„dass man bei geeigneter Art der Werbung, wenn nicht das Ganze, so doch einen starken Bruchteil der Abwehrspende als dauernde Rente erreichen kann. Gerade Landgemeinden gelten als besonders zäh und schwierig[,] und der Fall Brilon zeigt, dass wenn man sie richtig nimmt, gerade bei ihnen etwas zu holen ist [...] Es ist aber dringend notwendig[,] gerade sie aufzusuchen, weil sonst das geistige Leben und das jüdische Interesse in ihnen verdorrt. Die Leute haben geradezu einen Hunger nach geistiger Anregung.“²⁷¹

Kalischs Vorschlag setzte sich nicht durch. Stattdessen wurde die „Sammlung für die Kampfspende [...] mit vermehrtem Nachdruck“²⁷² betrieben. Zu diesem Zweck wurde auch der Zusammenschluss von Propagandaorten verstärkt unterstützt. In der AG Dorsten, Buer, Gladbeck, Bottrop und Horst hatten sich 1921 auf diese Weise die Spenden gegenüber 1920 verdoppeln lassen.²⁷³ Berlin begrüßte selbstredend jede Mehreinnahme, war doch längst bekannt, „daß unsere Gegner über unerschöpfliche Geldmittel verfügen.“²⁷⁴

In manchen Ortsgruppenvorständen keimte unterdessen die Hoffnung, die gesammelten Gelder könnten „nur für lokale Zwecke“²⁷⁵ verwendet werden. Diese Annahme erwies sich als irrig. An der Basis kamen diese Mittel lediglich in einem geringen Umfang der

²⁶⁹ Bericht Kalischs vom 20. Juli 1920. HM2 8705, Osoby 721 I, Akte 408, Frame 2094f. Zur Ortsgruppe Brilon, die nach Alex Friedländer von Sally Goldberg und schließlich von Lehrer Dannenberg geleitet wurde, sei aus dem Inhalt dieser Akte Folgendes ergänzend erwähnt: 1921 lebten nicht mehr als 15 Familien dort. [Frame 2083] Im selben Jahr setzten Versammlungen des Schutz- und Trutzbundes ein. [Frame 2078] Grundsätzlich aber wurde das Verhältnis zur katholischen Mehrheitsbevölkerung als friedlich und harmonisch beschrieben. Jene Hetze, die im Zuge der Präsidentenwahl 1925 ausbrach und noch im Dezember an den Häusern jüdischer Eigentümer sichtbar war, führte Waldstein „auf die Tätigkeit der kleinen nichtkatholischen Minorität“ zurück. [Frame 2073f.]

²⁷⁰ Ebda., Frame 2095.

²⁷¹ Ebda.

²⁷² HM2 8709, Osoby 721 I, Akte 615, Frame 1632.

²⁷³ Vgl. ebda., Frame 1617. Kalisch gab in diesem Schreiben an die Zentrale 8.000 Mark als Erlös der Opferwoche 1921 an.

²⁷⁴ Zweiseitiger, unpaginierter Tätigkeitsbericht vom 15. August 1919, hier zweites Blatt.

²⁷⁵ Ebda.

(prophylaktischen) Abwehrarbeit zugute. In erster Linie waren sie dafür bestimmt, „die Ausfälle der weniger Zahlenden“ innerhalb einer Ortsgruppe auszugleichen, wobei allerdings der „Hauptbestandteil [...] als eiserner Fonds für den Notfall erhalten“²⁷⁶ blieb. Zwecks Erweiterung des Notfonds beschlossen die Finanzkommissionäre auf ihrer Tagung im Mai 1924, die in Frankfurt/Main stattfand, eine einmalige zehnprozentige Abgabe „von den bei den Ortsgruppen sowie Landesverbänden bestehenden Vermögen“²⁷⁷ zum Bestandstag 1. September. Auch die Gewinne der immer wieder sporadisch stattfindenden Sammlungen auf lokaler und regionaler Ebene flossen anteilig in diesen Fonds und waren folglich als solche nicht vor dem Zugriff der Zentrale sicher: „Berlin muß wissen, welche Außenstellen zahlungsfähig und opferfreudig sind.“²⁷⁸ Diesem dominanten Auftreten begegneten Provinzfunktionäre wiederum provokativ: „Berlin koste immer zuviel Geld, Berlin haushalte nicht genügend mit den Mitteln, Berlin sei überhaupt ein mehr oder weniger überflüssiger Apparat.“²⁷⁹

Reichsweit durchgeführte Sammlungen, wie sie in Form der Abwehrspende des Jahres 1920 oder der Opferwoche 1921 durchgeführt worden waren, entfielen 1922. Eine erneute Aktion fand erst wieder im Winter 1923 statt. Sie stand unter dem Motte ‚Ehre und Leben‘. Am 23. November 1923, die Rentenmark war soeben eingeführt worden, erhielt die Ortsgruppe Barmen konkrete Anweisungen, die sich auf die Erfahrungen vergangener Sammlungsmaßnahmen stützten, in deren Mittelpunkt die gängige Praxis stand, ad hominem um Spenden zu bitten:

„in grösseren Orten [wird] die Vorbereitung zur Sammlung meist so gehandhabt, dass durch persönliche Besuche bei finanzkräftigen Persönlichkeiten die notwendigen Spitzenzeichnungen der zahlungskräftigen Herrschaften gesichert werden [...] Mit Unterschriften dieser massgebenden Persönlichkeiten der Stadt ergingen dann persönliche Einladungen zu einer vertraulichen Besprechung in die Privatwohnung eine[s] dieser Herren an die gut situierten Mitglieder. In dieser Versammlung machte dann ein Redner des Landesverbandes oder der Zentrale vertrauliche Mitteilungen über die Arbeit des C.V. und seine gegenwärtige Notlage, und die Besprechung hat selten ein Ende genommen, ohne dass [...] grössere Summen gezeichnet wurden. Es handelt sich heute, um dem C.V. helfen zu können, nämlich nicht mehr um Zeichnungen von 500 oder 1000 Mark, sondern wir haben Zeichnungen bis zu 500.000 Mark erhalten[,] und solche von 10.000 Mark gehören zu alltäglichen Vorkommnissen. Der Redner hat dann am selben oder am nächsten Tage der Masse der Mitglieder in einer Mitgliederversammlung entsprechenden Vortrag gehalten, so dass im Anschluss daran die Sammlungen stets einen guten Verlauf nahmen.“²⁸⁰

²⁷⁶ Schreiben der Zentrale an die Schatzmeister, Kassierer und Vertrauensleute, Anfang April 1922. Bestand Wiener Library, D/Pl 2/3. Dort findet sich auch eine Mitteilung zu den Beschlüssen des Hauptvorstandes vom 24. Oktober 1920. Danach erwartete die Zentrale von der Abwehrspende des Jahres 1920 einen Reservefonds von eineinhalb Million Mark.

²⁷⁷ IDR, Hauptversammlung des Centralvereins am 20. und 21. November 1921. Finanzreferat, Nr. 1/2, Januar/Februar 1922, S. 10.

²⁷⁸ Ebda., S. 11. Die Finanzverwaltung legte 1924 fest, dass der Berliner Zentrale lediglich 25 Prozent aller durch Sammlungen eingehenden Gelder zu überweisen waren. Vgl. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 1, Frame 0121, 0123.

²⁷⁹ IDR, Hauptversammlung des Centralvereins am 20. und 21. November 1921. Finanzreferat, Nr. 1/2, Januar/Februar 1922, S. 11.

²⁸⁰ HM2 8703, Osoby 721 I, Akte 315, Frame 0581ff.

Der CV hatte die Inflation überstanden, nicht zuletzt dank der großen Spendenbereitschaft, die bis dahin geherrscht hatte. Wie seine Finanzexperten jedoch diese Einnahmen verwandten, wie viel Schaden der Währungsverfall dem Depot angetan hat, ist fraglich. Von der Praxis, die Gelder anzulegen, hatte man aber wohl auch während der Zeit der Geldentwertung nicht Abstand genommen. Dies legt ein Schreiben von Julius Brodnitz an den Aachener Kassenwart Paul Königsberger vom 12. März 1926 nahe, in dem er ihm dafür dankte, dass die Ortsgruppe „aus während der Inflation wertbeständig angelegten Geldern der Berliner Centrale eine Sonderspende [...] in Höhe von M 500.– (fünfhundert Mark) zugehen“²⁸¹ ließ.

Zum Posten Sonderspende gehörten im weiteren Sinn auch letztwillige Verfügungen, die besondere Zeichen der Anerkennung und Verbundenheit waren.²⁸² Der CV hielt allerdings auch seine verstorbenen Mitglieder in Ehren, so wie er zu deren Lebzeiten bemüht war, die Beziehungen zu ihnen zu pflegen.²⁸³ Dieses Beziehungsgeflecht interessierte auch den Fiskus. Am 11. Januar 1938 etwa wies Hirschberg die Landesverbände an, die freiwilligen Zuwendungen über 500 Mark, die an die Ortsgruppen und Landesverbände seit 1934 gingen, sowie die 500 Mark übersteigenden Mitgliedsbeiträge genauestens aufzuführen.²⁸⁴ Schlampereien duldete der Verwaltungsausschuss nicht, wie er es bereits angesichts der Steuererklärung 1936 deutlich gemacht hatte. Die Zentrale weigerte sich, die finanziellen Folgen etwa einer höheren Veranlagung wegen fahrlässiger Bilanzierung zu tragen. Außerdem durfte man keinen Verbotsgrund liefern.²⁸⁵

4.4.3 Wahlkampfgelder

Bekundungen besonderer Art waren die Spenden, die der Verein in Wahlzeiten erhielt. Sie waren eindeutig zweckbestimmt und rückten seit 1924 in den Mittelpunkt der Sammlungspraxis des Vereins. Spendenaufrufe, die keine politischen Ziele verfolgten, sondern primär soziale, wurden dann nach dem 5. März 1933 gängig. Im Übrigen konnten in den 1920er Jahren den Mitgliedern nicht noch weitere Aufwendungen zusätzlich zu den Vereinsbeiträgen abverlangt werden. Angesichts der acht teils unvorhersehbaren Reichstagswahlkämpfe bis zum März 1933, der Präsidentschaftswahlen, der Wahlen zu den Landtagen und Stadtparlamenten war die

²⁸¹ HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 2267, Frame 2178.

²⁸² Vgl. HM2 8725, Osoby 721 I, Akte 1438, die an dieser Stelle hervorgehoben wird, weil sie Beispiele für die Zeit zwischen 1935 und 1938 aufführt. Dort findet sich etwa ein Hinweis auf die Nachlassangelegenheit eines Tony Pappenheim aus Köln, der dem CV 300 Mark vermacht hatte. Der CV versicherte, das Geld im Sinne des Verstorbenen einzusetzen. Vgl. ebda., Frame 0095, 0099.

²⁸³ Dazu gehörte es, familiäre Ereignisse zu würdigen. Hinsichtlich der Förderer, die zugleich Mitarbeiter waren, reagierte der CV etwa 1926 auf die „Konfirmation“ der Tochter Ernst Herzfelds, Hanna, oder 1928 auf die Geburt der Tochter von Rabbiner Hugo Hahn. Vgl. HM2 8725, Osoby 721 I, Akte 1441, Frame 1200, 1121. Anlässlich der silbernen Hochzeit sandte er Max Abel 1927 seine Grüße. Kondolenzschreiben wie das an Hermann Bachrach aus Essen zum Tode seines Sohnes gehörten allerdings auch zu dieser Art des Schriftverkehrs. Vgl. ebda., Akte 1443, Frame 1351, 1388.

²⁸⁴ Vgl. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 91, Frame 0540.

²⁸⁵ Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 0989.

finanzielle Beanspruchung des Vereins und damit die Erwartungshaltung an die Mitglieder ausgesprochen hoch, auch wenn Reichs- und Landtagswahlen – wie etwa in Preußen 1928, 1932 oder 1933 – zuweilen zusammenfielen. Von den Sammlungs- und den damit einhergehenden Mobilisierungserfolgen hing die öffentlichkeitswirksame politische Abwehrarbeit maßgeblich ab, auch wenn der CV in Wahlzeiten nicht isoliert agierte. Kooperationen mit den politischen Parteien bestanden ebenso wie solche innerhalb des jüdischen Lagers. Letztere kulminierten 1930 in dem unter Einschluss der ZVfD formierten Reichstagswahlausschuss, der in seiner Art einzig war und im Effekt die Unentbehrlichkeit des Vereins in der Abwehr deutlich machte.

In Wahlkampfzeiten war der CV außerordentlich aktiv, obwohl das kleine jüdische Wählerreservoir nur geringen Einfluss auf die Zusammensetzung des Reichstages – im Gegensatz zu manchem Lokalparlament – nehmen konnte. Der Gang zu den Urnen gehörte aber zu den vornehmsten, wenn auch nicht immer zu den leichtesten Aufgaben eines Staatsbürgers. Der CV versuchte, jeden Einzelnen, nicht nur seine Gefolgsleute, dafür in die Verantwortung zu nehmen. Er erwartete politische Anteilnahme und aktive Teilnahme am politischen Geschehen als Zeichen staatstragender Gesinnung und damit zum eigenen Schutz. Wahlarbeit war eine Gemeinschaftsaufgabe mit dem Ziel, Systemgegner, die zumeist deckungsgleich mit Antisemiten waren, auch in Ermangelung einer Sperrklausel weitgehend von den Parlamenten fern zu halten:

„Jüdische Wähler und Wählerinnen! Ihr müßt am 4. Mai unbedingt zur Wahl gehen! Wähle ein Jeder nach seiner politischen Ueberzeugung, aber keine Stimme einer Liste, auf der sich ein antisemitischer Vertreter findet. Sorge auch jeder, daß seine Familienangehörigen, Freunde und Bekannte zur Wahl gehen. **Keine Stimme darf verloren gehen!** [...] Jeder von uns, der sich der Wahl enthält, stärkt den unheilvollen Einfluß unserer antisemitischen Gegner.“²⁸⁶

Bereits der Druck dieses Aufrufes der Ortsgruppe Essen vom 1. Mai 1924 verursachte Kosten, derweil die Gelder in der Vereinskasse zu diesem Zeitpunkt erschöpft waren: „die Arbeit [...] aber geht weiter und erfordert noch große Mittel. Spende ein jeder **sofort** nach eigener Kraft [...] für unseren Wahl- und Kampffonds.“²⁸⁷

Gerade einmal ein halbes Jahr später waren abermals „große Mittel [...] zum Wahlkampf nötig. Wir können unsere Aufgaben nur erfüllen, wenn Jeder großzügige Hilfe leistet.“²⁸⁸ Mobilisierungsaufrufe wie diese wiederholten sich Wahljahr für Wahljahr, wurden eindringlicher angesichts wirtschaftlicher Depressionen und der notwendigen Massenmobilisierung gegen die aufstrebende NSDAP:

„Sie würden [...] ersehen, wie diese Partei mit rücksichtslosem Nachdruck die Vernichtung der Ehre, der politischen Rechte und der wirtschaftlichen Stellung der deutschen Juden anstrebt. **Sich dagegen am 14. September energisch zur Wehr zu setzen, ist höchste Pflicht. Verächtlich ein jeder, der nicht entschlossen ist, seine ganze Kraft aufzuraffen, um dieser drohenden Vernichtung entgegenzutreten!** Wir Juden sind eine kleine Minderheit. Unser Einfluss kann stärker sein als unsere Zahl, wenn wir uns

²⁸⁶ HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 1108.

²⁸⁷ Ebda.

²⁸⁸ An unsere Mitglieder und Freunde! Der Entscheidungskampf naht! 12. November 1924. Ebda., Frame 1096.

zum gemeinsamen Tatwillen zusammenschliessen. [...] Der Centralverein ist überparteilich; er kann und wird niemals eine bestimmte Partei empfehlen; aber er macht es seinen Mitgliedern zur Pflicht, ihr Wahlrecht auszuüben und bei ihrer Wahlentscheidung als ersten Leitsatz die Erhaltung unseres Staates walten zu lassen [...] **Wählt im Bewusstsein Eurer zweifachen Pflicht als deutsche Staatsbürger und als deutsche Juden!**²⁸⁹

Je fragwürdiger die Zukunft des Weimarer Verfassungsstaates wurde, desto nachdrücklicher forderte der CV die Ausübung der gefährdeten Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit, denn „noch ist es möglich, mit den Mitteln der Verfassung für die Aufrechterhaltung der Rechte als Staatsbürger einzutreten.“²⁹⁰ In Wirklichkeit bedingten Lauheit, Pessimismus, Fatalismus, Wahlmüdigkeit und die scheinbare Sinnlosigkeit angesichts wiederkehrender Reichstagsauflösungen eine geringe Wahlbeteiligung, die nach Sicht des Vereins

„stets nur von den Anhängern der Mittelgruppen verschuldet wird. Die Radikalen haben es noch immer verstanden, die letzten ihrer Anhänger und Anhängerinnen an die Wahlurnen zu bringen.“²⁹¹

Mit der Ausübung derartiger Überzeugungsarbeit waren seine direkten Einflussmöglichkeiten auf die Mitglieder und Förderer nahezu ausgeschöpft. Sein demokratischer Anspruch und der an die eigene Neutralität verbotenen dem CV die Ausübung von Gewissenszwang und Sympathiebekundungen für eine ganz bestimmte Partei. Er hätte sich das auch nicht leisten können. Seine Klientel war politisch viel zu heterogen strukturiert. Darüber hinaus wiesen ihm die gegnerischen Verleumdungen Grenzen. So beschränkte sich sein offenes Bekenntnis auf die Demokratie und die sie tragenden Parteien im Allgemeinen, während konkrete finanzielle Unterstützungsmaßnahmen diskret behandelt wurden. Der Verein bemühte sich aber, das Wahlverhalten seiner Mitglieder in eine ihm genehme Richtung zu lenken und offerierte daher Orientierungshilfen, schließlich hatten die Zentrumspartei, die SPP und DDP/Staatspartei in Preußen bis 1932 für stabile Mehrheitsverhältnisse gesorgt.²⁹² Bis 1932 waren nach der CV-Leitlinie alle Parteien bis einschließlich der DVP grundsätzlich wählbar, soll heißen, der CV grenzte prinzipiell nur den rechten Rand des Weimarer Parteienspektrums ab, nach links hin erfolgten keine Einschränkungen. In Abhängigkeit vom jeweiligen gesellschaftlichen Status orientierte sich das Wahlverhalten der jüdischen Wählerschaft an weltanschaulichen Motiven sowie privatwirtschaftlichen Interessen, die den meisten vor allem bei der linksliberalen DDP sowie der nationalliberalen DVP, seltener bei der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) gut aufgehoben schienen. Hierbei erwiesen sich gerade in ländlichen Gebieten Juden als verlässliche und traditionsbewusste Stammwähler. Aufgrund des vornehmlich bürgerlichen Charakters jüdischer Wahlberechtigter erfolgte die Stimmabgabe selten zugunsten der in religiösen Fragen eher laizistisch ausgerichteten

²⁸⁹ CVZ, An die deutschen Juden!, Nr. 37, 12. September 1930, unpaginiert.

²⁹⁰ CVZ, Es hat doch Zweck!, Nr. 29, 15. Juli 1932, unpaginiert.

²⁹¹ CVZ, Unsere Pflicht am 6. November: Wählen!, Nr. 45, 4. November 1932, unpaginiert.

²⁹² Siehe Falter, J., Lindenberger, T., Schumann, S., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986.

Sozialdemokratie, während die katholische Zentrumspartei eher für Orthodoxe eine Wahlalternative darstellte.²⁹³

Diese Vielheit weltanschaulicher und sozial-wirtschaftlicher Orientierungen beeinflusste die vom CV betriebene Wahlarbeit in den vom Zentrum dominierten Großwahlräumen in Rheinland und Westfalen. Nichtsdestotrotz war eine genaue und sensible Beobachtung der politischen Landschaften notwendig, um die Zuwendungen nutzbringend anzulegen. Vorab unterlag die Vergabe der Kampffondssammlungen bestimmten internen Richtlinien, denn

„die finanzielle Unterstützung politischer Parteien durch Hergabe von Geldern für die Partei als solche entspricht nicht den Erfahrungen und Gepflogenheiten des C.V., vielmehr pflegen wir nur bestimmte Aufgaben der Parteien, die geeignet sind, über unsere Probleme Aufklärung zu schaffen, finanziell zu fördern. Die Unterstützung kann auch in Form der Ueberlassung oder der Ermöglichung der Herausgabe von Flugblättern, Broschüren und dergl. bestehen. Wir bitten ferner, alle Unterstützungen dieser Art genau zu verzeichnen und sie jeweils unter deutlicher Kennzeichnung des Zweckes und des Empfängers Ihrem Landesverband bzw. uns zu melden.“²⁹⁴

Eine genaue Buchführung war nicht nur für die Steuererklärung relevant. Innerorganisatorisch unterlagen die Zuwendungen an Parteien einem Verteilungsschlüssel. Von den Kampffondssammlungen etwa des Jahres 1930 hatten die Landesverbände 35 Prozent der Einnahmen an die Zentrale abzuführen.²⁹⁵ In der Vorbereitungsphase für die Wahl am 5. März 1933 wurden sie darüber informiert, 30 Prozent an Berlin zu überweisen.²⁹⁶

Um die Gelder zielgerichtet verwenden zu können, halfen ordnende Richtlinien. Diese waren den Anforderungen der in Wahlkampfzeiten wachsenden Verwaltungsaufgaben gezollt. Die bei der Zentrale zu bestellenden Druck- und Aufklärungsschriften waren nach Kennwörtern geordnet und mit Eingang beim Besteller sofort von diesem zu begleichen.²⁹⁷ Aufklärungsredner, die auch die Zentrale nach Kräften zur Verfügung stellte, waren zu koordinieren.²⁹⁸ Die eigenen Redner verursachten grundsätzlich

²⁹³ Vgl. HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 303, Frame 2370; siehe auch *Wiener, Philip*, Die Parteien der Mitte, in: *Mosse, Werner* (Hg.), Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, 2. Aufl., Tübingen 1966, S. 314-320. Siehe ferner *Hamburger, Pulzer*, 1985, S. 3-67.

²⁹⁴ Holländers Rundschreiben an die Landesverbände, Beamten und Ortsgruppen des C.V. vom 25. April 1928. HM2 8706, Osoby 721 I, Akte 438, Frame 0338.

²⁹⁵ Der linksrheinische Landesverband hatte 1930 sogar 50 Prozent seiner Wahlkampfgelder Berlin zur Verfügung gestellt. Vgl. die unter Betreff laufende Wahlfonds-Abrechnung Niederschlesien vom 12. Februar 1931. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 238, Frame 1856-1859, hier 1856.

²⁹⁶ Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 1293-1295, hier 1294.

²⁹⁷ Die Aufklärungsmaterialien stammten zumeist aus dem Hausverlag. Die Landesverbände erhielten die Neuerscheinungen des Philo-Verlages recht prompt, damit sie die Exemplare an die Ortsgruppen weiterreichen konnten. Vgl. Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 10. Oktober 1921 bis 31. März 1924, S. 25. Berlin gewährte oft Rabatte. Materialien anderer Verlage mussten dagegen in den meisten Fällen komplett kostenpflichtig übernommen werden. Vgl. HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1170, Frame 1438.

²⁹⁸ Thomas Mann etwa wurde nicht zur Karnevalszeit nach Köln eingeladen. Vgl. HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 796, Frame 1686. Der Sozialdemokrat und Protestant Professor Erik Nölting wurde nicht ins katholische Münster entsandt. Vgl. HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 1000, Frame 1546. Die externen Redner erhielten für ihre Leistungen ein Honorar, das sich in der Regel aus Geldern der Ortsgruppe und des Landesverbandes zusammensetzte. Nölting bekam rund 250 Mark pro Rede. In

weniger Kosten. Aber die Diskussionsredner aus der Hauptgeschäftsstelle wurden den unteren Instanzen nur in Notfällen zur Verfügung gestellt. Die in dieser Hinsicht dezentral verwalteten Ortsgruppen und Landesverbände hatten auch in diesen Fällen die anfallenden Kosten selbst zu tragen. Lastenausgleichend sprang die Zentrale ebenfalls nur in absoluten Notfällen ein.²⁹⁹ Gleiches galt für die Überwachung politischer Wahlversammlungen am Ort. Diskrete und loyale Freunde überwachten die Versammlungen, zu denen Juden der Zutritt verwehrt blieb. Berichte über sämtliche eruierten politischen Aktivitäten waren von den auf Ortsgruppenebene agierenden Mitarbeitern unter Angabe von Namen und Parteien den Landesverbänden zu übermitteln. Die zu entlastende Zentrale durfte nur in Fällen drastischer Entgleisungen informiert werden. Daneben hatten die unteren Vereinsinstanzen jeder nachweisbaren Verleumdung während des Wahlkampfes entweder in der Presse, durch Plakatierung, Flugblätter oder „durch Anrufung der Gerichte“³⁰⁰ entgegenzutreten.

Selbst wenn diese Richtlinien nur teilweise befolgt wurden, war der CV über den jeweiligen Wahlkampfverlauf bestens informiert. Auf der operativen Ebene war nun einmal ein gewisses Maß an Schnüffelei unvermeidlich und ihm insofern statthaft, als sie mit demokratieerhaltender Absicht erfolgte. Die staatsbürgerliche Pflichterfüllung verlangte – selbst wenn es den CVern zuweilen den Vorwurf der Denunziation einbrachte – Wachsamkeit gegenüber skrupellosen Verschwörern: „Videant consules!“³⁰¹, auf dass der Staat keinen Schaden nehme.

4.4.3.1 Zuwendungen an politische Parteien

Wahlkampfzeiten waren besonders geeignet, den vereinsinternen weltanschaulichen Pluralismus aufbrechen zu lassen, zu dessen Harmonisierung das Neutralitätspostulat des Vereins unter anderem gedacht war. Das hatte sich im Vorfeld der Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 in Bocholt gezeigt, als das Hauptvorstandsmitglied und zugleich Vorstandsmitglied der Duisburger DDP, Lehrer Arnold Stein, nach dem von der Zentrumsparterie dominierten Bocholt gereist war und dafür viel Lob in der CV-Zeitung geerntet hatte, während Kalisch wegen seiner Kritik an diesem Neutralitätsbruch sprichwörtlich von den Bocholter CVern gebannt wurde. Für Bocholt schien der nationalliberale Vereinsmitarbeiter Kurt Alexander geeigneter als der sehr

seinem Fall sparte man allerdings die Reisekosten aufgrund seines Status als Landtagsabgeordneter. Weitere Auslagen wie Kosten für Saalmiete, Drucksachen und Unterkunft konnten durch Eintrittsgelder bei Veranstaltungen finanziert werden. Die Versammlung im April 1929 mit Nölting in Arnsberg etwa lief unter der Flagge der SPD. Die Finanzierung hatte der CV übernommen. Vgl. HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 280, Frame 0994ff.; ebda., Akte 295, Frame 1470, 1472.

²⁹⁹ Holländer an die Landesverbände am 14. April 1929. Vgl. HM2 8727, Osoby 721 I, Akte 1495, unpaginiert.

³⁰⁰ Richtlinien für den Verkehr zwischen Hauptgeschäftsstelle, Landesverbänden und Ortsgruppen während des Wahlkampfes. Central-Vereins-Dienst, Nr. 8, I. Jg., 30. Oktober 1924, S. 58.

³⁰¹ CVZ, Videant consules! Ein Weckruf an das deutsche Volk, Nr. 50, 11. Dezember 1931, S. 570.

Mit diesem Ausruf nahm der CV Bezug auf die in der spätrömischen Republik gegebenen letzten Möglichkeit des Senats, den Staatsnotstand (*senatus consultum ultimum*) zu beschließen. Der Verein platzierte den Ausruf in vielen Organen, so in den Kölner Nachrichten am 12. Juli 1930, als er sich an Jungwähler wandte. Vgl. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 111, Frame 1711, sowie Sall. Cat. 29,3.

wahrscheinlich mit der SPD sympathisierende Kalisch, auch um bessere Sammlungsergebnisse zu erzielen.³⁰²

Die parteipolitischen Präferenzen in den jeweiligen Orten nahmen ebenso Einfluss auf die mit ihnen einhergehende Auffassung von der zu praktizierenden Abwehrarbeit. Im Zentrumsplatz Arnsberg war zu Anfang der 1920er Jahre Ernst Grüneberg nicht nur Vertrauensmann des Vereins, sondern zugleich aktives Mitglied der dort kleinen DVP. Er selbst war es, der Essen um rednerische Unterstützung gegen den antisemitischen Hetzer Mumm von der Schwesterpartei DNVP bat. Kalisch organisierte hierauf für Arnsberg den christlichen Oberlehrer Dr. Dang, der in Hagen bei der sozialdemokratischen Freien Presse mitarbeitete. Dieser war instruiert, sich erst dann in die Diskussion einzumischen, ohne dabei seine Funktion für den CV preiszugeben, wenn es zu Entgleisungen käme. Nachdem Grüneberg vom Kommen Dangs gehört hatte, ließ er seinen Einfluss auf ein ungenannt gebliebenes Vorstandsmitglied der Arnsberger DNVP spielen, dem es für diese konkrete Wahlversammlung gelang, Mumm erfolgreich zu zügeln.

Offensichtlich verbot Grünebergs eigene parteipolitische Bindung die Kooperation mit einem Sozialdemokraten, obwohl sich Dang nicht als CV-Unterstützer in dieser Versammlung gezeigt hatte. Grüneberg sah sich dennoch desavouiert und räumte seinen CV-Posten.³⁰³ Kalisch hatte seinerseits wenig Verständnis dafür, hinter den Kulissen auf eine Partei einzuwirken, die in ihrem Programm eine Sperrklausel für Juden eingerichtet hatte und sich der Bekämpfung des „undeutschen Geist[es], mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen,³⁰⁴ verschrieben hatte.

Die im Verein anzutreffenden unterschiedlichen parteipolitischen Vorlieben bedingten zuweilen ein jeweils eigenes Verständnis von der Abwehr. Kalischs Ehrverständnis erwies sich als weitaus kompromissloser als das seines Kollegen in Arnsberg. Er war nicht gewillt, gemeinsame Sache mit Antisemiten zu machen. Für ihn war dort Zurückhaltung geboten,

„wo die Würde gefährdet ist. [...] Geben wir, so wie Herr Grüneberg will, den Bedürfnissen örtlicher Behutsamkeit nach, so können wir in absehbarer Zeit unsere ganze Abwehrarbeit einstellen.“³⁰⁵

Unterdessen konnte innerhalb desselben Wahlkreises in Plettenberg, wo zehn jüdische Familien ansässig waren, ein harmonisches Arrangement gefunden werden. Ohne auf vereinsinternen Widerstand in dem kurz zuvor gegründeten Propagandaort zu stoßen, erhielten hier 1920 sowohl die SPD als auch die DDP werbende Unterstützung durch

³⁰² Vgl. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 379, Frame 0471.

³⁰³ Vgl. HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 295, Frame 1523f., 1529.

³⁰⁴ Vgl. CVZ, Rat uns, C.V.I., Nr. 43, 21. Oktober 1932, unpaginiert. Dieser Artikel warb unter anderem dafür, Lobbying zu betreiben. Innerhalb der DNVP galt es daher, „stärker noch als bisher gerade rechtsstehende nichtjüdische Volksgenossen über die Ungerechtigkeit einer zügellosen Judenhetze [aufzuklären], um die Zahl derer, die dem Judentum gerecht gegenüberstehen, in der DNVP allmählich zu vermehren.“

³⁰⁵ HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 295, Frame 1524.

den Verein. Die Wahlkampfgelder wurden in Flugblätter gegen den Antisemitismus und in entsprechende Inserate in der Presse umgemünzt.³⁰⁶

Zudem behinderten zuweilen unterschiedliche Befindlichkeiten in den Ortsgruppen breiter gefächerte Kooperationen, so abermals in der Ortsgruppe Bocholt im Vorfeld der Dezemberwahl 1924. Auf einer Versammlung der vaterländischen Verbände am 31. Oktober agierten deshalb die anwesenden CVer und der sozialdemokratische Emissär völlig unabhängig voneinander.³⁰⁷ Außerdem konnten sich parallel stattfindende Wahlkampfveranstaltungen negativ auf die eigenen Versammlungen und die dort erhofften Sammlungsergebnisse auswirken. Als sich Waldstein im Herbst 1924 zum zweiten Mal in diesem Jahr aufmachte, um am 13. November in Herne zum Vortrag zu laden, waren viele der CV-Mitglieder der Versammlung fern geblieben. Sie wohnten der der SPD bei. Bei der überschaubaren Zahl der Anwesenden, die Waldstein wegen des CV-Wahlfonds ansprechen konnte, stellte er zudem fest,

„dass in solchen Orten wie Herne, ebenso auch in Hamborn wegen ihrer hauptsächlichen Arbeiterbevölkerung die wirtschaftlichen Verhältnisse noch immer ziemlich drückend seien, so dass von freiwilligen Sammlungen neben Quartalsbeiträgen wenig zu erwarten sei.“³⁰⁸

Die finanzielle wie ideelle Enttäuschung, die der CV in beiden Städten erlebte, wog wohl dadurch noch schwerer, als er üblicherweise keine Eintrittsgelder für seine Versammlungen erhob. Die Rücksichtnahme auf das wirtschaftlich Mögliche der CV-Mitglieder sowie ihre unterschiedlichen politischen Bindungen hemmte aber die Durchsetzungsfähigkeit des Vereins. Sobald die Neutralität gebrochen wurde, konnte von geschlossenem Handeln keine Rede mehr sein.

Theoretisch wollte das Neutralitätspostulat nicht nur der Überwindung divergierender Anschauungen innerhalb der eigenen Reihen dienen; mit ihm wahrte der CV zugleich eine gewisse Distanz gegenüber den demokratischen Parteien, die nicht zuletzt deshalb ratsam war, um ihnen den Generalverdacht, vermeintlich jüdisch korrumpiert zu sein, zu ersparen. Insofern konnte dem CV-Kassierer und Lokalpolitiker der Wirtschaftspartei in Moers im Vorfeld der Kommunalwahlen 1929 nicht vorgeworfen werden, ein von Juden „bezahlter Mann“³⁰⁹ zu sein.

Wenn einseitige positive Stellungnahmen nicht geduldet waren, so verboten sich stringent auch die negativen. Die in Kapitel 3 dieser Arbeit geschilderte Warnung vor der DVP, die Arthur Rosenberg und Max Rhee in Dortmund 1925 veröffentlichten, verstieß demnach gegen das Vereinsprinzip. Sie schien außerdem geeignet, die der

³⁰⁶ Vgl. Bestand Wiener Library D/PI 2 /3.

³⁰⁷ Vgl. Bericht Waldsteins vom 1. November 1924. HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 379, Frame 0420f.

³⁰⁸ Waldstein am 15. November 1924 an Berlin. HM2 8709, Osoby 721 I, Akte 591, Frame 0158f.

³⁰⁹ HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 297, Frame 1755. In Moers, das bis 1934 von Köln betreut wurde, erhielt Winter, damit die Wirtschaftspartei, Unterstützung durch den CV. Gegenüber der DDP und der SPD sollte aber Stillschweigen darüber gewahrt werden. Vgl. HM2 8716, Osoby 721 I, Akte 976, Frame 0906. 1930 warb der CV noch für die Wirtschaftspartei. Kurz darauf warnte er vor ihr, da sich „auch die Wirtschaftspartei im Gegensatz zu ihrer früheren Auffassung [...] anscheinend den nationalsozialistischen Kreisen nähert.“ CVZ, Hindenburg, Hitler, Harzburg, Nr. 10, 16. Oktober 1931, unpaginiert.

rechtsliberalen Partei angehörenden „angesehensten Kreise unserer Stadt“³¹⁰ zu verprellen. Rabbiner Jacob verteidigte die DVP, weil sie sich bis dahin nach seinem Kenntnisstand „nie zum Antisemitismus bekannt“³¹¹ habe. Auch Holländer zog wegen der DVP den Zorn ihres Stadtverordneten Kurt Alexander auf sich, nachdem der Vereinsdirektor, der Anhänger der DDP war, in einer Versammlung in Krefeld im Winter 1925 behauptet hatte, „dass man, da man genug andere Parteien habe, die Volkspartei bei ihrer nicht geklärten Stellung zur Judenfrage nicht wählen brauche.“³¹²

Letztlich zeigte die Vielfalt der Meinungen zur DVP, dass der CV ihr gegenüber noch keine eindeutige Leitlinie verfolgte. Allerdings ging die DVP nicht nur in Dortmund, sondern auch in Oberhausen mithilfe judenfeindlicher Rhetorik auf Stimmenfang.³¹³ Diese verwertbaren Erkenntnisse aus der Provinz ließen Zweifel an der Wahrheit der alten Losung, bis zur DVP könne ein jüdischer Deutscher wählen, aufkommen. Ein nationalliberaler Kandidat war nach Holländer nur noch mehr denn wählbar,

„wenn er zu der Richtung gehört, [die] den völkischen Gedanken innerhalb der Partei ablehnt, und ich habe es für wünschenswert bezeichnet, wenn Freunde in der Volkspartei tätig sind, nicht nur um das Programm der Volkspartei zu verwirklichen, sondern um die Partei vom Judenhass zu entgiften.“³¹⁴

Das vom CV versuchte Lobbying innerhalb der DVP hatte im günstigsten Fall nur aufschiebende Wirkung. 1932 stellte er die finanziellen Unterstützungen für diese Partei ein.³¹⁵

Um höhere Sammlungsergebnisse zu erzielen und ein durchsetzungsfähigeres Wahlkampfbandnis zu bilden, formierte sich im rheinisch-westfälischen Verband vor der Reichstagswahl 1928 ein gemeinsames Komitee aus CV und RjF, zu dessen Unterstützung in den Ortsgruppen nachdrücklich aufgerufen wurde.³¹⁶ Die Zwischenbilanz für die Düsseldorfer Ortsgruppe im Juli 1928 fiel katastrophal aus, weil schlichtweg „aus unserer grössten Ortsgruppe keinerlei Betrag für den Wahlfonds zu erlangen war.“³¹⁷ Ohnehin wären die Gelder weder anteilig der Zentrale noch dem Wahlkampf zugute gekommen. Sie hätten der Schuldentilgung gedient. Noch 1932 beliefen sich die Verpflichtungen der dann nur noch knapp 400 Mitglieder zählenden Ortsgruppe gegenüber dem Landesverband auf rund 12.000 Mark.³¹⁸

³¹⁰ HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 708, Frame 0285. Dortmund war Sitz des Landesverbandsvorsitzenden der DVP, Professor Oskar Wenderoth. Nach Romeyk gehörte er im Wahlkreis Westfalen-Süd zum „wohl bedeutendsten und gewichtigsten Verband innerhalb der Organisation der DVP.“ Romeyk, Horst, Die Deutsche Volkspartei in Rheinland und Westfalen 1918–1933, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 39, 1975, S. 189-272, hier 195.

³¹¹ HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 708, Frame 0285.

³¹² HM2 8713, Osoby 721 I, Akte 848, Frame 2663.

³¹³ Vgl. HM2 8717, Osoby 721 I, Akte 1090, Frame 2520.

³¹⁴ Holländer an Kurt Alexander, Krefeld, am 12. Dezember 1925. HM2 8713, Osoby 721 I, Akte 848, Frame 2659.

³¹⁵ Vgl. Paucker, 1968, S. 99.

³¹⁶ Vgl. etwa das Rundschreiben der Ortsgruppe Elberfeld. HM2 8723, Osoby 721 I, Akte 1396, Frame 2218.

³¹⁷ Waldstein an Berlin am 27. Juni 1928. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1343.

³¹⁸ Vgl. ebda., Frame 1368f.; ebda., Akte 724, Frame 1681.

Der CV tat sich schwer damit, die jeweils eigenen parteipolitischen Präferenzen aus taktischen Gründen preiszugeben, um bestehende Mehrheitsverhältnisse zu stützen, im Falle Düsseldorfs also für die Zentrumspartei zu werben. Wie in Düsseldorf, so mangelt es ebenso in Münster und Oberhausen an konkreten Belegen, die auf irgendeine Kooperation mit und zugunsten des politischen Katholizismus verweisen.³¹⁹ Stattdessen war der Spezialist für Wirtschaftsfragen, um den Waldstein die Zentrale bat, wieder einmal für eine in Oberhausen am 18. Mai 1928 anberaumte Wahlveranstaltung der DDP gedacht.³²⁰ Dabei entging den Wahlkampfbeobachtern des Vereins die schwindende Bindungskraft der DDP bestimmt nicht.³²¹ Immerhin war zumindest in Düsseldorf noch ein quasi eigener Kandidat mit Manes im Rennen, weshalb die DDP auch bei den Stadtverordnetenwahlen 1929 die Favoritin des Vereins blieb, obwohl sich in der DDP bereits Widerstände gegen die Listenplatzierung des jüdischen Bankiers Louis Elkan bemerkbar machten.³²² Sonderbar ist hingegen der Umstand, dass die Mitarbeiter der Essener Geschäftsstelle nicht immer ausreichende Kenntnisse über jüdische Wahlkreiskandidaten besaßen. Zu den beiden Demokraten im von der SPD dominierten Dortmunder Stadtparlament konnte man Berlin keinen Rapport geben. Da aber der CV-Ortsgruppenvorsitzende Siegfried Hoffmann zugleich im Vorstand der DDP war, lag bei ihm gewiss „die Förderung [...] der Stadtverordneten-Angelegenheit in guten Händen.“³²³

Die Stadtparlamente in Düsseldorf, Dortmund und Unna, wo, wie schon erwähnt, dem Kandidaten der SPD nur deshalb die Unterstützung des Vereins zuteil geworden war, weil er im Gegensatz zum Kandidaten der DDP, Kupferschlag, kein Zionist war,

³¹⁹ Im katholischen Köln konnte der Ortsgruppenvorsitzende Heinrich Frank 1929 im Stadtparlament den Neutralitätsanspruch des Vereins vorbildlich umsetzen. Er lud Vertreter des Zentrums, der SPD, DVP, DDP sowie der Wirtschaftspartei ein. Die Anwesenden rief er am Schluss der Versammlung dazu auf, ihren Dank gegenüber diesen „verfassungstreuen, staatserschaltenden Parteien“ dadurch zum Ausdruck zu bringen, indem ein „jeder die Partei, die ihm am nächsten steht“, wähle. HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 796, Frame 1711.

Es existierten allerdings auch Vorbehalte seitens einiger Zentrumsvertreter. 1930 gelang es Frank nach zweijährigem Bemühen, Karl Maria Kaufmann, der überdies Vorstandsmitglied der mit „kirchlichen Geldern begründeten Aktiengesellschaft ‚Rheinische-Immobilien-Treuhand‘“ war, zu gewinnen, damit dieser über ‚Katholizismus und Judentum‘ referierte. Kaufmann hob die im Judentum zu findenden Wurzeln des Christentums hervor, machte auf den gemeinsamen Feind, die NSDAP, aufmerksam, zog mit Blick auf den Kulturkampf und die das Zentrum ebenfalls treffende Schuldzuweisung an der Niederlage Deutschlands im Krieg Parallelen, um am Schluss an die Versammelten zu appellieren, im Geiste von Recht, Humanität und christlicher Nächstenliebe zu handeln. Vgl. ebda., Frame 1809, 1692.

Ein seltener Beleg für das Wahlverhalten von CVern fand sich für die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 für Krefeld, wo „der grösste Teil unserer Freunde [...] dem Zentrum [seine] Stimme gegeben“ hatte. HM2 8713, Osoby 721 I, Akte 848, Frame 2496.

³²⁰ HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1414, Frame 1551.

³²¹ Die Wahlergebnisse zu den Landtagen in den deutschen Ländern und konkret für Preußen für 1928 finden sich in: Statistisches Reichsamts (Hg.), Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 48. Jg., Berlin 1929, S. 487; Entsprechendes für das Wahljahr 1932 findet sich ebda., Jg. 51, Berlin 1932, S. 544. Die Reichstagswahlergebnisse dieser beiden Jahre können in Fußnote 367 dieses Kapitels nachgelesen werden.

³²² HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 723, Frame 1333f.

³²³ HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 708, Frame 0133. Zu den Wahlergebnissen in Dortmund, wo die SPD erst im Wahljahr 1932 die Mehrheit an die KPD verlor, siehe Högl, Günther (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945, Dortmund 1992, S. 57.

bildeten vereinzelte Ausnahmen, die eine direkte Einflussmöglichkeit jüdischer Lokalpolitiker ermöglichten, die zugleich mit dem Verein sympathisierten. Die bevorzugte Förderung des politischen Liberalismus hörte auch dann noch nicht auf, als die DVP ihre Wahlkampfstrategie geändert hatte und ihr Widerwille, jüdische Kandidaten aufzustellen, spürbar wurde. Als dann gerade sie – die der CV stets als „Verfechter unserer unbedingten Gleichberechtigung“³²⁴ kannte – 1930 mit dem Jungdo zur Deutschen Staatspartei fusionierte, schwanden zuvor noch als selbstverständlich angenommene Gewissheiten. Es stellte sich die Frage, welche Haltung der Verein ihr gegenüber einnehmen würde. Holländer, nun selbst Mitglied der Partei, baute in seiner Fürsprache vor allem auf die „Manifestation des g u t e n W i l l e n s“³²⁵ innerhalb der Staatspartei.

Wegen Sympathien für Mahrauns romantische Volksgemeinschaftssehnsucht, der Kandidatur des CVers Bruno Weil und letztlich im Vertrauen auf die verbliebenen Reste liberaler, rechtsstaatlicher Tradition innerhalb der DDP erklärte Holländer trotz der ajüdischen Haltung des Jungdo die Staatspartei tatsächlich für „bedenkenfrei“³²⁶ und damit für unterstützungswürdig.

In der Zeit nach den Wahlen sollte es denen, die gewillt waren, sich der Staatspartei anzuschließen, vorbehalten bleiben, sie von innen heraus vom Judenhass zu befreien. Der Gefolgsmann Emil Kann hingegen wusste zu berichten, dass Holländers Mitteilung auf den unteren Vereinsebenen im rheinisch-westfälischen Verband keine einhellige Zustimmung gefunden hatte. Namentlich Anhänger der SPD, aber auch der zur KPD tendierenden jüdischen Angestelltenschaft übten Kritik an der Haltung der

³²⁴ CVZ, Central-Verein und Staatspartei, Nr. 11, 15. August 1930, S. 430.

³²⁵ CVZ, Zum Verständnis unseres politischen Seins, Nr. 36, 5. September 1930, S. 466.

³²⁶ CVZ, Central-Verein und Staatspartei, Nr. 11, 15. August 1930, S. 430. Vgl. auch Kapitel 3 dieser Arbeit. Bald darauf musste die Leitung des Vereins auf die Vorwürfe des Herausgebers der Weltbühne und kompromisslosen Demokraten, Carl von Ossietzky (1889 Hamburg – 1938 Berlin, wo er an den Folgen seiner fünfjährigen Haft verstarb), reagieren. Er hielt dem CV vor, das Recht verwirrt zu haben, wegen dieses Kuhhandels „künftig über Antisemitismus zu zetern.“ [S. 466] Die Vereinsleitung geriet unter Rechtfertigungsdruck, wobei Eva Reichmann-Jungmann erklärte, die Fusion sei ein „Versuch, der Ideenwelt eines seiner selbst und seiner Aufgaben bewußten Bürgertums durch den Zustrom – nicht nur dem Lebensalter nach – junger Kräfte neues Leben zuzuführen. Vielleicht ein Bestreben, dem die Zukunft gehört, vielleicht ein Versuch, dem der Erfolg versagt bleibt, in jedem Fall eine politische Tatsache, deren wahres Gesicht weder durch Parteibrillen noch durch das Verkleinerungsglas der Judenfrage allein richtig erkannt werden kann.“ [unpaginiert] „Bei der Gründung der Staatspartei handelt es sich um die historische Aufgabe, die bürgerliche Linke neu im politischen Leben zu verankern.“ [S. 466] Dem CV fiel die Entscheidung, die „unter ausdrücklicher Betonung der parteipolitischen Neutralität“ getroffen wurde, nicht leicht. Letztlich blieb dem Einzelnen seine Entscheidungsfreiheit. „Aber die Führung des Centralvereins mußte [...] dabei G e f ü h l e z u m S c h w e i g e n b r i n g e n, p o l i t i s c h e V e r n u n f t s p r e c h e n l a s s e n. [...] Unter diesen Perspektiven war es nicht Pflichtverletzung, sondern höhere Pflichterfüllung, über Schönheitsfehler und Bedenklichkeiten hinweg die große Aufgabe zu sehen.“ [S. 466] CVZ, Zum Verständnis unseres politischen Seins, Nr. 36, 5. September 1930.

Wie es sich übrigens im Detail mit den Subventionen für die politischen Parteien verhielt, wussten nicht einmal alle Mitglieder des Arbeitsausschusses. Vgl. das Protokoll der 9. Arbeitsausschuss-Sitzung vom 20. Oktober 1930. HM2 8742, Osoby 721 I, Akte 1902, Frame 2389-2396, hier 2394. Diese Sitzung war ganz vom Wahlerfolg der NSDAP und auch den die Wahl begleitenden Ausschreitungen zwischen Kommunisten und Nazis geprägt. Auf dieser Sitzung wurden offenbar erstmals Forderungen laut, die einen noch stärkeren Zentralismus im Verein forderten.

Vereinsleitung.³²⁷ Es kam zu kontroversen Debatten, die in Einzelgesprächen, Vorträgen und anschließenden Aussprachen geklärt werden mussten, was „die Leitung des Landesverbandes natürlich sehr stark in Anspruch“³²⁸ nahm. Das Misstrauen im rheinisch-westfälischen Verband gegenüber der Staatspartei wurde bestätigt. Störend waren besonders die fortwährenden

„judenfremd zu bezeichnenden Reden von – politisch wohl noch dilettierenden – Jungdoführern. [...] Unsre Freunde werden[,] soweit sie sich der Staatspartei anschliessen [...] ein weites Feld zu bestellen haben.“³²⁹

David Krombach, vormals DVP, gehörte zu diesen Freunden, die ihre Aufgabe nun darin sahen, die Staatspartei an liberale Traditionen zu erinnern. Die sich sukzessive verringern den Wahlalternativen verunsicherten und erregten die kleine deutsch-jüdische Wählerschaft. Mit bangen Erwartungen sah daher der CV der Reichstagswahl am 14. September 1930 entgegen, entschied diese Wahl doch für ihn bereits „über das Ganze“; es ging um nichts weniger als um die Beantwortung der Fragen:

„Sollen in Deutschland Gewalt und Macht maßgebend sein in den Beziehungen der Bürger untereinander und in den Beziehungen des ganzen Volkes zum Ausland, oder sollen Recht und Frieden den Ausgleich von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk bringen? Soll in Deutschland Geistes- und Gewissensfreiheit herrschen oder Unterdrückung aller weltanschaulichen religiösen und kulturellen Mannigfaltigkeit und ihrer Träger [...]? Wir deutschen Juden wissen aus terroristischen Vorfällen der jüngsten Zeit zur Genüge, was es im einzelnen bedeuten würde, wenn diesen Gewaltinstinkten im deutschen Staate Tor und Tür geöffnet würde. Die Nationalsozialisten erklären offen, daß sie jede Gesinnung, jeden Glauben, jede Ueberzeugung, die nicht ihrer eigenen entspricht, und jeden Menschen, der sich zu einer solchen bekennt, mit allen verfügbaren Kräften als minderwertig zu verfemen und zu unterdrücken gewillt sind. [...] Es ist dringendste Notwendigkeit[,] daß jeder jüdische Reichstagswähler seine Wahlpflicht erfüllt. – Jede nicht abgegebene Stimme ist Verrat an der deutschen Judenheit, weil sie sich zugunsten derjenigen Parteien auswirkt, die die Juden vernichten wollen.“³³⁰

Über seherische Fähigkeiten verfügten die CVer nicht. Die Warnung resultierte lediglich aus der Ableitung der bis dahin gesammelten Erkenntnisse, die den Verlust an Vernunftfähigkeit deutscher Politiker und ihrer Wähler widerspiegeln. Die allgemeine politische Situation für die deutschen Juden wurde bereits 1930 von den Verantwortlichen jüdischer Organisationen als so prekär empfunden, dass sich im unmittelbaren Vorfeld dieser zukunftsweisenden Septemberwahl von 1930 ein besonderes Bündnis bildete, das die innerjüdischen Antagonismen überwinden wollte. Letztlich belegte dieser Testfall allerdings, wie fragil der Gemeinschaftssinn der deutschen Staatsbürger jüdischer Konfession war.

³²⁷ Vgl. Gesamtbericht. Emil Kann, Erfurt, [betr.] Rheinland Westfalen, Reichstagswahl 1930. HM2 8731, Osoby 721 I, Akte 1625, Frame 1917-1919, hier 1918.

³²⁸ Ebda.

³²⁹ Ebda.

³³⁰ Jüdisches Gemeindeblatt für das Bergische Land, Mahnruf an die jüdische Jugend zum 14. September. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 111, Frame 1730.

4.4.3.2 Reichstagswahlausschuss 1930

Um die Wahl am 14. September 1930 zu beeinflussen, formierte sich einige wenige Wochen zuvor, am 20. August 1930, ein von vornherein zeitlich befristetes Abwehrbündnis in Form des Reichstagswahlausschusses 1930. Auf der finanziellen Basis, die die Berliner Jüdische Gemeinde bereitgestellt hatte, setzte sich dieser Ausschuss neben ihr aus dem CV, dem RjF, der Großloge für Deutschland U.O.B.B. sowie zum ersten und zugleich letzten Mal der Zionistischen Vereinigung für Deutschland zusammen.³³¹ Das Bündnis als Ausdruck der „innerjüdische[n] Befriedung“ durch Zusammenfassung der Abwehr auf neutraler Basis³³² war zielgerichtet zur politischen Bekämpfung der NSDAP gedacht. Denn nicht weniger als reichsweit „insgesamt 34.000, allabendlich mindestens 200 Versammlungen“³³³ der Nazis erwartete der Ausschussvorsitzende Alfred Wiener (CV). Allein, viel zu spät kam dieses Bündnis nach Einschätzung des im rheinisch-westfälischen Verband die Fondssammlung unterstützenden Emil Kann aus Erfurt zustande. Der Wahlkampf fiel in die Ferienzeit, und

„die miserable Wirtschaftslage des Industriebezirkes bedeutete von vornherein einen Vorsprung der radikalen Parteien; er wurde durch größte Rührigkeit und geschickteste modernste Propaganda derselben, besonders der N.S. von Beginn an gefördert. Die S.P.D. und besonders die Mittelparteien kamen erst viel später in Bewegung.“³³⁴

Nicht energisch genug ging auch der zionistische Bündnispartner mit seinen staatsbürgerlichen Pflichten um. Der Gedanke der innerjüdischen Solidarität stieß zudem in der für Rheinland und Westfalen einflussreichen ZVfD-Ortsgruppe Duisburg auf verschwindend geringes Wohlwollen. Harry Epstein, Leiter des Gruppenverbandes, ermahnte Ende Juli 1930 die Vorsitzenden der Ortsgruppen und die Vertrauensleute, der Fondswerbung des Centralvereins vor allem unter den Ostjuden so lange zu widerstehen, bis Berlin entsprechende Weisung erteile:

„Wir dürfen nicht lokale Politik treiben, sondern nur einheitliche. Wo trotz unseres Abratens derartige Besprechungen stattgefunden haben, sind sie für uns und die Ostjuden

³³¹ Vgl. CVZ, Reichstagswahlauschuß 1930, Nr. 9, 29. August 1930, unpaginiert.

Dem Bündnisschluss ging ein Vertragsabschluss zwischen dem CV und der ZVfD voraus. Abgesprochen war erstens, dass die Einladungen zum Beitritt weiterer jüdischer Organisationen vom CV ausgehen sollten; zweitens, dass das Wahlkomitee überschaubar klein aus drei CVern, zwei ZVfDlern und jeweils einem Repräsentanten der hinzukommenden Organisationen bestehen sollte; drittens, dass die Neutralität des Bündnisses durch ein besonderes Fondskonto zum Ausdruck zu kommen hatte. Darüber hinaus war eine neutrale Adresse einzurichten, der seinerzeitige Sitz der CV-Hauptgeschäftsstelle in der Lindenstraße 13 durfte nicht angegeben werden. Angriffe in den Versammlungen der teilnehmenden Organisationen hatten viertens in dieser Zeit zu unterbleiben. Der CV wurde verpflichtet, „keinerlei Aeusserungen [...] gegen die Ostjuden oder überhaupt gegen die Rechte ausländischer Juden“ zu richten. [S. 3] Fünftens war die Propaganda für eine konkrete Partei, wobei die Staatspartei und die SPD genannt wurden, untersagt. Die Waffenruhe galt nur bis zum 14. September. Vgl. das vierseitige Schreiben des Leiters der ZVfD, Kurt Blumenfeld, an Alfred Wiener vom 12. August 1930. ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-129.

³³² CVZ, Von der deutschen Juden Zwietracht, Nr. 2, 9. Januar 1931, S. 14f., hier 15.

³³³ Jüdisches Gemeindeblatt für das Bergische Land, Die kommenden Reichstagswahlen und die Juden, Nr. 17, 1. September 1930. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 111, Frame 1731.

³³⁴ Gesamtbericht. Emil Kann, Erfurt, [betr.] Rheinland Westfalen, Reichstagswahl 1930. HM2 8731, Osoby 721 I, Akte 1625, Frame 1917-1919, hier 1919.

in sehr wenig erfreulicher Weise verlaufen. So hat in Dortmund der C.V. er und frühere demokratische Stadtverordnete Heinemann erklärt, der Antisemitismus in Deutschland sei besonders infolge der starken Einwanderung von Ostjuden gewachsen. Wir erinnern auch daran, dass der C.V.-Führer Dr. Blüth aus Eisenach dort in einer grossen öffentlichen Versammlung zur Abwehr des Antisemitismus in Thüringen erklärt hat, er halte Sondermassnahmen der Regierung gegen die in Deutschland wohnenden Ostjuden für berechtigt. [...] Unter solchen Umständen kann die Unterstützung des C.V., der in dem gegenwärtigen Augenblick mit solchen Methoden den Antisemitismus abzuwehren versucht, uns vielleicht recht gefährlich werden.“³³⁵

Epstein bedauerte die dem Bündnisschluss vorangegangenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Berliner ZVfD und denen der CV-Zentrale. Sich gedanklich schon mit der im Anschluss an die Reichstagswahl stattfindenden Wahl zum Preussischen Landesverband jüdischer Gemeinden beschäftigend, spöttelte er, parteipolitische Auseinandersetzungen sollten der Zeit zwischen den beiden Wahlen vorbehalten sein, „falls nicht bis dahin C.V. und Z.V.f.D. zu einer deutsch-jüdischen Staatspartei verschmolzen sein sollten.“³³⁶ Kann mutmaße daher zu Recht, dass „seitens des zionistischen Landesverbandes von Duisburg aus [...] strikte Zurückhaltung der offenbar zur Mitarbeit neigenden Personen oder Ortsgruppen angeordnet war.“³³⁷ Demgegenüber erreichte allein Kanns Wahlkampfarbeit 29 Städte im rheinisch-westfälischen Verband, wobei er in erster Linie die jüdischen Staatsbürger ansprach.

Obwohl sich nach seiner Einschätzung der Verband im Allgemeinen „auf einer ausgezeichneten Höhe“³³⁸ befand, fiel ihm im Detail auf, wie sehr anfangs die Tragweite der NS-Agitation in den eigenen Reihen verkannt worden war, so etwa in Buer, wo „die bisher sehr indolenten Warenhausleiter [...] durch [Westdeutscher-]

³³⁵ ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-129.

Nach dem nicht unterzeichneten Bericht vom 25. Juli 1930 ‚Ein neues Mitglied des Central Vereins‘, der jedoch wahrscheinlich von Max Berl formuliert wurde, hatte die CV-Ortsgruppe in Dortmund die Mitglieder der Synagogengemeinden zwecks Werbung geladen und rief zur Fondsbeteiligung auf. Die zionistischen Vertreter lehnten von vornherein eine Beteiligung ab und forderten gemeinsam mit ostjüdischen Gemeindegliedern, die Abwehr in die Obhut der Gemeinde zu legen. Dieses Verhalten aber „schien dem früheren demokratischen Stadtverordneten [Herbert] Heinemann nun doch zu viel. Er erklärte, dass der Antisemitismus in Deutschland besonders durch die starke Einwanderung von Ostjuden gewachsen sei und deshalb hätten die Ostjuden die Verpflichtung, ihre Unterstützung zuzusagen, zumal auch der C.V. [s]ie bei Ausschreitungen schützen würde. Jeder hätte nun erwartet, dass von ostjüdischer Seite diese ungeheure Beleidigung ganz energisch zurückgewiesen worden wäre. Ganz im Gegenteil! Der Repräsentant Chaim [J.] Laufer gab für seine Person die Erklärung ab, dass die Ostjuden in dieser Stunde die Verpflichtung hätten[,] mit dem C.V. Hand in Hand zu gehen, Geld zu geben[,] mit Listen von Haus zu Haus zu gehen. Wie wir hören hat nunmehr der C.V. in seiner Vorstandssitzung beschlossen[,] das ‚Grosskreuz des C.V.‘ diesem mutigen Vorkämpfer feierlichst zu überreichen und ihn als ‚Ehrenmitglied‘ in seine Reihen aufzunehmen.“ ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-97.

³³⁶ Epstein an Oberregierungsrat Dr. Marcus, Düsseldorf, am 31. Juli 1930. ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-90. Der Korrespondenz zufolge wurde Marcus (ZVfD in Düsseldorf) beim CV-Ortsgruppenvorsitzenden Felsenthal in dessen Funktion als Gemeindevorsitzender vorstellig. Marcus handelte im Auftrag der SPD und erhielt von der Gemeinde für diese annähernd 6.000 Mark. Der Betrag kam allem Anschein nach nicht dem Fonds des Reichstagswahlausschusses zugute, sondern floss direkt an die Sozialdemokraten. In Essen liefen zum selben Zeitpunkt gleichartige Verhandlungen. Vgl. ebda. das Schreiben von Marcus an Epstein vom 11. August 1930.

³³⁷ HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 1625, Frame 1918.

³³⁸ HM2 8731, Osoby 721 I, Akte 1625, Frame 1919.

Beobachter Artikel und örtliche nat.[ional]soz.[ialistische] Aktion aufgerüttelt“³³⁹ werden mussten. Kann ärgerte sich zudem über die teils schlecht koordinierte Verteilung der Zuwendungen:

„Natürlich kann man es besonders Geschäftsleuten nicht verwehren, solchen auch manchmal ihnen gegnerischen Gruppen aus geschäftlichen etc. Rücksichten zu geben, obwohl das dann die Höhe unserer Eingänge beeinträchtigt; aber wenn neben solchen Einzelpersonen bzw. Firmen auch die Ortsgruppen als solche, dann wieder die Landesverbände und die Centrale von den nämlichen Gruppen herangezogen werden, fehlt zuletzt jede Uebersicht[,] und es kann eine besonders rührige [...] Organisation sich Vorzüge sichern, die wohl g[e]rade ihr seitens der Geldgeber nicht in erster Linie zudedacht waren.“³⁴⁰

Großen Raum nahm in seinem Bericht die Speisung der demokratischen Parteien mit CV-Aufklärungsmaterialien ein. Innerhalb der Landesverbandsgrenzen erhielten diese vornehmlich die Pressestellen der SPD und des Zentrums, da beide „von Anfang an schärf[s]te Kampfstellung gegen die N.S.“³⁴¹ eingenommen hatten. Im Übrigen durfte aktuell der CV bei der Zentrumspartei unter ihrem Vorsitzenden, dem Trierer Prälaten Kaas, sicher sein, dass sie keine Rechtskoalition unter Einschluss der NSDAP eingehen würde. Diesen Umstand verbuchte Kann als „ein[en] beachtenswerte[n] Erfolg der C.V. Politik mit den Parteien.“³⁴²

Im Zuge der Wahlarbeit auf den Straßen erzielten im Verband allen voran solche Klebezettel gute Wirkung, die nur knappe Textpassagen aufwiesen, so der so genannte Totengräber. Namentlich die Aufklärungsschriften *Der Alarm* und *Der Anti-Nazi* sowie der Pressedienst des Vereins (PDC), die sich teils mit umgekehrten Vorzeichen Anregungen etwa aus Streichers *Stürmer* holten, fanden im Verband ausgezeichnete

³³⁹ Abschrift Bericht I. Emil Kann vom 6. August 1930. Ebda., Frame 1937f., hier 1938. Ursache und Wirkung der NS-Antiwarenhaukampagne vertauschte ein Mitglied der Ortsgruppe Herne, ein Lehrer, der verlangte, die jüdischen Kaufhausbesitzer „als die am Antisemitismus wesentlich Schuldigen zu den notwendigen geldlichen Leistungen ganz besonders heranzuziehen.“ HM2 8709, Osoby 721 I, Akte 591, Frame 0138. Die Kollekte, die in Herne von Waldstein durchgeführt wurde, erbrachte ein „erfreuliches Resultat, mit welchem uns zusammen mit einem dazu bereits vorhandene[n] Fonds ein Betrag von 1.000.- RM [...] in den nächsten Tagen überwiesen wird.“ Ebda., Frame 0139.

³⁴⁰ HM2 8731, Osoby 721 I, Akte 1625, Frame 1917.

³⁴¹ Ebda., Frame 1919.

³⁴² Ebda., Frame 1918. Zu den taktischen Unternehmungen des Zentrums, die NSDAP zu zähmen, siehe grundsätzlich *Morsey, Rudolf*, *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und ‚Nationaler Erhebung‘ 1932/1933*, Stuttgart, Zürich 1977.

Die Verbindungen des politischen Katholizismus und der NSDAP ab Mitte 1932 spielte Holländer herunter: „Wir haben unsere Stellung zum Zentrum und zur Bayerischen Volkspartei klar umrissen. Beide Parteien fassen ihr christliches Programm so auf, wie auch wir glauben, das Christentum sehen zu müssen, nämlich als ein Bekenntnis zu Wahrheit, Gerechtigkeit und innerem Frieden. Es hat darum für jüdische Wähler in der Tatsache von Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten niemals ein Grund zur Ablehnung des Zentrums gelegen. Politisch Erfahrene wissen, daß politische Taktik ‚Kuhhandel‘ verlangt.“ CVZ, Nach dem 6. November, Nr. 46, 11. November 1932, unpaginiert. Das Treffen des gebürtigen Westfalen Papen mit Hitler am 4. Januar 1933 in Köln erwähnte die CVZ nicht. Hingegen kritisierten der Kölner Stadtanzeiger am 8. Januar und die Rheinische Zeitung noch am 19. Januar das Treffen und vermuteten, es diene dem Sturz des Präsidialkabinetts Schleicher. Stadtarchiv Köln, Bestand Billstein 903/428. Verbindungen von Berliner Vereinsfunktionären zu Papen bestanden über den 30. Januar 1933 hinaus. Vgl. *Herzfeld*, *Meine letzten Jahre*, S. 169.

Verbreitung.³⁴³ Mit diesen leicht zugänglichen, massenmedialen Druckerzeugnissen deckte der CV mittlerweile auch den Aufklärungsbedarf unterschiedlich vorgebildeter Empfänger. Sie ergänzten das ansonsten übliche, tief schürfende, hohen Zeitaufwand erfordernde Lektüreangebot des Vereins, das parallel weiterhin zur Verfügung gestellt wurde.

Da die Distribution der meisten Aufklärungsschriften während des Wahlkampfes von den Mitarbeitern der Hauptgeschäftsstelle koordiniert wurde, konnten die eingehenden Materialanforderungen der Landesverbände und Ortsgruppen streckenweise nicht befriedigt werden. Kann kritisierte das alte Prozedere, das den Landesverbänden verbot, selbst, somit zügiger entsprechende Druckaufträge zu erteilen. Dies war umso bedauerlicher, weil die bestens funktionierende Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am Niederrhein weitaus größere als die zur Verfügung stehenden Kapazitäten erfordert hätte.

Die nach Kräften unter den Massen verteilten Aufklärungsschriften ersetzten jedoch nicht die persönlichen Kontakte zu den christlichen Mitbürgern. Deutlicher als zuvor machte nach der Septemberwahl der bedrohlich komfortable Zuwachs des Stimmenanteils für die NSDAP den Riss offenbar, der durch die deutsche Gesellschaft ging. Der CV war unermüdlich bemüht, die seinem ganzen Empfinden nach konstruierten Pole ‚deutsch‘ versus ‚jüdisch‘ nicht weiter auseinanderbrechen zu lassen. Zu diesem Zweck verlangte er seinen Mitgliedern ein unsympathisches Strebertum ab. Mit der Begründung „Jeder kann C.V.-Arbeit leisten“ forderte die CV-Zeitung die Mitglieder auf, sich ein Beispiel an einem Gelsenkirchener Ortsgruppenmitglied zu nehmen, das

„im Verband der Schützenvereine bester Schütze und als solcher in einer gänzlich christlichen Umwelt geachtet und beliebt ist. Dieser Mann ist ein Pionier der C.V.-Arbeit.“³⁴⁴

In Übereinstimmung mit dem Leistungs- und Karrieredenken im Verein erwartete man nicht nur Gleichwertigkeit, sondern Vortrefflichkeit. Der Einzelne hatte zu überzeugen, vorausgesetzt er ließ sich nicht von der judengegnerischen Hetze einschüchtern und zog sich von seinem sozialen Umfeld zurück. Leidenschaftsloses Verhalten diene ausschließlich den Absichten des Gegners. Der Gegenentwurf des Vereins hieß für jeden CVer, seine Wertschätzung daran zu bemessen, wie die Umwelt seine Leistungen beurteilte. Sein Selbstbewusstsein wurde dadurch auf ein brüchiges Fundament gestellt, weil Loberheischung milde Sympathie ersetzte und bestenfalls nur Großtaten Anerkennung fanden. Angesicht der zunehmend gewaltsamen Ablehnung war die Vermittlung eines deutsch-jüdischen Selbstbewusstseins, das standhaft Verleumdungen und Kränkungen trotzen konnte, eine sehr schwierige Aufgabe. Die horrende Erwartungshaltung, die der CV an die eigenen Mitglieder hatte, zeigt, wie groß die

³⁴³ In allen drei Fällen handelt es sich um Materialsammlungen, die das getarnte Berliner Büro Wilhelmstraße zur Aufklärung über die NSDAP erstellte und finanziell förderte. Siehe *Paucker*, 1968, S. 116ff.

Der Umfang der Bestellungen war ansehnlich. Im August forderte die rheinisch-westfälische Landesverbandsgeschäftsstelle bei der Zentrale allein 200.000 Exemplare des Alarm an. Vgl. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 1625, Frame 1937.

³⁴⁴ CVZ, Jeder kann C.V.-Arbeit leisten, Nr. 2, 9. Januar 1931, S. 11.

Unsicherheit auch in seinen Reihen war, was ihn nicht unbedingt durchsetzungsfähiger bei der Umsetzung des Integrationsanspruches machte.

Angesichts eigener Angespanntheit und Schwäche schien die Frage umso berechtigter, wie viel Vertrauen die zionistisch gesinnten Glaubensgenossen verdienten, die wegen vermeintlichen Mangels an deutschnationaler Gesinnung von vornherein den Verdacht der Leistungsverweigerung auf sich zogen, da sie den freiwilligen Rückzug aus der deutschen Volksgemeinschaft forderten, um stattdessen entweder als Pioniere ihren Lebensmittelpunkt nach Palästina zu verlegen oder sich innerhalb Deutschlands auf einen nationalen Minderheitenstatus zurückzuziehen – Letzteres mit dem Effekt, die Gemeinden zu Zentren jüdisch-kultureller Autonomie umzugestalten, in deren Aufgabenbereich, zu allem Überdruß des Vereins, auch noch die Abwehrarbeit fallen sollte.

Der Vertrauensvorschuss, der den Zionisten durch die Beteiligung am Reichstagswahlausschuss zuteil geworden war, hatte sich letzten Endes weder rentiert noch die Behauptung verifiziert, ein jeder könne Abwehrarbeit leisten. Den Geschäftsführer des Ausschusses Alfred Hirschberg erbitterte es geradezu, dass die Zionisten dieses Bündnis nicht als notwendige, einheitsstiftende Plattform verstanden hatten, um die politisch-rechtliche Krisensituation gemeinsam zu meistern. Erzürnt musste er feststellen, dass „ihr Ziel die Ausschaltung des C.V. aus seiner Führerstellung war und ist.“³⁴⁵

Die seitens der Zionisten erzielten Sammlungsergebnisse im rheinisch-westfälischen Verband fielen für den CV bestätigend bescheiden aus. Kann konnte in den knapp dreieinhalb Wochen des Bestehens des Reichstagswahlausschusses 1930 lediglich 15 Prozent Zuwachs zu den eigenen Wahlfondseinnahmen feststellen. Das nicht bekannte Gesamtergebnisse fiel ohnehin wegen der wirtschaftlichen Misere nur befriedigend aus.³⁴⁶

Von dieser messbaren Größe leitete der CV seine hervorragende und nicht zu ersetzende Position in der Abwehr ab, sodass Hirschberg bärbeißig bemerkte: „Jedenfalls hat das Experiment des Reichstagswahlausschusses ein positives Ergebnis gehabt: Es zeigte, daß der C.V., so wie er ist, ausreicht.“³⁴⁷

³⁴⁵ CVZ, Von der deutschen Juden Zwietracht. Ein trauriges Dokument, Nr. 2, 9. Januar 1931, S. 15.

³⁴⁶ Vgl. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 1625, Frame 1918f. Es liegt eine Wahlfonds-Abrechnung für Niederschlesien vom 12. Februar 1931 vor. Danach nahm dieser 2.484 Mitglieder zählende, von Rechtsanwalt Dr. Georg Tarnowski bis Februar 1932 geleitete, wirtschaftlich angeschlagene Landesverband während des Wahlkampfes insgesamt 18.385,15 Mark ein. Entsprechend einer Abgabequote von 35 Prozent hatte er 6.434,80 Mark an die Zentrale abzuführen. Im Gegenzug erhielt er Wahlmaterial im Wert von 3.800 Mark. Vgl. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 1856-1859. Der Bericht führt als Vergleichsgröße die Materialien im Wert von 7.000 Mark auf, die der rheinisch-westfälische Verband respektive der linksrheinische Verband im Wert von 7.300 Mark bezog. Vgl. ebda., Frame 1857.

³⁴⁷ CVZ, Von der deutschen Juden Zwietracht. Ein trauriges Dokument, Nr. 2, 9. Januar 1931, S. 15. Nach dem Wahlerfolg der NSDAP formierte sich Ende 1930 zu deren Bekämpfung ein überparteiliches Abwehrebündnis aus SPD, Zentrum, DDP, Gewerkschaften, RjF und CV, das bis 1932 unter dem Vorsitz des preußischen Staatssekretärs im Innenministerium, Dr. Wilhelm Abegg, arbeitete. Dieser nach Abegg benannte Ausschuss krankte nach Hans Reichmann an knappen Geldmitteln und der unzureichenden Ausschöpfung der gegebenen staatlichen Zwangsmittel. In den

4.4.3.3 Das Wahlkampfjahr 1932

Kampfgelder waren nie ausreichend vorhanden. Das Wahljahr 1932 aber wurde wie nie zuvor und zugleich letztmalig für den CV gleichermaßen kosten- wie arbeitsintensiv. Im Februar erreichte die Arbeitslosenquote ihren höchsten Stand, im März fanden die Reichspräsidentenwahl, im April die Landtagswahlen in Preußen, Hamburg, Anhalt, Bayern und Württemberg sowie im Juli und November jeweils Reichstagswahlen statt. Gebetsmühenhaft wiederholte der CV seit der Hauptversammlung am 16. Januar die weitgehend ungehört gebliebenen Warnungen angesichts der rechtsextremistischen Gefahren. Ausgerechnet Goethes 100. Todesjahr wurde bedeutungsschwanger zum „Jahr der Entscheidungen“³⁴⁸ zwischen „der Demokratie und dem faschistischen System antisemitischer Färbung“.³⁴⁹

Entsprechend waren die Nummern des Vereinsorgans mit Hinweisen auf den CV-Kampffonds 1932 und den üblichen Wahlaufforderungen durchsetzt. Parteinuengründungen erforderten Aufklärung der Mitglieder.³⁵⁰ Versäumnisse der vergangenen Jahre in der Frauen- und Jugendarbeit sowie der Angestelltenfürsorge erforderten parallel weitere Mittel und Kräfte. Die Appelle blieben in den CV-Reihen nicht ungehört. Die erwachte Ortsgruppe Düsseldorf etwa erklärte sich zwecks Eindämmung der im Verband herrschenden kommunistischen Einflüsse bereit, die Staatspartei unter keinen Umständen zu bekämpfen, sondern zu unterstützen.³⁵¹

Akten aus Moskau fand sich bislang kein Hinweis zu diesem Ausschuss. Siehe *Reichmann*, *Der drohende Sturm*, S. 570ff., sowie *Paucker*, 1968, S. 104f.

Die ZVfD stand über ihren Vorsitzenden Kurt Blumenfeld ebenfalls in Verbindung mit Abegg und dem preußischen Innenminister Severing. Eine optionale Teilnahme der ZVfD schien allerdings schon deswegen zum Scheitern verurteilt, weil es Blumenfeld nicht gelang, von der „Zulässigkeit der zionistischen Bewegung gegenüber der von Staatssekretär Abeg[g] geradezu mit Fanatismus vertretenen C.V.-Ideologie“ zu überzeugen. Abegg, Sohn einer Jüdin, war nach Blumenfelds abfälliger Beschreibung „der Typ eines jüdisch aussehenden Meshumed [Täufling, Renegat].“ Schreiben an Epstein vom 27. Juni 1931. ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-97.

³⁴⁸ CVZ, 1932 – das Jahr der Entscheidungen, Nr. 4, 22. Januar 1932, S. 30.

³⁴⁹ CVZ, *Der Kampf um den Reichspräsidenten*, Nr. 9, 26. Februar 1932, unpaginiert.

³⁵⁰ Es bedurfte knapp drei Wochen vor dem Wahltermin am 31. Juli einer klärenden Stellungnahme über die auf Professor Ernst Hornesser, Gießen, zurückgehende Gründung der Sozial-Liberalen Partei. Bis dahin hatte sich diese neue Partei nur in Rheinland-Westfalen auf Wahlkampftournee befunden. Der CV Berlin konnte aber keine Auskünfte über diese Splitterpartei geben. Aus den Landesverbänden lagen ihr also keine Belege vor. Anders bezüglich der Sozial-Republikanischen Partei, die auf den Gründer und bis 1933 Leiter des Reichsbanners, den Sozialdemokraten Otto Hörsing, zurückging. Sie lehnte „den Judenhaß [...] nach ihrem Parteiprogramm“ ab, hatte keine eigene Kandidatenliste aufgestellt, sondern empfahl „ihren Anhängern [...] die Wahl der Listen der Weimarer Koalition, also des Zentrums, der Staatspartei und der Sozialdemokraten.“ Bei aller Neutralität entsprach diese Empfehlung letztlich auch der des Vereins, zumal lediglich die sozialistisch eingestellten jüdischen Wähler und die Anhänger des Zentrums entscheidungssicher waren. CVZ, *Parteien und Wähler*, Nr. 28, 8. Juli 1932, unpaginiert.

³⁵¹ Vgl. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 724, Frame 1688.

Der Einfluss kommunistischen Gedankenguts auf die jüdische Jugend erreichte im Frühjahr 1932 die 1893 in Hannover-Limmer gegründete Gartenbauschule Ahlem. Streikende Lehrlinge machten ihrem Unmut über rigorose Anstaltspraktiken, Literaturverbote und Entlassungen Luft. Der CV hatte jahrelang die Ausbildungsstätte subventioniert, musste aber dann im September 1931 darüber informieren, dass ihn die eigene wirtschaftliche Lage dazu zwang, den Jahresbeitrag von 50 auf 30 Mark zu senken. Vgl. HM2 8742, Osoby 721 I, Akte 1894, Frame 1003ff., Frame 1119.

Düsseldorf war auch der Veranstaltungsort eines erstmals im großen Stil organisierten Pressetees, der am 28. Juli 1932 unter Beteiligung des Gastredners Holländer stattfand und ein Produkt gemeinsamer Organisation von Essener und Kölner Funktionären war.³⁵² Vergleichbare Aktionen waren bereits in anderen Landesverbänden durchgeführt worden. Umso schleierhafter ist es, warum der maßgebliche Ansprechpartner beider Verbandsgeschäftsstellen in Berlin, Alfred Hirschberg, am 19. Juli, einen Tag vor der Absetzung der geschäftsführenden preußischen Regierung, von dieser gemeinsamen PR-Aktion abriet.³⁵³

Angesichts ihrer Möglichkeiten, das politische Denken, in dem die Judenfeindschaft ihren festen Platz eingenommen hatte, zu beeinflussen, war die Presse zwar nicht die spektakulärste, aber doch massenmedialste Anlaufstelle. Sie war außerdem verantwortlich, wenn absichtlich oder auch wider besseres Wissen judengegnerische Stereotype kolportiert wurden. Um der negativen Meinungsbildung entgegenzuwirken, wandte sich diese Protestversammlung des Vereins an Zeitungen, die vom deutschnationalen bis hin zum sozialdemokratischen Ende des Spektrums reichten. Vertreter der NS-Presse zu laden ersparte sich der CV, da deren Bereitschaft, Vorurteile auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen und eventuell zu korrigieren, von vornherein ausgeschlossen werden konnte.³⁵⁴

³⁵² Vgl. CVZ, Pressebesprechung in Düsseldorf, Nr. 32, 5. August 1932, S. 337.

³⁵³ Vgl. HM2 8738, Osoby 721 I, Akte 1810, Frame 2342. Die Amtsenthebung der bei der Landtagswahl die Mehrheit an NSDAP und KPD einbüßenden Weimarer Koalition in Preußen unter Otto Braun (SPD) während der Kanzlerschaft Papens fand keine Erwähnung im Vereinsorgan. Anlässlich des Volksbegehrens über die Auflösung des preußischen Landtages ein Jahr zuvor hatte der CV zwei Tage vor dem Termin „unseren Freunden“ die richtigen Verhaltensweisen erklärt: **„Wer gegen den Volksentscheid ist, muß der Abstimmung fernbleiben oder, falls er gezwungenermaßen sich der Abstimmung nicht entziehen kann, den Stimmzettel durchstreichen oder ein Kreuz in den Nein-Kreis machen.“** CVZ, Volksentscheid in Preußen, Nr. 32, 7. August 1931, unpaginiert.

³⁵⁴ Kurzfristig schien die Nazipresse in Westdeutschland zudem vor dem finanziellen Bankrott zu stehen. Doch die Sozialistische Republik vom 8. September 1931 triumphierte zu früh über „[d]as große Sterben der Nazipresse“ in Rheinland und Westfalen, als sie ausführte: „Wir haben immer behauptet, daß das Großschnauzentum der Kölner Nazigiftspritze im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Abonnentenzahl stände. Wie richtig unsere Einschätzung war, beweist die sensationelle Meldung, daß der Westdeutsche Beobachter, das ‚Organ‘ der Ley, Grohé und Dr. Winkelkemper, pleite ist und in Zukunft nur noch als Kopfblatt erscheinen wird. Wie verlautbart, werden die Nationalsozialistischen Zeitungen im Rhein- und Ruhrgebiet, die Rote Erde in Bochum, die Volksparole in Düsseldorf und der Westdeutsche Beobachter in Köln in einer gemeinsamen Redaktion zusammengelegt. Nachdem bereits vor längerer Zeit die Koblenzer Nationalzeitung nach kurzem Bestehen sang- und klanglos in der Versenkung verschwand, geht nunmehr der Westdeutsche Beobachter denselben Weg. Die Zusammenlegung der drei Zeitungen in einer Redaktion dokumentiert, politisch gesehen, **den unaufhaltsamen Niedergang der nationalsozialistischen ‚Freiheits‘bewegung im Rheinland.**“ Stadtarchiv Köln, Nachlass Billstein 903/427.

An dieser Stelle sei die von Karl Löwenstein, Aachen, am 15. März 1932 geteilte Kritik an der CV-Zeitung erwähnt: „Insbesondere wird neuerdings vielfach Klage darüber geführt, [...] dass ein viel zu grosser Teil der Zeitschrift ausgefüllt sei mit Berichten über Vereinsveranstaltungen. [...] Ich vermisste fast vollständig in der letzten Zeit Kampfmaterial gegen den Nationalsozialismus und habe fast den Eindruck, als ob dieses Kampfmaterial fast geflissentlich nicht gebracht wird. Wenn am Tage vor der Hindenburgwahl eine Nummer herauskommt, die, abgesehen von dem Artikel zur Hindenburgwahl, selbst auch nicht das geringste weitergibt von den aktuellen Vorgängen, so scheint mir das ein grosser Fehler zu sein. Die Jüdische Rundschau hat ja fast mehr darüber gebracht [als] die C.V.-Zeitung. Auch über wesentliche Fragen, etwa Rassefragen und die zahlreichen sonstigen Probleme zur Judenfrage, die in der nationalsozialistischen Presse fortgesetzt erörtert werden, ist seit

Die nach Düsseldorf geladenen Pressevertreter wurden vom CV in die Verantwortung genommen, um den destruktiven Auswirkungen der gegen die Juden gerichteten negativen Meinungsbildung zu begegnen. Die Anwesenden wurden auf der vom Verein sowohl organisierten wie finanzierten Veranstaltung indirekt gemahnt, auf Diktion, Inhalt und Wirkung der Berichterstattung zu achten sowie „nachdrücklichst zur Besinnung. [...] Man habe doch in weiten Kreisen unserer Gesamtbevölkerung die Ueberzeugung, dass es mit der Herabsetzung der Juden so nicht weitergehe.“³⁵⁵ Dieser – aus durchsichtigen parteipolitischen Gründen betriebene – Missbrauch müsse ein Ende haben. Dies sei den politisch-rechtlichen Gefahren geschuldet, die dieser Missbrauch nicht allein für die deutschen Juden bringe. Um die möglichen Folgen der von Rechtsradikalen verübten Gewalt zu unterstreichen, bediente sich Holländer keines Beispiels aus den westdeutschen preußischen Provinzen. Er ging stattdessen auf die beschämenden Ausschreitungen im ostpreußischen Sensburg ein, die in Folge des Überfalls eines KP-Anhängers auf einen SA-Mann stattfanden. Nur „durch das tadellose Verhalten der Behörden“³⁵⁶ konnte letztlich für alle Schlimmeres verhütet werden. Dieses Ereignis hatte das Medieninteresse des Auslandes gefunden, zumal es sehr eingängig die mancherorts bürgerkriegsähnlichen Zustände plakatierte, die auf das Konto politischer Extremisten gingen.³⁵⁷

Der Wunsch, Ruhe und Ordnung in den politischen Alltag zurückkehren zu lassen, war nicht allein im Interesse des jüdischen Bevölkerungsteils, obwohl seine Mitglieder ein besonderes Interesse daran hatten, weil sie als eines der schwächsten Glieder der Gesellschaft zuerst betroffen waren, wenn es zu politisch motivierten Gewaltausbrüchen kam. Holländer bemühte sich deshalb im Folgenden, die Vorurteile gegen die kleine Konfessionsgemeinschaft als falsch zu entlarven und einer Politik der Entspannung das Wort zu reden.

Reichlich absurd war ihm die Vorstellung einer scheinbar rassisch-homogenen deutschen Volksgemeinschaft, derweil Deutschlands einig Stämme doch ein ausgesprochen buntes Rassengemisch bildeten. Dem Hang zu Verallgemeinerungen

langem in der C.V.-Zeitung nichts mehr geschrieben worden.“ HM2 8770, Osoby 721 I, Akte 98, unpaginiert. Die Angelegenheit wurde geprüft, weshalb Alfred Wiener den Krefelder Kurt Alexander um Stellungnahme bat. Dieser stimmte den Ausführungen des Aacheners insofern zu, als „die grossen Problem unserer Kampfarbeit nicht genügend in den Vordergrund geschoben werden. Etwa Fragen wie die: Warum führende Wirtschaftskreise usw. dem National-Sozialismus nachlaufen [...] Darüber hinaus aber bin ich im Gegensatz zu Herrn Kollegen Löwenstein der Ansicht, dass auch die Fälle des ‚Kampfmaterials‘ nicht allzusehr ausgedehnt werden [dürfen]. [...] der Prozentsatz der Leser, die sich an dem eigentlichen Kampf beteiligen, ist ein ganz minimaler[,] und von diesem Prozentsatz zieht noch ein erheblicher Teil sein Material aus ganz anderen als von uns zur Verfügung gestellten Quellen.“ Ebda., unpaginiert. Alexanders Bezug auf die Verbindungen zwischen NSDAP und Industrie mag vor dem zeitlich nahen Hintergrund der Rede Hitlers am 27. Januar im Industrieclub in Düsseldorf erfolgt sein.

³⁵⁵ HM2 8738, Osoby 721 I, Akte 1810, Frame 2385.

³⁵⁶ HM2 8738, Osoby 721 I, Akte 1810, Frame 2385.

³⁵⁷ Ein aktueller, aber in der Auslandspresse nicht aufgegriffener Beleg hätte sich etwa mit dem durch Nazis verursachten Kesseltreiben auf mehrere jüdische Bürger in Köln vor der Synagoge in der St. Aernstraße finden lassen, bei dem ein Synagogenbesucher bis zur Bewusstlosigkeit verprügelt worden war. Über diesen blutigen Überfall informierte am 8. Juli 1932 die sozialdemokratische Rheinische Zeitung. Vgl. Stadtarchiv Köln, Nachlass Billstein 903/428.

setzte er den Versuch entgegen, ein Bewusstsein für Verhältnismäßigkeiten zu entwickeln, weil die jüdenfeindliche Presse nicht erwähne,

„dass es im ganzen höchsten[s] 550 000 Juden in Deutschland gebe, dass sie lediglich verbunden seien durch Religion und Abstammung, dass aber alle die Behauptungen, die über ihre Fremdheit, über ihr kulturwidriges Verhalten, über ihren Einfluss im sogenannten zersetzenden Sinne verbreitet würden, völlig irrtümlich seien.“³⁵⁸

Anders lautende Presseberichte belegten nur einmal mehr die beleidigenden Absichten ihrer Autoren. Holländer verwies mit verhaltener Häme besonders auf die deutschnationalen und NS-Blätter, die „Daniel Prens, den Tennismeister, als den grossen Deutschen gepriesen [hätten], obwohl er ostjüdischer Abkunft sei.“³⁵⁹ Um die besonderen Leistungen von Juden zu unterstreichen, argumentierte Holländer auch in großdeutschen Dimensionen, wenn er die Pressejournalisten an den Wiener „Freiherr von Lieben, den Erfinder und Entdecker des modernen Radios“³⁶⁰, erinnerte, dank dem die Westdeutsche Rundfunk AG in Köln 1927 ihre Arbeit aufnehmen konnte. Vom Tennisspieler Prens wiederum leitete Holländer auf den im Wahlkampf mitentscheidenden Aspekt der Ausländerfeindlichkeit über. Er versuchte zu beruhigen, da die Statistik der in Deutschland lebenden Ostjuden nachweislich auf ihren Rückgang verweise. In diesem Zusammenhang wandte er sich gegen die böswillige Behauptung, deutsche Juden deckten

„asoziale[...] Elemente [...] Man erwarte und müsse erwarten, dass jeder, der asozial sei, ob Jude oder Nichtjude[,] mit aller Strenge des Gesetzes verfolgt werde. Man dürfe aber nicht gegen die Ostjuden Ausnahmegesetze verlangen, deren Anwendung bei anderen aus dem Osten stammenden Elementen nach keiner Richtung hin verlangt würde. Es gebe in Deutschland keinen Juden, der irgendwie einer Bevorzugung oder Förderung von lästigen Ausländern das Wort rede. Man dürfe aber auch nicht vergessen, dass alle diejenigen, die heute in Deutschland eine Trennung und eine Absage gegenüber ‚nicht deutschblütigen‘ Bürgern verlangten, ihren Standpunkt sofort wechselten, in dem Augenblicke, in dem es sich um Deutsche im Auslande [...] handele. Dort würde mit Recht verlangt, dass man die Menschen nach ihrer Qualität als Staatsbürger werte [...] Wenn die Betreffenden logisch dächten, würden sie innerhalb Deutschlands nicht etwas verlangen, was sie an der Grenze Deutschlands nicht wahrhaben wollten.“³⁶¹

³⁵⁸ HM2 8738, Osoby 721 I, Akte 1810, Frame 2386.

³⁵⁹ Ebda.

³⁶⁰ Ebda., Frame 2387.

Zu jüdischen Leistungsträgern im Rheinland siehe *Kohl, Christine*, Jüdische Künstler und Schriftsteller – Ihr Beitrag zum rheinischen Kulturleben. Von der Emanzipation bis zur Ausschließung, in: *Monumenta Judaica*, S. 467-519. Siehe auch CVZ, Jüdische Nobelpreisträger, Nr. 19, 11. Mai 1933, S. 167f. Dort auch die Anerkennung des nach den Erfahrungen des Krieges 1919 mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Fritz Habers nicht zuletzt aufgrund seiner Funktion „als Organisator der chemischen Kriegsindustrie, insbesondere als Leiter des Departements für Gaskriegführung.“ Ebda., S. 167.

Diese als Gegenargumente dienenden Bezüge auf deutsch-jüdische (großbürgerliche) Eliten in Kultur und Wissenschaft bargen die Gefahr, selbst jüdische Allgemeinplätze, wenn auch positiv umgedeutet, zu pflegen. Sie waren also ihrerseits geeignet, angeblich jüdische Eigenschaften wie Intelligenz oder Esprit zu unterstellen und somit gegebenenfalls das Argument einer vermeintlich jüdischen Überlegenheit in bestimmten Bereichen zu suggerieren.

³⁶¹ HM2 8738, Osoby 721 I, Akte 1810, Frame 2387.

Im Aufeinanderprallen zweier Rechtsverständnisse stellte Holländer dem Sondergesetze fordernden völkischen Rechtsempfinden das unantastbare, von Sittlichkeit geleitete und dem Gleichheitsgrundsatz verpflichtete gegenüber. Etwaigen Versuchen, Juden, die sich Letzterem verpflichtet fühlten, deshalb einseitig mit einer bestimmten politischen Richtung zu identifizieren, widersprach Holländer, weil „die Juden keine politische Gemeinschaft bildeten, sondern auf alle politischen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten verteilt seien.“³⁶² Unabhängig von ihrem jeweiligen politischen Standort hätten sie ihre staatsbürgerliche Pflicht im Kriege auf dem europäischen Kontinent wie in den ehemaligen Kolonien erfüllt. Desgleichen erbrächten sie den Beweis ihrer Tauglichkeit im zivilen Leben, wofür nicht nur herausragende Sportler, sondern auch „die grosse Anzahl der jüdischen Handwerker“³⁶³ sprächen. Den Schlussakkord setzte Holländer, indem er die ansonsten heterogen dargestellte deutsch-jüdische Gemeinschaft in einem Punkt einig präsentierte, nämlich in dem Interesse „an [...] Würde und Ehre und einem Wiederaufbau des gesamten deutschen Volkes.“³⁶⁴ Den Wunsch, gleichberechtigter Bestandteil der deutschen Volksgemeinschaft zu sein, sollte sich bis zum entscheidenden Wendepunkt für den Verein, den Erlass der Reichsbürgergesetze, halten. Die Vereinspolitik blieb von der Überzeugung bestimmt, gegenseitiger Respekt sei grundlegend für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und ihrerseits wiederum Voraussetzung dafür, konstruktive, friedliche Arbeit im Dienst für den Staat leisten zu können. Die CVer gingen davon aus, diese patriotische Gesinnung läge im allgemeinen Interesse und müsse in einer Demokratie von der Mehrheit geteilt werden.

Nahezu schulmäßig verband Holländer in Düsseldorf die wichtigsten der von seinem Verein erprobten Methoden: Erstens bediente er sich der Aufklärung mittels nachprüfbarer Argumente, zweitens machte er auf die Notwendigkeit der Kontrolle durch die Medien wie durch die der Behörden aufmerksam; drittens bemühte er sich, Sympathie zu wecken; viertens motivierte er positiv; und schließlich schloss er die Anwendung von Gewalt aus. Mit Berechtigung darf der didaktische Erfolg dieser kombinierten Aufklärungsmethodik bezweifelt werden, wenn der Kenntnisstand über die jüdischen Zeitgenossen in der Tat so erstaunlich bescheiden war, dass selbst die vermeintlich aufgeklärten Mitglieder der schreibenden Zunft belehrt werden mussten. Immerhin zeigten diese aber guten Willen und Bereitschaft, sich von Holländers Worten belehren zu lassen.

Das anlässlich dieser Teestunde in der Essener Geschäftsstelle erstellte Exposé, das die Inhalte der Pressekonferenz zusammenfasste, ging an 155 Empfänger allein im rheinisch-westfälischen Verband.³⁶⁵ Die Veranstaltung wurde auch in manchen

³⁶² Ebda., Frame 2388.

³⁶³ Ebda.

³⁶⁴ Ebda., Frame 2389.

³⁶⁵ Vgl. ebda., Frame 2384-2389. Der linksrheinische Verband erhielt 100 Exemplare. Weitere erreichten das Reichswehrministerium und mit wohl auch das Reichsinnenministerium. Auf Plauts Empfängerliste standen 121 Zeitungen, zumeist mit handschriftlichen Verweisen um ihre jeweilige politische Ausrichtung ergänzt. Weitere Empfänger waren Pressestellen diverser Stadtoberhäupter, Polizeipräsidien und Landgerichte. Auch die 16 Mitglieder des engeren Landesverbandsvorstandes wurden beliefert, ferner einige ausgesuchte jüdischer Exponenten aus Justiz, Politik, Handel und Bankwesen des Raumes. Vgl. das Anschreiben Plauts vom 29. Juli 1932, ebda., Frame 2377.

Lokalblättern aufgegriffen und so die CV-Botschaft zwecks Überprüfung und Revision von Meinungen und Einstellungen unters Volk gebracht. Der Essener Syndikus zeigte sich mit dem überregionalen Echo alles in allem zufrieden.³⁶⁶

Die vom Verein eingeforderte Vernunft und Empathie waren nicht zu erzwingen. Am 31. Juli wurde die NSDAP stärkste Partei, was der CV ebenso wach registrierte wie die am gleichen Tag erfolgte bizarre polizeiliche Durchsuchung des jüdischen Friedhofs in Mönchen-Gladbach, wo nach Waffen gefahndet wurde. Beide Ereignisse griff der Leitartikel in der der Wahl folgenden CVZ-Nummer auf und verlieh so der Verkennung der eigentlichen Gefahr Ausdruck. Mit dem Gefühl, trotz allem noch einmal glimpflich davongekommen zu sein, führte sie aus:

„Der Nationalsozialismus hat einen großen Sieg errungen und eine große Niederlage erlitten; einen Sieg durch das ungeheure Anwachsen seiner Abgeordnetensitze, eine Niederlage durch die Unmöglichkeit, die Mehrheit der Stimmen des deutschen Volkes zu erringen“.³⁶⁷

³⁶⁶ Vgl. ebda., Frame 2362, 2360; einige Belege der Pressereaktionen finden sich in: Frame 2366-2372. Von diesen widmete die deutschnationale Dortmunder Zeitung der Veranstaltung den größten Raum. Im Gegensatz zu anderen Berichten betonte sie die von einem Kommunisten ausgehenden Ereignisse in Sensburg stärker, verschwieg aber, dass der CV in kritischer Distanz zum Kommunismus stand. Diesen Aspekt verhehlte wiederum der neutrale Düsseldorfer Stadtanzeiger nicht, gab Holländers vermeintliche Meinung wieder, „die Angriffe gegen das Judentum gingen in diesem Maße weniger von Hitler selbst als seinen Unterführern aus.“ [Frame 2371] Ähnlich apologetisch äußerte sich die Duisburger bürgerliche Rhein- und Ruhrzeitung: „Nach Auffassung des Redners [Holländer] billige Hitler selbst nach keiner Richtung hin das Vorgehen seiner Unterführer gegen die jüdische Bevölkerung.“ [Frame 2370] Demgegenüber schwiegen sich zu dieser Behauptung das Blatt der Dortmunder Nationalkonservativen ebenso wie das Exposé der Essener Geschäftsstelle aus.

Die Frage, welchen Standpunkt Hitler gegenüber dem von der SA verübten Terror einnahm, war nicht geklärt. Das Misstrauen im Verein hatte sich bereits 1930 gezeigt, als die CVZ den Unfalltod des Bochumer Geschäftsführers der NSDAP, Budgereit, der zugleich V-Mann der politischen Polizei war, zum Anlass nahm, auf die „hochverräterischen Pläne“ der Nationalsozialisten hinzuweisen. Sie führte aus: „Die Partei selbst lehnt den Terror zwar offiziell ab, hat aber in jeder Ortsgruppe fünf bis acht Mitglieder, die als ein weiteres ‚Rollkommando‘ jüdische oder jüdisch aussehende Personen anpöbeln und verprügeln sollen.“ CVZ, Skandale innerhalb der Bochumer NSDAP, Nr. 37, 12. September 1930, S. 486.

³⁶⁷ CVZ, Nach der Wahl, Nr. 32, 5. August 1932, unpaginiert.

Gegenüber 1928 verteilten sich am 31. Juli 1932 die Stimmen in Prozent in den Wahlkreisen so:

Jahr	Wahlkreis	SPD	NSDAP	KPD	Zentrum/ BVP	DNVP	DVP	DDP	Wirt- schafts- partei
1932	Westfalen/Süd	18,7	27,2	20,6	23,6	4,7	1,0	0,6	0,3
1928	Westfalen/Süd	29,6	1,6	11,8	23,3	8,6	10,5	4,2	4,7
1932	Düsseldorf/Ost	12,2	31,6	26,3	20,6	4,9	1,2	0,3	0,6
1928	Düsseldorf/Ost	18,9	1,9	22,3	20,9	11,9	9,5	3,3	6,1
1932	Düsseldorf/West	10,2	27,0	19,8	34,0	5,9	1,0	0,2	0,4
1928	Düsseldorf/West	17,2	1,2	14,7	35,6	10,7	8,4	2,8	5,8
1932	Köln/Aachen	14,6	20,2	17,5	40,5	3,7	1,2	0,3	0,8
1928	Köln/Aachen	18,5	1,1	10,4	42,0	7,2	8,4	3,2	4,6
1932	Koblenz/Trier	8,8	28,8	8,6	46,2	4,7	1,2	0,3	0,6
1928	Koblenz/Trier	12,4	2,1	22,3	20,9	11,9	9,5	3,3	6,1

Die am 30. Oktober in der Glückauf Loge in Essen stattfindende Delegiertentagung stand ganz im Zeichen der nahenden Wahl. Bei dieser Gelegenheit schworen sich die Teilnehmer darauf ein:

„Für Einigkeit und Recht und Freiheit am 6. November und über diesen Tag hinaus zu kämpfen.“³⁶⁸

Die Appelle des Vereins, keine Wahlenthaltung zu üben, und der Wunsch, nur das Spektrum von Staatspartei bis SPD auszunutzen, verfehlten nach Einschätzung des Vereinsdirektors diesmal ihre Wirkung nicht. Darüber hinaus aber stellte sich weder die ersehnte Ruhe nach Versachlichung des politischen Diskurses noch eine Umorientierung im Denken vieler Berichterstatter ein. Daher war dem CV „die Unsauberkeit eines großen Teiles der deutschen Presse, die auch nicht im entferntesten versucht, dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, [...] vielleicht das Unglück unserer Zeit.“³⁶⁹ Entsprechend durchwachsen müssen die politisch Verantwortlichen im CV ihre eigene Erfolgsbilanz empfunden haben. Nichtsdestotrotz bewahrten sie sich mit erstaunlicher Beständigkeit einen skeptischen Optimismus. Diese Grundeinstellung erklärte ihre Zukunftsgläubigkeit und ihren damit verbundenen Durchhaltewillen. An beiden Eigenschaften änderte sich so lange nichts, wie sie durch bestehende Einflussmöglichkeiten genährt werden konnten.³⁷⁰

Zu diesen Einflussmöglichkeiten zählte in der Phase der Koalitionsgespräche die für den Verein kostenintensive Speisung behördlicher Stellen mit der CV-Zeitung. Empfänger waren unter anderem die Oberbürgermeister der Städte Essen und Köln, die Polizeipräsidenten von Dortmund und Düsseldorf sowie die Oberpräsidenten beider Provinzen.³⁷¹ Parallel dazu pflegte der CV sein Vortragswesen. Nach den Beschlüssen des engeren Essener Vorstandes vom 11. Dezember 1932 durften die Ortsgruppen nicht ermüden, sondern hatten unentwegt Aufklärungsversammlungen zu veranstalten. Die in diesem Zusammenhang zu organisierenden Synagogenveranstaltungen sollten aber nicht vom C.V. ausgehen, und jene, die sich an die christlichen Mitbürger wandten, waren möglichst berufsgruppenorientiert auszurichten.³⁷² Während der Versammlungsplanungen erklärte Plaut der Zentrale, es käme über die Agitation in den Mitgliederzeihen „irgend eine finanzielle Werbung auf gar keinen Fall in Frage.“³⁷³

³⁶⁸ CVZ, Rheinland-Westfalen, Nr. 46, 11. November 1932, S. 467.

³⁶⁹ Ebda., Nach dem 6. November, unpaginirt. Siehe ferner ebda., Alte und neue Aufgaben, S. 462.

³⁷⁰ Vgl. den Leitartikel CVZ, — — — und doch Beständigkeit!, Nr. 53, 30. Dezember 1932.

³⁷¹ Eine umfangreiche Empfängerliste findet sich in: HM2 8739, Osoby 721 I, Akte 1832, Frame 0933-0963.

³⁷² Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 249, Frame 1298ff.

³⁷³ HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 184, Frame 1785.

Zur gleichen Zeit koordinierten die linksrheinischen Landesverbandsfunktionäre ihre Aufklärungsversammlungen mit der Zentrale. In Aachen etwa sollten von den beruflichen Fachgruppen vor allem Beamte angesprochen werden. Der Organisation einer reinen Notablenversammlung wurde eine Absage erteilt. Vgl. HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 267, Frame 2062.

Zur Delegiertentagung in Köln am 4. Dezember 1932 siehe HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 247, Frame 0739.

4.4.3.4 Wahlkampf, Verbotsandrohung und Terror 1933

Der Krefelder Kurt Alexander war im Januar 1933 mit der letztlich unnötigen Vorbereitung für die zuerst verschobene, dann abgesagte Hauptvorstandswahl beschäftigt. Wohl deshalb war er am 30. Januar 1933 in Berlin. Die geplante Besprechung über die Hauptvorstandswahl zwischen ihm, Brodnitz, Holländer, Reichmann und Hirschberg „kam infolge der politischen Ereignisse des Tages über geringe Vorstadien nicht hinaus.“³⁷⁴ Stattdessen reagierte das Präsidium des Vereins prompt auf die Ernennung Hitlers und erklärte gegenüber der Öffentlichkeit:

„Wir stehen einem Ministerium, in dem Nationalsozialisten maßgebendste Stellungen einnehmen, selbstverständlich mit größtem Mißtrauen gegenüber, wenn uns auch bei der gegebenen Lage nichts anderes übrig bleibt, als seine Taten abzuwarten. Wir sehen als den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht den Herrn Reichspräsidenten an, zu dessen Gerechtigkeitssinn und Verfassungstreue wir Vertrauen haben. Aber auch abgesehen davon sind wir überzeugt, daß niemand es wagen wird, unsere verfassungsmäßigen Rechte anzutasten. Jeder nachteilige Versuch wird uns in entschiedener Abwehr auf dem Posten finden. Im übrigen gilt heute ganz besonders die Parole: Ruhig abwarten!“³⁷⁵

Weder erstaunte noch paralyisierte die Koalitionsregierung aus Rechtskonservativen und Nazis die Funktionäre im Verein. Sie war für jeden absehbar, der „die Entwicklung der innerdeutschen Verhältnisse in den letzten Jahren beobachtet“³⁷⁶ hatte. Die Sorge um den Fortbestand des politischen Systems, seiner Verfassung und damit die des Vereins war berechtigter denn je, lagen doch

„die politischen Geschicke Deutschlands [...] jetzt in der Hand des Mannes, unter dessen Führung die NSDAP in schärfstem Kampf gegen die deutsche Republik und ihre Verfassung von Weimar gestanden hat.“³⁷⁷

Streng rechtsgläubig, im bangen Vertrauen auf die getane Eidleistung durch Hitler³⁷⁸ sowie auf die Integrität Hindenburgs erwartete der CV über kurz oder lang das Scheitern auch und gerade dieser Regierung. Bis dahin aber

³⁷⁴ Aktennotiz vom 3. Februar 1933. HM2 8768, Osoby 721 I, Akte 196, Frame 0691.

Zwischen dem Rücktritt des Präsidialkabinetts Schleicher am 28. Januar und Hitlers Ernennung zum Reichskanzler tagten zudem der Verwaltungs- und der Arbeitsausschuss des Vereins in Berlin. Gemeinsam sondierten sie die finanziellen Aussichten für den Weiterbestand des Vereins. In dieser Schärfe neu wurde festgestellt, „daß immer noch weite Kreise des deutschen Judentums in einer Lässigkeit beharren, die vor der Instanz der Geschichte als strafwürdig durch die Ereignisse gerade der letzten Tage erwiesen worden ist.“ Besonderes Augenmerk ruhte bei dieser Sitzung auf den Referaten von Rudolf Callmann und dem Leiter der Rechtsschutzabteilung des Vereins, Hans Lazarus, über die Boykottfrage. Vgl. CVZ, Wir kennen Pflicht und Aufgabe, Nr. 5, 2. Februar 1933, S. 34.

³⁷⁵ CVZ, Die neue Regierung, Nr. 5, 2. Februar 1933, unpaginiert. Siehe auch *Lebzelter*, 1984, S. 344-356, hier 351.

³⁷⁶ Ebda. Auch zur Reaktion des Vereins auf die Regierungsübernahme Hitlers siehe den Aufsatz von *Matthäus*, Kampf ohne Verbündete, 1999, S. 248-277, hier 251.

³⁷⁷ CVZ, Die neue Regierung, Nr. 5, 2. Februar 1933, unpaginiert.

³⁷⁸ Um die Bedeutung zu unterstreichen, druckte die CVZ die Artikel 1 (Treue gegenüber der republikanisch-demokratischen Ordnung), 109 (Individualrechte: Gleichheitsgrundsatz vor dem Gesetz), 128 (staatsbürgerliche Gleichstellung, gleicher Ämterzugang) und 135 (Glaubens- und Gewissensfreiheit) der Weimarer Reichsverfassung, die alle Aufnahme in die Verordnung über die Vereidigung von Beamten vom 14. August 1919 gefunden hatten. Vgl. ebda., S. 34.

„werden die deutschen Juden ihre Ruhe nicht verlieren, die ihnen das Bewußtsein untrennbarer Verbundenheit mit allem w i r k l i c h Deutschen gibt. Weniger denn je werden sie ihre innere Haltung zu Deutschland von äußeren Angriffen, die sie als unberechtigt empfinden, beeinflussen lassen. Viel zu tief ist in ihnen das Bewußtsein verwurzelt, was für sie der deutsche Lebensraum bedeutet. Dieses Bewußtsein und nicht zuletzt die Tatsache ihrer Leistungen für Deutschland geben den deutschen Juden heute Kraft und Halt. Ihr Kampf um Recht und Ehre wird getragen von einem gesteigerten jüdischen Verantwortungsgefühl, das heute jeder einzelne empfinden und betätigen muß. In dieser Gesinnung wissen sich die deutschen Juden nach wie vor einig mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes. Sie vertrauen auf den endlichen Sieg der Wahrheit und der Vernunft. Der Centralverein wird von seinem K a m p f u m d a s R e c h t d e r d e u t s c h e n J u d e n nicht ablassen. Wichtiger, aber auch größer denn je sind heute seine Aufgaben. Er steht in einer Reihe mit den Massen des deutschen Volkes, die im Bewußtsein einer guten Sache für innere Freiheit und äußere Unabhängigkeit und das soziale Wohl aller Teile des deutschen Volkes kämpfen. Er wird seine Anstrengungen gegen alle Versuche der Entrechtung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet mit allen Kräften fortsetzen. Nur aufrechtes Bekenntnis zu unserem wahren Wesen, unbedingte Mannhaftigkeit und stärkster Nachdruck in der Selbstbehauptung dessen, was wirklich deutsch und wirklich jüdisch ist, wird dem heute lebenden Geschlecht der deutschen Juden Anspruch geben, v o r d e r G e s c h i c h t e z u b e s t e h e n. [...] Möge diese Entscheidungsstunde für die deutsche Judenheit ein würdiges Geschlecht finden.“³⁷⁹

Eine Woche später standen die CVer abermals im Wahlkampf und die Zentrale stimmte ein:

„Wir erwarten und verlangen, daß die deutschen Juden diese Bedeutung der kommenden Wochen erfassen und daß keiner seine persönliche und zahlenmäßige Belanglosigkeit in einem Wählerheer von 40 Millionen als Vorwand benutzt, einer Stellungnahme auszuweichen. Die d o p p e l t e Verantwortung, die uns unsere V e r f l e c h t u n g mit Deutschlands Schicksal und Volk und z u g l e i c h die E r h a l t u n g unserer jüdischen Menschen und Werte auferlegt, verlangt doppelte Opferbereitschaft [...] Es ist möglich, daß am 5. März 1933 eine neue Epoche in der Geschichte des deutschen Judentums beginnt. Aber es ist m o r a l i s c h u n m ö g l i c h, daß auch nur von einem einzigen deutschen Juden späterhin gesagt werden kann: er sei n i c h t dabei gewesen.“³⁸⁰

Die CV-Wahlveranstaltungen waren außerordentlich gut besucht, nachdem die Essener Vorstandssitzung am 5. Februar 1933 den Wahlkampf im rheinisch-westfälischen Verband eingeläutet hatte. Die noch im Januar gültige Warnung Plauts, keine Sammlungen neben der Mitgliederwerbung durchzuführen, war nun vergessen. Das Rundschreiben vom 6. des Monats an die Ortsgruppen und Propagandaorte forderte dazu auf, „mit äusserster Anstrengung“³⁸¹ dem Wahlfonds zu spenden.

Bis zum 5. März fanden in den Ortsgruppen des Essener Verbandes 38 Versammlungen statt.³⁸² Allerdings erregten sie innerhalb der Verbandsgrenzen keine breite öffentliche

³⁷⁹ Ebda.

³⁸⁰ CVZ, Keine Abenteuer!, Nr. 6, 9. Februar 1933, unpaginiert.

³⁸¹ HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 1293ff.

Die Sammlung verlief allem Anschein nach schleppend. Am 20. Februar rief Plaut dazu auf, noch ausgebliebene Teilzahlungen umgehend zu überweisen. Vgl. ebda., Frame 1280.

³⁸² Vgl. ebda. Frame 1274.

Aufmerksamkeit mehr. Die Verordnung vom 4. Februar zum Schutz des deutschen Volkes, die die Versammlungs- und Pressefreiheit einschränkte³⁸³, hinterließ auch beim CV insofern ihre Spuren, als die Einladungen nun streng persönlich an das Einzelmitglied und seine Angehörigen gerichtet waren. Als Plaut am 21. Februar bezeichnenderweise in die Aula der Synagogengemeinde lud und zum Thema ‚Die deutschen Juden in der politischen Zeitwende‘ referierte, äußerte er in der Einladung die Überzeugung seines Vereins,

„daß das Bedürfnis der Klärung dieser Fragen im gegenwärtigen Augenblick für jeden dringender denn je ist. Er hält sich verpflichtet, seinen Mitgliedern Gelegenheit zu einer Aussprache im vertraulichen Kreise zu geben.“³⁸⁴

Zwei Tage zuvor hatten sich die Delegierten des Verbandes zu einer außerordentlichen Tagung mit anschließender Wahlversammlung in Essen eingefunden.³⁸⁵ Nach dem Bericht der CV-Zeitung erwiesen sich die Vereinsabgeordneten dabei als treue Vasallen ihrer Leiter, darüber hinaus aber vermittelte der Artikel wenig Konkretes. Man teilte hier die offizielle Meinung der Zentrale, derzufolge sich

„am 30. Januar eine Kombination von Gruppen zusammengefunden [hat], die sich noch vor kurzem lebhaft befehdeten und deren wirtschaftliche Zielsetzungen so stark voneinander abweichen, daß eine Dauergemeinschaft fraglich erscheinen muß. Wenn man auch nicht bezweifeln sollte, daß auch diese Regierung, die sich wesentlich auf eine unter antisemitischer Losung groß gewordene Bewegung stützt, [ihre] Angriffe auf die verfassungsmäßigen Rechte der jüdischen Deutschen unternehmen wird, so kann doch nicht geleugnet werden, daß uns der Auftrieb judenfeindlicher Gruppen vor ernste und schwere Aufgaben stellt. Mehr denn je wird der Rechtskampf zu einer zentralen Aufgabe jüdischen Abwehrwillens werden. Mit Ruhe und Entschlossenheit werden wir uns gegen jeden Entrechtungsversuch, auf welchem Gebiet auch immer, zur Wehr setzen. Unsere Aufgabe ist, den harten und beschwerlichen Weg der Pflicht zu beschreiten.“³⁸⁶

Der Artikel deutet nur die kontroversen Meinungen an, die „eine angeregte Aussprache“³⁸⁷ zutage gebracht haben muss. Zudem kursierte das Gerücht,

„die S.-A.-Führer seien in Westfalen zusammengekommen. Sie hätten den Plan beraten, die Macht der Nazis durch ein fanalartiges Ereignis zu erweitern und zu verankern.

³⁸³ Siehe die Reaktion auf diese Verordnung in: CVZ, Zum Schutze des deutschen Volkes!, Nr. 6, 9. Februar 1933, S. 42.

³⁸⁴ HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 229, Frame 1465.

³⁸⁵ Plaut, dem die eilige Organisation der Versammlung oblag, heimste sich einen Tadel der Zentrale ein, nachdem er sich erlaubt hatte, eigenmächtig einen Redneraustausch zwischen Essen und Hannover zu vereinbaren. Nach Kenntnisnahme machte Hirschberg ihm klar, dass die Hauptgeschäftsstelle partout gewillt war, die Kontrolle über die Aktivitäten ihrer Unterabteilungen zu behalten. Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 1289ff.

³⁸⁶ CVZ, Aus der Arbeit des C.V., Ausserordentliche Delegiertentagung im Landesverband Rheinland-Westfalen des C.V., Nr. 8, 23. Februar 1933, S. 59.

Im Zuge der Ereignisse kollabierte Anfang Februar der gesundheitlich angeschlagene Ludwig Holländer und Alfred Wiener „war gleichfalls so mitgenommen, daß nur begrenzt mit ihm gerechnet werden konnte.“ Die Tatsache, dass sich gerade Holländer schonen musste und Wiener zuerst nur kurzfristig, dann aber Ende des Jahres vollends ausfiel, da er ins Exil ging, bedeutete nach Herzfelds Andeutungen wiederum einen Wendepunkt für die zentral werdende Stellung Brodnitz' im Verein. Vgl. *Herzfeld*, Meine letzten Jahre, S. 169.

³⁸⁷ CVZ, Aus der Arbeit des C.V., Ausserordentliche Delegiertentagung im Landesverband Rheinland-Westfalen des C.V., Nr. 8, 23. Februar 1933, S. 59.

Erwogen worden sei, durch ein Sonderkommando etwa ein missglücktes Attentat auf Hitler oder eine große Explosionskatastrophe zu veranstalten.“³⁸⁸

Unterdessen stieg die Zahl der im CV eingehenden Drohungen und Terrormeldungen exponentiell an. Neben der geifernden Mordlust, die der so genannte Femeausschuss der Judenjäger Europas am 15. Februar unterzeichnete, stand auch die Sorge vor den möglichen Reaktionen nach den jahrelangen Provokationen:

„wenn einem der Führer der nationalen Regierung auch nur ein Haar gekrümmt werden sollte, wird das unser Signal zum allgemeinen Massenmord aller Juden sein, der erst dann sein Ende finden soll, wenn alle Juden getötet sein werden.“³⁸⁹

„Mancherlei Einzelfälle“³⁹⁰, die im Vorfeld der Wahl verübt wurden, brachten die Delegierten aus Hamm, Dinslaken, Gelsenkirchen, Wesel, Hagen, Mülheim, Wuppertal, Dortmund, Emmerich und Essen zur Sprache. Doch

„bei aller Verschiedenheit der Würdigung der gegenwärtigen politischen und geistigen Lage herrschte in e i n e m seltene Einmütigkeit: Durch nichts kann der Wille des deutschen Judentums, mit allen gesetzlichen Mitteln für Wahrung seiner Rechte einzutreten, gebrochen werden, erwartet wird [...] W ü r d e u n d G e s c h l o s s e n h e i t.“³⁹¹

Geeignet, die Fassung zu verlieren, waren 1933 die objektiv nicht provozierten Ereignisse im rheinischen Viersen, wo „bislang ein vorbildlich freundschaftliches Verhältnis zwischen den Angehörigen aller Religionen“³⁹² geherrscht hatte. Am 31. Januar aber wurden erstmals Fensterfronten jüdischer Firmen und Wohnhäuser durch Nazi-Trupps zertrümmert. Beispiellos waren die Revolverschüsse vom 5. Februar, die drei Nazis auf Haustür und Fenster der jüdischen Familie Lambertz

³⁸⁸ Herzfeld erinnerte sich: „Jedenfalls bewirkte die Information, daß die Leitung des C.V. Zweck und Bedeutung des Reichstagsbrandes sogleich klar erkannte.“ Ebda.

Demnach glaubten weder seinerzeit der CV noch Herzfeld in den Nachkriegsjahren daran, dass Marinus van der Lubbe der Brandleger war, der gemeinsam mit vier unschuldigen KP-Mitgliedern zum Tode verurteilt wurde.

³⁸⁹ CVZ, Den Verantwortlichen zur Kenntnisnahme, Nr.8, 23. Februar 1933, S. 59. Dieser Drohbrief findet sich auch in: HM2 8757, Osoby 721 I, Akte 2251, Frame 0947.

Vergleichbare Schreiben zu Wahlzeiten waren im CV nicht unbekannt. Es ist wichtig, vor allem auf einen Brief aufmerksam zu machen, den der Pforzheimer Wäschefabrikant Salomon Sigmann am Wahltag des 31. Juli 1932 erhalten hatte. Absender war ein so genannter Verein für systematische Judenausrottung, Zweigstelle Pforzheim, der gedanklich die Methodik der physischen Vernichtung der europäischen Juden vorwegnahm. Vgl. ebda., Frame 0954.

In Berlin glaubte man nicht, dass es eine ganze Reihe von Menschen geben könnte, die ihre zynisch-grausamen Fantasien bei geeigneter Gelegenheit in die Tat umsetzen würden: „Schreiben, wie das uns in Abschrift übermittelte, werden vor der Wahlzeit in allen Teilen Deutschlands jüdischen Persönlichkeiten zugestellt. Wir haben in einigen Fällen Untersuchungen durchgeführt, wobei es sich jedesmal herausstellte, dass es sich um Dummejungenstreiche handelte. Tatsächliche Folgen hat noch keines dieser Schreiben nach sich gezogen. Unterzeichnete Vereine, wie etwa der Verein zur planmäßigen Ausrottung der Juden, gibt es selbstverständlich nicht. Wir bitten Sie deshalb, dieses Schreiben so aufzufassen, wie es von uns genannt ist, nämlich als einen Dummejungenstreich, und darin keinen Anlass zu irgendeiner Beunruhigung zu sehen. Die dem Schreiben beigelegten Fahrkarten sind uns seit langen Jahren als nationalsozialistischer ‚Artikel‘ bekannt.“ Ebda., Frame 0952.

³⁹⁰ CVZ, Aus der Arbeit des C.V., Ausserordentliche Delegiertentagung im Landesverband Rheinland-Westfalen des C.V., Nr. 8, 23. Februar 1933, S. 59.

³⁹¹ Ebda.

³⁹² CVZ, Blutiger Terror in Viersen und Eisleben, Nr. 7, 16. Februar 1933, S. 51.

abgaben und die zwei Polizeibeamte verletzten. Auf diese Furcht einflößenden Aktionen, die keine Folgen des vermeintlichen Volkszorns waren, folgte noch „die energische Verurteilung der christlichen Bevölkerung, die den betroffenen jüdischen Familien ihre Trauer über die Vorfälle ausgedrückt hat.“³⁹³

Mit einer erstaunlichen Ruhe richtete kurz darauf, am 11. und 12. Februar, Brodnitz an die Krefelder und Aachener Mitglieder die Erwartung, „eine gewisse Verbitterung und eine Mutlosigkeit, die bei den heutigen Verhältnissen Platz greifen wollte, zu überwinden.“³⁹⁴ Er warnte „vor unjüdischem Pessimismus“ und behauptete, „die Juden werden nicht untergehen und werden auch in dieser schrecklichen Zeit bestehen, wenn sie bleiben, was sie sind: deutsche Juden.“³⁹⁵

Am 1. März 1933 drohte dem CV erstmals verboten zu werden. Im Zuge der Kommunistenhatz wurde das CV-Mutterbüro nicht verschont. Die Durchsuchung begleiteten erste Verhaftungen und Misshandlungen von CV-Mitarbeitern. Zu diesem Zeitpunkt war nicht absehbar, wann das Büro seine Arbeit wieder aufnehmen würde. Während eilig „getarnte Notbüros“³⁹⁶ improvisiert wurden, empörte sich die CVZ am 2. März ob der Absurdität des Vorwandes:

„Der Central-Verein ist die Vereinigung der deutschen Juden, deren Aufgabe die Bekämpfung des Antisemitismus ist. Diesen Kampf führt der Central-Verein im vollen Lichte der Öffentlichkeit und ausschließlich auf legalem Wege. Die Druckschriften des Central-Vereins sind in vielen tausend Exemplaren der deutschen Öffentlichkeit immer zugänglich gewesen. Aus der grundsätzlichen Einstellung des Central-Vereins, die ihm die unbeirrte Pflege der deutsch-vaterländischen Gesinnung und die kraftvolle Verteidigung der jüdischen Religion gegen jegliche Angriffe zur Pflicht macht, ergibt sich die Unmöglichkeit jeder Verbindung mit kommunistischen Zielen. Wir weisen jede Behauptung eines wie immer gearteten Zusammenhangs mit jeder staats- und religionsfeindlichen Bewegung voll Entrüstung zurück.“³⁹⁷

1933, gerade noch rechtzeitig, vernichtete der CV Teile seiner Aktenbestände.³⁹⁸ Die Landesverbände hatten bereits ein Jahr zuvor „mit Rücksicht auf die bedrohliche politische Entwicklung“ Weisung erhalten, „Akten zu vernichten bzw. vor Zugriff zu

³⁹³ Ebda.

³⁹⁴ CVZ, Aus der Arbeit des C.V., Justizrat Brodnitz im Rheinland, Nr. 8, 23. Februar 1933, S. 59.

³⁹⁵ Ebda.

³⁹⁶ Vgl. *Herzfeld*, Meine letzten Jahre, S. 170.

³⁹⁷ CVZ, Erklärung des Central-Vereins, Nr. 9, 2. März 1933, unpaginiert. Der CV speiste Lokalzeitungen in Düsseldorf, Dortmund, Essen und Eschweiler mit dieser Meldung.

³⁹⁸ Vgl. *Herzfeld*, Meine letzten Jahre, S. 169f.; *Hans Reichmann*, Erinnerungen, LBIJMB MMII 42, S. 72f.

Die Geschäftszentrale hatte am 10. April 1934 einen Depositarvertrag mit dem Gesamtarchiv der deutschen Juden abgeschlossen und diesem 6.000 der verbliebenen, seit 1894 mehr oder weniger fortlaufenden Akten des Vereins übergeben. Ziel war es, die durch Umzüge durcheinander geratenen Unterlagen sowie die Verstichwortung für den allgemeinen, zukünftigen Gebrauch nutzbar zu machen. Vgl. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 151, Frame 0206-0283.

Der auf die nach 1933 neuen Arbeitsanforderungen des Vereins bezogene Archivplan findet sich in: HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 24, Frame 0469-0473. Eine undatierte, aber detailliertere Fassung findet sich wiederum in: HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 171, Frame 0334-0338.

Anlässlich der letztlich 1933 geplatzten Feierlichkeiten zum 40-jährigen Gründungsjubiläum wurde im Vorfeld das Vorhaben angedacht, eine Vereinsgeschichte zu formulieren. Vgl. ebda., Akte 172, Frame 0342.

schützen.“³⁹⁹ Dies geht aus einem Schreiben der Breslauer Geschäftsstelle, Sitz des Landesverbandes Niederschlesien, vom 20. Januar 1933 hervor. Die Vernichtungsaktion war dort bis zum 1. Juli 1932 abgeschlossen. Sie betraf in dieser Grenzprovinz vor allem Unterlagen zur Reichswehr, verschonte jedoch auch nicht Spezialakten zu schlesischen Ortsgruppen seit 1919. Nach der Aussage des dortigen Syndikus Ludwig Foerder war darunter „ausserordentlich wertvolles Material für die Geschichte des schlesischen Antisemitismus und zugleich für die geschichtliche Entwicklung der einzelnen jüdischen Gemeinden Schlesiens“⁴⁰⁰, woran das Breslauer Synagogengemeindearchiv großes Interesse angemeldet hatte.

Am 1. März, als die Räume der Hauptgeschäftsstelle durchsucht wurden, blieb die Verbandsgeschäftsstelle in Essen noch verschont. Allerdings hing von der Entwicklung in Berlin allein schon satzungsbedingt der eigene Fortbestand ab. Für sämtliche Landesverbände maßgeblich wurde daher die Unterredung zwischen Brodnitz und Wiener einerseits und dem preußischen nationalsozialistischen Innenminister Hermann Göring andererseits. Das Treffen war vom Chef der Politischen Polizei und späteren Kölner Regierungspräsidenten Rudolf Diels arrangiert worden⁴⁰¹ und wandte letztlich die aktuell drohende Schließung des Vereins ab. Göring gab zu, dass der Razziavorwand aus der Luft gegriffen war, dass es zudem

„das gute Recht der Juden [sei], den Antisemitismus zu bekämpfen. Freilich müßten sie sich vergegenwärtigen, daß die Nationalsozialisten nun sowohl in der Reichs- wie in der Preußischen Regierung führend seien und danach die Form und die Tonart ihrer Kampfhandlungen bestimmen. Wenn der CV glaube, Beschwerde führen zu sollen, möge Brodnitz sich an ihn – Göring – wenden, er werde jederzeit bereit sein, Brodnitz zu empfangen.“⁴⁰²

Die Möglichkeit, theoretisch in einem eingeschränkten Umfang politische Arbeit zu leisten, war mittels des – im Grundrechtskatalog genannten – Bitt- und Beschwerderechts weiterhin gegeben, wenngleich nur noch mehr quasi-legal.⁴⁰³ Das Petitionsrecht war nicht mehr verfassungsrechtlich gesichert und unverbrüchlich, da sich in der verkappten Drohung bereits unmissverständlich die Abhängigkeit vom Gutdünken der neuen Machthaber zeigte.

Als riefen sie sich selbst Mut zu, den Einschüchterungen zu widerstehen, verlangten die CV-Verantwortlichen noch am selben Tag in einer kleinen, unscheinbaren Notiz im Vereinsorgan „Wahlfreiheit!“ und von den Mitgliedern:

„Laßt Euch nicht einschüchtern, laßt Euch nicht einreden, es käme nicht auf Eure Stimme an. Gleichgültig, welcher Partei Ihr angehört, es ist wichtig, daß Ihr Eure staatspolitische

³⁹⁹ HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 239, Frame 2115.

⁴⁰⁰ Ebda., Frame 2117f.

Für einen sehr bewegenden Ausschnitt vom Wirken und Leiden Ludwig Foeders auch am Ende seines Lebens in der palästinisch-israelischen Emigration siehe den gleichnamigen Bestand im Zionistischen Archiv AK 628.

⁴⁰¹ Vgl. *Herzfeld*, *Meine letzten Jahre*, S. 170; *Fritz Goldschmidt*, *Memoiren*, LBIJMB MM 24, S. 12.

⁴⁰² *Herzfeld*, *Meine letzten Jahre*, S. 170.

⁴⁰³ Vgl. ebda., S. 180.

Gesinnung durch die Wahl zum Ausdruck bringt, es ist d e u t s c h e Pflicht zu wählen!“⁴⁰⁴

Mehr denn je waren Vorsicht und Fingerspitzengefühl geboten, und beides beschleunigte den erzwungenen Rückzug in den vertraulichen, kleinen Kreis, denn auch die am 3. März gemachte vermeintlich konziliante Zusage Görings, nach der „die Sicherheit des Lebens und des Eigentums der jüdischen Staatsbürger, die sich der Regierung gegenüber loyal verhalten, gesetzmässig gewährleistet“ sei, widerlegten die beim CV eingehenden – mehr schlecht als recht verwalteten – Terrormeldungen. Außerdem verbot am 5. März der thüringische Innenminister auf der Basis des Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 den dortigen CV-Landesverband.⁴⁰⁵

Die Essener Geschäftsstelle erfuhr immer sehr prompt von den über den Wahltag hinausgehenden Gewalttaten im Verband. Plaut wiederum rief offenbar alle 48 Stunden in Berlin an und informierte unter anderem auch über die Essener Verhältnisse, wo

„sämtliche jüdische[n] Geschäfte mit vereinzelt Ausnahmen zwangsweise geschlossen [wurden]. Zum Teil wurden Plakate angebrachte ‚Deutsche kauft in deutschen

⁴⁰⁴ CVZ, Wahlfreiheit!, Nr. 9, 2. März 1933, S. 71.

⁴⁰⁵ RGBl., Teil I, Nr. 18, 1933, 1. März 1933, S. 85. Ein Auszug aus der Verbotsbegründung findet sich in: CVZ, Wir und das Ausland. Zum Verbot des C.V. in Thüringen, Nr. 10, 9. März 1933, S. 79. Danach habe der CV in Thüringen so genannte Greuelhetze betrieben und so „das deutsche Ansehen im Ausland“ herabgesetzt. Hirschberg dazu: „Wir deutschen Juden haben nichts vor der Oeffentlichkeit zu verbergen und wollen nichts vor ihr verbergen. [...] Immer dann, wenn eine Zuspitzung der deutschen innerpolitischen Verhältnisse zu Alarmnachrichten der Auslandspresse und daran anschließend zu Rückfragen von ausländischen Freunden und Organisationen beim C.V. führt, hat der C.V. geantwortet, daß es sich um v e r e i n z e l t e Exzesse handele, daß die deutsche Volksstimmung zwar mehr und mehr judenfeindlich würde, daß aber die B e h ö r d e n d e s Reichs u n d d e r L ä n d e r i h r e M a c h t m i t t e l n a c h u n s e r e r U e b e r z e u g u n g s t e t s a u c h f ü r d i e A u f r e c h t e r h a l t u n g v o n R u h e u n d S i c h e r h e i t d e r d e u t s c h e n J u d e n e i n s e t z e n : m a n h a b e i n e i n e m K u l t u r v o l k e w i e d e m d e u t s c h e n b a l k a n i s c h e o d e r o s t e u r o p ä i s c h e Z u s t ä n d e n i c h t z u b e f ü r c h t e n.“ Ebda.

Am 19. Juli 1933 wurde auch der bayerische Landesverband verboten. Zu Bayern siehe *Hambrock*, 2003, S. 658. Barkais Vermutung, das Verbot des thüringischen Zweiges wäre zurückgezogen worden, bestätigte zumindest keine der von mir eingesehenen Primärquellen. Vgl. *Barkai*, 2002, S. 274, 447. Auch keine der Erinnerungsberichte, die auf die Verbote Bezug nehmen, verwiesen auf eine eventuelle behördliche Aufhebung. Für Bayern lässt selbst die gründliche Studie *Hambrocks* diese Frage unbeantwortet. Im Übrigen fanden weder der thüringische noch der bayerische Verband Erwähnung in den nach 1933 veröffentlichten CV-Kalendern. Fest steht ferner, dass eine Verbotsaufhebung für Thüringen bis zum 12. März 1934 definitiv ausgeschlossen werden kann. Hirschberg informierte an diesem Tag die „ehemaligen Empfänger der C.V. Zeitung im Lande Thüringen“ über die Möglichkeit, die CVZ zu abonnieren. Den thüringischen Innenminister zitierend, hieß es: „Die C.V.-Zeitung erscheint in Berlin. Wenn ein Verbot dieser Zeitung ausgesprochen werden sollte, müsste es von dem geheimen Staatspolizeiamt in Berlin ergehen und hätte dann Wirksamkeit für das ganze Reich. Das von uns erlassene Verbot des Centralvereins erstreckt sich daher nicht auf eine in Berlin erscheinende, dort zugelassene Zeitung. Gegen die Lieferung der Zeitung an Abonnenten in Thüringen wird von uns nichts eingewendet, solange damit nicht versucht wird, einen Zusammenschluss des verbotenen Vereins wieder herbeizuführen.“ HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 1435. Unterhalb dieser offiziellen Ebene bestanden Kontakte, schon allein deshalb, weil der Centralverein am 22. Mai 1932 seine interne Umstrukturierung dreier ostdeutscher Verbände aus Verwaltungs- und Kostengründen abgeschlossen hatte. Die Verbände der Provinz Sachsen, des Freistaates Sachsen-Anhalt sowie der thüringische fusionierten unter der Leitung von Rabbiner Dr. Felix Goldmann zum so genannten Mitteldeutschen Landesverband mit Sitz in Leipzig. Zur Gründungsgeschichte siehe: HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 260, 261; CVZ, Aus den Landesverbänden: Gründungsgeschichte des Landesverbandes Mitteldeutschland des C.V. in Leipzig, Nr. 23, 3. Juni 1932, S. 238f.

Geschäften'. Im Laufe des Nachmittags hat ein grosser Teil der Firmen wieder geöffnet. Ein Teil soll aber wieder geschlossen worden sein. Vom gleichen Schicksal wurde die christliche Firma Woolworth betroffen. Wegen der Geschäftsschliessungen haben sich die Geschäftsinhaber mit der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels ins Benehmen gesetzt. Die Hauptgemeinschaft hat telegrafisch erklärt, dass sie mit dem zuständigen Ministerium Fühlung genommen habe und alsbaldig Abhilfe zugesagt worden sei. Ein jüdischer Reichsbannermann in Elberfeld wurde niedergeschossen, ein anderer in seiner Wohnung bedroht. Auf die Strasse geflohen, wurde er dort durch Schüsse schwer verletzt. In Essen erschienen in jüdischen Privathäusern in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag Truppen von 15 bis 20 Mann und nahmen Durchsuchungen vor. Auf dem Jüdischen Jugendheim in Essen ist die Hakenkreuzfahne gehisst worden. In der Synagoge Bochum wurde sie wieder entfernt.⁴⁰⁶

Am 11. März gab Plaut telefonisch durch, dass auch „in Düsseldorf und Barmen [...] alle jüdischen Geschäfte bis zum Eiergeschäft geschlossen [sind], in Dortmund bisher nur die Kaufhäuser. Das Polizeipräsidium in Düsseldorf kann in der Sache nichts tun.“⁴⁰⁷ Am 13. meldete er um die Mittagszeit verschiedene seit dem 5. März erfolgte „nächtliche Durchsuchungen jüdischer Vereine und jüdischer Einzelpersonlichkeiten, die keinerlei politische Stellung eingenommen haben, so z. B. in Duisburg in der Loge.“⁴⁰⁸ In Düsseldorf und Essen war den Schächtern und Kultusbeamten der Zutritt zu den Schlachthöfen verwehrt, was im voreiligen Gehorsam geschah, da das reichsweit gültige Schächtverbot ‚erst‘ im April erlassen wurde. Trotz aller Unvorhersehbarkeiten fühlte sich Plaut dennoch ermutigt, gegen diese aktuellen Boykottfälle anzugehen, denn zumindest hatte mittlerweile „in Düsseldorf [...] das Geschäftsleben wieder seinen Gang“⁴⁰⁹ aufgenommen. Eher beiläufig fand auch die erste Durchsuchungsaktion des Landesverbandsbüros in dieser das Telefonat stakkatohaft protokollierenden Aktennotiz Erwähnung. Sie lag in zeitlicher Nähe zu dem heuchlerisch versteckten Gewaltaufbruch Görings während einer Massenversammlung in Essen am 11. März, blieb allerdings ergebnislos, denn „es wurde nach einer Liste gesucht, auf der die Antisemiten aufgeführt werden.“⁴¹⁰

Die die Wahl begleitenden Brutalitäten und Berufsbeschränkungen führten dem Verein aus dem rheinisch-westfälischen Verband in wenigen Wochen 141 Neuanmeldungen zu, was den Mitarbeitern in Essen wiederum „ein erfreulicher Beweis für die unserer Arbeit gezollte Anerkennung“⁴¹¹ war. Dieser Mitgliederzuwachs, der nach den Aprilgesetzen abermals einen starken Impuls bekam, war ein hoffnungsvolles Zeichen für die Unerlässlichkeit des Vereins und zugleich ein ideologisches Bekenntnis. Dessen war sich Plaut wohl bewusst, denn im Gegenzug hatten sich die haupt- wie ehrenamtlich Tätigen der Essener Geschäftsstelle in den vergangenen Wochen bereits den „unaufhörlich eingehenden“ Meldungen aus den Ortsgruppen „in täglich mehrfachen Beratungen gewidmet.“⁴¹² Menschen mit Lebensängsten forderten die Organisation in

⁴⁰⁶ Undatierte Aktennotiz. HM2 8760, Osoby 721 I, Akte 2321, Frame 0118.

⁴⁰⁷ Aktennotiz vom 11. März 1933. Ebda., Frame 0113.

⁴⁰⁸ Aktennotiz vom 13. März 1933. Ebda., Frame 0112.

⁴⁰⁹ Ebda.

⁴¹⁰ Ebda.; siehe auch *Herzfeld*, *Meine letzten Jahre*, S. 171.

⁴¹¹ Rundschreiben der Essener Geschäftsstelle an die Mitglieder vom 20. März 1933. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 249, Frame 1270f., hier 1270.

⁴¹² Ebda.

ihrer ursprünglichen Funktion als Rechtsschutz- und Beratungsstelle mit „vaterländischer Gesinnung und parteipolitischer Neutralität.“⁴¹³ Der CV verfügte über die entsprechende Infrastruktur, Logistik, das Personal und Fachkenntnis. Insofern hatte der Verein sämtliche Voraussetzungen, um stringent auf die neuen, bedrohlichen Lebensumstände zu reagieren. Die Mitte März erfolgte Umbenennung der einzelnen Geschäftsstellen in juristisch-wirtschaftliche Beratungsstellen⁴¹⁴ war dabei nur eine Wendung, die das Ausmaß der vielen bedrohten Existenzen anzudeuten versuchte, während sich der Verein zeitgleich von der politischen Bühne zurückzog in den

„geschützten Bereich der menschlichen Autonomie, in dem wir alte Werte neu erwecken, Schlacken der Zeit beseitigen und vor allem unseren Persönlichkeitsstolz wiederfinden und erhalten können. Dies alles brauchen wir, um als Menschen Krisen zu überdauern und zugleich als Bürger lebendig der Zeitentwicklung verbunden zu bleiben.“⁴¹⁵

Dieser autonome Bereich meinte nicht nur figurativ die jüdische Familie als Gemeinschaftsform, von der angenommen wurde, dass sie der „unzerstörbare[...] Kern unserer jüdischen Existenz“⁴¹⁶ sei. Der Rückzug in die Feste war unfreiwillig, aber nicht ohne Hoffnung, wenn es appellativ an die Mitglieder hieß: „Baut auf unser gutes Recht und den gesunden Sinn unseres deutschen Volkes!“ Aber das deutsche Volk reagierte „bestenfalls zuschauend teilnahmsvoll, in stärkerem Maße ablehnend, ja sogar feindselig“⁴¹⁷, und am 24. März entmächtigte sich der Reichstag selbst.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der CV neutral der individuellen Parteibindung seiner Mitglieder gegenüberstand, solange sie sich mit ihrem Votum weitgehend innerhalb des anti-antisemitischen Spektrums bewegten. Es lag außerhalb seiner Zielsetzung und auch seines Einflussbereiches, die kleine jüdische Wählerschaft politisch einheitlich formen zu wollen. Angesichts der divergierenden parteipolitischen Anschauungen und Befindlichkeiten erwies sich allerdings die Umsetzung des dem Ausgleich dienenden Neutralitätspostulats als schwierig. Der Verein selbst zeigte im rheinisch-westfälischen Raum eindeutige Präferenzen für die DDP. Dem CV kam es in erster Linie auf die Vertretung der eigenen Weltanschauung an, die er bei den Linksliberalen am ehesten zu finden glaubte. Die Zentrumspartei kam demgegenüber bei den Zuwendungen durch den CV offensichtlich auch deshalb zu kurz, weil es in ihren Reihen überhaupt an jüdischen Kandidaten mangelte, für die der Verein dann eingetreten wäre, wenn sie sich überdies als geeignete Vertreter deutsch-jüdischer Interessen erwiesen hätten. Politiker, die sich dem Zionismus verschrieben hatten, waren ihm als Vertreter ungeeignet. Dass diese Haltung berechtigt war, belegte in seiner Sicht das kurze Wahlkampfbündnis des Jahres 1930. Die enttäuschenden Resultate bekräftigten ihn in der Auffassung, nicht ersetzbar in der politischen Aufklärungs- und Abwehrarbeit zu sein. Obwohl sich diese demokratische Erziehungsarbeit vor allem auf die eigenen Mitglieder konzentrierte, erreichte er auch die breite Öffentlichkeit über

⁴¹³ Ebd.

⁴¹⁴ Vgl. CVZ, Eine Woche juristisch-wirtschaftliche Beratungsstelle des C.V., Nr. 12, 23. März 1933, S. 99.

⁴¹⁵ Rundschreiben der Essener Geschäftsstelle an die Mitglieder vom 20. März 1933. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 249, Frame 1271.

⁴¹⁶ CVZ, Rückkehr zur Familie, Nr. 12, 23. März 1933, S. 100.

⁴¹⁷ Ebd.

Vorträge, Druckerzeugnisse und Printmedien, wohingegen ihm die ganz persönliche Kontaktpflege zu den christlichen Mitbürgern noch ausbauwürdig schien. Die von ihm in Zeiten wirtschaftlicher Not, Ignoranz und Desillusion gesammelten Wahlkampfgelder reichten bei weitem nicht aus. Gemessen an der im Grunde notwendigen Massenbeeinflussung blieb der Wirkungsbereich daher sehr überschaubar. Im besten Falle kann sein politischer Beitrag als Schadensbegrenzung umschrieben werden angesichts der Wahlerfolge der NSDAP sowie des verräterischen Rechtsruckes innerhalb der liberalen Parteien, dem der CV in der Annahme nachgab, auf diese Weise den Werten des politischen Liberalismus treu zu bleiben und so dem Gemeinwohl und den mit Morddrohungen konfrontierten jüdischen Staatsbürgern am besten zu dienen. Weder Einschüchterungsversuche noch das im März 1933 ergangene politische Betätigungsverbot änderten etwas an dem im Verein herrschenden Pflicht- und Verantwortungsgefühl. Angesichts der existenziellen Bedrohung waren sie maßgebliche Motive, die die Vereinsverantwortlichen veranlassten, sich gezwungenermaßen auf ihre originären Aufgaben zu besinnen. Dabei wuchsen Arbeitspensum und Anforderungen nicht nur in rein wirtschaftlich-rechtlichem Sinne horrend an. Die Vereinsmitarbeiter sollten ebenso Ansprechpartner seelischer Nöte sein, zu deren Lösung weiterhin der symbiotische Ansatz diente. Da aber das Vertrauen in den gesunden Sinn des deutschen Volkes, wie sich der CV vor 1933 auszudrücken pflegte, mittlerweile erschüttert war, fand der jüdische Gemeinschaftssinn stärkere Betonung, in der Hoffnung, sich als deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens während der Dauer des Regierungsexperimentes zu behaupten. Dazu war es notwendig, Verbotsgefahren abzuwenden und die wirtschaftliche Basis aufrechtzuerhalten, um die Arbeit überhaupt fortsetzen zu können.

4.4.4 Sparkurs nach 1933

Wäre das Mutterbüro in Berlin verboten worden, wären sämtliche noch bestehenden Landesverbände ebenfalls unter dieses Verbot gefallen. Die Verbote in Thüringen und Bayern waren zweifellos bitter, sie gefährdeten aber nicht den Fortbestand des Gesamtvereins. Sein Betrieb musste finanziert werden, auch wenn kostenintensive Wahlkämpfe und andere aufklärende Maßnahmen in nicht jüdischen Kreisen endgültig vorbei waren.

Noch bevor überhaupt das erste gegen Juden gerichtete Gesetz am 7. April 1933 erlassen worden war und ihren wirtschaftlichen wie sozialen Ausschluss damit auch de jure einleitete, rechneten die Vereinsverantwortlichen bereits auf lange Sicht mit der Verminderung des Mitglieder- und damit des Vermögensbestandes. Die Zukunftsaussichten waren denkbar unsicher. Aus diesem Grund versuchte der CV, sich flexibel auf die zu erwartenden finanziellen Probleme einzustellen. Auf der Basis eines Arbeitsausschussbeschlusses vom 13. März 1933 wurde daher eins der originären Hoheitsrechte der Berliner Finanzverwalter den Landesverbänden übertragen. Deren Schatzmeister oblag es fortan, einen Mindestbeitrag festzusetzen, sofern sie dies

überhaupt für angebracht hielten. Ansonsten durfte sich das Einzelmitglied in Abhängigkeit seiner wirtschaftlichen Verhältnisse selbst einschätzen.⁴¹⁸

Kurz vorher, am 4. März, hatte die Hauptgeschäftsstelle ihren Beamten im Reich deutlich gemacht, sich nicht von den aktuellen Neuanmeldungen täuschen zu lassen, auch wenn in nahezu allen Landesverbänden ein „erhebliche[r] Mitgliederzuwachs“⁴¹⁹ zu verzeichnen war. Die Abgänge fielen demgegenüber noch kaum ins Gewicht. Die Prognose besagte aber, „dass nach absehbarer Zeit die Beiträge infolge der Wirtschaftslage bei vielen Mitgliedern weder in der alten Höhe noch gar überhaupt eingehen“⁴²⁰ würden. Es galt jedoch, „den Vereinsbetrieb, der notwendiger als je ist, unter allen Umständen aufrecht zu halten.“⁴²¹ Die Mitarbeiter sollten sich deshalb anfänglich auf Einsparungen von rund 20 bis 40 Prozent des Gesamtetats einstellen. Gehälter würden nicht angetastet, doch sollte versucht werden, die Büroräume gegebenenfalls zu kündigen und in Privatwohnungen zu verlegen. Kosten bei der Nutzung von Telefon, Telegrafie und des Postverkehrs sollten auf das Notwendigste reduziert werden. Es wurde empfohlen, Zeitungsabonnements zu kündigen.⁴²² Schon am 18. Juni folgten weitere Beschlüsse: „Sofort“, so die Anweisung an die Beamten der Landesverbände, sollte

„über eine möglichst schnelle Abdeckung rückständiger Beiträge mit den einzelnen Landesverbänden verhandelt werden. Das Inkasso soll [...] so oft wie möglich durchgeführt werden. Die Landesverbände werden dringend ersucht, die anteilige Abführung der Beiträge nach Berlin grundsätzlich monatlich vorzunehmen. [...] Es muss unbedingt daran festgehalten werden, dass Mitglieder, die an und für sich am Verein Interesse haben, aber wirtschaftlich nicht in der Lage sind, weitere Beiträge zu zahlen, mit der C.V.-Zeitung auch weiterhin beliefert werden. Es soll dann bei diesen Mitgliedern versucht werden, einen Ersatz der Selbstkosten der Herstellung und Versendung der Zeitung in Höhe von 50 Pfennig pro Monat einzuziehen. [...] Es muss unbedingt darauf geachtet werden, dass trotz der wirtschaftlich schweren Lage die Beamten des Vereins gelegentlich ihrer Reisen im Lande Einzelspenden von finanziell kräftigen Freunden zu erreichen suchen. [...] Die Monatsausgabe der C.V.-Zeitung erscheint vorläufig nicht weiter.“⁴²³

Damit wurde das bis dahin übliche Verfahren der Quartalsabrechnung aufgehoben, auch um mit der teils zur schlechten Gewohnheit gewordenen Schwerfälligkeit beim Inkasso aufzuräumen. Diese Beschlüsse wurden nur mangelhaft umgesetzt. Aus diesem Grund wandte sich Brodnitz am 29. Dezember 1933, die Dringlichkeit des Anliegens unterstreichend, persönlich an die Verbandsvorsitzenden:

⁴¹⁸ Vgl. das Rundschreiben Hirschbergs vom 30. Juli 1937 an die Landesverbände, das sich auf diesen Beschluss des Jahres 1933 bezog. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 89, Frame 0024.

⁴¹⁹ HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 206, Frame 1822f., hier 1822.

⁴²⁰ Ebda.

⁴²¹ Ebda.

⁴²² So waren Herzfeld, Plaut und Alexander im Februar 1933 noch selbst Bezieher der Jüdischen Telegrafien Agentur ITA, die das einzige jüdische Nachrichtenbüro in Deutschland war. Um Kosten zu sparen wurden die CV-Geschäftsstellen aber bald nur noch über die Hauptgeschäftsstelle mit den Informationen der ITA versorgt. Das belegt nicht zuletzt die Beschwerde Plauts im März 1933, weil seine Geschäftsstelle seit Tagen keine ITA-Berichte mehr erreichten. In gleicher Angelegenheit wandte sich etwa auch Köln dann im Dezember 1937 an Berlin. Vgl. HM2 8746, Osoby 721 I, Akte 1957, Frame 0213f., 0123.

⁴²³ Rundschreiben Alfred Wieners am 20. Juni 1933. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 19, Frame 211f.

„Die seit Monaten unzureichende Abführung der Mitgliedsbeiträge an die Berliner Zentrale hat zur Folge gehabt, dass die Zentrale durch die Erfüllung ihrer Ultimoverpflichtungen ihre Reserven fast restlos aufgebraucht hat. Um die Arbeit der Hauptgeschäftsstelle aufrecht erhalten zu können, ohne die die Fortführung der Arbeit auch in den Landesverbänden unmöglich ist und ohne die auch der Zusammenhang innerhalb des Vereins (Reisen, C.V.-Zeitung) aufhören müsste, muss vom 1. Januar 1934 ab die Finanzgebahrung der Landesverbände in bezug auf die Steigerung der Einnahmen aus den Ortsgruppen und der Erfüllung ihrer Leistungsverpflichtungen an die Zentrale ganz deutlich geordnet werden.“⁴²⁴

Unzufriedenheit herrschte weiterhin auch angesichts der nicht hinlänglich ausgeschöpften Leistungsfähigkeit in einzelnen Ortsgruppen. Kurt Alexander etwa wurde deshalb am 27. August 1934 persönlich von Brodnitz gerügt. Die Ortsgruppe Krefeld, die zu diesem Zeitpunkt 235 Mitglieder zählte und „zweifelsohne eine der leistungsfähigsten sein müsste“⁴²⁵, hatte dem Verein für das Jahr 1933 nur einen Betrag in Höhe von 1.880 Mark zugeführt. Das entsprach einem peinlichen durchschnittlichen Jahresbetrag von acht Mark pro Mitglied. Brodnitz konfrontierte Alexander mit Vergleichsdaten. Danach hatte im selben Zeitraum die Ortsgruppe Dortmund mit 270 Mitgliedern 4.480 Mark eingebracht,

Bochum	mit 42 Mitgliedern	715 Mark
Hamm	mit 52 Mitgliedern	900 Mark
Wattenscheid	mit 23 Mitgliedern	393 Mark.

Durchschnittlich entfielen also 17 und nicht acht Mark auf ein Mitglied. Das war das Mindeste, was in Berlin erwartet wurde. Alexander wurde ferner deutlich gemacht, dass der Lastenausgleich bereits innerhalb der Ortsgruppe zu funktionieren hatte. In Krefeld könnten zehn bis zwölf immer noch solvente Familien jeweils einen Monatsbeitrag von 15 bis 30 Mark leisten. Im Übrigen wäre „dieses plutokratische System“⁴²⁶ leicht umsetzbar, sofern die Krefelder Ortsgruppe damit aufhörte, das Inkasso halbjährlich durchzuführen, wodurch den Mitgliedern der Schock und dem CV der Vorwurf „diktatorischer Geschäftsführung“⁴²⁷ erspart bliebe.

Die für christliche, intellektuelle Leser bestimmte Monatsausgabe der CVZ verursachte keine Kontobewegungen mehr. Außerdem sparten die Mitglieder auch an der CVZ. In den Verbandsgeschäftsstellen lag eine Hand voll (Gratis-)Exemplare aus, die von Menschen, die nicht den Selbstkostenbetrag von 50 Pfennig aufbrachten, eingesehen werden konnte. Mitglieder, die die Portokosten für den Versand der CVZ sparen wollten, konnten sie sich in der Geschäftsstelle abholen.⁴²⁸ Für die Leser, die sich die CVZ noch leisten konnten, kostete das Abonnement 96 Pfennige. Am 1. Juli 1935 wurde der Preis um drei Pfennige verteuert. Trotzdem warf die Vereinszeitung keinen Gewinn ab,

⁴²⁴ HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 31, Frame 1035.

⁴²⁵ HM2 8713, Osoby 721 I, Akte 848, Frame 2408-2411, hier 2408.

⁴²⁶ Ebda., Frame 2409.

⁴²⁷ Ebda., Frame 2411.

⁴²⁸ Vgl. das Schreiben Hirschbergs an die Landesverbände und Beamten des CV am 4. Januar 1934. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 25, Frame 0779.

„denn von diesen 99 Pfennigen erhält nahezu die Hälfte die Reichspost für Versand und Zustellung der Zeitung. Von dem Rest werden bestritten: Druck- und Papierkosten der Zeitung, Gehälter eines kleinen Redaktionsstabes, Honorare unserer zahlreichen Mitarbeiter, die in der allgemeinen Presse keinen Erwerb mehr finden (Journalisten, Schriftsteller, Wissenschaftler, Zeichner, Fotografen, Anzeigen- und Bezieherwerber usw. usw.).“⁴²⁹

Kosten verursachte allerdings die Umstellung der übrigen CV-Publikationstätigkeit. Werbebroschüren, die inhaltlich noch die Aufgabe Abwehr von Antisemitismus und Nationalsozialismus thematisierte, waren wertlos geworden. Neue Broschüren mussten hergestellt werden, die den originären Aufgabenschwerpunkt des Vereins, den Rechtsschutz, unterstrichen.⁴³⁰

Der Sparzwang betraf alle Bereiche, so auch die Prozesskosten, was ein Grund dafür war, warum der Verein es nach 1933 vermied, selbst Prozesse anzustrengen. Sie hätten durchaus ruinöse Folgen vor allem für die weitaus empfindlicheren Landesverbände haben können, wie es sich im Fall einer Klage gegen Eugen Jacobi gezeigt hatte, die bis vor das Reichsgericht getragen wurde. Es handelte sich dabei um einen Schadensersatzanspruch gegenüber Eugen Jacobi in Höhe von 15.000 Mark, wobei am Verfahrensende ein Vergleich erzielt worden war, der den CV aber immerhin noch 4.000 Mark kostete. Die CV-Akten lassen ungeklärt, ob sich die Hauptgeschäftsstelle, mit der Hans Callmann stritt, bereit erklärte, sich anteilig an den Kosten zu beteiligen oder sie sogar komplett zu übernehmen.⁴³¹

⁴²⁹ HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 206, Frame 1610f.

⁴³⁰ Eine solche wurde den Landesverbänden im Februar 1934 angeboten: „Wir sind uns bewusst, dass die Kosten zur Beschaffung der Werbebroschüre nicht gering sind, glauben aber, dass die Landesverbände im Rahmen ihrer Mittel Exemplare zur Werbung neuer Mitglieder unbedingt bestellen sollen.“ Hans Reichmann am 6. Februar 1934 an die Landesverbände bzw. Beamten des C.V. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 25, Frame 0688.

⁴³¹ Vgl. HM2 8732, Osoby 721 I, Akte 1655, Frame 0574.

Im August 1933 informierte Eugen Jacobi die Berliner Zentrale darüber, dass er auf Schadensersatz verklagt worden sei, wobei ihm das anlassgebende Schreiben aus dem Jahr 1924 weder erinnerlich noch aktenkundig war. Kläger war Fritz Heimberg, der 1924 Abgeordneter des Völkisch-Sozialen Blocks in Köln und Handlungsreisender der Schwelmer Gummiwarengesellschaft war. Seine Klage basierte auf der Annahme, es bestände ein Kausalzusammenhang zwischen seiner Entlassung 1924, die dazu führte, dass er bis 1928 arbeitslos gewesen sein soll, und dem Schreiben Jacobis. Dieser hatte im Auftrag des Vereins die Firma an die politische Haltung Heimbergs erinnert und betont, dass es den jüdischen Kunden nicht zumutbar wäre, „mit einem solchen Herrn irgendwie geschäftlich[,] sei es direkt oder indirekt, in Verbindung zu treten. Wenn wir Ihnen diese Mitteilung machen, so geschieht das auf Grund von Beschwerden verschiedener jüdischer Firmen, die bisher mit Ihnen in Verbindung gestanden haben. Wie weit evtl. die Kreise sich ziehen könnten, vermögen wir natürlich nicht vorauszusagen.“ Ebda. Frame 0802.

Abgesehen von der Tatsache, dass Heimbergs Ansprüche nach Auslegung der CV-Anwälte nach neun Jahren verjährt waren, betonte der CV, dass die Kündigung nicht mit Jacobis Schreiben in Zusammenhang stehe. Heimberg sei aufgrund der angenommenen Unvereinbarkeit von Amt und Beruf von seinem Arbeitgeber vor die Wahl gestellt worden sich zu entscheiden, und er entschied sich für sein Mandat. Im Übrigen sei seine Entlassung nicht zwingend gewesen. Die Firma hätte einen anderen Vertreter zu ihren jüdischen Kunden entsenden können. Ein sittenwidriger Boykott aus politischen Gründen liege auch deshalb nicht vor, weil Jacobi die Entlassung Heimbergs mit dem Hinweis auf die Unzumutbarkeit nicht intendiert hätte. Der Brief sei bestenfalls nur Auslöser, aber keinesfalls Ursache gewesen. In der für den Schadensersatzanspruch relevanten Frage, was Schadensursache und was Schadensfolge war, stellte das Reichsgericht fest, dass nicht der Brief, sondern die politische Tätigkeit Heimbergs für dessen Kündigung verantwortlich war und er als Kläger damit eine Mitschuld trage. Jacobi wiederum konnte vom Vorwurf des sittenwidrigen

Trotz der Einsparungen und vorsichtigen Haushaltspolitik hatten es die Finanzbeamten des Vereins ermöglicht, dass der CV in der Lage war, insbesondere seinen Verpflichtungen als Arbeitgeber nachzukommen. Noch 1936 reichte „[s]ein Vermögen [...] aus, um den vollen Bedarf fuer etwa 1 ½ Jahre zu decken.“⁴³² Der CV sorgte sogar noch für seine Beamten, nachdem der CV verboten worden war.

„Sie erhielten nicht nur ihr Gehalt jeweils für einige Zeit im Voraus, sondern es waren auch für sie und auf ihren Namen Sparkassenbücher angelegt und die Bücher teils dem Kontoinhaber, teils zuverlässigen Kollegen ausgehändigt worden. Die Einzahlungen waren nach der Dienstdauer gestaffelt, mindestens aber so bemessen, daß keine akute Notlage eintrat. Trotzdem hielt ich es für richtig, soweit als irgend angängig, für sie zu sorgen.“⁴³³

Das sind Herzfelds Worte, der als letzter Vereinsvorsitzender berechtigt war, „ohne eine zweite Unterschrift [...] über alle Konten des CV“⁴³⁴ zu verfügen. In welcher Verbindung diese Äußerungen allerdings mit denen von Amtsgerichtsrat a. D. Fritz Goldschmidt stehen, bleibt fraglich. Denn dieser erwähnte beiläufig, dass er es war, der bis zu seiner Auswanderung im Mai 1939 von der Reichsvertretung übernommen werden konnte und von dieser „mit der Liquidation des Jüdischen Centralvereins betraut“⁴³⁵ worden sei. Er erwähnte ferner, er habe deshalb über mehrere Wochen hinweg nahezu täglich mit der Gestapo in Verbindung stehen müssen. Ob diese wiederum überhaupt etwas zu konfiszieren hatte, konnte nicht ermittelt werden.

Die Finanzpolitik des Vereins war, wie zusammenfassend festgehalten werden kann, stets vorausschauend angelegt. Seinen Finanzbeamten gelang es, den Vereinshaushalt so zu gestalten, dass er nach dem Krieg die Wirtschaftskrisen der 1920er Jahre und selbst den forcierten Wirtschaftsausschluss seit 1933 recht gut überstand. Es zahlte sich aus, Rücklagen gebildet zu haben, die sich aus den Mitgliederbeiträgen, Sammlungen, Spenden und Subventionen zusammensetzten. Diese Einnahmen dienten mittelbar zudem der politischen Arbeit besonders in Wahlkampfzeiten, aber auch der alltäglichen mündlichen und schriftlichen Aufklärungsarbeit. Prozesskosten und Löhne konnten ebenfalls durch diese Einnahmen bestritten werden. Bei all dem verärgerte zuweilen sicherlich die Dominanz der Hauptgeschäftsstelle, die den unteren Vereinsebenen oft den Eindruck vermittelte, lediglich Zuträger zu sein. Da aber vor allem während der NS-Zeit vom Fortbestand des Mutterbüros der Fortbestand des gesamten Vereins abhing, ließ sich das Berliner Dominanzverhalten zu dieser Zeit rechtfertigen. Es war allerdings schon in den Jahren zuvor auffallend. Die permanenten Appelle an die

Handelns nicht freigesprochen werden. Seine wenn auch sehr vorsichtige Boykottandrohung aus politischen Motiven verstieß grundsätzlich 1924 genauso wie 1935 gegen die guten Sitten. Vgl. das neunseitige Urteil vom 16. Mai 1935 ebda., Frame 0630ff.

Indem das Reichsgericht die Mitschuld Heimbergs erkannte, war diesem die Möglichkeit genommen, sich als Opfer von Juden zu präsentieren, die vermeintlich während der Weimarer Jahre eine derart große Einflussmöglichkeit besessen hätten, seine Kündigung durchzusetzen und ihm so über Jahre hinweg seine wirtschaftliche Basis zu entziehen. Heimberg versuchte vergeblich eine Rechtfertigung für die seit 1933 staatlich organisierten Verdrängungsmaßnahmen gegen die Juden zu konstruieren und sich damit selbst zu entlasten.

⁴³² Herzfeld, Memoiren, S. 327. Auch nachzulesen bei Barkai, 2002, S. 355f., 472f.

⁴³³ Herzfeld, Meine letzten Jahre, S. 215.

⁴³⁴ Ebda., S. 214.

⁴³⁵ Goldschmidt, Memoiren, S. 67.

Mitglieder, sie mögen ihre Pflicht dem CV gegenüber in ihrem eigenen Interesse erfüllen, dienten vor allem dazu, die Forderungen Berlins zu erfüllen. Die Landesverbände hatten hingegen kaum finanzielle Mittel, um die Abwehrarbeit sinnvoll bestreiten zu können. Insofern wirtschaftete der CV-Betrieb schlecht. Allzu viel hätte sich daran aber wohl auch dann nicht geändert, wenn sich die Mitgliederzahlen und damit die Einnahmen seit 1924 nicht stetig verringert hätten. Dieser Prozess wurde nur kurzfristig durch die unmittelbare Reaktion auf die Regierungsübernahme Hitlers unterbrochen. Bevor aber auf diese Gründe näher eingegangen wird, die zur Reorganisation ganzer Landesverbände im Westen führten, wird die Stellung der Vereinszweige gegenüber dem Zionismus zu beleuchten sein, weil noch in den 1920er Jahren eine adäquate Reaktion auf den deutschen Antisemitismus gesucht wurde.

Kapitel 5

Deutsch- versus jüdischnational:

Eine Kontroverse und ihre Auswirkungen

Für den CV spielte Geld nicht nur eine wichtige Rolle, um Aufklärungsarbeit über die antisemitische und nationalsozialistische Bewegung zu leisten. Geld war auch eine wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung der eigenen politischen Ziele im innerjüdischen Wirkungsfeld. Infolgedessen wurden die Subventionen, die der Verein von den ihm korporativ angeschlossenen Synagogengemeinden erhielt, auch zum Zankapfel mit den Zionisten, zumal nach der Auffassung im CV nicht nur seine, sondern auch die Arbeit der Synagogengemeinden vorrangig vom Gedanken des Erhalts des deutschen Diasporajudentums erfüllt sein und durch entsprechende finanzielle Zuwendungen gewürdigt werden sollte. Insofern war es absehbar, dass sich die in den Synagogengemeinden herrschenden unterschiedlichen volkisch-kulturellen Anschauungen an diesem Thema rieben, was sich negativ auf das Klima, auf die inhaltliche Auseinandersetzung um die volkische und kulturelle Zugehörigkeit allerdings anregend auswirkte. Die Debatte hierüber hatte bereits vor dem Krieg eingesetzt, wurde aber dann seit 1918 ungleich heftiger geführt. Im Verlauf der kommenden zehn Jahre wurde dabei besonders über die Stellung der deutschen Juden gegenüber dem Aufbau eines jüdischen Staates in Palästina kontrovers diskutiert, weshalb im Folgenden die Stellungnahmen des CV zum Keren Hajessod-Fonds, einem Finanzinstrumentarium der jüdischen Kolonisation in Palästina, sowie seine Haltung gegenüber der Erweiterung der Jewish Agency for Palestine durch erklärte Nichtzionisten behandelt werden. Darüber hinaus wird aufgezeigt, welche Folgen und Reaktionen diese Debatten für die unter einem doppelten Erwartungsdruck seitens der jüdischen und nicht jüdischen Öffentlichkeit stehenden CVer hatten.

5.1 Herausforderung Zionismus

Im Verein hätte es sicherlich keiner Debatte wegen der nationalen und kulturellen Volkszugehörigkeit bedurft. Sie trug fraglos das Attribut ‚deutsch‘. Umso sonderbarer muss den CV-Mitgliedern die Sympathieerklärung seitens Seiner Britischen Majestät Regierung durch Außenminister Arthur James Balfour am 2. November 1917 zur Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk vorgekommen sein. In der Phase der Nachkriegsneuordnung¹ lieferte deshalb der dem CV-Hauptvorstand angehörende Paul Nathan, auf der Suche nach Antwort auf die Frage, was überhaupt unter dem staunenswerten Begriff einer jüdischen Heimstätte zu verstehen sei, am 19. November 1918 den für den CV ebenso notwendigen wie wegweisenden Definitionsversuch, weil selbst

„in der zionistischen Literatur und auf zionistischen Kongressen [...] nach heftigen Kämpfen dieser Begriff in Halbdunkel gehüllt verblieben [ist]. Wenn Heimstätte bedeutet, daß a u c h die Juden in Palästina ihr Heim mit gleichen Rechten wie alle anderen aufschlagen können, so ist nicht das geringste gegen solches Bestreben einzuwenden. Wenn ‚Heimstätte‘ aber bedeutet, daß dieses Wort verhüllend für den Begriff jüdisch-nationaler Staat gebraucht wird, so muß auf die Gefahren hingewiesen werden, die solchem Streben innewohnen können.“²

Nathans Sorgen bezogen sich noch betont auf die politischen Verhältnisse in Palästina selbst, sofern „die Juden die Herrschaft im Lande an sich nehmen“ und auf den „Fanatismus der Araber“³ stoßen sollten. Er erkannte die enorme politische Bedeutung der Erklärung Balfours, weil eine Weltmacht, die großes Interesse hatte, Einfluss auf die Region zu nehmen, der vermeintlich zionistischen Utopie nicht mehr nur Beachtung schenkte, sondern Unterstützung versprach.

Paul Nathan, Mitbegründer des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus und Leiter des sich auch in Palästina engagierenden Hilfsvereins der deutschen Juden, ahnte die Wiederaufnahme des Vorkriegskonfliktes zwischen jüdischnational und deutschnational gesinnten Juden, der Anfang 1897 einen frühen Höhepunkt erreichte hatte. Die National-Jüdische Vereinigung Köln hatte damals drei Thesen veröffentlicht, die derart heftigen Widerspruch erregten, dass der Tagungsort des ersten Zionistenkongresses von München über die Grenze nach Basel verlegt werden musste:

„I. Durch gemeinsame Abstammung und Geschichte verbunden, bilden die Juden aller Länder eine nationale Gemeinschaft. Die Betätigung patriotischer Gesinnung und die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten seitens der Juden, insbesondere der deutschen Juden für ihr deutsches Vaterland wird durch diese Überzeugung in keiner Weise beeinträchtigt.

II. Die staatsbürgerliche Emancipation der Juden innerhalb der anderen Völker hat, wie die Geschichte zeigt, nicht genügt, um die sociale und kulturelle Zukunft des jüdische[n] Stammes zu sichern, daher kann die endgültige Lösung der Judenfrage nur in der Bildung eines jüdischen Staates bestehen; denn nur dieser ist in der Lage, die Juden als solche

¹ Vgl. den Leitartikel der IDR, Zur Frage der Einberufung eines jüdischen Kongresses in Deutschland, Nr. 3, März 1919.

² IDR, Das jüdische Problem, Nr. 11, Beilage vom 26. November 1918, S. 449.

³ Ebda.

völkerrechtlich zu vertreten und diejenigen Juden aufzunehmen, die in ihrem Heimatland nicht bleiben können oder wollen. Der natürliche Mittelpunkt für diesen auf legalem Wege zu schaffenden Staat ist der historisch geweihte Boden Palästinas.

III. Dieses Endziel muß sowohl durch die Hebung des jüdischen Selbstbewußtseins als auch durch zielbewußte praktische Thätigkeit vorbereitet werden. Als Mittel hierzu dienen:

- a) Die Förderung der jüdischen Kolonien in Syrien und Palästina.
- b) Die Pflege jüdischen Wissens und jüdischer Sitte (Literatur, Geschichte und hebräische Sprache).
- c) Die Verbesserung der socialen und kulturellen Lage der Juden.⁴

Die Behauptung, Juden bildeten eine nationale Gemeinschaft, die in Palästina anzusiedeln sei, mußte dem Selbstverständnis eines CVers widersprechen. Der CV nahm die Thesen ernst, auch wenn er noch über die zionistischen Anfänge feixte, so auch, als die IDR erstmals ausführlich Theodor Herzls Broschüre *Der Judenstaat* besprach und daran erinnerte:

„Bekanntlich macht in Schiller[s] Räubern Spiegelberg seinen Genossen, als sie auf der Flucht vor der Polizei nicht wissen, womit sie ihren Lebensunterhalt gewinnen sollen, den scherzhaften Vorschlag, die Juden der ganzen Welt nach Palästina zu führen und dort einen eigenen Staat zu begründen. ‚Das wird ein Viktoria abgeben, Karl, wenn sie wieder in’s Trockene kommen und Jerusalem wieder aufbauen dürfen. Jetzt frisch mit den Türken aus Asien und Cedern gehauen aus dem Libanon und Schiffe gebaut und geschachert mit alten Worten und Schnallen das ganze Volk‘. Wenn Moor erwidert, ‚mit den Narrenstreichen ist’s nun am Ende‘, so sehen wir doch in der kürzlich erschienenen Broschüre ‚Herzl, Der Judenstaat‘ den Vorschlag Spielberg[s] allen Ernstes von einem Manne wieder aufgenommen, dem weder Geist und Kenntnisse noch ein warmes Herz für die Leiden seiner jüdischen Glaubensgenossen abgesprochen werden kann.“⁵

Bei aller gebotenen Sympathie für Herzl: Der kleindeutsche CV-Blick sah in ihm lediglich den Glaubensgenossen, dem der CV deshalb Verständnis entgegenbrachte, denn Herzl war

„n i c h t d e u t s c h e r, sondern österreichischer Staatsbürger. Ein österreichisches Staatsbewußtsein in dem Sinne unseres deutschen existiert zur Zeit nicht mehr. Es giebt [sic] dort nur deutsches, czechisches, polnisches, ruthenisches Nationalbewußtsein, das die gegebene Staatseinheit höchstens als etwas Gegebenes ansieht.“⁶

Das Konzept des Vielvölkerstaates legte, so die IDR weiter, Herzls jüdischnationale Schlussfolgerung quasi zwangsläufig nahe. Im Einheitsstaat Deutschland war sie aber obsolet und überflüssig, weshalb es die CVer auch kaum nachvollziehen konnten, dass die, die sich bewusst öffentlich im jüdischnationalen Sinne von dem mutmaßlich integrierenden Prinzip der Einheit von Nation und Staat absetzten, es dennoch

⁴ Der Durchbruch des Politischen Zionismus in Köln 1890–1900. Eine Dokumentation. Briefe, Protokolle, Flugblätter, Reden. Bearbeitet von *Henriette Hannah Bodenheimer*, Köln 1978, S. 109.

Zum viel umstrittenen Baseler Programm, dessen Zielsetzung die Schaffung einer völkerrechtlich anerkannten Heimstätte in Palästina war, vgl. ebda., S. 166ff., 237.

Zur Rolle Kölns, den divergierenden Strömungen innerhalb der zionistischen Bewegung in ihrer organisatorischen Frühphase vgl. die mit dem liberalen Judentum im Allgemeinen und dem CV im Besonderen wenig sympathisierende Arbeit von *Eloni*, 1987, hier S. 75ff.

⁵ IDR, *Schlimme Ratschläge*, Nr. 4, April 1896, S. 190f.; zur Biografie Herzls siehe *Bein, Alex*, Theodor Herzl, Jerusalem 1974.

⁶ IDR, *Schlimme Ratschläge*, Nr. 4, April 1896, S. 193.

vermochten, sich staatstragend zu verhalten. Der „weitaus größten Mehrzahl der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ waren

„die Anschauungen und Wünsche Herzl[s] völlig fremd. Nicht mit den französischen, englischen, persischen [...] Juden, mit denen wir nur die Religion, sondern mit unseren christlichen Mitbürgern, mit denen wir Staat, Recht, Sprache, Kunst, Wissenschaft, Literatur und die historischen Erlebnisse der letzten Jahrhunderte gemeinsamen haben, bilden wir ein Volk!“⁷

Demgegenüber verpflichteten sich Deutschlands Zionisten, seit 1897 in der ZVfD noch mit Hauptsitz in Köln vereint, der Agitation des jüdischen Volksbegriffes mit dem Ziel, einen Staat in Palästina zu gründen. Diese Verpflichtung gab Paragraf 1 des Musterstatuts der ZVfD bekannt.⁸ Noch war allerdings die Grundhaltung darauf ausgerichtet, Konflikte zu vermeiden. Paragraf 3 spezifizierte die dem nationalen Ziel dienenden Mittel. Vorgesehen waren „regelmässige Zusammenkünfte zur freien Erörterung aller die Judenheit betreffenden Fragen.“⁹ Das Vortragswesen ergänzte das Publikationswesen, die „auf die Hebung des jüdischen Selbstgefühls und Volksbewusstseins gerichtet sind, (wozu auch die staatsbürgerliche Gleichberechtigung gehört).“¹⁰ Daneben beschränkte man sich auf die

„Förderung aller im Geiste des jüdischen Volkstums wirkenden Vereine, insbesondere jüdischer Geschichts-, Kolonisations-, Turn-Verein und geselliger Vereinigungen, sofern diese Vereine nicht eine dem Zionismus feindliche Stellung nehmen.“¹¹

Zudem wurde bereits der Jugenderziehung besondere Bedeutung beigemessen und die „Verbreitung der Kenntnis der hebräischen Sprache und jüdischen Literatur“¹² verlangt. Infolge dieser neuen inhaltlichen Schwerpunkte rückten die Synagogengemeinden ins Blickfeld zionistischer Diasporaarbeit.¹³ Der offene Konflikt mit dem CV über die nationale Zugehörigkeit und erzieherischen Inhalte war – ungeachtet der gebotenen Freiwilligkeit – abzusehen.

⁷ Ebd., S. 195.

⁸ Vgl. *Bodenheimer*, 1978, S. 236.

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd.

¹² Ebd.

Die Satzungen der beiden miteinander konkurrierenden Vereine wiesen nicht nur ideologische Unterschiede auf. Die Mitgliedschaft im CV war an den „Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte“ gebunden und erlosch mit dem Verlust derselben oder der Auswanderung. Demgegenüber band das Gründungsstatut der ZVfD den Erwerb der Mitgliedschaft nicht an den Besitz der Staatsbürgerurkunde, sondern an die Gesinnung: „Mitglied der Vereinigung kann jeder in Deutschland wohnende unbescholtene Jude [werden], der sich zu den Grundsätzen des Zionismus bekennt.“ Ein Ausschlussverfahren kannte das dem demokratischen Prinzip verpflichtete Statut der ZVfD nicht. Dagegen kannte das Statut schon den Vertrauensmann, der die Verbindung zwischen Ortsgruppe und Zentralkomitee herstellte und für das Inkasso zuständig war. Neben ihm existierte das Amt des Ortsgruppenvorsitzenden. Das siebenköpfige Zentralkomitee, von dessen Mitgliedern mindestens drei ihren Wohnsitz noch in Köln haben mussten, war in seiner geschäftsführenden Funktion mit der des mindestens 18-köpfigen CV-Vorstandes vergleichbar, aus dessen Reihen sich aber auch der Vereinsvorsitzende rekrutierte, wozu wiederum die Gründungssatzung der ZVfD schwieg. Vgl. ebd., S. 234f., sowie die in der konstituierenden Versammlung am 4. April 1893 beschlossene Satzung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, a.a.O.

¹³ Hinsichtlich der Auseinandersetzung um die Ziele der Gemeindezionisten siehe *Eloni*, 1987, S. 460ff.

Die frühen und zum Teil auch sehr heftigen Zerwürfnisse, die sich etwa in Köln oder Duisburg ereigneten¹⁴, änderten aber noch nichts an der Haltung des CV, Sammelbecken für alle deutschen Juden zu sein. Er nahm nicht von vornherein eine „dem Zionismus feindliche Stellung“¹⁵ ein. Erst der Posener Delegiertentag der ZVfD von 1912 beschwor seinem Verständnis nach den Bruch herauf, weil dieser die intensive Propaganda des Volks- und Palästinatedankens in Deutschland und die Erwartung ankündigte, die Juden mögen zumindest ihre Interessen, wenn nicht sogar ihren Lebensmittelpunkt nach Palästina hin ausrichten.¹⁶ Die Antwort des Vereins folgte im darauf folgenden Jahr. Er hielt der These der jüdischen Volkszugehörigkeit die der deutschen entgegen und wies den Mitgliedern die Tür, die nur jüdischnational fühlten.¹⁷ Nichtsdestotrotz konnte sich die Mehrheit im CV durchaus weiterhin mit den sozialen und humanitären Bestrebungen identifizieren, die der Zionismus vor allem den nicht arrivierten Juden bot:

„Grundsätzlich hat der C.V. gegen die Palästina- und Ostjuden[-]Politik der Zionisten nichts einzuwenden. Er hat sie praktisch in der VIOD [Vereinigung Jüdischer Organisationen Deutschlands zur Wahrung der Rechte der Juden des Ostens, an der Wende 1917/1918 gegründet] mitgemacht und wird sie praktisch auch weiter fördern. Gegen das Palästinawerk hat der C.V. nichts einzuwenden, insofern als es eine grosse Siedlung für alle diejenigen darstellen soll, die sich nach Palästina hinsehen, und die in Palästina ihre Heimstätte zu finden hoffen. Als politisches und nationales Zentrum dagegen des jüdischen Volkes kann Palästina von dem C.V. nicht angesehen werden [...] Dass ein selbständiger Judenstaat in Palästina nicht entstehen wird, darüber herrscht schon jetzt kein Zweifel mehr.“¹⁸

Zum Zeitpunkt des Waffenstillstandes im November 1918 trat die Auseinandersetzung zwischen CV und ZVfD in eine neue Phase, die von einem bis dahin nicht gekannten Judenhass angeregt wurde. Zu einem Zeitpunkt, als die Stellung der Juden im neuen Staat noch debattiert werden konnte, trieb Paul Nathan die Sorge wegen der Möglichkeit einer „tiefgreifende[n] Scheidung zwischen Juden und Nichtjuden“¹⁹ um, wenn den Juden in Deutschland der Status einer nationalen Minderheit eingeräumt würde, aufgrund dessen

„die jüdischen Kultusgemeinden in ‚jüdische Volksgemeinden auf demokratischer Grundlage‘ umgewandelt werden unter Sicherung der Rechte von Minderheiten sowie Schaffung eines Reichsverbandes der jüdischen Volksgemeinden als Vertretung der

¹⁴ Vgl. ebda., S. 461ff., 516ff.

¹⁵ *Bodenheimer*, 1978, S. 236.

¹⁶ Vgl. *Reinharz*, 1975, S. 210ff.

¹⁷ Siehe Kapitel 2 dieser Arbeit.

¹⁸ Materialien zur Palästinapolitik des C.V. vorgelegt von der Geschäftsleitung. HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1933, Frame 0264-0273, hier 0266f.

Im Einzelnen listet dieses wahrscheinlich für die Hauptvorstandssitzung am 23. März 1929 ausgearbeitete Dokument die entscheidenden Stellungnahmen des Vereins erstens zur 1917 erfolgten Gründung und Zielsetzung der Vereinigung jüdischer Organisationen zur Wahrung der Rechte der Juden des Ostens (VIOD), zweitens zum ersten Pro Palästina Komitee von 1918, drittens zur Frage der Einberufung eines jüdischen Kongresses in Deutschland mit Ende des Krieges, viertens die Frage der Stellung zum Keren Hajessod auf. Abschließend widmete sich das Dokument dem Hauptvorstandsbeschluss vom 16. Januar 1927 zum zweiten Pro Palästina Komitee.

¹⁹ IDR, Das jüdische Problem, Nr. 11, Beilage vom 26. November 1918, S. 449.

jüdischen Volksgemeinschaft in Deutschland mit dem Recht der autonomen Regelung aller jüdischen Angelegenheiten.“²⁰

Ein „Staat im Staate“ entstünde, wie Nathan meinte, akzeptierte man ein nationales Minderheitenkonzept entsprechend der jüdischnationalen Forderung, was zudem, „bei der jetzigen allgemeinen U e b e r r e i z u n g nationaler Leidenschaften, die P o g r o m g e f a h r in verhängnisvoller Weise steigern würde.“²¹ Diese Möglichkeit wurde von den Erfahrungen der antijüdischen Exzesse untermauert, die in Begleitung des Umsturzes in Russland stattfanden und eine Fluchtbewegung Richtung Westen ausgelöst hatten. So lehnte Nathan die jüdischnationalen Autonomiebestrebungen für Deutschlands Juden nicht nur aufgrund emotionaler, sondern auch aufgrund von Sicherheitsbedenken ab. Außerdem weckte die so verstandene Forderung, sich nach außen hin abzuschließen, die Assoziation mit längst vergangenen Ghettozeiten. Sowohl die Behauptung der Existenz einer jüdischen Nation als auch das Konzept zionistischer Gemeindepolitik in der Diaspora schienen die bis dahin erstrebte Integration in die deutsche Kultur und Sprachgemeinschaft zu gefährden. Angesichts der massiven Ablehnung musste die Realisation eines Reichsverbandes der jüdischen Volksgemeinden, der sich als Vertretung der jüdischen Volksgemeinschaft der autonomen Regelung aller jüdischen Angelegenheiten widmete, zwangsläufig auf Widerstand stoßen und letztlich versacken. Zu Platzhaltern dieser Auseinandersetzung um die kulturelle und nationale Zugehörigkeit entwickelten sich die Frage der Ausrichtung des jüdischen Schulwesens sowie der hebräischen Sprachvermittlung als ein zentrales Element nationaljüdischer Identität; ferner die Frage um die Integration nicht naturalisierter Glaubensgenossen in die deutschen Synagogengemeinden und die Gleichstellung der Frau in diesen.²² Die laizistisch-demokratische Weimarer Reichsverfassung hätte die Möglichkeiten der Demokratisierung wie der Gründung einer Reichsvertretung grundsätzlich geboten.²³ Doch zuerst waren entsprechende Majoritätsverhältnisse in den Gemeindegremien zur Durchsetzung dieser Reformen notwendig, die die zionistische Partei vereinzelt etwa in Köln oder Duisburg nahezu ausschließlich mithilfe orthodoxer Bündnispartner und ostjüdischer Stimmen erringen konnte. Hinsichtlich der jüdischnationalen Minderheitsaspirationen im Rahmen der geforderten Volksgemeinden, die potenziell auf die Auswanderung nach Palästina

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd., S. 450.

²² Zu den Bemühungen des Gruppenverbandes der ZVfD um die Verwirklichung der Volksgemeinden im Rheinland und in Westfalen siehe grundsätzlich ZA, Bestand Harry Epstein.

Zum Verhältnis von ZVfD und Ostjuden aus der Sicht des CV siehe den Leitartikel der CVZ, Volksgemeinde und nationale Autonomie, Nr. 4, 23. Januar 1925.

In Bezug auf die politische Auseinandersetzung innerhalb der Gemeinden siehe *Wertheimer, Jack*, The Duisburg Affair. A Test Case in the Struggle for ‚Conquest‘ of the Communities, *AJS Review* 6, 1981, S. 185-206.

Auf die Frage der Stellung des Vereins zu den Reformen der Gemeindestatuten, insbesondere des an Karenzzeit und Steuerleistung gebundenen Wahlrechtes für nicht naturalisierte Juden, gaben die eingesehenen Akten aus dem Moskauer Sonderarchiv keine erschöpfende Antwort. In diesem Zusammenhang bemerkte Dr. Stefan Litt mir gegenüber, dass der Beantwortung dieser Frage im Grunde ein noch ausstehender Vergleich der Gemeindegremien und ihrer jeweiligen Entwicklungen auch in Rheinland und Westfalen voranzugehen hätte.

²³ Vgl. IDR, Religion und Religionsgesellschaften in der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Nr. 10, Oktober 1919, S. 408ff.

vorbereiteten, zeigte sich der CV zuweilen außerordentlich resistent gegen Demokratisierung und Integration. Diese Haltung war aber unvereinbar mit dem Anspruch, den er nach außen hin vertrat. Auch deshalb hatte noch Eugen Fuchs dem zionistischen Konzept der Volksgemeinde das der Religionsgemeinde gegenübergestellt, der innen- wie außenpolitische Aufgaben zufielen. In ihrem Rahmen

„können [wir] dafür eintreten, daß in den Ländern jüdischer Massensiedlung, wo die Juden nach Sprache, Geschichte, Kultur Nationalitäten sind, wie z. B. in Polen, Rumänien und Litauen, daß ihnen dort die Rechte nationaler Minoritäten, insbesondere die nationale Autonomie, gewährt werden. Wir würden die Juden vergewaltigen, wenn wir sie zwingen würden, sich germanisieren oder polonisieren zu lassen, wenn wir ihnen ihre jüdisch-deutsche Sprache nehmen würden. Dort, wo jüdische Massensiedlung ist und die Juden Nationalitäten gewesen sind, dort sollen sie es weiter bleiben; nur sind wir der Meinung, daß in den Ländern des Westens die Juden nationale Minoritäten nicht sind und sein sollen; wir lehnen es ab, jüdische Volksgemeinden hier zu bilden [...] Wir wollen haben, daß die jüdische Gemeinde neu organisiert wird auf breitester demokratischer Grundlage, daß ein allgemeines, gleiches Wahlrecht allen gegeben wird. Wir wollen mitarbeiten an einer Zusammenfassung der Gemeinden, damit die Zersplitterung in Tausende kleiner lebensunfähiger Gemeinden ein Ende hat, und wir wollen haben, daß die jüdischen Gemeinden die großen sozialen, ethischen, apologetischen Pflichten erfüllen, die das Judentum auferlegt. [...] Wir wollen denen, die jüdischnational fühlen und die eine Sehnsucht nach Zion haben, eine Heimstätte eröffnet sehen; wir wollen haben, daß die Einwanderung und Besiedlung ihnen dort nicht erschwert und daß um des Deutschtums wegen unsere Fäden nach Palästina nicht zerrissen werden.“²⁴

Der synthetische Ansatz des Vereins verbot ein „Primat des Judentums.“²⁵ Er bekannte sich lediglich zum Judentum als Religions-, Stammes-, Schicksals- und schließlich Notgemeinschaft. Insofern war er sich seiner Verantwortung auch gegenüber der jüdischen Gemeinschaft außerhalb der eigenen nationalen Grenzen bewusst, aber eben nicht mit der von den Zionisten erstrebten Ausschließlichkeit. Die offizielle politische Leitlinie des Vereins forderte den Interessenausgleich zwischen Deutschtum und Judentum. Dass trotz der Harmonisierungsbemühungen die Tarierwaage anscheinend in eine Schiefelage zugunsten der deutsch-vaterländischen Gesinnung geraten war, aus der der Verein dann auch seit 1930 die nahezu ausschließliche Berechtigung zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland ableitete, dafür waren die Zionisten mit ihrem eigenen Absolutheitsanspruch mitverantwortlich. Die eigentliche Ursache lag allerdings in der „verallgemeinernden Tendenz antisemitischer Denkwiese“²⁶ außerhalb jüdischer Kreise. Die zionistische Generalisierung schien dieses Übel allerdings zu nähren. Sobald von den 500.000 deutschen Glaubensjuden und den national heterogenen knapp 15 Millionen Juden weltweit als „von ,uns Juden““ gesprochen wurde, war diese Behauptung in den Augen des Vereins geeignet,

„den falschen Anschein [zu erwecken], als ob alle Juden auf ihrem [der Zionisten] Standpunkt ständen. Natürlich stürzen sich alle judenfeindlichen Elemente mit Wonne auf derartige Auslassungen[,] und wir wissen jetzt wenigstens, wem wir zum Teil den Begriff

²⁴ Fuchs, 1919, S. 369.

²⁵ Vgl. IDR, Nationaljüdischer Radikalismus, Nr. 2, Februar 1919, S. 51.

²⁶ Ebda., S. 57.

des ‚Alljudentums‘ und die scharfe Note im heutigen Antisemitismus verdanken, die das angebliche Fremdsein der Juden so sehr betont.“²⁷

Gegen die als Provokation und Gefahr empfundene ausbleibende Differenzierung auch jüdischnational gesinnter Agitation reagierte der CV seinerseits, indem er die eigene deutschnationale Zugehörigkeit entsprechend agitierte. Dieses Vorgehen mochte den Eindruck erhärten, er dissimiliere sich von seiner jüdischen Seite – mit der Folge, selbst die Sicht zu befördern, nach welcher Judentum und Deutschtum unvereinbar wären.

Den Verlauf der in der Weimarer Zeit groteske Züge annehmenden Debatte um die kulturelle und nationale Zugehörigkeit diktierte der CV in seiner eigenen Unbedingtheit nicht ohne Trotz und Angriffe mit:

„Wir haben keine andere Kultur, und uns ihr entziehen, hieße uns in Gottes weiter Welt ruhelos und fremd machen. Darüber hinaus wäre es auch eine krasse Undankbarkeit! Denn nicht nur danken wir dem Vaterlande den Schutz unserer Interessen, die äußere Möglichkeit, durch unseren Beruf das Leben zu fristen, sondern seine Kultur liefert uns allen auch die inneren M i t t e l, mit denen wir den Lebenskampf bestehen. Uns allen! Auch jenen Zionisten, die sich ‚nur‘ jüdisch und nicht deutsch fühlen. Sie reden und schreiben ihre bedenklichen Leistungen in deutscher Sprache, sie leben in Deutschland und genießen gern die unendlichen Vorteile seines Lebens, erfreuen sich an seiner Kunst, lernen durch seine Wissenschaft, wandern durch seine stille Schönheit. Was hätten sie auch sonst? Die hebräische und jüdische Kultur steht weit im Felde! Selbst in Palästina ist ein zweifelhafter Wechsel auf eine zweifelhafte Zukunft [...] Und selbst, wenn sich die überschwenglichsten Hoffnungen der Nationaljuden erfüllen, d a s D i a s p o r a p r o b l e m bleibt!“²⁸

27 Ebd.

28 Ebd., S. 58f.

Immer wieder beschrieben CVer ihre Eindrücke von der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Palästinas in Reiseberichten, auch um den Beleg zu erbringen, wie visionär ihnen dieses Projekt erschien. Alfred Wiener legte 1926 seine Kritische Reise durch Palästina vor. Im Mittelpunkt seiner Darstellung stand die wirtschaftliche Entwicklung und das Verhältnis zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung. Epstein behauptete in einem Schreiben vom 18. März 1928 an die Redaktion der Kölnischen Zeitung, die Reise Wieners sei vom CV finanziert worden, folglich ein „Tendenzmachwerk.“ Das Blatt hatte Wieners Bericht auszugsweise in seinen Literatur- und Unterhaltungsteil desselben Tages aufgenommen. ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-23.

Ein als Manuskript gedruckter Vorbericht dieser fünften Palästinareise Wieners, den er nach darin gemachten Bekundungen ohne üble Hintergedanken formulierte und für den er sich die Unterstellung der Käuflichkeit verbat, ging im Juli 1926 „zur vertraulichen Kenntnisnahme“ an die Landesverbände und Ortsgruppen. Der Vorbericht fand sich im Bestand Harry Epstein, A 101-129, S. 6. Die Unruhen in Palästina 1929 wiederum veranlassten die Redaktion der CVZ zur Veröffentlichung Arthur Schweriners Artikel: Araber und Juden. Aus eigenen Beobachtungen während einer Palästinareise, Nr. 36, 6. September 1929, S. 478f.

In Essen erstattete 1931 Rabbiner Samuel in der CV-Ortsgruppe Bericht über die kultur- und sozialpolitische Entwicklung Palästinas. Vgl. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1415, Frame 1476. Einem weiteren Hinweis aus der Ortsgruppe Bielefeld zufolge hatte hier Justizrat Cohn aus Dessau über seine Palästinaeindrücke referiert. Vgl. HM2 8703, Osoby 721 I, Akte 354, Frame 1949. 1937 legte Werner Cahnmann, ehemaliges Vorstandsmitglied der 1933 verbotenen Münchener Ortsgruppe, Herzfeld seinen Reisebericht zur Begutachtung vor. Vgl. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 89, Frame 0176-198.

Herzfeld hatte nach einer einmonatigen Reise durch Palästina im September 1937 ebenfalls einen Bericht formuliert, der auf die ökonomischen, institutionellen und gesellschaftlichen Bedingungen mit Blick auf die Staatsgründung einging und auf den in Kapitel 6 dieser Arbeit zurückzukommen sein wird. Vgl. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 91, Frame 0491-0515.

5.2 Die Haltung des CV gegenüber dem Keren Hajessod

Das zionistische Palästina-Projekt war weder dem Willen der in Deutschland kulturell geprägten Juden noch den Zukunftsaussichten nach ein Lösungsansatz für alle, sondern nur für manche. Unterdessen setzte sich aber auf der internationalen politischen Bühne der jüdische Nationalgedanke weiter durch. Seit 1922 zeichnete Großbritannien aufgrund des durch den Völkerbund über Palästina erteilten Mandats

„dafür verantwortlich, [...] die ursprünglich am 2. November 1917 von der königlich-britischen Regierung erlassene und von den genannten Mächten angenommene Deklaration zugunsten der Errichtung eines nationalen Heimes für das jüdische Volk in Palästina durchzuführen, wobei klar verstanden ist, dass nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgend einem anderen Land beeinträchtigen würde.“²⁹

Sosehr der Mandatstext auch den Rechten und Interessen von Zionisten wie Nichtzionisten wohlmeinend entgegenkam, die vertragliche Zusicherung, nach der das Aufbauwerk weder die Rechte noch die politische Stellung der Juden in ihren jeweiligen Heimatländern beeinträchtigen würde, schien sich in den Augen eines CVers nicht zu bewahrheiten. Für den Verein wurde darüber hinaus die Etablierung einer jüdischen Vertretung relevant, die Artikel 4 des Mandatstextes präziserte. Danach übernahm die Jewish Agency for Palestine (JA) beratende Funktion gegenüber dem Mandatar sowie administrative Aufgaben vornehmlich zum Zweck wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungshilfe in Palästina. Zu einem ihrer wichtigsten Finanzinstrumentarien entwickelte sich der 1920 geschaffene Keren Hajessod (KH), für den Sammlungen ebenfalls in den Synagogengemeinden des Rheinlands und in Westfalen durchgeführt wurden. Während die Gelder, die aus dem Kajemeth LeIsrael-Fonds flossen, zum Kauf von Land genutzt wurden, trug der KH – pauschal formuliert – dazu bei, das zu finanzieren, was auf dem Grund und Boden Palästinas entstehen sollte.

Am 24. Oktober 1920 reagierte der CV-Hauptvorstand auf die Gründung des Keren Hajessod mit einer ersten EntschlieÙung, die noch gelassen postulierte:

„Es liegt für den C.V. kein Anlass vor, Geldsammlungen für den Palästinafonds zu fördern. Es wird aber auch wegen des humanitären Zweckes der Sammlung davon Abstand genommen, den Sammlern irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten.“³⁰

²⁹ Materialien zur Frage der Jewish Agency. Vorgelegt der Hauptvorstandssitzung vom 24. März 1929 von der Hauptgeschäftsstelle des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1933, Frame 0238-0273, hier 0240. Das angegebene Datum ist insofern nicht korrekt, als der Tagungsordnungspunkt auf der Sitzung am 23. März debattiert wurde.

³⁰ Materialien zur Palästina-Politik des C.V. vorgelegt von der Geschäftsleitung. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 19, Frame 0281-0291, hier 0286f. Die weiteren Beschlüsse des Hauptvorstandes am 24. Oktober finden sich in: CAHJP D/PI 2/3. Danach stand die Regelung der Vereinsfinanzen im Mittelpunkt der Tagung.

Diese Weisung erreichte die Ortsgruppen mit dem klärenden Zusatz, „dem Einzelnen mag freigestellt bleiben, wie er sich dazu [ver]hält.“³¹

Die individuelle Freiheit, den Keren Hajessod aus religiösen und philanthropischen Motiven heraus finanziell zu fördern, nahmen sich aber offensichtlich mehr CVer, als es bei dieser ersten Beschlussfassung wohl angenommen worden war. Insbesondere das sich zum Problem entwickelnde solidarische Verhalten der in der Öffentlichkeit präsenten Funktionäre begründete den zweiten Hauptvorstandsbeschluss vom 11. März 1921, nach dem es

„im Interesse des C.V. nicht angemessen [erscheint], dass führende Persönlichkeiten des C.V. die Aufrufe des Keren Hajessod unterzeichnen.“³²

Damit war kein generelles Beteiligungsverbot am KH ausgesprochen. Das Recht auf freie Gewissensentscheidung blieb generell gewahrt und wurde doch beschränkt, denn die öffentlichkeitswirksamen Solidaritätsbekundungen wurden als abträglich empfunden. Deshalb folgte nur wenige Wochen später, am 10. April 1921, die Mehrheit der Hauptversammlung dem dritten Beschluss ihres Hauptvorstandes, der diesmal den Fokus auf die immaterielle wie materielle Bedürftigkeit in Deutschland richtete:

„Wäre die Besiedlung von Palästina nichts weiter als ein grosses soziales Hilfswerk, so wäre vom Standpunkt des C.V. aus gegen die Förderung dieses Werkes nichts zu sagen. Die Besiedlung von Palästina ist aber in erster Linie das Ziel der nationalen jüdischen Politik, ihre Förderung und Unterstützung daher abzulehnen. Solange die sozialen und geistigen Einrichtungen des deutschen Volkes und die religiösen und kulturellen Bedürfnisse des deutschen Judentums bittere Not leiden, solange zahlreiche heimatlos gewordene Juden unserer dringenden und augenblicklichsten Hilfe bedürfen, hat jüdischer Gemeinschaftsgeist und Wohltätigkeitssinn überreiche Gelegenheit zu fruchtbarer Arbeit.“³³

Für den CV galt es fortan, unmissverständlich auf den jüdischnationalen Charakter des KH hinzuweisen, weil ihn seine humanitären und religiösen Elemente – die ihm keineswegs abgesprochen wurden – durchaus als eine neutrale Einrichtung erscheinen lassen konnten. Immer wichtiger wurde damit, dass die Solidarisierung besonders der CV-Exponenten geeignet schien, Verwirrung in der Öffentlichkeit ob der eigenen nationalen Zugehörigkeit zu stiften und bereits bestehende Zweifel an der staatsbürgerlichen Loyalität deutscher Juden zu festigen. Ein dritter Grund, warum der Akzent dieses Beschlusses auf der Wahrung deutschnationaler Interessen lag, beruhte in der zeitnahen Gründung des Verbandes nationaldeutscher Juden.³⁴ Der Beschluss verfolgte also ferner die Absicht, die Gefahr der Abwanderung von Mitgliedern am rechten Rand ins nationalistische Lager Max Naumanns abzuwenden, wodurch sich erstmals die schwelende Gefahr für die Einheit des CV abzeichnete.

³¹ Kurt Alexander am 8. Dezember 1920 an Löwenstein II [also Karl Löwenstein, da Löwenstein I nicht der gebräuchliche Code für seinen dem Palästina-Projekt Sympathien entgegenbringenden Bruder Leo war, sondern für Dr. Julius Löwenstein, Sozius von Karl Löwenstein in Aachen]. HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 267, Frame 2314; siehe auch HM2 8743, Osoby 721 I, Akte 1917, Frame 2453.

³² Materialien zur Palästina-Politik des C.V. vorgelegt von der Geschäftsleitung. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 19, Frame 0281-0291, hier 0287.

³³ Ebda.

³⁴ Vgl. Foerder, 1927, S. 23.

Seine Anhänger waren in der Stellung zum KH alles andere als einig. Die Resolution des Jahres 1921 erfüllte deshalb eine den Vereinsfrieden bewahrende Funktion. Zu diesem Zweck bezog die Führung des CV dann auch mit Beginn des Wahlkampfes zum Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden (PLV) Ende 1924 eine zunehmend rigorosere Position gegenüber den nationaljüdischen Aktivitäten. Der Ton wurde schärfer, die Trennlinie klarer, wobei der CV den Bruch erklärter religiöser und politischer Neutralität wie folgt begründete:

„[D]a aber der Landesverband sicher zum Tummelplatz politischer Tätigkeit nach außen werden wird, und diese Tätigkeit, ausgehend von der ersten gesetzlich anerkannten Körperschaft in Preußen, in der Öffentlichkeit und bei den Behörden wesentliche Beachtung finden wird, so hat **der C.V. die moralische Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß solche politische Tätigkeit in dem aufrechten jüdischen und deutsch-vaterländischen Geiste ausgeübt wird, welchen die hunderttausende deutscher Juden, die hinter dem C.V. stehen, unbedingt verlangen.**“³⁵

Abgesehen von dem gewaltigen Erwartungsdruck, der wegen des (eigenen) hohen moralischen Anspruchs auf ihm lastete, hätte sich der CV praktisch nicht aus den inneren Gemeindeangelegenheiten heraushalten können. Vielerorts waren führende Gemeinderepräsentanten zugleich Vereinsmitarbeiter und -mitglieder.³⁶ Durch die personelle Überschneidung reichte der lange Arm des CV auch ideell in die Gemeinden, wodurch er sein Neutralitätspostulat quasi umgehen konnte, auch wenn er als Organisation bei Gemeindewahlen von der

³⁵ CVZ, Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden. Zu den bevorstehenden Wahlen, Nr. 39, 25. September 1924, S. 586.

³⁶ Besonders bezeichnend ist eine Abgeordnetenliste aus dem Wahlkampfsjahr 1930. Von den sieben Kandidaten der Liberalen Partei konnten fünf dem CV eindeutig zugeordnet werden: Erich Felsenthal, Düsseldorf, Rechtsanwalt Dr. Siegfried Kann, Düsseldorf, Rechtsanwalt Gustav Brück, Elberfeld, Georg Hirschland, Essen, Justizrat Dr. Franken, Aachen. Mitglied des Vereins war zudem der konservative Kölner Rabbiner Rosenthal. Vgl. das Schreiben Siegfried Kanns vom 2. Februar 1931 an das Wahlbüro der Jüdischen Volkspartei in Duisburg. ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-145.

Eine Einheitsliste für den rheinisch-westfälischen Wahlkreis 12 sollte in jenem Jahr einen innerjüdischen Wahlkampf verhindern, weil, so die Einschätzung der Ortsgruppe der ZVfD Wuppertal-Elberfeld vom 29. September 1930, „das deutsche Judentum [...] in der augenblicklichen Situation, die durch die Reichstagswahl geschaffen worden ist, keine Lust zu innerjüdischen Auseinandersetzungen und nicht das geringste Interesse daran [hat], welche Partei im preussischen Landesverband die Mehrheit hat.“ Ebda. Dennoch kam es zum Wahlkampf, weil, so die Berichterstattung der CVZ, die Volkspartei Bedingungen stellte, die die Liberalen, aber auch die religiös-konservative Partei nicht annehmen konnten. Der CV rief daraufhin seine Mitglieder im Fettdruck auf, „nur solche Parteien [zu] unterstützen, die nicht jüdisch-national eingestellt sind.“ CVZ, Die jüdischen Wahlen, Nr. 45, 7. November 1930, S. 579.

Nachdem auch bei dieser Wahl zum PLV „der deutsch-jüdische Gedanke [...] einen vollen Sieg“ errungen hatte, hieß man den Wahlkampf im Leitartikel der CVZ nun doch gut, hatte er doch „auf Zehntausende, die dem jüdischen Gemeindeleben bisher gleichgültig gegenüberstanden, a u f r ü t t e l n d gewirkt. Sie empfanden, daß es sich diesmal um die Entscheidung über eine K e r n f r a g e ihres eigenen Seins handelte, und daß es darum nicht ausreichte, nur eine innere Ueberzeugung zu haben, sondern daß man sie auch b e t ä t i g e n müsse. Das Problem hieß V e r b u n d e n h e i t [...] a u f d e r G r u n d l a g e j ü d i s c h e r Religion oder Umwandlung in eine auf der Grundlage jüdischen Volkstums beruhende Gemeinde.“ CVZ, Sieg des C.V.-Gedankens, Nr. 49, 5. Dezember 1930, unpaginiert.

„Aufstellung eigener Listen Abstand [nahm]. Jedoch wurde jede Liste und jede Kandidatur auf das Entschiedenste unterstützt, die die Gewähr dafür bot, daß sie nationaljüdischen Bestrebungen entgegengesetzt sein wolle.“³⁷

Vor dieser Prämisse war es nebensächlich, wie sich die wahlberechtigten CV-Mitglieder entschieden. Nach individueller konfessioneller Neigung, jedoch im Verantwortungsbewusstsein gegenüber deutschen Obliegenheiten, hatten sie ausnahmslos ihrer Wahlpflicht nachzugehen, darum:

„Auf zur Wahl!, denn V o l k s g e m e i n d e n s t a t t d e r R e l i g i o n s g e m e i n d e n s c h a f f e n , h e i ß t a n e r k e n n e n , d a ß w i r z u m d e u t s c h e n V o l k e n i c h t g e h ö r e n , b e d e u t e t u n s e r e h e i l i g e n r e l i g i ö s e n A n g e l e g e n h e i t e n m i t p o l i t i s c h e n v e r q u i c k e n . [...] W i r s i n d ü b e r z e u g t , d a ß d i e P o l i t i s i e r u n g d e r j ü d i s c h e n R e l i g i o n s g e m e i n s c h a f t , d a s S t r e b e n n a c h S c h a f f u n g e i n e r j ü d i s c h - h e b r ä i s c h e n W e l t k u l t u r , n a c h H e b r a i s i e r u n g d e s b ü r g e r l i c h e n L e b e n s , n a c h E r z i e h u n g u n s e r e r J u g e n d i n j ü d i s c h - n a t i o n a l e m S i n n e e i n s c h w e r e s U n g l ü c k f ü r d e n r e l i g i ö s e n I n h a l t d e s J u d e n t u m s u n d f ü r d i e p o l i t i s c h e S t e l l u n g d e r j ü d i s c h e n D e u t s c h e n i n n e r h a l b u n s e r e s d e u t s c h e n V a t e r l a n d e s b e d e u t e n .

Das werden wir verhindern [...] und dafür sorgen, daß j ü d i s c h - n a t i o n a l e B e s t r e b u n g e n u n t e r a l l e n U m s t ä n d e n i m P a r l a m e n t e u n d a u f d e m V e r b a n d s t a g e o h n e B e d e u t u n g b l e i b e n .“³⁸

Die Mehrheit des Wahlvolkes teilte diese Unduldsamkeit. Es bestätigte die vom CV umworbene Gesinnung. Auf die fünf am 1. Februar 1925 zu wählenden westfälischen Kandidaten entfielen vier Liberale sowie ein Zionist. In der Rheinprovinz ergab die Stimmenverteilung der zehn zu wählenden Kandidaten sieben liberale Mandate gegenüber drei zionistischen. Die Großgemeinde Köln durfte sieben Vertreter entsenden, die sich auf vier Liberale, einen Orthodoxen und zwei Zionisten verteilten.³⁹

Der Wahlkampf 1924/1925 hatte einen unangenehmen Nebeneffekt für den CV, der in dieser Phase die jüdische Krimbesiedlung favorisiert hatte, die – vergleichbar mit dem zionistischen Palästina-Projekt – auf politischem und praktischem Weg umgesetzt werden sollte. Diese Fürsprache stieß erwartungsgemäß auf entschiedene Ablehnung innerhalb des rheinisch-westfälischen Gruppenverbandes der ZVfD.⁴⁰

³⁷ Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925, S. 44.

³⁸ CVZ, An unsere Mitglieder in Preußen, Nr. 43, 23. Oktober 1924, unpaginiert.

³⁹ Vgl. CVZ, Nach den Landesverbandswahlen, Nr. 3, 5. Februar 1925, unpaginiert.

Der CVZ-Kommentar zur Wahl folgte drei Wochen später. Danach hatten die Zionisten in diesem Wahlkampf damit begonnen, sich für die Abwehr des Antisemitismus „auf deutscher Erde“ zu interessieren, wobei Forderungen laut wurden, die auf die physische Verteidigung abzielten. Obwohl das zionistische Interesse an der Abwehrfrage nach dem Eindruck Bruno Weils rasch wieder verebbte, klang der Vorwurf, die Abwehrformen des CV seien „Ausfluß verächtlicher Feigheit“, erst einmal schmerzlich nach. CVZ, Die Landesverbandswahlen, Nr. 8, 25. Februar 1925, S. 159.

⁴⁰ Die ablehnende Haltung gegenüber der „Unterstützung des Aufbauwerkes in Russland“ störte sogar in Dortmund das Koalitionsverhältnis von Zionisten und Ostjuden im Rahmen der jüdischen Volkspartei. Vgl. das Schreiben von Max Berl, Dortmund, vom 20. November 1931 an Epstein. ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-97. In diesem Zusammenhang ergänzte Herzfelds Vortrag vom 4. März 1926 in Essen zum Thema Ostjudenproblem die Anti-Haltung seines Vereins gegenüber der Palästinaabesiedlung mit dem Argument: „[A]ber selbst wenn Palästina jährlich 100 000 Einwanderer aufnehmen könnte und diese Wanderung zu finanzieren wäre, – beides ist unmöglich –, so wäre das keine Lösung. Denn das wäre ja noch nicht einmal 2% der Judenheit in Russland und Polen [...] Und

Aus eigenen parteipolitischen und taktischen Gründen benutzte die ZVfD ihrerseits die mit dem KH sympathisierenden CVer zu eigenen, palästinaorientierten Werbezwecken. Diese gerieten daraufhin CV-intern massiv in die Kritik. Der erste Tagungsordnungspunkt der für den 7. und 8. Mai 1926 anberaumten CV-Hauptversammlung stand deshalb ganz im Zeichen der Überprüfung der 1921 eingenommenen Stellung des Vereins zum KH. Zu diesem Zweck ermittelte die Zentrale knapp sechs Wochen vor dem anberaumten Termin die Stimmung in den Landesverbänden und Ortsgruppen.⁴¹ Das Ergebnis muss erbracht haben, dass sie mit einem sicheren Gefühl in die Hauptversammlung gehen durfte, dass die Vereinsmajorität im Westen wie im übrigen Reich also weiterhin zum 1921 gefassten Beschluss stand. Trotzdem war Alfred Wiener im Verlauf des Februars 1926 besorgt, denn die Hauptversammlung durfte sich keinesfalls durch „irgendwelche geschickten Massnahmen einer Minderheit hinter den Kulissen überrumpeln lassen.“⁴² Ohne zuvor seine Vorgesetzten Brodnitz und Holländer zu informieren, wandte er sich nach eigenem Bekennen eigenmächtig an Mitglieder des Hauptvorstandes in den Provinzen und informierte über das Gerücht, nach dem

„irgendein Schritt von Seiten der Anhänger des Keren Hajessod für die Hauptversammlung geplant ist. Wie der Schritt im einzelnen vor sich gehen wird, kann ich noch nicht überblicken. Ich glaube aber nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, dass man versuchen wird, sei es durch eine entsprechend heftige Debatte oder durch eine herbeigeführte Entschliessung, deren Inhalt je nach dem Verlauf der Debatte mehr oder weniger heftig[...] ausfallen wird, den Hauptvorstand zu zwingen, dem Keren Hajessod gegenüber eine vollkommen neutrale Politik auszuüben. [...] Bei der politisch völlig unklaren Friedensduselei, die auch die an sich von vernünftigen Motiven ausgehenden deutschen Juden und damit einen Teil des Central-Vereins erfasst hat, ist es nicht ausgeschlossen, dass die Lockrufe der Friedensschalmei einen gewissen Eindruck auf die Hauptversammlung machen und irgendwelche Entschliessungen über den Keren Hajessod beeinflussen.“⁴³

Aus diesem Grund verlangte Wiener andeutungsweise von den leitenden Funktionären ihren Einfluss auf die Entsendung der Delegierten spielen zu lassen und vor allem die rabbinischen Emissäre im Vorfeld der Versammlung noch einmal an die Notwendigkeit einer klaren Gegenposition zum Keren Hajessod zu erinnern.⁴⁴

da andere Einwanderungsmöglichkeiten nicht in Betracht kommen, ergibt sich unwiderleglich der Schluss: wenn es einen Weg der Hülfe gibt, so kann dieser Weg nur im Osten vorhanden sein.“ HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 0995-1005, hier 0999.

⁴¹ Vgl. *Foerder*, 1927, S. 26. Eher zufällig wurde die zustimmende Reaktion der Ortsgruppe Solingen gefunden. Vgl. HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 752, Frame 2508.

⁴² Alfred Wiener an Jakob Marx, Karlsruhe, am 25. Februar 1926. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 175, Frame 0597-0600. Dieses Schreiben ging als Kopie an weitere namhafte Funktionäre.

⁴³ Ebda., Frame 0597f.

⁴⁴ Teil der Kontroverse über talmudische Auslegungsspielräume zur Frage der Besiedlung Palästinas war das Wortgefecht in der CVZ zwischen Rabbiner Jacob, Dortmund, als erklärtem Gegner des Keren Hajessod und Rabbiner Dr. Hugo Fuchs, Chemnitz, als Fürsprecher. Vgl. CVZ, Um den nationaljüdischen Palästinaaufbau, Nr. 7, 12. Februar 1926, S. 77ff.

Ebenso wenig war innerhalb der Ortsgruppe Chemnitz das Meinungsbild zum KH einheitlich, auch wenn hier die Gegenposition durch Georg Mecklenburg wohl am schärfsten vertreten wurde. Mecklenburg zählte selbst einmal zu den Zeichnern des KH. Zu den Gründen seiner Abkehr siehe *dens.*, Aufsätze und Referate über Zionismus und Centralverein, Chemnitz 1926.

Einer der Empfänger des vertraulich zu behandelnden Schreibens von Alfred Wiener war Herzfeld, der am 27. Februar seine Antwort an dessen Privatadresse richtete. Er teile die Befürchtung nicht. Trotz der unterschiedlichen Meinungen zum KH, die selbst innerhalb der Essener Geschäftsstelle herrschten, war sich Herzfeld sicher, sein Vetter und Sozius Krombach hätte ihm von etwaigen Revolteplänen berichtet:

„Läge etwas derartiges vor und hätte er es mir verschwiegen, so würde ich darin eine ganz schwere Illoyalität sehen, die ich ihm unter keinen Umständen zutraue. Andererseits aber ist doch wohl a[n]zunehmen, dass, wenn eine Aktion vorbereitet ist, Krombach davon wissen müsste.“⁴⁵

Herzfeld lehnte es ab, der Aufforderung Wieners nachzukommen, den demokratischen Entscheidungsprozess innerhalb der Ortsgruppen zu manipulieren. Ohnehin waren die Ernennungen bereits erfolgt. Zweckmäßig erschien ihm hingegen der „Vorschlag, dass sich eine Reihe von gleichgerichteten Herren zu einer Vorbesprechung zusammenfinden.“⁴⁶

Die Krefelder Vereinsspitze hatte vom Kölner Syndikus Eugen Jacobi das Gerücht vernommen, „der Essener Landesverband [habe] eine Neutralität gegenüber dem Keren-Hajessod beschlossen.“⁴⁷ Die Behauptung erschien in Krefeld zwar nicht besonders glaubwürdig, ihr Wahrheitsgehalt konnte allerdings auch nicht völlig in Zweifel gezogen werden, hoffte man doch,

„dass diese Stellungnahme keine endgültige war. Immerhin ist es [...] unbegreiflich, wie selbst bei der bekannten Tendenz des Herrn Krombach in einem Landesverband, in dem die Herren Herzfeld und [der Dortmunder Rabbiner Benno] Jacob sind, ein solcher Beschluss gefasst werden konnte.“⁴⁸

Alle linksrheinischen Delegierten, so die Versicherung aus Krefeld, stünden hinter den Beschlüssen von 1921, obwohl gegenüber dem Ortsgruppenvorsitzenden Gustav Jonas aus Mönchen-Gladbach anfangs gewisse Zweifel gehegt worden waren. Karl Löwenstein aus Aachen wiederum versicherte Wiener am 1. März der von ihm erwarteten Loyalität. Zur Begründung hob er noch einmal die Gefahren für den Kampf um den Integrationsanspruch und deshalb die Notwendigkeit hervor, der Pflege des deutsch-jüdischen Gedankens noch intensiver nachzukommen als zuvor. Seiner Auffassung nach beruhte der KH unzweifelhaft

„auf einer palästinozentrischen Auffassung der Judenfrage. Die ganze Propaganda ist auf den Gedanken eingestellt, dass in Palästina das Zentrum des jüdischen Lebens geschaffen werden soll und dass unser Judesein in Palästina erst zur Vollendung kommen könne. Selbst Aufsätze unserer Freunde enthalten ähnliche Gedankengänge. Die Forderung des nationalen Aufbaues von Palästina [...] wird von den Zionisten, die diesen Aufbau leisten, aufs engste mit dem Diaspora-Nationalismus verquickt. [...] Der palästinozentrische Gedanke des K.H. steht im prinzipiellen Gegensatz zu unserer Ideologie des Verwurzelungsgedankens.“⁴⁹

⁴⁵ HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 175, Frame 0576.

⁴⁶ Ebda., Frame 0577.

⁴⁷ Ebda., Frame 0580f., hier 0581.

⁴⁸ Ebda., Frame 0581.

⁴⁹ Ebda., Frame 0582f. Zur Überzeugung Karl Löwensteins siehe seine kleine Denkschrift Nationaljudentum, in: HM2 8748, Osoby 721 I, Akte 2053, Frame 0144-0152.

Darin sah sich die Mehrheit im CV einig mit dem Verband nationaldeutscher Juden.⁵⁰ Nach dieser gemeinsamen Auffassung war die Neutralität und Toleranz gegenüber dem KH einfordernde kleine Gruppe der öffentlichen Personen des Vereins – angesichts des weit verbreiteten illiberalen Denkens – geeignet, dem gesamten deutsch-jüdisch empfindenden Bevölkerungsteil zu schaden, also die staatsbürgerliche Verlässlichkeit unterschiedslos in Zweifel zu ziehen.

Die befürchtete Rebellion der Linken im Verein blieb – zumindest nach der Berichterstattung der CV-Zeitung – aus. Der sachliche Ton des auszugsweise wiedergegebenen Versammlungsprotokolls nahm den sich tatsächlich abspielenden Streitigkeiten die Schärfe.⁵¹ Die Darstellung der CVZ präsentierte von Anfang an geschlossene Reihen, wenn namentlich drei der KH-freundlichen Exponenten, David Krombach, Essen, Rabbiner Leo Baeck, Berlin, und Staatsrat Dr. Hermann Cohn, Dessau,

„nach keiner Richtung hin als Sturmbock gegen den Centralverein benutzt werden wollen, und daß sie auch durch ihre Stellungnahme in dieser Frage an ihrer Treue zu den Gedanken und zu der Arbeit des Centralvereins nicht im mindesten schwankend gemacht worden sind. Sie bedauern, daß ihre Namen stets gegen den Centralverein ausgespielt [werden]. Das kann hier offiziell festgestellt werden.“⁵²

Wieners Befürchtungen erwiesen sich letztlich als überflüssig, zumal die Kompromissfähigkeit der mit dem KH sympathisierenden Minderheit zweifellos einen leichten Umgang mit dieser ermöglichte. Vehementer forderten dagegen die Gegner, zu deren lautesten Wortführern Vertreter der Chemnitzer Ortsgruppe gehörten, den deutschnationalen Charakter des Vereins noch deutlicher als 1921 zu unterstreichen. Darin setzten sich die Sachsen, die sogar mit Austritt aus dem CV drohten, insofern durch, als der redigierte Resolutionstext die deutschnationale Zugehörigkeit in der Tat nun stärker betonte. Die Wortspielerei tat aber der weiterhin bestehenden individuellen freien Gewissensentscheidung gegenüber dem KH keinen Abbruch. Mit 18 nicht präzisierten Gegenstimmen, die aus beiden Lagern kommen konnten, fand der vierte Keren Hajessod-Beschluss seine Bestätigung.⁵³

⁵⁰ Vgl. CVZ, Die Hauptversammlung des Centralvereins am 7. und 8. März 1926, Nr. 13, 26. März 1926, S. 177.

⁵¹ Vgl. *Mecklenburg*, 1926, S. 17.

⁵² CVZ, Die Hauptversammlung des Centralvereins am 7. und 8. März 1926, Nr. 13, 26. März 1926, S. 177.

⁵³ Die Version des Jahres 1921 lautete noch: „Solange die sozialen und geistigen Einrichtungen des deutschen Volkes und die religiösen und kulturellen Bedürfnisse des deutschen Judentums bittere Not leiden, solange zahlreiche heimatlos gewordene Juden unserer dringenden und augenblicklichsten Hilfe bedürfen, hat jüdischer Gemeinschaftsgeist und Wohltätigkeitssinn überreiche Gelegenheit zu fruchtbarer Arbeit.“ Materialien zur Palästinapolitik des C.V. vorgelegt von der Geschäftsleitung. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 19, Frame 0281-0291, hier 0287.

Pointierter hieß es 1926, dass „Wohltätigkeitssinn überreiche Gelegenheit und Pflicht zu fruchtbarer Arbeit innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft“ finden sollte. CVZ, Die Hauptversammlung des Centralvereins am 7. und 8. März 1926, Nr. 13, 26. März 1926, S. 178.

Eine Vergleichsgröße gegenüber den 18 Gegenstimmen wurde nicht genannt. Doch allein angesichts der zu diesem Zeitpunkt über 600 Ortsgruppen, die zur Entsendung von Delegierten berechtigt waren, zuzüglich derjenigen, die die Landesverbände entsandten, sind diese Gegenstimmen, selbst wenn nur ein Bruchteil der Delegierten anwesend gewesen wäre, verschwindend gering. Die der CVZ entnommene protokollarische Abwesenheitsliste nannte im Übrigen nur wenige Namen.

Der KH bildete lediglich den Anlass des Flügelkampfes im Verein, der geeignet war, den Gesamtbestand der größten deutsch-jüdischen Organisation zu erschüttern. Diese Gefahr ging von den rechten Flügelmännern aus, die unverhohlen mit Sezession drohten. Die KH-Sympathisanten wirkten sich dagegen bedrohlich auf die öffentliche Meinungsbildung aus. Wiener hatte versucht, beide Gefahren mit einem Schlag aus der Welt zu schaffen, weshalb Herzfeld im Februar auch Diskretion ob der Missachtung des üblichen, zentralistischen Kommunikationsflusses wahrte. So konnte auch die Führungsspitze Brodnitz und Holländer nicht mit denjenigen in Verbindung gebracht werden, die im Centralverein versuchten, unliebsame oppositionelle Stimmen mit antidemokratischen Methoden verstummen zu lassen. Damit war die Bestätigung der 1921 gefassten Resolution ein auch für Wiener glücklicher Kompromiss, der zudem die Interessen beider Lager vereinte und der deutschen Öffentlichkeit zum wiederholten Male die zu beweisende nationale Loyalität dokumentierte.

Bedeuteten diese Mehrheitsverhältnisse aber tatsächlich, dass sich der CV vom Judentum zugunsten des Deutschtums entfremdet hatte? Mit Sicherheit ja, sofern die Existenz einer volkisch jüdischen Einheit unterstellt wird. Unter dieser Voraussetzung konnte die Beteiligung des Vereins am Keren Hajessod durchaus als Gradmesser jüdischer Gesinnung interpretiert werden. Mit umgekehrten Vorzeichen war dann aber auch das Resultat des Reichstagswahlausschusses ein sicherer Gradmesser der mangelnden deutschen Gesinnung der Zionisten. Wegen der zutiefst persönlichen Natur der jeweiligen Gesinnung war aber diese Messmethode ebenso ungeeignet wie die Diskussion um Loyalitäten unergiebig. Sie beschrieb weder die vielschichtige Identität eines deutschen Zionisten noch die eines jüdischen Deutschen. Um der diffusen Debatte ein wenig Klarheit zu verleihen, musste sie wohl zwangsläufig mit einer gewissen Ausschließlichkeit geführt werden. Letztlich macht das Bedürfnis, die jeweilige Gesinnung durch Messung und Vehemenz greifbar zu machen, die bestehenden Unbestimmtheiten und Unsicherheiten beider Identitäten deutlich. In Bezug auf den CV hatte die Auseinandersetzung zur Folge, dass er über seine Zwienatur reflektierte und sich bis 1928 neu positionierte, indem vor allem die jüdische Gemeinschaft stärkere Betonung erfuhr. Wie in Kapitel 4 dieser Arbeit gezeigt, wurde diese Entwicklung mit Blick auf die Jugendlichen angestoßen, obwohl sich zumindest im Westen die ursprüngliche Befürchtung als unbegründet erwies, der potenzielle Nachwuchs könne von den Zionisten abgeworben werden – nicht zuletzt, weil die hölzerne Vermittlung des demokratisch-rechtlichen Wertekodexes durch den CV weniger emotionale Kräfte freisetzte, als es der Zionismus vermochte.⁵⁴ Der Rekurs im CV auf das Judentum war

⁵⁴ Fritz Friedländer etwa erklärte die Zugkraft des Zionismus wie folgt: „Er stellte für die jugendliche Seele nichts weniger als eine Verherrlichung des Revolutionären dar. Hierdurch übte er seine unverkennbare Werbekraft auf das jugendliche Gemüt aus, wie es denn überhaupt eines seiner großen Verdienste ist, die Jugend als seelische und soziale Eigenform bejaht zu haben, während der Liberalismus in den schweren Fehler verfiel, sie als Durchgangsstation auf dem Wege zum gutfunktionierenden Staatsbürger zu betrachten. Vielleicht findet dieses Mißverhältnis darin eine gewisse Erklärung, daß der Zionismus mit seiner Haltung symbolisch auf den begeisterten Jüngling, der Liberalismus dagegen auf den gereiften Mann hinzielt. Wodurch aber wirkte der Zionismus so nachhaltig auf den jungen jüdischen Menschen? Indem er ihm Erlösung aus dem vorgeblichen Wesenszwiespalt seiner deutsch-jüdischen Existenz [...], indem er im scharfen Gegensatz zu der assimilationsjüdischen Zerrissenheit den sogenannten ganzen Menschen, die geschlossene jüdische Persönlichkeit predigte.“ Leitartikel der CVZ, Zur Entwicklung unserer Weltanschauung, Nr. 25, 21. Juni 1929, unpaginiert.

folglich eine Reaktion auf die zu befriedigenden Bedürfnisse einer geistig orientierungslosen jüdischen Jugend. Das Gefühl der Unsicherheit führte dazu, dass sie von den politisch-liberalen Werten der Elterngeneration abrückte, nachdem die Umwelt die These von der ‚völkischen‘ Andersartigkeit und damit der vorgeblich eigenen Überlegenheit nur allzu bereitwillig aufgegriffen hatte. Die ausbleibende gesellschaftliche Akzeptanz schien der Zionismus zu bekräftigen. Beides erschütterte die ideell-rechtliche, emotionale sowie die materiell-existenzielle Bedeutung des Heimatgefühls der CVer. Zudem ließ die Behauptung, es existiere eine allumfassende jüdische Nation, eine jüdische „Z w a n g s g e m e i n s c h a f t wider Willen“⁵⁵ entstehen, wodurch sich dem CV eine zweite Front eröffnete, gegen die er glaubte sich wehren zu müssen. Die Besinnung auf das Judentum diene somit der Resistenz gegen den Antisemitismus und den Zionismus. Durch diese beiden Kräfte kam der CV an den Anfang seiner Bestimmung zurück: die Abwehr, deren Voraussetzung die konfessionelle Zugehörigkeit zum Judentum war.

Der innerjüdische Streit um die nationale und kulturelle Zugehörigkeit war nach herrschender Sicht im Verein völlig kontraproduktiv für die ohnehin zweifelhafte gesellschaftliche Stellung; er gefährdete zudem Sinn und Zweck der gesamten Abwehrarbeit. Die Debatte um den Keren Hajessod tangierte folglich nichts weniger als die Seinsfrage des Vereins in Theorie und Praxis. Entsprechend vehement verteidigten CVer zukünftig ihre Wesensart, unzweifelhaft Glieder der deutschen Staats- und Kulturnation zu sein. Dieses nationale Selbstverständnis verblieb im Übrigen noch eine ganze Weile im politischen Denken der CV-Majorität. Daran vermochte erst der Erlass der Reichsbürgergesetze etwas zu ändern. Unvoreingenommener sollte der CV seitdem die existenzielle Bedeutung des zionistischen Palästina-Projekts für viele der Verfolgten anerkennen, während von dem deutschen Nationalverständnis nur noch mehr der von Grenzen unabhängige idealistische Begriff der deutschen Kulturnation übrig blieb, bis auch dieser verwirkt war.

Bis dahin kam es bei jeder Herausforderung, die die deutsch-jüdische Gleichwertigkeit aberkannte, zur rigorosen Bekräftigung des eigenen Geltungsanspruchs, was die Bereitschaft förderte, die immer schwerer werdenden Bewährungsanforderungen anzunehmen und unumstößlich die eigene Prinzipientreue zu pflegen: Genauso wenig wie „der Zionismus von seinem nationalen Fundament nicht einen Deut aufgegeben hat und nicht aufgeben kann, ohne aufzuhören, Zionismus zu sein“⁵⁶, konnte der CV von seiner Zwienatur abrücken, ohne eigenhändig die eigene Identität zu zerstören. Außerdem gab es 1928 – im noch nicht zerstörten Vertrauen auf den humanistischen Sinngehalt der deutschen Kultur- und Rechtsnation – eine Mission im Geiste des Fortschrittsglaubens, der Vernunft und Toleranz zu erfüllen. Um sich greifende Verwirrung und von Sezession bedrohte Mitgliederreihen dienen dieser Mission nicht.

⁵⁵ CVZ, Die Hauptversammlung des Centralvereins am 7. und 8. März 1926, Nr. 13, 26. März 1926, S. 176.

⁵⁶ CVZ, Antisemitismus und Zionismus, Nr. 26, 29. Juni 1923, S. 209.

5.3 Streit ums Geld

Der Kölner Ortsgruppenvorsitzende Frank kam auf der Hauptversammlung des Jahres 1926 auf die in den Mitgliederreihen herrschende Verwirrung wegen des Keren Hajessods zu sprechen. Sie kann keine lokale Erscheinung gewesen sein, denn die CVZ-Redaktion sah sich genötigt, die Leser über die Motive und Ziele des Fonds aufzuklären. Sie ließ die Zionisten selbst zu Wort kommen. Laut Zionistischem Handbuch handelte es sich bei der Zeichnung um eine „Steuer“, eine „Pflichtabgabe“, um ein „nationales Erziehungsmittel“⁵⁷ und nicht mehr nur um eine wohlthätige Spende. Einmal abgesehen von der Unterstellung, bei Nichtzahlung moralisch ein Steuervergehen zu verüben, galt es dem CV – eingedenk seiner Beschlüsse der Jahre 1921 und vor allem 1926 – die Mitglieder dazu anzuhalten, primär ihrer staatsbürgerlichen Abgabepflicht zur Konsolidierung Nachkriegsdeutschlands nachzukommen. Zudem lag in zeitlicher Nähe die Ankündigung der Jüdischen Rundschau vom 9. April, dem Organ der ZVfD, in 200 Orten Schekelsammlungen durchzuführen.⁵⁸ Diese Ankündigung betraf auch die Domänen im CV-Landesverband Rheinland-Westfalen, wo allem Anschein nach eine erstaunliche Unkenntnis über den Unterschied zwischen Schekelsammlungen einerseits und KH-Sammlungen andererseits herrschte. Zumindest wandte sich der Essener Ortsgruppenvorsitzende Krombach an die Mitglieder, weil

„die von der zionistischen Organisation versandten Schekelblocks [...] vielfach mit Spenden für den Keren Hajessod verwechselt [werden]. Die zionistische Organisation rechnet aber ihre Mitgliederzahl nach den Schekeleingängen. Die Verwechslung der Schekelzahlungen mit etwaigen Spenden für den Keren Hajessod würde also dazu führen, daß die Zahl der zionistischen Anhänger überschätzt werden würde. Spenden für den Keren Hajessod (Aufbaufonds) sind auch zu unterscheiden von den Spenden für den Keren Kajemeth (Nationalfonds), der eine rein national-jüdische Angelegenheit ist. Wir gestatten uns[,] Ihnen diese Aufklärung zugehen zu lassen.“⁵⁹

Da Krombach ohnehin zu denen gehörte, die sich die Verwendung ihres Geldes vorbehielten, übte er in diesem Fall ganz im Sinne seines Vereins rein aufklärende Funktion aus. Mittelbar nahm er dennoch auf diese Weise auf die Einnahmen und somit auf die Mitgliederzahlen der ZVfD Einfluss, zumal es weder in finanzieller noch quantitativer Hinsicht gut um den rheinisch-westfälischen Gruppenverband der ZVfD stand.

1925 zählte die Aachener Ortsgruppe der ZVfD 45 Mitglieder. In Bochum vereinigte sie 31 Mitglieder, in Bonn 25, in Dortmund 33, in Düsseldorf 99, in Duisburg 29, in Essen 79, in Hamm 21, in Köln 220, in Mönchen-Gladbach zehn, in Münster 27 und in

⁵⁷ CVZ, Das zionistische Handbuch über den K.H., Nr. 16, 16. April 1926, S. 216.

Siehe zudem den am 27. August 1926 in der Zionistischen Korrespondenz veröffentlichten Bericht, nach dem „der Keren Hajessod [...] nicht bloss ein Palästinafonds [ist], er ist ein Mittel der zionistischen Selbsterziehung, eine Verknüpfung des einzelnen Individuums mit Erez Israel. Der Keren Hajessod ist der Prüfstein, ob wir den Notschrei aus Palästina in brüderlicher Anteilnahme aufnehmen oder nicht.“ HM2 8748, Osoby 721 I, Akte 2054, Frame 0276.

⁵⁸ Vgl. ebda., Frame 0365.

⁵⁹ Ebda.

Trier 50. Gegenüber 1926 waren dann allerdings die Abgänge zum Teil recht erheblich, wenn Bochum zehn, Köln 101 und Trier 23 Mitglieder einbüßte. Dortmund bildete eine seltene Ausnahme, da hier binnen jenem Jahr ein Zuwachs von 23 Mitgliedern zu verzeichnen war.⁶⁰ Dennoch reichte kaum eine dieser Gruppen an die Mitgliederzahlen heran, die der CV aufwies. Folglich wogen Einnahmeeinbußen ungleich schwerer für die ebenfalls beim Inkasso auf Probleme stoßenden ZVfD-Funktionäre. Dieser Zustand verschärfte sich bis 1931, sodass sogar die Existenz des Gruppenverbandssekretariats in Duisburg gefährdet war.⁶¹ Das bestätigte „ein streng vertrauliches Schreiben des geschäftsführenden Ausschusses der Zionistischen Vereinigung für Deutschland“, das Ernst Plaut am 13. August 1931 in die Hände bekam und „in dem eingehend die katastrophale finanzielle Lage der zionistischen Organisation geschildert wird.“⁶²

Daneben besaß Geld eine symbolische Kraft, wie es vor allem hinsichtlich der Subventionen, die die Synagogengemeinden den beiden Organisationen zuteil werden ließen, deutlich wurde. Am 4. Oktober 1929 jubelte Kurt Alexander, die Krefelder Synagogengemeinde habe ihren Jahresbeitrag für den CV von 60 auf 500 Mark erhöht. Der Zuschlag wäre sogar noch höher ausgefallen, spielte da nicht ein gewisser Nachahmungseffekt eine Rolle, weil sich die Krefelder an der Großgemeinde Frankfurt/Main orientiert hatten, die dem CV 300 Mark überwiesen hatte, während die Aachener Gemeinde 1.000 Reichsmark für das kommende Jahr für den CV bereitgestellt hatte.⁶³ Ein entsprechender Betrag für den KH wurde für diese Gemeinden nicht einmal erwähnt.

1.000 Reichsmark hatte die Kölner Gemeinde dem CV 1929 überwiesen, während der Betrag für den KH auf 400 Mark gesenkt worden war; ein beachtenswerter Fall, weil ein Antrag der Liberalen, den Zuschuss für den CV zu erhöhen, den für den KH hingegen zu senken, mit der einen einzigen Stimme durchging, die die Volkspartei

⁶⁰ Die statistischen Angaben sind einer Broschüre im Anhang zum Bericht der ZVfD an den XXI. Delegiertentag entnommen, der im August 1926 in Erfurt stattfand. Vgl. ebda., Frame 0320f.

⁶¹ Andere Gruppen vor allem im Ruhrgebiet bestanden nahezu nur aus Ostjuden, deren finanzielle Situation überwiegend miserabel war. Harry Epstein forderte insbesondere angesichts dieser Einschränkung mehr Hingabe von seinen zionistischen Gesinnungsgenossen gerade in Düsseldorf, die zahlungsfähig, aber nicht -bereit waren: „Wir wissen, dass auch noch in diesen Gruppen genug Zigaretten geraucht, Brillantringe und Pelzmäntel getragen werden usw.“ Schreiben Epsteins an Harry Bein, Düsseldorf vom 19. Juni 1931. ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-90.

Wieder andere Gruppen, die wie die in Wuppertal-Elberfeld „verhältnismässig viele Mitglieder“, aber nur wenige zahlungskräftige führten, waren trotz leerer Kassen bereit, nach Kräften sogar bescheidene Extraleistungen aufzubringen, etwa für die „Propagandakosten“, die für die 1930 stattfindende Wahl zum PLV gedacht waren. Schreiben Leo Adlersteins vom 8. Oktober an Duisburg. Ebda., A 101-145.

Die Aachener Ortsgruppe bestand hingegen nahezu ausschließlich aus Jugendlichen, die kaum über ein eigenes Einkommen verfügten. Vgl. das Schreiben der Aachener Ortsgruppe vom 20. Oktober 1930 an das Zionistische Wahlbüro in Duisburg. Ebda., A 101-145.

⁶² HM2 8742, Osoby 721 I, Akte 1895, Frame 1245ff. Nach diesem Dokument vom 11. August 1931 drohten der Erweiterten Jewish Agency und dem Keren Hajessod, trotz massiver Sparmaßnahmen, bis zum Monatsende der Bankrott, sofern nicht unmittelbar das Defizit von knapp 100.000 Pfund durch umfangreiche Spenden gedeckt würde.

⁶³ Vgl. das Schreiben der Ortsgruppe Krefeld am 4. Oktober 1929 an die Zentrale. HM2 8713, Osoby 721 I, Akte 848, Frame 2535.

zusammen mit den Konservativen eigentlich von den Liberalen in Köln hätte trennen sollen.⁶⁴

Die Essener Gemeinde, obwohl über die Jahre hinweg liberal majorisiert, kannte hingegen bis einschließlich 1929 einen gleichmäßigen Verteilungsschlüssel von jährlich 175 Mark. Die zionistischen Vertreter arrangierten sich mit diesem vergleichsweise bescheidenen Betrag und stimmten in Essen auch nicht gegen die für den CV bestimmten Subventionen, „um den Betrag für den K.H. nicht zu gefährden, dessen Bewilligung nicht nur geldlich zu bewerten ist.“⁶⁵ Der Umschwung in Essen kam im Reichstagswahljahr 1930, als nur dem CV ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 500 Mark bewilligt wurde; die Zionisten gingen leer aus.⁶⁶ Epstein, der „die Abwehr des Antisemitismus [als] eine zentrale Aufgabe der Gemeinde und Gemeindeverbände“ betrachtete, konnte deshalb auch richtig böse werden, wenn etwa das Essener Ortsgruppenvorstandsmitglied der ZVfD Moses Auerbach einer Einladung des CV folgte „und dort erklärt hat, er persönlich sei mit Leib und Seele bei der vom C.V. vorgeschlagenen Kooperation“ in Form des Reichstagswahlausschusses, während für Epstein

„diese Kooperation lediglich darin [besteht], dass zionistische und ostjüdische Gelder angenommen, Zionisten und Ostjuden im übrigen aber vom C.V. ausgeschlossen werden [...] Auf keinen Fall dürfen wir lokal gesondert vorgehen.“⁶⁷

Epstein, der Vereinsdisziplin und den Boykott von CV-Versammlungen forderte, machte am 6. August den Essener Kollegen noch einmal deutlich, dass den Ausschuss befürwortende Erklärungen

„vor der Oeffentlichkeit nicht anders als eine bedingungslose Sympathieerklärung für die geldliche Unterstützung des C.V. angesehen werden. Das berührt besonders merkwürdig in einem Augenblick, in dem der C.V. wie die übrige Assimilation in besonders aggressiver Weise gegen uns vorgegangen ist, vor allem in unserem Bezirk. [...] Wir dürfen auch darauf hinweisen, dass kürzlich in Essen, trotz der vorjährigen Versprechung[,] die Gemeinde den K.H.-Beitrag abgelehnt, dagegen den C.V.-Beitrag bewilligt hat, während z. B. in Duisburg die (durchaus gerechtfertigte) Ablehnung des C.V.-Beitrages die hiesigen liberalen Gemeindevertreter zur Niederlegung ihrer Aemter bestimmt hat. Niemand von Ihnen ist gehindert, einer anti-antisemitischen Partei soviel Geld zu geben wie er will. Solange aber z. B. massgebende Führer des C.V. in grossen öffentlichen[,] zur Bekämpfung des Antisemitismus stattfindenden Versammlungen eine feindliche Haltung der Regierung gegen die Ostjuden propagieren, bedeutet es für diese wie für uns moralischen Selbstmord, dem C.V. Geld in die Hand zu geben und eine so gefährliche Propaganda weiter zu betreiben.“⁶⁸

Dieses Argument motivierte wohl auch die Etatverteilung in Düsseldorf 1931. Mit knapper Mehrheit wurde dort der KH-Zuschuss mit der Begründung abgelehnt, die Gemeinde müsse sparen.⁶⁹

⁶⁴ Vgl. ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-23.

⁶⁵ ZVfD an die Mitglieder der Gemeindegemeinschaft, Dezember 1932. Ebda., A 101-3.

⁶⁶ Vgl. ebda.

⁶⁷ Epstein am 2. August 1930 an Dr. E.[rwin] Mansbach [Leiter des Keren Hajessod], Essen. Ebda.

⁶⁸ Epstein am 6. August 1930 an Auerbach, Büschel, Frankenstein, Gerson, Koch, Margulies, Essen. Ebda.

⁶⁹ Vgl. das Schreiben Epsteins vom 27. April 1931 an Berlin. ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-90.

Die Verteilungspraxis in den Gemeinden gab dem CV Auskunft über die jeweilige Honorierung der eigenen gegenüber der zionistischen Arbeit, die vor der Gefahr stand, wegen Geldmangels eingestellt zu werden. Das Taktgefühl verbot jegliche Häme darüber. Viel zu subtil war zuweilen die antizionistische Agitation des CV.

Im Juli 1926 etwa lag der 25-seitige Vorbericht zur Palästinareise Alfred Wieners vor, der auf Beschluss des Hauptvorstandes vom 7. Juli sämtliche Ortsgruppen und Landesverbände erreichte. Ziel der Darstellung war es, den Beweis für die unsympathischen nationalen Intentionen eines sozialistisch geprägten Palästinaaufbaus zu führen sowie das Bild einer ungewissen Zukunft zu zeichnen. In diesem Zusammenhang machte Wieners Bericht auf die elementaren monetären Voraussetzungen aufmerksam: „Die Einnahmen des Keren Hajessod sind bis jetzt viel zu gering, um auf Dauer das bestehende Werk zu erhalten, geschweige denn auszubauen.“⁷⁰ Während die Leistungen des Keren Hajessod einerseits gewürdigt, andererseits durch andere, nicht jüdischnational motivierte Spendenorganisationen im Land relativiert wurden, ging Wiener auf eine fragwürdig arrogant-elitäre Art auch auf den kulturellen Unterschied „z w i s c h e n O s t- und W e s t j u d e n“ ein, der „u n g e h e u e r g r o ß gerade in dem Lande [sei], das alle diese Gegensätze überbrücken soll.“⁷¹ Der Zeitpunkt, da der Bericht gestreut wurde, war zweifelsohne bewusst gewählt, weil man die Absicht verfolgte – bei aller Anerkennung des im Land herrschenden Idealismus und Aufbauwillens –, eine abschreckende Wirkung zu erzielen.

Im rheinisch-westfälischen Gruppenverband der ZVfD zeigte die 1926 intensivierte Aufklärungskampagne des Centralvereins Wirkung. Der Umgangston wurde schärfer. Aus diesem Grund drohte Herzfeld seinerseits im März 1926 mit dem Bann zionistischer Veranstaltungen, sofern sich keine Versachlichung der Auseinandersetzung einstellen würde.⁷² Im Mai setzte dann der Centralvereins-Dienst die Beamten des Vereins über den Hauptvorstandsbeschluss in Kenntnis, nach dem „keine gemeinsamen Diskussionsabende mit Zionisten“⁷³ mehr stattfinden sollten. Was dem flüchtigen Leser als grundsätzliche Weisung scheinen konnte, bezog sich bei genauem Hinsehen nur auf den örtlichen Boykott der gemeinsamen Veranstaltung in „einer unserer Ortsgruppen“⁷⁴, nämlich der Breslauer. Darüber hinausgehende Boykottmaßnahmen zeitigte der Beschluss offenbar nicht.

⁷⁰ ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-129, S. 11; siehe auch S. 23.

⁷¹ Ebda., S. 15.

⁷² Vgl. Waldsteins Bericht vom 25. März 1926 an die Zentrale. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1413, Frame 0986-0988, hier 0987f.

⁷³ Central-Vereins-Dienst, Jg. III, Nr. 1, 21. Mai 1926, S. 1.

⁷⁴ Protokoll der Hauptvorstandssitzung vom 25. März 1926. HM2 8748, Osoby 721 I, Akte 2054, Frame 0379.

Lokal wurde immer wieder einmal zum Boykott der Versammlungen der ZVfD aufgerufen. Unmittelbar vor der Reichstagswahl 1928 sandte etwa der Vorstand der Ortsgruppe Duisburg am 7. Mai ein Rundschreiben an die Mitglieder, demzufolge der Besuch einer Versammlung, zu der Kurt Blumenfeld lud, untersagt wurde. Unter Hinweis auf Wahrung der Vereinsdisziplin wollte der Vorsitzende Richard Rosenthal die erwartete „Auseinandersetzung über innerjüdische Streitfragen“ vermeiden. Notwendig sei vielmehr, die „Einigkeit des deutschen Judentums“ zu mimen. „Im gegebenen Augenblick aber gilt unsere ganze Kraft der Unterstützung der uns freundlichen und dem Kampf der uns feindlichen Parteien.“ ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-129.

5.4 Erweiterte Jewish Agency und die neun Thesen Holländers 1928

Diese gegenseitigen Drohgebärden erfolgten zu einer Zeit, als die jüdische Einwanderung nach Palästina stagnierte und sich dort ab 1927 die wirtschaftliche Situation derart verschlechterte, dass ältere Pläne aufgegriffen wurden, um dem Aufbauprojekt größere finanzielle Mittel und eine Kooperationsbasis idealerweise der gesamten Judenheit, also auch mithilfe von erklärten Nichtzionisten, zu erschließen.⁷⁵

Im Vorfeld der Verhandlungen über die Erweiterung der Jewish Agency (EJA) mit Nichtzionisten nahm die Hauptversammlung erstmals Anfang Februar 1928 Stellung zu dieser Unternehmung internationaler Färbung, um letzten Endes aber die von Holländer vorgelegten neun Thesen gütlich zu billigen.⁷⁶ Ohne eine abschließende Entscheidung vorwegzunehmen, ob der CV als Organisation Teil des zu erweiternden Gremiums würde oder nicht, unterstrichen die neun Thesen Holländers den rein deutschnational ausgerichteten Charakter des Vereins, seine eigenen, in die Zukunft weisenden Aufgaben in Deutschland sowie die hierfür notwendigen gesinnungsmäßigen Voraussetzungen. Holländers Thesen nahmen indes gegenüber dem zwei Jahre zuvor gefassten Beschluss am Ende eine signifikante Wendung:

„1. § 1 unserer Satzungen bleibt die unveränderte Grundlage unserer Arbeit. Er lautet: ‚der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E.V. bezweckt, die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung zu sammeln, um sie in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung sowie in der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung zu stärken‘.

⁷⁵ Vgl. das Material zur Frage der Jewish Agency. Vorgelegt der Hauptvorstandssitzung vom 24. März 1929 von der Hauptgeschäftsstelle des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1933, Frame 0238-0262.

Der Leiter der deutschen Nichtzionisten in der Jewish Agency, Oscar Wassermann, versuchte zu vermitteln, „weil er der Meinung ist, dass unsere Arbeit für Palästina unter der Gegenagitation des C.V. wesentlich leidet.“ Aus diesem Grund kam es unter seiner Regie zu Vorgesprächen, bei denen beide Seiten die Bedingungen ausloteten, unter denen ein Bündnis im Rahmen einer EJA realisiert werden könnte. Für den CV verlangte sein Vorsitzender nicht zuletzt die Preisgabe nationaljüdischer Propaganda. Ferner forderte er, das bisherige jüdische Schulwesen nicht nationaljüdisch auszurichten. In diesem Punkt erwies sich Brodnitz kompromisslos. Ohnedies erwartete er bei einer eventuellen Verständigung bereits „grosse Schwierigkeiten innerhalb des C.V.“ Schreiben der ZVfD, Berlin, am 11. März 1927. Streng vertraulich! (Nur zur persönlichen Information!) An die Mitglieder des Landesvorstandes! ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-129.

Speziell der Versuch, das jüdische Schulwesen im zionistischen Geist zu reformieren, stieß auf Widerspruch „fast alle[r] deutschen Juden.“ Der Widerspruch erreichte auch den Oberbürgermeister Duisburgs am 4. Januar 1926, nachdem die Duisburger Synagogengemeinde, neben der Kölner eine der zionistischen Domänen im Westen, ihrerseits in Zusammenarbeit mit den „ausländischen Juden“ eine Eingabe an die Stadtverwaltung wegen der Etablierung einer jüdischen Volksschule gerichtet hatte. Der Widerspruch der liberalen Minderheit am 4. Januar 1926 wurde bezeichnenderweise vom CV-Ortsgruppenvorsitzenden Richard Rosenthal mit unterzeichnet, der behauptete, „die liberalen Kreise [wollen] nicht haben [...], dass ihre Kinder zu Nationaljuden, sondern zu aufrechten und guten Deutschen erzogen werden.“ Ebda.

⁷⁶ Vgl. CVZ, Unsere Hauptversammlung 1928, Nr. 7, 17. Februar 1928, S. 102.

2. Unser Arbeitsgebiet ist und bleibt vor allem die Vertretung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen der jüdischen Deutschen in der gesamten Öffentlichkeit.
3. Diese Arbeit ist nicht möglich, ohne die unbeirrte Pflege deutscher Gesinnung. Die Liebe zum deutschen Vaterland kann durch keinerlei Verfolgungen und Beschimpfungen beeinträchtigt werden, weil sie nichts Äußerliches ist, sondern die tiefste Verbindung des Menschen mit seiner Heimat bedeutet.
4. Die Pflege dieser Gesinnung ist für uns eine innere Notwendigkeit. Es ist unsere Grundforderung, wie es schon die unserer Väter gewesen ist, daß wir dem deutschen Vaterlande, dem wir seit mehr als tausend Jahren angehören, als gleichberechtigte Glieder des deutschen Volkes und nicht nur als seine Mitbewohner dienen wollen.
5. Wir lieben unser Deutschtum und unser Judentum. Unsere ganze staatsbürgerliche Arbeit, erfüllt von dieser Liebe, zielt darauf, eine harmonische Entwicklung von Deutschtum und Judentum und ihrer Beziehungen zueinander zu fördern.
6. Wir sind überzeugt, dass eine wahrhafte politische Arbeit von Männern und Frauen nur geleistet werden kann, wenn die entscheidende innerliche Betonung der Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum und zur jüdischen Gemeinschaft als eine sittliche Forderung sowie als eine politische Notwendigkeit angesehen wird.
7. Die Abwehrarbeit ist nur ein Teil unserer Arbeit. Aber auch hierbei handelt es sich bloß um eine Abwehr von Angriffen. Der Kampf gilt vor allem auch dem Fehlurteil einer verhältnismäßig großen Zahl unserer christlichen Mitbürger, welche in jedem jüdischen Deutschen immer noch etwas ihnen Wesensfremdes oder etwas Minderwertiges sehen. Diesen Kampf kann nur der deutsche Jude führen, der sich auf Grund der Kenntnis unserer Lehre und unserer Geschichte, insbesondere unserer Vergangenheit auf deutschem Boden, des Wertes unseres Deutschtums und unseres Judentums und ihrer unlösbaren Verbundenheit verantwortungsvoll bewusst ist. Wir lehnen jede blutleere Assimilation ab. Wir erfüllen unsere schicksalsmäßige Aufgabe, indem wir das entwickeln, was wir als kostbares Erbe in uns tragen: unser deutsches Judentum.
8. Die Erkenntnis unseres Selbst sowie die sich aus dem deutschen Volkstum und dem jüdischen Glauben ergebenden Pflichten ermöglichen uns einen sicheren Halt und eine zuverlässige Stellung zu allen Fragen des Tages, mögen sie von der christlichen Umwelt aufgeworfen werden oder durch innerjüdische Erörterungen entstehen. Von dieser unverrückbaren Grundlage aus ist es unsere Aufgabe, die Verteidigung unserer Glaubensgenossen zu führen, ihre Töchter und Söhne in unserer Weltanschauung zu erziehen, die völlige Harmonie zwischen Deutschtum und Judentum herzustellen und dadurch die Stellung des deutschen Judentums für alle Zeiten zu festigen.
9. Als unbedingte Voraussetzung der Arbeit, die uns diesem Ziele näherbringen soll, erstreben wir und fordern wir von unseren Freunden: Vertiefung jüdischen Wissens und Förderung aller derjenigen Bestrebungen, die – bei Ablehnung alles Phrasenhaften – unsere jüdischen Lebenswerte zu erhalten und zu heben vermögen.⁷⁷

Der CV konnte sich dem Sog der Einheitsbestrebungen, wie sie in der EJA zum Ausdruck kamen, nicht entziehen. Selbst die Sachsen blieben nicht unberührt, erwiesen sich konzilient, stimmten den Grundsätzen Holländers zu und hießen nun ihrerseits, wenngleich unter der Voraussetzung eines beständigen Vereinsfundaments, „Naumannianer und Zionistenfreunde [...] in unseren Reihen“⁷⁸ willkommen.

⁷⁷ Ebd., S. 100; siehe zudem die Materialien zur Palästinalpolitik des C.V. Vorgelegt von der Geschäftsleitung. HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1933, Frame 0272f.

⁷⁸ CVZ, Unsere Hauptversammlung 1928, Nr. 7, 17. Februar 1928, S. 100.

Ausgesuchte Zionisten, wie sie die ebenfalls aus der Feder Holländers stammende Resolution des Jahres 1913 definiert hatte, blieben dem geschlossenen Kreis aber weiterhin fern. So war diese Einladung also keine Friedenserklärung, da eine solche „immer nur den Zionisten Vorschub geleistet“⁷⁹ hätte. Vielmehr formierten sich die CVer unter dem Dach ihres Vereins enger, sodass diese Reaktion nichts anderes als eine nationale Gegenbewegung zu der internationalen Einheitsbewegung darstellte, die durch die Bemühungen zur Erweiterung der JA angeregt worden war. Trotz aller bestehenden Klüfte ließ der CV aber die Brücke zu den Zionisten stehen, was gewissermaßen die zehnte These Holländers zum Ausdruck brachte, die gerade Krombach unterstrich und nach der

„w i r [...] e i n G e s i n n u n g s v e r e i n [s i n d]. Aber ein Gesinnungsverein, der in z w e i f e l h a f t e n D i n g e n F r e i h e i t d e r M e i n u n g l ä ß t.“⁸⁰

Seit 1913 war diese Tatsache an und für sich nichts Neues, denn schon damals hatte der CV die in Paragraph 1 seiner Satzung deklarierte doppelte Gesinnung zur Voraussetzung seiner Mitgliedschaft gemacht. Doch zeichnete sich mit der Versammlung des Jahres 1928 ein Aspekt der Vereinsideologie schärfer als zuvor ab. Diesen brachte die Jüdisch-liberale Zeitung vom 17. Februar 1928 in ihrem Titel auf den Nenner:

„nur Heimatgesinnung schafft Heimatrecht.“⁸¹

Erst jetzt gewann die deutsche Gesinnung für die Organisation die Bedeutung, die den CV offiziell zum Weltanschauungsverein machte. Seine Funktion als Abwehrverein rückte 1928 in den Hintergrund, insofern es sich bei der Rechtsschutzarbeit „bloß um eine Abwehr von Angriffen“ handelte, ein funktionales Mittel zum Zweck, um, nach der siebten These Holländers, „dem Fehlurteil einer verhältnismäßig großen Zahl unserer christlichen Mitbürger, welche in jedem jüdischen Deutschen immer noch etwas ihnen Wesensfremdes oder etwas Minderwertiges sehen“, entgegenzutreten. Fortan wurde mit prinzipieller Ausschließlichkeit die Meinung vertreten, nur der eingeweihte, aufgeklärte Bildungsbürger jüdischen Glaubens und deutscher Gesinnung könne diesen Kampf verantwortungsvoll und letztlich siegreich führen. Im CV wollte und konnte man folglich nicht mehr nur ein „reiner Abwehrverein sein“, der lediglich „auf Innehaltung der jetzt geltenden formalen Verfassungsbestimmungen“ insistierte. Die Jüdisch-liberale Zeitung führte dazu näher aus:

„Um aber die sachliche Berechtigung dieser Verfassungsbestimmungen darzutun, müsse man auf das Verhältnis der jüdischen zu den übrigen Deutschen zurückgehen. Der Centralverein will die Gesamtbevölkerung von der sachlichen Richtigkeit der formalen Gleichberechtigung überzeugen, und da gilt noch heute, was vom Beginn der Emanzipation an selbstverständlich war: Vorbedingung jeder Juden-Emanzipation ist das Aufgeben der jüdischen Nation. Auch wenn, wie Holländer aus der Irreligiosität vieler Juden schließen zu müssen glaubt, die Rechnung Judentum = Religion nicht restlos aufgeht [...], so darf man diejenigen Faktoren oder Elemente, aus denen sich die deutsche Judenheit aufbaut, wohl als etwas Besonderes i m deutschen Volk, aber nicht als Besonderes n e b e n ihm betrachten.“⁸²

79 Ebd.

80 Ebd.

81 ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-129.

82 Ebd.

Nur wenige der anwesenden CVer, von denen allem Anschein nach keiner den beiden preußischen Provinzen im Westen angehörte, forderte die Beibehaltung der ursprünglichen Neutralität als Abwehrverein, die nicht nach der nationalen Gesinnung des Einzelnen fragte, sondern das Judentum als Voraussetzung des Abwehrkampfes sah. Nur so könne „jeder innerjüdische Gruppenkampf, insbesondere die Anprangerung von Glaubensbrüdern als unterwertige Patrioten“⁸³, vermieden werden.

Der CV stimmte sich trotz interner Warnungen auf die Konfrontation mit dem Zionismus ein, weshalb die Resolution des Landesverbandes Sachsen auf der Hauptversammlung im Frühjahr 1928 Annahme fand:

„Die von den Zionisten in der Oeffentlichkeit betriebene Propaganda hat es dahin gebracht, daß die früher nur von den Judengegnern betonte Trennung von ‚Deutschen‘ und ‚Juden‘ in der öffentlichen Meinung mehr und mehr an Boden gewinnt; [...] Dieser Zustand bringt die Errungenschaft eines mehr als hundertjährigen Emanzipationskampfes in ernsteste Gefahr. Der CV muß daher wirksamer als bisher der zionistischen Anschauung entgegentreten, nach welcher das Judentum die Volks- und Kulturgemeinschaft aller Juden und Palästina ihr nationales und kulturelles Zentrum sein soll. [...] Gegenüber den Wirkungen der zionistischen Propaganda sieht der C.V. seine Aufgabe darin, s e i n e r Auffassung von Deutschtum und Judentum in der Oeffentlichkeit Geltung zu verschaffen.“⁸⁴

Trotz dieser betont patriotischen Worte verwunderte im Verlauf der Aussprache doch so manchen, dass überhaupt über die Zugehörigkeit zum Vaterland gesprochen werden musste. Offenbar hatte Holländer einen empfindlichen Nerv getroffen, nach dem die „Rechnung Judentum = Religion“ tatsächlich nicht aliquot war. Es existierte ein Band, das im Stande war, selbst den Irreligiösen zu umschließen. Ob als Abstammungs-, Schicksals- und/oder Notgemeinschaft, das Judentum stellte stets eine weder zu ignorierende noch zu assimilierende Kohärenz her. Nur wies das jüdische Kollektivbewusstsein Defizite auf, auf die Holländer in der neunten These einging: „Vertiefung jüdischen Wissens und Förderung aller derjenigen Bestrebungen, die – bei Ablehnung alles Phrasenhaften – unsere jüdischen Lebenswerte zu erhalten und zu heben vermögen.“ Hatte nicht schon 1893 das Vereinsstatut die Pflege der jüdischen Gesinnung ebenfalls zur Aufgabe deklariert? Ein Vierteljahrhundert später konnte Holländer nicht mehr umhin einzugestehen, dass der CV vieles vernachlässigt hatte, womit fortan aufzuräumen war, nachdem ihm die gesellschaftliche und rechtliche Ungleichbehandlung die Grenzen der Sozialbeziehungen zur christlichen Majoritätsbevölkerung gewiesen hatte, der Sittenverfall im politischen Tageskampf fortschritt, die Forderung nach Einführung des ‚Numerus clausus‘ seinem Wesen nach besonders den Bildungsbürger empörte, der gegen Juden gerichtete Wirtschaftsboykott die Wohlstandshoffnungen im Nachkriegsdeutschland noch düsterer erscheinen ließ und nachdem der dem Individualismus so entgegenkommende Verstädterungstrend die Anonymität förderte. Diese lebensfeindlichen Erscheinungen waren insgesamt geeignet, die deutsche wie jüdische Identität zu erschüttern, mit der Folge, beide einer Überprüfung zu unterziehen, weil Aufklärung und Assimilation als Identitätsstifter nicht mehr genügten. Infolgedessen gewann die Ablehnung einer blutleeren Assimilation, wie

83 Ebda.

84 Ebda.

sie in der siebten These erwähnt wurde, nun glaubhaftere, weil dringlichere Züge. Holländer räumte ein, dass der von den Zionisten erhobene Assimilationsvorwurf nicht vollständig von der Hand zu weisen war.⁸⁵

Zweifelsohne hatte der CV positiv auf das Judentum gewirkt.⁸⁶ Von Anfang an hatte er das Renegatentum geißelt; das Judentum war die maßgebliche Voraussetzung der gesamten Aufklärungs- und Rechtsschutzarbeit gegen den Antisemitismus deutschen Schlags. Allein damit erfüllte der CV eine Funktion, die das Judentum zu würdigen und zu erhalten verstand. Außerdem war aus Sicht des Vereins die – für die Praxis relevante – konfessionelle Bindung das einzige kulturelle Unterscheidungsmerkmal gegenüber der christlichen Umwelt. Alltagskonflikte, die aus unterschiedlichen Glaubensvorstellungen und Riten resultierten – etwa bei der Berufsausübung an Samstagen oder in der Schächtfrage –, konnten nach seinem liberalen Credo, durch die in der Verfassung postulierte Bekenntnisfreiheit sowie Trennung von Kirche und Staat auf dem Rechtswege – begleitend unterstützt durch langwierige demokratische Volkserziehung – gelöst werden. Die religiöse Anschauung war zudem formal-rechtlich nichts weiter als eine rein private Angelegenheit, die den Einzelnen als Bürger weder auf- noch abwertete, wenigstens solange diese Überzeugung Gemeingut des Rechts- und Sittenkodexes blieb.⁸⁷ Sicherlich erleichterte dieser Laizismus auch die Entscheidung des Einzelnen, sich von jüdischen Werten und jüdischem Gemeinschaftssinn (nach zionistischer Lesart vom jüdischen Volkssinn) zu entfremden.

Letztlich mangelte es generell an einem einheitlichen Verständnis des Begriffes Jude. Abhängig vom jeweiligen religiösen, kulturellen und/oder nationalen Standort der Organisationen sowie ihrer einzelnen Mitglieder wurde er entsprechend ausgelegt. Dabei reagierten die beiden Kontrahenten weder mit Gelassenheit noch mit Toleranz auf die Tatsache, dass der Begriff keine vereinheitlichende Identitätsbezeichnung bildete. Im Hin und Her zwischen Einheitsbestreben einerseits und dem Bedürfnis andererseits, sich voneinander abzugrenzen, war die Auseinandersetzung über das Prädikat Jude zuweilen sogar von persönlichen Attacken begleitet. Immerhin erfüllte die Diskussion aber mittelbar selbstdefinitive Zwecke. Einige Wochen nach der Hauptversammlung im Februar 1928 ließ die CVZ einen der entschiedensten Gegner des Keren Hajessod, den Dortmunder konservativen Rabbiner Benno Jacob, zu Wort kommen, der die vorausgegangenen Angriffe der Jüdischen Rundschau auf ihn so verstand, als sei er

„ein alles Maß vergessender, böser Hetzer gegen die zionistische Palästina-Arbeit [...] Aber es gibt einen mildernden Umstand für mich: Ich soll ein großer Gelehrter sein und mir durch meine wissenschaftlichen Arbeiten Verdienste erworben haben. In ihnen sei ich

⁸⁵ Vgl. den Leitartikel der IDR, Emanzipation und Zionismus, Nr. 9, September 1920, vor allem S. 260f.; siehe auch CVZ, Gedanken zu unserem Werk, Nr. 52, 27. Dezember 1929, S. 694.

⁸⁶ Vgl. in diesem Zusammenhang die apologetischen Ausführungen im Leitartikel der CVZ, Sauriertheit und Revolution. Zur Frage: Centralverein und Zionismus, Nr. 32, 10. August 1928.

⁸⁷ Siehe die Sondernummer zum 200. Geburtstag Moses Mendelssohns der CVZ, Glaube und Heimat, Nr. 30, 30. August 1929, dort vor allem den Aufsatz Fritz Friedländers, S. 458; weiterhin den CV-Kalender für das Jahr 1930, S. 41f.

g a n z J u d e usw. Also ein Mann, der ganz Jude und doch Gegner des Zionismus ist! Das ist ein für den letzteren fatales Faktum.“⁸⁸

Der als unvereinbar unterstellte Dualismus war sehr wohl zur Deckung zu bringen. Wegen der unterschiedlichen Konnotationen des Begriffes Jude argumentierten die Kontrahenten allerdings letzten Endes teils eloquent aneinander vorbei, denn es war nicht die konservativ-religiöse Lebensart eines Benno Jacob, die in der Kritik stand, und

„[z]ur Vermeidung von Mißverständnissen muß bereits hier betont werden, daß [auch] die zionistische Kritik sich keineswegs gegen den sogenannten religiös-toleranten Liberalismus richtete, obwohl er sich einer Assimilation und Konzession an den modernen, naturalistischen Lebensstil hingab: Diese durchaus nicht konservative Kritik zog vielmehr aus politisch-reformatorischen Gründen gegen ein Judentum zu Felde, das sich in seinen Wesenselementen an der seit dem Ende der Romantik herrschenden Weltanschauung des deutschen Liberalismus gesättigt hatte. Gegen solches liberale Judentum erhoben nun die Catone [sic] des Zionismus die schwere Anklage, daß es an Stelle eines lebendigen Gefühls eine ‚Lebenslüge‘ gesetzt, die heroische in materialistische Instinkte verwandelt und somit eine Entjudung des Judentums verschuldet habe.“⁸⁹

Es war also nicht Religionslosigkeit, die dem CV den Vorwurf einbrachte, für die „Entjudung des Judentums“ verantwortlich zu sein, sondern die Adaption der quasi selbst religiöse Züge tragenden liberalen Idee, die sein Volks- und Nationalbewusstsein ebenso stark prägte, wie sie seine patriotischen Töne erklärte.⁹⁰ Ob diese Haltung angesichts einer sich zunehmend feindlich erweisenden, sich von liberalen Werten verabschiedenden Umgebung zeitgemäß war, beantwortete der CV in seinem fortschrittsgläubigen Sendungsbewusstsein weiterhin positiv. Doch indem der CV an der national-liberalen Geisteshaltung des 19. Jahrhunderts festhielt, deren Produkt der Zionismus ebenso war, wurde das Judentum politisiert. „Innere Befriedung“ und „Einheitsgedanken“⁹¹, wie sie etwa im Rahmen der Erweiterung der Jewish Agency zu verwirklichen versucht wurden, mussten sich zwangsläufig schwierig gestalten.

Seitens des CV konnte die Verwirklichung des Einheitsgedankens nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen möglich werden. Mit dem Rekurs auf Eugen Fuchs galt für Ludwig Holländer dabei die Sichtweise von Judentum, das – „bei aller Verschiedenheit in der politisch-kulturellen Entwicklung der E i n z e l g r u p p e n“ – qua Religion über Grenzen hinweg eine geistige, sittliche Einheit bilde. Insofern stelle das Judentum keine, wie von den Zionisten geforderte, „a b s o l u t e“, sondern nur eine „r e l a t i v e“ Einheit dar: „Die Führer des Centralvereins haben“ daher „stets darauf hingewiesen, dass sie im G e i s t i g e n und nicht im V o l k i s c h e n“⁹² liege.

⁸⁸ CVZ, Zionistische Polemik, Nr. 10, 9. März 1928, S. 132.

⁸⁹ CVZ, Entwicklung unserer Weltanschauung, Nr. 25, 21. Juni 1929, unpaginiert.

⁹⁰ Vgl. ebda.

⁹¹ CVZ, Saturiertheit und Revolution. Zur Frage: Centralverein und Zionismus, Nr. 32, 10. August 1928, S. 442f. Holländer verwarf darin die in der Jüdischen Rundschau zu lesende Behauptung, der CV wirke nicht positiv jüdisch; weiterhin verwarf er den Vorwurf, „der wahre Gegensatz zwischen Centralverein und Zionismus [sei] der zwischen Reaktiv und Aktiv, zwischen Beharren und Erneuern, zwischen Saturiertheit und Revolution.“ Ebda.

⁹² Ebda., S. 442f.

Nach Holländers Mengenlehre fand sich die Schnittmenge nur in Religion und Ethik. Dennoch stellte sich im Disput um den Begriff des Judentums wegen der unterschiedlichen nationalistischen Konnotationen keine Toleranz ein. So war die Entscheidung des Vereins gegen eine Teilnahme an einer erweiterten Jewish Agency bereits vorweggenommen. Allerdings fällten nicht die Delegierten diese Entscheidung, sondern die Mitglieder des Hauptvorstandes auf ihrer Sitzung vom 23. bis 24. März 1929.⁹³ Rund 80 Vertreter, von denen nur die Hälfte aus dem Reich kam, waren in diesen Tagen in Berlin zugegen. Nach dem Bericht der CVZ vom 29. des Monats spalteten sie sich in drei Gruppen, von denen die erste aufgrund sachlicher Motive den CV nach seinem Wesen und seinen Aufgaben für nicht zuständig hielt. Die zweite Gruppe lehnte aus national-emotionalen Motiven eine Beteiligung von Vereinsdelegierten an der JA kategorisch ab, während sich die dritte insofern befürwortend aussprach, als Mitgliedern des Vereins als Privatpersonen der Beitritt zu gestatten war, der der gesamten Organisation aber auch für sie indiskutabel blieb. Mit 48 zu 35 Stimmen ging der Antrag des Hannoveraner Rechtsanwalts Alfred Lichtenberg „und Genossen“ durch, demzufolge

„für den Centralverein [...] die satzungsmäßig wesentliche Aufgabe die Vertretung unserer Ideale und unserer Interessen in der deutschen Heimat [ist]. Allem voran steht uns deshalb die Wahrung der Geschlossenheit der deutschen Juden für diese Ziele. Die Tatsache allein schon, daß das Palästinawerk im Kreise der deutschen Juden nicht einheitlich beurteilt wird, und daß weite Kreise die Mitarbeit hieran seiner national-jüdischen Bedeutung und Wirkung wegen ablehnen, – diese Tatsache allein schon bestimmt den Hauptvorstand, unbeschadet aller Gründe, von einer Entsendung von Vertretern abzusehen.“⁹⁴

Damit wurde keine ablehnende Stellung bezogen, wenn Einzelpersonen der EJA beitraten. Die Kategorisierung, die die CVZ vorgenommen hatte, entsprach weitgehend dem tatsächlichen Meinungsbild innerhalb des Vereins, weil vorab aus vielen Teilen des Reichs Stellungnahmen und Resolutionsvorschläge von Mitgliedern des Hauptvorstandes in der Zentrale eingegangen waren. Am 20. März hatte der Vorsitzende des Landesverbandes Freistaat Sachsen, Rabbiner Felix Goldmann, seinen Stimmungsbericht über eine Ortsgruppenvorstandssitzung in Chemnitz vom Tage zuvor an die Zentrale übermittelt. Bei dieser Gelegenheit lernte er nebenbei zweierlei: „wie richtig es für den Landesverbandsvorsitzenden ist, wenn er öfters einmal die Vorstandssitzungen der Ortsgruppe besucht. Es ist das viel wichtiger, als dass er zu grossen Versammlungen geht.“⁹⁵ Zweitens erkannte er mit Blick auf die Chemnitzer und Plauener Ortsgruppe, wie sehr die demokratische Meinungsbildung von der Herrschaft des Ortsgruppenvorsitzenden und einer Hand voll Vorstandsmitglieder diktiert werden konnte. Entsprechend emotionsgeladen war die Stimmung in Chemnitz:

⁹³ Der Vorstand der Ortsgruppe Chemnitz fasste bereits am 15. Januar 1929 eine Resolution, die erstens den Beitritt des Vereins zur EJA und zweitens die Entscheidungshoheit des Hauptvorstandes in dieser Angelegenheit ablehnte. Vgl. HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1932, Frame 0224.

⁹⁴ CVZ, Die Hauptvorstandssitzung des Centralvereins. Unser Kampf gegen Nationalsozialismus – Die Jewish Agency Entschließung, Nr. 13, 29. März 1929, S. 160.

⁹⁵ HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1932, Frame 0136-0138. Diese Paginierung ist nicht vollständig, denn das Schreiben hat einen vierseitigen Umfang. Sehe deswegen die dritte Seite des Originals.

„Mecklenburg wettete und tobte und verlangte, die Ortsgruppe solle aus dem Centralverein austreten, und auch [Albert] Sussmann[, der] an sich ein sehr kluger und zurückhaltender Mann ist, liess [an]fänglich etwas Aehnliches durchblicken. Ausserdem erklärt[e die] ganze Versammlung gleich zu Anfang, dass man unter allen Um[stän]den auf der Einberufung einer Hauptversammlung bestehen muss[e].“⁹⁶

Beides ließ Goldmann seinem Bericht zufolge unbeeindruckt. Nach seiner Replik schere sich der Ortsgruppenvorstand bei Beschlussfassungen nicht um die Meinung der Mitglieder. Und was die Austrittsdrohung angehe, so sähe er keine Probleme, innerhalb von wenigen Tagen eine beachtliche Schar aufs Neue zu vereinigen. Die Lage entspannte sich erst nach getaner Versicherung, derzufolge im CV „die Gegnerschaft gegen das Nationaljudentum unvermindert stark“, hingegen Zurückhaltung gegenüber dem Beitritt zur EJA unklug sei:

„Wenn [...] die Jewish Agency nur Zionisten aufweist, würde sie [als] die einzige, allumfassende jüdische Körperschaft der Welt den Anschein erwecken, als ob Judentum und Zionismus identisch seien. Mecklenburg rief ich zu, dass er die Schuld daran trage, wenn in der grossen Welt man Judentum und Zionismus gleichsetzen wird.“⁹⁷

Goldmann, insofern selbst Befürworter der Erweiterung, sah sich dennoch der ersten Gruppe zugeordnet, die die nationalen Zwecke und Aufgaben des Vereins höher wertete als die Teilnahme an internationaler Politik. Seine Überzeugungstaktik ging letztlich auf. Die Deutschnationalen in der Ortsgruppe wurden überstimmt.

Dem Vernehmen nach war es demgegenüber im Einzugsgebiet der Essener Hauptvorstandsmitglieder ausnehmend still. Allerdings lagen hier die politischen Verhältnisse auch nicht ganz so im Argen. Aktuell standen keine Landtagswahlen an wie in Sachsen, wo seit 1924 die NSDAP nach Bayern „ihre größten Erfolge“⁹⁸ verzeichnete. Vor allem Plauen galt als Hochburg der Partei. Für Chemnitz, dem so genannten sächsischen Manchester, zog Gottfried Feder bereits 1924 in den Reichstag ein. Außerdem gerierte sich die DNVP „gerade hier sehr judenfeindlich.“⁹⁹ Letzterer stand die DVP

„näher [...] als der [deutsch-]demokratischen [Partei]. Entschieden Kampf gegen den Antisemitismus führt – neben den linksstehenden Parteien – nur die [...] Demokratische Partei, der aber in Sachsen der Kampf deshalb besonders erschwert ist, weil sie nahezu ohne Presse dasteht. Während das Z e n t r u m in Sachsen mit der ganz überwiegend evangelisch-lutherischen Bevölkerung keine Rolle spielt.“¹⁰⁰

Beim Wahlgang am 12. Mai sollte zudem keine Partei einem Juden einen Listenplatz anbieten, wobei von jüdischer Seite wiederum kaum politische Teilnahme zu verzeichnen war. Die bürgerliche Generalanzeiger-Presse genügte bereits bei ihrer Wahlkampfberichterstattung dem Informationsbedarf einer sensationslüsternen Leserschaft. Doch weder hatten die CV-Mitglieder noch ihre Verbündeten nach der Einschätzung des Landesverbandsvorsitzenden die Gefahr dieser einzigen Landtagswahl 1929 begriffen.

⁹⁶ Ebda., erste Seite.

⁹⁷ Ebda., zweite Seite.

⁹⁸ CVZ, Landtagswahlen in Sachsen, Nr. 18, 3. Mai 1929, unpaginiert.

⁹⁹ Ebda.

¹⁰⁰ Ebda., S. 229f.

Die Leitfiguren in den Ortsgruppen und auch die aktuellen politischen Verhältnisse erklären teils die starken Antipathien gegen den Zionismus vor allem in den beiden sächsischen CV-Ortsgruppen. Entscheidend war aber die grundsätzlich als fragil empfundene gesellschaftliche Stellung der deutschen Juden. Es erklärt, warum schon 1913, als der CV erstmals von seinen Mitgliedern deutsche Gesinnung verlangte, Chemnitzer Zionisten wirtschaftlich und gesellschaftlich von ihren Glaubensgenossen boykottiert wurden.¹⁰¹ Chemnitz und Plauen teilten mit Aachen und Krefeld lediglich den Anspruch, ausnehmend ‚deutsche‘ Gemeinden zu sein. Vergleichbare Entgleisungen ließen sich nicht ausmachen, auch wenn Karl Löwenstein und Kurt Alexander in ihren Gemeinden ebenfalls eine wichtige Rolle spielten. Beide waren betont antizionistisch, wobei ihre konservativ-bürgerliche Prägung diese Haltung zusätzlich erklärte, wenngleich nicht abschließend, denn auch Krombach war DVP-Mitglied. Hingegen brachte er dem Zionismus warme Sympathie entgegen, weshalb er sich für eine Beteiligung an der EJA aussprach. Bemerkenswert ist dagegen die Fürsprache der beiden anderen Protagonisten. Aus sachbezogenen Gründen befürwortete Karl Löwenstein am 18. März 1929 Ludwig Holländer gegenüber die Position, nach der „man den Mitgliedern die Freiheit gibt, wie sie sich zu den Fragen stellen wollen.“¹⁰² Der CV dürfe nicht auf die ansehnliche Zahl der EJA-Befürworter verzichten. Ihm war außerdem die Stärkung des „Diasporanationalismus“¹⁰³ in diesem Gremium wichtig, weshalb er einen Resolutionsvorschlag einbrachte, nach dem

„eine Verknüpfung jüdisch-nationaler Bestrebungen ausserhalb Palästinas [...], die den Mandatsbestimmungen widerspricht[,] unterbleibt [...] Der Hauptvorstand glaubt, dass durch das Zurückdrängen der jüdisch-nationalistischen Tendenzen die grössten Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, die heute noch die Mehrzahl seiner Mitglieder von der Beteiligung am Palästinawerk“¹⁰⁴

abhalten. Weil Alexander, der am 23. März verhindert war, die Debatte leid war, sprach er sich für eine Beteiligung an der EJA aus. Derart mürbe, war für ihn die Entscheidung sekundär, ob ihr der gesamte Verein oder nur exponierte Einzelmitglieder, denen dieser solidarisierende Schritt ohnehin nicht zu verwehren sei, beitreten sollten. Der CV ließ sich nicht roushalten. Deshalb hielt es der Krefelder grundsätzlich

„für einen schweren Fehler [...], wenn wir eine ablehnende Haltung einnehmen würden. Hier haben wir endlich einmal eine Gelegenheit, diese unsinnige Beschwerde und uns heute garnicht mehr in dem Masse interessierende palästinensisch-zionistische Frage abzulehnen. [...] Ich meine aber, dass wir in dieser unglückseligen Zwitterstellung, die wir bei den verschiedensten ähnlichen Materien erlebt haben, endlich genug haben sollten.“¹⁰⁵

Die mittlerweile seit Jahren geführte Debatte über die Frage, ob alle Juden ein sich nach Souveränität sehndes Volk bildeten oder nicht, wollte er schlichtweg als beendet sehen. Die EJA schien dafür eine günstige Möglichkeit zu offerieren, die der CV als

¹⁰¹ Vgl. *Eloni*, 1987, S. 508f.

¹⁰² HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1932, Frame 0150.

¹⁰³ Ebda.

¹⁰⁴ Resolution Rechtsanwalt Karl Löwenstein – Aachen zur Jewish Agency-Frage. Ebda., Frame 0111.

¹⁰⁵ Alexander an Berlin. Ebda., Frame 0142. Die Abschrift seiner Stellungnahme findet sich ebda., Frame 0110.

Organisation aber nicht ergriff. Von den Einzelnen, die beitraten, verlangte er den Standpunkt der Diasporanationalisten in der EJA energisch zu vertreten.

Sehr symbolträchtig fiel die Gründung der EJA – ohne den CV als Organisation – im Anschluss an den 16. Zionistenkongress in Zürich auf den 11. August 1929, den Ehrentag der Weimarer Reichsverfassung.¹⁰⁶ Bald nach der Gründung der EJA fiel in Jerusalem einem Jungen der Ball in den Garten seines arabischen Nachbarn, woraufhin der Junge im Verlauf einer Prügelei erstochen wurde. Der Beerdigung folgte eine Demonstration jüdischer Einwohner an der Klagemauer, dieser ein bewaffneter arabischer Aufstand. Am Ende des Monats beklagten beide Seiten ihre Toten.¹⁰⁷

Die Ereignisse ließen die Mitarbeiter des CV nicht unberührt. In seiner einführenden Stellungnahme zum Leitartikel der CVZ vom 6. September verurteilte Holländer die „Pogrome“ als „Freveltaten“, die „tiefstes Mitgefühl“¹⁰⁸ über die jüdischen Reihen hinaus erregten.

¹⁰⁶ Die Nummern der CVZ beschäftigten sich Anfang August mit dem Kongress, auf dem die Frage der EJA hitzig debattiert wurde. Der Berichterstatter vor Ort, Hans Reichmann, schenkte der noch kleinen Gruppe der Revisionisten um ihren Gründer Vladimir Jabotinsky sowie der deutschen Sektion um Richard Lichtheim besondere Beachtung. In diesem Zusammenhang nannte Reichmann Jabotinsky „den jüdischen Hitler“, weshalb „der Eindruck bleibt: Der Zionismus verkörpert keineswegs ‚die jüdische Einheit‘.“ CVZ, Jewish Agency, Wirtschaftskrise, Araberfrage und anderes auf dem 16. Zionistenkongress, Nr. 34, 23. August 1929, S. 421.

¹⁰⁷ Zu den Hintergründen siehe *O'Brien, Conor Cruise*, Belagerungszustand. Die Geschichte des Zionismus und des Staates Israel, München 1991, S. 91-130.

¹⁰⁸ CVZ, Leid und Sorgen im Heiligen Land, Nr. 36, 6. September 1929. Der Druckversion des Originals folgend bedauerte Holländer „**diejenigen Araber, die von verantwortungslosen Führern aufgehetzt, Opfer ihres fanatischen Vorgehens geworden sind.**“ Er verwarf eine zionistische Verantwortung an den Ausschreitungen. „**Denn immer haben sie, bis auf ganz wenige Kreise, den Frieden und die Freundschaft mit den Arabern gewünscht. [...] Wir hoffen zuversichtlich, daß bald den Juden überall auf der Welt und auch in Palästina d e r Frieden werden möge, den die Gesamtjudenheit stets als Ziel ihrer letzten Wünsche betrachtet hat.**“ Ebda., unpaginiert.

Diese Zeilen riefen auch bei Löwenstein, Aachen, Unverständnis und das Bedürfnis hervor, am 11. September 1929 auf die Mitverantwortung zionistischer Politik an der gewaltsamen Entwicklung in Palästina hinzuweisen. Zudem war ihm nicht mehr klar, ob infolge der Kriegszustände in Palästina „nun ein völliger Wechsel in dem Verhältnis zu den Zionisten eingetreten sei. Deine [Holländers] Erklärung wird scheinbar doch so aufgefasst[,] Ich glaube, dass auch aus dem Grunde die Erklärung nachteilige Folgen haben wird, als sehr viele Nichtzionisten, die bisher dem Keren Hajessod ferngestanden haben, jetzt leicht in den Glauben versetzt werden, dass alle Bedenken hinsichtlich der nationalistischen Politik der Zionisten fortgefallen seien. Die Zionisten benutzen ihrerseits [...] die Vorkommnisse in Palästina zu einer grossen Propagandaoffensive, bei der ihnen Deine Erklärung m. E. einen ausserordentlichen Nutzen geben wird. Ich halte auch Deinen Standpunkt sachlich nicht für richtig. Es ist mir bekannt, dass die Leitung der Zionisten und auch Dr. Weizmann [...] vielfach auf die Freundschaft mit den Arabern hingewiesen hat und dass auch die Kongresse araberfreundschaftliche Resolutionen angenommen haben. Mit diesen schönen Worten stand aber die Politik in Widerspruch. [...] 1./ Man hat nicht aufgehört, nach Majorität zu schreien. [...] Diese Forderung nach Majorität muss aber bei den Arabern den Glauben erwecken, man wolle sie majorisieren. 2./ Der Grundsatz der jüdischen Arbeit, d. h. das Verbot[,] arabische Arbeiter in jüdischen Kolonien zu beschäftigen, bedeutet einen Boykott der Araber [...] Leider ist dieser Grundsatz auch von der Jewish Agency anerkannt worden. [...] 3./ Es fehlt jegliche Föhlung mit den Arabern. Die Exekutive hat nichts dazu getan, dass die arabische Sprache in den Schulen gelehrt wird. Auf der Wirtschaftsausstellung, die in diesem Jahr in Tel Awiw stattfand, waren nur hebräische und englische Inschriften. Das ist[,] nicht nur vom wirtschaftlichen Standpunkt gesehen, eine Dummheit, sondern wird von den Arabern selbstverständlich als beleidigend empfunden. 4./ Die Erziehung der Juden in Palästina erfolgt in radikal nationalistischer Weise. [...] 5./ Das schlimmste ist, dass auch in der Diaspora schärfster nationalistischer Radikalismus gepflegt wird. Die Chalu[z]im [Pioniere] werden chauvinistisch erzogen. Ist es dann ein Wunder, dass sie, sobald

5.5 Keren Hajessod-Aufruf und die Folgen 1929

Die Emotionen, die unter dem starken Eindruck der Ereignisse in Palästina geweckt wurden, eigneten sich, den jüdischen Einheitsgedanken internationaler Prägung für den Moment auch innerhalb Deutschlands zu stärken. Ein von 177 Juden Deutschlands unterzeichneter Presseaufruf der deutschen Mitglieder der EJA und des Zentralkomitees des Keren Hajessod als dessen offiziell anerkanntem Fonds rief im September 1929 unter dem Motto ‚Hilfe durch Aufbau‘ zur Pflichterfüllung „j e d e [n] Juden“ auf, „rasch und mit voller Hand große Summen dem Jüdischen Palästinawerk zur Verfügung zu stellen“, nachdem

„das große Werk der Einigung der Juden für den Palästina-Aufbau [...] in Zürich gelungen [ist]. In feierlicher Form haben sich neben den Vertretern der Zionistischen Organisation die Repräsentanten der jüdischen Gemeinschaften aller Länder verpflichtet, mit aller Kraft an der Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina mitzuarbeiten. [...] Unvergeßlich wird in allen Teilnehmern der Eindruck jener Stunde weiterleben, in der nach langen Zeiten der Zersplitterung der große und dauernde Bund aller Teile der jüdischen Welt zu gemeinsamer Tat geschlossen wurde.“¹⁰⁹

Von den Unterzeichnern des Aufrufes konnte anhand von Vorstands- und Mitgliederlisten mindestens die Hälfte dem Verein zugeordnet werden. Dazu zählten folgende seiner renommierten Mitglieder aus dem Rheinland und Westfalen: Rabbiner Eschelbacher aus Düsseldorf; der Sohn des Ortsgruppenvorsitzenden in Düsseldorf, Assessor Herbert Felsenthal, der ebenso wie der unterzeichnende Ludwig Tietz, Köln, leitend in der Jugendarbeit des CV war; zudem der Kölner konservative Rabbiner Dr. Ludwig Rosenthal, der sich 1925 bei den Wahlen zum PLV für die jüdische Volkspartei hatte aufstellen lassen; ferner sein Essener Kollege Hugo Hahn sowie Krombach. Es unterzeichneten elf weitere Personen, deren Vereinsmitgliedschaft nicht immer sicher festgestellt werden konnte, wie etwa im Fall des später für die CV-Jugendarbeit mitverantwortlichen Fritz Schwarzschild aus Düsseldorf. Die meisten rheinländischen CV-Unterzeichner kamen aus Köln, gefolgt von Düsseldorf.¹¹⁰

Völlig verfehlt wäre allerdings die Annahme, von den aus diesen Ortsgruppen des Vereins kommenden Sympathisanten auf eine grundsätzliche Haltung innerhalb der

sie nach Palästina kommen, auch diesen Chau[v]inismus den Arabern gegenüber betreiben? [...] Der Nationalismus der Araber ist zwar nicht erst die Folge des jüdischen Nationalismus. Dass aber der arabische Nationalismus in Palästina die Richtung gegen die Juden erhielt, ist zum gr[öß]sten Teil eine Folge der verfehlten Politik der Zionisten.“ HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1934, Frame 0575ff. Holländer sah sich so vielen Angriffen aus den Mitgliederreihen ausgesetzt, dass er seine persönliche Stellungnahme in dem von ihm herausgegebenen Führerbrief vom 15. September 1929 noch einmal darlegte. Ebda., Aus Briefen des Direktors des C.V. an Hauptvorstandsmitglieder, S. 2ff.

¹⁰⁹ Das Jüdische Palästinawerk Hilfe durch Aufbau. HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1934, Frame 0616.

Um die eigentliche Tragik zu sublimieren, machte der Aufruf die jüdischen Kämpfer Heroen gleich, wenn sie „bis zum Eintreffen der Truppen [...] in zäher Verteidigung von Haus, Hof und Familie gefallen“ waren. Ebda. Demgegenüber kam dem CV im Vertrauen auf die staatlichen Sicherheitsbehörden nicht in den Sinn, Gewalt als Antwort auf gegen Juden gerichteten Terror in Deutschland anzuwenden, obwohl in Lüneburg, Schleswig-Holstein, im Vorfeld des Reichsparteitages der NSDAP Anfang August erstmals auch ein Mitarbeiter des Vereins durch eine vor seinem Haus deponierte Bombe bedroht worden war. Vgl. Das Bombenattentat von Lüneburg, Nr. 32, 9. August 1932, S. 415f.

¹¹⁰ Vgl. HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1934, Frame 0617.

lokalen Vereinszweige zu schließen. Gerade die dem linksrheinischen Landesverband angehörenden Kölner Unterzeichner erregten dort den größten nachprüfbaren Unmut. Den entscheidenden Anlass bot der Artikel Zum Problem des Zionismus – Volksheimat oder Weltghetto, den der CV-Wahlkampfgefährte Willy Hellpach, Reichstagsabgeordneter der DDP, am 9. September 1929 unter anderem im Kölner Tageblatt platzierte.¹¹¹ Darin schob Hellpach unverhohlen dem Zionismus die Verantwortung am Antisemitismus zu, eine These, die den CV veranlasste, die für ihn relevanten Passagen des Artikels in der Presseschau seines Organs vom 13. September wiederzugeben.

Nachdem Hellpach mit wenigen lobenden Worten vermeintlich allgemeingültige charakterliche Beschaffenheiten der zionistisch Gesinnten erwähnt hatte, anerkannte er in längeren Ausführungen den Willen der jüdischen Majoritäten der jeweiligen Heimatländer, sich nur religiös zu definieren und willensmäßig „aufrichtige Glieder der Nationen [zu] sein, in deren Mitte sie leben und mit denen sie, wie erst der Weltkrieg wieder offenbarte, zu einer Schicksalsgemeinschaft verknüpft sind.“¹¹² Wie tückisch diese Achtungserweisung letztlich war, zeigte sich im Verlauf seiner Ausführungen, denn für den Demokraten Hellpach änderten

„die Züricher Beschlüsse [...] diese Sachlage vollständig – wenn sie wirklich, wie sie es beanspruchen, die Billigung aller Juden in aller Welt finden. Denn indem jene Körperschaft ‚Jewish Agency‘ nunmehr aus Zionisten und Nichtzionisten in allen ihren Instanzen zusammengesetzt wird, unterstellt diese ihre neue Verfassung der Zustimmung der ganzen Judenheit zur zionistischen Uridee, der nationalen Idee und der Realität des Judentums und der Mitwirkung der ganzen Judenheit an der symbolischen Verwirklichung dieser völkisch-jüdischen Wahrheit in Gestalt der nationalstaatlichen Wiedervereinigung zunächst eines Teiles des Weltjudentums auf dem alten Boden Israels, ja der völkischen Heimat Palästinas. Wenn sich von dieser Unterstellung nicht große Teile des Judentums klar abkehren, so wird auch bei uns jedes politische Lager in eine unsäglich schwierige Lage geraten, das den ausschließlich religiösen Charakter des Judentums und die Deutschheit der Juden als Voraussetzung der Zurückweisung aller antisemitischen Losungen setzt. Man weiß, wie laut gerade heute diese Losungen wieder ausgegeben werden; seit einem Menschenalter hat Deutschland keine so starke antisemitische Welle mehr erlebt. Dabei handelt es sich viel weniger um den ordinären, lärmenden und demonstrierenden Antisemitismus, als um die stillere, doktrinäre Form, welche die Juden als ‚fremdstämmig‘, als ‚Volksandere‘ von jeder Gleichstellung im deutschen Gemeinwesen auszuschließen strebt. Diesem Antisemitismus treibt er Wasser auf seine Mühlen, wenn nun mehr die ganze Judenheit für die lebendige völkische Idee und Realität des Judentums und ihre lebendige Versinnbildlichung in Palästina in Anspruch genommen wird. Der demokratische Politiker in allen Reichen des Abendlandes wird es sehr schwer haben, den Losungen des völkischen Antisemitismus noch überzeugend zu begegnen, wenn das völkische Judentum ohne Widerspruch behaupten darf, daß jeder Jude in der Welt zu ihm gehörig sich fühlt.“¹¹³

Hellpach nahm die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen des Antisemitismus gewiss sehr ernst. Statt sich aber zum eigenen Versagen bei der politischen Vermittlung liberal-demokratischer Werte zu bekennen, den Zionismus in der Tradition der europäischen

¹¹¹ Vgl. ebda., Frame 0578.

¹¹² CVZ, Presseschau, Nr. 37, 13. September 1929, S. 495.

¹¹³ Ebda., S. 496.

Nationalstaatsidee und als eine alternative Reaktion auf den Antisemitismus anzuerkennen beziehungsweise das Wesen eines sich gegen Vernunft und Gewissen ausgesprochen resistent erweisenden Judenhasses zu berücksichtigen, blendete er solche Einwände aus. Indem er den Abzug der CV-Teilnehmer von der EJA forderte, schränkte er zudem die Gewissensfreiheit seiner Mitbürger ein und verriet so ein fundamental liberales Prinzip. Übrigens begannen die Widerstände in der linksliberalen Partei im Westen gegen jüdische Wahlkandidaten etwa zum selben Zeitpunkt. Hellpach selbst mag die CV-Resolutionen der vergangenen acht Jahre nicht zu Gesicht bekommen haben, was aber unwahrscheinlich ist. Wahrscheinlicher ist vielmehr: Er misstraute ihnen, weil er davon überzeugt war, dass jede Sympathie für das Palästina-Projekt das Bekenntnis zum Deutschtum ausschließen müsste.

Am 27. September 1929 berichtete die CVZ in ihrem Leitartikel von den Ergebnissen der Arbeitsausschusssitzung, die fünf Tage zuvor stattgefunden hatte:

„Die deutschen Mitglieder der Jewish Agency für Palästina, des Initiativ-Komitees für die Erweiterung der Jewish Agency in Deutschland und das Präsidium des Keren Hajessod veröffentlichten in der Tagespresse einen Aufruf, in welchem behauptet ist, ‚daß die Repräsentanten der jüdischen Gemeinschaften aller Länder sich verpflichtet hätten, mit aller Kraft an der Errichtung der jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina mitzuarbeiten‘.

Hierzu erklärt der Arbeitsausschuß des C.V. zur Vermeidung von Mißdeutungen folgendes:

- 1) Am 24. März 1929 hat der Hauptvorstand des C.V. ausdrücklich beschlossen, von der Entsendung von Vertretern in die J.A. abzusehen. Die obige Behauptung trifft also nicht zu.
- 2) In den zahlreichen EntschlieÙungen unserer Hauptversammlung und des Hauptvorstandes, die unverändert in Kraft sind, hat der C.V., unbeschadet seiner Stellung zu Kolonisationsfragen, gegen alle jüdisch-nationalen Bestrebungen Stellung genommen.“¹¹⁴

Derartiges muss Hellpach wohl für die Fortführung einer gemeinsamen, in seinen Augen Erfolg versprechenden Arbeit mit dem „demokratischen Politiker in allen Reihen des Abendlandes“ erwartet haben, das heißt die nationale und kulturelle Abgrenzung von dem, was er in seiner Abneigung pauschal unter dem Begriff des Ostens zusammenfasste, worunter vieles fallen konnte, mit Sicherheit aber Palästina genauso wie Ostjuden.

In der verallgemeinernden Neigung, die deutschen Juden als eine homogene Gruppe aufzufassen, stieß der CV mit seiner bis dahin geübten nationalen Abgrenzung von den Zionisten sowie der kulturellen von den Ostjuden an die Grenzen seiner Überzeugungskraft. Infolge der fragilen gesellschaftlichen Stellung schien es immer notwendiger, gerade der hohen Erwartungshaltung eines Hellpach entsprechen zu müssen, was den Verein wiederum aufs Neue in Konflikte mit der jüdisch-religiösen Solidarität und Einheitsbestrebung brachte. Diese Situation wurde aber nicht als ausweglos betrachtet, weshalb der CV auch eine Demonstration nationaler Verlässlichkeit auf die andere folgen ließ. Er beharrte darauf, vormals wohlmeinende Kreise zurückzugewinnen und irgendwann einmal

¹¹⁴ CVZ, Eine notwendige Klarstellung, Nr. 39, 27. September 1929, unpaginiert.

„auf dem Wege der Durchdringung der deutschen Volksseele durch die Verwirklichung unserer Ideale die große deutsche Volksgemeinschaft und damit den Frieden im deutschen Vaterlande herzustellen.“¹¹⁵

In dem boshaften Misstrauen deutsch-christlicher Mitbürger lag das eigentliche, letztlich tragische Dilemma des Vereins, dessen Mitglieder der Forderung nach Unterordnung unter eine einheitliche, höher bewertete westliche Kultur nachgekommen waren. Mit Blick auf die Ostjuden hatte man diese Forderung sogar selbst erhoben, schließlich gehörte man bereits seit Römerzeiten der abendländischen Kultur mit ihren jüdisch-christlichen Überlieferungen an. In diesem Bewusstsein erregten die aus Köln kommenden CV-Unterzeichner des Keren Hajessod-Aufrufes nach den Ausschreitungen in Palästina besonders heftigen Unmut. Am 29. September 1929 kamen in der Domstadt unter dem neuen Landesverbandsvorsitzenden Rudolf Callmann die Delegierten des Rheinlandes zusammen. Hans Reichmann wurde von der Zentrale entsandt. Nach den Ausführungen zum Unlauteren Wettbewerbsgesetz und dem politischen Referat folgte die

„spontane Rede des [Kölner Ortsgruppenvorsitzenden] Rechtsanwalts Frank vor Eröffnung der Diskussion, im wesentlichen über Erlebnisse in einer Konferenz mit dem Regierungspräsidenten von Köln. Dieser erklärte, dass er und seine Kollegen auf Grund des Hellpach-Artikels die Stellung der deutschen Juden nicht verstünden. Hellpach habe von einer Wandlung in den Anschauungen der deutschen Judenheit gesprochen, [der] Regierungspräsident könne das mit Rücksicht auf die oft betonte C.V.-Tendenz nicht verstehen. Rechtsanwalt Frank greift anwesenden Rabbiner Rosenthal sehr energisch wegen Unterzeichnung des Agency Aufrufes an und hat einhellige laute Zustimmung. Rabbiner Rosenthal verteidigt sich; für ihn sei Palästina ein religiöses Problem. Rosenthal findet während seiner Rede nur Ablehnung und Zwischenrufe. Ich [Reichmann] halte es für geboten, sofort zu erwidern [...] Ich stelle mich auf den Standpunkt, dass kein einziges Mitglied des C.V. nationaljüdische Gedankengänge unterstützen wollte, als es den Aufruf der Agency unterschrieb. Der Emanzipationsweg müsse gradlinig fortgesetzt werden. Die Anhänger der Agency bei uns sehen im Gegensatz zu den Nationaljuden im Palästina-Problem keine Lösung der sogenannten Judenfrage. Wenn einzelne Hauptvorstandsmitglieder den Aufruf unterzeichnet hätten, so aus religiösen oder humanitären Motiven. Ich appelliere an Rabbiner Rosenthal, seinen Einfluss in dem Initiativ[...]Komitee der Agency dahin geltend zu machen, dass nicht mehr derartig verwirrende Aufrufe erscheinen und unsere Grundeinstellung berücksichtigt wird. Ich fand mit dieser vermittelnden Erklärung lediglich den Beifall des Herrn Rabbiner Rosenthal und noch eines Delegierten; die Versammlung blieb stumm.“¹¹⁶

Der Landtagsabgeordnete der DDP, Justizrat Bernhard Falk, seit 1930 für die Staatspartei im Kölner Stadtparlament und CV-Hauptvorstandsmitglied, äußerte sich ergänzend über die verwirrende Wirkung, die der KH-Aufruf innerhalb der Beamtenkreise zeigte, während die Delegierten über den die Räumungsphasen der Besatzer begleitenden „starken Vorstoss der Nationalsozialisten“¹¹⁷ im Rheinland zu berichteten wussten. Auch der anwesende Löwenstein stimmte mit der Einschätzung Falks überein, nach der die

¹¹⁵ CVZ, Abwehr- oder Gesinnungsverein, Nr. 7, 17. Februar 1928, S. 99.

¹¹⁶ HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1934, Frame 0460f.

¹¹⁷ Ebda., Frame 0461.

„durch die Jewish Agency geschaffene Situation [...] ausserordentlich gefährlich [war], da gerade die uns wohlgesinnten Kreise eine ganz falsche Auffassung von unserer Stellungnahme“¹¹⁸

bekommen würden. Verstärkt wurde die Besorgnis im Verein auch durch die „bisher noch nie dagewesen[e]“¹¹⁹ Einhelligkeit, mit der die intuitive Auffassung von Heinrich Frank Zustimmung fand. Löwenstein räumte deshalb ein, die „Stimmung im Lande doch nicht ganz richtig eingeschätzt“ zu haben, als er auf der Arbeitsausschusssitzung empfohlen hatte,

„auf die Stimmungen, die durch das Mitleid erzeugt wurden, auch in dem Vorgehen in dieser Angelegenheit Rücksicht zu nehmen. [...] Hinsichtlich des weiteren Vorgehens des C.V. halte ich es für notwendig, dass in eindringlicher Weise der starke prinzipielle Gegensatz zwischen C.V. und Zionismus in der Frage des Nationaljudentums dargelegt wird. [...] Die scharfe Herausarbeitung unseres Standpunktes ist notwendig. [...] Nur hierdurch kann die bisherige Unterlassung wieder gutgemacht werden. Wenn nicht Entscheidendes in der Klarstellung geschieht, befürchte ich für die nächste Hauptvorstandssitzung, und namentlich für die nächste Hauptversammlung ausserordentlich schwere Krisen, die das Bestehen des Verbandes in Frage stellen können.“¹²⁰

Vorrangig CVer und Mitglieder der Vereinigung für das liberale Judentum sowie solche des Verbandes nationaldeutscher Juden rückten am 3. Oktober 1929 näher zusammen. Als Antwort auf den Keren Hajessod-Aufruf veröffentlichten sie großformatig eine „Erklärung deutscher Juden.“¹²¹ Es fand sich nicht ein einziger Repräsentant des rheinisch-westfälischen Verbandes auf der Unterzeichnerliste, dafür vor allem Berliner Exponenten sowie solche aus der Kölner, Krefelder und Aachener CV-Ortsgruppe. Wenn darin schon Trauer über die Unruhen in Palästina zum Ausdruck kam, schob man bald das Mitgefühl beiseite und legte

„auf das Entschiedenste [...] dagegen Verwahrung ein, dass die tiefbetrübenlichen Vorkommnisse in Palästina in schärfstem Gegensatz zu der deutlichen Sprache der Tatsachen zu einer verstärkten Agitation für das zionistische, d. h. jüdisch-nationale Parteiwerk ausgenutzt werden. Die öffentliche Meinung Deutschlands wird irreführt durch Kundgebungen der Zionisten und der Jewish Agency. Die nichtzionistischen Mitglieder dieser Körperschaft haben keine Vollmacht und kein Recht, sich als Vertreter der nichtzionistischen Juden Deutschlands zu bezeichnen. **Die unterzeichneten, den verschiedensten politischen und religiösen Parteien und Richtungen angehörenden deutschen Juden und Judanen [sic] erklären:**

Wir bekennen uns zum Judentum, lehnen aber jeden jüdischen Nationalismus ab. Wir betrachten uns mit der überwiegenden Mehrheit der deutschen Juden als Glieder des d e u t s c h e n, nicht eines jüdischen Volkes. In der Errichtung einer jüdisch-nationalen Heimstätte sehen wir einen Irrweg, der das Emanzipationswerk

¹¹⁸ Löwenstein an Berlin am 30. September 1929. Ebda., Frame 0480-0483, hier 0481.

¹¹⁹ Ebda., Frame 0481. Löwenstein kritisierte zudem die Auffassung Reichmanns mit der Begründung, er weiche von dem Standpunkt der Resolution von 1921 in der Weise ab, „als wenn hier ein Kompromiss zwischen Zionisten und Nichtzionisten vorläge.“ Löwensteins Einwand teilten die Delegierten der Ortsgruppen Bonn, Krefeld und Mönchen-Gladbach.

¹²⁰ Ebda., Frame 0482f.

¹²¹ HM2 8748, Osoby 721 I, Akte 2058, Frame 0681.

der Vorkämpfer des deutschen Judentums und die religiös-sittliche Aufgabe des Judentums in der Menschheit gefährden muß.¹²²

Dieses organisationsübergreifende Bekenntnis schien nützlich, um die Erwartungshaltung derjenigen Politiker und Behörden zu befriedigen, die die Unterzeichner vom CV als Freunde ansehen mochten, in jedem Fall aber zur Bekämpfung der NSDAP benötigten. Diesem Zweck diente allerdings auch der 1930 formierte Reichstagswahlausschuss. Durch ihn kam man zugleich denen in den eigenen Reihen entgegen, die eine Zusammenarbeit mit den Zionisten unbeeindruckt von den Erwartungshaltungen Dritter suchten. Dank dieser doppelten Strategie befriedigte der CV als Organisation die Erwartungen auf beiden Flügeln. Die Neutralität war damit wieder gewahrt, vor allem wegen der gewährten Gewissensfreiheit, über die zwar lautstark geredet, die aber zu keinem Zeitpunkt tatsächlich angetastet wurde.

Es wurde in Kauf genommen, dass das gemeinsame Abwehrbündnis mit den Zionisten, das im Reichstagswahlausschuss zustande gekommen war, einige im CV erwartungsgemäß provozieren würde. In der Tat forderten diese eine strikte Abgrenzung, ja Trennung von nationaljüdischen Gedankenträgern sowie die scharfe Herausarbeitung der Gegensätze zwischen

„uns und den Zionisten und Agency-Anhängern [...] Der Central-Verein hätte gerade in besonderen Notzeiten die Pflicht, die Züricher Lüge von der Zustimmung der ganzen Judenheit an der Verwirklichung der jüdisch-völkischen Heimat in Palästina öffentlich zurückweisen. [...] Die Darlegung, als ob unser Kampf gegen den Zionismus eine innerjüdische Angelegenheit ist, ist falsch und irreführend. Ich kann die Logik nicht verstehen, dass wir uns gegen die Verleumdung des Fremdvolkes mit allen Mitteln gegen die Nationalsozialisten wehren. Gegen die Palästinafreunde, die uns in den Rücken fallen und die Anwürfe der Antisemiten bestätigen, sollen wir ruhig sein und uns gar mit ihnen verbünden. Diese Zwiespältigkeit muss zu offenem Bruch im Central-Verein führen[,] und [wir] werden [...] nicht eher ruhen, bis Klarheit geschaffen ist.“¹²³

In Chemnitz herrschte ein Bedürfnis nach klaren, nachvollziehbaren, homogenen Strukturen. Dazu hatte die dortige Ortsgruppe – in zeitlicher Nähe zum Zustandekommen des gemeinsamen Abwehrbündnisses – eine in Berlin gedruckte 16-seitige Broschüre aus der Feder Georg Mecklenburgs veröffentlicht. Ihre Finanzierung lädt zu Mutmaßungen ein. Bis Ende August waren Exemplare immerhin an 157 der 634 Ortsgruppen des Vereins versandt worden.¹²⁴

Da in Chemnitz das Vertrauen in die am 16. Februar 1930 vom Hauptvorstand ergangene Resolution nicht geteilt wurde, das dieser in „alle seine Mitglieder“ setzte, um „jede national-jüdische Propaganda auch im Rahmen der Jewish Agency (J.A.) ab[z]uweisen“¹²⁵, verlangte Mecklenburg die Trennung der „CV-Führer“ von der EJA und ihrem Finanzinstrument als einzige verbleibende Möglichkeit, die Glaubwürdigkeit

¹²² Ebda.

¹²³ Georg Mecklenburg am 25. August 1930 an Bruno Weil, Berlin. HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1934, Frame 0327f.

¹²⁴ Vgl. ebda., Frame 0328.

¹²⁵ Aufklärungsschrift der Ortsgruppe Chemnitz des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, S. 2. Eingesehen in der Wiener Library.

des Vereins als „Vorkämpfer der Emanzipation“¹²⁶ nicht zu gefährden. In seinem Unterfangen, den Zionismus erbarmungslos zu demaskieren, weil er keine philanthropische Bewegung sei, sondern „widerspruchslos Nationalisierung des Judentums mit allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen“ bedeute, schlug die Abhandlung – unter beflissentlichem Ignorieren bereits bestehender Möglichkeiten – vor, statt der EJA „einer Organisation für einen rein kolonisatorischen Aufbau Palästinas für die heimatlosen Juden beizutreten bezws. eine solche zu gründen, in die wir alle freudig eintreten werden.“¹²⁷ Der CV solle seinen Mitgliedern die Mitwirkung an der EJA rundweg verbieten und auch seiner widersprüchlichen „Gefühlspolitik“¹²⁸ in der Frage der gemeinsamen Abwehrfront zwischen ZVfD und CV eine Ende bereiten, „da die Grundlagen der Abwehr in direktem Gegensatz zueinander stehen.“¹²⁹ Während „die Wellen des Antisemitismus [...] immer höher“ gingen, wollte die Forderung nach einer klaren, nach außen hin fassbaren Frontbildung der antisemitischen „Kennzeichnung der Juden als Fremdvolk“¹³⁰ dem das Wasser abgraben. Deswegen

„müssen alle Angriffe gegen unsere deutsche Nationalität und die Irrlehren, die unsere Zugehörigkeit nicht zum deutschen, sondern zum jüdischen Volk propagieren, energischer [als] bisher bekämpft werden.“¹³¹

Mecklenburgs Darlegung bezog sich auf die Resolution des Jahres 1921 sowie den Mandatstext des darauf folgenden Jahres, die eine Unterstützung der Palästinakolonisation nur so lange befürworteten, wie sie keine nationalen Ziele verfolge und die Stellung der Juden in ihren jeweiligen Heimatländern nicht gefährde. Aus diesem Blickwinkel war Mecklenburgs Schrift eine gewisse Rechtfertigung nicht abzusprechen. In der Forderung aber nach Gewissenszwang, der keinen Raum für Meinungspluralismus mehr duldet, lag eine ihrer größten Schwächen. Wenn darüber hinaus die Kompromissfähigkeit des die Mitte suchenden Vereins als Schwäche interpretiert wurde, machte dies deutlich, wie wenig die Verantwortlichen dieser Broschüre begriffen hatten, dass diese Eigenschaft eine der vornehmsten Voraussetzungen demokratischen Handelns bildete. Außerdem blieb eine entscheidende Gemeinsamkeit zur zionistischen Bewegung unerwähnt: Der CV selbst hing in Teilen einer Weltanschauung an, die „mit allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen“¹³² die Nationalisierung von Deutschlands Juden pflegte und hegte. Jener altruistische deutsche Nationalismus, der als Mittel zur Bekämpfung des Judenhasses gesehen wurde und die Chemnitzer Schrift motivierte, war seinerseits nichts anderes als der Chauvinismus, der offiziell im Verein auf Ablehnung stieß.

Entsprechend setzte sich die Chemnitzer Forderung im Wahljahr 1930 nicht durch, obwohl Brodnitz annahm, dass sie in den Mitgliederreihen beachtliche Zustimmung

¹²⁶ Ebda., S. 10.

¹²⁷ Ebda., S. 13.

¹²⁸ Ebda., S. 10.

¹²⁹ Ebda., S. 16.

¹³⁰ Ebda., S. 11.

¹³¹ Ebda., S. 10.

¹³² Ebda.

erhalten würde. Der Versand der Broschüre an die 477 noch ausstehenden Ortsgruppen wurde durch den Hauptvorstand unterbunden, weil in der „Zusammenfassung aller Kräfte“¹³³ und der damit einhergehenden temporären Beilegung des innerjüdischen Zwists probatere Mittel gesehen wurden, um den in den Mittelpunkt des Interesses gerückten nationalsozialistischen Antisemitismus zu bekämpfen.

Es war erneut der Hauptvorstand, der für die ohnehin nur kurze Existenz des Reichstagswahlausschusses Vereinsdisziplin für einen zeitlich von vornherein befristeten Rahmen erzwang. Die anschließende Enttäuschung über das finanzielle Resultat des Bündnisses sowie den Wahlerfolg der NSDAP begrub dann endgültig etwaige Gedanken über eine Fortführung dieses Bündnisses. Die Bilanz war generell ernüchternd, denn es war ihm auch trotz vieler Bemühungen nicht möglich gewesen, die Debatte um den Keren Hajessod und die Erweiterte Jewish Agency vom öffentlichen Diskurs fernzuhalten. Der Verdacht der Illoyalität war nicht abzuschütteln.

Selbst der Pazifist Hellmut von Gerlach polemisierte am 2. Januar 1931 im Dortmunder Generalanzeiger. Seinem Kommentar zu Jakob Klatzkins Arbeit Probleme des modernen Judentums zufolge glaubte Gerlach sogar Gemeinsamkeiten zwischen der Auffassung des Ostjuden Klatzkin und der Hitlers erkannt zu haben. Sie begegneten sich in der

„Grundthese der Antisemiten [...], daß die Juden ein Fremdkörper seien und deshalb auf Gleichberechtigung mit den anderen Landesbewohnern keinen Anspruch erheben dürften. [...] Wenn die deutschen Juden in ihrer Mehrheit auf dem Standpunkt Klatzkins stünden, hätte H i t l e r vollkommen recht mit seiner Forderung, ihnen alle Staatsbürgerrechte zu entziehen. Ein Zionist wie Klatzkin empfindet die Gleichberechtigung als ‚Fessel‘. Dankend wird Hitler quittieren und erklären: Von d i e s e r Fessel euch Juden zu lösen, ist das Dritte Reich gern bereit [...] Hätte Klatzkin wirklich das Recht, im Namen der Mehrheit der deutschen Juden zu sprechen, so müßte die J u d e n e m a n z i p a t i o n r ü c k g ä n g i g gemacht werden, wie es das nationalsozialistische Programm fordert. Denn Klatzkin sagt ausdrücklich, daß es nur ein Entweder-Oder gäbe: e n t w e d e r J u d e o d e r D e u t s c h e r!“¹³⁴

Dass der Verleger Klatzkin aus der Position des von Hass und Verunglimpfung Betroffenen geschlussfolgert hatte und nun auch ein Linksintellektueller Ursache und Wirkung verwechselte, ignorierte die CV-Ortsgruppe Dortmund.

Sie zeigte sich am 3. Januar in ihrer Presseerwiderung empört, nicht über das Verhalten Gerlachs, der ihr aus dem Herzen sprach, sondern über die Redaktion des Dortmunder Generalanzeigers. Diese habe bei der Verbreitung „der Schrift des Zionisten Klatzkin [...] geholfen“, obwohl ihr dieses Interesse „nach ihrer Bedeutung nicht im entferntesten zukommt“, da die Zionisten zahlenmäßig unbedeutend seien, zudem Klatzkin keine Funktionärsfunktionen ausübe. Klatzkin sei vielmehr ein „Außenseiter“ und daher allerdings auch nicht mit den Zionisten gleichzusetzen, die ihrer deutschen staatsbürgerlichen Pflichterfüllung nachkämen. Darüber hinaus seien übergreifliche

¹³³ Als Abschrift vorliegendes, am 19. August 1930 zu den Akten gelegtes Schreiben von Brodnitz an Mecklenburg, HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1934, Frame 0332-0334, hier 0333.

¹³⁴ ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-97.

Zweifel an der Gesinnung der im CV organisierten deutsch-jüdischen Mehrheit völlig unangebracht.¹³⁵

Die Debatte Klatzkin-Gerlach muss den CVern gezeigt haben, dass selbst die von Linksintellektuellen erstrebte humanistische Gesellschaftsordnung mittlerweile auch der nationalen Gleichmacherei nachgab. Je mehr sich aber die von Links wie Rechts konstruierten Trennlinien zwischen ‚deutsch‘ und ‚jüdisch‘ verschärften, umso vehementer vertrat der CV fortan als Gesinnungsverein den Alleinvertretungsanspruch in der Abwehr.

5.6 Abwehrmonopol

Noch 1923 konnte der CV einigermaßen widerspruchslös „Antisemitismus, Zionismus und Central-Verein“ in einem Atemzug nennen, weil über die Notwendigkeit der Verteidigung der staatsbürgerlichen Rechte prinzipiell Einigkeit und „höchstens über die M e t h o d e der Abwehr Meinungsverschiedenheiten zwischen Zionisten und CVer[n]“¹³⁶ herrschte. Der Grund für diesen Streit um die richtigen Methoden kreiste ebenfalls um die Debatte, welcher Nation und Kultur Deutschlands Juden angehörten und ob sie eine autonome oder integrative Stellung innerhalb der Gesellschaft einnehmen sollten. Rein theoretisch war dabei die Frage, ob zivile gegenüber physischen Methoden probater wären. Obwohl der CV mansurerfahrene und kriegserprobte Funktionäre und Mitglieder vereinigte, beantwortete er auch diese Frage

¹³⁵ Vgl. ebda.; zur Intervention der Dortmunder Ortsgruppe siehe zudem CVZ, Hellmut v. Gerlach und Jakob Klatzkin, Nr. 2, 9. Januar 1931, S. 15.

Klatzkin fühlte sich laut seiner Erwiderung, die er in der CVZ veröffentlichen durfte, missverstanden, weil „die Grundkonzeption meines Buches, die jeden nationalen Chauvinismus verwirft und in einem Glauben an die Zukunft einer kosmopolitischen – freilich, die nationale Individualität nicht ertötenden – Völkergestaltung gegründet ist [...] Ich gebe zu, daß ein ehrliches und aufrechtes Bekenntnis zum jüdischen Volkstum (Theodor Herzl: ‚Wir sind ein Volk, ein Volk‘) [...] – z. B. das Bekenntnis von Deutschen zum deutschen Volksstaat in Polen – noch immer Gefahren in sich birgt: aber es ist die sittliche Pflicht der Bekennenden, diese Gefahr in Kauf zu nehmen und, gemeinsam mit allen Vorkämpfern einer neuen Menschheit, zu bekämpfen [...] Und wenn nun Herr von Gerlach sagt: ‚Hätte Klatzkin wirklich das Recht, im Namen der Mehrheit der deutschen Juden zu sprechen, so müßte die Judenemanzipation rückgängig gemacht werden‘; so verrät er eben, daß er noch in jener Mentalität befangen ist, die sich an der religiösen Toleranz wohl genüge tut, aber zur Forderung nationaler Toleranz sich nicht aufzuschwingen vermag [...] Die sogenannten Philosemiten leugnen die Existenz des corpus delicti, die Existenz des Judentums, glauben das jüdische Volk tot [...] Wir haben sie schon kennen gelernt und wissen, daß Philosemiten nicht Freunde der Juden, sondern Freunde der jüdischen Assimilanten sind.“ CVZ, Das gefährliche Ergebnis ‚folgerichtigen‘ Nationaljudentums, Nr. 6, 6. Februar 1931, S. 59.

Dort finden sich auch die Ausführungen Felix Goldmanns, der die von Gerlach konstruierte Übereinstimmung zwischen Klatzkin und Hitler nicht teilte, da diesem der „Machtwille Hitlers, der dem Deutschtum als Ideal angepriesene Geltungsdrang, die Lust an der Gewalt und an der Unterdrückung abweichender Meinungen und Kulturäußerungen, der Haß gegen alles Fremde fehlt. [...] Ohne jeden Zweifel denkt Klatzkin lediglich an eine innere Kräftigung des Judentums und nicht an eine Bedrohung anderer Völker!“ Eine Gefahr aber berge der „u n b e d i n g t e n a t i o n a l e C h a r a k t e r d e s J u d e n t u m s“, und in diesem Punkt habe Gerlach „die Theorie in die Wirklichkeit übersetzt. [...] Nationalismus ist keine ethische Bewegung; er nimmt sein Recht aus seinem Sein und strebt nach Macht. ‚Right or wrong my country‘.“ Ebda., S. 60.

¹³⁶ CVZ, Antisemitismus und Zionismus, Nr. 26, 29. Juni 1923, unpaginiert.

in dem ihm eigenen zivilen Sinne. Auf dieser Grundlage erlaubte und begrüßte er Kooperationen in der Abwehr, aber kein Surrogat in Gestalt der Synagogengemeinden.

Bereits im Vorfeld der Wahlen zum PLV 1925, vehementer dann 1930, ging von den Zionisten die

„Forderung aus, man müsse die Abwehr nicht mehr privaten Sonderorganisationen – lies: dem C.V. – überlassen, sondern sie könne nur dann mit der erforderlichen Gründlichkeit und Wucht durchgeführt werden, wenn sie von den Gemeinden und Landesverbänden[,] letzten Endes dann von dem ausdrücklich zu diesem Zwecke zu gründenden ‚Reichsverband der deutschen Juden‘ übernommen würde! Die Uebertragung des Abwehrkampfes auf die Gemeinden wurde damit ein Programmpunkt der nationaljüdischen oder vom Nationaljudentum beeinflussten Parteien. Und genährt wurde der Vorsatz durch die angeblich bei den letzten Reichstagswahlen bewiesene Unzulänglichkeit der bisherigen Methoden.“¹³⁷

Letztere vereinigten Lobbying, Öffentlichkeits- und Rechtsschutzarbeit unter den Vorzeichen der deutschnationalen Zugehörigkeit. Die Beeinflussbarkeit des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens blieb dabei begrenzt. Logistische und finanzielle Probleme galt es zu überwinden. Auch der pädagogische Anspruch des CV war zu eng, indem er zuerst die teils schwer mobilisierbaren deutschen Juden intellektuell und emotional auf den Abwehrkampf vorbereiten wollte, um durch sie in den gesamtgesellschaftlichen Raum zu wirken.

Auf eine Diskussion über solches Vorgehen ließ sich der CV in seiner Replik auf den obigen Vorwurf allerdings nicht ein. Er wappnete sich gegen den Einwand mit einem Gegenangriff:

„Was freilich bisher die von nationaljüdischen Theoretikern gepriesene Methode der ‚positiven jüdischen Leistung‘ und der Konzentration zuwege gebracht hat, ist nicht ermutigend. Sie hat leider nicht verhindern können, daß der J u d e n h a ß a u c h i n P a l ä s t i n a so gewaltig aufgelodert ist.“¹³⁸

Demnach war also das Unternehmen, eine geistige und physische jüdische Einheitsfront zu formieren, überhaupt keine geeignete Strategie, um den Antisemitismus zu bekämpfen. Sie war lediglich ein Rezept, die Widerstandskraft zu stärken, und dieser Abhärtung hatte der CV gedient, zumal

„[d]ie Festigung der Persönlichkeit durch Betonung des Selbstbewußtseins, die Zurückweisung von Angriffen, welche Recht und Ehre der Juden bedrohen, die Aufklärung der Umwelt über das wahre Wesen des Judentums und der Juden, die innerliche Verbundenheit mit Heimat und Vaterland keine [...] Punkte eines politischen Programmes [sind], sondern Forderungen, die aus der Geschichte und der Lehre unserer Religion sich zwingend ergeben, und deren Kraft nicht durch den ungünstigen Eindruck einer politischen Wahl erschüttert werden kann. Sie haben allesamt e w i g e n Wert!“¹³⁹

Für den CV ließ sich aus dem Vorwurf des Versagens aufgrund fehlender Konzentration keineswegs die Notwendigkeit ableiten, die Abwehr den Gemeinden zu

¹³⁷ CVZ, Abwehr und Gemeindewahlkampf, Nr. 47, 21. November 1930, unpaginiert.

¹³⁸ Ebda.

¹³⁹ Ebda.

übertragen, die politikfreie Bereiche sein sollten, um sich ganz den statutarisch definierten Aufgabefeldern Religion, Bildung und Wohlfahrt widmen zu können. Dem CV schien die politische Alltagsarbeit zu schmutzig, als dass sie den gravitatischen Aufgaben der Einheitsgemeinden entsprochen hätte. Außerdem hätten auf der Gemeindeebene die Zionisten größeren Einfluss nehmen können. Der CV versuchte also die Gemeinden aus seinen politischen Gestaltungsfeldern herauszuhalten und behauptete, diesen gegenüber neutral zu sein.

Dass sich der CV in den Gemeinden nicht neutral verhielt, zeigte sich an seinem Engagement für die wirtschaftliche Absicherung der Gemeindebeamten. Auch wenn ihn dabei sein Verantwortungsbewusstsein gegenüber der jüdischen Gemeinschaft leitete, war sein Interesse doch nicht völlig uneigennützig. Die Hauptversammlung des Jahres 1921 hatte eine in den folgenden Jahren nicht revidierte Resolution der Ortsgruppe Essen bindend angenommen, die die Förderung der sozialen Sicherung der Gemeindebeamten in den Mittelpunkt rückte,

„andernfalls die Gefahr [bestand], dass uns insbesondere in den kleinen Gemeinden die bewährten und unentbehrlichen Träger unserer Abwehrarbeit verloren gehen.“¹⁴⁰

Indem CVer und Gemeindebeamte in der Abwehrarbeit oft und bewusst eng miteinander verflochten waren, waren die Gemeinden von vornherein politisiert und in die Abwehrarbeit des Vereins praktisch involviert. Im Nachhinein lässt es sich deshalb auch nicht immer eindeutig sagen, ob die Initiatoren von Aufklärungsveranstaltungen in ihrer Funktion als Gemeindebeamte oder als Vereinsmitglieder tätig wurden.

Der viel gelobte Vortragszyklus im Winter 1930, der von Rabbiner Hahn in Essen organisiert worden war, ist dafür nur ein Beispiel. Eindeutig ohne direktes CV-Mandat fanden die 1932 in Essen veranstalteten Führungen durch die Synagoge für vornehmlich nicht jüdische Schülergruppen statt. Der Essener CV hatte in diesem Fall lediglich die beachtlichen 1.000 Exemplare der über die Hauptgeschäftsstelle bezogenen Broschüre *Wir deutschen Juden besorgt und finanziert*.¹⁴¹ Einwände gegenüber diesem kooperativen System waren folglich nicht notwendig, solange diese Kooperation im CV-Sinne funktionierte.

In ihrem jeweiligen Rahmen waren Gemeinden in der Lage, der Abwehrarbeit vielleicht sogar wertvollere Dienste zu leisten als der Verein, indem sie nicht vornehmlich durch eine Politik der Worte, sondern durch praktizierte Aufklärung in Kreisen wirkten, die der CV – wie im Fall der nicht jüdischen Jugend – nie unmittelbar ansprach.

Ein offenkundiger Beleg dafür, wie wenig der Verein wegen der eigenen ideologischen Prämissen und der zionistischen Wadenbeißer in den Gemeinden daran interessiert war, diesen Bestandteil seiner Arbeit zu delegieren, fand sich für den seit 1925 unabhängigen Bezirksverband Saar.

Der dortige Vorsitzende Hugo Steinthal hatte es im Winter 1931 gewagt, die Ausrichtung einer Aufklärungsversammlung der Saarbrücker Gemeinde zu übertragen, was bei Wiener aber Entrüstung hervorrief. Steinthal hätte bekannt sein müssen, so

¹⁴⁰ Abschrift vom 16. Januar 1922. Holländer an die Ortsgruppen und Landesverbände. HM2 8756, Osoby 721 I, Akte 2219, Frame 0275. Das Schreiben findet sich auch in: CAHJP D/PI 2/3.

¹⁴¹ Vgl. HM2 8824, Osoby 721 I, Akte 3375, Frame 0687, 0689.

Wiener, „dass die Zionisten programmässig seit einiger Zeit alles darauf anlegen, die Gemeinden zum Träger der Abwehr zu machen und nicht den C.V.“¹⁴² Durch sein Vorgehen habe Steinthal den „der zionistischen Organisation [...] hochwillkommene[n] Beweis geliefert, dass die Gemeinde durchaus in der Lage ist, Abwehrveranstaltungen durchzuführen“, weshalb der Bezirksvorsitzende tunlichst das Nötige veranlassen sollte, „die Gemeinde als Veranstalter auszuschalten“, da „die religiöse Gemeinde für irgendwelche Ausführungen politischer oder wirtschaftlicher Art nicht gut verantwortlich zeichnen kann[,] selbst wenn das Thema Religion und Wirtschaftsleben heißt.“¹⁴³

Das breite Thema Religion und Wirtschaftsleben berührte unmittelbar die vom CV geleistete Aufklärungs- und Rechtsschutzarbeit, und zwar gleichgültig, ob es sich dabei um die Bekämpfung des Wirtschaftsboykotts gegen Juden oder die Frage der Berufsausübung am Shabbat handelte. Sobald das Judentum und seine Riten betroffen waren, etwa in Angelegenheiten des rituellen Schächtens oder abwegiger Ritualmordbeschuldigungen, schaltete sich der CV ein.

Da die Wirtschafts-, Politik- und Religionsbereiche aber ineinandergriffen, ließ sich über die bessere Zuständigkeit bestens streiten. Alle diese Fälle hingen jedoch letzten Endes immer mit den Staatsbürgerrechten zusammen, weshalb sich der CV zur Erfüllung dieser Aufgabe vorrangig berufen fühlte, wobei er in Angelegenheiten, die vor allem den Ritus betrafen, die Kooperation mit den rabbinischen Experten aus den Gemeinden suchte und fand.

Es gab weitere Gründe, warum der CV das Monopol in der Abwehr zu Lasten der Gemeinden nicht aufgeben wollte. Nach seiner Auslegung erlaubte ihr öffentlich-rechtlicher Status lediglich zu protestieren, sobald es zu Angriffen gegen die jüdische Religionsgemeinschaft gekommen war. Mit den praktischen Anforderungen aber mussten sie zwangsläufig überfordert sein, bedenke man die nötige Bereitstellung von Informationsmaterial im Rahmen der Massenaufklärung, die Anforderungen, die allein die politische Wahlarbeit abverlangte, sowie die notwendige Rechtskunde, die die mandatierbaren Juristen im Verein mitbrachten.

Darüber hinaus hätte die Übertragung der CV-Aufgaben auf die Gemeinde zur Folge, dass sich ihre Leistungsfähigkeit in den Bereichen Religion und Soziales verminderte. Wegen ihres schwerfälligen bürokratischen Apparats fehle es ihr zudem an der notwendigen fallbezogenen Wendigkeit sowie an der langjährigen praktischen Erfahrung, die der CV aufweise. Zudem bedeute diese Arbeit enorme finanzielle Mehrbelastungen für die Gemeindehaushalte. Fraglich war in diesem Zusammenhang, ob die Steuergelder der Gemeindeglieder für politisch-rechtliche Zwecke entfremdet werden durften, da die Statuten Derartiges nicht definierten. Allein diese Klarstellung hätte eines enormen Verwaltungsaktes bedurft.

¹⁴² HM2 8719, Osoby 721 I, Akte 1195, Frame 2253.

¹⁴³ Ebda., Frame 2253f.

Abgesehen von dieser formal-juristischen Knochenarbeit müsse, so seine Warnung aus eigener Erfahrung, letztlich die fehlende Eintracht über die kulturelle und volkische Ausrichtung der Abwehrarbeit den Bestand der Einheitsgemeinden gefährden.¹⁴⁴

Dass der CV mitverantwortlich für diese Spaltungsgefahr war, räumte er offiziell nicht ein, insbesondere nicht, nachdem er sich als offensive Gegenbewegung zum Zionismus erklärt und ihm das frustrierende Ergebnis des Reichstagswahlausschusses bewiesen hatte, wie sehr es den Zionisten offenbar nur um die Ausschaltung des Vereins aus seiner Führungsrolle ging.¹⁴⁵

Die Auseinandersetzung zwischen CV und ZVfD veranlasste am 30. Juni 1929, knapp zwei Wochen vor der Erweiterung der Jewish Agency, die in Düsseldorf versammelten rheinisch-westfälischen Rabbiner,

„im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber dem Judentum, die ihr Amt ihnen auferlegt“,

zu der folgenden Entschließung zu kommen:

¹⁴⁴ Vgl. CVZ, Abwehr und Gemeindewahlkampf, Nr. 47, 21. November 1930, unpaginiert. Dem Leitartikel war zudem der Hinweis zu entnehmen, dass aus diesen Gründen der sächsische Landesverband jüdischer Gemeinden als erster die Übertragung der Abwehr auf die Gemeinden ablehnte.

Das lokale Organ der ZVfD, das Jüdische Wochenblatt Köln, veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 6. Dezember 1929 eine CV-nahe Stellungnahme, die vorrangig die Nachteile aufzeigte, wenn die Abwehrarbeit den Synagogengemeinden übertragen würde. Dieser Artikel Neue Wege zur Abwehr missbilligte den Kompromiss, nach dem die Abwehr des Vereins durch die Synagogengemeinden, wie bereits praktiziert, lediglich ergänzt, also nicht vollends ersetzt werden sollte. Dementsprechend wurden die beiden befürwortenden Hauptargumente der Gemeindezionisten in Abrede gestellt, die da waren: Als einzige rechtlich anerkannte und geschützte Körperschaften seien die Gemeinden sowie ihre regionalen Dachverbände legitimiert, Vertreter der Juden zu sein. Mit ihrem Recht zur Besteuerung besäßen sie die notwendigen Mittel, die die Finanzierung des Abwehrkampfes ermöglichten. Der CV-nahe Autor kritisierte die bis dahin geübte „akademische Form“ der CV-Abwehr als ungenügend, weil „zu flach“, zumal der Verein nicht den von der NS-Bewegung gebundenen Mittelstand erreichte. Seiner Auffassung nach war der CV dennoch wegen seiner organisatorischen Fertigkeiten nicht zu ersetzen, auch wenn seine öffentliche Versammlungstätigkeit in Zusammenarbeit mit den staatstragenden Weimarer Parteien aktiviert werden müsse, da der CV dies bis dahin vernachlässigt habe. Außerdem sei eine „Abwehrkorrespondenz“ bereitzustellen, die die Presse speisen solle. Vgl. den Artikel in: ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-129.

Mit dem Pressedienst, der mit Gründung des Büros Wilhelmstraße erschien, wurde diese letzte Forderung erfüllt. Zum Argument der Finanzierung der Abwehrarbeit mithilfe der von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Mitgliederzahl abhängigen Steuereinnahmen der Gemeinden soll zweierlei ergänzt werden: erstens die Anfrage der Duisburger Gemeinde an den PLV Ende 1931. Dieser sollte einen außerordentlichen Verbandstag organisieren, „damit er seine Stimme erhebe zur Wahrung der Rechte der deutschen Juden.“ Die Anfrage wurde aus „Ersparnisgründen“ abschlägig beantwortet. HM2 8827, Osoby 721 I, Akte 3421, Frame 1271; zweitens sei zur Stabilität der Steuereinnahmen sowie der Einheit in den Gemeinden die Einschätzung Epsteins gegenüber seinem Parteifreund Max Berl, Dortmund, vom 16. Februar 1932 wiedergegeben, wonach „[d]ie Austrittsgefahr [...] nie von zionistischer Seite [droht]. Wir sind die stärksten Befürworter der Einheitsgemeinde. Sie droht heute auch selten von orthodoxer Seite [...] Diejenigen, die heute aus der Gemeinde austreten oder, was noch schlimmer ist, dauernd mit dem Austritt drohen, sind die Liberalen. Sie treten aus, um sich vor den Steuern zu drücken, manchmal auch, weil ihnen dieser oder jener Beschluss der Gemeindevertretung nicht passt, manchmal wegen des einen und des anderen. Natürlich sagen sie meistens nicht, dass sie Steuern sparen wollen. Oft kommt das aber auch vor.“ ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-96.

¹⁴⁵ Vgl. CVZ, Die jüdischen Wahlen, Nr. 45, 7. November 1930, S. 579.

„Während in den großen Fragen des jüdischen Lebens die Getrennten heute sichtlich zueinander stehen, beobachten wir mit Sorge die zunehmende Schärfe der jüdisch-politischen Gegensätze innerhalb vieler Einzelgemeinden. Der Augenblick ist gekommen, wo diese Gegensätze manche Gemeinden zu sprengen drohen. Und doch ist die Erhaltung des Judentums untrennbar verknüpft mit dem Bestand der Gemeinde. Die Erfüllung seiner altehrwürdigen, aber auch seiner neuen Aufgaben wird unmöglich, wenn die Gemeinden zerfallen.

Unsere jüdischen Gemeinden in Deutschland wollen *E i n h e i t s g e m e i n d e n* sein. Sie erheben den stolzen Anspruch, daß jeder Jude, der in ihrem Gebiete wohnt, ohne weiteres ihr angehört. Dieser Anspruch legt Gemeindeverwaltungen und Gemeindemitgliedern hohe Pflichten auf. Die Gemeindeverwaltung muß, ungeachtet zufälliger Majoritätsverhältnisse, jeder jüdisch-religiösen oder jüdisch-politischen Richtung in ihrer Mitte die volle Möglichkeit des Lebens und der Betätigung auf dem Boden der Gemeinde geben.

Von den Gemeindemitgliedern darf gefordert werden, daß sie bei aller Wahrung ihrer Ueberzeugung mit Andersgesinnten im Rahmen der gleichen Gemeinde sich zusammenfinden und im Bewußtsein, daß wir alle Glieder der *e i n e n g r o ß e n G e m e i n s c h a f t* sind, in verantwortungsbewußter gegenseitiger Duldsamkeit die Gemeinde aufrecht erhalten und an ihren Aufgaben teilnehmen. *A u s t r i t t a u s d e r G e m e i n d e, a u s w e l c h e n G r ü n d e n i m m e r, i s t u n t e r d e n h e u t i g e n V e r h ä l t n i s s e n V e r s ü n d i g u n g a m J u d e n t u m u n d, w o v o l l z o g e n, r ü c k g ä n g i g z u m a c h e n.* Die Kraft der brüderlichen Gesinnung muß uns den Weg zurück zur Einigkeit finden lassen.“¹⁴⁶

Der Appell war notwendig angesichts der Gegebenheiten in den Gemeindestuben, von denen Max Berl in einem Bericht vom 6. Oktober 1930 an seinen Gruppenverband der ZVfD Rheinland-Westfalen in Duisburg über eine Gemeindeversammlung aus der unter liberalem Einfluss stehenden Dortmunder Gemeinde zu berichten wusste:

„Die Finanzlage der Gemeinde ist nicht schlecht. Sie hat 153.000 M Einnahmen und 130.000 M Ausgaben, davon werden 50.000 M für Gehälter, 20.000 M für Wohlfahrt und 10.000 M für das Gemeindehaus ausgegeben, der Rest verteilt sich auf verschiedene Subventionen, die [wir] nicht genau kennen. Die Gemeinde lehnt eine Eimischung in politische Fragen ab, sie will die Statuten ändern [...] In kultureller Hinsicht hat die Gemeinde völlig versagt, sie hat Beiträge zum K.H., zur hebräischen Sprachschule und zur Talmud Thora abgelehnt. Sie zahlt von den Einnahmen nur 3% für die Konservativen und positiv jüdisch eingestellten Kreise der Gemeinde, die 50% ausmachen, was nicht mit dem Geist einer Einheitsgemeinde vereinbar ist. Sie will unpolitisch sein, erhöht aber sogar den Beitrag für den C.V. [...] Die Gemeinde ist weiter undemokratisch. Forderung nach Proportionalwahlrecht [...] Sofort Antwort des Vorsitzenden Jacob: Die Gemeinde gibt nicht nur 4.000.– Subventionen für die Ostjuden, sondern von den 20.000 M für Wohlfahrtszwecke fließen 90% den Ostjuden zu. Sie hat eine Subvention für die Talmud Thora geben wollen, wenn die Gemeinde ein Aufsichtsrecht erhält. Der K.H. ist abgelehnt worden, weil wir sparen müssen, und auch der Zionismus eine Niederlage erlitten hat. [...] Im übrigen ist er der Meinung, dass man die Zionisten für das Anwachsen des Antisemitismus verantwortlich machen muss. (Grosse Unruhe, Rufe: Sie kämpfen mit antisemitischen Methoden.) Die Gemeinde wird den eingeschlagenen Weg weiter gehen und Dr. Berl wird auf Granit beißen. Nach unwichtigen Ausführungen einiger Herren [...] Protest gegen die Beleidigung grosser Teile der Gemeinde [...] [Der

¹⁴⁶ CVZ, Erklärung der rheinisch-westfälischen Rabbiner, Nr. 31, 2. August 1929, S. 406.

Länge ziehenden, schließlich versackenden Projektes vor: die Gründung eines Wochenblattes für die Region an Rhein und Ruhr.

Da der CV planlose, spontane Aktionen nicht schätzte und immer auf der Suche nach mehrheitlich akzeptierten Entscheidungen war, lotete er mit einer Umfrage das Meinungsbild der lokalen Verbandszweige aus. Dabei erwies sich der Oberhausener Ortsgruppenvorsitzende Max Bein als Befürworter dieses Plans. Er hielt die Gründung sogar

„für dringend erforderlich, da die Gegenseite mit einer ganz aussergewöhnlichen Agitation eingesetzt hat. Durch die wirtschaftliche Lage hat der Fluss der Gelder bei den ostjüdischen Mitgliedern der zionistischen Vereinigung zu versiegen begonnen[,] und [daher] wirbt [...] die Organisation bei solchen Personen, die bislang der Bewegung fern gestanden haben. Je schneller die in Aussicht genommene Zeitschrift zu erscheinen beginnt, um so mehr wird dieselbe den zu erreichenden Zweck erfüllen.“¹⁵²

Die primär antizionistische Zweckbestimmung des Projekts stieß nicht überall auf Zustimmung. Dem Ergebnis einer CV-Ausschusssitzung nach zu urteilen, die in Essen im November 1925 stattfand, war man skeptisch, sogar besorgt, weil man keinesfalls die dort erscheinenden HaKoach-Blätter schädigen wollte, die ein Paradebeispiel neutraler jüdischer Pressearbeit auf Gemeindeebene darstellten.¹⁵³ Der Düsseldorfer Ortsgruppenvorsitzende Erich Felsenthal mahnte ebenfalls zur Neutralität. Seiner Ansicht nach sollte das geplante Gemeindeblatt auch in den linksrheinischen Verband ausstrahlen, angesichts wohl alter lokalpatriotischer Differenzen „freilich mit Ausnahme Kölns.“¹⁵⁴

Wegen dieser und anderer Hindernisse diente Neuländer zukünftig stattdessen als verlängerter Arm des CV in den Redaktionen bereits bestehender Gemeindeblätter. Wieners Aktennotiz vom 10. Dezember 1932 zufolge standen Gemeindeblätter in Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Gladbach-Rheydt, Hagen, Mülheim/Ruhr sowie Köln und Krefeld unter Neuländers Regie, die kompromisslos antizionistisch war.¹⁵⁵ Als Neuländer an der Wende 1932/1933 erfuhr, der Pressedienst des CV erreiche auch eines seiner Konkurrenzblätter, das Kölner Jüdische Wochenblatt, war Neuländers Verärgerung so groß, dass die Berliner CV-Zentrale die Kölner Geschäftsstelle anwies, tunlichst alles zu unternehmen, um die Missstimmung seines Trabanten bald auszuräumen. Vernünftig sollte ihm dargelegt werden,

„dass der ‚C.V.-Pressedienst‘ eine Artikelkorrespondenz ist, die an die gesamte jüdische Presse, an die nichtzionistische wie die zionistische, zum Versand gelangt. Es liegt uns sogar sehr viel daran, dass gerade zionistische Blätter die durch den ‚C.V.-Pressedienst‘ verbreiteten Artikel und Mitteilungen über unsere Arbeit aufnehmen. Wir haben in dieser Richtung schon manchen Erfolg zu verzeichnen gehabt.“¹⁵⁶

¹⁵² HM2 8733, Osoby 721 I, Akte 1707, Frame 1541.

¹⁵³ Vgl. ebda., Frame 1574.

¹⁵⁴ Ebda. Frame 1462. Eine Zusammenfassung weiterer Stellungnahmen, die auch auf finanzielle Schwierigkeiten hinweisen, findet sich ebda., Frame 1542ff.

¹⁵⁵ Vgl. ebda., Frame 1406; siehe auch den vernichtenden Kommentar Epsteins über Neuländer in einem Bericht an die Geschäftszentrale der ZVfD in Berlin vom 4. Mai 1931. ZA, Bestand Harry Epstein, A 101-23.

¹⁵⁶ HM2 8733, Osoby 721 I, Akte 1707, Frame 1399.

Der CV setzte verschiedene Hebel in Bewegung, um seinen Einfluss auf die Meinungsbildung in den Gemeinden geltend zu machen. Namentlich Wiener, dem Neuländer treu ergeben war¹⁵⁷, hielt die Essener Geschäftsstelle an, diesen Einfluss weiter auszubauen. Den von Neuländer aufgespürten Übernahmemöglichkeiten nachgehend, wusste Wiener,

„dass der Gemeinde Elberfeld ein Gemeindeblatt von Kassel aus geliefert wird. Das Kasseler Gemeindeblatt, das ja auch in Bremen, Hannover und sonstwo die Alleinherrschaft besitzt, ist zweifellos so neutral, dass es stark für die Zionisten wirken muss. Herr Neuländer konnte insbesondere auf die Nummer des Elberfelder Gemeindeblattes vom 1. Dezember hinweisen, in dem sich ein Leitartikel von Max Kollenscher ‚Der Jude im Staat‘, ein Auszug aus dessen bekannter zionistischer Broschüre, befindet. Das wäre natürlich bei einem Neuländer`schen Gemeindeblatt unmöglich. Wir bitten sie daher, doch mit Herrn [CV-Ortsgruppenvorsitzenden] Rechtsanwalt Brück in geeigneter Weise Verhandlungen aufzunehmen und festzustellen, ob nicht für Elberfeld das Neuländer`sche Gemeindeblatt in Frage kommt.“¹⁵⁸

Plauts Reaktion vom 22. Dezember 1932 mäßigte:

„Was die [...] in unserem Landesverband erscheinenden Gemeindeblätter anbetrifft, so haben wir auch über die Neuländer`schen hinaus keinen Anlass zur Klage, wenigstens seitdem das Duisburger Blatt verschwunden ist. Unsere Einsendungen werden stets bereitwilligst und zumeist in grösstem Umfang aufgenommen. [...] Wir machen aber darauf aufmerksam, dass das, was für Elberfeld gilt, auch für Essen zutrifft. Auch in Essen erscheint ein Blatt, das von Kaufmann in Kassel verlegt wird, das aber in jeder Hinsicht als unser Organ angesprochen werden kann.“¹⁵⁹

Gemeindeblätter, die sich um Objektivität und Ausgleich bemühten, dienten eben auch als Multiplikatoren des CV-Gedankens. Doch die tendenziöse Gewichtung änderte sich bald. Im März 1933 war der Verlag jüdischer Zentralorgane mit Sitz in Köln-Ehrenfeld, bei dem Neuländer angestellt war, in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Bis dahin konnte er dank der jüdischen Gemeinde auf einen gesunden Inserentenstamm blicken, der aber im Zuge der beginnenden Ausgrenzung und wirtschaftlichen Sorgen wegzubrechen begann.¹⁶⁰ Auch nicht jüdische Inserenten kündigten ihre Verträge, wenngleich aus anderen Beweggründen. Am 13. März 1933 ging ein derartiges Schreiben aus Dortmund im Verlag ein:

„Von nationalsozialistischer Seite wird mir unter Androhung von Zwangsmassnahmen das Inserieren als Christ im Jüdischen Gemeindeblatt verboten. Ich ersuche Sie daher, mich von weiterem Inserieren zu entbinden [...] Sollte sich [...] Gelegenheit bieten[,] ohne Nachteile zu erwarten, meinen Verpflichtungen Ihnen gegenüber nachkommen zu können, werde ich nicht verfehlen[,] davon Gebrauch zu machen.“¹⁶¹

Während – im Gegensatz zur Besatzungszeit vor allem in den Jahren 1922 und 1923, als weder Hausdurchsuchungen, Verbotsdrohungen noch Denunziationen den CV an seiner

¹⁵⁷ Vgl. ebda., Frame 1394.

¹⁵⁸ Im Auftrage Wieners am 9. Dezember 1932 vertraulich an den Landesverband Rheinland-Westfalen gerichtetes Schreiben. Ebda., Frame 1408.

¹⁵⁹ Ebda., Frame 1403f.

¹⁶⁰ Vgl. ebda. 1389.

¹⁶¹ Ebda., Frame 1391.

scharfen antifranzösischen Sprache hindern konnten¹⁶² – den CVZ-Verantwortlichen unter den unvergleichlich beängstigenderen Bedingungen mehr und mehr der verbale Kampfgeist abhanden kam, wuchs demgegenüber in Köln

„das Ansehen des Schriftleiters des Gemeindeblattes, Fritz Neuländer [...], der in seiner Zeitung eine so scharfe Sprache führt, daß man sich wundert, daß die Zeitung noch erscheinen darf. Die Leser sind über diesen Ton erfreut und fragen, warum nicht auch die ‚C.V.-Zeitung‘ eine mutigere Linie aufweise. Die Beantwortung dieser Frage war leicht [...] Der Verleger, ein Herr Spiegel, [schaltet] entgegen den im C.V.-Sinne gehaltenen Ausführungen des Redakteurs zionistisch angehauchte Glossen.“¹⁶³

Löwenthals Bericht deutet an, wie nah an der Zensur und am Verbot man arbeitete, wenn im deutsch-jüdischen Sinne formuliert wurde. Die Verbreitung der zionistischen Idee neben der des CV war folglich für den Verein auch ein Schutzschild.

Die angriffslustigen Pressepolemiken brachten Neuländer Anfang 1935 die Inhaftierung ein, worauf die CVZ in einer seltenen, kurz gehaltenen Polemik gegen diese NS-Maßnahme einging.¹⁶⁴

Ein letzter Vorstoß des Vereins im Frühjahr 1936, erneut Einfluss auf die Gemeindeblätter zu gewinnen, scheiterte. Die Essener Geschäftsstelle dazu:

„Selbstverständlich wird über jede Versammlung des C.V. berichtet, selbstverständlich werden die laufenden Sprechstunden, wo solche stattfinden, angegeben. Auch rücken wir von Zeit zu Zeit andere Notizen ein. Darüber hinaus jedoch sehen wir keine Möglichkeit für C.V. Propaganda in den Gemeindeblättern [...] Wir können uns nicht versagen darauf hinzuweisen, dass auch die C.V. Zeitung ausser ihrem Kopf keinerlei ‚Propaganda‘ für den C.V. enthält. Aus dem Inhalt, sogar auch aus der ‚Wirtschaft der Woche‘ ist auch nicht das geringste über C.V. Arbeit zu ersehen. Auch etwa ergehende grundsätzliche Entscheidungen der Ministerien oder sonstigen Behördenstellen werden niemals so gekennzeichnet, dass sie vom C.V. herbeigeführt worden sind. Dies ist selbstverständlich kein Vorwurf, sondern lediglich ein Hinweis auf die bestehenden Schwierigkeiten.“¹⁶⁵

Während zeitweise Journalisten wie Neuländer Wagemut bewiesen, feilten die Redakteure des CV an ihrem Presseorgan, „um tunlichst keine Handhabe für ein [...] Verbot zu liefern“¹⁶⁶, zumal für den Verein die praktische Arbeit in den Vordergrund rückte.

Am 1. Januar 1935 erfolgte trotzdem das Straßenverkaufsverbot auf der Grundlage des Paragraphen 25 der ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933.¹⁶⁷

¹⁶² Vgl. HM2 8733, Osoby 721 I, Akte 1700, Frame 1032f., 1035f.; siehe zudem die Durchhalteparolen von Herzfeld, Alexander und Freudenthal. Ebda. Frame 1043ff.

¹⁶³ Bericht über Köln auf Grund von Rücksprachen mit zahlreichen jüdischen Persönlichkeiten in der Zeit vom 24. bis 20. Dez.[ember] 1934. HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 798, Frame 2016-2023, hier 2019. Wohl aus diesem Grund wurde Neuländer von Herbert Freedon fälschlicherweise in einem Atemzug mit dem „zionistische[n] Gedanke[n]“ genannt. *Freedon, Herbert*, Die jüdische Presse im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1987, S. 124.

¹⁶⁴ Vgl. CVZ, Verbot des Kölner jüdischen Gemeindeblattes, Nr. 12, 21. März 1935, unpaginiert.

¹⁶⁵ Kurt Steinberg am 4. Mai 1936 an die Zentrale. HM2 8771, Osoby 721 II, Akte 112, unpaginiert.

¹⁶⁶ *Herzfeld*, Memoiren, S. 329.

¹⁶⁷ Vgl. HM2 8694, Osoby 721 I, Akte 69, Frame 0562.

Am 10. Februar 1935 unterband die Gestapo jegliche Werbung für das Verbleiben der Juden in Deutschland:

„Sie steht in Widerspruch mit den nationalsozialistischen Grundsätzen und muß deshalb in jeder Form unterbunden werden. Nachdem den Rednern der deutsch-jüdischen Organisationen die Möglichkeit dieser Propaganda [...] genommen worden ist, versuchen die Organisationen, dieses Hindernis durch Werbung mit anderen Mitteln zu umgehen. So hat sich neuerdings ein Teil der deutsch-jüdischen Presse von der offenen Werbung auf die Propaganda in versteckter Form umgestellt.“¹⁶⁸

Im Mai 1935 stellten die Überwachungsbehörden fest, das Schrifttum des „Assimilationsjudentums“ in Deutschland habe abgenommen, „ohne jedoch auf eine Betätigung gänzlich zu verzichten. Die Äusserungen sind sämtlich von einer peinlichen Zurückhaltung und Übervorsicht“ gekennzeichnet, obwohl

„trotz aller zionistischen Arbeit [...] das Assimilationsjudentum in Deutschland nicht ausgestorben [ist]. Die C.V.-Kreise sammeln sich heute i[m] ‚Kulturbund‘ und ziehen sich gezwungen von der Öffentlichkeit auf sich selbst zurück.“¹⁶⁹

Der CV-Gedanke wurde zusehends durch den zionistischen ersetzt. Das belegen die Vergleichsdaten zur Auflagenhöhe der CVZ gegenüber der Jüdischen Rundschau, die für den Zeitraum 1935 bis 1937 ermittelt wurden.¹⁷⁰

Danach hatte die CVZ im ersten Quartal 1935 mit rund 34.400 Beziehern bei einem eigenen Mitgliederbestand von 31.983 nur noch knapp 1.000 mehr als die JR. Zwar erholte sie sich seit dem vierten Quartal 1935 von dem Verbot, das die Stapo Berlin vom 26. Juni bis 25. September für das Reich verhängt hatte, sowie von dem Einschnitt, den der Erlass der Reichsbürgergesetze für den Verein bedeutete. Sie erreichte aber erst wieder im dritten Quartal 1937 mit 33.300 gegenüber 28.605 eine sichtlich höhere Auflage als die Jüdische Rundschau.

Die prinzipiell größere Auswanderungsbereitschaft der ZVfD-Mitglieder schlug dabei auch zu Buche. Außerdem waren die in der CVZ gelieferten Informationen besonders über überseeische Auswanderungsmöglichkeiten von wachsendem Interesse, nachdem im Verlauf der Arabischen Revolte (April bis Oktober 1936) und der ihr folgenden Reduktion der Einwanderungsquoten durch den britischen Mandatar Palästina aufhörte, „Hauptziel der gelenkten Auswanderung zu sein.“¹⁷¹

¹⁶⁸ Stapostelle für den Regierungsbezirk Arnsberg, Dortmund, 4. April 1935. Yad Vashem JM/M 55.

¹⁶⁹ Lagebericht über das jüdische Schrifttum und das gegnerische Schrifttum des Auslandes, Mai 1935. Bundesarchiv R 58, Nr. 485. Zum Kulturbund Rhein-Ruhr siehe *Düwell, Kurt*, *Der Jüdische Kulturbund Rhein-Ruhr 1933–1938. Selbstbesinnung und Selbstbehauptung einer Geistesgemeinschaft*, in: *Bohnke-Kollwitz u. a. (Hg.)*, 1984, S. 427–441; *Geisel, Eike, Broder, Henryk M.*, *Premiere und Pogrom. Der Jüdische Kulturbund 1933–1941*, Berlin 1992; *Cochavi, Yehoyakim*, *Georg Kareski's Nomination as Head of the Kulturbund*, LBIYB XXXIV, London u. a. 1989, S. 227–246.

¹⁷⁰ Vgl. HM2 8765, Osoby 721 I, Akte 91, Frame 0705f.

¹⁷¹ *Margaliot, Abraham*, *Emigration. Planung und Wirklichkeit*, in: *Paucker, Arnold*, *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943*, Tübingen 1986, S. 303–316, hier 307. Ausführlich findet sich bei Bernstein die Auflagenentwicklung der CVZ für die Jahre 1923 bis 1938, wobei er selbst einräumt, seine Angaben seien teils Schätzungen, die nun zumindest für die Jahre 1935 bis 1937 nach unten korrigiert werden können. Um den Einbruch der Auflagenentwicklung der gegenüber der JR preiswerteren CVZ nach 1933 deutlich zu machen, sei ergänzt, dass Bernstein für das Jahr 1927 ihre höchste Auflage mit ca. 75.000 Exemplaren angibt. Vgl. *dens.*, 1969, S. 26, 38f.,

Der CV erwies sich als sehr findig, die publizistischen Einflussmöglichkeiten im Allgemeinen und in den Gemeinden im Besonderen auszuschöpfen. Zu dem Zeitpunkt aber, als man in seinen Reihen über Ambitionen hinsichtlich der alleinigen Übernahme der Abwehrarbeit nach außen hin milde lächelte, Wiener noch Übernahmegedanken entwickelte, CVer und ZVfDler noch öffentlich ihre Provokationen austauschen konnten, standen auf der Ebene der deutschlandweit rund 1.600 teils föderal strukturierte Dachorganisationen aufweisenden jüdischen Gemeinden zukunftsweisende Einigungsschritte an. Die Waffenruhe innerhalb der jüdischen Gemeinschaft wurde als immer dringlicher empfunden, nicht zuletzt weil CV und ZVfD mittlerweile schon seit Jahrzehnten stritten.

Im Verlauf dieser Entwicklung hatte sich der Wandel, den der CV vom neutralen Abwehr- zum Gesinnungsverein durchlief, erstmals 1913 abgezeichnet. Die Hauptversammlung des Jahres 1928 markierte dann den eigentlichen Wendepunkt eines Selbstfindungsprozesses, der dem Verein erst das Prädikat einer Bewegung verlieh. Stimuliert wurde dieser Prozess durch den Zionismus wie durch den Antisemitismus. Hin- und hergerissen zwischen den Loyalitäten gegenüber Deutschtum und Judentum wankte immer wieder das Verhältnis zum eigenen Neutralitätspostulat. Klarheit sollte das neue Selbstverständnis für das Verhältnis zur Abwehrarbeit bringen, das sich auch gewandelt hatte. Als probate Methode zur Bekämpfung des Judenhasses war nun weniger das objektive Rechtsbewusstsein entscheidend, das eine parteiübergreifende Kooperation zwischen CV und ZVfD ermöglicht hätte. Vielmehr rückte das subjektive Element der deutschen Gesinnung in den Vordergrund und mochte bei Kritikern den Eindruck erhärten, als habe der CV die jüdische Seite seines Selbst regelrecht verraten. Diese Fehldeutung beruhte aber lediglich auf dem CV-eigenen Verständnis von Judentum als einer Religions- und nicht als einer Volksbezeichnung. Obwohl sich das Verhältnis des Einzelnen zu seinem Glauben und der Gemeinschaft merklich unter den liberal-säkularen Einflüssen gewandelt hatte, zerstörte dieser Wandel nicht das Bewusstsein von einer geistigen jüdischen Verbundenheit. Deshalb sollte auch die angeblich unverhältnismäßig große Bedeutung, die das Deutschtum am Ende der 1920er

sowie den Hinweis zum Kaufpreis der CVZ, den die Breslauer Geschäftsstelle in einem Schreiben vom 28. April 1936 lieferte. HM2 8771, Osoby 721 II, Akte 112, unpaginiert. Für 1938 stellte Alfred Wiener schließlich fest, die CVZ sei „the most read Jewish paper in Germany and Austria with subscribers in all the five continents at more than 4000 places.“ *Ders.*, The ‚Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘ – Its Meaning and Activities, undatiertes Manuskript, S. 2.

Die Hauptgeschäftsstelle hatte bereits am 12. Dezember 1933 ihre Beamten dazu angehalten, die neuen Anschriften der „abgereisten Mitglieder“ zu ermitteln. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 25, Frame 0843. Die Verbindung der CVZ wiederum nach Österreich war keine kontinuierliche. Knapp drei Wochen vor den dem Anschluss Österreichs vorausgehenden Volksabstimmungen in beiden Ländern kündigte die Vertriebsabteilung der CVZ die Möglichkeit an, „die so lange unterbrochene Verbindung mit unseren Glaubensgenossen in Österreich wieder aufzunehmen.“ HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 91, Frame 0384. Die somit ansteigenden Leserzahlen fingen die finanziellen Engpässe der Publikationstätigkeit des Vereins aber nicht auf. Deshalb sollte auch der im Philo-Verlag erscheinende Morgen – Monatsschrift der Juden in Deutschland, der noch 800 zahlende Abonnenten und eine Gesamtauflage von 1.050 Exemplaren hatte, zum 1. Oktober 1938 entweder eingestellt werden oder als CVZ-Beilage erscheinen, obwohl seine Finanzierung bis zum 1. April 1939 gesichert war. Vgl. HM2 8742, Osoby 721 I, Akte 1888, Frame 0003f. Die entscheidenden Einwände gegen diese Vorschläge finden sich ebda., Frame 0005ff. Eine Liste der vom Ausland aus für den Morgen arbeitenden Mitarbeiter findet sich ebda., Frame 0022.

Jahre für den Verein gewann, nicht singulär gesehen werden. Zeitgleich fand die solidarisierende Rückbesinnung auf das Judentum statt.

Der CV durchlief damit eine ganzheitliche Neupositionierung mit dem Ziel, den immer mühevolleren Integrationsprozess in Deutschland fortzuführen, gegen den die Zionisten agitierten. Eine Folge der Auseinandersetzung um die jeweils eigene volkische und kulturelle Zugehörigkeit zwischen CV und ZVfD war die Politisierung des Judentums. Enorme Fliehkräfte entwickelten sich im Zuge dieser Debatte, die zeitweise sogar die Vereinsstrukturen gefährdete und – für den CV fatal – auch in den öffentlichen Diskurs drang. Sie bestimmte darüber hinaus die diskursive Betriebsamkeit in den Synagogengemeinden, wobei der Gegensatz zwischen ‚deutscher‘ und ‚jüdischer‘ Gemeinde den Bestand der Einheitsgemeinde in Gefahr brachte. Dieses Ringen um Einflussnahme respektive Machterhalt in den Gemeinden zeigte sich vor allem in der Diskussion, ob die Abwehrarbeit den Gemeinden übertragen werden sollte, wogegen der CV sich sträubte und deshalb auch Einfluss auf das Zeitungswesen innerhalb der Synagogengemeinden nahm.

Alles in allem sind diese Beispiele Ausflüsse derselben Auseinandersetzung, die die Umsetzung einer organisations- und gemeindeübergreifenden jüdischen Einheit als Reaktion auf die irrationalen gesellschaftlichen Widerstände während der Weimarer Jahre erschwerte. Der in Jahrzehnten der Prägung vorbereitete und auch deshalb auf wenig Widerstand stoßende nationalsozialistische Rassenantisemitismus war nötig, damit eine sachliche Kooperation im Rahmen der Reichsvertretung der deutschen Juden (RV) stattfinden konnte, an deren Genese rheinisch-westfälische CVer maßgeblich beteiligt waren.

Kapitel 6

Der CV in der NS-Zeit 1933–1938

Die gesamtgesellschaftliche Situation machte es notwendig, sich enger zusammenzuschließen. Als Reaktion auf die NS-Judenpolitik konnte es daher im September 1933 zur Gründung der organisationsübergreifenden Reichsvertretung der deutschen Juden (RV) kommen. Am Werden dieser Vertretung nahm der CV über den Gründungsakt hinaus engagiert teil. Diese Teilnahme setzte allerdings eigene Anstrengungen voraus, da der CV sich selbst als Weltanschauungs- und Rechtsschutzverein auf die gewandelten äußeren Bedingungen einzustellen hatte; außerdem bedeutete seine Teilnahme, dass er sich der Reichsvertretung, die koordinierende und delegierende Schaltstelle wurde, unterordnete. Sie wurde die (Interessen-)Vertreterin des idealisierten gesamtjüdischen Gedankens. Der CV wurde damit aber nicht zu einem rein ausführenden Objekt. Trotz der programmatischen Gemeinsamkeiten und effektiven Kooperation blieb er eine souveräne Organisation, die als solche ihre ideologische Position und Praxis mit Entschiedenheit bis 1935 verteidigte. Auf diesen Aspekt konzentrieren sich auch die folgenden Ausführungen. So werden zunächst die Konflikte über Zuständigkeitsbereiche mit den freien jüdischen Rechtsanwälten zu beleuchten sein. Anschließend interessiert die Auseinandersetzung des CV mit dem zeitweilig chauvinistisch-militaristische Züge annehmenden Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, von dem man sich deshalb genauso abgrenzte wie weiterhin vom zionistischen Gedankengut, das mehr und mehr selbst in die Reihen des CV eindrang, die zuvor als unerschütterlich im Glauben an die deutsch-jüdische Symbiose gegolten hatten. Dennoch verlor der zu Reorganisationsmaßnahmen genötigte Verein seine Mitglieder weniger aus ideologischen Gründen. Sie emigrierten notgedrungen, noch ehe im Verein 1935 der Flucht drang akzeptiert und die Förderung der Auswanderung in seine Arbeit integriert wurde.

6.1 Der Beitrag rheinisch-westfälischer CVer zur Genese der Reichsvertretung der deutschen Juden

Die Not ließ die Juden Deutschlands enger zusammenrücken. Aus diesem Grund wurde die im März 1928 gegründete Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände des Deutschen Reiches mit Beginn des Jahres 1932 ausgebaut, dem Jahr, das Holländer als Jahr der Entscheidungen bezeichnet hatte.¹ Die Beseitigung des Rechtsstaats lag im Bereich des Möglichen.² Auf diesen Aspekt bezog sich in einer Rückschau Kurt Alexander, der seit 1936 dem Präsidialausschuss der zu diesem Zeitpunkt umbenannten Reichsvertretung der Juden in Deutschland angehörte. Als er betonte: „Das Jahr 1933 traf die deutschen Juden unvorbereitet“, bezog er sich selbstkritisch auf die eigene Fehleinschätzung, weil

„[d]ie deutschen Juden [...] mit der Idee des individuellen Liberalismus zu lange und zu tief verwachsen [waren], um daran glauben zu können, dass das Gedankengut, dem sie ein Jahrhundert lang vertraut hatten, plötzlich zerstört werden könnte. [...] Noch in der Stunde, in der der Nationalsozialismus zur Macht kam, klammerte man sich an den Glauben an die Verfassung, klammerte man sich an das Vertrauen auf das Staatsoberhaupt, auf Hindenburg, der doch die Treue zu dieser Verfassung mit seinem Eid besiegelt hatte.“³

Diese Verblendung ließ die Möglichkeit der mutwilligen Aufkündigung eines durch Ehrenwort besiegelten Vertragsverhältnisses kaum zu. Zu stark waren das traditionelle preußisch-deutsche Ehrverständnis ausgeprägt, die dem Juristen eigene Paragrafengläubigkeit sowie das eigene Treueverhältnis gegenüber der Verfassung, das mit einem vertrauensseligen Begriff von Anstand und Moral sowie einem Patriotismus gepaart war, der weit über die Bindung an den Verfassungstext hinausging. Dieses Vertrauen war zudem notwendig, da keine der jüdischen Körperschaften und Persönlichkeiten über ausreichende lobbyistische, politische, wirtschaftliche oder massenmediale Einflussmöglichkeiten verfügte, um politische Entscheidungsprozesse, die in Hinterzimmern fielen, nachhaltig zu beeinflussen, geschweige denn sie zu steuern. Diese Verzweiflung paralyisierte allerdings nicht, auch wenn alte Verbands- und Organisationsstrukturen nun nicht mehr griffen angesichts der politischen Isolation und eines sich aus dem Hass seiner Machthaber speisenden rassistisch-antisemitischen Regimes. Einer neuen, einigenden und stärkenden Organisationsform standen jedoch nach wie vor die innerjüdischen Meinungs- und Interessengegensätze im Weg. So traf die deutschen Juden das Jahr 1933 vor allem deshalb unvorbereitet, weil bis dahin nur ein weitgehender Konsens darüber bestanden hatte, man müsse sich einigen, aber nicht recht wusste, wie.

Der Versuch der Gemeinden, sich auf Reichsebene zusammenzuschließen, firmierte seit dem 12. Februar 1933 unter der Bezeichnung Reichsvertretung der jüdischen

¹ Vgl. CVZ, 1932 – das Jahr der Entscheidungen, Nr. 4, 22. Januar 1932, S. 30.

² Vgl. *Herzfeld*, *Meine letzten Jahre*, S. 168f.

³ *Alexander, Kurt*, Die Reichsvertretung der deutschen Juden, in: Council for the Protection of the Rights and Interests of Jews from Germany (Hg.), Festschrift zum 80. Geburtstag von Rabbiner Leo Baeck am 23. Mai 1953, London 1953, S. 76-84, hier 76.

Landesverbände (RVjL). Diese krankte jedoch ebenso an der Dominanz des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden und der ihn dirigierenden finanzstärksten Gemeinde Berlin wie an dem Fehlen der jüdischen politischen Organisationen.⁴ In die kurze Spanne ihres Daseins bis zum 25. Juni 1933, als ihr Präsident, Rabbiner Leo Baeck, auch aus diesen Gründen sein Amt niederlegte, fiel allerdings die Gründung des Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau (ZA) als Reaktion auf die organisierten antijüdischen Boykottaktionen und die zu diesem Zeitpunkt auf Vertreibung aus Gesellschaft und Land abzielenden gesetzgeberischen Diskriminierungen.⁵ Mit dem ZA, der die wirtschaftliche Katastrophe für alle, die von Berufsverboten betroffen waren, abfedern wollte und organisatorische Schwierigkeiten sowie personelle Rückschläge vor allem im ersten Jahr seines Bestehens zu verkraften hatte, war etwas Besonderes gelungen. Seit drei Jahren arbeiteten erstmals wieder Zionisten mit CVern in diesem, wie es sich weisen sollte, ständigen Ausschuss zusammen. Im ersten Jahresbericht des ZA hieß es nüchtern zur Begründung dieses sachlich motivierten Zusammenschlusses:

„Er [der ZA] wurde wenige Wochen nach dem grundlegenden Wandel der Verhältnisse des deutschen Judentums begründet aus der Erkenntnis heraus, dass nur durch eine einheitliche Zusammenfassung aller helfenden und aufbauenden Kräfte im deutschen Judentum eine Lösung der ungeheuren Aufgaben sichergestellt werden konnte.“⁶

Der Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände war mit dem ZA also ein zukunftsweisendes Gremium erwachsen. Das drängende Bedürfnis aber, selbst als ernst zu nehmende Vertreterin aller jüdischen Interessen gegenüber den deutschen Behörden aufzutreten, erfüllte diese Reichsvertretung wegen ihres eindimensionalen Gefüges sowie ihrer personellen Führungsschwäche nicht.⁷

Diese Mängel scheinen zuerst im Osten von der Synagogengemeinde Görlitz laut artikuliert worden zu sein. Am 28. Mai 1933 informierte sie die RVjL, die jüdischen Gemeinden sowie Organisationen über ihre Entschliebung, nach der

„die nationale Erhebung in Deutschland und ihr Verlauf [...] keine ausreichende, einheitliche Vertretung und Führung der deutschen Juden vorgefunden hat. Das dringende Gebot des Augenblicks ist daher eine grundlegende Neuorganisation des deutschen

⁴ Vgl. Plum, Günther, Deutsche Juden oder Juden in Deutschland?, in: Benz, Wolfgang (Hg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 49ff.; Gruenewald, Max, The Beginning of the ‚Reichsvertretung‘, in: LBIYB I, 1956, S. 57–67, hier 57.

⁵ Vgl. Adler-Rudel, Salomon, Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974, S. 183. Die Beschaffung und Verteilung der Gelder ausländischer Hilfsorganisationen, namentlich des American Joint Distribution Committee und des Central British Fund, setzte eine zuständige jüdische Wirtschaftsbehörde voraus, die der ZA fortan darstellte. Siehe die knappe CVZ-Notiz zur Gründung des ZA, Zentralausschuß der deutschen Juden, Nr. 16, 20. April 1933, S. 141; siehe zudem die zionistische Auslegung zur Gründung des ZA bei Ball-Kaduri, Kurt J., The National Representation of Jews in Germany, in: YVS II, 1958, S. 159–178.

⁶ Arbeitsbericht des Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau: 1. April – 31. Dezember 1933, S. 1.

⁷ Max Birnbaum kam zu dem Schluss, dass die RVjL „die gegebene Grundlage für die Führung der deutschen Juden gewesen wäre, wenn ihre leitenden Persönlichkeiten die richtige Statur gehabt hätten.“ Ders., Staat und Synagoge. Eine Geschichte des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 1918–1938, Tübingen 1981, S. 230.

Judentums. Wir richten an alle oben genannten Verbände die dringende Aufforderung, sich unter Vermeidung verzögernder Zersplitterung einer a u t o r i t ä r e n Führung zu unterstellen, die das unbestrittene Vertrauen aller Kreise des deutschen Judentums genießt. Diese Führung soll aus e i n e r oder w e n i g e n Persönlichkeiten und einem Beirat von w i r k l i c h a k t i o n s f ä h i g e n Personen bestehen und soll aus allen p o s i t i v - j ü d i s c h e n Lagern der deutschen Juden entnommen werden. Diese n e u e e i n z i g e autorisierte Führung der deutschen Juden soll nichts unversucht lassen, mit der Reichsregierung die Erörterung des Judenproblems in jüdisch-aufrechter Form herbeizuführen und auf der Basis beiderseitiger Loyalität die seelischen, kulturellen und wirtschaftlichen Notstände der deutschen Juden zu beheben. Wir fordern alle jüdischen Gemeinden Deutschlands auf, sich ohne Rücksicht auf die bisherige Gliederung ihrer Angehörigen durch eine gleiche Resolution unserer Aufforderung ohne Zeitverlust anzuschließen.“⁸

Auch anderenorts wurde nach einer tonangebenden Repräsentation verlangt, deren Führungskräfte weniger Macht als vielmehr genügend überparteiliche Autorität besitzen sollten, um die Fliehkräfte unter den deutschen Juden zu bündeln, um sie aktionsfähig zu machen.⁹

Diese Anschauung teilte im Westen Deutschlands Georg Hirschland, Vorsitzender der Essener jüdischen Gemeinde. Von hier gab er, „ein Feind unnützer Verhandlungen und langer Reden“¹⁰, einen weiteren, letztlich entscheidenden Anstoß, der zuerst in eine Reihe von Vor- und Sondierungsgesprächen mündete, die namentlich der dem KH unterstützenden Flügel des Vereins angehörende Essener Rabbiner Hugo Hahn einfädelt und führte. Hahn wandte sich zuerst im Umkreis des CV an seine Gesinnungsgenossen in Berlin, den dort ansässigen Jüdischen Frauenbund via Hannah Karminski und an Georg Landauer von der ZVfD.

Im Rahmen dieser frühen Pendeldiplomatie knüpfte er zudem Kontakte zu Ludwig Tietz in dessen leitender Funktion innerhalb der neutralen Jugendbünde. Nach Hahns eigenen Angaben kontaktierte er erst danach Ernst Herzfeld, mit dem der Plan reifte, unter Umgehung der jüdischen Gemeinde Berlin, somit des PLV, den Kreis der Interessierten auf die süddeutschen Gemeindeverbände sowie andere jüdische Organisationen auszuweiten und eine geeignete Führungsriege der neuen

⁸ HM2 8747, Osoby 721 I, Akte 1999, Frame 0095. Den dem Zeitgeist entlehnten Begriff der autoritären Führung relativierte *Dov Kulka* in seiner kommentierten Quellenedition und sprach von einer „autoritative[n]“ Gesamtvertretung. *Ders.*, Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus – Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939, Bd. 1, Stuttgart 1996, S. 12.

⁹ Die Erinnerungsberichte zur Gründung der Reichsvertretung der deutschen Juden sind deshalb relevant, weil die Quellenlage zu beiden Reichsvertretungen ungünstig ist. Die Erinnerungsberichte stimmen in dem Punkt überein, die Initiative zur Umformierung sei primär von Einzelpersonlichkeiten aus der Essener Gemeinde ausgegangen. Diese Übereinstimmung erklärt sich wohl auch aus dem Erfolg der Initiative. Siehe hierzu *Kulka*, 1996, S. 9, 57.

Herzfeld hat in seiner Darstellung – ohne näher darauf einzugehen – auf den Umstand verwiesen, es hätten sich zwei Kreise gleichzeitig, aber unabhängig voneinander, demselben Ziel verschrieben. Vgl. *dens.*, *Meine letzten Jahre*, S. 182. Ein Hinweis auf die Initiative des Hamburger Unternehmers Carl Melchior, der maßgeblich an der Gründung des ZA beteiligt war, findet sich bei *Hahn, Hugo*, *Die Gründung der Reichsvertretung*, in: *Tramer*, 1962, S. 97-105, hier 104.

¹⁰ *Hahn*, 1962, S. 99; *Herzfeld*, *Meine letzten Jahre*, S. 180.

Reichsvertretung aufzustellen.¹¹ Herzfelds persönliche Motive, sich aktiv in den Dienst dieses Plans zu stellen, mögen mit seinem Hang zur Klärung sachbezogener Fälle sowie seinem ausgeprägten Verantwortungsbewusstsein erklärt werden. Eingedenk der Selbstbeherrschung und Ermüdungserscheinungen, die sich im rheinisch-westfälischen und im linksrheinischen Landesverband seit den Hochzeiten gegen die EJA eingestellt hatten, war zum Zeitpunkt dieser Sondierungsgespräche die von den CV-Funktionären viel beschworene Vernunft in der Politik nun selbst gefordert. Da zudem unter den Rabbinern beider Provinzen, die bereits 1929 das Ende der ausufernden, Zwietracht bringenden Streitkultur gefordert hatten, ein besonderes Interesse herrschte, „die Hegemonieansprüche der Berliner Gemeinde [...] zu unterbinden“¹², konnte eine von der Essener Gemeinde initiierte

„Versammlung aller Gemeinden des Rheinlandes und aus Westfalen für den 23. Juli 1933 nach Essen ein[berufen werden]. Hirschland führte den Vorsitz, Herzfeld und ich [Hahn] referierten über unser Vorhaben. Auf Antrag von *Rudolf Callmann*, Köln[,] und *Kurt Alexander*, Krefeld, gab die Versammlung uns Vollmacht, alles zu unternehmen, um eine unabhängige Reichsvertretung der deutschen Juden ins Leben zu rufen.“¹³

Herzfeld präzierte am 29. Juli 1933 gegenüber seinem CV-Kollegen Willy Katzenstein, Bielefeld, die Probleme und Mängel dieser Zusammenkunft, die seiner Meinung nach streckenweise noch zu unergiebig verlaufen war:

„Die auswärtigen Teilnehmer waren [...] zu wenig informiert über das, worauf es ankam. So kam eine Aussprache zustande, in der viel Unnötiges gesagt wurde – ich schließe mich davon nicht aus – und das Entscheidende zu kurz kam. Für die Zusammenfassung des gesamten deutschen Judentums ist zweierlei notwendig:
Erstens die Niederringung der Berliner Widerstände,
[z]weitens die Aufstellung geeigneter Führer.

Was die erste Voraussetzung anbetrifft, so scheinen mir [...] innerhalb der Berliner Gemeinde vor allem [der antizionistisch gesinnte Bruno] Woyda nebst Anhängern und im übrigen wohl hauptsächlich der RjF und seine Führer die Hindernisse zu sein. Wer sich in die Gesamtfront jetzt nicht einordnen will, muß bekämpft werden mit dem Ziel der Ausschaltung oder Gewinnung. Wenn hierzu erforderlich ist, Berlin zunächst einzukreisen und zu isolieren, so schließe ich mich nach nochmaliger Überlegung auch diesem Vorschlag an. Natürlich ist ein endgültiger Zusammenschluß der deutschen Juden ohne Berlin nicht denkbar. [...] Ich glaube aber, daß für eine solche Strategie es nicht ausreicht, wenn Sie und die beiden anderen Essener Herren, so groß Ihr Ansehen bei allen deutschen Juden auch ist, als alleinige Sprecher für Rheinland und Westfalen auftreten. Essen ist immerhin nur eine einzelne Gemeinde und nicht einmal die größte in diesem Bezirk. Wäre es nicht zweckmäßig, wenn für ein solches Unternehmen, wie es der Zusammenschluß aller deutschen Juden ist, mindestens auch die Stimmen der Provinzialverbände in die Waagschale geworfen würden? Für den von mir vertretenen Westfälischen Provinzialverband habe ich keine Zweifel, daß er sich der Bewegung

¹¹ Vgl. *Hahn*, 1962, S. 100; *Herzfeld*, *Meine letzten Jahre*, S. 182. Hahn mag auf Herzfeld zugegangen sein, weil dieser ein dem Unternehmen gegenüber gewogener Verbindungsmann zum widerspenstigen PLV war. Ergänzend zu der Beurteilung, die Hahn über Herzfeld gibt, lese man die Memoiren von Ernst Herzfeld sowie die Kommentare ehemaliger CV-Kollegen in: LBIJMB MM 33.

¹² *Hildesheimer*, *Esriel*, *Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime*, Tübingen 1994, S. 16. Diese Arbeit konzentriert sich auf das Verhältnis der Reichsvertretung gegenüber den NS-Machthabern.

¹³ *Hahn*, 1962, S. 101.

anschließen würde [...] In der Führerfrage ist unsere Lage leider so, daß der ohne weiteres gegebene Führer nicht vorhanden ist. Ein Führer muß als solcher geboren sein, er muß da sein wie ein Wunder oder wie ein Gottesgeschenk. So einen haben wir nicht [...] Nach meiner Überzeugung kommt für unsere gegebenen Verhältnisse überhaupt nicht eine *einzelne* Persönlichkeit, sondern eine Führergruppe [...] in Frage von 3-5 Personen, denen als beratende Instanz, nach Art des preußischen Staatsrats, ein größerer Kreis führender Persönlichkeiten aus dem Reich angegliedert werden müßte. Für die Führergruppe würde ich z. B. auch Männer wie [den Sohn des CV-Vorsitzenden] Dr. Friedrich Brodnitz und Dr. Ludwig Tietz für geeignet halten, die neben großer Aktivität und überparteilicher Einstellung auch noch den Vorzug der Jugend haben.“¹⁴

Herzfelds messianische Vorstellungen von einem Führer wecken Bedenken. Doch obwohl „die Sehnsucht nach einem plebiszitären charismatischen Führertum [...] keineswegs nur Gemeingut der Rechten“¹⁵ war, fanden in Herzfelds Gedanken weder Hitlers unumschränkter Führungsstil noch der sich ausprägende Zentralismus Nachahmung. Alte Denkstrukturen überlebten in seinem Vorschlag insofern, als er dem föderalen Prinzip das Wort redete und den jüdischen Vertretern der Provinzen legislative, verwaltungstechnische Befugnisse sowie das Vetorecht zugestand. Auch darin unterschied sich sein Planspiel von der Realität, denn ein mehrköpfiges, bestenfalls mit jungen Männern besetztes Kollegium sollte auf demokratischem Weg – quasi kraft Volksbeschluss – eingesetzt werden, aber keine unumschränkte Macht zur Neuordnung der Verhältnisse erhalten. Zweifellos hatte Herzfeld die von Terror begleitete Zustimmung zum Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 vor Augen¹⁶, hingegen eine andere Vorstellung davon, wie man dem „Wunsch nach einer starken einheitlichen Führung“¹⁷ gerecht werden konnte. Zu diesem Zweck konnte auf Anregung zweier CV-Funktionäre das Triumvirat Hirschland, Hahn und Herzfeld auf der Versammlung vom 29. Juli mit eindrucksvoller Bedenkenlosigkeit die Vollmacht erhalten, weitere Schritte einzuleiten.

Dabei wurde der CV-Vorsitzende Julius Brodnitz zu einer zentralen Figur. Er war nicht nur ein verlässlicher „enthusiastischer und verständnisvoller Mitarbeiter.“¹⁸ Ihm, dem ersten Repräsentanten des Vereins, erteilten die Vertreter der süddeutschen Gemeindeverbände überdies eine Blankovollmacht, weil sie allein den CV

„für berufen und verpflichtet [halten], eine Verständigung zwischen Reichsvertretung, Centralverein, Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten und Zionistische[r] Vereinigung für Deutschland mit dem Ziel einer einheitlichen Gesamtvertretung der deutschen Juden unter Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Organisationen herbeizuführen. Sie bitten den Vorstand des Centralvereins, die hie[r]zu erforderlichen Schritte so bald und so

¹⁴ Zit. in: *Kulka*, 1996, S. 58f. Warum Kulka die aufgespurten Schreiben zwischen Katzenstein und Ernst Herzfeld dem Filius Julius Herzfeld zuordnete, blieb mir unklar. Vgl. ebda., S. 57.

¹⁵ *Wehler, Hans Ulrich*, Radikalnationalismus – erklärt er das ‚Dritte Reich‘ besser als der Nationalsozialismus?, in: *ders.*, Umbruch und Kontinuität. Essays zum 20. Jahrhundert, München 2000, S. 53f.

¹⁶ Vgl. *Morsey, Rudolf*, Das ‚Ermächtigungsgesetz‘ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretationen des ‚Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich‘, Düsseldorf 1992.

¹⁷ Herzfeld am 1. August an Katzenstein, zit. in: *Kulka*, 1996, S. 61.

Herzfeld sprach zumindest rückschauend von einem „Ermächtigungs-Beschluß“, wobei „die Erschienenen das Gebot der Stunde erkannten und [...] im Interesse der Sache alle naheliegenden Wünsche zurückstellten.“ *Ders.*, Meine letzten Jahre, S. 183.

¹⁸ *Hahn*, 1962, S. 101.

energisch wie möglich zu unternehmen und stellen sich selbst hierfür zur Verfügung. Dabei setzen sie natürlich voraus, dass bei der Staatsregierung keine Bedenken gegen eine solche Reichsvertretung bestehen.“¹⁹

Diese Abschrift aus der württembergischen CV-Landesverbandszentrale vom 6. August 1933 war ganz offensichtlich das Ergebnis der Verhandlungen, die Herzfeld mit diesen in Frankfurt/Main geführt hatte.²⁰ Auch wegen des anfänglichen Desinteresses der Staatsregierung an diesem einzigartigen Projekt konnte Justizrat Brodnitz für den 20. August zu einem neuerlichen Treffen in Essen laden, wo man sich den Personalfragen widmete.²¹ Jeweils ein Vertreter der Landesverbände inklusive des PLV, der politischen Organisationen sowie der wichtigsten jüdischen Sozialverbände erklärten sich bereit, der Einladung nach Essen zu folgen. Nicht vertreten waren die Zionisten, die sich für unterrepräsentiert hielten und dem Unterfangen ohnehin keinen Erfolg zutrauten. Der Leiter des Verbandes nationaldeutscher Juden, Max Naumann, blieb ebenfalls fern.²²

¹⁹ HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 223, Frame 1300. Einen Eindruck von den Verhandlungen der Süddeutschen liefert ein Bericht der Stuttgarter CV-Zentrale an die Berliner vom 14. August 1933, in dem insbesondere die Sorge zum Ausdruck kam, ob die Parteiinteressen des CV, RjF und der ZVfD zu überwinden wären. Vgl. ebda., Frame 1297.

²⁰ Vgl. *Hahn*, 1962, S. 101.

²¹ Um die süddeutschen Gemeindeverbände und Organisationen zu gewinnen, sollte der Versammlungsort, weiterhin fern von Berlin, ursprünglich Stuttgart sein. Dies zumindest geht aus einem Schreiben Brodnitz' an den württembergischen CV-Landesverbandsvorsitzenden, der auch sein Gründer war, den Arzt Gustav Feldmann hervor, den Brodnitz übrigens eindringlich um Unterstützung des Vorhabens bitten musste. Vgl. HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 223, Frame 1295f.

Feldmann ist aufgrund seines Vereinsranges ein sehr frühes Exempel der ideologischen Konversion eines altgedienten CV-Funktionärs unter den erdrückenden Bedingungen. Feldmann hatte im Sommer 1933 gegenüber dem Berliner Vorstand insistiert, den Namen des Vereins den Verhältnissen anzupassen, also das Attribut der nationalen Zugehörigkeit zu streichen. Der CV solle endlich eine Vertretung aller „deutsche[n] Reichsangehörige[n] jüdischen Glaubens [sein], d. h. also, dass wir uns auf Juden in unserem Sinn beschränken wollen, und das Ziel des Vereins muss unbedingt dahin gehen, Juden jeder Richtung, Orthodoxe, Liberale, Zionisten – selbstverständlich Zionisten – zu umfassen.“ Ebda., Frame 1304f. Feldmann hatte zu diesem frühen Zeitpunkt die Förderung der Auswanderung insbesondere der Jugend nach „Erez Israel“ [Frame 1305] von seinem Verein gefordert. Er selbst verließ im Herbst 1935 gleichzeitig mit seinem Syndikus Julius Weil den CV. Er siedelte nach Jerusalem über. Dem CV-Angestellten Julius Weil wiederum wurde indirekt in einem im November von Brodnitz an den verbliebenen württembergischen CV-Vorstand gerichteten Brief Desinteresse und sogar Fahnenflucht vorgeworfen, denn Weil hatte die Vereinsleitung nicht über seinen Schritt informiert. Der württembergische Landesverband war durch diese Abgänge kurzweilig instabil geworden. Ende November 1935 konnte dann in Rechtsanwalt Albrecht Mainzer ein Nachfolger für Feldmann gefunden werden, der durch Wahl bestätigt wurde. Das von Joseph Walk erwähnte Verbot jüdischer Vereinigungen in Württemberg, dessen Umfang nicht ersichtlich sei, betraf zu diesem Zeitpunkt nicht den württembergischen CV. Vgl. HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 222 und 225. Siehe *Walk*, Sonderrecht, S. 108; siehe auch die Anmerkungen zu Feldmann bei *Zelzer, Maria*, Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden – Ein Gedenkbuch, Stuttgart 1964, S. 62, 78f.

²² Vgl. *Hahn*, 1962, S. 101; *Herzfeld*, Meine letzten Jahre, S. 183. Daneben hatte der CV mit dem RjF unilaterale Gespräche geführt, um dessen Widerstand und Führungsanspruch innerhalb der zu gründenden Reichsvertretung zu bändigen. Die Korrespondenzen zwischen Rudolf Apt, Dresden, und Hirschberg zwischen dem 21. August und 15. September 1933 verschweigen dabei die Tatsache, dass diese Gespräche ebenso im eigenen Interesse geführt wurden, da der Widerstand des RjF aufgrund der Personalunionen mittelbar in die Reihen des CV wirkte. Vgl. HM2 8747, Osoby 721 I, Akte 2000, Frame 0098-0110. Wegen des Fehlens der Zionisten auf der Essener Sitzung zeigte sich Apt am 4. September begeistert über den Erfolg der Versammlung, da „sogar die Einigung sämtlicher auf deutschem Boden stehende[r] Menschen erreicht“ worden sei. Ebda., Frame 0098.

Herzfeld gehörte anfangs, ebenso wenig wie Leo Löwenstein vom RjF oder Heinrich Stahl von der Berliner Gemeinde, die – entgegen der angestrebten Neutralität – ihre jeweiligen Gliederungen an der Spitze sehen wollte, nicht zu dem überschaubaren Kreis der rund 25 Anwesenden, die die Kandidaten Leo Baeck als Vorsitzenden und den Schwaben Otto Hirsch vom CV als designierten Geschäftsführer am Kopf der anvisierten Vertretung begrüßten. Nach nur vierstündiger Debatte einigte man sich dennoch auf Baeck, für den seine Integrität sprach, die seine Stellung als Rabbiner und Großpräsident des deutschen Distrikts der Bnei Brith-Logen mit sich brachte. Zudem war er Hauptvorstandsmitglied des CV und zugleich Präsident des Keren Hajessod und somit „beiden Richtungen genehm.“²³ Dem Stuttgarter CVer Otto Hirsch, Ministerialrat a. D., traute man aufgrund seiner Berufserfahrung das Stehvermögen und die Fachkunde zu, die die Leitung und Koordination der kommenden Verwaltungsaufgaben der Reichsvertretung der deutschen Juden abverlangen würden.²⁴ Außerdem bestand ein mehrheitlicher Konsens darüber, die Reichsvertretung nicht ohne die Zionisten zu etablieren. Es war Hahn und nicht Herzfeld, der anschließend Landauer von der ZVfD mit dem Versprechen gewinnen konnte, den Zionisten zwei statt nur einen Sitz in der Gesamtvertretung einzuräumen.²⁵

Diese Einigung zwischen konkurrierenden Gemeindeverbänden und den politisch ambitionierten Organisationen war ermüdend lange geprobt, doch letztlich mit geheimen diplomatischen Manövern rasant vorbereitet worden. Der Umweg über die Provinzen führte am 17. September 1933 nach Berlin, wo die konstituierende Sitzung der Reichsvertretung der deutschen Juden stattfand. Zu verschmerzen war, dass die neue Vertretung unvollständig blieb. Der Verband nationaldeutscher Juden, der Deutsche Vortrupp um Hans Joachim Schoeps, die revisionistische Splittergruppe um den Berliner Georg Kareski, der im August 1933 aus der ZVfD ausgeschlossen wurde, sowie die Vertreter der Austrittsorthodoxie, die erst 1938 beitraten, blieben ihr fern. Die beteiligten Organisationen und Verbände formierten ein 37-köpfiges repräsentatives Gremium, das Leo Baeck leitete. Baeck stand ein fünfköpfiger geschäftsführender Ausschuss zur Seite, der sich „nur aus Einzelpersonlichkeiten zusammen[setzt], die sich nach keiner Richtung an Organisationsrücksichten gebunden betrachten wollen und dürfen.“²⁶

Zu den entscheidenden Besetzungskriterien gehörten mittlerweile Leistungsbereitschaft und soziales Engagement statt Machtdenken und Interessenpolitik. Diesen neuen Auswahlkriterien entsprach der CV-Landesverbandsvorsitzende Linksrhein, Rudolf Callmann, wobei er geografisch den Westen des Reichs abdeckte. In der Ausgabe der CVZ, die der Gründung der RV folgte, bekräftigte der Leitartikler Julius Brodnitz das Versprechen, im Namen der CVer „nach unseren Kräften dazu beizutragen, daß die

²³ Gruenewald, 1956, S. 58.

²⁴ Zu Hirsch, der 1941 im KZ Mauthausen umgebracht wurde, siehe den Sonderdruck: Otto Hirsch. Das Gewissen entscheidet, hg. vom Zentralrat der Juden in Deutschland, Berlin 1957; Lowenthal, Bewährung im Untergang, S. 70ff.; Sauer, Paul, Otto Hirsch (1885–1941) Director of the Reichsvertretung, in: LBIYB XXXII, 1987, S. 341–368; Brodnitz, Friedrich, Memories of the Reichsvertretung. A Personal Report, in: LBIYB XXXI, 1986, S. 267–277, hier 268f.

²⁵ Vgl. Hahn, 1962, S. 103.

²⁶ CVZ, Geeint ins neue Jahr! Die neue Vertretung der deutschen Juden, Nr. 36, 20. September 1933, unpaginiert.

neue Vertretung die Stellung im jüdischen Leben erlangt, welche ihr nach ihrer Bedeutung gebührt.“²⁷ Er sicherte ferner zu,

„Verhandlungen mit Behörden, welche Gemeinschaftsaufgaben der deutschen Juden berühren, nur im Einvernehmen mit der Reichsvertretung [zu] führen.“²⁸

Das bedeutete für den CV freiwillige Beschränkung zum Wohl der Gemeinschaft, während er daneben weiterhin seine organisatorische Selbstständigkeit wahrte. Wie es ihm gelang, sich in die neue Vertretung zu integrieren, während er sich erst einmal selbst sortieren musste, davon im Folgenden mehr.

6.2 Rechtsunsicherheit und Staatsbürgerbewusstsein

Im Juli 1933 hatte Hitler auf einer Gautagung in Dortmund behauptet, „niemand [könne] der nationalsozialistischen Bewegung Widerstand entgegensetzen.“²⁹ Die Wirkung blieb nicht aus. Der Widerstandsgeist des Vereins, der ihn im Sinne „kämpferischer Emanzipationsvorbilder“ geleitet hatte, war bereits erschlaft, nachdem ihn die ersten Einschränkungen der Bürgerrechte in Form der Berufsverbote zu der Erkenntnis gebracht hatten, dass

„der Aufstieg zu einem höheren Recht nicht möglich [ist], weil dieser an eine objektive Voraussetzung, die ‚Ariereigenschaft‘, geknüpft ist. [...] Aber eine Emanzipation vom Semiten zum Arier ist unmöglich – und wenn wir unser Judentum und den Willen der Geschichte für unser Judentum richtig deuten, auch nicht erstrebenswert.“³⁰

Zudem herrschte bereits zu diesem Zeitpunkt im CV kein Zweifel mehr darüber, dass das in Aussicht gestellte neue Reichsbürgergesetz auf der NS-Rassenlehre basieren würde. Hirschberg orakelte, es

„wird nicht nur an Stelle der deutschen Staatsangehörigkeit treten, es wird vielmehr Unterscheidungen innerhalb der Reichsangehörigkeit zu treffen haben, je nachdem der Reichsangehörige deutschen oder fremden Blutes ist. Das Reichsvolk des neuen Staates werden *nur die Reichsdeutschen bilden können*. Dazu wird ein besonderes Reichsbürgerrecht treten müssen, das dem Deutschen die Reichsangehörigkeit nicht ohne weiteres in die Wiege legt, sondern das ihm feierlich verliehen wird, nachdem er sich durch besondere Leistungen und treue Dienste am Staate

²⁷ Ebda.

²⁸ Zit. in: *Kulka*, 1996, S. 73.

²⁹ CVZ, Sammeln und Richtung nehmen, Nr. 28, 13. Juli 1933, unpaginiert.

Zur Vielfalt des Widerstandes im Allgemeinen und die Bedeutung des offenen Protestes durch Ausnutzung des Petitionsrechts im Besonderen siehe *Eschwege, Helmut*, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945, Hamburg 1984, S. 217–238. Zu den Grenzen des (bewaffneten) Widerstandes im Rheinland siehe *Düwell*, 1968, S. 223ff. Gedanken über und Fakten zum aktiven jüdischen Widerstand liefert *Paucker, Arnold*, Standhalten und Widerstehen. Der Widerstand deutscher und österreichischer Juden gegen die nationalsozialistische Diktatur, Essen 1995; zu den Problemen bei der Aufstellung einer jüdischen Armee während des Krieges siehe die ausgewählten Aufbau-Artikel Hannah Arendts: *Knott, Marie Luise* (Hg.) Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher, München 2000.

³⁰ CVZ, Sammeln und Richtung nehmen, Nr. 28, 13. Juli 1933, S. 271.

seiner würdig gezeigt hat. Erst der so ausgestattete Reichsbürger wird künftig im und am Staat mitarbeiten dürfen.“³¹

Hirschberg erwartete, dass die Artikel 4, 5 und 6 des nationalsozialistischen Parteiprogrammes in das Ergebnis der laufenden juristischen Diskussion fließen würden. Danach konnte

„Staatsbürger [...] nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. **K e i n J u d e k a n n d a h e r V o l k s g e n o s s e s e i n.** [...] Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter **F r e m d e n g e s e t z g e b u n g** stehen. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß **j e d e s ö f f e n t l i c h e A m t**, gleichgültig welcher Art, gleich, ob im Reich, Land oder Gemeinde, **n u r d u r c h S t a a t s b ü r g e r** bekleidet werden darf.“³²

Allerdings war der Zeitpunkt noch nicht abzusehen, wann diese gesetzliche Entscheidung fallen würde. De jure war folglich die Botschaft, die sich im Vereinsnamen seit 1893 spiegelte, noch nicht obsolet geworden, weshalb der CV auch weiterhin an ihr festhielt. Es ging dabei entscheidend um die eigene Glaubwürdigkeit, zumal der Vereinsname Konsequenz „unsere[r] innere[n] Verknüpfung mit dem deutschen Vaterlande“ war, was „Gedanken eines **M i n d e r h e i t e n** rechts bei uns nicht aufkommen“³³ ließ. Der Vereinsname war weit mehr als nur Ausdruck einer liberalen Idee. Er war Ausdruck tatsächlicher Identität, weshalb der Verein ihn auch nie freiwillig ablegte.

Emotional erging es den meisten im CV wohl wie dem Rechtsanwalt und Notar Max Löwenstein aus der Ortsgruppe Duisburg-Hamborn, der sich im Juli 1933 den Berlinern gegenüber wegen seiner überschäumenden Gefühle mehrmals entschuldigte:

„Mit unserem Vaterlande geht es mir wie dem Geohrfeigten, der auch noch die andere Backe hinhält. Nicht die Zugehörigkeit zu einer Rasse kann die Gemeinschaft ausmachen, sondern nur die Gesinnung. Den Glauben an Deutschland kann ich nicht verlieren – das Gefühl ist stärker als der Verstand – und ich hoffe trotz allem zuversichtlich, dass unser Volk in nicht zu ferner Zeit erkennen wird, dass die Persönlichkeit alles ist und dass die Wertung eines Menschen nach allgemeinen, rassenmässig bestimmten Merkmalen ein Irrweg ist. [...] Alle mit dem Verstand erfassten Erkenntnisse nach der Richtung hin, sich anderswo nach einer neuen Existenz umzusehen, weil ihre Grundlagen erschüttert sind, kann ich nicht weiter verfolgen, obgleich ich es möchte – ich kann es einfach nicht; nirgends würde ich mich heimisch fühlen können, wenn auch die Grundlagen einer neuen Existenz [...] noch so sichere sein sollten.

Und noch eins:

Nie mehr als in diesen Tagen habe ich die Verantwortung eines jeden einzelnen für die jüdische Gesamtheit erkannt. Nicht etwa in dem Sinne, dass ich alle Ideale über Bord geworfen, unsere Synthese als falsch erkannt hätte und demgemäss anderswo – vielleicht in einer rechtlich gesicherten jüdisch-nationalen Heimstätte – das Heil der Judenheit erblickte. Das wird nach [V]orstehendem niemand von mir annehmen können. Auch nicht in dem Sinne, dass ich nunmehr eine besondere religiöse Ader entdeckt hätte. Dafür fehlt

³¹ Ebda., S. 269f.

³² Ebda., S. 270.

³³ Ebda., S. 271.

mir – leider – das Gefühl; in unserer Erziehung betonte man vielleicht manchmal zu wenig das [J]üdische; [...] Und doch dieser unvergleichlich grössere Konnex – nicht zu dem einzelnen Glied unserer jüdischen Gemeinschaft unmittelbar, sondern zu ihr als solche[r] und dadurch – also mittelbar – zu jedem einzelnen von ihr!

Dieses Gefühl verstandesmässig zu erfassen, ist für mich ausserordentlich schwer. [...] Dabei erkenne ich andererseits nur zu klar, dass ich den Zusammenhang zur ausserjüdischen Umwelt fast verloren zu haben scheine. Welche Freude hatte ich, wenn ich früher einen Kollegen [...] nur schon von ferne sah [...] Das allseitige und gegenseitige Einvernehmen war damals das denkbar beste. [...] Heute vermeide ich – sicherlich nicht aus Angst – jeden persönlichen Konnex zu ihnen [...] Ich konnte einfach nicht anders. Zu sehr fühle ich mich durch die Entwicklung der Lage in der Judenfrage beleidigt, die jeder einfach hinnimmt. Dabei ist vielleicht im tiefsten Innern der Konnex zu ihnen doch noch grösser [...] als zu manchem Glied unserer jüdischen Gemeinschaft.³⁴

Löwenstein war traurig und enttäuscht, jedoch nicht zornig angesichts des rechtlichen, des zwischenmenschlichen Fiaskos. Außerdem teilte man im CV grundsätzlich auch Löwensteins Bewertung, nach der weder die Tat, sich in den „Freiheitsstrom“³⁵ zu stürzen, noch ihre Folgen für die jüdische Gemeinschaft falsch waren, solange der Glaube in die Entwicklungsfähigkeit der Gattung Mensch noch vorhanden war. 1933 war man auch formell berechtigt zu hoffen, denn die rechtliche und die gesellschaftliche Entwicklung schienen anfangs unangenehme Effekte einer verabscheuten revolutionären Phase gewesen zu sein. Insofern hofften die CVer auf die baldige Rückkehr von Sitte und Ordnung, denn „Revolution [ist] kein Dauerzustand und die Präambel der nationalsozialistischen 25 Punkte [behauptet], daß das Programm nur ein *Z e i t p r o g r a m m* sei.“³⁶

Während der Beginn der NS-Zeit als ein destruktives Intermezzo aufgefasst wurde und die CVer sich in dem trügerischen Glauben wogen, eine revidierte Version des NSDAP-Programms könne von Vernunft geprägt sein, forderten die Vereinsverantwortlichen von den verbleibenden deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens Geduld sowie den Gestaltungswillen, die materiellen und geistigen Voraussetzung zu bewahren und auch zu schaffen, um sich den Demütigungen gegenüber renitent zu erweisen. Mehrdeutig lautete es:

„U n d w i r b l e i b e n d o c h, gleichgültig unter welcher Rechtsbezeichnung und Rechtseingliederung[,] einer Gemeinschaft angehörig und sie weitertragend, [die] sich [...] mit Stolz deutsches Judentum nennt und nennen wird.“³⁷

Damit hatte der CV als Organisation, das heißt unabhängig von den individuellen Grenzen des Zumutbaren in den Mitgliederreihen, die für sein kommendes Verhalten maßgebliche Willensentscheidung getroffen. Jüdisches Leben in der deutschen Diaspora

³⁴ HM2 8746, Osoby 721 I, Akte 1997, Frame 2610-2621, hier 2610ff. Max Löwenstein engagierte sich nach dem Berufsverbot in der Beratungsstelle der Duisburger Gemeinde. Er sprach sich am Ende seines Briefes für das „Führerprinzip“ aus, um vor allem die wirtschaftliche Basis als Voraussetzung des Erhalts des deutschen Diasporajudentums zu gewährleisten, zumal er sich ein allumfassendes Berufsverbot nicht vorstellen konnte. Ebda., Frame 2620.

³⁵ CVZ, Sammeln und Richtung nehmen, Nr. 28, 13. Juli 1933, S. 271.

³⁶ Ebda.

³⁷ Ebda., S. 272.

sollte überdauern. So bereitete sich der CV bis zum Zeitpunkt, da die rechtliche Stellung der Juden im Staat endgültige Klärung finden sollte, auf eine Phase des Ausharrens vor.

Obwohl es als sicher galt, das ursprüngliche Ziel des Rechtsschutzes, die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung, aufgegeben zu müssen, bedeutete das nicht zugleich die Preisgabe liberaler Ideale. Die unterdrückende Innenpolitik aktualisierte vielmehr die Unanfechtbarkeit der „Emanzipationsvorbilder“³⁸, weshalb sie nachahmenswert blieben, eine Ansicht, die fortan allerdings auch das staatsbürgerliche Betragen und die im Verein geübte Selbstdisziplin beeinflussten. Dem „Hause Jacobs“ konnte also auch jetzt noch

„kein weiserer Rat erteilt werden als eben dieser: Schickt euch in die Sitten und die Verfassung des Landes, in welches ihr versetzt seid; aber haltet auch standhaft bei der Religion eurer Väter. Tragt beider Lasten, so gut ihr könnt! Man erschwert euch zwar von der einen Seite die Bürde des bürgerlichen Lebens um der Religion willen, der ihr treu bleibt, und von der anderen Seite mach[en] das Klima und die Zeiten die Beobachtung eurer Religionsgesetze in mancher Betrachtung lästiger, als sie sind. Haltet nichtsdestoweniger aus, steht unerschüttert auf dem Standorte, den euch die Vorsehung angewiesen, und lasst alles über euch ergehen, wie euch euer Gesetzgeber lange vorher verkündet hat.“³⁹

Der dem CV eigene Gesinnungskonservatismus duldete wegen der für ihn weiterhin gültigen „umfassend loyalen Staatsgesinnung“⁴⁰ keine Wankelmütigkeit, und dies, obwohl und gerade weil die Freiheitsrechte bereits beschnitten waren. In tugendhafter Pflichterfüllung waren anfangs sowohl die Mitarbeiter des CV als auch der Reichsvertretung mehrheitlich noch zuversichtlich, durch ihre Arbeit „dem deutschen Vaterlande [...] zu dienen.“⁴¹ Weder die Gründung der Reichsvertretung noch die Beteiligung des CV waren demnach Aktionen, die ausschließlich von Vernunft geleitet waren. Diese Mischung aus Emotionen und Verstandesentscheidungen prägte die Arbeit des CV im Rahmen der Reichsvertretung.

6.3 CV-Beratungsstellen und die Reichsvertretung

Technisch ließen sich die seit der vereinsinternen Entscheidung vom 14. März 1933 zu Beratungsstellen für Wirtschafts- und Rechtsangelegenheiten umstrukturierten CV-Geschäftsstellen gut der RV beordnen. Zuvor hatte der Vorstand des Landesverbandes Rheinland-Westfalen unmittelbar im Anschluss an die Märzahlen 1933 – aus Gründen der Effizienz – freiwillig seine Kompetenzen auf die Leiter Krombach und Herzfeld sowie die ihnen neuerdings zur Seite gestellten neun Dezernenten übertragen.⁴² Die

³⁸ Ebd., S. 271.

³⁹ CVZ-Sondernummer zum 200. Geburtstag Moses Mendelssohns, Nr. 30, 30. August 1929, S. 458.

⁴⁰ CVZ, Sammeln und Richtung nehmen, Nr. 28, 13. Juli 1933, S. 271.

⁴¹ Schlusssatz der vierseitigen Denkschrift der RV an die Reichsregierung vom Januar 1934. Zit. in: Meyer, Franz, Bemerkungen zu ‚Zwei Denkschriften‘, in: Tramer, 1962, S. 114-118, unpaginierter Anhang.

⁴² Am 16. Mai 1933 wurden die Ortsgruppen im Verband über diese Änderung der Geschäftsordnung informiert. Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 1260f.

Sachbearbeiterin für den Bereich Angestellte wurde Liesel Sternberg, Essen; Sachbearbeiter für den Bereich jüdische Anwälte wurde Krombach. Dr. Albert Lewin, Essen, nahm sich der jüdischen Ärzte an, Oberlandesgerichtsrat Franken, Düsseldorf, der jüdischen Beamten; Lehrer Katzenstein, Essen, wurde für seine Berufsgruppe aktiv, während sich Max Blank von der Wittener Firma Alsberg & Blank den Belangen der boykottierten selbstständigen jüdischen Gewerbetreibenden widmete. Rechtsanwalt Gustav Brück, Wuppertal-Elberfeld, übernahm den Zuständigkeitsbereich Gemeindefragen- und -zeitungen. Hugo Hahn kümmerte sich um das Schul- und Wohlfahrtswesen sowie um die Angelegenheiten von Ostjuden. Ernst Plaut blieben die Bereiche Jugend, Aufklärung, Abwehr, allgemeine Rechtsberatung, Verwaltung, Organisation, Ortsgruppen und Finanzen. Am 16. Mai 1933 meldete Plaut der Hauptgeschäftsstelle des Vereins, dass mit diesen organisatorischen Änderungen „dem berechtigten Kern des Führerprinzips Rechnung getragen“⁴³ worden sei.

In weiteren größeren Ortsgruppen wurden ebenfalls Sachbearbeiterstellen eingerichtet, die zumeist von ehrenamtlich arbeitenden Juristen übernommen wurden. Diese begnügten sich mit Aufwandsentschädigungen für Beratungsstunden, Reisen und Vorträge.⁴⁴ Bis 1936 waren auf diese Weise nahezu 30 gut ausgebaute CV-Beratungsstellen im Reich etabliert, die unentgeltlich in Anspruch genommen werden konnten. Von diesen befanden sich sechs im linksrheinischen Verband: in Aachen, Bonn, Köln, Bad Kreuznach, Koblenz und Trier; im rheinisch-westfälischen Verband gab es lediglich eine in Essen und eine Düsseldorf.⁴⁵ Ihre Arbeit konzentrierte sich auf die Beratung in allen Fragen der sich sukzessive entwickelnden antijüdischen Gesetzgebung, die Eruierung der Erfolgsaussichten und etwaiger Prozesskosten. Außerdem konzentrierte sie sich auf die Unterweisung der Anwälte inner- und außerhalb des Vereins bei Beschwerdeführung gegenüber Behörden respektive Klageerhebung vor den Gerichten.

Verwirrung griff um sich, sobald die Reichsvertretung der deutschen Juden ihre Arbeit aufgenommen hatte, denn fortan bündelten sich in ihr sämtliche Angelegenheiten, mit denen zuvor der CV in der einen oder anderen Weise zu tun hatte. Als Reaktion auf die NS-Judengesetzgebung gehörte es zu ihrem Aufgabenkatalog, einheitlich die Regelung der Berufsmöglichkeiten, der wirtschaftlichen Selbsthilfe und Wohlfahrtsarbeit, des Schul- und Ausbildungswesen sowie der Emigration der Flüchtlinge zu organisieren. Diese Aufgabenvielfalt versuchte man zwar nach den Gesichtspunkten alter Organisationstraditionen und Zweckdienlichkeiten an die jeweiligen in der RV zusammengeschlossenen Verbände zu delegieren. Kompetenzüberschneidungen waren dennoch nicht immer zu vermeiden, zumal die Tagesprobleme ineinander griffen. Die Auswanderungsfrage interessierte anfangs weder die Reichsvertretung noch den CV sonderlich, da beide die Ansicht teilten, nach der „die reichsdeutsche Judenheit sich

⁴³ Ebda., Frame 1259.

⁴⁴ Vgl. HM2 8747, Osoby 721 I, Akte 2009, Frame 0453f.

⁴⁵ Vgl. CV-Kalender für das Jahr 1936/37, S. 9, 11f. Einige CV-Beratungsstellen bestanden wie in Bonn, Köln, Düsseldorf und Essen neben denen, die die jüdischen Synagogengemeinden eingerichtet hatten. Vgl. die entsprechende Liste in: HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 25, Frame 0769ff.

auch weiterhin grösstenteils im deutschen Umweltraume befinden wird.“⁴⁶ Und für diejenigen, die zum Schritt ins Ausland genötigt waren, glaubte man, längere Vorbereitungsphasen zu benötigen, zumal sich die etwaige Ausbildung beziehungsweise Umschulung des Einzelnen ebenso nach den beschränkten Integrationsmöglichkeiten in die außerdeutschen Arbeitsmärkte zu richten hatte. Die Lenkung der Ausbildung und Umschulung hin zu handwerklichen und agrarischen Berufen sollte deshalb nun gezielter als in den Jahrzehnten zuvor angegangen werden, wodurch langfristig die einseitige berufliche Struktur aufgebrochen und – damit verbunden – die Tendenz zur Verstädterung korrigiert würde. Die entscheidende Voraussetzung dieses Konzeptes war es, zuerst die verbleibenden wirtschaftlich-rechtlichen Möglichkeiten in Deutschland zu bewahren, um sie überhaupt nutzen zu können, weshalb

„Reden [...] zur Pflicht [wird], wenn es sich um das Dasein des deutschen Judentums handelt, [...] wenn Maßnahmen gegen die deutschen Juden gerichtet werden, die nicht nur ihnen selbst, sondern auch dem Wohle Deutschlands entgegen sind.“⁴⁷

Das Einspruchsrecht war den jüdischen Organisationen geblieben. Als oberste Instanz war die Reichsvertretung für die Unterredungen mit den Reichsbehörden zuständig. Der CV unternahm entsprechende Schritte fortan nur nach vorheriger Absprache mit ihr. Selbstständig intervenierte er auf lokaler und regionaler Ebene dann, wenn Arbeitnehmer und Unternehmer privat beraten werden wollten oder auch, wenn gegen so genannte Schutzhaftmaßnahmen angegangen werden musste. Solche Fälle fielen nicht zwangsläufig unter den ohnehin schwer zu fassenden Begriff des jüdischen Gesamtinteresses. Zudem verlief die Vertreibungspolitik lokal unterschiedlich. Selbst die Betroffenen an der Basis wussten daher oft nicht, ob sie sich an den CV oder an die Reichsvertretung wenden sollten. Nicht selten erwarteten sie zudem, dass ihre Sorgen und Ängste zur Chefsache erklärt wurden. Ein Bericht Fritz Goldschmidts vom 2. Februar 1935 anlässlich seines Vortrages vor Mitgliedern der Rheinlandloge in Köln bestätigt in diesem Zusammenhang, dass der CV

„[d]ank der Tätigkeit von Herrn Dr. Callmann [...] beträchtliches Ansehen [genoss], doch sind die Grenzen zwischen der Tätigkeit der Reichsvertretung und der des C.V. den Mitgliedern im allgemeinen offenbar nicht klar.“⁴⁸

In diesem Fall wollten die Kölner die RV anrufen, damit diese sich in Berlin bemühe, den Schmährufen beim Synagogengang ein Ende zu bereiten. Fritz Goldschmidt verwies hingegen auf die gängige Prozedur, zuerst lokal vorzugehen, sich also an die örtliche Polizei zu wenden.⁴⁹

Trotz der Verwirrung, die wegen der Existenz der Reichsvertretung und der sich teils überschneidenden neuen Zuständigkeiten herrschte, fand der CV weiterhin Anerkennung, die ihm wiederum Bestätigung und Impulse gab. Die Existenz der RV hatte für ihn darüber hinausgehende strukturelle sowie finanzielle Konsequenzen.

⁴⁶ CVZ, Für Deutschtum und Judentum. Bekenntnisse und Feststellungen. Fortsetzung der Aussprache, Nr. 26, 29. Juni 1933, S. 29.

⁴⁷ Ebda.

⁴⁸ HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 261, Frame 0302.

⁴⁹ Vgl. ebda.

Während der CV als Folge der frühen diskriminatorischen Gesetzgebung aus eigener Initiative etwa „mit Rücksicht auf die Lage der Anwälte und Notare [...] ein selbständiges Dezernat zur Bearbeitung geschaffen“⁵⁰ hatte, erfolgte die Erweiterung der CV-Hauptgeschäftsstelle durch das Dezernat für Handelsvertreter im Mai 1934 direkt im Auftrag der RV. Zur Begründung hieß es, die Reichsvertretung sei

„weiter bemüht, die Belange der aus ihren Interessenvertretungen als Nichtarier ausgeschalteten Berufstätigen, soweit es möglich ist, zu sichern. Nachdem die jüdischen Handelsvertreter in den neuen allgemeinen Handelsvertreterverband, den Reichsverband Deutscher Handelsvertreter und Geschäftsreisender, der auf dem Arierprinzip fußt, nicht aufgenommen werden, ist bei der Reichsvertretung der deutschen Juden ein Handelsvertreterauschuß gebildet worden. Gleichzeitig wurde im Auftrage der Reichsvertretung beim Centralverein [...] ein Dezernat für Handelsvertreter errichtet, das allen jüdischen Handelsvertretern, unabhängig davon, welche innerjüdische Richtung der einzelne hat, zur Verfügung steht.“⁵¹

Die RV delegierte demnach Bereiche zur Bearbeitung an den CV, der unter strikter Neutralität und Dienstverschwiegenheit die Existenz- und Betätigungsmöglichkeiten spezieller, in Bedrängnis geratener Berufsgruppen zu sichern versuchte.⁵² In der Rechtsschutzfähigkeit, die er im Rahmen der RV ausübte, war der CV wieder ganz das – wenn auch nicht mehr allein dominierende – neutrale Beratungszentrum für Fragen, die das deutsche Recht betrafen. Prompt reagierte der CV daher auf die Ausbürgerungen der vor allem nach 1914 naturalisierten Ostjuden Anfang 1933 und richtete entsprechende Dezernate auf Landesebene ein. Um die Jahreswende 1933/1934 autorisierte ihn die RV dann, die Widerrufe zu bearbeiten. In der Anweisung, die die CV-Hauptgeschäftsstelle durch Hirschberg am 5. Januar 1934 den untergeordneten Beratungsstellen zugehen ließ, hieß es zur Annahme dieses Auftrages:

„Obwohl ein Teil des in Frage kommenden Personenkreises nicht zu unseren Mitgliedern zählt, haben wir uns dem ergangenen Wunsche der Reichsvertretung als Rechtsschutzvereinigung der deutschen Juden nicht verschlossen.“⁵³

Als Gegenleistung erhielt er „eine entsprechende Subvention.“⁵⁴ Mithin leistete der CV auch „die federführende Arbeit“⁵⁵ der Reichsvertretung in Angelegenheiten ehemaliger jüdischer Gewerkschaftsmitglieder, die in die Deutsche Arbeitsfront keine Aufnahme mehr fanden. Zu seinen Aufgaben gehörte dabei unter anderem die Geltendmachung

⁵⁰ HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 23, Frame 0416.

⁵¹ Gemeindezeitung für den Synagogenbezirk Essen, Nr. 18, 1. Juni 1934, S. 2; siehe auch das Rundschreiben über die Tätigkeit des Dezernats im Berichtszeitraum Juli 1934, als sich „im Textil- und Möbelgeschäftszweige Bestrebungen bemerkbar [machen], die auf eine Ausschaltung der jüdischen Handelsvertreter abzielen.“ HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 44, Frame 2405f., hier 2405.

⁵² Vgl. ebda., Akte 24, Frame 0420.

⁵³ Hirschberg am 5. Januar 1934 an die Landesverbände und Beamten des C.V. Ebda., Akte 25, Frame 0774f.

⁵⁴ Schreiben aus Mönchen-Gladbach an die Essener Geschäftsstelle vom 26. November 1934. HM2 8725, Osoby 721 I, Akte 1436, Frame 0023; siehe auch Frame 0024.

⁵⁵ HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 25, Frame 0957. Die Subventionen, die der CV vonseiten der jüdischen Gemeinden erhielt, dürfen wohl auch teilweise als Anerkennung der Beratungstätigkeit verstanden werden, die er für diese leistete, obwohl die Gemeinden häufig daneben auch eigene Auskunftsstellen unterhielten.

rechtlicher Ansprüche von Arbeitslosengeld und Renten vor den Arbeitsgerichten. Weitere Arbeitsfelder eröffneten sich im Zuge der Bekämpfung des Boykotts spezifischer Berufsgruppen, etwa im Falle der jüdischen Getreidehändler.⁵⁶ Diese Boykottbekämpfung wurde für den CV-Rheinland seit der Erntezeit 1934 zum Dauerbrenner, wengleich es im Verlauf des Jahres 1933 bereits zu ersten Ausschlussbegehren auf dem Kölner Getreidegroßmarkt gekommen war. Drohende Boykottaufufe wie der des in Sinzig ansässigen Kreisbauernführers, Schweinehändler Terporten, über den das CV-Mitglied Fritz Juhl 1934 informierte, entwickelten jedoch fortan eine unaufhaltsame Eigendynamik. Diese Entwicklung war für Juhl eine „vollkommen überraschende“⁵⁷, und wengleich er berichtete, dass die „überwiegende Mehrheit unserer Landwirtekundschaft“⁵⁸ ihr Verhalten noch nicht an diese Verordnung angepasst hätte, wusste der CV-Berlin bereits aus Erfahrung, wie aussichtslos „Verhandlungen mit allen zuständigen Behördenstellen wie Reichsnährstand, Reichsernährungsministerium, Reichskommissar für die Viehwirtschaft usw.“⁵⁹ waren. Juhls Annahme, die Weisung des Reichswirtschaftsministeriums, „wonach der Arierparagraph in der Wirtschaft keine Anwendung finden sollte“⁶⁰, gelte auch für den Reichsnährstand, konnte die Hauptgeschäftsstelle daher nur eingeschränkt bestätigen. De facto standen „die Erfolge [...] in keinem Verhältnis zu unserer Arbeit. Selbstverständlich bemühen wir uns ständig weiter.“⁶¹

⁵⁶ Vgl. ebda., Frame 0984.

⁵⁷ Schreiben von Fritz Juhl an die Zentrale vom 9. September 1934. HM2 8827, Osoby 721 I, Akte 3417, Frame 0621-0623, hier 0622.

⁵⁸ Ebda.

⁵⁹ Berlin am 13. September 1934 an Juhl, Meckenheim. Ebda., Frame 0619f., hier 0619; zu den Widerständen siehe *Barkai, Avraham*, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1988, S. 131ff.

⁶⁰ HM2 8827, Osoby 721 I, Akte 3417, Frame 0623.

⁶¹ Ebda., Frame 0619.

An dieser Stelle sei auf den CV-Landesverband Ostpreußen verwiesen, da gerade dort Juden im Getreidehandel sowie im Holz-, Pferde- und Viehhandel dank der Import- und Exportmöglichkeiten mit den Anrainerstaaten traditionell und gemäß der natürlichen Bedingungen sehr stark vertreten waren. Mit der Gründung der Sowjetunion hörte diese wichtigste Handelsbeziehung aber weitgehend auf. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Ostpreußen vom Reich trennten, trieben die Ein- und Ausfuhrkosten in die Höhe. Der Währungsverfall forcierte die Verarmung des Gebietes und seiner wenigen, weit verstreuten jüdischen Einwohner, die nicht zuletzt deshalb stark dem Zionismus zuneigten, weil der Antisemitismus hier ausnehmend frühe Exzesse feierte. Noch vor Hitlers Amtseinstellung hatte sich hier ein sehr scharfer Boykott bemerkbar gemacht. Im Januar 1933 stand der CV-Landesverband Ostpreußen vor dem finanziellen Ruin, weshalb der Vorstand des Verbandes eine Denkschrift verfasste, die dem Arbeits- und Verwaltungsausschuss des Vereins überreicht wurde. Dieser Denkschrift sind die oben gemachten Ausführungen entlehnt. Vgl. HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 215, Frame 0840-0851; siehe auch Frame 0826f. In dieser Situation wurde im Übrigen auch der Syndikus Michelsohn, Stettin, durch Kurt Sabatzky im November 1932 abgelöst. Im Verlauf des Jahres 1939 war Sabatzky bis zu seiner Flucht nach England Geschäftsführer der Synagogengemeinde Essen. Sein 64-seitiger, detailreicher Erinnerungsbericht beschreibt die Arbeit des Vereins in den Landesverbänden rechts von Elbe und Saale. Vgl. daher *dens.*, Meine Erinnerung an den Nationalsozialismus 1918–1939, als Manuskript gedruckt. Siehe in diesem Zusammenhang auch *Limberg, Margarete, Rübsaat, Hubert* (Hg.), Sie durften nicht mehr Deutsche sein. Jüdischer Alltag in Selbstzeugnissen 1933–1938, Frankfurt/M. 1990, S. 98ff., 369.

Das umfangreiche und nach Zweckmäßigkeit gegliederte „ABC der jüdischen Beratung“⁶² und der entsprechenden Stellen liefert für den Spätsommer 1937 ein langes Stichwortverzeichnis der vom CV betreuten Berufsgruppen im Einzelnen. Darüber hinaus blieb er weiterhin für die Reiseauskunft zuständig, die er im Leserdienst der CVZ erteilte. Kurzum: Der CV kooperierte mit der Reichsvertretung in Angelegenheiten der allgemeinen Wirtschaftsberatung und Beschwerdeführung, wobei er sich auf die Gebiete Arbeits-, Gewerbe- und Strafrecht spezialisierte. Er erledigte für sie Auftragsarbeiten, reichte ihre Informationsmaterialien weiter, respektive sammelte sie, beispielsweise in Gestalt von Bevölkerungsdaten.⁶³

Neben dieser engen, korporativen Verflechtung wusste der CV aber immer noch, wie er die eigenen Interessen schützen und manipulative Spielräume ausnutzen konnte. Nicht umsonst wies Hans Reichmann am 20. Februar 1934 vertraulich die Beamten der Landesverbände an:

„Wie Ihnen bekannt ist, wird das jüdische Schulwesen in Deutschland in der nächsten Zeit grössere Ausdehnung erfahren. Zu diesem Zwecke wird eine Anzahl Lehrer an verschiedenen Orten benötigt werden. Wir erhalten wiederholt Anfragen, ob die Bewerber auf dem Boden unserer Idee stehen. Die Landesverbände werden aus diesem Grunde gebeten, der Centrale möglichst umgehend Listen von jüngeren stellungslosen deutsch-jüdischen Lehrern mitzuteilen, die bei bester Vorbildung und starkem jüdischen Interesse als Vertreter unserer Auffassung anzusehen sind.“⁶⁴

Infolge seines präzisen Verständnisses von der eigenen organisatorischen und weltanschaulichen Selbstständigkeit ging der CV dann zeitweise sogar auf Kollisionskurs zu den weiterhin praktizierenden freien jüdischen Rechtsanwälten und dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Auch die Auseinandersetzung mit den Zionisten blieb ein Ärgernis, das an der Wende des Jahres 1933/1934 dazu führte, das Problem der Doppelmitgliedschaft zu klären.

⁶² CV-Kalender für das Jahr 1937/38, S. 24-28. Auch wenn der CV stets sein Interesse an den folgenden Arbeitsfeldern zeigte, war er offiziell nicht zuständig für die Aus-, Durch- und Binnenwanderung, Berufsausbildung und Umschichtung, Beteiligungsmöglichkeiten, Liquidität von Geschäften, Transfergeschäfte, Darlehenswesen und Künstlerhilfe, Presse- und Bildungswesen, Studienplatz- und Stellenvermittlung sowie Wohlfahrtsfragen.

⁶³ Statistisches Material hatte er auch schon für die alte Reichsvertretung gesammelt, so im Mai 1933, als er Fragebögen an die Landesverbände und Beamten sandte, um die Schülerzahlen, Alter, Schultypen und die Arbeitslosenzahlen jüdischer Lehrer zu ermitteln – eine Aufgabe, die den Ortsgruppen oblag. Vgl. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 19, Frame 0296ff. Seit dem 1. Februar 1933 machte sich der CV daran, ein Zeitungsarchiv gezielt für die wirtschaftliche Beratungstätigkeit seiner Juristen aufzubauen. Vgl. HM2 8769, Osoby 721 II, Akte 34, unpaginiert.

⁶⁴ HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 41, Frame 1530.

6.4 Grenzen der CV-Rechtsberatung

Die CV-Dienstleister hatten idealiter juristisch ausgebildet und praxiserfahren zu sein, wobei es inzwischen die älteren Vereinsjuristen waren, die unerlässlich für die Bewältigung der neuen Anforderungen geworden waren.⁶⁵ Sie waren zumeist noch mandatierbar, weil sie entweder

„seit dem 1. August 1914 zugelassen sind oder im Weltkriege an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind.“⁶⁶

Auch wenn durch den Aufbau der Dezernate teils Neueinstellungen notwendig waren, die wie im Falle der Essener Geschäftsstelle dem Nachwuchs zu Beschäftigung verhelfen und dem CV Zukunftsperspektive gaben, blickte die Organisation grundsätzlich auf einen Mitarbeiterstamm, der es erübrigt hätte, Anwälte von außen zu mandatieren. Die CV-Anwälte stießen jedoch zuweilen an Grenzen, etwa weil das Ende der 1920er Jahre entwickelte Konzept, den Verein in eine Wirtschaftsvertretung umzuwandeln, nicht realisiert worden war. Aus diesem Grund hatte

„das Schöffengericht in Dortmund [...] bei der Verhandlung über die Klage des wegen Zugehörigkeit zum Judentum fristlos entlassenen Geschäftsführers eines dortigen Warenhauses gegen dieses den Syndikus Plaut – Essen vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens auf Antrag der beklagten Firma als Vertreter des Klägers mit der Begründung abgelehnt, dass Syndikus Plaut nicht Angestellter einer wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern ist oder einer der Organisationen, die solchen Verbänden gleichgestellt sind. Der Centralverein sei zwar in der heutigen Zeit als Interessenorganisation der Juden anzusehen, nicht aber als wirtschaftliche Vereinigung.“⁶⁷

Ein weiterer Hemmschuh für die juristische Tätigkeit generell war das erschütterte Vertrauen in eine unabhängige deutsche Justiz. Infolgedessen verließen auffallend viele (jüdische) Mandanten jüdische Anwälte. Um diesem Trend entgegenzuwirken richtete Brodnitz im Februar 1934 ein Rundschreiben an die Mitglieder, in dem er sein Befremden darüber zum Ausdruck brachte, dass die noch bestehende Freiheit der Anwaltswahl nicht hinreichend ausgeschöpft würde. Es sei

⁶⁵ Zur Berliner Beratungsstelle, die „eine indirekte, sehr heimliche Fortführung der [Arbeit des Tarnbüros] ‚Wilhelmstraße‘“ bot, siehe *Hirschberg*, 1964, S. 32. An gleicher Stelle macht Hirschberg ferner auf die Auswahlkriterien der Berater aufmerksam. In vielen Fällen seien sie „Beamte mit glänzender Laufbahn“ gewesen, die zudem beste Beziehungen „zu den Quellen der Macht hatten“, die weiterhin ausgeschöpft wurden, zumal „noch Jahre hindurch [...] Schlüsselpositionen in den Ministerien unverändert [blieben], die für das politische und wirtschaftliche Schicksal der deutschen Juden entscheidend waren.“

⁶⁶ Paragraph 1, Abs. 2 des Gesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft. RGBl., Teil I, Nr. 36, 10. April 1933, S. 188. 1925 wurden in Preußen 2.250 jüdische Anwälte ermittelt. 36 Prozent von ihnen waren von dem Ausschluss seit Frühjahr 1933 betroffen. Von 141 in Düsseldorf niedergelassenen jüdischen Rechtsanwälten verblieben bis Ende 1933 noch 88. Für Köln verblieben von 124 Anwälten in demselben kurzen Zeitraum noch 77. Vgl. Arbeitsbericht des Zentralausschusses der Deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, 1. April – 31. Dezember 1933, S. 33.

⁶⁷ Rundschreiben vom 20. September 1933 an die Landesverbände. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 14, Frame 1597.

„gelegentlich von jüdischen Prozessparteien und Mandanten die Befürchtung geäußert worden, als ob jüdische Anwälte in der Ausübung ihrer Berufstätigkeit beschränkt seien; ja es ist gelegentlich der Auffassung Ausdruck gegeben worden, als ob die durch einen arischen Anwalt vertretene Prozessangelegenheit eine günstigere Beurteilung durch die Gerichte fände als bei der Beauftragung eines jüdischen Anwalts. Gegen diese irrtümliche, die in ihrer Existenz ohnehin schwer gefährdeten jüdischen Anwälte schädigende Meinung muss schärfstens Stellung genommen werden. Nach den wiederholten Erklärungen aller massgeblichen Regierungsinstanzen, insbesondere des Reichsjustizministers und des Reichsjustizkommissars Dr. FRANK, erfahren die in ihrem Beruf verbliebenen jüdischen Anwälte keinerlei Beschränkung oder Behinderung ihrer Tätigkeit. Es muss gerade als der Vorwurf der mangelnden Objektivität gegen die deutschen Gerichte gewertet werden, wenn man ihnen auch nur Zweifel hinsichtlich der objektiven Würdigung der ihnen unterbreiteten Rechtsangelegenheiten unterstellt. Uns sind Fälle bekannt geworden, in denen angesehene Gerichtsvorsitzende sich gegen diese Unterstellung jüdischer Parteien sehr energisch gewandt haben. Unsere Richter stehen zu hoch, als dass derartige Unterstellungen irgendwelchen Boden haben. Nach den uns gewordenen übereinstimmenden Berichten können wir im Gegenteil nur feststellen, dass in der Rechtspflege ein Unterschied zwischen arischen und nichtarischen Parteien nicht gemacht wird. Dies gilt auch für Strafsachen. Die törichte Auffassung einzelner jüdischer Auftraggeber kann zu verhängnisvollen Folgen insbesondere in den Kleinstädten führen, in denen die Erhaltung jüdischer Anwälte schon um der jüdischen Gesamtheit willen unerlässlich ist. Es ist nicht einmal notwendig im einzelnen daran zu erinnern, was jüdische Anwälte im ehrenamtlichen Dienst für die jüdischen Gemeinden und die jüdischen Vereinigungen geleistet haben.“⁶⁸

Innerhalb der Führungsetage des Vereins war das Vertrauen in die Gerichte zu diesem Zeitpunkt erstaunlich unerschüttert, da diese noch weitgehend in der Tradition des deutschen Rechtspositivismus gesehen wurden. Dabei eröffnete dem CV die Kombination aus der unausgereiften NS-Judengesetzgebung und der teils strikten richterlichen Bindung an den Gesetzestext den entscheidenden Handlungsspielraum für seine Arbeit. Allerdings sah der CV auch das rassistische Rechtsempfinden, das sich mehr und mehr in den Standesreihen durchsetzte. Nur knapp sieben Monate später äußerte der Verein seinen gewachsenen Argwohn. Die CVZ nahm Bezug auf einen der Fachschrift Deutsche Justiz entlehnten Beitrag, der die Politisierung des Richteramtes forderte:

„Diener des Ganzen ist der Richter nicht nur als getreuer Vollstrecker des gesetzten Rechts, sondern vor allem als derjenige, der da, wo das Recht schweigt, die Gerechtigkeitsidee seines Volkes zu erforschen, zu wahren und zu gestalten hat. Diese Aufgabe stellt den Richter hinein in den großen Strom des völkischen Lebens.“⁶⁹

Zwischenzeitlich wurde in Vereinskreisen überlegt, ob Brodnitz` Appell, Rechtsbeistand bei jüdischen Anwälten zu suchen, statt als vertrauliche Mitteilung, die sie schließlich wurde, nicht doch sinnvoller im Vereinsorgan der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden sollte. Aus der Kölner Geschäftsstelle kam jedoch am 29. Januar 1934 der Hinweis, ein solcher Schritt sei vor allem dann bedenklich,

⁶⁸ HM2 8830, Osoby 721 I, Akte 8472, Frame 0489.

⁶⁹ CVZ, Unabhängiges Richtertum, Nr. 48, 29. November 1934, unpaginiert; zu den Bestimmungen, die die Vertretung ‚nichtarischer‘ Mandanten für Rechtsanwälte betraf, die Mitglied der NSDAP waren, siehe die an gleicher Stelle zu findenden Ausführungen.

„wenn eine Veröffentlichung den Einruck erwecken könnte, dass jüdische Parteien aufgefordert werden, sich durch jüdische Anwälte vertreten zu lassen. Abgesehen von allem anderen, würde dies auch eine schwere Schädigung derjenigen jüdischen Anwälte bedeuten, denen ihre christliche Klientel treu geblieben ist – und diese Fälle sind noch in manchen Gebieten des Reiches durchaus nicht selten.“⁷⁰

Selbst wenn es richtig sei, so die Verhaltensmaßregel aus Köln, dass der jüdische Klient zum jüdischen Anwalt gehöre, so dürfe sie dennoch „öffentlich nicht ausgesprochen werden.“⁷¹ Den Grund nannte Herzfeld einen Tag später. „Die erheblichsten Bedenken“ hegte er

„gegen die Anrührung dieses Kapitels in der Zeitung. Der Widerhall einer einschlägigen Mitteilung in der Öffentlichkeit ist nicht abzusehen. Man muss mit der Möglichkeit rechnen, dass darin – allerdings objektiv unrichtig – ein Boykottversuch von uns erblickt wird. Ob wir auf Kritiken dieses Inhalts so werden antworten können, dass Missverständnisse fortfallen, ist mir recht zweifelhaft. Man muss auch die vielleicht nur entfernte Möglichkeit in Betracht ziehen, dass eine solche Erörterung gesetzgeberische oder Verwaltungsmassnahmen nach sich zieht.“⁷²

Wegen des Ausschlusses aus den Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen eröffnete sich ein enormes Wirkungsfeld. Die Gelegenheit, Gesetzeslücken aufzuspüren und gegen das Boykottreiben vorzugehen, um ein besonders vom Reichswirtschaftsministerium gefordertes störungsfreies Wirtschaften zu ermöglichen, nutzten neben dem CV allerdings auch die weiterhin praktizierenden jüdischen Rechtsanwälte, von denen sich einige in einem Konkurrenzverhältnis zur CV-Rechtsschutzorganisation sahen. Eine pikante Note erhielt dieser sich bis Ende 1934 nachweisbar hinziehende Konflikt, weil selbst im CV organisierte Juristen den Geltungsanspruch ihres Vereins nicht widerspruchslos hinnahmen.

6.4.1 Der CV und die freien Anwälte

Den Anstoß der Auseinandersetzung zwischen CV und den freien Anwälten im Westen des Reiches gab ein Rechtsanwalt Luss aus Dortmund, der erfahren hatte, dass sich vom Boykott bedrohte Wirtschaftskreise des Einzelhandels in Zusammenarbeit mit dem CV-Dortmund organisieren wollten.⁷³ Nach dem Bericht Plauts vom 5. August 1933 an die Zentrale durchkreuzte Luss jedoch diesen Plan. Er wandte sich umgehend an eine Reihe größerer Firmen von Dortmund über Bielefeld bis Köln, wobei er sich

⁷⁰ HM2 8830, Osoby 721 I, Akte 8472, Frame 0499.

⁷¹ Ebda.

⁷² Ebda., Frame 0497.

⁷³ Diese Initiative ging von dem Dortmunder CV-Ortsgruppenvorsitzenden Louis Koppel aus. Für Dortmund und Elberfeld sah er die Einsetzung eines mit den Problemen und Nöten vertrauten Fachmannes aus der Region vor, der die Interessen jüdischer Kaufleute, allen voran der Textilindustrie, gegenüber den Reichsbehörden in Berlin vertreten sollte. Der Plan, der in mehreren Vorgesprächen ausreifen sollte und von dem Plaut aufgrund zweimaliger Teilnahme wusste, sickerte in dieser Phase zu Luss durch, der ihn dann selbst geschäftsmäßig aufgriff. Vgl. die Abschrift des Schreibens Koppels vom 11. August 1933 an Plaut. HM2 8766, Osoby 721 I, Akte 2452, Frame 0055-0058, hier 0055f.; siehe auch Frame 0059.

„von jeder [Firma] einen Betrag von RM 20.– zur Verfügung stellen und als Vertreter ihrer wirtschaftlichen Interessen einsetzen [lässt]. Das [U]nerfreuliche aber ist, dass Luss damit operiert, dass der C.V. in der Boykottangelegenheit Dortmund völlig versagt habe. Luss stellt es offensichtlich so dar, als ob Ihre Schritte gänzlich wirkungslos geblieben seien. Er selbst aber habe eine Rücksprache beim Reichswirtschaftsministerium gehabt – ob er behauptet mit [Reichswirtschaftsminister] Dr. Schmitt selbst gesprochen zu haben, ist nicht ganz klar ersichtlich, mindestens aber lässt er es durchblicken – [dass] bei der [Rücksprache] der Staatssekretär Dr. Feder ‚hinzugezogen‘ worden sei und zu der man noch das Geheime Staatspolizeiamt herbeigeht habe. In dieser Unterredung habe er die Beendigung des Boykotts durchgesetzt.

Es habe sofort ein Telefongespräch nach Dortmund stattgefunden, das die ‚schlagartige‘ Beendigung des Boykotts zur Folge gehabt habe. Also: Luss venit, vidit, vicit.

Dass diese Darstellung, mag sie wahr oder erlogen sein, geeignet ist, Ihr Ansehen innerhalb der Kreise des Landesverbandes empfindlich zu schädigen, die gerade heute allein in der Lage sind, namhafte finanzielle Hilfe zu leisten, ist evident. Leider haben wir auch von Ihnen über die tatsächlichen Vorgänge anlässlich des Dortmunder Boykotts weder schriftlich noch durch Rückfrage des Herrn Dr. Krombach, um die wir ihn gebeten hatten und die er auch gestellt hat, klare Mitteilung bekommen können. Sie müssen uns nunmehr absolut reinen Wein einschränken.“⁷⁴

Mehr als die finanziellen Einbußen, die dem CV wegen Luss drohten, ärgerte der Erfolg, mit dem dieses ehemalige CV-Mitglied auf die organisatorischen Schwächen des Vereins indirekt aufmerksam machte: Kopflastigkeit, Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates, Finanznot, holprige vereinsinterne Informationspolitik und vor allem die dramatische Überforderung angesichts der Flut der in der Zentrale eingehenden Fälle.⁷⁵

Gerade in dieser bedrängten Situation hatte sich Essen als treuer Vasall erwiesen, das Verhalten der Zentrale sollte die Mitarbeiter aber erzürnen und das Verhältnis zum Mutterbüro für den Moment erkalten lassen. Insbesondere fühlte sich der Dortmunder Ortsgruppenvorsitzende Louis Koppel sowohl von seiner Berliner Zentrale als auch von Luss geradezu verraten. Enttäuscht drohte er kurzfristig sogar mit Amtsniederlegung. Der im Sommer durchgeführte zehntägige „Boykott sämtlicher jüd.[ischer] Geschäfte in Dortmund u.[nd] eingemeindeten Orten (Gross-Dortmund)“⁷⁶ hatte ihm eindringlich die Forderung nach einer raschen Interventionspolitik deutlich gemacht. Kopfschüttelnd resümierte Koppel:

„Diese etwa 100 Geschäfte, schon ohnehin notleidend, drohten zusammenzubrechen. Sie, Herr Dr. Plaut, berichteten dringend nach Berlin u.[nd] baten um Vorstelligwerden bei den Centralinstanzen. Wir selbst durften das Letzte nicht tun, da wir als Organ des gesamten C.V. die selbstverständliche u.[nd] auch von der Zentrale geforderte Disziplin einzuhalten hatten. Wir mussten dann aber erwarten, dass die Zentrale sofort u.[nd] ohne jegliches Zögern mit ihrer Aktion einsetzte. Was hat die Zentrale unternommen? Ich habe Sie mehrere Male befragt. Sie konnten mir befriedigende Auskünfte trotz Rückfragen mit Berlin nicht geben. Ich habe mehrere Tage nach Boykottausbruch dann selbst mit Herrn Dr. Hirschberg telefoniert u.[nd] von ihm auf meine Frage, was unternommen [worden]

⁷⁴ Ebda., Frame 0063f.

⁷⁵ Vgl. das Schreiben des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen an Lu[ss] vom 23. August 1933. Ebda., Frame 0040; siehe in diesem Zusammenhang auch Frame 0049.

⁷⁶ Ebda., Frame 0056.

sei, zu meinem Schrecken die Antwort erhalten, wir möchten ‚Material einsenden‘. Während wir also hier mitten in der furchtbaren Not unserer Freunde sassen u.[nd] vertrauensvoll gewartet hatten, war noch nichts geschehen.“⁷⁷

Seitens der Zentrale geschah auch nichts mehr, was der Dringlichkeit in Dortmund angemessen gewesen wäre. Die alten CV-Strukturen, die selbstständiges Vorgehen der mit den lokalen Begebenheiten vertrauten unteren Vereinsinstanzen aus Sicherheitsgründen seit jeher nur sehr eingeschränkt duldeten, waren angesichts der Vielzahl der akuten Fälle in den Augen Koppels untauglich geworden. Seinen Ausführungen nach entwickelte sich die CV-Zentrale zu einem bürokratischen Sachverwalter und Bremsen, die, wie Plaut ergänzte, in Krisenfällen ihre Landesverbandsgeschäftsstelle zu oft übergang, um direkt mit den Ortsgruppen in Kontakt zu treten. Nach Meinung des Essener Geschäftsführers betrachtete die Hauptgeschäftsstelle darüber hinaus die

„Vorgänge ausserhalb Berlins nicht immer mit dem gleichen Ernst [...] wie Ereignisse, die sich in der Hauptstadt selbst abspielen. Es ist heute in der Tat so, dass die Aufgabe des Landesverbandes Rheinland/Westfalen in der Abwehr von Eingriffen in das Wirtschaftsleben besteht.“⁷⁸

Allerdings hatte die Zentrale gute Gründe für ihre Bedächtigkeit. Ihrem unzufriedenen Mitarbeiter erklärte sie das eigene zögerliche Verhalten am 25. August 1933 unter Verweis auf die Gefahren, die von der Interventionspolitik nach Art von Luss zugunsten eben nur einzelner jüdischer Unternehmer bestimmter Branchen mit sich bringen konnte. Sicherlich wäre nach Hirschberg

„unter Umständen die Erhaltung einer jüdischen Firma ohne sogen.[annte] Gleichschaltung möglich [...], wenn sie mit der Entfernung der jüdischen Arbeitnehmer einverstanden ist, d. h. also, dass ein oder zwei Existenzen zugunsten von vielleicht ein- bis zweihundert bevorzugt behandelt werden.“⁷⁹

Aber ein solcher, dem sozialen Geist des CV widersprechender Opportunismus kam nicht in Frage. Reichmann verwarf im Folgenden die Vorwürfe Koppels und Plauts:

„Alle dringenden Angelegenheiten werden von uns unverzüglich so erledigt, wie es der Sachlage entspricht. Bei grundsätzlichen Fragen können übereilte Schritte erheblich schaden. Wir müssen bitten, zu uns Vertrauen zu haben, dass derartige grundsätzliche Schritte von uns in dem Zeitpunkt unternommen werden, zu dem Aussicht auf Erfolg besteht. [...] Mit der Ueberreichung von Material an die Zentralbehörde ist nicht immer gedient, weil die Uebersättigung der Zentralstellen mit Material eine wirkliche Interessenahme an wichtigen Fällen verhindern kann. Es müssen ausserdem die Wünsche und Anregungen der Zentralbehörde selbst berücksichtigt werden, die mit Rücksicht auf dringendere Aufgaben und taktische Notwendigkeiten gelegentlich auch Zurückstellung von Schritten anraten und wünschen. Wir können Ihre Nervosität nur damit erklären, dass Herr Rechtsanwalt Luss seine Schritte immer als bedeutende Erfolge darstellt. Wir müssen bemerken, dass ausser Rechtsanwalt Lus[s] hunderte von Personen, und insbesondere Anwälte, im Dezernat des Reichswirtschaftsministeriums gegen Eingriffe in die Wirtschaft vorstellig werden, und dass mit diesen Vorstellungen allein nicht gedient ist. Wir müssen Ihnen daher abraten, Ihre eigenen Reisen [nach Berlin] zu unternehmen,

⁷⁷ Ebda., Frame 0056f.

⁷⁸ Plaut an Berlin am 23. August 1933. Ebda., Frame 0049f.

⁷⁹ Hirschberg an den Landesverband Rheinland-Westfalen am 25. August 1933. Ebda., Frame 0042.

zumal das finanzielle Interesse des Vereins derartige Reisen nicht zulässt. [...] Im Einzelnen bemerken wir: [...] Im Fall des Pferdehändlers Brinkmann lehnen wir die Ueberreichung der [zum Boykott aufrufenden] Flugblätter ab. [...] Das Material über Verbote an Beamte, in jüdischen Geschäften zu kaufen, kann nicht für Rheinland/Westfalen allein überreicht werden. Wir haben Material aus dem ganzen Reich angefordert und hoffen, in den nächsten Wochen dieses Gesamtmaterial zur Verfügung zu haben, um es dann dem Reichswirtschaftsministerium zu überreichen. Ihre Denkschrift ist dem Herrn Reichswirtschaftsminister mit einem Anschreiben von uns bereits zugegangen.“⁸⁰

Nach der Regieanweisung der Zentrale stand das Gesamtwohl im Vordergrund, gleichgültig ob es sich um die Übernahme von Kollektiv- oder Einzelmandaten handelte. Dieses behäbige Vorgehen strapazierte die Geduld auf den unteren Vereinsebenen, während die Strategie der Berliner Vereinsspitze auf die Wirksamkeit zeitraubender Recherche und geordneter, komplexer Belegmaterialien setzte, die die vielleicht lediglich sachbezogenen Verbündeten in den Ministerien verwenden mochten.

Luss wiederum reagierte rasch auf den Nachfrageüberschuss. Er expandierte zwischenzeitlich über den westdeutschen Einflussbereich hinaus und formte eine Art Anti-Boykott-Organisation, indem er Kollegen „in den verschiedensten Teilen Deutschlands [...] mit der generellen Vertretung jüdischer Wirtschaftsinteressen“⁸¹ beauftragte. Im süddeutschen Raum gehörte Justizrat Eugen Strauss, Augsburg, seines Zeichens Hauptvorstandsmitglied des Vereins, zu diesen Angeworbenen sowie kurzfristig der Karlsruher Rechtsanwalt Hugo Stein, seit 1931 Vorsitzender des Landesverbandes Baden.⁸² Ohne Befugnis vonseiten des Vereins machte sich Strauss vom fernen Süden in den linksrheinischen Landesverband auf, um die dort ansässigen bedeutenden jüdischen Unternehmer der Tuch- und Textilbranche zu gewinnen, ein Unterfangen, das nach der Einschätzung im CV „für die Organisation Luss-Strauss von erheblicher Bedeutung“⁸³ gewesen wäre. Daneben ging die rufschädigende Minierarbeit des Kollegen Luss gegen den CV weiter, da dieser der Meinung war, der CV trachte danach, „ein Monopol für die Bearbeitung von Gebieten zu erlangen, die nach ihrer Natur den Anwälten zukäme [...] Der C.V. grabe damit den jüdischen Anwälten das Wasser ab.“⁸⁴ Demgegenüber tat der CV nach eigener Sicht der Dinge

„nichts anderes [...], als was er in 41 Jahren getan hat; er will die Existenz der deutschen Juden im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu sichern suchen. Dazu bedarf er der Kenntnis aller wirtschaftlichen und juristischen Vorgänge, die er zu Kollektivschritten auswertet. Die Einzelberatung vollzieht er so, dass er nur mittellose Personen vertritt, während er bemittelte zur Vertretung ihrer Angelegenheiten an ihren ständigen Anwalt verweist. Der Centralverein und seine Büros müssen geradezu als intensivste Förderer der jüdischen Anwaltschaft betrachtet werden, da sie sowohl in der Einzelberatung den Petenten nach den Anweisungen der Zentrale immer wieder den Rat erteilen, den ständigen jüdischen Vertrauensanwalt mit der Vertretung der Angelegenheit vor den

⁸⁰ Ebda., Frame 0014-0016. Die Denkschrift vom 21. August 1933 an den Reichswirtschaftsminister findet sich ebda., Frame 0029-0038.

⁸¹ Interne Notiz Reichmanns vom 8. November 1933. HM2 8765, Osoby 721 I, Akte 2452, Frame 2685.

⁸² Vgl. das Schreiben Reichmanns an Kurt Alexander vom 13. Dezember 1933. Ebda., Frame 2645.

⁸³ Schreiben aus Krefeld vom 2. Januar 1934 an Berlin. Ebda., Frame 2597f.

⁸⁴ Koppel an Reichmann am 10. November 1934. Ebda., Frame 2562.

Behörden zu beauftragen, darüber hinaus wird aber, wie die C.V.-Zeitung und die Haltung der Redner des C.V. erweis[en], das jüdische Publikum immer wieder an seine Ehrenpflicht erinnert, die jüdischen Anwälte auf jede nur denkbare Art zu stützen. Der Vorwurf, dass der C.V. die Existenz der jüdischen Anwälte gefährde oder sie auch nur berühre, geht lediglich von Herrn Luss aus. Ihm gegenüber stehen Dutzende von Dankschreiben jüdischer Anwälte, die für die Unterstützung ihrer persönlichen Tätigkeit in einschlägigen Fällen Dank sagen. [...] Das ist die Haltung des C.V. An ihr wird sich nichts ändern[,] und es besteht auch kein Anlass diese Haltung zu ändern, gewiss nicht auf Betreiben eines Mannes, der nicht einmal mehr Mitglied des C.V. ist.“⁸⁵

Luss deckte einen Bedarf, den der CV selbst mithilfe der Autorität der Reichsvertretung nicht abdecken konnte, zumal diese sich zweifellos des Ausgleichs und wohl auch der Fallabhängigkeiten wegen sowohl der Vereinsanwälte als auch der freien Rechtsanwälte bediente. Es war jedoch das große Manko des Vereins, eben keine anerkannte Wirtschaftsvertretung zu sein, weshalb ihm aus Teilen wichtiger Standes- und Wirtschaftskreise anfangs die Anerkennung verweigert wurde. Im Januar 1934 tönte es immer noch aus Richtung seiner Kritiker, er sei ein politischer Verein und könne deshalb nicht für die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder eintreten. Dies vermöchten nur Rechtsanwälte.⁸⁶ Auch die Reichsvertretung hatte sich noch nicht von diesem jahrzehntelang gepflegten Image des Vereins verabschiedet. Vor diesen Vorzeichen kündigte der CV intern am 17. Januar 1934 seinen Widerstand gegen die RV an, sofern sie weiterhin,

„wie es im Fall der Getreidehändler und im Fall der blauen Tuche geschehen ist, die private Tätigkeit eines einzelnen Anwaltes als ausreichend ansehen [wird], um eine eigene Tätigkeit zu unterlassen bzw. die Tätigkeit des Centralvereins [zu] stoppen. Der Centralverein wird nach wie vor sämtliche auftretenden Wirtschaftsprobleme behandeln. Er wird Kollektivmandate in stärkerem Masse als bisher sich verschaffen, wenn ein bestimmtes Problem das Vorgehen eines gesamten Berufsstandes erfordert.“⁸⁷

Die Ankündigung war ernst gemeint und hatte wieder einmal Luss' Betriebsamkeit zum Anlass, der zumindest im Falle der Getreidehändler im Auftrag der Reichsvertretung gehandelt hatte. Deshalb kam es zu einer Besprechung in Berlin, sehr wahrscheinlich zwischen dem 17. und 30. Januar 1934.

Anwesend war Luss, die Reichsvertretung war dem Vernehmen nach durch Rudolf Callmann vertreten und Brodnitz kam für den CV.⁸⁸ Luss konnte sich mit dem

⁸⁵ Reichmann an Koppel am 26. November 1934. Ebda., Frame 2553-2557, hier 2555ff. Das Schreiben weist ferner darauf hin, dass Luss und Strauss auch „gegen den Willen [...] der Reichsvertretung handelten.“ Ebda., Frame 2554.

⁸⁶ Vgl. die interne Notiz zu Händen Brodnitz' vom 22. Januar 1934. Ebda., Frame 2578.

⁸⁷ Ebda., Frame 2579. Luss verwahrte sich gegen die Behauptung, er habe in der Öffentlichkeit gegen den CV negativ Stellung bezogen. Ebenso wenig habe er gegen seine Anwaltpflichten verstoßen oder gar zur Beanstandung seiner Arbeit, für die ihm Rechtsanwaltsgebühren zustanden, Veranlassung gegeben. Nach seiner Auffassung versuchte der CV lediglich, „die Inanspruchnahme solcher jüdischer Rechtsanwälte, die entweder hervorragend auf diesem Gebiet tätig sind oder die nicht zur Leitung des C.V. gehören, im Interesse der Syndici auszuschalten.“ Ebda., Frame 2567-2570, hier 2568.

⁸⁸ Vgl. das Schreiben von Luss an Rechtsanwalt Dr. Kurt Ettinghausen in Frankfurt/M. vom 30. Januar 1934. Ebda., Frame 2567-2570, hier 2567. Hiernach müssen ungenannt gebliebene CV-Mitarbeiter dem Verhandlungspartner von Luss im Reichswirtschaftsministerium, Ministerialrat Josten, andeutungsweise Bestechlichkeit unterstellt haben. Am 28. März 1934 informierte Hirschberg die

Repräsentanten der Reichsvertretung einigen, hingegen nicht mit dem des CV, der ihm standeswidriges Verhalten aufgrund „unanständige[n] Werben[s] um Praxis“⁸⁹ unterstellte und diesen Vorwurf nicht zurücknahm. Daher bestätigte Reichmann dem Kölner Syndikus Hans Jacobi am 9. März 1934 lediglich die erfolgte Einigung zwischen Luss und der RV, die Luss

„wie jedem anderen Anwalt gestattet, ihr Material zu beanspruchen, und auf der anderen Seite gefordert [hat], dass Rechtsanwalt Luss die Reichsvertretung von allen Schritten unterrichtet, die er unternimmt.“⁹⁰

Da jedoch bei dieser Gelegenheit keine Einigung zwischen Luss und dem CV zustande gekommen war, nutzte Jacobi ein von Luss wohl im Februar 1934 im Savoy in Köln organisiertes Treffen „namhafter jüdischer Wirtschaftler“⁹¹, um dort Klienten für den Verein, letztlich erfolgreich, abzuwerben. Auch in der Angelegenheit des Dauerbrenners Getreidehandel informierte Reichmann am 14. Oktober 1934 vertraulich die Landesverbände, wonach

„mit unserer massgeblichen Mitwirkung seitens der Reichsvertretung der deutschen Juden ein Schritt in oben bezeichneter Angelegenheit bei den zuständigen zentralen Reichs- und Preussischen Staatsbehörden erfolgt ist.“⁹²

Der Verein setzte sich letztlich durch. Ende 1934 konnte Grundsätzliches zur Abgrenzung seiner Arbeit bemerkt werden:

„Das Tätigkeitsgebiet des C.V. läßt sich nicht negativ durch Abgrenzung gegen das Tätigkeitsgebiet anderer, sondern nur positiv aus dem in der Satzung festgelegten Zweck und den sich aus den gegenwärtigen Verhältnissen ergebenden Notwendigkeiten bestimmen. Daraus folgt, dass der C.V. allen deutschen Juden überall da Unterstützung gewährt, wo sie um ihrer Abstammung willen in rechtliche oder tatsächliche Schwierigkeiten kommen. Die Bearbeitung von Einzelfällen geschieht im Interesse der einzelnen Betroffenen, die vom C.V. innerhalb seines Aufgabenkreises betreut werden. Sie geschieht aber auch darum, weil wir nur durch Bearbeitung von Einzelfällen Erfahrungen und Material sammeln können, die unsere Arbeit im Interesse der Gesamtheit des deutschen Judentums ermöglichen, d. h. über Einzelfälle hinaus die Durchführung von Maßnahmen zu Gunsten ganzer Berufsgruppen. Diese auf Wahrnehmung von Kollektivinteressen gerichtete Arbeit bildet den wichtigsten Teil unserer Tätigkeit. Was die Anwälte betrifft, so ist darauf hinzuweisen, dass der C.V. den Anwälten durch seine Tätigkeit in zahlreichen Fällen Mandate verschafft, die sie ohne ihn vielfach nicht bekommen würden. Es ergeben sich häufig erst bei der von uns auf Grund unserer Erfahrungen und unseres Materials geübten Beratung die juristischen Probleme und die Möglichkeiten einer rechtlichen Weiterverfolgung, die den einzelnen Betroffenen dazu veranlassen, die Angelegenheit weiterzubearbeiten [...] und das Kostenrisiko einer anwaltlichen Inanspruchnahme auf sich zu nehmen. Solche Angelegenheiten werden,

Landesverbände über die Gründung einer Schlichtungsstelle bei der Reichsvertretung. Vgl. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 24, Frame 0607.

⁸⁹ HM2 8765, Osoby 721 I, Akte 2452, Frame 2569.

⁹⁰ Ebda., Frame 2571.

⁹¹ Schreiben Jacobis an Berlin vom 1. März 1934. Ebda., Frame 2572.

⁹² HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 25, Frame 0984.

Die Abwehrbemühungen gegen die Ausschaltungsmaßnahmen in der Textilbranche werden anhand der so genannten blauen Tuche für den Festanzug der Deutschen Arbeitsfront in Kapitel 7 dieser Arbeit zur Darstellung gelangen.

insbesondere wenn sie vor den Gerichten, sehr häufig aber auch dann, wenn sie vor anderen Behörden weiter verfolgt werden müssen, einem Anwalt übertragen.“⁹³

Der CV besaß als Rechtsschutzorganisation keinen Führungsanspruch mehr. Diesen hatte er an die Reichsvertretung abgegeben. Dennoch mangelte es weiterhin genauso an einheitlichem Handeln im jüdischen Gemeinschaftssinn wie dem Wirtschaftsministerium an einem überschaubaren Kreis von Ansprechpartnern.

Dieser Zustand verwirrte die Juristen bis Ende 1934 und ihre Mandanten bis weit ins Jahr 1935, und er war keine Folge etwa des Nebeneinanders von behördlichen Instanzen und denen der NSDAP, die dem CV tatsächlich „die größten Schwierigkeiten bereitete.“⁹⁴ Die Verwirrung entstand, weil sich Einzelne nicht einordneten.

Auch wenn der CV aus seinem Selbsterhaltungstrieb heraus versuchte, sich zu profilieren und unentbehrlich zu machen, so wollte er doch nicht als Konkurrent der freien jüdischen Anwälte erscheinen. Ansonsten wären Spendenaufrufe des Vereins für Not leidende Anwaltskollegen zynisch gewesen.⁹⁵ Ein anderer Beleg für seine prinzipiell lauterer Absichten fand sich für den Monat Dezember 1933, als sich der Verein mit dem Gedanken trug, ein Verzeichnis der CV-Standesgenossen zu erstellen. Angedacht war die Veröffentlichung dieser Liste in Form eines Kalenders, ein Vorhaben, das dem Vernehmen nach nie umgesetzt wurde.⁹⁶

Mit Gewissheit hielten sich die Standeskollegen bis März 1934 an das Verbot der Reichsanwaltskammer und unterließen derartige Veröffentlichungen, die dem Kollegialitätsprinzip abträglich gewesen wären. Ohnehin war das für Preußen bestehende amtliche Gesamtverzeichnis noch gültig, das nicht zwischen jüdischen und nicht jüdischen Anwälten unterschied. Selbst der Bund nationalsozialistischer Juristen

⁹³ Interne Notiz an Reichmann vom 14. November 1934. HM2 8765, Osoby 721 I, Akte 2452, Frame 2560.

⁹⁴ *Matthäus*, Kampf ohne Verbündete, S. 260. Matthäus spricht an gleicher Stelle zugespitzt von der „Unmöglichkeit zu erkennen, welche Instanz für eine bestimmte antijüdische Maßnahme respektive für deren Aufhebung verantwortlich war.“ Träfe diese Aussage zu, dann hätte theoretisch jede vom CV eingeleitete Beschwerde wegen Verfahrensfehler abgeschmettert werden können. Allein der flüchtige Blick auf die Vielzahl der (erfolgreichen) Einsprüche zeigt jedoch, dass Verfahrensfehler nicht die Gründe für abschlägig beantwortete Interventionen waren. Solange der Normenstaat einigermaßen funktionierte, gaben die Gesetze dem CV Orientierung. Das Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 etwa definierte in Teil 2 recht präzise die Aufgaben der auch in Essen und Köln zu findenden Treuhänder der Arbeit, die für den CV vor allem bei Entlassungen, Betriebsschließungen und bei Lohnfragen relevant waren. Vgl. RGBI., Teil I, Nr. 7, 23. Januar 1934, S. 47f. Wenn es sich um Probleme bei der Zuteilung von Wohlfahrtsgutscheinen handelte, wandten sich seine Mitarbeiter zielgenau an die städtischen Behörden, nicht selten direkt an die Oberbürgermeister. Vgl. HM2 8766, Osoby 721 I, Akte 2499, Frame 2064.

Weitere Beispiele, die belegen, dass die CVer sehr genau wussten, welche Adresse für welchen Fall die richtige war, werden in Kapitel 7 dieser Arbeit angeführt. Die Zuständigkeiten wurden dann seit 1935 „undurchsichtiger“, als die NS-Sicherheitsbehörden dazu übergangen eine ungehemmte, eigenständige Judenpolitik parallel zur ministeriellen zu betreiben. Vgl. *Adam*, 1972, S. 154, 197ff.

⁹⁵ Vgl. einen derartigen Aufruf vom 8. September 1933 in: HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 23, Frame 0416.

⁹⁶ Noch am 25. Juni 1935 wurde den CV-Beamten lediglich die Absicht der Hauptgeschäftsstelle bekannt gemacht, nach der man ein „Verzeichnis unserer Anwaltsmitglieder“ herausbringen wollte. Ebd., Frame 0341.

hatte es bis dahin nicht gewagt, seine bereits existierenden Namens- und Adressenlisten zu veröffentlichen.⁹⁷

Aber unter der Hand standen organisationsbezogene Listen hoch im Kurs. Im beruflichen Überlebenskampf kursierten sie diskret in jüdischen Kreisen. Die Bnei Brith-Logen und der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten hatten Sonderverzeichnisse, die die Anwälte ignorierten, die den jeweiligen Organisationen nicht angehörten. Dabei gingen diese Listen auch mithilfe bestehender Vertrauensmänner-Netze um, die sich über die Grenzen von Landesverbänden und Oberlandesgerichtsbezirken hinaus erstrecken konnten.⁹⁸

Plaut war flink, hinkte den Logen und dem RjF aber doch hinterher. Im Januar 1934 hatte er die Erfassung jüdischer Rechtsanwälte in 21 Orten abgeschlossen und sie nach ihrer CV-Mitgliedschaft sortiert. Danach waren in Dortmund elf der zwölf genannten Anwälte CV-Mitglieder; in Duisburg sieben von neun; in Düsseldorf 17 von 18; in Essen inklusive Essen-Borbeck 15 von 20; in Gelsenkirchen drei von drei; in Münster alle vier; in Wuppertal-Elberfeld sechs von neun, und in Oberhausen war der einzige jüdische Anwalt zugleich auch Vereinsmitglied.⁹⁹ Angesichts dieser Zahlenverhältnisse ergaben sich kaum Schwierigkeiten, sich gegenüber jüdischen Kollegen unbotmäßig zu verhalten, wobei zusätzlich das Phänomen der Doppel- und Mehrfachmitgliedschaft der Kollegialität entgegenkam. Um den Anwaltsberuf nach 1933 auszuüben, brauchte es viel Hingabe. So verstand sich der CV auch zusehends als Hort der Fürsorge und Sicherheit, ein Dienstleistungsunternehmen, dessen Mitarbeiter betreuen wollten, zumal

„[a]us der tiefen Verbundenheit, die jeden Mitarbeiter an jeden Menschen bindet, [...] das Treueverhältnis zwischen denen, die Wünsche haben[,] und denen, die sich bemühen, sie zu erfüllen“¹⁰⁰,

erwächst. Gütig hieß es weiter:

„Wir wollen ihnen Kenntnis jener gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen verschaffen, von denen des Einzelnen Existenz und Entschluß abhängig sind, und wir wollen ihnen die Wege zeigen, die sie für sich zu gehen haben, und die [...] auch geboten erscheinen. Wenn wir also den Menschen und Menschengruppen in der tatkräftigen Wahrung ihrer Lebensmöglichkeit zur Seite stehen, wecken wir ihnen den Lebenswillen, soweit das Recht ihnen Lebensmöglichkeit gibt, und wir wecken ihre Entschlußkraft zur Änderung ihrer Lebensform, wenn es notwendig wird, jüdisches Leben außerhalb der alten Zusammenhänge fortzusetzen.“¹⁰¹

CV-Mitarbeiter statteten mittlerweile Hausbesuche ab, und zwar nicht, wie im selben Kontext betont wurde, um den Anwalt zu ersetzen. Da der CV allerdings keineswegs die einzige Organisation war, die sich als seelsorgerische Sachwalterin engagierte, kam es nicht nur zu Kompetenzgerangel mit den freien jüdischen Anwälten, sondern auch mit der Organisation, die ihm aufgrund der Mitgliederzusammensetzung und

⁹⁷ Vgl. HM2 8830, Osoby 721 I, Akte 8472, Frame 0597.

⁹⁸ Vgl. die Aktennotiz zu Händen von Brodnitz vom 3. April 1934. Ebda., Frame 0473. Siehe auch die Angaben zu den einzelnen Oberlandesgerichtsbezirken in: CVZ, Die nichtarischen Rechtsanwälte und Notare in Preußen, Nr. 34, 23. August 1934, unpaginiert.

⁹⁹ Vgl. HM2 8830, Osoby 721 I, Akte 8472, Frame 0521-0526.

¹⁰⁰ CV-Kalender für das Jahr 1936/37, S. 9f.

¹⁰¹ Ebda., S. 10.

ideologischen Übereinstimmungen über ein Jahrzehnt hinweg am nächsten gestanden hatte. Dabei weitete sich die Kluft zum Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, die sich schon vor 1933 aufgetan hatte. Des eigenen Fortbestandes und auch Profilierungsbedürfnisses wegen ging die Zersplitterung und der Kraftverschleiß selbst unter einstigen Verbündeten weiter, und dies ungeachtet der Partnerschaft, die beide in der Reichsvertretung miteinander eingegangen waren.

6.4.2 Der CV im Wettbewerb mit dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

Stritt man in den 1920er Jahren noch gemeinsam mit dem RjF für das Heimatrecht, versuchte, die Jugend in diesem Geiste zu prägen, übernahmen ehemalige Frontsoldaten und Offiziere den Schutz von Versammlungen und Wahlkundgebungen, wurden Mitglieder des RjF absichtsvoll in die Ortsgruppenvorstände des CV aufgenommen, so entluden sich im Zuge der Radikalisierung des allgemeinen politischen Klimas und der Verdichtung der Macht auf den Staatspräsidenten Anfang der 1930er Jahre die Spannungen zwischen CV und RjF. Man konkurrierte seither um die Mitglieder, und vom bayerischen Landesverband wurde überliefert, dass es im Herbst 1931 auf einer Landesverbandssitzung des RjF in Essen sogar zu einem Eklat zwischen Vertretern beider Organisationen gekommen war¹⁰², in dessen Folge der Bundesführer Leo Löwenstein dem CV am 26. November 1931 ein Papier vorlegte, das erstmals die entstandenen Wirren um die Kompetenzverteilung klären wollte:

- „1.) Die bisherigen Unstimmigkeiten zwischen C.V. und R.j.F. sind erledigt.
- 2.) Bei der Behandlung sowie persönlichen Schritten den Behörden gegenüber ist zu unterscheiden zwischen den Stellen, die auf Grund des Arbeitsgebietes vom C.V. allein und andererseits vom R.j.F. allein (z. B. R.W.M.) besorgt werden, weiterhin derjenigen Stellen, die gemeinsam zu bearbeiten sind, z. B. Innenministerium und Polizei. [...]
- 3.) Die für die nächste Zeit besonders wichtige Aufklärung der Massen wird wie bisher in der Weise durchgeführt, dass der R.j.F. dabei dann die Führung hat, wenn man sich vorwiegend an die Kreise der ehemaligen Kriegsteilnehmer ihrer Verbände sowie auch sonst militärisch interessierter Schichten wendet.“¹⁰³

Das Papier zeigte ferner das große gemeinsame Interesse an dem zu edierenden Gedenkbuch für die jüdischen Gefallen des Krieges auf.¹⁰⁴ Auch sprachen Vertreter beider Organisationen gemeinsam am 8. Februar 1932 bei Wilhelm Groener, Reichswehr- und -innenminister, vor wegen der mittlerweile täglich in der Republik stattfindenden Ausschreitungen gegen Juden.¹⁰⁵ Auf lokaler Ebene wie etwa in

¹⁰² Vgl. HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 198, Frame 1046.

¹⁰³ HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 198, Frame 1053.

¹⁰⁴ Vgl. Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (Hg.), Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen. Ein Gedenkbuch, Berlin 1932.

¹⁰⁵ Vgl. den Leitartikel der CVZ, Die Unterredung mit dem Reichsinnenminister, Nr. 7, 12. Februar 1932; siehe auch den ITA-Bericht vom 9. Februar 1932 in: HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 183, Frame 1747.

Dortmund war das Verhältnis ein so enges, dass sich der CV – selbst auf die Gefahr einer von der ZVfD erneut aufgegriffenen Gesinnungsdebatte – die Unterstützung des Vorhabens nicht nehmen lassen wollte, wonach der Reichsbund und seine Vertreter durch den PLV öffentlich Würdigung finden sollten.¹⁰⁶ In Wuppertal war es Blumenau in seiner doppelten Funktion als Ortsgruppenvorsitzender des CV und Mitglied des RjF, der ein Monitum wahrscheinlich im August 1932 absandte, weil kein Rabbiner zur Einweihung des Fliegerehrenmals geladen worden war. Die Verantwortlichen des Aero-Clubs erklärten die Rüge als gerechtfertigt, machten aber auch darauf aufmerksam, dass kein Vertreter irgendeiner Konfessionsgemeinschaft geladen war.¹⁰⁷

Beide Organisationen pflegten ein grundsätzlich gutes Verhältnis, das durch gemeinsame Erfolge zusätzlich gestärkt worden war. Im Dezember 1932 machte sich jedoch zuerst in Köln das Bedürfnis des RjF in Gestalt seines Ortsgruppenvorsitzenden, Dr. Ludwig Marx, breit, seinen Zweig gegenüber dem CV zu verselbstständigen, um sich der Konkurrenz durch den CV zu entledigen. Der CV war vielen Kriegskameraden zu prozionistisch eingestellt.¹⁰⁸ Zum Auftakt traf den CV der Vorwurf, sich zwar als deutsch-jüdische Organisation zu bezeichnen, diese Bezeichnung aber „nur dem Worte, aber nicht dem Tun nach“¹⁰⁹ zu verdienen. Auch seine Haltung, Palästina als Teillösung der so genannten Judenfrage zu verstehen, dann die Reichsvertretung nicht ohne die Zionisten gestalten zu wollen, ging vielen Frontbundmitgliedern viel zu weit, was allerdings paradox war, hatte der RjF doch – relativ auf die Mitgliederzahlen der ZVfD bezogen – stets eine große Anzahl Zionisten in seinen eigenen Reihen aufgewiesen.

So bestand das große Problem deutsch-jüdisch Gesinnter vor wie nach der Gründung der Reichsvertretung; einerseits hatten sie die innerjüdischen Gegensätze zu überbrücken, andererseits die strikte ideologische Abgrenzung insbesondere zur ZVfD zu üben. Dabei hatte sich der Paradigmenwechsel längstens um 1928 angekündigt: Was an liberaler individueller und gruppenspezifischer Ausdrucksform bis dahin weithin in deutsch-jüdischen Kreisen gutgeheißen worden war, schien zunehmend die mehrheitlich gewünschte gesamtjüdische Zweckgemeinschaft zu stören. Phänomen und Lernprozess umschrieb Brodnitz in seinem Brief vom 16. November 1933 an Karl Löwenstein:

„Wir waren und wir sind – und ich möchte in gewissem Sinne sagen Gott sei dank – eine Gemeinschaft von Individualisten, die sich erst langsam an autoritäre Führung und ein Disziplinhalten, und das heisst ja sehr häufig Mundhalten, gewöhnen muss.“¹¹⁰

¹⁰⁶ Vgl. HM2 8746, Osoby 721 I, Akte 1970, Frame 0587f., 0603.

¹⁰⁷ Vgl. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 179, Frame 1142, 1144.

¹⁰⁸ Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 247, Frame 0732ff.

¹⁰⁹ Brodnitz am 16. November 1933 an Karl Löwenstein, Aachen. HM2 8746, Osoby 721 I, Akte 1972, Frame 0870-0876, hier 0874.

Unumwunden wiederholte Rechtsanwalt Erwin Seegall, Leiter des CV-Landesverbandes Pommern, am 25. März 1934 diesen Vorwurf gegenüber Brodnitz: „Doch der C.V. war und sollte heute noch sein: die Organisation für Deutschtum und Judentum, die Organisation der und für diejenigen jüdischen Menschen in Deutschland, die ihre Deutschstämmigkeit und ihr deutschjüdisches Schicksal bejahen – und eine jüdische Volksverbundenheit über Deutschland hinaus ablehnen. – Von diesem Grundstandpunkt ist der C.V. abgewichen!“ HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 242, Frame 2579-2584, hier 2581.

¹¹⁰ HM2 8746, Osoby 721 I, Akte 1972, Frame 0870-0876, hier 0871.

Die Widerstände gegen die Idee einer Reichsvertretung als Ausdruck eines gesamtjüdischen Willens und Interesses zeigten sich aber schon an dem in den Sommermonaten des Jahres 1933 diskutierten Vorschlags Leo Löwensteins, der einen „Verschmelzungsplan von RjF, C.V. und Naumann-Gruppe“¹¹¹ ausgearbeitet hatte, um die Zersplitterung in den sich ideologisch berührenden Kreisen aufzuheben. Der Plan war nicht nur ein gedankliches Relikt des älteren Bemühens um klare ideologische Positionen und Abgrenzungen. Der Plan sprach auch vom geistigen Zustand des RjF, dessen unmäßiges deutschnationales Empfinden der CV so nicht teilte. Entsprechend stieß der Plan in den westdeutschen CV-Reihen – allerdings nicht aus Opposition zum RjF – auf wenig Gegenliebe. Plaut wusste nicht, ob dem Befürworter dieses Plans, dem Kollegen Wilhelm Kaufmann, der ehrfürchtig vom „Führer des R.j.F.“¹¹² sprach, die Empörung in den Mitgliederreihen bekannt geworden war,

„mit der die Zumutung aufgenommen wurde, gemeinsame Sache mit einem Mann [gemeint ist Max Naumann] zu machen, dessen unheilvolles Wirken heute nur noch pathologisch gewertet werden kann.“¹¹³

Beide Männer, Plaut und Kaufmann, besaßen die Doppelmitgliedschaft. Nichtsdestotrotz schätzten sie die Bewertung der Deutschtumsfrage, die Unterschiede in der Gewichtung des Gesamt- versus der Gruppeninteressen und damit die Unterschiede in der Bedeutung der jeweiligen Organisation völlig verschieden ein. Während sich Plaut erleichtert zeigte, den Fusionsplan dank des Mehrheitsvotums der CV-Mitglieder vom Tisch zu wissen, richtete Kaufmann bald schwere Vorwürfe gegen diesen als RjF-Mitglied und CV-Funktionär.

Bis zum Winter 1933 rankten sich Gerüchte um die Frage, wer für die Einführung des Frontkämpferprinzips, das in die antijüdische Gesetzgebung, deren Anfang am 7. April 1933 das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums markierte, verantwortlich war. Seitdem kokettierte der Reichsbund mit dem vermeintlichen Erfolg seiner Eingabe vom 4. April 1933 an den Reichspräsidenten sowie seinen einzigartigen Beziehungen zum Präsidialamt überhaupt, als deren Folge der Gesetzgeber die Ausnahmeregelungen aufgenommen hätte.¹¹⁴ Die Prahlerei wäre wohl auszuhalten

¹¹¹ Ernst Plaut am 6. November 1933 an Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Kaufmann, Duisburg. Ebda., Frame 0844-0847, hier 0845.

Kaufmann, der noch 1935 im Duisburger Vorstand der CV-Ortsgruppe und Mitglied des Frontbundes war, fiel in diesem Zusammenhang bereits 1928 auf, zu einem Zeitpunkt, als sich eine gewisse Opposition gegen den CV-Ortsgruppenvorsitzenden Dr. Richard Rosenthal wegen dessen mutmaßlich pro-zionistischer Einstellung bemerkbar machte. Diese Opposition forderte vom CV die Formierung eines starken Gegengewichts im Landesverbandssitz der ZVfD. Vgl. HM2 8724, Osoby 721 I, Akte 1414, Frame 1296ff.

¹¹² HM2 8746, Osoby 721 I, Akte 1970, Frame 0844-0848, hier 0848.

¹¹³ Ebda., Frame 0845.

¹¹⁴ Vgl. das Schreiben Reichmanns vom 24. November 1933 an Rudolf Herzberg, Hannover. Ebda., Frame 0850f. Reichmann fragte sich, ob der RjF von vornherein lediglich die Sonderinteressen seiner Mitglieder oder das Gesamtinteresse verfolgt habe, aber einfach nicht durchsetzen konnte. Tendenziell neigte Reichmann zu der Interpretation, der RjF habe lediglich die Wahrung seiner Sonderinteressen im Auge gehabt. Eindeutig ließ sich dies nicht nachweisen. Die Wahrheitsfindung erschwerten Formulierungen, wie sie etwa in dem Rundschreiben des Bundesvorsitzenden Leo Löwenstein an seine Ortsgruppen und Landesverbände vom 20. März 1933 zu finden sind: „Auf jeden Fall aber haben wir jüdische [...] Frontsoldaten die Mindestforderung zu erheben, dass die Rechte derer nicht angetastet werden, die im Felde ihre Pflicht für das Vaterland getan haben.“ Ebda., Frame 0607.

gewesen, hätte es der RjF unterlassen, strategische Eigenwerbung in der jüdischen Öffentlichkeit in Verbindung mit diskreditierenden Angriffen gegen den CV zu starten. So geschehen etwa in Wuppertal, als sich zur Herbstsammlung Berthold Baum aufmachte, den seine Visitenkarte als Reichswerbeleiter des RjF auswies:

„Herr Baum hat hier in Wuppertal eine Reihe von jüdischen Firmen und Persönlichkeiten besucht, um Spenden für den R.J.F. zu sammeln. Er hat bei dieser Gelegenheit, wie [...] von mehreren, glaubwürdigen Persönlichkeiten – unabhängig voneinander – berichtet worden ist, ein recht überhebliches Benehmen an den Tag gelegt, das unangenehm aufgefallen ist. Der Inhalt seiner Darlegungen ging dem Sinne nach dahin, daß die einzige Organisation, die etwas geleistet habe und durch ihre Beziehungen etwas leisten könne, der R.J.F. sei; der C.V. komme nicht in Betracht, auch mit der neuen Reichsvertretung sei es nichts.“¹¹⁵

Ebenso kam es auf einer Versammlung des Reichsbundes in Hagen zu Entgleisungen gegen den CV. Nach dem Bericht des CV-Ortsgruppenleiters Rechtsanwalt Ferdinand David, Offizier a. D., hatte sich sein Bundesbruder und CV-Amtsstellvertreter Max Eichenwald auf einer am 28. Oktober polizeilich genehmigten Versammlung des RjF in einer Weise geäußert, die „dem inneren jüdischen Frieden“ nicht entgegenkam,

„1) [w]enn der C.V. in seiner Gesamtheit und Leitung wenig freundlich behandelt und bemäkelt wird[.]

2) Wenn alles[,] was an Aenderungen der Gesetze, Erleichterungen, Verordnungen pp. sozusagen als das alleinige Verdienst des R.j.F. dargestellt wird.

3) Wenn die Reichsvertretung mit mehr als grösster Kühle betrachtet und z. T. als Essener Produkt bezeichnet wird.

4) Wenn jede Diskussion auf ausdrücklichen Befehl des Bundesführers ausgeschlossen wird.“¹¹⁶

Plaut reagierte auf dieses nicht hinnehmbare Verhalten des Reichsbundes, sodass sich wiederum Karl Löwenstein, Aachen, Bruder des Reichsbundleiters, am 2. November genötigt sah, eine Beschwerde wegen Plaut direkt an Brodnitz zu richten. Löwenstein hatte sich nicht einmal Zeit für eine vorherige Rücksprache mit seinem Essener Kollegen genommen, fasste vielmehr die „lebhaft[e]n Klagen über Plaut“¹¹⁷ als begründet auf, die ihm auf einer Landesverbandstagung des Frontbundes zu Ohren

Reichmann war zudem der Hannoveraner Rechtsanwalt Lenzberg dem Namen nach bekannt. Dessen persönliche Verbindung zu Hindenburg ließ die Möglichkeit offen, dass er und ein schattenhafter Kreis ausgewählter jüdischer Rechtsanwälte die Unterstützung Hindenburgs durchgesetzt hatten. In diesem Fall hätte sich Hindenburg eine unabhängige Meinung bewahrt. *Barkai* erwähnte, der Verbindungsmann zwischen RjF und Hindenburg sei Generalfeldmarschall von Mackensen gewesen. Vgl. *dens.*, Vom Boykott zur Entjudung. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt/M. 1988, S. 36.

In der Tat führte Hindenburg am 4. April ein Gespräch mit Hitler, weil er das „Ausmaß der gegen die jüdischen Beamten ergriffenen Maßnahmen nicht für vertretbar“ hielt. Aus diesem Grund insistierte er, „wenigstens Ausnahmeregelungen für jüdische Frontkämpfer zu schaffen.“ *Adam*, 1972, S. 63.

¹¹⁵ HM2 8746, Osoby 721 I, Akte 1970, Frame 0913f., hier 0913. Dieses Schreiben vom 30. Oktober 1933 ist zweifelsohne von Rechtsanwalt Brück, Offizier a. D. und Ortsgruppenvorsitzender des CV, formuliert worden.

¹¹⁶ David an den Landesverband des C.V. Essen-Ruhr. Ebda., Frame 0915.

¹¹⁷ Ebda., Frame 0894–0896, hier 0894.

gekommen waren. Danach habe Plaut die Behauptung aufgestellt, weder der Reichsbund noch sein Leiter verfügten über die Beziehungen, deren sie sich rühmten. In der Löwenstein'schen Übersetzung hieß das: Der RjF verbreite Lügen. Erregt kam er zu dem Schluss, Plauts vermeintliche Äußerungen seien „im innerjüdischen Kampf [...] unzulässig und untragbar“, weshalb er vorschlug,

„daß nach Möglichkeit jeder Konkurrenzkampf [von Brodnitz unterstrichen] der verschiedenen Organisationen zu unterbleiben hat. [...] Es muß aber unterbleiben, daß die eine Organisation die Tätigkeit der anderen herabsetzt. Ich bin mir dabei bewußt, daß in genau derselben Weise auch Herabsetzungen des CV von Beamten des Frontbundes gemacht werden. Der Vorwurf auf der einen Seite löst wiederum einen Vorwurf auf der anderen Seite aus. [...] In der Werbetätigkeit beider Organisationen müßten m. E. dieselben Grundsätze Platz greifen, die wir schließlich auch im Wirtschaftsleben haben. Im Wettbewerbsgesetz haben wir den schönen Begriff der ‚persönlichen Reklame‘. Danach ist es unzulässig, ohne Not überhaupt von dem Mitbewerber zu reden und den Mitbewerber zu nennen. Unzulässig ist unter allen Umständen jede unwahre Behauptung über den Mitbewerber. Unzulässig ist aber auch unter Umständen die wahre Behauptung über den Mitbewerber, der eben überhaupt nicht genannt werden soll, wenn es nicht ‚notwendig ist‘ oder zur Abwehr geschieht. Unzulässig gilt es auch, dem Mitbewerber unsachliche Motive zu unterstellen.“¹¹⁸

Brodnitz nahm sich zwei Wochen Zeit für seine Replik, in der auch auf die Unterstellung einging, Plaut hätte gegen die guten Sitten verstoßen, eine Begriffsbestimmung, die das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und seine Ausführungsbestimmungen seit dem 7. Juni 1909 definierte. In der Zwischenzeit musste der Essener Syndikus auch die drohende Aufforderung Wilhelm Kaufmanns parieren, künftig „im Interesse der Allgemeinheit diese Angriffe zu unterlassen.“¹¹⁹ Die Behauptung sei aber „[u]nrichtig“, so Plaut, dass er

„den RjF mehrfach angegriffen hätte [...] Ich habe stets sehr stark unterschieden zwischen den Schritten der Bundesführung, die ich als jüdisch-politisch [...] tätiger Mensch in meinen Besprechungen der Lage kritisch zu würdigen verpflichtet bin, und dem Verhalten der Führer und Mitglieder des RjF innerhalb meines engeren Wirkungskreises. Die von Ihnen neulich hervorgehobene weitgehende Identität zwischen den Persönlichkeiten, die C.V. und RjF tragen, verhindert glücklicherweise, dass bei uns Reibereien eintreten, wie sie anderwä[r]ts scheinbar nicht immer vermieden werden können. Jedoch würde mein Antwortschreiben unvollständig sein, wenn ich Ihnen nicht mitteilte, dass unabhängig voneinander in der vorigen Woche zwei Berichte von Vorstandsmitgliedern des Landesverbandes Rheinland/Westfalen des C.V. an mich gelangt sind, in denen nachdrücklich Beschwerde über das Auftreten des RjF geführt wird. Auch hier handelte es sich um Vorgänge, die von aussen in unser Gebiet hereingetragen worden sind. [...] Ich würde es freudig begrüßen, wenn Sie [...] in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit uns dahin wirken würden, dass Unzuträglichkeiten zwischen den beiden Organisationen in unserem Gebiet nicht auftauchen und[,] wo sie einmal nicht vermieden werden konnten, ihre schnelle und befriedigende Lösung finden. Sie können meiner Bereitwilligkeit, stets für den Frieden innerhalb des Judentums zu wirken, stets versichert sein, schon weil ich den Gedanken

¹¹⁸ Ebda., Frame 0894f.

¹¹⁹ Ebda., Frame 0848.

des Klall-Jissroel [Gesamtjudentum] heute mehr denn je für das Gebot der Stunde halte.“¹²⁰

Der absichtsvoll konziliante und beschwichtigende Plaut musste trotz seines Friedensangebotes in den kommenden Tagen Leumundszeugen organisieren, da auch Bundesbruder Sass Verleumdungen gegen ihn erhoben hatte, nachdem es Letzterem in Düsseldorf nicht gelungen war, seinen Vorschlag durchzusetzen, die Bearbeitung des Ausschlusses der dortigen jüdischen Immobilienmakler nicht dem CV zu übertragen, sondern in die Hände des RjF zu legen.¹²¹

Auf den Streit aus ideologischen und politischen Gründen ging Brodnitz in dem gleichen diplomatischen Ton gegenüber Löwenstein ein, den auch Plaut angeschlagen hatte. Bezeichnend ist der Zeitpunkt seiner Darlegung, die nur wenige Wochen nach der Gründung der indirekt nicht minder bedrohten Reichsvertretung formuliert wurde. Es ging dem Grundtenor nach nicht an, dass sich der RjF in der Öffentlichkeit präsentierte, als bilde er die allein maßgebliche Repräsentanz des deutschen Judentums. Doch als ob der Vereinsleiter es vermeiden wollte, den Aachener und damit stellvertretend den RjF zu verlieren, appellierte Brodnitz letztlich gewinnend an dessen Loyalität, die er vor allem von den Mitgliedern seines Arbeitsausschusses erwarten müsse. Er sprach von „[v]erständnisvolle[r] Unterstützung“¹²², die er benötigte, womit er Löwenstein nahelegte, sich entweder im Sinne des vom CV geforderten und geförderten Gesamtinteresses oder aber im Sinne unzeitgemäßer Sonderinteressen zu entscheiden. Um Entscheidungshilfe zu leisten, schob er eine Reihe von Beispielen nach, die Löwenstein zeigen sollten, wie unlauter die Verfahrensweise „von RjF-Funktionären“ sei, die behaupteten:

„wir waren beim Reichsinnenminister, beim Preussischen Innenminister, beim Reichsarbeitsminister, so [...] dass bei dem Zuhörerkreis der Eindruck entsteht, die Minister selbst seien gesprochen worden. Insbesondere hat die Formulierung ‚Wir waren beim Herrn Reichspräsidenten‘, womit ein Besuch bei einem Oberregierungsrat im Büro des Herrn Reichspräsidenten praktisch gemeint ist, in weitesten Kreisen das Gefühl wachgerufen, zwischen den Führern des RjF und dem Herrn Reichspräsidenten bestünden die besten persönlichen Beziehungen. Dass der C.V. und seine Mitarbeiter bei ihren Informationen an unsere Freunde auf diese Dinge eingehen müssen, ist klar, und ebenso, dass sie dabei mitunter in einer mir durchaus verständlichen und gerechten Entrüstung sehr deutlich werden, wenn ihre eigenen mühevollen, fleissigen und in konkreten Fällen erfolgreichen Arbeiten überlegen lächelnd abgetan werden, weil diese Dinge gar keinen Vergleich mit den Erfolgen des RjF aushielten. Den Werbegrundsatz der ‚persönlichen Reklame‘ teile ich mit Ihnen, aber ich glaube, dass er nur dann aufrecht zu erhalten ist, wenn er mit den Grundsätzen der ‚Wahrheit in der Reklame‘ verknüpft ist.“¹²³

¹²⁰ Ebda., Frame 0845f. Mit gleicher Post ging dieses Schreiben an Persönlichkeiten, die ein „gleich warmes Interesse für C.V. und RjF“ hatten. Diese waren Herzfeld, Krombach, Brück, Rabbiner David sowie Gompertz, Gelsenkirchen, Rabbiner Dr. Klein, Düsseldorf, Oberlandesgerichtsrat Franken, Düsseldorf, und Koppel, Dortmund.

¹²¹ Vgl. ebda., Frame 0854, 0861.

¹²² Ebda., Frame 0870.

¹²³ Ebda., Frame 0873f.

Brodnitz schirmte seinen zuverlässigen Syndikus Plaut vor den Angriffen ab, zumal dieser gerechtfertigt und nicht „nur aus Lust zur Kritik am RJF“¹²⁴ handelte. Im Übrigen war die Vorgehensweise der Reichsbundspitze besonders geeignet, einen „Mythos um den RJF“ zu weben, der auch deshalb negative Auswirkungen versprach,

„weil die Einsatzbereitschaft der Menschen in starkem Masse erlahmt, wenn ihnen dauernd das Gefühl beigebracht wird, die Verbindung des RJF zu dem Herrn Reichspräsidenten, zu dem Herrn Reichskanzler, zu den Reichsministern sei so gut, dass heute oder morgen wieder alles in bester Ordnung sein würde. Sie verstehen mich recht: ich wünschte, es wäre so, aber weil es nicht so ist, ist es ein schweres Unrecht am deutschen Judentum, sich so zu verhalten.“¹²⁵

Diesmal war es Brodnitz, der seine Erwartungen auflistete, die er „für ein gedeihliches Nebeneinander der beiden Organisationen für zweckmässig“ erachtete:

„1.) Der RJF nimmt von sich aus die Interessen der Frontteilnehmer wahr. Sobald er über diesen Rahmen hinaus, gestützt auf seinen Frontcharakter[,] allgemeine Aktionen für ratsam hält, muss dieser Vorgang der Reichsvertretung angezeigt und von dieser gebilligt werden.

2.) C.V. und RJF verpflichten sich, über ihre Arbeit und Beziehungen unzweideutig und wahrhaft zu berichten und zwischen Absichten und Tatsachen genau zu unterscheiden.

3.) Herabsetzende Mitteilungen der Organisationen über einander hören auf. Gegenüber Anfragen und unzutreffenden Mitteilungen besteht das Recht einer sachlichen und unpolemischen Richtigstellung.

4.) Die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen C.V. und RJF unterbleiben, sofern der RJF seinerseits von der Schaffung einer den C.V. diskriminierenden neuen deutschjüdischen Ideologie absieht.

Wenn die Erfüllung dieser Voraussetzungen gewährleistet ist, will ich meine Autorität bei den ehrenamtlichen und amtlichen Mitarbeitern des C.V. dafür einsetzen, dass strikt nach diesen Vereinbarungen gehandelt wird.

Ich begrüße Sie in freundschaftlicher Gesinnung als Ihr“¹²⁶

gezeichnet Justizrat Brodnitz.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten wurde regelrecht zur Disziplin gedrängt, denn auch der Vorstand des Jüdischen Frauenbundes ließ der Leitung des Frontbundes – vielleicht zufällig ebenfalls am 16. November 1933 – seine Kritik an dessen politischer Haltung zukommen. Danach ließe das Frontkämpferprinzip die persönliche Eignung völlig außer Acht, verstoße gegen den „sozialen Gesichtspunkt“¹²⁷ und widerspreche dem Gleichheitsgrundsatz, weil es Frauen und auch die Jugendlichen, die aus Altersgründen nicht an der Front gedient haben konnten, ausschließe. Im Verlauf des Jahres 1934 beruhigte sich der noch schwelende, aber kontrollierte Konflikt, den der RJF wegen seiner erstrebten weltanschaulichen und politischen Führungsrolle aus Sicht des CV heraufbeschworen hatte. Im Februar 1934 hieß es dann, der CV verhandele mit dem Reichsbund über die Aufteilung der Arbeitsgebiete. Bis zur Klärung sollten sämtliche Vereinsmitarbeiter jegliche Provokation vermeiden.¹²⁸

¹²⁴ Ebda., Frame 0875.

¹²⁵ Ebda., Frame 0873.

¹²⁶ Ebda., Frame 0875f.

¹²⁷ Ebda., Frame 0868.

¹²⁸ Vgl. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 25, Frame 0665.

Das Verhandlungsprotokoll habe ich nicht gefunden, aber der CV verhielt sich in den ihn weiterhin interessierenden Fällen, die unmittelbar die Kreise des Militärs oder Ehrverletzungen (gefallener) jüdischer Soldaten und die Gedenkkultur tangierten, überaus vorsichtig.

Da Gesetze, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen an den ‚Arierparagrafen‘ des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 anknüpften, das politisch wie rassistisch Unliebsame gleichermaßen traf, wobei das Frontkämpferprinzip Ausnahmen zuließ, übernahmen sowohl der RjF als auch der CV entsprechende Mandate. Obwohl der CV ein starker Befürworter von Sammelklagen und Kollektivschritten im gemeinschaftlichen Interesse war, schöpften seine Vereinsnwälte, ob zum kurzfristigen Segen oder langfristigen Schaden der einzelnen Beschwerdeführer und Kläger, die juristischen Möglichkeiten dieser Ausnahmeregelung aus.¹²⁹

In Abhängigkeit von der gerade gültigen Gesetzlage leitete der CV das Einspruchsverfahren ein, wobei in die Belegmappe die Geburtsurkunde oder vergleichbare Dokumente gehörten, denen die Abstammung des Antragstellers zu entnehmen war. Jüdische Antragsteller hatten ihre Wehrpässe vorzulegen beziehungsweise entsprechende Nachweise zu erbringen, die Auskunft über die Angehörigen gaben, die im Krieg gefallen waren. Sofern sie selbst an den

¹²⁹ Vgl. etwa das Schreiben Reichmanns an den Landesverband Rheinland-Westfalen vom 25. Juni 1933 in: HM2 8766, Osoby 721 I, Akte 2487, Frame 1600f. Siehe exemplarisch die Angelegenheit um die Aufhebung des Lehrvertrages einer pharmazeutisch-technischen Assistentin aus Münster im November 1933, deren Vater Frontkämpfer war. Diesen Fall übergab der RjF dem CV. Vgl. HM2 8746, Osoby 721 I, Akte 1972, Frame 0890. Ernst Löwenthals Bemühen, Mitte 1933 seine Wiederzulassung am Amts- und Landgericht Köln zu erreichen, fand auch die Unterstützung des CV. Vgl. *Luig*, 2004, S. 260ff., sowie ergänzend HM2 8803, Osoby 721 I, Akte 3124, Frame 1040ff.

Der CV war auch bemüht, das Frontkämpferprinzip auf die jüdische Angestelltenschaft zu übertragen. Dies zeigte sich früh etwa im Zuge der 1933 einsetzenden Beurlaubungs-, das hieß letztlich Entlassungswelle bei der gleichgeschalteten Einheitspreis AG, EPA. Diese hatte einen betrieblichen fünfprozentigen ‚Numerus clausus‘ für ihr jüdisches Personal in Anlehnung an das Berufsbeamtengesetz eingeführt. Entsprechend fielen durchweg nur Kriegsteilnehmer unter diesen NC. Frauen und Lehrlinge waren damit per se von der Möglichkeit der Wiederaufnahme ihrer Beschäftigungsverhältnisse ausgeschlossen. Bei der Betreuung der Individualkläger, die gewillt waren, Ansprüche aus ihren jeweiligen Beschäftigungsverhältnissen vor den Arbeitsgerichten einzuklagen, war man teilweise erfolgreich. Das Essener Landgericht etwa verurteilte im Oktober 1933 die beklagte EPA zur Erfüllung der Forderung auf Urlaubsentgelt in Höhe von 175 Mark zugunsten ihres entlassenen „kaufmännischen Angestellten N.N.“, bei dem es sich um Franz London handelte. Siehe das Urteil in: HM2 8766, Osoby 721 I, Akte 2487, Frame 1576-1579, hier 1576.

Im Fall der Hinterbliebenen fielen allerdings sämtliche mit Versorgungsansprüchen zusammenhängende Fragen in den Zuständigkeitsrahmen des RjF, der wie in Essen Kriegsopferberatungsstellen eingerichtet hatte. Vgl. das Schreiben Goldschmidts an Steinberg vom 10. September 1937. HM2 8803, Osoby 721 I, Akte 3131, Frame 2517. Trotz der vereinbarten Kompetenzabgrenzung gegenüber dem RjF hatte sich der CV aber 1937 der Versorgungsangelegenheit der „Kriegerwitwe Ralph Lewin“, Düsseldorf, angenommen. Sie hatte den CV damit beauftragt. Steinberg delegierte diesen Fall deshalb nicht an den zuständigen RjF, was ihm eine Rüge seitens der CV-Hauptgeschäftsstelle einbrachte. Diese hatte zwar ebenfalls die Entscheidung der Klientin respektiert, dem RjF allerdings den Schriftverkehr mit dem Düsseldorfer Versorgungsamt in Kopie zukommen lassen und um Stellungnahme gebeten. Ebd., Frame 2519. Die Angelegenheit eskalierte dennoch. Der RjF verlangte die Abgabe des Falls an ihn, wogegen sich Steinberg, dem fehlende Sachkenntnis vorgeworfen wurde, wehrte: „Im übrigen würde es nicht einmal der erste Fall sein, in dem der C.V. sich im Interesse seiner Mitglieder zu einer Kompetenzüberschreitung dem R.j.F. gegenüber gezwungen sähe.“ Ebd., Frame 2513.

Kampfhandlungen beteiligt oder ihrer ärztlichen Pflicht an der Front nachgekommen waren, war dies zu belegen. Dem gleichgestellt waren Nachweise, die die Beteiligung an den Kämpfen gegen die Spartakisten nicht zuletzt an der Ruhr belegten, obwohl jene zur ersten Opfergruppe des Hitler-Regimes zählten.¹³⁰ Eigene Not, aber auch politisch-bürgerliche Überzeugung waren wohl entscheidende Motive, derartiges Belegmaterial zu verwenden. Ehrgefühl war es zudem, das Steinberg am 17. März 1934 veranlasste, seiner Zentrale in Berlin die Ausgabe der konservativen Essener Allgemeinen sowie die der National-Zeitung vorzulegen.¹³¹ Beide Blätter hatten am 14. Jahrestag über die dem Kapp-Putsch folgenden Kämpfe um die städtischen Schlüsselpositionen in Essen und dabei vor allem um den Essener Wasserturm berichtet. Zu diesem Gedenkereignis waren auch Röhm und Göring angereist. Während die eine Zeitung vom „Massenmord am Wasserturm“¹³² sprach und die andere vom „Terror der roten Banditen“¹³³, um sich dann detailreich an den Bürgerkriegszuständen zu ergötzen, war man sich grundsätzlich einig in der Glorifizierung der Einwohnerwehren. Die Allgemeine Zeitung stilisierte sie zu „Verteidiger[n] der Staatsautorität, Verteidiger[n] von Ordnung und Frieden.“¹³⁴ Als zweideutig empfand Steinberg indes den Aufruf der National-Zeitung, die den dort genannten 19 Mitgliedern der Essener Einwohnerwehr und der 22 Polizeibeamten gedachte: „Sie sind nicht umsonst gefallen“, hieß es: „Sie kämpften für ein neues Deutschland im Glauben an unser Volk“¹³⁵, wobei unerwähnt blieb, dass zwei der 19 Toten Juden waren. Diese „Gefallenen“ wiederum machte der ehemalige Befehlshaber der Einwohnerwehr, der Architekt Paul Dietzsch, nach den Ausführungen in der Essener Allgemeinen „zu den Vorkämpfern des Dritten Reiches“, wobei die National-Zeitung im aufgefrischten Kampfgetümmel zu ergänzen wusste, dass der „einzige Fahnenflüchtige“¹³⁶ ein Jude gewesen sei.

Es hätte sich angeboten, diese Falschmeldung zu berichtigen, was jedoch angesichts vordringlicher Einspruchsverfahren in den Hintergrund rückte, obwohl die Verweise auf die aktive Bekämpfung der Spartakisten mittelfristig Wirkung erzielen konnten; ein lückenloser beruflicher Lebenslauf konnte das auch, wobei vor allem ältere Amtsträger dann nolens volens begünstigt waren, wenn sie schon vor dem 1. August 1914 tätig gewesen waren, zumal die Pensionierung ohnehin nahte. Obligatorischer Bestandteil der Anlagen nahezu aller vom CV betreuten Verfahren war ferner das polizeiliche Führungszeugnis. Neben diesem Dokument, das die einwandfreie staatsbürgerliche Führung des Petenten belegen konnte, wurden diverse Leumundszeugnisse bestenfalls nicht jüdischer Kollegen oder Vorgesetzter beigelegt.¹³⁷ Die CV-Anwälte verwiesen

¹³⁰ Siehe exemplarisch *Högl*, 1992, S. 149ff.

¹³¹ Vgl. HM2 8744, Osoby 721 I, Akte 3892, Frame 1183.

¹³² Ebda., Frame 1428.

¹³³ Ebda.

¹³⁴ Ebda., Frame 1428.

¹³⁵ Ebda., Frame 1424.

¹³⁶ Ebda., Frame 1415.

¹³⁷ Vgl. etwa das Leumundszeugnis Assessor Selos für einen jüdischen Zahnarzt aus Duisburg, der in derselben Marschgruppe gegen die Spartakisten im Ruhrgebiet gekämpft hatte und den der Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit besonders schmerzlich traf, in: HM2 8771, Osoby 721 I, Akte 138, unpaginiert; siehe auch CVZ, Sie fragen – wir antworten, Nr. 5, 1. Februar 1934, 1. Beilage,

darüber hinaus auf die Dauer der Sesshaftigkeit und appellierten an den Gerechtigkeitssinn der Sachbearbeiter in den teils personell umstrukturierten Amtsstuben. Betriebs- wie auch volkswirtschaftliche Konsequenzen wurden, wenn es angebracht war, ebenso in dezidierter Weise erwähnt wie Zumutbarkeitsgrenzen. Es war sehr ratsam, die Einspruchsfristen und Einspruchsebenen genauestens einzuhalten.¹³⁸ Wie aber selbst die verbliebenen Rechte seitens der Behörden im Alltag verweigert werden konnten, zeigt das folgende Fallbeispiel.

6.4.3 Entehrung in Grevenbroich

In Fällen, in denen die Kompetenzverteilung zwischen RjF und CV unklar war, reagierte Letzterer zuweilen recht einnehmend. In dem besonderen Fall „der Frontkämpferehrenkreuze in Grevenbroich“¹³⁹ rechtfertigte Kurt Steinberg dieses Vorgehen mit der Verantwortung des CV den Mitgliedern gegenüber und mit der fehlenden Sachkompetenz der Mitarbeiter des Reichsbundes. Die Großspurigkeit Steinbergs sollte sich allerdings rächen, zumal diese Angelegenheit eindeutig in den Zuständigkeitsbereich des RjF fiel. Da man es dabei glücklos mit dem Grevenbroicher Landrat zu tun bekam, drohte dieser Fall obendrein zu einer Blamage für den CV zu werden.

Die Unstimmigkeiten, die sich zwischen RjF und CV wegen dieses Falls ergaben, waren umso ärgerlicher, weil man dem Wehrdienst generell und seiner Bedeutung für die staatsbürgerliche Gleichstellung im Besonderen hohe Wertschätzung entgegenbrachte. Entsprechend waren militärische Auszeichnungen sichtbare Kleinode der opferbereiten Zugehörigkeit zu Volk und Vaterland. Emotional beging die CVZ daher am 25. Februar 1934, letztmalig in großer Aufmachung, den Heldengedenktag.

unpaginiert; vgl. zudem das Prozedere im Juli 1933 im Fall Dr. med. Hans Frankenstein, dem Onkel von Julius Herzfeld. Ebda., unpaginiert.

¹³⁸ Erwähnen möchte ich an dieser Stelle das besondere Interesse des Vereins am Fall des 45-jährigen Violinspielers und Frontkämpfers Josef Liebertz, dessen Angestelltenverhältnis auf Lebenszeit am städtischen Orchester Bonn im Sommer 1937 seitens der Stadtverwaltung aufgrund seiner Ehe mit einer Jüdin für beendet erklärt wurde. Dies war der zweite Fall seiner Art, in den der CV involviert war, um diese beiden Individualkläger allerdings an Bonner Anwälte abzugeben. Im Fall des um seine Pensionsansprüche geprellten Liebertz war der Kölner CV-Mitarbeiter Selo noch im September 1937 in die Recherchen einbezogen. Zwecks Vorlage beim Bonner Oberbürgermeister hatte Selo einen schriftlichen Beleg für die zwei Jahre zuvor getane Äußerung Goebbels' gefunden, der, „als die Musiker vom Rundfunk, die mit Jüdinnen verheiratet waren, entlassen worden sind, [...] auf Anfrage erklärt habe, dass die Verträge zu erfüllen seien und die Entlassenen dann Entschädigungen gemäß ihre[r] Verträge [...] erhalten haben.“ Die Ehegattinnen der beiden von Berufsverbot betroffenen Musiker baten Selo zudem, eine Bescheinigung des Kulturbundes deutscher Juden zu organisieren, weil „den städtischen Herren [...] natürlich unbekannt [ist], dass es den arischen Leuten [seitens des NS-Gesetzgebers] v e r b o t e n ist, im jüd.[ischen] Kulturbund oder anderen jüdischen Etablissements etc. zu arbeiten.“ HM2 8799, Osoby 721 I, Akte 3048, Frame 2290-2292, hier 2290. Zu den Dissimilationsabsichten des Preußischen Ministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung unter Staatskommissar Hans Hinkel siehe *Cochavi, Yehoyakim*, Kultur- und Bildungsarbeit der deutschen Juden 1933–1941: Antwort auf die Verfolgung durch das NS-Regime, in: Neue Sammlung. Stuttgart 26, 1986, H.B., S. 396-407, hier 400ff. Zu den so genannten Rassenmischehen siehe *Rethmeier*, 1995, S. 54ff.

¹³⁹ Steinberg an Berlin am 17. September 1937. HM2 8803, Osoby 721 I, Akte 3131, Frame 2513-2515, hier 2513.

Bei aller Rührung wurde das Frontkämpferprinzip nicht außer Acht gelassen, da es aufgrund seines seltsam elitären Charakters nicht die Basis der erhofften zweiten Emanzipation der in Deutschland zu bleiben gewillten Juden sein konnte. Nicht leicht fiel es ferner, den Nachgeborenen begreiflich zu machen, dass man „für deutsch-jüdische Wirklichkeit einmal leben und sterben konnte.“¹⁴⁰ Grotesk denkwürdig wurde da die Rückschau auf den 1. August 1914, den Tag, den der CV zum Geburtstag der so genannten nationalen Erneuerung Deutschlands erklärte, denn schließlich, so seine dunkle Metaphorik, seien

„[i]n den Feuern des Weltkrieges [...] die Fundamente des neuen Deutschland gegründet worden [...], so bauten unsere toten und unsere überlebenden Kämpfer daran mit. [...] unser Leben [ist] miteingemauert in die Fundamente des neuen Staates, und nichts kann es daraus entfernen, ohne die Fundamente selbst zu zerstören. Weit über die Welt verstreut liegen die Urblöcke dieser Grundmauern, die Heldengräber. Der Kalk der Champagne und die feuchte Erde Flanderns [...] und die Tiefe aller Ozeane bergen die Gebeine unserer toten Helden so unentwirrbar vermischt mit denen ihrer Kampfgefährten, daß kein Rasseforscher die Herkunft der einzelnen Schädel anzugeben vermöchte. Auf diesen Fundamenten ruht unser unverjährbarer Anspruch, als deutsche Bürger sein zu können.“¹⁴¹

Wie pünktlich der CV am Puls der Gesetzentwicklung war, zeigte sich eine knappe Woche später. Am 28. Februar fand das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums auf die Truppe und Verwaltung Anwendung.¹⁴² Die folgenden, verschwindend geringen Einsprüche blieben dem damit entzauberten RjF vorbehalten. Der CV übte seither Zurückhaltung, auch als die allgemeine Wehrpflicht am 21. März 1935 wieder eingeführt wurde und damit das diskriminierende Wehrgesetz in Kraft trat.¹⁴³ Sachlich reichte man die Nachricht weiter. Einmal abgesehen davon, dass patriotische Töne nicht mehr gebilligt wurden und sie angesichts des Ausmaßes der Demütigung im Halse stecken blieben, ließ sich auch keine Reaktion auf den am 7. März 1936 erfolgten Einmarsch deutscher Truppen in das entmilitarisierte Rheinland ausmachen. Die CVZ kritisierte diesen Bruch internationalen Rechts nicht. Vielmehr beschäftigte sich die diesem Ereignis folgende Ausgabe mit Einwanderungsquoten, veröffentlichte betont auf der zweiten Seite Kleinanzeigen, die der Stellenvermittlung dienten, beschrieb das eifrige Treiben im Wartezimmer des CV und empfahl den Lesern die Natur zu entdecken, da Isolation und Entfremdung kaum mehr übrig gelassen hätten.

Die große staatsbürgerliche Bedeutung, die der Militärdienst für den CV und den RjF besessen hatte, ließ sich allerdings trotz der Diskriminierungen nicht komplett tilgen. 1936 war es allerdings nicht mehr vorrangig eine Frage der Ehre, sondern eine Frage des Prinzips, bestehende Rechtsansprüche, die sich aus der militärischen

¹⁴⁰ CVZ, Heldengedenktag, Nr. 8, 22. Februar 1934, unpaginiert.

¹⁴¹ Ebda.

¹⁴² Vgl. den Ausstellungskatalog des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Zusammenarbeit mit dem Moses Mendelssohn Zentrum, Potsdam, und dem Centrum Judaicum, Berlin, Deutsch-jüdische Soldaten. Von der Epoche der Emanzipation bis zum Zeitalter der Weltkriege, Potsdam 1996, S. 56ff.

¹⁴³ Vgl. CVZ, Die allgemeine Wehrpflicht!, Nr. 12, 21. März 1935, unpaginiert; siehe ferner CVZ, § 15 des Wehrgesetzes, Nr. 21, 23. Mai 1935, unpaginiert.

Pflichterfüllung ableiten ließen, auszuschöpfen. Dabei begegnete der CV auch behördlichen Verschleppungstaktiken. So geschehen in dem für den zuständigen Landesverband Rheinland-Westfalen einmaligen behördlichen Verweigerungsfall im Kreis Grevenbroich, Regierungsbezirk Düsseldorf, anlässlich der nicht vollzogenen Verleihung der Frontkämpferehrenkreuze an die jüdischen Soldaten, Schwerekriegsverletzten und Hinterbliebenen des Krieges.¹⁴⁴

Mit Verordnung vom 13. Juli 1934 hatte Reichspräsident Hindenburg ein Ehrenkreuz für ausnahmslos alle Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen gestiftet.¹⁴⁵ Im Fall der zahlenmäßig für den Kreis Grevenbroich nicht ermittelten jüdischen Berechtigten lagen dem Vernehmen nach keine formalen Gründe vor, die der Verleihung im Weg gestanden hätten. Zum Hindernis wurde vielmehr die Verleihungsbehörde selbst, die in den Kreisen der Landrat repräsentierte. Vor diesen Vorzeichen hatte der fälschlicherweise in den Akten als Vertrauensmann des Vereins in Grevenbroich ausgewiesene Julius Stern anfangs den CV mit der Angelegenheit betraut, der sie allerdings zuständigkeitshalber dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten übergeben hatte.

An der Wende Juli/August 1936 wandte sich Stern erneut an die Essener Geschäftsstelle, damit diese den RjF und den Landrat Grevenbroichs anhalte, das Verfahren der Verleihung der Frontkämpferkreuze an die jüdischen Antragsteller beschleunigt durchzusetzen. So nahm Essen also Rücksprache mit dem Mutterbüro, das am 21. August 1936 die Empfehlung gab, sich in jedem Falle mit der Leitung des RjF in Verbindung zu setzen, weil die Verleihung der Ehrenkreuze „ja an sich zur Zuständigkeit des Frontbundes“¹⁴⁶ gehörte.

Zwischen November 1936 und April 1937 sprachen sich CV und RjF auch mehrmals ab. Letzterer war zu diesem Zeitpunkt nur mehr mit dem reichsweit verbliebenen „Dutzend“¹⁴⁷ noch ausstehender Verleihungsakte beschäftigt. Es handelte sich bei diesen Fällen allem Anschein nach um vom RjF betreute Einsprüche, das heißt das Einspruchsrecht konnte ausgenutzt werden, weil die Ablehnung beschieden worden war.

In Grevenbroich hingegen lag der Fall insofern anders, als die gestellten Anträge überhaupt noch nicht bearbeitet worden waren. Nach Sterns Überzeugung übte der verantwortliche Landrat dabei boshaft Leistungsverweigerung, gleichgültig, welche Konsequenzen diese Missachtung seiner Amtspflicht haben mochte. Es handelte sich also um einen absichtsvollen Akt von „Nichtverleihung“¹⁴⁸

Stern provozierte diese Impertinenz. Er war nicht gewillt,

¹⁴⁴ Vgl. HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1937, Frame 0841.

¹⁴⁵ Vgl. RGBI, Teil I, Nr. 81, 15. Juli 1934, S. 619ff; vgl. ferner www.auszeichnungen-online.de

¹⁴⁶ HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1937, Frame 0917f. Die vom Reichsbund unternommenen Schritte sind in einem rückblickenden Schreiben seines Mitarbeiters Dienemann, Berlin, an das Doppelmitglied Alwin Lippmann in Düsseldorf angedeutet. Danach seien dem RjF aufgrund der durch Stern entstandenen Kompetenzverwirrung verwaltungstechnische Fehler unterlaufen. Außerdem habe der RjF die Angelegenheit tatsächlich schleifen lassen. Vgl. ebda., Frame 0830.

¹⁴⁷ Ebda., Frame 0872.

¹⁴⁸ Ebda.; siehe auch Frame 0903.

„die Sache [auf sich] ruhen zu lassen. Wie Ihnen ja bekannt [ist], liegt uns Antragstellern an der Sache selbst nichts mehr, aber aus Prinzip kann man es doch nicht so laufen lassen.“¹⁴⁹

Obwohl der RjF zuständig gewesen wäre, sprach Steinberg gemeinsam mit Stern und dem als Ortsgruppenvorsitzenden ausgewiesenen, richtig aber CV-Vertrauensmann Löwenstein, der zugleich Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Grevenbroichs war, im Landratsamt vor. Bei dieser Zusammenkunft wiederholte der Verhandlungspartner, vermutlich Assessor Bach, den Standpunkt seines Dienstherrn, nach dem

„einige Juden das Frontkämpferehrenkreuz wegen politischer oder sonstiger persönlicher Gründe nicht erhalten könnten und dass es deshalb allen verweigert werden müsse, da er ‚nicht für Halbheiten‘ sei. Er wisse, dass die Regierung in Düsseldorf, seine vorgesetzte Stelle, in dieser Frage auf anderem Standpunkt stehe, bleibe aber bei dem seinen. Ich [Steinberg] stellte dann ausdrücklich fest, mit Zustimmung des Beamten, dass wir bei unserer Beschwerde den obigen Standpunkt des Landratsamtes zugrunde legen könnten.“¹⁵⁰

Deutlicher als durch offensichtlich mutwillige Pflichtvergessenheit gegenüber seinem Vorgesetzten in Düsseldorf konnte Landrat Max Wallraf seine antijüdischen Sentiments kaum vermitteln. Er harmonierte darin mit dem aus Grevenbroich stammenden und die dortige Ortsgruppe der NSDAP leitenden Walter Kinkelin¹⁵¹, dessen Boykotthetze altbekannt war und nicht zuletzt unter Ausübung von Druck bis ins nahe gelegene Dormagen reichte, mit der Folge, dass dort der Milchmann die Auslieferung dieses Grundnahrungsmittels selbst an jüdische Familien mit Kleinkindern verweigerte.¹⁵²

¹⁴⁹ Ebd., Frame 0853.

¹⁵⁰ Abschrift der Aktennotiz Steinbergs vom 9. Juni 193[7]. Ebd., Frame 0840f., hier 0840.

¹⁵¹ Nach der freundlichen Auskunft von Dr. Karl Emsbach, Kreisarchivdirektor Rhein-Kreis Neuss, Dormagen, vom 1. Oktober 2004 studierte Kinkelin zwischen 1930 und 1934 Theologie und Geschichte in Erlangen, Bonn und Münster, war seither Ortsgruppenleiter der NSDAP in Grevenbroich, bis 1939 auch Dozent an der Gauführerschule Grevenbroich-Welchenberg. Nach einer Verwundung wurde sein Militärdienst zwischen August 1943 und August 1944 unterbrochen. In dieser Zeit war er kommissarischer Kreisleiter der NSDAP in Neuss-Grevenbroich und Gladbach-Rheydt. Er starb 1981 in Celle.

Max Wallraf (1891 Malmedy – 1973 Köln) war seit April 1933 bis 1945 Landrat des Kreises Grevenbroich-Neuss. Nach einem vorübergehenden Berufsverbot war er nach dem Krieg Richter am Kölner Verwaltungsgericht. Siehe auch *Romeyk*, 1994, S. 296.

¹⁵² Vgl. die Aktennotiz Plauts vom 12. Juli 1935. HM2 8790, Osoby 721 I, Akte 2914, Frame 0455f., hier 0455.

Der Versuch, die jüdischen Mitbürger in den Dörfern durch totalen Boykott regelrecht auszuhungern, wurde nahezu zeitgleich auch im linksrheinischen Verband unternommen. Im kleinen Kirchberg, Kreis Simmern, mit überwiegend evangelischer Bevölkerung war diese krasseste Boykottform im Spätsommer 1935 umgesetzt. Kein Bäcker, kein Metzger, kein Kolonialwarenhändler verkaufte mehr Nahrungsmittel an Juden. Die Namen der wenigen Einzelhändler, die es heimlich zu tun versuchten, finden sich etwa im Kirchberger Anzeiger vom 31. August 1935. Die kaltschnäuzige Reaktion des Landrates auf eine Protesteingabe des CV-Landesverbandes Linksrhein vom 3. September findet sich in: HM2 8801, Osoby 721 I, Akte 3070, Frame 0431ff. Siehe hierzu auch Kapitel 7.

Zum Vergleich dazu zog beispielsweise in der Großstadt Köln der Boykott quasi als vorbereitende Maßnahme auf die Reichsbürgergesetze an; die Versorgungslage der Juden in Teilen der Domstadt war ‚aber erst‘ im Herbst 1938, dann allerdings massiv gefährdet, zumal auch die Lebensmittelgeschäfte, die sich noch in jüdischem Besitz befanden, rar und deshalb schwer zugänglich geworden waren. Da jedoch weder Gesetze noch Verwaltungsanordnungen vorlagen, die die Abschnürung der jüdischen Einwohner der Stadt von der Lebensmittelversorgung angeordnet

Aufgrund der Gesinnungsverwandtschaft des Staatsbeamten Wallraf mit dem Parteifunktionär Kinkerlin nahm der Boykott in Grevenbroich bizarre Formen an. Da Steinberg Ausschnitte des Gesprächs im Landratsamt festgehalten hat, wissen wir, dass die Behörden der Stadt auch die Inanspruchnahme des städtischen Leichenwagens untersagt sowie dem Friedhofsgärtner verboten hatten, das Grab für einen jüdischen Frontkämpfer auszuheben. In beiden Fällen wurde wissentlich wider die Bestimmungen der deutschen Gemeindeordnung gehandelt.¹⁵³ Um bei so viel Renitenz wenigstens einen Teilerfolg erzielen zu können, versprach Steinberg dem Gesprächspartner im Landratsamt bezüglich der an den Regierungspräsidenten zu richtenden Beschwerde, keine Zusammenhänge zwischen diesen städtischen Vorfällen und den darüber hinausgehenden, nicht näher präzisierten Straftaten, die gegen jüdische Einwohner verübt worden waren, herstellen zu wollen.¹⁵⁴ Letztlich änderte dieses vorsichtige Verfahren aber auch nichts an der Verweigerungshaltung des Landrates, zumal der Regierungspräsident Carl Schmid seinen Untergebenen nicht auf dem Dienstaufsichtsweg zur Pflichtausführung anhielt und damit das despektierliche Verhalten seines Untergebenen absegnete.¹⁵⁵

Dieser Fall entwickelte sich wegen des glücklosen Verlaufs „zu einer ausgesprochenen Prestigefrage für unsere Organisation.“¹⁵⁶ Bekanntlich fiel sie ja überhaupt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Vereins.

Der Ehrgeiz im Verein gegenüber dem RjF erklärt das Gefühl der Blamage. Doch hier ging es um mehr, schließlich war man nicht geneigt, vor diesem braunen Provinzbeamten zu kapitulieren. Goldschmidt von der Berliner Geschäftszentrale sprach deshalb beim zuständigen Sachbearbeiter im Reichsinnenministerium, Oberinspektor Ruhig, vor, der dem CVer aber lediglich eine Empfehlung mit auf den Weg gab. Die Antragsteller sollten sich, so sein Rat, noch einmal an den Regierungspräsidenten wenden und diesem detailliert die stets einwandfreie Führung sowie „Frontkämpfertätigkeit“¹⁵⁷ darlegen. Sofern Schmid ‚abermals‘ ablehnen sollte, könnten die „B e t r o f f e n e n“¹⁵⁸ ihre Eingabe dann direkt an den Reichsinnenminister richten. Ruhig ignorierte demnach die Information, dass Schmid die Anträge noch gar nicht zu Gesicht bekommen und dieser sich um die Mehrarbeit auch nicht bemüht hatte. Ruhig sah zudem nicht vor, die Düsseldorfer Regierung anzuhalten, ihrer Aufsichtspflicht gegenüber dem Treiben im Landratsamt Grevenbroich nachzukommen. Vor diesem Hintergrund hatte Wallraf nichts zu befürchten.

hätten, waren dem Verein in Zusammenarbeit mit der Reichsvertretung und der jüdischen Gemeinde theoretisch Interventionsmöglichkeiten gegeben. Zeitgleich war der CV bis zum 27. Oktober 1938, da diese Akte zu Köln abbricht, mit der Allianz-Versicherung beschäftigt, die reihenweise Kündigungen gegen jüdische Mieter ihrer Immobilien ausgesprochen hatte. Am 10. November 1938 gab es den CV nicht mehr. Vgl. HM2 8801, Osoby 721 I, Akte 3070, Frame 0506ff.

¹⁵³ Vgl. HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1937, Frame 0841.

¹⁵⁴ Vgl. ebda.

¹⁵⁵ Zu Schmid siehe *Romeyk*, 1994, S. 724f.

¹⁵⁶ HM2 8745, Osoby 721 I, Akte 1937, Frame 0824.

¹⁵⁷ Goldschmidt an Essen am 4. Oktober 1937. Ebda., Frame 0825.

¹⁵⁸ Ebda.

Nachdem Steinberg Goldschmidts Nachricht erhalten hatte, reagierte er am 5. Oktober 1937 einigermaßen verzweifelt, schließlich ging der Reichsbeamte doch von der Falschen, von Goldschmidt allem Anschein nach nicht korrigierten Annahme aus, die Anträge seien seitens des Landrates vorschriftsgemäß, wenn auch aus fadenscheinig formalen Gründen und/oder wegen vermeintlich kommunistischer Umtriebe abgelehnt worden. Aber genau das war ja nicht der Fall:

„Vielmehr sind die Anträge bisher, also seit jetzt doch wohl mehreren Jahren, überhaupt nicht beschieden worden. Dem Herrn Regierungspräsidenten ist es anscheinend nicht möglich[,] den Landrat von Grevenbroich [...] zur ordnungsgemäss[...]en Entscheidung über die Anträge zu veranlassen. Aus diesem Grunde müssen wir Sie bitten, nochmals im Ministerium vorzusprechen. Wir glauben, dass es sich hierbei um den typischen Fall einer Aufsichtsbeschwerde handelt. Wenn den Antragstellern ein Vermögensschaden erwachsen wäre, hätten wir längst zur Schadensersatzklage wegen Amtspflichtverletzung geraten. [...] Unter diesen Umständen gewinnt auch die dem Unterzeichneten durch einen Assessor des Landratsamts Grevenbroich persönlich abgegebene Erklärung, der Landrat stehe auf dem Standpunkt, dass Juden kein[e] Frontkämpferehrenkreuze bekommen sollten, die entscheidende Bedeutung. Vorher war einmal die Rede davon gewesen, die Ehrenkreuze könnten deswegen nicht verliehen werden, weil dies in seiner Wirkung auf die Bevölkerung die öffentliche Ruhe und Ordnung in Grevenbroich stören könne. Es handelt sich also durchaus nicht um etwa unrichtig entschiedene Einzelfälle, sondern um ein pflichtwidriges Verhalten des Landrats bzw. des zuständigen Beamten. Wir können uns nicht denken, dass das Ministerium unter diesen Umständen nicht eingreifen sollte.“¹⁵⁹

Goldschmidt reagierte umgehend. Ihm sei kein Fehler aus mangelndem Verständnis unterlaufen. Der Sachverhalt wäre im Reichsinnenministerium so, wie er es dargelegt habe, verstanden worden, wobei der beim Gesprächstermin ebenfalls anwesende Referent Kunze, so Goldschmidt weiter, eine nicht unwesentliche Ergänzung mithilfe des Ortschaftsverzeichnisses gemacht habe.¹⁶⁰ Der Fall Grevenbroich wurde in Berlin als eine Marginalie empfunden, die eine Intervention seitens der hohen Behörde ganz unverhältnismäßig erscheinen ließ und als unangebracht erachtet wurde.

Wie sich CV und RjF weiter verhielten und ob das empfohlene Verfahren der Einzeleingaben an den Regierungspräsidenten Erfolg zeigte, war nicht zu ermitteln.¹⁶¹ Aufgrund der Kombination aus dreister Arbeitsverweigerung und achselzuckender Preisgabe behördlicher Aufsichtspflichten sahen die Erfolgchancen wohl eher gering aus, zumindest solange Schmid stillhielt. Der CV hatte gewiss keinen Grund, sich wegen des glücklosen Verlaufs um die Frontkämpferehrenkreuze im Kreis Grevenbroich zu schämen. Dass er dies dennoch als Prestigefrage empfand, lag auch an seinem Anspruch, den Schikanen eines politisch handelnden Beamten legitime Grenzen weisen zu wollen. Dabei ging es nicht mehr um Auszeichnungen und Anerkennung, sondern schlicht um Selbstachtung angesichts des dreisten Verhaltens deutschchristlicher Entscheidungsträger, die sich weigerten, ihrer Dienstpflicht nachzukommen.

¹⁵⁹ Ebda., Frame 0823f.

¹⁶⁰ Vgl. ebda., Frame 0822.

¹⁶¹ Weder das Centrum Judaicum noch das Militärgeschichtliche Forschungsamt Potsdam noch das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, das Stadtarchiv Grevenbroich oder das Kreisarchiv Rhein-Kreis-Neuss verfügen über Material, das diesen speziellen Verweigerungsakt näher beleuchten könnte.

6.5 Doppelmitgliedschaft 1934

Die Überzeugung, das organisationsegoistische Interesse unter ein gesamtjüdisches unterordnen zu müssen, setzte sich selbst unter engen Verbündeten nur langsam durch. Denken und Verhalten der im Reichsbund organisierten jüdischen Frontsoldaten auf Reichs- und Ortsgruppenebene machte deutlich, dass die Idee, die die Reichsvertretung der deutschen Juden verkörperte, nicht von vornherein akzeptiert wurde. Die vom RjF entwickelten Fusionspläne der zersplitterten deutsch-jüdischen Organisationen wiesen eindringlich darauf hin. Besonders aber untergrub das Profilierungsgehabe des RjF, das in dieser Phase nachahmend einem soldatisch-männlichen Führerprinzip huldigte, die Autorität der Reichsvertretung. Dieses gruppenegoistische Verhalten tangierte auch den weiterhin selbstständigen CV, obwohl die einzelnen CV-Zentralen – die aufeinander abgestimmt waren – tendenziell wohlwollend auf den RjF reagierten. Schließlich teilte man mit ihm weiterhin den deutsch-jüdischen Gedanken, wengleich die Spielart des CV gemäßiger war. Eine Konfrontation zwischen RjF und CV wollten beide Organisationen vermeiden. Letztlich hätte sie die gemeinsamen Mitglieder zu einer Entscheidung für die eine oder andere Organisation gezwungen. Dieses Risiko ging der CV allerdings ein, als es um die Zionisten in seinen Reihen ging.

Am 25. Januar 1934 bat Brodnitz die Mitglieder des Präsidiums und des Beirats des Vereins, ihre Stellungnahmen über die sich seit dem Machtantritt der Nazis zum Problem ausweitende und deshalb neu zu klärende Frage der Doppelmitgliedschaft abzugeben. Schließlich sei

„mit dem Jahre 1933 [...] ein Wandel eingetreten. Es sind einzelne unserer Mitglieder unter dem Eindruck der Ereignisse der zionistischen Organisation beigetreten, es haben sich andererseits organisierte Zionisten dem C.V. angeschlossen. Wir haben die so entstandene Doppelmitgliedschaft stillschweigend geduldet. Wenn wir nach unserer Stellungnahme gefragt wurden, haben wir diese Doppelmitgliedschaft allerdings durchgehend als nicht wünschenswert bezeichnet und folgenden Standpunkt eingenommen: Bejahung und Mithilfe am Palästina-Aufbauwerk, die sich ohne weiteres mit der Zugehörigkeit zum C.V. vereinbaren lassen, können in erster Linie durch Beteiligung am Keren-Hajessod und anderen ausgesprochenen Palästina-Aktionen zum Ausdruck gebracht werden. Die Mitgliedschaft zur Zionistischen Vereinigung schliesst über diese bloße Bejahung des Palästina-Aufbaus hinaus den Anschluss an eine Weltanschauung ein, die von der Konzentrierung der gesamten jüdischen Zukunftshoffnung auf Palästina ihren Ausgang nimmt. Eine solche Weltanschauung ist bei aller Anerkennung der fluktuierenden Grenzen grundsätzlich mit dem C.V.-Gedanken nicht vereinbar. Die Doppelmitgliedschaft ist also zu dulden, aber wenn möglich zu vermeiden.“¹⁶²

Den Anlass zu dieser vertraulich zu behandelnden internen Aussprache bildete eine Verlautbarung, die zwei junge zionistische Sympathisanten in ihrer Funktion als Vorstandsmitglieder der Stuttgarter CV-Ortsgruppe, Geschäftszentrale des

¹⁶² HM2 8748, Osoby 721 I, Akte 2058, Frame 1070-1072, hier 1070f.

Landesverbandes Württemberg, an die Berliner Zentrale gerichtet hatten.¹⁶³ Brodnitz gab den Wortlaut wieder:

„Wir haben die Auffassung, dass nach den Ereignissen des Jahres 1933 die Einheitlichkeit des jüdischen Schicksals in Deutschland, und überhaupt in Geschichte und Gegenwart des Judentums, augenscheinlich geworden ist, und dass infolgedessen die ideologische Grundhaltung des deutschen Judentums in seiner grossen Mehrheit und insbesondere die der Jugend sich verschoben und [–] von extremen Ausnahmen abgesehen – vereinheitlicht hat, was sich wohl auch in dem schliesslichen Zustandekommen der Reichsvertretung dokumentiert. Wir glauben, dass sich dadurch auch die Grundhaltung des C.V., wenn er weiter Existenzberechtigung haben will und darf, verschieben und erweitern muss. Er müsste seine frühere Ideologie der Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum abändern, was er ja durch die Anerkennung der Andersartigkeit im Grunde schon getan hat, und überhaupt das Ideologische für absehbare Zeit zurückstellen. Umso mehr hat der C.V. in enger Anlehnung an die Reichsvertretung und in Zusammenarbeit mit den übrigen Organisationen den Kampf um wirtschaftliche, rechtliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu führen. Er könnte so vielleicht über alle Ideologien hinweg das Sammelbecken für alle deutschen Juden werden, auf der selbstverständlichen Grundlage einer eindeutig alles Jüdische bejahenden Stellung, die die Mitarbeit am Aufbauwerk in Palästina ebenso enthält, wie die Arbeit für die Juden auf deutschem Boden. Dann würde der C.V. aufhören, P a r t e i zu sein.“¹⁶⁴

Angesichts des Stuttgarter Drängens auf eine „grundsätzliche Entscheidung“¹⁶⁵ stellte Brodnitz zwei Fragen: „Können Zionisten Mitglieder des C.V. sein?“¹⁶⁶ und: „Können Zionisten Funktionäre des C.V. sein?“¹⁶⁷

Der Vereinsvorsitzende verneinte beides, denn er sah den CV auch künftig als „Vertreter der deutsch-jüdischen Idee“¹⁶⁸, somit als Gegengewicht zu den Zionisten. Freilich erkannte er unstreitig, dass das Streben nach Gleichheit und Gleichwertigkeit aufgrund der konstruierten sowie strapazierten ‚Ariereigenschaft‘ als Voraussetzung der Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft das Ende einer 120-jährigen liberalen Staatsidee war. Die „Situation“ wurde damit „schwieriger“¹⁶⁹, aber sie war nicht aussichtslos. Die Koalitionsregierungen in Berlin waren erfahrungsgemäß unstetig. Die staatsrechtliche Stellung der Juden harrete noch einer bindenden Entscheidung. Es machte folglich weiterhin Sinn, Rechtsschutzarbeit zu leisten und sich so den NS-Verdrängungsabsichten zu widersetzen. Aufgrund dieses eigensinnigen zivilen Ungehorsams negierte Brodnitz beide oben gestellten Fragen. Für ihn war die Vereinsresolution des Jahres 1913, die seinerzeit mit nur einer Gegenstimme Annahme gefunden hatte, weiterhin gültig. Zur Erinnerung: Sie basierte auf Paragraph 1 der Vereinssatzung, nach dem sich der CV unter strenger Neutralität verpflichtet hatte, alle

¹⁶³ Konkret handelte es sich bei den beiden um Werkleute, Mitglieder eines Jugendbundes, der sich 1932 von dem 1916 in Breslau gegründeten deutsch-jüdischen Wanderbund Kameraden abgespalten hatte, der seinerzeit unter anderem von Mitgliedern des dem CV nahestehenden studentisch-bürgerlichen Kartell Convents als Gegenbewegung gegen das Nationaljudentum gegründet worden war. Vgl. *Meier-Cronmeyer*, Teil II, 1969, S. 105.

¹⁶⁴ HM2 8748, Osoby 721 I, Akte 2058, Frame 1070-1072, hier 1071.

¹⁶⁵ Ebda.

¹⁶⁶ Ebda., Frame 1070.

¹⁶⁷ Ebda., Frame 1071.

¹⁶⁸ Ebda., Frame 1072.

¹⁶⁹ CVZ, Sammeln und Richtung nehmen, Nr. 28, 13. Juli 1933, S. 271.

deutschen Juden zu sammeln, um sie im Kampf um ihre gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung zu unterstützen und sie in ihrer deutschen Gesinnung zu bestärken. Aus diesem Anspruch ergab sich seine abgrenzende Haltung gegenüber den Zionisten, denn fortan forderte der CV von seinen

„Mitgliedern nicht mehr bloß die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten, sondern deutsche Gesinnung und die Betätigung dieser Gesinnung im bürgerlichen Leben. Wir wollen die deutsche Judenfrage nicht international lösen. Auf dem Boden des deutschen Vaterlandes wollen wir als Deutsche an deutscher Kultur mitarbeiten und dabei unserer durch unsere Religion und unsere Geschichte geheiligten Gemeinschaft treu bleiben. Soweit der deutsche Zionist danach strebt, den entrechteten Juden des Ostens eine gesicherte Heimstätte zu schaffen oder den Stolz des Juden auf seine Geschichte und seine Religion zu heben, ist er uns als Mitglied willkommen. [...] Von d e m Zionisten aber, der ein deutsches Nationalgefühl leugnet, sich als Gast im fremden Wirtsvolk und national n u r als Jude fühlt, müssen wir uns trennen.“¹⁷⁰

Der 30. Januar 1933 bedingte emotional keinen gravierenden Bruch. Im Gegenteil, „für viele“ lag geradezu „eine ungeheure Tragik in dem Schicksal [...], nicht an den Wirklichkeiten mitbauen zu können.“¹⁷¹ Das Bedürfnis, seine Pflicht gegenüber Staat und Volk zu erfüllen, war noch ebenso stark wie das Empfinden, in Deutschland daheim zu sein, auch wenn damit nur noch mehr schwindende zwischenmenschliche Wärme assoziiert werden konnte und der Staatsbürgerbegriff in den Hintergrund rückte. Die Verbundenheit mit deutschem Volkstum lag unantastbar auch außerhalb rechtlicher Bestimmungen. Eine Nivellierung der Anschauungen war zudem deshalb ausgeschlossen, weil der Ausschluss- und Vertreibungsprozess nicht alle Juden Deutschlands zur gleichen Zeit mit gleicher Intensität traf.

Es war der Wirtschaftsjurist Ernst Herzfeld, der diesen letzten Aspekt in seinen Ausführungen unterstrich. Die Behauptung der Stuttgarter war

„nicht richtig, dass die Einheitlichkeit des jüdischen Schicksals durch die Ereignisse des Jahres 1933 augenscheinlich geworden sei. Das ist eine viel zu breite und deshalb in dieser Allgemeinheit falsche Schlussfolgerung. Ebenso wenig trifft es zu, dass sich die ideologische Grundlage des deutschen Judentums vereinheitlicht habe. Das Zustandekommen der Reichsvertretung bezeugt das nicht. Damit ist vielmehr nur der gute Wille zur gemeinsamen Arbeit dargetan.

Den grundlegenden Unterschied zeigt die weitere These auch nicht, dass sich die Haltung des C.V. verschieben und erweitern müsse. Durch die Anerkennung der Andersartigkeit ist unsere Überzeugung, dass wir, wenn auch anderen Stammes, so doch Angehörige des deutschen Volkstums seien, nicht erschüttert. Richtig ist nur, dass wir im Dienste der Gemeinschaftsarbeit das Ideologische nicht so in den Vordergrund rücken, dass es als Sprengpulver wirkt. Wir wollen Gemeinschaftsarbeit leisten und uns nicht ohne Not auseinanderreden. Wir haben schon früher unser Judentum bejaht und tun das heute mit besonderem Nachdruck. Dieser Leitsatz hindert uns aber nicht, unsere deutsche Note nach wie vor beizubehalten und zu ihr zu stehen. Der C.V. verliert m. E. seine Daseinsberechtigung, wenn er aufhören würde, der Vertreter der deutsch-jüdischen Idee zu sein.“¹⁷²

¹⁷⁰ IDR, Hauptversammlung des Centralvereins, Nr. 5/6, Mai/Juni 1913, S. 246f.

¹⁷¹ CVZ, Sammeln und Richtung nehmen, Nr. 28, 13. Juli 1933, S. 271.

¹⁷² Herzfeld an Brodnitz am 30. Januar 1934. HM2 8748, Osoby 721 1, Akte 2058, Frame 1060f., hier 1061.

Herzfeld räumte ein, die 1913er-Resolution „würde vielleicht heute ein wenig anders gefasst werden; inhaltlich geändert würde sie aber bei einer Erörterung im breiteren Kreise sicherlich nicht.“¹⁷³ Seiner Meinung nach schließe die „Bejahung des Palästinaaufbaus“ nicht zwangsläufig „das Bekenntnis zur nationaljüdischen Weltanschauung“¹⁷⁴ ein, weshalb auch keinem organisierten Zionisten die Mitgliedschaft im CV verweigert werden dürfe. Die Möglichkeit der Übernahme leitender Funktionen im CV durch Zionisten war dagegen auszuschließen, „weil es der herrschenden Auffassung unserer Mitglieder widerspricht und geeignet wäre, in die eigenen Reihen Verwirrung zu tragen.“¹⁷⁵

Die feine Unterscheidung zwischen nationaler und philanthropischer Gesinnung, die Herzfeld bezüglich der Frage der Doppelmitgliedschaft vorgenommen hatte, war nicht neu. Ansatzweise teilte sie sogar ein Karl Löwenstein. Sein Sozium, war zugleich Schekelzahler und CV-Mitglied, wobei dieser sich als Deutscher empfand. Für Löwenstein war auch

„interessant, von der mir sehr gut bekannten Schwester von Chaim Weizmann, die seit 10 Jahren in Palästina wohnt, zu hören, daß sie den übertriebenen jüdischen Nationalismus der deutschen Zionisten nur belächelt, und mir erklärte, daß sie, obgleich sie seit mehr als 1 Jahrzehnt in Palästina wohnt, sich zum mindesten noch zu 40% als Russin fühle.“¹⁷⁶

Diese Beispiele bestätigten dem Aachener, dass die Prägung durch das Geburtsland nicht durch einen noch sehr abstrakten jüdischen Nationalismus substituierbar war, der für Löwenstein auch deshalb ein Geheimnis bleiben musste. Für ihn selbst gab es nur ein klares Entweder-Oder, weshalb er die Mitgliedschaft von Zionisten im CV auch nicht guthieß. Für die Organisation hätte die Doppelmitgliedschaft ohnehin keinen Nutzen gehabt, denn „die Zahl von Zionisten, die zu uns kommen, würde außerordentlich gering sein.“¹⁷⁷ Um Aachen herum wurde diese Auffassung vielfach geteilt. Rigide schloss Löwenstein die Möglichkeit aus, Zionisten als Funktionäre im CV zuzulassen. Denn damit verlangten „die beiden Werkleute [...] nicht nur einen Kompromiß in der CV-Idee, sondern die Aufgabe der Grundlage des CV. Das ist selbstverständlich ausgeschlossen.“¹⁷⁸ Die Reichsvertretung wiederum blieb Löwenstein eine reine „Zweckvereinigung.“¹⁷⁹ Er ging gedanklich sogar weiter als Herzfeld und forderte für die RV den Heimvorteil ein, ähnlich wie seinerzeit im Zuge der Erweiterung der Jewish Agency die Zionisten von den Mitgliedern verlangten, „sich für

¹⁷³ Ebda., Frame 1060.

¹⁷⁴ Ebda.

¹⁷⁵ Ebda.

¹⁷⁶ Löwenstein an die Zentrale in Berlin am 26. Januar 1934. HM2 8748, Osoby 721 I, Akte 2058, Frame 1066f., hier 1066.

¹⁷⁷ Ebda.

¹⁷⁸ Ebda., Frame 1067. Noch im Juni 1935 konnte Reichmann-Jungmann der Ortsgruppe Königsberg, Ostpreußen, melden: „Wie uns von führenden Zionisten ausdrücklich versichert wurde, wünscht man auf zionistischer Seite nicht, dass der Schekel von Nichtzionisten erworben wird. So sehr man eine Unterstützung anderer Fonds insbesondere des Keren Hajessod durch Nichtzionisten für wünschenswert und erforderlich hält, verwahrt man sich im Interesse der politischen Sauberkeit ausdrücklich dagegen, dass der Schekel, dessen Erwerb das Bekenntnis zum politischen Zionismus ausdrücklich beinhaltet, von Nichtzionisten [...] getätigt [sic] wird. Sie können also in diesem Sinne aufklärend wirken.“ HM2 8742, Osoby 721 I, Akte 1895, Frame 1216.

¹⁷⁹ Löwenstein an die Zentrale in Berlin am 26. Januar 1934. Ebda., Frame 1066f., hier 1066.

Palästina mit dem nationaljüdischen Aufbau einverstanden“¹⁸⁰ zu erklären. Da das geografische Aufgabengebiet der RV Deutschland sei, solle sie personell so eingestellt werden,

„daß keines der Mitglieder sich in irgendeiner Form mit einer Fremdstellung der deutschen Juden einverstanden erklären könnte und daß alle Mitglieder der Reichsvertretung freudig auf eine 2. Emanzipation hinarbeiten sollten.“¹⁸¹

Dabei sollte der CV im Rahmen der Rechtsschutzarbeit innerhalb der RV neutral und zweckorientiert arbeiten. Als Bewegung aber müsste der Verein weiterhin die deutsch-jüdische Ideologie vertreten und möglichst propagieren, denn der Verein „hat nach dieser Richtung auch Erziehungsaufgaben im deutschen Judentum“¹⁸² zu erfüllen.

Im sich im Gleichschaltungsprozess befindenden NS-Staat propagierte Löwenstein den Ausschließlichkeitsanspruch der CV-Idee und damit die traditionelle weltanschauliche Heterogenität der jüdischen Parteienlandschaft.

Dieselbe Meinung vertrat der Krefelder Kurt Alexander, dem die klare CV-Position sogar noch wichtiger wurde als zu Zeiten der Keren-Hajessod-Debatte respektive der über die EJA. Seine Beweggründe waren nicht nur der eigenen Glaubwürdigkeit und der Notwendigkeit des organisatorischen Fortbestandes des Vereins gezollt; Alexander war von der Notwendigkeit überzeugt, den CV als Gegenbewegung zum Zionismus festigen zu müssen, nachdem

„selbst in einer Gemeinde wie Krefeld, in der der Zionismus kaum Fuss fassen konnte, und in der bis vor wenigen Wochen nicht einmal eine zionistische Ortsgruppe bestanden hat, die Zahl [der] Anhänger [wächst]. Menschen, die zu unseren treuesten Anhängern gehört haben, werden schwankend.“¹⁸³

Mit den Zeitumständen büßte der Verein die Selbstverständlichkeit ein, mit der seine Mitglieder ihm vormals die Treue gehalten hatten. Diese widerstandsfähig gegen den zionistischen Einfluss zu machen war Alexanders Anliegen. Ihm machten also weniger die Zionisten Sorgen, die im CV zu finden waren, als vielmehr die CVer, die ihre Grundsatztreue umstandshalber verloren. In seiner Stellungnahme zeigte sich Alexander deshalb gerade jenen Abtrünnigen gegenüber kompromisslos, auch wenn

„[w]ir [...] gewiss keine Gesinnungsschnüffelei treiben [dürfen], aber wir haben auf der anderen Seite unsere grundsätzliche Weltanschauung gerade in der heutigen Zeit sauber zu halten. Wenn unter dem Einfluss der Ereignisse Mitglieder der Zionistischen Vereinigung beigetreten sind, so haben sie damit bekundet, dass sie den Boden unserer Weltanschauung verlassen haben. Unsere Arbeit kann sich aber nur auf eine Mitgliedschaft stützen, die eine bestimmte, eindeutige und klare Weltanschauung hat. Bejahung und Unterstützung des Palästina-Aufbauwerkes sind auch von dem Boden unserer Weltanschauung aus zu vertreten. Zu dieser Bejahung und zu dieser Unterstützung ist nicht die Mitgliedschaft bei der Zionistischen Vereinigung erforderlich. Diese Mitgliedschaft bedingt vielmehr eine Weltanschauung, die von der unsrigen grundverschieden ist. Wenn die Zionistische Vereinigung bei ihren Mitgliedern unklare

¹⁸⁰ Ebda.

¹⁸¹ Ebda.

¹⁸² Ebda.

¹⁸³ Kurt Alexander am 27. Februar 1934 an Hirschberg. Ebda., Akte 2065, Frame 0895.

Weltanschauung duldet, so ist das ihre Sache; wir können derartige Unklarheiten und Halbheiten heute noch weniger denn früher gebrauchen.“¹⁸⁴

Quasi als letzte Chance wollte Alexander den Versuch starten, in diesem Sinne die „bisherige[n] Freunde [...] zu belehren [...] Führt diese Belehrung nicht zum Erfolg, so müssen die Mitglieder und wir die Konsequenzen ziehen.“¹⁸⁵ Der antizionistische Aufklärungsfeldzug, den der Krefelder forderte, gehörte hingegen nur zu Teilen zur Praxis des Vereins. Schon im August 1933 wurde das Mitglied Eugen Michalowski aus Köln von der Berliner Zentrale für die psychologischen Folgen eines solchen Unternehmens sensibilisiert, denn

„letzten Endes darf man nicht vergessen, daß in der großen Hoffnungslosigkeit, die uns umgibt, augenblicklich Palästina für viele Menschen die ‚letzte Hoffnung‘ bedeutet und daß man eine große Anzahl von Juden gerade zur Verzweiflung treiben würde, wenn man ihnen noch diesen Ausweg als in Wirklichkeit nicht existierend zeigen würde.“¹⁸⁶

Eine klare Grenzziehung scheiterte auch an der eigendynamischen Entwicklung an der Basis und ihren besonderen Bedingungen. Als etwa in Jülich im Februar 1935 die CV-Ortsgruppe zum Vortrag ‚Für unseren Arbeits- und Lebensraum‘ lud, hieß es im Bericht an die Hauptgeschäftsstelle, die meisten der anwesenden Herren seien eingeschriebene Mitglieder der ZVfD gewesen:

„Die Gemeinde Jülich ist deshalb besonders stark zionistisch, weil viele Angehörige der jüdischen Familien nach Palästina ausgewandert sind. Der Redner hatte den Eindruck, dass gegenüber dem C.V. in zionistischen Kreisen eine fanatische Gegnerschaft vorhanden sei. Wenn man auch die rein juristisch-wirtschaftliche Arbeit des C.V. anerkennt, so ist man doch nicht geneigt, den C.V. aktiv zu unterstützen, obgleich man ganz genau weiss, dass die Arbeit des C.V. jedem Juden in Deutschland zugute kommt. Der zionistische Einfluss in Jülich ist so stark, dass unsere C.V.[-]Mitglieder ausser dem C.V.[-]Beitrag auch der Z.V.[f]D. Beiträge leisten. Es wird einer intensiven Bearbeitung der Ortsgruppe Jülich bedürfen, um den C.V. [-]Gedanken in Jülich selbst hoch zu halten. [...] Um die Arbeit des C.V. in Jülich zu fördern, haben wir unserem Vorsitzenden Alex Hertz, der schon ein älterer Herr ist, eine jüngere Kraft, den Dentisten Michael Schnitzler, zur Seite gestellt. Dieser ist ein begeisterter C.V.er und wird sich hoffentlich stärker als vorher in Jülich durchsetzen.“¹⁸⁷

Doch weder der zionistischen Konjunktur noch dem Fluchttrieb seiner Mitglieder hatten die verbleibenden deutsch-jüdischen Idealisten Entsprechendes entgegenzusetzen.

Die ZVfD verzeichnete bis 1936 teils beachtliche Mitgliederzuwächse selbst in vormals eindeutig deutsch-jüdisch gesinnten CV-Ortsgruppen. Ihr rheinisch-westfälischer

¹⁸⁴ Alexander an die Berliner Zentrale am 29. Januar 1934. Ebda., Akte 2058, Frame 1064f.

¹⁸⁵ Ebda., Frame 1065. Die Reaktion vom 25. Juni 1934 aus der Ortsgruppe Chemnitz war dagegen unentschiedener. Nach der dortigen Auffassung, die auch Vertreter von Georg Mecklenburg teilten, bot die Resolution des Jahres 1913 formal-rechtlich die Möglichkeit der Mitgliedschaft organisierter Zionisten. Ein Ausschlussverfahren sei hingegen lediglich „von einer gewissen Stärke“ der nationaljüdischen Gesinnung des Mitgliedes abhängig. Davon abgesehen dürfe jedoch eine Doppelmitgliedschaft grundsätzlich nicht unterbunden werden, auch wenn sie „inhaltlich widerspruchsvoll und vielleicht sogar abwegig sein“ mochte. Auf die Frage der Übernahme von Funktionärsposten im CV durch Zionisten ging das Schreiben überhaupt nicht ein. Ebda., Frame 1031.

¹⁸⁶ Eva Reichmann-Jungmann, Berlin, an Michalowski am 30. August 1933. HM2 8749, Osoby 721 I, Akte 2094, Frame 0010-0012, hier 0011.

¹⁸⁷ HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 247, Frame 0579.

Gruppenverband war in jenem Jahr – hinter Berlin-Brandenburg – der zweitstärkste der insgesamt zwölf Verbände im Reich:

Stadt	Stand 1925 ¹⁸⁸	Stand 1936 ¹⁸⁹
Aachen	45	57
Bochum	31	87
Bonn	25	196
Dortmund	33	204
Duisburg	29	90
Düsseldorf	99	361
Essen	79	190
Köln	220	550
Mönchen-Gladbach	10	85
Münster	27	75
Trier	50	78

Die Anfang 1934 geführte Aussprache über die Doppelmitgliedschaft hatte zu keinem Zeitpunkt praktische Folgen: Weder die in zwei unterschiedliche Vereinskassen einzahlenden Mitglieder noch die beiden ‚CV-Zionisten‘ in der Stuttgarter Geschäftsstelle wurden zum Austritt aufgefordert, wie Löwenstein und Alexander es gefordert hatten. Es gab auch keinen entsprechenden Beschluss.¹⁹⁰ Insofern war die Debatte eher Ausdruck des Ärgers über den Verlust der ideologischen Überlegenheit sowie der Sorge um den organisatorischen Bestand.

6.6 Ausharren 1933–1935

Die für die Praxis folgenlos gebliebene Diskussion um die Doppelmitgliedschaft hing eng mit der Forderung nach weltanschaulicher Geschlossenheit zusammen, die Karl Löwenstein im Juli 1933 besonders mit Blick auf die wachsende Zahl der Jugendlichen erhoben hatte, die ihre Zukunftschancen auch in Palästina finden mussten oder ganz bewusst finden wollten. Seiner Ansicht nach sollte der CV aber dieser Entwicklung entgegenarbeiten und weiterhin „den Emanzipationsgedanken durchführen und pflegen. Er muß daher die Jugend nicht zur Auswanderung, sondern zum Leben auf deutschem Boden erziehen.“¹⁹¹ Unterdessen hielt sich die offizielle Vereinspolitik mit jeglicher

¹⁸⁸ Dem statistischen Anhang des Berichts über den 21. Delegiertentag der ZVfD in Erfurt entnommen. HM2 8748, Osoby 721, Akte 2054, Frame 0321.

¹⁸⁹ Verzeichnis der Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften nebst Mitgliederzahlen. Stand 31. März 1936. Bundesarchiv, Bestand Z/B1 582.

¹⁹⁰ Vgl. die abschriftliche Stellungnahme aus Berlin an Werner Cahnmann, München, vom Juni 1937. HM2 8748, Osoby 721 I, Akte 2066, Frame 0965. Auch die ZVfD hatte eine entsprechende Beschlussfassung vermieden. Vgl. ebda., Frame 0974.

Plaut hatte am 4. Juni 1937 Berlin darüber informiert, dass er nach Rücksprache mit seinem Chef Krombach Rechtsanwalt Dr. Westfeld, dem Vorsitzender der Zionistischen Ortsgruppe Essen, die Mitgliedschaft angeboten hatte. Westfeld war in CV-Kreisen als moderat bekannt, tauschte sich zuweilen auch in den Beratungsstunden mit den CV-Mitarbeitern aus und förderte die Vereinsarbeit durch finanzielle Zuwendungen, obwohl er selbst kein Mitglied war. Westfeld hatte im Mai 1937 das Angebot angenommen, „gerne, ja herzlich gern“ mitzuwirken „an der Befriedung der innerjüdischen Spannung.“ Ebda., Frame 0957.

¹⁹¹ HM2 8728, Osoby 721 I, Akte 1512, Frame 1200.

Polemik gegen die Palästinaabesiedlung zurück. Mittlerweile litt man im CV unter dem alten Image, denn seine Aktiven waren durch ihre

„dem Aufbauwerke immer ausserordentlich kritisch gegenüberstehende Vergangenheit mit dem Odium behaftet, Feinde der Palästinasiedlung zu sein. [...] Wir sind also der Ansicht, daß wir zunächst erweisen müssen, daß wir grundsätzlich positiv zu Palästina stehen, wobei unsere ideologische Stellungnahme, die in erster Linie auf die Existenzsicherung der Juden in Deutschland gerichtet ist, unberührt bleibt. Erst wenn man in uns den anders gerichteten Freund, aber nicht mehr den Gegner sieht, werden wir berechtigt und in der Lage sein, fruchtbare und aufbauende Kritik wiederum zu leisten.“¹⁹²

Sich an diesen Aussagen orientierend, erhielt ein gewisser Kurt Neugarten aus Dortmund-Hörde am 14. Juli 1933 den Rat:

„Es ist kein Mangel an Einfühlungsvermögen in Ihre Lage, die uns veranlasst, Ihnen zu raten, wenn sie irgend können in Deutschland zu bleiben. Sollte auch nur noch eine ganz bescheidene Existenzmöglichkeit für Sie im elterlichen Schuhgeschäft bestehen, so wäre es das Falscheste, was Sie tun können, wenn Sie diese Existenz zu Gunsten einer ausserordentlich ungewissen und höchst aussichtslosen Zukunft im Ausland aufgeben wollten. Gerade im kaufmännischen Beruf sind die Möglichkeiten besonders ungünstig. Sollten Sie durchaus nicht in Ihrer jetzigen Tätigkeit bleiben wollen, so würden wir Ihnen dringend raten, vorher einen anderen[,] möglichst landwirtschaftlichen oder handwerklichen Beruf zu ergreifen.“¹⁹³

In der Frage, ob man ausharren oder auswandern sollte, bewegte sich der CV zwischen Idee und Wirklichkeit. Dabei war die oben dargestellte Art der Beratung typisch: Sie kam der sachlichen Informationspflicht nach. Neugarten wurde zudem auf die für ihn zuständigen Beratungsstellen in Gelsenkirchen und Oberhausen hingewiesen. Glaubhaft wirkt ferner das Einfühlungsvermögen, während man zugleich zur Achtsamkeit mahnte und Handlungsalternativen aufzeigte, um letztlich die Entscheidung dem Rat Suchenden zu überlassen. Der Standpunkt des Vereins wurde aber unmissverständlich deutlich gemacht. Zuweilen gingen die CV-Mitarbeiter sogar so weit, unverblümt vor der Auswanderung generell und insbesondere nach Palästina zu warnen. Am 16. August 1933 etwa gab Eva Reichmann-Jungmann an Kurt Rosenstock aus Wuppertal-Elberfeld den Rat:

„Grundsätzlich ist vor einer Auswanderung nach Frankreich [Frankreich wurde von ihrer handschriftlich durchgestrichen und durch „Palästina“ ersetzt] auf das dringendste zu warnen. Das Elend der dortigen Emigranten ist ungeheuer groß. Die Aussichten unterzukommen, wenn man nicht über glänzende Beziehungen oder über handwerkliche bzw. landwirtschaftliche Kenntnisse verfügt, [sind] äusserst gering.“¹⁹⁴

Der CV war fraglos von besten, verantwortungsvollen Absichten geleitet. Dennoch ist sein Verhalten problematisch. Er hätte die ihm zur Verfügung stehenden Informationen

¹⁹² Reichmann-Jungmann an Michalowski in Köln am 30. August 1933. HM2 8749, Osoby 721 I, Akte 2094, Frame 0011f.

¹⁹³ Reichmann-Jungmann an Neugarten am 14. Juli 1933. Ebda., Frame 0041.

Im November 1934 hieß es aus der Berliner Zentrale, der CV unterstütze nun die verpönte kaufmännische Berufsausbildung gegenüber der ausschließlich auf das Handwerk und die Landwirtschaft gerichteten Umschulung, die „nur zur Abwanderung junger Menschen führt.“ HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 242, Frame 2498.

¹⁹⁴ HM2 8749, Osoby 721 I, Akte 2094, Frame 0148.

kommentarlos verteilen können. Aber seine kritisch-warnende Haltung insbesondere gegenüber einer Auswanderung nach Palästina war zu diesem frühen Zeitpunkt der Kanzlerschaft Hitlers weiterhin politisch motiviert. Der CV wollte nicht nur die Hilfe Suchenden vor emotionalen, sprachlichen, finanziellen und rechtlichen Hürden einer Auswanderung schützend warnen. Er favorisierte Deutschland vor Palästina sowie anderen Staaten mit dem Nebeneffekt, seine eigene Position zu halten. In vielen Fällen war aber die Förderung des deutsch-jüdischen Gemeinschaftssinns und die sie flankierende juristisch-wirtschaftliche Arbeit zum Erhalt der bestehenden Existenzen nicht mehr möglich. Im Juli 1933 wandte sich etwa Herbert Beitowitz, wohnhaft in Köln, an den CV und bat dringend um Beratung. Obwohl der Verein nicht für die Stellenvermittlung zuständig war – diese wurde von der Vereinigten Zentrale für jüdische Arbeitsnachweise, Berlin-Charlottenburg, koordiniert¹⁹⁵ – stellte sich der 27-jährige, ursprünglich aus Ostpreußen stammende Binnenwanderer vor: Kerngesund sei er, auf dem Land groß geworden, zu jeder körperlichen Arbeit fähig. Er verfüge über ein sicheres Auftreten, sei von Beruf Verkäufer, Dekorateur und Plakatschneider der Herrenkonfektionsbranche und schloss nicht ohne Verzweiflung: „Es ist mir gleich in welchem Lande [...] Arbeit!“¹⁹⁶

Bevor Arbeitslosigkeit und fehlende Zukunftsaussichten in paralyisierende Depression umschlagen konnten, war der CV wegen seiner Durchhalteparolen in die Pflicht genommen. Beitowitz war dabei nur einer von vielen. „Arierparagraf“, Boykott, Verweigerung der Ausstellung von Konzessionen und andere Schikanen verringerten bei aller Flexibilität vieler Arbeit Suchenden die Möglichkeiten, sich selbst ein sei es auch noch so bescheidenes Auskommen in Deutschland zu erarbeiten.¹⁹⁷ Wie eng der Handlungsspielraum des Vereins in Bezug auf seine arbeitsvermittelnden Unternehmungen in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für Jüdische Wirtschaftshilfe sein konnte, zeigte sich krass für Köln im Januar 1934, als Rudolf Callmann vorschlug, Tüten nicht von Häftlingen, sondern von jüdischen Kleberinnen herstellen zu lassen.¹⁹⁸

¹⁹⁵ Vgl. HM2 8746, Osoby 721 I, Akte 1971, Frame 0639.

¹⁹⁶ HM2 8752, Osoby 721 I, Akte 2142, Frame 0282.

¹⁹⁷ Die Moskauer Akten beschreiben sehr viele Fälle, in denen der CV versuchte, Menschen in Lohn und Brot zu bringen. Angesichts der Arbeitsmarktsituation für Juden sei hier nur auf den Fall Herbert Bergmann aus Erfurt verwiesen, der sich an der Wende 1935/1936 deutschlandweit als Tuchfärber anbot. Da es kein Branchenverzeichnis gab, das Auskunft über die noch bestehenden jüdischen Färbereien im Reich hätte geben können, wandte sich die CV-Zentrale wegen Bergmann an den rheinisch-westfälischen Verband, da sich in dessen Gebiet eines der (jüdischen) Zentren der Textilindustrie in Deutschland überhaupt befand. Die Essener Geschäftsstelle wandte sich wiederum an ihre Ortsgruppe Mönchen-Gladbach. Dank dieser Informationskette erfuhr Bergmann, dass er sich noch bei der Färberei Mannheimer Cordausrüstung in Mönchen-Gladbach bewerben konnte. Weitere Möglichkeiten mochten die verbliebenen Tuchfabriken eröffnen, die im Nebenbetrieb Färbereien hatten, so die Firmen Hanf & Kaufmann AG oder Klein & Vogel AG – beide in Mönchen-Gladbach ansässig. Entsprechendes galt für die Rheydter Firma Hertz & Stern. Wenn auch das zum linksrheinischen Verband gehörende Krefeld nicht genannt wurde, hätte sich Bergmann ebenso dorthin wie an einige Aachener Fabriken wenden können, deren jüdische Inhaber noch in der Lage waren, die Produktion aufrechtzuerhalten. Vgl. HM2 8752, Osoby 721 I, Akte 2142, Frame 0303, 0305.

¹⁹⁸ Vgl. HM2 8790, Osoby 721 I, Akte 2918, Frame 1528. Bis inklusive Frame 1554 finden sich Hinweise darauf, wie die Papierwarenfabrik und Großdruckerei Julius Cramer im Kölner Stadtteil Ehrenfeld zu diesem Zweck Subventionen von der Synagogengemeinde, dem Israelitischen Frauenverein, dem Jüdischen Frauenbund sowie der Bnei Brith-Schwesternloge im Rheinland erhielt. Ein ähnliches Projekt lief zeitgleich auch noch in Königsberg.

Verständnis für die Palästina-Wanderung war demnach das Mindeste, das der CV aufzubringen hatte, zumal der Palästina-Begriff seine frühere provokative, jüdischnationale Konnotation für viele im Verein deshalb verloren hatte, weil sich mit der Landnahme Berufschancen und Zukunftsaussichten verknüpften. Die Situation in Deutschland selbst forderte den CV ungleich stärker, weil hier die Möglichkeiten von dem schwer kalkulierbaren „Wille[n] des nationalsozialistischen Gesetzgebers“ abhängen, der

„eindeutig bestimmt, daß die Juden aus der ‚Repräsentanz der Nation‘ ausgeschaltet sein sollen und daß sie zunächst in stark vermindertem, später in noch stärker reglementiertem Maße gewisse akademische Berufe bekleiden dürfen; der Weg aufs Land ist durch den Grundsatz von Blut und Scholle noch enger geworden. Deutlicher als damals [Anfang 1933] freilich ist sichtbar, daß die inneren Gesetze der Wirtschaft den wirtschaftsfremden Arierparagraphen nicht gesetzgeberisch Fuß fassen lassen. Ganz im Gegenteil ist bei den für diese Gebiete federführenden Ministerien beim Wirtschafts- und Arbeitsministerium, soweit öffentliche Hand und öffentlicher Einfluß in Frage kommen, die prinzipielle Ablehnung des Arierparagraphen in der Wirtschaft festzustellen. Hier liegen die Grenzen, aber auch die Möglichkeiten und Aussichten des deutschen Judentums.“¹⁹⁹

Im CV machte man die Erfahrung, dass Profitdenken dem NS-Gesetzgeber Einhalt gebieten konnte²⁰⁰, weshalb

„[e]ine Fülle befriedigender Ergebnisse auf diesem Gebiete [...] zu verzeichnen [ist]. Aber letzten Endes betrachten wir das deutsche Judentum nicht als eine Liquidationsangelegenheit. Altbeamtenparagraph, Frontkämpferberechtigung und Sicherung der bestehenden Existenzen sind ja letzten Endes nur Liquidationsgesichtspunkte. Auf die Einordnung des deutschen Judentums in den Aufbau des neuen Staates nach den allgemeinen Prinzipien der neuen Staats- und Wirtschaftsauffassung, ohne Minderung unseres Einordnungswertes durch unser Jüdissein, kommt es an. [...] Eine gesündere Struktur des gesamten deutschen Volkes, die der Nationalsozialismus anstrebt, würde auch die schon längst von einsichtiger jüdischer Seite als notwendig erkannte Umschichtung des deutschen Judentums zwangsläufig mit sich bringen – wenn eben wir als g l e i c h b e r e c h t i g t e Objekte von der formenden Idee und ordnenden Praxis ergriffen würden. Von der Verwirklichung dieser Voraussetzung hängt die Zukunft des deutschen Judentums ab.“²⁰¹

Diese Zukunft schien nicht endlich zu sein:

„Unser Selbsterhaltungstrieb, unser an das Ueberblicken großer geschichtlicher Zeiträume gewöhntes Denken und unser Vertrauen auf die organische Entwicklung Deutschlands nach der Konsolidierung des Nationalsozialismus lassen uns eine Vorstellung ablehnen, daß etwa ein deutsches Judentum ohne Nachwuchs ein dürftiges Dasein in zwangsläufig ungesunder Struktur neben dem Weg des deutschen Volkes in zukunftsloses Später gehen muß.“²⁰²

Nur dann würde die jüdische Gemeinschaft in Deutschland nicht verkümmern, wenn an der „Idee der Synthese von Judentum und Umwelt“ festgehalten werde, weil die Juden

¹⁹⁹ CVZ, Idee und Arbeit am Jahresbeginn, Nr. 2, 11. Januar 1934, unpaginiert.

²⁰⁰ Siehe auch den Hinweis hinsichtlich der durch die Auswanderung bedingten Steuerausfälle in: CVZ, Reichsfinanzminister und Reichsfinanzhof über die Auswanderung von Nichtariern, Nr. 5, 1. Februar 1934, unpaginiert.

²⁰¹ CVZ, Idee und Arbeit am Jahresbeginn, Nr. 2, 11. Januar 1934, unpaginiert.

²⁰² Ebda.

weiterhin „keine nationale Gemeinschaft“ formten, „die nur zentral um ein Land denkbar ist.“²⁰³ Der Diasporagedanke blieb entscheidend, auch wenn der deutsche Nationalstaatsgedanke, der zuvor mit deutscher Heimat deckungsgleich gewesen war, durch die Aberkennung der Gleichwertigkeit und der Aberkennung der rechtlichen Gleichberechtigung erschüttert war:

„Der deutsche Jude kann nicht, wenn er wahr sein will, n u r Jude sein. Ich [Kurt Alexander] weiß nicht, ob es überhaupt möglich ist, in einem ‚Nur-Judentum‘ zu leben, vielleicht einmal in Palästina, sicherlich nicht in all den Ländern, in denen Juden verwurzelt sind, und ganz bestimmt nicht in Deutschland, wo die Berührung des Juden mit der Kultur seiner Umwelt und die Durchsetzung des Juden durch sie eine außerordentlich innige gewesen ist. Die Synthese zwischen Glaube und Heimat ist gewiß keine einfache Lösung. Und sicherlich nicht in einem Augenblick, in dem die Heimat nicht mit Liebe entgegenkommt. Aber wir können nur leben, wir können nur kraftvolle und blutvolle Menschen sein, wenn wir uns nicht lösen von dem Boden, auf dem wir stehen. [...] Wir werden nur wahrhafte deutsche Juden, wenn wir g l a u b e n, d. h. wenn wir uns mit unserer ganzen Persönlichkeit bekennen zu unserem Glauben und zu unserer Heimat. [...] Muß man dies noch aussprechen in einer Zeit, in der offenbar ist, daß alles Materielle flüchtig ist und daß die Persönlichkeit nur bleibenden Wert hat? Ja, man muß es aussprechen. [...] Das Erlebnis der Heimat ist ein inneres Erlebnis, das unabhängig ist von äußeren Beeindruckungen.“²⁰⁴

Solange zudem die Gleichberechtigung noch rechtlich verbrieft war, konnte der CV „ein wertbewußtes Judentum in lebendiger Verknüpfung mit deutscher Geschichte, deutschem Land, deutscher Zukunft“²⁰⁵ anstreben, da die Diskriminierungen, die sich anfangs ‚lediglich‘ gegen Juden einzelner Berufsgruppen richteten, noch beeinflussbar und damit vielleicht auch abwendbar zu sein schienen.

Zu den vielen „äußeren Beeindruckungen“, die Alexander oben angedeutet hatte, zählten unterdessen auch die Einschnitte in die Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit. Der CV war alarmiert, als die willkürliche Praxis bei der Ausstellung von Reisepässen keine Einzelercheinung mehr war. Aus Dortmund hieß es:

„Ein hiesiger Nichtarier beantragte die Ausstellung [...] Gestern kam ein Beamter des Polizeipräsidioms und sagte ihm: ‚Weshalb wollen Sie den Pass, wahrscheinlich um Hetzreden im Auslande zu halten und draussen Flugblätter zu drucken‘.“²⁰⁶

In Hamm an der Sieg hatte die Schikane bereits System, nachdem

„am 20. Dezember einem jüdischen Bürger und dessen Familie die Reisepässe mit der Begründung entzogen wurden, es läge eine Verordnung vor, nach der Juden, Kommunisten und Sozialdemokraten die Pässe entzogen werden müssen. Einige Tage später wurde auch den übrigen jüdischen Familien in Hamm die Pässe entzogen und der Vermerk ‚Ausland‘ durchgestrichen.“²⁰⁷

²⁰³ Ebda.

²⁰⁴ CVZ, Die Aussprache. Betrachtungen über Gegenwart und Zukunft des deutschen Judentums. Wanderer zum Licht, Nr. 9, 1. März 1934, unpaginiert.

²⁰⁵ CVZ, Idee und Arbeit am Jahresbeginn, Nr. 2, 11. Januar 1934, unpaginiert.

²⁰⁶ Berlin an die Reichsvertretung am 15. Februar 1934. HM2 8749, Osoby 721 I, Akte 2095, Frame 0973.

²⁰⁷ Ebda.

Diese Maßnahme lag aufgrund fehlender Rechtsgrundlage außerhalb der Befugnisse polizeilichen Handelns.²⁰⁸ Zur Begründung wurde das Argument der so genannten Greuelhetze gegen Deutschland angeführt, das den Anschein der Legalität lieferte und das Vorgehen der Polizei rechtfertigte, die so ihre quasi präventiven Aufgaben zum Zweck der Gefahrenabwehr zu erfüllen schien. Mit diesen lokalen Sondermaßnahmen wurden ein- und ausreisewillige deutsche Juden in die Nähe von Straftätern gerückt und gegen ihren Willen buchstäblich festgesetzt. Der CV scheute sich dennoch davor, eine Beschwerde an die zuständigen Landräte zu richten. Da „in Paßangelegenheiten jeder Fall anders liegt und die Praxis keine einheitliche ist“²⁰⁹, wären überaus verwickelte Rechtsmaßnahmen unvermeidlich gewesen.

Diese letzte Feststellung traf auch auf die Rückwanderer zu, die 1933 teils fieberhaft die Flucht ergriffen hatten, zumal das westeuropäische Ausland vom Rheinland aus gesehen nur einen Katzensprung entfernt war.²¹⁰ Die CV-Mitarbeiter waren anfangs arglos hilfreich auch bei der Klärung der in diesen Fällen relevanten staatsbürger-, devisen- und steuerrechtlicher Fragen.²¹¹ Die eigentliche Hürde bildeten aber die Staatspolizeistellen, die genehmigungsberechtigt waren. Nach einem Schreiben vom 11. März 1935 an die Zentrale war Plaut überrascht angesichts der bis dahin ihm nicht bekannten Praxis der Inhaftierung von Rückwanderern in so genannte Schulungslager. Aktuell betroffen war ein von Koppel in Dortmund vertretenes Ehepaar, dessen „Auswanderung und Rückkehr [...] völlig legal erfolgt“²¹² waren.

Nach einer Aktennotiz vom folgenden Tag hatte mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Mitarbeiter der Reichsvertretung Rücksprache mit einem Dezernenten der Staatspolizei am Berliner Alexanderplatz genommen. Dieser konnte zwar auf keine Anordnung verweisen. Er konnte aber bereits ansagen, „dass 99 v. H.“ Rückwanderern von dieser „Behandlung“²¹³ betroffen seien. Ungenau waren dagegen seine Äußerungen gegenüber dem CV bezüglich der Frage, wo diese vermeintlichen Schulungen durchgeführt werden sollten. Konzentrationslager böten sich an, wobei der Beamte aber annahm, dass „Extra-Abteilungen“ geschaffen würden, „[m]an habe ja auch allen Festgehaltenen erklärt, dass sie nicht bestraft würden und dass nichts Kriminelles gegen sie vorliege.“²¹⁴ Auf die Frage, ob mit der Entlassung der Betroffenen dann gerechnet werden dürfe, wenn „die eine oder andere Hilfsorganisation für eine Wiederausreise [...] unterstützend“ eintrete, reagierte der Beamte „mit sichtlichem Interesse.“²¹⁵ Im Reichsinnenministerium wurde

²⁰⁸ Es lag lediglich eine Bekanntmachung vom 7. Juni 1932 vor, nach der „die Ausstellung [sic] eines Auslandspasses dann versagt werden [konnte], wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigten, daß der Paß in den Händen des Inhabers die innere und äußere Sicherheit oder sonstige erhebliche Belange des Reiches gefährden könnte.“ *Knipping, Ulrich*, Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches. Monographien zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Dortmund 1977, S. 63

²⁰⁹ Ebda., Frame 0455, 0786.

²¹⁰ Vgl. ebda., Frame 0940.

²¹¹ Vgl. etwa CVZ, Rechtsfragen für Rückwanderer, Nr. 11, 15. März 1934, unpaginierte Beilage.

²¹² HM2 8749, Osoby 721 I, Akte 2108, Frame 2535.

²¹³ Ebda., Frame 2533.

²¹⁴ Ebda.

²¹⁵ Ebda.

wiederum erklärt, „von dieser Angelegenheit [sei] nicht das mindeste bekannt.“²¹⁶ Auch im ahnungslosen Preußischen Innenministerium musste der CV erst über die Praxis aufklären, wobei man sich jedoch einig in der Beurteilung war, es handele sich dabei um eine „selbständige Anordnung der Geheimen Staatspolizei“, die einen „verschärften Judenkurs“²¹⁷ durchsetzen wolle. Am 16. April 1935 konnte der Aachener Ortsgruppe immerhin bindend mitgeteilt werden,

„dass eine publizierte Anordnung nicht vorliegt, dass aber generelle Massnahmen getroffen werden, von denen sogenannte Rückwanderer unterschiedslos betroffen sind. Es steht den Betroffenen allerdings frei, den Wunsch zu äussern, das Reichsgebiet wieder zu verlassen.“²¹⁸

²¹⁶ Ebda.

²¹⁷ Ebda., Frame 2534.

²¹⁸ Ebda., Frame 2497. Die Erfolgsaussichten, eine herzkrankte Mandantin von Karl Löwenstein vor der Lagerhaft zu bewahren, waren denkbar schlecht. Vgl. ebda., Frame 2496. Löwenstein hatte außerdem am 12. August 1935 Berlin über die Häufung von Fällen informiert, in denen „junge Leute sich scheuen, eine Stellung im Auslande anzunehmen, weil sie nicht wissen, ob bei einer späteren Aufgabe der Stellung oder bei einem späteren Entziehen des Arbeitserlaubnisscheins ihnen eine Rückkehr nach Deutschland möglich ist.“ Ebda., Frame 2349. Löwenstein machte ferner darauf aufmerksam, dass auch die massive Verschärfung der Bedingungen für Emigranten, die ihre Verwandten lediglich einmal besuchen wollten, Menschen von der Auswanderung abhielt. Ein entsprechender Erlass vom 26. Juni 1935 forderte „Nachforschungen“, aus welchen Gründen die Auswanderung seinerzeit erfolgte, erst danach wurde gegebenenfalls eine Besuchserlaubnis erteilt, wobei der Aufenthalt auf zehn Tag begrenzt wurde. Wer Deutschland verlassen hatte, galt per se als Auswanderer und war als solcher seit Frühjahr 1935 ausgesperrt.

Das bekam auch der 15-jährige Ernst Günther Forst zu spüren, dessen in Kastellaun ansässiger Vater Alex Forst am 16. September 1936 die Stapoleitstelle Koblenz darum bitten musste, die Rückkehr seines Jungen zu genehmigen. Anfang 1936 hatte Alex Forst seinen Sohn zu seinem Bruder nach Barcelona zur Ausbildung geschickt. Der Spanische Bürgerkrieg zwang jedoch den Bruder zur Flucht in die Schweiz und den Jungen zur Rückkehr nach Deutschland. Daraufhin wurden zwei Polizeibeamte im Hause Forst vorstellig und stellten Ernst Günther vor die Alternative, entweder „in Polizeigewahrsam genommen“ zu werden oder das Land zu verlassen. Ebda., Akte 2108, Frame 2142. Das Kind war einem Nervenzusammenbruch nahe. Alex Forst ließ hierauf seine schwer kranke Frau zurück, die von der ganzen Angelegenheit nichts erfahren durfte, und reiste nach Luxemburg, wo er den Jungen für ein paar Tage unterbringen konnte. Was danach geschehen sollte, sofern seinem Sohn die Rückkehr versagt würde, wusste er nicht. Dabei war Ernst noch bis Juni 1935 Mitglied des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland gewesen. Alex Forst wiederum hatte im Infanterieregiment 29 in Trier gedient, war zwischen 1914 und 1918 an der West- und Ostfront gewesen, Inhaber des Eisernen Kreuzes Zweiter Klasse, der Finnischen Tapferkeitsmedaille und des Frontkämpferehrenkreuzes.

Leo Gumpert ging wegen seines Sohnes in einem verzweifelten Schreiben an die Düsseldorfer Staatspolizeistelle noch weiter. Sein „Ur-Ur-Grossvater soll bereits unter Friedrich dem Grossen für Preussen gekämpft haben, mein Ur-Grossvater [...] hat nachweislich die Freiheitskämpfe 1813/1815 als Freiwilliger [...] mitgemacht.“ Ebda., Frame 2111. Leo Gumpert wollte gerne seinen 1920 geborenen Sohn, Ernst Otto, nach Düsseldorf in die Schneiderlehre geben, nachdem das Kind „am 30. April 1935 in das Werkdorf Nieuwesluis (Holland) gegangen [war] [...], weil [...] für ihn als Juden eine geeignete Lehre in Deutschland trotz aller Bemühungen nicht“ zu finden war. Ebda., Frame 2109. Mittlerweile hatte der Vater aber beim Schneidermeister Arthur Wolf, Düsseldorf, einen vierjährigen Lehrvertrag für seinen Sohn abschließen können. Der Junge sei zudem seiner Natur nach viel zu zart und spätreif, um ihn allein nach Holland gehen zu lassen. An einen dauernden Aufenthalt im Ausland sei daher von vornherein kein Gedanke verschwendet worden. Ernst sei außerdem sein einziges Kind, und es war angedacht, dass er die Tuchgroßhandlung, die „schon seit etwa 100 Jahren im Besitz meiner Familie ist“, sowie die Tuchfabriken in Parchim und Cottbus mit einer Belegschaft von rund 150 Mitarbeitern übernehmen sollte. Leo Gumpert aus Parchim in Mecklenburg bat die Düsseldorfer Beamten inständig, die Rückkehr seines Sohnes „nach Deutschland ohne Verbringung in ein Schulungslager zu gestatten.“ Ebda., Frame 2111.

Ob sich der Vereinsvorsitzende Brodnitz so viel Grausamkeit und Absurdität vorstellen konnte, als er laut einem seiner seltenen Vortragsmanuskripte ein Jahr zuvor, im April 1934, vor den Mitgliedern der Kölner Ortsgruppe gefordert hatte:

„Der deutsche Jude muss sich , trotz [a]llem, was er erlitten hat, als Glied der deutschen Aufbauarbeit fühlen und neben den Leiden, die ihn selbst berühren das Schicksal der deutschen Gesamtheit vor Augen haben.“²¹⁹

Derartige „grosse ethische Kräfte“ erwüchsen, wie die Empirie belege, immer wieder und „gerade aus unseren Leiden“²²⁰, und so kam er zu dem betrüblichen Schluss:

„Wir Juden sind an eine lange Leidensgeschichte gewohnt.“²²¹

Dass diese Behauptung in ihrer Platttheit so nicht stimmte, wusste auch und gerade der grundgelehrte Brodnitz. Dieser hatte sein Vereinsleben damit verbracht, Menschen zu verdeutlichen, dass Jude eben nicht gleich Jude war. Brodnitz wusste ebenso, wie wenig vergleichbar sein Schicksal mit dem Schicksal eines zeitgleich etwa in England lebenden Juden war, der gefahrlos und respektiert durchs Leben gehen durfte. Auf diese Weise konstruierte er aber ein Kollektiv, dem er – undifferenziert nach Zeit, Raum und persönlichen Erfahrungen – einen allgemeingültigen Seelenzustand unterstellte. So irrational Brodnitz sich damit auch verhielt, die Vorstellung von einer jüdischen Leidensgemeinschaft erzeugte einen Zusammenhalt, der das fragile jüdische Bündnis in diesen Zeiten der Not stabilisieren konnte. Das war eine Voraussetzung für die Resistenz, für die er in seinem Vortrag in Köln ebenfalls geworben hatte. Den Vertriebenen im eigenen Land rief er zu,

„niemals Verbitterung in sich aufkommen zu lassen, damit man unverbittert seine Pflichten im Staate erfüllen kann, wenn man hierzu aufgerufen wird.“²²²

Brodnitz mag von den alttestamentarisch-sittlichen Gedanken der Vergebung und der Feindesliebe geleitet worden sein. Wenn dem so war, kann dies aber nicht über seine fraternisierende Haltung hinwegtäuschen, die sich zu diesem Zeitpunkt noch in dem diffusen Wunsch äußerte, Aufbauarbeit unter einem faschistischen System deutscher Prägung leisten zu wollen. Spektakuläres Aufbegehren konnte aus dieser Geisteshaltung nicht erwachsen, wobei er zweifelsohne insbesondere von dem ureigenen staatsbürgerlichen Verständnis sowie dem Empfinden geleitet war, sich als loyaler Deutscher schlechterdings nicht gegen das eigene Vaterland und seine Bürger stellen zu können. So hielt man sich, das Einspruchsrecht nutzend, um der „Erhaltung der eigenen Würde“²²³ willen innerhalb deutscher Grenzen bereit. So lange war Traurigkeit über die Gemeinheiten erlaubt, nicht aber Zorn, der sich unkontrolliert und gewaltsam Bahn brechen würde. Dieses sittliche Verhalten war nur in Kombination mit der Treue des Staatsbürgers gegenüber seinem Land zu denken. Sie war die entscheidende Voraussetzung, um der Versuchung des freien Auslandes gegenüber den Demütigungen in der Heimat zu widerstehen.

²¹⁹ HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 796, Frame 1638-1645, hier 1638.

²²⁰ Ebda.

²²¹ Ebda.

²²² Ebda., Frame 1639.

²²³ Ebda.

Brodnitz führte außerdem pragmatische Gründe an, um für den Verbleib in der Heimat zu werben. Seine Ausführungen vor den Kölnern wurden dabei zu Schlüsselaussagen über das Verhältnis zum Zionismus nach 1933:

„Wir müssen den Gedanken zurückweisen, dass deutsche Juden in gewaltiger Zahl im Auslande Unterkommen finden werden. Nur zu begreiflich ist allerdings, dass ein starkes Streben vorhanden ist, im Auslande Nahrung und Betätigungsmöglichkeit zu finden. Wir können mit Genugtuung feststellen, dass hierbei die realen Bedürfnisse keine entscheidende Rolle spielen, dass die seelischen Bedürfnisse vielmehr im Vordergrund stehen. [...] Die Probleme des Tages sind so gross, dass niemand sich vermessen darf, im Augenblick die zukünftige Entwicklung zu prophezeien. Aber eines steht fest, die Zahl der deutschen Juden, die ihr deutsches Vaterland nicht verlassen wollen, ist ungeheuer gross und die Zahl derjenigen, die es nicht verlassen können, ist noch unendlich grösser. So stehen wir vor der Tatsache, dass die deutschen Juden in ihrer erdrückenden Mehrzahl ihr Leben auf deutschem Boden weiter führen werden und weiter führen wollen. Ich mache gewiss den Ländern, die erklären, in grösserer Zahl deutsche Zuwanderung nicht aufnehmen zu können, daraus nur in bescheidenem Umfange einen Vorwurf. Ich weiss, dass die wirtschaftliche Lage der meisten Länder so ist, dass ich ihre Sorgen gegenüber einer starken Einwanderung in sehr erheblichem Umfange zu würdigen weiss. Es ist daraus etwa eine Einstellung dieser Länder gegen die deutschen Juden oder die Juden überhaupt zu entnehmen. Aus diesen Erwägungen heraus entstammt auch meine Einstellung zur Palästina-Siedlung. Wir lehnen es ab, in Palästina die Lösung der Judenfrage zu sehen. Wenn wir früher auch, unter Ablehnung des Zionismus, in Palästina das Land gesehen haben, in welchem Juden Aufnahme finden können, denen es unmöglich ist, in ihrer eigenen Heimat selbst bescheidene Lebensbedingungen sich zu schaffen, so haben wir damals nicht daran gedacht, dass dieses Los auch über die deutschen Juden kommen könnte. Wir müssen mit höchster Achtung den Pionieren unseren Dank aussprechen, welche die Möglichkeit geschaffen haben, dass jetzt auch deutschen Juden in Palästina eine Stätte geschaffen wird, die ihnen die Möglichkeit gibt, ihr Leben in grösster Bescheidenheit, aber in Würde zu gestalten. Ich lehne es ab, gegenüber diesen zwangsläufig eingetretenen Erscheinungen die Ideologien früherer Zeiten zu erörtern. [...] Das ändert nichts an der Tatsache, dass das Prinzip, auf welchem unsere Vereinigung ruht, das Prinzip der unlösbaren Verbundenheit mit Deutschtum und Judentum unverändert für uns gilt.“²²⁴

Nur durfte der CV kein Vermittler mehr zwischen Deutschtum und Judentum sein, sondern nur noch mehr der Hüter dieser Idee. Unter diesen Bedingungen war Brodnitz durchaus dankbar für die jüdische Kolonisation. Dies war ein Eingeständnis, das Menschen wie Alexander oder Löwenstein womöglich schwer gefallen wäre, zumal sich bei Brodnitz' Worten der Eindruck aufdrängte, als sei die aktuelle Situation der vom CV vertretenen bürgerlichen Juden mit der Bedürftigkeit vieler Ostjuden während der 1920er Jahre vergleichbar. Wegen diesen hatte sich Herzfeld im Frühling 1926 im Auftrag seines Vereins noch dafür ausgesprochen, vor allem die Wirtschaftsflüchtlinge zu repatriieren, selbstredend unter der Voraussetzung menschenwürdiger Bedingungen. Im übertragenen Sinne meinte die nach 1933 viel beschworene Formel von der zweiten deutsch-jüdischen Emanzipation in der Praxis nichts anderes.

Brodnitz mochte sich ferner daran erinnern haben, wie den CV seinerzeit der Vorwurf traf, ein Verein auch antisemitisch eingestellter Juden zu sein, etwa weil er im Verlauf der Wirtschaftskrisen der 1920er Jahre angeblich deutsche Interessen vor jüdische

²²⁴ HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 796, Frame 1638-1645, Frame 1641ff.

Solidarität gestellt hatte. Unter dieser Erblast konnte nun, da viele der CVer im eigenen Land nicht mehr ‚repatriierbar‘ waren, kaum erwartet werden, dass das Ausland Menschen unterstützte, die der CV als Wirtschaftsmigranten und nicht als verfolgte Angehörige einer Minderheit verstand.

Folgerichtig versuchte der Verein alles zu unternehmen, um die wirtschaftliche Basis für den Verbleib in Deutschland weitgehend zu bewahren. Nur diejenigen sollten die bestehenden Auswanderungsmöglichkeiten nutzen, die absehbar keine Chance mehr bekämen. Für diese war Palästina allerdings nur eine von mehreren Möglichkeiten, das Land also weiterhin nur eine Teillösung der so bezeichneten Judenfrage.²²⁵ Insofern war Brodnitz` Ausdruck anerkennender Dankbarkeit den Siedlern gegenüber keine liebesdienerische Floskel. Aber deshalb war das Verhältnis zu ihnen immer noch nicht unbefangen. Deutschland blieb gegenüber der mit der Not attraktiv gewordenen Konkurrenz im Nahen Osten auch dann noch Heimat, als der „Erlass der Geheimen Staatspolizei für das ganze Reich“ vom Februar 1935 bekannt gemacht wurde, „nach dem in Versammlungen keine Propaganda für das Verbleiben der Juden in Deutschland gemacht werden dürfe.“²²⁶

²²⁵ Es fand sich ein undatiertes, wahrscheinlich aber 1936 formuliertes, keinem Autor zuzuordnendes, aber mit großer Sicherheit aus dem Lager des CV stammendes Essay über den Keren Hajeschuw, worin dieser 1922 gegründete Palästina-Aufbaufonds aufgrund seiner Zielsetzung, das Land zu einem religiösen Zentrum der Juden zu gestalten, als eine Möglichkeit für einen CVer angeboten wurde, „doch für Palästina zu arbeiten“, ohne mit dem Zionismus, der die Existenz eines Nationaljudentums unterstellte, in Verbindung gebracht zu werden. HM2 8742, Osoby 721 I, Akte 1895, Frame 1475-1480, hier 1480.

Im Gegensatz zum Keren Hajessod schien die Unterstützung dieses Fonds insofern gerechtfertigt, als „Palästina zur Zeit das aussichtsreichste Emigrationsland für Juden [ist], die eine Existenz suchen. [...] Es bedeutet für tausende und abertausende deutscher Juden daher einen seelischen Konflikt, nachdem sie die zionistische Weltanschauung abgelehnt hatten, nunmehr nicht etwa auf Grund ihrer Erkenntnisse, sondern lediglich getrieben durch die Macht äusserer Verhältnisse, sich widerwillig zu einer Ideenwelt zu bekennen, die sie im Innersten nach wie vor ablehnen.“ Ebda. Frame 1475. Deshalb wurde nun das alternative Konzept der „religiösen Teile der deutschen Judenheit“ bemüht: „Die jüdische Gemeinschaft ist ihrem Grundcharakter nach eine religiöse, und alles[,] was sie als Gemeinschaft zu leisten hat, wird durch die religiöse Pflicht bestimmt. Als zum ersten Male das jüdische Volk nach dem Zusammenbruch seines Staates ins babylonische Exil vertrieben wurde, legte ihm sein damaliger Führer, der Prophet Jeremias[,] die Treue zum Staat, die Erfüllung der bürgerlichen Pflichten, die Förderung der fremden Staatsinteressen als religiöse Pflicht auf, und seit jener Zeit haben Juden allüberall, wo immer sie im Exil waren, diese Pflicht in vorbildlicher Treue erfüllt. R e l i g i ö s e P f l i c h t ist es aber auch e b e n s o [sic] für den Juden im Heiligen Lande sich anzusiedeln. [...] Es sollte – so verlangt es die jüdische Religion – auf jenem Stücken Erde, welches einstens von G'tt unserem Stamme gegeben wurde, ein Gemeinschaftsleben entfaltet werden [...] wo [...] in jeder Beziehung des menschlichen Lebens die sozialen und sonstigen ethischen religiösen Satzungen der Bibel ihre Verwirklichung finden.“ Ebda., Frame 1475f.

Es ist bemerkenswert, dass der CV diesen Fonds nach Lage der Akten bis dahin ignoriert hatte, um ihn dann für eigene Rechtfertigungszwecke zu aktivieren. Keiner der beiden westdeutschen Verbände hatte allerdings für ein derartig ausgerichtetes Berufsausbildungs-, sprich Hachscharah-Zentrum Werbung gemacht. Dabei befand sich eins in Siegburg, zwei im nahen Holland sowie eins in Belgien. Allerdings wurde auch die 1893 gegründete Israelitische Gartenbauschule Ahlem bei Hannover eher selten erwähnt. Im Februar 1936 machte sich Hirschberg gegenüber Herzfeld darüber Luft, dass trotz bekannter fehlender Aufnahmefähigkeit Palästinas die für Ausbildung aufgebrauchten finanziellen „Mittel von Nichtzionisten in einem Umfange auf Palästina hingelenkt werden, der wirtschaftlich nicht mehr gerechtfertigt werden kann.“ HM2 8748, Osoby 721 I, Akte 2088, Frame 2296.

²²⁶ HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 239, Frame 1960.

Statt Worte ließ man Taten folgen. Der Kampf gegen den Boykott, der etwa gegen jüdische Kaufleute und Unternehmer gerichtet war, machte weiterhin Sinn, weshalb auch Alexanders engagierte Denkschrift aus dem ersten Halbjahr 1935 bei der Vereinsspitze auf Zustimmung stieß, zumal

„der jüdische Sektor in der Wirtschaft noch im wesentlichen intakt [ist]. Wir haben alles Interesse daran[,] die jüdische Wirtschaft zu erhalten, wenn wir überhaupt eine Zukunft des Judentums in Deutschland annehmen wollen. Für die Jugend ist die Erhaltung der jüdischen Wirtschaftskräfte in Deutschland überhaupt die einzige Lebensmöglichkeit. Deshalb ist es von Nöten, diese in der Wirtschaft ruhenden Kräfte nach jeder Richtung hin einzusetzen. Fast alle andern jüdischen Berufsgruppen haben keine Zukunft mehr, da der Zuzug unmöglich ist. Ganz anders liegen die Dinge bei der Wirtschaft. [...] Unternehmungsgeist kann nur dann aufrecht erhalten und erschwerte Exportarbeit kann nur dann geleistet werden, wenn die Kaufleute ihrer moralischen Stellung als Glieder des Staates für sich und ihre Kinder sicher sind. [...] Zwangsläufig ergibt es sich, dass ein Kaufmann, bzw. ein Wirtschaftler, der seine und seiner Kinder moralische Stellung auf die Dauer als diffamiert ansehen muss, ganz zwangsläufig, ohne dass er sich dessen vielleicht immer bewusst wird, eine Kontraktion seines Unternehmens, nicht aber seine Hochhaltung anstrebt. Eine solche Folge liegt aber nicht nur nicht im Interesse der jüdischen, sondern der deutschen Wirtschaft überhaupt. Die Erhaltung starker wirtschaftlicher Kräfte im Inlande liegt weiter auch um dessentwillen im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft, weil die Emigration von Wirtschaftskreisen geeignet ist, gefährlichste Konkurrenz im Ausland entstehen zu lassen. Damit ist die Gefahr einer weiteren Schrumpfung des Exports verbunden.“²²⁷

Alexander griff eine ältere Idee im CV auf. Er versuchte, einen dem Berliner Büro beigeordneten Ausschuss aus maximal zehn jüdischen Unternehmern, jeweils zur Hälfte aus Berlin und den Provinzen, zu bilden, die Verhandlungen mit den Reichsbehörden aufnehmen sollten, wie dergleichen auf regionaler Ebene etwa mit den Industrie- und Handelskammern und diversen Fachverbänden schon praktiziert wurde. Die Erfahrung dort habe ihm gezeigt, dass Wirtschaftler leichter Gehör fänden, allerdings würden sie nicht die Interessen der jüdischen Allgemeinheit vertreten, sondern nur die ihrer jeweiligen Berufsgruppe. Alte Einwände, es gebe keine namhaften Persönlichkeiten aus der Wirtschaft mit politischem Sachverstand, ohne politische Erblasten und mit der sozialen Kompetenz eines guten Arbeitgebers, ließ Alexander nicht gelten. Er schlug einige Persönlichkeiten aus Aachen, Krefeld und Würzburg vor, die seiner Meinung nach sofort aktiv werden müssten:

„Ich glaube an einen Erfolg in der Verwirklichung dieses Vorschlages. Sollten sich aber meine Erwartungen nicht erfüllen, so ist gewiss kein Schaden eingetreten. Man kann uns aber nicht den Vorwurf machen, dass wir nicht auch diesen Weg beschritten hätten.“²²⁸

Bei den von ihm angesprochenen Herren handelte es sich um einen Aachener namens Dr. Gerstel, über den sich aber, abweichende Schreibweisen seines Namens berücksichtigend, nichts in Erfahrung bringen ließ. Ferner erwähnte Alexander einen Herrn Hertz, ebenfalls aus Krefeld, bei dem es sich wohl nur um den Kaufmann Helmut

²²⁷ Ebda., Akte 159, Frame 0318-0325, hier 0318f. Die Abschrift der Denkschrift ist nicht datiert. Hans Reichmann hat sie jedoch am 17. Mai 1935 kommentiert unter anderem Brodnitz überreicht, der seinerseits handschriftliche Ergänzungen machte.

²²⁸ Ebda., Frame 0325.

Hertz handeln kann. Hertz war Besitzer der größten Krawattenfabrik Krefelds.²²⁹ Im Gespräch war ebenso ein Herr Reis, der offenbar mit dem Spirituosenfabrikanten Hermann Reis, Teilhaber der Branntweinbrennerei M. Hanauer & Sohn in Würzburg, identisch war.²³⁰

Hans Reichmann wiederum brachte ferner den Privatbankier Hirschland in Essen ins Gespräch und meinte sicherlich Kurt Hirschland, der im Zentralaussschuss der Reichsbank und stellvertretender Vorsitzender mehrerer Grubenvorstände gewesen war, der sich aber aus gesundheitlichen Gründen aus dem Bankgeschäft zurückgezogen hatte. Ebenso erwähnte er einen Dr. Homburger und damit zweifellos Dr. Paul Philipp Homburger, der jedoch ebenfalls nicht „über hervorragende Wirtschaftsbeziehungen“²³¹ verfügte, wiewohl er Teilhaber der Familienbank Veit L. Homburger in Karlsruhe war und nebenbei auch Hauptvorstandsmitglied des Vereins. Brodnitz schlug Bankier Oscar Wassermann vor. Der Vereinsvorsitzende wollte auch „mit Herrn Rudolf Loeb [...] sprechen, um ihm klar zu machen, daß es jetzt um die Wurst geht“²³², schließlich ging es mittlerweile nicht mehr vorrangig um Kontakte zu den Ministerien, sondern vielmehr um wirksame „Beziehungen zu Parteigrößen.“²³³ Selbst wenn der in Elberfeld geborene Loeb, Teilhaber des Berliner Bankhauses Mendelssohn & Co und ehemaliger Berater verschiedener Regierungskabinette, noch über derartige Beziehungen verfügte, fand sich zu Brodnitz` allzu vager Andeutung wie zum gesamten Vorschlag Alexanders keine weitere Zeile mehr. Dies kann als ein Indiz für das Umdenken in der CV-Politik gewertet werden. Der Verein hielt sich die Option offen, zumindest auf Umwegen den Gedanken der Auswanderung zu popularisieren. Daher erwähnten auch die CVZ-Redakteure den Vortrag eines Publizisten namens Czernichower, der im Sommer 1935 am Warschauer Institut zur Erforschung des Minderheitenproblems in Polen über die Lösung der dort ebenfalls diskutierten so genannten Judenfrage referiert hatte. Dieser gab einen Überblick über die jüdische Kolonisationsgeschichte und hob die Bedeutung wie die Leistungen der jüdischen Besiedlung in Palästina besonders hervor, nicht ohne jedoch auch auf die jüdische Kolonisation in Bidschan am Amur zu verweisen. Darüber hinaus richtete dieser Mann einen Appell an die freie, christliche Welt, den Juden ein weiteres Territorium zu eröffnen, zumal es genügend Länder gebe, von denen er annahm, sie seien ebenfalls unbesiedelt, weshalb sie geradezu „nach Kolonisation lechzen“²³⁴ würden – vor allem in Afrika.²³⁵

²²⁹ Hertz kam im Zusammenhang mit dem Festanzug der Deutschen Arbeitsfront, auf den in Kapitel 7 Bezug genommen wird, große Bedeutung zu.

²³⁰ Vgl. ebda., Frame 0312; *Flade, Roland*, Die Würzburger Juden. Ihre Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Würzburg, 1996, S. 186, 218.

²³¹ Ebda., Frame 0313f., hier 0314.

²³² Ebda., Frame 0315.

²³³ Ebda., Frame 0314.

²³⁴ CVZ, Forderung nach einem neuen jüdischen Siedlungsgebiet, Nr. 24, 16. Juni 1935, unpaginiert. Der Paradigmenwechsel spiegelte sich deutlich in der Berichterstattung der CVZ nach der Septembargesetzgebung wider, die durch eine Palästina-Umschau ergänzt wurde. Daneben wurden fortan Einwanderungsquoten und -gesetze diverser Länder vorgestellt, wobei der Schwerpunkt auf dem amerikanischen Kontinent lag.

²³⁵ An dieser Stelle erinnerte man sich wohl an eine Alternative zu Palästina, die erstmals 1902 erwogen worden war. Dieses Projekt, das kurzweilig auf die Sympathie Theodor Herzls stieß, sah seinerzeit die Errichtung einer jüdischen Kolonie in Uganda vor. Vgl. hierzu *O'Brien*, 1991, S. 71f.

6.7 Auswandern 1935–1938

Als Reaktion auf die Septembargesetze 1935 verabschiedete sich der CV von dem umworbenen Altruismus. Als Organisation reagierten seine Verantwortlichen umgehend und schlossen sich dem programmatischen Wandel der Politik der Reichsvertretung an, womit das „Liquidationsprogramm“ seitens der noch arbeitenden jüdischen Organisationen mit dem obersten Programmpunkt Auswanderung anlief, da

„[d]er deutsch-jüdische Gedanke, d. h. der unbedingte, auch durch zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit nicht beirrbar Wille zur Erhaltung des deutschen Judentums [...] in der Tendenz der jüdischen Masse und auch vom C.V. als aufgegeben betrachtet werden [muss]. Alle Erwägungen, dass man noch auf Jahrzehnte hinaus deutsche Juden wird betreuen müssen, ändern nichts daran, dass man sich prinzipiell mit der fortschreitenden Liquidation abgefunden hat. Man beschränkt sich darauf, die Liquidation planmässig nach den Erfordernissen wirtschaftlicher Vernunft zu gestalten, ist aber nicht prinzipiell um der Erhaltung des deutschen Judentums willen entschlossen, sich ihr entgegenzustemmen. Damit hat auch der C.V. die entscheidende Wendung vollzogen. Ihm ist es nicht mehr um die Erhaltung deutsch-jüdischen Seins zu tun, sondern um die Sicherung jüdischer Existenzmöglichkeiten, wo immer sie auch geschehen mag.“²³⁶

Die wachsende Nachfrage in Angelegenheiten der Auswanderung traf das Essener Büro unvermittelt. Es fehlte, wie Kurt Steinberg eingestand, an der notwendigen Sachkenntnis. Aufgrund der Überforderung angesichts der wachsenden Zahl der „Ratsuchende[n]“²³⁷ schlug Steinberg vor, diese nicht mehr nur an den für die außerpalästinische Wanderung zuständigen Hilfsverein der deutschen Juden im fernen Berlin zu vermitteln, auch wenn die Hauptstadt von Essen aus in flotten vier Stunden Zugfahrt zu erreichen war. Nach Steinbergs Ansicht wäre es klientelfreundlicher gewesen, die CV-Geschäftsstelle zu einer lokalen Dienststelle des 1901 gegründeten Hilfsvereins umzustrukturieren, der seinerzeit zur Förderung sozial-philanthropischer Zwecke vor allem unter den Juden Osteuropas gegründet worden war.

In der CV-Provinzzentrale herrschte Einigkeit über die Notwendigkeit, nach der sich der CV an diese zweite sprunghafte Fluchtbewegung seit 1933 anpassen musste. Steinberg schlug deshalb vor, den CV-Geschäftsführern „einen kurzen Schulungskursus [anzubieten] oder zumindest ausführliches schriftliches Material“²³⁸ für autodidaktische Studien auszuhändigen. Der junge Nachwuchsbeamte hatte damit die praktische Seite seines Vorschlages präzisiert, nachdem sein erster Vorstoß bereits am 30. September in der Berliner CV-Zentrale eingegangen war, der, dem Ton nach zurückhaltend, nur von der „Uebernahme einer gewissen Beratung auch in Auswanderungsangelegenheiten“²³⁹ gesprochen hatte. Steinberg hatte damit untertrieben, denn Panikmache wäre im CV quasi als vereinsinterne Ordnungswidrigkeit betrachtet worden. In kurzer Zeit hatten

²³⁶ Stellungnahme des Berliner Angestelltendezernenten Dr. Berthold Weinberg vom 14. Oktober 1935. HM2 8747, Osoby 721 I, Akte 2031, Frame 1737-1741, hier 1737; siehe zudem Arbeitsbericht des Zentralausschusses fuer Hilfe und Aufbau bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1935.

²³⁷ Schreiben Steinbergs vom 4. Oktober 1935 an Berlin. HM2 8747, Osoby 721 I, Akte 2031, Frame 1742f., hier 1742.

²³⁸ Ebda.

²³⁹ Ebda., Frame 1747-1750, hier 1747.

Rat Suchende den CV durch ihre konkreten Fragen nach etwaigen Aufnahmeländern, Transfermöglichkeiten, sprachlichen und beruflichen Vorbereitungsmaßnahmen oder der zukünftigen Rechtsstellung als Migranten in dieses Arbeitsfeld involviert. Hinzu kamen die emotionalen Klippen der Familien-, Kinder- oder der Frauenwanderung.²⁴⁰ Steinberg schlug daher vor, die CV-Mitarbeiter zu entlasten, indem sämtliche devisa-, steuerrechtlichen sowie Transferfragen komplett vom CV entkoppelt und ausschließlich in die Hände von Anwälten gelegt werden sollten. Er gab sogar seine Bereitschaft bekannt, die Hilfe Suchenden an die nicht selten ausschließlich mit ehrenamtlichen Mitarbeitern besetzten Dienststellen des Palästinaamtes zu verweisen, die gut organisiert und weit verzweigt im Reich zu finden waren. Steinberg wollte Vergleichbares für den Hilfsverein in seiner Stadt aufbauen. Er tendierte dazu, „den neutralisierten CV“²⁴¹ vollständig der Reichsvertretung einzugliedern, der Verein sollte endlich seine organisatorische Selbstständigkeit aufgeben. In dieser Frage gingen jedoch die Meinungen in Essen auseinander. Grundsatztreue ließ Geschäftsführer Plaut, dessen Meinung angesichts der praktischen Notwendigkeiten immer wichtiger zu werden schien, sowie das Mehrheitsvotum der Vereinsverantwortlichen im Hauptvorstand daran festhalten, nicht im Körper der Reichsvertretung mit der ZVfD und dem RjF zu verschmelzen. Plaut befürwortete lediglich die Fortführung der engen Kooperation mit der RV, denn ideologische Befindlichkeiten ließen sich nicht durch die Demütigung der Reichsbürgergesetze aufheben.²⁴²

Aus unterschiedlichen Motiven heraus herrschte in Essen Einmütigkeit hinsichtlich der „A u f r e c h t e r h a l t u n g“ des Namens Central-Verein, die u. E. wegen der damit verbundenen Tradition an Arbeit und Erfahrung wünschenswert ist.“²⁴³ Während Steinberg vorschlug, statt des Namenszusatzes deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens „Abteilung der Reichsvertretung“²⁴⁴ zu wählen, hatte sich Plaut nicht so rasch von der Amputation erholt. Der Vereinsname sowie der zwangsweise gewandelte Vereinszweck bildeten auch die dominierenden Themen der Hauptversammlung am 21. Oktober 1935, wo Namensfrage und Zweckbestimmung interne Klärung fanden. Danach bestimmte Paragraph 2 den neuen Vereinszweck wie folgt:

²⁴⁰ Einen Eindruck allein von den juristischen Dimensionen vermitteln die auf elf Seiten gerafften Stichworte, die als Grundriss für einen Vortrag von Dr. Heinz Cohn zum Thema ‚Das Recht der Auswanderung‘ dienten. Vgl. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 89, Frame 0294-0305.

Zu dem, was bei der Berufsumschichtung und Auswanderung beachtenswert war, siehe die gleichnamige, als Manuskript gedruckte Arbeit von Herbert Wiesenthal, die wahrscheinlich Anfang 1937 formuliert wurde. Ebda., Frame 0208.

²⁴¹ HM2 8747, Osoby 721 I, Akte 2031, Frame 1749.

²⁴² Vgl. ebda., Frame 1750, wo sich die manschinenschriftliche Ergänzung Plauts findet.

²⁴³ Ebda., Frame 1748. Laut Herzfeld hatte man sich bereits im Verlauf des Jahres 1934 auf die Änderung des Vereinsnamens vorbereitet. Man wollte der Gestapo keine Gelegenheit bieten, „den Verein aus der Welt zu schaffen“, denn es stand fest, dass „allein durch die von den Nazis geschaffenen Tatsachen [...] eine weitere Verfolgung der satzungsgemässen Aufgaben unmöglich geworden [war,] und der Name des Vereins musste anachronistisch ansprechen. [...] Wohl aber schien es geboten, Vorsorge zu treffen, um gegebenenfalls sofort handeln zu können. Es wurde deshalb vereinbart, dass der künftig zu führende Name gewählt und die Satzungsänderung beschlussreif entworfen werden sollte.“ *Herzfeld*, *Meine letzten Jahre*, S. 193.

²⁴⁴ HM2 8747, Osoby 721 I, Akte 2031, Frame 1749.

„Der Verein bezweckt die Pflege des jüdischen Lebens sowie die rechtliche, wirtschaftliche und seelische Betreuung der in Deutschland lebenden Juden“²⁴⁵,

wobei sowohl die Eintragung dieser Fassung ins Vereinsregister als auch der neue, monochrome Name Jüdischer Central-Verein e.V. noch rund zehn Monate auf sich warten ließen. Von sich aus unternahmen die Vereinsverantwortlichen in dieser Formalie nichts. Sie warteten den Zeitpunkt des behördlichen Drucks ab. Bis zum 10. August 1936 befand man sich in einem rechtlichen Schwebezustand. Dann erfolgte die Eintragung der Namensänderung ins Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Mitte unter dem Aktenzeichen 581/V.2. 3267.²⁴⁶ Der CV hatte damit aufgehört, Gesinnungsverein zu sein. Nur unter gesetzlich verordnetem Druck war er neutral geworden, wurden

„[a]lle Wendungen [...] gestrichen, die von einer Verbundenheit mit dem Deutschtum und von vaterländischen sprachen. Wir wollen jedem helfen, ganz gleich wie er steht. Wir fordern aber von ihm, daß er unsere Rechtsschutzorganisation durch seine Mitgliedschaft fördert.“²⁴⁷

Sehr zögerlich hatten sich die CVer von ihrer Idee verabschiedet, die Grundlage der ersten amtsgerichtlichen Eintragung vom 26. März 1893 gewesen war. Während sich ihr sprachlich-kultureller deutscher Hintergrund zum Stigma auswuchs, half der Verein seit Ende 1935 die Auswanderung planvoll zu organisieren. Dies geschah äußerst verhalten, weshalb auch zwei Wochen vor der Hauptversammlung Mitte Oktober 1935 bereits feststand, dass der Verein Steinbergs Vorschläge, die auf eine Fusion mit der Reichsvertretung und dem Hilfsverein zielten, nicht umsetzen würde. In Berlin erkannte man natürlich auch den konkreten Informationsbedarf an der Basis. Deshalb bewegten sich

„unsere Beratungen [...] vor allen Dingen nach zwei Richtungen: einmal wurde vor übereilten Entschlüssen und unseriösen Projekten gewarnt, und zum anderen wurde auf die eigentlich zuständigen Stellen verwiesen sowie auf Hinweise, die die wichtigsten, bei der Auswanderung zu berücksichtigenden Bestimmungen enthalten. Darüber hinaus wird eine Einbeziehung der Auswanderungsberatung in unsere Beratungsstelle nicht möglich sein. Der Hilfsverein ist als einzige Organisation hierzu berechtigt. Hinzu kommt, dass gerade die Auswandererberatung, soweit sie sich nicht auf die formal-rechtliche, sondern materielle Seite (Aussichten in den einzelnen Ländern) erstreckt, ungeheuer verantwortungsvoll ist, und dilettantisch wäre, wenn nicht ganz exaktes Material als Unterlage vorläge.“²⁴⁸

Die Auswanderung war keine rein formale Angelegenheit, die fachlich-sachlich zu handhaben war. Dienstleister Hirschberg ließ in diesem Zusammenhang die vonseiten der Behörden geduldete Arbeitsteilung der noch arbeitenden jüdischen Organisationen

²⁴⁵ HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 231, Frame 1655; vgl. weiterhin Idee und Arbeit des C.V., in: HM2 8844, Osoby 721 II, Akte 3879, Frame 0888.

²⁴⁶ Vgl. 8699, Osoby 721 I, Akte 231, Frame 1815. Entsprechend revidierte Versionen der Landesverbandssatzungen fanden sich nicht.

²⁴⁷ Einem Überwachungsbericht der Stapostelle Wuppertal vom 20. Mai 1936 entnommen, dessen Autor allerdings völlig fehl informiert war und der mit sprachlichen Wendungen der eigenen Dogmatik versetzt vom fleißigen Syndikus Plaut als „Führer des C.V. für Rheinland“ sprach. HSTA Düsseldorf RW 58, Nr. 11384. Bei dieser Versammlung der Ortsgruppe Wuppertal-Elberfeld sollen 120 Teilnehmer anwesend gewesen sein.

²⁴⁸ HM2 8747, Osoby 721 I, Akte 2031, Frame 1744f.

unerwähnt, die überwiegend auf deren jeweiliges Dasein von vor 1933 zurückging. Während sich alles um das Liquidationsprogramm zu drehen begann, fühlte sich der Verein besonders für die Menschen zuständig, bei denen er gutgläubig annahm, sie würden über Jahrzehnte hinweg soziale Betreuungsfälle in Deutschland. Gerade ihnen müsse man das Gefühl relativer Sicherheit und Ruhe vermitteln, das der CV dem Flucht drang entgegenstellte. Insofern war auch das Verantwortungsgefühl gegenüber den verbliebenen jüdischen Wirtschaftlern zu sehen, das nicht zuletzt in den Vernehmungsprotokollen verhafteter CV-Redner zum Ausdruck kam. Im Verlauf etwa einer nicht gemeldeten Versammlung am 20. November 1935 in Essen verwahrte sich der Verhaftete Alfred Hirschberg nicht nur gegen den Vorwurf, regimegegenerische Äußerungen getan zu haben. Er erklärte,

„dass das jüdische Vermögen ein Teil des deutschen Volksvermögens ist und das[s], wer es angreift, die Substanz der Wirtschaft in Deutschland verringere. Ich kann mich nicht entsinnen, gesagt zu haben, dass, wer das jüdische Vermögen angreift, das deutsche Volk schädige. [...] Ich sprach die Hoffnung aus, dass es gelingen möge, diejenigen jüdischen Existenzen im Reichsnährstand, die sich schon jetzt auf den Handel mit nicht der Marktregelung unterliegenden Waren beschäftigen [sic] (gewisse Futtermittel)[,] zu retten. [...] Ich muss abschliessend bekanntgeben, dass mir eine Kritik an Massnahmen der Reichsregierung fernegelegen hat und ich lediglich auf die Stimmung der jüdischen Wirtschaftskreise im Sinne der beruhigenden Tendenzen einwirken wollte.“²⁴⁹

So wurde zweifelsohne dem so genannten Liquidationsprogramm das Tempo genommen, während die Behörden die Aktionen und Äußerungen des Vereins immer noch mit der Ausschließlichkeit interpretierten, die sie vom CV zu kennen glaubten.²⁵⁰

Mittlerweile widmete der CV der Auswanderung für seine Verhältnisse viel Raum. Im rheinisch-westfälischen Verband hatte er sogar zeitweise versucht, die Schwäche des

²⁴⁹ Undatiertes Vernehmungsprotokoll. HSTA Düsseldorf RW 58, Nr. 44189.

²⁵⁰ Am 12. März 1936 veranstaltete die CV-Ortsgruppe Duisburg eine Versammlung. Bei dieser Gelegenheit soll einem Überwachungsbericht der Stapostelle Düsseldorf vom 23. März 1936 zufolge der „Syndikus des genannten Vereins, Dr. Plaut, Berlin [sic], über das Thema ‚Arbeit und Tätigkeit des Zentralvereins in der Gegenwart‘ [einen Vortrag] gehalten haben. In seinen Ausführungen hat sich der Redner in eindeutiger Weise als Anhänger der Assimilation offenbart. [...] Aus den Ausführungen [...] dürften insbesondere die Äußerungen über die Ursache der französischen Revolution, die den Beginn des Liberalismus zur Folge hatte, hervorzuheben sein. Indem Dr. Plaut darlegt, daß diese Revolution nicht vom Judentum ausging, gibt er seiner Zuhörerschaft in nicht mißzudeutender Weise zu verstehen, daß sich der liberalistische Zeitgeist aus den Gedankengängen der nichtjüdischen Völker ergeben hat. Die Ausführung über die Unterbringung jüdischer Arbeitnehmer dürfte geeignet gewesen sein, die zionistische Bestrebungen, die Auswanderung der Juden aus Deutschland zu fördern, auf das schwerste zu beeinträchtigen, zumal der Redner hervorhob, daß der Zentralverein [durch] seine Interventionen bei den verschiedenen Ministerien, insbesondere dem Wirtschaftsministerium, sich bereits in vielen Fällen erfolgreich im Interesse der jüdischen Arbeitnehmer eingesetzt habe. Die Schlußausführungen konnten endlich nur den Zweck verfolgen, die Versammlungsteilnehmer zu beeinflussen, den Zukunftsfragen des Judentums in Deutschland [in] unerschütterlicher Zuversicht entgegenzusehen.“ HSTA Düsseldorf RW 58, Nr. 11384.

Hierauf wurde ein Rede verbot über einen Dr. Leo Plaut, Berlin, verhängt. Ob es sich dabei um den am 29. April 1900 in Willinghausen geborenen Rechtsanwalt handelte, der am 31. Mai 1933 Berufsverbot erhielt, ließ sich nicht verifizieren. Vgl. *Ladwig-Winter, Simone*, *Anwalt ohne Beruf. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933*, Berlin 1998, S. 188. Aufgrund des Geburtsdatums ist es ausgeschlossen, dass es sich bei Leo Plaut um den älteren Bruder Ernst Plauts handelte.

Hilfsvereins zu kompensieren, da Steinberg weiterhin klagte: „[W]ir sind so wenig im Stande die Glaubensgenossen an eine geeignete jüdische Stelle hier zu verweisen.“²⁵¹

Obwohl der Organisationsgrad deutscher Juden an sich beachtlich hoch war, klaffte hier eine Lücke in der Provinz. Nach der Beurteilung im CV beobachteten dies gerade Mitarbeiter der ZVfD, die ihrerseits mehr und mehr „die großen geistigen Kräfte, die [die Assimilation] hervorgebracht habe“²⁵², anerkannten. Diese gemäßigte Haltung gegenüber dem (außer-)deutschen Diasporajudentum war allerdings angesichts des großen Emigrationsbedürfnisses auch notwendig geworden, da man sich eine einseitige Konzentration auf Palästina schlichtweg nicht mehr leisten konnte, ohne an den Bedürfnissen der Menschen vorbeizugehen.²⁵³

Aufgrund dieses nicht nur auf Essen beschränkt bleibenden organisatorischen Defizits des Hilfsvereins müssen sich in den vier Wochen vor dem 26. November 1935 die CV-Geschäftsführer aus dem Reich zu einer Besprechung getroffen haben.²⁵⁴ Die Praxis der Essener Geschäftsstelle gibt einen Hinweis auf deren Beschlüsse, da die Auswanderungsberatung ersatzweise und vorübergehend bis etwa Mai 1936 übernommen wurde. Zu diesem Zweck erhielt die Essener Zentrale von der Reichsvertretung, dem Hilfsverein und der eigenen Zentrale detaillierte und fallbezogene Informationen sowie Rundschreiben. Die CV-Mitarbeiter waren auf diese Weise etwa über die Höhe notwendiger Vorzeigegelder informiert, um beispielshalber nach Südafrika einwandern zu dürfen.²⁵⁵ Man konnte sich mittlerweile auch recht gut in Konsulats- und Botschaftsangelegenheiten aus, Informationen, die teils akut benötigt wurden, so wenn Menschen, denen die Ausweisung drohte, Ausweichmöglichkeiten benötigten.²⁵⁶

Eine strikte Arbeitsteilung war folglich weder wegen der Überschneidungen praktikabel noch aufgrund der unzureichenden Organisationsstrukturen wünschenswert. Deshalb regte Steinberg am 13. Mai 1936 gegenüber seiner Hauptgeschäftsstelle dazu an:

²⁵¹ Steinberg an Berlin am 16. Oktober 1935. HM2 8748, Osoby 721 I, Akte 2081, Frame 2068.

²⁵² CVZ, Die Zionisten versuchen ihren Totalitätsanspruch zu begründen, Nr. 23, 6. Juni 1935, 1. Beiblatt.

²⁵³ Vgl. HM2 8748, Osoby 721 I, Akte 2066, Frame 980ff. Mit diesem Argument versuchte man, Vereinsmitglieder wie den Mindener Alfred Levy vom Austritt aus dem CV abzuhalten. Levy konnte die vollständige politische Neutralität seines Vereins, die damit auch jede Diskussion um die Doppelmitgliedschaft obsolet werden ließ, nicht akzeptieren. Auch Else Huth aus Trier hatte ihre gedanklichen Schwierigkeiten damit, sich von der deutsch-jüdischen Synthese, von der Heimat zu verabschieden und gegen das Ausland einzutauschen. Ihrer Meinung vom 3. Mai 1936 nach können „wir [...] nicht alle nach Palästina gehen, und in jedem andern Land sind [wir] Fremdlinge. Auch in Palästina muss die Heimat erst erkämpft werden. Deutschland aber ist unsere Heimat. Diese uns zu erhalten, wäre ein Ziel, das neben den zionistischen Idealen bestehen könnte und sollte und um das fähige und einflussreiche Menschen mit aller Kraft ringen sollten.“ Sie plädierte zu diesem Zeitpunkt dafür, den Völkerbund dazu zu bewegen, Deutschland „minoritätenrechtlich zu binden“ und dabei Oberschlesien als Vorbild zu nehmen. HM2 8803, Osoby 721 I, Akte 3121, Frame 0927.

²⁵⁴ Das geht aus einem Schreiben Reichmann-Jungmanns an die Essener Geschäftsstelle hervor. Vgl. HM2 8830, Osoby 721 I, Akte 8481, Frame 1998.

²⁵⁵ Vgl. ebda.

²⁵⁶ Vgl. ebda., Frame 2000f.

„Obschon wir nach der neuen Regelung keine Auswanderungsberatung mehr ausüben, möchten wir gern regelmässig diese Rundschreiben haben, da sich immer wieder Gelegenheit zu ihrer informatorischen Benutzung bietet.“²⁵⁷

Die Phase, in der der CV aushilfsweise dem unzureichend ausgebauten Hilfsverein zur Seite gestanden hatte, fand damit allem Anschein nach und nicht zuletzt auf Verlangen höherer Stellen ihr Ende.²⁵⁸ So liegt Steinbergs Schreiben zeitlich auffallend nah zum Gesetz zur Verhütung von Missbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13. Dezember 1935 sowie zu einer Eingabe der Reichsvertretung vom 5. Juni 1936, die darzulegen versuchte, dass die Aufgabenverteilung unter den noch arbeitenden jüdischen Organisationen nicht die Bestimmungen des Rechtsberatungsgesetzes berührte.²⁵⁹ Obwohl sich die semi-offiziell arbeitenden, weil de jure nicht anerkannten jüdischen Beratungsstellen innerhalb der Reichsvertretung um so genannte fremde Rechtsgeschäfte kümmerten, erfüllten sie doch nicht das Merkmal der Geschäftsmäßigkeit. Das Gesetz zielte auf öffentliche Rechtsberatungsstellen und vor allem auf die freien Rechtsanwälte ab, wobei unliebsame Konkurrenten mit schwammigen Argumenten die Eignung betreffend ins berufliche Abseits gedrängt wurden.

Die Entscheidung des NS-Gesetzgebers zur Eingabe der Reichsvertretung erfolgte am 17. Februar 1937. Sie sah in Anlehnung an die Haltung der Sicherheitsbehörden die Hierarchie und die Trennung der „rechtlichen Beratung von Juden durch jüdische Organisationen vor“, wobei die Auffassung vertreten wurde,

„dass die Tätigkeit

1. des Palästina-Amtes der Jewish Agency in den mit der Auswanderung zusammenhängenden Fragen,
2. des Hilfsvereins der Juden in Deutschland in den mit der Auswanderung zusammenhängenden Fragen,
3. des jüdischen Central-Vereins in den durch die Judengesetzgebung aufgeworfenen Fragen nach Art. 1 § 7 des Rechtsberatungsmisbrauchgesetzes vom 13. Dezember 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1478) – vorbehaltlich der dort im Satz 2 vorgesehenen Möglichkeit

²⁵⁷ Ebd., Frame 1997. Siehe etwa die Anfrage der in Köln-Sülz ansässigen Cousine Reichmann-Jungmanns, Hede Reyersbach, die sich den Kopf über die Zukunft ihrer Tochter zerbrach, für die sie eine Ausbildung als Weberin vorsah, die erst einmal in Deutschland beginnen sollte, um das Kind dann mittelfristig in eine Ausbildungsstätte nach Südafrika zu schicken, die sich zu diesem Zeitpunkt allerdings erst noch in der Planungsphase der Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden, kurz ORT genannt, befand. Reichmann-Jungmann riet aus mehreren Gründen von der Idee ihrer Cousine ab, wobei der folgende Satz zitierwürdig ist: „Ich bin vielleicht unzeitgemäss in puncto mangelnder Unternehmungslust, aber ich kann`s mir immer noch nicht als Idealzustand vorstellen, dass Du ein Kind in Palästina, eins in Süd-Afrika und das dritte sonstwo hast.“ Ebd., Frame 1991ff.

²⁵⁸ Auf das organisatorische Defizit des Hilfsvereins ging auch ein zeitnahe Exposé ein, in dem einige der Möglichkeiten des Vereins abgewogen wurden, wie die wirtschaftliche Beratungstätigkeit mit der planmäßigen Emigrationsförderung verbunden werden konnte: Auch wenn der CV „ohnehin beteiligt [war an] der Beratung der Liquidierung jüdischer Unternehmungen, so sollte doch auch kein ideelles Hindernis mehr dafür bestehen, diejenigen, die eine neue Existenz [...] hier oder im Auslande sich aufbauen wollen, zu beraten. Es soll dem Hilfsverein nach wie vor Aufgabe sein, den Strom der Auswanderung zu lenken und die Auswanderung als solche zu beraten. Es sollte aber Sache des C.V. sein, die wirtschaftliche Seite des einzelnen Auswanderers zu betreuen.“ HM2 8750, Osoby 721 I, Akte 2114, Frame 0700-0702, hier 0701.

²⁵⁹ Vgl. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 89, Frame 0255.

der Untersagung – fortgesetzt werden kann, soweit es sich um die Beratung und sonstige rechtliche Betreuung von Juden handelt.“²⁶⁰

Nun war es amtlich: Die Auswanderung hatte den CV nicht zu interessieren, zumal ihm aufgrund seiner assimilatorischen Vergangenheit Misstrauen seitens der Überwachungsbehörden entgegenschlug, da sich der Einfluss des Vereins kontraproduktiv auf die Vertreibungsabsichten der Nazis auswirken mochte.²⁶¹ Unter einem rationellen Gesichtspunkt bot diese Arbeitsteilung Orientierung und begrenzte das jeweilige Arbeitspensum, was beim CV allerdings kaum Wirkung zeigen konnte, weil der unter Punkt drei gelistete Auftrag nahezu alle Lebensbereiche tangierte.

Aus dieser Arbeitsteilung ließ sich zudem immer noch die traditionelle Dichotomie zwischen CV und Hilfsverein einerseits sowie der ZVfD und dem Palästina-Amt andererseits ableiten, wobei dieser Gegensatz tatsächlich weiterhin bestand. Im Dezember 1936 brach er auch in Dortmund wieder auf, was den CV-Ortgruppenvorsitzenden Louis Koppel entrüstete und enttäuschte. Den Anlass lieferte der dort von Hans Reichmann gehaltene Vortrag ‚Jüdisches Schicksal – jüdische Gegenwart‘. Obwohl der Mitarbeiter der Berliner CV-Zentrale freundschaftliche Beziehungen zu den zionistischen Aktivisten in der Berliner Meineckestraße pflegte, wurden seine Ausführungen von einem jungen Dortmunder Intellektuellen aus dem Nachwuchslager der ZVfD nach Reichmanns Empfinden „durchaus einseitig und bewusst feindselig aufgenommen.“²⁶² Am 16. Dezember 1936 folgte deshalb ein an die ZVfD Berlin adressierter Bericht der Dortmunder zionistischen Ortsgruppe, nach dem Reichmanns Vortrag so angelegt gewesen sei,

„dass [...] der Central-Verein und seine Politik als verantwortungsbewusst hingestellt wurde. Dass die Propaganda für die Auswanderung [...] nach Palästina mit den Lockrufen des falschen Messias in Parallele zu stellen sei, hütete er sich ausdrücklich zu sagen. Er hob jedoch späterhin hervor, dass es wenig verantwortungsbewusst sei, auch jetzt noch ‚trotz der Ereignisse‘ für eine Massenauswanderung nach Palästina Propaganda zu machen. Die Menschen müssten jahrelang auf die Zertifikate warten. [...] Durch Verlesung einzelner Abschnitte eines Aufsatzes von Dr. Arthur Prinz, der demnächst im ‚Morgen‘ erscheint, suchte er zu beweisen, dass die Fassungskraft Palästinas nahezu erschöpft sei, und dass in den arabischen Ländern die Juden mehr und mehr zu Geiseln würden, wenn der Palästinaaufbau fortgesetzt würde. [...] Zum Schlusse versuchte Dr. Reichmann die C.-V.-Weltanschauung zu skizzieren. Diese Weltanschauung verlangt, dass der Jude sich nach dem Idealtyp seiner Umwelt zu bilden habe und dabei auch Jude sein müsse. [...] Er betonte zum Troste seiner Zuhörer, dass Länder wie Venezuela, die Schweiz und die französischen Kolonien von den einwandernden Juden eine solche Angleichung erwarteten; es gäbe also immer noch Länder, die Assimilation wünschten.“²⁶³

²⁶⁰ Ebda., Frame 0256. Diese Entscheidung klärte zugleich die Abgrenzung der CV-Tätigkeit gegenüber der der jüdischen Rechtsanwälte. Vgl. ebda., Frame 0253.

²⁶¹ Die Diskussion, welche Stellung der CV zum Hilfsverein einnehmen sollte, damit die Rat Suchenden zufrieden gestellt würden und keine finanzielle Mehrbelastung entstünde, wurde dennoch aufgrund eines von Herzfeld angeregten Fusionsplanes nach seiner Rückkehr aus Palästina 1937 erneut aufgegriffen. Dieser Plan wurde aber wegen des Widerstandes innerhalb des Hilfsvereins nicht mehr umgesetzt. Vgl. *Herzfeld*, *Meine letzten Jahre*, S. 207ff.

²⁶² Reichmann an Koppel am 16. Dezember 1936. HM2 8711, Osoby 721 1, Akte 709, Frame 0410.

²⁶³ Ebda., Frame 0413ff.

Reichmanns Gewährsmann Koppel konnte diese Auslegung der Rede kaum fassen, zumal der Ortsgruppenvorsitzende

„in letzter Zeit geglaubt [hatte], auf eine Ausgleichung der Gegensätze hinwirken zu sollen, wie dies für Sie [Reichmann] und für mich eine Selbstverständlichkeit ist. Daher hatte ich auch einige wenige Mitglieder der ZOG [zionistischen Ortsgruppe] eingeladen. Im übrigen war die Versammlung nur eine Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe. [...] Selbstverständlich haben Sie in keiner Weise angedeutet, dass allein die Auswanderungspolitik des C.V. verantwortungsbewusst, die andere indessen es nicht sei; sie haben auch nicht behauptet, dass die Fassungskraft Palästinas nahezu ‚erschöpft‘ sei und vor einer Fortsetzung des Palästinaaufbaues gewarnt. Das Gegenteil ist richtig. Sie haben den hervorragenden Rang Palästinas als Ziel der Auswanderung festgestellt und auch für die Zukunft gewahrt wissen wollen. Sie haben nur vor einer Einseitigkeit der Auswanderungspolitik gewarnt und in diesem Zusammenhange auch den Aufsatz des Dr. Arthur Prinz erwähnt, der obwohl Zionist, auf ähnlichem Standpunkte stehe. Wie nötig eine solche Warnung vor der Einseitigkeit ist, mögen Sie aus dem anliegenden Exemplar unserer Gemeindezeitung vom 11. Dezember ersehen. Die angestrichene Stelle auf Seite 3, die sich mit der Auswanderung befasst, lässt den Eindruck entstehen, als ob nur Palästina als Einwanderungsland eine Rolle spiele, während von der Einwanderung in anderen Ländern nur Negatives berichtet wird, eine Erscheinung, die wir schon seit Längerem in der Gemeindezeitung verfolgen.“²⁶⁴

Zänkereien wie diese waren selten geworden, aber immer noch geeignet, alte Befindlichkeiten und schlechte Angewohnheiten wieder zu beleben. In Dortmund zeigte sich, wie labile das Zweckbündnis war, das im Rahmen der Reichsvertretung geschlossen worden war. In diesem Fall reichte ein Quertreiber, um Wirrungen zu stiften. Koppel nahm den Vorwurf persönlich, wohl auch aufgrund seines ausgeprägten ehrenamtlichen Engagements für die jüdische Gemeinschaft.²⁶⁵ Das war keine Selbstverständlichkeit, denn viele hatten den CV bereits verlassen. 1937 meinte Herzfeld: „Der Kreis der alten Garde wird immer kleiner und jede Lücke, die neu eintritt, umso unausfüllbarer.“²⁶⁶ Auf der Führungsebene traf den Verein allein 1936 ein Doppelschlag: Im Februar starb Ludwig Holländer mit 58 Jahren.²⁶⁷ Unerwartet verunglückte Julius Brodnitz wenige Monate später, am 16. Juni 1936, tödlich.²⁶⁸

Sein Nachfolger fand sich nicht in Berlin, sondern in der Provinz. Als ältester Stellvertreter des Vorsitzenden folgte Herzfeld – durch Wahl bestätigt – seinem Schwager im Amt. Seit August 1936 pendelte er zwischen Berlin und Essen, wobei er nach eigenen Angaben fünf von sieben Tagen in Essen verbrachte, zumal der Berliner Verwaltungsapparat nicht ohne Schwierigkeiten, aber doch eigenständig arbeitete.²⁶⁹ Der Gesamtverein war weiterhin in Berlin gemeldet und ist dort nach dem 10. November 1938 auch liquidiert worden. Bis dahin relativierte sich mit dieser Personalentscheidung zugunsten eines Provinzfunktionärs die ehemalige dreigeteilte

²⁶⁴ Ebda., Frame 0406f.

²⁶⁵ Vgl. ebda., Frame 0411.

²⁶⁶ HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 218, Frame 0926.

²⁶⁷ Vgl. vor allem die Ausgabe der CVZ vom 13. Februar 1936.

²⁶⁸ Vgl. die Ausgaben der CVZ vom 18. und 26. Juni 1936.

²⁶⁹ Vgl. Herzfeld, Memoiren, S. 328.

Hierarchie der Geschäftsstellen. Die von Ludwig Foerder Mitte der 1920er Jahre kritisierte Übermacht Berlins wurde so zuletzt doch noch beendet.

Als sich Herzfeld in seiner neuen Funktion an die Mitglieder wandte, nahm er der Auswanderung das Spektakuläre. Herzfeld sprach von der Wanderung als einem historisch bekannten und nun eben wiederkehrenden Phänomen, obwohl

„wir [...] keine Nomadenanlage [haben]. Nicht aus eigenem Triebe haben wir wieder und wieder zum Wanderstabe gegriffen. Geschichtliche Ursachen waren es, die uns nötigten, uns von der erwählten Heimat loszureißen.“²⁷⁰

In diesem Artikel vom 13. August präsentierte er den CV unveränderlich als Vertreter des (deutschen) Diasporajudentums:

„Das viel getadelte Emanzipations-Zeitalter ist mit der Feststellung, daß auf jüdischer Seite folgenreiche Fehler begangen wurden, nicht erschöpfend beurteilt. Will man Licht und Schatten gerecht verteilen, so muß zugleich anerkannt werden, welche positive Bedeutung die letzten 150 Jahre für uns hatten. [...]“

1. Die Wissenschaft vom Judentum in Deutschland ist in dieser Epoche der Mittelpunkt der jüdischen Wissenschaft überhaupt geworden.
2. Diejenigen, die den Lockungen widerstanden und der alten Fahne treu blieben, erlangten durch Vereinigung ihrer jüdischen Werte mit der gern aufgenommenen deutschen Bildung und Kultur Widerstandskraft gegen hartes Geschehen, eine Haltung, der sie sich wahrlich nicht zu schämen brauchen.
3. Leben und Wirken, Lernen und Schaffen in der deutschen, in der europäischen Welt haben nicht nur den Charakter gestählt, sondern auch den Blick geweitet, die Einsicht gemehrt. Im freien Wettbewerb, zu dem wir bald weniger, bald mehr zugelassen waren, sind unsere Kräfte gewachsen, ist unsere Leistungsfähigkeit nach allen Richtungen hin stark gestiegen.

In der Bilanz des Zeitalters steht demnach dem Verlust an jüdischer Substanz ein sehr wertvoller Gewinn gegenüber. Auch auf Grund dieser Erkenntnis setzen wir uns für eine Fortsetzung der historischen Diaspora-Linie ein. Nicht auf Kosten und zum Schaden Palästinas, an dessen Aufbau auch wir nach unseren Kräften mitwirken wollen. Sondern es ist unser Wunsch, beide Wanderströme zu fördern.“²⁷¹

Er selbst unternahm im September 1937 eine vierwöchige Reise nach Palästina, die ihn aus Sicherheitsgründen nur Ausschnitte der jüdischen Siedlungsarbeit sehen ließ. Die primär persönlichen Motive der Reise sind offensichtlich: Herzfeld und seine Frau statteten ihren Kindern einen Besuch ab.²⁷²

Zieht man seine später in Israel formulierten Memoiren heran, dann schrieb er den Reisebericht des Jahres 1937 auf „Anregung meiner Freunde im Z.V.“²⁷³ Es blieb mir letztlich unklar, ob er mit „Z.V.“ den Zentralverein oder die Zionistische Vereinigung meinte, zumal er sich nicht zuletzt mit viel Sympathie an den schmeichelnden Empfang beim Tel Aviver Bürgermeister Rokach erinnerte, der für ihn anlässlich seines Besuches organisiert worden war. Im Übrigen lag dieselbe Sympathie auch schon dem 24-seitigen

²⁷⁰ CVZ, Jüdischer Central-Verein e.V., Nr. 33, 13. August 1936, unpaginiert.

²⁷¹ Ebda.

²⁷² Vgl. *Herzfeld*, Memoiren, S. 328.

²⁷³ Ebda., S. 336.

Manuskript aus dem Jahr 1937 zugrunde. Darin zeigte sich Herzfeld, der in CV-Reihen als Gegner des Keren Hajessod bekannt gewesen war, gerührt und überwältigt von der Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft, die ihm auch der ehemalige ZVfD-Vorsitzende und 1933 aus Deutschland emigrierte Kurt Blumenfeld entgegengebracht hatte.²⁷⁴ Ebenso findet sich hier auf der ersten Seite die erstaunliche, weil zuvor wohl an keiner Stelle in der reichen Publikationstätigkeit des Vereins in derart unmissverständlicher Deutlichkeit formulierte Mahnung zur Quellenkritik: Sein Bericht sei lediglich zeitimmanent zu verstehen. Bald würde die Entwicklung in Palästina seine Feststellungen überholen.²⁷⁵ Auch Herzfeld hatte sich gewandelt, konkret sein Verhältnis zu Deutschtum und Judentum – ohne jedoch den symbiotischen Denkansatz aufzugeben.

Als Wirtschaftsjurist fokussierte er seine Ausführungen auf betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Aspekte, die hier im Einzelnen nicht diskutiert werden. Herzfeld machte sich wohlwollende Gedanken darüber, was wirtschaftlich sinnvoll und notwendig sein könnte, um die vorstaatlichen Strukturen „im Lande der Väter“²⁷⁶ auszubauen und zu festigen. Großen Raum widmete er der Sprache, die für den CV stets ein wesentliches Identitätsmerkmal war. Obwohl sein Hebräisch 1937 noch bescheiden war, nutzte er mit routinierter Selbstverständlichkeit Begriffe wie Jeschuw, womit die in Palästina ansässigen Juden gemeint waren. Er kritisierte, dass sich diese Gemeinschaft in ihrer „erschreckend“²⁷⁷ großen Mehrzahl nicht die Mühe gemacht habe, Arabisch zu lernen. Nach den Ausführungen zur palästinensischen Industrie und zum Städtebau zeigte sich Herzfeld ebenfalls kritisch gegenüber den deutschen Einwanderern und – erneut – ihrer „mangelnde[n] Sprachbegabtheit, ihr[es] Versagen[s] bei der sprachlichen Einordnung.“²⁷⁸ Während die deutschen Einwanderer daran gewöhnt seien, „systematisch zu planen, methodisch zu handeln“, zeichneten sich die aus Osteuropa kommenden „durch einen draufgängerischen Schneid [...] aus [...] Sie handeln vielfach ohne gründlich durchdachten Plan, unmethodisch.“²⁷⁹ Herzfeld wollte mit dieser pauschalisierenden Mentalitätsstudie allerdings bestimmt niemanden herabwürdigen, denn

„[d]as Nebeneinander beider Eigenarten hat sich bis zur Gegenwart [als] fruchtbar erwiesen. Ich glaube, dass [...] eine Verschmelzung beider Kategorien zu einem lebendigen Miteinander noch wünschenswerter und förderlicher wäre.“²⁸⁰

Herzfeld übertrug somit seine symbiotische Denktradition auf die Verhältnisse in Palästina. Man assimilierte sich quasi innerjüdisch. Herzfeld hatte dabei sein Denken über den geografisch-kulturellen Gegensatz von Ost- und Westjuden noch nicht völlig aufgegeben. Der Kulturchauvinismus, der die Rhetorik seines Vereins gegenüber den Ostjuden über lange Jahre hinweg in Deutschland bestimmt hatte, hatte hier an Schärfe

²⁷⁴ Vgl. Palästina im September 1937. Ein Reisebericht von Dr. Herzfeld – Essen. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 91, Frame 0491-0515, hier 0492.

²⁷⁵ Vgl. ebda.

²⁷⁶ Ebda., Frame 0492.

²⁷⁷ Ebda., Frame 0495.

²⁷⁸ Ebda., Frame 0514.

²⁷⁹ Ebda., Frame 0515.

²⁸⁰ Ebda.

verloren, zumal eine Assimilation an die muslimische Mehrheitsbevölkerung wegen des herrschenden Unfriedens und ihrer für Herzfeld wenig ansprechenden, weil vermeintlich unzivilisierten, sprich noch östlicheren Lebensart nicht vorstellbar war.²⁸¹ Wie einst im Tross der Römer entlang des Rheins waren es wieder einwandernde Juden, die die angeblich einzig wahre, westliche Zivilisation zu verbreiten halfen. Diesmal geschah dies entlang des Jordans, und Herzfeld hieß dies gut.

Das zionistische Werk hatte damit den Charakter einer für den eigenen gesellschaftlichen Status gefährlichen Idee verloren. Vielmehr stieß es bei Herzfeld auf breite Akzeptanz und große Bewunderung. Er versuchte deshalb auch zu verdeutlichen, wie „Palästina auf einen Besucher wirkt, der sich ernsthaft und liebevoll bemüht, nicht bloss an der Oberfläche zu haften.“²⁸² Von seiner ehemals frostigen Einstellung gegenüber dem Keren Hajessod war nichts mehr geblieben.²⁸³ Jetzt rief er sogar die „Weltjudentheit“ auf, „für Palästina mehr als bisher [zu] opfern.“²⁸⁴ Der Vorsitzende des Centralvereins hatte sich von deutschnationalen Gemeinschaftskategorien verabschiedet und sie – soweit ihm das als führendem Vertreter des Diasporajudentums möglich war – durch jüdischnationale ersetzt.

Die eigene Auswanderung war deshalb aber noch kein Thema, obwohl er sich „an der Quelle“²⁸⁵ sehr wohl gefühlt hatte. Er empfand sich noch als Besucher, der gerne dann und wann vorbeischaute, um die „Fortschritte“²⁸⁶ verfolgen zu dürfen, denn Herzfeld war davon fasziniert, dass dort „alles [...] im Werden ist“²⁸⁷, während zu Hause zum selben Zeitpunkt „das Tempo der Eliminierung der Juden fortgesetzt beschleunigt“²⁸⁸ wurde.

Seit 1937 war der Rückgang der Vereinsmitglieder empfindlich spürbar geworden, das heißt auch, dass langsam, aber stetig das Rückgrat des Vereins und seiner Arbeit brach. Doch Herzfelds „Auswanderungsentschluss“²⁸⁹ fiel erst am 11. November 1938, als ihm klar geworden war, dass das Vereinsverbot ein endgültiges war. Zwei Tage zuvor war er, Gefahr witternd, nach Berlin gereist, wo er auf diese Weise der den Pogrom

²⁸¹ Vgl. ebda., Frame 0502, 0507.

²⁸² Ebda., Frame 0515.

²⁸³ Im Anschluss an diese Reise hielt er Vorträge in Essen und Düsseldorf. Darüber hinaus sprach er in Berlin auf Einladung in einer KH-Veranstaltung. Vgl. *Herzfeld*, Memoiren, S. 336.

²⁸⁴ Palästina im September 1937. Ein Reisebericht von Dr. Herzfeld – Essen. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 91, Frame 0491-0515, hier 0515.

²⁸⁵ Ebda., Frame 0515.

²⁸⁶ Ebda.

²⁸⁷ Ebda., Frame 0506.

²⁸⁸ *Herzfeld*, Memoiren, S. 337. Dort findet sich auch seine Bemerkung, die Bindung an Deutschland weitgehend verloren zu haben. Zugleich glaubte er allerdings nicht mehr daran, „an anderer Stelle noch Wurzeln schlagen und heimisch werden“ zu können. Ferner mutmaßte er, „dass der juedische Sektor bis Ende 1939 so zusammengeschrumpft sein wuerde, dass zur Betreuung des Restbestandes diejenigen ausreichen wuerden, die [à] tout prix zum Bleiben entschlossen waren.“ Ebda., S. 337f.

Aufgrund seiner Ausführungen wurde Herzfeld auf Anordnung des Gestapa am 22. Oktober 1937 verwarnt, da seine Vorträge über die Eindrücke der vierwöchigen Reise geeignet schienen, „die Auswanderungslust der Juden aus Deutschland nach Palästina in erheblicher Weise zu stören.“ HSTA Düsseldorf RW 58, Nr. 28597.

²⁸⁹ *Herzfeld*, Memoiren, S. 352.

begleitenden Verhaftungswelle in Essen entkam. Er kehrte erst eine gute Woche später nach Essen zurück.²⁹⁰

Seine späteren Ausführungen sagen nichts über den Verlauf der Pogromaktion in der Essener Geschäftsstelle. Zwar ist der geplante Pogrom für „das Rheinland und für Westfalen [...] nahezu flächendeckend dokumentiert“²⁹¹, aber diese Informationen decken nicht die Ereignisse ab, die sich in den Geschäftsstellen der Landesverbände abgespielt haben müssen. Unbescholtene, durch und durch bürgerlich empfindende Menschen wie Alexander und Löwenstein fanden sich für ungewisse Zeit in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald wieder. Es wurde immer schwieriger, Visa zu erhalten, Hab und Gut ins Ausland zu schaffen, auch wenn dies vielen CV-Aktiven im Westen noch im Verlauf des Jahres 1939 mehr oder weniger erfolgreich gelang. Hugo Hahn erreichte die USA, wo die Callmann-Brüder bereits waren; Louis Koppel, Löwenstein und Alexander starben mehr oder weniger betagt in New York; Benno Jacob emigrierte nach England; ebenso der junge Hans Jacobi, der dort in Ruhe sein Jurastudium fortsetzen durfte. Das Umzugsgut der Familie Plaut wurde zugunsten des deutschen Reiches 1940 widerrechtlich konfisziert. Eugen Jacobi überlebte seine Deportation nicht. Der letzte Vorsitzende der Ortsgruppe Essen, David Krombach, wurde 1942 ermordet. Diese CVer hatten dem linksrheinischen und vor allem dem rheinisch-westfälischen Verband in Zeiten Stabilität verliehen, als Angst, Verarmung, Auswanderung und Tod die Organisation belasteten.

6.8 Die Mitgliederbewegung im rheinisch-westfälischen Landesverband

Um den Überblick nicht zu verlieren, führten die Geschäftsführer Mitgliederstatistiken. Dieser Aufgabe kam Plaut bis Oktober 1935 nahezu monatlich nach, um die Daten an die Hauptgeschäftsstelle zu senden. Die Mitgliederlisten, die dann für 1938 vorliegen, waren demgegenüber zuerst der Gestapo auszuhändigen. Für die Zeit seit 1933 wiesen die Landesverbände Rheinland-Westfalen und Linksrhein folgende Zahlen auf:

Jahr	LV RW	LV LR
1933 ²⁹²	3.669	3.923
1934	4.252 ²⁹³	1.991 ²⁹⁴
1935 ²⁹⁵	4.250	2.234
1938	3.666 ²⁹⁶	2.020 ²⁹⁷

²⁹⁰ Vgl. *Herzfeld*, *Meine letzten Jahre*, S. 214f.

²⁹¹ *Zimmermann*, 1998, S. 245; siehe generell auch *Faust*, 1987.

²⁹² Stichtag 15. Januar 1933. HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 196, Frame 0712.

²⁹³ Stichtag 1. Oktober 1934. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3494, Frame 1085.

²⁹⁴ Stichtag 30. November 1934. Ebda., Frame 1071.

²⁹⁵ Stichtag 1. August 1935. Ebda., Frame 1018.

²⁹⁶ Stichtag 1. Oktober 1938. Zwecks Meldung an Stapo. Vgl. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 101, Frame 1301.

²⁹⁷ Stichtag 30. September 1938. Zwecks Meldung an Stapo. Vgl. ebda., Frame 1246.

Demnach scheint sich die NS-Judenpolitik nicht negativ auf den Mitgliederbestand des Essener Verbandes ausgewirkt zu haben. Bis 1934 konnte er einen 16-prozentigen Zuwachs verzeichnen, diesen Bestand bis 1935 halten, woraufhin er bis 1938 lediglich auf den Stand des Jahres 1933 abrutschte. Demgegenüber verlor der Landesverband Linksrhein zwischen 1933 und 1934 die Hälfte seiner Mitglieder, wobei der Bestand im Verhältnis zur jüdischen Bevölkerungszahl eher bescheiden blieb. Von diesem massiven Verlust hat sich der Landesverband auch nicht mehr erholt. Immerhin gelang es aber, diesen niedrigen Mitgliederbestand bis 1938 unter Einsatz bemerkenswerter Werbemaßnahmen zu halten – dem von außen forcierten Niedergang zum Trotz. Obwohl die oben angeführten Zahlen diesen Prozess nicht widerspiegeln, war der Niedergang gravierend. So standen vor allem die letzten Jahre der Organisation entschieden im Zeichen des Umbaus.

Die Anweisungen Hirschbergs aus der Hauptgeschäftsstelle vom 3. August 1933, die auch Hans Jacobi erreichten, klangen geradezu unerbittlich, da er forderte, „alles daran[zu]setzen, um die Mitgliedschaft zu erhalten, auch wenn die Beiträge – durch die wirtschaftliche Lage bedingt – zusammenschrumpfen.“²⁹⁸ Sowohl der Kölner als auch der Essener Syndikus sollten dieser Aufforderung nachkommen, wobei den Unterlagen von Ernst Plaut zufolge der Mitgliederzuwachs nahezu ausschließlich durch die von ihm initiierten Werbemaßnahmen im Verlauf der ersten Monate des Regimes, als er noch einigermaßen ungehemmt vorgehen durfte, erzielt worden waren. Keines der 55 Mitglieder, die im Wahlmonat März 1933 beitraten, tat dies unaufgefordert. In diesem Monat zählte Plaut nur sechs Abmeldungen. Ein Mitglied war verstorben, einer trat aus ungeklärten Gründen aus. Vier Mitglieder waren im Verlaufsmonat verzogen.²⁹⁹ Die Phase, in der die Zugänge deutlich über den Abgängen lagen, war im Essener Verband spätestens seit September endgültig vorbei. Seitdem war das Niveau der Ab- und Zugänge weitgehend ausgeglichen. Die Angaben für den Monat Mai 1934 sind dabei repräsentativ. Durch Werbung konnten 35 Mitglieder gewonnen werden. Von den 34 Mitgliedern, die sich abmeldeten, verzogen 24 ohne weitere Angaben, zwei wechselten zur ZVfD, drei waren verstorben, einer trat ohne nähere Gründe aus, zwei schienen als „Zeitungsverweigerer“ in eine Art Streikhaltung gegenüber ihrem Verein getreten zu sein und wurden als solche von den beiden „böswillige[n] Nichtzahler[n]“³⁰⁰ unterschieden.

Im Dezember 1934 waren die Mitgliederzahlen immer noch zweistellig. Aber mittlerweile standen die 16 Zugänge 17 Abgängen gegenüber. Von diesen 17 Mitgliedern, die den Verein verließen, verzog einer inländisch, zwei waren verstorben. Lediglich einer begründete seinen Austritt ideologisch, zwei waren doppelt geführt worden und zehn hatten ohne weitere Begründung den Austritt erklärt. Dieser ausgewogene Trend auf niedrigem Niveau setzte sich bis inklusive Mai 1935 fort, selbst unter Berücksichtigung des Monats April, als 19 Zugängen 33 Abgänge gegenüberstanden. Plaut hatte allerdings die Mitgliederlisten bereinigt, weshalb der Verlust im Effekt so deutlich ausfiel. Von den 33 verzogen sechs innerhalb

²⁹⁸ HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 250, Frame 1314.

²⁹⁹ Vgl. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3494, Frame 1205.

³⁰⁰ Ebda., Frame 1136.

Deutschlands. Einer wanderte aus. Allein sieben Mitglieder waren im Verlauf des Bezugsmonats April verstorben. Während das Vereinsschicksal von dreien ungeklärt bleibt, begründete Plaut 16 weitere Streichungen damit, dass „einer [...] überhaupt kein Jude, einer [...] im Kloster [sei], 14 [...] überhaupt nicht geführt“³⁰¹ worden seien.

Die Werbungserfolge im rheinisch-westfälischen Verband waren bereits seit Oktober 1934 weitgehend ausgeblieben. Knapp drei Monate vor dem Erlass der Reichsbürgergesetze trat dann eine neue Entwicklung ein. Der rheinisch-westfälische Landesverband hatte seither mehr Ab- als Zugänge. Im Juli waren es elf Zu- und 14 Abgänge.³⁰² Im August waren es sieben Zu- gegenüber 18 Abgängen.³⁰³ Im September 1935 verließen vier Mitglieder den CV. Nur zwei traten ihm bei.³⁰⁴

Die Wanderung spielte die entscheidende Rolle für die Mitgliederverluste im rheinisch-westfälischen Verband, wobei es sich bei diesen aber nicht um Binnenwanderer handeln konnte. Der Faktor Zuzug war sowohl für den rheinisch-westfälischen als auch den linksrheinischen Landesverband letztlich irrelevant. Im Übrigen verlor der Verein seiner Gesamtstatistik zufolge zwischen 1933 und 1935 rund 13.000 Mitglieder.³⁰⁵

Auch wenn der rheinisch-westfälische CV wegen der Auswanderungsbewegung die meisten Mitglieder verlor, so zeichneten sich die verbleibenden Mitglieder durch ausnehmende ideologische Beständigkeit aus. Bis September 1935 war die Anzahl der Austritte aus Tendenzgründen entsprechend gering, was aber auch der Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft zu verdanken gewesen sein mag. Im Vergleich zu den Abmeldungen aus ideologischen Gründen fällt die relativ hohe Anzahl der Todesfälle auf. In welchem Ausmaß sie Tribut der Altersstruktur im Verein war oder Folge verzweifelter Menschen, geht aus diesen Angaben nicht hervor. Eindeutig belegen sie, dass der rheinisch-westfälische Landesverband die meisten der bis 1935 gewonnenen Mitglieder nur den offensiven Werbemethoden verdankte. Nach Abzügen handelte es sich dabei um rund 230 Menschen.³⁰⁶ Zwischen dem 15. Januar 1933 und dem 1. August 1935 waren es aber 583 Mitglieder, die der Essener Zweig gewonnen hatte. Dieser Zuwachs von 353 Mitgliedern kann nicht abschließend erklärt werden, denn nur zum Teil ist er eine Folge der unten zu behandelnden Reorganisationsmaßnahmen der westdeutschen Landesverbände.

Unabhängig davon wurde weiterhin um Mitglieder geworben. Steinberg gelang es im Winter 1935 im nordwestlichen Münsterland, nicht nur „eine ganze Reihe neuer

³⁰¹ Ebda., Frame 1041. Siehe auch Frame 1027. Dieser Liste der Hauptgeschäftsstelle können die Mitgliederbewegungen aller CV-Landesverbände in diesem Monat entnommen werden. Für den Landesverband Rheinland-Westfalen führt sie allerdings 21 Zu- und zehn Abgänge an, sodass abermals Vorsicht geboten scheint. Die CVer führten ihre Mitgliederlisten nicht exakt, weshalb ihr Zahlenmaterial eher ein Strömungsmesser ist.

³⁰² Vgl. ebda., Frame 1019.

³⁰³ Vgl. ebda., Frame 1014.

³⁰⁴ Vgl. ebda., Frame 1013. Die Mitgliederverwaltung in Berlin stellte noch nicht abschließend für den Zeitraum 1. August bis 1. November 1935 reichsweit einen Verlust von rund 500 Mitgliedern fest. Dieser Rückgang sei „ausserordentlich hoch“ im Verhältnis zum Zeitraum April bis Juli 1935, als dem Verein lediglich 141 Mitglieder verloren gingen. Ebda., Frame 1011.

³⁰⁵ Siehe Kapitel 3 dieser Arbeit.

³⁰⁶ Vgl. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3494, Frame 1205, 1201.

Mitglieder“ anzuwerben, sondern auch die Beziehungen in Haltern, Dülmen, Stadtlohn, Vreden und Gemen neu zu festigen. „In Coesfeld ist fast die gesamte, allerdings nicht grosse Gemeinde neu beigetreten.“³⁰⁷ Die erfolgreiche Rückgewinnung Ehemaliger gelang demnach auch weiterhin in den kleineren Gemeinden, obwohl „ein Zug nach der grossen Stadt unverkennbar ist.“³⁰⁸ Der Werbungserfolg im Münsterland blieb dennoch kein singulärer. Dafür war namentlich Plaut verantwortlich, der „es eben verstanden hat, für die Ortsgruppen etwas zu leisten, woraus sich dann die Gegenleistung in Gestalt der festen Organisation ergeben hat.“³⁰⁹ Brodnitz zufolge muss auch der linksrheinische Landesverband innerhalb des Gesamtvereins eine Vorbildfunktion erfüllt haben:

„Im Westen Deutschlands stehen die sehr grossen und ausgezeichnet arbeitenden Landesverbände Rheinland-Westfalen und Linksrhein in ständiger Fühlung mit uns dadurch, dass sie fast wöchentlich einen der ehrenamtlich tätigen Herren nach Berlin entsenden.“³¹⁰

Zudem war die Lage der Mitglieder beider Verbände noch nicht überall völlig desolat. Am 16. April 1936 hiess es zu den Lebensbedingungen im Westfälischen:

„[W]enn sich auch in Westfalen die Veräusserungen jüdischer Geschäfte und der Umsatzrückgang anderer Geschäfte – insbesondere in den kleineren Orten – bemerkbar mach[en], so scheint doch im grossen und ganzen die wirtschaftliche Lage noch haltbar zu sein.“³¹¹

So klagten auch die Kaufleute in Minden – die Ortsgruppe gehörte neuerdings zum Essener Verband – über Umsatzrückgänge, „die Geschäfte scheinen aber noch lebensfähig zu sein. Das Verhältnis zur nichtjüdischen Umgebung ist relativ günstig.“³¹² In Münster wiederum stand die „vorwiegend katholische Bevölkerung [...] zur jüdischen Minderheit in keinem schlechten Verhältnis.“³¹³ Im Übrigen hatten die Ortsgruppenmitglieder keine weitere Notiz davon genommen, dass ihr bisheriger Vorsitzender, Kaufhausbesitzer Julius Hertz, seinen Austritt mit der Begründung erklärt hatte, er sei Zionist geworden, nachdem bereits seine Frau diesen weltanschaulichen Schritt getan hatte. Wenngleich Paul Katzenstein hierauf offiziell den Vorsitz übernahm, stand die Ortsgruppe aber im Grunde, wie schon in den Jahren zuvor, unter dem Einfluss von Rabbiner Fritz Steinthal. Dieser genieße

„bei Juden und Nichtjuden grosses Ansehen [...] Er gilt [...] als ausgesprochen antizionistisch und wird deswegen von der – eine kleine Minderheit bildenden – zionistischen Ortsgruppe scharf angegriffen. [...] Dank der entschiedenen Haltung von Dr. Steinthal [...] ist die Stellung des C.V. in Münster ausserordentlich fest.“³¹⁴

Andere CVer besaßen diese Standfestigkeit nicht mehr. Der Ortsgruppenvorsitzende Julius Rosenwald aus Bünde/Westfalen etwa hatte drei Jahrzehnte lang

³⁰⁷ Steinberg an Berlin am 18. Dezember 1935. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 249, Frame 1042.

³⁰⁸ HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 201, Frame 1120.

³⁰⁹ Ebda.

³¹⁰ Brodnitz an Hugo Stein, Vorsitzender des Landesverbandes Baden, am 7. Januar 1936. HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 201, Frame 1144.

³¹¹ HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 249, Frame 0802-0805, hier 0802.

³¹² Ebda., Frame 0803.

³¹³ Ebda., Frame 0804.

³¹⁴ Ebda.

Mitgliedsbeiträge geleistet, ehe er den Entschluss fasste, im Oktober 1936 nach Amerika auszuwandern.³¹⁵ Die Fluktuation der Vertrauensmänner in den kleinen Gruppen war mancherorts außerordentlich hoch. Dinslaken etwa, das 1931 noch den Status einer Ortsgruppe innehatte, war bis 1937 auf Propagandaortgröße geschrumpft. Allein bis Mai jenes Jahres hatten bereits zwei Vertrauensmänner das Amt inne, bevor es Leopold Strauss übernahm.³¹⁶ Der CV konnte sogar noch künftig Mitgliederzugänge verzeichnen, auch wenn es dann im September 1938 nur noch mehr fünf Menschen waren, denen zwölf Abgänge gegenüberstanden, von denen neun ausgewandert waren.³¹⁷ Nach der letzten Bestandsaufnahme aus Essen für den Monat Oktober 1938 waren es sechs Zugänge, während zehn der insgesamt 16 Abgänge nicht nur den Verein, sondern Deutschland verließen. Ein Mitglied verstarb innerhalb dieser vier Wochen. Über die Motive der übrigen fünf Ehemaligen wurden keine Angaben gemacht. Trotz des schleichenden Missverhältnisses von Zu- und Abgängen zählte der Landesverband Rheinland-Westfalen zum Stichtag 1. November 1938 noch beachtliche 3.656 Mitglieder.

6.9 Die Lage der Ortsgruppen im linksrheinischen Landesverband

Die Mitarbeiter der Kölner Geschäftsstelle verwalteten die Mitgliederlisten bis September 1935 schlecht. Die Angaben, die der Hauptgeschäftsstelle für den linksrheinischen Verband vorlagen, machen generell deutlich: Hier überstiegen die Zugänge die Abgänge bis inklusive Mai 1935 teils deutlich – auch im Vergleich mit der Entwicklung im Essener Nachbarverband. Bis 1934 waren diesem allerdings auch nicht 2.000 Mitglieder verloren gegangen. Hier wie da spielte weder der Faktor freiwilliger Beitritt noch Zuzug eine Rolle. Mühevoll umwarb Hans Jacobi die meisten Mitglieder, und er tat es mit gemessenem Erfolg. Insofern sind die Angaben für den Monat November 1934 repräsentativ: von den 58 Zugängen waren 55 geworben und drei Mitglieder in den Kölner Verbandsbereich zugezogen. In diesem Monat zählte man lediglich sechs Abgänge.³¹⁸ Noch im Mai 1935 konnte er fast doppelt so viele Zu- wie Abgänge zählen. Hans Jacobi hatte in diesem Monat 53 Menschen geworben, Ernst Plaut im selben Zeitraum 19.³¹⁹

Erst im Juli 1935 überwogen im Kölner Verband die Abgänge. Dieser Vorgang hatte im Nachbarverband bereits im Mai eingesetzt. Ein weiterer Unterschied lässt sich dann einen Monat nach dem Erlass der Reichsbürgergesetze ausmachen. Im Oktober 1935 hatte der Essener Verband nur eine einzige Neuanmeldung zu bearbeiten, aber 35 Abmeldungen. Panik spricht aus diesen Zahlen trotzdem nicht. Noch gelassener

³¹⁵ Vgl. HM2 8705, Osoby 721 I, Akte 430, Frame 2504.

³¹⁶ Vgl. HM2 8710, Osoby 721 I, Akte 704, Frame 2654ff.

³¹⁷ Vgl. die Angaben aus der Essener Geschäftsstelle für den Monat September 1938 zwecks Meldung an Stapo. HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 101, Frame 1303.

³¹⁸ Vgl. HM2 8831, Osoby 721 I, Akte 3494, Frame 1071.

³¹⁹ Vgl. ebda., Frame 1027.

wurde die neue Rechtslage im Kölner Verbandsbereich aufgenommen. Dort waren fünf Abgänge und 14 Zugänge zu verzeichnen.³²⁰

Zu diesem Zeitpunkt zählte der Landesverband Linksrhein rund 2.200 Mitglieder, gegenüber dem Vorjahr somit rund 300 Mitglieder mehr, wobei dieser Zuwachs die Folge der Bemühungen war, Vernachlässigtes wettzumachen. Am 3. September 1934 hatte Köln um Verständnis gebeten, weil

„der Landesverband im Aufbau begriffen ist. Unsere Arbeit besteht nicht zum unwesentlichsten in der Rückwerbung alter Mitglieder. Diese werden zwar in Berlin seit Jahren geführt, nicht aber in den Ortsgruppen.“³²¹

Folglich hatte der linksrheinische Verband die 2.000 Mitglieder nicht im ersten Jahr des Hitler-Regimes verloren, sondern bereits in den Jahren vor 1933. Die Kölner hatten ihre Mitgliederlisten einfach nicht im Griff. Im Zuge der Übernahme linksrheinischer Ortsgruppen durch die Essener Geschäftsstelle kritisierte diese noch am 9. Mai 1935, „dass ein nicht unerheblicher Teil der in den Listen geführten Mitglieder seit Jahren verstorben oder verzogen ist.“³²² Auf das Zahlenmaterial ist folglich wenig Verlass. Dennoch strengten sich die Geschäftsführer an, die Mitglieder (wieder-)zugewinnen, was angesichts der mancherorts notwendigen Überzeugungsarbeit nicht immer leicht war. In der Ortsgruppe Viersen waren es bereits Mitte 1933 vier Austrittserklärungen, die die Mitarbeiter in Köln und Berlin beschäftigten. Unter den Abtrünnigen befand sich der langjährige Vorsitzende Lehrer Nussbaum. Für ihn war der CV als Abwehrorganisation gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus überflüssig geworden. Hans Reichmann, Berlin, wurde eingeschaltet, um Nussbaum über die gewandelten Vereinsaufgaben unter den neuen Bedingungen aufzuklären. Der CV sei

„die erste Organisation, die eine juristisch-wirtschaftliche Beratungsstelle schuf, die von Anfang an mit den ähnlich organisierten, aber mit zum Teil anderen Kompetenzen ausgestatteten Stellen der jüdischen Gemeinden [...] zusammen arbeitete. Die Vertreter des Centralvereins sind die maßgebendsten Faktoren in Gremien wie der Reichsvertretung oder dem Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau. Ohne unsere Mitwirkung und ohne unseren Rat geschieht von diesen Instanzen aus nichts. Unsere Erfahrung, unser Apparat, unsere Vertreter sind heute mehr denn je unentbehrlich. Zweifellos sind die Möglichkeiten, wie Sie sie in Ihrem Schreiben [vom 17. Juli 1933] andeuten, nicht mehr vorhanden. Das sollte aber für Sie nicht der Anlass zu der Auffassung sein, die Tätigkeit des Centralvereins brachzulegen oder sie brachlegen zu lassen.“³²³

Reichmann deutete zudem an, Nussbaums Schritt stelle eine Ausnahme dar, weil „der Mitgliederbestand nicht wesentlich zurückgegangen ist.“³²⁴ Jacobi wurde schließlich

³²⁰ Vgl. ebda., Frame 1012.

³²¹ Ebda., Frame 1118.

³²² Ebda., Frame 1041.

³²³ Reichmann am 14. Juli 1933 an Nussbaum. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 250, Frame 1316ff., hier 1317. Auf Landesverbandsebene wurde werbend vor allem auf die Bedeutung des Centralvereins als Rechts- und Wirtschaftsberatungsstelle verwiesen. In einem Rundschreiben der Essener Geschäftsstelle vom 20. März 1933 versicherte man den Mitgliedern, die Beratungsstelle in der Dreilindenstraße stünde ihnen unentgeltlich zur Verfügung, wenn sie nur „weiterhin Vertrauen zu der beharrlichen Arbeit“ ihrer Organisation hätten. Ebda., Akte 249, Frame 1270f., hier 1271.

³²⁴ Ebda.

noch persönlich in der Ortsgruppe vorstellig, wobei er es allerdings versäumte, die Hauptgeschäftsstelle über das Resultat der Unterredung zu informieren. Sie war es, die deshalb im Herbst auf Jacobi zugehen musste. Am Ende war es aber gelungen, drei der vier Abtrünnigen wiederzugewinnen, unter ihnen Nussbaum, der den Vorsitz der Ortsgruppe erneut übernahm.³²⁵

Anfängliche Tendenzen der Selbstauflösung machte Jacobi einer Meldung vom 12. September 1933 zufolge auch in Düren aus. Die Ortsgruppe hatte sich selbst aufgelöst, ohne Köln oder Berlin darüber in Kenntnis zu setzen. Statt am deutsch-jüdischen Credo festzuhalten, war

„der frühere Vorsitzende, Herr [Berthold] Bender, [...] führend bei den Zionisten tätig. Die in der Berliner Liste geführten Mitglieder sind schon zum Teil tot, zum Teil verzogen, zum Teil Zionisten geworden. [...] Bei allen früheren Mitgliedern wird der Versuch gemacht, sie zurückzuwerben. Es wird ein provisorischer Vorstand gebildet werden. [...] Wir hoffen, dass es uns gelingen wird, die Ortsgruppe wieder zu verlebendigen.“³²⁶

Um die Ortsgruppe zu beleben und die Abwanderung ins gegnerische Lager einzudämmen, sah Jacobi vor, nach Rosh Hashana, dem jüdischen Neujahrsfest, eine CV-Veranstaltung unter den rund 400 Gemeindemitgliedern Dürens zu organisieren. Dies schien ihm – letztlich auch begründet – eine Erfolg versprechende Maßnahme zu sein. Bis dahin hatte diese Ortsgruppe neben Trier, Koblenz, Bad Kreuznach und Neuwied immer noch zu den größeren im Verband gezählt, und Jacobi hielt es ohnehin für sinnvoller, der „Reorganisation der grösseren Ortsgruppen“³²⁷ Priorität einzuräumen. Damit kam er auch einer Empfehlung der Hauptgeschäftsstelle nach. Diese war im Dezember 1933 im Zuge der Reisevorbereitungen des Hauptvorstandsmitgliedes Ernst Behrendt, Beuthen, der Ansicht, zuerst die Juden in den kleineren und mittleren Städten der beiden westdeutschen Verbände zu besuchen. Für die in den Dörfern lebenden Juden sollten dann Bezirkstagungen organisiert werden.³²⁸

Der Zeitpunkt dieser Maßnahme ist insofern relevant, als die Versammlungen des CV an der Wende 1933/1934 auch im rheinisch-westfälischen Verband wieder öffentlich abgehalten wurden. Einem Bericht vom 21. Januar 1934 zufolge organisierte hier die Ortsgruppe Wuppertal-Barmen die

„erste öffentliche Versammlung des C.V. nach der politischen Umwälzung. [...] Die Versammlung war ein wertvoller Anfang für die Arbeit in der Ortsgruppe, die nun einsetzen muss, nachdem eine grössere Bewegungsfreiheit gegeben ist.“³²⁹

³²⁵ Vgl. ebda., Frame 1305.

³²⁶ HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 720, Frame 1177f. Der 1876 in Trier geborene Spirituosenhändler Berthold Bender hatte Anfang 1928 die vom Vorsitzenden der Synagogengemeinde Düren seit 1901 geleitete Ortsgruppe übernommen. Hermann Löwenstein, der sie 1920 reaktivierte, gab sie aus Gründen der Arbeitsüberlastung ab. Beide gelten als im Osten ‚verschollen‘. Vgl. *Naor, Neomi, Robrock, Nika*, Erinnerung. Eine Dokumentation über die Jüdinnen und Juden in Düren von 1933 bis 1945, Düren 1994, S. 183; vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 250, Frame 1188.

³²⁷ HM2 8711, Osoby 721 I, Akte 720, Frame 1177.

³²⁸ Vgl. HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 233, Frame 2101. Von christlichen Gastrednern ist keine Rede mehr.

³²⁹ HM2 8723, Osoby 721 I, Akte 1396, Frame 2166. Herzfeld behauptete bezüglich der Überwachungssituation, dass „die Vorstände der Landesverbände und Ortsgruppen [...] von der

Es rächte sich, die Reorganisation der Propagandaorte zurückgestellt zu haben. Die Bedingungen des Vereins in Andernach hatten sich deshalb verschlechtert. Ausgeprägt und verhältnismäßig früh fiel hier die zionistische Alternative, auf fruchtbaren Boden. Am 28. November 1934 hieß es aus der Kölner Geschäftsstelle, dass

„wir die Arbeit in Orten wie Andernach für den Augenblick weniger bedeutungsvoll ansehen [...], weil der Zionismus dort sehr stark ist. Im übrigen ist die jüdische Bevölkerung dort sehr klein und selbst bei guter Arbeit dürfte die zu gewinnende Mitgliederzahl kaum über 10–15 Personen herausgehen.“³³⁰

Mittelfristig ging es aber auch aus finanziellen Gründen nicht an, die kleineren Ortsgruppen weiterhin zu vernachlässigen. Am 16. April 1935 wies Hirschberg daher mit Blick auf die Ortsgruppe Andernach Jacobi an, „nunmehr unbedingt [zu versuchen], diese Mitglieder zur Zahlung eines – wenn auch noch so geringen Beitrages – zu veranlassen.“³³¹ Aber die Ortsgruppe im katholischen Andernach wollte sich unter dem Vorsitz von Gustav Lichtenstein nicht mehr recht reaktivieren lassen. Von den 52 Mitgliedern aus besseren Tagen waren im April 1935 noch 21 übrig.³³²

Es war schwierig, den massiven Boykott in diesem Touristenstädtchen auszuhalten. Die Hoffnung, dem wuchernden Schilderwald ‚deutsches Geschäft‘ Einhalt gebieten zu können, erfüllte sich nicht. Auf den Boykott stellte sich kein Schamgefühl ein, obwohl dies „auf die Ausländer einen eigentümlichen Eindruck“³³³ machte. Der Bürgermeister

GESTAPO [...] weit weniger scharf beobachtet [wurden]. Sie konnten sich mit tragbarem Risiko ohne Anmeldung versammeln, und diese Möglichkeit wurde voll ausgenutzt. [...] Mitgliederversammlungen wurden im üblichen Turnus veranstaltet. Oft fanden sie, weil kein anderer Raum zur Verfügung stand, in den Synagogen statt. Sie mussten natürlich angemeldet werden und wurden in der Regel polizeilich überwacht. Infolgedessen sah man von den früher üblichen, dem Vortrag folgenden Diskussionen generell ab.“ *Herzfeld, Meine letzten Jahre*, S. 191.

Nach einem Leitfaden zu Vorbereitungsfragen für CV-Veranstaltungen vom 7. Juni 1934 war vor allem die Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 zu beachten, nach der öffentliche politische Versammlungen 48 Stunden vorher bei der Ortspolizei zu melden waren. Der Leitfaden empfahl, die polizeiliche Erlaubnis in jedem Fall einzuholen. Weil sich „die CV-Versammlungen [...] mit allgemein politischen Fragen grundsätzlich nicht befassen [...], so sind sie nicht als politische Versammlungen anzusehen. [...] Ob geschlossene Versammlungen [die Vorlage von Einladungskarten war notwendig] auch gemeldet werden müssen, hängt von den örtlichen Bedingungen ab. Anmeldung hat nur einen störungsfreien Zweck.“ HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 41, Frame 1173f. Am 9. Juli 1934 hatte Krombach die Ortsgruppenvorstände deutlich auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die Anmeldepflicht nicht zu umgehen, da dies das „Geheime Staatspolizeiamt [...] in Zukunft unter keinen Umständen“ dulden und die Vorstände bei Zuwiderhandlungen zur Verantwortung ziehen würde. CAHJP D/Ne 2/5.

Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen und auch die Kamingsgespräche waren grundsätzlich im preußischen Innenministerium bekannt. In seinem monatlichen Lagebericht etwa hielt der Koblenzer Regierungspräsident am 7. August 1934 fest: „Die Juden halten sich im allgemeinen in der Öffentlichkeit noch immer stark zurück. Es war jedoch eine erhöhte Versammlungstätigkeit in den Synagogen und in Privathäusern festzustellen. In den Kreisen des Judentums herrscht im allgemeinen eine ziemlich zückerliche Stimmung. Man rechnet damit, dass das 3. Reich an wirtschaftlichen Schwierigkeiten und mangelnder Einigkeit seiner Führer scheitern wird. Diese Einstellung wird vor allem darauf zurückzuführen sein, dass die Juden vorwiegend ausländische Rundfunkstationen hören und deutsch-feindlich eingestellte ausländische Zeitungen lesen.“ Bundesarchiv, R 58, Nr. 3856.

³³⁰ HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 287, Frame 1196.

³³¹ Ebda., Frame 1195.

³³² Vgl. ebda., Frame 1225, 1995.

³³³ HM2 8780, Osoby 721 I, Akte 2749, Frame 2652.

Andernachs ordnete indes am 17. Juni 1935 selbst die Entfernung der Inschrift der Synagoge – ‚Haben wir nicht alle einen Vater, hat uns nicht ein Gott geschaffen‘ – wegen vermeintlichen Erregens „öffentlichen Unwillens“ an.³³⁴

Die Ortsgruppe des Vereins in Andernach hielt so viel Boshaftigkeit schon bald nicht mehr stand. Am 24. Januar 1936 hieß es, sie habe zu bestehen aufgehört. Die wenigen verbliebenen Mitglieder wurden Neuwied angeschlossen, „alle anderen früheren Mitglieder der Ortsgruppe Andernach sind zu streichen. [...] die in der alten Liste aufgeführten Personen sind zum Teil tot, zum Teil verzogen, zum Teil zahlungsunfähig.“³³⁵

Anders war die Lage in der mit 700 Mitgliedern weiterhin großen CV-Ortsgruppe Köln. Hier genoss der Verein dank Rudolf Callmann „beträchtliches Ansehen“, und wegen der besonderen Lokalmoralität war „trotz der vielen Sorgen, die die Einzelnen bedrücken, [...] die Gesamtstimmung [...] nicht ungünstig. [...] Ich [Fritz Goldschmidt, Berlin] habe seit Januar 1933 noch niemals jüdische Menschen in solcher ‚rheinischen Stimmung‘ beisammen gesehen.“³³⁶

Dennoch fiel dem Gesamteindruck Goldschmidts zufolge auf, dass auch in Köln „gerade die wirtschaftlich stärksten Kreise geneigt sind, zu resignieren und wirtschaftliche Positionen aufzugeben.“³³⁷

Laut einem ergänzenden Bericht zur Lage in Köln, den Ernst Löwenthal vier Wochen vorher formulierte, hatte sich die Ortsgruppe vor allem im Bereich der Wiedereinbürgerung und des Arbeitsrechts profiliert. Auch musste sie bis dahin noch keine Beschwerde beim Regierungspräsidenten führen. Die Stimmung sei vielmehr ruhig, vom öffentlichen Boykott sei nichts zu bemerken: „Gäbe es weder den ‚Westdeutschen Beobachter‘ noch den Gauleiter Grohé, so wäre [...] von einer antisemitischen Bewegung im Volk kaum etwas zu merken.“³³⁸ Außerdem sei die jüdische Gemeinde noch nicht verarmt, auch wenn das Einkommenssteueraufkommen, so der Gemeindevorsitzende und Konsul Albert Bendix, zurückgegangen sei. Verantwortlich sei dafür wiederum das Schwinden der Steuerkraft gerade von

³³⁴ HM2 8772, Osoby 721 I, Akte 2555, Frame 0301. Gegen diese Verfügung wurde am 27. Juni 1935 Einspruch beim Landrat des Kreises Mayen erhoben, den der Vorstand der Synagogengemeinde abzeichnete. Danach sei der Spruch des Propheten Maleachi der Heiligen Schrift entlehnt, „die auch von den Bekennern der christlichen Religion als heiliges Buch angesehen wird. [...] Wir erklären feierlichst, dass beim Bau der Synagoge 1932 die Aufschrift [...] bereits seit Jahren beabsichtigt war und dass uns irgend eine Provokation gegen den Staat oder eine staatliche Stelle durchaus ferngelegen hat. Von einem Unwillen der Bevölkerung gegen diesen Ausspruch kann man wohl nicht sprechen. Tatsache ist nur, dass vor ca. 14 Tagen eine Anzahl Jugendlicher im Alter von 8 bis 15 Jahren durch die Stadt zog, in Schmährufe [...] auf die Juden ausbrach und sich dann vor der Synagoge aufstellte und etwa folgende Worte ausrief: ‚Wir verlangen die Entfernung der Inschrift an der Synagoge; wir haben nicht den selben Gott wie die Juden‘. Die jüdischen Bürger der Stadt Andernach haben diesen Vorfall stillschweigend hingenommen, obwohl kein Ereignis ihn gerechtfertigt hätte. Von höchsten Regierungsstellen ist immer betont worden, dass keine Massnahmen sich gegen irgend eine Religion richten, dass die Ausübung jeder Religion gewährleistet und Kirchen und Friedhöfe zu schützen seien.“ Ebda., Frame 300.

³³⁵ HM2 8702, Osoby 721 I, Akte 287, Frame 1192.

³³⁶ Bericht vom 2. Februar 1935. Ebda., Akte 261, Frame 0302-0305, hier 0303.

³³⁷ Ebda., Frame 0305.

³³⁸ HM2 8712, Osoby 721 I, Akte 798, Frame 2016-2023, hier 2016.

„ehemals bedeutenden jüdischen Wirtschaftlern, die aus ihren Betrieben (Tietz, Michel, Alsberg, Geheimrat Ottmar Strauss) ausgeschieden sind oder, sofern sie noch in ihrem Betrieb tätig sind, kein Einkommen zu versteuern hatten. Die Zahl der jüdischen Manufaktur- und Schuhwarenhändler ist auf ein Minimum zurückgegangen. Die Einstellung jüdischer Arbeitnehmer, vor allem in den gleichgeschalteten grossen ehemals jüdischen Unternehmungen ist ausserordentlich schwer. [...] Wie allenthalben leiden auch in Köln die Rechtsanwälte mehr unter Beschäftigungsmangel als die Ärzte.“³³⁹

Ignorierte man die Einzelschicksale, so wirkte die Lage in der Großgemeinde – im Gegensatz zu den Klein- und Mittelgemeinden – einigermaßen erträglich. Aus diesem Grund verzogen auch vermehrt Juden vom Land in die Städte. Das stabilisierte wiederum jüdische Großgemeinden wie Köln und wirkte zeitweise leidlich ausgleichend auf Struktur und Finanzhaushalt.³⁴⁰ Der CV versuchte dennoch die Abwanderung aus den kleinen Gemeinden aufzuhalten. Im Moselörtchen Schweich und in Wittlich organisierte daher Jacobi nach einem Vortrag zum Thema ‚Gegenwartsfragen des deutschen Judentums‘ im März 1935 die ansässigen Juden erfolgreich neu.³⁴¹

Es war auch weiterhin möglich, in den kleinen CV-Gruppen abgewanderte Vertrauensmänner zu ersetzen. Als etwa der Vertrauensmann in Bernkastel Hönigsberger 1936 nach Palästina emigrierte, konnte Jakob Thal anlässlich einer gut besuchten Moselbezirkstagung im November 1936 als Nachfolger gefunden werden.³⁴²

³³⁹ Ebda., Frame 2016f.

³⁴⁰ 1937 hieß es, die jüdische Bevölkerungszahl der Kölner Synagogengemeinde sei „etwa um 3000 gesunken: Die Zahl der Auswanderer ist zu einem grossen Prozentsatz durch den Zuzug von Binnenwanderern ausgeglichen worden. Diese neu Zugewanderten sind zum Teil Kaufleute, die ihre Geschäfte in den kleineren Orten verkauft haben. [...] 1936 [standen] den 1324 Zugängen (1181 aus Deutschland) [...] 2049 Abgänge gegenüber. 740 Personen verzogen innerhalb Deutschlands, 335 gingen ins europäische Ausland, 245 (gegen 60 im Jahre 1935!) nach Uebersee, 189 (gegen 214 im Jahre 1935) nach Palästina, und weitere 540 wanderten mit unbekanntem Ziel aus. [...] Zu diesem Verlust durch Abwanderung tritt noch der natürliche Rückgang durch Ueberwiegen der Sterbeziffer über die Geburtenzahl. In Köln wurden im Jahre 1936 (ohne Dezember) 49 (gegenüber 78 im Jahre 1935) jüdische Kinder geboren. Ausserdem erfolgten 74 Austritte aus dem Judentum, während nur 4 Personen in die jüdische Gemeinde wieder eintraten. Insgesamt hat die Gemeinde allein 1004 Mitglieder im Jahre 1936 verloren. [...]

	1936	1935
durch Abwanderungsüberschuss	815	500
durch Sterbeüberschuss	132	128
durch Austritte	57	38.“

CVZ, Bild einer Gemeinde, Nr. 6, 11. Februar 1937, unpaginiert. Vgl. auch CVZ, Die Auswanderung Aachener Juden seit 1933, Nr. 48, 28. November 1935, unpaginiert, sowie CVZ, Die jüdische Auswanderung aus dem Rheinland, Nr. 27, 2. Juli 1936, unpaginiert. Zur Auswanderung deutscher Juden zwischen 1933 und 1938 siehe *Rosenstock, Werner, Exodus 1933–1938; Weltsch, Robert* (Hg.), Deutsches Judentum. Aufstieg und Krise. Gestalten, Ideen, Werke, Stuttgart 1963, S. 380-405; *Düwell*, 1968, S. 190ff.

³⁴¹ Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 247, Frame 0568f. Der Begriff Ortsgruppe wird nach 1933 nicht präzise verwendet. Wegen Fahrlässigkeit sorgte Jacobi in Berlin für Unstimmigkeiten: „Bei der relativ geringen Zahl Ihrer Ortsgruppen und Propagandaorte muss es doch möglich sein, die Kartothek ordnungsgemäss zu führen. [...] Für Schweich und Wittlich schicken Sie uns blaue Karten ein; wir führen [...] beide Orte als Propaganda-Orte. Gelbe Karten haben wir seinerzeit von Ihnen erhalten. Sind die beiden Gruppen inzwischen zu Ortsgruppen geworden? Wir bitten um Mitteilung, ob nun die gelben oder blauen Karten zuständig sind.“ Ebda., Frame 0567. Wittlich war auch nach Jacobis Vortrag lediglich ein Propagandaort.

³⁴² Vgl. HM2 8703, Osoby 721 I, Akte 344, Frame 1802f.

Im CV waren unzählige Einzelschicksale bekannt. Seine Mitarbeiter wussten oft ganz genau, wer mittlerweile „in kleinen Verhältnissen“³⁴³ leben musste und wer welche Schikanen erduldet. In Traben-Trarbach etwa war es Salomon Schönmann, Besitzer eines Schuhgeschäftes, der sich seit der Regierungsübernahme Hitlers massiven Drohungen ausgesetzt sah. Anfangs ergriff er die Flucht nach Metz zu seinem Sohn. In dieser Zeit erlitt er einen Schlaganfall. Seine Frau, die in Traben-Trarbach geblieben war, pflegte ihn hierauf monatelang, bis er wieder leidlich beisammen war. Sie kehrte 1934 nach Traben-Trarbach zurück, Salomon Schönmann kam bei seinem Schwager in Saarlouis unter. Von dort ging es im November 1934 weiter nach Dortmund zu seiner Tochter. Drei Monate später traute er sich, in das Weinörtchen zurückzukehren. Aber am 23. Februar

„sammelte sich ein Trupp uniformierter SA-Leute in der Stärke von 100–150 Mann vor dem Haus, erbrachen die Türe und drangen ein. Sie erbrachen auch die Türe des Schlafzimmers und des Wohnzimmers im ersten Stock [...] Mittlerweile wurde die Polizei benachrichtigt, traf auch ein und forderte die SA auf, das Haus zu verlassen. Dieser Aufforderung wurde zunächst Folge geleistet, später drangen die SA[-]Leute aber erneut ein[,] und zwar mehrere Male. Daraufhin nahm die Polizei Herrn Schönmann in Schutzhaft. Bei der Abführung wurde er den Polizisten im Hausflur entrissen und zu Boden geschlagen. Er erhielt dreizehn Wunden am Kopf, die genäht werden mussten, einen Nasenbeinbruch, einen Rippenbruch und einen Bluterguss am Bein. In der gleichen Nacht wurde Schönmann unter polizeilicher Bewachung in das Herz-Jesu[-]Krankenhaus in Trier eingeliefert [...] Von dem Krankenhaus aus ist Herr Schönmann zunächst in das Trierer Gefängnis gekommen, von dort abtransportiert worden und befindet sich jetzt nach einer von ihm unterschriebenen, im übrigen vorgedruckten Karte in Dachau.“³⁴⁴

Über die Lage der verbliebenen Mitglieder in Traben-Trarbach informierte im November 1936 ein Adolf Schoemann. Nach dem Wegzug seines Bruders Siegmund nach Bingen sei es sinnlos geworden, dessen CV-Amt zu übernehmen, „da hier nur mehr drei Familien wohnen und diese die Beitragszahlungen ablehnen.“³⁴⁵

Auch im gut situierten Bad Godesberg hörte die vormals selbstständige CV-Gemeinschaft auf zu existieren. Ihr hatte der Vertrauensmann Oskar Wolff vorgestanden, der aber der Kölner Geschäftszentrale am 27. April 1937 meldete, dass „die Ortsgruppe [sic] nur noch mehr sechs Mitglieder hat.“³⁴⁶ Diese wurden der Ortsgruppe Bonn angeschlossen. Obwohl diese den Status einer Ortsgruppe gehabt haben muss, durfte sie sich aber seit dem 18. Mai 1938 nicht mehr so kennzeichnen, da diese Bezeichnung von Amts wegen für unzulässig erklärt wurde; sie war in Ortsverband abzuändern.³⁴⁷

³⁴³ HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 249, Frame 0956. In diesem Schreiben vom 10. November 1937 nannte Jacobi fünf Namen, in der Mehrheit handelte es sich um Frauen.

³⁴⁴ HM2 8801, Osoby 721 I, Akte 3070, Frame 0753-0755, hier 0754. Das Schreiben an den Landesverband Rheinland – wahrscheinlich vom Mai 1935 – ist von Ernst Plaut, da er von Schönmanns Tochter aus Dortmund aufgesucht worden war. Plaut bat eindringlich, den Fall mit besonderem Nachdruck zu bearbeiten.

³⁴⁵ HM2 8720, Osoby 721 I, Akte 1219, Frame 0618.

³⁴⁶ HM2 8709, Osoby 721 I, Akte 624, Frame 2231.

³⁴⁷ An alle Untergliederungen des Jüdischen Centralvereins vom 20. Mai 1938. HM2 8710, Osoby 721 I, Akte 648, Frame 0238.

Der Vorsitzende Hermanns der Bonner Ortsgruppe, der zu Beginn der 1920er Jahre eifrig fünfstellige Spendensummen gesammelt hatte, machte im Hochsommer 1938 einen ungewöhnlichen Vorschlag. „[M]it Rücksicht auf die ausserordentliche Verarmung und Verringerung der Gemeinde“³⁴⁸ solle sich die Ortsgruppe des CV in Bonn gleich vollständig auflösen. Diese Anregung wurde aber zuerst vonseiten Kölns abgelehnt. Die Gemeinde zählte immerhin noch rund 400 Mitglieder. Die Hauptgeschäftsstelle warnte geradezu vor diesem Schritt, weil

„eine eigenmächtige Auflösung der Ortsgruppen nicht zulässig ist, und, sofern nicht eine besondere Verringerung der Mitgliederzahl festzustellen ist, auch nicht im Sinne der Behörden liegt“³⁴⁹,

die gut organisierte Strukturen leichter kontrollieren konnten. Der CV unternahm viel, um diese Strukturen aufrechtzuerhalten, während Binnen-, Auswanderung sowie weltanschauliche Abwanderung an ihm zerrten. Um den Zusammenhalt zu wahren, hatte sich der Verein neu positioniert, Überzeugungsarbeit geleistet und alles in allem einen unerschütterlichen Durchhaltewillen an den Tag gelegt, weshalb nicht zuletzt die Ortsgruppe Bonn nur unter Zwang am 10. November 1938 zu bestehen aufhörte.

6.10 Die Reorganisation der Landesverbände

Vier Jahre zuvor hatte man noch versucht, das Organisationsgerüst auch auf Landesverbandsebene zu stabilisieren. Für den 21. Februar 1934 war eine Sitzung im Repräsentantensaal der Essener Synagogengemeinde anberaumt zum Zweck der Neugliederung der westdeutschen Landesverbände. Bis auf die schriftliche Einladung Hirschbergs vom 10. Januar dieses Jahres fand sich jedoch kein weiterer Hinweis zu diesem Vorhaben.³⁵⁰ Beiläufig erwähnt allerdings ein Schreiben Hans Reichmanns vom 14. März 1934, der rheinisch-westfälische Landesverband habe Teile des linksrheinischen übernommen.³⁵¹ Fünf Monate später präzisiert Plaut, die vormals von Köln betreuten rechtsrheinisch gelegenen Ortsgruppen Leverkusen, Solingen und Opladen würden mittlerweile wieder zum Essener Zuständigkeitsbereich zählen.³⁵² An anderer Stelle wird deutlich, dass der Ansprechpartner für die am Niederrhein gelegenen Ortsgruppen Mönchen-Gladbach, Viersen, Geldern, Goch und Kleve nun in Essen zu suchen sei.³⁵³ Folglich wurde der Regierungsbezirk Düsseldorf, den sich die beiden CV-Landesverbände der Besatzungsverhältnisse wegen seit 1923 geteilt hatten, zusammengefügt, um wieder einheitlich von Essen bearbeitet zu werden. Es war erforderlich geworden, sich strikter am staatlichen Verwaltungsaufbau zu orientieren, um die verbleibenden rechtlichen Ansprüche besser durchzusetzen. Auch war der Zuständigkeitsbereich des Landesverbandes Rheinland-Westfalen damit nahezu

³⁴⁸ HM2 8704, Osoby 721 I, Akte 371, Frame 0102.

³⁴⁹ Ebda., Frame 0101.

³⁵⁰ Vgl. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 25, Frame 0766.

³⁵¹ Vgl. HM2 8769, Osoby 721 II, Akte 17, unpaginiert.

³⁵² Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 1167.

³⁵³ Vgl. ebda., Frame 1064, 1161.

deckungsgleich mit den Gebietseinheiten der NSDAP.³⁵⁴ Die Essener Mitarbeiter hätten ihr Gebiet darüber hinaus gerne nach Norden hin abgerundet, weil auf diese Weise ihr eigener Wirkungskreis an den des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen angepasst worden wäre, der nicht der Partei, sondern dem Reichsarbeitsministerium unterstand. Es handelte sich dabei um Teile des Regierungsbezirkes Münster und des Regierungsbezirkes Minden, die aber vom Zwerg-Landesverband Ostwestfalen-Lippe und Nachbargebiete betreut wurden.³⁵⁵ Als der CV-Geschäftsführer in Herford, Prediger Goldmann, am 1. Dezember 1934 sein Amt krankheitsbedingt niederlegte³⁵⁶, ergriff Plaut ohne weitere Absprachen die Initiative und erklärte am 29. Dezember die Übernahme dieser Gebiete durch seinen Landesverband als vollzogen.³⁵⁷ Plaut schwebte dabei eine organisatorische Aufteilung dieses kleinen Verbandes zwischen Essen und Hamburg vor.³⁵⁸ Das was formal möglich. Es hätte überdies den Konzentrationsprozess im Verein befördert, da es bereits am 5. Februar 1934 zu einer Fusion der Landesverbände Norddeutschland und Hannover gekommen war. Dieser Zusammenschluss firmierte unter der Bezeichnung CV-Landesverband Nordwestdeutschland, Bezirk und Ortsgruppe Hannover mit Hauptsitz in Hamburg.³⁵⁹

Wenngleich es dem Zwerg-Landesverband an einem Geschäftsführer fehlte, so war er doch nicht kopflos. Sein Vorsitzender Willy Katzenstein war trotz des Vorgehens von Plaut weiterhin im Amt und hatte sich seinerseits Gedanken über die Zukunft des Verbandes gemacht.³⁶⁰ Bereits am 24. November 1934 ließ er der Zentrale einen Brief zukommen, in dem er die Gründe aufzählte, die den Erhalt des kleinen Verbandes rechtfertigten. Ein Nachfolger Goldmanns, der Volljurist Dr. Hans Davidsohn, stand schon bereit. Nach Ansicht Katzensteins verkannten die Essener Kollegen

„vollkommen die traditionellen Gegebenheiten, die einen grossen Teil der westfälischen Gemeinden seit vielen Jahrzehnten mit Bielefeld und Herford verknüpfen. Schließlich gibt es seit mehr als 4 Jahrzehnten einen westfälischen Provinzialverband, einen der ältesten in ganz Preussen, und [es] gibt [...] auch noch mehrere andere provinzielle Organisationen, die für die Gemeinden Westfalens von grosser Bedeutung sind. Nur die

³⁵⁴ Der Gau Düsseldorf unterstand Friedrich Karl Florian, der Gau Essen Josef Terboven, seit 1935 Oberpräsident der Rheinprovinz. Josef Wagner war Gauleiter für Westfalen-Süd, der Gau Westfalen-Nord unterstand Dr. Alfred Mayer, seit 1933 Reichsstatthalter von Lippe und Schaumburg-Lippe. Vgl. *Pommerin, Reiner*, Die räumliche Organisation von Staat und Partei in der NS-Zeit, in: *Irsigler*, Geschichtlicher Atlas, Beiheft V/3, S. 5ff.

³⁵⁵ Vgl. RGBL., Teil I, Nr. 64, 15. Juni 1933, Anlage, S. 369. Abgrenzung der Wirtschaftsgebiete (§ 1 des Gesetzes über Treuhänder der Arbeit). Vgl. auch Plauts Schreiben an die Zentrale vom 12. Oktober 1934. HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 213, Frame 0306.

³⁵⁶ Goldmann verstarb kurz darauf. Er war über 24 Jahre für den CV tätig. Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 248, Frame 0833, 0841.

³⁵⁷ Vgl. HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 225, Frame 1341f.

³⁵⁸ Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 1355, Frame 1361.

³⁵⁹ Vgl. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 24, Frame 0425. Der Zusammenschluss war bereits Ende 1931 geplant gewesen, scheiterte seinerzeit aber an den starken Partikularinteressen der Hanseaten, die infolge ihrer Finanzkraft die Berliner Zentrale davon überzeugen konnten, das als provinziell empfundene Hannover nicht als Vorort dieses CV-Gebietes zu machen.

³⁶⁰ Katzenstein, zugleich Vorsitzender der Ortsgruppe Bielefeld, hatte Isidor Baruch im Amt abgelöst. Dem CV-Kalender für das Jahr 1929 zufolge war dieser nach Berlin verzogen. Vgl. HM2 8703, Osoby 721 I, Akte 354, Frame 1946.

C.V.[-]Arbeit hat einen Teil der westfälischen Gemeinden seit einer Reihe von Jahren mit Essen verbunden, darüber hinaus bestehen aber zwischen den Gemeinden Westfalens und der Rheinprovinz kaum irgend welche engeren Beziehungen. Dagegen ist es dem Syndikat in Herford, in der Verbindung mit der hier in Bielefeld für die Provinz geleisteten Arbeit gelungen, eine grosse Anzahl westfälischer und lippischer Gemeinden sowie auch die hannöversche Gemeinde Osnabrück eng mit der hier geleisteten C.V.[-]Arbeit zu verknüpfen. Es würde sicherlich unserem C.V.[-]Interesse sehr abträglich sein, wenn die Verbindung zwischen Herford und allen diesen Gemeinden abgerissen würde und man sie auf das ihnen in jeder Hinsicht ziemlich fernliegende Essen verweisen wollte. Ich kann mir nicht denken, dass Herr Dr. Plaut von Essen, in Anbetracht des ihm unterstellten übergrossen Gebiets in der Lage sein würde, die Interessen des jetzigen Gebietes Ost-Westfalen und darüber hinaus so wahrzunehmen und hier eine solche Werbetätigkeit zu entfalten, wie es Herrn Dr. Davidsohn möglich sein würde. Eine weitere Folge würde [...] sein, dass das Schwergewicht der Wirtschaftsberatung und Rechtshilfe sich vom C.V. nach anderen jüdischen Organisationen in Westfalen verschieben würde. Alles zum Nachteil der C.V.[-]Propaganda. Die Begründung des Landesverbandes Ostwestfalen wird manchmal wohl als *lex Baruch* bezeichnet. Dies ist richtig und ist auch sehr falsch. Richtig ist, dass fast nur durch die aufopfernden Bemühungen des Herrn Baruch (und dann des Herrn Goldmann) in Herford ein Kraftzentrum des C.V.[-]Gedankens entstanden ist [...] Wäre aber der Landesverband Ost-Westfalen damals nicht gegründet worden, so würde es nach meiner Meinung doch immer im Interesse des C.V.[-]Gedankens gelegen haben, in Westfalen einen Mittelpunkt der provinziellen C.V.[-]Arbeit zu schaffen. Dies können weder Essen noch Hannover leisten.³⁶¹

Davidsohn könne indes die Vereinsinteressen intensiver und auch rentabler von Herford aus wahrnehmen, zumal er lediglich 150 Mark monatlich, Spesen inklusive, erhalte. Katzenstein zweifelte nicht an Davidsohns Fähigkeit, die weiterhin von Hamburg und Essen unabhängig arbeitende Geschäftsstelle erfolgreich zu führen. Schließlich war es Davidsohns Engagement zu verdanken, dass Ostwestfalens eigener Kulturbund „in wenigen Monaten 1300 Mitglieder in sich vereinigen“³⁶² konnte. Darüber hinaus hatte sich der Jurist auch schon als Jugendleiter in Herford profiliert.³⁶³ Doch mehr als Kosten und geografische Distanz wogen letztlich traditionelle Souveränität und landsmannschaftliche Bindung, die selbst die Verwaltungseinheiten von Staat und Partei in den Hintergrund rücken ließen.

Im Herbst 1936 starb Hans Davidsohn 35-jährig an den Folgen eines Autounfalls.³⁶⁴ Dieser Verlust bedeutete das Ende des Zwerg-Landesverbandes. Die von Plaut bereits 1934 geforderte Änderung der Verbandsgrenzen wurde nun unternommen. Am 25. November 1936 informierte die Geschäftsstelle Essen ihre Mitglieder über den Beschluss, „den Landesverband Ostwestfalen und Nachbargebiete in seiner bisherigen Form“ nicht mehr beizubehalten:

„Seine Zusammensetzung aus Teilen der Regierungsbezirke Münster, Minden und Osnabrück und aus dem Freistaat Lippe hat es geraten scheinen lassen, seine verwaltungsmässige Aufteilung auf den Landesverband Rheinland-Westfalen und den neu gegründeten Landesverband Hannover vorzunehmen. Unsere in der Provinz

³⁶¹ HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 252, Frame 1355-1357, hier 1356.

³⁶² Ebda., Frame 1357.

³⁶³ Vgl. ebda., Akte 248, Frame 0900.

³⁶⁴ Vgl. den Nachruf auf der Titelseite der CVZ, Hans Davidsohn, Nr. 41, 8. Oktober 1936.

Westfalen und dem Freistaat Lippe ansässigen Mitglieder und Glaubensgenossen werden daher von nun an von uns betreut werden.“³⁶⁵

Zweimal monatlich wollten die Essener fliegende Sprechstunden anbieten. Bis dahin sollten sich die Mitglieder an Katzenstein und Erich Hoffmann, den Ortsgruppenvorsitzenden in Herford, wenden. Es sei ferner noch eine Weile möglich, die Beiträge nach Herford abzuführen. Nach alter Gepflogenheit überwiesen die ostwestfälischen Mitglieder ihr Geld aber noch im Frühjahr 1938 auf das CV-Konto in Herford.³⁶⁶ Und auch Plauts übrige Pläne zerschlugen sich wegen landsmannschaftlicher Denkstrukturen. Während Plaut annahm, erfolgreich seinen Landesverband vergrößert zu haben, hieß es für ihn unvermittelt, Schaumburg-Lippe liege „viel näher bei Hannover und gehört weit eher dorthin als nach Essen. Infolgedessen ist es von Anfang an Hannover zugeschlagen worden. Der Irrtum liegt auf [S]eiten Plauts.“³⁶⁷ Entsprechend war Plaut auch nicht über die Tatsache informiert, nach der

„der Landesverband Hannover seinerzeit Schaumburg-Lippe als zu Hannover gehörig der Geheimen Staatspolizei gemeldet hat. Es erscheint uns [...] völlig unzweckmässig, hier irgendwelche organisatorischen Änderungen vorzunehmen.“³⁶⁸

Der Essener bedauerte diese Entscheidung:

„Dass hierunter aber die Mitglieder bedauerlicherweise leiden müssen, dürfte feststehen. Einmal ist die Betreuung bei der gegenwärtigen Verwaltungsart des Landesverbandes Hannover schwer gewährleistet. Ausserdem gehört Schaumburg-Lippe zum Gebiet des Reichstreuhanders für das Wirtschaftsgebiet Westfalen. Sinn und Ziel der ganzen Umorganisation war, dies Gebiet einheitlich durch uns betreuen zu lassen. Durch eine Voreiligkeit ist wiederum, wenn auch in einem unwesentlichen Teil, eine Fehlorganisation geschaffen.“³⁶⁹

³⁶⁵ HM2 8701, Osoby 721 1, Akte 249, Frame 0987. Vgl. auch CVZ, Aus der C.V.-Bewegung. Neugliederung von Landesverbänden, Nr. 49, 3. Dezember 1936, unpaginiert.

Die Möglichkeit, einen Nachfolger für Davidsohn zu suchen, wurde nicht mehr erwogen, obwohl in diesem Zusammenhang auf den Kantor Erich Lewin verwiesen sei. Lewin, am 20. Mai 1889 in Woldenberg geboren und der SPD nahestehend, war seit dem 1. Juli 1936 in Herford als Kantor angestellt. Lewin hatte in Pommern unter dem CV-Landesverbandsvorsitzenden Walther Brock, Nachfolger von Heinrich Marcuse, die Geschäftsstelle in Köslin geleitet, wo er auch in der Jugendarbeit aktiv war. Erich Lewin hatte 1939 vergeblich versucht, in die Staaten einzureisen. Im Mai 1945 kam er in der Nähe des Lagers Struthof um. Vgl. *Lewin, Henry Gerd*, Vom Leben und Streben und Sterben meines Vaters, Prediger und Kantor Erich Lewin. LBIJMB MM 47; siehe auch CVZ, Aus den Gemeinden. Zum 25jährigen Amtsjubiläum, Nr. 1, 7. Januar 1937, unpaginiert.

³⁶⁶ Vgl. HM2 8699, Osoby 721 1, Akte 232, Frame 1819f.

³⁶⁷ Ebda., Akte 214, Frame 0442.

³⁶⁸ Hirschberg am 24. Mai 1937 an Essen. Ebda., Akte 231, Frame 1606.

³⁶⁹ Ebda., Frame 1603. Die Kritik Plauts an der Geschäftsführung in Hannover war gerechtfertigt. Nachdem die Übergabe des ostwestfälischen Landesverbandes durch Dr. Rudolf Heimannsohn, von der Hauptgeschäftsstelle interimistisch nach Hannover entsandt, erfolgreich koordiniert worden war – Heimannsohn hatte auch schon 1935/1936 die maroden württembergischen Verhältnisse geordnet –, verhängte die Gestapo am 13. Februar 1937 ein Betätigungsverbot gegen Rudolf Herzberg in seiner Funktion als Vorsitzender des Landesverbandes Hannover. Dies behinderte monatelang die Arbeit. Auch konnte der Gestapo kein ortsansässiger Vertreter genannt werden. Der Vorschlag, die Lücke durch einen Kölner Mitarbeiter zu schließen, wurde verworfen. Seit August 1937 hielt schließlich Dr. Ludwig Freudenthal, Hamburg, alle 14 Tage Sprechstunde in Hannover ab, wo die einzige permanente Kraft Antonie Leeser war. Der Auflösungsprozess der verwaisten und durch Auswanderung dezimierten Ortsgruppen im Landesverband ist von ihr gut dokumentiert

Infolge der Fehlorganisation von 1936 fand die Auseinandersetzung um Schaumburg-Lippe kein Ende. Im März 1938 forderte „Herr Dr. Steinberg, der Statthalter der annektierten Gebiete im Nord-Osten unseres Landesverbandes“³⁷⁰, die Hauptgeschäftsstelle dazu auf, eine bindende Entscheidung bezüglich der Abgrenzung der beiden Landesverbände zu fällen. Es war aber allem Anschein nach die emsige Mitarbeiterin der Geschäftsstelle Hannover, Antonie Leese, die dies erledigte. Als sie am 21. März 1938 der Aufforderung der Stapoleitstelle nachgekommen war und die alphabetisch geordneten Listen, die die Ortsgruppen, ihre Vorsitzenden unter Angabe der Geburtsorte- und -tage aufzählte, bestätigte sie Schaumburg-Lippe als zum Landesverband Hannover gehörig, der 618 Mitglieder zählte.³⁷¹

Die Verschiebungen der Zuständigkeitsräume erklären zum Teil die Angaben über die vermeintlich stabilen Mitgliederzahlen des rheinisch-westfälischen Verbandes. Er hatte den größten Nutzen davon, da er seine Abgänge durch die Gebiets- und Mitgliederverschiebungen, die zu Lasten des ohnehin schwächeren Kölner Verbandes gingen, ein wenig kompensieren konnte. Die Ausgliederung der Gebietsteile aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf bedeutete dagegen für den linksrheinischen Verband den Verlust vor allem urbaner Zentren. Nichtsdestotrotz war auch er insbesondere im Vergleich mit den Nachbarverbänden Hannover sowie Ostwestfalen-Lippe und Nachbargebiete sowohl in organisatorischer als auch in personeller Hinsicht verhältnismäßig stabil. Deshalb konnte ihn auch die Auswanderung seines Vorsitzenden Rudolf Callmann 1936 in die Staaten noch nicht erschüttern. Hans Callmann übernahm den Vorsitz des Landesverbandes und den der Kölner Ortsgruppe. Als dann Hans Jacobi als Berater für Auswanderungsfragen beim Hilfsverein der Juden in Deutschland tätig wurde, rückte Richard Selo als Geschäftsführer nach. Erst als im Sommer 1938 Selo und Hans Callmann Deutschland zugleich verließen, war der linksrheinische Verband zum 1. August 1938 kopflos geworden.³⁷²

Einer Aktennotiz vom 12. Juli 1938 zufolge tastete die Hauptgeschäftsstelle die infrage kommenden Nachfolger ab, kalkulierte das finanziell Mögliche für die Zukunft und spielte sogar mit der Überlegung, den linksrheinischen Landesverband aufzulösen. In diesem Fall wären die Bezirke Koblenz und Trier dem hessischen Landesverband zugeteilt worden, die aber, weil sie „Notstandsgebiete“ waren, „eine ausgesprochene Belastung“³⁷³ dieses selbst Not leidenden Verbandes gewesen wären. Eine andere Lösung wurde darin gesucht, den linksrheinischen Verband wieder zu einem

worden. Sie organisierte schließlich auch den neuen Geschäftsraum im Bankhaus Siegmund Meyerstein, Landstraße 6, nachdem das alte Büro ihr offensichtlich mutwillig gekündigt worden war. Das Bankhaus wiederum sah sich gezwungen, Büroräume zu vermieten, bevor Meyerstein dann am 22. August 1938 an die Provinzialversicherungsanstalt, Hannover, verkaufen musste. Die CV-Geschäftsstelle hätte zum 1. Januar 1939 eine neue Unterkunft benötigt, was sich dann aber auch erübrigte. Zu den Verhältnissen im Landesverband Hannover siehe HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 226ff.

³⁷⁰ Ebda., Akte 232, Frame 1807.

³⁷¹ Vgl. ebda., Frame 1749-1782.

³⁷² Zu Selo vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 247, Frame 0463; zu Hans Callmann siehe ebda., Frame 0460. Rudolf Callmann wiederum schien sich die Option einer Rückkehr offengelassen zu haben. Erst am 1. August 1938 veranlassten die Brüder die Löschung ihrer Namen aus der Anwaltsliste. Vgl. die Personalakte Rudolf Callmanns in: HSTA Düsseldorf BR/PE 3016.

³⁷³ HM2 8701, Osoby 721 II, Akte 247, Frame 0463-0465, hier 0463.

Unterverband des rheinisch-westfälischen zu machen. Erhoffte Einsparungen hätten sich dadurch aber auch nicht erzielen lassen. „Aus moralischen und propagandistischen Gründen möge man deshalb den Landesverband selbständig lassen.“³⁷⁴ Außerdem erlaube es die Finanzlage noch, die Arbeit weiterhin aufrechtzuerhalten, selbst wenn sich die Einnahmen um ein Drittel verringert hätten:

„Der Landesverband hat im vergangenen Jahre ca. RM 38.000.– eingenommen und für seine Zwecke ca. RM 28.000.– verbraucht. Sein gegenwärtiger Barbestand beträgt etwa RM 11.000.–“³⁷⁵

Darüber hinaus verfügte er über ein Effektd Depot. Die Wertpapiere dienten als Reserve, beliefen sich auf „etwa M 10–12.000.–“ und sollten „an das Bankhaus Mosler, Süsskind & Co., Berlin W 8 gesandt werden“³⁷⁶. Damit würde nicht das Recht des Verbandes verletzt, weiterhin über dieses Geld zu verfügen. Allerdings mussten die künftig Zeichnungsberechtigten noch ausfindig gemacht werden.

In der Frage der Nachfolge des Geschäftsführers, des Ortsgruppenleiters und des Landesverbandsvorsitzenden war ein überschaubarer Personenkreis im Gespräch. Oberlandesgerichtsrat a. D. Jacobsohn, Dortmund, später Hamm, wurde neben Rechtsanwalt Richard Sussmann für das Amt des Geschäftsführers gehandelt. Favorit war anfangs Jacobsohn, der als ehemaliger Richter eine Beamtenpension erhielt, weshalb die für einen Kölner CV-Syndikus veranschlagten 300 Mark nicht notwendigerweise in Gänze ausgezahlt werden mussten. Er war für diese Aufgabe überqualifiziert, zudem „grundständig und zuverlässig, zweifellos stark jüdisch interessiert[,] und warme Menschlichkeit“³⁷⁷ zeichnete ihn überdies aus. Als Vorsitzender der Ortsgruppe war der 1892 geborene Rechtsanwalt Dr. Albert Ikenberg³⁷⁸ und als Landesverbandsvorsitzender Karl Löwenstein, Aachen, im Gespräch.

Weil Löwenstein aber von der Personalerörterung und Terminfragen ausgeschlossen worden war, richtete er am 25. Juli 1938 einen wütenden Brief ohne Anrede an die Hauptgeschäftsstelle:

„In früheren Jahren ist die Angelegenheit [Ämterbesetzung] anders gehandhabt worden. Ich persönlich war es, der seinerzeit auf Rudolf Callmann aufmerksam gemacht hatte und seine Berufung im wesentlichen veranlaßt hatte. Ich war es auch, der seinerzeit auf Assessor Selo aufmerksam gemacht hatte. Umso mehr bin ich über das jetzige Vorgehen überrascht. Bei meiner Kenntnis der Verhältnisse wäre es doch wohl sachgemäß gewesen, vor einer Besetzung des Ortsverbandes mich zu hören [...], besonders, wenn man gleichzeitig die Leitung des Landesverbandes durch mich erwartet. Ganz besonders aber wäre es notwendig gewesen, mir [...] Einfluß auf die Heranziehung von Kandidaten für die Syndikusstellung zu gewähren. [...] Die Leitung des Landesverbandes kann ich nur übernehmen, wenn ich tatsächlich auch in der Lage bin, die Verantwortung zu tragen. Das bin ich nicht, wenn ich in entscheidenden Fragen übergangen werde. Unter diesen Umständen muß ich es ablehnen, die Leitung zu übernehmen. Sollte auch die Benennung

³⁷⁴ Ebda.

³⁷⁵ Ebda., Frame 0465.

³⁷⁶ Ebda.

³⁷⁷ So die Empfehlung aus Essen vom 16. Juli 1938. Ebda., Frame 0456f., hier 0456.

³⁷⁸ Vgl. *Luig*, 2004, S. 217ff.

des Vorsitzenden des Landesverbandes ohne meine entscheidende Mitwirkung erfolgen, dann würde ich auch die Leitung des Ortsverbandes Aachen niederlegen.“³⁷⁹

Löwenstein blieb in der dem Verein verbleibenden Zeit beleidigt. Berlin hatte ihn in der Ausgabe des CV-Kalenders 1938/1939 verfrüht als Vorsitzenden des Landesverbandes Linksrhein genannt.³⁸⁰ Am 1. November 1938 wies der neue Geschäftsführer Richard Sussmann darauf hin, dass es noch an einem Landesverbandsvorsitzenden und an einem Kölner Ortsgruppenvorsitzenden fehlte. Er versprach, bei seiner nächsten Anwesenheit in Aachen mit Löwenstein sprechen zu wollen.³⁸¹

Bis zum Schluss war der CV bemüht, die Organisation unter den Bedingungen einer zusehends feindseligen und brutalen Umwelt aufrechtzuerhalten. Aber trotz seiner Bemühungen konnte er das Verschwinden ganzer Ortsgruppen und Landesverbände nicht verhindern. Dabei verringerte sich sein Bestand weniger aus ideologischen Motiven als vielmehr aus der Not der Mitglieder heraus, Deutschland verlassen zu müssen. Obwohl Auswanderung, Verarmung und Tod der Mitglieder die Hauptgründe für Reorganisationsmaßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene waren, blieben die Verluste für den Verein im Westen dennoch einigermaßen überschaubar. Daran änderte sich selbst nach der Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte im September 1935 wenig, die den CV dann aber bei aller Zurückhaltung und sogar entgegen behördlicher Weisung veranlasste, die Emigration planvoll und aktiv zu unterstützen, wengleich der Diasporagedanke weiterhin wachgehalten wurde. Mit diesem Wandel hatten sich die Differenzen mit dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten um eine angemessene Stellung gegenüber dem Deutschtum genauso erübrigt wie eine Diskussion um eine entsprechende Haltung gegenüber dem Judentum, wie sie 1934 in der Frage der Doppelmitgliedschaft von Zionisten im CV noch aufgeworfen worden war. Es zählte nun allein der jüdische Gemeinschaftssinn, der sich seit September 1933 in der Reichsvertretung der deutschen Juden spiegelte. Die RV zügelte den Drang nach Selbstständigkeit und Einflussnahme der weiterhin weltanschaulich heterogenen jüdischen Organisationen, wobei der CV anfangs durchaus sowohl seine Weltanschauung als auch seine Praxis zu verteidigen wusste, zumal er nicht der einzige war, der Rechtsschutzarbeit leistete. Doch es gab keine ältere deutsch-jüdische Organisation, deren Mitarbeiter diesen bedrückenden Auftrag ehrenhalber erfüllten und auf diese Weise einen reichen Erfahrungsschatz sammelten, weil ihnen der deutsche Antisemitismus ein großes Arbeitsfeld eröffnete, aus dem im Folgenden lediglich ein kleiner Ausschnitt aufgezeigt wird.

³⁷⁹ HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 247, Frame 0445f.

³⁸⁰ Vgl. CV-Kalender für die Jahre 1938/39, S. 11f. Das sehr seltene Original dieses kleinen Büchleins kann in der Jerusalemer Nationalbibliothek eingesehen und kopiert werden. Siehe außerdem HM2 8742, Osoby 721 I, Akte 1892, denn diese Akte beschreibt die Vorbereitungen seiner Herstellung und beinhaltet die Genehmigung für die Herausgabe der 20.000 Exemplare zu einem Stückpreis von 25 Pfennig durch den Geschäftsführer der Reichskulturkammer Hans Hinkel. Die Akte 1891 an gleicher Stelle beschreibt wiederum die Expedierung des Kalenders für die Jahre 1937/1938 inklusive einer Liste seiner Auslandsempfänger, der ebenfalls in der Jerusalemer Nationalbibliothek zu finden ist.

³⁸¹ Vgl. HM2 8701, Osoby 721 I, Akte 247, Frame 0429.

Kapitel 7

Rechtsschutzarbeit nach 1933

Als die Regierung seit 1933 dazu übergang, die Juden aus dem gesellschaftlichen Leben und damit aus der Wirtschaft zu verdrängen, geschah das schrittweise und bis 1935/1936 vordergründig ‚maßvoll‘ aufgrund (außen-)politischer Rücksichtnahmen und der Notwendigkeit der volkswirtschaftlichen Konsolidierung.¹ Eine umfangreiche staatliche Kreditschöpfung diente dazu, Arbeitsplätze zu schaffen und die private Nachfrage anzuregen, wobei die bestimmenden Ziele der NS-(Wirtschafts-)Politik „Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen“² waren, denen mit der Einführung des Vierjahresplanes 1936 erkennbar Priorität eingeräumt wurde.

Die NS-Politik, die von einer prinzipiellen Abneigung gegenüber dem (Wirtschafts-) Liberalismus geprägt war, entfaltete bei dessen Bekämpfung massive antijüdische Mobilisierungskräfte.³ Dabei wurde dem generell als ‚jüdisch‘ attribuierten Kapitalismus mit seiner städtischen Industriegesellschaft eine diffuse Stände- und Agrarromantik gegenübergestellt, eine antimodernistische Vorstellung, die von der Wahnidee eines autarken Reiches begleitet wurde, dessen gewaltsam expandierendes, vorgeblich rassistisch überlegenes Volk Lebensraum im Osten finden müsse. Und in demselben Maße, wie gerade dieses Kriegsziel verfolgt wurde, wurde die Ausschaltung der deutschen, schließlich die Vernichtung der europäischen Juden realisiert.⁴

1933 stand die Konjunkturpolitik im Vordergrund. Ein von Störungen freies Wirtschaftsleben war notwendig, sodass „staatliche Anordnungen“⁵ ergingen, um die nicht erst seit April 1933 virulente, dann aber groß angelegte terrorisierende antijüdische Boykottbewegung zu zügeln, die von der NSDAP und ihren Organisationen immer wieder angetrieben wurde.

¹ Vgl. *Düwell*, 1968, S. 46.

² *Barkai*, Wirtschaftssystem, S. 205. Als Motiv für den Raub- und Mordfeldzug wird nicht mehr nur der Antisemitismus (Kollektivschuldthese) und das charismatische Führertum Hitlers, sondern nun auch die viel diskutierte These von Götz Aly angeführt, nach der die Zustimmung für das NS-Regime durch eine sozialwirtschaftliche Verteilungspolitik – durch Raubgut – finanziert und erkaufte worden sei. Vgl. *Aly, Götz*, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/M. 2004.

³ Detaillierter *van Laak, Dirk*, ‚Arisierung‘ und Judenpolitik im ‚Dritten Reich‘. Zur wirtschaftlichen Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung in der rheinisch-westfälischen Industrieregion, Staatsexamensarbeit Essen 1988, bearb. u. akt. 2003, S. 7f. Die Arbeit nennt vor allem Fallbeispiele für Essen.

⁴ Vgl. *Adam*, 1972, S. 173; *Wilhelm Treue* nahm an, die ‚Arisierung‘ sei zumindest im Rheinland wegen der „Remilitarisierung [...] unauffälliger und langsamer gehandhabt worden als in anderen Teilen Deutschlands.“ *Ders.*, Die Juden in der Wirtschaftsgeschichte des rheinischen Raumes 1648–1945, in: *Monumenta Judaica*, S. 419-466, hier 461.

Der CV verwies in keiner der eingesehenen Quellen auf den Aspekt der Remilitarisierung und auf seine gegebenenfalls mäßigende Wirkung auf die Judenverfolgung in Rheinland und Westfalen.

⁵ *Adam*, 1972, S. 87. Ein undatiertes Rundschreiben Schachts, das als Muster gedacht war, findet sich in: HM2 8845, Osoby 721 II, Akte 198, Frame 0092.

Seit dem Erlass der Reichsbürgergesetze 1935 bezweckten die antijüdischen Maßnahmen nicht mehr primär ‚nur‘ den gesellschaftlichen Ausschluss. Mit dem wachsenden Einfluss der NS-Sicherheitsbehörden auf die so genannte Judenpolitik wurde die Vertreibung der Juden aus Deutschland intensiviert. In diesem Zusammenhang ist der mit Einführung des Vierjahresplanes einhergehende wachsende Einfluss des Staates auf die Wirtschaftsverwaltung mit einer ohnehin restriktiven Rohstoff- und Devisenkontingentierung zu sehen, die den gesamtwirtschaftlichen Spielraum zusätzlich verengte. Nach den Olympischen Spielen 1936 und im Zuge der wirtschaftlichen Belebung erübrigten sich dann auch bis dahin geübte Rücksichtnahmen.⁶ Überdies kam es im Verlauf des Jahres 1937 zu personellen Änderungen auf Ministerebene. Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht wurde entlassen. Während gerade fiskalische Härten bei ‚Arisierungen‘ bereits gang und gäbe waren, bekam die vornehmlich von parteiamtlichen Stellen erhobene Forderung nach einer totalen Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft zusehends Zwangscharakter. Seit Dezember 1936 konnte das Vermögen von Flüchtlingen gesperrt und beschlagnahmt werden, was die Auswanderung zusätzlich erschwerte oder sogar vereitelte. Im April 1938 wurden die staatlichen Enteignungsmaßnahmen infolge der Verordnung zur Anmeldung des Vermögens von Juden weiter verschärft. Im Juni erfolgte die systematische Erfassung und Kennzeichnungspflicht der noch bestehenden jüdischen Gewerbebetriebe, denn „[v]on den 1933 bestehenden ca. 100 000 jüdischen Unternehmen im Deutschen Reich (Warenhäuser, Praxen, Werkstätten, Einzelhandelsgeschäfte etc.) waren im April 1938 nur 40 Prozent noch nicht ‚arisiert‘“⁷. Demnach hatte die Ausplünderung der deutschen Juden bis zum Verbot des Centralvereins am 10. November 1938 „nur Teillösungen“⁸ erbracht, während ihre vollständige Ausschaltung aus dem deutschen Wirtschaftsleben zwei Tage später angeordnet wurde.

Der Verlauf der NS-Wirtschaftspolitik prägte die Arbeit des CV, wobei der Ausschluss seiner Klientel weder ad hoc noch bis 1938 umfassend war. Die Unverträglichkeiten zwischen Parteistellen einerseits und der vorherrschend konservativ-bürgerlichen Ministerialbürokratie andererseits eröffneten Handlungsspielräume und nährten Hoffnungen. Unter diesen Voraussetzungen konnten die CVer, die die verbliebenen rechtlichen Möglichkeiten mit Geschick nutzten, zeitweise erfolgreiche Arbeit mit dem Ziel leisten, im NS-Staat zu überdauern.

Dieses Kapitel wird Ausschnitte aus dieser Vereinsarbeit geben. Die Darstellung orientiert sich nicht an der Abfolge der antijüdischen Gesetzentwicklung – differenziert nach Berufsgruppen. Dabei hatten die Fälle, mit denen sich der CV beschäftigte, entweder keine oder nur eine unzulängliche Rechtsgrundlage, weshalb sie auch das Vereinsinteresse auf sich ziehen konnten. Die Verfolgungsgeschichte der Juden in der Region unterschied sich dabei kaum von der im übrigen Reich.⁹ Aufgrund der typischen

⁶ Vgl. *Adam*, 1972, S. 174. Siehe die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938. RGBl., Teil I, Nr. 188, 12. November 1938, S. 1580.

⁷ *Mönninghoff*, 2001, S. 13. Siehe auch *Walk*, Sonderrecht, S. 223ff.

⁸ *Adam*, 1972, S. 181.

⁹ Vgl. *Dürwell*, Das Schicksal der Juden am Rhein im nationalsozialistischen Einheitsstaat, in: *Monumenta Judaica*, S. 601.

regionalen Wirtschaftsmerkmale wies sie allerdings Besonderheiten auf, die auch die Auswahl der folgenden Belegbeispiele bestimmten. Für den linksrheinischen Verband werden vor allem der ernährungswirtschaftliche Bereich der Viehwirtschaft sowie die Textilbranche im Mittelpunkt stehen. Die Boykottbekämpfung, die der CV in den Städten entfaltete, wird anhand des Essener Verbandes thematisiert, der 1934 beinahe verboten wurde.

7.1 ‚Greuelpropaganda‘

Der CV war als Rechtsschutzorganisation für Fälle zuständig, bei denen das Judentum und der Einzelne aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Judentum angegriffen wurden. Absurderweise wurde dieser Arbeitsauftrag Anlass für eine Durchsuchung der Essener Geschäftszentrale im Frühjahr 1934. Den Mitarbeitern wurde unterstellt, Deutschland gegenüber ausländischen Stellen desavouiert zu haben, indem sie imageschädigende Angaben über antijüdische Maßnahmen verbreitet hätten. Die Folgen dieser Behauptung für die Mitarbeiter der Essener Geschäftsstelle waren nicht abzusehen. Was der zweite Hauptteil der Weimarer Reichsverfassung an Freiheits- und Unverletzlichkeitsrechten garantiert hatte, war durch die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat aufgehoben. Büro- und Privaträume waren damit antastbar geworden.¹⁰ Die Gestapo überwachte den Postverkehr des Vereins. Ein abgefangenes Schreiben Plauts an die Ortsgruppen vom 27. April 1934 konnte daher als Vorwand dienen, die leitenden Essener CV-Mitarbeiter zu verhaften und eine Durchsuchung der Geschäftszentrale anzuordnen, um zu prüfen, ob sich die Unterstellung einer vom CV geleiteten so genannten Greuelhetze gegen Deutschland irgendwie erhärten ließ.¹¹ Dabei hatte sich Plaut lediglich an den Aussagen Görings vom 3. März 1933 orientiert, der gegenüber Brodnitz die „quasi Legalisierung der social-wirtschaftlichen C.V.-Arbeit“ bei striktem „Verbot der politischen Betätigung“¹² generell zugesichert hatte. Folglich durfte der CV „die juedischen Interessen den Behoerden gegenüber vertreten.“¹³ Das setzte aber voraus, den Klagen aus den Ortsgruppen nachzugehen und Belegmaterial zu sammeln.

Das Anlass gebende, von der Gestapo geöffnete Schreiben an die Essener Geschäftsstelle sprach von „Fremden [sic] aus kleineren und mittleren Städten insbesondere auch unseres Landesverbandes“¹⁴, die das erneut auflodernde Absingen judenfeindlicher Lieder beklagt hatten. Vor diesem Hintergrund ordnete die Hauptgeschäftsstelle an, weitere Vorfälle dieser Art zu melden, um „einen Vorsitzendenbrief“ an das Propagandaministerium, „an den Stabschef der S.A. Reichsminister Röhm und an das Preuss.[ische] Geheime Staatspolizeiamt“¹⁵ zu richten.

¹⁰ Vgl. Kapitel 4 dieser Arbeit.

¹¹ Vgl. das Schreiben des Gestapa Berlin vom 25. Mai 1934 an Stapoleitstelle Düsseldorf. HSTA Düsseldorf RW 58, Nr. 57631.

¹² *Herzfeld*, *Meine letzten Jahre*, S. 180.

¹³ *Goldschmidt*, *Memoiren*, S. 12.

¹⁴ Abschrift des Schreibens Plauts vom 27. April 1934 an die Ortsgruppen. HSTA Düsseldorf RW 58, Nr. 57631.

¹⁵ Ebd.

Infolgedessen konnte der Essener Polizeipräsident im Verlauf der Durchsuchung der Essener Geschäftsstelle bemerken, dass „zahlreiche, im Umdruckverfahren vervielfältigte Berichte über Vorfälle gefunden“ worden seien, die belegten, dass Juden „während der nationalen Erhebung von Angehörigen der nationalsozialistischen Wehrverbände behelligt und misshandelt worden“¹⁶ waren. Diese Berichte, so der Verdacht des Polizeipräsidenten, seien in Kopie „jüdischen Emigranten im Auslande zum Zwecke der Greuelpropaganda gegen Deutschland zugesandt worden.“¹⁷ Krombach, Plaut und Steinberg wurden daraufhin vom 6. bis 13. Juni 1934 in so genannte Schutzhaft genommen. Dem Vernehmungsprotokoll Krombachs zufolge reagierte dieser einigermaßen perplex auf den Vorwurf, zumal es zur „Vertreter- und Beraterrolle“ des CV gehörte, gesichertes Belegmaterial zu sammeln, um „fortlaufende Verhandlungen mit den zentralen und den örtlichen Behörden“¹⁸ zu führen. Krombach betonte, diese Arbeit halte sich

„selbstverständlich [...] streng im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen [...] Bei der Durchführung dieser Arbeit wird auch peinlich darauf geachtet, dass nichts geschieht, was den vaterländischen Interessen zum Nachteil gereichen könnte.“¹⁹

Die Informationen, die der CV sammelte, dienten also nicht „zu Zwecken einer Greuelpropaganda [...] Irgend eine Verbindung mit ausländischen Stellen irgend welcher Art besteht für uns nicht.“²⁰ In dieser Ausschließlichkeit traf der letzte Satz der Aussage freilich nicht zu. Er diene dem eigenen Schutz.²¹

Im Verlauf der Vernehmungen am 7. und 13. Juni legte Plaut Wert auf Präzisierung des Aufgabengebietes seines Arbeitgebers. Dieses liege

„innerjüdisch in der Betonung des deutschen Heimatgedankens und nach aussen hin im Eintreten für die Rechte der deutschen Juden, soweit sie als Juden entgegen gesetzlichen Bestimmungen Beeinträchtigungen ausgesetzt sind.“²²

Im Verlauf seiner Vernehmung am 13. Juni gab er zudem an, der CV könne auch mit dem gegen Deutschland gerichteten Boykott deshalb nichts zu tun haben, weil er ihn missbillige und sogar bekämpfe, weil „die in Deutschland lebenden jüdischen Geschäftsinhaber hierdurch ebenfalls betroffen werden.“²³ Auch Steinberg hielt es für „völlig ausgeschlossen“, dass der CV die Sammlung antijüdischer Vorfälle zu staatsfeindlichen Zwecken verwenden könnte. Ihm persönlich lag dies ohnehin „nach meiner deutsch-jüdischen Abstammung – ich stamme aus einer alteingesessenen und

¹⁶ Schreiben des Essener Polizeipräsidenten vom 8. Juni 1934 an das Gestapa. Ebda.

¹⁷ Ebda.

¹⁸ Abschrift des dreiseitigen Vernehmungsprotokolls Krombachs vom 6. Juni 1934. Ebda., unpaginiert. [S. 1]

¹⁹ Ebda.

²⁰ Ebda. [S. 2]

²¹ Plaut, der vornehmlich für den Schriftverkehr der Geschäftsstelle verantwortlich war, machte sich sogar verdächtig, als er die Neue Zürcher Zeitung über die Beschlagnahme einzelner ihrer Exemplare durch die Essener Polizei benachrichtigte. Vgl. das vierseitige Vernehmungsprotokoll vom 13. Juni 1934. Ebda., unpaginiert. [S. 2]

²² Abschrift des Vernehmungsprotokolls Plauts vom 7. Juni 1934. Ebda., unpaginiert. [S. 1]

²³ Vierseitiges Vernehmungsprotokoll vom 13. Juni 1934. Ebda., unpaginiert. [S. 2]

angesehenen Familie –[,] Erziehung, Vergangenheit und Einstellung völlig fern.“²⁴ Am Ende fand die Gestapo auch nicht einen einzigen Anhaltspunkt, mit dem sie Gegenteiliges beweisen konnte:

„Bei der eingehenden Sichtung des sehr umfangreichen Aktenmaterials liessen sich keine positiven Anhaltspunkte dafür liefern, dass führende Personen des Landesverbandes Rheinland-Westfalen des C.V. Beziehungen zum Auslande unterhalten. Auch fand sich kein Beweis dafür, dass Material über judenfeindliche Vorgänge zum Zwecke der Greuelpropaganda und Boykotthetze an ausländische Stellen geliefert wurde bzw. wird. Hingegen konnte festgestellt werden, dass der Landesverband Rheinland-Westfalen des C.V. bereits seit der Machtübernahme Material über judenfeindliche Vorgänge gesammelt hat, was der geschäftsführende Syndikus Dr. Plaut bei seiner Vernehmung auch unumwunden zugibt.“²⁵

Im weiteren Verlauf ging der Polizeibericht auch auf den Entwurf eines Rundschreibens vom 19. April 1934 ein, das die alte Reichsvertretung der Essener Geschäftsstelle zugesandt hatte. Darin

„wird zum Boykott deutscher Waren im Auslande Stellung genommen, und zwar in einer Art, die überrascht. Im ersten Absatz [...] wird behauptet, dass die in Deutschland wohnenden Juden mit dem Boykott des Auslandes, gegen den sie sich wiederholt ausgesprochen hätten, in keinem Zusammenhange ständen. Im zweiten Absatz wird gesagt, dass das Ausland über die Behandlung der Juden in Deutschland, die es nicht verstände, beunruhigt sei. Diese Beunruhigung würde durch die Tatsachen genährt, die dem Auslande nicht verborgen blieben, weil sie sich in aller Oeffentlichkeit abspielten und von Vertretern der ausländischen Presse wie auch von ausländischen Geschäftsreisenden beobachtet würden. [...] Schließlich wird im letzten Absatz offen erklärt, dass der ausländische Boykott in erster Linie dadurch bekämpft werden müsste, dass die Verhältnisse abgeändert (!) würden. Er schliesst mit der Aufforderung, man möge veranlassen, dass die deutsche Industrie gegenüber den zuständigen Stellen der Regierung und insbesondere der Nationalsozialistischen Partei (!) ihre warnende Stimme erhebe. Dieses Rundschreiben lässt erstens klar erkennen, dass die in Deutschland lebenden Juden mit allen Mitteln bestrebt sind, ihre Wirtschaftslage zu verbessern[,] und zweitens den Verdacht gerechtfertigt erscheinen, dass man trotz gegenteiliger Stellungnahme den Boykott deutscher Waren im Auslande billigt, um eben hierdurch schliesslich doch Vorteile für die in Deutschland lebenden Juden zu erreichen. [...] Man will also nun versuchen, die deutsche Industrie zu einem Druck auf die zuständigen Regierung[s]stellen und insbesondere auf die NSDAP zu veranlassen. Das zeigt deutlich die Wege, die die in Deutschland lebenden Juden zu gehen beabsichtigen.“²⁶

Der Beamte Braschwitz hatte die seinerzeit relevanten Ziele der RV und damit des CV durchaus treffend wiedergegeben. Sein anderes Verständnis von dem, was Anstand und deutsche Interessen meinte, erklärt seine Boshaftigkeit, die ihn die Integrität und Loyalität der CVer entsprechend interpretieren ließ.

Im Februar 1934 erboste sich Heydrich höchstselbst über die geübte Praxis des Vereins, so „zahlreiche Berichte über Ausschreitungen gegen Juden aus allen Teilen Deutschlands dem Geheimen Staatspolizeiamt und in letzter Zeit auch anderen

²⁴ Abschrift des Vernehmungsprotokolls Steinbergs vom 7. Juni 1934. Ebda., unpaginiert. [S. 2]

²⁵ Vierseitige Abschrift. Der Polizeipräsident in Essen am 18. Juni 1934 an Gestapa, Berlin. Ebda. unpaginiert. [S. 1]

²⁶ Ebda. [S. 3]

Zentralbehörden des Reiches und Landes“²⁷ zur Kenntnis gebracht zu haben. Für die Zukunft, so die Warnung, werde er gegen diese

„unwahren Schilderungen angeblicher Ausschreitungen gegen Juden durch den Centralverein mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen [...], um so die Verbreitung jeder auf Mitleid abgestimmten Darstellung nicht geschehener Ereignisse und die unnötige Inanspruchnahme des Behördenapparates wirksam zu verhindern.“²⁸

Angesichts dieser zynischen Scheinheiligkeit versuchte Brodnitz die Situation zu entschärfen, präsentierte einen Verein braver Bürger, die rechtschaffene Arbeit leisteten unter „selbstverständlich genauester Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, vor allem auch in vollster Loyalität den Behörden gegenüber.“ Er bedauere es,

„wenn entgegen diesen Richtlinien übertriebene Schilderungen von Vorgängen gegen deutsche Juden weiter gereicht worden sind. Wir bitten, falls angängig, uns die gerügten Vorgänge zur Kenntnis zu bringen, damit wir die Möglichkeit haben, intern die Verstöße zu ordnen.“²⁹

Heydrichs Einschüchterung war massiv und Brodnitz' Haltung devot. In der Praxis zeigten sich die CVer allerdings beeindruckend unbeeindruckt von diesem Gewalttäter.

7.2 Boykott

Die bis 1936 nicht gänzlich hoffnungslos erscheinenden wirtschaftspolitischen Voraussetzungen festigten die Entscheidung im CV, für die berufliche Basis der Petenten einzustehen und zugleich für einen Verbleib in Deutschland zu werben. An dieser Einstellung änderte die unentwegt erforderliche Bekämpfung der nicht kontrollierbaren „stille[n] [...] Boykotte“³⁰ nichts. Schiedsämter, Handelskammern, Sicherheitsbehörden, Regierungspräsidenten, Landräte, Magistrate sowie die Ministerien in Preußen und dem Reich erhielten Meldung. Wenn Beschwerden auf den unteren Ebenen nichts bewirkten, wandte man sich an die nächsthöheren Behörden. Mit den Interpellationen, die schließlich die Ministerebene erreichten, vermittelte der CV bis 1935 häufig ein Gesamtbild der Lage für einen bestimmten Zeitraum. Sie waren folglich weder „vorbeugender Art“ noch erfolgten sie bis zu diesem Zeitpunkt „für den Einzelfall.“³¹

Plaut bereitete die Eingaben an die Ministerien inhaltlich vor, ehe er sie entweder an die Hauptgeschäftsstelle zwecks Aushändigung an die Ministerien oder aber direkt an die lokalen und regionalen Behörden sandte. Eine solche zeitintensive Denkschrift überreichte er am 25. August 1933 seiner Zentrale mit der Bitte, diese „zweckmässiger“³² von dort dem „hochzuverehrende[n]“³³ Minister Schmitt

²⁷ Abschrift. Gestapa an Centralverein am 13. Juli 1934. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 44, Frame 2401.

²⁸ Ebda.

²⁹ Abschrift. Brodnitz und Hirschberg an Gestapa am 27. Juli 1934. Ebda., Frame 2403f., hier 2403.

³⁰ *van Laak, Dirk*, Die Mitwirkenden bei der ‚Arisierung‘. Dargestellt am Beispiel der rheinisch-westfälischen Industrieregion 1933–1940, in: *Büttner, Ursula* (Hg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im 3. Reich, Hamburg 1992, S. 231–257, hier 236.

³¹ HM2 8772, Osoby 721 I, Akte 2555, Frame 0226.

³² HM2 8766, Osoby 721 I, Akte 2452, Frame 0028–0038, hier 0028.

zuzustellen. Der Lagebericht über den boykottierten jüdischen Einzelhandel im Industriegebiet im Verlauf der vergangenen acht Wochen, so Plaut weiter, gebe „naturgemäss nur ein[en] verhältnismässig kleine[n] Ausschnitt aus den tatsächlichen Vorgängen bekannt.“³⁴ Die Eingabe sei deshalb gerechtfertigt, weil die Boykottmaßnahmen „über das übliche Mass“³⁵ hinaus gegangen seien. Nach seiner Kenntnis seien den Mitgliedern der NSDAP – besonders nachdrücklich in Südwestfalen – und den Beamten durch die Presse und durch Versammlungen empfohlen worden, aus weltanschaulichen Gründen jüdische Geschäfte zu meiden. „In einer grossen Reihe von Städten des Ruhrgebietes“, wie in Bochum, Dortmund, Duisburg-Hamborn, Gelsenkirchen, Wattenscheid, aber auch in Iserlohn, hätten die Magistrate beschlossen den bürgerlichen Blättern zu empfehlen, keine Inserate von Firmen und Kaufhäusern zu veröffentlichen, die in jüdischem Besitz seien, da sie sonst „Nachteile zu gewärtigen haben.“³⁶ Weiterhin sei es „städtischen Behörden zur Pflicht gemacht“³⁷ worden, sich nicht mehr von jüdischen Firmen beliefern zu lassen. Diesem Beispiel folgten selbst (halb-)öffentliche Körperschaften – auffällig rege die Industrie- und Handelskammer in Bochum. Dortmund und Mülheim/Ruhr fielen seit Juni 1933 durch derbe Boykottaufforderungen auf. In Gelsenkirchen waren Boykottposten dazu übergegangen, offensiv gegen Kunden vorzugehen, wobei die Veröffentlichung von Fotos und „Namen christlicher Käufer“³⁸ die Assoziation steckbrieflich gesuchter Verbrecher weckte. Zu den Folgen dieser Maßnahmen gehörten Umsatzrückgänge bis zu 65 Prozent.³⁹ Erste Geschäftsliquidationen und noch mehr Entlassungen seien zu verzeichnen. Der Boykott treffe auch nicht jüdische Lieferanten und deren „zahlreiche christliche Angestellte“, was den „Erfolg des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit empfindlich“⁴⁰ beeinträchtige. Bei den von Plaut geschilderten Boykottfällen handelte es sich „keineswegs um eine urwüchsige, aus der Bevölkerung herauswachsende Stimmung.“⁴¹ Sobald die Geschäftsbeziehungen frei von Drohungen und Nötigungen seien, wie es der Außenhandel belege, seien die Wirtschaftsbeziehungen die denkbar besten. Unter den Bedingungen eines (störungs-)freien Wettbewerbs auch im Inland würden, so Plautes Erfahrung, „die konkurrenzfähigen und reellen jüdischen Geschäfte wieder ihr Auskommen finden.“⁴²

Stattdessen befanden sich ihre Besitzer in einem permanenten Zustand der Unsicherheit, obwohl Verordnungen und Erlasse betonten, das ‚Arierprinzip‘ sei nicht auf die Wirtschaft zu übertragen.⁴³ Tatsächlich entfaltete der Boykott ein unkontrollierbares

33 Ebda., Frame 0029.

34 Ebda.

35 Ebda., Frame 0030.

36 Ebda.

37 Ebda.

38 Ebda., Frame 0033.

39 Vgl. ebda., Frame 0035.

40 Ebda., Frame 0036.

41 Ebda., Frame 0037.

42 Ebda., Frame 0038.

43 Vgl. demgegenüber die Eingabe der Hauptgeschäftsstelle vom 13. März 1935 zu Händen Schachts. HM2 8759, Osoby 721 I, Akte 2300, Frame 0248ff. Diese Eingabe ging auf die herrschenden Bedingungen in mehreren Provinzen, so auch im Rheinland ein. Hinsichtlich der

Eigenleben und nahm dabei viele Gesichter an. Im Sommer 1933 eruierte Krombach die Erfolgsaussichten einer Klage gegen die Rheinisch-Westfälische Telefongesellschaft m.b.H. in Essen, die sich weigerte, Rechtsanwalt Kann⁴⁴, dem im April aufgrund seiner Abstammung die Zulassung entzogen worden war, aus dem Vertragsverhältnis des überflüssig gewordenen Büroanschlusses zu entlassen. Kann meinte,

„dass die Geschäftsgrundlage des Vertrages, von der die beiden Parteien ausgegangen seien, ohne sein Verschulden oder auch nur seine Einwirkung in Fortfall gekommen sei, indem er infolge gesetzlicher Anordnung nicht mehr berechtigt sei, die Anwaltschaft auszuüben [...] Damit entfalle seine Verpflichtung für die Folgezeit[,] den auf dieser Grundlage abgeschlossenen Vertrag zu erfüllen.“⁴⁵

Die Replik aus Berlin vom 4. August sprach von vergleichbaren Fällen, die bereits bekannt geworden waren. Sofern Krombach die Vertretung vor Gericht übernehmen wolle, lägen die Erfolgsaussichten günstig. Vergleichbare Rechtsangelegenheiten seien bisher aber stets „im Wege der gegenseitigen Verständigung gelöst worden.“⁴⁶ In diesem Sinne informierte der CV auch am 9. August Rechtsanwalt Erwin Heymann, Gelsenkirchen, und präzisierte, dass „die Telefongesellschaften [...] verschiedene Standpunkte“⁴⁷ eingenommen und einige Anbieter folglich unangemessene Profite eingestrichen hätten.

Ein Fall vorzeitiger Kündigung wurde dagegen im Oktober 1933 aus Vreden bekannt. Einem Bernhard Mogendorff wurde unerwartet der Kreditvertrag gekündigt. Die Wechselschuld hatte er „prompt einzulösen.“⁴⁸ Dabei profitierte doch insbesondere der Agrarsektor im NS-Staat vom Prinzip der produktiven Wertschöpfung. Angesichts der ideologischen Bedeutung der Landwirtschaft und dem Selbstversorgungsziel wurden auch Preiskontrollen großzügig gestaltet, Steuererleichterungen gewährt, Schutzzölle und Subventionen eingeführt. Allerdings war es der NSDAP infolge dieser aussichtsreichen Profite bereits vor 1933 gelungen, Landwirtschaftsverbände zu infiltrieren, wobei die christlichen Bauernvereine unter Andreas Hermes noch am längsten resistent blieben. Für Mogendorff wurde letztlich der „Rücktritt des Vorstandes des ‚Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften – Raiffeisen““⁴⁹, eine seit 1849 bestehende Kreditgenossenschaft katholischer Prägung,

„Einzelmaßnahmen“ [Frame 0250] und der Manipulation des Kaufverhaltens von Beamten taten sich in dieser Momentaufnahme vor allem Goch und Wittlich hervor, in Wittlich aufgrund der Agitation des Kreisverwalters der DAF. Zudem breitete sich zu diesem Zeitpunkt in der Rheinprovinz das Übel der „Ortsverbotstafeln“ [Frame 0252] aus, das auf den Einfluss der Propaganda durch den Westdeutschen Beobachter in Köln zurückgeführt wurde. Der linksrheinische Landesverband widmete diesem Blatt eine eigene Beschwerdeschrift, die über die Hauptgeschäftsstelle im März 1935 dem Reichswirtschaftsminister übergeben werden sollte. Vgl. ebda., Frame 1572ff.

⁴⁴ Bei ihm handelt es sich wohl um Dr. Rudolf Kann. 1932 waren in den vier Essener Amtsgerichtsbezirken 152 Anwälte niedergelassen, von denen 36 Juden waren. Vgl. *Schmalhausen*, 1994, S. 76, 10.

⁴⁵ HM2 8790, Osoby 721 I, Akte 2021, Frame 1903f., hier 1903.

⁴⁶ Ebda., Frame 1901.

⁴⁷ Ebda., Frame 1897.

⁴⁸ Ebda., Frame 2088.

⁴⁹ *Barkai*, Wirtschaftssystem, S. 134. Barkai führt dort aus, dass der Nachfolger von Hermes, Hermann von Lüninck, „schon früher dem Apparat Darrés nahestand. Damit war der Weg für die Vereinigung der Spitzenverbände offen.“ Ergänzt seien die Ausführungen Romeyks zu von Lüninck, der vom 1. April 1933 bis 5. März 1935 Oberpräsident der Rheinprovinz war und von Josef Terboven, seit

entscheidend. Im Juni 1933 war es Reichsernährungsminister Walter Darré gelungen, die Vorstände durch Genossen aus den Parteilisten zu ersetzen. Infolgedessen wurde Mogendorff das rüde Schreiben zugestellt, das den nicht verhandelbaren Kündigungsgrund enthielt:

„Auf Veranlassung des Reichverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften – Raiffeisen – Berlin, hat uns der Verband ländlicher Genossenschaften der Provinz Westfalen in Münster jeglichen Geschäftsverkehr mit jüdischen Firmen und Einzelpersonen grundsätzlich verboten.“⁵⁰

In Westfalen tat sich zu diesem Zeitpunkt der östliche Provinzteil besonders hervor, allen voran der Kreis Brilon, wo der CV den Urheber des ausnehmend scharfen Gesellschaftsboykotts identifizierte: Kreispropagandaleiter Willeke, der

„auch in den kleinsten Dörfern – selbst in solchen, wo keine Juden wohnen, grosse Schilder anbringen [lässt], deren Inhalt den Mitgliedern der NSDAP und auch den übrigen Bewohnern strengstens untersagt, bei Juden zu kaufen. Die sehr ängstlich gewordene Bevölkerung folgt leider diesem Verbote fast durchweg. Die meisten bedauern es den Juden gegenüber, [...] wagen es aber auch nicht, in die jüdischen Geschäfte zu gehen. Die Folge davon ist eine bereits zur Katastrophe werdende Lage unserer Glaubensgenossen, die – wenn auch nur vereinzelt – auf den Dörfern wohnen. [...] U. a. hat man auch den Wirtschaften, einschl.[ießlich] Bahnhofswirten, verboten, an Juden etwas zu verabfolgen.“⁵¹

7.2.1 Gebrüder Kaufmann AG, Dortmund

Der Boykott in den Großstädten wirkte anfangs punktuell. In Dortmund war der CV mit der Abwehr der Anti-Warenhaus-Kampagne beschäftigt, die sich unter anderem gezielt gegen die Gebrüder Kaufmann AG und ihren Inhaber Leopold Jonas richtete.⁵² Dieser Fall wurde von der Hauptgeschäftsstelle sehr wichtig genommen, wobei diese Einseitigkeit Unmut erregte. In den Augen des Ortsgruppenvorsitzenden Louis Koppel ging es nicht an, dass „ein Mitglied nach rein plutokratischen Gesichtspunkten bevorzugt behandelt wird, weil er Inhaber eines grossen Kaufhauses ist.“⁵³

1923 NSDAP-Mitglied und zeitweise Gauleiter von Essen, abgelöst wurde. Nach Romeyk hat sich von Lüninck 1933 anfangs gegen den Parteibeitritt gesträubt, um aus opportunistischen Gründen und auf Druck Görings schließlich doch beizutreten. Er wurde in Verbindung mit dem im Juli 1944 verübten Attentat auf Hitler hingerichtet. Vgl. *Romeyk*, 1994, S. 33, 58, 62.

Der Genossenschaftsverband Raiffeisen findet auch Erwähnung in dem CVZ-Artikel: Ausschaltung der Juden aus dem landwirtschaftlichen Handel, Nr. 37, 28. September 1933, unpaginiert.

⁵⁰ HM2 8790, Osoby 721 I, Akte 2021, Frame 2088.

⁵¹ Meyerhoff, Niedermarsberg, am 8. September 1933, HM2 8766, Osoby 721 I, Akte 2452, Frame 0012.

⁵² Zu den ideologischen Hintergründen dieser Kampagne und den ‚Arisierungen‘ am Beispiel der vor allem in Westfalen vertretenen Firma Gebrüder Alsberg AG sowie dem Boykott gegen die Filialen des Tietz-Konzerns, der besonders in der Rheinprovinz vertreten war und seinen Hauptsitz in Köln hatte, siehe *Mönninghoff, Wolfgang*, Enteignung der Juden – Wunder der Wirtschaft – Erbe der Deutschen, Hamburg u. a. 2001, S. 72ff.

⁵³ Schreiben Koppels an Plaut, der dieses am 18. Dezember 1934 an Berlin sandte. HM2 8799, Osoby 721 I, Akte 3049, Frame 2690; siehe weiterhin *van Laak*, 2003, Fußnote 78.

Die Firma Gebrüder Kaufmann AG am Westenhellweg 40–46 in Dortmund war nicht nur ein bedeutender Arbeitgeber, sondern auch eines „der namhaftesten deutschen Kaufhäuser“⁵⁴ überhaupt, dessen Publikum vor dem Boykott vornehmlich dem gehobenen Mittelstand angehört hatte. Die gleichnamigen Firmen wiederum, die in Bochum, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Hagen zu finden waren, hatten als Kette nur den Namen, nicht aber den Besitzer gemeinsam.⁵⁵

Im Vergleich zum Vorjahr brach im Verlauf des Jahres 1933 der Umsatz des Dortmunder Unternehmens deutlich ein. Aus diesem Grund hatte sich Jonas im Oktober 1933 an den Dortmunder Oberbürgermeister Malzbender gewandt und Erlasse zitiert, um den höchsten städtischen Beamten, der sich offen als Nazi bekannte, an die Illegalität seiner Anordnungen zu erinnern. Im Dezember erwiderte dieser:

“Nachdem durch Ministerialverfügung der Boykott gegen jüdische Warenhäuser aufgehoben worden ist, ist auch das Kaufverbot, welches ich seinerzeit für die Beamten der Stadt Dortmund erlassen habe, hinfällig geworden. Trotzdem würde ich persönlich als Nationalsozialist es nicht verstehen können, wenn ein Beamter in einem jüdischen Warenhaus seine Einkäufe machen würde. [...] Ich bin bereit, den Dortmunder Zeitungen die seinerzeit erhaltenen Reverse, wonach sie Annoncen von jüdischen Geschäften nicht aufnehmen wollten, zurückzugeben [...] Ich kann es mir aber trotzdem als Nationalsozialist nicht denken, dass sich irgend eine Dortmunder Zeitung finden wird, die Annoncen von jüdischen Geschäften aufnimmt. [...] Es steht Ihnen frei, sich bei Vergabe [Vergabe] von Aufträgen seitens der Stadtverwaltung gegebenenfalls zu bewerben. Sie können von mir als Nationalsozialist aber nicht verlangen, dass ich Ihre Angebote befürworten werde.“⁵⁶

Jonas hatte sich bereits im September 1934 unter Umgehung des Landesverbandes an den CV in Berlin gewandt. Die Westfälische Landeszeitung – Rote Erde (WLZ) hatte damit begonnen sich auf die Bekämpfung des Unternehmens zu konzentrieren. Das Blatt war eine private Unternehmung und wurde als solche offiziell nicht von der NSDAP betrieben. Stringent widmete sich die WLZ der Durchsetzung von Punkt 16 des NS-Parteiprogramms, der die ‚Kommunalisierung‘ der (jüdischen) Warenhäuser vorsah. Die gegen die Kaufmann AG gerichteten Boykottaufrufe des Redakteurs Kleiner, Bezirksleiter der Partei in Dortmund-Mitte, wurden von der Nationalsozialistischen Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation, kurz NS-Hago, angetrieben und durch SA-Trupps auf der Straße umgesetzt.⁵⁷ Zu Kleiners Presseattacken kam der „Abbruch der Geschäftsbeziehungen zu einer Beamtenbank, die trotz jahrelanger Zusammenarbeit

⁵⁴ Schreiben Plauts vom 14. März 1934 an Reichmann. HM2 8769, Osoby 721 II, Akte 17, unpaginiert. Es informiert ferner über eine am 22. März geplante Besprechung mit Unternehmern auch aus linksrheinischen Gebietsteilen, die neuerdings von Essen betreut wurden. Zur Debatte stand die Gründung eines Wirtschaftsausschusses beim rheinisch-westfälischen Landesverband, der auch jüdische Arbeitnehmer umfassen sollte.

⁵⁵ Vgl. *Rohlén-Wohlgemuth, Hilde*, Gebrüder Kaufmann Elberfeld. Die Geschichte eines jüdischen Kaufhauses 1894–1936, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins, 90. Bd., Jg. 1982/83, S. 84–142, hier 95.

⁵⁶ Zit. in: *Knipping*, 1977, S. 163.

⁵⁷ Vgl. das Schreiben von Jonas an Hirschberg vom 17. September 1934. HM2 8799, Osoby 721 I, Akte 3049, Frame 2802.

plötzlich erklärte, dem Druck ihrer Kundschaft weichen zu müssen.⁵⁸ Das Gegenteil war kaum nachzuweisen, obwohl Jonas wusste,

„daß [...] die Kündigung unseres Vertrages auf Grund der N.S. Hago in Dortmund erfolgt ist. Ein Mitglied des Vorstandes [der Westfälischen Beamtenbank] gehört der N.S. Hago an und soll einen diesbezüglichen Antrag gestellt haben, mit dem Hinweis, daß alle Mitglieder der N.S. Hago austreten würden, wenn unsere Firma Mitglied bleibt.“⁵⁹

Darüber hinaus verstieß die WLZ mit ihrer Empfehlung, aus ideologischen Gründen nicht in einem Geschäft einzukaufen, das von einem Juden betrieben wurde, noch nicht gegen das Wettbewerbsgesetz. Nach dem Gesetz war der Vorsatz nachzuweisen, einen Konkurrenten schädigen zu wollen entweder durch Irreführung, Verleumdung, Bestechung oder die Behinderung des laufenden Gewerbebetriebs. In diesem Fall befand sich der CV in der Defensive. In seiner Denkschrift vom 13. November 1934 ans RWM führt er aus:

„Wir sind weit davon entfernt, die Bekundung judengegnerischer Gesinnung einer Kritik zu unterziehen. Wir gestatten uns lediglich auf solche Massnahmen und Forderungen zu verweisen, die uns in Widerspruch zu den Wirtschaftsrichtlinien der Reichsregierung zu stehen scheinen.“⁶⁰

Dazu gehörten Maßnahmen, die Jonas daran hindern sollten, Werbung für sein Unternehmen zu betreiben. In der Ausgabe vom 17. September 1934 wütete die WLZ über die „Unverfrorenheit“ jüdischer Geschäftsleute, die selbstverständlich auch weiterhin für ihre Unternehmen warben. Einige „Heimatblätter“⁶¹ stellten sich dafür zur Verfügung, indem sie sich nicht an der Anzeigensperre beteiligten. Der drohende Unterton des WLZ-Artikels ließ aber annehmen, dieser Zustand würde bald beendet sein. Auch würden die Reklamefilme der Firmen verschwinden, die in jüdischem Besitz seien. Konkret zielte der Artikel auf eine Kinoeinspielung der Gebrüder Kaufmann AG ab, die im Capitol seit einem halben Jahr gezeigt wurde. Vorgeblich seien dann aber unvermittelt nach einer Freitagsvorstellung „fortgesetzt Anrufe“ in der Redaktion der WLZ eingegangen,

„die sämtlich in eine Entrüstung darüber ausklangen, daß man es im nationalsozialistischen Deutschland noch wage, den Besuchern von Kinotheatern derart aufdringliche jüdische Reklamefilme zu zeigen. Samstags früh sprach dann sofort ein Beauftragter der NSDAP, Ortsgruppe Groß-Dortmund, bei der Geschäftsleitung des Capitol-Theaters vor, um diese über die Situation aufzuklären.“⁶²

Dieser Beauftragte war Kleiner, der bei der Unterredung behauptete, im Auftrag der Partei zu handeln, wovon der örtliche Propagandaleiter Tillmann hingegen nichts

⁵⁸ Ebda., Frame 2783.

⁵⁹ Schreiben von Jonas vom 28. September 1934 an Berlin. Ebda., Frame 2779.

⁶⁰ Ebda., Frame 2726-2732, hier 2727.

⁶¹ Ebda., Frame 2801. Nach Ausführungen der CVZ vom Juli 1933 hatten sich der Dortmunder Generalanzeiger und die Tremonia bereitwillig an der vom Magistrat verordneten Anzeigensperre beteiligt: „Die Firma Karl May („Hörder Volksblatt“) dagegen kehrt [sic] sich durchaus nicht an den vorerwähnten Stadtverordnetenbeschuß, sondern betätigt sich nach wie vor als Steigbügelhalter der Juden. [...] Im übrigen werden selbstverständlich die städtischen Organe dem ‚Hörder Volksblatt‘ sofort die Veröffentlichung jedweder amtlicher Bekanntmachungen pp. entziehen.“ CVZ, „Aus dem Dortmunder Generalanzeiger“, Nr. 28, 13. Juli 1933, S 272.

⁶² Ebda.

wusste. Im Verlauf der Samstagabend-Vorstellung drohte schließlich eine Horde Uniformierter, die Vorführung durch den Einsatz fauler Eier zu sprengen, wenn der besagte Reklamefilm nicht abgesetzt würde.⁶³

Der Werbefilm wurde hierauf tatsächlich erst einmal abgesetzt, aber nicht ohne Protest. Der Geschäftsführer des Capitols legte Beschwerde beim Werberat des Deutschen Reiches ein. Wohl unabhängig davon hatte der CV im RWM vorgeschlagen. Beschwichtigend hieß es von dieser Stelle, man solle die Beruhigung der Lage abwarten, den Werbefilm also „nicht sofort wieder“⁶⁴ zeigen. Einer Denkschrift vom 13. November 1934 zufolge war er aber wohl endgültig abgesetzt worden. Dafür spricht auch der Umstand, dass Jonas vom Direktor des Capitols geradezu beschworen worden sein muss, sogar die Plakate aus der Schaufensterfront des Kaufhauses zu nehmen, die auf den Film ‚Königin Christine‘ verwiesen, denn

„der Gebr.[üder] Kaufmann AG ist der Alleinverkauf der in dem Film Königin Christine gezeigten Modewaren für Dortmund von der Firma Safir & Lederer, Berlin, übertragen worden.“⁶⁵

In gleicher Angelegenheit hatte auch die Propagandaabteilung der Partei bei Jonas angerufen und angekündigt,

„dass ein weiteres Verbleiben der Plakate im Schaufenster Gegenwirkungen auslösen könnte. Die Firma hat darauf das Plakat aus dem Fenster entfernt. Sie erhielt einige Tage später von der Firma Safir & Lederer die schriftliche Bitte, auf den Alleinverkauf der betreffenden Modewaren zu verzichten.“⁶⁶

Im Gegensatz dazu scheint die WLZ keinen nennenswerten Druck auf die Reichsbahn ausgeübt zu haben, die einen Werbevertrag, den sie mit Jonas geschlossen hatte, unvermittelt kündigte.⁶⁷

Zuvor waren bereits einige der für das Unternehmen werbenden Plakate, die in den „Ruhr-Schnellverkehrszüge[n]“ aushingen, „fortgesetzt beschmiert und abgerissen“⁶⁸ worden. Dieser Vandalismus beunruhigte auch die 460 Mitarbeiter des Unternehmens, „davon 430 Arier.“⁶⁹ Manche von ihnen, wie das Fräulein Bauer, eine arbeitslose

⁶³ Vgl. HM2 8799, Osoby 721 I, Akte 3049, Frame 2800.

⁶⁴ Ebda., Frame 2782.

⁶⁵ Ebda., Frame 2729.

⁶⁶ Ebda.

⁶⁷ Vgl. ebda., Frame 2726.

⁶⁸ Ebda., Frame 2728.

⁶⁹ Ebda., Frame 2731.

Aus der Fülle der vom CV gesammelten arbeitsrechtlichen Entscheidungen seien hier nur zwei der sehr frühen genannt, so zum einen die vom 12. Mai 1933 des Arbeitsgerichts Münster. In der Sache des Dekorateurs Siegmund Katz gegen die Firma ‚Defaka‘, Deutsche Familien-Kaufhaus GmbH, wurde die Kündigung aufgehoben beziehungsweise, falls eine Weiterbeschäftigung abgelehnt würde, eine Entschädigung von 200 Mark zugesprochen. Die Firma hatte ihren Mitarbeiter, den sie im August 1932 angestellt hatte, mit der Begründung der vorgeblich „staatsfeindliche[n] Einstellung [...] wegen Zugehörigkeit zum Judentum“ [Frame 0223] entlassen. Außerdem sei dem christlichen Unternehmen die Weiterbeschäftigung dieses Angestellten nicht zuzumuten. Das Gericht stellte fest, dass die Kündigung unbillig sei. Sie war nicht „durch das Verhalten des Arbeitnehmers“ [Frame 0224] zu begründen und bedeutete angesichts der hohen Arbeitslosigkeit eine besondere materielle Härte. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 18, Frame 0222-0224. Am 29. Mai 1933 wurde dem Kläger Hermann Landecker, Duisburg, der die Rudolph Karstadt AG verklagte, Recht gegeben. Es sei zwar

Handarbeitslehrerin, die nach Vermittlung durch das städtische Arbeitsamt von der Kaufmann AG angestellt worden war, wurden persönlich eingeschüchtert. Das überspannte Fräulein Zanitz, Gewerbeoberlehrerin an der Kunstgewerbeschule, hatte die Bauer zu sich zitiert, um ihr Vorhaltungen zu machen, „weil sie in einem jüdischen Geschäft arbeite und dadurch den Stand der Handarbeitslehrerinnen erniedrige.“⁷⁰ Da lag der Schritt zur Erstellung von schwarzen Kundenlisten durch Gesinnungsfreunde der Partei nicht fern.⁷¹

Der CV-Bericht über diese Vorgänge, der dem RWM vorlag, hatte die Lage beschwichtigender formuliert. Die Urfassung sprach dagegen offen von der Drohung der NS-Propagandaabteilung, die Fensterscheiben des Kaufhauses zertrümmern zu wollen, sofern das Plakat, das auf den Film ‚Königin Christine‘ verwies, nicht entfernt würde.⁷² Unerwähnt blieb ferner das Verhalten der Westdeutschen Versicherungsanstalt, Dortmund, die ihren rund 200 Angestellten mitgeteilt hatte, „daß es strengstens verboten sei, in jüdischen Geschäften zu kaufen. Würde dieses Verbot nicht beachtet, so würde die fristlose Entlassung folgen.“⁷³ Diese willkürliche Einschüchterung hinterließ ihre Spuren genauso wie die Mitglieder der „Klebekolonnen“, die die Fensterfronten nachts plakatierten und dazu einen ätzenden Klebstoff benutzten, der auch dann noch zu sehen war, nachdem die brandmarkende Kennzeichnung des Geschäfts als ‚nicht deutsch‘ schon längst entfernt worden war.⁷⁴

unstreitig, „dass die Volksstimmung stark gegen die Juden eingestellt worden ist“, aber dieser Umstand rechtfertige nicht die fristlose Entlassung Landeckers, des Trägers des Eisernen Kreuzes Zweiter Klasse, der sich jahrelang als tadelloser Mitarbeiter erwiesen hatte. Für den Verlust seines Arbeitsplatzes wurde er mit 660 Mark entschädigt. Vgl. ebda., Frame 0227f. Siehe auch die Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom Dezember 1933, die anwies, Entlassungen von Juden zu unterlassen. Ebda., Akte 25, Frame 0805f.

In den meisten Fällen wurde das Gehalt der häufig fristlos entlassenen jüdischen Angestellten bis zum rechtmäßigen Kündigungstermin gezahlt. So auch in einem Fall vom Dezember 1936. Die Klägerin war von einem „arischen Erwerber eines bisher jüdischen Geschäftes [in Bochum] mit übernommen worden [...]. Der Erwerber berief sich kurze Zeit später darauf, dass ihm die Weiterbeschäftigung jüdischer Angestellter nicht zugemutet werden könne und entliess die Klägerin fristlos. Das Arbeitsgericht hält den Grund zur fristlosen Kündigung nicht für gegeben. Der Erwerber hätte sich bei Abschluss der Kaufverhandlungen die Frage der Uebernahme jüdischer Angestellter überlegen müssen.“ HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 89, Frame 0102. Nach der Abschrift des Urteils war die Klägerin seit über 26 Jahren Einkäuferin und Abteilungsleiterin für Damenkonfektion in dem verklagten Unternehmen, das ebenfalls nicht namentlich genannt wurde. Vgl. ebda., Frame 0103-0107, hier 0103.

⁷⁰ HM2 8799, Osoby 721 I, Akte 3049, Frame 2730.

⁷¹ Vgl. ebda., Frame 2729.

⁷² Vgl. Betr. Gebr. Kaufmann, 22. November 1934. Ebda., Frame 2708-2711, hier 2710. Zu den zahlreichen Fällen von Tumultschäden, die in den CV-Akten zu finden sind, siehe beispielhaft die Schadenssache Salomon Seif, Bocholt, dem 1934 Schadensersatz gewährt wurde, in: HM2 8766, Osoby 721 I, Akte 2501, Frame 2168ff., sowie die im selben Jahr verhandelte Schadenssache Sally Feiner, Bochum-Werne, die einen ungünstigen Ausgang hatte. Ebda., Frame 2207ff.

⁷³ HM2 8799, Osoby 721 I, Akte 3049, Frame 2711.

⁷⁴ Vgl. das undatierte Schreiben unter dem Titel Allgemeines. Ebda., Frame 2707. Es beschäftigt sich vor allem mit dem – nach dem Vorbild des US-amerikanischen Unternehmens Woolworth arbeitenden und durchaus in Konkurrenz zu Kaufhäusern wie der Gebrüder Kaufmann AG stehenden – Einheitspreisgeschäft Wopela in Dortmund-Hörde. Die Wopela in Hörde hatte Sicherheitsleute von der Wach- und Schließgesellschaft zum Schutz des Gebäudes abgestellt. Im Verlauf eines nächtlichen Übergriffs wurde ein Wachmann „von dem Steuerberater Döring [aus] Hörde, der sich auch an den Scheiben zu schaffen machen wollte, angesprochen, weshalb er dieses jüdische Geschäft bewache; er beabsichtige die Scheiben einzuschlagen. Der Wachbeamte machte

Aus dem Bedürfnis heraus, peinliche Situationen, berufliche Nachteile sowie materielle und physische Schäden zu vermeiden und aus reiner Niedertracht ließen sich Kunden und Angestellte durch hemmungslose Zeitgenossen beeinflussen. Im Fall der Kundschaft des Kaufhauses Gebrüder Kaufmann AG in Dortmund währte dieser Prozess bis 1936. Der Sommerschlussverkauf des Jahres 1935 erwies sich als Wendepunkt für die Geschicke des Kaufhauses, da er sich zu einer völligen Pleite entwickelt hatte.⁷⁵ Die Gebrüder Kaufmann AG berichtete am 31. Juli dem RWM:

„1. Gegenüber den Eingängen unseres Kaufhauses werden von einer Zentrale dirigierte Posten aufgestellt, die das Käuferpublikum in so auffälliger Weise fixieren, daß die Käufer [...] unter dem Eindruck einer bedrohlichen Kontrolle stehen. [...] Wer die Absicht hat, unser Geschäft zu betreten, wird dadurch veranlasst, sein Vorhaben zu unterlassen. Weiterhin wurde [...] das Käuferpublikum fotografiert. Der Name des Fotografen ist: Pressefotograf Tarach, Lünen i.W. [...] Auf Anrede durch den Obmann unseres Betriebsrats erklärte der Fotograf, das[s] ihm niemand darin etwas sagen könne, er sei Pressefotograf und interessiere sich für das Straßenbild. [...] Der Niederschlag der Lichtbildaufnahmen findet sich in den anliegenden Nummern der ‚Westfälischen Landeszeitung–Rote Erde‘ vom 30. Juli und 31. Juli.“⁷⁶

70 Aushilfen mussten entlassen werden. Die zu bestellende Winterware war unter diesen Bedingungen nicht mehr zu disponieren. Die Gesamtfolgen für das Unternehmen waren allerdings für die Protagonisten zu diesem Zeitpunkt immer „noch nicht abzusehen.“⁷⁷ Die wenige Wochen später erlassenen Reichsbürgergesetze klärten auch ‚nur‘ die staatsrechtliche Stellung, damit aber nicht die wirtschaftliche Betätigung von Juden. Aus diesem Grund richtete Jonas am 5. November ein weiteres Schreiben an das Reichswirtschaftsministerium und nahm ohne Umschweife Bezug auf die

ihn darauf aufmerksam, daß er damit ja nicht das Geschäft[,] sondern die Versicherung schädige. Er antwortete jedoch, er wisse genau, daß die Versicherungen, wenn die Scheiben zum zweiten Male eingeschlagen würden, die Scheibenversicherung kündigen würden. P. Döring sagte dann dem Beamten der Wach- und Schließgesellschaft: ‚Wenn Sie den Posten nicht verlassen, werden Sie von uns umgebracht‘. Dieser Vorfall wurde der Geheimen Staatspolizei gemeldet. Es wurde geantwortet: ‚wenn Sie jüdische Geschäfte bewachen, so müssen Sie auch das Risiko auf sich nehmen, es sei ja nicht nötig, daß Sie für jüdische Geschäfte Dienst tun, dann werden Ihnen auch Unannehmlichkeiten erspart bleiben‘.“ Ebda., Frame 2707.

⁷⁵ Der scharfe Boykott vom Sommer 1935 ist bei *Knipping* erwähnt. Er führt einen Lagebericht der Stapostelle Dortmund vom August an, der von der schwindenden Solidität des Geschäfts, möglichen „Entlassungen von Angestellten“ und auch der „Zurückhaltung der ohnehin wenigen finanzkräftige[n] arischen[n] Käufer“ spricht, die wegen der Anti-Warenhaus-Kampagne das Risiko, selbst Opfer eines Boykotts zu werden, nicht auf sich nehmen wollten. Zit. in: *ders.*, 1977, S. 55f., hier 56.

⁷⁶ HM2 8799, Osoby 721 I, Akte 3049, Frame 2656-2658, hier 2656f. *van Laak* führt einen inhaltlich gleich lautenden Brief aus der Feder der Vertrauensleute der Kaufhaus AG an. Das Schreiben war an den ehrenamtlich arbeitenden Gauwirtschaftsberater adressiert, zu dessen Aufgaben auch die weltanschauliche Erziehung im Wirtschaftsleben gehörte. Der Brief bezieht sich auf die Haltung der Belegschaftsmitglieder, die sich in einem „seelisch zermürbenden Zwiespalt [befinden]. An der Lösung der Judenfrage können wir uns nicht beteiligen, da wir laut Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit unserem nichtarischen Betriebsführer das Gelöbnis der Gefolgschaft gegeben haben zum Zweck der gemeinsamen Arbeit, zu der Erhaltung des Betriebes und damit zur Erhaltung der Existenz aller Gefolgschaftsmitglieder. Ein gegebenes Wort hat man zu halten.“ Zit. in: *van Laak*, 2003, S. 25; vgl. *Kratzsch*, 1990, S. 23, 45; weiterhin sind dort Angaben zu Paul Pleiger, Gauwirtschaftsberater für Westfalen-Süd, zu finden. Vgl. ebda. S. 25f.

⁷⁷ Koppel an Berlin am 1. August 1935. HM2 8799, Osoby 721 I, Akte 3049, Frame 2655.

„nachstehende Verordnung des Herrn Reichswirtschaftsministers [...]: ‚Die Nürnberger Gesetze und die demnächst ergehenden Ausführungsbestimmungen werden auch gewisse Neuregelungen in der Stellung der Juden im Wirtschaftsleben nach sich ziehen. So lange diese gesetzliche Regelung nicht erfolgt ist, haben alle Maßnahmen nachgeordneter Stellen gegen jüdische Geschäfte zu unterbleiben. Ich ersuche, die Gruppen der gewerblichen Wirtschaft hiervon in Kenntnis zu setzen.‘“⁷⁸

Von dieser Verordnung blieb jedoch der für Jonas wichtig werdende Beamte des Postamtes in Hörde unberührt. Nachdem Jonas sukzessive „jede Werbemöglichkeit in den Tageszeitungen nicht nur in Dortmund, sondern auch im gesamten Sauerland und Münsterland genommen“ worden war, ließ er

„zur Belebung des Geschäftsverkehrs, insbesondere aber, um die seitens des Treuhänders der Arbeit [für Westfalen Dr. Josef Klein] uns zugebilligte Kurzarbeit und spätere Kündigung von Angestellten zu vermeiden, in der näheren und weiteren Umgebung Dortmunds (nicht in Dortmund selbst) eine Reklame [...] als Wurfpost verteilen [...] Das Postamt Hörde bei Dortmund weigerte sich, diese Wurfpost zu verteilen. [...] Der betreffende Beamte erklärte die Exemplare für beschlagnahmt, da der Inhalt bzw. das Titelblatt aufreizend sei.“⁷⁹

Es handelte sich dabei um 10.200 Exemplare, die dafür sprechen, dass sich Jonas im Kampf um die Behauptung seines Unternehmens keineswegs zurückhaltend verhielt. Nur lagerten sie auf der Stapostelle Dortmund, wo Jonas' Geschäftsführer Heinz Oliven energisch, aber vergeblich für die „Wahrung unserer Interessen“⁸⁰ eintrat. Oliven wanderte bald darauf nach Palästina aus und sein Chef teilte schließlich im März 1936 Reichmann mit,

„daß wir unser Geschäft mit Wirkung vom 13. d. M. verkauft haben. Leider blieb uns kein anderer Weg, da der Umsatz infolge der Ihnen bekannten Verhältnisse immer rückläufiger wurde. Ich möchte nicht verfehlen, Ihnen für ihre stete Bereitschaft und Ihre großen Bemühungen meinen verbindlichsten Dank abzustatten.“⁸¹

Jonas hatte gemeinsam mit dem CV versucht, das Unternehmen solange wie möglich zu erhalten. Er vertrat dabei „auch aus allgemein-jüdischem Bewusstsein heraus [...] den Grundsatz des Durchhaltens mit grosser Energie.“⁸² Die Folge des mehrjährigen offenen Boykotts durch NS-Presse, NS-Hago und SA-Trupps, der im Jahr der Olympischen Spiele in dieser Form „zu den grossen Seltenheiten“⁸³ im Landesverband gehörte, war jedoch der stille Boykott durch die Bevölkerung, dem Jonas nichts entgegensetzen konnte.⁸⁴ Allen voran die gutbürgerliche, solvente Käuferschicht gab dem Druck der Partei nach und schloss sich dem Boykott gegen die Gebrüder Kaufmann AG an,

⁷⁸ Ebda., Frame 2652f., hier 2652.

⁷⁹ Ebda.

⁸⁰ Jonas an Berlin am 7. November 1935. Ebda., Frame 2649. Aus diesem Schreiben geht hervor, dass Jonas mit seinen Eingaben ans RWM zwar eigeninitiativ geworden, aber stets in Fühlung mit der Hauptgeschäftsstelle geblieben war.

⁸¹ Ebda., Frame 2640.

⁸² Essen an Berlin am 11. März 1936. HM2 8803, Osoby 721 I, Akte 3127, Frame 1509f., hier, 1509.

⁸³ Ebda., Frame 1510.

⁸⁴ Vgl. ebda., Frame 1510. Siehe ferner HM2 8803, Osoby 721 I, Akte 3128, Frame 1564ff. Hier finden sich Vorfälle des stillen Boykotts, die im Landesverband Rheinland-Westfalen seitens der Bürgermeister, Finanzämter, Banken, der Post oder der Bahn betrieben wurden.

während sich „die Arbeiterbevölkerung anscheinend weniger scheut, jüdische Geschäfte zu betreten.“⁸⁵

Nach dem Verkauf seines Unternehmens bereitete sich Jonas nicht auf die Auswanderung vor. Er suchte sich eine Marktnische, zumindest informierte Berlin ihn am 23. Dezember 1937 darüber, es bestünden „für die Errichtung einer Grosshandlung für modische Kleinigkeiten zum Zwecke des Exports“ zu diesem Zeitpunkt „keine gesetzlichen Beschränkungen.“⁸⁶

Die Gebrüder Kaufmann AG in Dortmund war keineswegs der einzige Fall, mit dem sich der CV zum selben Zeitpunkt beschäftigen musste. Einen großen Teil seiner Aufmerksamkeit zog die Einschränkung der Werbefreiheit als ein Ausdruck für die Einschränkung des freien Wettbewerbs überhaupt auf sich.

Dabei fiel dem CV besonders das Verhalten seitens der Reichsbahn auf. Die Deutsche Eisenbahnreklame GmbH kündigte Alex Rosenbaum, Inhaber des Schuhhauses J. Herrmanns in Oberhausen, unvermittelt im Januar 1935 einen am 1. März 1934 geschlossenen Vertrag. Gegenstand des Mietvertrages mit einer Laufzeit von drei Jahren war ein Werbeschaukasten, der in der Halle des Hauptbahnhofs in Oberhausen stand. Rosenbaum hatte wegen der vorzeitigen Kündigung bereits einen Anwalt konsultiert, um dann aber den CV in Essen – und dieser wiederum Berlin – zu bitten, bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn vorstellig zu werden. Nach den Angaben Rosenbaums war es einmal im November 1934 zu einer antisemitischen Klebezettelattacke mit der Aufschrift ‚Kauft nicht bei Juden‘ gekommen. Diese und vorgebliche Beschwerden nahm Reichsbahnoberinspektor Jobsky am 17. Januar 1935 zum Anlass, „im Auftrag der Reichsbahn[direktion in Essen] die unverzügliche Räumung des Schaukastens“⁸⁷ zu fordern. Rosenbaum erhielt die seit dem 1. März 1934 angefallenen Auslagen in Höhe von 128,40 Mark zurück.

Gegen die Räumung des Kastens hatte die CV-Hauptgeschäftsstelle am 31. Januar 1935 Beschwerde eingereicht und betont, dass der Vertrag

„mit Einverständnis der zuständigen Reichsbahndirektion in einem Zeitpunkt geschlossen [worden war], in dem die Gesetzgebung des nationalsozialistischen Staates auch in bezug auf die Nichtarierfrage volle Geltung hatte. Dass der Vertragspartner nichtarischer Abstammung war, war der Deutschen Eisenbahn-Reklame-G.m.b.H. bekannt.“⁸⁸

Der CV nahm damit Bezug auf den Vorwurf der Irreführung, um auch an die „Richtlinien der Reichsregierung“⁸⁹ zu erinnern, die die Anwendung des ‚Arierparagrafen‘ in der Wirtschaft untersagten. Die Reichsbahndirektion in Essen führte hierauf am 21. Februar unter Auslassung jedweder Höflichkeitsfloskeln aus, die Räumung des Kastens sei deshalb angeordnet worden, „weil andernfalls eine erhebliche

⁸⁵ Ebda., Frame 1509.

⁸⁶ HM2 8799, Osoby 721 I, Akte 3049, Frame 2639. Jonas scheint rechtzeitig das Land verlassen zu haben. Das Verzeichnis der Mitglieder der Synagogengemeinde Dortmund vom 1. Juni 1941 nennt ihn nicht. Vgl. *Knipping*, 1977, S. 184ff.

⁸⁷ HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 305, Frame 1277.

⁸⁸ Ebda., Frame 1275.

⁸⁹ Ebda.

Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung mit Gewißheit zu erwarten war.“⁹⁰ Dieses Pseudo-Argument erlangte, wie Steinberg am 27. Februar feststellte,

„allmählich grundsätzliche Bedeutung. Es scheint uns nicht anzugehen, dass man unter Berufung auf angebliche sonst zu erwartende Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung einfach die unschuldigen angeblichen Anlässe zu derartigen Störungen beseitigt, statt gegen die Störer selbst vorzugehen.“⁹¹

Aus diesem Grund, so Reichmann am 1. März 1935 gegenüber Rosenbaum, biete sich auch

„keine Möglichkeit des Erfolges [...] Sie wissen wie wir, dass derartige Fälle gerade im Rahmen der C.V.[-]Arbeit z. Zt. häufig vorkommen und dass auch viele davon als lebenswichtiger angesehen werden, als ein Reklamekasten im Reichsbahngelände.“⁹²

7.2.2 Kultur-Betrieb Kino

Im Gegensatz zum Wirtschaftsleben wurden die Beschränkungen im Kulturleben von Anfang an rigide durchgesetzt. Dies führte nicht nur namhafte Literaten, Schauspieler, Musiker und bildende Künstler in die Emigration, sondern auch zur Bildung von überwachten und isoliert arbeitenden jüdischen Kulturbünden.⁹³ Das Genre Kino war sowohl Kultur- als auch Wirtschaftsbetrieb. Da jedoch der gewerbliche Charakter im NS-Staat grundsätzlich bestimmend war, konnte ein jüdischer Filmvorführer einen eigenen Gewerbebetrieb anmelden, auch wenn seit 1936 keine Konzession mehr für ein Wandergewerbe erteilt wurde. Hingegen war keine Konzession notwendig, wenn Vorführungen, die generell scharfen Kontrollen unterlagen, ausschließlich in geschlossenen jüdischen Veranstaltungen stattfanden.⁹⁴ In dieses Ghetto und über die deutschen Grenzen sollten dann seit Herbst 1935 auch die wenigen bis dahin verbliebenen jüdischen Filmvorführer und Kinobesitzer verdrängt werden.

Als Indoktrinations- und Vergnügungsstätten gewannen die Kinos wachsende Bedeutung – mit Folgen für die Gewinnmargen ihrer Besitzer, die die Mitgliedschaft in der am 14. Juli 1933 vorläufig errichteten Reichsfilmkammer zu erwerben hatten.⁹⁵ Die

⁹⁰ Ebda., Frame 1267.

⁹¹ Ebda., Frame 1265.

⁹² Ebda., Frame 1264.

⁹³ Vgl. *Düwell, Kurt*, Jewish Cultural Centers in Nazi Germany, Expectations and Accomplishments, in: *Reinharz* u. a. (Hg.), 1985, S. 294-316; *ders.*, Der Jüdische Kulturbund Rhein-Ruhr 1933–1938, in: *Bohnke-Kollwitz* u.a., 1984, S. 427-441; *ders.* u. a., Vertreibung jüdischer Künstler und Wissenschaftler aus Düsseldorf 1933–1944, Düsseldorf 1998; weiterhin *Freedon, Herbert*, A Jewish Theatre under the Swastika, in: *LBIYB I*, London u. a. 1956, S. 142-163; ferner *ders.*, Jüdisches Theater in Nazideutschland, Tübingen 1964; *Geisel, Eike, Broder, Henrik M.*, Premiere und Pogrom. Der Jüdische Kulturbund 1933–1941. Texte und Bilder, Berlin 1992; *Möller, Horst*, Exodus der Kulturen. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984; Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933–1941. Eine Ausstellung der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/M. unter Mitwirkung des Leo Baeck Instituts, New York, Frankfurt/M. 1985, S. 107ff.; Institut für Zeitgeschichte München, Research Foundation for Jewish Immigrants (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, 3 Bde., München u. a. 1980–1983.

⁹⁴ Vgl. HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3000, Frame 0706f.

⁹⁵ Vgl. CVZ, Ausschluß der Juden vom Film. Schaffung einer Filmkammer, Nr. 30, 27. Juli 1933, S. 294. Siehe ferner die Verordnung über die Errichtung einer vorläufigen Filmkammer, in: *Comité*

Reichsfilmkammer wurde schließlich als eine von insgesamt sieben Einzelkammern in die durch Gesetz vom 22. September 1933 errichtete, berufsständisch organisierte Reichskulturkammer eingegliedert, die auf die Initiative Goebbels' zurückging. Unter dem Dach der Reichskulturkammer wurde das Kulturleben in Deutschland sowohl inhaltlich als auch personell diktiert. Die ‚Entjudung‘ der deutschen Kultur war ein Ziel, das mithilfe dieser Institution umgesetzt wurde.⁹⁶ Die Sparte Film und die damit zusammenhängenden Gewerbe blieben davon nicht verschont.

Unmittelbar vor dem Erlass der Reichsbürgergesetze am 15. September 1935 waren die Essener CVer damit beschäftigt, die „[w]irtschaftliche Ausschaltung jüdischer Lieferanten im Filmgewerbe“ zu verhindern:

„Der Gesamtverband der Filmherstellung und Filmverwertung E.V.[.] und zwar die Abteilung inländischer Filmvertrieb und die Abteilung Filmherstellung, Fachverband der Reichsfilm- und damit der Reichskulturkammer, hat am 21. und 24. August an seine Mitglieder Rundschreiben gerichtet, in denen die Ausschaltung [...] gefordert wird.“⁹⁷

Betroffen waren das „Druckgewerbe, [...] Filmrohmaterialfabriken, [...] Lieferanten photographischer Artikel usw. [...] nicht einmal [...] Bürobedarf“ durfte mehr bei „nichtarischen Firmen“⁹⁸ bezogen werden. Der CV erkannte darin eine ungerechtfertigte „Ausdehnung des Arierprinzips“ in der Wirtschaft. Er wies auf die „unübersehbare[n] Auswirkungen“ hin, wenn die „langjährigen Geschäftsverbindungen zu nichtarischen Firmen“⁹⁹ im Zuge der Aufforderung des Gesamtverbandes beendet würden. Dabei war die Film- und Kinosparte ein expandierender Wirtschaftssektor und damit wichtig für den Arbeitsmarkt. Besonders auf diesen Aspekt hatte der Verein aufmerksam gemacht, als er am 8. November 1935 per Eingabe dann auch die „Ausschaltung nichtarischer Lichtspieltheater-Besitzer“¹⁰⁰ zu verhindern versuchte. Der CV reagierte damit prompt, denn Plaut hatte seine Hauptgeschäftsstelle erst am 31. Oktober 1935 über den Essener Siegfried Samuel informiert, „der der einzige noch verbliebene Lichtspieltheaterbesitzer innerhalb unseres Landesverbandes ist.“¹⁰¹ Samuel war kurze Zeit vorher – genauso wie Franz Lehr in Aachen – vom Reichsverband deutscher Filmtheater unverhohlen aufgefordert worden, seine beiden Betriebe bis Ende 1935 in „andere Hände übergehen zu lassen. Dies sei der späteste Termin, sonst würde sich am Ende noch die Partei einschalten.“¹⁰²

Am 1. November informierte Berlin seinen Syndikus darüber, die gleiche Aufforderung kursiere bereits in anderen Landesverbänden, vor allem im Landesverband Groß-Berlin,

des Délégations Juives (Hg.), Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933, Paris 1934, S. 428f.

⁹⁶ Vgl. *Adam*, 1972, S. 78.

⁹⁷ Undatierte Abschrift einer Eingabe an den Reichswirtschaftsminister. HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3000, Frame 0523f., hier 0523.

⁹⁸ Ebda., Frame 0524.

⁹⁹ Ebda.

¹⁰⁰ An das Reichswirtschaftsministerium am 8. November 1935. Ebda., Frame 0448-0458, hier 0448.

¹⁰¹ Ebda., Frame 0709. Samuel aus Essen-Kray war Mitglied der Reichsfilmkammer, Fachverband deutscher Filmtheater. Er besaß zwei Kinos mit insgesamt 760 Plätzen, die 1935 einen geschätzten Umsatz von 50.000 Mark erwirtschafteten. Samuel beschäftigte zehn Angestellte, von denen lediglich einer jüdischer Abstammung war. Vgl. ebda., Frame 0507.

¹⁰² Ebda., Frame 0709, 0674.

weshalb man auch schon im RWM in der Erwartung vorgesprochen habe, „dass nicht überall die Kinos zu halten sein werden.“¹⁰³ Dringlichkeitshalber folgte ergänzend eine Denkschrift am 8. November 1935. Darin wurde die Kampagne gegen die jüdischen Kinobesitzer auf eine Ende September gehaltene Rede des Vizepräsidenten der Reichsfilmkammer, Arnold Räter, zurückgeführt. Aufgrund der für die Mitgliedschaft in der Kammer notwendigen Angaben über die Abstammung wusste Räter von reichsweit 143 verbliebenen Kinobetrieben in jüdischem Besitz, die in den kommenden Wochen zu ‚arisieren‘ seien. Räter glaubte, die Septembargesetze von 1935 rechtfertigten die Maßnahme.

Der CV entgegnete, die „Lichtspieltheaterbetriebe“¹⁰⁴ seien Wirtschafts- und keine Kulturbetriebe, zumal das deutsche Filmverleihsystem eine freie Programmgestaltung unmöglich mache. Von der Kinoreklame über den zu politisch-erzieherischen Zwecken gezeigten Vorfilm bis hin zum Hauptfilm unterliege die Vorführung strikten Kontrollen.¹⁰⁵ Der „Lichtspieltheaterbesitzer“ sei auch aufgrund seiner kommerziellen Bedeutung „reiner Kaufmann“¹⁰⁶, der beachtliche Bilanzen aufweisen könne. So stütze sich der CV auf Rätters eigene Angabe, um die wirtschaftliche Bedeutung der 143 Kinos, die sich noch in jüdischem Besitz befanden, zu untermauern. Allein diese verfügten über rund 95.000 Plätze, die im Geschäftsjahr 1934 einen Jahresumsatz von 18 Millionen Mark erwirtschaftet hatten. Davon wurden wiederum 16 Millionen „im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes [...] in Maschinen, Bestuhlung, Renovationen, Wandbespannung und andere[...] Ausstattungen“¹⁰⁷ investiert. Teils langjährige vertragliche Bindungen mit Zulieferern, Angestellten, Banken, Versicherungen, Vermietern und Pächtern bestünden, die sich nicht ad hoc aufheben ließen, ohne den Vertragspartnern auch finanzielle Konsequenzen zuzumuten. Außerdem führe eine massenhafte Veräußerung von Kinos bis Jahresende zu einem horrenden Preisverfall, der in den Augen des CV „[f]ür den Filmtheatermarkt von ausschlaggebender Bedeutung, ja sogar eine Gefahr“¹⁰⁸ sei. Dieser Logik folgten die Nutznießer, die sich zum Schleuderpreis bereichern konnten, nicht. Da die Auswirkungen der ‚Arisierung‘ derartig ‚günstige‘ waren, wurde der Bitte nicht entsprochen, nach der das Reichswirtschaftsministerium dafür Sorge tragen sollte, „dass die angedrohten Massnahmen nicht verwirklicht werden.“¹⁰⁹ Siegfried Samuel hatte Ende 1935 seine beiden Kinobetriebe in ‚arische‘ Hände abgeben müssen. Er eröffnete ein Café in der Dreilindenstraße 90, nahe der Essener CV-Geschäftsstelle.¹¹⁰

¹⁰³ Ebda., Frame 0708.

¹⁰⁴ Ebda., Frame 0449.

¹⁰⁵ Vgl. ebda., Frame 0452.

¹⁰⁶ Ebda., Frame 0451.

¹⁰⁷ Ebda., Frame 0456f.

¹⁰⁸ Ebda., Frame 0457.

¹⁰⁹ Ebda., Frame 0458.

¹¹⁰ Vgl. *Schröter*, 1980, S. 709. Der am 23. November 1887 geborene Siegfried Samuel emigrierte 1939 nach London, 1947 in die USA.

7.3 Öffentliche Aufträge: Reichsbahnschrott und der Festanzug der Deutschen Arbeitsfront

Gewöhnlich war ein Wettbewerb um das beste Preis-Leistungsverhältnis Grundlage für die Vergabe öffentlicher Aufträge. Dies zumindest brachte die Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge vom 14. Juli 1933 zum Ausdruck.¹¹¹ Dessen ungeachtet war es aber seit Ende 1934 „in der Praxis so, dass jüdische Firmen Reichsbahnschrott nicht mehr beziehen konnten, weil sie bei den Ausschreibungen des Reichsbahnzentralamtes unberücksichtigt blieben.“¹¹²

Die Reichsbahn machte ein weiteres Mal auf sich aufmerksam, weil „die völlige Ausschaltung der jüdischen Schrotthändler eine der wenigen Ausschaltungsmassnahmen [ist], die bei einer behördlichen Stelle gegenwärtig noch betrieben [wird].“¹¹³ Laut Reichmanns Bericht, den er nach einem Gespräch mit von Hamm, Direktor der Reichsbahn, angefertigt hatte, wiegelte dieser ab:

„Allerdings könnte von einer völligen Ausschaltung nicht die Rede sein, da z. B. die Firma [I.] Adler jun. auch bei der Ausschreibung berücksichtigt werde. Die Ausschaltung sei mit Rücksicht auf die Forderungen der Fachschaft [Feld- und Industriebahn-Material der Wirtschaftsgruppe Stahl- und Eisenbau] notwendig geworden [...] eine Aenderung dieses Standpunktes sei mit Rücksicht auf die Stimmung der Fachschaft trotz der Richtlinien der Reichsregierung nicht möglich. [...] Die Reichsbahn schalte im übrigen weder bei Aufträgen, die sie verbe, noch bei Material, das sie verkaufe, jüdische Händler prinzipiell aus. Es beständen bei der Verwertung von Waggonmaterial genügend Geschäftsbeziehungen zu jüdischen Händlern. Diese und andere Beziehungen würden bei allzu energischem Eingreifen der jüdischen Händler bzw. jüdischer Stellen gefährdet. Es könne, wenn man aus der Beteiligung der Juden an der Ausschreibung eine Prestigefrage mache, die Ausschaltung auch auf Gebiete ausgedehnt werden, auf denen sie bis jetzt nicht bestehe.“¹¹⁴

An der Unverfrorenheit von Hamms, der sich nicht scheute, die einzige begünstigte Firma in jüdischem Besitz als Alibi zu missbrauchen, prallten Reichmanns Einwendungen ab, wonach die jüdischen Schrottgroßhändler, wollten sie am expandierenden Autobahn- und Heeresbauwesen teilnehmen oder schlichtweg nur überleben, geradezu gezwungen seien, auf den einseitig mit Juden assoziierten, ohnehin unerwünschten Zwischenhandel, der zu Verteuerungen führe, auszuweichen. Ursächlich für diesen Missstand sei allein das „absolut wirtschaftsfremd[e]“¹¹⁵ Vorgehen seitens der Reichsbahn.

Der Ausschluss traf unter anderem folgende Unternehmen: in Düsseldorf die Firma Kaufmann & Lippmann sowie die ebenfalls dort ansässige Firma von Leo Rapp; in Essen die M. Stern AG,

¹¹¹ Vgl. Das Schwarzbuch, S. 317.

¹¹² Berlin an Essen am 10. September 1935. HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3005, Frame 1242f., hier 1242.

¹¹³ Protokoll Reichmanns vom 28. September 1934. Ebda., Frame 1368f., hier 1368.

¹¹⁴ Ebda., Frame 1368f. Die Firma I. Adler jun. war in Frankfurt/M. ansässig. Vgl. *Zielenzieger, Kurt*, Juden in der deutschen Wirtschaft, Berlin 1930, S. 24.

¹¹⁵ Ebda., Frame 1369.

„die nicht nur finanziell zu unseren eifrigsten und bereitwilligsten Förderern [zählen], sondern [...] sich auch bei allen anderen Gelegenheiten stets in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt haben. Insbesondere hat die Firma M. Stern A.G. bei Einstellung jüdischer Arbeitskräfte und ähnlichen Fällen [...] ein [...] starkes jüdisches Solidaritätsempfinden bekundet.“¹¹⁶

Wegen der Widerstände im Reichsbahnzentralamt [RZA] hielt Willy Cohn im Falle der Stern AG weitere Schritte für „unzweckmässig.“¹¹⁷ Nach den Informationen, die Berlin noch im September 1935 vorlagen, war die Firma I. Adler jun. im Alleingang beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig geworden, um ihre schwache Position zu festigen.¹¹⁸ Am 4. Oktober 1935 verblüffte Plaut in der Hauptgeschäftsstelle mit der Neuigkeit, nach der

„es der Firma [I.] Adler jun. gelungen ist, mit nicht nennenswerten Mengen Material vom RZA beliefert zu werden. Welches moralische Opfer sie dagegen gebracht hat, können wir nicht beurteilen. Wir halten es indessen nicht für unerheblich. Tatsache ist, dass sonst keine jüdische Firma Berücksichtigung findet und dass durchaus nicht feststeht, wie lange die Firma [I.] Adler jun. sich der Zugehörigkeit zum Kreise der arischen Bezieher erfreuen darf.“¹¹⁹

Die rechtlichen Winkelzüge der Beamten im Reichsbahnzentralamt waren leicht zu durchschauen und sie erübrigten sich schließlich mit der revidierten Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge, die am 1. März 1938, „dergestalt geändert [wurde], dass Juden nicht mehr berücksichtigt werden durften.“¹²⁰ In den Bereichen, die die Partei und ihre Organisationen kontrollierten, wie die Produktion des blauen Festanzuges der Deutschen Arbeitsfront, war diese Praxis schon länger gang und gäbe.¹²¹

Im Zuge der Verteidigung des Gleichheitsgrundsatzes in der Wirtschaft wurden die Interessen der jüdischen Textilunternehmer durch den CV vertreten, die besonders im Rheinland präsent waren. Für sie hätten sich prinzipiell in Zeiten der Uniformierung weitere Teile der deutschen Gesellschaft lukrative Geschäftsmöglichkeiten eröffnet. Die Beschaffung und Verwaltung der Uniformen, Abzeichen und Ausstattungsgegenstände für die Partei und ihre Gliederungen oblagen aber seit 1928 zentral der Reichszeugmeisterei (RZM), München, die seit 1930 organisatorisch dem Reichsschatzmeister der Partei unterstand. Die RZM war die zentrale Beschaffungsstelle der NSDAP und somit vergleichbar mit der Feldzeugmeisterei für die Wehrmacht. Allein die RZM erteilte namens des Reichsschatzmeisters die Erlaubnis zur Herstellung und zum Vertrieb der parteiamtlichen Uniformen und somit die Lizenzen für die Weberei des braunen, schwarzen und schließlich auch des blauen Stoffes für den Festanzug der Deutschen Arbeitsfront. Zu den Bedingungen der Lizenzvergabe als Voraussetzung für die Herstellung des Anzuges hieß es:

¹¹⁶ Plaut an Reichmann am 19. Oktober 1934. Ebda., Frame 1342f.

¹¹⁷ Ebda., Frame 1342. Zur ‚Arisierung‘ des Unternehmens siehe *Mönninghoff*, 2001, S. 96f.

¹¹⁸ Vgl. HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3005, Frame 1242.

¹¹⁹ Ebda., Frame 1236.

¹²⁰ *Adam*, 1972, S. 176f.

¹²¹ Vgl. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hg.), *Organisationsbuch der NSDAP*, 4. Aufl., München 1937, Tafel 28. [S. 232]

„Schneiderbetriebe und Firmeninhaber haben auf dem Antragsschein den Nachweis zu erbringen, dass sie arischer Abstammung sind; bei Aktiengesellschaften, G.m.b.H. und ähnlichen Gesellschaftsformen hat sich der Nachweis auf die Person des Geschäftsführers und darauf zu erstrecken, dass das Gesellschaftskapital sich in arischem Besitz befindet. – Für Hersteller, bei denen diese Voraussetzungen nicht zutreffen, ist die Einreichung eines Antrages zwecklos.“¹²²

Der Vertrieb wiederum erfolgte entweder durch die „Verkaufsstellen für parteiamtliche Bekleidung und Ausrüstung“¹²³ oder durch Händler, die eine entsprechende Lizenz der RZM nachweisen konnten. Aufgrund dieser rigiden Bedingungen empfahlen der

„Hauptverband der Herren- und Knabenkleiderindustrie sowie der Verband Deutscher Kleiderfabrikanten E.V. (Rheydter Verband) [...] dass z. Zt. am besten von jüdischer Seite nichts unternommen werde. [...] Es sei ähnlich wie bei der Herstellung des braunen Uniformstoffes, wo bekanntlich das Wirtschaftsministerium jede Einmischung für ausserhalb seiner Kompetenz erklärt habe.“¹²⁴

Die CVer ahnten die verheerenden Folgen dieser Entscheidung allein für die in Aachen ansässigen jüdischen Tuchfabrikanten. Betroffen waren unter anderem die Rheydter Firma Hertz & Stern und die in Mönchen-Gladbach ansässige Fritz Cohen AG, die rund 1.000 Arbeiter beschäftigte. Kleinere, ebenfalls dort ansässige Firmen wie die Hanf & Kaufmann AG sowie Klein & Vogel wären auch für die Herstellung des Festanzuges in Frage gekommen. In Bochum wären es nicht zuletzt die Firmen von Leo Seidemann, M. Fromm sowie Herbst & Co gewesen. In Dortmund hätte sich die Firma Carl Kempfer Nachf. profilieren können.

Die Anzahl der Unternehmen, die für den Vertrieb des Festanzuges der DAF in Frage gekommen wäre, war vielfach größer. Plaut konnte für seinen Landesverband 120 Firmen auflisten.¹²⁵ Bereits diese Liste macht das große Interesse des Vereins an dieser Angelegenheit deutlich. Die zwölfseitige Darlegung über die Folgen des Ausschlusses der jüdischen Wirtschaftsteilnehmer der Textilbranche¹²⁶, die allem Anschein nach die Grundlage bildete für eine gekürzte Eingabe ans Reichswirtschaftsministerium am 13. Januar 1934, zu Händen von Ministerialrat Josten, ging allerdings mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht auf den CV zurück. Ungewöhnlich ist die Unterschrift, da die CV-Eingaben an die Ministerien normalerweise vom bearbeitenden Syndikus und vom Vorsitzenden des Landesverbandes respektive des Gesamtvereins unterzeichnet wurden. Im Fall der Eingabe vom 13. Januar 1934 hatte hingegen nur das Hauptvorstandsmitglied des Vereins, Eugen Strauss, Augsburg, unterzeichnet, dessen freie anwaltliche Tätigkeit gemeinsam mit Rechtsanwalt Luss aus Dortmund just zu diesem Zeitpunkt als eine ernst zu nehmende Konkurrenz vom CV empfunden wurde.¹²⁷

¹²² HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3010, Frame 2132.

¹²³ Ebda.

¹²⁴ Bericht einer Unterredung vom 9. Januar 1934. Ebda., Frame 2139f., hier 2139.

¹²⁵ Vgl. seine Liste vom 25. Januar 1934. Ebda., Frame 2076-2079; siehe weiterhin die Liste der in Mönchen-Gladbach, Rheydt und Odenkirchen ansässigen Firmen ebda., Frame 2086.

¹²⁶ Vgl. die undatierte Darlegung über D.A.F. Stoffe und Festanzug für die Deutsche Arbeitsfront. Ebda., Frame 2112-2126.

¹²⁷ Vgl. die Eingabe ebda., Frame 2104-2111. Zum Kompetenzstreit zwischen Luss und dem CV siehe Kapitel 6 dieser Arbeit.

Ausgehend von der großen Bedeutung der Tuchfabriken, die in jüdischem Besitz waren, behandelte Strauss die umfassenden Folgen des Ausschlusses. Allein in Aachen ernährten diese Unternehmen 3.000 mehrheitlich nicht jüdische Beschäftigte. Da der Festanzug obendrein „die grösste Umwälzung in der Herrenoberbekleidung seit Einführung der Kammgarnfabrikation in den [18]80er Jahren“¹²⁸ darstellte, würde die vereinfachte und vereinheitlichende Massenproduktion Garnspinner, Schneider, Händler und Angestellte vom Markt verdrängen. Der Handwerker mit tradiertem Fachwissen würde mit der Produktionsaufnahme dieser massenhaften Einheitsware genauso überflüssig wie das Potenzial von Modeschöpfern. „Hilfs- und Neben-Industrien wie Appreturen und Färbereien werden durch den Ausfall mitbetroffen und ihrerseits zu Einschränkungen und Entlassungen gezwungen.“¹²⁹ Strauss sah im schlimmsten Fall den Arbeitsfrieden in Gefahr. Zumindest würden die lokalen Arbeitsmärkte in den bestehenden Ballungszentren der Textilbranche in hohem Maß belastet. Aachen etwa besaß

„[v]or dem Krieg [...] als Tuchplatz Weltbedeutung. Während des Krieges ging [der Tuchplatz] notgedrungen zur Fabrikation von Militärtuchen und Einheitswaren über. Aachen hat den Weltmarkt nicht wieder erobern können. Während der Besatzungszeit wurde Aachen abgeschnürt und musste sich später wieder mühsam emporarbeiten. Durch den Zusammenbruch von Nordwolle kamen vor wenigen Jahren die grössten Aachener Werke zum Erliegen. Jetzt arbeiten in Aachen weniger als die Hälfte der Textilarbeiter gegenüber der Vorkriegsarbeit, dazu noch in Kurzarbeit. Eine weitere Drosselung durch Zurückdrängung oder Ausschaltung der nichtarischen Tuchfabriken würde[...] diesen Grenzplatz als Vorort der deutschen Tuchindustrie endgültig verschwinden lassen.“¹³⁰

Die wirtschaftliche Verflechtung der Tuchindustrie reichte überdies seit vielen Jahrzehnten ins Ausland. Diese Beziehungen würden verkümmern, da der blaue Festanzug der DAF nur für den Binnenmarkt relevant war. Für die geschätzten zehn bis 20 Millionen Anzüge benötigte es zudem in kurzer Zeit enorme Mengen an Rohmaterial, die aktuell aus Australien importiert werden müssten, was die Preise anheizen und eine zusätzliche Verknappung der ohnehin schon knappen Devisenreserven bedeuten würde. Der Anzug, der immerhin 38 Mark kosten sollte, ersetzte, nach der Auffassung Strauss', andere gleichwertige, auch gemusterte Anzüge, was zwangsläufig zu Maschinenstilllegungen ganzer Fabrikationsstandorte führen würde. Ein Konsum schaffender Effekt sei mit diesem Kleidungsstück kaum zu erzielen. Demzufolge schätzte Strauss die Entwicklung des Einzelhandels der Herrenbekleidung düster ein.

Letztlich ließ Strauss offen, ob seine Beschwerde darauf abzielte, die Einführung des Festanzuges der Deutschen Arbeitsfront zu verhindern oder die Beteiligung der jüdischen Textilproduzenten und Händler zu erreichen. Immerhin konnte mit einem Auftragsvolumen von mindestens 380 Millionen Mark gerechnet werden.

Am Ende waren es die knappe Rohstoffdecke und der erschwerte Außenhandel, die das ‚vorzeitige‘ Aus der jüdischen Textilproduzenten und -händler verhinderten. Am 26. September 1934 wurden die CV-Ortsgruppen an den beiden großen Tuchplätzen Aachen und Aschaffenburg darüber informiert, dass eine „Minderheitenbeschwerde“

¹²⁸ HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3010, Frame 2115.

¹²⁹ Ebda., Frame 2118.

¹³⁰ Ebda., Frame 2108.

seitens einer jüdischen Firma in Ratibor, Oberschlesien, mit „Rücksicht auf die Rohstoffknappheit“ abschlägig beantwortet worden war und „die weitere Beschaffung der Festanzüge der DAF eingestellt ist.“¹³¹

Strauss agierte gewiss unabhängig vom CV, der sich seinerseits seit Ende 1933 darum bemüht hatte, die Beteiligung jüdischer Wirtschaftsteilnehmer an der Herstellung des blauen Tuches und am Vertrieb des Festanzuges durchzusetzen. Am 19. Dezember 1933 sandte daher der Aachener Karl Löwenstein Berlin und Köln die neuesten Informationen über seine Verhandlungen mit dem Aachener Tuchfabrikantenverein. Dieser hatte sich

„in der loyalsten Weise [...] der nichtarischen Fabrikanten angenommen und deren Interessen bisher vertreten, allerdings ohne Erfolg. Der Regierungspräsident in Aachen hat die große Bedeutung dieser Frage für den Aachener Platz eingesehen, [um] nach München zu fahren und dort die Angelegenheit persönlich zu vertreten. Ein eingehender Antrag der nichtarischen Firmen ist ausgearbeitet. Sobald der Antrag, an dem noch etwas gefeilt werden soll, fertiggestellt ist, werde ich Ihnen eine Abschrift zusenden. Ich teile Ihnen dieses mit, damit eine einheitliche Behandlung der Frage ermöglicht wird.“¹³²

Aus taktischen Gründen hatte sich der CV zurückgehalten, zumal die Reichsministerien für Wirtschaft und Arbeit im Fall der blauen Tuche und des Festanzuges ohnehin keinen Einfluss auf die RZM nahmen.¹³³ Stattdessen prüfte er die Beteiligungschancen, die sich gegebenenfalls für verwandte Industrien wie die Hutmacher- und Krawattenbranche eröffneten, denn zum Anzug wurde Schiffermütze und Schlips getragen. Obendrein waren die weiblichen Mitglieder der deutschen Arbeitsfront noch nicht eingekleidet.

Am 16. Februar 1934 wandte sich der Krefelder Helmut Hertz, Vorstandsmitglied des linksrheinischen Landesverbandes¹³⁴ und Inhaber der größten und seit 1865 in

¹³¹ Ebd., Frame 1955.

¹³² HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 24, Frame 0539.

Der CV hatte zudem die nach seiner Kenntnis 1932 gegründete Arbeitsgemeinschaft deutsch-arischer Fabrikanten der Bekleidungsindustrie, kurz ADEFA, im Blick. Am 16. Januar 1934 kam Berlin zu dem relativ beruhigenden vorläufigen Ergebnis, dass die „Kampfstellung“ der ADEFA zwar prinzipiell festzustellen sei, sich dabei aber im Rahmen des „üblichen Konkurrenzkampf[es]“, der im Einzelhandel herrsche, befinde. Im Übrigen sei die AG nicht allzu groß und es fehle ihr an Einfluss. Ebd., Akte 25, Frame 0751. Nach *Jacob Toury* wurde die ADEFA 1934 gegründet. Er macht jedoch deutlich, seine Angabe seien ungenau. Vgl. *dens.*, *Jüdische Textilunternehmer in Baden-Württemberg 1648–1938*, Tübingen 1984, S. 250.

Ein weiterer Beleg für das Interesse des Vereins an dieser Angelegenheit ist das Schreiben, das Berlin via Köln drei Tage, nachdem Strauss seine Eingabe ans RWM gerichtet hatte, erreichte. Autor war ein Schreinermeister F. Schottek, der erklärte: „Der Festanzug ist seinem äusseren Charakter nach nicht Uniform-, sondern C i v i lkleidung [...] Ausgenommen die mit dem Hoheitszeichen versehenen Knöpfen unterscheidet sich der Festanzug seines Äusseren nach kaum von anderen blauen Joppeanzügen.“ [Frame 2093] Schottek sah daher die Gefahr, dass der Festanzug schlichtweg andere Anzüge ersetzen, somit den Konsum nicht anregen würde und Entlassungen zur Folge hätte. Zudem würde das „vielfach [...] besondere[...] Vertrauensverhältnis“ [Frame 2093f.] zu den Kunden leiden, die notgedrungen wegblieben. Eine von ihm nicht nur im wirtschaftlichen Interesse begrüßte Änderung der ‚Arierbestimmungen‘ „würde auch den jüdischen Angehörigen des deutschen Schneidergewerbes die Möglichkeit geben, ihren Kunden rückhaltlos die Anfertigung von Festanzügen der Deutschen Arbeitsfront zu empfehlen und damit geeignet sein, die Einführung dieses Kleidungsstückes überhaupt zu fördern.“ HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3010, Frame 2094.

¹³³ Vgl. die Aktennotiz für Dr. Reichmann vom 23. April 1934. HM2 8801, Osoby 721 I, Akte 3078, Frame 2089.

¹³⁴ Vgl. HM2 8759, Osoby 721 I, Akte 2300, Frame 0907.

Familienbesitz befindlichen Krawattenfabrik am Nordwall 113, an den CV in Berlin. Er tat dies „auf Anregung des Herrn Dr. Kurt Alexander“¹³⁵, denn was die Tuchfabrikation für Aachen war, war die Krawattenindustrie für Krefeld. Hier fanden sich die „besten, leistungsfähigsten und angesehensten Firmen“¹³⁶ der (Seiden-)Krawattenindustrie in Deutschland. Das Interesse an der Beantwortung der Fragen, ob die anvisierte schwarze Krawatte des Festanzuges am Ende als „Royal-, Rips- oder Eisbindung“ getragen würde und ob sie „im freien Handel vertrieben werden“¹³⁷ durfte, war unter den Krefelder Unternehmern entsprechend groß.

Zu Beginn seiner Analyse für den CV stellte Helmut Hertz die „erhebliche[n] Strukturwandlungen“¹³⁸ und Fehlentwicklungen in der Bekleidungsindustrie als Folge der Uniformierung der Gesellschaft fest. Was ihn dabei allerdings verwirrte, war die widersprüchliche Wirtschaftspolitik:

„Ich muß immer wieder darauf hinweisen, daß schon zu Beginn der nationalen Revolution die verschiedenen Wirtschaftsminister der Länder an die nichtarische Industrie beruhigende Erlasse herausgebracht haben, die dahin gingen, daß weitere Eingriffe in die Wirtschaft nicht erfolgen würden und daß die jüdischen Firmen in Ruhe ihre Dispositionen treffen könnten. Der vor wenigen Tagen veröffentlichte Erlass des Herrn Reichsministers Frick hat im Prinzip ja auch nichts anderes zum Inhalt, sodaß [...] das Vorgehen der Reichszeugmeisterei eigentlich nicht mit den Richtlinien, die die Regierung der Wirtschaft gewiesen hat, in Einklang zu bringen ist.“¹³⁹

Dessen ungeachtet unterlag die beabsichtigte massenhafte Herstellung der DAF-Krawatte denselben diskriminierenden Bestimmungen bei der Lizenzvergabe, wie es bereits beim Anzug der Fall gewesen war.

Gemäß den Parteiaufgaben sollte die Krawatte, deren Verkauf ebenfalls lizenziert werden sollte, einfarbig schwarz sein. Damit legte sie aber die Jacquard-Webstühle zur Herstellung von (bunt) gemusterten Stoffen für Krawatten und Binder weitgehend still, was sich auch auf die nicht jüdischen Produktionsstätten nachteilig auswirkte. Aus diesen Fachkreisen kam daher der Vorschlag, jedem DAF-Mitglied die Wahl seiner Krawatte selbst zu überlassen und von der Lizenzvergabe Abstand zu nehmen. Nach einer vertraulich zu behandelnden Zwischenmitteilung aus Krefeld bestand die RZM demgegenüber auf der lizenzierten Produktion einer schwarzen Einheitskrawatte, die zudem „mit dem Etikett der Reichszeugmeisterei [zu] versehen“¹⁴⁰ war. Das Wäschestück blieb eine Gefahr für jeden Produzenten und jeden Händler, der von der RZM nicht berücksichtigt wurde. Die Entscheidung erregte Unmut in Fachkreisen.

Hertz versuchte gemeinsam mit dem CV, diesen Unmut zu unterstützen. Der Krefelder empfahl die Klärung bei den Treuhändern zu suchen, weil sie die „Interessen der in

¹³⁵ HM2 8801, Osoby 721 I, Akte 3078, Frame 2045-2048, hier 2045.

¹³⁶ Schreiben Kurt Alexanders vom 9. Februar 1934. Ebda., Frame 2059.

¹³⁷ Ebda., Frame 2005.

¹³⁸ Ebda.

¹³⁹ Ebda., Frame 2046. Fricks Erlass vom 7. Februar 1934 ging auf den Ausschluss jüdischer Geschäfte von der Belieferung der Bedarfdeckungsscheine, auf die Anzeigensperre und auf die Fabrikation des Festanzuges angesichts der „neuerdings für die Frauen bestimmten Festkleidung von blauen Velveton Westen, blauen Rücken und weissen Blusen“ ein. Ebda., Frame 2064.

¹⁴⁰ Ebda., Frame 2047.

jüdischen Betrieben in erheblichem Umfang arbeitenden, fast arischen Belegschaften zu wahren haben.“¹⁴¹ Diesen müsse man auch die enorme Bedeutung der traditionsreichen „Krawattenfirmen in jüdischen Händen“¹⁴² verdeutlichen, was Hertz abschließend dazu verleitete, sich abwertend über eine Liste Berliner Hersteller zu äußern, die „für diesen billigen Mittelgenre in Frage kommen.“¹⁴³

Knapp einen Monat später, am 13. März, zeigte sich Hertz erfreut über den Kompromiss, der mit der RZM geschlossen werden konnte und über den der Verband Rheinischer Krawatten-Fabrikanten informierte. Im Ergebnis war nur mehr eine Bedingung zu erfüllen: Die Krawatte des DAF-Anzuges hatte schwarz zu sein. Als solche durfte sie „in jeder glatten Bindung, Royal-, Rips- oder Eisbindung im freien Handel vertrieben werden.“¹⁴⁴ Infolge dieses Teilerfolges wies Hertz darauf hin, „daß gerade die Einstellung nichtarischen Lehrpersonals in der Zuschneiderei einer Krawattenfabrik eine für die Zukunft günstige Umschichtungsmöglichkeit bietet.“¹⁴⁵

Die Produktions- und Vertriebsfrage des Festanzuges der DAF wurde folglich nicht einheitlich behandelt. Der Widerstand aus den nicht jüdischen Fachkreisen der Krawattenindustrie, die um ihre Pfründe bangten, hatte die Lizenzierung des Handels der schwarzen Krawatten verhindert. Es war im April 1934 freilich noch nicht abzusehen, dass die Rohstoffknappheit im Herbst 1934 auch die massenhafte Einführung von schwarzen Krawatten vereiteln würde. Gleiches galt für das dritte Wäschestück, das den Festanzug der Deutschen Arbeitsfront vervollständigen sollte und auf das der CV daher seine Aufmerksamkeit richtete: die Seglermütze.

Laut eines Schreibens vom 24. Januar 1934 hatte Plaut von den Bemühungen des Reichsverbandes deutscher Hutgeschäfte e.V. erfahren, der die Bewerbungschancen seiner Mitglieder bei der RZM verbessern wollte. Ein nicht näher bestimmtes CV-

¹⁴¹ Ebda., Frame 2048. Am 7. November 1934 unterrichtete er die Essener Geschäftsstelle über den herrschenden innerbetrieblichen Unfrieden und die Untergrabung der „Autorität des Betriebsführers“ als Folgen der antijüdischen Hetze, die von der Fachzeitschrift *Der Textilarbeiter* ausging. Hertz empfahl eine gemeinsame Aktion rheinischer, westfälischer und württembergischer Textilunternehmer, die ihre vom CV geprüften Klagen gleichzeitig ihren jeweils zuständigen Treuhändern zum Ausdruck bringen sollten. HM2 8759, Osoby 721 I, Akte 2300, Frame 0909-0910, hier 0909. Siehe in dieser Angelegenheit weiterhin Frame 0914ff., 0918.

¹⁴² HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3010, Frame 2047.

¹⁴³ Ebda., Frame 2048. In Frame 2012f. findet sich eine Liste jüdischer Krawattenfabrikanten, die vom Berliner CV am 15. März zu einer Besprechung in die Emserstraße gebeten wurden. Neben 29 Firmen in Berlin waren 16 in Krefeld genannt, zwei in Saarbrücken und jeweils eine in Breslau, Köln und München.

¹⁴⁴ Ebda., Frame 2003.

¹⁴⁵ Ebda., Frame 2007. Siehe einige Belegstellen, die die Bemühungen des CV bei der Lehrstellenvermittlung und Weiterbildung dokumentieren, obwohl dieser Bereich nicht in seinen Aufgabenbereich fiel, wie Plauts Anfrage vom 5. November 1937 bezüglich seiner Suche nach einer Schneiderlehrstelle für eine Auswanderungswillige betonte. Vgl. HM2 8756, Osoby 721 I, Akte 2231, Frame 2039. Der CV griff auch auf Informationsmaterialien zurück, die über die Ausbildung zum Seemann aufklärten, eine Maßnahme, die von der ZVfD in der Hamburger Zweigstelle des Hechaluz betreut wurde. Vgl. ebda., Frame 1727. Im März 1938 hatte sich der CV auf eine Anfrage hin über die Ausbildungsmöglichkeiten im Radiofach erkundigt. Die jüdische Privatschule für Maschinenbau und Elektrotechnik in Berlin, Friedrichstraße 118/119, bot sechsmonatige Kurse an. Vgl. ebda., Frame 1699. Der CV half im Mai 1938 auch einer Marianne Levy aus Bonn bei der Organisation einer Seminarteilnahme für Kindergärtnerinnen in Berlin ab „Ostern 1939.“ Ebda., Frame 1514.

Mitglied, Betreiber eines Hut- und Herrenartikelgeschäfts und Mitglied des Reichsverbandes deutscher Hutgeschäfte e.V., war daher am Tag zuvor vom Reichsverband aufgefordert worden, einen Antrag bei der RZM, Abteilung Mützen, zu stellen, um eine Vertriebslizenz zu beantragen. Dem Antrag war allerdings eine Erklärung beizufügen, die Bezug nahm „auf arische Abstammung, Betrieb ohne jüdisches Kapital, Angestellte und Arbeiter und unbedingten Einsatz für den nationalsozialistischen Staat.“¹⁴⁶ Infolgedessen nahm die Hauptgeschäftsstelle gerade einmal zwei Tage nach Plauts Anfrage ihren Mitarbeitern die Hoffnung auf eine „positive Beantwortung.“¹⁴⁷

Es blieb zu prüfen, ob die jüdischen Mützenhersteller gegebenenfalls an der Produktion teilnehmen könnten – zumal als Zwangsmitglieder des Verbandes Mützenfabrikanten e.V., der dem Reichsverband der deutschen Bekleidungsindustrie angehörte. Da dieser allerdings seine Mitglieder nicht gleichberechtigt behandelte, sah sich der CV auch deshalb veranlasst, am 8. März 1934 eine Beschwerde ans RWM abzusenden.¹⁴⁸ Darin beklagte er den seit 1933 geübten Ausschluss der jüdischen Mützenfabrikanten von der Produktion der Uniformmützen für die SA, den Arbeitsdienst und die Hitlerjugend. Diese Kontingente wären zwar im Vergleich zu den Massen, die für die DAF-Mitglieder benötigt würden, verhältnismäßig unbedeutend. Die Seglermütze wäre jedoch „der grösste Artikel der deutschen Mützenindustrie überhaupt.“¹⁴⁹ Würde sie für alle DAF-Mitglieder eingeführt, Produktion und Handel lizenziert, dann wäre der Bedarf an dieser Art der Kopfbedeckung weitgehend abgedeckt. Die weiterhin im freien Handel zu erwerbenden Seglermützen fänden keinen Absatz mehr. „[E]in fast völliger Produktionsausfall“¹⁵⁰ wäre die Folge. Angesichts dieser schwer wiegenden Auswirkungen bat der CV zum wiederholten Male die Beamten im RWM, „auf die zuständigen Stellen einzuwirken, damit nicht 1/3 der gesamten deutschen Mützenfabrikation zum Erliegen gebracht wird.“¹⁵¹

Zwischenzeitlich hatte sich der Ton aus München verschärft. Auf einer Versammlung des Hutererverbandes in Essen, so Steinberg am 7. Mai 1934 an seine Zentrale, habe die RZM neue Auflagen für den ausschließlich ‚arischen‘ Händlern vorbehaltenen „Vertrieb der Parteibekleidungsstücke“¹⁵² eingeführt. Danach würden sie nur mehr dann eine Vertriebslizenz erhalten, „wenn das betreffende Geschäft keine neuen jüdischen Verbindungen aufnehme und überhaupt nicht ‚zu viele‘ jüdische Geschäftsverbindungen habe.“¹⁵³ Sonderlich wirkungsvoll war diese Drohung nicht. Andernfalls wären die ungehorsamen Teile der Fachkreise nicht aktenkundig geworden.¹⁵⁴ Es hätte sich auch noch 1938 erübrigt, „die arischen Herren Mitglieder“¹⁵⁵

¹⁴⁶ HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3010, Frame 2087.

¹⁴⁷ Ebda., Frame 2080.

¹⁴⁸ Vgl. die Abschrift der Eingabe, in: HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3010, Frame 2017-2020.

¹⁴⁹ Ebda., Frame 2018.

¹⁵⁰ Ebda.

¹⁵¹ Ebda., Frame 2020.

¹⁵² Ebda., Frame 1984.

¹⁵³ Ebda.

¹⁵⁴ Einem Schreiben der Hauptgeschäftsstelle Berlin an Köln vom 15. Oktober 1935 zufolge forderte zu diesem Zeitpunkt die RZM die Ausschaltung der jüdischen Vertreter in der Bekleidungsindustrie.

des Verbandes der Hutfabrikanten und Putzgrosshändler e.V., der den „unangenehmen Konflikt mit der Arbeitsfront und der Partei“¹⁵⁶ scheute, aufzufordern, ihre Geschäftsverbindungen zu jüdischen Lieferanten und Vertretern schleunigst zu lösen. Diese seien nur noch mehr in den „seltensten Fällen geduldet, [...] wenn Qualität anderswo nicht zu bekommen ist.“¹⁵⁷

7.3.1 Export und Kennzeichnung ‚deutsch‘

Die Ausschlussbewegung im Inland, die genauso von den Parteiorganisationen wie von Behördenstellen betrieben wurde, wenngleich Letztere spitzfindiger vorgehen, belastete die Außenhandelsbeziehungen. Aus diesem Grund wandte sich am 28. Februar 1935 das Mayener CV-Mitglied Julius Loeb an die Berliner Geschäftsstelle. In der Anlage fügte er einen Bericht der Kölnischen Zeitung vom 27. des Monats bei. Der Artikel erörterte die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen, die durch die Judenverfolgung gestört waren. Anlässlich einer Unterredung des Staatssekretärs Lippert mit Vertretern der US-amerikanischen Handelskammer, Berlin, versuchte dieser durch Täuschungen und Lügen die Bedenken der US-Amerikaner zu zerstreuen, um den gegen Deutschland gerichteten Boykott zu beenden. Nach Lippert ging man im Ausland

„von völlig falschen Voraussetzungen aus [...] Es wird, so sagte er, behauptet und uns der Vorwurf gemacht, daß wir die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit der Juden in Deutschland vernichtet hätten und, wo dies noch nicht geschehen und gelungen sei, eine solche restlose Vernichtung anstreben [von Loeb unterstrichen] [...] jeder [...] hat die Gelegenheit, sich durch Tatsachen zu überzeugen, daß den Juden in Deutschland wirtschaftlich nichts geschehen ist.“¹⁵⁸

„Uns sind allerdings einzelne Fälle bekannt, in denen arische Firmen sich mit Erfolg gegen die ihnen von der Reichszeugmeisterei gestellte Forderung, ihre nichtarischen Vertreter zu entlassen, gewehrt haben.“ HM2 8801, Osoby 721 I, Akte 3078, Frame 2014; siehe auch Frame 2039.

¹⁵⁵ Aufruf vom 6. Mai 1938. Ebda., Frame 1920. Im Zuge der Herstellung des blauen Tuches für den Festanzug war es zu Unregelmäßigkeiten bei den nicht jüdischen Produzenten gekommen, die betrügerische Überfärbeaktionen gestartet hatten. Vgl. das Mitteilungsblatt der RZM vom 22. September 1934. Ebda. Frame 1954. Siehe in diesem Zusammenhang auch das am 20. Dezember 1934 beschlossene Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen, das in Paragraph 5 demjenigen Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren androhte, der „parteiamtliche Uniformen, Uniformteile, Gewebe, Fahnen oder Abzeichen der NSDAP., ihrer Gliederungen oder der ihr angeschlossenen Verbände ohne Erlaubnis des Reichsschatzmeisters der NSDAP. gewerbsmäßig herstellt, vorrätig hält, feilhält, oder sonst in Verkehr bringt.“ RGBI., Teil I, Nr. 137, 29. Dezember 1934, S. 1269-1271, hier 1270.

¹⁵⁶ HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3010, Frame 1920.

¹⁵⁷ Ebda.

¹⁵⁸ HM2 8801, Osoby 721 I, Akte 3070, Frame 0649-0651, hier 0651. Die Passage ist mehrfach von Loeb markiert worden. Loeb war Inhaber eines Betriebes von Basaltlavabrüchen nahe Mayen und Kottenheim und zudem einer von mehreren – auch christlichen – Teilhabern der 1932 bankrott gegangenen Firma F. X. Michels bei Niedermendig. Am 27. März 1933 hatte er sich schon einmal besorgt an den CV gewandt. Als langjähriger Lieferant von Schotter für die Reichsbahn beunruhigte ihn die Kunde, die Reichsbahn wolle solche Unternehmen, die jüdische Geschäftsteilhaber hätten, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht berücksichtigen. Vgl. ebda., Frame 0655-0657.

Loeb wandte sich in der Annahme an den CV, dieser hätte „mehr Mittel [...], den Aeusserungen des Herrn Dr. Lippert entgegenzutreten.“¹⁵⁹ Außerdem nahm er an, die „obere [...] Behörde“ könne auf der Basis der „bestehenden Bestimmungen“ die Situation abmildern,

„damit die Ausführungen des Herrn Staatskommissars Dr. Lippert auch voll zu ihrem Recht kommen. Wenn Sie mir über die Sache gelegentlich etwas Gutes berichten könnten, bitte ich um Ihre wertere Antwort.“¹⁶⁰

Über die negativen Folgen der inländischen Geschäftsbedingungen für den Außenhandel klagte der Krefelder Krawattenfabrikant Hertz. Am 11. September 1936 wandte er sich an die eigene Fachuntergruppe und referierte die „tatsächlichen Zahlen“ und „tatsächlichen Verhältnisse“¹⁶¹, die aus den politischen Eingriffen in die Wirtschaft resultierten. Als eine Reaktion auf die Aussperrungen vom Inlandsmarkt, so Hertz, hätten sich die jüdischen Wirtschaftsteilnehmer auf die Auslandsmärkte konzentriert. Gegenüber 1930 sei deshalb der Exportanteil bis 1933 von 2,75 auf 8 Prozent gestiegen. Die dann bis inklusive 1935 bei 7 Prozent stabile Quote sei jedoch seit dem ersten Halbjahr 1936 auf 5,75 Prozent gesunken. Die Gründe für diesen Rückgang seien nur „in geringem Umfange in Boykotterscheinungen seitens der jüdischen [jüdischen wurde

¹⁵⁹ Ebda., Frame 0650.

¹⁶⁰ Ebda. In der Folge des Treffens in Berlin mit Vertretern der US-amerikanischen Handelskammer erreichte zynischerweise eine ungenannt bleibende jüdische Firma in Düsseldorf ein Schreiben der dortigen Industrie- und Handelskammer: „Die Massnahmen der nationalsozialistischen Regierung durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses sowie die sonstigen Rassengesetze und die Stellungnahme der N.S.D.A.P. zur Rassenfrage haben im Auslande vielerort[s] eine deutschfeindliche Stimmung hervorgerufen, welche neben anderen schädlichen Wirkungen auch solche wirtschaftlicher Art zur Folge hat. Vornehmlich sind die Vorhaben Deutschlands auf rassenpolitischem Gebiet aber deshalb vom Ausland abgelehnt worden, weil dieses völlig falsch unterrichtet war. Durch diese Feststellung sah sich das rassenpolitische Amt der N.S.D.A.P. veranlasst, die ‚Rassenpolitische Auslands-Korrespondenz‘ herauszugeben, die kostenlos auf den verschiedensten Wegen den im Ausland hierfür interessierten Stellen zugeleitet wird.“ [Frame 0397] Die „am Handel mit England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika beteiligten“ Firmeninhaber sollten sich an der Verbreitung dieser Korrespondenz beteiligen. [Frame 0397]

Hierauf erreichte die IHK folgendes Schreiben einer Düsseldorfer Firma, das als undatierte Abschrift vorliegt: „Schon seit Jahren sind wir sowohl im eigenen wie im allgemein-deutschen Interesse bemüht, unsere Fabrikate zu exportieren. Wir begegnen dabei leider denselben Schwierigkeiten, die ja auch Veranlassung zu Ihrem Rundschreiben gegeben haben. [...] Jedoch lässt sich nicht leugnen, dass Vorgänge, die sich immer wieder ereignen und im Ausland unablässig bekannt werden, nicht geeignet sind, eine deutschfeindliche Stimmung zum Abklingen kommen zu lassen. Wir erinnern insbesondere an die jedes Mass übersteigende Art und Weise, in der der ‚Stürmer‘ und ihm ähnelnde Presseerzeugnisse das Judentum bekämpfen. [Frame 3989] Werden auch in erster Linie die ausländischen J u d e n hierdurch in ihrer Stimmung beeinflusst, so gilt dies auch für die Christen, insbesondere in den germanisch-angelsächsischen Ländern, in denen man bekanntlich rassischer Zurücksetzung ohne Verständnis gegenübersteht. [Frame 3990] Dass wir nach wie vor bemüht sein werden, innerhalb der uns erreichbaren Kreise auf die Empfindungen des Auslandes gegenüber unserem Vaterland einzuwirken, ergibt sich nicht nur aus vaterländischen[,] sondern auch aus egoistischen Gründen, da unser Unternehmen, wie Ihnen bekannt, stark auf Export angewiesen ist.“ [Frame 3991] HM2 8844, Osoby 721 II, Akte 191, Frame 3986-3991.

¹⁶¹ HM2 8801, Osoby 721 I, Akte 3070, Frame 0591-0595, hier 0591. Dieses Schreiben war eine Reaktion auf die Behauptung der Fachuntergruppe Krawattenindustrie in Berlin, die Firma betätige sich „nicht genügend im Export.“ Begleitschreiben vom 8. Dezember 1936 zur Abschrift der Eingabe vom 11. September an den CV in Berlin vom 8. Dezember 1936. Ebda., Frame 0590.

durchgestrichen] Abnehmer“¹⁶² zu suchen. In diesem Zusammenhang kam Hertz auf die abgewanderten jüdischen Fachkräfte zu sprechen, die

„aus Selbsterhaltungstrieb selbstverständlicherweise im Auslande in ihrem früheren Fach arbeiten und auf diese Weise es bereits verstanden haben, einen Teil des früheren deutschen Absatzmarktes durch den Aufbau von Bekleidungsindustrien im Ausland an sich zu bringen.“¹⁶³

So sei in Holland eine erfolgreiche Krawattenindustrie aufgebaut worden, die vor 1933 „vollkommen unbedeutend“¹⁶⁴ gewesen sei. Zu dieser Konkurrenz seien zudem eine ganze Reihe weiterer Erschwernisse „kalkulatorischer und auch konfektionstechnischer Art“¹⁶⁵, die Devisenkontingentierung und knappen Reisekassen der Vertreter gekommen. Trotz dieser erschwerten Bedingungen sei man aber initiativ geworden, hätte erfolgreich neue Auslandsvertretungen geschaffen und neue Muster eingeführt, all dies unter Einsatz bemerkenswerter Investitionen. Allein die Firma Hertz habe seit dem 1. Juli 1936 Exportaufträge im Wert von 20.000 Mark „hereingeholt.“¹⁶⁶ Die „Arbeitsbelastung“ und die nervliche Anspannung seien

„allerdings uferlos gestiegen. Wir werden auf dem beschrittenen Wege auch weiter fortfahren, setzen aber voraus, daß wir zu der uns betreuenden Fachuntergruppe das Vertrauen haben können, daß sie für reibungslose Abwicklung der Inlandsgeschäfte und Eindämmung der entsprechenden Störungen bei den zuständigen Stellen eintritt.“¹⁶⁷

Die Konzentration auf den Export stellte nur eine von vielen Überlebensstrategien dar. Kommissionsgeschäfte wurden gegründet, Partnerschaftsverträge geschlossen, die die stille Teilhabe ermöglichten, Firmennamen wurden geändert; und alle diese Maßnahmen führten dazu, dass „die Komplexität und Verwobenheit des jüdischen Wirtschaftsanteils in Deutschland [...] eher erhöht als geschwächt“¹⁶⁸ wurde.

Unter den herrschenden Bedingungen wurden solche Handlungen als ‚Tarnung‘ interpretiert. Seit April 1938 waren daher schließlich alle Geschäftshandlungen von und mit Juden, die die vorgebliche „Irreführung der Bevölkerung“ aus „eigennützigem Beweggründen“¹⁶⁹ beabsichtigten, strafbar. Die fortan obligatorische Kennzeichnung als ‚jüdisch‘ war ein weiteres Ergebnis der gewandelten Rechtsauslegung, die im Handelsverkehr dann einen Verstoß gegen die guten Sitten erkannte – worunter die Irreführung fiel –, wenn der Zusatz ‚deutsch‘ in einer „ungehörigen Art“¹⁷⁰ verwendet wurde. Diese Auslegung kam schon in den Jahren vor 1938 gerade im deutschen Firmenrecht zur Anwendung. Dabei galt der Grundsatz, dass die Firma der Name war,

¹⁶² Ebda., Frame 0593.

¹⁶³ Ebda., Frame 0592.

¹⁶⁴ Ebda.

¹⁶⁵ Ebda.

¹⁶⁶ Ebda., Frame 0595.

¹⁶⁷ Ebda.

¹⁶⁸ *van Laak*, 2003, S. 22.

¹⁶⁹ Siehe darüber hinaus die Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe vom 22. April 1938. RGBl., Teil I, Nr. 60, S. 404; siehe hierzu *Adam*, 1972, S. 177, sowie die ebenfalls dort zu findenden flankierenden Verordnungen über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 und die Einführung der Zusatznamen ‚Israel‘ und ‚Sara‘ vom 17. August 1938.

¹⁷⁰ HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3006, Frame 1513.

unter dem der Kaufmann seine Geschäfte abschloss, Verträge unterschrieb und verklagt wurde respektive selbst klagen konnte. Zudem hatte der Firmename sowohl den Gegenstand als auch den Inhaber des Geschäftes erkennbar zu machen. Unzulässig waren Namenszusätze dann, wenn sie geeignet waren, über Art und Umfang oder die Verhältnisse des Inhabers zu täuschen oder in die Irre zu führen.¹⁷¹

Häufig wurden die Registerämter von sich aus aktiv. Wegen des Zusatzes ‚Germania‘ oder ‚deutsch‘ unterstellten sie arglistige Täuschungsabsichten, wenn es sich um jüdische Firmeninhaber handelte. Das Registergericht St. Goar leitete eigenmächtig am 1. März 1934 gegen die offene Handelsgesellschaft Deutsche Lederindustrie Gebr. Isidor St. Goar

„ein Verfahren zur Löschung des Firmenwortes ‚Deutsch‘ ein mit der Begründung, dass die Voraussetzungen [...] weder in persönlicher noch in sachlicher Beziehung gegeben seien.“¹⁷²

Die Inhaber der Deutschen Lederindustrie St. Goar, Moses und Jakob Isidor, die im CV als Zulieferer der Mützenindustrie bekannt waren¹⁷³, wurden in dieser Amtsangelegenheit von ihm beraten. Die 1934 bestehenden Gesetze rechtfertigten eine derartige Auslegung nicht und die unterstellte Unvereinbarkeit von ‚deutsch‘ und ‚jüdisch‘ war inakzeptabel. Eventuell erinnerte dieser Fall auch an die Verleumdungskampagne, die Goebbels gegen den Berliner Vizepolizeipräsidenten Bernhard Weiß Ende der 1920er Jahre angestrengt hatte und die erfolgreich zählebig diffamierende Assoziationen mit dem Name Isidor weckte.¹⁷⁴

Seit 1907 war die Firma der Brüder Isidor mit dem Zusatz Deutsche Lederindustrie als offene Handelsgesellschaft im Handelsregister eingetragen und pflegte seither Geschäftsbeziehungen im In- und Ausland. Die Verwendung des Zusatzes ‚deutsch‘ war nach der Auffassung im CV schon allein deshalb rechtmäßig, da „er zur Unterscheidung von ausländischen Firmen im Export diene.“¹⁷⁵ Zusammen mit der Beschwerde gegen die Firmenlöschung reichten die Brüder eine Meldung ein, die darüber informierte, dass ihre alte offene Handelsgesellschaft durch den Beitritt der Gebr. Gerst GmbH umgewandelt worden sei und der Antrag auf Eintragung der neuen Firma „Deutsche Lederindustrie Inh. Gebr. Gerst GmbH & Co“¹⁷⁶ im Handelsregister St. Goar gestellt worden sei. Diese Firmenumwandlung zog aber von Anfang an Verdacht auf sich. Auch „deren Inhaber [sollen] die Brüder Isidor sein.“¹⁷⁷ Aus diesem Grund lehnte das Registergericht St. Goar, das bereits die Beschwerde gegen die Löschung der OHG abgelehnt hatte, auch den Antrag auf Eintragung der neuen GmbH ins Handelsregister mit der Begründung ab,

¹⁷¹ Vgl. den Beschluss des Zivilsenats Ib des Kammergerichts in Berlin vom 25. Oktober 1934. HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3006, Frame 1507-1515, hier vor allem 1513.

¹⁷² Ebda., Frame 1508.

¹⁷³ Vgl. ebda., Akte 3010, Frame 1923.

¹⁷⁴ Goebbels wusste genau, dass dem Namen Isidor, mit dem er Bernhard Weiss zu diskreditieren verstand, „von Natur aus keinerlei beleidigender Charakter anhaftet.“ Zit. in: *Fraenkel, Heinrich, Manvell, Roger*, Goebbels. Eine Biographie, Köln u. a. 1960, S. 126.

¹⁷⁵ Plaut am 11. Dezember 1933 an Berlin. HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3006, Frame 1558.

¹⁷⁶ Ebda., Frame 1508.

¹⁷⁷ Ebda.

„beide Firmen seien insofern zur Täuschung der Allgemeinheit geeignet, als sie doch [den] Einruck erweckten, dass die Geschäftsinhaber arischer Abstammung seien.“¹⁷⁸

Das Landgericht Koblenz bestätigte beide Entscheidungen. Die sich anschließende Beschwerde der Brüder Isidor wurde zuständigkeitshalber zur Entscheidung dem Zivilsenat des Berliner Kammergerichts zugewiesen. Dieser hob zum einen die Beschlüsse der Vorinstanzen über die Löschung des Zusatzes ‚deutsch‘ im alten Namen Deutsche Lederindustrie Gebr. Isidor St. Goar auf; zum anderen bestätigte er die Amts- und Landesgerichtsentscheide, den Antrag auf Registereintragung der neuen Firma Gebr. Gerst GmbH abzulehnen. Die Kosten des Rechtsstreits wurden am Ende den Klägern Isidor auferlegt.

Aus der ausführlichen Begründung zu Punkt eins sei lediglich erwähnt, dass Verfahrensfehler seitens des Registergerichts beanstandet wurden, vor allem weil es sich auf keine Vorschrift gestützt hatte, die die Zulässigkeit der Löschung von Amtswegen angezeigt habe. Die Anführung „§ 142 FGG“, Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, womit das Landgericht Koblenz das Amtslöschungsverfahren gegen die alte Firma begründet hatte, war unzulässig, weil Paragraph 142 FGG „unzweideutig aus[spricht], dass die Unzulässigkeit schon im Zeitpunkte der Eintragung bestanden haben müsse.“¹⁷⁹ Da es aber 1907 zulässig war, den Zusatz ‚deutsch‘ registrieren zu lassen, konnte es

„nicht angängig [sein], ein Gesetz, dessen klarer Wortlaut seines Sinnes und Zweckes entspricht, darüber hinaus entgegen dem erkennbaren Willen des Gesetzgebers lediglich deshalb zu erweitern, weil ein praktisches Bedürfnis nach solcher Erweiterung vorgetreten ist.“¹⁸⁰

Nach Prüfung des Falles kam der Zivilsenat ferner zu dem Schluss, die OHG habe mit dem Zusatz ‚deutsch‘ überhaupt keine Täuschungsabsicht verfolgt:

„Hier ist aus den Worten ‚Deutsche Lederindustrie‘ in Verbindung mit dem Namen der Geschäftsinhaber über die Art und den Umfang des Geschäfts jedenfalls nicht mehr zu entnehmen, als dass die genannten Personen ein Handelsgeschäft betreiben, dass die Bearbeitung und den Vertrieb von Lederwaren [Frame 1513], allenfalls von [...] deutsche[m] Ursprung[...], zum Gegenstand hat, oder dass sie sich im Gegensatz zu gleichwertigen [...] ausländischen Unternehmungen so bezeichnen. [...] Die Bezeichnung ‚deutsch‘ wird immer mehr in der Bedeutung von arisch im Gegensatz zu nichtarisch (jüdisch) verstanden. Es liegt daher [...] für Publikum und Handelskreise regelmässig nahe, in dem Zusatz ‚deutsch‘ einen Hinweis auf die arische Abstammung des Geschäftsinhabers zu sehen. Damit ist die Täuschungsgefahr im Sinne des § 18. Abs. 2 HGB gegeben, wenn der Inhaber tatsächlich nichtarisch ist. Das gilt aber nicht, wenn besondere Umstände die Gefahr im einzelnen Falle ausschliessen. [Frame 1514] Letzteres trifft dann zu, wenn der in der Firma erscheinende Name der Geschäftsinhaber[,] wie hier bei der bisherigen Firma der Name ‚Gebrüder Isidor‘, für jedermann klar und deutlich die nichtarische Abstammung der Inhaber ergibt. Anders verhält es sich aber mit der neuangemeldeten Firma. Obwohl auch deren Inhaber Nichtarier sind, lässt nichts in der

¹⁷⁸ Ebda., Frame 1508.

¹⁷⁹ Ebda., Frame 1509.

¹⁸⁰ Ebda.

Firma, insbesondere nicht der Familienname ‚Gerst‘ diese Rassenzugehörigkeit sicher erkennen.“ [Frame 1515]¹⁸¹

Für das Berliner Gericht war unstrittig, dass es sich beim Namen Gerst um einen ‚deutschen‘ Namen handeln müsse. Infolgedessen bestand die Arbeit des CV in Registerangelegenheiten in einem nicht unerheblichen Maß darin, diese vermeintliche Gewissheit zu zerstreuen. Am 17. Juli 1936 etwa bat die Kölner Geschäftsstelle ihre Zentrale um Auskunft darüber, „ob die Namen ‚Grau‘ und ‚Graumann‘ bei Juden häufig auftreten.“¹⁸² In diesem Fall handelte sich um die Registersache Heinrich Grau GmbH, die, so die Abschrift des Schreibens vom Kölner Amtsgericht vom 18. Mai 1936, im Handelsregister gelöscht werden sollte,

„weil festgestellt ist, dass der in der Firma genannte Heinrich Grau garnicht Gesellschafter der G.m.b.H. ist, und weil es heutzutage als ein Verstoss gegen die guten Sitten angesehen werden muss, wenn die derzeitigen Gesellschafter, die sämtlich Nichtarier sind, unter der Firma mit dem arischen Namen eines Nicht-Gesellschafters Handel treiben §§ 18 HGB, 138 BGB, 142, 144 RFGG. Zur Geltendmachung eines Widerspruchs wird Ihnen eine Frist von 3 Monaten gesetzt.“¹⁸³

Die Berliner Hauptgeschäftsstelle schätzte am 29. Mai 1936 die Erfolgsaussichten eines Widerspruchs günstig ein. Der Vorwurf der beabsichtigten Tarnung könne in dem vorliegenden Fall nicht greifen. Die Firma befand sich jahrzehntelang in jüdischem Besitz:

„Es wäre noch darauf hinzuweisen, dass bei den publizistischen Erörterungen über eine Gesetzgebung für die Wirtschaftsbetätigung der Juden gerade die Frage der Kennzeichnungspflicht behandelt worden ist. Solange aber auf diesem Gebiet gesetzliche Bestimmungen nicht ergangen sind, stellt die Entscheidung des Amtsgerichts Köln eine nach den amtlichen Verlautbarungen unzulässige Vorwegnahme einer gesetzlichen Regelung dar.“¹⁸⁴

Am 19. Februar 1937 erhielt Berlin die Abschrift des Widerspruchs, der auf die Firmengeschichte Bezug nahm. Danach hatte Heinrich Grau 1879 ein Kohlegeschäft gegründet, in das um 1900 Hermann Levy aus Hennef an der Sieg mit seiner Brikettgroßhandlung eintrat. In Hennef, wo Levy für 1933 als Ortsgruppenleiter genannt wird, befand sich zeitweise der Sitz der gemeinsamen Firma.¹⁸⁵ 1908 schied Grau altersbedingt aus. Levy wurde alleiniger Inhaber. Den Geschäftsnamen Heinrich Grau GmbH änderte er nicht: Zum einen war Graus Kohlehandlung ungleich größer gewesen als die Brikettgroßhandlung; zum anderen war es der Name Grau, der beim „Kohlensyndikat in Essen bekannt und eingetragen war.“¹⁸⁶

¹⁸¹ Ebda., Frame 1513-1515. Dieser Beschluss wurde in der Juristischen Wochenschrift veröffentlicht. Vgl. ebda., Frame 1505.

¹⁸² Ebda., Frame 1495.

¹⁸³ Ebda., Frame 1500.

¹⁸⁴ Ebda., Frame 1497f., hier 1498.

¹⁸⁵ Vgl. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 1, Frame 0381.

¹⁸⁶ HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3006, Frame 1463f., hier 1463. Im Zusammenhang mit einem anderen Registerfall, den Steinberg im November 1937 bearbeitete, wurde erklärt, dass der Kohlehandel keine Kommissionäre kannte: „Wir bemerken dazu, dass trotz oder gerade wegen des hier bestehenden unmittelbaren Bezuges von den Kohlenzechen Kohlenhändler in unserem Gebiet kaum vorkommen.“ HM2 8790, Osoby 721 I, Akte 2923, Frame 2618.

1912 wurde die Firma erneut umgewandelt. Die neuen Gesellschafter kamen aus dem Kreis der Familie, die die Firma dann nach Levys Tod 1934 in einer Erbgemeinschaft weiterführten. Diese

„Fortführung [...] steht [...] im Einklang mit den handelsrechtlichen und sonstigen gesetzlichen Vorschriften. [Frame 1463] Im übrigen kann von einer Täuschung oder Verschleierung oder Sittenwidrigkeit auch schon deshalb keine Rede sein, weil die Firma Grau G.m.b.H. als einzige jüdische Kohlehandlung in den Fachkreisen bekannt ist und die Firma auch dies garnicht zu verschleiern sucht; so annonciert sie zum Beispiel nur noch seit längerer Zeit in dem jüdischen Gemeindeblatt Köln. Es dürfte aber auch nicht ohne Interesse sein, dass der Name Grau durchaus nicht auf einen rein arischen Namensträger hinweist. Abgesehen davon, dass es in Köln mehrere jüdische Familien mit dem Namen Graumann gibt, gehören zur jüdischen Gemeinde Stettins drei Famil[ie]n mit dem Namen Grau; die Berliner jüdische Gemeinde teilt mit, dass dort 45 Personen mit dem Namen Grau und 5 Personen mit dem Namen Graumann geführt werden. Nach alledem dürfe wohl eine Löschung von amtswegen nicht in Frage kommen.“¹⁸⁷

Am 3. Februar 1937 unterrichtete Köln Berlin vom „günstigen Ausgang“¹⁸⁸ des Verfahrens. Selbst nachdem die Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe am 22. April 1938 erlassen worden war, erhob der CV zuweilen noch Beschwerde in Fällen von Registerlöschungen. In der Angelegenheit der von den Essener Mitarbeitern vor dem Amtsgericht Herford im Sommer 1938 betreuten Registersache Firma Julius Koch war es dem Beschwerdeführer wichtig, auf zweierlei aufmerksam zu machen:

„Die jüdischen Inhaber des Unternehmens hatten und haben nicht die Absicht, in irgend einer Form den jüdischen Charakter ihres Gewerbebetriebes zu verheimlichen. [...] Es gibt bekanntlich zahlreiche Namen, die bei Ariern und Juden gleichermaßen vorkommen.“¹⁸⁹

7.4 Viehhandel und Milchverwertung

Die Aussagekraft von Namen war trügerisch und wurde überschätzt. Er gab nicht zwangsläufig Auskunft über die Herkunft des Trägers. Es war vielmehr entscheidend, welchen Ruf sich der Namensträger erworben hatte – und dies gerade im Landhandel infolge der dörflichen Nähe. So manches CV-Mitglied war den Fragebögen zufolge, die der Verein Anfang der 1920er Jahre hatte erstellen lassen, in diesem Sektor im Allgemeinen und im Viehhandel im Besonderen tätig. Die Versorgung mit koscherem Fleisch für die Menschen, die nach den rituellen Speisevorschriften, Kashrut, lebten, war sicherzustellen. In diesem Zusammenhang ist auch der handwerksmäßige Handel mit Fleisch zu sehen, für den der freie Zugang zu den Schlachthöfen und Viehmärkten eine existenzielle Voraussetzung war.

Der Ausschluss der Juden aus den dem Landhandel nahestehenden Berufen wurde in den westfälischen und den agrarischen Großräumen des Rheinlandes mit drastischen Mitteln vorangetrieben. Im August 1933 etwa wurden die westfälischen Bauern im

¹⁸⁷ HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3006, Frame 1463.

¹⁸⁸ Ebda., Frame 1468; siehe weiterhin Frame 1469.

¹⁸⁹ Ebda., Frame 1441.

Kreis Höxter unter Androhung von Konzentrationslager verpflichtet, den Landhandel mit Juden einzustellen.¹⁹⁰ Doch obwohl diese krasse Anordnung auf die politische Einbindung der Mitglieder des Reichsnährstands abzielte¹⁹¹, gelang dies zumindest bis zum 10. März 1936 nur teilweise.¹⁹²

Unterdessen liefen in den CV-Geschäftszentralen ständig Lageberichte ein. So erfuhr man von dem Kreisbefehl, der im Juli 1934 in Cochem an die Parteigenossen gerichtet worden war. Sofern diese weiterhin geschäftliche Kontakte mit Juden pflegten, hatten sie mit einem Parteigerichtsverfahren zu rechnen, das zur so genannten höchsten Ehrstrafe, dem Parteiausschluss, führen konnte, dem wiederum ein Eintrag ins polizeiliche Führungszeugnis mit einschränkender Wirkung auf den Verkehr im öffentlichen Leben folgte.¹⁹³ Die CVer der Kölner Geschäftsstelle beschwerten sich am 15. August 1934 beim Koblenzer Regierungspräsidenten. Der Kreisbefehl widerspreche der

„von der Reichsregierung immer wieder hervorgehobenen Auffassung, dass es in der Wirtschaft eine Ariergesetzgebung nicht gebe und dass ein Boykott gegen Juden deshalb unzulässig sei. Wir verweisen insbesondere auf den noch kürzlich herausgegebenen Erlass des Reichswehrministers, der sogar eine unterschiedliche Behandlung von Ariern und Nichtariern bei der Vergebung [Vergabe] von Aufträgen durch die Wehrmacht untersagt.“¹⁹⁴

Die Schärfe, mit der die „Sonderbehandlung“¹⁹⁵ der Juden durchgeführt werde, bedrohe Ruhe und Ordnung in Cochem, da sie die „Empörung“¹⁹⁶ der Bevölkerung herausfordere:

„Die Folgen des Kreisbefehls haben sich sofort eingestellt. Seit Ende Juli werden die Geschäfte der jüdischen Bevölkerung kaum noch betreten. Das bisher durchaus gute Einvernehmen zwischen der christlichen und jüdischen Bevölkerung ist gestört. Dieses Einvernehmen war deshalb besonders eng, weil die jüdischen Gemeinden an der Mosel seit Jahrhunderten bestehen und sich natürlicherweise ein ausserordentlich freundschaftliches Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden entwickeln musste.“¹⁹⁷

Darüber hinaus ziehe die „Sonderbehandlung“ wirtschaftliche Folgen für die Kommunen nach sich: Arbeitslosigkeit führe nicht nur zur Abwanderung in die Großstädte, sondern auch zu höheren Wohlfahrtsbelastungen. In diesem gedanklichen Kontext erinnerte der CV daran,

¹⁹⁰ Vgl. den Aufruf des Bezirksbauernführers in Brakel. HM2 8766, Osoby 721 I, Akte 2493, Frame 1696.

¹⁹¹ Vgl. Reichmanns Schreiben an die Landesverbände und Beamten des C.V. vom 8. Juni 1934. HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 41, Frame 1172.

¹⁹² Vgl. den Bericht Plauts über eine Versammlung in Duisburg. HSTA Düsseldorf RW 58, Nr. 11384.

¹⁹³ Vgl. HM2 8772, Osoby 721 I, Akte 2555, Frame 0481.

¹⁹⁴ Ebda., Frame 0478-0480, hier 0478.

¹⁹⁵ Ebda.

¹⁹⁶ Ebda., Frame 0479.

¹⁹⁷ Ebda.

„dass sich im Kreise Berncastel vor einigen Wochen ähnliche Vorkommnisse ereigneten und dass durch das schnelle Eingreifen des Herrn Regierungspräsidenten die Missstände in kürzester Zeit beseitigt wurden.“¹⁹⁸

Am 24. Oktober 1934 ging dann der Hilferuf eines Josef Weinthal aus der Kölner Messestadt ein. Der CV solle die Reichsbehörden kontaktieren, da Juden seit sieben Monaten „von jeglichem Handel und Zutritt zum Gelände des Kölner Schlacht- und Viehhofes ausgestossen“¹⁹⁹ seien. Eine Ausnahme galt nur für die Viehkommissionäre, die am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten. Von dieser lokalen Eigenmächtigkeit waren nach Weinthals Angaben rund 150 Viehhändler aus Köln und Umgebung betroffen. Aber trotz dieser großen Anzahl Betroffener litt der Markt keine nennenswerten Schäden.²⁰⁰

In Kirchberg richtete sich der Boykott vom Spätsommer 1935 nicht allein gegen Angehörige einzelner Berufsgruppen. Hier war der Ausschluss umfassend. Derartiges war bis dahin noch nicht in der Hauptgeschäftsstelle bekannt geworden.²⁰¹ In Kirchberg waren Polizei, Landrats- und Bürgermeisteramt parteikonform. Öffentlich wagte es niemand mehr, mit Juden zu verkehren. Subversive Hilfe leisteten indes Bäcker Fuchs, die Metzger Steil und Schneider sowie der Kolonialwarenhändler Krebs, indem sie heimlich Lebensmittel abgaben und damit ein gewisses Risiko eingingen, um das Vorhaben zu vereiteln, die Kirchberger Juden seelisch und physisch auszuhungern. Dies war immerhin eine partielle, aber eben keine fundamentale Empörung, und der schriftliche CV-Protest vom 3. September 1935 beim Landrat blieb wirkungslos. Ungeniert leugnete dieser den Boykott. Im selben Atemzug begründete er aber den

¹⁹⁸ Ebda., Frame 0480.

¹⁹⁹ HM2 8693, Osoby 721 I, Akte 24, Frame 0615ff., hier 0615.

²⁰⁰ Demgegenüber hätte wohl ein früher Gegenboykott im Weinhandel Wirkung zeigen können, da der Ausschluss von Juden aus diesem Marktsegment gerade im rheinhessischen Weinanbaugebiet allgemein empfindlich wahrgenommen wurde. Deshalb war im Juni 1933 sogar von „der gemeinen Zurückhaltung der jüdischen Händler“ die Rede, wodurch besonders der Handel mit Qualitätsweinen erschwert wurde. Zit. in: *Düwell*, 1968, S. 96. Drei Monate zuvor hatte sich bereits im Fachorgan *Deutsche Wein-Zeitung* ein Wandel angekündigt. Seitdem wurde das bis dahin betont wirtschaftsliberal geprägte Blatt nationalsozialistisch ausgerichtet und auffallend ajüdisch. Es fand sich lediglich der kommentarlose Hinweis darauf, dass es in der Wirtschaft keinen ‚Arierparagrafen‘ gebe. Vgl. *Deutsche Wein-Zeitung*, Zentralorgan für den Weinbau und Weinhandel, Nr. 73, 1. Oktober 1933, S. 422. Die Werbefreiheit wurde dennoch genommen, zumal laut „Gesetz über Wirtschaftswerbung vom 12. September 1933 der Reichswerberat mit Wirkung vom 1. November 1933“ für das Anzeigenwesen zuständig wurde. Er kontrollierte die „V e r m i t t l u n g“ von Werbung, also die Tätigkeit der Anzeigen-Agenturen“, aber die „Werbung für den eigenen Betrieb und Werbeberatung sind weiterhin kontrollfrei.“ Trotzdem inserierte bis Jahresende kein jüdisches Unternehmen mehr in diesem Zentralorgan, das die Ansicht vertrat: „Die Werbung muß in Gesinnung und Ausdruck d e u t s c h sein; sie darf das sittliche Empfinden des deutschen Volkes im besonderen sein religiöses, vaterländisches und politisches Fühlen und Wollen nicht verletzen.“ Ebda., Reichswerberat und Weinfach. – Regelung des Anzeigenwesens, Nr. 98, 2. Dezember 1933, S. 517; siehe weiterhin *Ahaus, Otto*, 100 Jahre Deutscher Weinhandel, 100 Jahre Deutsche Wein-Zeitung, Mainz 1964, S. 125-129, hier 126.

Während der Weimarer Jahre war es den CVern wichtig darauf aufmerksam zu machen, „daß ein Boykott von Juden gegen antisemitische Betätigung immer ein V e r t e i d i g u n g s b o y k o t t ist.“ CVZ, *Der völkische Boykott und seine Rechtsfolgen*, Nr. 13, 27. März 1925, S. 222. Dieser Leitartikel erörtert wesentliche rechtliche, politische und wirtschaftliche Aspekte des völkischen Boykotts vor 1933.

²⁰¹ Vgl. das Schreiben aus der Zentrale vom 7. September 1935. HM2 8801, Osoby 721 I, Akte 3070, Frame 0434. Siehe auch den Parteiaufruf zum totalen Boykott ebda., Frame 0435-0438.

Aufruf dazu mit dem vorgeblich „fortgesetzten provozierenden Verhalten gewisser jüdischer Einwohner der Stadt.“²⁰²

Ein Lagebericht mit Überblickscharakter aus der Kölner Geschäftsstelle vom 10. September des Jahres sprach von „vielen Orten im Hunsrück und in der Eifel“, in denen

„Gemeindebeschlüsse veröffentlicht worden [sind], die dazu geführt haben, dass das jüdische Geschäftsleben und das Handeln mit Juden im Augenblick völlig brachliegt. Die Wirkung ist tatsächlich so, dass die Bauern nicht wagen, mit Juden zu handeln.“²⁰³

In diesen Beschlüssen wurde etwa mit dem Entzug der Gemeinderechte oder dem Versagen des Anspruchs auf Wohlfahrtsgelder gedroht. Zuwiderhandelnde würden wie „staatsfeindliche Sabot[...]jeure behandelt.“²⁰⁴ Auf diese Weise wurde die weiterhin bestehende Gewerbe- und Marktfreiheit sabotiert. Und während in Wittlich und Bitburg willkürlich Marktverbote für jüdische Viehhändler ausgesprochen wurden, orientierte sich der CV am Gesetzestext. Die Gewerbeordnung war hier unstreitig geregelt: „Der Besuch der Messen, Jahr- und Wochenmärkte sowie der Kauf und Verkauf auf denselben steht einem jeden mit gleichen Befugnissen frei.“²⁰⁵ Den Bürgermeister Wittlichs interessierte es hingegen kaum, dass er „verbotene Einzelaktion[en]“²⁰⁶ förderte. Ungeniert stellte er Schilder mit schmähenden Aussagen wie: „Hier handeln Juden und Judenknechte“²⁰⁷ auf, um die Geschäftsbeziehungen zu zerstören.

Im Zuge des Marktverbots für Juden in Hermeskeil war es überdies zu Sachbeschädigungen gekommen. Zwecks Durchsetzung der Zugangssperre wurden auf dem Viehmarkt in Kastellaun Leute, die sich mit Juden unterhielten, fotografisch registriert. Ungehindert verwies der Büttel in Niederlittgen und Luxemburg jüdische Handelsreisende des Ortes. Auch deswegen sprach Hans Jacobi unter anderem bei der Regierung in Trier vor, um „Wiederholungen dieser Vorfälle zu vermeiden.“²⁰⁸ Aber selbst wenn daraufhin Schilder und Aushänge zeitweise entfernt wurden, der Schaden war dauerhaft. Außerdem wurden alternative Zwangsmethoden ersonnen. In Kastellaun wechselte man prompt das Medium, wie ein CV-Mitarbeiter den Landrat von Simmern am 26. Oktober 1936 wissen ließ. Durch Lautsprecherdurchsagen waren die Händler im Verlauf des Viehmarkttagess am 21. Oktober darüber informiert worden, dass die Juden ganz aktuell Schuld am Spanischen Bürgerkrieg trügen.²⁰⁹ Solche Lügen und Diffamierungen überzeugten jedoch nicht alle, denn weitere schmutzige Attacken waren notwendig, um den „Bauer[n] von Ebschied“, der sein „Vieh an einen Volksverräter verkauft habe“²¹⁰, zu inkriminieren.

²⁰² Ebda., Frame 0431.

²⁰³ Ebda., Frame 0772-0775, hier 0772.

²⁰⁴ Ebda.

²⁰⁵ Betr. Rechtslage der Markthändler bei Zuteilung von Marktplätzen, 9. November 1933. HM2 8794, Osoby 721 I, Akte 2975, Frame 0266-0268, hier 0266.

²⁰⁶ HM2 8801, Osoby 721 I, Akte 3068, Frame 0774.

²⁰⁷ Ebda.

²⁰⁸ Ebda.

²⁰⁹ Vgl. ebda.

²¹⁰ Ebda.

In Linnich, Kreis Jülich, wurde der Großviehmarkt vom 1. Dezember 1936 aktenkundig. Für die 2.500 Einwohner war dieser Geschäftstag besonders wichtig, weil er „in Verbindung mit der allgemeinen Kirmes“²¹¹ stattfand und daher eine besondere Attraktion für auswärtige Besucher darstellte. An besagtem Tag hatten sich SA-Trupps „unmittelbar vor den Eingängen der jüdischen Geschäfte“²¹² postiert. Andere verteilten Exemplare des Stürmers. Der Vorgang wiederholte sich im Verlauf des Pferdemarktes am 5. Januar 1937.

„Zu den dargestellten Maßnahmen kommt noch hinzu, dass die Kreisbauernschaft des Nachbarkreises E r k l e n z die Landbevölkerung durch Unterschrift eidesstattlich verpflichtet, jeden Geschäftsverkehr mit Juden zu unterlassen.“²¹³

Bei Zuwiderhandlung drohte eine Strafe von 1.000 Mark. Im CV reagierte man hierauf mit größtmöglicher sachlicher Distanz, während seine Quelle in Linnich, der CV-Gruppenvorsitzende Max Mendel, am 20. Dezember 1936 schrieb:

„Jedes jüdische Geschäft ist vollständig unmöglich. Es gibt Viehhändler, welche länger als 14 Tage ihre Behausung nicht verlassen haben, weil jeder Besuch bei Bauern zwecklos ist; andere fahren, weil sie nicht zu Hause bleiben können oder wollen, der Erfolg ist genau derselbe. In der gegenwärtigen Lage ist es absolut unmöglich auch nur einen Pfennig zu verdienen. Voraussichtlich bleibt uns nur die Wahl[,] entweder uns aufzuhängen oder zu verhungern; ich jedenfalls sehe für die Mehrzahl unserer hiesigen Glaubensgenossen keinen anderen Ausweg mehr, da das wenige Kapital rasch aufgezehrt ist oder sein wird. Wissen Sie etwas anderes? Irgend eine Möglichkeit?“²¹⁴

Doch im CV war man insofern ratlos, als ein

„stiller Boykott kaum durch irgendwelche Behördeninterventionen abzustellen [ist]. [...] Wenn überhaupt im Interesse der jüdischen Viehhändler etwas getan werden kann, so muss festgestellt sein, in welcher Form und wodurch ihre wirtschaftliche Tätigkeit beeinträchtigt wird. Nur ganz genaue Angaben bezw. ganz genaues Material darüber kann den Behörden unterbreitet werden. Über die allgemeine Situation der jüdischen Viehhändler und Metzger in den verschiedenen Teilen des Reichs sind wir sehr genau informiert. Wir haben auch mehrfach mit dem Viehwirtschaftsverband und der Hauptvereinigung der Viehwirtschaft Verhandlungen geführt. [...] Behördeninterventionen entweder bei der Landesbauernschaft oder beim Viehwirtschaftsverband oder beim Regierungspräsidenten sind dann möglich, wenn schriftlich oder in anderer Form auf die Landbevölkerung dahingehend eingewirkt wird, daß sie mit Juden keine Geschäfte mehr machen solle.“²¹⁵

Rasch stellten sich die Folgen bei landwirtschaftlichen Produkten mit Verfallsdatum ein, etwa in der Milchwirtschaft. Im März 1934 wurde auch in diesem Wirtschaftsbereich das genossenschaftliche Konzept reformiert, denn ein Reichskommissar für Vieh-, Milch- und Fettwirtschaft war bestellt und die

²¹¹ HM2 8772, Osoby 721 I, Akte 2555, Frame 0212f., hier 0212.

²¹² Ebda., Frame 0213.

²¹³ Ebda.

²¹⁴ Ebda., Frame 0223.

²¹⁵ Berlin an den Landesverband Linksrhein am 4. Januar 1937. Ebda., Frame 0219-0221, hier 0220.

Zwangsmitgliedschaft eingeführt worden.²¹⁶ Die darauf Bezug nehmende Verordnung vom 27. März 1934 enthielt keinen ‚Arierparagrafen‘.

„Dass Nichtarier also in einem Zusammenschluss der deutschen Milchwirtschaft nicht aufgenommen werden, ist gesetzlich unmöglich, in der Praxis auch bisher aus keinem Teil des Landes berichtet worden“²¹⁷,

so die Kenntnis in der CV-Hauptgeschäftsstelle am 4. Dezember 1934. Dies änderte sich im Frühjahr 1935. Im Kreis Aachen erklärte ein Rundschreiben der Milchverwertungs eGmbH:

„Es hat sich in den letzten 2 Jahren seit der Machtübernahme [...] und insbesondere in der letzten Zeit in verstärktem Maße gezeigt, daß ein Teil der deutschen Bauern und Landwirte die Bestrebungen der Partei und des Staates bezüglich der Rassenfrage noch nicht verstanden hat, oder nicht verstehen will. Es ist die Tatsache zu verzeichnen, daß immer noch landwirtschaftliche Betriebsinhaber mit Nichtariern Geschäfte machen, sei es nun durch An- oder Verkauf von Vieh, Dünger, Futtermittel oder Geschäfte sonstiger Art. Der deutsche Bauer hat dem Führer und dem Staat seine Dankbarkeit dafür zu beweisen, daß er durch das [D]ritte Reich vom sicheren Verderben bewahrt worden ist. [...] Da hier nur fühlbare Erziehung zum Staatsgedanken hilft, hat der Vorstand beschlossen, daß alle Genossen, die in Zukunft noch mit Juden geschäftlich verkehren, nur noch den Verarbeitungspreis für die gelieferte Milch ausbezahlt erhalten“²¹⁸,

gezeichnet Birken, Vorstandsvorsitzender der Milchverwertungs eGmbH, die die Verrechnungsstelle für die Milch im Stadt- und Landkreis Aachen war. Der ihr angegliederte, für die Distribution der Milch zuständige Milchversorgungsverband mit Sitz in Aachen, an den seit dem 1. Februar 1935 die gesamte Milchproduktion aus dem Köln-Aachener Raum abzuliefern war, ging konkret davon aus, dass der jüdische Landwirt Norbert André

„als Nichtarier kein Mitglied der Milchverwertungs e.G.m.b.H. sein kann und daher auf den an die Genossen zu zahlenden Milchpreis keinen Anspruch hat. Gegen die Berechnung des Milchpreises steht dem Betreffenden innerhalb 4 Wochen nach Zustellung der Abrechnung das Rechtsmittel der Beschwerde an den Rheinisch-Westfälischen Milchwirtschaftsverband in Essen [...] offen.“²¹⁹

Gemeinsam mit Rechtsanwalt Maximilian Kremer erhob André Einspruch. Er forderte denselben Preis ein, der an die Genossenschaftsmitglieder gezahlt wurde, zumindest aber die Auszahlung des Differenzbetrages von 184,26 Mark für die im April 1935 von ihm abgelieferte Milch. Andrés Beschwerde wurde vom Milchversorgungsverband abgelehnt. Hierauf wandte er sich am 27. Mai an den Rheinisch-Westfälischen Milchwirtschaftsverband in Essen und begründete seinen Schritt mit der fehlenden gesetzliche Grundlage. Selbst wenn unterstellt würde,

„daß André als Nichtarier von der Verbandsmitgliedschaft ausgeschlossen sei, so fehlt es für den Verband an jeglicher Voraussetzung für die Erfassung der von André erzeugten Milch wie selbstverständlich auch für eine Preisfestsetzung. [...] [B]eruhet aber die

²¹⁶ Vgl. RGBl., Teil I, Nr. 28, 13. März 1934, S. 198f.; HM2 8790, Osoby 721 I, Akte 2922, Frame 2265f., hier 2265.

²¹⁷ Ebda., Frame 2265.

²¹⁸ Undatierte Abschrift des Rundschreibens. Ebda., Frame 2242f., hier 2242.

²¹⁹ Abschrift des Schreibens des Milchversorgungsverbandes an Rechtsanwalt M. Kremer vom 23. Mai 1935. Ebda., Frame 2200.

Berechtigung des Milchversorgungsverbandes zur Festsetzung allgemein verbindlicher Preise auf der Zwangsmilchwirtschaft sämtlicher Milch erzeugender Gebietsinsassen, so muß auch die Preisfestsetzung grundsätzlich für alle gleich sein. Es ist eine offenbar irrige Auffassung von der nach der Satzung dem Verbandsvorsitzenden zustehenden Befugnis, die Milchpreise festzusetzen, wenn dieser annimmt, die Preise für die einzelnen Milcherzeuger nach Willkür festsetzen zu können. [Frame 2202] Abschließend ist festzustellen, daß [...] der Verbandsvorsitzende vielmehr sich willkürlich eine Befugnis zulegt, die ihm nach dem Gesetz nicht zukommt, daß auch das Rechtsempfinden jedes billig und gerecht Denkenden gröblich verletzt wird. Würde man den Standpunkt des Beschwerdegegners teilen, so wäre nicht einzusehen, warum [...] nicht am Ende zur Strafe für den Geburtsfehler die Milch ohne jede Bezahlung eingezogen wird.“ [Frame 2203]²²⁰

André wartete noch im Juli 1935 auf sein Geld, obwohl der Rheinisch-Westfälische Milchwirtschaftsverband den Köln-Aachener Milchversorgungsverband zur Zahlung des Differenzbetrages aufgefordert hatte. Das Thema Mitgliedschaft wurde überhaupt nicht mehr angesprochen. Dennoch verweigerte der Milchversorgungsverband die Begleichung der Rechnung, weshalb der Essener Verband eine letzte zweiwöchige Zahlungsfrist einräumte, die allem Anschein nach eingehalten wurde.²²¹ Andrés nächste Beschwerdeinstanzen wären in Berlin der Hauptverband der Milchversorger, namentlich die Deutsche Milchwirtschaftliche Vereinigung, und der Reichskommissar für die Vieh-, Milch- und Fettwirtschaft gewesen.²²²

Im Auftrag der Viehhändler Jakob Gottschalk aus Eilendorf und Hugo Hartog aus Haaren strengte der Aachener Karl Löwenstein eine einstweilige Verfügung gegen die Milchwertungs eGmbH an, damit diese die Androhung von Geldstrafen für die Genossen, die weiterhin mit Juden handelten, unterließ. Gottschalk und Hartog waren durch jene Boykottaufrufung vom Dezember 1934 in ihren Existenzen bedroht, zumal die Genossenschaft eine Monopolstellung im Aachener Kreis besaß. In der Beschwerdebegründung hieß es ferner, die Milchwertungs eGmbH störe durch ihr Rundschreiben den laufenden Gewerbebetrieb und verstoße somit „gegen Treu und Glauben und gegen die guten Sitten.“²²³ Das Landgericht Aachen wies die Beschwerde aber zurück. Entscheidend sei, so die Begründung,

„[n]icht der – tote – Buchstabe des Gesetzes, den die Antragsteller für sich ins Feld führen, sondern der vom Geist des Nationalsozialismus erfüllte Sinn und Zweck des Gesetzes muß die Entscheidung tragen können, die die Antragsteller begehren. Da dies vorliegend nicht der Fall ist, war der Antrag kostenpflichtig für die Antragsteller zu verwerfen.“²²⁴

²²⁰ Abschrift der Beschwerde vom 27. Mai 1935 an den Rheinisch-Westfälischen Milchwirtschaftsverband, Essen. Ebda., Frame 2201-2203.

²²¹ Vgl. ebda., Frame 2205.

²²² Vgl. ebda., Frame 2266.

²²³ Aachener Anzeiger vom 10. September 1933. Ebda., Frame 2179. Die Schriftleitung des Blattes hielt es für nötig darauf aufmerksam zu machen, lediglich den Standpunkt der Beschwerdeführer wiedergegeben zu haben. Die Westfälische Landeszeitung höhnte wegen des Entscheids des Landesgerichts Aachen: „Judenfrechheit kommt nicht mehr durch! Eine Klage der jüdische[n] Viehhändler zurückgewiesen.“ Ebda., Frame 2177.

²²⁴ Ebda., Frame 2179.

Löwenstein zog vor das Oberlandesgericht Köln, das die Beschwerde zwar grundsätzlich als statthaft anerkannte, aber ihr dennoch den Erfolg versagte. Gewiss hätte die Milchverwertungs eGmbH

„eine Maßnahme getroffen, die erheblichen Bedenken unterliegen muß [...], weil Straffestsetzungen [...] nur dem Gesetzgeber zustehen, nicht aber der Antragsgegnerin, die mit ihren Genossen nur in einem gesellschaftsrechtlichen Verhältnis steht. Es steht hier nicht zur Entscheidung, inwieweit die Genossen sich gegen das Vorgehen der Antragsgegnerin mit Erfolg zur Wehr setzen können, jedenfalls können die Antragsteller als außenstehende Dritte es nicht.“²²⁵

Das Oberlandgerichtes Köln legitimierte damit gesetzloses Verhalten nachträglich. Gerade diese richterliche Befangenheit muss verbliebene Erwartungen und Hoffnungen im CV stark erschüttert haben. Seine Hoffnung, wenigstens die Wirtschaft könne – dem Anstand und der Vernunft wegen – ein von Rassismus geschützter Rechtsbereich bleiben, erwies sich zusehends als irrig.

7.4.1 Die Metzger und das Schächtverbot

Wie die jüdischen Milhhändler waren auch die Metzger zu zügiger Weiterverarbeitung angehalten und unterlagen entsprechenden Kontrollen. Dies machte sich im Verlauf des Jahres 1935 eine Kampagne zunutze, die ältere Vorbilder hatte.²²⁶

Der Koblenzer Rechtsanwalt Dr. Arthur Salomon etwa informierte den CV über eine beim Landrat in St. Goar erhobene Beschwerde vom 18. September des Jahres, in der Metzger Sally Stern aus Werlau darum bat, die Zwangsschließung seines Geschäfts aufzuheben. Der Betrieb hätte sich im Verlauf der vergangenen 65 Jahre „einen verhältnismässig grossen Kundenkreis erworben.“²²⁷ Veterinärarzt und Fleischbeschauer hatten „nie Anlass zu irgendwelchen Beanstandungen [gehabt], da der Antragsteller stets Wert auf Sauberkeit seines Gewerbebetriebes legte.“²²⁸ Zudem würde der Zustand der beanstandeten Schlachtwerkzeuge jedem deutlich machen, dass „sie völlig unbrauchbar waren und auch seit langem nicht mehr benutzt wurden.“²²⁹ Stern, der betonte, über drei Jahre im Feld gedient zu haben, hatte sich generell

„nie etwas zu Schulden kommen lassen. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass der Metzgerbetrieb die einzige Einnahmequelle des Antragstellers bildet und dass er ausser einem kleinen Häuschen und wenigem Feld kein weiteres Vermögen besitzt. Er und seine

²²⁵ Abschrift vom 27. August 1935 des Beschlusses des OLG Kölns. Ebda., Frame 2197f., hier 2197.

²²⁶ Siehe die Prozessakten von 1928 in der Sache der Firma Katz-Rosenthal in Köln gegen Verleger, Herausgeber und Schriftleiter des Westdeutschen Beobachters. HSTA Düsseldorf Ger. Rep. 9, Nr. 321; ferner den Lagebericht zum „ungewöhnliche Ausmasse“ [Frame 0533] erreichenden Boykott in Köln vom 3. Juni 1935, der sich gegen jüdische Metzgerläden schlechthin und konkret gegen die oben genannte Metzgerei richtete. Der Bericht endet mit dem Hinweis auf eine Innungsversammlung, auf der einige Tage zuvor beschlossen worden war, „dass der Boykott der jüdischen Metzgereien bis zu deren Vernichtung fortgesetzt werden soll.“ HM2 8801, Osoby 721 I, Akte 3070, Frame, 0534f., hier 0535.

²²⁷ Abschrift der Beschwerde. Ebda., Frame 0814f., hier 0814.

²²⁸ Ebda.

²²⁹ Ebda., Frame 0815.

Frau würden also, wenn die angefochtene Verfügung nicht aufgehoben würde, der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen.“²³⁰

Für Stern gab es keinen Zweifel, dass die beanstandeten Gegenstände den Vorwand liefern sollten, um ihn in Verruf zu bringen und dann in den Ruin zu treiben. Diese Absicht wurde durch herrschende Befindlichkeiten gegenüber seiner Profession befördert.

Dies wurde auch in Westfalen etwa von der Ortsgruppenleitung der NSDAP in Ahlen ausgenutzt. Die betroffene Metzgerei befand sich obendrein gegenüber dem Haus, in der die SA-Standarte untergebracht war. Eine Plakataktion wurde schließlich ausschlaggebend für eine CV-Beschwerde beim Beckumer Landrat, denn das Transparent zeigte eine am Schwanz baumelnde, in einer Wurstmaschine verschwindende Ratte und war untertitelt: „der Goi frisst alles“, woraufhin innerhalb einer Woche „dreimal die grosse Spiegelscheibe [der Metzgerei] von unbekanntem Tätern eingeworfen“²³¹ wurde.

Vor der Metzgerei Wertheim in Wuppertal kam es im April/Mai 1935 zu tumultartigen Aufläufen. Das Ereignis, das die Angst vor Lynchjustiz schürte, hatte der Geselle Ewald Nelles heraufbeschworen. Nelles hatte seinem Chef Max Steinberg, der ihn seit sieben Jahren unter Vertrag hatte, zwei vergammelte Hammelköpfe in die Auslage gelegt. Zudem tat sich Nelles bei der Aufwiegelung der Menschenmenge hervor, die sich um den 1. Mai herum immer wieder vor dem Geschäft zusammengerottet hatte. Um die Situation weiter anzuheizen, wurden im Verlauf der Erste-Mai-Feier

„tausende von Flugblättern verteilt, in denen nach dem ‚Stürmer‘ Rezept gegen die Metzgerei Wertheim die unglaublichsten Beschuldigungen erhoben, ausserdem die Namen von etwa 25 arischen Kunden mitgeteilt. Daneben wurde zum Boykott der jüdischen Geschäfte aufgefordert.“²³²

Eidesstattliche Versicherungen vonseiten der übrigen Belegschaft, die sich der bearbeitende Wuppertaler CVer, Hans Goldschmidt, eilig aushändigen ließ, bestätigten ausnahmslos, „dass es sich bei der Metzgerei um einen Muster-Betrieb“²³³ handele. Der Polizei-Tierarzt versicherte seinerseits, nie zuvor dazu veranlasst gewesen zu sein, in diesem Geschäft Beschlagnahmungen durchzuführen. „Das Ermittlungsverfahren der Gesundheitspolizei“²³⁴ blieb ebenfalls ergebnislos.

Unterdessen drängte Goldschmidt, der es bewusst vermieden hatte, die Behörden „in Düsseldorf oder in Berlin zu alarmieren“, um die „hiesigen Behörden [...] nicht zu verstimmen“, vergeblich den stellvertretenden Wuppertaler Polizeipräsidenten, Regierungsrat Rohnen, auf den

„rücksichtslosen Einsatz der polizeilichen Machtmittel, Festnahmen der Provokateure und Drahtzieher und dass endlich gegen den aufgeputzten Pöbel vorgegangen werde. Das Verhalten der Polizei werde von der ganzen wohlmeinenden Bürgerschaft missbilligt.

²³⁰ Ebda.

²³¹ HM2 8698, Osoby 721 I, Akte 190, Frame 0011.

²³² HM2 8790, Osoby 721 I, Akte 2914, Frame 0540-0542, hier 0540.

²³³ Ebda.

²³⁴ Ebda., Frame 0541.

Wenn die Polizei sich schwach zeige, werde die Bewegung immer stärkere Ausmasse annehmen.“²³⁵

Die Lage eskalierte und zog die Besitzer des Schuhgeschäfts Speyer, des Haushaltsgeschäfts M. Bär, der Bäckerei Walter und des Eier-, Butter-, und Käsegeschäfts Blatt in Mitleidenschaft. Der Pöbel kam erst wieder zur Besinnung, als die Aktion „abgeblasen“ wurde, nachdem unwiderlegbar feststand, dass „die Machenschaften des Ladengesellen Ewald Nelles nicht vertretbar waren.“²³⁶

Auf die staatliche Ordnungsmacht war kein Verlass mehr. Dieser Verlust an Verbindlichkeit irritierte nicht nur Plaut, der im Zusammenhang mit einer Friedhofsschändung in Rheydt ausführte:

„Unsere Freunde zeigten sich am meisten jedoch von der Tatsache beeindruckt, dass im Gegensatz zu dem energischen Eingreifen der Polizei in anderen ähnlich gelagerten Fällen, die Polizeiorgane in M.[önchen]-Gladbach die Dinge mindestens vom kriminalistischen Standpunkt aus mit einem geringen Aufwand von Intensität verfolgt haben.“²³⁷

Auf solche Weise nahmen die CVer die Umwandlung des deutschen Bundes- in einen zentralistischen Staat wahr, der als solcher aber nicht einheitlich rationelle normenkonform verwaltet wurde. Dagegen konnte normenkonformes Verhalten dann ausgemacht werden, wenn es um die Ausschaltung der Grundrechte ging.

Mit Wirkung zum 1. Mai 1933 wurde für das gesamte Reichsgebiet das rituelle Schlachten verboten und damit das Recht auf freie Religionsausübung genommen. Seitdem war reichseinheitlich der Betäubungszwang für „[w]armblütige Tiere [...] beim Schlachten vor Beginn der Blutentziehung“²³⁸ geregelt. Ausnahmen machten Notschlachtungen. Zuwiderhandlungen wurden mit Geld- und Gefängnisstrafen geahndet.

Das Schächtverbot hatte sich längstens in den Weimarer Jahren angekündigt. In Bayern, Braunschweig und Thüringen konnten die Völkischen zwischen 1930 und April 1933 regionale sowie lokale Schächtverbote durchsetzen. Gleichgerichtete Anträge wurden

²³⁵ Ebda.

²³⁶ Ebda., Frame 0542.

²³⁷ Plaut am 13. Mai 1935 an Berlin. HM2 8794, Osoby 721 I, Akte 2980, Frame 1070.

²³⁸ Gesetz über das Schlachten von Tieren. Vom 21. April 1933., RGBl., Teil I, Nr. 39, 21. April 1933, S. 203; siehe ferner das Gesetz zur Abänderung strafrechtlicher Vorschriften. Vom 26. Mai 1933, RGBl., Teil I, Nr. 55, 27. Mai 1933, S. 295, sowie Tierschutzgesetz. Vom 24. November 1933. RGBl., Teil I, Nr. 132, 25. November 1933, S. 987ff.

Im CV hatte man schon im März 1933 mit dem Gesetz über das Schlachten von Tieren gerechnet, zumal eine „allgemeine Rechtsgrundlage für regionale Schächtverbote und -behinderungen [...] nicht vorhanden“ war. Vergeblich gab er seinen Hoffnungen Ausdruck, „daß die Regierung sich v o r d e r E n t s c h e i d u n g hierüber wissenschaftliche Gutachten vorlegen lassen wird, da es sich hier um ein r e l i g i ö s e s G e b o t handelt. Wir hoffen, daß bei der Abwägung des vermeintlichen Tierschutzes und des sicheren Gewissenszwanges eine Lösung gefunden wird, die auf beides gleichmäßig Rücksicht nimmt.“ CVZ, Um die Schächtfreiheit, Nr. 13, 23. März 1933, S. 98.

ebenso in Württemberg und Hessen gestellt, jedoch abschlägig beantwortet.²³⁹ In Preußen war bereits 1927 die Empfehlung ausgesprochen worden,

„geeignete Maßnahmen zu treffen, daß 1. das Schlachten von Tieren durch das rituelle Schächten nicht über den Bedarf der jüdischen Bevölkerung an geschächtetem Fleisch hinaus erfolgt und das Verbot des wilden Schächtens streng durchgeführt wird; 2. das Schächten ordnungsgemäß[...] ausgeführt, ferner bei der Vorbereitung des Schächtens, insbesondere bei der Niederlegung der Tiere, Vorkehrungen getroffen werden, die geeignet sind, die Schlachttiere vor unnötigen Aengstigungen und Schmerzen zu schützen; 3. beim Schlachten überhaupt die vorhandenen technischen Verbesserungen in humanitärer Hinsicht angewandt und alle Roheiten verhindert werden.“²⁴⁰

Seinerzeit blieb die Glaubensfreiheit in Preußen unangetastet²⁴¹, die politische Wirkung des völkischen Antrags infolge dieser Ausnahmeregelung eingedämmt und ein

²³⁹ Vgl. das Schreiben der Reichszentrale für Schächtangelegenheiten an Paul Wallerstein vom 24. Februar 1932. HM2 8845, Osoby 721 II, Akte 201a, Frame 0661-0663. Wallerstein, der für die CV-Jugendarbeit in Siegburg verantwortlich war, hatte um Informationen gebeten, da die Nationalsozialisten „[w]ie allorts [...] auch im Köln-Bonner Bezirk [...] einen grossen Feldzug gegen das Schächten“ anstrengen, der nicht nur durch den Westdeutschen Beobachter, sondern auch durch den Bonner General-Anzeiger forciert wurde. Ebda., Frame 0668f., hier 0668. Bei solchen Presseattacken konnte der CV – wegen der Wiederholungsgefahr – eine Privatklage auf Unterlassung der Verleumdung und Beleidigung anstrengen. Bereits 1930 hatten die Kölner Nationalsozialisten im Stadtrat beantragt, die preußische Regierung dahin zu drängen, eine „Neuregelung des Schlachtverfahrens“ zu erarbeiten. Hirschberg an Rabbiner Dr. [Esra] Munk, Berlin [Büro für Schächtangelegenheiten]. HM2 8825, Osoby 721 I, Akte 3386, Frame 1062.

Im Verlauf wiederum der Schächtdebatte im Thüringer Landtag hatte Munk am 29. Januar 1931 empfohlen, Lobbyarbeit zu leisten. Man versuchte die Stimmen von Landtagsabgeordneten vor allem aus den Reihen der Wirtschaftspartei und der DVP gegen ein Schächtverbot zu gewinnen. Vgl. ebda., Frame 0577. Die Parteizugehörigkeit garantierte allerdings nicht zwangsläufig die gewünschte Unterstützung. In Lennep war der Schlachthofdirektor, Tierarzt Dr. Klein, „ein Hauptagitator für das Schächtverbot und gestattet auch im hiesigen Schlachthaus kein ‚schächten‘, doch ist nichtsdestoweniger K.[lein] wohl nicht als Antisemit zu betrachten, da er doch demokratischer Stadtverordneter ist und dem Vorstand der hiesigen Demokratischen Partei angehört.“ Waldstein am 11. Juli 1927 an Berlin. HM2 8824, Osoby 721 I, Akte 3380, Frame 2166. Zu der durchaus fragwürdigen Auffassung Kleins siehe HM2 8825, Osoby 721 I, Akte, 3386, Frame 0957-0959.

²⁴⁰ CVZ, Schächtdebatte im preußischen Landtagsausschuß, Nr. 42, 21. Oktober 1927, S. 593.

Bezeichnenderweise widmeten sich die Essener CV-Mitarbeiter seit Januar 1927 daneben der Abwehr des Vorwurfes, Juden fühlten sich an keinen Eid, an kein Versprechen gebunden, da sie davon durch das Kol Nidre-Gebet, das mehrmals an Yom Kippur, dem Versöhnungstag, gebetet wird, entbunden würden. Vgl. HM2 8824, Osoby 721 I, Akte 3373, Frame 0392. Der ‚National-Sozialist für Rhein und Ruhr‘ hatte sich mehrfach dem vorgeblich durch das Kol Nidre-Gebet legitimierten Eidbruch gewidmet. Da für das Blatt Gregor Strasser verantwortlich zeichnete, überlegten die CVer, gegen diesen durch Immunität geschützten Reichstagsabgeordneten Strafantrag zu stellen. Hirschberg riet jedoch am 27. Januar wie noch am 18. Juli 1927 davon ab. In seinem Schreiben vom Januar begründete er: „Wenn man sich das entsetzliche Zeug, diesen pestilenzartigen Ausdruck von Wahnwitz und Verlogenheit, von tierischer Rohheit ansieht, so kann man unmöglich Strafantrag wegen groben Unfugs stellen. Das hiesse mit Papierkugeln nach Wildschweinen schießen.“ Ebda., Frame 0439. Stattdessen machten die Vereinsmitglieder im Rahmen ihrer Aufklärungsarbeit auf die theologisch-wissenschaftliche Abwehrliteratur aufmerksam, die sich mit den Themen Eid, Gelübde, Aberglaube und Entstehungsgeschichte des Kol Nidre-Gebets auseinandersetzte. Vgl. ebda., Frame 0395, 0410, 0419; vgl. weiterhin Anti-Anti, 1932, S. 13 Siehe darüber hinaus die geschmeidigere Übersetzungsversion und Interpretation in der Arbeit des 1944 in Bergen-Belsen umgekommenen *de Vries, S. Ph.*, Jüdische Riten und Symbole, Hamburg 1990, S. 98f.

²⁴¹ Siehe hierzu vor allem den CVZ-Artikel, Sind die Schächtverbote rechtsgültig?, Nr. 34, 21. August 1931, S. 414.

Ausgleich zwischen Tierschützern und den nach den rituellen Speisevorschriften lebenden Juden gefunden.

Dieses Spezialgebiet wurde nicht vom CV, sondern von dem für das gesamte Reichsgebiet zuständigen Büro für Schächtangelegenheiten betreut, das von der Agudass Jisrael, der Vereinigung gesetzestreuer Juden, hauptamtlich geleitet wurde. Der CV unterstützte das Büro ideell wie finanziell.²⁴² Durch gemeinsame Anstrengungen wurden so selbst wissenschaftliche Versuche finanziert, um zu belegen, dass dem Schächtschnitt sogleich die Bewusstlosigkeit folgte. Obwohl im CV kein Zweifel darüber herrschte, förderte man ebenso die technische Entwicklung alternativer Betäubungsmethoden, damit dem Schlachtvorgang analog der obigen Empfehlung des Jahres 1927 in humanitärer Hinsicht Genüge getan werden konnte.²⁴³ Gängige Methoden wie Bolzenschlag und Elektroschock waren für die Nachahmung ungeeignet. Die jüdischen Speisegebote verbieten Verletzungen von Gewebe und Organen vor dem Schächtschnitt.

Auf diese Weise setzte sich der CV nicht nur mit der ethischen, sondern vor allem mit der juristischen Seite der Verteidigung des Schächtens auseinander. Letzteres thematisierte der Gelsenkirchener Rechtsanwalt Grünpeter in der CVZ.²⁴⁴ Angesichts vielerorts in Preußen zu verzeichnender Bestrebungen, das Schächten lokal zu verbieten, beleuchtete er das Verhältnis des Staates zur jüdischen Religionsgemeinschaft und insbesondere das wechselseitige Spannungsverhältnis zwischen Reich, Ländern und Kommunen, um sich letztlich auf den allgemeinen

²⁴² In diesem Zusammenhang sei auf einen seit 1928 schwelenden, an der Wende 1930/1931 eskalierenden Streit zwischen dem Büro für Schächtangelegenheiten und dem Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden über Einfluss und Geld verwiesen. Diese Auseinandersetzung war eine Folge der Umstrukturierung des Büros, dessen Arbeit nicht mehr nur aus privaten Mitteln finanziert wurde, sondern schließlich auch die Unterstützung von PLV, CV und anderen jüdischen Organisationen erfuhr. Seit 1930 forderte der PLV jedoch die „Beschränkung des Schächtbüros auf technische Vorbereitungsarbeiten“, während er selbst in „Frage[n] des politischen Vorgehens“ verantwortlich zeichnen wollte. [Frame 0816] Um seine Absicht zu untermauern, hielt der PLV den in seinem Etat seit 1928 vorgesehenen Beitrag von 5.000 Mark für das Schächtbüro zurück. Seine Vertreter favorisierten wie der CV und weitere jüdische Organisationen einen paritätisch arbeitenden neutralen Arbeitsausschuss von Mitgliedern, die sich freiwillig anschließen und gemeinsam die politische Vertretung übernehmen wollten. Der Widerstand gegen die „Zentralisierung der Schächtaktionen beim Preussischen Landesverband“ [Frame 0821] war derart erheblich, dass die Fortsetzung der Arbeit des Büros „durch verdoppelte Anstrengungen der übrigen Mitglieder des Schächtbüros und durch Inanspruchnahme privater Kreditquellen“ ermöglicht wurde. [Frame 0822] Diese Anstrengungen gingen einher mit dem Bedauern darüber, dass gerade in den Hochzeiten der Schächtgegner keine Einheit in dieser speziellen Abwehrfrage gefunden wurde. Vgl. die Darstellung über den Verlauf der Auseinandersetzung in: HM2 8825, Osoby 721 I, Akte 3386, Frame 0814-0823, hier 0823.

²⁴³ Vgl. hierzu etwa CVZ, Das Schächten – keine Tierquälerei. Ein Gutachten von Professor Dr. Bongert [Leiter des Institutes für Nahrungsmittel der Tierärztlichen Hochschule, Berlin], Nr. 46, 18. November 1927, S. 642. Als eine viel versprechende, moderne Methode, um große Schlachttiere niederzulegen, wurde 1930 der von dem Engländer Harris Weinberg entwickelte und nach ihm benannte „Niederlege-Apparat“ gepriesen. Von seiner Funktionstüchtigkeit hatte man sich im November des Jahres in Berlin überzeugt. Vgl. HM2 8825, Osoby 721 I, Akte 3386, Frame 0925f. Siehe in diesem Zusammenhang ferner das Schreiben der Reichszentrale für Schächtangelegenheiten an den CV in Berlin vom 21. Februar 1932, das von einem Prager „Experimentalforscher“ spricht, der ein chemisches „Betäubungsverfahren“ ausgebaut hätte, das bereits der „Humanmedizin dienlich“ gewesen sei. HM2 8845, Osoby 721 II, Akte 201a, Frame 0671f., hier 0672.

²⁴⁴ Vgl. CVZ, Sind die Schächtverbote rechtsgültig?, Nr. 11, 13. März 1931, S. 251.

Grundsatz zu berufen, wonach Reichsrecht Landesrecht bricht, und dies selbst rückwirkend. Das in Artikel 135 der Weimarer Reichsverfassung und in Artikel 12 der preußischen Verfassungsurkunde garantierte Grundrecht auf freie Religionsausübung war damit unantastbar, zumal dies zudem durch eine Notverordnung des Bundesrates aus dem Kriegsjahr 1917, die bis April 1933 in Kraft war, bekräftigt wurde. Infolge der Lebensmittelknappheit war seinerzeit zwar das Schächten verboten worden, weil das tierische Blut zu verwerten war. Aber

„[a]ls Ausnahme wurde die Anwendung des Schächtschnitts beim rituellen Schächten ausdrücklich gestattet.“²⁴⁵

Nun hatte Preußen allerdings auch im Zuge dezentraler Regelungen seinen Kommunen Selbstbestimmungsrechte zugewiesen, so „[d]urch ein Gesetz von 1868“, durch das

„die preußischen Gemeinden die Erlaubnis erhalten, ein Schlachthaus einzurichten mit der Wirkung, daß innerhalb der Gemeinde n u r im Schlachthof geschlachtet werden darf. Zugleich dürfen die Gemeinden auf Grund ihres allgemeinen Selbstverwaltungsrechts den Schlachthausb e t r i e b regeln und Vorschriften über die Art des Schlachtens erlassen.“²⁴⁶

Wurde demzufolge der Schächtschnitt als unerlaubte betriebliche Schlachtmethode deklariert und der Betäubungszwang gefordert, so konnte infolge dieses Rechtszustands, „über Reich und Staat hinweg, die Durchführung eines Schächtverbots en miniature“²⁴⁷ und damit die Einschränkung des Grundrechts auf Glaubens- und Gewissensfreiheit durchgesetzt werden. Mit diesem Problem hatte sich das Preußische Oberverwaltungsgericht bereits 1901 und 1904 beschäftigt. Seine Entscheidungen waren noch 1931

„von Bedeutung, weil die in ihnen entwickelten Grundsätze bei der Einführung des Betäubungszwanges ebenfalls anzuwenden sein würden. Die entscheidende Frage ist nun, ob durch das preußische Gesetz von 1868 den Gemeinden die Befugnis gegeben werden sollte, in so weitgehender Weise in das religiöse Leben eines Teiles der Bevölkerung einzugreifen. Die Ansicht des Oberverwaltungsgerichts, das diese Frage bejaht, wird getragen von doppelten Erwägungen: einerseits sei die Kommune berechtigt, Vorschriften zu erlassen [...] andererseits müsse jedem [...] die Benutzung des Schlachthofes offen stehen, und es sei unerheblich, wenn ein einzelner oder eine ganze Klasse von Einwohnern aus persönlichen Gründen die allgemeinen Bedingungen nicht erfüllen wolle.“²⁴⁸

Betroffen waren jedoch nicht einzelne Einwohner oder eine Klasse, sondern die Mitglieder einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft, weshalb es nach Grünpeters Auffassung nicht anging, dass eine kommunale Einrichtung reichseinheitlich geregelte Grundrechte aushebelte, zumal „der wahre Zweck eines Schächtverbotes ein ganz anderer“²⁴⁹ und keine innerbetriebliche Obliegenheit sei.

Um den Juden das Schächten zu verbieten, wurden in Barmen, wo der CV-Ortsgruppenvorsitzende Tierarzt Dr. Rosendahl war, die dezentralen Befugnisse der

²⁴⁵ Ebda.

²⁴⁶ Ebda.

²⁴⁷ Ebda.

²⁴⁸ Ebda.

²⁴⁹ Ebda.

Kommunen nicht zuletzt von der Arbeitsgemeinschaft aus Völkisch-sozialem Block und Westfalenbund²⁵⁰ ausgenutzt. 1926 sann die AG auf Änderung der Barmer Schlachthofsordnung, da diese bestimmte: „Sämtliche Schlachttiere, mit Ausnahme der nach jüdischem Gebrauch zu schächtenden Tiere, müssen vor dem Töten betäubt werden.“²⁵¹ Der Antrag, der am 14. Dezember 1926 im Stadtrat debattiert wurde, fand lediglich die Unterstützung der Kommunisten. Wäre er angenommen worden, hätten die Juden Barmens, für die „wöchentlich nur ein Stück Grossvieh und ein Kalb geschächtet“²⁵² wurde, nach Elberfeld ausweichen müssen. Um dagegen die bayerischen Konsumenten mit koscherem Fleisch zu versorgen, mussten die deutschen Juden seit 1930 völlig neue Betriebs- und Versorgungsformen entlang der württembergischen Grenze aufbauen.²⁵³

Die Verteidigung des Schächtens, an der der CV im Verbund mit dem Schächtbüro beteiligt war, verstummte seit 1933, obwohl die rechtlichen und moralischen Probleme nun reichsweite Dimensionen angenommen hatten.²⁵⁴ Zahlreiche Probleme erwuchsen hieraus. So berichtete der Aachener Karl Löwenstein etwa am 30. April 1935 von dem Ausgang des Prozesses gegen den jungen Metzger Ernst Falk. Er hatte eine Frau geschwängert, eine Christin, die gegen seinen Willen abgetrieben hatte. Daraufhin wurden beide zu je sechs Wochen Haft und der „Abtreiber“²⁵⁵ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Westdeutsche Beobachter griff den Fall sensationslüstern auf und verkaufte ihn als vermeintlichen Akt der Rassenschande. Löwenstein dazu:

„Der Sachverhalt hat in Aachen großes Aufsehen erregt. Die Bevölkerung hat ihrer Stimmung wohl dadurch Ausdruck gegeben, dass am Tag nach der Entlassung des Falk sein Geschäft derartig von Kunden überfüllt war, wie es wohl noch niemals der Fall gewesen ist.“²⁵⁶

Am 4. Dezember 1935 informierte der Aachener Berlin auch über seine jüngste Vertretungssache. Ein jüdischer Metzger wurde

„wegen Tierquälerei in 1. Instanz vor dem Amtsgericht Düren, wo er ohne Verteidigung auftrat[,] zu 2 Wochen Gefängnis und 200.– Mk. Geldstrafe verurteilt. [...] Die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte haben beide gegen das Urteil Berufung eingelegt.

²⁵⁰ Vgl. HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 176, Frame 0700f.

²⁵¹ HM2 8824, Osoby 721 I, Akte 3379, Frame 1713-1720, hier 1713.

²⁵² Waldstein machte in seinem Schreiben vom 27. Januar 1927 darauf aufmerksam, dass die Stückzahl „der geschächteten Tiere bei der Behandlung der Schächtfrage gar keine Rolle“ spielte. Ebda., Frame 1711f., hier 1712.

²⁵³ Vgl. das undatierte, aber gegen Ende 1930 entstandene Sitzungsprotokoll des Verbandes jüdischer Metzgermeister, das einige der (wirtschaftlichen) Folgen des Schächtverbotes in Bayern thematisiert, ebda., Akte 3386, Frame 1017f. Siehe in diesem Zusammenhang auch die Abschrift eines Aufrufes, der sowohl den Einfuhrstopp von geschächtem Fleisch nach Bayern als auch ein Schächtverbot für Württemberg forderte. Vgl. ebda., Frame 1023. Zur Entwicklung des Schächtverbots in Bayern siehe HM2 8700, Osoby 721 I, Akte 176, Frame 0604ff.

²⁵⁴ In der Verteidigung der Interessen des Judentums hatte Esra Munk dann im Januar 1934 resigniert eingestanden, dass es unmöglich geworden sei, gegen die „scharfen Diffamierungen“ so vorzugehen, wie es früher einmal möglich gewesen sei. HM2 8828, Osoby 721 I, Akte 3456, Frame 2534.

²⁵⁵ HM2 8772, Osoby 721 I, Akte 2554, Frame 0282f., hier 0282.

²⁵⁶ Ebda., Frame 0283.

Die arischen Zeugen haben sich in der Angelegenheit außerordentlich stark widersprochen.²⁵⁷

Infolge des Schächtverbotes nahmen Verdächtigungen, Denunziationen und damit die Anzahl der Bestrafungen wegen unerlaubten Schächtens zu. Wer sich nicht strafbar machen wollte, war genötigt, sein Konsumverhalten zu ändern respektive zum Bittsteller zu werden.

Um den Bedarf von Privathaushalten, Hotels, Restaurants, Krankenhäusern, Kinder- und Seniorenheimen zu decken, waren fortan devisenintensive Importe von koscherem Fleisch notwendig. Im Grenzstaat Holland war das Schächten erlaubt. Die Gemeindemitglieder Recklinghausens hofften gemeinsam mit denen aus Borken und Gemen, ihren Protein- und Fettbedarf gegebenenfalls von dort decken zu können. Im März 1936 muss die Lebensmittelversorgung als äußerst bedrängend empfunden worden sein. Ganz offenbar versuchten die Recklinghausener selbst für ihren bescheidenen Bedarf zu sorgen und suchten deshalb den Kontakt mit den Behörden.²⁵⁸ Allerdings wurden sämtliche mit diesem Versorgungsproblem zusammenhängenden Fragen zentral geregelt. Einem Schreiben der CV-Hauptgeschäftsstelle vom 17. März 1936 zufolge hatte sich die Reichszentrale für Schächtangelegenheiten (RfS) sogar

„mehrfach ausdrücklich ausgebeten, dass alle mit Schächtfragen im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten an sie weitergereicht werden. Wir haben für diese Bitte um so mehr Verständnis, als auch wir bei Fragen, die unser Arbeitsgebiet betreffen, stets die Notwendigkeit der Konzentrierung vertreten. [...] Selbstverständlich haben auch wir volles Verständnis für die akute Notlage [...] Es ist aber zu bedenken, [...] dass es sich ja [...] nicht um einen vereinzelt Fall handelt.“²⁵⁹

Die RfS verhandelte unentwegt mit den Behörden, ein Unterfangen, das „durch das Vorgehen von jüdischer Seite“ erschwert wurde, wenngleich es die RfS „bei der entsetzlichen Notlage [...] infolge des Ausbleibens jeder regulären Fleischversorgung“ durchaus nachvollziehen konnte, dass „Einzelaktionen bei der Regierung“²⁶⁰ unternommen wurden. Für das Gesamtinteresse waren diese Schritte aber kontraproduktiv und verzögerten gegenwärtig die Projektrealisationen, für die sich die RfS einsetzte. 1936 engagierte sie sich für den Import von koscherem Fleisch aus Dänemark. Neben der Devisenbeschränkung spielte „neuerdings“ auch „die generelle Kontingentierung der Rinderschlachtungen und des entsprechenden Verbrauchs in

²⁵⁷ Ebda., Frame 0278. Siehe diesbezüglich das Schreiben von Rechtsanwalt Salomon aus Koblenz vom 8. Dezember 1937: „Vor einiger Zeit war ich in 2 Strafsachen wegen Schächtens tätig und habe die Erfahrung gemacht, dass es darauf ankommt, den Sachverhalt in tatsächlicher Hinsicht weitgehend aufzuklären. In dem einen Fall hatte ein Zeuge im Vorverfahren angegeben, er habe gesehen, dass der Angeklagte ein Tier ohne Betäubung geschächtet habe. Auf entsprechenden Vorbehalt in der Hauptverhandlung konnte der Zeuge seine frühere Aussage nicht mehr aufrecht erhalten, so dass ein Freispruch erzielt wurde. In einem anderen Fall wurde der Angeklagte durch einen Zeugen belastet, der auch in der Hauptverhandlung bestätigte, der Angeklagte habe ihm erklärt, er habe das Tier geschächtet. Das Gericht folgte dieser Zeugenaussage und verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis. In der Berufungsinstanz wurde die Strafe auf 2 Monate ermässigt.“ HM2 8845, Osoby 721 II, Akte 203, Frame 1107.

²⁵⁸ Vgl. ebda., Frame 1255.

²⁵⁹ Ebda., Frame 1251f., hier 1251.

²⁶⁰ Vertrauliches Schreiben der Reichszentrale für Schächtangelegenheiten vom 10. März 1936 an die Rabbinate und Vorstände der jüdischen Gemeinden, Institutionen und Metzgereien. Ebda., Frame 1246f., hier 1246.

Deutschland eine Rolle.“²⁶¹ In Schleswig-Holstein grassierte überdies die Maul- und Klauenseuche. Um angesichts dieser Bedingungen

„eine notdürftige Versorgung zumindest der Krankenhäuser und sonstigen Institutionen vornehmen zu können, machten wir der Regierung von einer für diesen Zweck seitens einer ausländischen Organisation zur Verfügung gestellten Schenkung Mitteilung.“²⁶²

Ein Merkblatt vom Februar 1937, das die RfS dem CV zur Verfügung stellte, bestätigte die Billigung des Schenkungsverfahrens durch das Reichsernährungsministerium. Es nannte den Friend's Food Fund mit Sitz in London als besagte ausländische Organisation und informierte desweiteren darüber, dass für Juden überhaupt keine Devisen mehr zur Einfuhr von koscherem Fleisch und Fett zur Verfügung stünden. Die Schenkung von Fleisch aus dem Ausland nun auch für die privaten Haushalte stellte künftig die einzige verbliebene Versorgungsmöglichkeit mit Fleisch dar.²⁶³

Um in den Genuss dieser Lebensmittelschenkungen zu kommen, waren präzise Einfuhrbestimmungen hinsichtlich der erlaubten Wurst-, Fett- und Fleischrationen zu erfüllen. Geregelt waren ferner die Verarbeitungsarten des Fleisches und die Zolltarife. Dem ausgeklügelten Versandverfahren zufolge überwies schließlich ein ausländischer Gönner unter Angabe der Anschrift des Begünstigten einen zweckbestimmten Geldbetrag an die Midland Bank in London auf das Konto des Friend's Food Fund, der die RfS hierüber informierte. Diese setzte sich umgehend mit dem Empfänger in Verbindung, der wiederum angab, an welche Metzgerei seines Ortes das zu importierende Fleisch zur Abholung gelangen sollte. Der Fund besorgte unterdessen frisches Rind- und Kalbfleisch aus Dänemark und Gefrierfleisch aus Südamerika und lieferte es an die RfS in Berlin, die für die innerdeutsche Auslieferung sorgte. Als zentrale Einfuhr- und Distributionsstelle trat sie zudem für die anfallenden Zoll- und Frachtgebühren in Vorkasse, holte sich das Geld anschließend von der Metzgerei und diese wiederum vom Begünstigten ab.²⁶⁴ Den boykottierten und erniedrigten Metzgern kam dabei eine wesentliche Rolle zu. Während der CV ihre Rechte zu schützen versuchte, waren es oftmals die jüdischen Gemeinden, die finanzielle Beihilfen leisteten. In logistischer Voraussicht hatte die RfS bereits 1936 die eindringliche Bitte an die Vorstände aller Synagogengemeinden gestellt, Mittel „zur Existenzsicherung der jüdischen Fleischereien“ zur Verfügung zu stellen, zumal der „Opfermut und die Treue, die die jüdischen Metzger [...] gezeigt haben, [...] höchste Anerkennung“²⁶⁵ verdiene.

²⁶¹ Ebda., Frame 1246.

²⁶² Ebda.

²⁶³ Vgl. das Merkblatt für die Einfuhr von Fleisch und Fettwaren aus dem Ausland. Lebensmittelschenkungen. Ebda., Frame 1198-1201.

²⁶⁴ Vgl. ebda., Frame 1200f.

²⁶⁵ Ebda., Frame 1247.

7.5 „Sonstiges“ und ein Fazit

Je drängender die Not und die ineinandergreifenden Probleme wurden, desto reibungsloser musste das Zusammenspiel der arbeitsteilig organisierten jüdischen Verbände gelingen. Manche der Anforderungen, die an den CV gestellt wurden, vermochte er nicht zu erfüllen. Aber er registrierte und dokumentierte viele Vorfälle, so auch, als aus der Gelsenkirchener Neustraße die Stürmerstraße wurde, eine infame Umbenennung, da die Synagoge und das Gemeindehaus dort angesiedelt waren. Was dagegen unternommen werden könne, wollten die Gelsenkirchener wissen.²⁶⁶ Doch der CV riet mittlerweile selbst bei der Benutzung öffentlicher Parkbänke zur Zurückhaltung. Laut einer Empfehlung Plauts vom Juni 1937 an die Synagogengemeinde in Essen sei aufgefallen, dass Juden samstagnachmittags die Bänke im Waldthausenpark

„besetzen [...] Nun stehen wir gewiss auf dem Standpunkt, dass Juden kein geringeres Recht zur Benutzung der öffentlichen städtischen Einrichtung haben als andere Einwohner. Es erscheint aber doch fraglich, ob es geschickt ist, in allzugrosser Häufung Anlass zu Betrachtungen zu geben, die dann zu Ergebnissen führen, wie wir eben erst eins beseitigen mussten.“²⁶⁷

Plaut bezog sich auf eine erfolgreiche Beschwerde beim Oberbürgermeister gegen Plakate, die an den Eingängen des Parks angebracht worden waren und die jüdischen Spaziergänger zu unerwünschten Besuchern erklärt hatten.²⁶⁸ Zum Alltag gehörten mittlerweile auch Sachbeschädigungen. Synagogen wurden durch Pflastersteine zertrümmert, etwa in Gemen im Oktober 1937.²⁶⁹ In Dringenberg, Kreis Warburg, wurden Grabsteine umgeworfen. Julius Löwenstein stellte Strafanzeige. Die empörende Tat des ertappten Flegels war ihm eine Notiz in der CVZ Wert. Er teilte Essen daher mit,

„dass hier auf unserem jüdischen Friedhof am 31.10. von Bubenhänden 4 Grabsteine demoliert und umgeworfen wurden. [...] Wir sind noch die einzige jüdische Familie, früher wohnten ausser uns noch drei Familien hier, deren Angehörige zum Teil hier beerdigt sind. Meine Grosseltern und Eltern sind schon hier geboren, ich selbst bin 73 Jahre alt.“²⁷⁰

Im Münster informierte der Vorsitzende der Synagogengemeinde Walter Rose die Staatspolizeistelle über den Einbruch in die Synagoge, Klosterstraße 9, am 23. Oktober.²⁷¹ Die Stapo ermittelte die Täter, die sich entschuldigen und den Schaden ersetzen wollten, sofern die Synagogengemeinde „unter diesen Umständen auf eine Strafverfolgung [...] verzichte.“²⁷² Man bat die Reichsvertretung und den CV um Rat:

²⁶⁶ Vgl. das Schreiben Essens an die Hauptgeschäftsstelle vom 1. April 1937. HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3011, Frame 2228.

²⁶⁷ HM2 8790, Osoby 721 I, Akte 2914, Frame 0622.

²⁶⁸ Vgl. ebda., Frame 0623.

²⁶⁹ HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3011, Frame 2270.

²⁷⁰ HM2 8790, Osoby 721 I, Akte 2914, Frame 0471.

²⁷¹ Vgl. HM2 8699, Osoby 721 I, Akte 213, Frame 0156.

²⁷² Ebda., Frame 0155.

„Nach Rücksprache mit der Reichsvertretung der Juden in Deutschland“, so die Replik am 8. November 1937, „sind wir mit dieser der Ansicht, dass auf Strafverfolgung verzichtet werden soll, wenn die Täter den entstandenen Schaden gutmachen.“²⁷³

Vorbeugende Maßnahmen zur Verhütung derartiger Sachbeschädigungen waren angesichts der Verrohung der Sitten nicht zu ergreifen. Infolge der sich ausdehnenden Respektlosigkeiten erhielt auch der Regierungspräsident in Münster am 29. November 1937 eine Beschwerde. Anlass war das Benehmen der Gelsenkirchener Taxifahrer, die sich „brüsk“ und „in ungehöriger und verletzender Form“ weigerten Juden zu befördern:

„Nach unserer Meinung unterliegen die Besitzer von kozeSSIONierten Autotaxen als AusüBER eines monopolisierten Gewerbes einem Kontrahierungszwang. Sie haben nicht das Recht, unter den FahrgäSTen, die sich ihrer bedienen wollen, eine, gleich aus welchen Gründen erfolgende, Auswahl zu treffen. Der gleiche Rechtsstandpunkt ist von den massgebenden Behörden bereits bei den zur Behandlung von Krankenkassen-Patienten zugelassenen Ärzten sowie bei Beförderungsunternehmungen und entsprechenden Betrieben eingenommen worden.“²⁷⁴

Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1938 häuften sich schließlich die terrorisierenden Übergriffe. Die Familie Vasen in Hülchrath wurde innerhalb weniger Wochen mehrmals Opfer nächtlicher Attacken.²⁷⁵ Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Kölner Geschäftsführers Sussmann war die Auflistung solcher Vorfälle:

„1. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag (29./30.9.) sind in einem kleineren Ort des Hunsrücks mehrere jüdische Familien in ihren Wohnungen überfallen worden, nachdem man die Türen zertrümmert hatte. [...] 2. In derselben Nacht (29./30.9.) und in den folgenden Nächten sind in einem Orte in der Nähe von Neuss, der zum Regierungsbezirk Düsseldorf und zum Landratsamt Neuss gehört[,] fast allen jüd.[ischen] Einwohnern die Fensterscheiben eingeworfen [worden], gleichzeitig wurden sie bedroht und beschimpft. 3. In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag (1./]2.10.) ist in einem kleineren Orte, der zum Regierungsbezirk Köln und zum Landratsamt Euskirchen gehört, die Synagoge, nachdem man durch ein Fenster eingestiegen war[,] demoliert worden, die Leuchter wurden von der Wand gerissen, die Thorarollen zerbrochen, die Bücher zerfetzt, nachdem die Pulte gewaltsam aufgerissen [worden] waren. 4. Dem Inhaber eines hiesigen kleinen Geschäftes ist angedroht worden, man werde sein Lokal am Mittwoch den 5. oder in den nächsten Tagen zerstören.“²⁷⁶

Sussmann, dem offenbar in diesem Moment lediglich die Häufung dieser Fälle auffiel, war arglos, als er in seiner letzten Arbeitswoche für den CV empfahl, „jeden einzelnen Fall“²⁷⁷ den Behörden bekannt zu geben und um Abhilfe sowie gegebenenfalls Schadensersatz zu bitten. Diese Fälle gehörten in die Statistiken, die die Landesverbände alle 14 Tage der Gestapo auszuhändigen hatten. Danach beriet der Landesverband Linksrhein noch im Oktober 1938 immerhin in 676 Fällen. Nach Sachgebieten unterteilt waren es 307 Beratungsfälle zu allgemeinen Rechtsfragen, 273

²⁷³ Ebda., Frame 0153.

²⁷⁴ HM2 8796, Osoby 721 I, Akte 3011, Frame 2226f.

²⁷⁵ Vgl. ebda., Frame 2440f.

²⁷⁶ Schreiben Sussmanns an den CV und die RV am 3. Oktober 1938. HM2 8772, Osoby 721 I, Akte 2555, Frame 0162f., hier 0162.

²⁷⁷ Ebda., Frame 0162.

bezogen sich auf die neuere Gesetzgebung, in 40 Fällen wurde die Auswanderung vorbereitet, 20 Liquidationen waren zu betreuen und 36 Fälle erschienen unter „Sonstiges.“²⁷⁸ Die Geschäftsstelle des Landesverbandes Rheinland-Westfalen in Essen hatte im selben Zeitraum 448 Beratungsfälle bearbeitet: 157 zur neueren Gesetzgebung, 118 zu Rechtsfragen allgemeiner Natur, 90 Auswanderungsfälle, 36 Liquidationen und 47 Fälle „Sonstiges.“²⁷⁹

Der CV war eine viel gefragte Organisation und notwendig, um die mutwillig herbeigeführte gesellschaftliche und wirtschaftliche Not unter den sich solidarisierenden Juden zu bewältigen. Er nutzte dazu das Petitionsrecht und das Justizwesen, zumal ihm die Wirtschafts- und unausgereifte Rechtslage wiederholt Einspruchsmöglichkeiten boten. Geleitet von der Sehnsucht nach stabilen Verhältnissen verfolgte der CV damit ordnungspolitische Absichten. Er versuchte geradezu, die Behörden und die Justiz zur Erfüllung ihrer Rechtsaufsicht in den Zeiten zu drängen, in denen Vernunft und Mitgefühl versagten. Das misslang im Zuge des zunehmenden rassistischen Rechtsempfindens und der damit einhergehenden Diskrepanz zwischen Gesetzestext und Rechtsauslegung. Gerade der offene antijüdische Wirtschaftsboykott, der zeitliche und räumliche Unterschiede aufwies, machte dies deutlich. In vielen Fällen konnte der CV die Verursacher dieser Boykottform präzise identifizieren. Die von der Partei und den ihr angeschlossenen Organisationen unternommenen Verdrängungsmaßnahmen stießen – ob aus Angst und/oder Profitdenken – auf keine nennenswerte Gegenwehr, wengleich sicherlich hier und da die NS-Maßnahmen von Einzelnen durchkreuzt wurden. Diese Verzögerung beförderte der CV durch die von ihm geleistete Arbeit im Rahmen der jüdischen Selbsthilfe. Er erwies sich dabei ideell als Vertreter liberaler Denkmuster und -traditionen. Unentwegt forderte er im Wirtschaftsleben die Wettbewerbs-, Vertrags-, Gewerbe- und Marktfreiheit ein, Forderungen, die er mit sozialem Verantwortungsgefühl nicht nur gegenüber der eigenen Religionsgemeinschaft verband.

Der CV wurde damit in den Jahren zwischen 1933 und 1938 ein Verteidiger einer sozialen Wirtschaftsethik, einer gerechten Ordnungspolitik und der Freiheit des Individuums.

²⁷⁸ HM2 8695, Osoby 721 I, Akte 101, Frame 1245. Nach diesem Dokument haben die Kölner jeweils eine fliegende Sprechstunde in Aachen, Bonn, Koblenz und Trier abgehalten.

²⁷⁹ Ebda., Frame 1301. Nach diesem Dokument haben die Essener insgesamt sechs fliegende Sprechstunden in Düsseldorf, Herford und Bielefeld abgehalten.

Schlusswort

Weder reumütig noch entmutigt, sondern selbstbewusst und streitbar präsentierten sich die im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens Organisierten auch in den Jahren nach 1933 – dem Versagen des staatlichen Gewaltmonopols zum Trotz. Diese Haltung hatten sie bereits 1893 zum Zeitpunkt der Vereinsgründung eingenommen, während sie danach oft widersprüchlich agierten, ergänzende ideologische Wege beschritten und – selten freiwillig – ihre Organisation immer wieder an die sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen anpassten.

Insofern sahen die CVer bis zum Erlass der Reichsbürgergesetze 1935 keinen Anlass, die Prinzipien, die im Namenszug ihres Vereins zum Ausdruck kamen, aufzugeben. Die staatsrechtliche Stellung war bis dahin ungeklärt. Die Wirtschaft kannte noch keinen ‚Arierparagrafen‘. Wettbewerbs-, Vertrags-, Gewerbe- und Marktfreiheit blieben ebenso wie die Besitzverhältnisse zumindest de jure bis 1938 unangetastet. Die Aussperrung der deutschen Juden vom Binnenmarkt nahm deshalb nicht jedem von vornherein die Lebensgrundlagen. Ihre Wirkung war zudem lokal verschieden, da sie davon abhing, wie die NSDAP mithilfe der gleichgeschalteten Berufsverbände und so genannter Einzelaktionen den Ausschluss durchsetzen konnte. Entscheidend waren ferner das Ausmaß richterlicher Befangenheit, behördlicher Duldung und die jeweilige Branchenkonzentration von Juden.

Vor diesem Hintergrund hegten die meisten CVer die nicht unbegründete Hoffnung, die brüchigen wirtschaftlichen Verhältnisse würden das Überdauern des deutschen Diasporajudentums und eine zweite Emanzipation ermöglichen. Auf der Basis des Petitionsrechts schöpften deshalb die Mitarbeiter der zu juristisch-wirtschaftlichen Beratungszentren rationalisierten Geschäftsstellen die sich einengenden juristischen Möglichkeiten aus, noch ehe im September 1933 die Reichsvertretung der deutschen Juden gegründet wurde. Als Essener Produkt wurde sie bezeichnet, denn die von dort ausgehende Gründungsinitiative glückte. Motiviert wiederum wurde sie durch die Notwendigkeit, Selbsthilfe zu leisten, um der Not durch disziplinierte Arbeitsteilung Herr zu werden. Eine autoritäre Führung sollte deshalb in die Lage versetzt werden, die Meinungsvielfalt und die Machtansprüche einzelner der beteiligten, weiterhin selbstständigen jüdischen Organisationen im Rahmen dieser Zwecke zu mäßigen. Bis 1934 erschwerte jedoch die Vielfalt der konzeptionellen und weltanschaulichen Vorstellungen die Zusammenarbeit innerhalb der Reichsvertretung. Dieser Zustand bedrohte zeitweise ihren Bestand, wobei es besonders den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten nach Geltung drängte. Sein nachahmender militaristischer ‚Führerkult‘ und das den Gleichheitsgrundsatz unterlaufende Frontkämpferprinzip widersprachen nicht zuletzt dem Selbstverständnis des CV. Allerdings rang auch der CV, obwohl er bereit war, sich der Direktivgewalt der Reichsvertretung unterzuordnen, anfangs um eine seiner vergangenen Leistungen und zukünftigen Notwendigkeit adäquate Stellung innerhalb der organisationsübergreifenden Arbeitsgemeinschaft.

Daneben sah sich der CV mit innerorganisatorischen Standortdebatten konfrontiert, zumal er Menschen band, die weltanschaulich heterogen und mehrfach organisiert

waren. Deshalb wurde weiterhin auf seinen Vereinsflügeln die eigene Stellung gegenüber Deutschtum und Judentum anlässlich der Diskussion über die Doppelmitgliedschaft von Zionisten im CV kontrovers diskutiert. Der CV hatte folglich nach 1933 nicht aufgehört, ein politischer Verein zu sein, auch wenn die rechtlich-wirtschaftliche Beratungstätigkeit – wie schon vor 1912/1913 – erneut im Vordergrund stand. Auch deshalb wehrte seine Führungsriege, die sich ebenso ihrer sozialen Verantwortung als Arbeitgeber bewusst war, die Forderung nach Selbstauflösung ab. Stattdessen profilierte sich der CV als wirtschaftliche Interessenvertretung, während seine Mitarbeiter einen ausgeprägten Durchhaltewillen demonstrierten. Sie vermieden es, der Willkür der NS-Machthaber einen Verbotgrund zu liefern, der den Gesamtbestand der Organisation gefährdet hätte. In dieser Phase des Vereinsbestehens verhielt sich der CV aus taktischen Gründen devot, hier und da auch fraternisierend, wobei die vom CV skeptisch beäugten Versprechungen, die Göring im März 1933 dem Vereinsvorsitzenden Brodnitz machte, gleichermaßen zu berücksichtigen sind. In den folgenden beiden Jahren wiederholten die CVer auch deshalb ihre Loyalitätsbekundungen gegenüber Volk und Vaterland. Aktuell wollten sie außerdem die kritische Sicherheitslage angesichts des Generalverdachts der ‚Greuelpropaganda‘ verbessern. Im Übrigen nahm der CV seinen Arbeitsauftrag innerhalb der Reichsvertretung sehr ernst. Ein Vereinsverbot hätte den deutsch-jüdischen Interessen nicht gedient.

Der Gemeinschaftsgedanke war leitend, wobei das Abwägen von Einzel-, Gruppen- und Gesamtinteressen zu einer seiner vielen Herausforderungen wurde. Angesichts der enormen Arbeitsbelastung und nervlichen Anspannung bemühten sich seine Mitarbeiter, gerecht, systematisch und beherrscht vorzugehen, während der Alltag zur rastlosen Tortur ausartete. Sukzessive wurde die Geschäftsgrundlage der CV-Klientel zerstört – ungeachtet ihres lange ungebrochenen wirtschaftlichen Überlebenswillens und der Bedeutung, die sie in bestimmten Branchen in der westlichen Grenzregion nicht zuletzt im Export besaß.

Die Verdrängungsmaßnahmen führten zuerst in den kleineren Orten des Rheinlandes und Westfalens zu massiven Versorgungsengpässen, wobei die notwendig gewordene Einfuhr von koscherem Fleisch eindringlich belegt, dass geregelte Lebensgrundlagen früh entfielen. In Kooperation mit zumeist ehrenamtlich arbeitenden Fachleuten aus der Rechtspflege, Wirtschaft und den jüdisch-religiösen Verbänden war der CV in arbeitsrechtlichen Fällen und partiell bei der Boykottbekämpfung im Sektor Handel, seltener im Landhandel erfolgreich. Im Ergebnis wurden durch seine zeitweise erfolgreichen Einsprüche die Folgen der so genannten NS-Judenpolitik zumindest gemildert. Das gesellschaftliche und wirtschaftliche Aus verzögerte sich.

Dennoch sah er sich seit dem Erlass der Reichsbürgergesetze im September 1935 gezwungen, die Auswanderung – auch nach Palästina – zu akzeptieren. Dank der Flexibilität allen voran der Mitarbeiter der Essener Geschäftsstelle überbrückte der zum reinen Dienstleister degradierte CV letztlich selbst die in den Provinzen aufbrechenden Schwächen des für die planvolle außerpalästinische Emigration zuständigen Hilfsvereins der Juden in Deutschland.

Diese organisatorische Schwerpunktverlagerung innerhalb des CV spiegelte zum einen die erzwungene Aufkündigung der symbiotischen Idee, zum anderen die Grenzen seiner

pfiffigen sowie sachkundigen Gestaltungsfähigkeit wider. Während sich seine Mitarbeiter anstrebten, halbwegs geordnete Verhältnisse aufrechtzuerhalten, nahm die Lage in vielen Orten – ungeachtet liberaler oder christlich-katholischer Traditionen in Rheinland und Westfalen – noch vor der Reichspogromnacht lebensgefährliche Ausmaße an. Die Mehrheit der Gesellschaft, die konservativ-bürgerliche Ministerialbürokratie, die Gerichte und die Polizei versagten aus Angst, Opportunismus, Ignoranz oder Bösartigkeit.

Obwohl die Anziehungskraft des symbiotischen Gedankens dadurch abebbte, war der Mitgliederverlust im CV dennoch nicht primär ideologisch motiviert. Fluchtbedingt gingen ganze Ortsgruppen zugrunde, wodurch der Bestand, der bereits in den 1920er Jahren durch Eingemeindungen und Landflucht erodierte, weiter schmolz. Infolge der Mitgliederverluste durch Abwanderung und Tod schrumpften zugleich die Einnahmen. Die ebenfalls bereits durch die Wirtschaftskrisen der 1920er Jahre finanziell angeschlagene Gesamtorganisation war dann Mitte der 1930er Jahre zu massiven Reorganisationsmaßnahmen auf Ortsgruppen- und Landesverbandsebene gezwungen. Vor diesem Hintergrund strebten die Essener Mitarbeiter einen geschlossenen Betreuungsraum an. Namentlich Ernst Plaut orientierte sich dabei zwangsläufig sowohl an den staatlichen als auch an den NS-parteiämterlichen Verwaltungsgrenzen. Seine Fusionsabsichten vereitelten jedoch die nach wie vor ausgeprägte landsmannschaftliche Verbundenheit der Mitglieder. Der CV kompensierte mit unermüdlichen Werbemaßnahmen, die mit wechselndem Erfolg weiterhin auf Resonanz stießen.

Die zwischen 1933 und 1938 demonstrierte Leistungs- und Leidensbereitschaft belegt: Die CVer hatten eines der Ziele erreicht, die ihnen Gabriel Riesser, einer der geistigen Väter, sowie Raphael Löwenfeld, Initiator ihrer außerparlamentarischen Interessenvertretung, mit auf den Weg der Integration in die deutsch-christliche Mehrheitsgesellschaft gegeben hatten: Selbstachtung als deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens, die renitent machen musste angesichts der deutschen antisemitischen Obsession.

Auf Zurücksetzung, Beleidigung, Verfolgung reagierte die jüdische Minderheit Ende des 19. Jahrhunderts insofern recht unterschiedlich, als das Bewusstsein von den Möglichkeiten der politischen Partizipation und vom Recht auf Chancengleichheit noch weitgehend unterentwickelt war. Die Berliner Vereinsväter steckten sich deshalb ein ehrgeizige Ziel: Unter dem Dach einer außerparlamentarischen Interessenvertretung von Juden für Juden sollte jeder ein Anwalt seiner eigenen Emanzipation werden.

Diese ersten CVer verstanden sich als geistige Erben der liberal-nationalen Bewegung in Deutschland. Verknüpft wurde die Idee von der Gleichheit, Freiheit und dem Bildungsideal mit dem preußisch-deutschen Einheits- und vermeintlichen Kulturstaat. Weitere integrative Impulse erhielten sie zudem durch die wirtschaftlichen Anreize, die in hervorragender Weise in der Region an Rhein und Ruhr, dem ältesten Siedlungsgebiet von Juden in Deutschland, herrschten. Erfolgreich konnte der CV daher – nicht zuletzt infolge einer eher einseitigen Berufsstruktur – vor allem Juden aus den Handels- und Dienstleistungssektoren binden. Viele von ihnen hatten den Sprung ins Bildungsbürgertum und schließlich in die Führungsetagen des Vereins geschafft, wobei sie dem CV den Stempel eines Honoratiorenvereins aufdrückten, in dem die

Überzeugung herrschte, dass die als selbstverständlich erachtete kulturelle Assimilation auf freien ökonomischen Grundlagen aufbaue.

Dennoch dauerte es – entgegen der Behauptung Avraham Barkais, nach der der CV eine sich rasch entwickelnde Bewegung gewesen sei – zehn Jahre, ehe der Gedanke der deutsch-jüdischen Symbiose 1903 im Westen des Reiches unter den zumeist noch befangenen und apolitischen Juden Verbreitung fand. Um aus dem CV aber eine Massenorganisation der deutsch-jüdischen Minderheit in Deutschland zu machen, ergriffen Einzelne die Initiative. Insofern erfolgte die Gründung der ersten Ortsgruppe eher zufällig in Essen, von wo der CV-Gedanke in die rheinische und westfälische Region ausstrahlte. Auch wenn die Sammlungserfolge unter den Mitgliedern immer wechselhaft waren, so konnten engagierte CV-Funktionäre mit Solidaritätsappellen bis zum Kriegsausbruch die Menschen zuerst in den Städten und dann in den Dörfern des großen Betreuungsraumes an Rhein und Ruhr weitgehend erfolgreich und langfristig binden.

In dieser Phase des Vereinswachstums etablierten sich übergeordnete dezentrale Organisationsstrukturen auch auf regionaler Ebene. Der 1905 gegründete Agitationsausschuss für Rheinland und Westfalen gehörte zu den ersten Landesverbänden des Vereins überhaupt. Häufig fungierte er als Vorzeigeprojekt des Vereins. Doch erst die organisatorische Nachkriegsentwicklung hob seine Vorreiterrolle gebührend hervor. Damit bestätigt dieser Verband exemplarisch die von Jacob Borut erkannte organisatorische, wenngleich nicht politische Bedeutung der Provinzzweige für den Gesamtverein, denn sie blieben zu jedem Zeitpunkt vom Berliner Mutterbüro weisungsabhängig. Entsprechend ausgeprägt waren die zentralen Lenkungsmechanismen, die allerdings die so genannte Demokratisierung der Abwehr gerade auf föderaler Ebene blockierten.

Um wenigstens die Verwaltung und die Vereinsarbeit zu optimieren, organisierten sich seit 1919 auch die Anrainer. Dem CV gelang es folglich nach dem Krieg rasch, seine alten Gruppen zu reorganisieren und erfolgreich neue zu gründen. Angesichts einer bis dahin nicht gekannten organisierten Judenfeindschaft und infolge der Besetzung des Rheinlandes emanzipierten sich schließlich auch die linksrheinischen CVer immerhin von Essen. Ungeachtet der gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten beider Provinzen wurde 1920 in Köln eine eigene Zentrale errichtet. Dieser Schritt, dem sowohl Grenzkonflikte als auch -korrekturen folgten, war zugleich dem Schutz des gefährdeten Weimarer Staatsmodell geollt, das die CVer in dieser Phase ebenso gegenüber dem Linksextremismus verteidigten. Gerade die revolutionären Ereignisse an der Ruhr bestätigten die ohnehin bestehende Aversion gegen die sozialistische Idee der zumeist bürgerlichen, auf sichere Eigentumsverhältnisse bedachten CVer.

Weder die verhältnismäßig langen christlichen noch liberalen Denktraditionen im Westen des Reiches verhinderten also die Adaption extremistischen Gedankenguts. Es waren vielmehr die jeweiligen Besatzungsverhältnisse im Rheinland und in Westfalen, die sich vor allem auf die antisemitische Bewegung, somit aber eben auch auf die Vereinsentwicklung hemmend auswirkten. Der CV befand sich allerdings nicht nur deswegen in einer widersprüchlichen Situation. Während die Besetzung immerhin zeitweise Schutz bot, stieß sie als schmachvoll empfundenes Ergebnis des Versailler Vertrages zugleich auf scharfe Ablehnung.

Zuerst mussten die Juden in Westfalen eigeninitiativ werden, wobei der Kapp-Putsch, die Ruhrbesetzung sowie die separatistische Bewegung im Rheinland weitere polarisierende Höhepunkte darstellten. Diese Ereignisse waren gute Identifikationsmöglichkeiten, die sich bestens in das ausgeprägte regionale Bewusstsein und die nationale Geschichtsinterpretation der CVer integrieren ließen. Veranstaltungen wie die Jahrtausendfeierlichkeiten im Rheinland, die Pressa und Gesolei wurden deshalb zu Großdemonstrationen ihres Patriotismus und Heimatanspruchs. Letzterer wurde nicht nur rechtlich und historisch begründet, sondern auch ethisch. Erklärend wurden in diesem Zusammenhang die zivilisationsstiftenden, humanistischen Beiträge des Judentums als eine Grundlage des christlich-abendländischen Westens angeführt. Dieses Bewusstsein festigte wiederum den Stolz auf die eigene Religion als Sitten- und Rechtskodex – umso mehr als derselbe Anspruch auch angesichts der großen Leistungen von Juden in Kriegs- wie in Friedenszeiten überwiegend nicht anerkannt wurde.

So erforderte die Bekämpfung des seit den 1920er Jahren in alle gesellschaftlichen Bereiche sickern den Antisemitismus eine noch effizientere Abwehrarbeit. Der Mitgliederzuwachs verlangte zudem eine den neuen, auch finanziellen Ansprüchen gerecht werdende Verwaltung. Infolgedessen verweisen das Amt des Vereinssyndikus und die Institutionalisierung von Ausschüssen auf Professionalisierung und Spezialisierung in den Geschäftszentralen.

Diese organisatorische Entwicklung schlug sich in drei Satzungsrevisionen nieder. 1926/1928 genügte man leidlich den liberalen Ansprüchen, die seit 1919 an Staat und Gesellschaft gestellt wurden. Das geistig im Kaiserreich wurzelnde Honoratioren- und Elitedenken sowie die Annahme, für die Verteidigung von Recht und Ehre seien ein deutscher Pass, deutsche Gesinnung, bürgerliche Tugenden, Fachwissen sowie diplomatisches Geschick vonnöten, isolierten den CV ohne Not. Sowohl seine mangelnde Risikobereitschaft als auch seine Selbstgefälligkeit waren mitverantwortlich dafür, dass er nicht zum Zentrum aller Juden in Deutschland wurde.

Ohnehin war dieses Ziel, den CV auf der Basis eines vorgeblich neutralen Vereinskonzpts zu einer allumfassenden Repräsentanz auszubauen, zu hoch gesteckt. Nicht einmal die Umsetzung seines erstmals 1908 debattierten Minimalprogrammes gelang ihm. Frauen und Jugendliche blieben im Verein bevormundet und benachteiligt. Daran änderte selbst die mit Beginn der Konsolidierungsjahre einsetzende Erosion gerade der solventeren Kreise in den Mitgliedsreihen nichts. Religiöse Denktraditionen, bürgerliche und kulturelle Borniertheit standen den sich wandelnden Realitäten – auch einer neuen Arbeitswelt – entgegen. Da zudem bereits ein vielfältiges Angebot an entsprechenden Organisationen bestand, blieben die Verantwortlichen zu lange befangen gegenüber der Gründung eigener Frauenarbeitsgemeinschaften. Rechtfertigend, aber im Effekt ungläubwürdig wurde insbesondere das eigene Neutralitätspostulat bemüht, während der CV in den neutralen Organisationen absichtsvoll dominant auftrat. Erst als eine Hand voll CV-Aktivistinnen die Initiative 1931 in Bad Dürkheim ergriff, um Gleichwertigkeit einzufordern und Bereitschaft zu demonstrieren, sich in den Dienst der politischen Erziehungsarbeit des CV zu stellen, stieß er in einigen wenigen größeren Städten an Rhein und Ruhr auf späte und auch nur kurzweilige Resonanz. Mit Blick auf die Emanzipation der Frauen im Verein war der

CV zu unbeweglich. Allerdings wirkten sich bei beiden Geschlechtern die konservativ patriarchalische Prägung und Rollenverteilung nachteilig aus. Infolgedessen war der CV auch nur bedingt in der Lage, die daraus resultierende Kluft zu überbrücken, denn während er Gleichberechtigung nach außen konsequent einforderte, blieb sie in den eigenen Reihen auf halbem Weg stecken. Zudem untergrub das damit einhergehende demokratische Defizit das Ziel, das den mündigen deutsch-jüdischen Bürger anstrebte.

Um 1928 hatte ebenso das Problem des Nachwuchses die Aufmerksamkeit des unter nahezu chronischer Überalterung leidenden Vereins auf sich gezogen. Allerdings hielten sich trotz der drängenden Suche nach Nachwuchstalente auch im Fall der Mobilisierung der akademischen jüdischen Jugend autoritäre Denkweisen in den Führungsetagen. Erst als die Vereinsleitung den strukturellen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft, die daraus erwachsenden Lebensängste gerade angesichts der Selbstdemontage des deutschen Liberalismus zu akzeptieren begann, wurde sie aktiv. Zu diesem Zeitpunkt hatte der potenzielle Nachwuchs aber bereits entweder die Bindekräfte des Sozialismus entdeckt oder eine diffus bündisch-romantische Sehnsucht nach einer vermeintlichen Volksgemeinschaft ungeachtet aller Klassen, Parteien und Konfessionen entwickelt. Beide Reaktionen unterstrichen die quälende gesellschaftliche Isolation, in der sich diese zumeist einem gutbürgerlichen, städtischen Milieu Entwachsenen befanden. Damit korrespondierte ihre weltanschauliche Haltung nicht mehr mit dem liberal-individualistischen, bürgerlichen Konzept des Vereins. Dieser reagierte mit der halbherzigen Abkehr von einem neutralen Gesellschaftskonzept und der Billigung einer autoritären Führung. Damit gab der CV dem allgemeinen Rechtstrend nach, statt konsequent an dem gerade unter diesen Bedingungen für die Demokratie entscheidenden politischen Liberalismus festzuhalten. Infolge dieser Kompromisshaltung zum falschen Zeitpunkt blieben die CV-Jugendgruppen bis zur Gründung des Bundes deutsch-jüdischer Jugend 1933 nur lose, schlecht betreute Konstruktionen, deren Leiter im kleinen Kreis versuchten, akademische Bildung im deutsch-jüdischen Sinne zu vermitteln.

Politisch ließ sich der Rechtsruck des CV an den maßgeblich in den Führungsetagen entwickelten Sympathien für den gerade in Westfalen stark vertretenen Jungdeutschen Orden erkennen, dessen vormals bestenfalls ajüdische Haltung mit der Gründung der Staatspartei in den Hintergrund rückte. Frühere Warnungen, keine Wahlstimme einem Antisemiten zu geben, waren damit unwirksam geworden. Die Mehrheit der CV-Kreise in den preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen nahm diese politische Konversion jedoch nicht ohne Widerspruch hin. Insofern ist an der Basis dieser Verbände die ursprüngliche weltanschauliche Konzeption im Wesentlichen die gleiche geblieben. Aus diesem Grund stieß selbst der sich 1921 vom rechten Rand des CV abspaltende Verband nationaldeutscher Juden auf breite Ablehnung.

Zwischen Prinzipientreue und fragwürdigen Kompromissen taumelnd, verkümmerte ebenso die Reform, die der Verein mit Blick auf die Linderung der Not der boykottierten jüdischen Angestellten erwogen hatte. Die Entscheidungsträger erkannten durchaus die Notwendigkeit, den Rechtsschutzverein in eine wirtschaftliche Interessenvertretung umzuwandeln. Dennoch kam dieses Vorhaben nicht über gut gemeinte Ansätze hinaus, wobei der CV mit seinen kombinierten wirtschaftspolitischen und anti-antisemitischen Ambitionen erneut an dem fehlenden Interesse in den eigenen

Reihen scheiterte. Aus diesem Grund stand die Gründung eines jüdischen Wirtschaftsinstituts lediglich auf dem Papier. Immerhin wurde eine Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsfragen beim Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden gegründet und der CV intensiverte seine juristisch-wirtschaftliche Arbeit. Er engagierte sich bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen. Er unterstützte berufliche Umschichtungsmaßnahmen. Mit bescheidenen Mitteln finanzierte er in Berlin ein Heim für jüdische Angestellte. Notgedrungen sammelte der CV, der ungeachtet dieses Engagements eine bürgerliche Mittelstandsvertretung blieb, wertvolle Erfahrungen, die nach 1933 in seine Beratungsstellen einfließen.

Der Widrigkeiten nicht genug, ließ die fortschreitende gesellschaftliche Isolation den Zionismus als nationale und kulturelle Alternative immer attraktiver erscheinen, wodurch sich der CV innerjüdisch in seinem Alleinvertretungsanspruch und gesamtgesellschaftlich in seinem Status als verlässliches Glied der deutschen Nation zusätzlich bedroht fühlte. Er reagierte dünnhäutig. Infolge der jahrelangen Debatten um die volkische Zugehörigkeit, die durch die Frage der Förderung des Keren Hajessod und der Beteiligung an der Erweiterung der Jewish Agency aktuell blieben, wurde schließlich 1928/1929 die 15 Jahre zuvor angestoßene Umwandlung von einem Rechtsschutz- in einen deutsch-jüdischen Weltanschauungsverein vollendet. Im Aufeinanderprallen seines rechten und linken Flügels barg dieser Schritt hin zu einer politischen Bewegung eine nicht zu unterschätzende interne Sprengkraft. Nur durch die gewährte Gewissensfreiheit gegenüber den unterschiedlichen Bewertungen ‚deutscher‘ und ‚jüdischer‘ Interessen und Zusammengehörigkeitsgefühle wurde sie entschärft. Gerade diese, immer wieder auf die politische Mitte hin auszurichtenden Fliehkräfte in seinen Reihen beweisen, dass der CV den Zionismus nicht vollständig abgelehnt haben kann, wie Sidney Bolkosky behauptet hat.

Zu den Ergebnissen dieser Auseinandersetzung gehörte die bewusste Betonung des Attributs ‚deutsch‘ im Namenszug des Vereins. Zugleich zeigten die neun Thesen Ludwig Holländers die Notwendigkeit an, ebenso den jüdischen Gemeinschaftsgedanken in Zeiten der wachsenden Isolation noch stärker zu betonen, als dies in den vorausgehenden Jahrzehnten geschehen war. Aus diesem auszubalancierenden Missverhältnis heraus aber den Vorwurf zu erheben, der CV hätte nicht positiv jüdisch gewirkt, letztlich also die ohnehin überfrachtete Klal-Israel-Erwartung nicht erfüllt, ist absurd. Als Repräsentant einer zur Integration bereiten, sicherlich oft unsicheren konfessionellen Minderheit hat der CV einen beharrlichen Respekt gegenüber der konfessionellen Bindung bewiesen und kam dabei zugleich seiner stabilisierenden Schutzfunktion angesichts des aggressiven deutschen Antisemitismus nach Kräften jederzeit nach. Da zudem die in den 1920er Jahren debattierte Bewertung über Gelingen oder Versagen des CV in diesem Punkt allein von der individuellen Definition der Begriffe Jude und Judentum abhing, war die Debatte letztlich nur in einem Punkt sinnvoll: Sie diente dem Erkenntnisgewinn hinsichtlich des jeweils eigenen Standpunkts der Streitenden, was nebenbei möglichen nicht jüdischen Verbündeten Orientierung geben sollte.

Angesichts der desolaten innerjüdischen, gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage versuchte der CV verstärkt, die Netzwerke genauso zu jüdischen wie nicht jüdischen Verbündeten auszubauen. Ohnehin wuchs seine Abhängigkeit von vor allem

halb-offiziellen Stellen. Obendrein fehlten ihm unverzichtbare finanzielle Ressourcen. Eine restriktive Haushaltspolitik war eine Folge, wobei der Sparkurs, noch ehe sich seit 1924 Ermüdungserscheinungen und politische Gleichgültigkeit in den eigenen, nicht selten verarmten mittelständischen Mitgliederreihen breit machten, zulasten des demokratischen Anspruchs ging. Während die Mitgliedsbeiträge lediglich die laufenden Kosten deckten, musste die Abwehrarbeit durch die unsichere Finanzierung der Spendenpraxis bestritten werden. Da die vielen kostspieligen Wahlkämpfe in den Weimarer Jahren zusätzlicher Anstrengungen bedurften, kam es 1930 zu einem bis dahin einzigartigen Bündnisschluss unter anderem zwischen CV sowie dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten auf der einen und den Zionisten auf der anderen Seite. Da die Zusammenarbeit nur von kurzer Dauer, zudem von Misstrauen geprägt, im Ergebnis eine Pleite war und endlich den hohen Erwartungen des CV bei der Bekämpfung der NSDAP nicht entsprach, suchte er zusehends verzweifelt nach nicht jüdischen Verbündeten.

Arnold Pauckers Analyse über das Verhältnis des vor allem Berliner Vereinszweiges zu den politischen Parteien trifft auch auf die Provinzen Rheinland und Westfalen zu. Danach fanden hier die Parteien des politischen Liberalismus die tatkräftigste finanzielle und agitatorische Förderung durch den Verein. Frühe, temporäre Allianzen bestanden ferner mit der im Vergleich zu den anderen politischen Parteien hinsichtlich der antisemitischen Abwehr sehr viel verlässlicheren SPD. Nicht ohne gegenseitiges Misstrauen und auch nur verhältnismäßig selten nahm der CV ebenso Fühlung mit kirchlichen Kreisen sowie der Zentrumsparterie auf, zumal Letztere die Großwahlräume in Rheinland und Westfalen dominierte. Gemeinsamkeiten wurden gesucht und betont, zumal die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates im gesamtgesellschaftlichen Interesse lag. Auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner legte sich der CV fest. Ansonsten pflegte er in Wahlkämpfen zwangsläufig wohlgemessene Distanz mit Rücksicht auf parteipolitische Gegnerschaften, unterschiedlich motivierte Interessenpolitik, antijüdische Sentiments und divergierende politische Anschauungen auch der deutschen Juden.

Neben der politischen und Rechtsschutzarbeit widmete sich der CV seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zudem der Aufgabe, den Wirkungsgrad durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in nicht jüdischen Kreisen zu steigern. Allerdings versuchte er letztlich vergeblich die Empörung über die wachsende Zahl von Überfällen, Friedhofs- und Synagogenschändungen in politischen Aktionismus – in eine Tat- und Gesinnungsgemeinschaft – umzuwandeln. Zu einem wichtigen Thema sowohl im Rahmen seiner Versammlungstätigkeit als auch seines reichen Publikationsangebots wurde deshalb die innere Befriedung. Je seltener die staatlichen Behörden ihrer Schutzpflicht nachkamen, desto eindringlicher forderte der CV Respekt und Vernunft als Grundlagen der Politik- und Rechtskultur ein. Entsprechend groß war die Arbeitsleistung in Wort und Schrift, wobei seine zivilen und akademischen Methoden allerdings zäh, unspektakulär, weil meistens sachlich blieben. In unterschiedlichen, mal apologetischen, mal autoritätsgläubigen, mal souveränen Tonlagen klärte er über die rechtsextremistische Gefahr, die besten Seiten des Judentums sowie seine Anhänger auf. Zugleich blieb er misstrauisch, wobei diese Haltung des mündigen Bürgers die

wohl entscheidende ist, um antidemokratische Gefahren zu erkennen und vor ihnen zu warnen.

Bei der Aufklärungsarbeit von Nichtjuden plagten ihn allerdings auch Befindlichkeiten, wenn es um die eigene Reputation ging. Deshalb verlangten vor allem die Berliner Mitarbeiter Perfektion, woraus wiederum ein extremes Kontrollbedürfnis erwuchs, das so manches Engagement an der Basis erstickte. Obwohl hinter dem zurückhaltenden Begriff der inneren Mission bald nackte Angst stand, erwiesen sich dieselben Funktionäre zugleich eindrucksvoll unbeeindruckt etwa angesichts der Aufklärungsresistenz einschlägig bekannter Nationalsozialisten wie Münchmeyer.

Die CVer bildeten viele staatsbürgerliche Tugenden aus. Fehlerlos waren sie nicht. Die mehr als fragwürdigen nationalistischen Attitüden, wie sie am rechten Rand des CV gepflegt wurden, oder die kulturchauvinistische Haltung gegenüber den Ostjuden sind weitere Belege dafür. Allen voran in Bezug auf seine Haltung gegenüber den Ostjuden, die erstens von der fragilen gesellschaftlichen Stellung und zweitens von dem Bedürfnis bestimmt wurde, sich gegenüber den erstarkenden Zionisten zu profilieren, strengte sich der CV an, den Bruch mit seinen liberalen Grundsätzen zu verschleiern. Während er philanthropische Repatriierungs- und Kolonisationsvorschläge streute, zeigt der Fall Recklinghausen in krasser Weise, wie der CV in Essen Erpressung und Wahlmanipulation in dieser Synagogengemeinde stillschweigend duldete, somit billigte. Durch die unlauteren Machenschaften versuchte er, die Machtverhältnisse in dieser Synagogengemeinde zugunsten der liberalen Vertreter zu stabilisieren. Die Gemeinden wurden aber auch deshalb für den CV zu Prüfsteinen seines fadenscheinigen Neutralitätspostulats, weil er direkt Einfluss auf die Ausrichtung der Gemeindepresse nahm. Unnachgiebig erwies er sich zudem, als es um die Debatte des Monopols in der Abwehrarbeit ging. Entgegen seinen Absichtsbekundungen wurde er mitverantwortlich für ihre Politisierung und beförderte die ausgeprägte innerjüdische Streitkultur. Seine machtbewussten Vorstöße wirkten sich völlig kontraproduktiv auf die von ihm selbst geforderte innerjüdische Befriedung aus. Erst unter dem Druck der gezielten staatlichen Ausschaltungsmaßnahmen seit 1933 verzichtete der CV auf seinen ideologischen Führungsanspruch, den er gerade in Rheinland und Westfalen jahrzehntelang innehatte.

Letztlich zeichneten diese nur allzu menschlichen Widersprüche und Eitelkeiten die CVer genauso aus wie ihre Unerschütterlichkeit bei der Bekämpfung des Antisemitismus und damit der Verteidigung des Weimarer Rechtsstaates. Übrig bleibt fraglos das Ideal unantastbarer Menschen- und Freiheitsrechte, die Forderung lauterer Handelns in einer freien Wirtschaft sowie das Konzept der streitbaren Demokratie, für dessen Durchsetzung der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens jahrzehntelang bis in seinen kleinsten Propagandaort hinein leidenschaftlich gerungen hat.

Abkürzungsverzeichnis

ADEFA	Arbeitsgemeinschaft deutsch-arischer Fabrikanten der Bekleidungsindustrie
AG	Arbeitsgemeinschaft
AJS	Association for Jewish Studies
BDJJ	Bund deutsch-jüdischer Jugend
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
CAHJP	Central Archives for the History of the Jewish People
CJA	Centrum Judaicum Archiv, Stiftung Neue Synagoge Berlin
CV	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, seit 1935 Jüdischer Centralverein
CVZ	Central-Vereins-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
DJJG	Deutsch-jüdische Jugendgemeinschaft
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
eGmbH	eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
EJA	Erweiterte Jewish Agency for Palestine
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
GdA	Gewerkschaftsbund der Angestellten
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HSTA	Historisches Staatsarchiv Düsseldorf
IDR	Im Deutschen Reich – Zeitschrift des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
IHK	Industrie- und Handelskammer
ITA	Jüdische Telegrafien Agentur
JA	Jewish Agency for Palestine
JFB	Jüdischer Frauenbund
Jg.	Jahrgang
JR	Jüdische Rundschau
Jungdo	Jungdeutscher Orden
KC	Kartellconvent deutscher Studenten jüdischen Glaubens
KH	Keren Hajessod
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
KZ	Konzentrationslager
LBI	Leo Back Institut
LBIYB	Yearbook of the Leo Baeck Institute
LHAK	Landeshauptarchiv Koblenz
LV LR	Landesverband Linksrhein
LV RW	Landesverband Rheinland-Westfalen

M	Mark
Mk	Mark
NSDAP	Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei
NS-Hago	Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
PDC	Pressedienst des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
PLV	Preußischer Landesverband jüdischer Gemeinden
RAM	Reichsarbeitsministerium
RfS	Reichszentrale für Schächtangelegenheiten
RjF	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
RM	Reichsmark
RV	Reichsvertretung der deutschen Juden, seit 1935 Reichsvertretung der Juden in Deutschland
RVjL	Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände
RWM	Reichswirtschaftsministerium
RZA	Reichsbahnzentralamt
RZM	Reichszeugmeisterei der NSDAP
SA	Sturmabteilung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
VdJ	Verband der Juden in Deutschland
VIOD	Vereinigung jüdischer Organisationen Deutschlands zur Wahrung der Rechte der Juden des Ostens
VJJD	Verband Jüdischer Jugendvereine Deutschlands
VNJ	Verband nationaldeutscher Juden
Vol.	Volume
WLZ	Westfälische Landeszeitung – Rote Erde
YVS	Yad Vashem Studies
ZA	Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, seit 1935 Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland
ZA	Zentralzionistisches Archiv
ZOG	Zionistische Ortsgruppe
ZVfD	Zionistische Vereinigung für Deutschland

Quellen- und Literaturverzeichnis

Gedruckte Quellen

- Arbeitsbericht des Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau,
1. April – 31. Dezember 1933.
– für das Jahr 1935.
- Aufklärungsschrift der Ortsgruppe Chemnitz des Centralvereins deutscher Staatsbürger
jüdischen Glaubens. Undatiert. (Bestand Wiener Library)
- Bach, A.*, Die Lösung der Judenfrage und die Aufgaben des Centralvereins deutscher
Staatsbürger jüdischen Glaubens, Neustadt 1912.
- Brodnitz, Friedrich, Cohn, Kurt, Tietz, Ludwig*, Der Central-Verein der Zukunft. Eine
Denkschrift zur Hauptversammlung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger
jüdischen Glaubens. Als Manuskript gedruckt.
- Brodnitz, Friedrich*, Leistung und Kritik – Eine Untersuchung über den C.-V. und seine
Arbeit. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1931.
- Bürger, Curt*, Antisemitenspiegel. Die Antisemiten im Lichte des Christentums, des
Rechts und der Wissenschaft, 3. Aufl., Berlin, Frankfurt/M. 1911, S. 136-142.
- Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893.
(Mitgliederverzeichnis, Bestand CJA)
- Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Generalversammlung.
30. December 1893, Berlin 1893. (Bestand CJA)
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Satzungen des Central-Verein
deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Angenommen in der constituierenden
Versammlung am 4. April 1893. (Bestand Germania Judaica)
- Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Bericht der Rechtsschutz-
Commission über ihre bisherige Thätigkeit erstattet in der ordentlichen
Versammlung am 16. April 1894, Berlin 1894.
- Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin 1895.
(Mitgliederverzeichnis, Bestand CJA)
- Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Die erste Delegierten-
Versammlung abgehalten in Berlin, am 24. Februar 1907. Als Manuskript
gedruckt. (Bestand Wiener Library)
- Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Arbeitsbericht für die Zeit
vom 1. August 1914 bis zum 25. November 1914.
- Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., Tätigkeitsbericht vom
15. August 1919.
– Tätigkeitsbericht vom 9. Dezember 1919.
– Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 10. Oktober 1921 bis 31. März 1924. Als
Manuskript gedruckt.
– Tätigkeitsbericht für die Jahre 1924 und 1925. Als Manuskript gedruckt.
- Central-Vereins-Dienst. Nachrichten der Hauptgeschäftsstelle des Central-Vereins
deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Nr. 1, I. Jg., 15. Juli 1924.

- Nr. 2, I. Jg., 1. August 1924.
- Nr. 5, I. Jg., 15. August 1924.
- Nr. 4, I. Jg., 1. September 1924.
- Nr. 5, I. Jg., 15. September 1924.
- Nr. 6, I. Jg., 1. Oktober 1924.
- Nr. 7, I. Jg., 15. Oktober 1924.
- Nr. 8, I. Jg., 30. Oktober 1924.
- Nr. 9, I. Jg., 11. November 1924.
- Nr. 10, I. Jg., 25. November 1924.
- Nr. 11, I. Jg., 24. Dezember 1924.
- Nr. 1, II. Jg., 15. Januar 1925.
- Nr. 2, II. Jg., 1. Februar 1925.
- Nr. 3, II. Jg., 15. Februar 1925.
- Nr. 4, II. Jg., 28. Februar 1925.
- Nr. 5, II. Jg., 15. März 1925.
- Nr. 6, II. Jg., 23. April 1925.
- Nr. 7, II. Jg., 15. Juni 1925.
- Nr. 8, II. Jg., 1. September 1925.
- Nr. 9, II. Jg., 15. Dezember 1925.
- Nr. 1, III. Jg., 21. Mai 1926.
- Nr. 2, III. Jg., 7. Juli 1926.
- Nr. 3, III. Jg., 1. September 1926.
- Nr. 4/5, III. Jg., 26. November 1926.
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hg.), *Waffen im Abwehrkampf*, Berlin 1920.
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hg.), *Deutsches Judentum und Rechtskrisis*, Berlin 1927.
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hg.), *Anti-Anti. Tatsachen zur Judenfrage*, 7. Aufl., Berlin 1932.
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E.V. (Hg.), *Unsere Monatsausgabe – Ihre Entstehung, Verbreitung und Wirkung*, Berlin 1927.
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E.V. (Hg.), *Die Stellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) zur Judenfrage. Eine Materialsammlung*, Berlin 1932.
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hg.), *Wir deutschen Juden 321–1932*, Berlin 1932.
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hg.), 125 *Friedhofsschändungen in Deutschland 1923–1932. Dokumente der politischen und kulturellen Verwilderung unserer Zeit*, Berlin 1932.
- Cohen, Bernhard*, *Vor dem Sturm. Ernste Mahnworte an die deutschen Juden*, Berlin 1896.
- *Jüdisch-politische Zeitfragen*, Berlin 1899.
- Comité des Délégations Juives (Hg.), *Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933*, Paris 1934.
- Der Direktor des Central-Vereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E.V. (Hg.), *Führerbriefe*, Nr. 1, 15. September 1929. Als Manuskript gedruckt.

- Führerbriefe, Nr. 3/4, 27. Mai 1930.
 - Führerbriefe, Nr. 1, 24. November 1930.
 - Führerbriefe, Nr. 2, 15. Dezember 1930.
 - Führerbriefe, Nr. 2, 22. Dezember 1930.
 - Führerbriefe, Nr. 3, 26. Februar 1931.
 - Führerbriefe, Nr. 4, 30. April 1931.
 - Führerbriefe, Nr. 5, 10. Juni 1931.
- Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hg.), Organisationsbuch der NSDAP, 4. Aufl., München 1937.
- Deutsche Wein-Zeitung. Zentralorgan für den Weinbau und Weinhandel, Mainz, Jg. 1933.
- Eschelbacher, Max*, Die Synagogengemeinde Düsseldorf 1904–1920. Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens der Synagoge, Düsseldorf 1929.
- Foerder, Ludwig*, Die Stellung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zu den innerjüdischen Fragen, Breslau 1927.
- Fuchs, Eugen*, Ein Referat über Werner Sombarts Schrift, Berlin 1912.
- Um Deutschtum und Judentum. Gesammelte Reden und Aufsätze (1894–1919), Frankfurt/M. 1919.
- Hauptversammlung des Centralvereins vom 28. und 29. Mai 1919 in Berlin, undatiert, unpaginiert. (Bestand CJA)
- Holländer, Ludwig*, Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in: Neue Jüdische Monatshefte (Hg.), Das deutsche Judentum. Seine Parteien und Organisationen. Eine Sammelschrift, Berlin, München 1919, S. 68-71.
- Im Deutschen Reich. Feldbücherei des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin 1915.
- Jacob, Benno*, Krieg, Revolution und Juden. Rede gehalten im Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Dortmund 1919. (Bestand CJA)
- Jüdischer Central-Verein E.V. Aufgaben/Satzung/Organisation, Berlin 1936.
- Landesverband Groß-Berlin des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V. (Hg.), CV-Merkbüchlein für das Jahr 1926–1927 – 5687.
- Landesverband Groß-Berlin des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V. (Hg.), CV-Kalender 1928.
- CV-Kalender 1929.
 - CV-Kalender 1930.
 - CV-Kalender 1931.
 - CV-Kalender 1936/1937.
 - CV-Kalender 1937/1938.
 - CV-Kalender 1938/1939.
- Lazarus, M.*, An die deutschen Juden, Berlin 1887.
- Leweler, Hermann*, Was will der Zionismus, Berlin 1920. (Bestand Wiener Library)
- Marx, Jacob*, Das deutsche Judentum und seine jüdischen Gegner, Berlin 1925.
- Mecklenburg, Georg*, Aufsätze und Referate über Zionismus und Centralverein, Chemnitz 1926.
- Mendelssohn, Martin*, Die Pflicht der Selbstvertheidigung, Berlin 1894.
- Münchmeyer, Ludwig*, Meine Antwort an den C.V., Düsseldorf 1930. (Bestand Wiener Library)

- 1926/1927. Zwei Jahre Arbeit im Central-Verein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens EV. Geschäftsbericht. Erstattet der Hauptversammlung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens EV, 11., 12. und 13. Februar 1928. Als Manuskript gedruckt.
- Oppenheimer, Franz*, Die Judenstatistik des preußischen Kriegsministeriums, München 1922.
- Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (Hg.), Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen. Ein Gedenkbuch, Berlin 1932.
- Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Richtlinien für die Aufbringung der Auswanderungskosten, undatiertes Manuskript.
- Richtlinie für die Berufsausbildung von Juden in Deutschland, undatiertes Manuskript.
- Rieger, Paul*, Ein Vierteljahrhundert im Kampf um das Recht und die Zukunft der deutschen Juden. Ein Rückblick auf die Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in den Jahren 1893–1918, Berlin 1918.
- Sachkatalog der Bibliothek des Central-Vereins. Vol. 1 bis 3. (Bestand Wiener Library)
- Schoeps, Hans Joachim*, Wir deutschen Juden, Berlin 1934.
- Segall, Jacob*, Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914–1918. Eine Statistische Studie, hg. vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin 1922.
- Stenographischer Bericht über die Hauptversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens vom 4. Februar 1917. (Bestand Wiener Library)
- Stern, Heinrich*, Warum sind wir Deutsche. Sechs Aufsätze für die deutsch-jüdische Jugend, Berlin 1926.
- Wiener, Alfred*, Die ‚furchtbaren Enthüllungen‘ des Jungdo. Haltlose Beschuldigungen gegen den Centralverein. Schlaglichter, Reihe 2, Folge 2, unpaginiert.
- Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hg.), Abwehr-ABC, Berlin 1920.
- Zielenzieger, Kurt*, Juden in der deutschen Wirtschaft, Berlin 1930.
- Reichsgesetzblatt*
- Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung, Jg. 84, 1923, S. 883.
- Statistisches Reichsamts (Hg.), Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 48. Jg., Berlin 1929.
- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 48. Jg., Berlin 1929.
- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 49. Jg., Berlin 1930.
- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 51. Jg., Berlin 1932.

Ungedruckte Quellen

Central Archives for the History of the Jewish People (CAHJP), Jerusalem

Mikrofilme:

8693, 8694, 8695, 8698, 8699, 8700, 8701, 8702, 8703, 8704, 8705, 8706, 8708, 8709, 8710, 8711, 8712, 8713, 8714, 8715, 8716, 8717, 8718, 8719, 8720, 8721, 8722, 8723,

8724, 8725, 8726, 8727, 8729, 8730, 8731, 8732, 8733, 8735, 8738, 8739, 8742, 8743, 8745, 8746, 8747, 8748, 8749, 8750, 8751, 8752, 8756, 8757, 8758, 8759, 8760, 8761, 8762, 8763, 8764, 8765, 8766, 8767, 8768, 8769, 8770, 8771, 8772, 8780, 8790, 8794, 8796, 8799, 8801, 8803, 8824, 8825, 8827, 8828, 8829, 8830, 8831, 8844, 8845.

CAHJP P2/OR 22.

CAHJP P2/OR 24.

CAHJP D/PI 2/3.

CAHJP 124 (Ia).

CAHJP D/Ne 2/3.

CAHJP D/Ne 2/5.

Zentral-Zionistisches Archiv (ZA): Nachlässe, Jerusalem

A 208 und ZW 259 Julius Berger.
 A 15 Max Bodenheimer.
 A 101 Harry Epstein.
 AK 628 Ludwig Foerder.
 A 142 Alfred Klee.
 A 313 Franz Eliser Meyer.
 S 29 Nichtzionisten.
 A 167 Robert Weltsch.
 KKL I.

Yad Vashem, Jerusalem

JM/M 55.
 JM/14097.
 JM/14383.

Centrum Judaicum Archiv (CJA), Berlin

LBIJMB MM 24 Fritz Goldschmidt Memoiren.
 LBIJMB MM 33 Ernst Herzfeld Memoiren.
 LBIJMB MM 47 Henry Gerd Lewin, Vom Leben und Streben und Sterben meines Vaters, Prediger und Kantor Erich Lewin.
 LBIJMB MM 67 Ottilie Schönewald.
 LBIJMB MM 108 Leo Gompertz Collection, Arbeit für die Jüdische Jugend in Deutschland. Mein Erlebnis im Dienste des Judentums und Haus Bertha.
 LBIJMB MM II 21 Rudolf Apt.
 LBIJMB MM II 42 Hans Reichmann Erinnerungen.

Bundesarchiv (BA), Berlin

R 58, Nr. 485.
 R 58, Nr. 544.
 R 58, Nr. 991.
 R 58, Nr. 3039a.
 R 58, Nr. 3039b.
 R 58, Nr. 3039c.

R 58, Nr. 3856.
 R 58, Nr. 3039c.
 R 58, Nr. 3043b.
 R 58, Nr. 3146.
 R 58, Nr. 3305.
 R 58, Nr. 3770.
 R 58, Nr. 3791.
 R 58, Nr. 3856.
 Z/B 1-96.
 Z/B 582.

Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HSTA)

RW 58, Nr. 42122 und 4738	Max Abel.
RW 58, Nr. 51295 und 9106	Kurt Alexander.
BR-PE 3016	Rudolf Callmann.
RW 58, Nr. 24960 und 28597	Ernst Herzfeld.
RW 58, Nr. 44189	Alfred Hirschberg.
BR-PE 1175	Hans Jacobi.
RW 58, Nr. 57631	David Krombach.
RW 58, Nr. 11384	Ernst Plaut.
RW 58, Nr. 28854	Kurt Steinberg.
RW 58, Nr. 71884	Bruno Weil.
RW 58, Nr. 28597	Überwachung.
Gerichte Rep. 6, Nr. 321.	
Gerichte Rep. 6, Nr. 516.	
Gerichte Rep. 6, Nr. 530.	
Gerichte Rep. 6, Nr. 550.	
Gerichte Rep. 6, Nr. 568.	
Gerichte Rep. 6, Nr. 613.	
Gerichte Rep. 6, Nr. 634.	
Gerichte Rep. 6, Nr. 659.	
Gerichte Rep. 9, Nr. 192, 193, 194.	
Gerichte Rep. 9, Nr. 321, 322, 324.	
Gerichte Rep. 9, Nr. 333.	
Gerichte Rep. 23, Nr. 2.	
Gerichte Rep. 86, Nr. 108.	
Gerichte Rep. 86, Nr. 156.	
Gerichte Rep. 86, Nr. 1701.	
Gerichte Rep. 126, Nr. 238-240.	
Gerichte Rep. 126, Nr. 253.	
Gerichte Rep. 126, Nr. 257.	
Gerichte Rep. 126, Nr. 316-318.	
Gerichte Rep. 126, Nr. 323-326.	

Archiv Alte Synagoge Essen

AR 1797.

AR 2559.
AR 2561.
AR 4364.
AR 7351.
AR7536.
AR 7551.
AR 9002.
BR 592.

Landeshauptarchiv Koblenz (LHAK)

Bestand 403.
Bestand 411.

Stadtarchiv Köln

Bestand 903.
Bestand 1293a / 1293/21.
Bestand 1489/7.

Wiener Library, Tel Aviv

Sammlung CV-Propagandamaterial.
D/P1 2/3.
NS Ia/1.
NS 1a/6.
P.C. 1.
P.C. 1-K10.
P.C. 3-4.
P.C. 3-6.
P.I.d. Nr. 1239.
P. II. a.
P. II. b.
P. II. c.
P. II. d.
P. II. e.
P. II. 3-9.
P. III. a.
P. III. f.
P. III. h.
P. III. i.
WARC 0575(4).
0700 6 Misc Portof. 3.

IDR / CVZ

Literaturverzeichnis

- Abelshausen, Werner, Himmelmann, Ralf* (Hg.), *Revolution in Rheinland und Westfalen. Quellen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Politik 1918–1923*, Essen 1988.
- Adam, Uwe Dietrich*, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972.
- Adler-Rudel, S.*, *Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten*, Tübingen 1959.
- *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1974.
- Adorno, Theodor W.*, *The Authoritarian Personality*, New York 1950.
- Ahaus, Otto*, *100 Jahre Deutscher Weinhandel, 100 Jahre Deutsche Wein-Zeitung*, Mainz 1964.
- Alexander, Kurt*, *Die Reichsvertretung der deutschen Juden*, in: *Council for the Protection of the Rights and Interests of Jews from Germany* (Hg.), *Festschrift zum 80. Geburtstag von Rabbiner Leo Baeck am 23. Mai 1953*, London 1953, S. 76-84.
- Aly, Götz, Heim, Susanne*, *Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv“). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit*, Düsseldorf 1993.
- Aly, Götz*, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt/M. 2004.
- Analysis of Central-Verein-Policy in Germany*, New York 1945.
- Angress, Werner T.*, *Das deutsche Militär und die Juden im Ersten Weltkrieg*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, Fa. 19, 1976, unpaginierte Kopie. (Bestand Germania Judaica)
- Arbeitsgemeinschaft „Jüdisches Leben in Borken und Gemen“* (Hg.), *Leben und Schicksal der Juden in Borken*, Borken 1989.
- Arendt, Hanna*, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, 7. Aufl., Frankfurt/M. 2000.
- *Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher*, hg. von *Knott, Marie Luise*, München 2000.
- Asch, Adolph*, *Geschichte des K.C. im Lichte der deutschen kulturellen und politischen Entwicklung*, London 1964.
- Aschoff, Diethard*, *Juden in Westfalen*, Münster 1985.
- Baeck, Leo*, *In Memory of Two of Our Dead*, in: *LBIYB I*, London, New York, Jerusalem 1956, S. 51-56.
- Bajohr, Frank*, *Unser Hotel ist judenfrei. Bäder-Antisemitismus in deutschen Nord- und Ostseebädern 1920–1935*, Frankfurt/M. 2003.
- Ball-Kaduri, Kurt J.*, *The National Representation of Jews in Germany*, in: *YVS II*, 1958, S. 159-178.
- Barbian, Jan-Pieter, Brocke, Michael, Heid, Ludger* (Hg.), *Juden im Ruhrgebiet. Vom Zeitalter der Aufklärung bis in die Gegenwart*, Essen 1999.
- Barkai, Avraham*, *Die sozio-ökonomische Situation der Juden in Rheinland-Westfalen zur Zeit der Industrialisierung (1850–1945)*, in: *Düwell, Kurt, Köllmann,*

- Wolfgang* (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik, Bd. 2, Wuppertal 1984, S. 86-106.
- Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie und Politik 1933–1945, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1988.
 - Vom Boykott zur Entjudung. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt/M. 1988.
 - The C.V. and its Archives. A Reassessment, in: LBIYB XLV, London, New York, Jerusalem 2000, S. 173-182.
 - Wehr Dich! Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893–1938, München 2002.
- Barkai, Avraham, Mendes-Flohr, Paul, Lowenstein, Steven M.*, Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit 1918–1945, Bd. 4, München 2000.
- Beer, Udo*, Die Juden, das Recht und die Republik. Verbandswesen und Rechtsschutz 1919–1933. Rechtshistorische Reihe, Bd. 50, Frankfurt/M., Bern, New York 1986.
- The Protection of Jewish Civil Rights in the Weimar Republic. Jewish Self-Defence through Legal Action, in: LBIYB XXXIII, London, New York, Jerusalem 1988, S. 149-179.
- Belke, Ingrid*, ‚Antisemitismus habe ich nur in den Zeitungen zu spüren bekommen, im Leben nie‘. Tucholsky und der Antisemitismus bis 1933, in: *Benz, Wolfgang* (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung (5), Berlin 1996, S. 66-86.
- Bein, Alex*, Theodor Herzl, Jerusalem 1974.
- Benz, Wolfgang* (Hg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988.
- Die Legende von der deutsch-jüdischen Symbiose, in: Merkur 45, 1991, S. 168-174.
 - ‚Man muss sich schämen, Jude zu sein.‘ Tucholsky, die Juden in Deutschland und der Antisemitismus ab 1933, in: *ders.* (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung (5), Berlin 1996, S. 87-102.
- Berghahn, Volker R.*, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966.
- Bering, Dietz*, Geeinte Zwiennatur. Zur Struktur politischer Perspektiven im Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in: *Koebner, Thomas* (Hg.), Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und Publizistik 1931–1933, Frankfurt/M. 1982, S. 182-204.
- Von der Notwendigkeit politischer Beleidigungsprozesse. Der Beginn der Auseinandersetzung zwischen Polizeivizepräsident Weiß und der NSDAP, in: *Grab, Walter, Schoeps, Julius H.* (Hg.), Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart, Bonn 1986, S. 305-330.
- Bernstein, Reiner*, Zwischen Emanzipation und Antisemitismus. Die Publizistik der deutschen Juden am Beispiel der Centralvereins-Zeitung, Organ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1923–1933, Berlin 1969.
- Benz, Wolfgang, Graml, Hermann, Weiß, Hermann* (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 3. Aufl., München 1998.
- Birnbaum, Max P.*, Staat und Synagoge 1918–1933. Eine Geschichte des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, Tübingen 1981.

- Blasius, Dirk, Diner, Dan*, Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt/M. 1991.
- Boberach, Heinz*, Justiz und Nationalsozialismus im Rheinland, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 59, 1995, S. 211-229.
- Bodenheimer, Henriette Hannah*, Der Durchbruch des Politischen Zionismus in Köln 1890–1900. Eine Dokumentation. Briefe, Protokolle, Flugblätter, Reden, Köln 1978.
- Böhnke, Wilfried*, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933, Diss., Marburg/Lahn 1970.
- Boeti, Pasquale*, „Muskeljudentum“. Der Turn- und Sportklub „Hakoah“ Essen – ein Jüdischer Sportverein im Ruhrgebiet, in: *Barbian, Jan-Pieter, Brocke, Michael, Heid, Ludger* (Hg.), Juden im Ruhrgebiet. Vom Zeitalter der Aufklärung bis in die Gegenwart, Essen 1999, S. 601-617.
- Boldt, Hans* (Hg.), Reich und Länder. Texte zur deutschen Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 1, Düsseldorf 1987.
- Bolkosky, Sidney M.*, The Distorted Image. German Jewish Perceptions of Germans and Germany 1918–1935, New York, Oxford, Amsterdam 1975.
- Bopf, Britta*, Arisierung in Köln. Die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden in Köln 1933–1945, Köln 2004.
- Borut, Jacob*, The Rise of Jewish Defence Agitation in Germany 1890–1895. A Pre-History of the C.V.?, in: LBIYB XXXVI, London, New York, Jerusalem 1991, S. 59-96.
- Der Central-Verein und seine Vorgeschichte. Deutschlands Juden am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Jüdischer Almanach 1996/5756, Frankfurt/M. 1995, S. 99-110.
- Religiöses Leben der Landjuden im westlichen Deutschland während der Weimarer Republik, in: *Richarz, Monika, Rürup, Reinhard* (Hg.), Jüdisches Leben auf dem Lande, Tübingen 1997, S. 231-348.
- Botur, Andre*, Privatversicherung im Dritten Reich. Zur Schadensabwicklung nach der Reichskristallnacht unter dem Einfluß nationalsozialistischer Rassen- und Versicherungspolitik. Berliner Juristische Universitätschriften – Zivilrecht, Bd. 6, Berlin, Baden-Baden 1995.
- Bracher, Karl-Dietrich*, Zeit der Ideologie – Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1985.
- Brandenburger, Heinz W.*, Ley-Land. Dr. Robert Ley und der Nationalsozialismus im Oberbergischen, Diss., Köln 1988.
- Braun, Siegfried*, Die Marks-Haindorfsche Schule, in: *Meyer, Hans Chanoch* (Hg.): Geschichte und Leben der Juden in Westfalen. Eine Sammelschrift. Frankfurt/M. 1962, S. 47-57.
- Brenner, Michael, Jersch-Wenzel, Stefi, Meyer, Michael A.*, Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit 1780–1871, Bd. 2, München 1996.
- Brilling, Bernhard*, Das Judentum in der Provinz Westfalen 1815–1945, in: Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XXXVIII, Beiträge zur Geschichte der Preußischen Provinz Westfalen, Bd. 2, Münster 1978, S. 106-143.
- Brodnitz, Friedrich*, Memories of the Reichsvertretung. A Personal Report, in: LBIYB XXXI, London, New York, Jerusalem 1986, S. 267-277.

- Buchloh, Ingrid*, Die nationalsozialistische Machtergreifung in Duisburg. Eine Fallstudie, Duisburg 1980.
- Cahen, Gustav*, Aus der Frühzeit der Badenia, in: American Jewish KC Fraternity (Hg.), K.C. Blätter. Festschrift, New York 1946, S. 8f.
- Cochavi, Yehoyakim*, Kultur- und Bildungsarbeit der deutschen Juden 1933–1941: Antwort auf die Verfolgung durch das NS-Regime, in: Neue Sammlung. Stuttgart 26, 1986, H.B., S. 396-407.
- Georg Kareski's Nomination as Head of the Kulturbund, in: LBIYB XXXIV London, New York, Jerusalem 1989, S. 227-246.
- Dahlmann, Hans-Christian*, ‚Arisierung‘ und Gesellschaft in Witten, Münster 2001.
- de Vries, S. Ph.*, Jüdische Riten und Symbole, Hamburg 1990.
- Der kleine Pauly. Lexikon der Antike, Bd. IV, München 1972.
- Diner, Dan*, Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz, in: *ders.*: Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zur Historisierung des Historikerstreits, Frankfurt/M. 1988, S. 186-197.
- Determann, Andreas*, Geschichte der Juden in Münster. Dokumentation einer Ausstellung in der Volkshochschule Münster, Münster 1989.
- Dick, Jutta, Sassenberg, Marina* (Hg.), Jüdische Frauen im 19. und 20. Jahrhundert. Lexikon zu Leben und Werk, Hamburg 1993.
- Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933–1941*. Eine Ausstellung der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/M., unter Mitwirkung des Leo Baeck Instituts, New York, Frankfurt/M. 1985.
- Dietermann, Klaus* (Hg.), Von den Juden im Siegerland, Siegen 1975.
- Diner, Dan*, Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz, in: *ders.*, Ist der Nationalsozialismus Geschichte. Zur Historisierung des Historikerstreits, Frankfurt/M. 1988, S. 185-197.
- Döpp, Suska*, Jüdische Jugendbewegung in Köln 1906–1938, Münster 1997.
- Düwell, Kurt*, Das Schicksal der Juden am Rhein im nationalsozialistischen Einheitsstaat, in: *Schilling, Konrad* (Hg.), Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein. Handbuch, Köln 1963, S. 601-646.
- Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942. Beitrag zu einer vergleichenden zeitgeschichtlichen Landeskunde, Bonn 1968.
- Der Jüdische Kulturbund Rhein-Ruhr 1933–1938. Selbstbesinnung und Selbstbehauptung einer Geistesgemeinschaft, in: *Bohnke-Kollwitz, Jutta, Eckert, Willebald Paul, Golczewski, Frank, Greive, Hermann* (Hg.), Köln und das rheinische Judentum. Festschrift Germania Judaica 1959–1984, Köln 1984, S. 427-441.
- Jewish Cultural Centers in Nazi Germany, Expectations and Accomplishments, in: *Rheinharz, Jehuda, Schatzberg, Walter* (Hg.), The Jewish Response to German Culture. From the Enlightenment to the Second World War, Hannover, London 1985, S. 294-316.
- Regionalismus und Nationalsozialismus am Beispiel des Rheinlands, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 59, 1995, S. 195-210.
- Düwell, Kurt, Genger, Angela, Griese, Kerstin, Wiesemann, Falk* (Hg.), Vertreibung jüdischer Künstler und Wissenschaftler aus Düsseldorf 1933–1945, Düsseldorf 1998.

- Düwell, Kurt*, „Rheinisch-westfälisch“ und verwandte Bezeichnungen im 19. Jahrhundert. Eine Betrachtung über regionales Raumbewußtsein und seine sprachlichen Ausdrucksformen, in: *Hein-Kremer, Maritta, Hoebink, Hein, Wiesemann, Falk* (Hg.), Landes- und Zeitgeschichte im Westen Deutschlands. Ausgewählte Beiträge von Kurt Düwell zu seinem 65. Geburtstag, Essen 2004, S. 49-57.
- Die rheinisch-westfälische Städtelandschaft als Industrie- und Selbstverwaltungsregion, in: *Ebda.*, S. 59-65.
- Dunker, Ulrich*, Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938, Düsseldorf 1977.
- Engel, David*, Organized Jewish Responses to German Antisemitism during the First World War, Diss., University of California, Los Angeles 1979.
- Eloni, Yehuda*, Zionismus in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914, Gerlingen 1987.
- Engelbrecht, Jörg*, Landesgeschichte Nordrhein-Westfalen, Stuttgart 1994.
- Eschwege, Helmut*, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945, Hamburg 1984.
- Falter, Jürgen W.*, Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924–1933, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 28-29/79*, S. 3-21.
- Falter, J., Lindenberger, T., Schumann, S.*, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien und Wahlverhalten 1919–1933, München 1986.
- Faust, Anselm*, Die ‚Kristallnacht‘ im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938, Düsseldorf 1987.
- Der improvisierte Pogrom. Die ‚Reichskristallnacht‘ 1938, in: *ders.* (Hg.), Verfolgung und Widerstand im Rheinland und Westfalen 1933–1945, Köln, Stuttgart, Berlin 1992, S. 152-161.
- Flade, Roland*, Die Würzburger Juden. Ihre Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Würzburg, 1996.
- Fraenkel, Heinrich, Manvell, Roger, Goebbels*. Eine Biographie, Köln, Berlin 1960.
- Freeden, Herbert*, A Jewish Theatre under the Swastika, in: *LBIYB I*, London, New York, Jerusalem 1956, S. 142-163.
- Die jüdische Presse im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1987.
- Friesel, Evyatar*, A Response to the Observations of Chaim Schatzker and Abraham Margalio, in: *LBIYB XXXIII*, London, New York, Jerusalem 1988, S. 107-111.
- Geary, Patrick J.*, Europäische Völker im frühen Mittelalter. Zur Legende vom Werden der Nationen, Frankfurt/M. 2002.
- Geiger, Theodor*, Die Legende von der Massengesellschaft, in: *Trappe, Paul*, Arbeiten zur Soziologie. Methode Moderne Großgesellschaft Rechtssoziologie, Ideologiekritik, Neuwied, Berlin 1962, S. 171-285.
- Theorie der sozialen Schichtung. *Ebda.*, S. 186-205.
- Zur Theorie des Klassenbegriffs und der proletarischen Klassen. *Ebda.*, S. 206-259.
- Geisel, Eike, Broder, Henryk M.*, Premiere und Pogrom. Der jüdische Kulturbund 1933–1941. Texte und Bilder, Berlin 1992.
- Gordon, Sarah*, German Opposition to Nazi Anti-Semitic Measures between 1933 and 1945 with Particular Reference to the Rhine-Ruhr Area, State University of New York, Diss. Buffalo 1979.

- Grübel, Monika, Mölich, Georg*, Jüdisches Leben im Rheinland vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Köln 2005.
- Gruenewald, Max*, The Beginning of the ‚Reichsvertretung‘, in: LBIYB I, London, New York, Jerusalem 1953, S. 56-67.
- Hahn, Hugo*, Die Gründung der Reichsvertretung, in: *Tramer, Hans* (Hg.), In zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag. Tel Aviv 1962, S. 97-105.
- Hambrock, Matthias*, Die Etablierung der Außenseiter. Der Verband nationaldeutscher Juden 1921–1935, Köln, Weimar, Wien 2003.
- Hamburger, Ernest*, Jüdische Wähler und bürgerliche Parteien, in: *Büsch, Otto, Wölk, Monika, Wölk, Wolfgang* (Hg.), Wählerbewegung in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871–1933, Berlin 1978, S. 345-362.
- Hamburger, Ernest, Pulzer, Peter*, Jews as Voters in the Weimar Republic, in: LBIYB XXX, London, New York, Jerusalem 1985, S. 3-67.
- Heid, Ludger*, Arbeit und Alltag ostjüdischer Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: *Menneken, K., Zupancic, A.* (Hg.) Jüdisches Leben in Westfalen 1998, S. 132-142.
- Hepp, Michael*, Kurt Tucholsky. Biographische Annäherungen, Hamburg 1999.
- Herbst, Ludolf*, Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Frankfurt/M. 1996.
- Herrmann, Hans-Walter*, Das Schicksal der Juden im Saarland 1920–1945, Koblenz 1974.
- Herrmann, Klaus J.*, Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933–1934, Köln, Berlin, Bonn, München 1969.
- Herzfeld, Ernst*, Meine letzten Jahre 1933–1938, in: Das Münster am Hellweg. Essen 38.1985, S. 167-220.
- Herzig, Arno*, Judentum und Emanzipation in Westfalen, Münster 1973.
- Herzig, Arno, Teppe, Karl, Determann, Andreas*, Verdrängung und Vernichtung in Westfalen, Münster 1994.
- Heuberger, Georg, Backhaus, Fritz* (Hg.), Leo Baeck 1873–1956. Aus dem Stamme von Rabbinern. Begleitband zur Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt/M., Mai–Oktober 2001, Frankfurt/M. 2001.
- Hildesheimer, Esriel*, Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime, Tübingen 1994.
- Hill, Leonidas*, Walter Gyssling, the Centralverein and the Büro Wilhelmstraße 1929–1933, in: LBIYB XXXVIII, London, New York, Jerusalem 1993, S. 193-208.
- Hirschberg, Alfred*, Ludwig Holländer, Director of the CV, in: LBIYB VII, London, New York, Jerusalem 1962, S. 39-79.
- Die CV-Jahre von Hans Reichmann, in: Council of Jews from Germany (Hg.), Zum Gedenken an Hans Reichmann 9. März 1900 – 24. Mai 1964, London 1964, S. 27-34.
- Hobsbawm, Eric J.*, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/M., New York 1991.
- Högl, Günther* (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945, Dortmund 1992.
- Hornung, Klaus*, Der Jungdeutsche Orden, Tübingen 1958.

- Institut für Zeitgeschichte München, Research Foundation for Jewish Immigrants (Hg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, 3 Bde., München, New York, London, Paris, 1980–1983.
- International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933–1945, Vol. II, München, New York 1983.
- Löffler, Günter*, Verwaltungsgliederung 1820–1980. Landkreise und kreisfreie Städte, in: *ders., Irsigler, Franz* (Hg.), Geschichtlicher Atlas der Rheinlande, Beiheft V/2.
- Jacobs, Jacques*, Existenz und Untergang der alten Judengemeinde der Stadt Trier, Trier 1984.
- Janssen, Wilhelm*, Kleine Rheinische Geschichte, Düsseldorf 1997.
- Jochmann, Werner*, Akademische Führungsschichten und Judenfeindschaft in Deutschland 1866–1918, in: *ders.* (Hg.), Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945, S. 13–30.
- Jospe, Alfred*, Biographies of the Students and Graduates, in: *Kisch, Guido* (Hg.), Das Breslauer Seminar. Jüdisch-Theologisches Seminar (Fraenkelsche Stiftung) in Breslau 1854–1938, Tübingen 1963.
- Jüdisches Schicksal in Köln 1918–1945. Eine Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln/NS-Dokumentationszentrum. 8. November 1988 bis 22. Januar 1989, Köln 1989.
- Jürgensen, Almut*, Die Tora lehren und lernen. Rabbiner Benno Jacob in Dortmund (1906–1929), in: *Barbian, Jan-Pieter, Brocke, Michael, Heid, Ludger* (Hg.), Juden im Ruhrgebiet. Vom Zeitalter der Aufklärung bis in die Gegenwart, Essen 1999, S. 67–105.
- Kaplan, Marion*, Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904–1938, Hamburg 1981.
- Kenkmann, Alfons, Rusinek, Bernd A.*, Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden, Münster 1999.
- Klinkenberg, Hans Martin*, Zwischen Liberalismus und Nationalismus im Zweiten Kaiserreich (1870–1918), in: *Schilling, Konrad* (Hg.), Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein. Handbuch, Köln 1963, S.309–384.
- Klönne, Arno, Meynert, Joachim*, Verdrängte Geschichte. Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen 1933–1945, Bielefeld 1986.
- Knipping, Ulrich*, Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches. Monographien zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Dortmund 1977.
- Knütter, Hans-Helmuth*, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933, Düsseldorf 1971.
- Kocka, Jürgen*, Angestellter, in: *Brunner, Otto, Conze, Werner, Koselleck, Reinhart* (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 110–128.
- Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Stuttgart 1972.
- Köhn, Michael*, Zahnärzte 1933–1935. Berufsverbot, Emigration, Verfolgung, Berlin 1994.

- Kohl, Christine*, Jüdische Künstler und Schriftsteller – Ihr Beitrag zum rheinischen Kulturleben. Von der Emanzipation bis zur Ausschließung, in: *Schilling, Konrad* (Hg.), *Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein*. Handbuch, Köln 1963, S. 467-519.
- Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz. Ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte und Vereinbarungen, Bd. 4, Teil II, Bielefeld 1953.
- Kraatzsch, Gerhard*, Gauwirtschaftsapparat der NSDAP, Menschenführung, ‚Arisierung‘, Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd, Münster 1989.
- Kronenberger, Friedrich L.*, Die jüdischen Vieh- und Pferdehändler im Birkenfelder Land und in Gemeinden des Hunsrücks. Schriftenreihe der Kreisvolkshochschule Birkenfeld, Bd. 8, Birkenfeld 1983.
- Krumeich, Gerd* (Hg.), *Versailles 1919. Ziele, Wirkungen, Wahrnehmungen*, Essen 2001.
- Kühr, Herbert*, Parteien und Wahlen im Stadt und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973.
- Kulka, Dov*, Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus – Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939, Bd. 1, Stuttgart 1996.
- Ladwig-Winter, Simone*, *Anwalt ohne Beruf. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933*, Berlin 1998.
- Lamberti, Marjori*, The Centralverein and the Anit-Zionists Setting the Historical Record Straight, in: *LBIYB XXXIII*, London, New York, Jerusalem 1988, S. 123-128.
- Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz in Verbindung mit dem Landesarchiv Saarbrücken (Hg.), *Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland und im Saarland von 1800 bis 1945*, 7 Bde., Koblenz 1972–1982.
- Landkreis Ahrweiler (Hg.), *Kreis Ahrweiler unter dem Hakenkreuz*, Bad Neuenahr-Ahrweiler 1989.
- Lebzelter, Gisela*, Die Stellung des ‚Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘ zur Machtergreifung, in: *Michalka, Wolfgang* (Hg.), *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Paderborn, München, Wien, Zürich 1984, S. 344-356.
- Lepper, Herbert*, *Von der Emanzipation zum Holocaust. Die Israelitische Synagogengemeinde zu Aachen 1801–1942. Geschichtliche Darstellung. Bilder – Dokumente – Tabellen – Listen*, 2. Bde., Aachen 1994.
- Levitt, Cyril*, The Prosecution of Antisemites by the Courts in the Weimar Republic. Was Justice Served?, in: *LBIYB XXXVI*, London, New York, Jerusalem 1991, S. 151-171.
- Lexikon zur Parteiengeschichte, Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V. (CV) 1893–1938, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 418-426.
- Limberg, Margarete, Rübsaat, Hubert* (Hg.), *Sie durften nicht mehr Deutsche sein. Jüdischer Alltag in Selbstzeugnissen 1933–1938*, Frankfurt/M. 1990.
- Lohalm, Uwe*, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923*, Hamburg 1970.
- Löwenthal, Richard*, Bonn und Weimar. Zwei deutsche Demokratien, in: *Winkler, Heinrich August* (Hg.), *Politische Weichenstellung im Nachkriegsdeutschland*

- 1945–1953. Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 5, S. 9–26.
- Lowenthal, Ernst G.*, Bewährung im Untergang, Stuttgart 1965.
- Juden in Preußen. Ein biographisches Verzeichnis, Berlin 1981.
- Lowenstein, Steven M., Mendes-Flohr, Paul, Pulzer, Peter, Richarz, Monika*, Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit. Umstrittene Integration 1871–1918, Bd. III, München 1997.
- Luig, Klaus*, ... weil er nicht arischer Abstammung ist. Jüdische Juristen in Köln während der NS-Zeit, Köln 2004.
- Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf (Hg.), Juden in Düsseldorf. Ein fotografisches Erinnerungsbuch mit Arbeiten von Marcus Kiel, Düsseldorf 1998.
- Malinowsky, Stephan*, Politische Skandale als Zerrbild der Demokratie. Die Fälle Barmat und Sklarek im Kalkül der Weimarer Rechten, in: *Benz, Wolfgang* (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung (5), Berlin 1996, S. 46–65.
- Margaliot, Abraham*, Emigration, Planung und Wirklichkeit, in: *Paucker, Arnold*, Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943, Tübingen 1986, S. 303–316.
- Remarks on the Political and Ideological Development of the Centralverein before 1914, in: LBIYB XXXIII, London, New York, Jerusalem 1988, S. 101–107.
- Matthäus, Jürgen*, Deutschtum and Judentum under Fire. The Impact of the First World War on the Strategies of the Centralverein and the Zionistische Vereinigung, in: LBIYB XXXIII, London, New York, Jerusalem 1988, S. 129–147.
- Das Verhältnis zwischen dem ‚Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘ (CV) und der ‚Zionistischen Vereinigung für Deutschland‘ (ZVfD) im Ersten Weltkrieg. Unveröffentlichte Magisterarbeit. (Bestand Germania Judaica)
- Kampf ohne Verbündete. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1933–1938, in: *Benz, Wolfgang* (Hg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung (8), Berlin 1999, S. 248–277.
- Matthias, Erich, Morsey, Rudolf*, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.
- Matzerath, Horst, Turner, Henry A.*, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930–1932, in: *Becker-Jákli, Barbara, Jung, Werner, Rütger, Martin* (Hg.), Nationalsozialismus und Regionalgeschichte. Festschrift für Horst Matzerath. Schriften des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, Bd. 8, Köln 2002, S. 65–77.
- Maurer, Trude*, Die Entwicklung der jüdischen Minderheit in Deutschland 1780–1933, Tübingen 1992.
- Meyer, Franz*, Bemerkungen zu ‚Zwei Denkschriften‘, in: *Tramer, Hans* (Hg.), In zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag. Tel Aviv 1962, S. 114–118.
- Meyer, Hans Chanoch* (Hg.), Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen. Eine Sammelschrift. Frankfurt/M. 1962.
- Meier-Cronmeyer, Hermann*, Jüdische Jugendbewegung, in: Germania Judaica. Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums, Neue Folge 8 – 27/28 (Teil I) und 29/30 (Teil II), Köln 1969.
- Militärgeschichtliches Forschungsamt* (Hg.), Deutsche Jüdische Soldaten 1914–1945, Herford, Bonn 1983.
- Möller, Horst*, Exodus der Kulturen. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984.

- Möllers, Georg, Mannel, Horst D.*, Pogrom in Recklinghausen, Recklinghausen 2001.
- Mönninghoff, Wolfgang*, Enteignung der Juden – Wunder der Wirtschaft – Erbe der Deutschen, Hamburg, Wien 2001.
- Monz, Heinz*, Samuel Hirsch (1815–1889). Ein jüdischer Reformator aus dem Hunsrück, in: Jahresblätter für westdeutsche Landesgeschichte 17, 1991, S. 78-101.
- Seiner Zeit voraus. Rabbiner Samuel Hirsch aus Thalfang (Hunsrück), in: Sachor. Zeitschrift für Antisemitismusforschung, jüdische Geschichte und Gegenwart (3), Essen 1994, S. 15-17.
- Morgenthaler, Sibylle*, Countering the Pre-1933 Nazi Boycott against the Jews, in: LBIYB XXXVI, London, New York, Jerusalem 1991, S. 127-151.
- Morsey, Rudolf*, Die Rheinlande, Preussen und das Reich 1914–1945, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Jg. 30, 1965, S. 177-220.
- Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparterie zwischen christlichem Selbstverständnis und ‚Nationaler Erhebung‘ 1932/1933, Stuttgart, Zürich 1977.
- Das ‚Ermächtigungsgesetz‘ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretationen des ‚Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich‘, Düsseldorf 1992.
- Moß, Christof*, Verfolgung und Vernichtung in jüdischen Selbstzeugnissen: Jeanette Wolff und Marga Spiegel, in: *Barbian, Jan-Pieter, Brocke, Michael, Heid, Ludger* (Hg.), Juden im Ruhrgebiet. Vom Zeitalter der Aufklärung bis in die Gegenwart, Essen 1999, S. 179-186.
- Mosse, Werner E., Pohl, Hans* (Hg.), Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1992.
- Naor, Neomi, Robrock, Nika*, Erinnerung. Eine Dokumentation über die Jüdinnen und Juden in Düren von 1933 bis 1945, Düren 1994.
- Nölting, Claudia*, Erik Nölting. Wirtschaftsminister und Theoretiker der SPD (1892–1953), Essen 1998.
- Nonn, Christoph*, Eine Stadt sucht einen Mörder. Gerüchte, Gewalt und Antisemitismus im Kaiserreich, Göttingen 2002.
- Zwischenfall in Konitz: Antisemitismus und Nationalismus im preußischen Osten um 1900, in: Historische Zeitschrift 266, 1998, S. 387-418.
- Nordrhein-Westfalen – Landesgeschichte und Lexikon. Veröffentlichung der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1993.
- O’Brien, Conor Cruise*, Belagerungszustand. Die Geschichte des Zionismus und des Staates Israel, München 1991.
- Pabst, Klaus*, Der Vertrag von Versailles und der deutsche Westen, in: *Düwell, Kurt, Köllmann, Wolfgang* (Hg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik, Bd. 2, Wuppertal 1984, S. 271-290.
- Paucker, Arnold*, Der jüdische Abwehrkampf, in: *Mosse, Werner* (Hg.), Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, 2. Aufl., Tübingen 1966, S. 405-503.
- Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den Jahren der Weimarer Republik, Hamburg 1968.

- Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft, in: *Mosse, Werner* (Hg.), *Juden im Wilhelminischen Deutschland*, Tübingen 1976, S. 479-549.
- Die Abwehr des Antisemitismus in den Jahren 1893–1933, in: *Strauss, Herbert, Kampe Norbert* (Hg.), *Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust*, Frankfurt/M., New York 1985, S. 143-172.
- Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943, Tübingen 1986.
- Self-defence against Fascism in a middle-class community, in: *Nicosia, Francis, Stokes, Lawrence D.* (Hg.), *Germans against Nazism. Nonconformity, Opposition and Resistance in the Third Reich*, New York, Oxford 1990.
- Paucker, Arnold, Heid, Ludger* (Hg.), *Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Tradition*, Tübingen 1992.
- Paucker, Arnold*, *German and Austrian Jews to the Nazi-Regime 1933–1945*, in: LBIYB XL, London, New York, Jerusalem 1995, S. 3-20.
- Das Berliner liberale jüdische Bürgertum im ‚Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘, in: *Rürup, Reinhard* (Hg.), *Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien*, Berlin 1995, S. 215-229.
- Standhalten und Widerstehen. Der Widerstand deutscher und österreichischer Juden gegen die nationalsozialistische Diktatur, Essen 1995.
- Pehle, Walter H.*, *Die nationalsozialistische Machtergreifung im Regierungsbezirk Aachen unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen und kommunalen Verwaltung 1922–1933*, Diss., Düsseldorf 1976.
- Petri, Franz, Droege, Georg* (Hg.), *Rheinische Geschichte. Wirtschaft und Kultur im 19. und 20. Jahrhundert*, Bd. 3, Düsseldorf 1979.
- Plum, Günther*, *Gesellschaftsstruktur und politisches Bewusstsein in einer katholischen Region 1928–1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirks Aachen*, Diss., Aachen 1972.
- Deutsche Juden oder Juden in Deutschland?, in: *Benz, Wolfgang* (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988, S. 35-74.
- Pohl, Karl Heinrich*, *Rheinische Jahrtausendfeier und Deutsche Locarno-Politik. Zu einigen innenpolitischen Voraussetzungen der Außenpolitik in der Weimarer Republik*, in: *Rheinische Vierteljahresblätter*, Jg. 43, 1979, S. 289-317.
- Pommerin, Reiner*, *Die räumliche Organisation von Staat und Partei in der NS-Zeit*, in: *Irsigler, Franz, Löffler, Günter* (Hg.), *Geschichtlicher Atlas der Rheinlande*, Beiheft V/3.
- Pulzer, Peter*, *Jews and the Crisis of German Liberalism*, in: *Dokumentation eines internationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem LBI*, London, Königswinter 1986, S. 124-141.
- Regnery, Franz*, *Jüdische Gemeinde Neuwied*, Neuwied 1988.
- Reichmann-Jungmann, Eva*, *Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe*, 7. Aufl., Frankfurt/M. 1969.
- Die Lage der Juden in der Weimarer Republik, in: *Friedrich-Ebert Stiftung e.V.* (Hg.), *Die Reichskristallnacht. Der Antisemitismus in der deutschen Geschichte*, Bonn 1959, S. 19-31.

- Reichmann, Hans*, Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in: Council for the Protection of the Rights and Interests of Jews from Germany (Hg.), Festschrift zum 80. Geburtstag von Rabbiner Dr. Leo Baeck, London 1953, S. 63-75.
- Der drohende Sturm. Episoden aus dem Kampf der deutschen Juden gegen die nationalsozialistische Gefahr 1929 bis 1933, in: *Tramer, Hans* (Hg.), In zwei Welten. Siegfried Moses zum 75. Geburtstag. Tel Aviv 1962, S. 556-577.
- Rein, Hans*, Weimar – rechtsgeschichtlich dokumentiert, Stuttgart, München, Hannover, Berlin 1991.
- Reinharz, Yehuda*, Advocacy and History: The Case of the Centralverein and the Zionists, in: LBIYB XXXIII, London, New York, Jerusalem 1988, S. 113-123.
- Deutschtum and Judentum in the Ideology of the Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens 1893–1914, in: *Jewish Social Studies*, Vol. 36, New York 1974, S. 19-39.
- Rethmeier, Andreas*, Nürnberger Rassegesetze und Entrechtung der Juden im Zivilrecht, Rechtshistorische Reihe, Bd. 126, Frankfurt/M. 1995.
- Reuter, Heinz*, Die Juden im Vest Recklinghausen. Ihre gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Synagogengemeinde Recklinghausen. Sonderdruck, in: *Vestische Zeitschrift*, Bd. 77/78, 1978/1979, S. 19-156.
- Rheins, Carl J.*, German-Jewish patriotism: a study of the attitudes and actions of the ‚Reichsbund jüdischer Frontsoldaten‘, the ‚Verband nationaldeutscher Juden‘, the ‚Schwarzes Fähnlein, Jungenschaft‘ and the ‚Deutscher Vortrupp, Gefolgschaft der Juden‘, Ann Arbor (Mich.) 1979.
- The Verband nationaldeutscher Juden, in: LBIYB XXV, London, New York, Jerusalem 1980, S. 243-268.
- Richarz, Monika* (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland 1918–1945. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte, Bd. 3, New York 1982.
- Rinott, Chanoch*, Major Trends in Jewish Youth Movements in Germany, in: LBIYB XIX, London, New York, Jerusalem 1974, S. 77-95.
- Rohlén-Wohlgemuth, Hilde*, Gebrüder Kaufmann Elberfeld. Die Geschichte eines jüdischen Kaufhauses 1894–1936, in: *Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins*, Bd. 90, Jg. 1982/82, S. 84-142.
- Romeyk, Horst*, Die Deutsche Volkspartei in Rheinland und Westfalen 1918–1933, in: *Rheinische Vierteljahresblätter*, Jg. 39, 1975, S. 189-272.
- Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816–1945, Düsseldorf 1994.
- Rosenstock, Werner*, Exodus 1933–1938. Ein Überblick über die jüdische Auswanderung aus Deutschland, in: *Weltsch, Robert* (Hg.), Deutsches Judentum. Aufstieg und Krise. Gestalten, Ideen, Werke, Stuttgart 1963, S. 380-405.
- Rotthoff, Guido*, Krefelder Juden, Bonn 1980.
- Rürup, Reinhard*, Die Juden in Deutschland zwischen Assimilation und Verfolgung, Göttingen 1983.
- Sabatzy, Kurt*, Meine Erinnerungen an den Nationalsozialismus 1918–1939, als Manuskript gedruckt. (Bestand Wiener Library)

- Sante, Georg Wilhelm* (Hg.), *Geschichte der deutschen Länder*. Territorien-Ploetz, Bd. 2, Würzburg 1971.
- Sauer, Paul*, Otto Hirsch (1885–1941) Director of the Reichsvertretung, in: LBIYB XXXII, London, New York, Jerusalem 1987, S. 341-368.
- Schatzker, Chaim*, Comments on Evyatar Friesel's Essay in Year Book XXXI, in: LBIYB XXXIII, London, New York, Jerusalem 1988, S. 96-99.
- Schieder, Wolfgang, Dipper, Christof*, Propaganda, in: *Brunner, Otto, Conze, Werner, Koselleck, Reinhart* (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 69-112.
- Schieffer, Theodor*, Wilhelm Levison, in: *Rheinische Vierteljahresblätter*, Jg. 40, 1976, S. 224-242.
- Schmalhausen, Bernd*, Schicksale jüdischer Juristen aus Essen 1933–1945, Essen 1994.
- Schoeps, Hans Joachim*, Bereit für Deutschland. Der Patriotismus deutscher Juden und der Nationalsozialismus. Frühe Schriften 1930–1939. Eine historische Dokumentation, Berlin 1970.
- Schorsch, Ismar*, Jewish Reaction to German Anti-Semitism, London, New York 1972.
- Schröter, Hermann*, Geschichte und Schicksal der Essener Juden. Gedenkbuch für die jüdischen Mitbürger der Stadt Essen, Essen 1980.
- Schulte, Christoph*, Die jüdische Aufklärung, München 2002.
- Schulze-Wessel, Almut*, Antisemitismus in der Schule im Spiegel der C.V.-Zeitung, in: *Benz, Wolfgang* (Hg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* (11), Berlin 1992, S. 93-113.
- Simmert, Johannes*, Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Rheinland-Pfalz 1933–1945, Koblenz 1974.
- Stadt Iserlohn (Hg.), *Die jüdische Gemeinde*. Beiträge zur Geschichte Iserlohns, Iserlohn 1970.
- Stadt Lünen (Hg.), *Geschichte der Juden in Lünen*, Lünen 1988.
- Stadt Unna (Hg.), *Juden in Unna*. Spuren ihrer Geschichte. Eine historische Dokumentation, Unna 1993.
- Stadtbibliothek und Universitätsbibliothek Trier (Hg.), *Juden in Trier*, 1988.
- Stagge, Mark*, Erkenntnisgewinn durch Regional-, Lokal- und Alltagsgeschichte?, in *Sachor*. Zeitschrift für Antisemitismusforschung, jüdische Geschichte und Gegenwart (8), Essen 1998, S. 10-23.
- Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hg.), *50 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen 1919–1968*, Düsseldorf 1969.
- Steinhoff, Sabine*, Haben wir alles getan, was wir konnten?, Köln 2004.
- Steinthal, Fritz*, Die Juden im Münsterland, in: *Meyer, Hans Chanoch* (Hg.), *Aus Geschichte und Leben der Juden in Westfalen*. Eine Sammelschrift. Frankfurt/M. 1962, S. 55-58.
- Strauss, Herbert*, The Jugendverband. A social and intellectual History, in: LBIYB VI, London, New York, Jerusalem 1961, S. 206-235.
- Suchy, Barbara*, The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (I). From its Beginnings to the First World War, in: LBIYB XXVII, London, New York, Jerusalem 1982, S. 204-241.
- Teppe, Karl*, Provinz, Partei, Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich untersucht am Beispiel Westfalens, Münster 1977.

- Thamer, Hans Ulrich*, Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie, in: *Gauger, Jörg-Dieter, Weigelt, Klaus* (Hg.), Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990, S. 112-127.
- Theine, Burkhard*, Separatistische Bewegung im Rheinland während der Ruhrbesetzung. Wirtschaftsentwicklung und Rheinstaatspropaganda im Jahre 1923 im Spiegel der zeitgenössischen Presse, in: *Rheinische Vierteljahresblätter*, Jg. 57, 1993, S. 253-292.
- Thill, Hildburg-Helene*, Lebensbilder jüdischer Koblenzer und ihre Schicksale, Koblenz 1987.
- Toury, Jacob*, Jüdische Textilunternehmer in Baden-Württemberg 1648–1938, Tübingen 1984.
- Anti-Anti 1889–1892, in: *LBIYB XXXVI*, London, New York, Jerusalem 1991, S. 47-57.
- Jewish Aspects as Contributing Factors to the Genesis of the Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, in: *LBYIYB XXXVII*, London, New York, Jerusalem 1992, S. 237-261.
- Treue, Wilhelm*, Die Juden in der Wirtschaftsgeschichte des rheinischen Raumes 1648–1945, in: *Schilling, Konrad* (Hg.), Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein. Handbuch, Köln 1963, S. 419-466.
- Tyrell, Albrecht*, Führergedanke und Gauleiterwechsel. Die Teilung des Gaues Rheinland der NSDAP 1931, in: *Rheinische Vierteljahresblätter*, Jg. 39, 1975, S. 237-271.
- van Laak, Dirk*, ‚Arisierung‘ und Judenpolitik im ‚Dritten Reich‘. Zur wirtschaftlichen Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung in der rheinisch-westfälischen Industrieregion, Staatsexamensarbeit Essen 1988, bearb. u. akt. 2003.
- Die Mitwirkenden bei der ‚Arisierung‘. Dargestellt am Beispiel der rheinisch-westfälischen Industrieregion 1933–1940, in: *Büttner, Ursula* (Hg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im 3. Reich, Hamburg 1992, S. 231-257.
- Vierhaus, Rudolf*, Preußen und die Rheinlande 1815–1915, in: *Rheinische Vierteljahresblätter*, Jg. 30, 1965, S. 152-175.
- Volkov, Shulamit*, Die Juden in Deutschland 1780–1918, München 1994.
- von Borries, Achim* (Hg.), Selbstzeugnisse des deutschen Judentums 1861–1945, Frankfurt/M. 1988.
- von Goethe, Johann Wolfgang*, Faust I, Reclam, Stuttgart 1984.
- von Roden, Günter, Vogedes, Rita*, Geschichte der Duisburger Juden, Teil I und II, Duisburg 1986.
- Walk, Joseph*, Kurzbiographien der Juden 1918–1945, München, New York, Paris 1988.
- Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, 2. Aufl., Heidelberg 1996.
- Walter, Dirk*, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.
- Wehler, Hans Ulrich*, Radikalnationalismus – erklärt er das ‚Dritte Reich‘ besser als der Nationalsozialismus?, in: *ders.*, Umbruch und Kontinuität. Essays zum 20. Jahrhundert, München 2000, S. 47-64.
- Welsch, Robert*, Tragt ihn mit Stolz, den Gelben Fleck, Nördlingen 1988.

- Wenge, Nicola*, Bedrohte Nähe. Alltagsbeziehungen zwischen Juden und Nichtjuden in Köln 1918–1945, Köln 2004.
- Wertheimer, Jack*, The Duisburg Affair. A Test Case in the Struggle for ‚Conquest of the Communities‘, in: Association for Jewish Studies Review 6, 1981, S. 185-206.
- Wiener, Alfred*, The Centralverein deutscher Staatsbürger juedischen Glaubens – Its Meaning and Activities, undatiertes Manuskript.
- Wiener, Philip*, Die Parteien der Mitte, in: *Mosse, Werner* (Hg.), Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, 2. Aufl., Tübingen 1966, S. 289-323.
- Wiesemann, Falk*, Juden auf dem Lande: die wirtschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Viehhändler in Bayern, Sonderdruck aus: Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 381-396.
- Zur Geschichte der Juden im Rheinland, Düsseldorf 1985.
- Hygiene der Juden auf der Düsseldorfer Gesolei 1926. Jüdische Kulturleistungen in der Weimarer Republik, in: Geschichte im Westen (8), 1993, S. 24-37.
- Wildt, Michael*, Hans Reichmann. Deutscher Bürger und verfolgter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen 1937 bis 1939, München 1998.
- Der muß hinaus! Antisemitismus in deutschen Nord- und Ostseebädern 1920–1935, in: Mittelweg (36), Jg. 10, 2001, S. 2-25.
- Winkler, Heinrich August*, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985.
- Würzburger, Ernst*, Höxter: Verdrängte Geschichte des Nationalsozialismus einer ostwestfälischen Kreisstadt, Höxter 1990.
- Zehnter, Annette*, Widerstand und Verfolgung in Bochum und Wattenscheid 1933–1945, Essen 1992.
- Zelzer, Maria*, Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden – Ein Gedenkbuch, Stuttgart 1964.
- Zimmermann, Michael* (Hg.), Die Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen, Köln, Stuttgart, Berlin 1998.

Personenverzeichnis

- Abegg, Wilhelm 270f.
Abel, Max 19, 21-27, 31, 35, 38, 45f., 82, 85, 184, 188, 255.
Adenauer, Konrad 98, 110.
Adler, I., Firma 454f.
Adlerstein, Leo 311.
Alexander, Kurt 62f., 65-68, 99, 104, 110f., 159, 164f., 173, 178, 180, 203, 209, 262, 273, 288f., 302, 311, 322, 341, 346, 349, 367, 391f., 393, 397, 401, 403f., 416, 459.
Alsberg, Gebrüder, Firma 232f., 357, 425, 443.
Altgenug, Erich 164.
Altmann, Alexander 87.
Amberg, Siegmund 47.
André, Norbert 473f.
Apfel 164.
Apfel, Alfred 26f., 39.
Apfel, Simon 28.
Appel, Ernst 87, 249.
Apt, Rudolf VIII, 351.
Arand 161.
Arco, Georg 95.
Auerbach, Ida 195, 201.
Auerbach, Moses 312.
Bach 384.
Bachrach 131.
Bachrach, Hermann 255.
Baeck, Leo 38, 250, 307, 347, 352.
Bär, Haushaltswaren 477.
Balfour, Arthur James 294.
Barmat, Julius 137.
Baruch, Isidor 428f.
Baruch 214, 216.
Bauer 446f.
Bauknecht, Otto 101.
Baum, Berthold 375.
Becker, Sally 120.
Beethoven, Ludwig van 63.
Behrendt, Ernst 442.
Behrens, Franz 28.
Bein, Harry 311.
Bein, Max 159, 339.
Beitowitz, Herbert 395.
Bender, Berthold 422.
Bendix, Albert 424.

- Berger, Hermann 226.
Bergmann, Herbert 395.
Berl, Max 267, 304, 336-338.
Birken 473.
Bismarck, Otto von 63.
Blank, Max 233, 357.
Blatt, Eier-, Butter- und Käsegeschäft 477.
Bleichröder, Gerson von 181.
Blüth 267.
Blum, Kurt 101.
Blumenau 373.
Blumenau, Max 165, 167.
Blumenfeld, Kurt 266, 271, 313, 414.
Bodenheimer, Max 18, 25, 60, 99.
Bongert, Jakob 479.
Borchardt, Friedrich 203.
Bracht, Franz 183.
Brasch, Erich 164.
Braschwitz 439.
Braun, Curt 218, 225-228.
Braun, Otto 272.
Breitenbach, Paul von 49.
Brentano, Lujo 243.
Brinkmann 367.
Brock, Walther 430.
Brodnitz, Friedrich X, 225, 350.
Brodnitz, Julius VIII, 8, 20, 22; 24f., 38, 41, 93, 100, 134f., 147, 183, 220, 244, 250f.,
255, 278, 280, 282f., 289, 305, 308, 314, 330f., 350-352, 362, 368, 371, 373, 375-
378, 387f., 400-404, 412, 419, 437, 440, 488.
Brodt, Gotthard 122.
Brück, Gustav 164f., 168f., 340, 357, 375, 377.
Brüning, Heinrich 242.
Budgereit 276.
Büschel 312.
Cahn, Gustav 15.
Cahn, Salomon 15.
Cahnmann, Werner 300, 393.
Callmann, Hans 82, 290, 416, 431.
Callmann, Rudolf 82, 149f., 278, 327, 349, 352, 358, 368, 395, 416, 424, 431f.
Caro, Clara 198f.
Caro, Isidor 198.
Caro, Nikodem 144.
Chamberlain, Houston Stewart 62.
Charig, Julius 157.
Cohen, Fritz, Firma 456.
Cohn, Heinz 406.

Cohn, Ilse 130.
Cohn, Julius 117.
Cohn, Hermann 300, 307.
Cohn, Willy 455.
Coppel, Hermann 88.
Cordier, Richard 102.
Cramer, Julius 395.
Cremer, Fritz 110.
Cuno, Wilhelm 181.
Czernichower 404.
Dang 260.
Daniel Fritz 226.
Daniel, Hedwig 199.
Daniel, Hermann 71.
Dannenberg, Josef 253.
Darré, Walter 442f.
Daube, Helmut 109.
David, Ferdinand 230, 375.
David, Dagobert 251.
David, Moritz (Bonn) 29.
David, Moritz (Bochum) 31, 50, 129f., 377.
Davidsohn, Hans 428-430.
Diels, Rudolf 283.
Dienemann 383.
Dietzsch, Paul 380.
Döring 447f.
Dormitzer, Else 196.
Dorpmüller, Julius 181.
Dresel, Julius 104.
Duesterberg, Theodor 122.
Edelheim, Margarete 199f.
Ehrhardt, Hermann 126.
Eichenwald, Max 131, 375.
Einstein, Norbert 131.
Eisner, Kurt 95.
Elias, Adolph 16.
Eliasberg, Aron 159.
Elkan, Louis 263.
Elsbach, J., Firma 79.
Englerts, Winfried 105.
Eppstein, Paul 229.
Epstein, Harry 19, 52, 133-135, 300, 303f., 311f., 336, 338.
Erzberger, Matthias 97.
Eschelbacher, Max 70, 87, 109, 130, 155-157, 160f., 243, 250, 324.
Ettinghausen, Kurt 368.
Fahsel, Helmut 105.

Falk, Bernhard 327.
Falk, Ernst 481.
Feder, Gottfried 321, 365.
Feilchenfeld, Bernhard 82, 89, 99.
Feiner, Sally 447.
Feldmann, Gustav 351.
Felsenthal Erich 154f., 159-162, 195, 251, 267, 303, 339.
Felsenthal, Erwin 229.
Felsenthal, Herbert 209, 212, 214, 324.
Florian, Karl 428.
Foerder, Ludwig X, 220, 283, 413.
Forst, Alex 399.
Forst, Ernst Günther 399.
Frank, Hans 363.
Frank, Heinrich 82, 100, 263, 310, 327f.
Frank, James 114.
Frank, Lucie 198-200, 202.
Franken 357, 377.
Franken, Oskar 31, 303.
Frankenstein, Betty 135, 312.
Frankenstein, Hans 381.
Freudenberg, Karl 114.
Freudenthal, Ludwig 341, 430.
Freund, Ismar 153f.
Frick, Wilhlem 459.
Fried, Margarete 195, 198.
Friedländer, Alex 253.
Friedländer, Fritz 308, 318.
Friedländer, Günter 224.
Friedrich der Große 399.
Fritz, Georg 64f.
Fritze, Georg 161.
Fromm, M., Firma 456.
Fuchs 470.
Fuchs, Eugen 6, 8-11, 51f., 56, 178, 243, 299, 319.
Fuchs, Hugo 305.
Galliner, Siegfried 87.
Gans, Arnold 217.
Gans, Hermann 30.
Gans, Moritz 129, 138.
Gebr. Gerst GmbH 465-467.
Gebr. Kaufmann AG 443-450, 456.
Gerlach, Hellmut von 331f.
Gerstel 403.
Geßler, Otto 120.
Glaser, Karl 182.

Goebbels, Joseph 101, 126.
Göring, Hermann 283-285, 437, 443, 488.
Goethe, Johann Wolfgang 3, 11, 63, 188, 271.
Goldberg, Hugo 120.
Goldberg, Sally 253.
Goldmann 144, 428f.
Goldmann, Felix 65, 153, 203, 209, 239, 320f., 332.
Goldschmidt, Alfons 243f.
Goldschmidt, Emanuel 127.
Goldschmidt, Fritz VIII, 283, 291, 358, 379, 385f., 424.
Goldschmidt, Hans 164, 476.
Goldschmidt, Julius 233.
Goldstein, (wahrscheinlich Fritz) 338.
Goldstein, Julius 108, 146, 183.
Goldstein, Margarete 192.
Gompertz, Leo VIII, 233f., 377.
Gottfeld, Hermann 102.
Gottschalk, David 104.
Gottschalk, Jakob 474.
Grau, Heinrich 467f.
Groener, Wilhelm 163, 372.
Grohé, Josef 103, 272, 424.
Grünbaum, Agathe 195.
Grüneberg, Ernst 260.
Grünpeter 214, 479f.
Grützner, Walter 177.
Günzberg 139.
Gumpert, Ernst Otto 399.
Gumpert, Leo 399.
Haber, Fritz 114, 274.
Hahn, Hugo 87, 153, 182, 210, 213, 255, 324, 334, 348-352, 357, 416.
Hanauer & Sohn, Firma 404.
Hanf & Kaufmann, Firma 395.
Hartmann, Leopold 120.
Hartog, Hugo 474.
Hausen 37.
Hecht, Salomon 131.
Heimannsohn, Rudolf 430.
Heimberg, Fritz 290f.
Heine, Heinrich 162, 159.
Heineberg, Julius 77, 116, 247.
Heinemann, Herbert 267.
Heinemann, Siegmund 118f.
Hellmann, Julius 232.
Hellpach, Willy 160, 325-327.
Herbst & Co, Firma 456.

- Hermanns, Ernst 427.
Hermes, Andreas 442.
Herrmanns, J., Firma 450.
Herz, Paul 219.
Herzberg, Rudolf 145, 374, 430.
Herzl, Theodor 18, 51, 295f., 332, 404.
Hertz, Alex 392.
Hertz, Friedrich 62.
Hertz, Helmut 403f., 458-460, 463f.
Hertz, Julius 419.
Hertz & Stern, Firma 395, 456.
Herzfeld, Ernst VIII, 8, 19, 21-29, 31-38, 45f., 57, 72, 83-85, 133f., 151f., 165, 167, 171-173, 177, 183, 188, 191, 210, 246, 255, 268, 280f., 283, 300, 304, 306, 308, 313, 338, 341, 346, 348-352, 356, 364, 377, 389f., 401f., 406, 411f., 414-416, 422f.
Herzfeld, Hanna 255.
Herzfeld, Julius 211, 224, 228, 350, 381.
Hess, Moses 18.
Heumann, Carola 229.
Heydrich, Reinhard 439f.
Heymann, Erwin 442.
Hindenburg, Paul von 261, 272, 278, 346, 375, 383.
Hinkel, Hans 381, 433.
Hirsch, Otto 352.
Hirsch, Paul 226.
Hirsch, Samuel XXIIIf., 15.
Hirschberg, Alfred V, VII, 148, 186, 200, 212-214, 222f., 228f., 234, 239, 244, 246, 255, 270, 272, 278, 280, 284, 288f., 351, 353f., 359, 362, 365f., 368, 391, 402, 407f., 417, 423, 427, 430, 440, 444, 478.
Hirschland, Georg 249, 303, 348-350.
Hirschland, Isaak 15, 19f.
Hirschland, Kurt 249f., 404.
Hirschland, Simon 15, 179.
Hitler, Adolf 12, 23, 59, 76, 93, 103, 143, 151f., 161f., 180f., 188, 215, 221, 242, 261, 268, 273, 276, 278, 281, 292, 323, 331f., 350, 353, 360, 375, 380, 395, 421, 426, 435, 443, 461.
Hönigsberg 425.
Hörsing, Otto 271.
Hoffmann, Erich 430.
Hoffmann, Siegfried 29, 125-127, 167, 263.
Hohenstein, Adolf 168.
Holländer, Ludwig V, 43f., 46f., 50, 53f., 84, 87, 90, 92, 100, 108, 110, 133, 136, 142-144, 146, 152, 156f., 161, 163, 167, 180-183, 193, 195, 204f., 214, 242, 244, 258f., 262, 264, 268, 272-276, 280, 305, 308, 314-320, 322-324, 324, 334, 346, 412, 493.
Holländer, Max 161.
Homburger, Paul Philipp 404.
Honsberg 183.

- Hornesser, Ernst 271.
Horwitz, Maximilian 8, 35.
Horwitz, J. 132-138.
Huth, Else 409.
Ikenberg, Albert 432.
Immerwahr, Paul 228.
Isidor, Jakob 465f.
Isidor, Moses 465f.
Jabotinsky, Vladimir 323.
Jacob, Benno 29, 39, 49, 62, 87, 113f., 124f., 248f., 305f., 318f., 337, 416.
Jacob, Ernst 87.
Jacobi, Eugen 82, 86-92, 99-101, 109, 204, 218, 290, 306, 416.
Jacobi, Hans 83, 199, 224-226, 369, 416f., 420-423, 425f., 431, 471.
Jacobsohn 432.
Jaulus, Heinrich 71, 87.
Jekel, Hermann 136.
Jobsky 450.
Jonas, Gustav 110, 306.
Jonas, Hermann 18.
Jonas, Leopold 443-446, 448-450.
Joseph, Hildegard 226.
Josten 368.
Jox 104.
Juhl, Fritz 360.
Kaas, Ludwig 268.
Kalisch, Hans 81, 83, 117, 120, 140, 143-146, 150f., 168-170, 183, 237, 252f., 259f.
Kallmann, Wilhelm 87.
Kamp, Louis 121.
Kann, Emil 264-266, 268.
Kann, Siegfried 303.
Kant, Immanuel 63.
Kapp(-Putsch) 114, 118, 380, 491.
Kareski, Georg 342, 352.
Karminiski, Hannah 348.
Katz-Rosenthal, Firma 475.
Katz, Siegmund 446.
Katzenstein, Albert 87f.
Katzenstein, August 357.
Katzenstein, Paul 419.
Katzenstein, Willy 349f., 428-430.
Kaufmann, Karl 103.
Kaufmann, Karl Maria 263.
Kaufmann, Richard 110.
Kaufmann, Sally 338, 340.
Kaufmann, Wilhelm 374, 376.
Kaufmann & Lippmann, Firma 454.

Kehr, Erich 92.
Kelsen, Hans 105f.
Kempfer, Carl Firma 465.
Keschner 183.
Kinkel 128.
Kinkelin, Walter 384.
Klatzkin, Jakob 331f.
Klein 478.
Klein, Adolf 97.
Klein, Josef 449.
Klein, Siegfried 87, 251, 377.
Klein & Vogel, Firma 395, 456.
Kleiner 444f.
Kober, Adolf 87, 99f.
Koburger, Josef 46, 92.
Koch, Erich 103.
Koch, Julius, Firma 468.
Köhler, Max 138f.
Kollenscher, Max 340.
Kölln 230.
Königsberger, Paul 255.
Köttgen, Carl 181.
Kolass, Karl 165.
Koppel, Louis 29, 128f., 232, 338, 364-368, 377, 398, 411f., 416, 443, 448.
Krebs 470.
Kremer, Maximilian 473.
Krombach, David 21-23, 84f., 133f., 147, 169, 177, 188, 195, 209f., 220, 228, 265, 306f., 310, 316, 322, 324, 356f., 365, 377, 393, 416, 423, 438, 442.
Krupp, Alfred, Firma 16.
Kunze 386.
Kupferschlag, Sally 124, 263.
Lambertz 281.
Landau, Ludwig 230-232.
Landauer, Georg 133-135, 348, 352.
Landecker, Hermann 446f.
Landsberger 163.
Laplace, Pierre Simon 63.
Laufer, Chaim J. 267.
Lazarus, Hans 278.
Lazarus, Moritz XII, 5.
Leeser, Antonie 430f.
Leeser, David 29.
Leeser, Erich 212.
Leibholz, Lise 146, 161, 193-195, 197-199, 251.
Lehr, Franz 452.
Lenzberg 375.

- Lewin, Albert 357.
Lewin, Erich 430.
Lewin, Ralph 379.
Levison, Wilhelm 98.
Levy, Alfred 409.
Levy, Alphonse 5.
Levy, Clara 196.
Levy, Fritz 158.
Levy, Hermann 467f.
Levy, Marianne 460.
Ley, Robert 96, 103, 109, 272.
Lichtenberg, Alfred 320.
Lichtenstein, Gustav 423.
Lichtheim, Richard 323.
Lieben Freiherr von, Robert 274.
Lieberg, Hilde 85, 229.
Liebertz, Josef 381.
Liebknecht, Karl 78.
Liebmann, David 16.
Lingemann 183.
Lippert, Julius 462f.
Lippmann, Alwin 383.
Loeb, Julius 462f.
Loeb, Moritz 104.
Loeb, Rudolf 404.
Loeb, Siegmund 35.
Loeb, Walter 218, 222f.
Löhnberg, David 124.
Löwenberg, Hans 229.
Löwenfeld, Raphael 5-7, 489.
Löwenthal, Ernst Gottfried 341, 379, 424.
Löwenstein (Grevenbroich) 384.
Löwenstein, Bertold 140.
Löwenstein, Hermann 422.
Löwenstein, Julius (Aachen) 302.
Löwenstein, Julius (Dringenberg) 484.
Löwenstein, Karl 102, 208f., 219-221, 272f., 306, 322, 327f., 373-375, 377, 390f., 393, 401, 416, 432f., 458, 474f., 481.
Löwenstein, Leo 95f., 352, 372, 374, 376.
Löwenstein, Max 354f.
London, Franz 379.
Lubbe, Marinus van der 281.
Ludendorff, Erich 114.
Lüninck von, Hermann 442f.
Luther, Hans 158, 181.
Luther, Martin 63.

Luss, (wahrscheinlich Albert) 364-369, 456.
Mackensen von, August 375.
Mahnken, Heinrich 207.
Mahraun, Artur 118, 139-142, 264.
Mainzer, Albrecht 351.
Mainzer, Max 46, 89f.
Majofis, Channa 202.
Malzbender 444.
Manes, Oskar 38, 72, 154, 160, 162, 263.
Mansbach, Erwin 312.
Marcus 267.
Marcus, Alfred 242.
Marcus, Robert 338.
Marcuse, Heinrich 430.
Marx, Cilly 198.
Marx, Jacob X, 305.
Marx, Karl (Unna) 123.
Marx, Ludwig 373.
Marx, Martin 89.
May, Karl, Firma 445.
Mayer, Alfred 130, 214.
Mayer, Alfred (Gauleiter Westfalen-Nord) 428.
Mayer, Siegfried 219.
Mecklenburg, Georg 305, 307, 321, 329-331, 392, 399.
Meinrath, Erich 229.
Mendel, Max 472.
Mendelsohn, Martin 6, 8.
Mendelssohn, Moses 159, 212, 318, 356.
Mendelssohn & Co, Bankhaus 404.
Mertens, Peter Paul 183.
Meyer 36.
Meyer, Arnolf 221.
Meyer, Louis 212.
Meyer, Marcel 218.
Meyer, Moritz 30.
Meyerhoff, Fritz 212, 218.
Meyerstein, Siegmund, Bankhaus 431.
Michaelis, Alfred 230.
Michalowski, Eugen 392, 394.
Michel, Firma 425.
Michels, F. X., Firma 462.
Michelsohn 360.
Mogendorff, Bernhard 442f.
Mosler, Süsskind & Co., Bankhaus 432.
Müller 183.
Münchmeyer, Ludwig 109, 157-159, 495.

- Münzesheimer, S. & Co., Bankhaus 179.
Mumm, Reinhard 260.
Munk, Esra 137, 478, 481.
Nathan, Paul 294, 297f.
Naumann, Max 219-222, 302, 315, 351, 374.
Nelles, Ewald 476f.
Neuendorff 58.
Neugarten, Kurt 394.
Neuhaus, Leopold 87, 130.
Neuländer, Fritz 338-341.
Neumann, Gerhard 224.
Neumann 104.
Neumark, Manass 47, 87.
Neumerkel 104.
Nölting, Erik 126, 179, 258f.
Noske, Gustav 94f.
Nussbaum, Israel 421f.
Nussbaum, Siegmund 123.
Oliven, Heinz 449.
Orgler, Gerhard 226, 228f., 234.
Ossietzky, Carl von 264.
Ostberg, Louis 140.
Ostermann 174.
Ostwald, Claire 146, 148.
Ostwald, Walter 146-150, 214, 231.
Papen, Franz von 268, 272.
Pappenheim, Tony 255.
Philo 159.
Pickel 136.
Pins, Leopold 117.
Pius XI 105.
Plaut, Ernst 85, 116, 136f., 161f., 164, 187f., 193, 197, 206, 208, 214-217, 228, 234, 242, 275, 277, 279f., 284f., 288, 311, 340, 357, 362, 364-366, 371, 374-378, 384, 406-408, 416-420, 426-430, 437-441, 443f., 455f., 460f., 465, 469, 477, 484, 489.
Plaut, Erwin 85.
Plaut, Hilde 85, 229.
Plaut, Leo 408.
Plaut, Siegfried 133, 135f.
Pleiger, Paul 448.
Prenn, Daniel 274.
Preuß, Hugo 6.
Preuss, Philipp 162.
Prinz, Arthur 411f.
Räther, Arnold 453.
Raffael, (Sanit, Raffaello) 63.
Rambeau 183.

Ransenberg, Julius 87.
Rapp, Leo, Firma 454.
Rathenau, Walther 114, 141, 165, 212.
Reichmann, Hans VII, 104, 187f., 214, 230, 246, 270f., 278, 282, 290, 323, 327f., 361, 366-370, 374f., 379, 403f., 411f., 421, 444, 448f., 451, 454f., 458, 469.
Reichmann-Jungmann, Eva VII, 137, 188, 215, 264, 390, 392, 394, 409f.
Reinhold 231.
Reis, Hermann 404.
Reyersbach, Hede 410.
Rhee, Max 261.
Rieger, Paul X.
Riesser, Gabriel XII, 1-6, 26f., 39, 55, 58, 212, 226, 489.
Röhm, Ernst 380, 437.
Rohnen 476.
Rokach, Israel 413.
Rose, Walter 484.
Rosenbaum, Alex 450f.
Rosenberg, Adolf 152f.
Rosenberg, Arthur 124, 128f., 261.
Rosenberg, Bruno 214.
Rosendahl 166, 480.
Rosenstock, Kurt 394.
Rosenstock, Werner 223, 425.
Rosenthal, Ludwig 87, 109, 303, 324, 327.
Rosenthal, Richard (Elberfeld) 249.
Rosenthal, Richard (Duisburg) 313f., 374.
Rosenwald, Julius 419.
Rothfels, Hans 139.
Ruhig 385.
Sabatzky, Kurt VI f., 360.
Salomon, Arthur 475, 482.
Salomon, Hanna 102.
Samuel, Salomon 19f., 65, 78, 182, 220.
Samuel, Siegfried 452f.
Sass 377.
Schacht, Hjalmar 435f., 441.
Schaller, Richard 103.
Schenkel 120f.
Schiller, Friedrich von 3, 46, 63, 295.
Schleicher, Kurt von 242, 268, 279.
Schmid, Carl 385f.
Schmitt, Kurt 440.
Schnitzler, Michael 392.
Schoemann, Adolf 426.
Schoemann, Siegmund 426.
Schöneberger, David 87.

Schöneward, Ottilie VIII, 130, 195, 197, 199, 201f.
Schöneward, Siegmund 130.
Schönmann, Salomon 426.
Schoeps, Hans Joachim 149, 224, 352.
Schopenhauer, Arthur 63.
Schottek 458.
Schröder 232.
Schulte, Karl Joseph 106.
Schwarz, Minna 40.
Schwarzschild 251.
Schwarzschild, Fritz 324.
Schweriner, Arthur 122, 300.
Schwering, Leo 106.
Seeckt, Hans von 141.
Seegall, Erwin 373.
Segall, Jacob 63.
Seidemann, Leo, Firma 456.
Seif, Salomon 447.
Seldte, Franz 121.
Selo, Richard 83, 160, 162, 214, 251, 380f., 431.
Seuthe 127.
Severin 138-140.
Severing, Carl 136, 171, 271.
Siemnauer, Albert 129.
Sigmann, Salomon 281.
Simon, Max 30
Sklarek 137.
Sobotker, Martin 224-226.
Sombart, Werner 243.
Speyer, Schuhgeschäft 477.
Spiegel 341.
Stahl, Friedrich Julius 95
Stahl, Heinrich 352.
Steil 470.
Stein, Arnold 259.
Stein, Hugo 367, 419.
Steinberg, Kurt 85, 206-208, 212, 215-217, 226, 228f., 231, 341, 379-381, 384-386,
405-407, 409f., 418f., 431, 438f., 451, 461, 467.
Steinberg, Max 476.
Steinmann 127.
Steinthal, Fritz Leopold 87, 143-146, 148f., 230, 419.
Steinthal, Heinz 231.
Steinthal, Hugo 93f., 334f., 367.
Stern, Beate Alice 169.
Stern, Gustav 16.
Stern, Julius 383f.

- Stern, Kurt 213.
Stern, M., Firma 454f.
Stern, Sally 475f.
Stern, Willi 131, 133.
Sternau, Hermann 239.
Sternberg, Liesel 216, 229, 357.
Stiefel, Leon 196.
Stillmann, Ernst 217f., 223.
Stinnes, Hugo 15.
Stoecker, Adolf 28, 121.
Strauss, Eugen 367f., 456-458.
Strauss, Leopold 151, 420.
Strauss, Ottmar 425.
Streicher, Julius 103, 245, 268.
Stresemann, Gustav 180.
Sussmann, Albert 321.
Sussmann, Richard 432f., 485.
Tarach 448.
Tarnowski, Georg 270.
Tawrogi, Abraham 47, 87.
Tengelmann 183.
Terboven, Josef 428, 442.
Terporten 360.
Thal, Jakob 425.
Tiberius Alexander 159.
Tietz, Firma 425, 443.
Tietz, Ludwig 209, 221, 225, 324, 348, 350.
Tucholsky, Kurt 2f.
Urias, Salomon 183f.
Ursell, Julius 121, 178.
Ursell, Karl 121.
Vasen 485.
Veis, Alfred 87.
Vögler, Albert 181.
Vollmann 183.
Wagner, Josef 103, 428.
Wagner, Richard 100.
Waldstein, Paul 83f., 116, 121-125, 131, 134, 138f., 145-147, 154, 167, 170, 179, 181, 194, 213, 250f., 253, 261-263, 268, 313, 478, 481.
Wallerstein, Paul 221f.
Wallraf, Max 384f.
Walter, Bäckerei 477.
Walter 169.
Wassermann, Oscar 314, 404.
Weber, Max 243.
Wedell, Abraham 38.

- Weil, Bruno 140, 142, 160, 264, 304, 329.
Weil, Julius 351.
Weinberg, Berthold 405.
Weinberg, Harris 479.
Weinberg, Josef 144.
Weiß, Bernhard 465.
Weizmann, Chaim 323, 390.
Wenderoth, Oskar 262.
Wertheim, Metzgerei 476.
Wertheimer, Siegfried 92.
Westfeld 393.
Weyl, Siegmund 140.
Wiener, Alfred VII, 125, 135f., 166f., 141, 146, 162, 175, 182, 186, 195, 199, 214, 221,
250, 266, 273, 280, 283, 288, 300, 305-308, 313, 334f., 339f.
Wiesenthal, Herbert 406.
Wilhelm, Kurt 213.
Windmüller, Julius 174.
Winkelnkemper, Toni 272.
Winter 261.
Wirth, Joseph 160.
Wolf, Arthur 399.
Wolff, Edith 138.
Wolff, Jeanette 138f., 197, 214.
Wolff, Juliane 138.
Wolff, Käthe 138.
Wolff, Oskar 426.
Wolffheim, Elsa 196.
Wolffsohn, David 18.
Woyda, Bruno 349.
Zanitz 447.
Zeiller, Karl 143.
Zenner 103.
Zitzmann 181.
Zucker, Josef 229.
Zuntz, Nathan 114.
Zweig, Arnold 147.

Ortsverzeichnis

- Aachen 13-15, 17, 27, 31, 52, 64, 71, 75, 80, 95f., 102f., 105, 109f., 154, 156, 186, 199, 208f., 218-222, 251, 272f., 276f., 302f., 306, 310f., 322f., 328, 357, 373, 375, 377, 390, 393, 403, 425, 432f., 456- 459, 473f., 481, 486.
- Adenau 80.
- Ahaus 138.
- Ahlem 271, 402.
- Ahrweiler 80.
- Alpenrod 90.
- Altena 118f., 215.
- Altenkirchen 29, 35, 46, 90.
- Andernach 47, 87, 104, 423f.
- Aplerbeck 125f.
- Arlfeld 123.
- Arnsberg 14, 79, 83, 115, 118, 120, 123, 125, 259, 260, 342.
- Aschaffenburg 457.
- Attendorn 120f., 178.
- Augsburg 367, 456.
- Bad Berleburg 123.
- Bad Driburg 116.
- Bad Dürkheim 195f., 491.
- Bad Godesberg 426.
- Bad Kreuznach 47, 62, 186, 357, 422.
- Bad Laasphe 120-122, 251.
- Bad Neuenahr 104.
- Barcelona 399.
- Barmen 17, 27, 30, 64, 84, 163-168, 196f., 254, 285, 422, 480f.
- Basel 53, 55, 294f.
- Beckum 476.
- Beddelhausen 123.
- Bendorf 47.
- Benrath 89.
- Berlin V, VII, XV, XVIII, XXII, 4-6, 10, 13, 18, 20f., 23-28, 32-34, 36-38, 40, 42f., 45, 48f., 61f., 65, 72-78, 81-83, 85-96, 95-101f., 104, 108, 118f., 121f., 124, 129, 131, 134-136, 138, 141, 143-149, 157, 159f., 164, 168f., 181, 183, 186-188, 191, 193-195, 197, 199, 203f., 206, 212f., 215-226, 229, 236f., 240-244, 246, 248-251, 253-255, 258, 261-264, 266-269, 271-273, 278, 281, 283f., 287-289, 291f., 307, 312, 314, 320, 328f., 339, 342, 347f., 349-352, 354, 358, 360, 362, 364-369, 372, 380-386, 388, 390, 392-395, 397-399, 403-405, 407-409, 411-413, 415, 418f., 421f., 424f., 428, 432f., 437, 439, 442-455, 458-68, 472, 474, 476-479, 483-490, 493-495.
- Charlottenburg 395.
- Mitte 6, 407.
- Bernkastel 104, 425, 470.

- Betzdorf 102.
Beurig 36.
Beuthen 338, 422.
Bidschan 404.
Bielefeld 37, 46, 167, 349, 364, 428f., 486.
–Wiedenbrück 46.
Birkenfeld 81.
Bitburg 471.
Bocholt 43, 138-141, 196, 259, 261, 447.
Bochum VIII, 16f., 29, 31f., 50, 64, 87, 103f., 129f., 183, 194-197, 199, 211, 214, 217, 272, 276, 285, 289, 310f., 339, 441, 444, 456f.
Bonn 15, 18, 27, 29, 52, 64, 196, 200, 214, 214, 222, 226, 310, 328, 357, 381, 384, 393, 426f., 460, 478, 486.
Borken 138f., 214, 482.
Bottrop 152, 253.
Brakel 37, 77, 83, 115f., 247, 469.
Braunschweig 142.
Bremen 340.
Breslau 21, 27, 213, 220, 283, 313, 343, 388, 460.
Brilon 251-253, 443.
Brohl 103.
Bünde i. W. 419.
Buer 253, 267.
Butzweiler 112.
Calcar 58.
Castrop 186, 196.
Chemnitz 305, 307, 320-322, 329f., 392.
Chicago 195.
Cochem 469.
Coesfeld 138, 419.
Colmar 51.
Danzig 76, 108, 226.
Darmstadt 108, 146, 183.
Datteln 131.
Dessau 300, 307.
Detmold 38.
Dierdorf 35, 90.
Dillingen 93.
Dinslaken 150f., 194, 197, 281, 420.
Dormagen 384.
Dortmund 16f., 27, 29, 39, 48-50, 52, 62, 64, 87, 113, 123f., 125-129, 131, 156, 166f., 186, 196f., 200, 213f., 217, 232, 234, 242, 249f., 261-263, 267, 276f., 281f., 285, 289, 304-306, 310f., 318, 331f., 336-340, 342, 353, 362, 364-366, 371, 373, 377, 393f., 397f., 411f., 426, 432, 441, 443-450, 456.
–Hörde 126, 128, 394, 445, 447, 449.
Dorsten 122, 253.

- Dresden 193, 351.
Dringenberg 484.
Dülmen 419.
Düren 26, 186, 422, 481.
Düsseldorf 4, 13-15, 17, 25f., 37f., 48f., 52, 62, 64, 70, 72, 79f., 83, 87, 115, 125, 130, 150, 153-162, 177, 190, 194-197, 200f., 209, 212, 214, 218, 226, 242f., 249-251, 262f., 267, 271-273, 275-277, 282, 285, 303, 310-312, 324, 336, 339, 357, 362, 371, 377, 379, 383-386, 393, 399, 408, 415, 427f., 431, 451, 454, 463, 476, 485f.
Duisburg 15, 17, 19, 47, 51f., 64, 87, 124, 129, 133, 135, 156, 194, 196f., 209, 212f., 217, 234, 258, 266f., 276, 285, 297f., 310-314, 336-338, 340, 354f., 371, 374, 380, 393, 408, 441, 444, 446, 469.
– Ruhrort 36, 211.
Eilendorf 474.
Eisenach 267.
Eisleben 281.
Elberfeld 17, 27, 30, 52, 64, 103, 156, 163-169, 186, 196f., 234, 249, 262, 285, 303, 311, 340, 357, 364, 371, 394, 404, 407, 444, 481.
Emden 157.
Emmerich 150, 281.
Enkirch 88, 104.
Erfurt 219, 265f., 311, 393, 395.
Erkelenz 80.
Erlangen 384.
Erndtebrück 123.
Eschweiler 52, 282.
Essen VIII, XVII, XXII, 13, 15-17, 19-28, 31, 38, 40, 47, 52, 64f., 75, 77-79, 81, 83-85, 87-89, 112, 115-119, 121f., 125, 127-129, 133-136, 138, 145, 147f., 153, 156, 158, 160-162, 167-170, 172, 174, 176-183, 186-189, 193f., 196-198, 200, 206f., 210f., 213f., 216f., 220, 225f., 228f., 234, 237, 239, 241-243, 249, 251, 255f., 260, 263, 267, 272, 275-277, 279-286, 300, 303f., 306f., 310, 312, 321, 324, 334, 338f., 340f., 348f., 351, 357, 359f., 362, 365f., 370-372, 375f., 378f., 383, 395, 404-406, 408f., 412, 414-421, 427-430, 432, 435, 437-439, 442-444, 449f., 452-454, 460f., 467f., 473f., 478, 484, 486-490, 495.
– Altenessen 85.
– Borbeck 371.
– Kray 452.
– Kupferdreh 121.
– Steele 196.
Euskirchen 485.
Frankfurt/Main 3, 18, 58, 89f., 126, 184, 254, 311, 351, 368, 454.
Frankfurt/Oder 58, 230.
Geilenkirchen 80.
Geldern 30, 58, 427.
Gelsenkirchen VIII, 17, 31, 64, 87, 129, 196, 211, 214, 216, 233f., 269, 281, 339, 371, 377, 394, 441f., 444, 479, 484f.
Gemen 139, 419, 482, 484.

Gießen 128, 271.
Gladbeck 109, 159, 253.
Gleiwitz 228.
Gnesen 83.
Goch 58, 427, 442.
Görlitz 347.
Grätz 21.
Grevenbroich 381, 383-386.
– Welchenberg 384.
Haaren 474.
Hachenburg 90.
Hadamar 90.
Hagen 46f., 52, 128, 147, 166f., 196f., 211, 230f., 234, 260, 281, 339, 375, 444.
Halberstadt 193.
Halle 18, 27.
Haltern 419.
Hamborn 17, 156, 196, 211, 237, 261, 354, 441.
Hamburg 1, 27, 37, 43, 62, 193, 199, 224, 264, 348, 428-430, 432, 460.
Hamm i. W. 29, 36, 197, 230f., 241, 281, 310.
Hamm an der Sieg 86, 102, 397.
Hanau 239.
Hannover 27, 38, 76, 79, 142, 145, 193, 221, 252, 280, 320, 340, 374f., 402, 428-431.
– Limmer 271.
Hattingen(–Linden-Blankenstein) 183f.
Heidelberg 21.
Heinsberg 80.
Hennef 467.
Herbede 184.
Herford 37, 48f., 79, 84, 138, 144, 167, 221, 428-430, 468, 486.
Hermeskeil 104, 112, 471.
Herne 120, 129, 194, 211, 214, 217, 242, 261, 268, 338.
Hilchenbach 123.
Hilden 89.
Höchstenbach 90.
Höxter 37, 115-118, 469.
Holzminden 116.
Horst 129.
Hülchrath 485
Hüsten 120.
Illingen 36, 93.
Iserlohn 83, 118, 120, 211, 441.
Jerusalem 250, 295, 323, 351, 433.
Jülich 392, 472.
Kaiserslautern 92.
Karlsruhe X, 305, 367, 404.
Kassel 90, 338, 340.

Kastellaun 87, 399, 471.
Kempen 36, 186.
Kirchberg 384, 470.
Kleve 18, 58, 86, 112, 427.
Koblenz 14, 47, 71, 80, 90, 103, 107, 186, 218, 225f., 272, 276, 357, 399, 422f., 431, 466, 469, 475, 482, 486.
Köln 9, 13-15, 17-19, 25-29, 34-37, 47, 50-52, 58, 64, 75, 77, 79, 80-83, 85-92, 97-106, 108-113, 115, 128, 131, 161f., 182, 186, 190, 195, 198-200, 202, 204, 218f., 221-223, 225, 229, 251, 255, 258f., 261, 263, 268, 272, 274, 277, 283, 288, 290, 294-298, 300, 303f., 306, 310-312, 314, 324f., 327f., 336, 339-341, 349, 357f., 360, 362-364, 369f., 373, 379, 381, 384f., 392-395, 400f., 417, 420-427, 430-433, 442f., 458, 460f., 467-471, 473-475, 478, 485f., 490.
– Deutz 88.
– Ehrenfeld 88, 340, 395.
– Kalk 88.
– Mitte 88.
– Mülheim 88.
– Nippes 88.
– Sülz 88, 410.
Königsberg 193, 196, 390, 395.
Königshütte 27.
Königssteele 82.
Köslin VI, 430.
Konitz 22, 24.
Krefeld 13, 15, 17, 35, 48, 62, 64-67, 99, 110f., 156, 180, 186, 199, 203, 218, 222f., 262f., 273, 278, 282, 289, 306, 311, 322, 328, 339, 349, 367, 391f., 395, 403f., 458f., 463, 460.
Kröv 88.
Langendreer 126.
Langenfeld 89.
Lehnitz 224.
Leipzig 78, 153, 239, 284.
Lemgo 38.
Lenhausen 121.
Lennep 478.
Leverkusen 86, 427.
Limburg 90.
Linnich 472.
Lippstadt 196.
London 68, 85, 453, 483.
Ludwigshafen 46, 92.
Lübbecke 13, 46.
Lübeck 193.
Lüdenscheid 118.
Lüneburg 324.
Lünen 212.

Luxem 471.
Malmedy 91.
Mannheim 395.
Marsberg 116.
Marseille 26.
Mayen 15, 47, 424, 462.
Meckenheim 380.
Merzig 93.
Metz 426.
Mexico City 244.
Minden 14, 16, 37, 46, 80, 115f., 118, 232, 234, 409, 419, 428f.
Mönchen-Gladbach 17, 72, 91, 110, 186, 199, 225-227, 234, 276, 306, 310, 328, 359, 393, 427, 456.
Moers 222, 261.
Montabaur 35, 90.
Mülheim/Ruhr 17, 47, 59, 64, 80, 87f., 130, 156, 281, 339, 441.
München 43, 140, 204, 212, 294, 300, 393, 455, 458, 460f.
Münster 13f., 16f., 62, 65, 79, 82, 87, 115, 131-133, 138, 143-148, 150, 156, 186, 190, 194, 196, 200, 214, 216, 220, 225, 230f., 234, 241, 258, 263, 310, 371, 379, 384, 418f., 428f.
Münstereifel 28.
Neheim 120.
Neunkirchen 93.
Neuss 80, 222, 384, 386.
Neuwied 47, 80, 87, 90, 222, 422, 424.
New York 66, 68, 128, 416.
Niederlittgen 471.
Niedermarsberg 443.
Niedermendig 462.
Niederzissen 226.
Nieheim 118.
Nürnberg 34, 76, 158, 196.
Oberhausen 17, 36, 150-153, 196, 209, 214, 217, 239, 262f., 339, 371, 394, 450.
Odenkirchen 34, 456.
Olpe 13, 120.
Opladen 80, 89, 427.
Oppeln 65, 68.
Osnabrück 429.
Osterfeld 152.
Paderborn 37, 80, 102, 116, 214.
Parchim 399.
Pforzheim 281.
Plauen 320-322.
Plettenberg 118, 260.
Posen 27, 52-54, 105, 297.
Prag 479.

Puderbach 90.
Rastätten 101.
Ratibor 458.
Recklinghausen 131-137, 174, 194, 211, 220, 338, 482, 495.
Rees 150.
Remagen 15.
Remscheid 84, 168f., 196.
Rheydt 34, 91, 218, 226, 251, 339, 384, 395, 456, 477.
Saarbrücken 49, 87, 91-94, 334.
Saarburg 36.
Saarlouis 93, 426.
Saarwellingen 93.
Sao Paulo 234.
Schwarzenau 124.
Schweich 425.
Schwelm 290.
Selters 89f.
Sensburg 273, 276.
Serrig an der Saar 36.
Siegburg 52, 161, 221f., 402, 478.
Siegen 46, 102, 120-122.
Simmern 384, 471.
Sinzig 15, 360.
Solingen 80, 88f., 305, 427.
– Ohligs 89.
Stadtlohn 419.
St. Goar 465f., 475.
St. Wendel 93.
Steinheim 116.
Sterkrade 186.
Stettin 108, 360.
Straßburg 51.
Stuttgart 351f., 387-389, 393.
Tel Aviv 413.
Tilsit 181.
Traben-Trarbach 88, 104, 426.
Trier 14, 29, 35f., 52, 80, 87, 103, 112, 128, 226, 268, 276, 311, 357, 393, 399, 409,
422, 426, 431, 471, 486.
Unna 123f., 263, 230.
Vallendar 47.
Veldenz 104.
Velten 13.
Veviers 22.
Viersen 281, 421, 427.
Vreden 419, 442.
Wanne 29, 123, 196f.

Warburg 37, 116f., 484.

Warschau 404.

Wattenscheid 186, 289, 441.

Werlau 475.

Werne 447.

Wesel 62, 150, 281.

Westerburg 90.

Wetzlar 46, 89, 92.

Wiesbaden 101.

Wiesdorf 89.

Willinghausen 408.

Willmenrod 35, 90.

Witten an der Ruhr 35, 130, 196f., 232f., 357.

Wittlich 425, 442, 471.

Woldenberg 430.

Würzburg 204, 403.

Wuppertal 163f., 169, 197, 205, 214, 216, 234, 245, 281, 303, 311, 357, 371, 373, 375,
394, 407, 422, 576.

Xanten 58.

Zell 88.

Zittau 58.

Zürich 323f., 325, 329.

Zeichenerklärung

	Staatsgrenze
	Landesgrenze
	Regierungsbezirkegrenze
	Grenze einer kreisfreien Stadt oder eines Kreises
	Gemeindegrenze

Siedlungen

	ESSEN	Landgemeinde	über 800 000 Einwohner
	HAGEN		100 000
	ARNSBERG		50 000
	ERKENLENZ	Burbach	10 000
	HÖVELSBERG	Messum	5 000
	HEBENACK	Darke	1 000
		Außort	unter 1 000
		Extrakt	Stadt- oder Gemeindefeld

Verkehr

	Straßen		Bahnen
	Schnellverkehrsstraße, Teil im Bau		Mehrgleisige Eisenbahn
	Hauptstraße		Eingleisige Eisenbahn
	Nebenstraße		Bahnhof

Topographische Objekte


	Intern. Flughafen		Burg, Schloß		Grube
	Flughafen		Ruine		Halde
	Landplatz		Kloster, Kirche		

Gewässer

	Bronn, schiffbar
	Kanal, schiffbar
	Fluß
	Bach, Graben

Zu dieser Karte
Die Verwaltungskarte Nordrhein-Westfalen 1:500 000 hebt in der Serie der „Detaillierten 1:500 000-Karten“ die Verwaltungsgliederung des Landes in ihren historischen Bezug herzu. Durch die Darstellung der Kreis- und kreisfreien Städte und der Gemeinden vorwiegend in Kontinuität gegenüber dem Stand der Kreis- und kreisfreien Städte und der Gemeinden vor dem 1. Januar 1973, können die Veränderungen der Kreis- und kreisfreien Städte und der Gemeinden auf der Ebene der Oberen Landesbehörden (Ministerien der Landesregierung) überblickt werden. Die Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden sind auf der Ebene von 1:500 000 in 22 kreisfreien Städten und 373 kreisangehörigen Städten und Gemeinden zusammengefaßt dargestellt. Die Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden sind als Gebietsverhältnisse jenseits der Träger der kommunalen Selbstverwaltung.

Verwaltungsgliederung



DEUTSCHLAND
Nordrhein-Westfalen
1 Regierungsbezirk Köln
2 Regierungsbezirk Düsseldorf
3 Regierungsbezirk Essen
4 Regierungsbezirk Detmold
5 Regierungsbezirk Arnsberg
6 Regierungsbezirk Münster
7 Regierungsbezirk Bielefeld
8 Regierungsbezirk Hamm
9 Regierungsbezirk Paderborn
10 Regierungsbezirk Lippe
11 NIEDERLANDE

Stand der Verwaltungsgrenzen: 30.6.1950

Maßstab 1:500 000
1 cm der Karte entspricht 5 km der Natur

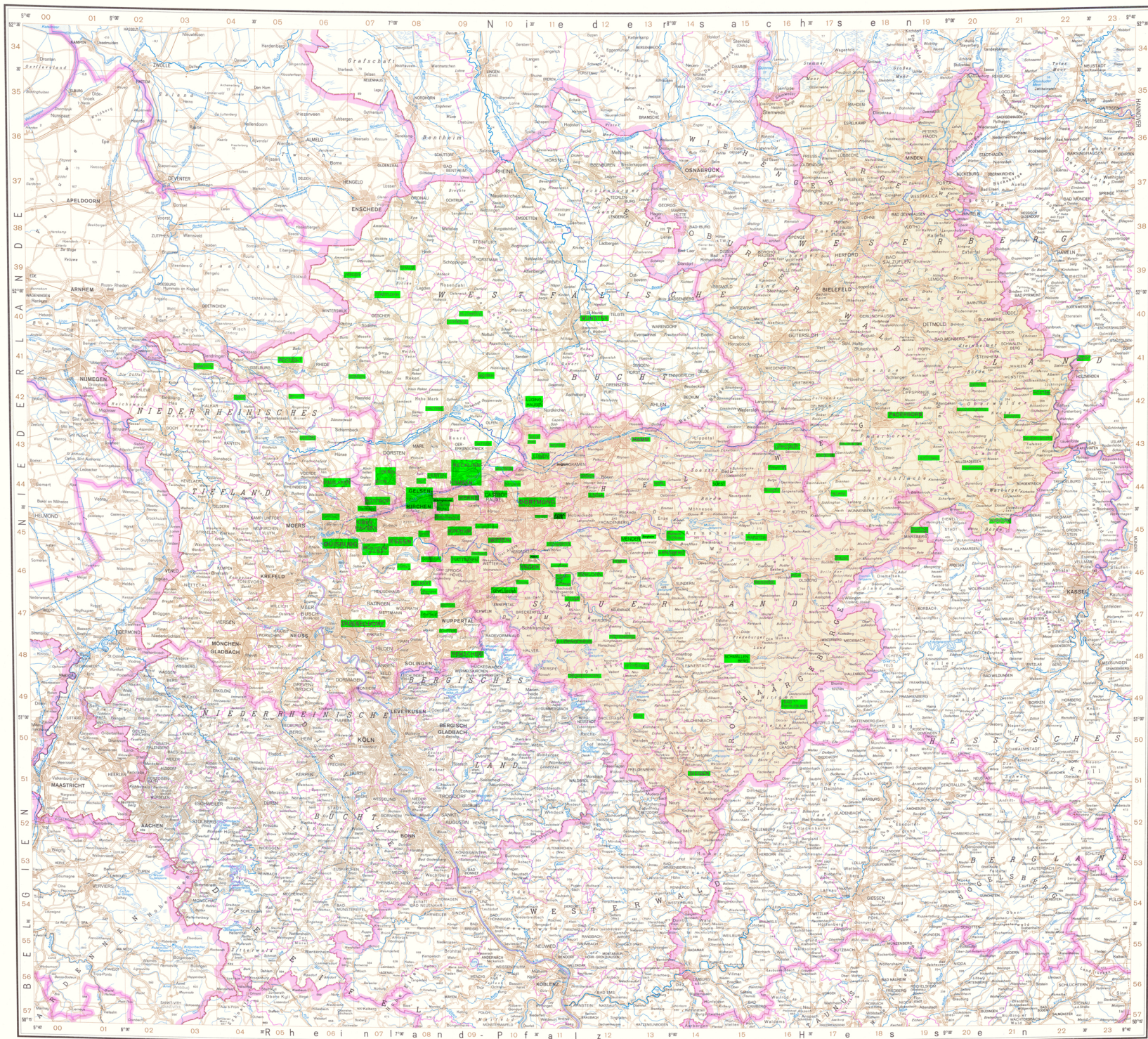
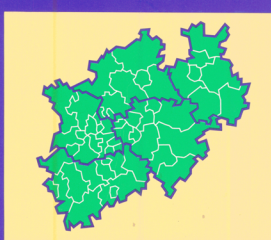
Im Kartenrahmen sind die Blattnummern der Kartenblätter der Topographischen Karte 1:250 000 angegeben. Jedes Kartenblatt ist mit einer vierstelligen Nummer bezeichnet, die sich aus den Zahlen der Zeilen und Spalten zusammensetzt (z. B. 4706).

Herausgeber
© Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen
Mülheimer Straße 19-21
5000 Bonn 2 (Gebäude 1)
Telefon: (02 28) 846-333/334, Telefax: (02 28) 846-502

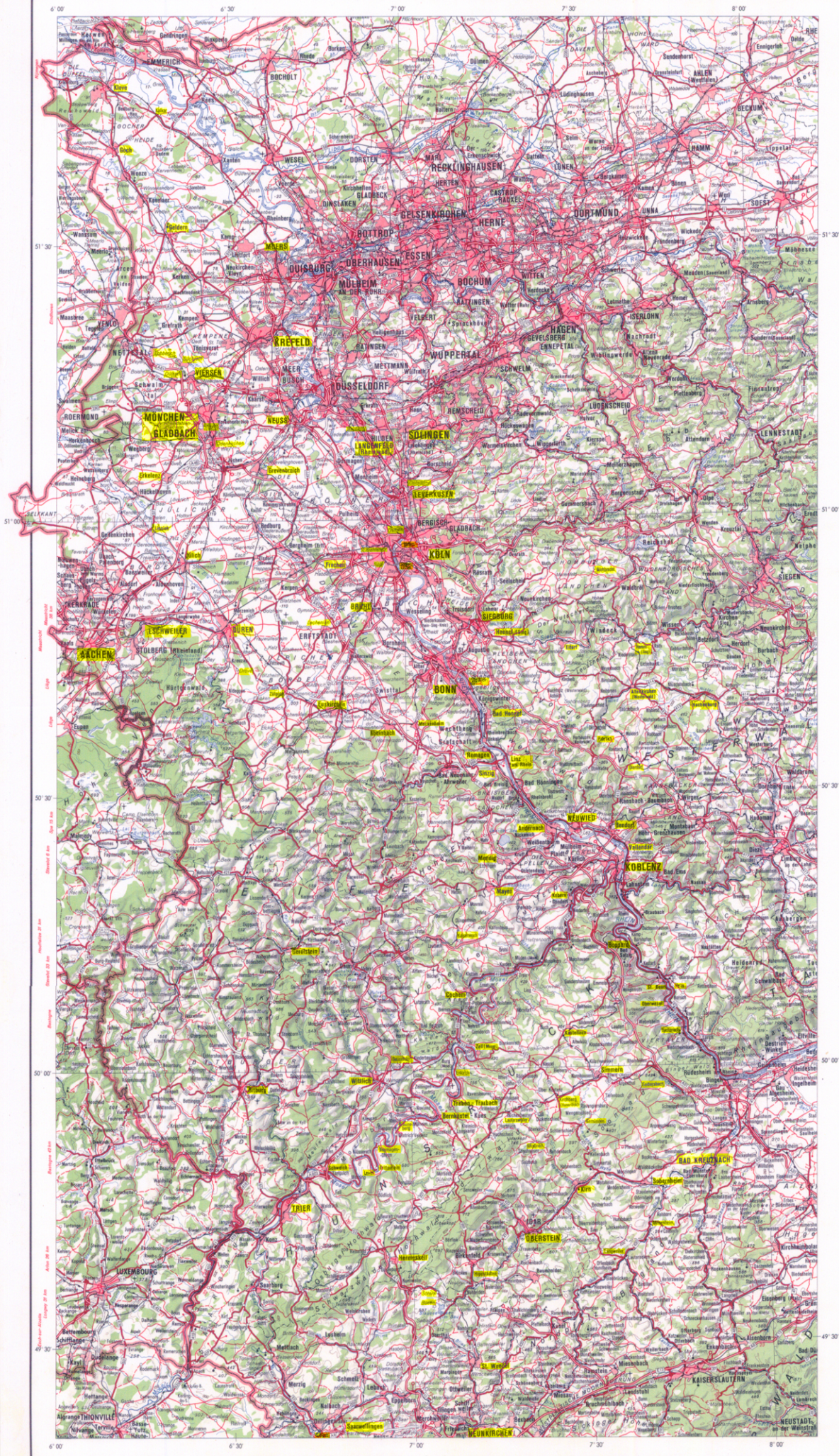
6. Auflage 1991
Umfassende Aktualisierung 1989: Erweiterte Ergänzungen 1990
Diese Karte ist gesetzlich geschützt. Vervielfältigung nur mit Erlaubnis des Herausgebers. Bei Vervielfältigungen z. B. für Lehrzwecke, Fortbildung, Mehrzweckverwendung, Digitalisieren, Scannen sowie Speicherung auf Datenträgern.

ISBN 3-89439-551-6
9 783894 595513

Verwaltungskarte Nordrhein-Westfalen 1:500000
Verwaltungskarte Nordrhein-Westfalen 1:500000
1:500000



ÜBERSICHTSKARTE



Zeichenerklärung:

- Verkehrnetz**
- Ausstrich, Anstriche (Schichtstraße), im Bau
 - Reparatur, mit Nummer
 - Reisenstraße
 - Sonstige Straße
 - Vollspurige Bahn, nichtspurig, einseitig
 - Schnellspurige Bahn
 - Tunnel
- Grenzen**
- Staatsgrenze
 - Landesgrenze (in der Bundesrepublik Deutschland)
 - Regierungsbezirksgrenze (in der Bundesrepublik Deutschland)
 - Tropfenbüchse
- Wohnplätze**
- Dorfplätze über 1000 Fläche
 - Dorfplätze unter 1000 Fläche
 - über 2000 Einwohner
 - unter 2000 Einwohner
- KÖLN** über 100 000 Einwohner
- SIEGEN** 25 000-100 000 Einwohner
- Kölngebiet** 5000-25 000 Einwohner
- Bad Brunnig** 2000-5000 Einwohner
- St. Oedenheim** unter 2000 Einwohner
- Östlich** Ortsteil
- Sonstige Einzelzeichen**
- Flughafen, Landebahn
 - Höhepunkt, Höhe in Metern
 - Berg, Schloß
 - Palais
 - Seestrom
 - Turm, Denkmal
 - Kloster, Kirche
 - Markierte Bauwerk
- Gewässer**
- Fluß, Wasserläufe
 - Kanal, schiffbar
 - De- oder Entweiserkanal
- Bodenbewachung**
- Wald, Sumpf, Moor

Maßstab 1 : 500 000



Kartengrundlage:
 Übersichtskarte 1 : 500 000, Blatt Südwest, Normalvergabe
 mit Genehmigung des Instituts für Angewandte Geodäsie, Frankfurt am Main
 Nr. 2033 vom 25. II. 1981

Kartographie und Druck:
 Institut für Angewandte Geodäsie, Frankfurt am Main, 1981

Herausgeber:
 Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde

Vertrieb:
 Rheinland Verlag GmbH, Köln

Lebenslauf

Christina Goldmann, geboren in Trier

- 1988 Abitur, Hindenburg Gymnasium, Trier
- 1989-1996 Universität Trier: Geschichtswissenschaft, Ethnologie, Politikwissenschaft
Abschluss: Magister Artium
- 1999-2000 1. Forschungsaufenthalt: Universität Tel Aviv, Israel
Regierungsstipendium des Staates Israel
- 2001-2003 2. Forschungsaufenthalt: Hebrew University, Jerusalem, Israel
Stipendiatin der Minerva Stiftung, Max-Planck-Gesellschaft, Heidelberg
- bis Juli 2006 Promovendin an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf